

Frangis Dadfar Spanta

UMSTRITTENE REGIERUNGSFÜHRUNG IN AFGHANISTAN

Kulturelle und politische Ordnungsvorstellungen der afghanischen Eliten

Frangis Dadfar Spanta
Umstrittene Regierungsführung in Afghanistan

Die freie Verfügbarkeit der E-Book-Ausgabe dieser Publikation wurde ermöglicht durch den Fachinformationsdienst Politikwissenschaft POLLUX



und ein Netzwerk wissenschaftlicher Bibliotheken zur Förderung von Open Access in den Sozial- und Geisteswissenschaften (transcript, Politikwissenschaft 2019)

Bundesministerium der Verteidigung | Gottfried Wilhelm Leibniz Bibliothek - Niedersächsische Landesbibliothek | Harvard University | Kommunikations-, Informations-, Medienzentrum (KIM) der Universität Konstanz | Landesbibliothek Oldenburg | Max Planck Digital Library (MPDL) | Saarländische Universitäts- und Landesbibliothek | Sächsische Landesbibliothek Staats- und Universitätsbibliothek Dresden | Staats- und Universitätsbibliothek Bremen (POLLUX - Informationsdienst Politikwissenschaft) | Staats- und Universitätsbibliothek Carl von Ossietzky, Hamburg | Staatsbibliothek zu Berlin | Technische Informationsbibliothek Hannover | Thüringer Universitäts- und Landesbibliothek Jena (ThULB) | ULB Düsseldorf Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf | Universitätsbibliothek Erfurt | Universitäts- und Landesbibliothek der Technischen Universität Darmstadt | Universitäts- und Landesbibliothek Münster | Universitäts- und Stadtbibliothek Köln | Universitätsbibliothek Bayreuth | Universitätsbibliothek Bielefeld | Universitätsbibliothek der Bauhaus-Universität Weimar | Universitätsbibliothek der FernUniversität Hagen | Universitätsbibliothek der Humboldt-Universität zu Berlin | Universitätsbibliothek der Justus-Liebig-Universität Gießen | Universitätsbibliothek der Ruhr-Universität Bochum | Universitätsbibliothek der Technischen Universität Braunschweig | Universitätsbibliothek der Universität Koblenz Landau | Universitätsbibliothek der Universität Potsdam | Universitätsbibliothek Duisburg-Essen | Universitätsbibliothek Erlangen-Nürnberg | Universitätsbibliothek Freiburg | Universitätsbibliothek Graz | Universitätsbibliothek J. C. Senckenberg an der Goethe-Universität Frankfurt | Universitätsbibliothek Kassel | Universitätsbibliothek Leipzig | Universitätsbibliothek der LMU München | Universitätsbibliothek Mainz | Universitätsbibliothek Marburg | Universitätsbibliothek Oldenburg | Universitätsbibliothek Osnabrück | Universitätsbibliothek Siegen | Universitätsbibliothek Vechta | Universitätsbibliothek Wien | Universitätsbibliothek Wuppertal | Zentral- und Hochschulbibliothek Luzern | Zentralbibliothek Zürich

Die Publikation beachtet die Qualitätsstandards für die Open-Access-Publikation von Büchern (Nationaler Open-Access-Kontaktpunkt et al. 2018), Phase 1

https://o2020-de.org/blog/2018/07/31/empfehlungen_qualitätsstandards_oabücher/

* * *

Frangis Dadfar Spanta (Dr. phil.), geb. 1982, ist Friedens- und Konfliktforscherin. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind hybride Friedensbildung, Interventionsforschung, Eliten- und Diasporaforschung. Sie hat als wissenschaftliche Mitarbeiterin und Koordinatorin des Projektes »Good Governance Afghanistan« an der Willy Brandt School of Public Policy, Universität Erfurt, gearbeitet.

FRANGIS DADFAR SPANTA

Umstrittene Regierungsführung in Afghanistan

Kulturelle und politische Ordnungsvorstellungen der afghanischen Eliten

[transcript]

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.



Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Attribution-ShareAlike 4.0 Lizenz (BY-SA). Diese Lizenz erlaubt unter Voraussetzung der Namensnennung des Urhebers die Bearbeitung, Vervielfältigung und Verbreitung des Materials in jedem Format oder Medium für beliebige Zwecke, auch kommerziell, sofern der neu entstandene Text unter derselben Lizenz wie das Original verbreitet wird. (Lizenz-Text:

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>)

Die Bedingungen der Creative-Commons-Lizenz gelten nur für Originalmaterial. Die Wiederverwendung von Material aus anderen Quellen (gekennzeichnet mit Quellenangabe) wie z.B. Schaubilder, Abbildungen, Fotos und Textauszüge erfordert ggf. weitere Nutzungsgenehmigungen durch den jeweiligen Rechteinhaber.

Erschienen 2019 im transcript Verlag, Bielefeld

© Frangis Dadfar Spanta

Umschlaggestaltung:

Druck: Majuskel Medienproduktion GmbH, Wetzlar

Print-ISBN 978-3-8376-4692-4

PDF-ISBN 978-3-8394-4692-8

<https://doi.org/10.14361/9783839446928>

Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier mit chlorfrei gebleichtem Zellstoff.

Besuchen Sie uns im Internet: <https://www.transcript-verlag.de>

Bitte fordern Sie unser Gesamtverzeichnis und andere Broschüren an unter:

info@transcript-verlag.de

Inhalt

Danksagung | 7

Legende des transkribierten Zeichensystems für die Interviews | 9

1 Einleitung | 11

- 1.1 Relevanz des Themas | 28
- 1.2 Erkenntnisinteresse und zentrale Fragestellung | 30
- 1.3 Stand der Forschung | 38
- 1.4 Forschungskonzept und Aufbau | 51

2 Definitionen und historischer Kontext | 59

- 2.1 Neopatrimonialismus | 59
- 2.2 Afghanischer Staat oder Staatswerdungsprozess:
Afghanistan seit dem 19. Jahrhundert | 69
- 2.3 Staats- oder Nationenbildung – eine Verortung für den
afghanischen Kontext | 98

3 Theoretischer Rahmen | 107

- 3.1 Eliten-Theorien | 107
- 3.2 Bourdieus Habitus-Begriff und Verständnis der Lebenswelt | 137
- 3.3 Elitenkonstellationen in Transformationsgesellschaften | 144
- 3.4 Konflikttheorie | 151

4 Methode | 171

- 4.1 Eliteninterviews in Afghanistan | 171
- 4.2 Methode der Auswertung: Qualitative Inhaltsanalyse | 181

5 Empirie und das besondere Feld | 187

- 5.1 Ökonomisches, kulturelles, soziales und symbolisches Kapital | 187
- 5.2 Darius der Leibwächter | 194
- 5.3 Der gatekeeper | 201
- 5.4 La Double Casquette | 208
- 5.5 Anfragen und Räumlichkeiten für die Interviews | 212

6 Kabul: Die Machtzentrale | 215

- 6.1 Der Ort des Interviews und seine Implikationen | 215
- 6.2 Habituelle Kleidung als Zündstoff und die feinen Unterschiede | 226
- 6.3 Der ethnische Konflikt | 248
- 6.4 Sprache als Teil kultureller und ethnischer Identitäten | 253
- 6.5 Die Friedensbestrebungen aus der Perspektive der Taliban | 286

7 Die Welt der provinziellen Paradoxien:

Mazar-e Sharif und Herat | 327

7.1 Die Möglichkeiten des Umfeldes für die Empirie | 327

7.2 Mezzanine-Herrschaften innerhalb eines Präsidentsystems
in Mazar-e Sharif und Herat | 333

8 Neopatrimonialismus

als stabilisierende Staatsbildungsform | 397

8.1 Neopatrimoniale Strukturen
in einer perpetuierenden Interventionsgesellschaft | 397

Literatur | 409

Abbildungs- und Tabellenverzeichnis | 469

Abkürzungsverzeichnis | 471

Glossar | 475

Anhang | 479

Zusammenfassung | 479

Interviewfragebögen | 480

Interviewfragebögen für beide Feldforschungsaufenthalte 2013/2014 | 482

Danksagung

Diese Doktorarbeit hätte ich ohne die finanzielle und ideelle Unterstützung der Friedrich-Ebert-Stiftung nicht realisieren können und ich bin der Studienstiftung zutiefst dankbar, dass sie mir durch das Promotionsstipendium eine unabhängige Forschung in einem hoch-politisierten und vom Krieg zerrüttenden Land wie Afghanistan ermöglicht hat. In Freiheit und Einsamkeit zu forschen ist ein hohes Privileg, dass sich meist nur durch soziale und finanzielle Unterstützung realisieren lässt. Den Forschern des Sonderforschungsbereichs *700 Governance in Räumen begrenzter Staatlichkeit* mit dem Teilprojekt C9 – *Aid, Minds, Hearts: A Longitudinal Study of Governance Interventions in Afghanistan* möchte ich für die anregenden Gespräche, die Workshops und für den wissenschaftlichen Austausch danken. An dieser Stelle möchte ich auch hervorheben, dass mir die Seminare und Kolloquien am *Peace Research Institute Oslo* (PRIO) weitere Perspektiven für meine Forschungsansätze eröffnet haben. Der kritische Blick auf die Friedens- und Konfliktforschung gemeinsam mit anderen Forscher*innen und Doktorand*innen auf internationalem Niveau war eine große Bereicherung. Auch danke ich den Mitarbeiter*innen des afghanischen Forschungsinstituts *Afghanistan Research Evaluation Unit* dafür, dass sie mir während meines Feldforschungsaufenthaltes Zugang zu ihrer Bibliothek in Kabul gewährt haben. Auch die Bibliothekare der damals neu eröffneten Bibliothek im *Afghanistan Center*, gegründet von Nancy Hatch Dupree, auf dem Campus der Universität Kabul haben mir schnell und unbürokratisch geholfen, viele seltene digitalisierte historische Quellen zu sichten und zu entdecken.

Mein größter Dank gilt Prof. Dr. Michael Daxner, er hat meine Arbeit über mehrere Jahre motivierend betreut. Ich bin ihm sehr dankbar, dass er als erfahrener Feldforscher, Freund Afghanistans und unvoreingenommener Kenner des Landes meine Forschung mit stets konstruktiver Kritik begleitet hat und mir seinen soziologischen und anthropologischen Blick, sowie seine Expertise als Politikwissenschaftler zur Verfügung gestellt hat. Auch Prof. Tobias Berger danke ich für sein Gutachten, seine Hilfe und Kooperation.

Meiner Mutter, Hafiza Dadfar Spanta, danke ich dafür, dass sie mir als Feministin und politisch aktive Frau stets ein Vorbild ist und mich mit ihrem unentwegten Optimismus immer bestärkte, meinen Weg in die Forschung weiter zu verfolgen. Meinem Vater, Dr. Rangin Dadfar Spanta, danke ich für seine wissenschaftliche und moralische Unterstützung während meiner gesamten Studienzeit und besonders während der Doktorarbeit. Meinem Bruder, Aarash Dadfar Spanta, seiner Ehefrau Adi Liraz und meiner Cousine Armeghan Taheri danke ich für ihre Geduld, die vielen

Gespräche und Diskussionen über meine Arbeit. Meinem Neffen Ilias und meiner Nichte Darya, danke ich dafür, dass sie mir immer wieder zeigten, dass es als Tante auch andere Realitäten als die Doktorarbeit gibt.

Mein tiefster Dank gilt allen meinen Freund*innen, die mir im gesamten Prozess meines Promotionsvorhabens stets mit Rat und Optimismus zur Seite standen: Dr. Marta Becherini, Dr. Vagma Djallalzada, Thore Feickert, Jana Kandinskaja, Julia Kloppenburg, Dr. Alexandra Kloß, Dr. Ceyda Nurtsch, Dr. Katrin Solhdju, Dr. Theo Ioannidis und Junichi Ono.

Meinem Partner Bijan Paya Taheri danke ich dafür, dass er immer für mich da war und mit mir viele Stunden lang inhaltliche Themen diskutierte, Interviewtranskripte gegenlas und mit mir seine langjährige Erfahrung in der internationalen und afghanischen Politik teilte.

Legende des transkribierten Zeichensystems für die Interviews

Zeichen	Bedeutung
–	Betonung
°...°	Leise gesprochen
XYXYX	Laut gesprochen
@...@	Lachen
@3@	Drei Sekunden langes Lachen
(...)	Akustisch nicht verstanden
XY-	Abgebrochener Satz bzw. unvollständiger Satz
–xyxyxyx–	Unterbrechung durch Anruf, Begrüßung, Besprechung
(1)	Eine Sekunde Pause, die Zahl steht für die Sekunden der Pause
//XYXYXY//	Unterbrochen durch die Antwort der*s Informantin*en, gleichzeitiges Sprechen
[...]	Zusätzliche Informationen zum Verständnis oder gelöschte Informationen, um die Anonymität zu wahren, weil auf die Identität der*s Informantin*en rekuriert werden könnte
:::	Lang gezogenes Wort
.	Stark sinkende Intonation
;	Schwach sinkende Intonation
...	Verkürzte Wiedergabe des Interviews innerhalb des Textes der Doktorarbeit

1 Einleitung

Die vorliegende Doktorarbeit widmet sich im ersten Schritt der Frage, wie die Patronage-Klientel-Netzwerke der unterschiedlichen afghanischen Eliten innerhalb eines neopatrimonialen Systems verlaufen, um die Konfliktdynamiken der unterschiedlichen Elitefraktionen aufzudecken. Es wurden politische, religiöse, kulturelle, mediale, akademische sowie wirtschaftliche Elitenvertreter*innen¹ in Kabul, Mazar-e Sharif und Herat in halb-standardisierten Interviews für die Beantwortung der Frage nach den Patronage-Klientel-Netzwerken interviewt. Denn die hier angewandte Elitendefinition geht davon aus, dass diese Eliten aus den unterschiedlichen gesellschaftlichen Sektoren über unterschiedliche Hoheitsdimensionen (Deutungs-, Entscheidungs- und Wirkungshoheit) verfügen. Mit dieser Frage stehen die Lebenswelten, Machtfragen und Wertvorstellungen der unterschiedlichen Elitefraktionen für eine stabile und friedensbildende Regierungsform im zumindest verfassungsrechtlich zentralstaatlich organisierten Afghanistan im Vordergrund. Im zweiten Schritt wird die Frage nach einem staatskonsolidierenden Friedensbildungsprozess beantwortet.

Im Laufe der Arbeit kommen insgesamt vier Annahmen zum Tragen, von denen zwei als forschungsleitende Annahmen hier direkt vorgestellt werden und zwölf generierte Hypothesen, die sich über die Analyse der Interviews, Beobachtungen und anderen Forschungsbeiträgen ergeben haben:

- 1) Annahme: Die unterschiedlichen Elitefraktionen werden nicht konsensual regieren und somit den staatskonsolidierenden Prozess nach dem Abzug der internationalen Schutztruppe nicht eigenständig zu einer stabilen demokratischen Regierungsform weiterführen können.

1 In der Doktorarbeit werden mit dem Gendersternchen sprachlich sowohl Transsexuelle, transgender oder intersexuelle Personen als auch Frauen und Männer ausdrücklich mitberücksichtigt. Wenn es möglich ist, dann werden anstatt des Sternchens Partizipien im Plural verwendet, wie beispielsweise bei „Studierenden“. Bei den Interviewzitatzen der afghanischen Eliten wird ausschließlich die männliche Form verwendet, da auf Farsi – wie im Englischen – keine Unterscheidung vorgenommen wird. Für kulturell, politisch und traditionell weiterhin stark verankerte Positionen, beispielsweise „regionale Machthaber“, „lokale Kriegsherren“ und „traditionelle Entscheidungsträger“, wird die männliche Form verwendet, um hier die patriarchalischen Strukturen abzubilden.

- 2) Annahme: Die junge Generation² der Eliten, die zwischen 1992 und der Gegenwart nicht an Gewalttaten beteiligt waren, könnten die Konflikte beilegen, einen Minimalkonsens für die sich im Aufbau befindenden Institutionen erreichen sowie die Meinungsunterschiede im Rahmen der rechtsstaatlichen Möglichkeiten regulieren und den Kampf um die politischen (Macht-)Positionen mit den dafür vorgesehenen Regeln und Wahlen durchführen.

Die erste Annahme hat sich im Anschluss der Untersuchung bestätigt und wird in der nachstehenden 1. Hypothese präziser ausformuliert und sie beschreibt, wie sie als eine systematische Methode der Regierungsführung im afghanischen Regierungskontext kultiviert wird und zur Machtsicherung vor allem der politischen und wirtschaftlichen Eliten in einem profitablen neopatrimonialen Netzwerk beiträgt.

Die zweite Annahme über eine konsensual vereinte junge Generation, die innerhalb der rechtsstaatlichen Möglichkeiten ihre unterschiedlichen politischen Vorstellungen friedlich miteinander um die Gunst einer möglichst großen Wählerschaft aushandelt, hat sich aufgrund der unterschiedlichen und konträren Weltanschauungen nicht bestätigt. Die ersten beiden Annahmen werden anhand der empirischen Beschreibungen und methodischen Triangulation von Beobachtungen, Forschungsbeiträgen und Interviewaussagen im Laufe der empirischen Untersuchung hinterfragt und als erkenntnisleitende Forschungsfrage am Ende der Arbeit im Anschluss des empirisch-analytischen Teils im Gesamtkontext reflektierter zu verstehen sein.

Im Laufe der Doktorarbeit werden an unterschiedlichen Stellen weitere Fragen und Annahmen formuliert, die sowohl als inhaltliche Überleitungen zu lesen sind als auch zu inhaltlich spezifischeren Fragestellungen im jeweiligen Kontext führen. Folgende Darstellung der über die Arbeit verteilten Annahmen, Hauptpunkte, Fragen und die dazugehörigen Hypothesen stellen einen schematischen Überblick dar. Die Hypothesen werden nicht in ihrer aufsteigenden Nummerierung dargestellt, weil sie sich ursprünglich hypothesengenerierend und sukzessive aus den empirischen Kapiteln generiert haben, aber gleichzeitig miteinander inhaltliche Verbindungen aufweisen, die im Anschluss dieses tabellarischen Überblicks erklärend ausformuliert werden:

2 In Kapitel 6.2 *Habituelle Kleidung als Zündstoff und die feinen Unterschiede* wird die statistische Erhebung zur demographischen Situation in Afghanistan zitiert, aus der hervorgeht, dass 63,14 Prozent jünger als 25 Jahre alt sind (CIA The Worldfactbook 2017 est.). Während der Feldforschung im Jahre 2013/2014 sind von insgesamt 40 interviewten Eliten 17 unter 35 Jahre alt gewesen und diese zähle ich bei meiner qualitativen Auswertung zur jungen und neuen Generation von Elitenvertreter*innen. Diese neue Generation ist rein rechnerisch meist erst nach 1979 und somit nach der Invasion der sowjetischen Truppen zur Welt gekommen und hat einerseits Afghanistan nur in Kriegszeiten erlebt oder ist andererseits in der Diaspora in den Nachbarstaaten aufgewachsen. Meist waren sie zu jung, um direkt politische Entscheidungen mitbeeinflussen zu können.

Tabelle 1: Überblick zur Verknüpfung zwischen den Annahmen und Hypothesen

Forschungsleitende Annahmen	Seite	Hypothesen
1. Die unterschiedlichen Elitefraktionen werden nicht konsensual regieren.	S. 57	1. Hypothese: Aus diesen hier dargelegten instabilen und flexiblen Koalitionen geht hervor, dass in Afghanistan uneinige Eliten mit ethnopolitischen Patron-Klientel-Verhältnissen in einem profitablen neopatrimonialen Netzwerk herrschen. Aufgrund der Interessen einer liberalen Oligarchie werden in dieser Interventionsgesellschaft vornehmlich von politischen und wirtschaftlichen Eliten bewusst Gewaltdynamiken aufrechterhalten.
2. Die neue Generation der Eliten kann einen Minimalkonsens für die sich im Aufbau befindenden Institutionen erreichen (Diese Annahme hat sich eher nicht bestätigt. Vgl. auch Kap. 8.1.1 <i>Forschungsleitende Annahmen</i>)	S. 58	<p>4. Hypothese: Die Werte, Weltanschauungen und Normvorstellungen der Pre-1978er Eliten werden von der jüngeren afghanischen Generation in ihrer eigenen Interpretation in ihre Lebenswirklichkeit übersetzt <i>oder</i> eher als „westlich“ und anti-islamisch abgelehnt und uminterpretiert.</p> <p>9. Hypothese: Der Theologie-Dozent repräsentiert eine junge Generation einer gut ausgebildeten Elite, die islamkonforme Relevanzstrukturen durch ihre islamisch-theologische Deutungskompetenz an die nächsten Generationen mit identitätsstiftendem Selbstbewusstsein, höchst politisiert durch eine Staats-Religions-Doxa tradiert und sogar in einen internationalen Kontext mit anderen islamistischen Bewegungen setzt.</p> <p>11. Hypothese: Nach der Bourdieu'schen Ökonomie der Praxis führt dieses Phänomen des erlangten institutionellen Kapitals mit dem Ausbleiben des symbolischen und wirtschaftlichen Kapitals zu hohem Frustrationspotenzial, das von politischen Elitenvertreter*innen leicht für ihre eigenen Interessen mobilisiert werden und zu politischen Radikalisierungen führen kann.</p>

Quelle: Eigene Darstellung

Tabelle 2: Sekundäre und überleitende Annahmen

Sekundäre und inhaltlich überleitende Annahmen	Seite	Hypothesen
<p>Die Arbeit hat es sich zum Ziel gesetzt herauszufinden, wie die Patronage-Klientel-Netzwerke in Afghanistan zwischen den unterschiedlichen Eliten aus Politik, Kultur, Wirtschaft, Medien, Bildung und Religion mit ihren unterschiedlichen Hoheitsdimensionen (Deutungs-, Entscheidungs- und Wirkungshoheit) verlaufen, um die Konfliktdynamiken der unterschiedlichen ElitEFRaktionen aufdecken zu können und um dann im zweiten Schritt die Frage nach einer Strategie für einen staatskonsolidierenden Friedensbildungsprozess zu beantworten.</p>	S. 397	<p>1. Hypothese: Aus diesen hier dargelegten instabilen und flexiblen Koalitionen geht hervor, dass in Afghanistan uneinige Eliten mit ethnopolitischen Patron-Klientel-Verhältnissen in einem profitablen neopatrimonialen Netzwerk herrschen. Aufgrund der Interessen einer liberalen Oligarchie werden in dieser Interventionengesellschaft vornehmlich von politischen und wirtschaftlichen Eliten bewusst Gewaltdynamiken aufrechterhalten.</p>
<p>Warum dieses weite Spektrum der Elitenkonstruktionen abgedeckt worden ist, ergibt sich aus der Situation Afghanistans und der Definition der Eliten, was im Laufe der Arbeit durch zwei Hauptpunkte deutlich wird:</p> <p>1. Alle diese unterschiedlichen Eliten haben voneinander abweichende, sich überschneidende oder sich stark widersprechende Lebenswelten; meist kristallisierte sich ein Paradoxon zwischen der normativen und der tatsächlichen Handlungspraxis bei den interviewten Eliten heraus.</p>	S. 30	<p>3. Hypothese: In der segmentierten Gesellschaft Afghanistans mit translokalen Versorgungsnetzwerken bietet die Mischung eines klassischen Klientelismus und Eliten-Klientelismus die Möglichkeit, während der derzeitigen Transformationsphase zu einem konsolidierten Staat mit den essenziellen Funktionen für die voneinander abhängigen Patron*innen und Klientel soziales, wirtschaftliches und symbolisches Kapital zu sichern.</p>

Sekundäre und inhaltlich überleitende Annahmen	Seite	Hypothesen
<p>2. Relevant ist hier im Zusammenhang von neopatrimonialen Netzwerken auch, über die unterschiedlichsten Eliten ihr Spektrum der Gestaltungs-, Deutungs-, Entscheidungs- und Wirkungshoheit zu erfassen. Aufgabe dieser Arbeit wird es auch sein, die Abstoßungs- und Anpassungstendenzen zu den unterschiedlichsten Lebenswelten sowohl zwischen den Eliten als auch zum Teil zwischen den Eliten und den mittleren sowie unteren Schichten zu beleuchten.</p>	S. 30	<p>7. Hypothese: Die Elitenvertreter*innen aus Kunst und Medien sind als Teil der Mittelschicht ein Bindeglied zwischen den Super-Eliten aus Politik und Wirtschaft und der afghanischen Bevölkerung, weshalb sie federführend dazu beitragen könnten, dass sich pazifizierte Raumfigurationen bilden. Diese Eliten könnten die Mobilitätswege auf horizontaler und vertikaler Ebene öffnen.</p> <p>10. Hypothese: Die politischen Eliten forcieren konfessionelle Unterschiede, um die Vorwärtsdynamiken der Gewalt für die neopatrimonialen Strukturen über weitere Generationen erhalten zu können.</p>
<p>Inwiefern wurde die hybride soziale Ordnung in einer segmentierten und fragmentierten Gesellschaft wie Afghanistan untersucht und geschah dies aus der Perspektive der afghanischen Elitefraktionen?</p>	S. 47	<p>2. Hypothese: Die afghanische Gesellschaft ist eine segmentierte Gesellschaft, in der ein klassisch-segmentierter Klientelismus in der Kombination mit Eliten-Klientelismus durch Präbendalismus innerhalb eines semi-präsidentiellen Systems primär durch die politischen und wirtschaftlichen Eliten praktiziert wird und somit eine spezifisch afghanische Form des Neopatrimonialismus bildet.</p> <p>6. Hypothese: Forscher*innen aus den intervenierenden Gesellschaften analysieren die intervenierten Gesellschaften anhand ihrer eigenen milieuspezifischen Lebenswelt, nach denen sie sowohl die generischen Systemprozesse als auch die dazugehörige politische Systemebene bewerten.</p>

Weitere Fragen, die über die Arbeit im Laufe des Forschungsprozesses in den Mittelpunkt rückten und das forschungsleitende Erkenntnisinteresse formten, werden hier in einem Frage(-n)-Hypothese(-n)/Thesen-Schema für ein besseres Leserverständnis für den gesamten Kontext der Arbeit aufgeführt.

Vier verzahnte Fragen, die zum Ende der Arbeit zu den Hypothesen führten sind:

- 1) Wie kann der Weg zu einem pazifizierenden Konsolidierungsprozess zwischen den Elitenvertreter*innen aussehen (S. 57 in diesem Band)? – 7. Hypothese: Die Elitenvertreter*innen aus Kunst und Medien sind als Teil der Mittelschicht ein Bindeglied zwischen den Super-Eliten aus Politik und Wirtschaft und der afghanischen Bevölkerung, weshalb sie federführend dazu beitragen könnten, dass sich pazifizierte Raumfigurationen bilden. Diese Eliten könnten die Mobilitätswege auf horizontaler und vertikaler Ebene öffnen. Eine weitere formulierte These für diesen Zusammenhang findet sich in Kapitel 6.2.1 *Die Kleidung der zwei höchsten Regierungsvertreter*: „Über die Zeit und eine pazifizierte Konfliktaustragungsform während des laufenden Adaptions- und Abstoßungsprozesses aller Individuen in ihren jeweiligen Figurationen werden sich über mehrere Generationen Aushandlungsprozesse für neue Formen des Denkens, Handelns und Fühlens entsprechend zu den staatlichen Institutionen mit einem funktionierenden und sicherheitsgarantierenden Gewaltmonopol entwickeln (S. 248 in diesem Band).“
- 2) Worin bestehen die Interessen, Werte, Normen und Weltanschauungen der durch die Kriege neu entstandenen Elitevertreter*innen in Bezug auf den Staatsbildungsprozess in Afghanistan (S. 57 in diesem Band)? – 3. Hypothese: In der segmentierten Gesellschaft Afghanistans mit translokalen Versorgungsnetzwerken bietet die Mischung eines klassischen Klientelismus und Eliten-Klientelismus die Möglichkeit, während der derzeitigen Transformationsphase zu einem konsolidierten Staat mit den essenziellen Funktionen für die voneinander abhängigen Patron*innen und Klientel soziales, wirtschaftliches und symbolisches Kapital zu sichern.
- 3) Und wie lässt sich der Staatsbildungsprozess unter deren Berücksichtigung gestalten (S. 57 in diesem Band)? – 4. Hypothese: Die Werte, Weltanschauungen und Normvorstellungen der Pre-1978er Eliten werden von der jüngeren afghanischen Generation in ihrer eigenen Interpretation in ihre Lebenswirklichkeit übersetzt oder eher als „westlich“ und anti-islamisch abgelehnt und uminterpretiert; 9. Hypothese: Der Theologie-Dozent repräsentiert eine junge Generation einer gut ausgebildeten Elite, die islamkonforme Relevanzstrukturen durch ihre islamisch-theologische Deutungskompetenz an die nächsten Generationen mit identitätsstiftendem Selbstbewusstsein, höchst politisiert durch eine Staats-Religions-Doxa tradiert und sogar in einen internationalen Kontext mit anderen islamistischen Bewegungen setzt; 10. Hypothese: Die politischen Eliten forcieren konfessionelle Unterschiede, um die Vorwärtsdynamiken der Gewalt für die neopatrimonialen Strukturen über weitere Generationen erhalten zu können.

- 4) Können diese Eliten mit ihren unterschiedlichen Regierungsvorstellungen einen Elitenkonsens für einen staatskonsolidierenden Prozess bilden (S. 57 in diesem Band)? – 3. Hypothese: In der segmentierten Gesellschaft Afghanistans mit translokalen Versorgungsnetzwerken bietet die Mischung eines klassischen Klientelismus und Eliten-Klientelismus die Möglichkeit, während der derzeitigen Transformationsphase zu einem konsolidierten Staat mit den essenziellen Funktionen für die voneinander abhängigen Patron*innen und Klientel soziales, wirtschaftliches und symbolisches Kapital zu sichern; 8. Hypothese: Die neopatrimonialen Netzwerke agieren auf den oberen Ebenen ethnopolitisch übergreifend, um ihre Positionen innerhalb einer liberalen Oligarchie zu festigen. Die Interviews mit den Taliban haben zu folgender These geführt: „Zusammenfassend kann hier gerade aufgrund der Komplexität der dargestellten Faktoren eines Friedensprozesses festgehalten werden, dass die Taliban weiterhin ein festes ideologisches Rahmenprogramm und eine eigene staatliche Struktur haben, die ihre religiös-orthodoxe Weltanschauung reflektiert und in sich kohärent ist (S. 324 in diesem Band).“

Nachdem im zweiten Kapitel der Neopatrimonialismus definiert wurde, kamen folgende Fragen auf: Inwiefern sind diese Definitionen zum Neopatrimonialismus und die drei Variablen (präsidientielles System, Klientelismus, Verteilung der staatlichen Ressourcen) zu neopatrimonialen Strukturen bei der empirischen Untersuchung der afghanischen Elitenstruktur hilfreich (S. 65 in diesem Band)? Wie Erdmann und Engel (2007) vorschlagen, ist eine zweidimensionale Untersuchung der Regierungsstrukturen, die sowohl in einen legal-bürokratischen Staatsapparat als auch in neopatrimoniale Strukturen eingebettet sind, wie folgt möglich: Erstens stellt sich die Frage, *wie das politische Amt geführt wird?* Ist der Regierungsstil zum Beispiel autoritär, demokratisch oder etwa dazwischen, würde man letztes dann als hybrid bezeichnen? Zweitens ist von Bedeutung, *wie das bürokratische Amt geführt wird* (S. 65 in diesem Band). – 2. Hypothese: Die afghanische Gesellschaft ist eine segmentierte Gesellschaft, in der ein klassisch-segmentierter Klientelismus in der Kombination mit Eliten-Klientelismus durch Präbendalismus innerhalb eines semi-präsidentiellen Systems primär durch die politischen und wirtschaftlichen Eliten praktiziert wird und somit eine spezifisch afghanische Form des Neopatrimonialismus bildet.

Die untersuchten Reformen im Bereich der subnationalen Regierungsführung haben einen zentralen Kern während der Interviews mit den unterschiedlichen Elitenvertreter*innen dargestellt und zu folgender Frage sowie Hypothese geführt: Ein besonderer Graubereich sind die subnationalen Reformen des *institutionalization-first*-Ansatzes, in denen seit 2002 ein *top-down*- und mittlerweile auch ein *bottom-up*-Ansatz für die Kernbereiche eines demokratischen Staates im Falle Afghanistans kombiniert werden. Was bedeutet jedoch ein *bottom-up*-Ansatz in einem präsidientiellem System, wie er in Afghanistan vorherrscht (S. 76 in diesem Band)? – 12. Hypothese: Kürzere Verwaltungswege mit mehr Entscheidungskompetenz auf provinzieller Ebene können zu mehr Vertrauen, Transparenz, Rechenschaft (*accountability*) und einem effizienteren *checks-and-balances*-System führen. Unmittelbarere Regierungsführung an der Lebenswelt der betroffenen Bürger*innen kann auf Systemebene durch Parlamentarismus und mehr Dezentralisierung effizienter realisiert werden.

Über die Untersuchung der Regierungsformierung seit 2001 kamen folgende Fragen auf: Inwiefern hat der Kooptationsprozess des afghanischen Präsidenten Hamid Karzais sowie der angestrebte Konsolidierungsprozess der internationalen Gemeinschaft seit der Konferenz auf dem Petersberg bei Bonn am 5. Dezember 2001, an der die Nord-Allianz, die Rom-Gruppe (Monarchisten), die Zypern- und die Peschawar-Delegation beteiligt waren, den Weg zum angestrebten Elitenkonsens für die Zeit nach dem Abzug der ISAF im Jahre 2014 und für die bevorstehenden Präsidentschafts- und Provinzwahlen im April 2014 bereitet? Oder kann die Kooptationsstrategie der vorherigen Regierung, der Nationalen Einheitsregierung und der internationalen Gemeinschaft zu einer nachhaltigen Demokratisierung in Afghanistan führen (S. 106f in diesem Band)? – 4. Hypothese: Die Werte, Weltanschauungen und Normvorstellungen der Pre-1978er Eliten werden von der jüngeren afghanischen Generation in ihrer eigenen Interpretation in ihre Lebenswirklichkeit übersetzt *oder* eher als „westlich“ und anti-islamisch abgelehnt und uminterpretiert; 5. Hypothese: Die Pre-1978er Generation kann sich meist nicht auf eine ethnopolitische Klientel für ihren politischen Einfluss berufen und wird so im Vergleich zu den *tanzim*-Elitenvertreter*innen zu Außenseiter*innen, sobald sie keine staatliche Position mehr einnehmen; 8. Hypothese: Die neopatrimonialen Netzwerke agieren auf den oberen Ebenen ethnopolitisch übergreifend, um ihre Positionen innerhalb einer liberalen Oligarchie zu festigen.

Der Exkurs zum islamischen Frühaufklärer Ibn Rushd, jüdischen Frühaufklärer Spinoza und orthodox tradierten al-Ghazali hat zur Frage der Situation des Islam in Afghanistan geführt: Welche Rolle spielen der islamische und der jüdische Frühaufklärer für die Typologie der Eliten in einer islamischen Gesellschaft, in der sich die Bevölkerung zu 99,7 Prozent zum Islam bekennt (S. 112 in diesem Band)? – 4. Hypothese: Die Werte und Normen der pre-1978er Eliten werden von der jüngeren Generation übersetzt oder als westlich und anti-islamisch abgelehnt und uminterpretiert; 9. Hypothese: Der Theologie-Dozent repräsentiert eine junge Generation einer gut ausgebildeten Elite, die islamkonforme Relevanzstrukturen durch ihre islamisch-theologische Deutungskompetenz an die nächsten Generationen mit identitätsstiftendem Selbstbewusstsein, höchst politisiert durch eine Staats-Religions-Doxa tradiert und sogar in einen internationalen Kontext mit anderen islamistischen Bewegungen setzt; 10. Hypothese: Die politischen Eliten forcieren konfessionelle Unterschiede, um die Vorwärtsdynamiken der Gewalt für die neopatrimonialen Strukturen über weitere Generationen erhalten zu können.

Später diskutierte und zitierte Eliten- und Transformationstheoretiker*innen entwerfen die idealtypische Entwicklung einer liberalen Demokratie, die sich über die konsensual vereinten Eliten entwickelt und ihre Legitimität über eine liberale *politics* etabliert. Jedoch weisen die Realitäten Afghanistans die Tendenz zu einer anderen Hypothese hin: Wie kamen diese Transformationstheoretiker zu diesem Ergebnis und inwiefern ist es für die vorliegende Elitenanalyse der jeweiligen Elitefraktionen in Afghanistan hilfreich, diese Kategorien auf die afghanischen Elitefraktionen anzuwenden (S. 144 in diesem Band)? – 11. Hypothese: Nach der Bourdieu'schen Ökonomie der Praxis führt dieses Phänomen des erlangten institutionellen Kapitals mit dem Ausbleiben des symbolischen und wirtschaftlichen Kapitals zu hohem Frustrationspotenzial, das von politischen Elitenvertreter*innen leicht für ihre eigenen Interessen mobilisiert werden und zu politischen Radikalisierungen führen kann.

Eine immer wiederkehrende Frage nach guter Regierungsführung für Konfliktländer: Die drei *governance*-Dimensionen des SFB700 sind *die Rechstaatlichkeit, die Sicherheit und die Wohlfahrt*, die die Klientel in Konfliktländern aufgrund des essenzielleren Charakters dieser Bereiche mit mehr Nachdruck einfordert. Wer kann diese öffentlichen Güter für eine gute Regierungsführung steuern (S. 146 in diesem Band)? Eine These, die im Text formuliert wird: „Da sowohl die etablierten Eliten als auch ihre jeweilige Klientel Angst um den Verlust ihrer neu erlangten Stabilität und ihres Wohlstandes haben, könnte dieses Patronage-Klientel-Netzwerk als stabilisierende Form einer liberalen Oligarchie fungieren, und schließlich könnte dies die Grundlage für die Transition zu einer stabilen Demokratie bilden (S. 150 in diesem Band).“ Auch eine Hypothese hat sich zu dieser Frage ergeben: 1. Hypothese: Aus diesen hier dargelegten instabilen und flexiblen Koalitionen geht hervor, dass in Afghanistan uneinige Eliten mit ethnopolitischen Patron-Klientel-Verhältnissen in einem profitablen neopatrimonialen Netzwerk herrschen. Aufgrund der Interessen einer liberalen Oligarchie werden in dieser Interventionsgesellschaft vornehmlich von politischen und wirtschaftlichen Eliten bewusst Gewaltdynamiken aufrechterhalten.

Die dargelegten Konflikttheorien versuchen Dynamiken zu erklären und zu verstehen: Inwiefern können diese Konflikttheorien im afghanischen Kontext in der Frage nach den Dynamiken sowie der Frage nach den Ursache-Wirkungs-Zusammenhängen, nachdem die größten Konfliktpotenziale zwischen den Elitefraktionen aufgedeckt worden sind, erklärend zur Seite stehen (S. 152 in diesem Band)? – 7. Hypothese: Die Elitenvertreter*innen aus Kunst und Medien sind als Teil der Mittelschicht ein Bindeglied zwischen den Super-Eliten aus Politik und Wirtschaft und der afghanischen Bevölkerung, weshalb sie federführend dazu beitragen könnten, dass sich pazifizierte Raumfigurationen bilden. Diese Eliten könnten die Mobilitätswege auf horizontaler und vertikaler Ebene öffnen; 9. Hypothese: Der Theologie-Dozent repräsentiert eine junge Generation einer gut ausgebildeten Elite, die islamkonforme Relevanzstrukturen durch ihre islamisch-theologische Deutungskompetenz an die nächsten Generationen mit identitätsstiftendem Selbstbewusstsein, höchst politisiert durch eine Staats-Religions-Doxa tradiert und sogar in einen internationalen Kontext mit anderen islamistischen Bewegungen setzt; 10. Hypothese: Die politischen Eliten forcieren konfessionelle Unterschiede, um die Vorwärtsdynamiken der Gewalt für die neopatrimonialen Strukturen über weitere Generationen erhalten zu können.

Die Frage nach einem friedenskonsolidierten Prozess mit Eliten aus der Kriegszeit haben zu folgender Frage und anschließender These im Text geführt: Wie verläuft der Staatsbildungsprozess in einem Land wie Afghanistan, das über vier Dekaden in verschiedenen *tanzim*-Konstellationen insbesondere während der Bürgerkriegsjahre von 1992 bis 1996 den Krieg erlebt, angefacht, ausgeführt und als Konfliktaustragungsform internalisiert hat und nun mit überwiegend denselben Exponenten des Konfliktes neu aufgebaut werden soll (S. 154 in diesem Band)? – „Ihre Gegensätze hinsichtlich der Staatsform, der Rolle der Religion, Normen und Werte und die zwei Gemeinsamkeiten, nämlich die Angst um den Machtverlust und vor juristischer Verfolgung ihrer Kriegsverbrechen, sowie die dogmatische Überzeugung, das jeweils Richtige für die eigene Nation zu verfolgen, sind in der Atmosphäre des Misstrauens spiralförmig zu gewaltgeladenen Dynamiken geworden (S. 154 in diesem Band).“

Zwei interdependente Teilantworten, die als Fragen formuliert werden, haben sich über die Diskussion der unterschiedlichen Kooptationstrategien von Karzai und Ghani ergeben:

- 1) Annahme: Die unterschiedlichen Elitefraktionen werden nicht konsensual regieren und somit den staatskonsolidierenden Prozess nach dem Abzug der internationalen Schutztruppe nicht eigenständig zu einer stabilen demokratischen Regierungsform weiterführen können.
- 2) Annahme: Die junge Generation³ der Eliten, die zwischen 1992 und der Gegenwart nicht an Gewalttaten beteiligt waren, könnten die Konflikte beilegen, einen Minimalkonsens für die sich im Aufbau befindenden Institutionen erreichen sowie die Meinungsunterschiede im Rahmen der rechtsstaatlichen Möglichkeiten regulieren und den Kampf um die politischen (Macht-)Positionen mit den dafür vorgesehenen Regeln und Wahlen durchführen.

Diese zwei Fragen lassen sich mit der 8. Hypothese beantworten: Die neopatrimonialen Netzwerke agieren auf den oberen Ebenen ethnopolitisch übergreifend, um ihre Positionen innerhalb einer liberalen Oligarchie zu festigen.

Die nächste Frage ergab sich aus der fragilen politischen Situation, während meines zweiten Feldforschungsaufenthaltes im November 2014 nach den Präsidentschaftswahlen: Wie kam es im November 2014 zu dieser angespannten Lage, zu den täglichen Anschlägen, der politischen Unsicherheit, was bedeutet es genau für die Konfliktodynamiken der unterschiedlichen Elitenvertreter*innen im Machtzentrum Kabul und den Friedensprozess (S. 194 in diesem Band)? Wobei auch hier die 8. Hypothese, als Antwort dient, da die Flexibilität der politischen Eliten für ihre neopatrimonialen Netzwerke essenziell ist.

Ein weniger oft untersuchter Sektor der Eliten stellen die Künstler*innen dar, die in Afghanistan meist eng mit der Medienlandschaft verwoben sind. Aus diesem Grund ergab sich aus den Interviews mit den Eliten aus der Kunst- und Kulturszene folgende weiterführende Untersuchungsfrage: Wie gestaltet sich nun das Leben der Eliten aus der Künstler*in- und Literaturszene, die eng mit dem journalistischen Bereich verbunden sind (S. 250 in diesem Band)? – „Diese Aussagen der Rückkehrer*innen, die den sogenannten Braindrain umkehren könnten, muten sehr pessimistisch an und können nicht mehr mit dem Enthusiasmus der ersten Jahre nach dem

3 In Kapitel 6.2 *Habituelle Kleidung als Zündstoff und die feinen Unterschiede* wird die statistische Erhebung zur demographischen Situation in Afghanistan zitiert, aus der hervorgeht, dass 63,14 Prozent jünger als 25 Jahre alt sind (CIA The World Factbook 2017 est.). Während der Feldforschung im Jahre 2013/2014 sind von insgesamt 40 interviewten Eliten 17 unter 35 Jahre alt gewesen und diese zähle ich bei meiner qualitativen Auswertung zur jungen und neuen Generation von Elitenvertreter*innen. Diese neue Generation ist rein rechnerisch meist erst nach 1979 und somit nach der Invasion der sowjetischen Truppen zur Welt gekommen und hat einerseits Afghanistan nur in Kriegszeiten erlebt oder ist andererseits in der Diaspora in den Nachbarstaaten aufgewachsen. Meist waren sie zu jung, um direkt politische Entscheidungen mitbeeinflussen zu können.

Fall der Taliban verglichen werden. Die gesellschaftlichen und politischen Klientelnetzwerke haben sich institutionell manifestiert. Den kulturellen und jungen Eliten bietet sich nur eine Chance, wenn sie entlang ethnisch-regionaler, konfessioneller und tribaler Strukturen, ihr soziales, ökonomisches und soziales Kapital einsetzen Patron*innen um Hilfestellungen fragen. ... *Dieser Zyklus von Interessenpolitik funktioniert in der Kombination mit segmentierten und fragmentierten Stammesstrukturen, die sich sowohl ethnoregional als auch konfessionell zu einem Elitenklientelismus innerhalb eines präsidentiellen Systems verstärkt und vertieft haben* (S. 253 in diesem Band).“

Zum Ende der Arbeit hat sich nach den Interviews und den theoretischen Auswertungen zu den möglichen Systemreformen folgende Frage ergeben: Geht es nun um eine effektivere Regierungsführung der bereits existierenden Institutionen oder um eine Reform des präsidentiellen Systems? Sollte das präsidentielle System so reformiert werden, das es die soziokulturellen Begebenheiten Afghanistans besser reflektieren und somit repräsentieren kann (S. 343 in diesem Band)? Eine klare Hypothese auf diese Frage stellt die 12. Hypothese dar: Kürzere Verwaltungswege mit mehr Entscheidungskompetenz auf provinzieller Ebene können zu mehr Vertrauen, Transparenz, Rechenschaft (*accountability*) und einem effizienteren *checks-and-balances*-System führen. Unmittelbarere Regierungsführung an der Lebenswelt der betroffenen Bürger*innen kann auf Systemebene durch Parlamentarismus und mehr Dezentralisierung effizienter realisiert werden.

Nach den Auswertungen der Interviews hat sich eine eindeutige Mehrheit der Elitenvertreter*innen für ein dezentrales und parlamentarisches System ausgesprochen. Was aber bieten die Transformationstheoretiker für Lösungen an und inwiefern wären diese Lösungen mit den Realitäten Afghanistans und den Vorstellungen der Elitenvertreter*innen vereinbar (S. 365 in diesem Band)? – „Da die ökonomischen Ressourcen für das existenzielle Überleben innerhalb der staatlichen Strukturen in einem neopatrimonialen System mit ethnopolitischen und konfessionellen Interessen verwaltet werden, bleibt die Frage offen, wann und wie der Zeitpunkt zum Durchbrechen dieses Kreislaufes gekommen sein wird. Unter diesen Voraussetzungen ist es schwierig zu entscheiden, welche institutionellen Strukturen – ob ein konsoziationalistisches oder zentripetalistisches Regierungssystem – am ehesten die Eliten mit ihrer Klientel zu pazifizieren vermag. Momentan besteht ein Mischsystem des Konsoziationalismus und Zentripetalismus (*Tab. 6 Institutionelle Formen* und *Tab. 7 Afghanisches Mischsystem zwischen Konsoziationalismus und Zentripetalismus*), die politischen Reformen weisen eine stärkere Tendenz zum Konsoziationalismus mit ethnischen und konfessionellen Quotenregelungen für öffentliche Ämter auf, wobei diese informell reguliert werden (S. 375 in diesem Band).“

Als konfliktregulierend werden ethnische Quoten zu einer gerechten Machtteilung auch im afghanischen Kontext immer wieder thematisiert. Aus diesem Grund wurde basierend auf den Modellen des bekanntesten Transformationstheoretikers folgende Frage im Zusammenhang mit der US-amerikanischen Strategie formuliert: Wäre eine Quotenregelung nach dem niederländischen Politikwissenschaftler Arend Lijphart nach den bisherigen Ausführungen friedensbildend oder – um in den Worten der US-Regierung seit dem *policy shift* zu reden – der Kurswechsel von einem Stabilitätsansatz zum *good-enough*-Ansatz realisierbar (S. 375f in diesem Band)? – „Das Misstrauen zwischen den ethnischen Gruppierungen gab der afghanischen und der

US-amerikanischen Regierung von 2002 bis 2014 die Möglichkeit, sich der Loyalität unterschiedlichster ethnischer Gruppierungen und mancher Gouverneure zu versichern. Gleichzeitig werden jedoch Identitäten basierend auf ethnopolitischen Interessen geformt, die kein nachhaltiges Konstrukt für ein Nationen- und Staatsverständnis Afghanistans bilden können (S. 386 in diesem Band).“

Bevor die inhaltlichen Zusammenhänge zwischen den zwölf generierten Hypothesen für die argumentativen Zusammenhänge ausgeführt werden, seien sie hier zuerst für ein besseres Leseverständnis chronologisch aufgeführt:

1. Hypothese: Aus diesen hier dargelegten instabilen und flexiblen Koalitionen geht hervor, dass in Afghanistan uneinige Eliten mit ethnopolitischen Patron-Klientel-Verhältnissen in einem profitablen neopatrimonialen Netzwerk herrschen. Aufgrund der Interessen einer liberalen Oligarchie werden in dieser Interventionsgesellschaft vornehmlich von politischen und wirtschaftlichen Eliten bewusst Gewaltdynamiken aufrechterhalten.

2. Hypothese: Die afghanische Gesellschaft ist eine segmentierte Gesellschaft, in der ein klassisch-segmentierter Klientelismus in der Kombination mit Eliten-Klientelismus durch Präbendalismus innerhalb eines semi-präsidentiellen Systems primär durch die politischen und wirtschaftlichen Eliten praktiziert wird und somit eine spezifisch afghanische Form des Neopatrimonialismus bildet.

3. Hypothese: In der segmentierten Gesellschaft Afghanistans mit translokalen Versorgungsnetzwerken bietet die Mischung eines klassischen Klientelismus und Eliten-Klientelismus die Möglichkeit, während der derzeitigen Transformationsphase zu einem konsolidierten Staat mit den essenziellen Funktionen für die voneinander abhängigen Patron*innen und Klientel soziales, wirtschaftliches und symbolisches Kapital zu sichern.

4. Hypothese: Die Werte, Weltanschauungen und Normvorstellungen der Pre-1978er Eliten werden von der jüngeren afghanischen Generation in ihrer eigenen Interpretation in ihre Lebenswirklichkeit übersetzt *oder* eher als „westlich“ und anti-islamisch abgelehnt und uminterpretiert.

5. Hypothese: Die Pre-1978er Generation kann sich meist nicht auf eine ethnopolitische Klientel für ihren politischen Einfluss berufen und wird so im Vergleich zu den *tanzim*-Elitenvertreter*innen zu Außenseiter*innen, sobald sie keine staatliche Position mehr einnehmen.

6. Hypothese: Forscher*innen aus den intervenierenden Gesellschaften analysieren die intervenierten Gesellschaften anhand ihrer eigenen milieuspezifischen Lebenswelt, nach denen sie sowohl die generischen Systemprozesse als auch die dazugehörige politische Systemebene bewerten.

7. Hypothese: Die Elitenvertreter*innen aus Kunst und Medien sind als Teil der Mittelschicht ein Bindeglied zwischen den Super-Eliten aus Politik und Wirtschaft und

der afghanischen Bevölkerung, weshalb sie federführend dazu beitragen könnten, dass sich pazifizierte Raumfigurationen bilden. Diese Eliten könnten die Mobilitätswege auf horizontaler und vertikaler Ebene öffnen.

8. *Hypothese*: Die neopatrimonialen Netzwerke agieren auf den oberen Ebenen ethnopolitisch übergreifend, um ihre Positionen innerhalb einer liberalen Oligarchie zu festigen.

9. *Hypothese*: Der Theologie-Dozent repräsentiert eine junge Generation einer gut ausgebildeten Elite, die islamkonforme Relevanzstrukturen durch ihre islamisch-theologische Deutungskompetenz an die nächsten Generationen mit identitätsstiftendem Selbstbewusstsein, höchst politisiert durch eine Staats-Religions-Doxa tradiert und sogar in einen internationalen Kontext mit anderen islamistischen Bewegungen setzt.

10. *Hypothese*: Die politischen Eliten forcieren konfessionelle Unterschiede, um die Vorwärtsdynamiken der Gewalt für die neopatrimonialen Strukturen über weitere Generationen erhalten zu können.

11. *Hypothese*: Nach der Bourdieu'schen Ökonomie der Praxis führt dieses Phänomen des erlangten institutionellen Kapitals mit dem Ausbleiben des symbolischen und wirtschaftlichen Kapitals zu hohem Frustrationspotenzial, das von politischen Elitenvertreter*innen leicht für ihre eigenen Interessen mobilisiert werden und zu politischen Radikalisierungen führen kann.

12. *Hypothese*: Kürzere Verwaltungswege mit mehr Entscheidungskompetenz auf provinzieller Ebene können zu mehr Vertrauen, Transparenz, Rechenschaft (*accountability*) und einem effizienteren *checks-and-balances*-System führen. Unmittelbarere Regierungsführung an der Lebenswelt der betroffenen Bürger kann auf Systemebene durch Parlamentarismus und mehr Dezentralisierung effizienter realisiert werden.

Die zwölf Hypothesen sind inhaltlich wie folgt verknüpft und für den Verlauf der Argumentation relevant. Mit der 1. Hypothese hängen die 5., 8. und 10. Hypothese inhaltlich zusammen, da aus der 5. Hypothese hervorgeht, dass sich die Pre-1978er Generation nicht auf eine ethnopolitische Klientel für ihren politischen Einfluss berufen kann und nach ihren jeweiligen Amtsperioden zu politischen Außenseiter*innen werden. Die 8. Hypothese hat sich exemplarisch und primär aus den Auswertungen der Interviews und der *Kabul-Bank*-Affäre ergeben und unterstreicht, dass die Eliten wegen ihrer Partikularinteressen und ihres wirtschaftlichen Interesses durchaus bereit sind Kooperationen und Koalitionen mit anderen Ethnien einzugehen. Die 10. Hypothese fasst zusammen, dass die konfessionellen Unterschiede von politischen Eliten insbesondere an den Universitäten und somit bei der jungen Elite gegeneinander forciert werden. Während der religiösen Feiertage treten vermehrt gewaltgeladene Ausschreitungen zwischen unterschiedlichen konfessionellen und politischen Gruppierungen auf, die bewusst von außen beeinflusst werden. Alle vier generierten Hypothesen sind insofern ausschlaggebend für die Gesamtargumentation, als dass vor allem die politischen und wirtschaftlichen Eliten ein ethnopolitisches Gefüge aufrecht-

erhalten und einen elementaren Teil des neopatrimonialen Netzwerkes bilden. Dieses Gefüge bereichert sich über ein lukratives System der liberalen Oligarchie und wird über einen sich generierenden Kreislauf ideologisch, politisch, soziokulturell und religiös rentabel für die jeweilige Klientel gestaltet. Die im Theorieteil (Kap. 3.3 *Elitenkonstellationen in Transformationsgesellschaften*) präziser diskutierten Transformationsforscher Higley und Burton (2006: 188) sehen in der liberalen Oligarchie einen erfolgsversprechenden Weg zu einem konsolidierten Staat.

Aufgrund der theoretischen Komplexität der Fachterminologie in der 2., 3. und 11. Hypothese werden die inhaltlichen Zusammenhänge erst nach dem Definitions- und Theoriekapitel in ihrer Tiefe besser nachvollziehbar sein. Dennoch werden hier die inhaltlichen Zusammenhänge der drei Hypothesen ausformuliert. Die afghanische Form des Neopatrimonialismus besteht darin, dass sie sowohl traditionelle als auch moderne Versorgungsnetzwerke innerhalb eines sich im Aufbau befindenden zentralstaatlich organisierten präsidentiellen Systems verbindet. Die in den Kapiteln 7.2 (*Mezzanine-Herrschaften innerhalb eines Präsidialsystems in Mazar-e Sharif und Herat*) und in 7.2.1 (*Individualinteressen versus Parlamentarismus in einem Präsidialsystem*) aufgeführten Interviewzitate der politischen Eliten und diskutierten theoretischen Möglichkeiten auf der Systemebene wiesen paradoxe Handlungsrelevanzen auf. Denn alle Interviewpartner*innen bis auf einer befürworteten das parlamentarische System, aber gaben aus unterschiedlichen Gründen an, dass die politische Landschaft Afghanistans für diese Reform aufgrund e.g. von fehlenden Parteien, ethnisch motivierten Wahlabstimmungen und allgemein verbreiteter Korruption noch nicht reif sei. Die parallele Analyse über die tatsächlichen Zusammenhänge des politischen Handelns und Denkens ergaben jedoch auch, dass in einem parlamentarischen System die Versorgungsnetzwerke sowohl für die Patronage als auch für die Klientel entfallen würden. An dieser Stelle setzt die 11. Hypothese an, die sich über die Untersuchung der jungen Generation ergeben hat. Denn sie verfügen über einen gewissen Bildungsstand, verstehen über die Nutzung der internationalen Medien und sozialen Netzwerke, manchmal nach ihrer Rückkehr aus der Diaspora und/oder ihres Studiumsaufenthalts, dass sie sich in einem gleichzeitigen Ungleichzeitigkeits-Phänomen befinden.⁴ Es entsteht ein Frustrationspotenzial bei dieser Jugend, die von den Eliten für ihre eigenen Interessen ethnopolitisch instrumentalisiert werden. Dies zeigte sich anhand der Werte- und Normvorstellungen von religiös-konservativ orientierten Eliten und auch bei links-liberal orientierten Elitenvertreter*innen. In der andau-

4 Dieser Ausdruck „Die Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen“ geht ursprünglich auf den Philosophen Ernst Bloch zurück und er entwickelte den Begriff in Bezug auf die politischen Ereignisse der 1930er Jahre. In seinem Kapitel *Über Ungleichzeitigkeit, Provinz und Propaganda* hat der Philosoph die Sprache und Propaganda der Kommunisten und der Nationalsozialisten als die „Ungleichzeitig des Gleichzeitigen“ beschrieben. Er mahnte vor einem Rechtsruck: „Wir sind nicht nur nicht ungleichzeitig genug, um die Ungleichzeitigkeit zu treffen, sondern auch nicht ‚modern‘ genug, um bei der Jugend ein Aufhorchen zu erreichen.“ (Bloch 1978: 216) In einer im Mai 1932 allgemein formulierten Eingangsthese in seiner Abhandlung *Ungleichzeitigkeit und Pflicht zu ihrer Dialektik* schrieb er: „Nicht alle sind im selben Jetzt da. Sie sind es nur äußerlich, dadurch, dass sie heute zu sehen sind. Damit aber leben sie noch nicht mit anderen zugleich.“ (Bloch 1935/1962: 104)

ernen Kriegssituation ist es ein gewöhnliches Phänomen, dass sich innerhalb eines Patronage-Klientel-Systems über das von der Patronage monopolisierte soziale, wirtschaftliche und symbolische Kapital für die Klientel Beschäftigungs-, Bildungs- und essentielle gesundheitliche Versorgungssysteme sichern lassen und bürokratische Antragsprozesse schneller und günstiger abgewickelt werden können. Die lukrativen Voraussetzungen für die Patronage werden auf der Systemebene durch das präbendalistische System, das typischer Weise am besten in präsidentiellen Regierungssystemen funktioniert, sichergestellt.

Die generierten Hypothesen 4, 5, 6 und 9 verdeutlichen für die eingangs formulierten Forschungsfragen und Annahmen, dass fremde an die Gesellschaft herangetragene staatliche Transformationsprozesse für eine Demokratisierung von Staat und Nation in Afghanistan in unterschiedliche, eigene Varianzen übersetzt werden. Diese Varianzen orientieren sich zum einen nach internationalen, islamistischen Entwicklungen, die die Heilsbotschaft des Korans bestätigen und zum anderen auch eigene Neuinterpretationen von „westlichen“ Ideen hervorbringen. Diese Hypothese ergab sich beispielsweise aus dem Interview mit dem reformorientierten Talib, Juwand⁵, dessen Zitat sich an Abraham Lincolns Rede vom 19. November 1863 lehnt: „The Government of Muslim people for Muslim people.“⁶ Alle vier religiösen Eliten signalisierten, dass sie einen säkularen Staat nicht als islamkonform betrachten und nicht befürworten (4. Hypothese).

Die interviewten Elitenvertreter*innen, die als religiös orientierte Deutungseliten mit gesellschaftlich hohen Funktionen definiert werden können, treten durch den Verweis auf internationale islamistische Bewegungen in ein perspektivloses Vakuum bei der afghanischen Jugend und füllen es mit identitätsstiftender Religiosität (9. Hypothese). Als Sozialwissenschaftlerin war ich im Laufe der Arbeit durch einen anthropologisch-reflexiven Ansatz stets bemüht bei den Interpretationen und den anschließenden Analysen über die politischen Systemprozesse, mir darüber bewusst zu bleiben, dass sie aufgrund meiner milieuspezifischen Lebenswelt und den mir fachlich erlernten Systemprozessen subjektiv sind (6. Hypothese). Aus diesem Grund habe ich im empirischen Teil der Arbeit die Elitenaussagen zu Werten und Systemvorstellungen direkt zitiert, die Ansichten anderer Eliten zu ähnlichen Ansichten aufgeführt oder diejenigen mit anderen Ansichten zu ihnen kontrastiert und die normative Handlungstheorie zur realen Handlungspraxis der Interviewten gegenübergestellt. Beispielsweise hat zum Themenkomplex der Staats-Religions-Doxa mindestens ein Elitenvertreter offen und direkt ein säkulares System befürwortet, aber er sagte: „Die Erfahrung des Säkularismus muss es erst noch in Afghanistan geben.“⁷ Die 5. Hypo-

5 Im Anhang findet sich eine chronologische Übersicht der geführten Interviews. Von den insgesamt zwölf geführten Interviews habe ich nur das erste im April 2013 im Wohnzimmer meines Vaters geführt. Alle anderen habe ich in den Büros, in den Gasthäusern oder in den Privathäusern der Interviewten führen können, da die Sicherheitssituation besser war. Die Interviews in Mazar-e Sharif und Herat wurden alle in den Büros oder Gasthäusern der Elitenvertreter*innen geführt.

6 Vgl. Interview Nr. 19, mit Juwand in seinem Büro am 1. November 2014 in Kabul: 210f.

7 Vgl. Interview Nr. 17, mit Jahaangir im Lebensraum meines Vaters am 6. November 2014 in Kabul: 196f.

these unterstreicht die 4. und 9. Hypothese, denn die Pre-1978er Generation hat nach ihrer jeweiligen Amtsperiode keinen Rückhalt mehr, auch die ideologischen Übereinstimmungen, wenn sie denn überhaupt gegeben sind, können nicht lange zur liberal orientierten Klientel aufrechterhalten werden, da ihnen die ethnopolitischen Netzwerke mit den beiderseitigen lukrativen Versorgungssystemen fehlen.

Die bisherigen Hypothesen haben eher auf ein Abhängigkeitsverhältnis zwischen den Patron*innen und der Klientel verwiesen, die *per definitionem* einem Abhängigkeitsverhältnis aus der Not heraus gleicht. In konsolidierten Staatssystemen nach Diamonds Theorie, sollte es jedoch einen Minimalkonsens zu Werten, Normen und Verhalten zwischen den Eliten, den Organisationen und der Bevölkerung geben (Diamond 1999: 65ff). Theoretisch besteht dieser Minimalkonsens bereits, wenn allgemein akzeptiert wird, dass demokratische Abstimmungen das legitime Mittel zur Regelung von Macht und Meinungsunterschieden sind. Hier setzt die Elias'sche Theorie der pazifizierten Raumfigurationen und die Frage nach der Möglichkeit für diese Räume an. Die 7. und 12. Hypothese bieten Perspektiven zur Überwindung der sich weitenden Distanz zwischen den Eliten und der Bevölkerung, die die Frage nach der Legitimität der Institutionen und des Systems verstärkt. Eliten aus den Bereichen der Medien und der Kunst eröffnen durch ihre Arbeit – nicht so sehr durch ihre persönlichen Wertvorstellungen – ein Bindeglied zwischen den Super-Eliten aus der Wirtschaft und der Politik zur afghanischen Bevölkerung, indem sie eine Mittelschicht bilden, zugleich aber auch den Bedürfnissen und der Kritik der Bevölkerung eine Stimme geben. Eine Kultur des Friedens wird durch zivilgesellschaftliche Akteure in den urbanen Zentren kultiviert, die von den Bürger*innen willkommen geheißen wird und durch die sie sich gegenüber vor allem den politischen Eliten vertreten fühlen. Auf der Systemebene könnte der generierten 12. Hypothese nach durch mehr Dezentralisierung und einem parlamentarischen System eine unmittelbare und bessere Regierungsführung innerhalb der Provinzen erreicht werden.

Die Transformationstheorie von Higley und Burton (2006), die in der liberalen Oligarchie eine Möglichkeit zur Staatskonsolidierung hin zu einer liberalen Demokratie empirisch bewiesen sieht, bemerkt jedoch auch, dass zwei Faktoren dieser Entwicklung zur Gefahr werden können. Es ist die politische Dynamik zwischen Massenarbeitslosigkeit und religiöser Radikalisierung. Die 9., 10. und 11. Hypothese beschreiben diese Dynamik der Jugend-Arbeitslosigkeit unter gut ausgebildeten Universitätsabsolvent*innen, forcierte konfessionelle Gewaltdynamiken und politisierte Religiosität durch die islamistischen Radikalisierungen der jungen Generation, die durch externe politische Eliten sogar konfessionelle Unterschiede bei Studierenden in Universitäten steuern. Die theologischen Argumentationen, die diese religiösen Deutungseliten mit Überzeugung tradieren und für ihre politischen Interessen instrumentalisieren, stammen aus der Zeit des 9. Jahrhunderts als al-Ghazalis Religions-Staats-Doxa dem seldschukischen Hofe unter dem Großwesir Nizam al-Mulk (1018-1092) die Legitimation lieferte im weltlichen Diesseits die islamische Gemeinschaft zu leiten (Kap. 3.1.2 *Ibn Khalduns historisches Verständnis der Staatsbildung und Ibn Rushds versus al-Ghazalis Staats-Religions-Doxa*).

Die Termini „Elitefraktionen“, „Elitevertreter“, „Schlüsseliten“ etc. werden für die afghanischen Eliten synonym verwendet, wobei mit dem Suffix „-fraktionen“ eher die Konstellation der miteinander koalierenden Eliten betont oder analysiert werden soll und bei den „-vertretern“ der Schwerpunkt auf der Idee der Repräsentati-

on ihrer jeweiligen Klientel liegt. Der Definition nach gehörten neun der insgesamt 36 interviewten Eliten zu den Super-Eliten aus dem Bereich Politik und Medien.⁸ In Kapitel 3, dem Theorieteil der Arbeit, werden die unterschiedlichen Definitionen der Macht-, Funktions-, Deutungs- und Wirtschaftseliten sowie pluralistische Eliten historisch und politikwissenschaftlich definiert. Als Ultra-Eliten bezeichnet Zuckerman (1972) beispielsweise in ihrem Aufsatz die interviewten Nobelpreis-Träger. Ihrem Beispiel folgend würde ich von den insgesamt 36 interviewten Angehörigen der Elite insgesamt 16 als Angehörige der Ultra-Eliten innerhalb der afghanischen Grenzen einstufen. Diese interviewten Eliten hatten in der politischen und zugleich innerhalb der lukrativen wirtschaftlichen Strukturen die höchste Rangordnung zum Zeitpunkt des Interviews und auch etwa drei Jahre danach (2018) inne.

In meiner Arbeit habe ich sowohl Eliten interviewt, die nach der Definition von Bogner und Menz (2005) und Littig (2008) über eine *hohe Gestaltungs- und eine Deutungsmacht verfügen, als auch Experten*innen mit einer hohen Wirkungsmacht* (Bogner/Menz 2009: 72f). In der Arbeit werde ich neben dem Suffix „-macht“ auch das Suffix „-hoheit“ verwenden, um hier das eher im europäischen Kontext verwendete Konzept der Eliten als Funktionsträger*innen aufzugreifen. Dieses Konzept wird im Theoriekapitel zur Entwicklung des Elitebegriffs beschrieben (Kap. 3.1.5 *Elitentheorie nach dem Zweiten Weltkrieg*). Alle Interviewten betrachte ich sowohl als Eliten als auch als Expert*innen ihres Arbeitsbereiches. Eine Sonderstellung haben die Hochschuldozent*innen. Sie initiieren das „Deutungs-, Handlungs- und Prozesswissen“ (Littig 2008: 13) innerhalb der Studierendenschaft und somit für die nachkommenden Generationen an den Universitäten. Die Lehrenden haben somit einen großen Einfluss in ihrem jeweiligen Fachbereich und viele externe Elitenvertreter*innen nutzen diesen Einfluss, um ihre Klientel zu bestimmten Feiertagen oder historischen Gedenktagen zu mobilisieren. In der afghanischen Geschichte begannen die ideologischen Auseinandersetzungen und Demonstrationen meist an den Universitäten, sie sind immer noch der Ort, an dem verhärtete Wertvorstellungen aufeinanderprallen oder politische Differenzen ausgetragen werden. Dies wird im Rahmen der Interviews eingehender thematisiert.

Alle Interviewzitate sind anonymisiert, zu den wenigen Interviewpartnern, die hier genannt werden können, gehört der damals noch amtierende Präsident Hamid Karzai (2002-2014), der Gouverneur von Balch Atta Noor (2002-), der ehemalige Gouverneur von Herat Ismael Khan (2001-2004), der amtierende Präsident Ashraf Ghani und mit ihm der regierende *Chief Executive Officer* (CEO) Abdullah Abdullah.

Das zentrale Erkenntnisinteresse der Arbeit besteht darin, aus der Perspektive der afghanischen Elitenvertreter*innen – wenn auch mit europäisch geprägten Theorien und Methoden – der Frage nach einem vorerst pazifizierenden und staatskonsolidierenden Prozess für einen nachhaltigen Frieden nach der Präsenz der internationalen Gemeinschaft und ihrer Truppen nachzugehen. Der Begriff „pazifizierend“ wird im Kontext dieser Arbeit weder im kolonialistischen Sinne, aus der Zeit als es den Ko-

8 Die in der Arbeit zitierten Interviewabschnitte beziehen sich auf die Interviewtranskripte, die zum Schutz der Identität der Interviewten nicht veröffentlicht wurden. In begründeten Fällen können die Interviewprotokolle in anonymisierter Form erfragt werden.

lonialmächten darum ging, die Kolonialisierten und ihre Aufstände zu „pazifizieren“, verwendet (Kienscherf 2016: 1183; Neocleous 2011: 198-201; Bald 1976: 40). Noch wird pazifizierend im Sinne der allgegenwärtigen zivil-militärisch erstrebten Pazifizierung intervenierter Gesellschaften verwendet, bei der bereits während des Vietnam-Krieges⁹ bis heute im afghanischen und irakischen Zusammenhang in der Rhetorik des *winning hearts and minds* versucht wird, die Intervenierten durch die Konnotation von Sicherheit und Frieden in einen Staatsbildungsprozess zu integrieren (Koehler 2010: 221; Hunt 1995). Die Arbeit versucht vielmehr, den intern verlaufenden gesellschaftlichen Strukturwandel zu analysieren, der als „Verfriedlichung des Fühlens, Denkens und Handelns“ verstanden werden kann (Vogt 1986: 69). „Dabei geht es um tiefgreifende Strukturveränderungen in allen gesellschaftlichen Lebenswelten (Politik, Wirtschaft, Kultur), durch die das aggressionsproduzierende Wirkgeflecht der ‚strukturellen Gewalt‘ zerstört und durch eine konfliktregelnde *Friedensstruktur* ersetzt wird.“ (Vogt 1986: 70, Herv. i. O.) Dieser Forschungsansatz, nämlich nach den pazifizierenden bzw. friedensfördernden Verlaufsmöglichkeiten zu fragen, ermöglicht es, den derzeit lebensweltlichen Prozessen in der afghanischen Gesellschaft nachzugehen.

Der methodische und theoretische Zugang, den die vorliegende Arbeit verwendet, stammt zwar von westlichen Theoretiker*innen, jedoch haben diese durch ihren empirischen, anthropologischen, soziologischen sowie politikwissenschaftlichen Zugang ihres Untersuchungsfeldes ein kritisch reflexives Vorgehen für die Länder außerhalb der OECD-Staaten verwendet. Dieses wird im Verlauf der Doktorarbeit vorgestellt und dann für die erkenntnisleitende Frage nach den afghanischen Konfliktodynamiken zwischen den Eliten und den Patronage-Klientel-Netzwerken analysiert. Kern der Arbeit sind, nach der deskriptiven Analyse der unterschiedlichen Eliten, auch Vorschläge für die Rahmenbedingungen eines konsensorientierten und friedensbildenden Staatsbildungsprozesses. Hierfür wurden die Elitenaussagen nach der qualitativen Inhaltsanalyse ausgewertet und kondensiert, so dass die aussagekräftigsten, profunde- sten, aber auch besonders kontrastierende Interviewzitate aus den jeweiligen Forschungskontexten herausgefiltert werden konnten.

1.1 RELEVANZ DES THEMAS

Seit 2001 ist die internationale Gemeinschaft militärisch und entwicklungspolitisch in den afghanischen Staatsbildungsprozess involviert und hat verschiedene, aufeinander aufbauende Verträge und Abkommen bis 2024 für die Transformationsphase mit der Nationalen Einheitsregierung (NUG) unter Dr. Ashraf Ghani¹⁰ als Präsi-

9 Koehler weist in einer Fußnote darauf hin, dass bereits gegen die *Malayan National Liberation Army* in Malaysia die britischen *commonwealth* Truppen von 1948 bis 1960 die Strategie *winning the hearts and minds* erfolgreich angewandt hatten und in Vietnam jedoch mit diesem Slogan in einem langen Krieg von 1950 bis 1975 militärisch scheiterten (Koehler 2010: 221).

10 Bei der Schreibweise der persischen, paschtunischen oder arabischen Namen folgt die Arbeit der Transkription, die meist in der englisch- als auch deutschsprachigen Forschungsli-

ten und Dr. Abdullah Abdullah als CEO abgeschlossen. Im Folgenden wird vor dem Hintergrund der eigentlichen Fragestellung der Arbeit nach den Konfliktdynamiken und Gewaltmärkten (Elwert 2004) und des möglichen pazifizierenden Staatsbildungsprozesses kurz dargelegt, wie sich in der jüngsten Geschichte Afghanistans, also seit dem Anfang des 20. Jahrhunderts, die Konfliktdynamiken¹¹ entwickelt und verschärft haben. Diese Konfliktdynamiken haben zu Patron-Klientel-Netzwerken¹² geführt, die langfristig mit einem friedenskonsolidierenden Staatsbildungsprozess nach westlichem Vorbild, gestützt auf eine zivilbürgerlich orientierte Nation, nicht vereinbar erscheinen.¹³ Denn Afghanistan befindet sich seit 1979 *de facto* im Krieg.¹⁴ Die April-Revolution im Jahre 1978 symbolisiert für viele den Beginn der ethnopolitischen und konfessionellen Zerwürfnisse und Machtinteressen, politischen Repressionen von (potenziellen) Oppositionellen und insbesondere für die ländliche Bevölkerung die Umsetzung entfremdender Modernisierungs- und Landreformen (Barfield 2010: 225-233).

teratur und den Medien zu lesen ist. Bei wichtigen Termini aus der Ursprungssprache, die die Orte, eine Situation oder kulturelle Konnotation verdeutlichen sollen, folgt die Arbeit der international gängigen Schreibweise und der für die deutschsprachige Leserschaft zugänglichsten Transkription. Der Doktorarbeit liegt keine komplizierte islamwissenschaftliche Transkription zugrunde, zumal im Hauptteil die zitierten Interviews mit den afghanischen Eliten bereits einem Transkriptionsschema folgen (Przyborski/Wohrab-Sahar 2010).

- 11 Im Theoriekapitel wird die Verortung des Begriffes „Konflikt“ klarer. Folgende Konfliktforscher der Sozialwissenschaften sind für diese Arbeit von Bedeutung: Dahrendorf, Collins, Elwert und Bonacker. Der Arbeit liegt Elwerts Definition eines Konfliktes zugrunde: „Conflict is an action based upon the perception of partially incompatible interests or intentions between two or more persons.“ (Elwert/Schlee 2015: 620)
- 12 Folgende Definition für Netzwerke liegt der Arbeit zugrunde, die auch das besondere Abhängigkeitsverhältnis zwischen einer*in Patron*in und seiner Klientel erfasst: „[...] we defined governance networks as more or less stable patterns of social relations between mutually dependent actors, which cluster around policy problem, a policy programme, and/or a set of resources and which emerge, are sustained, and are changes through a series of interactions.“ (Klijn/Koppenjan 2016: 21)
- 13 Im Grunde bezeichnet der Begriff der Konsolidierung eine höhere Stufe der Transformation, in der die gegründeten Institutionen, die Verfassung und die Wahlen (*electoral democracy*) soweit internalisiert wurden, dass sie bereits Teil des Habitus geworden sind (Diamond 1999; Schmitter 1998; Linz/Stepan 1996).
- 14 An dieser Stelle verwende ich bewusst nicht das Wort Post-Konflikt, Post-Krieg, oder Nachkriegsgesellschaft, da in Afghanistan weiterhin Krieg herrscht und die gewaltsamen Konfliktdynamiken allgegenwärtig sind. Zu diesem Aspekt werde ich mich im Kapitel zur Konflikttheorie in der gegenwärtigen Forschung verorten. Rein quantitativ besteht laut dem *Department of Peace and Conflict Research* der Universität Uppsala ein bewaffneter Konflikt, wenn es mehr als 25 kriegsbedingte Auseinandersetzungen innerhalb eines Jahres gegeben hat (Department of Peace and Conflict Research 2014). Um einen Krieg handelt es sich nach dem *Department of Peace and Conflict Research* ab 1.000 Toten pro Jahr.

1.2 ERKENNTNISINTERESSE UND ZENTRALE FRAGESTELLUNG

Für eine politikwissenschaftliche und soziologische Lesart, kann die Arbeit in der hier geschriebenen Reihenfolge gelesen werden. Wenn jedoch ein anthropologisch und empirisch-landeskundliches Interesse besteht, kann die Arbeit bei Kapitel 5 *Empirie und das besondere Feld* begonnen werden. Da die Arbeit sowohl durch die Kriegssituation als auch durch meine privilegierte Stellung als Forschende und Teil der politischen Elite eine methodische Besonderheit darstellte, können methodisch interessierte Leser*innen, ein besonderes Augenmerk auf Kapitel 4 *Methode* richten.

Durch eine empirische Herangehensweise und somit aus afghanischer Perspektive werden die meist vereinfachenden Beschreibungen der afghanischen Gesellschaft als „klientelistisch-tribal“ oder „feudal und mittelalterlich“ oder aber auch als „ethnisch-fragmentiert“ in dieser Arbeit genauer hinterfragt. Die Arbeit hat es sich zum Ziel gesetzt, das bestehende Netzwerk der unterschiedlichen Elitenkonstruktionen zueinander und zu ihrer Klientel aufzuzeichnen, zu erklären und zu verstehen. Die beiden Ziele des Erklärens und Verstehens liegen in der vorliegenden Arbeit nahe beieinander, so dass die Konstruktionen und Netzwerke der Elitenschattierungen anhand der Schlüsseleliten für ein besseres Verständnis der Wirklichkeit durchleuchtet werden. Wichtigstes empirisches Hilfsmittel sind die geführten Interviews mit afghanischen Eliten. Die interviewten Eliten stammen aus der Politik, der Wirtschaft, dem religiösen Bereich, den Medien und der Kunst. Warum dieses weite Spektrum der Elitenkonstruktionen abgedeckt worden ist, ergibt sich aus der Situation Afghanistans und der Definition der Eliten, was im Laufe der Arbeit deutlich werden wird. Hier seien zunächst zwei Hauptpunkte vorgestellt:

- 1) Alle diese unterschiedlichen Eliten haben voneinander abweichende, sich überschneidende oder sich stark widersprechende Lebenswelten, die sich im Laufe des Staatsbildungsprozesses konträr zueinander verhalten, und zwischen denen sich Konflikte gewaltsam entladen. Diese unterschiedlichen Lebenswelten sind umkämpft, werden instrumentalisiert oder manchmal auch friedlich ausgedeutet. Meist kristallisierte sich ein Paradoxon zwischen der normativen und der tatsächlichen Handlungspraxis bei den interviewten Eliten heraus.
- 2) Relevant ist hier im Zusammenhang von neopatrimonialen Netzwerken auch, über die unterschiedlichsten Eliten ihr Spektrum der Gestaltungs-, Deutungs-, Entscheidungs- und Wirkungshoheit zu erfassen. Denn sie stehen im direkten Verhältnis zu ihrer Klientel, die in einem wirtschaftlichen und politischen Überlebenskampf innerhalb von Gewaltdynamiken (Elwert 2004) steht. Diese weiterhin gewaltgeladenen Dynamiken, geführt von den afghanischen Eliten, verlaufen in keinem linearen pazifizierenden Prozess (Elias 1976/1995). Aufgabe dieser Arbeit wird es auch sein, die Abstoßungs- und Anpassungstendenzen zu den unterschiedlichsten Lebenswelten sowohl zwischen den Eliten als auch zum Teil zwischen den Eliten und den mittleren sowie unteren Schichten zu beleuchten.

Aus der Perspektive der Entscheidungsträger*innen und Beteiligten werden in dieser Arbeit die aus den vergangenen kriegerischen Auseinandersetzungen resultierenden gesellschaftlichen Verhältnisse, die Reflexion der soziokulturellen Erfahrungen der Individuen und deren Machtinteressen durchleuchtet. Die Darstellung des Netzwerkes von Elitefraktionen und ihrer Klientel entlang der politischen Konfliktdynamiken soll einerseits das Bild der „gesellschaftlichen Ordnungsprinzipien“ präzisieren (Heckmann 1992: 39; Schetter 2003: 175), andererseits soll damit ermöglicht werden, eine für Afghanistan adäquate Staats- und Friedensbildungstheorie zu entwickeln. Auf dem Weg zu diesem Ziel werden in der Arbeit anhand des empirischen Datenmaterials die miteinander verzahnte Eliten- und Konflikttheorie angewandt (Kap. 3 *Theoretischer Rahmen*).

Die Besonderheit Afghanistans bleibt bestehen, da das Land einerseits kein klassisches Ergebnis postkolonialer Herrschaft ist, es gleichzeitig jedoch als Ergebnis der Rivalitäten der damaligen kolonialen Großmächte, Russland und Großbritannien (*the great game*), gesehen werden muss. Andererseits konnte das Land in den 1960er Jahren staatliche Strukturen mit demokratischen Elementen¹⁵ vorweisen und befindet sich seit der April-Revolution (Farsi: *enqelab-e saur*) im Jahre 1978 im (Bürger-)Kriegszustand, in den die Anrainerstaaten und die hegemonialen Mächte direkt oder indirekt involviert waren.

Ziel der Doktorarbeit ist es, meist vereinfachende Analysen zu einem originären (Post-)Konfliktland, wie es Afghanistan nun einmal seit den Anfängen des 19. Jahrhunderts ist, zu vermeiden. Stattdessen wird durch die Interviews die Komplexität des Landes dargestellt und für eine empirische Analyse formuliert. Diese 36 Interviews versuchen einen äquivalenten Teil zu den sehr guten, langjährigen und umfangreicheren Umfragen und empirischen Analysen der Regierungsführungsstrategien und der Sicherheit auf sub-nationaler Ebene in Nord- und Nordost Afghanistan von Köhler¹⁶, Gosztonyi und Feda am Sonderforschungsbereich *Governance in Räumen begrenzter Staatlichkeit* zu bilden (Böhnke/Koehler/Zürcher 2017; Gosztonyi/Feda/Koehler 2016; Koehler/Gosztonyi/Böhnke 2013; Koehler 2013; Koehler/Gosztonyi 2011; Koehler 2010b). Die jährlich veröffentlichten Umfragen der *Asia Foundation* seit 2004 oder der *BBC*, *ABC News* und der *ARD* erfassen zwar die allgemeine Stimmung zur Sicherheit und der Lebensqualität der afghanischen Bevölkerung, aber diese Umfragen erforschen keine engeren Zusammenhänge der subnationalen Regierungsführungsstrategien, der verbesserten Konfliktregulierungsmechanismen innerhalb neuer/alter Institutionen oder differenziertere Zusammenhänge von Legitimationsbeziehungen zwischen den Bürger*innen und dem Staat. Diese Umfragen sind wichtige Stimmungsbarometer für die internationale Gemeinschaft, die auf schnelle und übersichtliche Entwicklungstendenzen für ihre innenpolitischen Ent-

15 Beispielsweise besteht das Frauenwahlrecht in Afghanistan bereits seit 1964 (Grevemeyer 1987: 252ff). Im Vergleich hierzu wird immer wieder gern erwähnt, dass das Frauenwahlrecht in der Schweiz erst 1971 eingeführt worden ist.

16 Der Nachname „Köhler“ wird in der deutschen Schreibweise korrekterweise mit „ö“ geschrieben, aber erscheint meist in der englischsprachigen Forschungsliteratur als „Koehler“. Aus diesem Grund werden die Literaturnachweise mit der auffindbaren „oe“-Schreibweise zitiert.

scheidungsabläufe und ergebnisorientierte *policy*-Entwürfe angewiesen ist, aber sie sind keine profunden mikrosoziologischen Untersuchungen der intervenierten Lebensmilieus und liefern keine Informationen zur makrosoziologischen Systemebene (The Asia Foundation 2016; ABC News/BBC/ARD 2009).

Diese wiederkehrenden Punkte in der sowohl innenpolitischen als auch außenpolitischen Debatte der involvierten NATO-Mitgliedsstaaten und der einflussreichen Anrainerstaaten (China, Pakistan und Iran) und den kleineren Nachbarstaaten, wie Usbekistan, Tadschikistan und Turkmenistan, beziehen sich auf die Auseinandersetzung mit der Demokratisierung des Landes, der sozio-kulturellen Struktur der Gesellschaft, den ethnopolitischen Fragmentierungen und auf das internationale Gefahrenpotenzial für die Rückkehr einer militanten Gruppe, wie der Taliban und den Kämpfern des Islamischen Staates (IS) auch aus geopolitischer Perspektive. Ahmadi hat seine Dissertation zur amerikanischen Geopolitik in Afghanistan verfasst. Ein zentraler Abschnitt seiner Doktorarbeit sei hier zitiert, um den geopolitischen Kontext an dieser Stelle einleitend zu umreißen:

„Geostrategically and militarily, Afghanistan could provide the US government with the opportunity to spread its power in all directions, and also in encircling its regional rivals, such as Russia, China, India, and to lesser extent Iran and Pakistan. [...] A secure, stable, and connected Afghanistan into the region’s web of connections and communications, taking the huge economic and trade potentials in the region such as those in CA [Central Asia], Russia, China, India, Pakistan, the CR [Caspian Region], the ME [Middle East] and South Asia into consideration, could cause an economic boom in the world.“ (Ahmadi 2016: 196)

Aus diesem Grund widmet sich die vorliegende Doktorarbeit der Aufgabe, sich diesem Themenkomplex aus der Perspektive der afghanischen Eliten anzunähern, um in der anschließenden Analyse die Möglichkeiten und Wege eines friedensbildenden Konsolidierungsprozesses aufzeigen zu können.

Im aktuellen politikwissenschaftlichen Diskurs wird aufgrund der zunehmenden innerstaatlichen Konflikte, die transnational wirken, nach möglichen stabilisierenden Theorien gesucht, die es ermöglichen sollen, Prozesse der Staatsbildung und friedenssichernde, -erhaltende sowie -bildende/-durchsetzende Maßnahmen¹⁷ besser koordinieren und deren Erfolge innerhalb der zerfallen(-d-)en Staaten prognostizieren zu können. Wegen der transnationalen Auswirkungen und der grenzüberschreitenden Hybridität der Regierungs- und Identitätsformen haben sich weitere Erklärungsmodelle für „nicht-klassische“¹⁸ Staatsbildungsprozesse entwickelt, wie der *spatial turn* (Schetter/Conermann/Kuzmits 2010: 20). Dieses für Afghanistan sehr wichtige Phänomen – eine große Diaspora, zerstreut über die gesamte westliche Hemisphäre und die reichen Golfstaaten – wird die Arbeit nur aus der Perspektive der nach Afghanis-

17 Kritische Stimmen bezeichnen zudem die friedenserhaltenden Einsätze, mandatiert durch die VN-Charta unter Kapitel VII, auch als friedens erzwingende Maßnahmen (*peace enforcement*) (Oliver 2004; Schneckener/Zürcher 2007: 211).

18 Unter klassischen Staatsbildungsprozessen sind meist die Erfolge in den OECD-Ländern, insbesondere in der Bundesrepublik Deutschland und in Japan nach dem Zweiten Weltkrieg gemeint (Aaronson et al. 2016).

tan zurückgekehrten Diaspora behandeln. Jedoch wird die Arbeit dem aktuellen Diskurs zu bereits vorhandenen sozialen Ordnungen nach dem empirischen Teil durch die Hypothesenengineering aus einer genuin afghanischen Perspektive der Eliten gerecht. Denn nach der Beschreibung des Eliten-Netzwerks soll außerdem im Rahmen der Arbeit der aktuelle Diskurs zum Begriff der Staatlichkeit in (Post-)Konfliktgesellschaften und der hierin verankerten Friedensbildung als ein konsolidierender Transformationsprozess berücksichtigt werden.

In den Internationalen Beziehungen als Teildisziplin der Politikwissenschaft, Kulturwissenschaft, Ökonomie, Ethnologie und Soziologie wird die Nationenbildung als elementarer und letztlich erstrebenswerter Teil des Friedensbildungsansatzes betrachtet, wobei der Staatsbildungsprozess¹⁹ sowohl als Teil des Nationenbildungsansatzes gilt, als auch dem Friedensbildungs-Prozess zugeordnet wird. Für den Fall Afghanistans wird die Antwort für eine „alternative Staatlichkeit“ in einer segmentierten und später fragmentierten Gesellschaft schon früh von mehreren Afghanistan-Forscher*innen aus historischer, soziologischer, ethnologischer, ökonomischer und politikwissenschaftlicher Perspektive untersucht und analysiert. Bereits vor und während des Krieges gegen die Rote Armee von 1979 bis 1989, der darauffolgenden Bürgerkriegsjahre von 1992 bis 1996, der Taliban-Herrschaft von 1995 bis 2001 und der Intervention der internationalen Gemeinschaft mit der *coalition of the willing* als Reaktion auf die Anschläge nach dem 11. September 2001, wurden von den Afghanistan-Forscher*innen die unterschiedlichsten Regime und die Staatsbildungsversuche der einflussreichen und unterschiedlichsten Eliten analysiert.

Erschwerend kommt hinzu, dass die *Operation Enduring Freedom* (OEF), welche am 12. September 2001 durch das Selbstverteidigungsrecht in der Charta VII der Vereinten Nationen (VN) nach Artikel 51 mandatiert worden ist, parallel zur ISAF²⁰ von 2001 bis 2014 friedens erzwingende Maßnahmen in Afghanistan durchführte.²¹ Auch die ISAF wurde am 20. Dezember 2001 in der Generalversammlung unter der Resolution 1386 als friedenssichernde Maßnahme zunächst nur für Kabul und die

19 Zu den Begriffen der Staats- und Nationenbildung im Zusammenhang mit der aktuellen Debatte über Interventionen findet sich in Kapitel 2.3 unter dem Titel *Staats- und Nationenbildung – eine Verortung für den afghanischen Kontext* eine ausführlichere Definition.

20 ISAF wurde am 20. Dezember 2001 vom Sicherheitsrat der VN mit der Resolution 1386 unter der Charter VII als friedens erzwingende Maßnahme der *Coalition of the Willing* verabschiedet. Diese Koalition der sogenannten Willigen wurde nach dem Scheitern der Abstimmung für einen militärischen Eingriff im Irak im Frühjahr 2003 durch den VN-Sicherheitsrat nach der Charta VII Artikel 51 des Selbstverteidigungsrechtes und/oder nach Artikel 42 für den Erhalt des Weltfriedens etabliert. Somit war der Irak-Krieg im Vergleich zum Afghanistan-Krieg nicht durch die VN mandatiert, ersteren Krieg fehlte die notwendige internationale Legitimation, die durch ein Solidaritätsbündnis hergestellt werden sollte.

21 So jedenfalls verstehen es die NATO-Bündnispartner*innen, obwohl in der Resolution selbst die OEF nicht explizit erwähnt wird. Jedoch ist wegen der Anschläge vom 11. September 2001 nach Artikel 5 der NATO der Bündnisfall eingetreten, bei dem die Staaten Nordamerikas oder Europas einer Gefahr ausgesetzt sein müssen und sich dann in der Kombination mit Artikel 51 der VN-Charta VII militärisch verteidigen dürfen (NATO 1949).

Umgebung verabschiedet und war daran gebunden, dass die territoriale Integrität Afghanistans geachtet wird und auf Anfrage der Übergangsregierung von den VN ratifiziert wird. Zudem wurde das Mandat über Kabul hinaus für das gesamte Land erst im Oktober 2003 mit der Begründung, dass die Situation in Afghanistan weiterhin die internationale Sicherheit und den internationalen Frieden gefährde, im Sicherheitsrat erweitert (United Nations Security Council 2003a). Die Entscheidung, das Mandat erst zwei Jahre später über Kabul hinaus zu erweitern, wird heute von Militärstrateg*innen als verspätet und als Verschwendung kostbarer Zeit gewertet. Denn die nach dem militärischen Schlag in das pakistanische Nachbarland verdrängten Taliban konnten sich in diesen zwei Jahren neuformieren und ihre kleinen strategischen Stützpunkte in wichtigen Städten und Dörfern wiederaufbauen.

In der *Transitionsphase* von 2001 bis 2014 befand sich Afghanistan unter dem Mandat der VN, um nach den langen Kriegsjahren und der Taliban-Herrschaft zunächst die grundlegenden politischen, sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Institutionen²² aufzubauen. Nun befindet sich Afghanistan bis 2024 in der *Transformationsphase*, weshalb vorab bereits die afghanische Regierung gemeinsam mit der internationalen Gemeinschaft bei den Afghanistan-Konferenzen in Bonn (2011), Tokyo (2012) und London (2014) Schritte zu mehr Souveränität und Selbstständigkeit vereinbarte (Bonn Conference 2011; Tokyo Declaration 2012; London Conference 2014).²³ Die Deklarationen von Tokyo und London sind eng miteinander verzahnte Strategien, die für die nächste Dekade der NUG, gemeinsam mit der internationalen Gemeinschaft und Afghanistans Bevölkerung, die Möglichkeit eröffnen soll, dass Afghanistan ein stabiles, souveränes und selbstständiges Land werden kann. Militärisch wurde die ISAF von der *Resolute Support Mission* (RSM) am 30. September 2014 mit der Unterzeichnung des *Status of Forces Agreement* (SFA), die eine Truppenstärke von 12.000 Soldaten aus 14 Nato-Mitgliedstaaten vorsieht, abgelöst.

Im Rahmen des *Tokyo Mutual Accountability Frameworks* (TMAF) wurden bereits die dafür erwünschten Eckpfeiler festgehalten: Eigenständigkeit für die afghanische Bevölkerung durch höhere Produktivität, Wachstum, Staatseinnahmen, durch ein besseres soziales Versorgungssystem und Wohlergehen der Bevölkerung durch

22 Die Arbeit folgt der Definition Norths: „Institutionen sind die Spielregeln einer Gesellschaft oder förmlicher ausgedrückt, die von Menschen erdachten Beschränkungen menschlicher Interaktion.“ (North 1992: 3)

23 Es gab bereits mehr als 20 Afghanistan-Konferenzen, die an dieser Stelle nicht alle aufgezählt werden können. Wichtig in diesem Zusammenhang ist der *Heart of Asia Istanbul Process*, der im November 2011 begann und bisher jährlich mit neuen Vereinbarungen nach jeder Konferenz abschließt. Die Intention dieses Asien-Prozesses ist mehr regionale Kooperation zwischen den Anrainerstaaten Afghanistans und den regionalen *playern* (China, Indien, Iran, Kasachstan, Kirgisien, Pakistan, Russland, Saudi-Arabien, Tadschikistan, Türkei, Turkmenistan und den Vereinigten Arabischen Emiraten) für ein sicheres und stabiles Afghanistan. Die Strategie hinter diesem Prozess ist es, gemeinsame wirtschaftliche und politische Interessen aufzubauen, so dass Afghanistan als Binnenstaat beispielsweise zu einem Energiekorridor für seine Nachbarstaaten wird und somit mehr Sicherheit als gemeinsames Interesse in den Mittelpunkt rückt und gleichzeitig mehr Prosperität im Land und der Region – ähnlich wie in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg – entsteht.

bessere Zukunftsaussichten, Regierungsführung und Achtung der Menschenrechte; Vertiefung der Demokratie durch Wahlreformen und Restrukturierung der Institutionen; und zu guter Letzt eine friedliche Koexistenz mit den Nachbarstaaten (Islamic Republic of Afghanistan 2014: 4). Konkreter hat dann die NUG am 15. September 2015 im Rahmen ihres *Senior Official Meetings* (SOM) ein 25-Punkteprogramm für die Realisierung des *Self-Reliance through Mutual Accountability Framework* (SMAF) vorgestellt, in dem die kurzfristigen Prioritäten für die jeweiligen *policy*-Ziele mit den jeweils zuständigen Fachministerien immer unter präsidentialer Riege festgelegt worden sind (Afghanistan's Road to Self-Reliance 2015).²⁴

Diese hier kurz dargelegte Reformagenda greift in den Institutionenbildungsprozess mit einem Schwerpunkt auf Anti-Korruptionsmaßnahmen, sie bilden ein Konglomerat des *institutional* und *social engineerings*, der tief in die sozialen und politischen Gesellschaftsstrukturen eingreifen soll. Die NUG erkennt und benennt neben Korruption sogar selbst die Patronage-Klientel-Verhältnisse als einen vernachlässigten Missstand innenpolitischer Regierungsführung (Islamic Republic of Afghanistan 2014: 5, 6).

Die Interviews haben eine tragfähige Einsicht in die Elitennetzwerke gegeben. Im Weiteren untersuche ich diese patrimonialen Netzwerke im Hinblick darauf, was sie für den sozialen Aufstieg in die Elitennetzwerke und für die Klientel der Eliten bedeuten. Neben etablierten Netzwerken wurde auch eine mit dem euphemistischen Begriff bezeichnete „Kooptationspolitik“ betrieben, die durchaus einen stabilisierenden Effekt in Afghanistan hat. Unter Präsident Hamid Karzai wurde diese Politik als *big tent approach* bekannt. Weniger diskutiert wurde jedoch, inwiefern die einflussreichen Staaten, wie die USA und Großbritannien, Druck ausübten, um unliebsame Kriegsherren an der Macht zu beteiligen.

1.2.1 Konsolidierungsansätze in Afghanistan

Einer der bereits umgesetzten Konsolidierungsansätze in Afghanistan ist die Regierungsbeteiligung opponierender Elitenvertreter*innen. Dieser politische Konsolidierungsprozess wird im Rahmen der Arbeit aus innenpolitischer Perspektive analysiert, sekundär werden die außenpolitischen Interessen der Anrainerstaaten und der involvierten Staaten durch die Betrachtungsweise der afghanischen Eliten mit analysiert. Ob der Prozess als fremd-oktroziert und innerhalb der afghanischen Grenzen lediglich als ein *top-down*-Prozess sowie als eine realpolitische Notwendigkeit für die kurzlebigen Interessen der international involvierten Akteur*innen bewertet wird, ist ein elementarer Bestandteil für den Erfolg eines nachhaltigen Staats- und Friedensprozesses (McCulloch 2014). In der Transformationstheorie wird diesen Konsolidie-

24 Insgesamt stehen in dem Regierungsprogramm acht größere Reformen, die letzte Reform besteht aus zwei kleineren Unterprogrammen: „Tackling underlying drivers of corruption, building better governance, development partnership, reforming development planning and management, bolstering private sector confidence, promoting growth and creating jobs, ensuring citizen's development rights, restoring fiscal sustainability, development partnerships with Civil Society, miscellaneous (IM staff monitored; refreshed TMAF).“ (Afghanistan's Road to Self-Reliance 2015: 22-35)

rungsprozessen aufgrund ihres legitimatorischen Potenzials für eine gute Regierungsführung eine hohe Priorität zugerechnet, so schreibt Diamond, der die dritte Welle der Demokratisierungen in den 1990ern abebben sah:

„At bottom, I believe consolidation is most usefully construed as the process of achieving broad and deep legitimation, such that all significant political actors at both the elite and mass levels, believe that the democratic regime is the most right and appropriate for their society, better than any other realistic alternative they can imagine. [...] Consolidation thus takes place in two dimensions norms and behavior – on three levels. [...] We can assess a democratic system’s progress toward consolidation with a three-by-two table depicting the levels of elite, organization, and mass and the dimensions of norms (beliefs) and behavior. When all six of these cells show substantial normative commitment to democracy and behavioral compliance with its rules and limits, democracy is consolidated.“ (Diamond 1999: 65-68)

Die politische Kultur der Eliten sei in den neuen Demokratien erstaunlicherweise nicht genauer untersucht worden und es würden Methoden fehlen, diese zu messen.²⁵ In diesem Sinne werden die afghanischen Eliten in Bezug auf ihre propagierten Normen und ihres eigentlichen Handlungsrahmens, und dann anschließend bezüglich ihrer Handlungspraxis durch die 36 halb-standardisierten und nicht-standardisierten Interviews, sowie mit nicht-teilnehmender, offener und strukturierter Beobachtung, untersucht. Weiter schreibt Diamond, dass dieser ersten Ebene die mittlere Ebene folgt, auf der Parteien, Organisationen und Bewegungen ihren eigenen Glauben, ihre eigenen Normen und Verhaltensmuster haben. Dann folgt als letzte Ebene die „öffentliche Masse“ (*mass public*), die sich zumindest zu 70 bis 75 Prozent zur Demokratie bekennt und diese als die richtige Regierungsform für ihr Land zum damaligen Zeitpunkt unterstützte (Diamond 1999: 67f). Nach Diamonds Voraussetzungen für Transformationsgesellschaften, und eine solche stellt Afghanistan nach der internationalen Konferenzrhetorik dar, untersucht die vorliegende Arbeit auf der Eliten-Ebene die *Normen und Wertvorstellungen sowie die hiermit im Zusammenhang stehenden handlungsanleitenden Prinzipien*.

Außerdem wird die Arbeit der Frage nachgehen, ob die Stabilität des Staates im Sinne eines „negativen Friedens“ durch konsensfähige Elitenvertreter*innen sowohl auf horizontaler als auch vertikaler Ebene realisiert werden kann, so dass der Elitenansatz in der Transformationsphase auch die Interessen des afghanischen Volkes repräsentiert (Schneckener 2005: 20; Maas 2006: 7). Einer der Ansätze, welcher der Arbeit zugrunde liegt, ist der normative Ansatz des „negativen Friedens“ nach dem Friedensforscher Johan Galtung (Galtung 1971a: 86-92). Dieser Ansatz verfolgt das Ziel, in von Konflikten und Gewalt geprägten Ländern (wieder) einen regierbaren *status quo* herzustellen, in dem der Krieg oder „Formen der [direkten] Gewalt“ nicht mehr zugegen sind (Schmid 1971: 37).

25 In einer Fußnote bringt Diamond (1999: 66) jedoch an, dass es von den Eliten- und Transformationsforschern Burton und Higley Untersuchungen zu Konsens- und Integrationsabläufen zwischen verfeindeten Gruppierungen und Elitefraktionen gibt (Burton/Gunther/Higley 1992).

Für die Analyse von Ordnungsstrukturen in Räumen außerhalb des klassischen Staatenmodells ist es hilfreich, Galtung's Nebensatz zu staatlichen Alternativen zu erwähnen. Denn Galtung zweifelt selbst daran, ob der nationalstaatliche Ansatz die ideale Lösung für eine friedliche Koexistenz von unterschiedlichen Gruppen sein kann. Er erwähnt am Rande, dass er eigentlich *einfache territoriale Einheiten* befürworten würde. Weiter führt der Friedensforscher aus, dass die Integration von *assoziativen Friedentechniken* in die staatlichen Strukturen zwischen Kontrahent*innen wegen der „inegalitäre[n] Interdependenz“ zu Konflikten führen kann (Galtung 1971b: 243). Die eine Gruppe hätte das Gefühl, bei dem Friedensprozess mehr Kompromisse einzugehen als die Kontrahent*innen. In der gegenseitigen Abhängigkeit kann ein Input-Output-Ungleichgewicht entstehen. „Der dissidente Kontrahent“ steht jedoch aus machtpolitischen Gründen entweder oberhalb oder außerhalb dieses ersten Verhältnisses (ebd.: 243). Die oberhalb stehenden Kontrahent*innen können allein handeln. In der Post-Konflikt- und *reconciliation*-Forschung werden diese Außenseiter*innen nun *spoiler* (Schneckener 2011)²⁶ genannt, sie stehen außerhalb des Friedensprozesses und können dessen Realisierung massiv stören.

Das Gegenteil zur assoziativen Friedensregulierung wäre eine dissoziative Friedensregulierung, die die miteinander zerstrittenen Parteien, Staaten, Nationen etc. eher räumlich, politisch, kulturell, ethnisch und sozial voneinander trennen würde (Galtung 1971b: 237ff) als zwischen ihnen Kompromisse zu finden. Dieser nach Stabilität orientierte Ansatz ermöglicht es, den Staatsbildungsprozess mit den Konfliktlösungsansätzen der Friedensforschung und -bildung zu reflektieren. Nach Galtung müsste je nach Fall und Land die richtige Strategie erfasst werden: „Es ist also nicht einfach so, dass dissoziative Techniken schlecht und assoziative gut seien – alles

26 Neben den sieben unterschiedlichen idealtypischen spoilern (Rebellen, Milizen, Terroristen, Stammesführern, Warlords, Kriminelle, Söldner) weist Schneckener auf einen auch für Afghanistan wichtigen Aspekt hin: „Unabhängig von der gewählten Terminologie geht es dabei im Kern um die Beobachtung, dass sich bei diesen Konflikten die Unterscheidungen von öffentlich/privat, staatlich/nicht-staatlich oder politisch/ökonomisch sukzessive auflösen. Es handelt sich vielmehr um Konflikte, die phänomenologisch zwischen *Krieg, organisiertem Verbrechen* und massiven Menschenrechtsverletzungen an der Zivilbevölkerung angesiedelt seien.“ (Schneckener 2011: 496, Herv. i. O.) Im afghanischen Kontext vermischen sich alle fünf verschiedenen Typen von spoilern und sind Teil des Staatsbildungsprozesses. In einem Forschungsbeitrag zu Post-War Security Transitions. Participatory Peacebuilding after Asymmetric Conflicts (2012) wurden über fünf Jahre neun Post-Konfliktländer mit ihren sozio-politischen und kulturellen Unterschieden untersucht. Der negativ konnotierte Begriff des spoilers gegenüber den etablierten und installierten staatlichen Repräsentant*innen wurde im Rahmen der gängigen Friedensbildungs- und Staatsbildungsversuche untersucht und mit dem eigentlichen Primat für mehr Sicherheit und Stabilität hinterfragt. Zusammenfassend schreiben die Herausgeber*innen, dass die asymmetrische Kriegsführung in der Ära nach dem 11. September 2001 in eine Schwarz-Weiß-Falle geraten ist, die schneller politische Oppositionelle mit eventuell legitimen Forderungen als Terroristen*innen stigmatisiert, sie aus dem Friedensprozess ausschließt und somit einen stabilen Friedensprozess unmöglich mache (Dudouet/Giessmann/Planta 2012).

hängt von der Situation ab, in der sie angewendet werden.“²⁷ (Ebd.: 243) Als wichtiger Teil des Prozesses zu einem negativen Frieden wird der Staatsbildungsprozess in Afghanistan gewertet, der sich insbesondere wegen der inkompatiblen Wertvorstellungen²⁸ und Weltanschauungen²⁹ zwischen den Elitvertreter*innen in verhärtete Konfliktodynamiken und im System manifestiert hat.

1.3 STAND DER FORSCHUNG

Zahlreiche Forschungen wurden bereits zum Staatsbildungsprozess in Afghanistan veröffentlicht und die profundesten werden nachfolgend mit ihren für diese Arbeit wichtigsten Themenschwerpunkten zitiert.

Zu einem der frühesten Afghanistan-Forscher, der bereits aus soziologischer Perspektive Afghanistan betrachtet hat, gehört Grevemeyer (1987). In seinem Buch wirft er einen Blick zurück auf die Kolonialgeschichte des Landes im Interessenskonflikt zwischen dem russischen Zarenreich und Britisch-Indien und somit auf die Entstehung des Pufferstaates Afghanistan. Seine soziologischen Ausführungen beschreiben die gescheiterten Modernisierungs- und Säkularisierungsversuche nach dem türkisch-laizistischen Vorbild Mustafa Kemal Atatürks³⁰ (1923-38) und werden von vielen Afghanistan-Experten*innen weiterhin als historisch exemplarische Reaktion auf Modernisierungsversuche in der afghanischen Peripherie angeführt. Sein Buch geht

27 Die direkten Zitate werden der neuen Rechtschreibung angepasst.

28 Für die vorliegende Arbeit ist Hans Joas Interpretation nach Parsons maßgeblich: „In jedem Fall macht jener Einfluss von Normen und Werten sowohl auf die Handlungsmittel wie auch auf die Handlungsziele jene Handlungskoordination möglich, auf die soziale Ordnung angewiesen ist, eben weil Normen und Werte ja nicht nur in erster Linie idiosynkratische, also sehr spezielle und nur für wenige Individuen gültige ‚Gebilde‘ sind, sondern von einer bestimmten Gruppe von Menschen geteilt werden, ihnen also gemeinsam sind.“ (Joas/Knöbl/Wolfgang 2004: 66) Demnach konstituiert sich die soziale Ordnung einer Gesellschaft anhand der Werte und Normen der Individuen, da sie an bestimmte Handlungsziele gebunden sind.

29 Hoffmann definiert: „‚Weltanschauung‘ bezeichnet eine auf Reflexion eigener Subjektivität (‚Selbstanschauung des Geistes‘; ‚Ableitung aus dem Ich‘) auf Sinneswahrnehmung und Erfahrungen (‚Totalität aller Eindrücke‘) beruhende intuitive, d.h. aufgrund der Unendlichkeit im Letzten nicht mehr vollständig verstandesmäßig zu erfassende, Gesamtaufassung zur Stellung des Menschen in der Welt, die dem Einzelnen oder Gruppen mit gleichartiger Wahrnehmung zu eigen sein kann, sowie ferner die aus dieser Gesamtsicht ihrerseits abgeleitete Fähigkeit, die Welt intellektuell zu erfassen.“ (Hoffmann 2012: 130)

30 Sein ursprünglicher Name war nur Mustafa, dann bekam er von seinem Mathematiklehrer den Beinamen „Kemal“ (Der Perfekte). Im Jahre 1934 wurde ihm als Präsident des Landes der Name „Atatürk“ verliehen und er unterstreicht die Rolle, die ihm als Vater der Türken zu geschrieben wird. Die Bezeichnung „Vater der Türken“ kann als ein Widerspruch in sich für den Weg hin zu einem modernen Nationenverständnis gewertet werden, da Atatürk vom osmanischen Reich zu einer nationalen Vaterfigur wechselte, obwohl er eine moderne Demokratie erstrebte.

jedoch auch auf die funktionierenden Phasen und Herausforderungen staatlicher Kontrolle in den liberalen 1960ern unter Zaher Schah (1933-73) und die zu forschende Modernisierung des Landes unter Daud Khan (1973-78) vor dem Einmarsch der Roten Armee ein (Grevemeyer 1987: 187ff, 210ff).

Grevemeyers Buch gehört noch heute zu den wertvollsten Publikationen, da der Soziologe sich durch eine Verbindung zu den historischen, soziokulturellen und traditionellen Realitäten des Landes mit den wechselnden verfassungsrechtlichen Rahmen durch das 20. Jahrhundert auseinandersetzt. So erkannte er bereits vor dem Einmarsch der Roten Armee in seinem Buch die zentrifugalen Machtspiele der Peripherie und die ihnen gegenüberstehende Zentralmacht, die Grevemeyer „als Zentralstaat auf der Grundlage einer segmentären Gesellschaft“ beschreibt (ebd.: 11). Grevemeyers sehr relevante These steht am Anfang seiner Arbeit: „Die Patron-Klientel-Systeme, die die soziale Vernetzung des Dorfes herstellten, erwiesen sich gegenüber neuen wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen – Ausbau der Marktbeziehungen und der staatlichen Verwaltung – als sehr flexibel und anpassungsfähig. Es war gerade diese Flexibilität – und nicht etwa die ‚asiatische‘ Starrheit – der dörflichen Verhältnisse, die den Interventionsansprüchen des modernen Staates immer wieder eine Grenze setzte.“ (Ebd.: 13) Der Soziologe Grevemeyer hat es sich zum Ziel gesetzt, die staatlichen Modernisierungsversuche den ländlichen Realitäten von 1919 bis 1979 gegenüberzustellen, um eine soziokulturelle Analyse zu erstellen. Wobei er einen Untersuchungsschwerpunkt auf die stetig erneuerten und reformierten Verfassungsansprüche und -realitäten seit dem Ende des 19. Jahrhunderts legte. Angelehnt an Grevemeyer folgt auch Kühn der Beschreibung einer segmentierten Gesellschaft in Afghanistan: „Von einer segmentierten statt einer tribalen Gesellschaft zu sprechen ist akkurater, weil damit eben nicht nur Brüche zwischen Clans abgedeckt werden. Die Segmentgrenzen können nämlich tribal, ethnisch und/oder ‚genossenschaftlich‘ sein. Unter genossenschaftlich ist dabei ein Netzwerk von Kooperation entlang familiärer, dörflich-regionaler oder anderer gesellschaftlicher Kleinstrukturen zu verstehen, die von Patronagebeziehungen geprägt sind.“ (Kühn 2010: 265) Von einer segmentierten Gesellschaft vor den zerrüttenden Kriegen zu sprechen, ist sicherlich richtig und noch akkurater wäre es, für die gesellschaftlichen Verhältnisse und ethnischen Zerwürfnisse entlang der Ethnien *seit der April-Revolution 1978* auch von einer *Fragmentierung zwischen den Elitefraktionen* zu sprechen.

Innerhalb einer segmentierten Gesellschaft, die von zentrifugalen Machtbestrebungen innerhalb eines Zentralstaates bestimmt wird, bieten Rubins Publikationen einen tiefen Einblick (Rubin 2002; Rubin 2000; Rubin 1996; Rubin 1992). In seinem umfangreichsten Buch *The Fragmentation of Afghanistan* (2002) beschreibt er, wie während der monarchischen Dynastien die Zentralmacht bereits auf die Integration der *qaums* (Stämme) achtete. Auf diese Weise versuchten die Könige, größeren Stammeskoalitionen entgegen zu wirken, ohne sie auszuschließen (Rubin 2002: 25). Weiter beschreibt Rubin die staatliche Strategie während der Periode der „New Democracy (1963-73)“ unter Daud Khan als Premierminister (1953-63) (ebd.: 71).³¹

31 Von 1973 bis 1978 wurde Daud Khan dann Präsident, nachdem er gegen seinen Cousin und König Zaher Schahs im Juli 1973 mit Hilfe der Demokratischen Volkspartei Afghanistan putschte. Seine politische und wirtschaftliche Nähe sowohl zu den USA und der irani-

Nachdem er das Militär und die Polizei für stark genug für seinen geplanten Staatsbildungsprozess hielt, folgte eine Reihe von staatlichen Modernisierungsreformen; so gehörten zu seinen Kernreformen:

„[...] centralizing control of weapons in a modern army and gendarmerie; strengthening commercial agriculture and exports by investing in economic infrastructure, particularly dams and roads; relying on state enterprises, rather than private joint-stock companies, as the main source of capital accumulation; expanding modern education in order to train personnel for the new state institutions; and creating a national transportation and communication network.“ (Rubin 2011)

Unter anderem hat er lokale Landesherren in Kandahar inhaftieren lassen und ein Steuersystem eingeführt. Der von der Bevölkerung als „Roter Prinz“ bezeichnete Premierminister war während der bipolaren Weltordnung innerhalb der konstitutionellen Monarchie bemüht, einer Politik der *bitarafi* (Unparteilichkeit, Neutralität) treu zu bleiben. Jedoch folgten seine Modernisierungsreformen dem sowjetischen Modell, und auch seine Generäle wurden in Moskau ausgebildet.

Zu Unruhen seitens der religiösen Kräfte kam es nach dem 19. August 1959, dem Unabhängigkeitstag Afghanistans von Britisch-Indien im Jahre 1919. Die weiblichen Mitglieder der Familie Daud Khans und die seiner führenden Militärschüler traten während der Feierlichkeiten unverschleiert auf die Tribüne. Daud ließ über Mundpropaganda wissen, dass jede Frau frei sei, es ihnen gleich zu tun.³² Diese Modernisierungsreformen, die nun auch in den privatesten Bereich der Afghan*innen einzugreifen schienen, sorgten bei den religiösen Führern für Unmut, dem die Regierung mit Reden staatsnaher *ulamas* (Rechtsgelehrter) begegnete. Zu den religiösen Mitstreitern um die religiöse Legitimation, gehörte beispielsweise Musa Shafiq, der an der Kairoer *Al-Azhar* und an der *Columbia University* studiert hatte und dem König nahestand.

Trotz zahlreicher Inhaftierungen von religiösen Führern, unter ihnen ein besonders einflussreicher, nämlich Sibghatullahs Mujaddidi, und einiger wichtiger *khans* (Großgrundbesitzer) folgte eine konträre Strategie: „[...] the government countered tribal power with gradual encapsulation and fragmentation rather than confrontation.“ (Rubin 2002: 72) Dies bedeutete konkret, dass durch weiterhin fließende Hilfsgelder, sowohl aus den USA als auch aus der Sowjetunion, die offiziell noch von Zahir Schah geführte Regierung über das Ministerium für Stämme Stammesälteste an sich binden konnte. Die Allokation für die Bereiche Bildung, staatliche Unternehmen und Arbeitsplätze eröffnete ihren ambitionierten Modernisierer*innen die Möglichkeit, die Funktionen der *khans* zu ersetzen und die Stämme für sich zu gewinnen. Jedoch

schen Monarchie war dem sowjetkommunistischen Kreml ein Dorn im Auge und bereitete den April-Putsch für das Jahr 1978 vor.

32 Auch Amanullah Khan lieferte seinen Opponenten, besonders durch seine Reformen im Strafrecht (Heiratsgesetz, Begrenzung der Mitgift, Regelung der Trauerfeierlichkeiten) um 1924, und auch Britisch-Indien, durch seine Europa-Reise mit seiner unverschleierten Ehefrau, nach 1928/29 genügend Propagandamaterial, um ihn zum Abdanken zu bewegen (Grevemeyer 1987: 179).

reichte auch damals der Einfluss der Königsfamilie, der *musahiban*³³, nicht bis in die Bezirke (Paschto: *wolliswali*)³⁴, so dass Netzwerke zwischen den Stammesführern für die Organisation ihrer eigenen, gegen den Staat gerichteten, Interessen erhalten blieben (ebd.: 74).

In einem historischen Rückblick fasst Rubin die unterschiedlichen Gründe für das Scheitern der regionalen Machthaber gegen die rigiden, modernen oder reformorientierten Monarchist*innen und Kommunist*innen zusammen. In seinen Forschungen geht Rubin ausdrücklich auf die Rentenökonomie des Landes ein. Unter anderem aufgrund der Rentenökonomie ist es dem Binnenland Afghanistan bis heute nicht gelungen, eine autarke Wirtschaft aufzubauen, um auch politisch und nachhaltig unabhängig handeln und eine sozioökonomisch prosperierende Bevölkerung innerhalb der Landesgrenzen halten zu können. In Kapitel 2.2.1 *Rentiercharakter im afghanischen Staatsbildungskontext* der vorliegenden Doktorarbeit wird genauer hervorgehen, wie es zur bis heute bestehenden Rentenökonomie kam und sie zu den heutigen Netzwerken zwischen Patron*innen und ihrer Klientel beiträgt.

Wohingegen Amin schreibt, dass Afghanistan vor der Anbindung an die Weltwirtschaft bis in die 1950er Jahre autark war. Die Bewirtschaftung des Landes erfolgte in den Dörfern durch die Bäuer*innen, die politische Organisation übernahm die herrschende Klasse, die dafür einen Tribut erhob. Diese Organisationsweise bezeichnet der ägyptische Ökonom Amin als „tributgebundene Produktionsweise“ (Amin 1975: 11f). Das bedeutet, dass Amin die Rentenökonomie erst auf die Öffnung des Landes unter Daud Khan als Premierminister (1953-1963) datiert. Amins Beschreibungen einer „asiatischen Produktionsweise“ ist wichtig im Hinblick auf die im Elitenkapitel diskutierte Debatte vom feudalistischen zum frühkapitalistischen Europa, denn bisher wurde sie von den meisten Forschungen zu Afghanistan als „tributgebundene Produktionsweise“ behandelt.

Denn die „asiatische Produktionsweise“ – dieser Begriff wird für die in Afghanistan herrschenden Produktionsverhältnisse bis ins späte 20. Jahrhundert verwendet – ist nicht *per se* als feudalistisch zu bezeichnen. Denn bis zum Zerfall des Timuriden-Reiches (1370-1507) gab es zwar einen gewissen Einfluss von den Königen auf die lokalen Machthaber. Jedoch ist dieses Zentrum-Peripherie-Verhältnis ein anderes als das des europäischen Feudalismus, in dem ein strenges, hierarchisches Ständeverhältnis für die Mitglieder der Gesellschaft existierte und wo der Grundbesitz in den Händen einer aristokratischen und militärischen Oberschicht lag. In Afghanistan waren die Städte die Handelszentren, in ihnen hatten die Fürstentümer ihren Sitz. In den ländlichen Strukturen hatte sich kein feudales Produktionsverhältnis entwickelt (Amin 1975: 34). Im gegenwärtigen Afghanistan ist wiederum die Entwicklung zu

33 Als *musahiban* wird speziell die Dynastie der Durrani-Familie bezeichnet, beginnend mit Nader Schah im Jahre 1930, auf den sein frankophiler Sohn Zaher Schah im Jahre 1933 folgte, und schließlich dessen Cousin Daud Khan, der bis 1978 herrschte.

34 Im Englischen werden die *wolliswalis* mit dem Begriff des Distrikts übersetzt. Jedoch ist es im Deutschen korrekter, von Bezirken zu schreiben, da es auch die verwaltungssprachliche Komponente eines dezentralen oder föderalistischen Systems widerspiegelt. In der Verfassung wurde festgehalten, dass auf Paschto ein Bezirk *wolliswali* und auf Farsi eine Gemeinde *qarya* heißen (Verfassung Afghanistans 2004, Kap. 8, Art. 140: 29).

beobachten, dass diese urbanen Zentren Knotenpunkt für den wirtschaftlichen Austausch, Dreh- und Angelpunkt für mehr gesellschaftliche Teilhabe sind und insbesondere Möglichkeit für den sozialen Aufstieg bieten. Daxner beschreibt diese Tendenz ähnlich: **„I started from the paradigmatic point that social capital is the strongest factor in the making of the middle classes, and urban environments are more advantageous for the building and maintenance of social capital when compared to rural areas.** In addition, urban environments also support the accumulation of cultural and economic capitals.“ (Daxner 2017: 157, Herv. i. O.) Unter Daud Khan wurde dann von 1953 bis zum April-Putsch 1978 der Versuch unternommen, die Landwirtschaft sowie den Staat und den gesamten bürokratischen Apparat zu modernisieren. Da der überwiegende Teil der Bevölkerung von der Landwirtschaft lebt, sollte durch diese Modernisierung eine win-win-Situation entstehen. Reformen der staatlichen Strukturen und Bürokratie sollten dem Staat sowohl große Renditen für seine Modernisierung einbringen als auch sukzessive die ländlichen Gebiete an die zentralstaatlichen Strukturen anbinden, um die alten ländlichen Eliten, wie Großgrundbesitzer und religiöse Führer, durch politische Kader zu ersetzen. Grevemeyer beschreibt die Modernisierungsversuche unter Daud Khan ausführlicher und verweist auch darauf, dass die internationalen Kredite wenig zur Nachhaltigkeit der Modernisierung des Staates beitrugen.

„Die Epoche von 1953 bis zum April-Putsch 1978 lässt sich als Blütezeit der Versuche einer technischen Modernisierung in der Landwirtschaft bezeichnen. Mit westöstlichen Geldern, Experten und Ideen ausgestattet, waren die afghanischen Entwicklungsstrategien vorrangig dem westlich-kapitalistischen Entwicklungsmodell verpflichtet. Das trifft auch auf die von Daud geplante Landreform zu; sie wollte im Kern allerdings keine ausschließlich technische, sondern auch gesellschaftliche Umgestaltung.“ (Grevemeyer 1987: 99)

Unter der von der Sowjetunion unterstützten Regierung von 1978 bis 1979 wurden dann die staatlichen Reformen zur Modernisierung des Landes weiter forciert.

„Das ‚Herzstück‘ aller Reformmaßnahmen sollte die Landreform werden. Durch ihre Umsetzung in die Praxis sowie durch die Regelung der Schuldpacht, die Abschaffung des Brautpreises, die Beschleunigung der Gerichtsverfahren, die Organisation der Bauern und Landarbeiter in Genossenschaften wollte die Regierung Taraki die traditionelle Gesellschaftsordnung generell umgestalten.“ (Ebd.: 119)

Die ländliche Bevölkerung reagierte mit Aufständen und stemmte sich immer mehr gegen die urbanen Eliten, die soziokulturelle Umwälzungen forcierten und versuchten, die traditionellen Hierarchiestrukturen zu modernisieren. Im Zusammenhang mit der Modernisierungsrhetorik der kommunistischen Regierung ab 1978 kündigten afghanische Kader die Abschaffung des Feudalismus an. Jedoch hielt ein deutscher Soziologe diesem Vorhaben folgende afghanischen Realitäten entgegen:

„1. die starke Autarkie durch die Einheit von Agrikultur und Manufaktur; eine vorkapitalistische Arbeitsteilung im Dorf in Form des Deputathandwerkertums: handwerkliche Leistungen werden nicht mit Geld abgegolten, sondern durch jährliche Deputate [...];

2. das Obereigentum der Stämme über die landwirtschaftlichen Nutzflächen, einschließlich der Wälder – Kollektiveigentum also, das aber die Nutzung durch die Familien einschließt;
3. die Intaktheit lokaler und überlokaler Verwandtschaftsverbände, der ‚qaums‘ und ‚khels‘;
4. die Notwendigkeit, kollektive Bewässerungssysteme zu konstruieren und zu unterhalten sowie ihre Nutzung zu verwalten.“ (Sigrist 1986: 385)

Durch die bereits vorhandenen Forschungen dieser Soziologen und Ökonomen können Fehlannahmen der soziokulturellen Verhältnisse in Afghanistan verhindert werden, um aus der Geschichte zu lernen und insbesondere die Rolle des kolonialistischen Interventionismus seit dem Anfang des 19. Jahrhunderts zu untersuchen.

Auch in Barfields anthropologischen Untersuchungen stehen die unterschiedlichen Reformierungs- und Modernisierungsversuche der Herrscher seit dem frühen 19. Jahrhundert im Mittelpunkt. Bemerkenswert sind die parallelen Formulierungen über die Netzwerke zwischen dem Machtzentrum Kabul und den Eliten in den Provinzen; je nach vorangegangener Herrschaftsstrategie pendelte der Verbund mit den lokalen und religiösen Eliten zwischen radikalen oder kooptativen Varianten hin und her. Barfield schreibt zur *musahiban*-Ära:

„Political stability in rural Afghanistan under the Musahibans rested on the tacit recognition of two distinct power structures: the provincial and subprovincial administrations, which were arms of the central government, and tribal or village structures indigenous to each region. While the central government had been effective in expanding its power into the country-side its goals were limited to encapsulating local political structures in order to prevent them from causing trouble.“ (Barfield 2010: 220).

Zusammenfassend schreibt Barfield, dass im Vergleich zur *musahiban*-Dynastie, die sich auf die Reformierung der urbanen Zentren konzentrierte, die Demokratische Volkspartei Afghanistans (DVPA) nach der Machtergreifung 1978 den Fehler begangen habe, eine radikale Form des Kommunismus, verbunden mit tiefgreifenden sozialen Veränderungen, rigide durchzusetzen. Nur die Intervention der Sowjetunion habe den Untergang des Regimes, so geschehen nach den von der Bevölkerung als überstürzt empfundenen Reformen Amanullah Khans, verhindern können. Danach hat wiederum Najibullah unter der Fahne eines islamfreundlicheren Nationalismus und unter Einbeziehung der legitimen Kräfte des Landes – unter der Voraussetzung, dass sie Sicherheit und Regierungsführung gewährleisten – den Versuch unternommen, alle in die Regierung einzubinden (ebd.: 341).³⁵ Nach der Ermordung des Präsidenten Najibullahs schreibt Barfield:

35 Partiiell wird in der urbanen Bevölkerung, z.B. in Kabul, Najibullahs Regierungszeit weiterhin als einer Zeit der Hoffnung und einer gewissen Stabilität nachgetrauert. In Gesprächen wird anschließend an diese Nostalgie an seine Rede an die verfeindeten *mujaheddin*-Fraktionen zitiert, in der er den weiteren Kriegsverlauf hauptsächlich geprägt von ausländischen Interessen im Falle des Scheiterns der Friedensverhandlungen prognostizierte. Seine Tochter Heela Najibullah hat in ihrem Buch über diesen und den zukünftigen Friedensprozess Afghanistans geschrieben (Najibullah 2017).

„With its fall in 1992, Afghanistan entered a period of reactionary government in which the values of the urban elite were replaced by those of rural religious ideologues, the most radical of whom were the Taliban [...] A look at the historical record demonstrates that peace and stability in Afghanistan have best been ensured by governments that pursued policies of social change in urban areas where they were welcome, and then let them spread to the countryside only after prejudices against them had waned.“ (Barfield 2010: 339f)

Barfields Analyseergebnis, dass sich die sozialen Reformen zunächst bei der urbanen Elite bewähren mussten und dann eher auf Akzeptanz bei der ländlichen Bevölkerung stießen, könnte ein Lösungsansatz für staatskonsolidierende Maßnahmen in Afghanistan sein. Daxners Untersuchungen bestätigen diese Entwicklung auch für die entstehende Mittelklasse in den urbanen Ballungszentren Afghanistans und bemerkt kritisch: „The assumption is that **urban social capital is a common good that is delivered in a way that reduces it to a club good for members of the new middle classes.**“ (Daxner 2017: 161, Herv. i. O.) Dieser Bereich der sozialen Reformen spielt auch heute eine wichtige Rolle, da die subnationalen Reformen seit 2003 einen ähnlichen Ansatz verfolgen. Sie greifen in die Lebensformen der Menschen innerhalb der Peripherie ein und sollen ihren Lebensstandard verbessern.

Schetter hat zunächst in seiner Dissertationsschrift die ethnischen Konflikte Afghanistans untersucht (Schetter 2003). Hierbei hat er dargelegt, wie die bereits segmentierte Gesellschaft besonders während der sowjetkommunistischen Umwälzungen um das Jahr 1978 und dann mit dem Krieg gegen die Rote Armee von 1979 bis 1989 politisch ethnisiert wurde. Den Eliten gelang es dann, während des Kriegs bis in die Bürgerkriegsjahre hinein, zwischen den *mujaheddin*-Fraktionen über die ethnischen Fraktionen mit Hilfe der Großmächte Koalitionen zu schmieden. Aktuelle Publikationen Schetters untersuchen die anfangs erwähnten Migrationswellen und die hieraus entstandene afghanische Diaspora, die zu ihrem ethnischen Herkunftsland weiterhin Verbindungen pflegt, und wie sich diese auf die verschiedenen Ebenen der Gesellschaft auswirken (Schetter 2012).³⁶ Dieses Phänomen, das sich in der afghani-

36 Schetter hat in seinem Überblick zur Geschichte Afghanistans auch über die Reiche der vorislamischen Zeit, während der Achämeniden (558-330 v. Chr.) und der Sassaniden (224-330 v. Chr.) geschrieben (Schetter: 2004: 30, 35). Seine Beschreibungen der geographischen Spannweite der beiden Reiche, das Abgabesystem der jeweiligen Satrapien und die hiermit überlieferten Münzpfunde lassen doch sehr stark die These zu, dass es staatsähnliche und bürokratische Strukturen gab. Diese Reiche, die weit in die Antike reichen, sind wichtig für Diskussionen über die ethnische Identität des multiethnischen Staates. In diesen Komplex spielt auch die Frage hinein, woher beispielsweise der Begriff „Afghane“ oder auch der Begriff „Paschtune“ kommt, der für einige immer noch als synonym zu „Afghane“ verstanden wird (mehr dazu in Kapitel 6.4 *Sprache als Teil kultureller und ethnischer Identitäten*). Diese glorreiche Vergangenheit in der Antike wird aber auch gern als Beispiel angeführt, dass die alte, vor-islamische Zivilisation der Afghan*innen und Iraner*innen gegenüber „dem Westen“, „den Osman*innen/Türk*innen“ und „den Araber*innen“ bestehen kann. Hieraus erklärt sich bis heute der Anti-Arabisismus, der sogar als Mainstreamdiskurs in Afghanistan bezeichnet werden könnte und der sich wegen der arabischstämmi-

schen Gesellschaft durch die über vier Dekaden Krieg entwickelt hat, fasst Schetter im Hinblick auf die Staatsbildung so zusammen: „[...] high spatial mobility is a factor that structures society and impedes both state structuring processes and classical military thinking.“ (Ebd.: 12) Ähnlich wie Grevemeyer stellt er fest, dass diese eigentliche Flexibilität durch die generationenübergreifenden, transnationalen Verknüpfungen nun den starren Staats- und Institutionenbildungsversuchen wieder gegenübersteht (Grevemeyer 1987: 13).

Weitere Forschungen Schetters gehen auf die tribale Gesellschaft³⁷ und die in ihr existierende soziale Ordnung versus der zentralen Staatlichkeit ein, die während des Institutionen- und Staatsbildungsprozesses für urbanisierte Eliten notwendig sind, um mit ihrer Klientel in der Peripherie in Kontakt zu bleiben (Debiel et al. 2009; Schetter/Conermann/Kuzmits 2010; Schetter 2007). Diese Netzwerke zwischen einer*in Patron*in, der die Interessen seiner Klientel aus der Peripherie bei der Zentralregierung vertritt, können stabil bleiben, solange sie die eigentlichen lokalen Machtverhältnisse oder die politischen und ökonomischen Interessen der Kommandeure nicht durchkreuzen. Diese Politik der Kooptation hat Präsident Hamid Karzai mit der US-Administration zu einem hohen Grad realisiert (Debiel et al. 2009: 4). Diese Netzwerke können natürlich auch staatliche Eingriffe und die Institutionenbildung nach Belieben verhindern.

Als positives Beispiel führt Schetter den Südosten des Landes an der Grenze zu Pakistan an, eine Region, mit der er sich in seiner Forschung eingehend beschäftigt hat. In Paktia gäbe es horizontale Netzwerke, welche die soziale Ordnung der Gesellschaft regeln und ein essenzieller Aspekt sei die *pashtunwali*, ein Rechtssystem, das den Stämmen ein eigenes, traditionelles Gewohnheitsrecht bietet, wodurch sie Gewalt kontrollieren und Konflikte regulieren können (ebd.: 41). Dieser Ehren- und Verhaltenskodex basiert auf drei Grundpraktiken: Erstens der *melmastia* (Gastfreundschaft), die es den Paschtun*innen vorschreibt, ihre Gäste aufzunehmen und gebührend zu bewirten. Zweitens der *nanawati*, die es nicht erlaubt die Gastfreundschaft eines Geflüchteten oder sogar Gesuchten zu verwehren. Drittens *badal*, die einerseits die Möglichkeit der Rache zur Gesichtsbewahrung vorsieht oder des Tausches von weiblichen Familienmitgliedern, um die Feindschaft beizulegen. Rzehak zählt insgesamt acht Unterkategorien der *pashtunwali* auf und analysiert sie nacheinander in seinem Aufsatz „Doing Pashto“ (Rzehak 2011). Auch Glatzer hat detaillierter über die Stammeszugehörigkeiten, politischen Veränderungen der Stammesstrukturen und die Qualitäten der Stammesführer geschrieben (Glatzer 2002). Beispielsweise drängten die USA und Saudi-Arabien den Talibananführer, Mullah Omar, nach den Anschlägen von 1998 auf die US-Botschaften in Kenya und Tanzania den An-

gen *mujaheddin* während der Bürgerkriegsjahre bei der afghanischen Bevölkerung verstärkte.

37 Schetter geht in seinen Forschungen weiterhin von einer tribalen Gesellschaft aus. Meist schreibt er jedoch in seinen Forschungen, dass der klassische Begriff der Stammesgesellschaft im afghanischen Kontext wegen der soziokulturellen und historischen Besonderheit eher unpassend ist und von einer fragmentierten Stammesgesellschaft die Rede sein müsste. Er belegt dies anhand seiner zahlreichen Forschungsergebnisse (Schetter/Conermann/Kuzmits 2010; Schetter 2003).

führer der *al-Qaida*, Osama bin Laden, an sie auszuhändigen. Dem konnte der Anführer der Gläubigen (Arabisch: *amir al-mumimin*) nach dem Kodex der *melmastia* jedoch nicht nachkommen (Barfield 2010: 268). Vor den Anschlägen auf die US-Botschaften gab es seit Anfang der 1990er Jahren mehrere Attacken auf amerikanische Soldaten in Mogadishu, Somalia, Saudi-Arabien (Riyad), Nepal, Jemen und einen gescheiterten Anschlag auf das *World Trade Center* in New York, sowie geplante Attentate auf den damaligen Präsidenten Clinton etc., die nun alle auf den *al-Qaida* Chef zurückgeführt wurden (Rashid 2001: 230f). In Kapitel 6.5.3 *Narrative und Dynamiken der Freund-Feind-Rhetorik* beschreiben die Taliban aus ihrer Perspektive die Verhandlungen mit den USA, um gemeinsam eine Lösung für die Auslieferung Osama bin Ladens zu finden. Das hier beschriebene System der *pashtunwali* bietet seine eigenen Gesetze und es entsteht ein autarkes soziales Gebilde, das den persönlichen Schutz eines jeden Stammesmitgliedes fernab der Zentralregierung Kabuls ermöglicht.

Der aus Pakistan stammende Analyst Ahmed Rashid zeichnet sich durch ein tiefgehendes Wissen über die Zeit vom Einmarsch der Roten Armee in Kabul im Dezember 1979 bis heute aus. Als Journalist bereiste er das Land regelmäßig seit den 1970er Jahren, viele der Kriegsherren kennt er seit den Bürgerkriegsjahren persönlich und begleitete ihre politische Radikalisierung oder Reformierung über die einzelnen Dekaden hinweg (Rashid 2008: 126f). In seinen Büchern und journalistischen Beiträgen scheut er weder davor zurück, die Einmischungen der Großmächte – der Sowjetunion und den USA – in den Konflikt während des Kalten Krieges und bis in die Gegenwart durch Finanzleistungen konkret zu beziffern (Rashid 2001: 56), noch die verwobenen Strukturen offenzulegen, die die pakistanische Regierung, den pakistanischen Geheimdienst und den *Inter-Services Intelligence* (ISI) verbinden, sowie die mit diesen zusammenhängenden Strukturen innerhalb der Taliban (ebd.: 56).³⁸ Bemerkenswert ist auch seine Analyse der Politik der USA und der Öl-Industrie *Union Oil Company of California* (*Unocal*) vor dem 11. September 2001 gegenüber den Taliban hinsichtlich des Baus einer Pipeline (Rashid 2001: 280). Weitere Publikationen zeugen von seiner geopolitischen Expertise bezüglich Zentralasiens, in diesen stellt er den islamistischen Einfluss in einen globalen Zusammenhang mit dem Terrorismus (Rashid 2002a; Rashid 2011).

Im Buch *Descent into Chaos* (Rashid 2008) kritisiert er den seit Oktober 2001 stattfindenden, von den USA initiierten Nationenbildungsprozess in Afghanistan aus verschiedenen Perspektiven. In einem Interview zu seiner Forschung betonte er zwei Komponenten: Erstens hätte sich die USA unter Präsident Bush nicht parallel zum Krieg in Afghanistan, der am 7. Oktober 2001 begann, für eine Invasion in den Irak im März 2003 entscheiden sollen. Zweitens habe die Ankündigung Präsident Obamas, die US-Truppen ab 2011 zu reduzieren, der Taliban-Bewegung Aufwind und den Nachbarstaaten den Startschuss gegeben, über die jeweiligen Elitefraktionen ihren Einfluss geltend zu machen (Rashid 2012a; Rashid 2012b: 115; Rashid 2012c).

38 Auch schreibt Rashid, dass er vom damaligen Präsidenten Musharraf am 11. August 2005 dazu aufgefordert worden sei, nicht mehr über die Unterstützung von Seiten des ISIs für die afghanischen Taliban zu schreiben. Diese Unterhaltung ging über zwei Stunden, zwei Generäle waren während des Gesprächs auch anwesend (Rashid 2008: 392).

Die für die Arbeit wichtigste Komponente, die er in einem Kapitel darlegt, ist die systematische logistische und finanzielle Unterstützung der Kriegsherren, um das Land mit ihren Milizen zu stabilisieren (Rashid 2008: 125ff). Ein Ergebnis haben diese Forschungen gemeinsam: Ein Zentralstaat basierte seit seiner Gründung Mitte des 18. Jahrhunderts bereits auf einer segmentierten Gesellschaft und ist zudem durch mehrere Jahrzehnte Krieg nun auch entlang der politischen, konfessionellen, ethnischen sowie sprachlich-regionalen Zugehörigkeiten fragmentiert.

Mit der Analyse der einschlägigsten und bisherigen Forschungen des 2002 initiierten Staatsbildungsprozesses in Afghanistan wird der Frage nachgegangen, wieso die real- und sicherheitspolitischen Strategien nicht zumindest einen Friedensbildungsprozess eingeleitet hat. Die Rhetorik hat sich, während sich die internationale Gemeinschaft auf politischer und sozialer Ebene in Afghanistan engagierte, verändert. Daxner beschreibt den rhetorischen Umschwung wegen eines frühzeitig angekündigten konkreten Abzugstermins der internationalen Truppen von einer *good governance* zu einer *good-enough-governance*-Strategie mit folgenden Worten: „The problem of good or good enough governance is not only the ambiguity of the method how to establish either; it is also dependent upon the view point the interveners take when they intrude in statebuilding processes. If you want a solid state you would like to establish functional and effective ‚statehood‘, represented by the institutions that implement the rules set by the state.“ (Daxner 2013b: 8) Weiter führt Daxner aus, dass erst ein Blick auf die soziale Ordnung der Mikroebene der Gesellschaft einen Blick auf die vertikal verlaufende Machtachse bietet. Dieser Satz trifft den Kern der Debatte zu laufenden Staatsbildungsprozessen in vielerlei Hinsicht und leitet in meinen Ansatz, die Konfliktodynamiken aus afghanischer Perspektive zu analysieren, über. *Inwiefern wurde die hybride soziale Ordnung in einer segmentierten und fragmentierten Gesellschaft wie Afghanistan untersucht und geschah dies aus der Perspektive der afghanischen Elitefraktionen?*

Im Folgenden weise ich noch auf einige Studien und Aufsätze hin, die von hoher Relevanz sind und die ein aufzugreifendes Forschungsdesiderat vorweisen. Einige Forschungsarbeiten von afghanischen Sozialwissenschaftlern, die in dieser Arbeit herangezogen werden, liefern ein detailliertes Bild aus einer genuin afghanischen Perspektive und nähern sich ihrem Forschungsgegenstand mit soziokulturellen Landes- sowie Sprachkenntnissen. Durch ihre afghanische Biographie und unter Einbeziehung farsi-³⁹ und paschtosprachiger Quellen können sie ein originäres Licht werfen

39 In der gesamten Doktorarbeit wird, neben der afghanischen Landessprache Paschto, die Bezeichnung Farsi für die zweite Landesprache verwendet. Die „Sprache des Hofes“ (*dari-ye farsi*) hat sich während der kulturellen Blütezeit der Samaniden (874-999) am Hof während des 9. Jahrhunderts entwickelt. Erst im Jahre 1964 bezeichnete die Regierung Afghanistans die Landessprache als Dari, um sich vom iranischen Einfluss abzugrenzen (Spooner 2012: 99). Erst durch die fehlenden und nationalen Identifikationsmöglichkeiten gegenüber den Anrainerstaaten, wie dem Iran und Tadschikistan, etablierte sich der Bezug auf die Sprache „Dari“ – auch als nationalstaatliches Alleinstellungsmerkmal zu Tadschikisch in Tadschikistan und Farsi im Iran (Spooner 2012; Nawid 2012a). Es gibt lediglich kleinere Unterschiede, jedoch eher starke dialektale Unterschiede sowie semantisch unterschiedlich verwendete Termini. Jedoch werden diese Unterschiede insbesondere durch die farsispra-

auf die chaotischen, schnellen Machtwechsel seit der April-Revolution im Jahre 1978, den afghanischen Bürgerkrieg zwischen den *mujaheddin*-Fraktionen, sowie auf die Taliban-Herrschaft und den voranschreitenden Staatsbildungsprozess seit 2001 durch die internationale Gemeinschaft und die afghanische Regierung. Daneben möchte ich die jungen afghanischen Sozialwissenschaftler*innen erwähnen, die in Forschungseinrichtungen (*think tanks*) publizieren und die für die vorliegende Forschungsarbeit ebenfalls laufend herangezogen werden (AAN, AREU).

Rasuly greift in seiner Dissertation die Machtverschiebungen in der afghanischen Gesellschaft seit der April-Revolution im Jahre 1987 auf (Rasuly 1997). Am Anfang seiner Untersuchung hält er, wie Grevemeyer, die Dichotomie zwischen dem Zentrum und der Peripherie seit der Staatsgründung durch König Ahmad Schah Durrani im Jahre 1747 für das paradigmatische Problem der Staatsgründungsbemühungen in Afghanistan. Seine Untersuchung beginnt mit den ersten Säkularisierungsversuchen im Jahre 1919 unter Amir Amanullah Khan. Rasuly hebt die Modernisierungsversuche und die Verabschiedung der ersten modernen, säkularen Verfassung unter Amanullahs Regentschaft hervor. Es sei der Versuch gewesen, ein landesweites staatliches Rechtssystem einzuführen und die Gesellschaft zu modernisieren. Nach der Beschäftigung mit diesem ersten misslungenen Säkularisierungsversuch, der dem laizistisch-türkischen Vorbild Mustafa Kemal Attatürks folgte, widmet sich der Autor in seinem einleitenden Teil der Arbeit den politischen Umbrüchen und den damit einhergehenden Machtinteressen.

Rasuly beschreibt die Metamorphosen der afghanischen Staatsstrukturen in folgenden Etappen: In der ersten Etappe sollte ein afghanischer Staat, der auf „traditionell-islamischen“ Werten (1929-1978) basierte, entstehen; die zweite kennzeichnete ein selektiver Modernisierungsprozess (1929-1978); die dritte kann als integrativer Modernisierungsprozess nach volksdemokratischem Muster (1978-1992) bezeichnet werden; während die vierte zum radikal Islamischen Staat Afghanistans (1992-1997) führte (ebd. 1997). Seine Arbeit ist bereichernd, weil dort im Kapitel *Die durch den Koran und die Scharia geprägten Konzepte der islamischen und islamistischen Gruppierungen* die unterschiedlichen Vorstellungen, die innerhalb der *tanzims*⁴⁰ über die Rolle des Islam im Staat zu finden sind, analysiert werden. Besonders hilfreich war diese Analyse bei der Auseinandersetzung mit den Aussagen der interviewten Elitefraktionen, die nun Teil der Regierung geworden sind, bezüglich ihrer Wertvorstellungen und ihren aktuellen Handlungsoptionen.

chigen Medien und sozialen Netzwerke für alle farsisprachigen Menschen immer einheitlicher und insbesondere länderübergreifend verständlicher. Einen kurzen, aber sehr guten Überblick gibt es im österreichischen Zeitungsartikel „Der Standard“, in dem Christine Nölle-Karimi als Afghanistan-Expertin zitiert wird (Khakpour 2011).

40 Die damaligen *mujaheddin*-Gruppen bezeichnen sich heute noch als *tanzīm* (Arabisch: Organisation) und entsprechen politisch-religiösen Netzwerken, die sich über die Bürgerkriegsjahre in der Politik als Parteien in Afghanistan etabliert haben (Ruttig 2008: 13). Ruttig beschreibt die politischen Strukturen von politischen Organisationen und diskutiert die bisherigen Institutionenbildungen und Demokratisierungsversuche auch vor dem historischen Hintergrund und den bisherigen Strukturen (ebd.).

Rasulys Analyse mit dem Titel *Die politischen Eliten Afghanistans: Ihre Entstehungsgeschichte, ihre Bedeutung und ihr Versagen in der Gegenwart* würde dem Erkenntnisinteresse der vorliegenden Doktorarbeit im Vergleich zu den anderen Forschungen am nächsten kommen. Jedoch kann sie aufgrund des Erscheinungsjahres und somit der fehlenden Analyse der seit dem Ende der Taliban nun etablierten Patronage-Klientel-Netzwerke für meine Fragestellung nur für die retrospektiven Referenzen zu den wirren Bürgerkriegsjahren und ihrer Koalitionen dienlich sein.

Auch Samimys Forschungen (1992, 1993, 2003)⁴¹ bieten dieser Arbeit genuine Informationen, die die soziokulturellen und geopolitischen Realitäten seit dem Einmarsch der Roten Armee in sein Heimatland widerspiegeln (Samimy 1992). Seine aktuellste Publikation durchleuchtet die religiös-traditionell gefärbte Gesellschaft mit ihren Besonderheiten seit der Machtübernahme der *Jamiat-e Islami* im April 1992 (Samimy 2003). Ein wichtiger Fundus sind die unterschiedlichen politischen Akteure und ihre politischen, konfessionellen, ethnischen und traditionellen Vorstellungen, die sie im Laufe ihrer Machtkämpfe aufgaben oder implementierten.

Giustozzis Forschungen untersuchen (Giustozzi 2012a; Giustozzi 2012b; Giustozzi 2009; Giustozzi 2007; Giustozzi 2000) die Fraktionen der *mujaheddin* und deren innerislamische Überzeugungen. Besonders wertvoll sind seine Analysen der Netzwerke der neuen Kriegsherren, diese Netzwerke erkennt er als eine neue und höher entwickelte Form:

„As mentioned in *Techniques of armed politics* above, the main contribution of armed politics in securing elected positions for the strongmen came from the climate of fear which they had successfully established in their respective areas between 2001 and 2005. This combined with other factors such as patronage and protection against local rivals, to deliver electoral success.“ (Giustozzi 2012b: 163, Herv. i. O.)

Aus dieser sicherheitspolitischen Analyse geht eine wichtige These für meine Arbeit hervor, die besagt, dass lokale Machthaber in den Jahren 2001 bis 2005 installiert wurden, um im Klima der Angst die gewünschten Wahlausgänge zu sichern. Giustozzis Forschungen bieten mir, für die ausgewählten Städte (Kabul, Mazar-e Sharif und Herat) mit ihren jeweiligen Elitefraktionen einen wissenschaftlichen Fundus, denn auch seine politisch-ökonomischen Untersuchungen der Patronage-Klientel-Netzwerke werden für diese Doktorarbeit fruchtbar gemacht. Giustozzi bemerkt, dass zwar die erste Monopolisierung der Staatsmacht durch patrimoniale Herrschaftsstrukturen als erster staatskonsolidierender Schritt gewertet werden könnte, aber er hebt die korrupten Verhältnisse bei der Vergabe der Ämter und der Bearbeitung der Amtsvorgänge, für Bürger*innen hingegen als Brutstätte für Disfunktionalität hervor (Giustozzi/Isaqzadeh 2013: 8f). Weiter schaffen seine Definitionen zum inflationär verwendeten Begriff „Kriegsherren“ oder *warlord* ein klareres Bild:

41 Interessant ist der Hinweis Samimys, dass die Sowjetunion bereits damals Interesse an den reichhaltigen Naturressourcen hatte und zwei Jahrzehnte vor dem Einmarsch genaue Untersuchungen vorgenommen hatte. Er schätzt das Eisenvorkommen des Hajigak-Passes auf 2 Milliarden Tonnen und zählt bereits während der 1990er Jahre folgende Naturressourcen auf: Gold, Silber, Chrom, Blei, Zink, Kupfer und Uran (Samimy 1992: 11f).

„I shall use the following ideal type of warlord in this volume: charismatic and patrimonial leader with autonomous control over a military force capable of achieving/maintaining a monopoly of large scale violence over sizable territory. This definition has two major implications: the warlord has little or no political legitimacy, but nonetheless [...] he exercises patrimonial political power over such territory, where central authority has either collapsed or has weakened or was never there in the first place.“ (Giustozzi 2009: 5)

Nun hat sich jedoch die politische Landschaft so verändert, dass diese Kriegsherren über politische Legitimität verfügen, eine gewisse Stellung im Staatsapparat genießen und sogar in der offiziellen Wirtschaft eine wichtige Rolle eingenommen haben. Diese Wandlung ist von Region zu Region unterschiedlich, aber die ehemaligen *mujaheddin* haben durchaus ein anderes Gesicht angenommen und sind nun Minister*innen, Provinzgouverneur*innen, Geschäftsfrauen*männer oder Mitglieder des Parlaments.

Meienbergs (2012) Analyse des Nationenbildungsprozesses in Afghanistan stellt einen neuen Forschungsansatz dar, da bei den bisherigen Forschungen die Staatsbildungsversuche in Afghanistan im Vordergrund standen. Die Frage nach einer afghanischen Staatsnation erschien angesichts der Herausforderungen und Interessen der involvierten internationalen Gemeinschaft als utopisches Unterfangen. Zudem wird in der anglophonen Politikwissenschaft meist keine klare Abgrenzung zwischen Nationen- und Staatsbildung unternommen, es wird als ein Begriff und ein Prozess betrachtet. Nachdem Meienberg im ersten Drittel ihrer Dissertation die Termini Nationen- und Staatsbildung klar definiert, entscheidet sie sich in ihrer Arbeit zur Untersuchung des Nationenbildungsprozesses. So richtet sie die Arbeit nach den drei Variablen Hipplers – Ideologie, Integration, und Staatsapparat –, um der Frage nachzugehen, warum der bisherige *nationbuilding*-Prozess in Afghanistan bisher nicht gelungen ist (ebd.: 75).

Wie aus meinen bisherigen Darstellungen hervorgegangen sein dürfte, setze ich meiner Analyse andere Prämissen zu Grunde, wobei ich zunächst nicht von einem expliziten Nationenbildungsversuch durch die afghanischen Eliten oder gar durch die internationale Gemeinschaft ausgehe, und ich würde einen solchen Versuch sogar, wegen der vorherrschenden Realitäten innerhalb dieser kriegsgebeutelten Gesellschaft, wegen der historischen Erfahrungen der afghanischen Bevölkerung und aufgrund der Interviews und Beobachtungen für verfrüht halten.⁴²

Da der vorliegenden Arbeit die Forschungsfrage nach den eigentlichen Konflikt-dynamiken zwischen den politischen, kulturellen, religiösen und wirtschaftlichen Elitenkonstruktionen und auch die Frage nach der sozialen Ordnung, innerhalb der sich diese Dynamiken abspielen, zugrunde liegt, sind die Forschungen des Sonderforschungsbereichs 700 *Governance in Räumen begrenzter Staatlichkeit* der Freien Universität Berlin mit seinem Teilbereich zu *Aid, Minds, Hearts: A Longitudinal Study of Governance Interventions in Afghanistan* und der *Berghof Foundation* äußerst relevant. Die unterschiedlichen Reaktionen und Entwicklungen auf die subnationalen Regierungsführungsformen werden von Köhler, Gosztonyi und Feda im

42 Zur Debatte der Differenzen zwischen der Nationen- und Staatsbildung steht mehr im Kapitel 2.3 *Staats- oder Nationenbildung – eine Verortung für den afghanischen Kontext*.

Nordosten Afghanistans langfristig, empirisch und somit genauer untersucht (Gosztonyi/Feda/Koehler 2016). Beide Forschungsinstitute bereichern meine vorliegende Arbeit durch ihre neuen Ansätze, die soziale Ordnung als eine Alternative staatlicher Form oder klassischer Staatslehre durch vorhandene Macht- und Ordnungsvorstellungen aus anthropologischer Perspektive zu untersuchen.

Weitere namenhafte Afghanistan-Forscher*innen publizieren bereits seit mehreren Jahrzehnten zum Unruheherd Zentralasiens, sie werden im Laufe der Arbeit auch als bereichernder Fundus hinzugezogen (Coburn 2016; Centlivres-Demont 2015; Dalrymple 2013; Ruttig 2012; Centlivres/Centlivres-Demont 2010; Gannon 2005; Saikal 2004; Dupree 2002; Dupree 1978).

1.4 FORSCHUNGSKONZEPT UND AUFBAU

Die Untersuchung hat es sich zum Ziel gesetzt, den bisherigen Prozess der Konsolidierung, die unterschiedlichen Wertvorstellungen, Machtinteressen und handlungsleitenden Ordnungsvorstellungen der fragmentierten Eliten zu analysieren, so dass ein hypothesengenerierendes Bild der Konfliktodynamiken oder Übereinstimmungen zwischen den Eliten hergestellt werden kann. Hierfür werden in einem ersten Schritt zunächst die unterschiedlichen Eliten durch die bereits vorhandenen Forschungen, historische und parteipolitische Quellen, Berichte der VN sowie wissenschaftliche Untersuchungen und Aufsätze seit dem Einmarsch der Roten Armee in Afghanistan im Jahre 1979 bis zur Gegenwart zu einem ersten Bild eines Patronage-Klientel-Netzwerks ausgewertet. Die Auswahl der zu analysierenden Eliten erfolgt nach drei Methoden: *1. dem Positions-, 2. des Reputations- und 3. dem Entscheidungsmerkmal* (Imbusch 2003: 18). Die Analyse dieser Elitennetzwerke wird es ermöglichen, Hypothesen zu einem konsensorientierten Staatsbildungsprozess zu generieren. Bei diesen Netzwerken geht es darum, unterschiedliche staatliche, soziokulturelle Funktionen und Interessen der Eliten zu analysieren, um dann die Dimensionen der Beziehungen und Verflechtungen der Elitefraktionen zueinander aufzudecken und kategorisieren zu können (Hollstein/Straus 2006; Kluge 1999).

Trotz der geplanten Netzwerkanalyse der Elitefraktionen werden die komplizierten Realitäten in Afghanistan, die variablen Identifizierungsmechanismen und fluiden Identitäten im Laufe der Analyse immer wieder reflektiert und in der Analyse mitberücksichtigt. Sen (2010) schreibt über Identitäten: „Erstens die Einsicht, dass Identitäten entschieden plural sind und dass die Wichtigkeit einer Identität nicht die Wichtigkeit anderer zunichte machen muss. Zweitens muss man explizit oder implizit entscheiden, welche relative Bedeutung man in einem bestimmten Kontext den unterschiedlichen Loyalitäten und Prioritäten beimisst, die möglicherweise miteinander um Vorrang konkurrieren.“ (Ebd.: 34) Nach dieser Definition werden auch die Aussagen der Eliten über ihre Identitäten oder Loyalität in den jeweiligen politischen Kontext gestellt, den sie selbst kommunizieren, den die politische Situation erlaubt und der in ihren politischen Handlungen deutlich wird.

Im größeren Zusammenhang gehören Sens Beschreibungen einer fluiden Identität der kritisch postkolonialistischen Haltung gegenüber Kategorisierungen und einer Essenzialisierung von Personen, marginalisierten Gruppen, Gender, Ethnien, unterschiedlichen sexuellen Orientierungen etc. an. Diese Überzeugung geht auf weitere

namenhafte postkolonialistische Forscher zurück, die seit dem 20. Jahrhundert begannen, die Beschreibung „des Anderen“ beispielweise in der Literatur und in gesamten Fachbereichen (Orientalistik) zu dekonstruieren und zu durchleuchten (Said 1979/2014; Said 1985), um sich dann eher an hybriden Gesellschaftsmodellen und -erklärungen orientieren zu können. Zwei weitere wichtige Vertreter*innen des postkolonialistischen Diskurses im englischsprachigen Raum sind Spivak (1994) und in deutschsprachigen Raum Ziai (2005). Ziai kritisiert eine Tatsache zur sozialwissenschaftlichen Arbeitsweise, die umgekehrt undenkbar wäre: „Das ExpertInnen aus dem Norden Menschen aus dem Süden über die in ihren Ländern vorhandenen gesellschaftlichen Probleme und die Wege ihrer Überwindung aufklären, ist auch in den heutigen Sozialwissenschaften die Regel, nicht die Ausnahme.“ (Ebd.: 519) Spivak hat anhand des britischen Kolonialismus beschrieben, wie in der Rhetorik „weißer Mann rettet braune Frau“ durch soziokulturelle Unwissenheit in der intervenierten Gesellschaft eher Schaden angerichtet hat (Spivak 1994: 96).

Auch im Afghanistan-Kontext gab es seit dem 11. September 2001 die politische Rhethorik im Rahmen des *War on Terror*, die afghanische Frau von ihrer Burka, die ihnen die *al-Qaida* aufgezwungen hatte, zu befreien. Feministische Forscher*innen bewerten diese Rhetorik als eine neue Form des kolonialistischen Feminismus des 21. Jahrhunderts (Abu-Lughod 2002; Gallagher 2004). In diesen kritischen Studien beziehen sie sich auch exemplarisch auf die Rede der *First Lady*, Laura Bush, vom 17. November 2001 im *Weekly Radio Address*, die bis dato dem Präsidenten vorbehalten war (Ayotte/Husain 2005: 123ff). Erst seit wenigen Jahren gibt es Reaktionen und Artikel von afghanischen Journalist*innen, die die Problematik des Schleiers und die verschiedenen Formen der Verschleierung aus ihrer eigenen Sicht beschreiben und erklären (Barikzai 2016; Karimi 2015). Nun publizieren in dieser Tradition stehende Forscher*innen bereits seit den 1980er Jahren und in Folge der neuen Interventionen auf dem Balkan, im Irak und in Afghanistan zu den meist gescheiterten Staats- und Friedensbildungsversuchen ihre Kritik gegenüber den liberalen Friedensbildungsversuchen, bei denen die Institutionenbildung und die Sicherheit im Mittelpunkt stehen (Richmond 2010; Sen 2009: 142f; Draude 2012; Gupta 2001; Mac Ginty 2012; Lemay-Hébert 2009; Gupta 2002; Howard 2000; Bhabha 1994).

Die Methoden der liberalen Friedensbildungsversuche hinterfragen diese Forscher*innen u.a. anhand des ursprünglichen Begriffspaars „Kolonialisierer-Kolonialisierter“⁴³ (Beya 1998/2012; Randeria 1999: 377), das sich dann seit den Interventionen in den 2000ern hin zu „Intervenierender-Intervenierter“ wandelte (Daxner 2017; Daxner/Neumann 2012; Free 2010: 56). Nun dürfte bereits erkennbar geworden sein, dass auch in dieser Arbeit oft verwendete Termini (Patrimonialismus, Patronage-Klientel-Netzwerk) im Rahmen der soziokulturellen Begebenheiten betrachtet wer-

43 Beya hat anhand des Romans *Robinson Crusoe* von Daniel Defoe aus dem Jahre 1719, in dem Defoe die Freundschaft Robinson Crusoes zu einem Eingeborenen, dem er den Namen „Freitag“ gab, schildert, die Beziehung des *colonizers* und *colonized* einleitend in seinem Artikel erläutert. Die Missionierung und Alphabetisierung des „dunkel-häutigen“ Einwohners und einzigen Freund durch einen Engländer, machte es durch die Nachahmungsprozesse (Mimikry) unmöglich, die Auswirkungen auf die Psyche oder das Subjekt nachzuvollziehen (Beya 1998/2012).

den müssen und aus einer kritischen Distanz heraus zu verwenden und zu hinterfragen sind.

Die Arbeit schließt sich somit an die soziokulturelle Anthropologie aus der postkolonialen Tradition an, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, reflexive Anthropologie bei ihrer Feldforschung zu praktizieren (Marcus 2015; Clifford/Marcus 1986). Basierend auf der Erkenntnis, dass es einen Nexus zwischen Wissen und Macht gibt, den die Forscher*innen in ihren anthropologischen Studien reflektieren sollten, hat sich in den 1980er Jahren dieser Forschungsansatz als soziokulturelle Anthropologie etabliert (Randeria 1999; Karagiannis/Randeria 2016).⁴⁴ Randerias folgender Satz fasst die soziokulturelle Anthropologie auch für die vorliegende Forschungspraxis bereichernd zusammen: „Die postkoloniale Perspektive unterstützt hingegen eine Sicht, die relational und plural sowie sensibel gegenüber Verflechtungen und Hybridität ist.“ (Randeria 1999: 377) Diesem kritisch-reflexiven Konzept der soziokulturellen Anthropologie (Bourdieu/Wacquant 1992/2006) werden Bourdieus zahlreiche Feldforschungen gerecht und aus diesem Grund wird für die Analyse der afghanischen Eliteninterviews seine reflexive Strukturanalyse im Theorieteil zunächst erklärt, und dann im empirischen Kernstück der Doktorarbeit verwendet.

In einem weiteren Aufsatz formulieren Randeria und Karagiannis ihre Kritik gegenüber einem Kulturfundamentalismus bei Diskursen über Migration und Migrant*innen. Anhand von fünf Punkten – *Lokalismus, räumliche Isoliertheit, Ahistorizität, Negation der inneren Pluralität und Systemautonomie* – weisen sie auf die „konzeptionellen Unzulänglichkeiten“ eines deterministischen Kulturbegriffes hin (Karagiannis/Randeria 2016: 70). In der positiven Umkehrung dieser fünf Punkte würden sich in derselben oben aufgeführten Reihenfolge für die Analyse der afghanischen Eliten und in meiner Funktion als afghanische-deutsche Forscherin folgende konzeptionellen Herangehensweisen ergeben. Anstelle des Lokalismus würde ich den Begriff der „Glokalisierung“ (Robertson 2012; Robertson 1995) setzen, um hervorzuheben, dass die lokalen Verhältnisse einen globalen Effekt und auch umgekehrt haben. Der räumlichen Isoliertheit sei der Begriff der „kulturellen Globalisierung“ (Marcus 1999) gegenübergestellt, den beispielsweise die afghanische Diaspora durch ihre Jahre im Exil und durch die erneute Migration ins Land und aus dem Land heraus in die Nachbarländer oder in die westlichen Länder hat (Daxner 2017; Daxner/Neumann 2012). Auch die veränderten Lebenswelten der afghanischen Eliten werden unter der kulturellen und politischen Glokalisierung analysiert, da die Elitenvertreter*innen selbst die internationalen Bezüge in den Interviews herstellten.

Dem Kritikpunkt Karagiannis und Randerias zum Konzept der Ahistorizität in kulturfundamentalistischen Forschungen wird naheliegenderweise der historische Kontext Afghanistans im Zusammenhang mit den vorhandenen afghanischen Elitefraktionen und dem Staatsverständnis gegenübergestellt. Dem Aspekt der Negation

44 Die Arbeit verwendet die Begriffe „anthropologisch“ und „Anthropologie“ anstelle der in Deutschland verbreiteten Termini „ethnographisch“ oder „Ethnographie“. Diese Entscheidung lehnt sich an die US-amerikanische Forschungsausrichtung, bei der vier Fachrichtungen in der *anthropology* vereint werden: „Physische bzw. biologische Anthropologie, Linguistik, Archäologie und Kulturanthropologie (*culture anthropology*)“ (Karagiannis/Randeria 2016: 63).

einer inneren Pluralität bzw. einer Homogenisierung von Menschen durch einen fundamentalistischen Kulturbegriff wird die pluralistische Gesellschaftsordnung als Bereicherung gegenübergestellt, dem die afghanischen Elitenvertreter*innen jedenfalls in ihrer normativen Handlungspraxis gegenüber offen sind. Jedoch wird in dieser Arbeit auch darauf verwiesen, inwiefern sie der eigentlichen Handlungspraxis in den afghanischen Realitäten mit den verschiedenen Identitäten zuwiderläuft. Dem letzten deterministischen Konzept der *Systemautonomie* verweide ich, wie Daxner (2017), eine Verbindung von *System und Lebenswelt*, in der es um Deutungs-, Entscheidungs- und Wirkungshoheiten bei den unterschiedlichen Eliten mit ihren flexiblen Identitäten gehen wird. Im vorherigen Abschnitt wurde ein komplexes Analysekonzept als postkoloniale soziokulturelle Anthropologie vorgestellt, die den Leser*innen als Überblick für die nachfolgenden Kapitel dienen soll.

Dieser kritisch-reflexiven Anthropologie aus dem Post-Kolonialismus bietet sich eine methodische Hilfe aus der Linguistik⁴⁵ an, welche zunächst von den Anthropolog*innen und dann von Soziolog*innen für ihre empirischen Untersuchungen in ihnen fremden Ländern angewendet wurde. Die anthropologische soziologische Herangehensweise unterscheidet zwischen emischen und etischen Deutungen ihrer empirischen Daten: „Die Unterscheidung bezieht sich inhaltlich auf die Differenz zwischen den kulturspezifischen, ‚inneren‘ Eigenkategorien einer gegebenen Kultur und Gesellschaft (‚emics‘), die dann z.B. bei einer Deskription Anwendung finden können, und den von ‚außen‘ herangetragenen, komparativ-theoretischen und analytischen Fremdkategorien des externen Beobachters dieser selben Kultur und Gesellschaft (‚etics‘).“ (Goetze/Claus 1984: 31) Emische Forschung verfolgt den Ansatz, die kulturellen Eigenschaften von innen heraus zu verstehen, wobei der etische Ansatz beispielsweise bei komparativen Studien eigene Kategorien bei der Beschreibung „anderer Kulturen“ verwendet. Dennoch warnt Mac Ginty in der Friedens- und Staatsbildungsforschung davor, durch diese kritische und reflexive Haltung in eine postmoderne Paralyse zu verfallen. Er rät gleichzeitig aber dazu, überlieferte Kategorien und Variablen stets zu prüfen (Mac Ginty 2012: 211). Die vorliegende Arbeit verwendet demnach die Synergieeffekte beider Ansätze.

Konkret bedeutet dies für die vorliegende Arbeit, durch die emische Herangehensweise die Haltungen und Überzeugungen der Eliten herauszufiltern. Ziel ist es herauszufinden, wie sie die Welt begreifen und sie ihre eigene Semantik formulieren zu lassen. Der etische Teil wird wiederum darin bestehen, die Netzwerke der Eliten aufzuzeigen, auszuformulieren und mit universellen Termini zu beschreiben. Die von einigen als westlich betrachteten Werte sind nämlich nicht von der griechischen Antike zur christlich-jüdischen Tradition gesprungen, sondern über islamische und hinduistische Denker, Philosophen, Geistliche, Mathematiker etc. tradiert und insbeson-

45 Wie unschwer zu erkennen ist, erinnern diese Wortpaare an den Schweizer Linguisten, Ferdinand de Saussure. De Saussure unterscheidet zwischen Bezeichnetes und Bezeichnendes in der Sprache, dieses Verhältnis sei beliebig (Saussure 1967: 76). Wichtig für die vorliegende empirische Analyse der Lebenswirklichkeiten in Afghanistan ist der Satz zu den Symbolen: „Beim Symbol ist es nämlich wesentlich, dass es niemals ganz beliebig ist; es ist nicht inhaltlos, sondern bei ihm besteht bis zu einem gewissen Grade eine natürliche Beziehung zwischen Bezeichnung und Bezeichnetem.“ (Ebd.: 80)

dere weiterentwickelt worden (Alatas 2014: 50; Goodman 2006; Al-Azm 2005; Abu Zaid 1992). Demnach sind diese Begriffe keine erneuten postkolonialistisch oktroyierten Deutungen der vorgefundenen Wirklichkeit, sondern der Versuch, Beschreibungen zu geben und die in der Konfliktsituation erkennbaren Wertvorstellungen zum Ausdruck zu bringen. Außerdem führte bereits eine erste Auswertung der bereits zitierten Forschung dazu, dass Netzwerke unterschiedlicher Elitefraktionen und ihre dazugehörige Klientel erkennbar wurden, die eine soziale und politische Ordnung innerhalb staatlicher Strukturen repräsentieren.

Nachfolgend wird die Struktur der Dissertation und die Verbindungen zwischen den einzelnen Kapiteln erläutert. In Kapitel 2 werden die wichtigsten Definitionen für die Doktorarbeit im historischen und politischen Kontext Afghanistans beschrieben und für die Arbeit abgegrenzt. Im Theorieteil folgt ein längeres Kapitel zum islamischen und christlichen Elitebegriff, der bis heute die religiösen und politischen Debatten über die Macht der Eliten im afghanischen Kontext beeinflusst. Daran schließt sich die Übersicht zur Entwicklung des klassischen Elitenbegriffes bis zur heutigen Gegenwart an. Die Elitentheoretiker*innen können zu *einer ersten Analyse* der Funktionen hilfreich sein. Die wichtigsten Elitentheoretiker*innen lassen sich einerseits in die klassischen Elitentheoretiker (Mosca 1923/1939; Michels 1915/1962; Finer 1902/1966) vom Anfang des 20. Jahrhunderts und andererseits in die Elitentheoretiker*innen, die nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion über das Thema gearbeitet haben, teilen (Best/Higley 2010; Etzioni-Halevy 2010; Hartmann 2007; Beichelt 2003; Keller 1991; Burton/Higley 1987). Die modernen, zeitgenössischen Elitentheoretiker, auch als kritische Elitentheoretiker bekannt, werden repräsentiert von Pierre Bourdieu (1979, 1985a), Peter Imbusch und Stefan Hradil (2003) sowie Michael Hartmann (2004); sie ermöglichen eine Sozialstrukturanalyse.

Auch dem hier vorliegenden Ansatz, nicht nur die politischen Eliten, sondern auch die Eliten aus der Wirtschaft, der Kunst, den Medien sowie der Religion zu interviewen, liegt ein weiterer kritischer Ansatz nach Hradil (Hradil 1987) und Hartmann (Hartmann 2004) zugrunde, denn sie ermöglichen eine gesellschaftliche Strukturanalyse auf einer vertikalen und horizontalen Ebene (Hradil 2001: 287). Diese *Elitenanalyse*⁴⁶ eröffnet auch im afghanischen Kriegskontext die Möglichkeit, unterschiedliche *Eliten*, ihre Lebenswelt und das System der Eliten auf verschiedene Weise durch deren unterschiedliche und auch sich überschneidende Funktionen mitzuerfassen. Gerade in Afghanistan und aufgrund der oben beschriebenen Globalisierung und Diaspora-Bewegungen gibt es ein weites Spektrum von Elitenmilieus, die innerhalb einer Interventionsgesellschaft (Daxner 2017) mit neopatrimonialen Strukturen agieren und parallellaufende Modernisierungsprozesse hervorrufen.

Kritisch sind die hier genannten Elitentheoretiker*innen dahingehend, dass sie die Herrschaftsverhältnisse zwischen den Herrschenden und Beherrschten und die

46 Hier ist der Plural von „Eliten“ betont, um hervorzuheben, dass es sich um unterschiedliche Eliten-Gruppen aus unterschiedlichen Milieus handelt. Denn die zeitgenössischen Elitentheoretiker*innen untersuchen auch die Deutungs-, Gestaltungs-, Wirkungs- und Entscheidungshoheiten und das Prozesswissen der Eliten aus dem Kunst-, Literatur-, Sport-, Film-, Wirtschafts-, Bildungsbereich, der Musik- und Unterhaltungsindustrie und den religiösen Institutionen.

Rahmenbedingungen des Systems als sich perpetuierende Einheit enthüllen. Einerseits analysieren sie, was das soziale „Handeln der Individuen anleite[t]“ und andererseits „die soziale Praxis strukturier[t]“ (Krais 2003: 48), um so die Reproduktionsmechanismen der Herrschaftsstrukturen einer Gesellschaft auf vertikaler und horizontaler Ebene zu durchleuchten. Dieses Verhältnis deckt die immanenten und symbolischen Ordnungen einer Gesellschaft auf. Hauptaugenmerk liegt auf der Phänomenologie und Erkenntnistheorie des französischen Soziologen Pierre Bourdieus, die auch im Theorieteil genauer definiert wird. Denn die drei Bourdieu'schen Analyseelemente von Habitus, Mentalität und Feld ermöglichen es, ein Gesamtbild der zu typologisierenden Eliten zu zeichnen (ebd.: 48).

Ein elementares Forschungsziel besteht darin herauszufinden, wie die Konflikt-dynamiken zwischen den Elitefraktionen verlaufen, deshalb wird auch die Konflikttheorie Georg Elwerts (2004) und von Randall Collins (1981) im letzten Teil des Theoriekapitels vorgestellt, um sie im Laufe der Arbeit für die Analyse heranziehen zu können. Randalls Konflikttheorie ermöglicht es, eine mikrosoziologische Untersuchung auf der Akteursebene mit einer makrosoziologischen Untersuchung auf der Systemebene mit den empirischen Beobachtungen und Interviewaussagen zu verknüpfen (Collins 2013; Collins 2012; Collins 2011a; Collins 2011b; Collins 1981). Konkreter untersuchen die Beiträge Frees, Zürchers, Bonackers und Köhlers zur Konfliktforschung die vorhandene soziale Ordnung in Post-Konfliktgesellschaften, sowie die Konfliktregulation der institutionellen und sozialen Institutionen innerhalb einer intervenierten Gesellschaft (Bonacker/Imbusch 2010; Bonacker 2010; Koehler 2010; Bonacker/Weller 2006; Koehler 2004).

In Kapitel 4 wird die angewandte Methode der qualitativen Inhaltsanalyse herangezogen und die Besonderheit von geführten Eliteninterviews aus der vorhandenen Forschungsliteratur beschrieben, um die Methode dann auf den andauernden Kriegszustand Afghanistans und die Auswertung der Eliteninterviews adäquat anzuwenden.

Im eigentlichen Kernstück der Arbeit werden die ausgewerteten Eliteninterviews der zwei Feldforschungsaufenthalte von April 2013 und November 2014 aus Kabul, Herat und Mazar-e Sharif stehen. Während der Feldforschung habe ich zudem eine nicht-teilnehmende, offene und strukturierte Beobachtung verfolgt, bei der ich entweder während des Interviews, aber meist nach den Interviews die wichtigsten Punkte dokumentierte (Kvale 2008). Die Antworten und die anthropologischen und soziologischen Beschreibungen der Elitenvertreter*innen sind elementarer Bestandteil der Analyse. Aus diesem Grund flossen die Auswertungen der 36 halb-standardisierten und nicht-standardisierten Interviews anschließend in die abschließenden Hypothesen ein.⁴⁷ Durch einen halbstandardisierten und um so mehr durch den nicht-standardisierten Leitfragenbogen hatten die interviewten Eliten die Möglichkeit zu erzählen, wie sie den Staatsbildungsprozess seit dem Sturz des Taliban-Regimes im November

47 Die Interviewpartner*innen wurden mit Pseudonymen versehen und durchnummeriert. Sie werden im Verlauf der Forschungsarbeit in den Fußnoten stets mit dem Datum und der Seitenzahl aus dem Transkriptionsprotokoll zitiert. Da aus dem gesamten Duktus, Sprachstil und Kontext schnell Rückschlüsse auf die Identität gezogen werden können, bleibt die Identität auch in den unveröffentlichten Interviewtranskriptionen auf Bitten der Interviewten hin anonymisiert.

2001 erlebt haben und wie sie den bisherigen Staatsbildungsprozess aus ihrer Sicht bewerten würden. Alle äußerten sich zu ähnlichen Konflikt- und Gewaltdynamiken, die wichtige Hinweise auf Ursache-Wirkungsdimensionen (Gläser/Laudel 2004) innerhalb der Patronage-Klientel-Netzwerke erlauben.

Die vier miteinander verzahnten und zentralen Fragen der Arbeit lauten: Wie kann der Weg zu einem pazifizierenden Konsolidierungsprozess zwischen den Elitenvertreter*innen aussehen? Worin bestehen die Interessen, Werte, Normen und Weltanschauungen der durch die Kriege neu entstandenen Elitenvertreter*innen in Bezug auf den Staatsbildungsprozess in Afghanistan? Und wie lässt sich der Staatsbildungsprozess unter deren Berücksichtigung gestalten? Können diese Eliten mit ihren unterschiedlichen Regierungsvorstellungen einen Elitenkonsens für einen staatskonsolidierenden Prozess bilden?

Zunächst soll an dieser Stelle einführend festgehalten werden, wie sich der Begriff der Eliten definieren lässt. Als Eliten werden Personen definiert, die in der Lage sind „politische Entscheidungen auf nationaler Ebene regelmäßig und substanziell zu beeinflussen“ (Burton/Gunther/Higley 1992: 8). Zudem ist es auch ausschlaggebend, dass die Herrschaftskultur (Beichelt 2003: 64) so erscheint, als könnten die Eliten politische Entscheidungen zu jedem Zeitpunkt durchsetzen. Als Herrschaftskultur bezeichnet der Elitenforscher Beichelt das Verhältnis zwischen den Herrschenden und Beherrschten:

„Die Regierenden orientieren sich – so die folgenden verwendeten Begriffe – am Herrschaftsverständnis der Regierten, und die Regierten beziehen sich auf das Handlungsverständnis der Regierenden. Werden beide Aspekte in ihrer Komplementarität betrachtet, lässt sich von Herrschaftskulturen sprechen, die durch aufeinander bezogene Interpretationsleistungen von Herrschenden und Beherrschten charakterisiert sind.“ (Ebd.: 64)

Dieses Modell bietet die Möglichkeit, Fragen nach symbolischen Ordnungsvorstellungen über das Wechselverhältnis der Regierenden und Regierten zu beantworten. Die Ansätze der Elitentheoretiker*innen ermöglichen es außerdem, mit der Methode der halb-standardisierten – und für die zweite Feldforschung mit nicht-standardisierten Interviews – in Kombination mit den strukturierten, nicht-teilnehmenden und offenen Beobachtungen, die staatliche *Deutungshoheit und Deutungsdimension* mit ihren Symbolsystemen der unterschiedlichen Elitefraktionen mit ihrem Netzwerk zu anderen Eliten (z.B. Kooptation für Machtsicherung) und ihrer eigenen ethnopolitischen Klientel zu entwerfen. Die unterschiedlichen Symbolsysteme werden sich in den unterschiedlichen Staatsvorstellungen für Afghanistan widerspiegeln, und somit *zur ersten Annahme der vorliegenden Arbeit führen: Die unterschiedlichen Elitefraktionen werden nicht konsensual regieren und somit den staatskonsolidierenden Prozess nach dem Abzug der internationalen Schutztruppe nicht eigenständig zu einer stabilen demokratischen Regierungsform weiterführen können.*

Die fragmentierten Eliten hingegen stehen „meist nach Systemumbrüchen“, wie nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion, vor der Herausforderung, sich auf die politische Zukunft und Verteilung der Machtverhältnisse zu einigen, um dann vielleicht in Koalitionen miteinander regieren zu können (Wasner 2004: 22). Diese fragmentierten Eliten dulden keine „Einigkeit in Vielfalt“ (ebd.: 22). Auch für den afghanischen Elitenkontext, der nach mehr als 30 Jahren Krieg einen pazifizierenden

Prozess einleiten müsste, lautet daher die zweite *Annahme der Arbeit*: *Die neue Generation der Eliten, die nicht direkt als Kriegsherren oder mujaheddin seit 1992 bis in die Gegenwart involviert waren, könnten die Konflikte beilegen, einen Minimalkonsens für die sich im Aufbau befindlichen Institutionen erreichen sowie die Meinungsunterschiede im Rahmen der rechtsstaatlichen Möglichkeiten regulieren und den Kampf um die politischen (Macht-)Positionen mit den dafür vorgesehenen Regeln und Wahlen durchführen.* Im Verlauf der empirischen Analyse und im hypothesengenerierenden Schlusskapitel der Arbeit wird deutlich werden, dass keiner dieser beiden Annahmen apodiktisch bejaht oder verneint werden kann, weil die politischen Elitenvertreter*innen mit ihrer jeweiligen ethnopolitischen Klientel ihre Netzwerke gesichert haben und ein stabilisierendes Patronage-Klientel-Netzwerk in der afghanischen Interventionsgesellschaft etabliert worden ist.

Nach diesen theoretischen Annahmen für Transformationsgesellschaften kann im Fall von Afghanistan, wo sich insbesondere seit der April-Revolution im Jahre 1978 nicht nur politische, sondern auch ethnopolitische Fraktionen gebildet haben, eine fragmentierte Elite konstatiert werden. Wie hingegen die genauen Konfliktdynamiken zwischen den unterschiedlichen Elitefraktionen verlaufen und inwiefern es sich lediglich um machtpolitische Partikularinteressen und der hiermit einhergehenden Befürchtung des Machtverlusts der jeweiligen Elitefraktion handelt, blieb bei den bisherigen Staatsbildungsanalysen für den Fall Afghanistans ungeklärt. Jedoch wäre es für einen nachhaltigen Konsolidierungsprozess ratsam, die unterschiedlichen Elitefraktionen, die auch weiterhin zu bewaffneten Aufständen in der Lage sind, mit ihren Wertvorstellungen und den daraus resultierenden politischen Konfliktdynamiken darzustellen.

Im nächsten Kapitel folgen Definitionen der wichtigsten Termini im Zusammenhang mit der Analyse für die Patronage-Klientel-Netzwerke im afghanischen Staatsbildungsprozess.

2 Definitionen und historischer Kontext

2.1 NEOPATRIMONIALISMUS

Der Neopatrimonialismus geht auf den Begriff des Patrimonialismus von Max Weber (1864-1929) zurück, den dieser in seinem 1914 veröffentlichtem Werk *Wirtschaft und Gesellschaft* entwickelt hat (Weber 2005: 235-379). In Webers politischer Soziologie steht Legitimation und Herrschaft¹ im engen Zusammenhang mit der Organisation und Effizienz eines Staates. Die legitime Herrschaft unterteilt er in eine legale, eine charismatische sowie traditionale (Weber 2013: 449-591). In seiner Definition mit ihrer Unterscheidung nach Herrschaftstypen sind soziales Handeln und Legitimität mit dem Herrschaftsprinzip verbunden.

Trotz der hybriden Herrschaftsformen in der Realität nimmt Weber für die Definitionen eine idealtypische Trennung der Herrschaftsformen vor, wobei sich durch die „formal *rationalste* Form der Herrschaftsausübung“ die höchste Effizienz erreichen lässt (ebd.: 460, Herv. i. O.). Eine bürokratisierte Staatsform würde in seiner reinsten Form auf einem „*bürokratischen* Verwaltungsstab“ mit einem nach „*Fachqualifikation*“ sortierten Rekrutierungssystem mit Beamten basieren (ebd.: 460, Herv. i. O.). Diese erstrebenswerte Organisation der steten Bürokratisierung sieht der Soziologe bereits durch die „Verbandsformen“, beispielsweise durch „Staat, Kirche, Heer, Partei, Wirtschaftsbetrieb, Interessenverband, Verein, Stiftung“ im „Okzident“, als Ausgangspunkt gegeben (ebd.: 463). Wohingegen nach Weber'scher Auffassung die geistlichen Oberhäupter aufgrund ihrer religiösen Autorität „frei amovibel“² sind, weil sie verschiedene Faktoren aus den okzidentalischen standesrechtlichen Verhältnissen, die historisch und politisch gewachsen sind, nicht teilen (ebd.: 290).³

Nach Weber fällt die patrimoniale Herrschaft unter die traditionale Herrschaft, welche sich auf tradierte „Ordnungen und Herrengewalten“ stützt (ebd. 2013: 468).

-
- 1 Nach Weber: „§1 „Herrschaft“ soll, definitionsgemäß (Kap. I, §16)[,] die Chance heißen, für spezifische (oder: für alle) Befehle bei einer angebbaren Gruppe von Menschen Gehorsam zu finden.“ (Weber 2013: 449)
 - 2 In der katholischen Kirche bezieht sich die Amovibilität auf die Geistlichen, die nach Belieben von einem Vorgesetzten entlassen werden können.
 - 3 Die genauen feudalistischen Verhältnisse des „Orients“, in denen die Beamten oder Inhaber von Regierungspositionen sehr frei einzusetzen und zu entlassen waren, hat Weber am Anfang des 20. Jahrhunderts in seinem Kapitel Feudalismus weiter analysiert und mit den feudalen Strukturen des „Okzidents“ verglichen (Weber 2005: 384-397).

Weber definierte Patrimonialismus als eine traditionelle Form einer patriarchalen Herrschaft, die sich, wie in seinem Werk *Wirtschaft und Gesellschaft* dargestellt, besonders durch folgendes Charakteristikum auszeichnet: „Patriarchalismus heißt der Zustand, dass innerhalb eines, meist, primär ökonomischen und familialen (Haus-) Verbandes ein (normalerweise) nach fester Erbregel bestimmter Einzelner die Herrschaft ausübt.“ (Weber 2013: 475) Diese Beschreibung ist sehr nah an der ursprünglichen griechischen Bedeutung des Wortpaares „Pater“ und „Arché“ für Herrschaft. Aus diesem Verhältnis ergibt sich ein weiteres, wichtiges Merkmal innerhalb der patrimonialen Verhältnisse:

„Dem patrimonialen Amt fehlt vor allem die bürokratische Scheidung von ‚privater‘ und ‚amtlicher‘ Sphäre. Denn auch die politische Verwaltung wird als eine rein persönliche Angelegenheit des Herrn, der Besitz und die Ausübung seiner politischen Macht als ein durch Abgaben und Sporteln nutzbarer Bestandteil seines persönlichen Vermögens behandelt. Wie er die Macht ausübt, ist daher durchaus Gegenstand seiner freien Willkür, soweit nicht die überall eingreifende Heiligkeit der Tradition ihr mehr oder minder feste oder elastische Schranken zieht.“ (Weber 2005: 291)

Mit dieser Beschreibung korrelieren auch die Weber'schen Ausführungen zu den drei Typen der Herrschaft; die stützende bürokratische Organisation für die patriarchalische Herrschaftsform wird darin wie folgt weiter ausgeführt: „Mit dem Entstehen eines rein persönlichen Verwaltungs- (und: Militär-)Stabes des Herren neigt jede traditionale Herrschaft zum *Patrimonialismus* und im Höchstmaß der Herrengewalt: *zum Sultanismus*.“ (Weber 2013: 476, Herv. i. O.) Diese These basiert auf der Annahme, dass eine funktionierende moderne Bürokratie das Verhältnis zwischen einer*in Patron*in und seiner Klientel überwinden wird.

In den späten 1950er und Anfang der 1960er Jahre führten Soziolog*innen, Politikwissenschaftler*innen und Anthropolog*innen Untersuchungen patrimonialer Strukturen durch und verwiesen auf die Patronage-Klientel-Strukturen. Diese neuen Untersuchungen, die sich auf den südeuropäischen Mittelmeerraum, Nahen Osten, auf Lateinamerika, Südostasien, China, Japan, Indien, Ruanda und auf die USA bezogen, waren auch eine Kritik an dem bisherigen „Funktionalismus“ und den „systemtheoretischen und evolutionären Entwicklungstheorien in der Anthropologie, Soziologie und Politikwissenschaft“ (Preyer 2011: 148,153). Für eine Analyse der gesellschaftlichen Strukturen und der Machtverhältnisse zwischen der herrschenden Elite und den Beherrschten waren die drei Weber'schen Herrschaftstypen in den späten 1960er Jahren nicht mehr scharf voneinander trennbar und auch nicht mehr ausreichend. Die ursprünglichen Erklärungen der soziologischen Anthropolog*innen und des soziologischen Funktionalismus, die dem Weber'schen Konzept der traditionellen Herrschaft folgten, wurden vom Patrimonialismus-Konzept abgelöst.

Patrimonialismus wurde für die Analyse der neuen Netzwerke zwischen Patron*in und Klientel herangezogen, um die gegenseitigen Mechanismen der Abhängigkeit zu untersuchen (van de Walle 2007; Eisenstadt 1995; Bratton/van de Walle 1994; Clapham 1982; Lemarchand 1981; Eisenstadt/Roniger 1981). Die Weber'sche Annahme, dass sich durch eine Modernisierung der Herrschaftsstrukturen die traditionell patrimonialen Strukturen zum idealisierten rational-bürokratisierten Staatsapparat nach einer „Entzauberung“ der Welt ändern, haben sich zum Beispiel in Japan,

Niederlanden und Großbritannien nicht als Realität erwiesen (Preyer 2011: 152; Eisenstadt/Roniger 1984: 138-165). Wie auch Roth in seinem Aufsatz beschreibt, tritt in den industrialisierten Ländern eher eine Herrschaft auf, die nicht mehr nur auf die traditionale Herrschaft mit der vererbbaeren Nachfolge als patrimoniale Herrschaft beschränkt ist. Stattdessen nimmt nunmehr die persönliche Herrschaft – unabhängig vom Charisma oder der Tradition – innerhalb eines modernen Staates mit einer hochentwickelten und gerade in Staaten mit einer schwachen Institutionenlandschaft eine prominente und starke Position ein. Roth bezeichnet diese Art der Herrschaft als *personalized patrimonialism* (Roth 1986: 196).⁴

An dieser Stelle setzt Eisenstadt mit dem Präfix „Neo-“ ein, um gerade dem Phänomen der Moderne, in welcher der Patrimonialismus perpetuiert wird, neue analytische Kraft zu geben (Eisenstadt 1995; Eisenstadt 1973; Eisenstadt/Roniger 1980). Er stellte fest, dass sowohl in traditionellen als auch in modernen Systemen die Entwicklung einer rational funktionierenden Bürokratie in den meisten Gesellschaften ausblieb, und dass Webers Vermutung, eine rational funktionierende Bürokratie würde sich unter einem modernen Bürgertum mit einer starken Mittelschicht entwickeln, nichtzutreffend sei: „Hence in the traditional, as in most modern, neopatrimonial regimes, special policies had to be developed in order to assure the continuity of such systems. It is indeed in the nature of these policies, which indicate the modes of coping with political problems, that the similarities between traditional and modern patrimonial systems stand out.“ (Eisenstadt 1973: 43)

Eisenstadt beschrieb als erster Soziologe das moderne Phänomen des Neopatrimonialismus anhand der vier folgenden Charakteristika: Erstens, die grundsätzliche Art mit politischen Problemen umzugehen; zweitens, die Beziehungen zwischen Zentrum und Peripherie; drittens, die Haupttypen der *policies*, die die Herrscher entwickeln und viertens, das generelle Format der politischen Auseinandersetzungen und des Prozesses (ebd.: 60). Dann entwickelten Eisenstadt und Roniger zwei unterschiedliche Typen von Patronage-Klientelverhältnissen für institutionell organisierte Gesellschaften (Eisenstadt/Roniger 1984: 138-165). Anhand ihrer Länderanalysen sahen sie einerseits Gemeinsamkeiten bei China, Japan, Indien, Ruanda und dem Südwesten Kyrenaikas (im Osten Libyens) und andererseits bei den USA, der UdSSR und dem modernen Japan, wo staatliche Patronage-Klientel-Netzwerke herrschen. Sie gehören zum in Typ B beschriebenen Klientelismus mit einem institutionellen Rahmen (*linked' clientelism*):

- 1)
 - a) Patronage Netzwerke (*patron-brokage*) bestehen aus einem supranationalen Machtnetzwerk, in dem sich die Patron*innen um eine zerstreute Netzwerkstruktur bemühen, aber mit einer Tendenz, die formellen und informellen Verwaltungskanäle zu verbinden.

4 Victor T. Le Vine hat für seine Studien in Afrika Roths Begriff des *personalized patrimonialism* aufgenommen (Vine 1980). Wie Erdmann und Engel kritisieren, konzentrierte er sich bei seinen Studien zu sehr auf die persönliche Herrschaft einer Person innerhalb eines Staates als Phänomen des Weber'schen Patrimonialismus (Erdmann/Engel 2007: 100f).

- b) Zentrale Eliten haben ein hohes Ansehen (*high profile*) und gleichzeitig können sie *policies* ansetzen, die auf die Beziehungen zur Peripherie reagieren. Dies bedeutet eine Kooptation der lokalen Machthaber aus der Peripherie für Regierungskoalitionen, in denen nicht-autonome Zentraleliten in den oberen, zentralen und lokalen und den sozialen Schichten zu finden sind, zu erzielen.
- 2)
- a) Der organisierte klientelistische Handel ist durch supralokale Überzeugungen der Patron*innen geprägt, es gibt eine Tendenz, sich mit weiteren formellen Kommunikationskanälen und Kettennetzwerken (*chain to chain networks*) zu verbinden.
 - b) Die sozialen Umstände sind davon geprägt, dass die *policies* weiter in die Märkte reichen und die bereits etablierten Machtbereiche neu formuliert werden. Die zentralen Eliten handeln relativ autonom, um die Macht der traditionellen Patron*innen innerhalb der unveränderlichen Sozialstrukturen zu minimieren (Preyer 2011: 153; Eisenstadt/Roniger 1984: 244).

Eisenstadt und Roniger haben anhand ihrer Studien bewiesen, dass unabhängig von der geographischen Lage und auch gerade durch institutionalisierte Abläufe die lokalen traditionellen Patronage-Netzwerke sich auf Machtzentren, deren Klientel in der Peripherie ist, stützen. Die Patron*innen haben den Zugang zu Ressourcen, auch besteht ein Informationsfluss zwischen den Verwaltungseinheiten des Zentrums und der Peripherie. Es bestehen nicht mehr nur patrimoniale Verhältnisse im Sultanismus, der von Weber „dem Orient“ zugeschrieben wurde, sondern auch in okzidentalern Ländern oder Ländern mit mehrheitlich religiöser Prägung.

Auf der Grundlage der Fallbeispiele in den postkolonialen Staaten Afrikas haben Erdmann und Engel (2007) die Definition des Neopatrimonialismus präzisiert, indem sie insbesondere den Zusammenhang zwischen dem bürokratischen System und den patrimonialen Herrschaftsverhältnissen sowie der Moderne unterstreichen, um anschließend eine präzise Definition des Neopatrimonialismus aus diesen Schlussfolgerungen zu generieren, die sie folgendermaßen zusammenfassen: „The term clearly is a post-Weberian invention and, as such, a creative mix of two Weberian types of domination: of a traditional subtype, patrimonial domination, and legal-rational bureaucratic domination.“ (Erdmann/Engel 2007: 104) Nach Erdmann und Engel besteht der Neopatrimonialismus aus einer Kombination zwischen dem Weber’schen Patrimonialismus und der legal-bürokratischen Herrschaft. Diese äußert sich darin, dass es zwar offiziell eine propagierte Trennung zwischen formeller und informeller Sphäre gibt, jedoch sieht dies bei der Vergabe von Regierungsämtern, Lizenzen, Verträgen und Jobs etc. in der Realität anders aus. Somit gibt es keine moderne Trennung dieser Sphären, sondern eine enge Verzahnung innerhalb eines modernen, gesetzlich verankerten institutionellen Rahmens (Erdmann/Engel 2007: 105f; Bratton/van de Walle 1997: 62; Clapham 1982: 180).

Drei wichtige Charakteristika von insgesamt 40 postkolonialen afrikanischen Ländern sind auch für die nachfolgende empirische Elitenuntersuchung in Afghanistan von Relevanz: *Präsidentialismus, Klientelismus und die Vergabe von Staatsressourcen für politische Legitimation*. In einem präsidentiellen System werden die poli-

tischen Entscheidungen von einem Oberhaupt getroffen, sie dienen dazu, seine eigene Machtstellung zu festigen. Im postkolonialen Afrika diene das präsidentielle System zur Machtkonsolidierung und schwächte, wie Bratton und van de Walle konstatieren, die ohnehin schwachen Strukturen der Justiz, des Militärs sowie des Verwaltungsstabs (Bratton/van de Walle 1997: 63f). Die ernannten Minister*innen haben meist nur eine symbolische Funktion, da die *policies* letztendlich vom Präsidenten entschieden werden.

Bach (2012) fasst in seinem Aufsatz zu Patrimonialismus und Neopatrimonialismus am Beispiel der Elfenbeinküste während der Herrschaft von Félix Houphouët-Boigny (1960-93) zusammen: „The trademark of Houphouët, a prototype of the ‚big man‘ in politics, was his capacity to combine intra-elite co-optation with limited usage of coercion.“ (Bach 2012: 30) Als erster Staatspräsident seines Landes beteiligte er unterschiedliche Eliten an seiner Regierung, die sich auf unterschiedliche ethnische Identitäten bezogen, aus unterschiedlichen Generationen stammen und sogar persönliche Rivalen waren, um ein besseres politisches Gleichgewicht herzustellen (Crook 1989: 214). Natürlich fügten sich diese Kooptationen in einen modernisierten institutionalisierten Rahmen sowie einen Nexus zwischen der Zentrumselite und der Elite aus der Peripherie.⁵ Jedoch kann aufgrund des Präsidentialismus nicht von einer klassisch funktionierenden Bürokratie die Rede sein: „Moreover, power was absolute. Personal rulers dominated their political systems to a much larger extent than is the case in bureaucratic polities.“⁶ (Bratton/van de Walle 1997: 65) Bezeichnenderweise wurde sowohl von der US-Administration als auch von Afghanistan nach der Invasion des Iraks im März 2003 ein präsidentielles System favorisiert. Diese *policy* kritisierten mehrere Interviewpartner*innen im afghanischen Kontext explizit. Ihre Sichtweise wird dann in den nachfolgenden Kapiteln auf institutioneller Ebene und im Zusammenhang mit den Reformervorstellungen auf der Systemebene diskutiert.

Ergänzend und elementar fügt sich der *Klientelismus* in dieses neopatrimoniale System. Die Doktorarbeit schließt sich Médards Definition an, in der er Klientelismus, Nepotismus und Tribalismus als Unterkategorien des Neopatrimonialismus in „unterentwickelten“ Ländern betrachtet (Erdmann/Engel 2007: 13). Dies vorausgesetzt, wird an dieser Stelle der aus der klassischen Anthropologie entlehnte Begriff des Klientelismus kurz definiert: Klientelismus beschreibt ein Verhältnis zwischen

-
- 5 In der Elfenbeinküste hat sich Staatspräsident Houphouët-Boigny gezielt auch mit lokalen *chiefs* getroffen, um sich bei Gesprächen ein Bild ihrer Lage zu machen und ihnen Entschädigungen versprochen (Bratton/van de Walle 1997: 64). Neben seiner Präsidentschaft, betrachtete er sich selbst auch als echten Landwirt, da er ein Stabilisierungsgremium als Sparsystem eingeführt hat, das bei finanziellem Bedarf alles finanzieren kann (Clapham 1982: 186). Dies ist eine Art des neopatrimonialen Managements, denn es ging auch um den Profit aus der Ernte seiner eigenen Kakao-Felder. Die andere Art des Neopatrimonialismus ist auf den persönlichen Reichtum eines Präsidenten fokussiert, so wie es bei Sese Seko Mubutu (1965-1979) in der Demokratischen Republik Kongo (Bach 2012: 31) und bei Francisco Macias Nguema (1986-1079) in Äquatorialguinea Realität war (Clapham 1982: 186).
- 6 Darüber hinaus sind die afrikanischen Staaten, anders als die autoritären Regime in Asien und Lateinamerika, nicht korporatistisch ausgelegt (Bratton/van de Walle 1997: 65).

Ungleichen. Die*der Patron*in ist von höherer sozial-ökonomischer Stellung; der Klient erhofft sich von seiner*m Patron*in Ressourcen und Schutz, wohingegen er Gegenleistungen, in Form von Dienstleistungen oder Unterstützung, erbringt (van de Walle 2012: 113; Clapham 1982: 4f; Rothstein 1979: 29). Diese Beziehung stellt die traditionell klassische Version des Klientelismus dar und Clapham führt weiter aus:

„[...] the patron-client bond is a moral one, it is based on a personal or private morality of obligations between individuals, which is necessarily at variance with a public morality based on the goals which an organization is intended to achieve or the internal virtues which it is intended to exhibit. It is because of this that clientelism acquires, in many contexts, its characteristic aura of illegitimacy or corruption.“ (Clapham 1982: 5)

In seiner früheren Untersuchung hat van de Walle über *systematischen Klientelismus*⁷ als zweite erkennbare Variable innerhalb patrimonialer Gesellschaftsstrukturen geschrieben (Bratton/van de Walle 1997: 65). In seinen aktuellen Untersuchungen zu den Entwicklungen im postkolonialen Afrika folgen jedoch zwei unterschiedliche Formen des Klientelismus, nämlich der *Massenklientelismus* (*mass clientelism*) und der *Elitenklientelismus* (*elite clientelism*) (van de Walle 2012: 116ff). In der definitiven Idealform nach van de Walle tritt der Elitenklientelismus in der Kombination mit dem Präbendalismus⁸ auf. Dieser Präbendalismus bedeutet, dass andere Kerneliten durch die Vergabe von Staatspositionen und -ressourcen an das staatliche Machtzentrum gebunden werden (van de Walle 2007: 114f). Ein weiteres Merkmal ist auch die Konzentration auf die Exekutive, da sich das Regieren auf den Machterhalt der*s Präsidentin*en und seiner Eliten konzentriert. Beim Massenklientelismus dagegen liegt der Fokus eher auf den politischen Parteien und der Legislative. Bei seinen Untersuchungen stieß van de Walle meist auf eine Mischung beider Arten des Klientelismus.⁹

In Bezug auf das *präsidientielle System ist der systematische Klientelismus* von großer Bedeutung. Dieses klientelistische System äußert sich in der Vergabe von

7 Klientelismus tritt in jedem politischen System (*politiques*) in unterschiedlichen Formen, Schattierungen und Graden auf, wobei der Klientelismus unterschiedliche politische Funktionen erfüllen kann (van de Walle 2007: 50). Kitschelt hat im selben Sammelband beispielsweise die weiterhin bestehenden Formen des politischen Klientelismus anhand von vier OECD-Staaten (Belgien, Italien, Japan und Österreich) nach dem Zweiten Weltkrieg untersucht (Kitschelt 2007).

8 Den Begriff des Präbendalismus prägt Weber in seiner ausführlichen Beschreibung Chinas in seinem Werk *II. Soziologische Grundlagen: B. Feudaler und präbendaler Staat* (Weber 1986: 314-349). Kürzer und prägnanter wird das Verhältnis zwischen dem „patrimonialen Diener“ zu seinem Herrn in *Wirtschaft und Gesellschaft* beschrieben. Dort unterscheidet er drei verschiedene Arten des Verhältnisses: 1. Naturalien, Geld, und Güter; 2. Dienstland oder Sprengel (Verwaltungsbezirk); 3. Steuer- oder Renteneinnahmen (Weber 2013: 481). Diese nennen sich zusammengefasst auch „Pfründe“, die die*der Klient*in von seiner*m Patron*in für seine Dienste außerhalb des Erbverhältnisses erhalten kann. Dieses Verteilungsverhältnis bezeichnet Weber als Präbendalismus.

9 Für eine gute Übersicht Vgl. Tabelle 7.2 bei van de Walle (2012: 118).

staatlichen Positionen, dem Monopol der staatlichen Renten sowie der für den Neopatrimonialismus typischen weiteren Verkettung des klientelistischen Netzwerks von oben nach unten. An die Klientel werden Lizenzen, Verträge und Projekte vergeben, die Klientel wiederum beweist ihre Loyalität durch politische Unterstützung (Bratton/van de Walle 1997: 65f).

Die dritte Variable sind die *staatlichen Ressourcen, die für die politische Legitimation* und die Beziehungen zur Klientel eingesetzt werden (Médard 1982: 182). Demnach unterscheiden die politischen Führer*innen nicht zwischen persönlichen und öffentlichen Staatseinnahmen, was verheerende Ausmaße für das gesamte wirtschaftliche System eines Staates haben kann. Anhand einiger afrikanischer Staaten (Nigeria, Zaire, Kamerun, die Elfenbeinküste) konstatierte van de Walle, dass ein vergrößerter und gleichzeitig veralteter Staatsapparat mit ausbleibenden Staatseinnahmen z.B. aus externen Renten und Steuern nicht nur das ökonomische Wachstum verhinderte, sondern auch die Abhängigkeit von anderen Geberstaaten steigerte. Der Grund hierfür lag insbesondere darin, dass die staatlichen Ressourcen nach politischen Interessen vergeben wurden (Bratton/van de Walle 1997: 66ff).

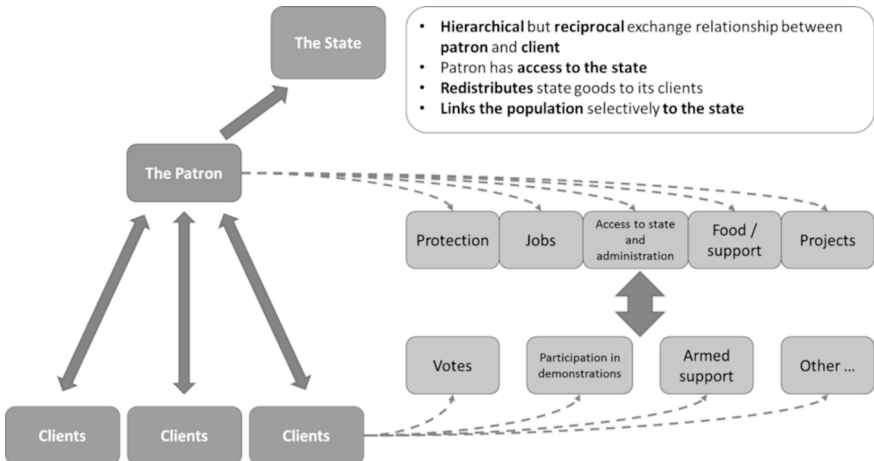
Inwiefern sind diese Definitionen zum Neopatrimonialismus und die drei Variablen zu neopatrimonialen Strukturen bei der empirischen Untersuchung der afghanischen Elitenstruktur hilfreich? Wie Erdmann und Engel (2007) vorschlagen, ist eine zweidimensionale Untersuchung der Regierungsstrukturen, die sowohl in einen legal-bürokratischen Staatsapparat als auch in neopatrimoniale Strukturen eingebettet sind, wie folgt möglich: Erstens stellt sich die Frage, *wie das politische Amt geführt wird?* Ist der Regierungsstil zum Beispiel autoritär, demokratisch oder etwa dazwischen, würde man letztes dann als hybrid bezeichnen? Zweitens ist von Bedeutung, wie das *bürokratische Amt* geführt wird. Hier kann Webers Zehn-Kriterien-Katalog für einen legal-bürokratischen Verwaltungstab mit Beamten verwendet werden (ebd.: 23-25).¹⁰ Denn seit den Reformen, die unter der *Afghanistan National Development Strategy* (ANDS) entwickelt worden sind, spielt der Institutionalisierungsprozess für die Reformierung der Beamtenschaft durch die *Independent Administrative Reform and Civil Service Commission* (IARCSC) eine wichtige Rolle (ANDS 2008: 24-30).

Erste Antworten nach bereits mehrjähriger Forschung in Afghanistan finden sich in den Publikationen Köhlers und Gosztonyi, die seit 2002 im Nordosten Afghanistans konfliktregulierende Mechanismen innerhalb der subnationalen Regierungsebene in Dörfern und den Bezirken der Bevölkerung zu ihren Patron*innen, wie den Ratsvorsitzenden und den Bezirksgouverneuren (Paschto: *wolliswal*), untersuchen (Gosztonyi/Feda/Koehler 2016; Koehler/Gosztonyi/Böhnke 2013; Koehler 2008). Die empirisch untermauerten Forschungen Köhlers und Gosztonyis, die sich insbesondere seit mehr als einem Jahrzehnt auf die Regierungsstrukturen im Nordosten

10 Erdmann und Engel (2007: 110) verwenden sechs von zehn Kriterien Webers, die hier zum Teil wörtlich zitiert werden: 1. „*Fachqualifikation*“, 2. Beamtenbesoldungssystem und Pensionsregelung, 3. Beamtentätigkeit als Hauptberuf, 4. „„Aufrücken“ je nach Amtsalter oder Leistungen oder beidem, abhängig vom Urteil der Vorgesetzten [...]“, 5. „in völliger ‚Trennung von den Verwaltungsmitteln‘ und ohne Appropriation der Amtsstelle arbeiten“, 6. „einer strengen einheitlichen *Amtsdisziplin* und Kontrolle unterliegen“. (Weber 1980: 126, Herv. i. O.)

Afghanistans konzentrieren, bestätigen die vermutete Mischung aus Eliten- und Massen-Klientelismus. Die laufenden Forschungen Köhlers, Gosztonyis und Fedas zu den Patronagestrukturen untersuchen die informellen subnationalen Regierungsstrukturen in Balch, Tachar und Badachschan. Die ersten Forschungsergebnisse zeigen, dass die Klientel innerhalb eines Bezirkes (Paschto: *wolliswali*) zufriedener ist, wenn sie von einer*m gerechten Patron*in aus dem Zentrum der Macht, in Kabul, mit offiziellen Ämtern sowohl in der Peripherie als auch im Zentrum versorgt werden, und er sich ihrer Probleme in ihrer Region annimmt. Zu den untersuchten Bereichen gehören die Qualität der Schulen, Regierungs- und Gesundheitsversorgung, Bezirksadministration, staatliche Konfliktresolution und Häufigkeit des Aufsuchens der Regierungsdienstleistungen. Eine gewisse Art der Patronage, die solche Bereiche der staatlichen Versorgung übernimmt, wird akzeptiert und befürwortet, wohingegen Korruption negativ gewertet wird (Gosztonyi/Feda/Koehler 2016). In den einleitenden Worten des Aufsatzes des ersten Teils zur subnationalen Regierungsführung wird in einem Satz das Dilemma der Regierungsführung in Afghanistan deutlich: „Yet contextual and institutional challenges remain. Systemic challenges include corruption, patronage networks, insecurity, and supremacy of politics over technical reform, as well as a lack of clearly defined functions for the centre and provinces and the absence of consensus or demand for effective subnational governance.“ (Nijat 2016: S. 3) Abbildung 1 zeigt die Beziehungen zwischen der*m Patron*in und der Klientel, wie sie in Afghanistan bei einer*m wohlwollenden Patron*in in einer nicht umkämpften Region als Mediator zum Staat funktioniert; die Abbildung verdeutlicht sehr gut das reziproke Verhältnis zwischen der Klientel und der*dem Patron*in.

Abbildung 1: Beziehung zwischen Patron und Klientel



Quelle: Modes of Informal Governance in North-East Afghanistan (Gosztonyi/Feda/Koehler/Jawad 2016)

Köhlers Untersuchungen haben die subnationalen Regierungsstrukturen und insbesondere die geographischen Relationen zwischen der Klientel und der*m Patron*in auf eine Formel gebracht:

„Diminishing reliability moving up the scale’ means, first of all, that the capability of local institutions performing key governance functions, such as collective security, conflict regulation, and distribution of and access to collective goods, diminishes moving up the scale as the sway of informal social control also diminishes. The further up from local communities one moves, the more important become strongmen with little institutional embedding or only a purely formal institutional connection.“ (Koehler 2012: 13)

In einem durchgehend institutionalisierten Staat mit einem transparenten Entscheidungsfindungssystem und einem *checks and balances system* funktionieren die Verwaltungsabläufe bis in die kleinste Verwaltungseinheit verlässlicher und die Sicherheit der Bürger*innen kann auch ohne zusätzliche Zahlungen neben dem bereits staatlich gezahlten Gehalt an die Beamt*innen gewährleistet werden. In Afghanistan ersetzt eher ein *strongman*, der seine eigene Position sichern will, die staatlichen Funktionen für seine Klientel. Im afghanischen System bleibt die Beziehung zu einer einflussreichen Person, einer*m Patron*in, wegen der schlechten Sicherheitslage in einigen Regionen des Landes überlebenswichtig (Böhnke/Koehler/Zürcher 2015). Patron*innen haben ihre eigenen Milizen, die Polizei ist teilweise von den Milizen ehemaliger Kriegsherren implementiert worden und wird von der Zentralregierung aus Kabul bezahlt (Koehler 2010: 245). Durch die Beziehungen der Klientel zu den Patron*innen können sie ihren legalen oder illegalen Handel sowie den Zugang zu Ressourcen und Regierungspositionen sichern. Eine Interviewpartnerin, Tamanaa, berichtete über die Beschwerden der Bewohner*innen zur Situation: „Die nationale Regierung, die Sicherheit, die Leute von Asadullah Khaled, (...) sind bewaffnet und die sind schlimmer als die Taliban. Wir waren in der Moschee beten und haben gebetet, dass Gott Asadullah Khaled nicht wieder genesen lässt.“¹¹ Tamanaa ist eine Menschenrechtlerin, in ihrer Position geht sie den gemeldeten Menschenrechtsverletzungen und Konflikten in und um Kabul auf den Grund. Sie arbeitete als Teil eines Teams an der Veröffentlichung der Genozide, die während des afghanischen Bürgerkrieges von aktuell amtierenden Ministern, Vizepräsidenten etc. verübt wurden. Die hier zitierte Aussage wird in der empirischen Analyse genauer analysiert. Wichtig sind an dieser Stelle Köhlers drei Komponenten der informellen Regierungsführung, denn diese sind auch für die nachfolgende empirische Untersuchung der individuellen Praktiken der Eliten aus Kabul, Mazar-e Sharif und Herat im Zusammenspiel mit

11 Vgl. Interview Nr. 1, mit Tamanaa im Wohnzimmer des Lebensraumes meines Vaters am 1. April 2013 in Kabul: 15. Die ersten zwölf Interviews vom April 2013 wurden mit einem Diktiergerät aufgenommen, weshalb die Transkription eher einem natürlichen Redefluss mit manchen Satzabbrüchen und grammatikalischen Fehlern entsprechen. Dies wird im Methodenteil genauer beschrieben. Die hier zitierten Menschen beziehen sich auf den Anschlag auf Asadullah Khaled, dem damals amtierenden Leiter des *National Directorate of Security* (NDS), durch die Taliban vom 6. Dezember 2012. Er hat den Anschlag überlebt; aus seiner Zeit als Gouverneur in Ghazni und Kandahar ist er dafür bekannt, die Taliban gefoltert zu haben und sich mit ihrer Ermordung zu brüsten – beispielweise dem Mord an einer Schlüsselfigur der Taliban, Mullah Dadullah, der im Mai 2007 als Abschreckung besonders medienwirksam in Szene gesetzt wurde.

ihrer Klientel und den hiermit zusammenhängenden sozialen und politischen Strukturen hilfreich:

„Three informal modes dominate in this context: political patronage via patron-client networks, autonomous organization of violence (e.g., arbitrary rule by former jihadi commanders), and the Taliban’s provision of alternative governance services, especially in the fields of security and justice, and perhaps signification, as a basic function of social order according to Norbert Elias (Elias 1983).“ (Koehler 2012: 14)

Es wird deutlich, dass die Taliban in eine Versorgungslücke treten, die einhergeht mit der Marginalisierung der paschtunischen Minderheit im Norden Afghanistans. Weiter schildert Köhler auch, wie wichtig die Patronage-Klientel-Netzwerke im afghanischen Kontext sind und dass sie eine Kommunikationsbrücke zwischen der Peripherie und der Zentralmacht mit ihrer*n zentralen Machthaber*innen bilden. Manche dieser Machthaber*innen sind heute nicht mehr an der Macht, aber Hamid Karzai als ehemaliger Präsident, Rashid Dostum nun sogar als erster Vizepräsident des Landes, Dr. Ashraf Ghani als Präsident, Dr. Abdullah Abdullah als CEO, Prof. Abdul Rab Rassoul Sayyaf, Atta Noor und Ismael Khan halten weiterhin in jeweiligen Teilen des Landes die Verbindungen in die Provinz-, Bezirks- und Gemeindeebenen zu ihrer Klientel aufrecht.

In seinen Aufsätzen analysiert Sharan die ethnopolitische Zusammensetzung des Karzai-Kabinetts in der ersten Amtsperiode, in der es einen deutlichen Überhang tadschikischer Nord-Allianz-Mitglieder in den Schlüsselministerien während der Interimsregierung von 2001 bis 2004, und nach den Präsidentschaftswahlen dann auch von 2004 bis 2006 gab. Nach den Präsidentschaftswahlen im Jahre 2009 waren deutlich mehr paschtunische Minister vertreten (Sharan 2011: 9-11). Während der Präsidentschaftswahlen wurden den verschiedenen Ethnien im Wahlkampf gezielt Versprechungen gemacht und auf sie zugeschnittene Themen angesprochen, um ihr Wahlverhalten zu beeinflussen. Die dieser zutreffenden Analyse Sharans zugrundeliegenden Tatsachen haben viele für die vorliegende Doktorarbeit interviewte junge Elitenrepräsentant*innen zu der Überzeugung geführt, dass es nötig ist, als Mittel gegen leicht zu instrumentalisierende Individualinteressen ein modernes Parteiensystem, das nationale Interessen berücksichtigt, aufzubauen. Wie dies auf der Systemebene praktisch aussehen soll, wurde von den unterschiedlichsten Eliten aus der Politik, dem Bildungsbereich, den Medien und der Kunst in den Interviews thematisiert, dies wird in Kapitel 7.2.1 *Individualinteressen versus Parlamentarismus im Präsidialsystem* analysiert.

Rashids langjährige Untersuchungen und seine Kontakte, sowohl zu den afghanischen Eliten als auch den US-amerikanischen Intervenierenden, bereichern die vorliegende Arbeit. Es wird deutlich, dass es für die US-amerikanischen Eliten im Elitennetzwerk um das soziale Kapital geht: Wer wen kennt und somit das Sicherheitsprimat in der sogenannten *golden hour*¹² gewährleisten konnte. Folgender Absatz

12 Die *golden hour* bezieht sich auf eine Zeit, in der die afghanische Bevölkerung voller Zuversicht und Optimismus die internationalen Truppen und die Interimsregierung willkommen hieß und auch die im Jahre 2004 gewählte Regierung und das Parlament unterstützte.

verdeutlicht, wie es zur heutigen Situation mit einer dominanten Rolle der Kriegsherren in Afghanistan kommen konnte:

„It was clear by the summer of 2002 that the warlords were becoming stronger while the Karzai regime lacked the resources to compete. The unstated U.S. strategy was to leave Karzai ineffectual in the capital, protected by foreign forces, while relying on the warlords to keep Pax Americana in the countryside and the U.S. SOF forces to hunt down al Qaeda. It was a minimalist, military intelligence-driven strategy that ignored nation building, creating state institutions, or rebuilding the country's shattered infrastructure.“ (Rashid 2008: 133)

Diese kurzsichtige *in-and-out*-Strategie (Maddux 2013) war eine denkbar schlechte Voraussetzung dafür, einen stabilen und friedensbildenden Staatsbildungsprozess in Gang zu setzen. Diese militärischen Voraussetzungen sollen näher dahingehend untersucht werden, ob in dieser Situation nicht eher eine politische, langfristige Alternativ- oder Transitionsstrategie geeignet gewesen wäre. Rashids Forschung liefert jedenfalls wichtiges Hintergrundwissen für die Patronagestrukturen der Eliten.

Zusammenfassend lässt sich an dieser Stelle konstatieren, dass es für die gesamte empirische Arbeit von Nutzen sein wird, die drei Variablen – *präsidentielles System*, *Klientelismus*, *Verteilung der staatlichen Ressourcen* – entlang der Patronage-Kliantennetzwerke zu untersuchen.

2.2 AFGHANISCHER STAAT ODER STAATSWERDUNGSPROZESS: AFGHANISTAN SEIT DEM 19. JAHRHUNDERT

2.2.1 Rentiercharakter im afghanischen Staatbildungskontext

Afghanistan ist als Rentierstaat von internationaler Unterstützung abhängig. Die Abhängigkeit Afghanistans besteht bereits seit den ersten Modernisierungs- und Staatsbildungsversuchen während der anglo-afghanischen Kriege. Nach dem zweiten anglo-afghanischen Krieg (1878-1880) unterstützten die Briten Emir Abdur Rahman (1880-1901) beim Staatsaufbau finanziell und militärisch, um insgesamt 40 Rebellionen der lokalen Stammeskräfte niederzuschlagen und einen starken Geheimdienstapparat aufbauen zu können (Rubin 1996: 4). Diese finanzielle Unterstützung wurde unterbrochen, als der Enkelsohn Abdur Rahmans, Amanullah (1919-1929) als König im Jahre 1919 die Unabhängigkeit Afghanistans ausrief. Im Gegensatz zu Emir Abdur Rahman gelang es dem säkular orientierten König Amanullah – nun ohne die finanzielle Unterstützung der britisch-indischen Kolonialmacht – nicht, durch einen

Mit der hohen Zahl an zivilen Opfern und dem Aufkommen von terroristischen Anschlägen durch die Neo-Taliban, ebte etwa ab 2005 diese Atmosphäre ab. In einer Fußnote beschreiben Daxner und Schrade in Bezug auf die Hochschulpolitik in Afghanistan die *golden hour* eher als eine inhomogene Zeitperiode, die nicht fest datiert werden kann und auch sehr stark mit der Perzeption der Bevölkerung zusammenhängt (Daxner/Schrade 2013: 25).

zentralstaatlich organisierten Staat mit einer rigiden Bürokratie die unterschiedlichen Stämme politisch an sich zu binden. Abdur Rahman, auch der Eiserne Emir genannt, hatte es durch Umsiedlungen bestimmter paschtunischer Stämme vom Süden und Südosten des Landes in den Norden und Westen geschafft, die politische Durchschlagskraft der unterschiedlichen Stämme zu reduzieren. Indem er paschtunischen Stämmen Landbesitz in nicht-paschtunischen Regionen zuwies, hatte der Emir die Treue des Staatsvolkes gefestigt. Wie Rubin beschreibt, hatte er die sozialen Strukturen innerhalb eines Zentralstaates „verkapselt“: „The basic state he erected – a Pashtun rule encapsulating a variety of local social structures with a nominally centralized bureaucracy and army, supported by foreign aid for strategic reasons – largely endured until 1992.“ (Ebd.: 6) Demnach geht das Dilemma zwischen der Zentralregierung und den lokalen Machthabern bereits auf die Regierungszeit des „Eisernen Emirs“, Abdur Rahman (1818-1901), und den um einen modernen, säkularen Staat bemühten Amanullah Khan (1919-1929) zurück. Rubin beschreibt die frühen Versuche der genannten Herrscher, den Regierungssitz Kabul als Machtzentrum zu etablieren und durch *encapsulation*¹³ die Macht der traditionellen Strukturen zu durchbrechen. Jedoch sei es weder Abdur Rahman noch Amanullah Khan gelungen, die festen patrilinearen und wirtschaftlichen Verbindungen gegen den Willen der lokalen Machthaber zu kappen (Rubin 2002: 124; Rubin 2000). Köhler fasst dieses Phänomen wie folgt zusammen: „This then, regularly, led to successful rural resistance that in turn was tamed by accommodation, co-optation and containment. State-building strategies oscillated between attempts of state-penetration of society via modernisation and what Rubin calls ‚encapsulation‘ of society by distributive but otherwise disengaged rentier state.“ (Koebler 2013: 119) Die Zaher Schah-Ära (1933-1973) wird insbesondere vom afghanischen Volk in der historischen Retrospektive wegen der nachfolgenden politischen Repressionen und des über 30 Jahre andauernden Krieges als die stabile Friedenszeit angesehen. Bereits ab 1956, unter der Regentschaft des damaligen Königs Mohammad Zaher Schah, hatte sich der Staat zum Rentierstaat entwickelt, um die Modernisierung des Landes¹⁴ finanzieren zu können (Rubin 2002: 81-105). Rashid beziffert die ausländischen Investitionen wie folgt: „Between 1956 and 1978, Afghanistan received some \$533.0 million in economic aid from the United States and \$2.5 billion from the Soviets in both economic and military aid. It was still a client state, dependent on foreign aid for up to 40 percent of its budget.“ (Rashid 2008: 8) Dieselbe Strategie, nämlich mit internationalen Hilfgeldern eine zentralisierte Staatsbildung zu betreiben, hat die Khalqi-Regierung (27.04.1978-24.12.

13 Rubin bezeichnet an einem Punkt die *encapsulation* als eine Vergabe von rein symbolischen Rollen ohne reale Macht an geistliche Führer und Großgrundbesitzer (Farsi: *khans*); diese genossen aber dennoch eine beträchtliche Autonomie in ihren lokalen Angelegenheiten unter Abdur Rahmans und dann auch unter Amanullah Khans Herrschaft (Rubin 2002: 62).

14 Die Modernisierung begann bereits in den 1940er Jahren, als Mohammad Zaher Schah nach seinen Erfahrungen im Zweiten Weltkrieg beschloss, eine moderne Universität sowie kulturelle und wirtschaftliche Beziehungen zu Europa aufzubauen.

1979) initiiert.¹⁵ Sie wählte nicht den Weg, nach sowjetischem Vorbild zu zentralisieren und die traditionellen Regulierungsstrukturen in der Peripherie zu modernisieren. Von den Parchamis (Flage) wurde nach ihrer schnellen Machtergreifung der Versuch unternommen, die encapsulation der regionalen Machthaber umzukehren, d.h. sie haben den ländlichen Machthabern symbolische Macht gewährt und sie kooptiert, während sie gleichzeitig mit sowjetischen Geldern den Staatsapparat modernisierten.

Dieser Rentiercharakter des Staates hat sich über die fast vier Dekaden Krieg, einhergehend mit schwindenden staatlichen Strukturen und Institutionen, verschärft. Wie bereits verschiedene Afghanistanforscher*innen im Zusammenhang mit dem afghanischen Staatsbildungsprozess konstatiert haben, befördert nach Suhrke ein Rentierstaat mindestens drei negative Punkte: Erstens hemmen Rentierverhältnisse die Bereitschaft zur Rechenschaft der Herrschenden gegenüber den Beherrschten, da insbesondere im Fall von Entwicklungshilfe die Rechenschaftspflicht gegenüber den Geber*innen besteht und diese nicht an ein demokratisch-legitimatorisches Verhältnis zur Bevölkerung gebunden ist. Zweitens ist es unwahrscheinlich, dass Rentier-Machthaber*innen eine effektive Administration aufbauen, sie brauchen auch keine Verhandlungen mit den Steuerzahler*innen zu führen, finanzpolitische Rechenschaft gegenüber den Steuerzahler*innen abzulegen und sie entwickeln eigene autonome Bürokratien. Drittens sind Rentierstaaten externen Schocks gegenüber sehr empfindlich und können jederzeit implodieren und zu einem *failing state* oder *failed state* werden (Suhrke 2011: 120). Auch Rubin hebt wie Suhrke die Problematik zwischen den niedrigen Steuereinnahmen und geringen Rechenschaftspflichten (*accountability*) gegenüber den eigenen Staatsbürger*innen hervor.

Verallgemeinernd führt Kühn weiter aus: „Neben den wirtschaftlichen Fehlentwicklungen durch Renten, sind vor allem die politischen Folgen relevant. Da im Rentierstaat die Bevölkerung alimentiert wird, und nicht die Bevölkerung durch Steuern den Staat finanziert, werden Klientelbeziehungen begünstigt.“ (Kühn 2010: 32) Für den afghanischen Kontext bedeutet dies auch, dass der Rentenfluss Eliten begünstigt, die das Monopol auf die finanziellen Quellen aus den Geberländern haben, und der Rentenfluss somit ein Patronage-Klientel-Netzwerk aufrechterhält (Bliesemann de Guevara/Kühn 2010: 137). Bereits seit 1968 bestehen die staatlichen Einnahmen in Afghanistan einerseits aus internationaler Entwicklungshilfe und andererseits aus Gas-Exporten in die UdSSR (Rubin 1992: 78). Die Höhe der finanziellen Unterstützung der UdSSR zeigt die politische Nähe dieses Landes während der damaligen bipolaren Weltordnung zum blockfreien Staat Afghanistan und sie ebnete den ideologischen, politischen sowie militärischen Weg zur sowjetkommunistischen April-Revolution im Jahre 1978.

15 Die Zeitspanne der *Khalqi*-Regierung begann mit der April-Revolution (27.04.1978) geführt von Nur Mohammad Taraki, der nach dem Putsch zwei Schlüsselämter bekleidete; nämlich das des Premierministers als auch das des Präsidenten. Am 14. September 1979 stürzte Hafizullah Amin den Präsidenten Taraki. Seine gemäßigte Politik und diplomatische Öffnung gegenüber den USA und Pakistan machte die Sowjetunion misstrauisch. Nach dem Einmarsch der Roten Armee am 24. Dezember 1979 übernahm dann Babrak Karmal, vom überwiegend tadschikischen *Parcham*-Flügel das Präsidentenamt, bis er dann zu Gunsten von Mohammad Najibullah im November 1986 zurücktrat.

Ein weiterer, wichtiger Grund für den Einmarsch der Roten Armee am 27. Dezember 1979 war die Entwicklung der politischen Beziehungen zwischen der US-Regierung und der afghanischen Regierung unter Nur Mohammad Taraki. Nachdem der US-Botschafter, Adolph Dubs, am 14. Februar 1979 von den Anhängern der *Setam-i Melli*, einer kommunistischen Untergruppe, bei dem geplanten Gefangenenaustausch mit den Führern der *Setam-i Melli* im Feuergefecht ums Leben kam, haben sich die Beziehungen zwischen Afghanistan und den USA verschlechtert. Die geplante finanzielle Unterstützung für die Zivilbevölkerung in der Höhe von 15 Millionen US-Dollar wurde halbiert, die militärische Hilfe von 250.000 US-Dollar wurde gänzlich gestrichen (Dorronsoro 2005: 87).

Bereits im Mai 1986 setzte die UdSSR den ehemaligen Chef des afghanischen Geheimdienstes KhAD (*Khedaamaat-e Etelaa't-e Dawlati*), Mohammad Najibullah, als Generalsekretär ein, der sich vier Jahre mit der finanziellen Unterstützung der Sowjetunion an der Macht hielt. Der Versuch einer nationalen Versöhnung mit den sieben zersplitterten *mujaheddin*-Gruppierungen im Mai 1987 scheiterte (Ruttig 2008: 13). Es war ein Versuch, durch einen sechsmonatigen Waffenstillstand – der von Anfang an von beiden Seiten missachtet wurde – Amnestie für politische Gefangene, Zugeständnisse für politische und wirtschaftliche Teilhabe auch für nicht-Mitglieder der DVPA und insbesondere Schutz und Anerkennung der traditionellen, islamischen Werte der afghanischen Gesellschaft mit den *mujaheddin*-Fraktionen zu erwirken, einhergehend mit Verhandlungen über eine gemeinsame Regierung und Frieden (UNHCR 2008; Goodson 2001: 69; Amnesty International 1988). Die Verhandlungen scheiterten; dies dürfte zum einen den weltpolitischen Entwicklungen geschuldet gewesen sein, da sich die bipolare Weltordnung zugunsten des neoliberalen US-amerikanischen Systems verschoben hatte, und zum anderen der Tatsache, dass die unterschiedlichen *mujaheddin*-Fraktionen sowie die kommunistischen Parteien eher von Persönlichkeiten als von ideologischen Überzeugungen geleitet wurden (Barfield 2010: 250). Goodson hält diesem Argument jedoch entgegen, dass trotz der politischen und wirtschaftlichen Krise in der UdSSR und des Zusammenbruchs des sowjetischen Systems in Osteuropa die finanzielle Unterstützung fortgeführt wurde. Die Sowjetunion unterstützte Afghanistan von 1989 bis 1990 weiterhin mit monatlich 300 Millionen US-Dollar im militärischen und wirtschaftlichen Bereich (Goodson 2001: 73). Als eigentlichen Auslöser für den Zerfall der Regierung Najibullahs betrachtet Goodson den Wegfall des sowjetischen Patronagenetzwerks nach dem Putschversuch gegen Gorbatschow im August 1991. Dann hätten sich beide Supermächte, die UdSSR und die USA, entschieden, die Unterstützung ihrer jeweiligen Parteien und *mujaheddin*-Gruppen ab 1992 zu beenden (ebd.: 73).

Wie Schetter beschreibt, war es Teil der Regierungsstrategie bereits Anfang der 1980er Jahre, Milizen in der Peripherie zu finanzieren, um die Kabuler Regierung zu stärken. In Schetters Worten: „Seit Mitte der achtziger Jahre unterstützte die Regierung massiv den Aufbau von Milizen im ganzen Land. Diese galten zuverlässiger als die Armee und sollten die Lücken schließen, die die abziehenden sowjetischen Truppen hinterließen.“ (Schetter 2004: 114) Eine ethnische Minderheit erlangte mit ihrem

Milizenführer, Abdul Rashid Dostum¹⁶ im Norden des Landes eine strategisch wichtige Stellung in Najibullahs Regierung in Kabul. Dostum gehört der usbekischen Ethnie aus Dschuzdschan (Englisch: *Jowzjan*) an und es gelang ihm, 40.000 Anhänger für seine Miliz zu gewinnen. Trotz der strategischen Unterstützung gegen die *mujaheddin* konnte Najibullah seine Position nicht lange halten. Nachdem die finanzielle und politische Unterstützung der Sowjetunion für die DVPA versiegt, veränderten sich die zuvor gegründeten Koalitionen. Bereits um 1989 haben zwei der wichtigsten lokalen Machthaber, Abdul Rashid Dostum und Sayyid Mansur Nadiri Kayani gegen die Truppen Najibullahs im Norden Afghanistans rebelliert.

General Rashid Dostum, der die usbekischen Streitkräfte im Norden Afghanistans anführte, entschied sich wegen des bevorstehenden Machtverlustes des Präsidenten Najibullahs, die Fronten zu wechseln. Er schloss sich den Truppen Ahmad Schah Masuds, den *Shura-ye Nazar*, an. Der ismaelitische¹⁷ Anführer aus Baghlan, Sayyid Mansur Nadiri Kayani, hingegen kämpfte mit der DVPA und seiner 13.000-Mann starken Miliz gegen die lokalen Paschtun*innen und Tadschik*innen und sicherte

16 Dostum ist nun seit der Amtsübernahme von Ashraf Ghani der erste Vizepräsident. Als Dostum sich als Teil des ethnischen Triptychons gemeinsam mit Ashraf Ghani (Paschtune) und Sarwar Danesh (Hasara) offiziell aufstellte, entschloss er sich sicherlich aufgrund der internationalen und innenpolitischen Kritik dazu, sich als erster Kriegsherr bei der afghanischen Bevölkerung für die Gräueltaten in den Bürgerkriegsjahren (1992-1996) zu entschuldigen.

17 Die Ismaelit*innen gehören einer schiitischen Untergruppierung an, die dem Imam Ja'far al Sadiq und seinen religiösen Lehren folgen. Daftary beschreibt in der Einleitung des Sammelbandes *A Modern History of the Ismailis. Continuity and Change in a Muslim Community* die Geschichte der Ismaelit*innen von der Spaltung der Gemeinde im 9. Jahrhundert bis zur internationalen Verbreitung und dem Zusammenleben als einer religiösen Minderheit unter sunnitischen Muslim*innen und Hindus (Daftary 2011). Der mit dem Begriff *taqiyya* bezeichneten Praxis, seine religiöse Identität aus Angst vor Verfolgung verbergen zu dürfen, folgten besonders die Naziri-Ismaelit*innen. Die Spaltung dieser Untergruppe erfolgte während der Fatimiden-Herrschaft (909-1171) im Jahre 1094, nach dem Tod des 18ten ismaelitischen Imams und gleichzeitigen achten fatimidischen Kalifs, al-Mustansir. Dem Kampf um die Thronfolge zwischen den beiden Brüdern, Nizar (1045-1095) und dem jüngeren Ahmad (1074-1101) folgte die Spaltung in Naziri- und Mustalian-Zweig. Daftary beschreibt, dass durch die Verschmelzung der Naziri-Ismaelit*innen mit der Zwölfer-Schia und den Hindus in Südasien und in Persien, die Merkmale der eigenen Religion nicht mehr erkennbar waren. Jedoch haben die aufeinander folgenden, zeitgenössischen religiösen Anführer, wie Aga Khan I, Aga Khan III und Prinz Karim Aga Khan IV sowohl durch die kulturell-religiöse Förderung mit einem progressiven Frauenbild, gesundheitlicher und sozialer Versorgungsstruktur als auch durch die Förderung der Bildung auf internationalem Niveau für ihre Anhänger*innen, für mehr Sichtbarkeit und Selbstbewusstsein der Nazeri-Ismaelit*innen gesorgt (Daftary 2011). In Afghanistan und Indien gibt es mehrere historische Bauwerke, die die Aga Khan Stiftung restauriert hat, um daraus wieder kulturelle Begegnungstätten zu machen, sowie als Beispiel für die muslimische Hochkultur.

den strategisch äußerst wichtigen Salang-Pass.¹⁸ Die beiden Gruppen, die als Sieger hervorgingen, gehörten zu den marginalisierten Gruppen; beide Kriegsherren, Dostum und Kayani, kamen an die Macht. Sayyid Mansur Nadiri Kayani gelang es, mit seiner marginalisierten ismaelitischen Anhängerschaft, den Salang-Pass zu sichern. Erbaut wurde der Tunnel im Jahre 1964 von der UdSSR als wichtige Verbindungsroute in der 3.878 Meter hochgelegenen Trasse zwischen Kabul und Nordafghanistan. Nach Zahlen der US-Armee passieren 80 Prozent des Handels durch diesen Tunnel (Hodge 2014). Er rekrutierte eine Miliz von 13.000 Soldaten und kooperierte mit der kommunistischen DVPA Opposition, die bereit war, gegen lokale sunnitische Tadschik*innen und Paschtun*innen zu kämpfen. Im Jahre 1989 sicherte er den Nord-Zugang des Salang-Passes. Wie Barfield beschreibt: „His control of the transit trade and access to Soviet aid put him at the center of a powerful patronage network, including the mujahideen he paid off to keep that truck traffic flowing.“ (Barfield 2010: 247) Eine kleine Minderheit, die dafür durch ihre historisch-geographische Position im nördlichen Zentral-Afghanistan prädestiniert war, nutzte die Gelegenheit, mit den neuen Machthabern in Kabul zu kooperieren.

Nach der Entmachtung von Präsident Najibullah folgten blutige Bürgerkriegsjahre zwischen insgesamt sieben verfeindeten *mujaheddin*-Fraktionen in unterschiedlichen Koalitionen. Diese Kriegsjahre prägen bis heute das kollektive Gedächtnis.¹⁹

18 Die Ismaelit*innen in Afghanistan teilen sich in die Hasara-Ismaelit*innen und die Badachschan-Ismaelit*innen. Die Badachschanis leben mit schätzungsweise 200.000 Einwohner*innen in den nördlichen Bezirken Shugnan, Wakhan, Zibak, Yumgan, Jurm, Ruschan, Kiran-Munjan und Darwaz. Die ismaelitischen Hasaras zu beziffern, ist schwieriger. Während der politischen Auseinandersetzungen haben die Badachschan-Ismaelit*innen mit unterschiedlichen Gruppierungen koalitiert und gekämpft. Die religiösen Verbindungen erfolgten eher im Untergrund, sie folgten der lokalen Führung ihrer *pirs* (Ältesten) auf der Gemeindeebene, die *khalifas* standen lokalen Assoziationen vor. Bei den ismaelitischen Hasaras hingegen war die religiöse Verbindung zu den *pirs* viel stärker, es ergab sich dann auch unter Aga Khan I (Hasan Ali Shah), der sich im Kayan-Tal als *pir* niederließ, eine religiöse Gefolgschaft unter dem Namen „Kayani“. Kayanis, auch unter dem Nachnamen „Naderi“ bekannt, spielen auch in der Politik auf nationaler Ebene eine wichtige Rolle (El-nazarov/Aksakolov 2011: 57-61).

19 Eine häufig zitierte Definition des „kollektiven Gedächtnisses“ ist Jan Assmanns, die sich wiederum an Maurice Halbwachs Definition von 1925 und 1939 anlehnt. Nach Halbwachs gibt es drei unterschiedliche Gedächtnisse: das individuelle, das kollektive und das historische. Das kollektive Gedächtnis wurde wegen seines engen Bezuges auf tradierte Kultur und Tradition verstanden und somit von Aleida und Assmann zum kulturellen Gedächtnis umbenannt (Rosenthal 2010: 159). Im Zusammenhang mit einer ursprünglich bimodalen Definition des kollektiven Gedächtnisses in ein kulturelles und kommunikatives, definiert Assmann ersteres „als Sammelbegriff für alles Wissen, das im spezifischen Interaktionsrahmen einer Gesellschaft Handeln und Erleben steuert und von Generation zu Generation zur wiederholten Einübung und Einweisung ansteht“ (Assmann 1988: 9). „Unter dem Begriff des kulturellen Gedächtnisses fassen wir den jeder Gesellschaft und jeder Epoche eigentümlichen Bestand und Wiedergebrauchs-Texten, -Bildern und -Riten zusammen, in denen ‚Pflege‘ sie ihr Selbstbild stabilisiert und vermittelt, ein kollektiv geteiltes Wissen vor-

Der Krieg gegen die Rote Armee endete nach zehn Jahren am 15. Februar 1989 mit dem Abzug des letzten sowjetischen Soldaten. In den ersten drei Jahren von 1992 bis 1995 kamen in Kabul schätzungsweise zwischen 60.000 bis 250.000 Menschen ums Leben (Ruttig 2012). Verfeindete *mujaheddin*-Gruppen führten einen blutigen Bürgerkrieg in wechselnden Koalitionen von 1992 bis zum 27. September 1996, als die Taliban Kabul einnahmen und die Ägide des Bürgerkriegs durch ein repressiveres Regime ersetzen. Die Taliban blieben an der Macht bis zum Gegenschlag der OEF am 7. Oktober 2001. Die Vorgehensweise und die nachfolgenden Staatsbildungsmaßnahmen oder etwaige Staatsbildungsversuche werden im Folgenden weiter definitorisch abgegrenzt und diskutiert. Unter der Führung der *United Nations Assistance Mission in Afghanistan* (UNAMA)²⁰ und der ISAF gab es unterschiedliche Ansätze, das Land zu befrieden.

2.2.2 Vier Staatsbildungsansätze in der Post-Taliban Ära

Zum besseren Verständnis werden vier der dominierenden, aber dennoch miteinander verzahnten Staatsbildungsansätze im afghanischen Kontext seit der Intervention im Oktober 2001 vorgestellt: *institutionalization first*, *security first*, *civil society first* und *liberalization first*.

Die bisherigen *security-first*- und *institutionalization-first*-Ansätze seit der Petersberg Konferenz bei Bonn im Dezember 2001 verfolgen das Ziel, den Staat hinsichtlich seiner wichtigsten Aufgaben wieder funktionsfähig zu machen (Schneckener 2006: 380). Diese beiden Staatsbildungsbereiche werden finanziell und personell am stärksten sowohl von der internationalen Gemeinschaft als auch von der afghanischen Regierung (*top-down*) durchgesetzt.²¹ Diese vertikalen Regierungsformen bewegen sich im Bereich des *social* und *institutional engineering*s, sie haben bereits in der jüngsten Geschichte Afghanistans zum Ende des 19. Jahrhunderts für Aufstände und Unruhen gesorgt.

Angelehnt an die Definition des Neopatrimonialismus, bei dem sich ein *personalized patrimonialism* (Roth 1986: 196) mit einer modernen Bürokratie (Erdmann/Engel 2007: 104) paart, befindet sich der Staatsbildungsprozess in Afghanistan an einem kritischen Punkt. Denn in der offiziellen Transformationsphase von 2015 bis

zugsweise [...] über die Vergangenheit, auf das eine Gruppe ihr Bewusstsein von Einheit und Eigenart stützt.“ (Ebd.: 15) Aktuelle soziologische Studien nehmen keine scharfe Trennung mehr zwischen dem kulturellen und kommunikativen Gedächtnis vor, sondern betrachten beide als komplementierend (Rosenthal 2010: 162). Rosenthal erläutert diese, sich ergänzenden Definitionen ausführlich am Beispiel der biographischen Erzählungen der Russlanddeutschen.

20 Die UNAMA wurde am 28. März 2002 mit der Resolution 1401 durch den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen verabschiedet.

21 Die Ansätze des *civil society first* und *liberalization first* sind zwei weitere Ansätze, um die Staatsbildung in Konfliktgesellschaften voranzutreiben. Meist wird jedoch die Sicherheit zum Primat des Stabilisierungsprozesses erklärt, da alle drei anderen Ansätze ohne ein Mindestmaß an Sicherheit nicht zielführend umgesetzt werden können. Mehr zu den Begriffen bei Schneckener 2005; Schneckener 2006.

2024 können sich, insbesondere durch die Reformen im Bereich der Institutionenbildung die bereits vorhandenen Patronage-Klientel-Netzwerke festigen. Diese Entwicklung sollte kritisch durchleuchtet und auf einige optimistische Ansichten für den stabilisierenden Charakter dieser Netzwerke hinterfragt werden.

Die von den Eliten während der Interviews vorgetragene Priorisierung eines friedenkonsolidierenden Prozesses, haben auf der institutionellen Ebene und Systemebene mehrere Konfliktbereiche deutlich gemacht. Aus diesem Grund werden an dieser Stelle die subnationalen Reformen, die seit 2003 von der Regierung in unterschiedlichen Programmen realisiert worden sind, vorgestellt.

Dezentralisierung im Präsidialsystem

Ein besonderer Graubereich sind die subnationalen Reformen des *institutionalization-first*-Ansatzes, in denen seit 2002 ein *top-down*- und mittlerweile auch ein *bottom-up*-Ansatz für die Kernbereiche eines demokratischen Staates im Falle Afghanistans kombiniert werden. Was bedeutet jedoch ein *bottom-up*-Ansatz in einem präsidentiellen System, wie er in Afghanistan vorherrscht? Da der Oberbegriff der Dezentralisierung mit seinen drei Unterkategorien dieses Begriffes – *Dekonzentrierung*, *Delegierung*, *Devolution* – von vielen internationalen und nationalen *policymakern* federführend und abwechselnd verwendet werden, sollen hier kurz die Begriffe definiert werden (Rondinelli 1981: 137-139). Zunächst bedeutet idealiter Dezentralisierung, dass eine Zentralregierung die bürokratischen, finanziellen und politischen Angelegenheiten auf andere Regierungsebenen weiterleitet. Im Allgemeinen lässt sich die „gebietskörperschaftliche Staatsorganisation“ in eine politische und administrative Dezentralisierung differenzieren. „Bei der administrativen Dezentralisierung werden Verwaltungsbefugnisse dorthin übertragen, wo die entsprechenden Aufgaben anfallen, um eine möglichst effektive Erledigung ‚vor Ort‘ zu gewährleisten.“ (Thibaut 2004: 146) Bei der politischen Dezentralisierung werden weitere Freiräume und Ressourcen für die Selbstverwaltung innerhalb der unteren Verwaltungsebenen erteilt. Wie sehen die Schattierungen im administrativen System genauer aus?²²

Wenn die Zentralregierung in bestimmten Bereichen ihre Verantwortung an regionale Außenstellen weiterleitet, aber keine wirkliche Autorität beispielsweise im politischen und haushaltlichen Bereich an untere Regierungsebenen weitergibt, handelt es sich um *Dekonzentrierung*. Lokale Büros werden lediglich dazu verwendet, die Effektivität der Zentralregierung in bestimmten Lebensbereichen zu vertreten (Litvack/Ahmad/Bird 1998: 4). Dieses Phänomen kann sogar in einem föderalen Staat auftreten, wenn die Zentralregierung ihre Machtsphäre in bestimmten *policy*-Bereichen sicherstellen will.

Delegierung besteht, wenn staatliche Verantwortlichkeiten an lokale Regierungseinheiten oder semi-autonome Organisationen, die nur teilweise von der Zentralregierung kontrolliert werden, transferiert werden, jedoch weiterhin und vollkommen rechenschaftsschuldig gegenüber der Zentralverwaltung bleiben. Diese Beziehung kann auch als eine *principal-agent*-Beziehung beschrieben werden. Wobei der Zentralstaat

22 Noch detaillierter zählt Rondinelli in insgesamt 14 Punkten, insbesondere für Entwicklungsländer, die Vorteile eines dezentralisierten Systems im Bereich des Managements und der Planung auf (Rondinelli 1981). Dies hier zu beschreiben, würde zu weit führen.

einerseits den *principal* mit seinen Weisungsbefugnissen darstellt und andererseits der *agent* mit seinen lokalen Organisationen, administrativen Einheiten und seinen eigenen Interessen einen Block bildet, der dem *principal* gegenübersteht und nach Unabhängigkeit strebt (Litvack/Ahmad/Bird 1998: 9).

Weiter geht die *Devolution* oder auch *Übertragung*²³, denn sie beschreibt eine weitgehende Autonomie der regionalen Verwaltungseinheiten von der Zentralregierung. Entscheidungen im Bereich des Managements und der Finanzen können in gewählten Stadträten und erwählten Bürgermeister*innen selbst getroffen werden. Außerdem haben sie klare geographische Grenzen über autonom verwaltete Einheiten, in denen sie Staatseinnahmen einfordern, verwalten und in öffentliche Funktionen investieren (ebd.: 9; Rondinelli 1981: 138).

Alle drei Unterkategorien können durch drei weitere Variablen besser in ihrem Grad eigentlicher Dezentralisierung bestimmt werden: Erstens der *finanziellen*, zweitens der *politischen* und drittens dem Grad einer *administrativen* Dezentralisierung. Inwiefern diese drei Bereiche dann wirklich von der Regierung an die „Planungs-, Entscheidungs- und Leistungskompetenzen auf Fachbehörden, untere Verwaltungs- oder Regierungsebenen oder auf den Privatsektor“ delegiert werden und in welchem Grad dies geschieht, liegt im Ermessen der Regierung (Rondinelli 1999/2000: 19). Rondinelli beschreibt zusammenfassend: „Finanzielle und organisatorische Dezentralisierungsarrangements müssen den örtlichen Gegebenheiten und Bedürfnissen angepasst sein. Schließlich erfordert Dezentralisierung – insbesondere Delegation, Devolution und Privatisierung – den umfassenden Auf- und Ausbau von Institutionen und die Entwicklung der Steuerungs- und Leistungsfähigkeit auf kommunaler Ebene sowohl in den öffentlichen als auch in den privaten Sektoren.“ (Rondinelli 1999/2000: 20) Umso mehr geht es in Post-Konfliktländern nicht nur um den Willen der Zentralregierung, ein dezentrales Regieren wirklich zuzulassen, sondern auch um die tatsächlichen Möglichkeiten der finanziellen, politischen und administrativen Verwaltungsorganisation innerhalb lokaler Regierungseinheiten.²⁴

23 Der Begriff *Devolution* kann auch mit „Verlagerung“ oder „Übertragung“ übersetzt werden. Diese Art der Dezentralisierung zeichnet sich nach Thibaut dadurch aus, dass sich ein stark zentralistisch aufgebauter Staat bei administrativen Vorgängen auf den unteren Ebenen das Recht vorbehält einzugreifen und dann sogar Abläufe und Entscheidungen umzukehren. Die Devolution wurde in Großbritannien in den 1970er Jahren besonders diskutiert, bis Schottland und Wales im Jahre 1997 nach Referenden mehr Verwaltungskompetenzen erhielten (Thibaut 2004: 145). Insbesondere in Ländern mit ethnischen Minderheiten, wie beispielsweise Belgien, Schottland, Wales, Malaysia, Indien, Mexiko, den baltischen Staaten etc. wurden die Forderungen nach einer administrativen und fiskalischen Devolution in den 1980ern und 1990ern laut (Rondinelli 1999/2000: 16).

24 Eine genauere Definition und Diskussion der Unterschiede in den Verantwortlichkeiten und in der Autonomie innerhalb der lokalen Regierungseinheiten auf subnationaler Ebene hat Yama (2015: 4) eingehender dargestellt. Er erläutert die politischen, organisatorischen und finanzhaushaltlichen Handlungsspielräume, die die jeweiligen Verwaltungseinheiten und auch die Gouverneur*innen haben.

Afghanische Institutionenbildung mit subnationalen Reformen

Mit diesem Hintergrundwissen können nun die wichtigsten Verwaltungsebenen in Afghanistan beleuchtet werden. Sicherlich würden berechtigterweise einige Afghanistan-Forscher*innen im Zusammenhang mit den subnationalen Reformen den Aspekt des *bottom-up*-Ansatzes hinterfragen, der im Folgenden zumindest in Ansätzen diskutiert wird. Denn die Hauptreformen gehen meist über eine Dekonzentration – mit den Stadtverwaltungen als Ausnahme – innerhalb des Präsidialsystems nicht heraus. Es gibt mehrere initiierte, erneuerte, angepasste oder zumindest geplante Reformen²⁵, durch welche die subnationale Regierungsführung in allen 34 Provinzen des größtenteils unwegsamen Landes für ein besseres staatliches Versorgungssystem in den existenziellen Lebensbereichen verbessern sollen. Alle Reformansätze wurden in der *Realizing Self-Reliance*-Erklärung im Dezember 2014 in London vorgestellt, sie sind eine Fortsetzung der *Tokyo Declaration Partnership for Self-Reliance in Afghanistan from Transition to Transformation* vom 8. Juli 2012 (Islamic Republic of Afghanistan 2014; Afghan Government and International Community 2012). Die einzelnen Punkte und Reformbereiche präsentierte dann in Kabul das Kernteam des Präsidenten Ghani im SOM gemeinsam mit der internationalen Gemeinschaft am 9. September 2015 in einem 25-Punkte-Plan, auch die jeweils zuständigen Fachministerien wurden vorgestellt.²⁶

Die NUG hat die *Subnational Governance Policy* (SNGP) von 2010 im Jahre 2015 von neuem überarbeitet, insbesondere mit dem Ziel der guten Regierungsführung, und um den Kampf gegen die Korruption zu forcieren, Frauen- und Kinderrechte voranzubringen und um wirtschaftliches Wachstum anzukurbeln. Diese subnationalen Reformen gehen auf bereits vorhandene staatliche, miteinander konkurrierende Reformprogramme, die 2002 angestoßen wurden, und auf die internationale Gemeinschaft zurück.

Zum wichtigsten Programm gehört das *National Solidarity Program* (NSP) und die ANDS, die sich für eine unmittelbarere Beziehung zum Zentralstaat und mehr Demokratie einsetzen, um die Lebensbedingungen der afghanischen Bevölkerung in der Peripherie zu verbessern. Die ANDS setzt insbesondere im Bereich der Institutionenbildungen auf drei Prioritäten, die sich auch an die Ziele der internationalen *Millennium Development Goals* (MDG) der Vereinten Nationen²⁷, bis 2020 für Armutsbekämpfung und eine nachhaltige Entwicklungspolitik zu sorgen, anlehnen: Erstens, landesweite Sicherheit, zweitens *governance*, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte, und drittens wirtschaftliche und soziale Entwicklung (ANDS II 2010).

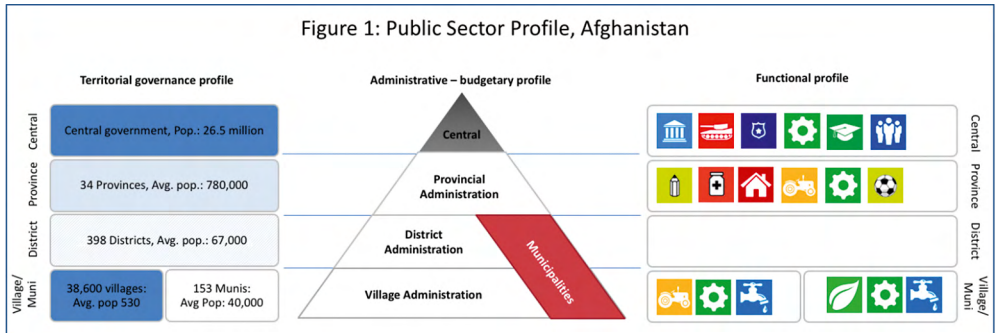
25 Nijat hat in ihrem Aufsatz die juristischen und institutionellen Reformen dargestellt. Sie veranschaulicht die initiierten, überarbeiteten und sich zum Teil überschneidenden Reformen und *policies* im juristischen Bereich und auf institutioneller Ebene (Nijat 2016).

26 Der Finanzminister Eklil Ahmad Hakimi ist einer seiner engsten Berater geworden.

27 Die weltweit gesetzten MDGs bis 2015 wurden kürzlich zu den *Sustainable Development Goals* (SDG) mit einem 17 Punkte-Plan bis 2030 erweitert (UNDP 2017). In einem Report ist auch nachzulesen, inwieweit die afghanische Regierung die gesetzten Millenniumsziele erreicht oder das Erreichen der Ziele mit einem neuen Plan in die Zukunft gerückt hat (UNDP in Afghanistan 2015; UNAMA 2016a).

Mit diesen drei Säulen des ambitionierten Entwicklungsplans sollte in Afghanistan bereits bis 2013 ein funktionierender und souveräner Staat aufgebaut werden.

Abbildung 2: SNGP-Entwurf von November 2015



Quelle: World Bank/Boex 2013: ii

Die seit 2003 eingeleiteten Reformen des NSP, die insbesondere in den Provinzen und Bezirken Regierungsstrukturen von staatlicher Seite schufen, sollten die Lebensverhältnisse durch Investitionen in die Infrastruktur in den Bereichen Gesundheit, Elektrizität, Bildung und Verkehr verbessern. In Afghanistan unterscheidet man neben der Zentralstaatsebene vier weitere Verwaltungsebenen: die Provinz, die Stadtverwaltung, den Bezirk und die Gemeinde²⁸. Die bisherigen Bemühungen der internationalen Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und der VN konzentrieren sich primär auf die *Provincial Councils* (PCs) und auf die *Community Development Councils* (CDCs). Wenn die Zusammenarbeit dieser Ebenen verbessert wird, sollen die daraus entstehenden Synergien auch der Zentralstaatsebene zugutekommen (Medhi/Saltmarsh 2011; National Solidarity Programm III 2011).

Im öffentlich zugänglichen Entwurf des Vizeministers des *Independent Development Directorate of Local Governance* (IDLG), Nader Yama, werden die einzelnen Zuständigkeiten der fünf Verwaltungsebenen (Zentrale, Provinz, Stadtverwaltung, Bezirk und Gemeinde) dargestellt. In Abbildung 2 werden die initiierten Reformen der überarbeiteten SNGP und die jeweils zuständigen Fachministerien auf subnationaler Ebene dargestellt. In seinem Entwurf der SNGPs hat Yama erklärt:

„In the territorial-governance profile, dark blue indicates a territorial entity or level with elected political leadership; light blue indicates an administrative level with an elected advisory council. In the administrative-budgetary profile (pyramid), red segments indicate local bodies that have the features of devolved local government entities; grey segments indicate administrative tiers that are recognized as budgetary units; while white segments indicate local bodies that do not have their own administrative-budgetary status.“ (Yama 2015: 7)

28 In der deutschen Übersetzung wird die fünfte Verwaltungsebene *qarya* mit „Gemeinde“ und nicht, wie im Englischen mit dem Wort „village“ übersetzt (Verfassung Afghanistans 2004, Kap. 8, Art. 140: 29).

Zunächst zur kleinsten und verfassungsrechtlich eindeutigen subnationalen Regierungseinheit, der Stadtverwaltung. Wie aus der Abbildung 2 und aus Yamas Kommentar ersichtlich wird, gehören die Verwaltungsstrukturen der Städtegemeinden nach der obigen Definition zur Kategorie einer schwachen Devolution. Die *municipalities* (Stadtverwaltungen) haben, obwohl die Bürgermeister*innen von*in dem Präsident*in²⁹ ernannt und der Haushalt und die Gehaltsstufen der Verwaltungsangestellten über die*den jeweilig*en Provinzgouverneur*in in Absprache mit dem IDLG genehmigt werden müssen, im Vergleich zu den Provinz- und Bezirksinstitutionen eine höhere Autonomie.³⁰ Dieser gewisse Grad an zumindest finanzieller Autonomie setzt sich insbesondere aus einem erwirtschafteten Haushalt aus der eigenen Gemeinde zusammen. Dieser besteht aus Einnahmen durch Einzelhandelslizenzen, Grundstückssteuern sowie lokalen Dienstleistungsgebühren. Außerdem sind die Stadtverwaltungen, wie die Provinz-, Bezirk- und Gemeindeinstitutionen verfassungsrechtlich explizit anerkannte lokale Einheiten, um das städtische Leben aufrechtzuerhalten und zu organisieren (Yama 2015: 10; Verfassung Afghanistans 2004). Zu den explizit und verfassungsrechtlich vorgesehenen Räten zählen auch die Räte in den Bezirken, Gemeinden (Farsi: *qarya*) und Stadtverwaltungen (Farsi: *sharwalyeha*), welche jedoch noch kein einziges Mal nach offiziellen staatlich organisierten Wahlen gegründet werden konnten (Verfassung Afghanistans 2004, Kap. 8, Art. 140-142: 29). Aus dem nächsten Abschnitt wird hervorgehen, welche alternativen Räte sich auf subnationaler Ebene entwickelt haben.

Ländliche Entwicklungs- und Regierungsführungsreform

Ziel dieser vom Präsidenten gestützten Reform und insbesondere des vom Finanzministerium entwickelten Budgetplans ist es, die Angebote des Staates für die kleinsten und bereits vorhandenen Verwaltungseinheiten der ländlichen Gebiete, wie beispielsweise den *District Coordination Council* (DCC), *District Development Council* (DDC) und die *District Development Assemblies* (DDA) zu verbessern, damit den tatsächlichen Bedürfnissen der Bevölkerung besser entsprochen werden kann und somit die Qualität der Regierungsführung verbessert wird. Jedoch ist es der Karzai-Regierung und auch der heutigen Regierung bisher aus logistischen Gründen und aufgrund der schlechten Sicherheitslage nicht gelungen, die verfassungsrechtlich vorgesehenen Wahlen in den insgesamt 398 Bezirken oder den Stadtverwaltungen

29 Seit die NUG die Regierung mit einem CEO stellt, dessen Kompetenzen einem Premierminister gleichkommen müssten, sollten die Bürgermeister*innen sowohl von Ghani als auch von Abdullah im Konsens ernannt werden. Dies hat bereits bei der Ernennung des Bürgermeisters von Helmand dazu geführt, dass zwei Bürgermeister ernannt wurden (Khaama Press 2016).

30 Da immer mehr Menschen vom Land in die sechs größeren Städte (Kabul, Herat, Kandahar, Mazar-e Sharif, Kunduz und Dschalalabad) ziehen, erhalten diese urbanen Zentren mit ihren Stadtverwaltungen größeres politisches Gewicht, da die urbanisierte Bevölkerung politische Forderungen und mehr Autonomie an einen zentral-organisierten Staat stellt. Die Hauptstadt Kabul bildet eine verwaltungstechnische Ausnahme mit seinen politischen Kompetenzen, da der Bürgermeister Kabuls wie auf Ministerialebene dem Kabinett angehört.

der 34 urbanen Zentren, geschweige denn den 119 ländlichen Verwaltungen durchzuführen.³¹

Die Bürger*innen mussten sich dennoch in ihren eigenen Verwaltungseinheiten organisieren, um die Gelder der Weltbank (WB) über die *Facility Partner* (FP)³² beantragen zu können. Anfangs war im CDC-Zusammenhang die US-amerikanische Regierungsorganisation für Entwicklungshilfe, *U.S. Agency for International Development* (USAID) gemeinsam mit dem zuständigen *Ministry of Rural Rehabilitation and Development* (MRRD) und dem IDLG aktiv, sie riefen gemeinsam das *Afghanistan Social Outreach Program* (ASOP) ins Leben. Die USAID organisierte die nach Artikel 140 der afghanischen Verfassung vorgesehenen Wahlen zumindest auf der Bezirksebene und etablierte insbesondere zahlreiche CDCs (Verfassung Afghanistans 2004, Kap. 8, Art. 140: 29; USAID 2012). Im *World Bank Report* werden die Erfolge des NSP III wie folgt zusammengefasst: „In the last 12 years the 34,800 CDCs have implemented over 88,000 completed and ongoing community level schemes and paid skilled and unskilled workers at market rates an estimated \$450 million for 58 million labor days generated.“ (World Bank 2015) Da die geschätzte Gesamtzahl der Bezirke in Afghanistan mit 40.020³³ nur etwas über den bereits bestehenden CDCs liegen und es bereits in den ersten Jahren durchaus Erfolge auf lokaler Ebene zu verbuchen gab, hat der damals regierende Präsident Karzai (2002-2014) die CDCs im November 2006 gesetzlich als die verfassungsrechtlich vorgesehenen Gemeinderäte anerkannt.

Ein weiterer Grund für die gesetzliche Veränderung war, dass es während der Präsidentschafts- und den parallel laufenden Provinzwahlen im Jahre 2009 der afghanischen Regierung sowohl wegen der schlechten Sicherheitslage als auch aus organisatorischen Gründen nicht möglich war, die verfassungsrechtlich verankerten Wahlen auf der Bezirks- und Gemeindeebene durchzuführen. Auch die NUG hat in ihrem *Realizing Self-Reliance*-Dokument (Islamic Republic of Afghanistan 2014: 17) gemeinsam mit dem jeweiligen Fachministerien explizit zugesichert, die CDCs in einem *neuen Gesetz* als Gemeinderäte anzuerkennen, weil durch sie eine bessere Versorgung der Bevölkerung auf lokaler Ebene gewährleistet werden kann. Mit diesem Schritt könnte man den Zielen einer geplanten *citizen charter* näherkommen. In ei-

31 Stadtverwaltungen werden in urbane und in ländliche Stadtverwaltungen eingeteilt. Eine ländliche Stadtverwaltung beginnt bei um die 5.000 Bewohner*innen, wobei die genauen Bewohnerzahlen, ab denen eine Stadtverwaltung als ländliche gilt, stetig angehoben werden müssten.

32 Die Zahl der sogenannten *Facilitating Partner* beläuft sich momentan auf 32. Sie bestehen aus Nichtregierungsorganisationen, wobei die *UN-Habitat* die einzige Organisation der Vereinten Nationen im Rahmen des NSPs darstellt. Detaillierter nachzulesen auf der Regierungswebsite des MRRD (MRRD 2013).

33 Die Zahlen der Dörfer gehen auf die afghanische *Central Statistics Organization* (CSO) zurück und die Grenzziehungen zwischen den verschiedenen Bezirken bleiben umstritten. Diese Dispute haben zur Folge, dass es schwierig ist, für den Zensus die notwendigen Daten zu sammeln und die Bewohner*innen, potenzielle Wähler*innen und Kandidat*innen zu registrieren. Zudem hängt verfassungsrechtlich die Anzahl der vergebenen Bezirksitze von der Größe der Gemeinde ab.

nem Kommentar zur Relevanz der Beziehungen zwischen den USA und Afghanistan haben Ghani und Abdullah in ihrer gemeinsamen Erklärung zur *citizen charter* geschrieben: „Our three numerical majorities — women, youth and the poor — are our economic minorities. Over the next five years, a new Citizens’ Charter will ensure that most Afghan villages can count on having clean water, primary schooling and health care, access to a market and technology for better farming.“ (Ghani/Abdullah 2015) Da bis zu 70 Prozent der afghanischen Bevölkerung in den ländlichen Gebieten und genauso viele auch von der Agrarwirtschaft leben, plant die Regierung, die Verwaltung der unteren Ebenen effizienter und effektiver zu gestalten (Ghani 2015). Yama hat die Verwaltungsstrukturen in Afghanistan in einem wichtigen Satz zusammengefasst: „With little further specific guidance provided in the constitution on the intergovernmental arrangements and institutional structures at the provincial level, in practice, Afghanistan’s public sector has been structured as a vertically (or sectorally) deconcentrated system, where provincial departments are organizationally deconcentrated units of their respective line ministries.“ (Yama 2015: 6)

Wie die oben angeführten Zahlen von der Weltbank belegen, werden unter dem NSP laufend CDCs gegründet (MRRD 2013; National Solidarity Programm III 2011). Insbesondere durch die CDCs sollen sich die Lebensbedingungen der Bevölkerung in den Bezirken verbessern und auch unmittelbar die politische Teilhabe an Entscheidungsprozessen ermöglichen (Afghanistan Research and Evaluation Unit 2011).³⁴ Bei den Wahlen der CDCs werden weiterhin die traditionellen Entscheidungsträger berücksichtigt, so dass sie es sind, die über Investitionen in ihrer Gemeinde entscheiden können (Factsheet Afghanistan Social Outreach Program 2010; World Bank 2013).³⁵

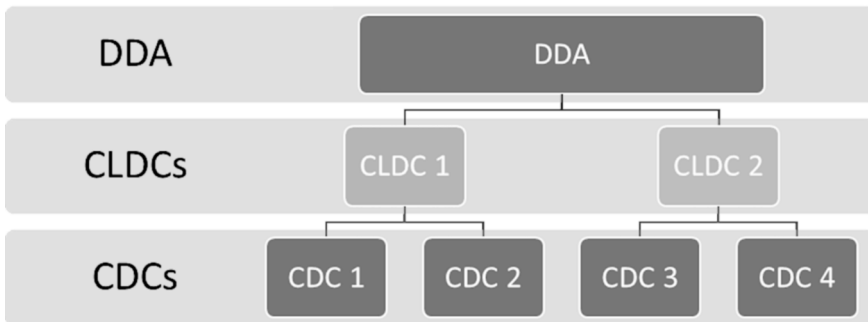
Zudem hat sich das *National Area-Based Development Programm* (NABDP), welches seit 2002 dem MRRD und dem *United Nations Development Programme* (UNDP) zugeordnet ist und sich den Zielvorgaben des *Afghanistan National Development Strategy and Agricultural Rural Sector Development* verschrieben hat, auch in einem Drei-Phasen-Plan die Verbesserung der Lebensverhältnisse der Bevölkerung in den ländlichen Gebieten auf die Agenda gesetzt. Die NABDP kann sich auf insgesamt 388 von 402 gewählten DDAs berufen (UNDP 2014). Die DDAs sollen horizontal zwischen den Gemeindebewohner*innen, der Regierung und den je-

34 Mehr Informationen über die unterschiedlichen internationalen und staatlichen Akteure und deren Effizienz in Bezug auf die Organisation der Bezirksräte können im Aufsatz der AREU nachgelesen werden (Medhi/Saltmarshe 2011). Erstaunlich ist, dass die Bezirksräte mit den gleichen Funktionen unterschiedliche Bezeichnungen führen und unterschiedlich organisiert sind: *District Community Councils* und *Community Development Councils* werden finanziert und koordiniert durch USAID, ASOP und MRRD; *District Development Assemblies* werden finanziert und koordiniert durch *National Area-Based Development Programme*, *United Nations Development Programme* (UNDP) und MRRD (Medhi/Saltmarshe 2011: 56). Köhler hat in drei Provinzen (Laghman, Nangahar, Badachschan) die sub-nationalen Regierungsreformen und ihre bestehenden Konflikte untersucht (Koehler 2013).

35 Die Anzahl der CDC erhöht sich weiterhin, dies kann auf der Website der Weltbank länderspezifisch für Afghanistan nachverfolgt werden.

weils zuständigen Fachministerien bei alltäglichen Problemen in ihrer Gemeinde vermitteln, um die Lebensbedingungen durch passgenaue Entwicklungsprogramme zu verbessern. Vertikal sollen die DDAs zwischen den Gemeindeautoritäten vermitteln. Folgende Abbildung 3 der Organisation und Hierarchie der neu gegründeten Räte ist für die weitere Abhandlung hilfreich:

Abbildung 3: *Shura-Struktur des MRRD für Governance und Entwicklung*



Quelle: Modes of Informal Governance in North-East Afghanistan (Gosztonyi/Feda/Koehler/Jawad 2016)

Die Gründung der DDAs wurde in der dritten Phase des NABDP realisiert, die ersten DDAs entstanden im Jahr 2007. Die Repräsentant*innen der DDAs wurden durch die CDCs gewählt, damit die DDAs direkt zwischen den CDCs, den lokalen Regierungsbehörden und dem nationalen *Provincial Development Planning* (PDP) vermitteln können (Koehler/Gosztonyi/ Böhnke 2013: 7). Offiziell sollten die DDAs direkt dafür verantwortlich sein, dass auf der Bezirksebene Projekte geplant, implementiert und überwacht werden. Diese DDAs erstrecken sich über 32 von den insgesamt 34 afghanischen Provinzen und haben einen Frauenanteil von insgesamt 33 Prozent (National Area-Based Development Program 2012).

Während der drei Phasen der Implementierung des NABDPs von 2002 bis 2015 kam es jedoch in der dritten Phase, als das NABDP die DDAs formell institutionalisieren wollte, zu mehreren Versuchen anderer Behörden, parallel weitere lokale Regierungseinheiten zu institutionalisieren. Aus diesem Grund erließ der damals regierende Präsident Karzai 2013 das Dekret Nummer 45 und etablierte somit die DCCs, um sowohl die Grenzdispute als auch die Verwirrung bezüglich der einzelnen lokalen Regierungsräte zu minimieren (ebd.: 2).

Der Provinz- und Bezirksebene müsste eigentlich die Gemeindeebene folgen. Köhler hat in seiner Dissertation darauf hingewiesen, dass im Rahmen der Finanzhilfen die Definition einer Gemeinde Probleme aufwirft, weil die demographischen Statistiken auf die 1970er Jahre zurückgehen und die reale Einwohnerzahl für die Kategorisierung als Dorf oder Gemeinde ausschlaggebend ist. Seit den 1970er Jahren hat es keinen Zensus mehr gegeben und in Kapitel 7, werden die politischen, aber auch finanziell, organisatorischen Herausforderungen für die Organisation eines Zensus hervorgehen (Kap. 7.2.4 *Ethnonationalismus versus afghanische Nation*). In Abbildung 2 steht, dass der afghanische Staat 38.600 Gemeinden mit einer durchschnittlichen Bevölkerung von 530 und 153 Stadtverwaltungen mit durchschnittlich 40.000

Bewohner*innen aufführt. Problematisch wird durch die entwicklungspolitischen Fördergelder die Definition von Dorf und Gemeinde.

Für die Vergabe von Hilfsgeldern durch internationale Organisationen gilt die Definition, dass eine Kernfamilie innerhalb einer Gemeinde 200 US-Dollar erhält (Koehler 2013: 165ff). Eine Gemeinde muss mindestens – seit der gesetzlichen Anerkennung der CDCs im Jahre 2006 auch *de jure* – aus 25 Familien bestehen, maximal darf sie 30 Kernfamilien zählen (ebd.: 166; Community Development Council by-Law 2015: 7). Die finanziellen Förderblöcke der Weltbank zahlen lediglich ein Maximum von 60.000 US-Dollar pro Gemeinde aus. Dies hat zur Folge, dass sich die Gemeinden je nach Größe aufgrund dieser Vorgaben entweder splitten oder zusammen tun, um als CDC für Projektanträge berechtigt zu sein. Für dieses Phänomen hat Köhler besonders im Nordosten Afghanistans mit seinen überwiegend gebirgigen Regionen folgende Definition formuliert:

„In Afghanistan the smallest administrative unit relevant for the investigation of intercommunal relations is the **district**, the lowest functioning tier of government administration. Below this, there are more or less formally constituted **sub-districts** that may be relevant for local intercommunal governance. Some of them are based on geography and historical relation; others are the product of more recent social engineering by the central government and development organisation. [...] *Mantaqa* [Siedlungsgebiete] and *qaria* [Farsi: *qarya*/Gemeinde] are not administrative units but they typically do share some institutions that connect them – the organisational rules of local *mujaheddin* command, problem-solving and distributive procedures, and a high incidence of intermarriage for example.“ (Koehler 2013: 78, Herv. i. O.)

Für die etwa 40.020 Dörfer ist zwar eine verfassungsrechtliche Rolle vorgesehen, aber eine formelle Rolle in der lokalen Regierungsführung haben nun die Gemeinderäte übernommen. Die bereits gegründeten CDCs übernehmen die Aufgabe der lokalen Regierungseinheiten. Die hier beschriebenen sub-staatlichen *governance*-Ansätze sollen einerseits die Institutionalisierung und andererseits die Sicherheitssituation in der Peripherie verbessern. Die Gleichung lautet: Politische Partizipation und verbesserte Lebensbedingungen der Bevölkerung sind die Grundvoraussetzungen für einen stabilen und sicheren Staat. Die ursprünglichen Annahmen, dass sich bei der ländlichen Bevölkerung die Überzeugung durchsetzt, staatliche Strukturen würden für gesellschaftliches Wohlergehen sorgen und dass durch die politische Partizipation auf sub-staatlicher Ebene die Legitimationskrise der afghanischen Regierung überwunden werden könnte, haben sich nach Meinung einiger Afghanistan-Forscher*innen bisher aus verschiedenen Gründen als falsch erwiesen oder gelten lediglich in Bezug auf die Verbesserungen, die die unmittelbarere Verbindung zwischen Bevölkerung und den CDCs zumindest teilweise mit sich brachten (Nijat 2016; Saltmarshe 2011; Koehler 2008: 32; Medhi/Nixon 2008; Brick 2008: 36). Aktuellere Erhebungen haben insbesondere die *shura*-Strukturen, die sich nun in CDCs, CLDCs (Cluster Level Development Council) und DDAs aufteilen³⁶ (Abbildung 3) als positiv konnotierte

36 Die CDCs werden durch die Wahlberechtigten (Männer und Frauen) eines Bezirks bestimmt, es werden vier führende CDC-Vertreter gewählt. Diese vier CDC-Repräsentanten wählen dann drei CLDC-Sprecher – zwei Männer und eine Frau. Drei der CLDC-Mitglie-

Regulierungsmechanismen auf der institutionellen Gemeindeebene identifiziert: „However, we identified three mechanisms that *do* change popular perceptions of government-provided governance, all three of which are linked to the *shura* structure: (1) renewed elections, (2) the disbursement of renewed NSP funds, and (3) the integration of CDCs with higher levels of the MRRD-led structure of development councils (i.e., CLDCs and DDAs).“ (Gosztonyi/Feda/Koehler 2016: 44)

Zusammenfassend ist das wichtigste Forschungsergebnis für die untersuchten Dörfer und Bezirke im Nordosten Afghanistans, dass die Bevölkerung die Rätestruktur als eine legitime Form der Regierungsführung bewertet. Entgegen der bisherigen Befürchtungen und Forschungsergebnisse bringen die auf der Gemeinde- und Bezirksebene getätigten Investitionen und Verbesserung der Versorgung die Bevölkerung eher näher an die staatliche Zentralmacht; zumindest gilt dies für die vergleichsweise sichere Region des Nordosten Afghanistans (ebd.: 44).

Hervorzuheben ist das Forschungsergebnis, dass in den primär untersuchten Gemeindeclustern oder Siedlungsgebieten (Farsi: *mantaqa*) Kunduz, Tachar und Badachschan, eher das Primat der Sicherheit die lokale Wirtschaftssituation und somit die Lebensqualität der Bevölkerung verbessert hat (Koehler 2010: 249). Empirisch belegt ist im Nordosten Afghanistans die Formel des Sicherheitsprimats insbesondere im Zusammenhang mit den demokratisch gewählten *shuras*, die den Bedürfnissen und Forderungen der Bevölkerung nachkommen (Nijat 2016).

Die Herausforderungen des NSP beziehen sich primär auf drei Problembereiche. Erstens wird von der ländlichen Bevölkerung angenommen, dass die Projekte an die Kreditvergabe und Kreditbedingungen der Weltbank gebunden sind und dass das Ministerium bei der Vergabe der Gelder, die zudem nach 2014 versiegten, wenig Mitspracherecht hat und lediglich weiterleitet (Koehler 2008). Somit wird von der afghanischen Bevölkerung in letzter Konsequenz die staatliche Unterstützung durchaus als zeitlich begrenzt und abhängig vom Wohlwollen der internationalen Gemeinschaft eingeschätzt (Brick 2008: 25; Beath Christia/Enikolopov 2015: 311).³⁷ Zwei-

der sind auch Mitglied der DDA und diese drei wählen die DDA-Führung, die aus einem Leiter, einem Vertreter, einem Sekretär und einem Schatzmeister besteht. Im AREU-Aufsatz wird festgehalten, dass in dieser *shura*-Struktur wichtigere Themen als auf der CLDC- und DDA-Ebene entschieden werden. Darunter fallen: Entscheidungen über Entwicklungsprojekte, Organisation der Selbsthilfe, Projektverwaltung, Konfliktlösung und das Vertreten der Gemeindeinteressen beim Staat. Für die Beziehung des Staates in die Peripherie und die mögliche Legitimität lokaler Rätestrukturen ist die Bezirksebene entscheidend: „The main interface of the *shura* structure with the centralised state administration occurs at the district level.“ (Gosztonyi/Feda/Koehler 2016: 21)

37 Insbesondere im Aufsatz von Beath, Christia und Enikolopov, die über mehrere Phasen des NSP-Programms hinweg qualitative und quantitative Daten im wirtschaftlichen, institutionellen und sozialen Bereich in den Dörfern der Provinzen Balch, Baghlan, Daykundi, Ghor, Herat und Nangarhar bezüglich der Haltung der Bevölkerung zur staatlichen Legitimation erhoben haben, wird deutlich, dass gegen Ende der Programme der Staat als weniger legitim beurteilt wird (Beath/Christia/Enikolopov 2015). Ein Ergebnis der untersuchten Dörfer aus den unterschiedlichen Provinzen könnte wie folgt zusammengefasst werden: „Accordingly, the effects of development interventions on government legitimacy in post-

tens besteht über die Auswahl der Rätorepräsentant*innen Uneinigkeit. Die staatliche Unterstützung der CDCs durch das MRRD und die internationale Gemeinschaft wird von einigen Beobachter*innen kritisch beurteilt, da teilweise Entscheidungsträger der traditionellen *shuras*³⁸ (Räte) nicht mehr involviert sind. Zu den traditionellen Mitgliedern der CDCs, die nun per Gesetz auch in Artikel 6 als *shuras* anerkannt worden sind, gehören die *maliks*³⁹, *ulemas* und die Kommandeure des *jihads* (arabische Umschrift: *ġihād*, heiliger Krieg), ohne die weiterhin keine Entscheidungen getroffen werden können (Community Development Council by-Law 2015). Ein dritter, wichtiger Aspekt ist, dass diese lokalen Machthaber in enger Beziehung zu den jeweiligen gewählten Mitgliedern des Unter- und Oberhauses, den Generälen sowie den Minister*innen stehen.

Aus einer anderen Perspektive wird von den Geberländern und der afghanischen Zivilgesellschaft kritisiert, dass die traditionellen dörflichen Strukturen und die bewaffneten Milizen, die durch diese unterstützt werden, weiterhin gefördert werden, um die Sicherheitssituation in der Peripherie kurzfristig zu verbessern. Dies würde dem demokratischen Gedanken der verfassungsrechtlich geplanten Bezirks- und Gemeindevahlen zuwiderlaufen. Die marginalisierten Volksgruppen und auch Frauen haben – trotz einer gesetzlich vorgeschriebenen Quote von 50 Prozent – in den neugegründeten CDCs kaum ein Mitsprache- oder Entscheidungsrecht (ebd., Kap. 2, Art. 7: 7). Sicherlich lässt sich dies nicht für jede Region so konstatieren, aber aufgrund der sich verschlechternden Sicherheitslage ist es schwierig, in Feldforschungen die Frauenbeteiligung auch auf Gemeindeebene zu untersuchen. Benachbarte Gemeinden geben an, dass sie sich durch fehlende finanzielle Unterstützungen bei Projekten benachteiligt fühlen und somit das Gefühl haben, eine angestrebte Prosperität werde dadurch in ihrer eigenen Gemeinde verhindert (Coburn/Miakhel 2010).

conflict settings may be maximized by instituting a regularized and frequent pattern of project activity.“ (Ebd.: 314) Diesbezüglich heben jedoch Köhler, Gosztonyi und Feda erstens hervor, dass ihre Untersuchungen sich auf einen längeren Zeitraum des NSP-Förderungsprogramms beziehen und sie somit bereits von einer fortgeschrittenen Institutionalisierung ausgehen können. Zweitens hat die Untersuchung gezeigt, dass die hierarchisch höher angesiedelten CLDCs und DDA mehr Entscheidungskompetenzen haben und wie sich in der Zusammenfassung herausstellt, trugen die CLDs und DDAs auch zu einer höheren Legitimation des Staates bei, weil sich die staatliche Versorgung für die Bevölkerung verbessert hat (Gosztonyi/Feda/ Koehler 2016: 44).

- 38 Traditionelle *shuras* werden in der afghanischen Gesellschaft meist von Männern mit einer gewissen Lebenserfahrung besetzt. Vor dem zerrüttenden Krieg mussten sich diese Mitglieder durch einen einwandfreien moralischen Lebensstil, religiöse Beflissenheit und durch Schlichtungen, die den allgemeinen Frieden aufrechterhielten, in der Gemeinde einen Namen gemacht haben. Sicherlich waren Männer mit einem gewissen Grundbesitz und somit finanziellem Wohlstand für diese Funktion prädestinierter und der Status des *khans* oder *maliks* wurde einfach vererbt.
- 39 Je nach Region tragen die Gemeindevorsteher unterschiedliche Bezeichnungen. In Herat, Bamyan und Kunduz werden sie als *arbabs* bezeichnet. Sie heißen in Teilen der Provinz Bamyan Repräsentanten, *nomayenda*, in Balch werden sie als *qaryadar*, in der Provinz Kabul als *maliks* titliert.

Die oben beschriebenen Reformen spielen in der Debatte über Dezentralisierung, Sicherheit und Institutionenbildung eine Rolle. Welche Aspekte hierbei im afghanischen Transformationsprozess⁴⁰ unter den opponierenden Eliten zu politischen Auseinandersetzungen führen, soll untersucht werden. Ebenso, inwiefern sie mit den partikularen Machtinteressen der unterschiedlichen Eliten zusammenhängen. Die auf traditionelle Strukturen zurückgehenden Patronage-Klientel-Netzwerke und die neuen, mit der Kriegsökonomie entstandenen Elitennetzwerke sowie die sich etablierende junge Generation aus der Mittelschicht werden durchleuchtet, um den angestrebten pazifizierenden Staatsbildungsprozess bewerten zu können (Larson/Coburn 2014: 10). Während der afghanische Staat sich mit seinen Institutionen noch im Aufbau befindet und Eliten mit einer Deutungs-, Entscheidungs- und Wirkungshoheit bereits in neuen, reformierten aber auch traditionellen Strukturen miteinander um Ressourcen und partikulare Machtinteressen konkurrieren, befinden sich die Akteure und Systeme miteinander in einem dynamischen Verhandlungsprozess, sie kontrollieren sich aber auch gegenseitig und schränken einander ein (Benz 1997: 19). Es ist theoretisch möglich, die Handlungsoptionen der Akteure und die vorhandenen Strukturen bzw. Institutionen gemeinsam zu analysieren und, auch wenn dies unter den aktuellen kriegerischen und politischen Auseinandersetzungen eher als Euphemismus erscheint, diese Auseinandersetzungen als einen chancenreichen, konsensorientierten Verhandlungsprozess zu betrachten.

Vor diesem Hintergrund hat bereits Köhler in seiner Dissertation bewiesen, dass der „akteurzentrierte Institutionalismus“ für den Fall Afghanistans sinnvoll und hilfreich ist. Denn diese Theorie ermöglicht es, die Begriffe Akteur und Struktur, die zuvor als in einem dichotomischen Verhältnis zueinanderstehend betrachtet wurden, als miteinander gleichwertig und interdependent zu verstehen. Dies bietet den ehrgeizigen staatlichen Institutionalisierungen einen Analyserahmen (Koehler 2013: 36).⁴¹ In den Worten von Mayntz und Scharpf lautet die Verortung des akteurzentrierten Institutionalismus wie folgt:

„Dabei rückt die explizite Trennung zwischen Institutionen und beobachtbarem Handeln den akteurzentrierten Institutionalismus in die Nähe der seit längerer Zeit andauernden Diskussion über das Verhältnis von Akteur und System [...] beziehungsweise Struktur und ‚Agency‘ [...]. Bei dieser Diskussion geht es jedoch vielfach um den *Primat* von Struktur oder Akteurhandeln,

40 Auch wenn Wolfgang Merkel im Zusammenhang mit den Demokratisierungsprozessen in Lateinamerika und Südeuropa von Transformationsprozessen spricht, verwendet die Doktorarbeit den Begriff der Transformation: „Er [der Begriff der Transformation] schließt Regimewechsel, Regimewandel, Systemwandel, Systemwechsel oder Transition mit ein.“ (Merkel 2010: 66) Hier sei jedoch darauf hingewiesen, dass die afghanischen Eliten in Konferenzpapieren und in Gesprächen für die Phase bis Ende 2014 von einer „Transition“ sprachen, der sich dann von 2014 bis 2025 die Phase der „Transformation“ anschloss (Afghanistan and the International Community 2011).

41 In seiner Dissertation eruiert Köhler die Definitionen des Akteurs, der Institutionen und des Systems mit den jeweiligen Denkschulen und Theoretikern, um dann in der Kombination des akteurzentrierten (Neo-)Institutionalismus zu einer anwendbaren Theorie für seine Forschungsfrage zu gelangen (Koehler 2013: 25-39).

anstatt um eine *Integration* beider Perspektiven. Auch bleibt die zwischen ‚*structure*‘ und ‚*agency*‘ gezogene Trennlinie analytisch unscharf [...].“ (Mayntz/Scharpf 1995: 46, Herv. i. O.)

Diese äquivalente Betrachtungsweise des Akteurs und der Struktur distanziert sich von der Hierarchisierung des Akteurs oder des Systems, wie Crozier und Friedberg sie vornahmen (Crozier/Friedberg 1979). Im akteurzentrierten Institutionalismus werden auch für den afghanischen Kontext viele mögliche Perspektiven für die Analyse der Akteure eröffnet, denn es wird zwischen „institutionellen Regeln und dem Handeln realer Akteure unterschieden“ (Mayntz/Scharpf 1995: 46). Theoretisch werden die Akteure als potenzielle Gestalter und Former der Institutionen betrachtet und ein solcher Ansatz könnte für eine Analyse der afghanischen Gegebenheiten, wo es sukzessive seit dem im Jahre 1979 begonnenen Krieg bis zur Vertreibung der Taliban Ende 2001 kaum noch funktionierende Institutionen mit ausführenden Handlungsräumen gab, aufschlussreich sein. Den bereits erwähnten Aspekt der Dynamik zwischen Akteur und System bringt hier Scharpf noch einmal präziser auf den Punkt:

„Zum einen werden auf diese Weise Institutionen nicht einfach als Ergebnis evolutionärer Entwicklung interpretiert und als gegeben genommen, sondern sie können ihrerseits absichtsvoll gestaltet und durch das Handeln angegebener Akteure verändert werden. Institutionen werden damit im Rahmen des akteurzentrierten Ansatzes ebenso als abhängige wie als unabhängige Variablen behandelt. Zum anderen wird durch die Einschränkung des Institutionenbegriffs auf Regelungsaspekte die oft nur formelhaft wiederholte Prämisse ernstgenommen, dass der institutionelle Kontext Handeln zwar ermöglicht und restringiert, aber nicht determiniert.“ (Mayntz/Scharpf 1995: 45)

Für die empirische Herangehensweise erweist sich die Annahme der hybriden Form des Friedens (Richmond/Mitchell 2012: 13) und die Analyse unterschiedlicher Regierungsführungsformen innerhalb der vorhandenen staatlichen Strukturen in der Kombination mit einer sozialen Ordnung als zielführend.

Governance und bestehende soziale Ordnung

Dieses erweiterte Verständnis und Verhältnis der Handlungsfelder von Akteuren und Institutionen zeigt sich an die enge *governance*-Definition des Sonderforschungsbereiches 700 Governance im Räumen begrenzter Staatlichkeit der Freien Universität Berlin anschlussfähig. Eine allgemeine *governance*-Definition verwendet Risse, die für die vorliegende Untersuchung einen ersten Zugang eröffnet: „By governance, we mean the various institutionalized modes of social coordination to produce and implement collectively binding rules, or to provide collective goods.“ (Risse 2012: 7, Herv. i. O.) Ein weiterer *governance*-Begriff analysiert die Regulierungsmechanismen alle Arten sozialer Aktionen zwischen Menschen. Zum Beispiel hat Zürn folgende gute, weit gefasste Definition formuliert: „Governance allgemein bezeichnet die Gesamtheit der kollektiven Regelungen, die auf eine bestimmte Problemlage oder einen bestimmten gesellschaftlichen Sachverhalt zielen und mit Verweise auf das Kollektivinteresse der betroffenen Gruppe gerechtfertigt werden.“ (Zürn 2012: 484) Köhlers Dissertation hat insbesondere die CDCs im Nordosten Afghanistans und die konfliktregulierenden Institutionen untersucht und seine Definition ist zielführender

für die vorliegende empirische Untersuchung der unterschiedlichen Eliten und ihrer Klientel-Patronage-Netzwerke. Seine folgende *governance*-Definition ist auf Afghanistan zugeschnitten: „Mit dem Begriff Governance werden intentionale Regelungsprozesse bezeichnet, die soziale Ordnung von Kollektiven herstellen. Dabei ist der Begriff für fragmentierte und von individueller Durchsetzungsmacht gekennzeichnete Gesellschaften wie Afghanistan nur dann zu gebrauchen, wenn intentionales Handeln auch die nicht-intendierten, erratischen, aber dennoch ordnenden Folgen des Handelns von Governance-Akteuren einschließt.“ (Koehler 2010: 234)

Köhlers hier zitierte *governance*-Definition ist besonders für Afghanistan mit seinen autonomen sozialen Ordnungen in hybrider Form hilfreich. Risses und Zürns Definitionen sind allgemein verständlicher und wie in diesem kurzen Zitat deutlich wird, nicht einem klassischen Staatsverständnis mit einem *top-down* Herrschaftsverband verhaftet. Im Laufe der Arbeit wird der Vollständigkeit halber eine weitere *governance*-Definition, von Daxner und Schrade (2013) in Bezug auf den afghanischen Bildungsbereich zitiert, aber die hier von Koehler zitierte Definition ist für die vorliegende Untersuchung der afghanischen Eliten und deren Klientel zu den Konflikt-dynamiken die Prägnanteste.

Der *governance*-Begriff ist so definiert, dass er für die institutionelle Regulierung sozialer Ordnungen, die kollektive Güter oder verbindliche Regeln produzieren, steht. Auf diese Weise können auch *governance*-Strukturen in Ländern mit begrenzter Staatlichkeit untersucht werden. Der *governance*-Begriff wird in Kombination mit dem akteurzentrierten Institutionalismus in der vorliegenden Arbeit benutzt, um die Handlungen der Elitefraktionen (Akteure) auf der Systemebene zu untersuchen. Ein weiterer, relevanter Aspekt ist, dass der prozessuale und strukturelle Handlungs-zwang der Akteure innerhalb eines Systems sowohl durch die enge *governance*-Definition als auch durch den akteurzentrierten Institutionalismus für den Fall Afghanistans mit seinen informellen, formellen und formalisierenden Institutionen besser zu greifen ist.

Denn wie Anthropolog*innen, Soziolog*innen sowie mittlerweile Politikwissenschaftler*innen betonen, sind die sich selbstregulierenden sozialen Ordnungen mit Strukturen institutioneller Regulierungsmechanismen vergleichbar und sogar in Ländern mit einer begrenzten Staatlichkeit zu finden. Zu diesen Strukturen bzw. Institutionen gehören beispielweise die zuvor geschilderten Rätestrukturen, die nun vom MRRD und der IDLG gemeinsam mit der Weltbank finanziell, logistisch und legislativ gefördert werden. Der Analyse dieser sozialen Ordnung bzw. Struktur haben sich die Forscher*innen des SFB700 verschrieben, der Teilbereich C9 *Aid, Minds, Hearts: A Longitudinal Study of Governance Interventions in Afghanistan* widmet sich speziell Afghanistan. Weiterhin sind die regional unterschiedlichen afghanischen Gesellschaftsstrukturen, insbesondere in den unsicheren und instabilen Regionen des Landes, wie zum Beispiel dem Süden und Südosten des Landes nur unter Lebensgefahr für die Befragten und Befragenden erforschbar. Landesweit müssten die Rätestrukturen, Bezirksvorsteher, die Einflussphären der Geistlichen, der Sufi-Orden, Koranschulen, *arbakees* (informellen Milizen), Schlichtungsgerichte, traditionelle Selbsthilfeprojekte etc. neben Strukturen, in denen sich die klassischen, aus den westlichen Strukturen bekannten Entscheidungsträger bewegen, weiter untersucht werden, um ein repräsentatives, konfliktregulierendes institutionelles Konstrukt zu erhalten (Mielke 2014; Mielke/Wilde 2013; Schetter 2010).

Die Arbeit erforscht die eigentlichen Konfliktodynamiken zwischen den Elitenvertreter*innen, um auf diesem Weg die Ursachen für die staatliche Legitimationskrise zu erkennen und um zu erfahren, wie sie sich die politischen Strukturen für einen funktionierenden Staat vorstellen. Die Definition des Staates, die auf der klassischen Weber'schen Staatsdefinition beruht, wurde im Zuge der *Neuen Kriege* auf drei staatliche Merkmale, die ein Staat idealiter aufweisen muss, erweitert: *Sicherheit, Wohlfahrt und Legitimität/Rechtsstaatlichkeit* (Draude 2012; Hippler 2009; Schneckener 2007; Münkler/Llanque 2002: 13-57). Die drei Indikatoren der *governance*-Theorie mit ihren minimalen Funktionen ermöglichen es auch, den Staat nicht nur nach seinem Stabilitätsgrad, sondern auch nach einem normativen Demokratieverständnis einzuschätzen (Schneckener 2007: 104f). Jedoch entstehen dann schnell Kategorien wie *failing states* und *failed states* für souveräne Staaten, die weiterhin existieren und eine innere soziale Ordnung, weiterhin funktionierende, eigene institutionelle Instanzen für alltägliche gesellschaftliche Versorgungssysteme sowie Konfliktlösungsmechanismen vorweisen können. Deshalb werden in dieser Doktorarbeit der *governance*-Begriff, die Forschungsergebnisse des Sonderforschungsbereichs 700 *Governance in Räumen begrenzter Staatlichkeit* an der Freien Universität Berlin und der *Berghof Foundation* verwendet, um hybriden Regierungsformen in einer Analyse der vorherrschenden Konfliktodynamiken und der Frage nach einem friedensbildenden Ansatz gerecht werden zu können.

Diese Definition der Regierungsführung erlaubt es gerade im afghanischen Kontext, trotz der allgegenwärtigen Kritik an der fragilen Staatlichkeit, die vorhandenen flexiblen, miteinander verwobenen Regelungen und die soziale hybride Ordnung als bereits vorhandene Staatlichkeit in eine Analyse einzubeziehen und zu untersuchen. Auch gibt es bisherige klassische staatskonsolidierende Ansätze, welche die internationalen Organisationen unter Zeit-, Erfolgs- und Finanzdruck versucht haben, durch die Organisation von lokalen Machthabern zu realisieren. Nun bieten versiegende Finanzierungsmaßnahmen eine Chance und eine Herausforderung für die *Afghanisierung* eines Regierungsprozesses, den die Eliten bewusst für sich nutzen. Welche Rolle die unterschiedlichen Gewichtungen der Staatsbildungsansätze in Afghanistan spielt, wird im nächsten Kapitel ausgeführt.

Ungleichgewichtige Staatsbildungsansätze: *civil society first* oder *liberalization first*

In Afghanistan bestehen trotz oder auch wegen der ersten radikalen Modernisierungsversuche und nationalstaatlichen Reformen unter dem Eisernen Emir (1880-1901) die Patronage- und Klientelsysteme in der segmentierten Gesellschaft nun auch mit modernen und staatlich verankerten Elementen weiterhin fort. Inwiefern diese Patronagesysteme für den Friedensprozess hinderlich oder nicht vielleicht sogar im Sinne neuer Regierungsformen förderlich sein können, soll in dieser Arbeit analysiert werden.

Seit der *London Conference on Afghanistan* im Januar 2006 gibt es zwischen der afghanischen Regierung und der internationalen Gemeinschaft Bemühungen, einen umfassenderen und koordinierten *peacebuilding*-Ansatz zu verfolgen. Es kann an dieser Stelle kurz konstatiert werden, dass – trotz der Bemühungen der internationalen Gemeinschaft – die zwei weiteren Dimensionen des Staatsbildungsprozesses, nämlich *civil society first* und *liberalization first*, personell, finanziell und diploma-

tisch vernachlässigt worden sind, seit sich die UNAMA und die ISAF während des Aufbauprozesses in Afghanistan engagierten (Schneckener 2006: 380; United Nations Security Council Resolution 2001).

Der *civil society first*-Ansatz ist für den afghanischen Kontext ein besonders interessanter und unerforschter, denn die Zivilgesellschaft hat sich in den letzten Jahren erst herausgebildet und ist eng an die Entstehung einer Mittelschicht⁴² gebunden. Die Frage nach der Rolle und Größe einer Mittelschicht mit einer möglichen Wirkungsdimension (der Zivilgesellschaft) in einem Land mit einer weiterhin sehr hohen Analphabetenrate von ca. 60 Prozent (CIA The World Factbook 2015), bleibt weiterhin bestehen. Hinzu kommt, dass sich die Analphabetenrate geschlechtsspezifisch disproportional zusammensetzt: 48 Prozent der Männer und 75 Prozent der Frauen müssten alphabetisiert werden, um zwischen den Geschlechtern durch Bildung überhaupt erst ein Fundament auf dem Weg zur Gleichberechtigung legen zu können. Diese aufgeführten Zahlen weisen auf den hier nur kursorisch dargelegten Zusammenhang von Bildung, Mittelschicht und Zivilgesellschaft hin. Hier sei ein Zitat zur Entstehung von zivilgesellschaftlichen Strukturen in Entwicklungsländern herangezogen: „Eindeutig ist aber wohl, dass sich Organisationen, die sich der gesellschaftlichen Bedürfnisse der Mittelschichten annehmen, in starkem Umfang vom Entwicklungsniveau abhängen. Nur die professionellen Mittelschichten weisen auch eine gewisse Unabhängigkeit gegenüber den traditionellen Eliten auf, die meist das wirtschaftliche Leben in Entwicklungsländern bestimmen.“ (Betz 2005: 17) Diamonds Definition einer Zivilgesellschaft führt näher an die Annahme einer Korrelation zwischen einer funktionierenden Demokratie und einer Zivilgesellschaft heran:

42 Die vorliegende Arbeit verwendet sowohl den Begriff des „Milieus“ als auch der „Schichten“. Jedoch stehen beide Begriffe für unterschiedliche analytische Herangehensweisen an gesellschaftliche Strukturen. Hradils folgende Definitionen geben zwar dem Milieu-Ansatz einen Vorrang, aber das Schichtenmodell bleibt insbesondere für das Entstehen neuer Schichten innerhalb Afghanistans wichtig. Hradil schreibt: „Herkömmliche Schichtmodelle sozialer Ungleichheit konzentrieren sich auf ‚objektive‘, in erster Linie im Zusammenhang mit dem Berufsleben stehende Merkmale von Menschen: auf Einkommen, Schulbildung und Berufsprestige. Sie vernachlässigen dadurch die ‚subjektiven‘, nicht-ökonomischen und relationalen Aspekte sozialer Ungleichheit, die gerade heute eine besonders große Bedeutung haben. [...] Deshalb wurde an ein leistungsfähigeres Modell sozialer Ungleichheit die Anforderung gestellt, den Wirkungsweisen ungleicher Lebensbedingungen bis hin ins Alltagsleben nachzugehen und wenn möglich, verallgemeinerbare Strukturen solcher Wirkungsprozesse in die Modellvorstellung einzubeziehen. Das Milieukonzept ist *imstande, diese Anforderungen zu erfüllen und einem Strukturmodell sozialer Ungleichheit zu mehr Lebensnähe zu verhelfen.*“ (Hradil 1987: 169f, Herv. i. O.) Daxner hingegen verwendet den Begriff der Klassen und richtet sich nach Bourdieus Klassendefinition (Bourdieu 1983; Bourdieu 1985). Bourdieus Klassenbegriff erlaubte es ihm, über die klassische Marx'sche Klassendefinition und dem Zusammenhang zwischen den Produktionsmitteln und den Besitzern der Produktionsmittel hinaus, gesellschaftliche Strukturanalysen zu führen. Für Daxners Untersuchung der afghanischen Mittelklasse in *A Society of Intervention* bietet Bourdieus soziologisches Klassenkonzept auch die Möglichkeit, das soziale Kapital (Putnam 2000) mit zu erforschen (Daxner 2017: 132, 136).

„Civil society is the realm of organized social life that is open, voluntary, self-generating, at least partially self-supporting, autonomous from the state, and bound by a legal order or set of shared rules. It is distinct from ‚society‘ in general in that it involved citizens acting collectively in a public sphere to express their interests, passions, preferences, and ideas, to exchange information, to achieve collective goals, to make demands on the state, to improve the structure and functioning of the state, and to hold state officials accountable.“ (Diamond 1999: 221, Herv. i. O.)

Der soziale Wandel innerhalb der afghanischen Gesellschaft und die Wechselbeziehungen zu einer wachsenden Diaspora in den Nachbarländern, dem nicht nur geographisch entfernten Westen sowie die je nach Sicherheits-, Wirtschafts- und Beschäftigungssituation wirkenden Zugkräfte, müssten für eine umfassende und sehr komplexe Analyse über mehrere Dekaden beobachtet werden, um sie analysieren zu können. Zumal in Post-Konfliktländern eine Institutionenbildung *top-down* erfolgt, können sich Werte, Normen und soziales Kapital meist nicht aus einer starken Zivilgesellschaft heraus entwickeln.⁴³ Putnams Untersuchungen beziehen sich zwar primär auf das Nord- und Süditalien Mitte der 1990er Jahre, aber folgende Beobachtung ist für das Wechselspiel von Institutionen und Werten für die nachfolgende Untersuchung beachtenswert: „Informal norms and culture change more slowly than formal rules, and then to remold those formal rules, so that the external imposition of a common set of formal rules will lead to widely divergent outcomes.“ (Putnam 1994: 180) Putnam betrachtet für eine funktionierende Demokratie *norms of reciprocity* und *networks of civic engagement* als eng korrelierend (ebd.: 183). Er erläutert in seinem Aufsatz die enge Verbindung zwischen einem bürgerlichen Engagement und sozialem Kapital, das sich idealerweise in horizontalen Netzwerken organisiert, und kommt zu dieser positiven Gleichung: „Strong society, strong economy; strong society, strong state.“ (Ebd.: 176)

Wohingegen in Patronage-Klientel-Netzwerken vertikale Netzwerke mit unverhältnismäßigen und nicht-gleichberechtigten Entscheidungskompetenzen entstehen, die von den Patron*innen innerhalb eines Versorgungskreises aufrecht erhalten werden (ebd.: 185; Diamond 1999: 244). Auch wenn über die Verwandtschaft, so wie bei ethnischen Minderheiten in Einwanderungsländern zu beobachten, enge Netzwerke entstehen, sind diese nicht mit den bürgerlichen Bindungen vergleichbar. Denn die verwandtschaftlichen oder ethnischen Netzwerke konzentrieren sich auf mehrere, voneinander getrennte Gruppen. Wohingegen die bürgerlichen Organisationen den Vorteil haben, dass sie sich durch ihre Netzwerke über soziale Spaltungen hinweg verbünden und somit wieder soziales Kapital innerhalb einer Gesellschaft, basierend auf Vertrauen, gemeinsamen Normen und Netzwerken, verstärken (Putnam 1994: 175, 177).

43 Als Beispiele für eine langwierige Institutionenbildung führt Putnam Deutschland mit seinen Bundesländern, die Regionen Italiens, kommunal organisierte Republiken und die postkommunistischen Staaten Eurasiens als Beispiele auf. Alle Veränderungen konnten erst nach mehreren Dekaden beobachtet werden und Putnam vermutet weiter, dass es noch länger dauert, Normen, basierend auf Reziprozität und Netzwerken des bürgerlichen Engagements, aufzubauen (Putnam 1976: 184).

In Afghanistan besteht die Zivilgesellschaft meist aus der urbanen Elite, die in vielerlei Hinsicht die staatlichen Aufgaben ersetzt und nicht nur – so wie in den westlichen Staaten – als Korrektiv der Regierung dient. Wie Woltersdorf in ihrem Beitrag zu gewerkschaftlichen Organisationen in Afghanistan schreibt: „Immer wieder kommt es heute vor, dass Arbeitgeber gleich selbst Mitglied sind oder werden, denn gemäß der aktuellen Befindlichkeiten vieler Afghan_innen ist der gemeinsame Gegner die Regierung, die es gilt für die Belange fehlender Infrastruktur, Einkommen und Korruptionsprobleme zu interessieren.“ (Woltersdorf 2014: 44) Jedoch ist das Zusammenspiel der afghanischen Arbeitnehmerschaft, durch die auf einen Wert von bis zu 3 Trillionen US-Dollar geschätzten Bodenschätze und die zweifelhafte Vergabe der Minenverträge an politische Eliten im Machtzentrum und lokale Machthaber in ressourcenreichen Provinzen des Landes, in eine neue Dynamik geraten (Byrd/Noorani 2014). Denn es besteht durchaus ein politisches Bewusstsein für Gleichheit und Gerechtigkeit bei der neuen Arbeitnehmerschaft und den Bewohner*innen, die in Förderregionen leben. Nur sind die Mechanismen, sich zur Wehr zu setzen und für die eigenen Rechte in einem kriegsbeutelten Land mit bewaffneten Milizen und mit einem weniger vertrauenserweckenden Rechtssystem, dessen Benutzung mit recht hohen Kosten verbunden ist, einzusetzen zu können, schwach ausgeprägt, diese Mechanismen werden eher durch eine Elite bedient.⁴⁴

Hinzu kommt ein generelles Misstrauen gegenüber gewerkschaftlichen Organisationsstrukturen und Jugendverbänden, welches auch aus der sowjetkommunistischen Regierungszeit herrührt. Die Parteikader haben aus der Zentrale Parteigenossen in die Provinzen entsandt, um eine soziale Mobilisierung einer in Abhängigkeit von Großgrundbesitzern (Farsi: *khans/maliks*) landwirtschaftlich arbeitenden Bevölkerung entlang jeder Stammesebene zu erreichen, im Sinne ihrer sowjetkommunistischen Überzeugung, dass das Proletariat alphabetisiert, modernisiert und letztendlich aus seiner Unterdrückung und Abhängigkeit befreit werden muss. Neben einer Landreform, die ab der April-Revolution im Jahr 1978 von der DVPA durchgeführt wurde, forcierten die Parteikader weitere soziale Umwälzungen in Bereichen der Emanzipation der Frau und der Gleichberechtigung ethnischer Minderheiten, sowie Bildungs- und Alphabetisierungsmaßnahmen für die ländliche Bevölkerung. Als Antwort ließen die gewaltsamen Aufstände in den ländlichen Regionen nicht lange auf sich warten (Mielke/Wilde 2013: 359). Hippler (1997) beschreibt, dass ein Viertel der damals zwischen 13 bis 19 Millionen geschätzten Bevölkerung als Stammesoberhäupter und religiöse Führer das Leben in den ländlichen Regionen regulierten und ordneten. Die

44 Für den familiären Bereich lässt sich nicht so einfach konstatieren, inwiefern Probleme der häuslichen Gewalt, Zwangsheiraten, Vergewaltigungen etc. reguliert werden. Wie die Konflikte gelöst werden, hängt von zahlreichen Faktoren ab; u.a. Region, Konfession, Bildungsstand, Zugang zu Beratungsstellen, finanzielle Unabhängigkeit der Frauen usw. In Afghanistan wird weiterhin für unterschiedliche Bereiche, je nach sozioökonomischer, regionaler und religiöser Überzeugung entweder das traditionelle Stammesrecht, das islamische Recht oder das staatliche Recht für die Lösung der Konflikte genutzt. Weitere Forschungen, und Publikationen zum pluralen Rechtssystem werden mit der *Max-Planck-Stiftung für Internationalen Frieden und Rechtsstaatlichkeit* in Heidelberg in Kooperation mit der *Hamidi Barmaki Organisation* in Afghanistan durchgeführt.

überzeugten sowjetkommunistischen Eliten griffen in die Lebenswelt ein und stießen auf Widerstand bei den Eliten in der Peripherie.

Nichtdestotrotz gibt es gewerkschaftliche Strukturen, die seit der Wiederaufnahme des Bergbaus und der damit einhergehenden Sprengarbeiten wieder zum Vorschein kamen. Am weltweit gefeierten Tag der Arbeit, dem 1. Mai, gab es auch in Kabul im Jahre 2014 eine große Demonstration von mehr als 1.000 Einwohner*innen. Diese ungewöhnlich große Demonstration war eine Reaktion auf den Tod von 24 Bergarbeitern in einer Kohlemine in der Provinz Samangan. Die Arbeiter waren 15 bis 34 Jahre alt, weitere 25 Menschen blieben in einem Schacht gefangen, viele wurden verletzt (Ruttig 2014c).⁴⁵ Woltersdorf konzentriert sich in ihrem Aufsatz auf die Analyse der Struktur der bekanntesten und größten Gewerkschaft *Ittehadia-ye Melli-ye Kargaran wa Karmandan-e Afghanistan* (AMKA) (Englisch: *National Union of Afghanistan's Workers and Employees*, NUAW). „Der größte Gewerkschaftsverband, AMKA, zählt heute laut Eigenangaben 135.000 Mitglieder, rund 30 Prozent davon Frauen. Heute verfügt der Verband über 35 Niederlassungen in 24 Provinzen.“ (Woltersdorf 2014: 43) Die gewerkschaftlichen Strukturen seien reformbedürftig, denn auch hier haben sich seit der Taliban-Herrschaft eher Korruption und persönliche Bereicherung durch die Vermietung und den Verkauf der Immobilien aus dem Gewerkschaftsfond, die ursprünglich für die Arbeit in den 24 Provinzen vorgesehen waren, ausgebreitet. Über AMKA wurden auch Gebäude an die US-Botschaft und die CIA vermietet, wobei die Mieteinnahmen an Privatpersonen fließen (ebd.: 43, 45). Die Führungsriege der AMKA, die aus ehemaligen Mitgliedern der DVPA besteht, hat sich unter ihrem ehemaligen Handelsminister, Muhammad Qasem Ehas, im Jahre 2003 zu einem Reformkurs nach einer Splittung der Organisation entschlossen. Es bedarf jedoch eines starken und steten Willens, die Strukturen einer einflussreichen Gewerkschaft im Interesse der Arbeiterschaft transparenter zu gestalten.

In den letzten Jahren häuften sich Demonstrationen der religiösen Minderheiten, wie den Sikhs und Schiiten, sowie Hungerstreiks der Studierenden gegen ungerechte, intransparente Aufnahme- und Prüfungsverfahren und gegen die Lebensbedingungen an den Universitäten; es kam zu Demonstrationen gegen vermehrte Lynchmorde an sogenannten unehrendhaften Frauen oder gegen Entführungen etc. Diese Proteste sind in Afghanistan ein neues Phänomen, sie richten sich nicht mehr nur gegen US-Angriffe, es geht nicht mehr nur um das Verbrennen von US-Flaggen und Aktionen gegen die ausländischen Truppen in Reaktion auf Kollateralschäden in der afghanischen Zivilbevölkerung. Sondern sie sind eher ein Zeichen für ein auflebendes Zivilbewusstsein einer Bürgerschaft, die von ihrer Regierung und der eigenen Gesellschaft mehr Bereitschaft einfordert, sich für die Grundbedürfnisse und Sicherheit der Bevölkerung verantwortlich zu fühlen. Die kleinen, aber dennoch bemerkenswerten Demonstrationen für Menschenrechte, Pressefreiheit und für die Ahndung von Menschenrechtsverletzungen sind große Fortschritte hin zu einer Demokratisierung.

Eine weitere quantitative und qualitative Untersuchung der urbanen jungen Elite in Kabul hat sowohl aus soziokultureller als auch psychologischer und physio-

45 Ruttig schildert die Geschichte der afghanischen Gewerkschaft und die sowjetische Unterstützung seit der Gründung der Gewerkschaft in einer schwach industrialisierten Gesellschaft wie Afghanistan im Jahre 1967.

logischer Perspektive die Stressfaktoren von 160 Männern und Frauen untersucht (Panter-Brick et al. 2008). Bei dieser Untersuchungsgruppe wurden viele unterschiedliche Variablen für Stress abgefragt, die von der städtischen Luftverschmutzung, Straßenabsperungen für hochrangige Politiker*innen oder ISAF-Truppen bis zur ungerechten Behandlung zwischen den unterschiedlichen Ethnien, dem sozialen Druck innerhalb der Familie und ungewissen Zukunftsaussichten reichen und als Stressfaktoren angegeben wurden. Beachtenswert sind die vergleichsweise hohen Stresswerte der untersuchten und interviewten Medizinstudentinnen bei familiären Auseinandersetzungen und aufgrund der Sorge um die Sicherheit in der Stadt. Sie haben im Vergleich zu ihren männlichen Kollegen weitaus höhere Stressmarker, höheren Blutdruck oder einen niedrigeren *Body Mass Index* gehabt (ebd.: 639). Diese Studien zum Bewusstsein von Stressfaktoren in der urbanen Bevölkerung sind wichtige Faktoren bei der Untersuchung einer entstehenden Mittelschicht, da sie im Zusammenhang mit dem Freizeitphänomen in modernen Gesellschaften stehen und den Erwartungen an einen Lebensstandard. Diese Fragen werden in einer längeren Studie von Daxner untersucht (Daxner 2017; Daxner/Sandmann 2015).

Das aufsprießende Selbstbewusstsein äußert sich in der Organisation von insgesamt zwölf Gewerkschaften, wozu großzügig auch Berufsverbände für Journalist*innen oder Lehrer*innen gezählt werden (International Labour Organization 2014). Woltersdorf schreibt, dass eigentlich nur die AMKA den Kriterien einer Gewerkschaft entspreche (Woltersdorf 2014: 46). Jedoch sollte im afghanischen Kontext berücksichtigt werden, dass in der fragilen Situation Afghanistans Interessenverbände als staatliche Korrektive mit regelmäßiger Medienpräsenz national und international immer wieder eine große Rolle spielen.

Zu diesem Phänomen haben auch die 2060 registrierten NGOs und 5.789 Vereine beigetragen, die meist von internationalen Organisationen oder Staaten wie den USA, Norwegen, Frankreich, Bangladesch, der Türkei etc. finanziell, logistisch und personell gefördert werden. Der damals amtierende Präsident Hamid Karzai hat versucht, die Zahl der NGOs per Gesetz durch ein Registrierungssystem besser zu kontrollieren und zu regulieren, um eine parallel existierende NGO-Landschaft, gebunden an den Tropf internationaler Geberländer zumindest durch Regularien Einhaltung zu gebieten und staatlicher Kontrolle zu unterstellen (Ministry of Economy 2005). Ein wichtiger Faktor für eine unabhängige Zivilgesellschaft ist eine Mittelschicht, die in Afghanistan noch sehr schwach ausgeprägt und – optimistisch bewertet – im Entstehen ist.⁴⁶ Die Zusammenhänge zwischen einer Mittelklasse und der Urbanität müssten langfristig und genauer untersucht werden. Es leben 24,9 Prozent in den urbanen Zentren Afghanistans und bei einer Wachstumsrate von 4,5 Prozent von 2000 bis

46 Ruttig hat in einem kurzen Aufsatz mit Forscher*innen des AANs gemeinsam zwölf Familien interviewt, um die Beweggründe für die Flucht herauszufinden und die dahinterliegenden Entscheidungsfindungsprozesse vieler junger Afghan*innen zu beschreiben. Die Gründe für eine Flucht bezogen sich auf die Sicherheitslage, die Beschäftigungs- sowie die Bildungsmöglichkeiten. Ein Resultat der Flucht sind hohe Schulden bei der Großfamilie und den Schleppernetzwerken, dabei erhofften sich die jungen Afghan*innen ein hohes Einkommen und besseres Leben als Versorger*innen aus dem Westen für ihre Familien (Ruttig 2016).

2010 erhöhen sich auch die Chancen auf eine neue Mittelschicht, wenn der Exodus durch mehr Sicherheit, Zukunftsperspektiven und soziale Gerechtigkeit gestoppt werden könnte (CSO 2016; The World Bank 2016).

Das Datenmaterial zur Zivilgesellschaft ist eher dürftig, aber Daxner und Sandmann erforschen auch in diesem Zusammenhang die entstehende Mittelschicht in den urbanen Zentren (Daxner 2017: 131ff; Daxner/Sandmann 2015). Denn nicht zu vernachlässigen sind zwei Faktoren: Das Stadt-Land-Gefälle weitet sich immer weiter aus, wobei die neuen urbanen Bewohner*innen um die Städte herum eher IDPs sind und meist nicht unter besseren Lebensbedingungen leben (Bjelica 2016). Hinzu kommt nach Mielke der soziale Wandel, der bereits eingesetzt hat: „Given that the allocation and distribution of resources and the mediation of conflicts are highly negotiable and depended on personal relations, the plural standard of local rules, the fluidity of norms and their interpretation through local elites (e.g., elders, commanders, government position holders) according to their interests largely inhibit ordinary Afghan’s social mobility.“ (Mielke 2014: 16) Mielke beschreibt auf der mikrosozialen Ebene die sozialen Umbrüche, die in einer gewaltgeladenen, höchst volatilen Gemengelage zu weiteren Verunsicherungen führen. Eine Studie mit Frauen, die der schiitischen Hasara-Minderheit angehören, hält einen wichtigen Punkt fest: „The fact that men’s privileged status of a breadwinner had been eroded by a war-torn economy placed further strains on the social order.“ (Kabeer/Khan 2014: 12) Nicht nur hinsichtlich der Rolle der Frauen und, damit einhergehend, einem neuen Rollenverständnis der Männer, gibt es Veränderungen, sondern es werden viele der bereits fragmentierten Strukturen hinterfragt, so dass auch die junge Generation versucht, Normen und Erwartungen zu durchbrechen (Panter-Brick et al 2008). Die Patronage-Klientel-Netzwerke erschweren den Weg zu einer bürgerlichen Gesellschaft, die nach Putnam eine Zivilgesellschaft mit einem starken sozialen Kapital bilden soll. Zudem ist das Programm des zivilgesellschaftlichen Aufbaus ein langwieriger und sensibler Prozess, politische Ordnungsvorstellungen und Normen sollten sich idealiter erst entwickeln und sich dann in einem institutionellen Rahmen widerspiegeln.

Insbesondere der *liberalization-first*-Ansatz wird in der Staatsbildungstheorie als einziger *bottom-up*-Ansatz beschrieben. Der Liberalisierungsprozess wird einerseits über den Staat oder die externen Akteure einer Bevölkerung oktroyiert, andererseits kann er aber im Idealfall mit den richtigen politischen Rahmenbedingungen von der Bevölkerung in einer entstehenden Demokratie ebenfalls als *bottom-up*-Prozess umgesetzt werden. Durch das Abkommen in London 2010 wurden diese beiden essenziellen Bereiche des Friedensbildungsprozesses gezielter und konkreter mit den bereits erwähnten Ansätzen der MDGs⁴⁷ kombiniert und ergänzt (ISAF-Nato 2006). Wie Mac Ginty in seinem Aufsatz zur Kritik des liberalen Friedens schreibt, sind die Werte und Normen dieses Friedens mit einer Art *software* innerhalb einer *hardware*, wie den internationalen Organisationen, Staaten und Nicht-Regierungsorganisationen, verankert. Diese *top-down* Struktur habe geholfen, die internationale Menschenrechtserklärung und die MDGs durch international anerkannte Normen zu ausarbeiten: „Leading states from the global north, and the international institutions

47 Zu diesen Bereichen gehören: 1. Sicherheit, 2. Regierungsführung, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte und 3. wirtschaftliche und soziale Entwicklung (ISAF-Nato 2006).

that they control, constitute the principal agents of the liberal peace. These are joined by a series of other agents, such as national governments, municipalities and INGOs, who often operate in the society emerging from conflict.“ (Mac Ginty 2010: 396) So schafft der liberale Friedensansatz und die Entwicklungshilfe im Idealfall einen hybriden Frieden. Mac Ginty schreibt weiter, dass sich alle vier angeführten Merkmale während einer liberalen Friedensmission mit internationalen und nationalen Akteuren im Friedensbildungsprozess identifizieren lassen: „[...] the compliance power of the liberal peace; the incentive power of the liberal peace; the ability of local actors to resist, ignore or subvert the liberal peace; and the ability of local actors to formulate and maintain alternatives to the liberal peace.“ (Ebd.: 398) Diese vier Variablen eines hybriden Friedensbildungsprozesses beschreibt er für Afghanistan wie folgt:

- 1) Anspornende Macht (*incentive power*) bestünde darin, den Staat in der Post-Taliban Ära wiederaufzubauen;
- 2) wobei die erzwingende Macht (*compliance power*) sich darin äußere, dass die NATO darüber entscheiden kann, wann, wie und in welchem Umfang ihre militärische Schlagkraft eingesetzt wird, oder ob sie den afghanischen Präsidenten unterstützen oder bekämpfen;
- 3) der Widerstand gegenüber den liberalen Friedensreformen zeige sich besonders bei den Taliban, aber auch bei der lokalen Bevölkerung, die weiterhin ihrer traditionellen Regierungsführung folge oder den aufgebauten institutionellen Strukturen keine Beachtung schenkt (*local actors to resist*);
- 4) außerdem böten die lokalen Akteure eigene konsensorientierte Räte an und lokale Machthaber können Steuern eintreiben und Milizen errichten (*alternatives to liberal peace*) (ebd.: 405f).

Diese vier Dynamiken haben sich in Afghanistan aufgrund der Interessen der Intervenierten und Intervenierenden entwickelt. Rhetorisch wäre es euphemistisch, auf Grundlage der Kritik gegenüber der liberalen Friedensbildung die Verhältnisse als *hybrid peacebuilding* zu bezeichnen, denn die Realitäten in Afghanistan mit den zahlreichen zivilen und militärischen Opfern und dem Exodus in/über die Nachbarländer und gen Westen entsprechen eher den Symptomen eines hybriden Krieges.⁴⁸

48 In der deutschen Politik läuft eine Debatte über die hohe Zahl an migrierten Flüchtlingen, die u.a. auch mit der erodierenden Sicherheitslage in Afghanistan korreliert. In einem Interview mit dem deutschen Botschafter zu Kabul, Markus Potzel, hat er über die sogenannte „Aufklärungskampagne“ über die kriminellen Netzwerke der Schlepperbanden (*#RumoursAboutGermany*) gesprochen und einem patriotischen Appell an die Jugend gerichtet, ihr Land aufzubauen und er hat implizit von den schlechten Aussichten eines positiven Ausgangs eines Asylantrages in Deutschland gesprochen (Hakim/Hasrat-Nazimi 2016). Der deutsche Botschafter gibt an, dass die Flüchtlingszahlen mit 154.000 im Jahre 2015 und im Vergleich hierzu mit 32.000 bis März 2016 sehr viel geringer geworden sind. Aber als Reaktion auf die politische Debatte, in der Afghanistan als „sicheres Herkunftsland“ beschrieben wurde, hat das *Bonn International Center for Conversion* zur Lage in Afghanistan einen kurzen Bericht verfasst. Im Jahre 2014 kamen 3.700, im ersten Halbjahr von

Ein wichtiger Punkt bei Mac Gintys Ausführungen ist jedoch, dass er wegen dieser hybriden Situation eine Chance in der Kombination eines *bottom-up*- und *top-down*-Ansatzes während des Staatsbildungsprozesses sieht.

2.3 STAATS- ODER NATIONENBILDUNG – EINE VERORTUNG FÜR DEN AFGHANISCHEN KONTEXT

Die beschriebenen Institutionalisierungen und im afghanischen Kontext umgesetzten Staatsbildungsansätze stammen aus dem Bereich der *governance*-Theorie. Ambitionierte Staatsbildungsversuche durch den Aufbau regulierender Institutionen begannen bereits zu Zeiten des imperialistischen Kolonialismus Anfang des 16. Jahrhunderts. Danach folgten andere Implikationen, um Interventionen in andere Staaten während des Kalten Krieges legitimieren zu können; seit den 1990er und 2000ern wurden neue Strategien entwickelt, die seit den Interventionen im Kosovo, in Afghanistan und im Irak von Wissenschaftler*innen der Internationalen Beziehungen kritisch hinterfragt werden. Diese Interventionen und ihre Chancen auf Erfolg werden nach einer terminologischen Verortung der beiden Begriffe der Nationen- und Staatsbildung klarer.

In der anglo-amerikanischen Forschung werden die Begriffe *state*- und *nation-building* meist synonym verwendet (Dobbins et al. 2003). In der neueren Literatur schreibt Fukuyama den europäischen Forscher*innen, dass die amerikanischen Forscher*innen mit dem Wort *nationbuilding* auf Prozesse der Staatsbildung referieren (Fukuyama 2006: 3). Hieraus ließe sich schließen, dass die anglophonen Forscher*innen diese beiden Termini als eng miteinander verbunden betrachten. Folgende Definition unterstreicht die bisherige Deutung: „Conceiving the state as not merely the governmental institutions but also as a set of shared values – based upon societal relations (a social contract) – opposes the convenient but impractical distinction between state- and nation-building. State- and nation-building are related and must be understood as one single process, whether we call it ‚peacebuilding‘, ‚peacemaintenance‘ or simply ‚statebuilding‘.“ (Lemay-Hébert 2009: 41) Denn die klassischen Theoretiker*innen betrachten die Nationenbildung als Phänomen von Säkularisierungs- und Mobilisierungsprozessen, die es der Bevölkerung ermöglicht innerhalb eines Staates ihre (Macht-)Interessen zu realisieren (Deutsch 1972). Nach Smith haben die Individuen eines Volkes die Möglichkeit, über gemeinsame Erfahrungen und über die gemeinsame Geschichte eine Nation zu bilden, und/oder sich nach Anderson durch eine „vorgestellte Gemeinschaft“ (*imagined community*) als eine Nation zu deklarieren (Smith 1992; Anderson 1983/2006).

Daher unterscheidet die vorliegende Arbeit Staats- und Nationenbildung dahingehend, dass der erste der beiden Prozesse um die Bildung von „staatlichen Strukturen und Institutionen“ sowie um die Etablierung des Gewaltmonopols bestrebt ist, wie im Fall von Afghanistan. Der zweite Prozess strebt nach identitätsstiftenden

2015 bereits 1.600 Zivilisten ums Leben, 3.300 wurden bei den immer massiveren Anschlägen verletzt (Mielke/Grawert 2016: 2).

Maßnahmen zwischen unterschiedlichen Völkern in den Bereichen Kultur, Sprache und gemeinsam zu referierendes Kollektivbewusstsein⁴⁹, so dass das Volk zu einer Nation amalgamiert und in der Lage ist, seine Interessen und Wertvorstellungen in den Institutionen und insbesondere in einem Staatsapparat als Nation umzusetzen (Deutsch 1972: 27, 204). Im afghanischen Kontext betonten seit den politischen Umbrüchen im Jahre 1978, dem Krieg gegen die Rote Armee (1979-1989) und insbesondere seit dem Bürgerkrieg (1992-1996) sich ursprünglich als Afghan*innen bezeichnende Menschen nun, dass sie ihre *eigene* ethnisch-regional und ethnisch-konfessionell geprägte Kultur, Sprache, Geschichte und Religion haben, ihre *eigenen*, ebenso geprägten Wertvorstellungen. Die Menschen in Afghanistan referieren auf unterschiedliche identitätsstiftende Merkmale, da entlang der ethnonationalen Gruppierungen auch partikulare Machtinteressen herrschen.

In der vorliegenden Arbeit wird der Frage nach der afghanischen Nationenbildung nicht nachgegangen. Der Versuch einer Nationenbildung wird als verfrüht und sogar im Fall Afghanistans als nicht friedensbildend betrachtet, weil eine umfassende nationale Identität fehlt. Auch die ethnopolitischen und kriegereischen Auseinandersetzungen lassen eine Nationenbildung als kontraproduktiv erscheinen (Maas 2006: 6f.). Denn sobald Sprache, Kultur oder gemeinsame Geschichte als Referenzrahmen für ein identitätsstiftendes Nationalgefühl herangezogen werden, erhöht dies nach mehreren Jahrzehnten Krieg das Konfliktpotenzial. Allein die Debatte über den Begriff „afghanisch“ ist konfliktverschärfend, da sich manche Paschtun*innen auf den eigentlichen Ursprung des paschtunischen Wortes „*awqan*“ als die Bezeichnung „Afghan*in“ beziehen und es als Synonym für Paschtun*in betrachten (Schetter 2013: 7). So sorgt allein die Landesbezeichnung „Afghanistan“ für einen politischen Disput (Samimy 2003: 160; Schetter 2004: 24). Auch die Tatsache, dass sich viele afghanische Bürger*innen nur bei ihrer Außendarstellung gegenüber Nicht-Afghan*innen als „Afghanen“ bezeichnen und anders als im ehemaligen Jugoslawien keine Teilung des Landes entlang der Ethnien befürworten, sollte nicht außer Acht gelassen werden.⁵⁰ Paradoxerweise beschreibt Samimy die Identität der Afghan*innen so:

49 Durkheim versteht das Kollektivbewusstsein (*conscience collective*) als eine generierte gesellschaftliche Mischung von Normen und Werten: „Der Begriff des Kollektivbewusstseins, mit dem sich Durkheim schon länger auseinandergesetzt hatte, und empirische Beobachtungen erlauben ihm schließlich [...] die Einsicht in die Möglichkeit der Verinnerlichung von gesellschaftlichen, also gemeinsamen Normen und Werten.“ (Joas/Knöbl 2004: 69) Parsons deutet Durkheims Definition des Kollektivbewusstseins dahingehend, dass der Mensch mit seinem unendlichen Streben nach Glück reglementierende Normen braucht, die ihn dann am Ende einer *social-acts*-Kette aus unterschiedlichen Elementen zu einem sozialen Wesen zusammensetzt (Parsons 1937/1968: 402). Das Kollektivbewusstsein entsteht im Vergleich zu traditionell-religiösen Gesellschaften nicht mehr durch die Institution Kirche, sondern durch den Staat, es wird in die Gesellschaft hineingetragen (Giddens 1986: 9).

50 Es gibt Stimmen, die ein vereintes Paschtunistan mit den Gebieten des heutigen Pakistans entlang der Durand-Linie befürworten. Die Paschtunistan-Anhänger*innen befürworten keinen eigenen Staat, dieses Paschtunistan wäre nach Auffassung der politischen Eliten, die dies befürworten, weiterhin Teil Afghanistans. Afghanistan hätte einen ökonomisch und

„Sippenzugehörigkeit wird in der Regel höher bewertet als politische Anhängerschaft oder religiöse Orientierung. Im Fall einer Kollision zwischen Sippeninteressen und den etwaigen Forderungen einer politischen Partei sind Afghanen hauptsächlich Tadschiken, Paschtunen oder Hasaras.“ (Samimy 2003: 23) Zusammenfassend schreibt er, dass Afghan*innen sich über eine Negatividentität definieren, in der alle Eigenschaften, die man anderen Ethnien zuschreibt, als nicht zur eigenen Ethnie zugehörig betrachtet.⁵¹ Afghan*innen definieren sich entlang einer hierarchischen Kaskade zunächst über ihren Familiennamen, der meist die Stammeszugehörigkeit, Konfession, Sprache und Ethnie impliziert. Im öffentlichen Leben besteht demnach meist dieses *kaskadische System*, weil es letztendlich auf die ausschlaggebendste Entität, nämlich die ethnische Zugehörigkeit, schließen lässt. Je nach Region, Bildungsstatus und insbesondere nach politischem und sozialem Nutzen-Kalkül sind diese eigenen Identitätskonstruktionen sowohl für einfache Bürger*innen als auch für einflussreiche Eliten flexibel. Also zeichnet sich die ethnische Zugehörigkeit je nach Situationsrahmen durch Flexibilität aus; der afghanischen Realität kann man somit mit simplifizierenden Erklärungen à la postkolonialistischer Kritik hin zu einer Prominenz für ethnonationalistische Deutungen nicht gerecht werden.⁵²

Aus der hier nur kurzen Darstellung der Konfliktherde sollte bereits hervorgehen, dass erstens, die Nationen- und Staatsbildung voneinander getrennt betrachtet (Howard 2000) werden sollte, und dass die Nationenbildung zweitens in der momentanen sicherheitspolitischen Lage eher konfliktschürend als -lösend wirken würde. In diesem Zusammenhang sind Frees Analysen, die sich auf Anthony D. Smiths Theo-

geostrategisch wichtigen Zugang zum Indischen Ozean. Dieser Zugang liegt teilweise auch in der pakistanischen Region der Balutsch*innen. Schetter beschreibt detaillierter, wie die Paschtunistan-Frage seit der Unabhängigkeit Indiens von Großbritannien und der Gründung Pakistans im Jahre 1947 in Wellen und im Zusammenhang weltpolitischer Geschehnisse und Interessen der Großmächte immer wieder bereits während der Regierungszeit Daud Khans in den Jahren 1955, 1961 und 1977/78 fast zum unmittelbaren Krieg geführt hätte (Schetter 2013: 8; Schetter 2003: 266).

- 51 Dieses Phänomen wird auch von Howard beschrieben: „When identity struggles arise, they generally take the form of redefining negative images as positive, or of deciphering the ‚authentic‘ identity. An alternative approach emphasizes the impossibility of authentic identities based on a universally shared experience or origin (Grossberg 1996); identities are relational, defined by their difference from something, processual, and multiple.“ (Howard 2000: 385f)
- 52 Beispielsweise schreibt Zeitler, dass nach dem radikalen Kurs der paschtunischen *Khalqis* (Volk) die Sowjetunion nun die tadschikischen *Parchamis* (Flagge) unter Babrak Karmal (1979-1986) an der Spitze einer Regierung, die multiethnische Politik betreibt, unterstützte (Zeitler 2007: 138). Ziel der Sowjetunion war es, im Vergleich zur vorherigen Regierung der *Khalqis* die radikalen Reformen gegen die religiösen Eliten und Großgrundbesitzer nach sowjetkommunistischen Vorbild zu stoppen und potenzielle Oppositionelle und Andersdenkende zu inhaftieren (ICG 2003: 5). Eigens für diese Strategie wurde das Ministerium für Nationen eingerichtet, das den marginalisierten Minderheiten, wie den Turkmen*innen und Usbek*innen, ihre eigene Sprache zuerkannte und den schulischen Spracherwerb organisierte (Zeitler 2007: 138; ICG 2003: 5).

rien berufen, sehr hilfreich. Er kritisiert, dass die Modernist*innen eine Analogie zwischen Staatsbildungsmaßnahmen und einer hiermit einhergehenden Nationenbildung postulieren. Nach dieser Vorstellung gehen meist die anglophonen Staatsbildungsforscher*innen davon aus, dass Institutionen sich im Lauf der Zeit die Menschen einverleiben. Diese Annahme setzten offensichtlich auch die internationalen Organisationen mit ihren *policy-makers* voraus, indem sie weiterhin Reformen im Bereich der Institutionen planen, um die staatliche Versorgung effizienter und effektiver organisieren zu können. Damit soll die staatliche Legitimation gegenüber der Bevölkerung nicht nur durch das klassische Weber'sche Machtmonopol hergestellt werden. Sondern es soll auch durch ein positiv konnotiertes Identifikationsmerkmal ein Staat als unmittelbarer Versorger seiner Bürger*innen geschaffen werden, der die Familie, den Stamm oder die eigene Ethnie sukzessive ersetzt. Diesem Plan liegt die Hoffnung zugrunde, dass sich eine Nation konsolidiert, die sich durch ihren Staat repräsentiert fühlt und diesen auch selbst repräsentiert.

Jedoch wendet Free ein, dass die Nation ein kulturelles Phänomen ist, er beschreibt es als einen *myth-symbol complex* (Free 2007: 118). Eine Nation als solche zu erkennen, oder sich zu ihr bekennen zu können, ist ein komplexer Prozess; die Geschichte der Nation, Erinnerungen, Traditionen, Symbole und Werte machen eine Nation aus. Für den Nationen-Kontext in Afghanistan ist das folgende Zitat Smiths äußerst relevant: „The establishment of incorporating state institutions is no guarantee of a population's cultural identification with the state, or of acceptance of the ‚national myth‘ of the dominant *ethnie*; indeed, the invention of a broader, nation mythology by the elites to bolster the state's legitimacy may leave significant segments of the population untouched or alienated (Smith 2000: 38).“ (Ebd.:114) Aus diesem Zitat ergeben sich zwei Themenschwerpunkte dieser Arbeit: Die Rolle der Eliten und die Rolle der Ethnien. Staatliche Institutionen, die von Eliten geschaffen wurden, sind kein Garant dafür, dass sich alle Gruppen der Bevölkerung repräsentiert fühlen und die Legitimität des Staates anerkennen. Da sich andere Ethnien durch eine größere Ethnie marginalisiert und diskriminiert fühlten, lieferte bereits seit der April-Revolution im Jahre 1978 ein Konfliktpotenzial. Die Eliten, die nicht an der Regierung oder in anderen entscheidenden institutionellen Schaltstellen berücksichtigt wurden, konnten eine Klientel über konfessionelle und ethnopolitische Zugehörigkeiten für sich gewinnen und diese sich marginalisiert fühlende Klientel für ihre politischen Interessen instrumentalisieren. Dieses Problem hat kaum an Aktualität verloren. In diesem Zusammenhang sind die Schlussfolgerungen Frees interessant, der anhand der Staatsgründung Israels beschreibt, dass es einen ethnischen Mythos und einen nationalen Mythos gibt:

„Der Zionismus zeigt deutlich, dass es in nationalen Mythen nicht um die Erhaltung, sondern um die Erschaffung von Nationen geht. Der nationale Mythos soll die Menschen, die durch ethnische Mythen bereits gemeinsame Gruppengrenzen aufweisen, in ein neues Gemeinwesen integrieren und auch subjektiv einbinden. Ethnische Mythen wirken distinktiv; nationale Mythen integrativ. Der ethnische Mythos will erhalten; der nationale Mythos erschaffen.“ (Free 2007: 158)

Berücksichtigt man nur die größten Ethnien Afghanistans, so lassen sich mindestens zehn Ethnien identifizieren (Paschtun*innen, Tadschik*innen, Usbek*innen, Hasa-

ras, Qizilbaschs, Turkmen*innen, Balutsch*innen, Nuristanis, Paschais, Kirgis*innen). Zu diesen kommen noch kleinere Gruppen wie die Araber*innen, Kasak*innen, Tatar*innen, Mongol*innen, Brahuis und Jats, Gujar*innen sowie die religiösen Minderheiten Sikhs und Hindus hinzu, die in unterschiedlichen Regionen Afghanistans leben (Schetter 2004: 27f). Es war einst ein Zeichen eines liberalen Islam, dass in den Großstädten Afghanistans Sunnit*innen und Schiit*innen trotz konfessioneller Unterschiede und mit jeweils unterschiedlich ausgelegten Rechtsschulen (Hanafit*innen, zwölfer-schiitische Dschafariya, siebener-schiitische Ismaelit*innen) friedlich zusammenlebten und es einige jüdische Enklaven⁵³ gab. Nun liefern die unterschiedlichen Konfessionen zusätzliches, variables Konfliktpotenzial.⁵⁴

Über die letzten Jahrzehnte haben sich im afghanischen Kontext eher ethnische Mythen mit distinktiver Wirkung ohne umspannende nationale Mythen für „das Afghanische“ gebildet. Ein allumfassender nationaler Mythos sind die Siege gegen die britische Kolonialmacht und der Sieg der *mujaheddin* gegen die Rote Armee, wobei ersterer sich eindeutiger auf ein positives Kollektiv- oder gar Nationalbewusstsein, das sich gegen eine Fremdherrschaft richtete, und die gewonnenen drei Schlachten (1828-42, 1879-80, 1919) in eigentlich friedvolleren Zeiten bezieht (Schetter 2013: 4).⁵⁵ Der Sieg der *mujaheddin* gegen die Sowjet-Truppen wurde dann jedoch durch den erbitterten Kampf zwischen den unterschiedlichen Fraktionen von 1992 bis 1996 verdunkelt. Er dient nun vielen ehemaligen Milizführern als Legitimation, an der Staatsspitze mitzuregieren und auch die internationale Gemeinschaft unterstützt sie finanziell und politisch (Rashid 2008). Free erklärt die Gradwanderung, auf die sich die internationale Gemeinschaft begeben hat, so:

„Bemerkenswert an der Figuration von Intervenierten und Intervenierenden ist jedoch, dass trotz gegensätzlicher Interessen eine enge Zusammenarbeit vorliegen kann. In Afghanistan war dies besonders deutlich: Dort unterstützten Intervenierende lokale Machthaber, die mit Demokratie und Menschenrechten nichts gemein hatten. [...] Die Intervenierenden richten ihre Strategie zwischen den Polen einer heimatlichen naiven Maximalerwartung und den vermeintlichen Erfordernissen der lokalen Praktiken aus.“ (Free 2010: 56f)

53 Ein besonders guter Artikel mit weiteren Verweisen zur Literatur über jüdisches Leben in Afghanistan findet sich bei (Vladimirsky 1996).

54 Bewusst distanzieren mich hier von den Prozentzahlen, die den unterschiedlichen Volksgruppen und Konfessionen zugeordnet werden. Sie können weder auf sichere Zahlen rekurren noch sind Afghan*innen diesen Kategorien einfach zu zuordnen ohne ethnopolitische Interessen zu manifestieren. Wenn eine Zuordnung und Kategorisierung erfolgen sollte, dann sollte vorher über den Nutzen, die Konfliktpotenziale und die Umsetzung in politische Ziele nachgedacht werden. Auf diese These werde ich im Laufe des empirischen Teils durch die Interviews näher in Kapitel 7.2.3 *Bisherige Quotenregelung* und Kapitel 7.2.4 *Über elektronische Identitätskarten zum Volkszensus* eingehen.

55 Sehr spannend und detailliert beschreibt Engels, wie die einzelnen Großmächte in den Kriegen verwickelt waren, welche Rolle Großbritannien spielte und welche Demütigungen und infolge dessen wieder neue Eroberungszüge durch die britische Kolonialmacht für die erlittene Schmach initiiert wurden (Engels 1857/1961).

Menschenrechtsverletzungen und Genozide an der Bevölkerung werden entgegen der Versprechungen von Hamid Karzai oder seinem Nachfolger Ashraf Ghani nicht verfolgt.

Im Laufe der Arbeit werden durch die Interviews die unterschiedlichen Perspektiven der politischen Eliten auf ihren offen oder implizit proklamierten Führungsanspruch und die Reaktionen der einzelnen Gruppen hierauf untersucht. Beispielsweise versucht die junge Generation der politischen, künstlerischen und journalistischen Eliten bereits eine verbindende nationale Idee über die gewaltgeladenen Erfahrungen hinweg zu finden.⁵⁶ Jedoch stoßen sie bei dieser Frage ihren Aussagen zufolge auf Widerstand oder gar Ratlosigkeit, als junge politische Akteure werden sie über ihre patriarchalische Linie immer noch der politischen Vergangenheit zugeordnet. Das Dilemma besteht zwischen einer oktroyierten Idee einer Nation, die sich durch Institutionen und Staatsreformen, einer vielversprechenden Wahldemokratie einerseits auszeichnet, und einer Bevölkerung mit essenzielleren Problemen auf einer alltäglichen, lokalen Ebene fernab der staatlichen Einflussphäre andererseits. Wenn die Frage nach Nationenbildung dennoch im Mittelpunkt stehen sollte, dann wäre eine oft vernachlässigte soziologische und zugleich auch anthropologische Herangehensweise in intervenierten Gesellschaften nach Smith zwar zeitaufwendiger, aber auch erfolgsversprechender. Smiths Ansatz lautet wie folgt:

„This suggests that the study of ‚everyday nationhood‘ – the cultural practices of ordinary citizens in talking about, consuming, voting and symbolically enacting the nation – must be complemented by that of ‚historic nationhood‘ – the historical developments in culture, politics and society that have shaped particular national communities across generations, and in particular the shared memories, myths, symbols and traditions of those communities. In this way, the view ‚from above‘ and that ‚from below‘ can be brought together to form a richer and more nuanced understanding of nation and their sacrificial rituals.“ (Smith 20014: 31f)

Aus dieser Perspektive betrachtet, steht Nationenbildung für ein umfassendes Projekt, das die alltägliche Lebensweise mit der Kultur der Bürger*innen als historische Identität einer Nation berücksichtigt. Als soziologische Herangehensweise schlägt Free eine kombinierte Analyse der alltäglichen individuellen Praktiken auf der Mikroebene mit der Systemebene auf der Makroebene innerhalb intervenierter Gesellschaften vor (Free 2010: 58).

Aus den dargelegten Gründen wird sich die Arbeit dem Nationenbildungsprozess lediglich aus einer kritischen Distanz widmen. Die bisherigen Staatsbildungsversuche werden aus der Perspektive der einflussreichen afghanischen Eliten analysiert. Jedoch wird auch die Staatsbildung eher unter Bezugnahme auf die hybride Friedensbildungstheorie, die der liberalen Friedensbildungstheorie mit klassischen Staatsbil-

56 Diese Gespräche basieren auf nicht protokollierten Gesprächen mit Mitgliedern der politischen Bewegung *1400* und Gesprächen mit Studierenden der Universität Kabul, Herat und Mazar-e Sharif in den Jahren 2013 und 2014. Der Name *1400* bezieht sich auf die islamische Zeitrechnung und signalisiert, dass für Afghanistan im März 2021 ein neues Jahrhundert beginnt.

dungsansätzen kritisch gegenübersteht, analysiert. Aus den folgenden Unterkapiteln wird hervorgehen, worauf mit der hybriden Friedensbildungstheorie rekurriert wird.

2.3.1 Staatsbildung in bipolaren Zeiten zwischen Ost und West

Ein Rückblick auf die Zeiten des Kalten Krieges erinnert an die Gründe für die heutigen Diskussionen zu den Staatsbildungstheorien. Vor den 1990er Jahren gingen die meisten Staatsbildungstheorien von Max Webers Staatsdefinition aus, in welcher der Staat das legitime Gewaltmonopol innehat und der Staat die Autorität besitzt, zentrale politische Entscheidungen über einen „Herrschaftsverband“ zu treffen (Risse 2012: 6; Weber 1921/1972: 28f, 824). Vorherrschend war auch Georg Jellineks weitverbreitete völkerrechtliche Staatstheorie (Jellinek 1914/1929). Sie beschränkt sich auf drei Elemente: Staatsvolk, Staatsgebiet und Staatsmonopol. Bei dieser Definition ist „das Merkmal der Souveränität zentral“ (Schlichte 2006: 199; Jellinek 1914/1929: 475ff). Die Souveränität des Staates versteht Jellinek als auf internationaler Ebene unabhängig und als höchste Gewalt im Verhältnis zu seinen Bürger*innen (ebd.: 475). Jedoch erscheint auch diese Staatsdefinition in Ländern mit anderen historischen Erfahrungen als in Europa (z.B. Kolonialismus, Imperialismus und Hegemonialismus) und mit hybriden Regierungsführungen nicht ausreichend.

Auch Norbert Elias hat eine Staatsdefinition mit drei Grundfunktionen formuliert: Erstens, die Sicherung der materiellen Reproduktionsfähigkeit, zweitens, die Gewaltkontrolle und drittens, die über Ideen und Weltbilder vermittelte Reproduktionsfähigkeit (Elias 1983; Koehler 2010: 223f). Auch wenn das Elias'sche Modell auf drei europäisch geprägten Staatselementen basiert, gibt er insbesondere Raum für die Analyse der Verbindung zwischen der *symbolischen Ordnung* und der Ordnung innerhalb einer Gesellschaft sowie für die Stabilisierung beispielweise eines intervenierten (Post-)Konflikt Landes wie Afghanistan. Die bereits dargelegte Triade der Sicherheit, Legitimation und Entwicklung muss im afghanischen Kontext, insbesondere in den kulturellen, ökonomischen, religiös-konfessionellen, institutionellen und traditionellen Bereichen, analysiert werden (Körppen/Ropers 2011). Aus diesem Grund bietet der *Elias'sche Ansatz, der die Figurationen in einer Gesellschaft betrachtet und die Individuen in ihrer Symbolwelt analysiert, ein passendes Modell für den vorliegenden Konfliktfall Afghanistan an*. Bourdieus Theorie des sozialen Raums ergänzt die Elitenanalyse und bietet mehr Möglichkeiten der „detaillierte[n] Beschreibung soziale[r] Ungleichheitsmechanismen“ (Schumacher 2013: 133). Denn die Themen der sozialen Ungerechtigkeit und Chancenungleichheit wurden von den unterschiedlichsten Eliten in den Interviews wiederholt aufgeworfen.

Insbesondere das klassische Staatsverständnis Webers wurde in der politischen Umbruchphase der 1990er Jahre hinterfragt und im Rahmen der Transformationsforschung erweitert. Die Forschung, die sich mit gesellschaftlichen und politischen Transformationsprozessen beschäftigte, benötigte nach dem Zusammenbruch der Sowjetrepubliken und der ehemaligen Kolonialstaaten in Lateinamerika eine Staatsdefinition mit anderen Merkmalsausprägungen. Der Rahmen einer funktionierenden Staatlichkeit könnte durch Sicherheit, Wohlfahrt und Legitimität/Rechtsstaatlichkeit

innerhalb eines porösen Territoriums geboten werden, aber nicht mehr nur durch Jelineks klassische, völkerrechtliche Drei-Elementen-Staatslehre (Schneckener 2006: 17, 21).

Diese Ausführungen zur Debatte der Regierungsführung und Formen der Staatlichkeit sind seit dem Wegfall der bipolaren Weltordnung ein Bestandteil der Post-Konflikt-Friedensbildung (*post-conflict peacebuilding*). Die wiederkehrenden drei Elemente der Sicherheit, Repräsentation/Legitimation und Wohlfahrt bilden die Kernfunktionen eines modernen Staates, die Intervenierenden und auch die Intervenierten versuchen, diese Elemente in den fragilen, zerfallenden oder zerfallenen Staaten zu etablieren. Diese Form der liberalen Friedensbildung gilt es auch im afghanischen Kontext aus der Perspektive der Eliten zu hinterfragen. Die hybride Regierungsform, der die unterschiedlichen Reformen auf institutioneller und sicherheitspolitischer Ebene versucht haben, Rechnung zu tragen, erscheint nicht als staatskonsolidierender Prozess. Die zuvor dargelegten sub-regionalen und verfassungsrechtlich verankerten Regierungsorgane sowie die politischen Verhandlungen mit den Oppositionellen, den Taliban, den Mitgliedern der *Hezb-e Islami* haben es bisher nicht vermocht, nach der Definition Rothchilds oder Linz und Stepan einen nachhaltigen, konsolidierenden Prozess einzuleiten (Linz/Stepan 1996; Rothchild/Roeder 2005: 12).⁵⁷

Der Exkurs im vorherigen Kapitel zu den dezentralen Reformen der NSP seit 2003 weist einerseits auf die Dilemmata der modernen afghanischen Staatsgründungsgeschichte und andererseits auf die Herausforderungen, vor denen die Entscheidungsträger*innen, Analyst*innen und Forscher*innen im kriegerschütterten Afghanistan stehen, hin. Die klassische Staatstheorie Webers, die Transformations-theorien zu den südeuropäischen und lateinamerikanischen Staaten sowie zu den ehemaligen Sowjetrepubliken, und nicht zuletzt die bisherigen Staatsbildungs- und Friedensbildungsansätze zu (Post-)Konfliktstaaten, werden in dieser Arbeit mit den empirischen Daten und den Lehren, die man in Hinsicht auf einen friedenskonsolidierenden Prozess aus der jüngsten Geschichte Afghanistans ziehen kann, kontrastiert.

Unter anderem stellt sich folgende Frage: Inwiefern hat der Kooptationsprozess⁵⁸ des afghanischen Präsidenten Hamid Karzais sowie der angestrebte Konsolidierungsprozess der internationalen Gemeinschaft seit der Konferenz auf dem Petersberg bei Bonn am 5. Dezember 2001, an der die Nord-Allianz, die Rom-Gruppe

57 Als einen Teil von sukzessiven Schritten eines konsolidierenden Friedensprozesses beschreiben Rothchild und Roeder das legitime Machtmonopol, durch das die bewaffneten Angriffe auf die Zentralregierung abgewehrt werden können. Er beschreibt unterschiedliche Phasen, wobei für den vorliegenden afghanischen Friedensbildungsprozess bereits einige dieser Schritte insbesondere im Bereich des Institutionenaufbaus umgesetzt worden sind; von den Autoren wird dies als Transitionsphase zur Demokratie bezeichnet. Hier zeigt sich das eigentliche Dilemma des afghanischen Friedensprozesses, denn die zum jetzigen Zeitpunkt als *spoiler* bezeichneten Oppositionellen, betrachten die Zentralregierung als nicht legitim (Rothchild/Roeder 2005: 12).

58 Der Kooptationsansatz Hamid Karzais wird auch oft als *big-tent*-Ansatz bezeichnet.

(Monarchisten), die Zypern- und die Peschawar-Delegation beteiligt waren, den Weg zum angestrebten Elitenkonsens für die Zeit nach dem Abzug der ISAF im Jahre 2014 und für die bevorstehenden Präsidentschafts- und Provinzwahlen im April 2014 bereitet? Oder kann die Kooptationsstrategie der vorherigen Regierung, der Nationalen Einheitsregierung und der internationalen Gemeinschaft zu einer nachhaltigen Demokratisierung in Afghanistan führen? Im Rahmen dieser Arbeit wird auch der strategische Zusammenhang zwischen der Konsolidierung und Kooptation mit den unterschiedlichen *mujaheddin*-Gruppierungen untersucht. Auch die Friedensverhandlungen und Verhandlungsstrategien zwischen der afghanischen Regierung, den unterschiedlichen *mujaheddin*-Gruppierungen und den afghanischen Taliban werden beleuchtet. Woher der Begriff der Eliten stammt und in welchen theoretischen Kontext die Arbeit gebettet ist, wird im folgenden Kapitel zur Theorie beschrieben.

3 Theoretischer Rahmen

3.1 ELITEN-THEORIEN

Da sich die vorliegende Arbeit zum Ziel gesetzt hat, die afghanischen Eliten und ihre Netzwerke zu analysieren, wird, ausgehend von den klassischen Denkern und Früh-aufklärern, Ibn Rushd (lat. Averroes) (1126-1195) und Baruch de Spinoza (1632-1677), aus theologischer, philosophischer und soziokultureller Perspektive eruiert, wie die Definitionen und letztendlich mit diesen auch die Funktionen der Eliten in den islamischen und christlichen Gesellschaften weiterentwickelt und verändert wurden. Besonders in Hinblick auf die unterschiedlichen Funktionen von Eliten innerhalb einer Gesellschaft wird sich sowohl in der christlichen als auch der islamischen Tradition aus der historischen und politischen Entwicklung heraus zeigen, dass die Definitionen der Elite bis zu einem gewissen Punkt der Geschichte eher ineinander übergangen als sich klar voneinander trennen lassen.

Aus der Fülle der vorhandenen Forschungsliteratur habe ich exemplarisch einige geeignete und plausible Elitenansätze für die Untersuchung der afghanischen Eliten ausgewählt. In der langen Tradition der Eliten-Theorien gibt es die klassischen Theoretiker, wie Geatano Mosca (1858-1894), Vilfredo Pareto (1848-1923) und Robert Michels (1876-1936)¹; sie setzen eine Tradition fort, in der diese Theorien dazu dienten, die politische und moralische Führung über die Bevölkerung zu legitimieren, auch in Hinblick auf die europäischen Staatsgründungen. Diese klassischen Theoretiker, deren Werke rückblickend und vorallem nach dem Zweiten Weltkrieg als Definitionen für Machteliten negativ konnotiert sind, werden in dieser Arbeit nicht dargestellt.² Für das Erkenntnisinteresse der Arbeit sind die nachfolgenden modernen Elitentheoretiker*innen, wie Pierre Bourdieu, Stefan Hradil, Michael Hartmann, Peter

1 Zu Moscas Hauptwerk gehört *Die herrschende Klasse. Grundlagen der politischen Wissenschaft* (1923/1950), zu Paretos Hauptwerk zählt das vierteilige Traktat *The Mind and Society* (1935a,b) und Michels' meist zitiertes Buch ist *Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie: Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens* (1911).

2 Kurze Originalauszüge aus den Texten Moscas, Paretos, Michels' und der einflussreichsten Elitentheoretiker finden sich bei Etzioni-Halevy (1997: 47-62); eine kritische Reflexion darüber, wie die klassischen Elitentheoretiker Mosca, Pareto und Mills dem italienischen Faschismus von 1922 bis 1943 ein ideologisches Fundament boten, ist bei Nye (1977) nachzulesen.

Imbusch, Eva Etzioni-Halevy, G. Lowell Field, John Higley, Michael G. Burton und Ursula Hoffmann-Lange relevant. Diese modernen Theoretiker*innen werden als Vertreter*innen der Funktionseliten zitiert, die die Komplexität einer vorangeschrittenen, bürokratisierten und industrialisierten Gesellschaftsstruktur kritisch analysieren. Sie haben sich mit der Frage nach der Legitimation von Herrschaft und Macht und dem Einfluss der gesellschaftlichen Verregelungen innerhalb von nationalen und internationalen Institutionen und sozialer Ordnungen auseinandergesetzt. Insbesondere neuere gesellschaftliche Segmente aus den Bereichen der Kultur, der Gewerkschaften, der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft wurden mit in die Elitenansätze einbezogen. Hier genügt eine kurze Übersicht über die Entwicklung des Elitebegriffs und die mit ihm verbundenen Erwartungen an die Funktionen innerhalb einer bürokratisierten Gesellschaft, um sich auf dieser Grundlage dem sich perpetuierenden Elitensystem und der Analyse des afghanischen Patronage-Klientel-Systems zu widmen. Denn die bisher angeführten Reformen in Afghanistan zielen auf eine Bürokratisierung des Staates ab, die vom Zentrum ausgeht, um eine bessere Regierungsführung auf allen fünf Ebenen (Gemeinde, Bezirk, Stadtverwaltung, Provinz, Zentrum) realisieren zu können. Um diesen Institutionalisierungsprozess umzusetzen, gibt es Bemühungen, den Staat mit einer gut ausgebildeten, jungen Beamtenschaft zu organisieren.

Diese Arbeit konzentriert sich auf Pierre Bourdieus Analysekonzept des *sozialen Raums*, wobei insbesondere seine *Ökonomie der Praxis* ein Modell für die vorliegende Analyse der Patronage-Klientel-Netzwerke bietet (Krais/Gebauer 2010; Bourdieu 1983; Bourdieu 1979).

3.1.1 Spinozas Freiheit führt zur Exzellenz und Ibn Rushds Vernunftbegriff

„Aber alles Erhabene ist ebenso schwer wie selten.“
(Spinoza 1677/1976: 296)³

Dieser oft zitierte Satz Spinozas steht am Ende seines Werkes *Die Ethik nach geometrischer Methode dargestellt*⁴ (Papcke 2001: 189). Spinozas Schriften wurden bereits zu seinen Lebzeiten als revolutionär und umstürzlerisch zensiert und dann heimlich weiter verteilt. Seine Schriften werden heute in der Forschungsliteratur im Zusam-

-
- 3 Papcke übersetzt Spinozas letzten Satz aus dem Traktat der *Ethik*: „Alles Exzellente ist ebenso mühselig wie selten.“ (Papcke 2001: 189) Mit dem Wort „Exzellenz“ begibt sich Papcke in die aktuelle Debatte der Exzellenz-Förderung, die nach einigen Kritiker*innen im Vergleich zu anderen Staaten wie Frankreich, USA und Großbritannien in Deutschland nicht ausreichend sei. Dies führe unter anderem dazu, dass Absolvent*innen deutscher Hochschulen dem Ausleseprozess im internationalen Arbeitsmarkt nicht gewachsen seien. Gleichzeitig plädiert er aber auch für eine allumfassende, humanistische Ausbildung von Führungskräften.
 - 4 Zudem ist der zu seiner Zeit umstrittene *Tractatus theologico-politicus* aus dem Publikationsjahr 1670 dann als Gotteslästerung von den Kirchenräten und Synoden im Jahre 1674 verboten worden (Spinoza 1670/1979: VII).

menhang mit den frühauflärerischen Denkansätzen, die ein calvinistisch dominiertes Religions- und Herrschaftsverständnis ablösen, untersucht, die sich in der Französischen Revolution 1789 und ihren politischen Forderungen nach Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit entluden, und die in die März-Revolution 1848 in Deutschland mündeten.⁵

Während des 17. und 18. Jahrhunderts unterstanden die Kirche und die Fürsten dem Kaiser. Die jeweiligen Kaiser der unterschiedlichen Dynastien in der Zeit des *Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation* (1410-1806) lernten, ihre Herrschaft durch einen loyalen Beamtenstab zu organisieren und bürokratisieren, um ihre Macht zu stärken und zu etablieren. Mit dem Westfälischen Frieden von 1648 in Münster und Osnabrück wurde das Heilige Römische Reich in kleinere souveräne Territorialstaaten aufgeteilt; den Kriegen zwischen Protestant*innen und Katholik*innen wurde erst nach dem Dreißigjährigen Krieg (1618-1648) ein Ende gesetzt. Zeitgleich entwickelte sich der Merkantilismus und in Deutschland die Sonderform des Merkantilismus, die landwirtschaftlich ausgerichtete Kameralistik. Dieser Begriff geht auf die von Johann Joachim Becher (1635-1682) entwickelte Idee zurück, die fürstlichen Einnahmen für die „Kammer“ zu steigern. Becher gilt als der Begründer der Kameralistik:

„Aber sein *Politischer Diskurs von den eigentlichen Ursachen des Auf- und Abnehmens der Städte, Länder und Republiken* (1668) fügt der politischen Theorie ein neues Glied ein, indem er erstmals die *societas civilis* als Wirtschaftsgemeinschaft versteht, die sich durch *consumption* selbst reguliert, allerdings ohne dass er zum Gedanken des Wirtschaftskreislaufs vorgestoßen wäre. Grundlage ist der Bevölkerungsreichtum der drei *produktiven Stände*, der Bauern, Handwerker und Kaufleute.“ (Fenske et al. 2003: 358, Herv. i. O.)

Die neue Schicht eines aufstrebenden Bürgertums mit Machtansprüchen, Einfluss und politischen Ideen entstand sukzessive, die Verwaltung der Staatseinnahmen für eine funktionierende Wirtschaft übernahm eine neue Beamtenschaft und die Souveränität des Staates wurde vom Militär als einem neuen, weiteren gesellschaftlichen Stand verteidigt. In diese Entwicklungen fügte sich der niederländische Frühaufklärer Spinoza, der jedwede Bekleidung offizieller Ämter ablehnte, und seine eigenen philosophischen Überzeugungen nicht einer gängigen Schulphilosophie unterordnen wollte, weswegen er die Arbeit als Glaser vorzog (Papcke 20: 189).

Spinozas eingangs zitierter Satz, in dem der Frühaufklärer die in seinem Werk entwickelten Gedanken zusammenfasst, kritisiert die damaligen politischen Verhältnisse, in denen Herrschaft absolutistisch und nach Gottesgnadentum definiert ist. Diese Kritik baute er nach der aristotelischen Logik auf, sie wurde in seinem posthumen Traktat *Ethik* und auch im Traktat *theologico-politicus* (1670) veröffentlicht. Insbesondere im letzteren Buch wird seine skeptische Position gegenüber der dogma-

5 Der ursprünglich jüdisch-portugiesische, aber in den Niederlanden geborene sowie dort lebende Philosoph Baruch de Spinoza (1632-1677) ist in die zeitgenössische Denktradition der Frühaufklärer, wie René Descartes (1596-1650), Thomas Hobbes (1588-1679), Montesquieu (1689-1755), Gottfried-Wilhelm Leibniz (1646-1716) und John Locke (1632-1701), zu klassifizieren.

tischen Kirchenlehre und der Autorität der heiligen Schrift (Tora) deutlich, da er der eigenen Vernunft Vorrang gibt: „[...] die Vernunft, wie gesagt, das Reich der Wahrheit und der Weisheit, die Theologie aber das Reich der Frömmigkeit und des Gehorsams. Denn die Macht der Vernunft erstreckt sich, wie ich schon gezeigt habe, nicht so weit, durch den Gehorsam ohne die Erkenntnis der Dinge glücklich zu werden.“ (Spinoza 1670/1979: 455) Die Vernunft, die dem Menschen gegeben ist, ist für ihn ein Argument für eine Demokratie, die es zwar nicht mehr erlauben sollte, die durch den Gnaden Gottes verliehene Herrschaft einigen Wenigen zu überlassen, die aber dennoch vorsah, die Herrschaft einigen Auserwählten, „den Exzellenten“ (Lateinisch: *paucissimi*), vorzubehalten, woraus er seine Demokratie-Definition ableitet: „Recht einer derartigen Gesellschaft heißt Demokratie; sie ist demnach zu definieren als eine allgemeine Vereinigung von Menschen, die in ihrer Gesamtheit das höchste Recht zu allem hat, was sie vermag.“ (Ebd.: 477f) Spinozas Gedanken zum Menschen als vernunftgeleitetem Wesen basieren auf einem Werk des Aristotelikers (Marrone 200: 45) Ibn Rushd mit dem arabischen Titel *faṣl al-maqāl* aus dem Jahre 1179/1180,⁶ obwohl Fraenkel in seinem Aufsatz aus dem Jahre 2009 davon ausgeht, dass die hebräische Übersetzung der *faṣl al-maqāl* jüdischen Intellektuellen während des 17. Jahrhunderts nicht vorgelegen haben kann (Fraenkel 2013: 234; Averroes 2009). Nichtsdestotrotz geht Fraenkel davon aus, dass Spinoza der hebräische Text von Elijah Demedigos (1458-1493), der in der englischen Übersetzung den Titel *The Examination of Religion* trägt, vorlag und ihn beeinflusste. Demedigos hatte seine eigene Interpretation von Ibn Rushds Zusammenhang von Philosophie und Religion entwickelt.⁷ In jedem Fall ist Spinozas Vernunftbegriff und die hieraus resultierende Exzellenzdefinition in diese tradierte aristotelische Tradition einzuordnen.⁸

6 Schupp schreibt, dass *Der Zusatz, Entscheidende Abhandlung, Die Erklärung der Beweismethoden hinsichtlich der Glaubensvorstellungen der Religion* und *Die Inkohärenz der Inkohärenz* in den Jahren 1179/1180 veröffentlicht worden sind. Die ersten drei Schriften sind eine Trilogie und die letztere ist eine Gegendarstellung zu Al-Ghazalis *Inkohärenz der Philosophen* (Averroes 2009: XXXVI).

7 Spinoza ist näher am Gedankenmodell Delmedigos, denn Delmedigos Interpretation nach sollen die Philosophen die Lehren und Gesetze Moses auf Widersprüche untersuchen. Woraufhin Spinoza noch einen Schritt weitergeht, indem er eine allegorische Interpretation vollkommen fallen lässt und von einer dogmatischen Autorität der heiligen Schrift ausgeht. So widerspricht Spinoza seiner früheren Auffassung und auch Ibn Rushds, dass die Wahrheit nicht der Wahrheit widersprechen könne (Fraenkel 2013: 236). Delmedigos Text wurde in seinen letzten Lebensjahren veröffentlicht. Eine genaue Angabe über das Veröffentlichungsjahr war nicht auffindbar (ebd.: 214).

8 Die drei wiederkehrenden, kontroversen Punkte der einflussreichsten islamischen Philosophen Abu Ali al Husain ibn Abdullah Ibn Sina (980-1037) und Abu l-Walid Muhammad Ibn Rushd (1126-1198) gegenüber Abu Hamid al-Ghazali (1058-1111) sind: Die Ewigkeit der Welt, Gottes Allwissenheit und die körperliche Wiederauferstehung im Jenseits. Ibn Sina schrieb das Buch der Heilung (Arabisch: *al-ilahiyyat min kitab al-shifa*), mit welchem sich Al-Ghazali in *Die Inkohärenz der Philosophen* (Arabisch: *tahafut al-falasifa*) auseinandersetzte und Ibn Rushd verteidigte wiederum Ibn Sinas Abhandlungen in *Die Inkohärenz der Inkohärenz* (Arabisch: *tahafut al-tahafut*).

Gleichzeitig gibt es Parallelen zwischen Spinozas Philosophie und der komplexen Exzellenzdefinition Ibn Rushds und anderen islamischen Gelehrten (Fraenkel 2013; Dethier 2002). Mittlerweile ist zwar Ibn Rushds Trennung von Religion und Philosophie nicht mehr, wie Anfang des 19. Jahrhunderts in Ägypten, *per se* zitierbar, aber sicherlich lässt sich weiterhin eine gehobene Stellung der Philosophen in seinen Texten ausmachen. Ibn Rushds Exzellenzbegriff geht auf die Koranexege zurück: „For Averroes, pointing out in public that the literal sense of the divine Law is false and disclosing its allegorical sense would precisely undermine the intention of the prophet, who concealed the allegorical sense because of the ‚difference in human nature‘.“ (Fraenkel 201: 218) So argumentiert Ibn Rushd, dass die sinnbildliche Deutung oder religiöse Exegese den Philosophen vorbehalten ist: „Philosophical truth, however, is reserved for the elite, and it is to be found in the demonstrative books that examine philosophical questions such as God’s existence, the eternity of the world, the divine decree and predestination, the immortality of the intellect, etc. This truth must be kept away from the common person, who, unable to understand it, would either ridicule it or be led into confusion.“ (Sarrío 2015: 55) Nach dieser Argumentation haben Philosophen die Aufgabe und die religiöse Verantwortung, mit ihrem Intellekt Koranexege zu betreiben. Jedoch bedarf ein Schüler nach Ibn Rushd zweier Eigenschaften: Erstens sollte eine „angeborene Intelligenz“ und zweitens eine „gesetzesentsprechende Gerechtigkeit und sittliche Tugend“ vorhanden sein (Averroes 2009: 15). In diesen Zeiten ging somit die Philosophie weiterhin mit der Theologie einher und mit folgender Interpretation fasst Sarrío in seinem Aufsatz die Eigenschaften prädestinierter Eliten zusammen: „In other words, the would-be student of Ancient philosophy must unite theoretical virtue with specifically Islamic practical and moral virtue.“ (Sarrío 2015: 62)

In seinem Aufsatz verweist er auf die mehrdeutigen Interpretationsmöglichkeiten Ibn Rushds philosophisch-theologischer Texte und bringt somit die ehrgeizigen Interpretationen arabisch-sprachiger Intellektueller, die nach einem Beweis für einen radikalen Säkularismus bei Ibn Rushd suchten, ins Schwanken.⁹ Auf diese Weise entfernt sich Sarrío angelehnt an den Text *faṣl al-maqāl* von einer eher elitären Heran-

9 Implizit sind Elitentheorien auch Tugendlehren und sie stehen für ein deontologisches Verständnis von Handeln. Der Grundgedanke und die Frage blieb seit jeher bestehen: „Hat menschliches Verhalten als sittlich zu gelten, weil es sich hinsichtlich einer bestimmten, vorgegebenen Zielsetzung als zweckentsprechend erweise, bzw. weil es bezüglich eines ‚Telos‘ nützlich ist, oder ist es nur sittlich, wenn es einer übergreifenden Sollensforderung, also einem unbedingten ‚Deon‘, einer absoluten Pflicht Gefolgschaft leistet?“ (Furger 1984: 10) *Per definitionem* sollten Eliten demnach nicht korrupt, verlogen, gewaltverherrlichend oder privilegiert sein. Dieses theologische Verständnis reicht bis heute zum staatlichen Exzeptionalismus, der sich sowohl in der innenpolitischen als auch außenpolitischen Rhetorik Amerikas erkennbar zeigt. Ein prägnanter Aufsatz von Moltmann (2003) verweist auf die Konnotation des religiösen Sendungsbewusstseins und zitiert einleitend den Präsidenten Georg W. Bush: „Mit Missionseifer will er [Bush] die Völker ‚zur Demokratie erlösen‘: ‚Freiheit ist nicht ein Geschenk der USA an die Völker, sondern ein Geschenk Gottes an die Menschheit‘, erklärt er, um seine militärische Strafaktion gegen Saddam Hussein im Irak als göttliche Mission darzustellen.“ (Ebd.: 161)

gehensweise zur Deutung des Koran und von der Deutungshoheit durch religiöse Gelehrte. Die Sure 16, Vers 125 besagt: „Ruf (die Menschen) mit Weisheit und einer guten Ermahnung auf den Weg deines Herrn und streite mit ihnen auf eine möglichst gute Art (oder: auf eine bessere Art (als sie das mit dir tun) ?).“ (Paret 200: 195)^{10 11} Averroes assoziierte die drei in der Sure genannten Aspekte mit philosophischen Grundgedanken: Weisheit mit Philosophie, Gebete mit Rhetorik und Debattieren mit Dialektik (Sarrió 2015: 61; Averroes 2009: 17f). Der Beweis, dass die Vernunft eines von Gott kreierte und gläubigen Menschen dazu in der Lage ist, den eindeutigen und verborgenen Sinn der Heiligen Schrift zu entziffern, sei in Gottes Wort erbracht. In Sarriós Worten: „Commentators sometimes fail to notice two important implications of Averroes’s claim here: firstly, his insistence that rational assent is part and parcel of the act of faith; secondly, that the ‚divine Law‘ is not only an alternative to philosophy for the uneducated masses, but it addresses all human beings, including those capable of demonstrative knowledge.“ (Sarrió 2015: 61)

Welche Rolle spielen der islamische und der jüdische Frühaufklärer für die Typologie der Eliten in einer islamischen Gesellschaft, in der sich die Bevölkerung zu 99,7 Prozent zum Islam bekennt? Die Legitimation der religiösen Gelehrten (Arabisch: *ulama*) ist weiterhin sehr groß und eine Trennung von Staat und Religion ist in Afghanistan weiterhin nicht öffentlich diskutabel.¹² Die aufklärerischen Ideen Ibn Rushds wurden von den erstarkenden ‚Ashariten im 10. und 11. Jahrhundert zugunsten einer bis heute weitverbreiteten islamischen Orthodoxie abgelehnt. Auch die calvinistische Kirche, die im Jahre 1651 den Status einer Staatskirche erhielt, lehnte Spinozas hier dargelegte Interpretationen als häretisch ab. Denn beide Denker erlau-

10 Der hier zitierte Satz ist mit denselben Satzzeichen aus der 10. Auflage der Koranübersetzung Paret wiedergegeben worden. In der englischen Übersetzung lautet der Satz: „Call to the path of your Lord by wisdom, fine preaching, and arguing with them by means of what is finest.“ (Sarrió 2015: 61)

11 Paret schreibt in Vorwort zur Taschenbuchausgabe der Koranübersetzung: „(1) Ein eingeklammertes oder am Schluss einer Einklammerung stehendes Fragezeichen bedeutet, dass das vorausgehende Wort oder die ganze vorausgehende Formulierung fragwürdig ist. (2) Wenn ein Textteil eingeklammert ist und unmittelbar hinter der Anfangsklammer beginnt, handelt es sich um einen den Zusammenhang erläuternden Zusatz des Übersetzers. [...] (4) wenn hinter der Anfangsklammer ‚d.h.‘ (das heißt) steht, wird der vorhergehende Textteil mit einer ihn näher bezeichnenden Formulierung erklärt; [...].“ (Paret 2007: 11f, Herv. i. O.)

12 Im Vergleich zu rechtstaatlich regulierten Verfahren im heutigen Afghanistan, genießt das religiöse Recht für viele unterschiedliche Bevölkerungsschichten weiterhin mehr Vertrauen. Es ist kostengünstiger sowie durch seine schnellen Urteile unmittelbarer und meist kulturell akzeptabler für die gesamte Gemeinschaft. Die schwach organisierten Frauenorganisationen oder die zarten Anfänge einer Zivilgesellschaft finden sich eher in den urbanen Zentren Afghanistans. In der Peripherie jedenfalls können sie sich meist mit ihren säkularen Vorstellungen einer Rechtsstaatlichkeit gegenüber den afghanischen patriarchalischen Realitäten nicht durchsetzen. Darüber hinaus zieht die ländliche Bevölkerung, angesichts der verbreiteten Korruption in Afghanistan, die Autorität der dörflichen Räte bei Rechtsprechungen den staatlichen Gerichten vor.

ben drei wichtige Analogieschlüsse, die heute als Wegbereiter in die moderne Politik bewertet werden:

Erstens wenn allen Menschen die Vernunft gegeben ist, dann bedürfte es eigentlich keiner herrschenden Elite. Jedoch wurde im Sinne des niederländischen Frühaufklärers Spinoza, basierend auf den oben ausgeführten Ideen des andalusischen Philosophen der Vormoderne,¹³ Ibn Rushd, der göttliche Absolutheitsanspruch der aristokratischen Vertreter*innen nach Gottesgnaden hinterfragt und eher einer begabten Minderheit zugesprochen. Zweitens ermöglichte die Analogie es, einem jeden Menschen vernunftorientierte Begabung zu attestieren, so dass die Begabung allen Menschen verliehen wurde und zwar von Gott. Drittens folgt aus den ersten beiden Analogieschlüssen, die Vorstellung von einem freien Menschen, der sich von seiner Vernunft leiten lässt. Diese vernunftorientierte Überzeugung eines Menschen führt Spinoza sogar zu folgender Überzeugung hinsichtlich einer staatlichen Ordnung: „Der von der Vernunft geleitete Mensch ist freier im Staate, wo er nach dem gemeinsamen Beschlusse lebt, als in der Einsamkeit, wo er nur sich selbst gehorcht.“ (Spinoza 1677/1976: 251, Lehrsatz 73)

Mit den wirtschaftlichen Entwicklungen entstand in der Zeit des Merkantilismus eine neue Schicht, die durch – wie wir es heute nennen würden – Qualifikation in der Lage war, die Politik im Interesse eines entstehenden Bürgertums zu führen. Papcke fasst Spinozas Beitrag und die historischen Entwicklungen so zusammen:

„Denn indem Spinoza mit auf das Versagen überkommener Herrschaftsgebilde um deren zeitgemäße Neudefinition rang, begab er sich auf den Boden moderner Politik, deren Wesen durch das Kriterium der ‚Funktion‘ gekennzeichnet ist. ‚Elite‘ geriet schon bei Spinoza zum *Funktionsbegriff*, der aber mit einem besonderen Wertgehalt verbunden blieb. [...] Notwendig, und damit zum Zankapfel, wurde die Eliten-Rekrutierung zu dem Zeitpunkt, als sich die Konturen eines Zeitalters der Massen abzeichneten. Vorher gab es zwar Herrschaftseliten, sie standen aber weder zur Diskussion noch zur Disposition, unterlagen also auch keinerlei Rechtfertigungszwang.“ (Papcke 1986: 464, Herv. i. O.)

Es ist festzuhalten, dass diese, Gott gegebene Autorität durch den Frühaufklärer Spinoza in Frage gestellt wurde, sukzessive eignete sich das aufstrebende Bürgertum diese Autorität an. Die Delegitimation der Herrschaftseliten wurden mit den bereits beschriebenen revolutionären Umbrüchen eingeleitet, die in eine parlamentarische Gesellschaftsordnung mündeten. Bezogen auf heutige Verhältnisse wirft Papcke in seinem Aufsatz die Frage auf, ob Spinozas Verknüpfung von Tugend und Exzellenz einem heutigen Rekrutierungsmechanismus über Bildungseinrichtungen überhaupt noch gerecht werden kann (ebd.: 469), um am Ende seines Aufsatzes wieder auf den Unterschied zu vormodernen Eliten zu verweisen: „Die Chancengleichheit aber, als *Gleichberechtigung zur Leistung* ist der Prüfstein für demokratische Zustände. Soviel steht fest: Vormoderne Gesellschaften bildeten in diesem Verständnis keine Elite aus, weil sich in ihnen keine *Leistungseliten* entwickeln konnten.“ (Ebd.: 476, Herv. i. O.)

13 Renommierete Islamwissenschaftler*innen haben den Begriff des Mittelalters für Europa nicht auf die islamisch regierten Regionen übertragen und bezeichnen die Blütezeit für den Islam stattdessen vom 15. bis 17. Jahrhundert als Vormoderne (Hefner 2010).

Papcke zufolge galt es insbesondere am Anfang des Aufstiegs des Bürgertums, gerechte Verhältnisse für die gesellschaftliche Teilhabe begabter Menschen mit Qualifizierung zu ermöglichen und die Schlüsselpositionen nicht einer Machtelite zu überlassen. Die Genese des Bürgertums hat eine neue Schicht in die gesellschaftliche Arena gebracht, die in sozialwissenschaftlichen Abhandlungen als Subjekt der revolutionären Umwälzungen im 18. Jahrhundert betrachtet wird.

Da sich die vorliegende Arbeit zum Ziel gesetzt hat, den gängigen eurozentristischen Narrativen einen anderen Blickwinkel zu eröffnen, werden der früheste bekannte und wiederentdeckte islamische Historiker Ibn Khaldun und der als dogmatisch bekannt gewordene Philosoph und Theologe al-Ghazali für die Analyse der Elitenkonstruktionen herangezogen.

3.1.2 Ibn Khalduns historisches Verständnis der Staatsbildung und Ibn Rushds versus al-Ghazalis Staats-Religions-Doxa

Neuere Forschungen versuchen, die islamisch geprägten Gesellschaften mit Theorieansätzen aus dem soziokulturellen Rahmen der jeweiligen Gesellschaften heraus zu untersuchen, anstatt „westliche“ Theorien heranzuziehen. In diesem Kontext spielen die Ideen von 'Abd ul-Rahman Ibn Khaldun (1332-1406) eine relevante Rolle (Alatas 2014: 49-51). Die Forschungen von Alatas bezeichnen Ibn Khaldun aus heutiger Perspektive als Soziologen, von den meisten Forscher*innen wird er weiterhin eher als angesehener Historiker der islamischen Geschichte – insbesondere zur nordafrikanischen Geschichte – geschätzt und zitiert. Nachfolgende Schilderungen Ibn Khalduns zum Zusammengehörigkeitsgefühl in Stammesgesellschaften wird im Laufe des empirischen Teils der Arbeit hilfreich sein, um die jeweiligen Affinitäten im Zusammenhang mit den Macht- und Partikularinteressen während des heutigen Staatsgründungsprozesses in Afghanistan zu verstehen. Auf einen interessanten Punkt weist der Übersetzer Franz Rosenthal in seinem Vorwort zum Hauptwerk Ibn Khalduns *An Introduction to History* hin: „In Ibn Khaldun's vocabulary, the word for both ‚dynasty‘ and ‚state‘ is *dawlah*, [...]. A state exists only in so far as it is held together and ruled by individuals and the group which they constitute, that is, the dynasty.“ (Ibn Khaldun 1967a: lxxx) Alatas hat beispielsweise anhand des Safawidenreiches (1507-1722) mit Ibn Khalduns Theorierahmen untersucht, unter welchen Umständen eine Dynastie zerfällt. Nach Alatas hat sich das safawidische Reich durch drei Elemente stabilisiert und ist daraufhin expandiert: *Die erstellte Ordnung, die Beziehungen zu anderen politischen Mächten und die Gründung einer neuen schiitischen Orientierung (Zwölfer-Schia)* (Alatas 2014: 114).

Diese Elemente weisen Affinitäten zu den von Ibn Khaldun definierten drei Elementen eines möglichen Zusammengehörigkeitsgefühls (Arabisch: *aṣābīya*) auf, die bei einer staatlichen Formierung als Basis dienlich sein können: 1. *Blutsverwandtschaft*, 2. *Klientelverhältnis* und 3. *Allianzen* (ebd.: 31; Ibn Khaldun 1967a: 264f, 276f). Diese drei Staatselemente, die eine verbindende Wirkung haben, werden seit der afghanischen Staatsgründung von unterschiedlichen Stammesführern verwendet. Generell hielt Ibn Khaldun in seinem Werk fest, dass das luxuriöse Leben in den Zentren für Nomaden ein Grund ist, sich in den Zentren niederzulassen und sesshaft zu werden, wonach sich dann ein Stamm gegen die anderen Stämme durch Macht-

kämpfe durchsetzt. Jedoch führt dann die Konzentration auf die Städte dazu, dass sich die jeweilige Dynastie, die ihre Macht befestigt hat, sich von ihrer Klientel aus der Peripherie entfernt und somit von ihr entfremdet. Für den europäischen Kontinent beschreibt Elias, dass die Herzoghäuser im 10. und 11. Jahrhundert begannen, sich selbstständig zu verwalten. Damit konnten sie ihr Territorium als Lehnsfürstentümer etablieren.

„Die Herzoghäuser sind die Abkömmlinge eines der königlichen Dienstleute, den ein König ehemals als seinen Vertreter über ein Territorium gesetzt hat; sie werden allmählich selbst zum mehr oder weniger unabhängigen Lehnsherrn über dieses ganze Territorium [...]. Ähnlich die Grafen oder ‚comtes‘. Die ‚vicomtes‘ sind Abkömmlinge eines Mannes, den ein Graf an seiner Stelle als Vizegraf über ein bestimmtes, kleineres Gebiet gesetzt hat, und der nun über dieses kleinere Gebiet als sein erbliches Eigentum verfügt.“ (Elias 1976/1995: 77)

Auch in Afghanistan haben sich regionale Machthaber, wie der Gouverneur Atta Noor der Provinz Balch, zu Vizefürsten in der eigenen Region entwickelt. In der gegenwärtigen Forschung werden diese modernen Machthaber innerhalb einer Kriegsgesellschaft als „Mezzanine-Herrscher“ bezeichnet, dieses Phänomen wird in Kapitel 7.2 *Mezzanine-Herrschaften innerhalb eines Präsidialsystems in Mazar-e Sharif und Herat* näher beschrieben.

Ibn Khalduns als erste soziologische Abhandlung betrachteten, hier zitierten Thesen, haben jedoch auch die Unterschiede zwischen den arabischen Stämmen und der bereits sesshaften Bevölkerung des persischen Reiches zu Lebzeiten des Propheten festgehalten, und zwar im Zusammenhang mit der Verschriftlichung der Heiligen Schrift und der arabischen Sprache:

„Thus, the sciences came to belong to sedentary culture, and the Arabs were not familiar with them or with their cultivation. Now, the (only) sedentary people at that time were non-Arabs and, what amounts to the same thing, the clients and sedentary people who followed the non-Arabs at that time in all matters of sedentary culture, including the crafts and professions. They were most versed in those things, because sedentary culture had been firmly rooted among them from the time of the Persian Empire.“ (Ibn Khaldun 1967b: 313f)

Die sesshafte Kultur und die antiken Großreiche mit ihren zivilisatorischen Errungenschaften¹⁴, wie das der Achämeniden (559-330 v. Chr.), oder das gräko-baktrische Reich (Mitte des 3. Jh.-1. Jh. v. Chr.), das Kuschan-Reich (45-173) und

14 Ibn Khaldun beschreibt weiter, dass die Gelehrten, die sich mit der Systematisierung der arabischen Sprache und mit den Verschriftlichungen der Prophetenüberlieferungen beschäftigten, und auch Theologen, die an den Koran-Kommentaren und für die Jurisprudenz arbeiteten, alle einen farsisprachigen Hintergrund hatten und in Kontakt mit den Araber*innen im Gebiet des heutigen Iraks standen. In Ibn Khalduns Worten: „Only the non-Arabs (Persians) engaged in the task of preserving knowledge and writing systematic scholarly works. Thus, the truth of the following statement by the Prophet becomes apparent: ‚If scholarship hung suspended at the highest parts of heaven, the Persian would (reach it and) take it‘.“ (Ibn Khaldun 1967b: 313)

das Sassaniden-Reich (226-642), konnte den islamischen Eroberungszügen aus dem Osten nicht standhalten. Mittelasien wurde bereits im Jahre 649 n. Chr. islamisiert. Nach der Islamisierung wurden im Gebiet des heutigen Afghanistans mehrere Dynastien gegründet, wie z.B. die der Samaniden (819-1005), der Tahiriden (821-891), der Saffariden (861-1003), Ghaznaviden (977-1186) und Timuriden (1370-1507).

Die ersten paschtunischen Stammesrebellionen und Konföderationen begannen gegen die türkischstämmigen Mogulherrscher in den Jahren 1667 bis 1672 und gegen die schiitischen Safawiden in Kandahar (1709) und Isfahan (1722) (Schetter 2004). Im Zusammenhang mit den afghanischen Stämmen schreibt Giustozzi vor dem pro-sowjetkommunistischen Putsch im April 1978: „What is known as the Ibn-Khaldunian cycle implies that over time the leader or his descendants distance themselves from their tribal base, lose the ability or interest to reward their tribal followers and end up losing their support. A new tribal elite, or dynasty, emerges and legitimises itself as effective leaders who can cater for the needs of the tribesmen. With their support, it wins control over state power, succeeding for some time to establish a relatively stable regime.“ (Giustozzi/Ullah 2007: 168f) Diese Erklärung ist für die spätere Analyse der afghanischen Elitenkonstruktionen sehr wichtig. Um Spinozas Lebzeiten (1652-1677) existierten im heutigen Staatsgebiet Afghanistans zwei Herrschaftsbereiche. Im Südosten gab es die sunnitische Mogulherrschaft (1526-1858), im Westen und Süden die schiitisch-safawidische Herrschaft (1501-1722). Vergleicht man die bereits geschilderten Verhältnisse Europas mit denen Afghanistans, sieht man, dass an beiden Orten zur selben Zeit jeweils zwei königliche Großreiche mit zwei miteinander verfeindeten Konfessionen existierten, die ihre Imperien verteidigten und versuchten, ihre Einflussphären zu expandieren. Afghanistan begann im Vergleich zu europäischen Staaten, die sich bereits im 18. Jahrhundert einer absolutistisch herrschenden Aristokratie entledigten, erst im Jahre 1923 durch die konstitutionelle Monarchie seinen Modernisierungsprozess (Olesen 1995: 121ff)¹⁵; dies war auch der Zeitpunkt, an dem die Idee einer Staatsnation¹⁶ aufkam.

Es ist nicht Aufgabe der vorliegenden Arbeit, den häufig geäußerten Vorwurf zu verhandeln, dass islamische Gesellschaften sich nicht säkularisieren könnten, da diese Frage den Rahmen und das zentrale Anliegen dieser Arbeit sprengen würde. Diese Kritik kann jedoch zumindest in Bezug auf die Forschungsfrage nach den Elitenkons-

15 Im Unterkapitel 6.4.1 *Historisch paschtunischer Herrschaftsanspruch und Mensch zweiter Klasse*, werden die unterschiedlichen Dynastien und Perioden der Reichsgründungen Afghanistans und die bis heute währenden Rivalitäten erläutert.

16 Die Arbeit folgt einer Definition des deutschen Historikers Meinecke: „Kann man also innerlich Kultur- und Staatsnationen nicht streng und säuberlich voneinander unterscheiden, so kann man es auch äußerlich nicht tun. Denn innerhalb einer echten Staatsnation können – wie das Beispiel der Schweiz zeigt – die Angehörigen verschiedener Kulturnationen leben; und wiederum die Kulturnation kann in sich – wie das Beispiel der großen deutschen Nation zeigte – mehrere Staatsnationen entstehen sehen, d.h. Bevölkerungen von Staaten, die ihr politisches Gemeingefühl zu kräftiger Eigenart ausprägen, die dadurch zu einer Nation werden, oft es bewusst werden wollen, zugleich aber – sie mögen es wollen und wissen oder nicht – auch Angehörige jener größeren umfassenderen Kulturnation bleiben können.“ (Meinecke 1908: 3f)

truktionen und die Frage, aus welchem Wertesystem die Eliten ihre Legitimation herleiten, zielführend sein. Eine Antwort auf diese Frage liefert die Beschäftigung mit al-Ghazalis (1058-1111) Einfluss auf eine durch Religion legitimierte Staatsdoktrin.

Im Folgenden wird untersucht, inwiefern al-Ghazalis Theologie zur heute herrschenden Doktrin, in der Religion und Staat untrennbar verbunden sind, beigetragen hat. Der Ansicht Hassans (2013), dass sich al-Ghazalis frühe orthodoxe Interpretationen des Islam durchgesetzt haben und dann von den jeweiligen Herrschern instrumentalisiert wurden, um ihre Herrschaft zu legitimieren, schließe ich mich an. Bis heute gilt das *din-wa-dawla*-Verständnis (Religion und Staat) in vielen Staaten der islamischen Welt, und wird dazu benutzt, eine moralisierende Lebenspraxis vorzuschreiben. Al-Ghazali war selbst am Hofe des seldschukischen Sultans Malikschah (1071-1092) und seinem Großwesir Nizam al-Mulk (1018-1092), angestellt, sehr wahrscheinlich zuerst in Isfahan, und wurde im Jahre 1091 zum theologischen Gelehrten an der hochangesehenen *Nizamiyya* Madrassa in Bagdad ernannt. Mit dieser Ernennung zum Religionsgelehrten im Auftrag der asch'aritischen Theologie¹⁷ und der schafaitischen Rechtsschule¹⁸ stieg er in kurzer Zeit zu einem wichtigen Hofberater auf (Ormsby 2008: 30).

Der sunnitische Großwesir Nizam al-Mulk verstand es, al-Ghazalis theologische Orthodoxie für seine Staatsführung zu verwenden und er verfasste ein Buch zur Staatskunst auf Farsi mit selbigem Namen. In diesem Kontext ist seine Ansicht zur Regierungsherrschaft zu al-Ghazalis Orthodoxie komplementierend:

„Der erhabene Gott erwählt in jedem Zeitalter einen aus der Mitte der Menschen, schmückt und zeichnet ihn aus mit den Vorzügen eines Herrschers, heftet an ihn das Wohl der Welt und die Ruhe der Gottesknechte und verschließt durch ihn das Tor vor Verderbnis, Verwirrung und Aufruhr.“ (Nizām-al-Mulk 1987: 160)

Relevant für den vorliegenden Forschungskontext ist, dass der religiöse Gelehrte al-Ghazali im seldschukischen Sultanat und dem übergeordneten Abbasiden-Kalifat generell die Möglichkeit sah, religiöses Recht effektiv im Diesseits durchzusetzen. In

17 Al-Ash'ari (873-935) wird von Halm als „der Vollender des islamischen Okkasionalismus“ betrachtet. So steht dieser Okkasionalismus für die Vorstellung, dass ein allwissender Gott auch für die kleinsten irdischen Kausalitäten verantwortlich ist. Al-Ash'ari lehnte den rationalistischen Ansatz der Mutaziliten, bei dem den Menschen mehr Verantwortung zu gesprochen wird, ab (Halm 2001: 37f). Die Mutaziliten argumentierten, dass Gott ein universelles, und kein partikulares Wissen über das weltliche Geschehen verfüge und zogen für diese Analogie all die dazugehörigen Konsequenzen für ein verantwortungsbewusstes Handeln der Menschheit und des Individuums.

18 Muhammad ibn Idris asch-Schafi'i (767-820) stammt aus Palästina und zeichnet sich im Vergleich zu den anderen drei islamischen Rechtsschulen, die, neben der Lehre des Koran und der Prophetenüberlieferungen (Arabisch: *hadith*), auch den Analogieschluss (Arabisch: *qiyas*) für unbekannte Fragen zu bekannten Situationen ziehen und „den Konsens (Arabisch: *ijma'*) der islamischen Gesamtgemeinde (Arabisch: *umma*), die als Ganze nicht irren könne“ vertreten (Halm 2001: 45), durch eine vernunftgeleitete Interpretation dieser vier Rechtsquellen (Koran, *hadith*, *qiyas*, *ijma'*, *umma*) aus.

den wenigen Jahren, die er am abbasidischen Hof (750-1258) verbrachte, beobachtete er jedoch, dass sich die moralische Korruption mit jedem Thronfolger verschlimmerte (Aftab 2014). In den Quellen ist überliefert, dass er über den als tyrannisch geltenden Wesir Mujir ad-Din schrieb: „You should know that none of the four viziers had to confront what you have to confront, namely the kind of oppression (*zulm*) and desolation (*kharāb*).“ (Griffel 2009: 39) Weitere überlieferte Quellen von seinen Schülern und seine Autobiographie weisen darauf hin, dass er nach vier Jahren am Hof im Jahre 1095 der dortigen Dekadenz den Rücken¹⁹ kehrte und sich der eigentlichen, mystischen Ausübung seiner Religion zunächst in Damaskus und dann in Jerusalem widmete.

Da zu Lebzeiten al-Ghazalis die islamische Lehre nach der strengeren schafaitischen Rechtsauslegung herangezogen wurde, um die seldschukische Dynastie (1040-1194) religiös zu legitimieren, litt die Wissenschaft unter der rigide ausgelegten islamischen Jurisprudenz der Sunniten. Absolventen der Bagdader *Nizamiyya* wurden gezielt in Regierungsämter eingesetzt, um das Sultanat auch religiös-argumentativ zu vertreten. Seitdem berufen sich islamische Gelehrte, die die wörtliche Auslegung des Koran befürworten und eine politische Moderne ablehnen, auf al-Ghazalis frühe Schriften. Seine späteren Schriften waren einer staatlichen Legitimierung eines Sultanats mit Großwesiren nicht dienlich, der Islamwissenschaftler Madelung erklärt hierzu:

„As Al-Ghazali emerged from his spiritual crisis, he felt called upon to revitalize the Muslim religion comprehensively and composed his monumental *Revival of the Religious Science (Ihya 'ulum ad-din)* which has secured him wide recognition as the greatest reformist religious scholar of Islam. The book deals primarily with religious practice, ethical conduct with a view to eternal reward in the hereafter, from a distinctly Sufi perspective.“ (Madelung 2015: 27)

In seinem Buch *Die Ziele der Philosophen* (Arabisch: *maqāṣid al-falāsifah*), stimmt al-Ghazali in allen drei Kernpunkten der Philosophie Ibn Sinas zu, denen er in seiner Abhandlung *Die Inkohärenz der Philosophen* (Arabisch: *al-tahafut al-falasifa*) zuvor widersprochen hatte. Ursprünglich hatte er für diese Art der Häresie die Todesstrafe gefordert. Für al-Ghazali gab es bei Ibn Sinas Philosophie drei diskussionswürdige Punkte: Die Ewigkeit der Welt, die nicht-körperliche Wiederauferstehung der Menschen und die Ansicht, dass Gott nicht über partikulares Wissen zu allen weltlichen Vorgängen verfügt (Goodman 2006: 152f). Al-Ghazali hatte die Omniszienz Gottes

19 Griffel weist darauf hin, dass die meist als abrupt beschriebene Abkehr vom opulenten Leben am abbasidischen Hof hin zu einem asketischeren Leben historisch nicht einwandfrei bewiesen ist. Es gibt eine Quelle seines Schülers Abu Bakr ibn al-Arabi (1076-114), der den Sinneswandel al-Ghazalis, auf das Jahr 1093 datiert, Jahre vor den politischen Unruhen und mehreren Machtwechsel der Wesire. Griffel zitiert aus al-Arabis Buch: „Here he writes that when he met al-Ghazali, he had already been a practitioner of Sufism for five years. Ibn al-Arabi specifies that his teacher had ‚accepted the Sufi path (*al-tariqa al-sufiyya*) and made himself free for what it requires‘ in the year 486, which corresponds roughly to 1093. That is when al-Ghazali had put himself in seclusion (*al-‘uzla*), Ibn al-‘Arabi says, and when he had renounced all groups.“ (Griffel 2009: 42)

in seiner Schrift *Die Inkohärenz der Philosophen* theologisch hergeleitet und sie mit einem wörtlichen Verständnis der von Gott herabgesandten heiligen Schrift, des Koran, zur Doktrin verbunden. Diese theologische Interpretation wird heute von Islamwissenschaftler*innen als Beginn der Legitimation der unzertrennlichen Staats- und Religionstheorie (Arabisch: *din wa dawla*) ausgeweitet. Wobei nun neuere Forschungspublikationen zu seinen späteren Schriften zeigen, dass er kurz vor seinem Tod von dieser dogmatischen Interpretation in den drei Kernpunkten abrückte (Bertolacci 2013; Tamer 2015).

Erstens glaubte al-Ghazali, – basierend auf einer Überlieferung des Propheten Mohammads (Arabisch: *hadith*) – dass die Seele nach dem Tod in die Ewigkeit emporsteigen und sich vom Körper trennen wird. An eine, wie im Koran prophezeite, wörtliche Wiederauferstehung am jüngsten Tag glaubte er nicht mehr. Zweitens betrachtete er die Ewigkeit der Welt als erwiesen an und drittens verstand er die Allwissenheit Gottes universell und nicht partikular (Madelung 2015: 29). Zum Ende seines Lebens haben sich al-Ghazalis mystische Überzeugungen wieder Ibn Sinas Philosophie zugewandt (Goodman 2006). Al-Ghazalis frühe theologische Überzeugung vom Sultanat und den Wesiren, die für die Implementierung des islamischen Rechts im Diesseits benutzt wurde, wird von orthodoxen Theologen und religiösen Eliten weiterhin tradiert. Dieses Verständnis der unbedingten Staats-Religions-Doxa²⁰ verwenden die geistlichen Führer gemeinsam mit ihren politischen Eliten als legitime Grundlage für ihre Staatsform und manifestiert sich in seinem extremsten Fall im saudi-arabischen Königreich durch die wahabitische Rechtslehre. Heute noch wird die Rolle der islamischen Gelehrten oder aber auch allgemein die Rolle der religiösen Ergebenen, die in der Sure 39, Vers 9 folgendermaßen beschrieben wird, von Religionsgelehrten zum Zweck der Legitimation ihrer politischen Führung zitiert:

„Ist etwa einer, der (Gott) demütig ergeben ist, indem er zu (gewissen) Zeiten der Nacht sich niederwirft oder (w. und) (andächtig im Gebet) steht und sich dabei vor dem Jenseits ängstigt, (aber doch) auch auf die auf die Barmherzigkeit seines Herrn hofft (gleich einem, der nur auf das diesseitige Leben eingestellt ist)? Sag: Sind (etwa) diejenigen, die Bescheid wissen, denen gleich(zusetzen), die nicht Bescheid wissen? (Doch) nur diejenigen, die Verstand haben, lassen sich mahnen.“²¹ (Paret 2007: 323)

Mit diesem Vers erheben afghanische Religionsgelehrte heute den Anspruch, die Gesellschaft zu leiten und zu führen. Ein interviewter gemäßiger Religionsgelehrter, Prof. Kermani sagte: „Die Religion muss regieren: „°Die Herrschaft liegt in der Hand der Religion. (...) Eine islamische Regierung ist das Beste. Religion ist die Regie-

20 Als „Doxa“ definiert Bourdieu „jenes Ensemble von Thesen, die stillschweigend und jenseits des Fragens postuliert werden und die als solche sich erst in der Retrospektive, dann, wenn sie praktisch fallengelassen wurden, zu erkennen geben“ (Bourdieu 1979: 331).

21 Die Islamwissenschaftlerin Krämer weist sowohl auf den Propheten Mohammad als Siegel der Propheten in der Sure 33, Vers 40 hin, als auch auf die Sure 4, Vers 59, in der die Autoritätspersonen und das Rätssystem zwischen den Muslim*innen als Beratungssystem bei Entscheidungsfindungsprozessen involviert werden sollten (Krämer 2005: 27).

nung [Farsi: *din wa daulat hast*].²² Nach dieser Auffassung steht die Religion für eine diesseitige religiöse Rechtschaffenheit im weltlichen Kontext der alltäglichen Unmoral, die nach der Ansicht von religiösen Elitenvertreter*innen und Gelehrten in Afghanistan überhandgenommen hat. Sie verweisen in Debatten auf historische, friedlichere Zeiten und weisen auf den Zusammenhalt der islamischen Gemeinschaft (Arabisch: *umma*) hin.

Die vier „rechtgeleiteten Kalifen“ (Abu Bakr, Umar, Uthman und Ali) führten nach dem Tod des Propheten Mohammads den Titel *amiru 'l-mu'minîn* (Anführer der Gläubigen) und versuchten, die eroberten islamischen Gebiete weiter zu regieren und zu erhalten. Alle vier wurden nacheinander, nach kurzer Regierungszeit, ermordet. Krämer fasst diese dreißigjährige Regierungszeit und ihre gegenwärtigen Nachwirkungen pointiert zusammen: „Zumindest die Sunniten sehen die rund dreißigjährige Ära der ‚rechtgeleiteten Kalifen‘ Abu Bakr, Umar, Uthman und Ali (632-661) als Fortsetzung der prophetischen und verklären sie zur goldenen Frühzeit: Alles, was zu dieser Zeit geschah, war ein potenzielles ‚erstes Mal‘ und damit zugleich ein normatives Vorbild für fromme Muslime bis in die Gegenwart.“ (Krämer 2005: 27) Dieses Zitat bestätigt die von den religiös geprägten afghanischen Eliten erwähnten historischen Referenzen. Es sind drei Bezugspunkte, die grundlegend für ein legitimes orthodoxes Regierungsmodell im Sinne der religiös geprägten afghanischen Eliten sind: 1. Das rechtgeleitete Kalifat (Arabisch: *al-khulafā' u ar-rāshidūn*), 2. die Ernennung des ersten Kalifen²³ nach dem Räte- und Stammesprinzip (Arabisch: *shura* und *nasab*), 3. die generelle Idee eines frommen und somit edlen Anführers der Gläubigen (Arabisch: *amiru 'l-mu'minîn*). Im empirischen Teil wird genauer herausgearbeitet, inwiefern diese drei Grundsätze in den Regierungsführungsvorstellungen afghanischer Eliten weiterhin eine Rolle spielen.

Der folgende Vers 13 aus Sure 39 wird in Diskussionen häufig zitiert. Es handelt sich hierbei auch um ein islamimmanentes Argument, das auch im theoretischen Denkkonstrukt Ibn Rushds und Spinoza erwähnt wird: „Ihr Menschen! Wir haben euch geschaffen (indem wir euch) von einem männlichen und einem weiblichen Wesen (abstammen ließen), und wir haben euch zu Verbänden und Stämmen gemacht, damit ihr euch (auf Grund der genealogischen Verhältnisse) untereinander kennt. (Bildet euch aber auf eure vornehme Abstammung nicht zu viel ein!) Als der Vornehmste gilt bei Gott derjenige von euch, der am frömmsten ist.“ (Paret 2007: 365) In diesem Vers soll die Gotteshörigkeit und Frömmigkeit als Führungskompetenz der *umma* hervorgehoben werden. Wie Krämer richtig feststellt, spielten damals bereits Stammeszugehörigkeiten und auch Machtinteressen eine Rolle. Diese beiden Aspekte wirken bis heute auf die Regierungsstrukturen in Afghanistan, so dass sich ein Taliban-Repräsentant im Interview für die vorliegende Doktorarbeit auf seine Genealogie zum Propheten berief. Durch diese begründete er im Gespräch seine Verpflichtung – und die seiner Nachkommen – religiöse Studien zu betreiben.²⁴

22 Vgl. Interview Nr. 3, mit Kermani in seinem Büro am 3. April 2013 in Kabul: 45.

23 Der Name des ersten Kalifen war Abu Bakr bin Abi Quhafa und wird oft als der erste demokratisch gewählte Nachfolger des Propheten genannt.

24 Diese Information stammt aus dem Gedächtnisprotokoll des Interviews Nr. 36, mit Rasul am 28. November 2014 in der Türkei.

In Afghanistan gibt es neben den mehrheitlich sunnitischen Muslim*innen auch geschätzte 10 bis 15 Prozent Schiiten. Zu diesem konfessionellen Bruch innerhalb der Muslim*innen kam es unter dem vierten Kalifen, Ali bin Abi Talib, dem Cousin und Schwiegersohn Mohammads. In ihrer extremsten Form hat sich bei den schiitischen Gelehrten im Iran die Regierung der religiösen Gelehrten (Farsi: *velayat-e faqih*) als die legitimierende Staatsdoktrin für die religiöse Führung unter Ayatollah Khomeini nach der Iranischen Revolution im Jahre 1979 entwickelt. Ein auserwählter Ayatollah, gewählt aus den 86 Mitgliedern der Expertenversammlung, repräsentiert den *mahdi* (Der zwölfte rechtgeleitete Imam), der sich noch im Verborgenen befindet (Perthes 2008: 35f).²⁵ Diese religiöse Vorstellung und die Art der Regierungsorganisation bezeichnet Sinkaya als *clerical-elitism* (Sinkaya 2016). In Afghanistan gibt es zwar einen großen politischen, kulturellen und konfessionellen Einfluss der Islamischen Republik Irans auf die afghanische Bevölkerung, aber bisher keine offiziellen Bemühungen schiitischer Ayatollahs, eine *velayat-e faqih* zu gründen.

Der Exkurs über die theologischen Ansichten al-Ghazalis und Ibn Rushds Offenheit für einen vernunftorientierten Diskurs, der auch säkulare Überlegungen zuließ, sollten zeigen, dass es *per se* keine ablehnende Haltung gegen Säkularismus im Islam gab. Jedoch war es al-Ghazalis wörtliches Verständnis des Koran und die rechtgeleitete Legitimität im Diesseits, die den weltlichen gemeinsam mit den religiösen Eliten die politische Herrschaft sichern sollten. Woher dieses Verständnis der Religion als Staatsdoktrin herrührt, sollte der philosophisch-theologische Exkurs zu Ibn Rushd und al-Ghazali erhellt haben. Im Folgenden werden in einer historischen Rückblende die Säkularisierungsversuche in der Geschichte Afghanistans durchleuchtet, deren Nachwehen bis in die gegenwärtige afghanische Politik zu spüren sind.

3.1.3 Säkularisierungsversuche in Afghanistan

In Afghanistan gab es in den 1920er Jahren mit König Amanullah Khan (1919-1922) und der Erklärung der Unabhängigkeit vom Britischen Königreich (1919) Modernisierungs- und Säkularisierungsversuche. Zu den Vordenkern gehörte Mahmud Tarzi (1885-1933) und die Gruppe der sogenannten „Jung-Afghanen“.²⁶ Tarzi trieb als Au-

25 Die Islamwissenschaftlerin Amirpur hat in ihrem Aufsatz die inneriranischen und schiitischen Diskurse zu dem Konzept zur *velayat-e faqih* im Kontext der politischen Reformen und Legitimationen analysiert, wobei sie zum Ergebnis kommt, dass es vielleicht einen reformorientierten und religionskonformen Ausweg zur Demokratisierung des Landes geben könnte. Nämlich eben diese irdische Repräsentanz der erhofften Erscheinung des Erlösers als häretisch zu interpretieren und durch demokratische Repräsentant*innen zu reformieren (Amirpur 2006).

26 Die Jung-Afghanen orientierten sich an dem Modell der Jung-Türken, mit dem Ziel, die afghanische Gesellschaft mit ihren eigenen kulturellen und religiösen Werten, so wie etwa in Japan, zu modernisieren (Olesen 1995: 116-120, 126-133). In Afghanistan wurde die *Mahmud Tarzi Cultural Foundation* im Jahre 2004 gegründet, sie hat einige wichtige Schriften Tarzis dokumentiert und auch wieder unter dem Banner der afghanisch-türkischen Freundschaft seine Schriften aus der Vergessenheit gehoben. Die Gründung dieser Stiftung ist der Versuch afghanischer Intellektueller, ähnlich wie bei den ägyptischen

benminister (1919-1922) die Modernisierung des Landes durch die Einführung der Schulpflicht für Mädchen und Jungen voran, stellte in seinen Schriften Überlegungen zu einem modernen afghanischen Nationenverständnis an und publizierte seit 1911 die Zeitschrift *seraj-ul akhbar-e afghaniya* (Fackel der Nachrichten Afghanistans), die nur einen kleinen Leserkreis, aber große Wirkung hatte (Schinasi 2008).

Olesen schreibt zur Reformbewegung unter dem auch für diese Arbeit wichtigen Blickwinkel der Rolle der unterschiedlichen Eliten folgendes: „This ‚philosophy of Enlightenment‘, of which Tarzi was the foremost exponent in Afghanistan, replaced the learned (*ruhānī*) with the intellectual (*rawshanfikr*), whose ambition is to enlighten the masses (*siraj* also means ‚torch‘).“ (Olesen 1995: 118) Auch hat Tarzi, gemeinsam mit dem Emir Habibullah (1901-1919), ein modernes Bildungskonzept für die gesamte Bevölkerung entwickelt und sich bemüht, ein solches zu realisieren. Diese Bildungsreform richtete sich gegen die *policy* des Emir Abdur Rahmans, die auf der Überzeugung basierte, dass Bildung nur elitären, noblen Geistern vorbehalten sein sollte.

Anfangs war einer seiner wichtigsten Förderer Emir Habibullah, der sich von Tarzis intellektuellem Anspruch, Monarchie und Nationalismus unter dem Banner des Islam zu vereinen, mehr Legitimation für seine Herrschaft versprach (Schinasi 2008).²⁷ Die Alphabetisierungsrate, die heute bei nur 38,2 Prozent liegt (CIA The World Factbook 2016), war damals noch geringer, aber der Ruf nach Modernisierung und Öffnung des Landes gen Westen war unüberhörbar.²⁸ Tarzis Hauptaugenmerk lag darauf, Afghanistan nach dem laizistischen Vorbild der Türkei technologische Fortschritte, europäische Literatur und auch parlamentarische Neuerungen näher zu bringen. Unter der Herrschaft des Emirs Habibullah (1901-1919) während des Ersten Weltkrieges (1914-1918) verschlechterte sich die Beziehung zwischen dem Emir und den Jung-Afghanen, die sich weigerten, dem royalistischen Neutralitätsprinzip zu folgen und sich inhaltlich ein politisch motiviertes, staatliches Diktum in ihrer Zeitung vorschreiben zu lassen. Als Chefredakteure mit einem kleinen Kreis an Journalisten beharrten sie auf ihrer Haltung gegen das afghanische Neutralitätsprinzip während des Krieges und befürworteten in ihren Artikeln die Unabhängigkeit vom britischen Königreich. Wie Sims-Williams schreibt, waren die antibritischen Artikel dem damaligen Gesandten der britischen Krone ein Dorn im Auge, so dass dieser über den Emir Zensur ausüben ließ, und am 19. Dezember 1918 schließlich die letzte Ausgabe der Zeitschrift gedruckt wurde. Auch wenn die Leserschaft eine kleine war, bewertete Sims-Williams die Wirkung als politisch nachhaltig:

Intellektuellen, nach einer dunkeln Taliban-Ära (1996-2001) wieder progressive Denker*innen aus einer friedlichen Zeit aufleben zu lassen und an einen afghanischen Nationalismus zu appellieren.

27 Außerdem waren die Töchter Mahmud Tarzis mit den Söhnen des Emirs verheiratet. Tarzis älteste Tochter, Khairiya Tarzi, mit dem ältesten Sohn des Emirs, Inayatullah Khan, seine jüngere Tochter, Soraya Tarzi, mit dem später reformorientierten Amanullah Khan.

28 Es gibt keine Zahlen zur Alphabetisierungsrate der afghanischen Bevölkerung aus den Anfängen des 20. Jahrhunderts. Jedoch ist bei mehreren Forschungsarbeiten nachzulesen, dass die Zeitung *seraj-ul akhbar* nur von wenigen Angehörigen der urbanen Eliten gelesen werden konnte (Olesen 1995: 133; Gregorian 1967: 365f).

„Through insistently pointing out the disadvantages of colonial rule, the benefits of Islam, and by circulating new ideas, Tarzi made the Afghan people resent their semi-independent status. He also helped to condition the British to the idea of Afghan independence with the result that they were not unfavourable when Aman Allah demanded it in April 1919, and a third Anglo-Afghan war after the same year was concluded with a peace treaty which acknowledged that Afghanistan was from then onwards free and independent in its internal and external affairs.“ (Sims-Williams 1980: 121)

Der Versuch, eine Modernisierung des Landes voranzutreiben, ging hier von den Eliten aus und hatte die Absicht, durch eine zentrale Staatsorganisation die Macht zu sichern. Aus mehreren Quellen ist zu entnehmen, dass sich die Britische Kolonialmacht bedroht fühlte, und verschiedenste traditionelle Stämme in den Grenzgebieten zum benachbarten Britisch-Indien mit Flugblättern und Falschinformationen über das vermeintlich unzünftige Verhalten und die freizügige unislamische Kleidung von Königin Soraya während ihrer Europa-Reise von 1927 und 1928 informierte.²⁹ Die Aufstände der unterschiedlichen Stämme erfolgten bereits vor der Europa-Reise und standen im Zusammenhang mit der Wehrpflicht für jedes achte Stammesmitglied nach einem Rotationsprinzip im Falle eines Krieges. Durch die Säkularisierung des Rechtssystems und die Gesetzesvorhaben, die eine strukturierte Richterausbildung einführen wollten, fühlten sich die bisherigen religiösen Eliten bedroht.³⁰ In dieser politischen Stimmung traten die Geistlichen nun den Bauern und Stammesführern in ihren Aufständen bei. Nach diesen Gerüchten kam es zu neuen Aufständen, beispielsweise im November 1928 in Schinwar in der nordöstlich gelegenen Provinz Nangahar. Kurz darauf dankte der Modernisierer Amanullah Khan, nur sechs Monate nach seiner Rückkehr aus Europa, im Januar 1929 ab.

Ähnliche Entwicklungen ereigneten sich in Ägypten unter der britischen Krone von 1882 bis 1922, sie begannen mit einem Aufleben der Averroes'schen Aufklärung durch Rifa'a Rafi'a al Tahtawi (1801-1873). Es war der Versuch, Religion und Wissenschaft miteinander zu versöhnen, um auch Ägypten, so wie es Europa gelungen war, den Weg in die Moderne zu eröffnen (Sallah 2005). Al-Tahtawi³¹ diskutier-

29 Ein weiterer, ausführlicher Aufsatz von Gregorian beschreibt Tarzis Argumentationslinie in Bezug auf eine enge Verknüpfung zwischen Moderne und Islam. Gregorian bettet diese politischen und soziokulturellen Reformansätze in die damaligen politischen Umbrüche und Kriege im geographischen und weltpolitischen Umkreis von Afghanistan (Gregorian 1967) ein. Hier sind zu nennen: Der russisch-japanische Krieg, eine anglo-russische Konvention von 1907, die konstitutionellen Bewegungen in Persien, im Osmanischen Reich und in China (1912-1939), der Erste Weltkrieg, die März- und November Revolutionen von 1917 in Russland und die Proklamationen des 14-Punkte-Plans von Woodrow Wilson, der die Gleichheit und Selbstbestimmung aller Völker deklarierte (ebd.: 349f).

30 Eine genaue Auflistung der sozialen, kulturellen, politischen, militärischen, religiösen, ökonomischen und juristischen Reformen unter Amanullah Khans Regentschaft findet sich bei Poullada (1973: 70-79).

31 Sein Einfluss wurde in den 1990er Jahren wiederbelebt; eine im Jahre 1992 gegründete Aufklärungsvereinigung (Arabisch: *jam'iyat al-tanwir*) hat ihn mit 58 Schriften als Pionier der Aufklärung der arabischen Welt geehrt und ihm im Jahre 2002 eine Konferenz

te in seiner Abhandlung das wundersame Emporsteigen des Propheten Mohammad in den Himmel und die umgekehrte Entsendung Gabriels. In einem Aufsatz über die säkularen Entwicklungen in Ägypten fasst Sallah zusammen: „The implication of al-Tahtawi’s analysis of this miracle is that the choice is not between Islam and secularism but between Abrahamic religions and atheism. In such a context, interpretation meant for Islamic modernists that irrational elements in religion, such as miracles, must have an explanation that appeals to empirical sensibilities and natural causes as the lesser of evils if these miracles could not be denied altogether.“ (Ebd.: 18)

Der Text al-Tahtawis, auf den oft referiert wird, bezieht sich auf einen weiteren Zeitgenossen Tahtawis, nämlich Farah Antun (1874-1922). Auch sein Buch *Die Philosophie Ibn Rushds* erschien im Jahre 1903.³² Seine Ideen sorgten jedoch dafür, dass sich zwei Gruppen herausbildeten: Zur ersten Gruppe gehörte die liberal-säkulare, da sie nach einer materialistischen Sichtweise eine strikte Trennung zwischen Vernunft und Religion nach Atuns Interpretation von Ibn Rushds Schriften befürworteten. Die ägyptischen Säkularisten orientierten sich an den französischen Aufklärern, die Gewaltentrennung, Konstitutionalismus, Freiheit, Gleichberechtigung, Vernunft, eine unabhängige Justiz und Regierungsverantwortung forderten (Najjar 2004: 196).

Die zweite Gruppe waren Anhänger der traditionellen Reformbewegung von Mohammad ’Abduh (1849-1905). ’Abduh erklärt in seinem Buch *Islam ist die Religion der Wissenschaft und Zivilisation*, dass der Islam und die Moderne, wie der Titel unschwer erkennen lässt, miteinander kompatibel sind (ebd.: 196; ’Abduh 2007). Sein afghanischer Zeitgenosse und Anhänger des Säkularismus, Tarzi, hatte mit seinen zwei Büchern *Was muss getan werden?* und *Islam und Wissenschaft* aus dem Jahr 1912 die Absicht, die islamimmanente Pflicht des Strebens nach Wissen und seine Vereinbarkeit mit der Religion, theologisch und historisch zu beweisen (Gregorian 1967: 358). In Afghanistan ist weiterhin ein Diskurs über den Islam nur islamimmanent zu führen und schnell dem Vorwurf der Häresie ausgesetzt, sobald Ideen über die Trennung der Religion vom Staat öffentlich geäußert werden.

Aus diesem Grund wurde in der afghanischen Verfassung Kapitel 1, Artikel 3 eine Kompromisslösung zur Rolle des Islam gefunden: „In Afghanistan darf kein Gesetz dem Glauben und den Bestimmungen der heiligen Religion des Islam widersprechen.“ (Verfassung Afghanistans 2004: 4) Mit diesem Satz wurde zugleich eine Flexibilität als auch ein islamischer Rahmen in der Gesetzgebung gesichert, mit dem sich schließlich auch die islamischen Gelehrten der Verfassungskommission und die religiösen Kräfte der Gesellschaft identifizieren konnten. Die Ausarbeitung der afghanischen Verfassung erfolgte unter Zeitdruck und entlang verhärteter Fronten zwischen einem liberalen und dem konservativen Lager sowie unter der Einflussnahme der internationalen Gemeinschaft. Die ausgearbeitete afghanische Verfassung spiegelt nicht die generische Entwicklung der afghanischen Bevölkerung oder ihrer Re-

gewidmet (Najjar 2004: 196). Im Aufsatz Najjars findet sich eine gute Übersicht über die Entwicklung der Aufklärungsbewegung seit dem 19. Jahrhundert in Ägypten, er verweist auch auf die fundamentalistischen Widerstände durch Salafisten oder durch andere religiöse Kräfte der *Al-Azhar* Universität, die einen säkularen Staat ablehnen(-t)-en.

32 Atuns Buch erschien im Jahre 1993 im Zuge der islamimmanenten Säkularisierungsdiskurse in Ägypten als Neuauflage.

präsentant*innen wider. Mehrere Autor*innen haben die drei Etappen (*Constitutional Drafting Committee, Constitutional Committee, Constitutional Loya Jirga*) des verfassungsgebenden Prozesses analysiert (Meienberg 2012: 157-165; Rohe 2008; ICG 2003). Perspektivisch ist zu konstatieren, dass die interviewten Eliten es als Chance wahrnehmen, vor den nächsten Wahlen, so wie es im NUG-Vertrag vereinbart worden ist, eine Verfassung zu Gunsten einer*s legitimen Premierministerin*s entwickeln zu können und das gesamte Wahlverfahren mit der IEC und IECC zu reformieren, mit dem Ziel, es transparenter zu gestalten.

Zusammenfassend ist hier festzuhalten, dass die dargestellte europäische Entwicklung eines Bürgertums und einer Zivilgesellschaft das Resultat einer wichtigen Entwicklung von einer landwirtschaftlich orientierten Gesellschaft hin zu einer merkantilistischen Gesellschaftsordnung war. Sie ging in Europa mit der Reformation (1517-1618), der Aufklärung und der Säkularisierung der Gesellschaft einher, die von einigen Sozialwissenschaftler*innen als genuine Errungenschaft Europas bewertet wird; eine Ansicht, die als herrschende Lehrmeinung an vielen Universitäten gelehrt wird.³³ Diese Entwicklung führt einige Kritiker*innen zum Analogieschluss, dass diese aufklärerischen und säkularen Entwicklungen den islamischen Ländern verwehrt blieben und weiterhin bleiben werden, da dort gerade der Prozess von einer feudalen zu einer industriell merkantilistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung hin und die Idee der Aufklärung gefehlt habe. Es dürfte nun durch die vorangegangenen Darlegungen der Philosophen al-Ghazali, Ibn Rushd und Ibn Khaldun, sowie aus den historischen Parallelen aus politischer Perspektive, hervorgegangen sein, dass die Eingriffe in vor-kapitalistische Staatsformen, wie Afghanistan und Ägypten, nicht in einem weltpolitischen Vakuum stattfanden.

Vertretern der postkolonialen Sozialwissenschaftler*innen war es ein Anliegen, den oben beschriebenen akademischen Diskurs aufzubrechen. Zu ihnen gehört beispielweise Alatas, der in seinem Buch zu Ibn Khaldun zusammenfassend und hinsichtlich des hier historisch, politisch und philosophisch-theologisch dargelegten Zusammenhangs schreibt:

„What is often not realized is that the same intellectual and social upheavals that destroyed the European medieval world also destroyed the pre-capitalist political economies of other parts of the world, and that these transformations resulted in bodies of sociological literature attempting to make sense of such changes, urging for reform or revolution, and charting a new social order. The same forces that caused the decline of feudalism and the rise of capitalism in Europe

33 Zu diesem Thema schreibt Alatas, dass neben Max Weber, Émile Durkheim, Alexis de Tocqueville, Karl Marx und weiteren weißen, männlichen Sozialwissenschaftlern aus dem 19. und frühen 20. Jahrhundert auch Sozialwissenschaftler*innen aus den erforschten Kontexten selbst Eingang in die Universitäts-Curricula erhalten sollten (Alatas 2014: 153). In einem Aufsatz beschreiben Alatas und Sinha (2001) anschaulich, wie Studierende in Singapur in einem Soziologie-Seminar zum Thema Eurozentrismus auf das Thema reagierten und welche Reflexionen sie darüber anstellten. Alatas weist in seinem Buch zu Ibn Khalduns Soziologie auf alternative Texte von Autoren wie Benoy Kumar Sarkar (1914/1985), José Rizal (1912), dem indischen Reformier Rammohun Roy (1772-1833) und Harriet Martineau (1832), hin.

were behind the colonization and social transformation of the rest of the world.“ (Alatas 2014: 154)

Mit diesen sehr deutlichen Worten plädiert der Sozialwissenschaftler Alatas dafür, die künstlich erschaffenen Differenzen der historischen und ideengeschichtlichen Entwicklungen durch Studien internationaler Wissenschaftler*innen zum Objekt wissenschaftlicher Analyse zu machen. Denn einerseits habe der Kolonialismus vorhandene vor-kapitalistische Strukturen zerstört, andererseits auch durch einen expansiven Kolonialismus soziale Transformationen verursacht, auf die die Betroffenen und Intervenierten antworten mussten. Diese Antworten spiegeln sich in durchaus vorhandenen Forschungen wider, die aber vom soziologischen und politikwissenschaftlichen Kanon ausgeschlossen sind. Diese neuen Umstände warfen Fragen auf, aber die Antworten sollten nun auch von Gelehrten aus den betroffenen Regionen und auch von Wissenschaftlerinnen untersucht werden. Alatas fordert diesen Ansatz für die Didaktik der Sozialwissenschaften, und sie ist auch explizit in seinem Buch durchweg praktisch zu erfahren.

Spinozas Erkenntnisse, die über islamische Denker weitergegeben wurden, hinsichtlich eines vernunftbegabten Menschen mit einer auserwählten Elite, die anstelle der Aristokraten nun die Massen regieren sollten, schlossen sich die heute als klassische Elitentheoretiker geltenden Mosca, Pareto und Mills³⁴ an, die hier nicht eingehender dargestellt werden. Die nachfolgende Darstellung zeigt anhand der historischen Entwicklung des Elitebegriffs, inwiefern Eliten ein perpetuierendes System zur Machtsicherung geschaffen haben und was dies für den afghanischen Kontext bedeuten könnte. Welche Arten von Eliten in der Gesellschaft existieren und wie sich ihre Rollen und Funktionen in der Geschichte geändert haben, wird im nun Folgenden dargestellt.

3.1.4 Funktionseliten: Elitentheorie nach dem Zweiten Weltkrieg

Es gibt unterschiedliche Definitionen zu den Funktionen von Eliten: Machteliten, Funktionseliten, Deutungseliten, pluralistische Eliten und Wirtschaftseliten (Etzioni-Halevy 2010; Lijphart 1999; Etzioni-Halevy 1997; Keller 1991; Hradil 1987; Bourdieu 1987b). Diese unterschiedlichen Definitionen zu den Funktionen der Eliten werden für den politischen Kontext in Afghanistan fruchtbar gemacht, wobei die Elitentheorien aus dem Kontext der Transformationstheorie für den in der Politik angestrebten Konsolidierungsprozess in Afghanistan äußerst relevant sind und am Ende der Arbeit hypothesengenerierend verwendet werden.

Die modernen Elitentheoretiker*innen haben sich nach den Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges in den 1950er Jahren vom Verständnis einer herrschenden Machtelite abgewandt und ein pluralistisches Verständnis von Funktionseliten im Rahmen eines demokratischen Staatsverständnisses entwickelt (Keller 1991: 4; Mills 1957). Das Wort „Elite“ rief nun eine negative Konnotation mit dem Adjektiv „elitär“ hervor, denn ein hoher Bildungsstatus und eine akademische Ausbildung wurden nach den Erfahrungen des Holocausts nicht mehr selbstverständlich mit aufgrund

34 Das Hauptwerk C. Wright Mills ist *The Power Elite* aus dem Jahre 1957.

humanistischer Bildung erworbener Führungsqualität assoziiert. Auch in Amerika hat Donald Trump während des Wahlkampfes gegen die Eliten und insbesondere gegen das *establishment* eine erfolgreiche politische Rhetorik eingeleitet. In seiner Antrittsrede hat Trump nochmals verdeutlicht: „For too long, a small group in our nation’s capital has reaped the rewards of government while the people have borne the cost. Washington flourished, but the people did not share in its wealth. Politicians prospered, but the jobs left and the factories closed. The establishment protected itself, but not the citizens of our country.“ (Donald Trump 2017) Eine interessante Statistik des *Guardian* verweist darauf, dass es insbesondere sehr gut verdienende Wähler*innen waren, die mit Trump und der republikanischen Partei ihren Wohlstand gesichert sahen: „Of the one in three American who earn less than \$50,000 a year a majority voted for Clinton. A majority of those who earn more backed Trump.“ (Henley 2016) In diesem Artikel weist der Journalist entgegen der gängigen Wahlauswertungen darauf hin, dass neben den neuen Stimmenzuläufen vonseiten der benachteiligten und ärmeren Bevölkerungsschichten auch die etablierte Elite mit großem Vermögen der republikanischen Partei ihre Stimme gab.

Ein ähnlicher Diskurs ist in Deutschland nach einem Gastbeitrag in der Wochenzeitung *Die Zeit* von Jens Spahn, Abgeordneter des Bundestages, über die liberale Elite in bestimmten Stadtvierteln Berlins, entbrannt: „Heute erleben wir in den Biotopen unserer Großstädte eine neue Form dieser höfischen, elitären Kultur. Eine, die die sprachliche Ausgrenzung unter dem Mäntelchen kosmopolitischer Offenheit billigend in Kauf nimmt.“ (Spahn 2017) Der Politiker echauffiert sich über eine liberale Elite, die sich von der Mehrheit der Gesellschaft durch ihren distinguierten Habitus abschottet und nimmt als Angelpunkt die mangelnden Deutschkenntnisse der neuen, kosmopolitischen, „elitären Hipster“-Szene zum Anlass, um sich für das Erlernen und Pflegen der deutschen Sprache zu engagieren.

Für das Erkenntnisinteresse dieser Arbeit, in der es im empirischen Teil auch um Künstler*innen, Dozenten*innen, Journalist*innen und Studierende geht, wird anhand von zwei Punkten dieser Diskurs zur liberalen Elite weiter kritisch durchleuchtet. Diese Kritik an Eliten und dem *establishment* kommt meist aus dem *establishment* selbst, ohne tatsächlich die Machtstrukturen, Reproduktionsmechanismen und Mobilitätsstrukturen einer starken Machtelite aus Wirtschaft und Politik zu hinterfragen. Es geht um die folgenden zwei Begriffe der Eliten und des *establishments*. Zum letzteren schreibt Daxner: „Das Establishment ist eine Konstruktion. Die Zuschreibung, machtvoll oder ‚unvertretbare‘ Positionen einzunehmen, ist von Interessen getragen, die diesem Machtradius widersprechen: Establishment ist ein[e] zugeschriebene Inflexibilität, die der eigenen Politik widerspricht oder sie behindert. **Establishment bashing ist eine einfache Umschreibung von Interessenpolitik ohne Verhandlungsoffenheit im öffentlichen Raum.**“ (Daxner 2016, Herv. i. O.) Auch müsste es eine Unterscheidung zwischen einer Machtelite und einer Elite geben, die sich nicht so sehr auf einen Kapitalüberhang, sondern eher auf ein soziales und kulturelles Kapital berufen kann. Ein gutes Beispiel bietet die Avantgarde, die einen geringen Teil der Gesellschaft ausmacht und gerade nicht dem sich reproduzierenden politischen Establishment zugehörig ist. Vester beschreibt sie wie folgt:

„Eine Sonderrolle, als *kulturelle Avantgarde* spielen kleine und jüngere Milieus am linken Rand der oberen Milieus (um 5%), bestehend aus hoffnungsvollen Aufsteigern von unten und

mehr noch aus Außenseitern der Nachbarmilieus. [...] Die Avantgardemilieus haben sich lange vorwiegend moralisch artikuliert, in den idealistischen Lebens- und Politikentwürfen des ab 1968 entstandenen und heute geschwundenen ‚Alternativen Milieus‘.“ (Vester 2003: 139, Herv. i. O.)

Ein früherer Angehöriger der österreichischen Avantgarde definierte die Unterschiede bereits 1970, als Sozialwissenschaftler reflektierte er später seine politische Rolle als Teil der Avantgarde wie folgt:

„Elite‘ ist die herrschende, besitzstandswahrende Gruppierung, die zum Zwecke der Beibehaltung ihrer Privilegierungen daran interessiert ist, den Zugang zu ihr so beschränkt wie nur irgend möglich zu halten – beginnt sie zu kooptieren, oder gar zu fusionieren, muss sie damit gleichzeitig die in ihr (und sei es zeitweilig) eingetretene Krise feststellen. Demgegenüber ist ‚Avantgarde‘ eine subkulturelle Gruppierung, die danach trachtet, die Umstände ihrer stratifizierenden Privilegierungen im Laufe der Bewegung auf so viele Personen wie irgend möglich auszudehnen – etwa auch das Streben nach fundamentaler Demokratisierung.“ (Schwendter 1993: 392)

Diese hier zitierten Vertreter*innen eines neuen Verständnisses von Eliten heben hervor, dass es auch gesellschaftliche und milieuspezifische Akteure gibt, die als Eliten über soziales und kulturelles Kapital verfügen: „Ihr wesentliches Merkmal ist eine optimale Verbindung von sozialem Kapital (wer kennt wen?) und kulturellem Kapital (wer kann mitreden?) und oft, aber keineswegs notwendig und immer Geld.“ (Daxner 2016) Umso mehr musste der Elitebegriff der mit ihm einhergehenden Verantwortung und Legitimation neu überdacht werden. Jedoch begann die kritische Elitenforschung erst in den 1960er Jahren und war eng mit den anfänglichen Auseinandersetzungen der Gräueltaten des Nationalsozialismus verknüpft, die es nicht mehr erlaubte, das klassische Verständnis einer erblich prädestinierten und organisierten Elite versus einer ungebildeten und unorganisierten Masse als legitim für die weitere Staatsorganisation aufrechtzuerhalten.

Ein wichtiger und immer noch unterschätzter Einschnitt in dieses Verständnis kam von Hannah Arendt, indem sie im Jahre 1961 ihre Beobachtungen zum Prozess gegen Adolf Eichmann, dem SS-Obersturmbannführer, in Israel zunächst in der amerikanischen Wochenzeitschrift *The New Yorker* in fünf Essays veröffentlichte und dann später zum Buch *Von der Banalität des Bösen* ausarbeitete. Die Kritik an einer Bürokratie, die Menschen zu Rädchen einer Funktionsmaschinerie degradiert, klingt in Arendts Worten so: „Dass es im Wesen des totalen Herrschaftsapparates und vielleicht in der Natur jeder Bürokratie liegt, aus Menschen Funktionäre und bloße Räder im Verwaltungsbetrieb zu machen und sie damit zu entmenschlichen, ist von Bedeutung für die Politik- und Sozialwissenschaften, und über die Herrschaft des Niemand, die eigentliche Staatsform der Bürokratie, kann man sich lang und mit Gewinn streiten.“ (Arendt 1964/1986: 59, Herv. i. O.)

Natürlich wird aus Arendts Abhandlung und späteren Veröffentlichungen – wie z.B. *Macht und Gewalt* (Arendt 1971) – klar, dass sie die Bürokratie allein nicht verantwortlich für die Verbrechen macht, sondern das jeder Mensch über Richtig oder Falsch selbst entscheiden muss. Jedoch ist es der Staat, der politisches Handeln legitimiert oder sanktioniert. Es wurde in der französischen und deutschen Gesellschaft

im Mai 1968 eine Bewegung freigesetzt, die autoritäre Obrigkeitsstrukturen und Gesellschaftsmodelle hinterfragte, und gegen die Studierende, linksorientierte Bürger*innen und Avantgardist*innen rebellierte; u.a. wurde durch sie eine teilweise Entnazifizierung innerhalb der deutschen Institutionen eingeleitet.³⁵

Die bisher dargelegten klassischen Elitentheorien wurden zugunsten eines pluralistischen und funktionalistischen Elitenverständnisses abgelöst. Die Machteliten wurden nunmehr in der Theorie zumindest von den Funktions- und Deutungseliten abgegrenzt. Münkler und Llanque schreiben über Arendts Sicht zu Macht und Gewalt:

„[...] Macht trägt ihren Zweck in sich selbst und genießt daher in Arendts aristotelischer Definitionsarbeit den Vorrang gegenüber der Gewalt, die nur Mittel zum Zweck sein kann. Macht bedarf daher keiner Rechtfertigung; denn jede politische Ordnung die durch die Verbannung physischer Gewalt aus ihrem Geltungsbereich eine Friedensordnung ist, trägt ihre Rechtfertigung in sich. [...] Damit schließt Arendt für die Politik, der es um die Gründung freiheitlicher Institutionen gehen soll, Gewalt aus, auch wenn sie durch Deutungseliten gerechtfertigt wird.“ (Münkler/Llanque 2002: 1229)

Für Konfliktgesellschaften ist der zweite Analogieschluss des Zitates äußerst relevant: Wenn Eliten ihre Herrschaft über die Gewalt legitimieren, dann kann dies nur über einen bestimmten Zweck aufrechterhalten werden.³⁶ So schrieb Arendt bereits in den 1970ern: „Man kann Macht durch Gewalt ersetzen, und dies kann zum Siege führen, aber der Preis solcher Siege ist sehr hoch; denn hier zahlen nicht die Besiegten, der Sieger zahlt mit dem Verlust der eigenen Macht.“ (Arendt 1971: 55) Aus diesem Grund sei die Dekolonialisierung Indiens von Großbritannien und Algeriens von Frankreich ein richtiger Schritt gewesen. Weiter zitiert Arendt den von Lord Comert verwendeten Begriff des „Bumerang-Effektes“, womit gemeint ist, dass im Zeitalter des Imperialismus eine durch den Westen errichtete Gewaltherrschaft einen Gegenschlag der Bevölkerung auslösen könnte (Arendt 1971: 55). Die Gefahr eines Bumerang-Effektes lässt sich auf die gegenwärtigen Interventionen im Irak (2003) und Afghanistan (2001) übertragen, oder aber auch weiter in die Vergangenheit auf die Grenzziehungen im Nahen Osten durch das Sykes-Picot Abkommen aus dem Jahre 1916. In jedem Fall bereitet das Ende des Zweiten Weltkrieges den Weg zu kritischen Fragen in Bezug auf das Verhältnis der Eliten zu den Massen und hinsichtlich der Rolle der Eliten im Allgemeinen.

Die Elitenforscher der 1950er Jahre widmeten sich überwiegend einer horizontalen Analyse der Machtverteilung, die sicherlich im Rahmen der gegebenen Verhält-

35 Das Auswärtige Amt wurde jedoch unterhalb der Staatssekretärebene bis in die 1980er Jahren weiterhin als nationalsozialistisch geprägte Hochburg beschrieben. Der ehemalige stellvertretende Hochkommissar Frankreichs in Bonn, Arnaud Bérard, schrieb im September 1950, dass mindestens die Hälfte der Beamten des Auswärtigen Amtes ehemalige Nationalsozialisten seien, zu denen „43 ehemalige aktive SS-Mitglieder und 17 frühere SD- und Gestapo-Mitarbeiter“ zählten (Herbert 2010).

36 Wichtig ist die Parallele zum Begriff des Friedens, der genauso wie der Begriff der Macht für sich absolut sei (Arendt 1971: 52).

nisse, insbesondere der politischen, Zeit legitim war. Für die US-amerikanischen Verhältnisse und das Wirtschaftswachstum nach dem Zweiten Weltkrieg in den 1950er Jahren konstatierte C. Wright Mills (1916-1962)³⁷, dass eine Machtelite insbesondere drei Bereiche kontrollierte: Politik, Wirtschaft und Militär. In allen drei Bereichen sind die Schlüsselpositionen von einer Minderheiten-Oligarchie kontrolliert und kooperieren einerseits miteinander, aber sie stehen auch in einer unbequemen Beziehung zueinander (Mills 1957: 276). Mills beschreibt die Machtelite mit seinen Worten wie folgt:

„The conception of the power elite and of its unity rests upon the corresponding developments and the coincidence of interests among economic, political, and military organizations. It also rests upon the similarity of origin and outlook, and the social and personal intermingling of the top circles from each of these dominant hierarchies. This conjunction of institutional and psychological forces, in turn, is revealed by the heavy personnel traffic within and between the big three institutional orders, as well as by the rise of go-betweens as in the high-level lobbying.“ (Ebd.: 292)

Mills Strukturanalyse lässt es zu, Parallelen zur afghanischen Gesellschaftsstruktur zu ziehen. Die politischen, militärischen und ökonomischen Eliten versuchten sowohl innerhalb ihrer Sphären ihren Einfluss voreinander zu behaupten als auch gleichzeitig den Einfluss ihrer jeweiligen Sphären auszubauen.

Diesem Elitentheoretiker folgten Wissenschaftler*innen, die die vertikalen Systemstrukturen analysierten, da versprochene Chancengleichheit nach dem Leistungsprinzip und Erfolg in einem scheinbar egalitären Bildungssystem nicht nur von der eigenen Leistung abhängt, sondern von vielen weiteren Faktoren. Moderne Elitenforscher*innen wie Pierre Bourdieu, Peter Imbusch, Ursula Hoffmann-Lange, Stefan Hradil und Michael Hartmann wenden ein, dass die pluralistischen Funktionseliten keine Garanten für eine egalitäre und gerechte Herrschaftsstruktur darstellen (Hartmann 2004; Hradil/Imbusch 2003). Eine „horizontale gesellschaftliche Integration“ (Hoffmann-Lange 2003) kann nicht als direktes Ergebnis einer pluralistischen Gesellschaft vorausgesetzt werden. „Die Problematik lässt sich theoretisch nur durch das Postulat eines Wertkonsens[es] über die Prinzipien kollektiver Entscheidungsfindung lösen.“ (Hoffmann-Lange 2003: 116) Wie Hoffmann-Lange weiter ausführt, steht im Zentrum der Analyse die Frage, wie die unterschiedlichen Eliteninteressen in Konflikten ausgehandelt werden und wie ein Konsens erreicht werden kann. Hier spricht Hoffmann-Lange in der Tradition der Funktions- und Deutungseliten, er bezieht sich weniger auf Machteliten, um demokratische Entscheidungsfindungsprozesse zu regulieren. Bei der Aushandlung von Interessenkonflikten unter den afghanischen Eliten, die in Kapitel 6 und 7 untersucht werden, sollte ein Minimum an „kol-

37 Zu weiteren wegbereitenden Elitentheoretikern, die die Funktionseliten erklärt haben, zählen beispielweise die deutschen Soziologen Karl Mannheim (1893-1947) und Ralf Dahrendorf (1929-1958), sowie die amerikanischen Soziologen Harold D. Lasswell (1902-1978) und Robert Dahl (1915-2014). In Hartmanns Buch gibt es einen sehr guten einführenden Überblick über die Unterschiede und Gemeinsamkeiten dieser Elitentheoretiker (Hartmann 2004: 43-60).

lektiv bindende[n] Entscheidungen“ (ebd.: 116), die auf einem gewissen Wertekonsens beruhen, vorhanden sein. Hier ist Bourdieus Ökonomiemodell als gesellschaftliche Strukturanalyse für die nachfolgende Analyse der afghanischen Eliten hilfreich (Kap. 5.1 *Ökonomisches, kulturelles, soziales und symbolisches Kapital*).

3.1.5 Die islamischen und europäischen Elitentheoretiker im afghanischen Kontext

An dieser Stelle werden die Zusammenhänge der vorgestellten islamischen Theologen Ibn Rushd, al-Ghazali und den westlichen Funktionseleiten, wie Hradil und Hartmann zu den empirischen Fällen in der Arbeit präzisiert und vorab in den Zusammenhang der Hypothesen gestellt. Ibn Rushds Auffassung eines vernunftbegabten Menschen, bezog sich als Philosoph nach neueren Forschungserkenntnissen auf eine auserwählte Elite bzw. im damaligen historischen Kontext auf Schüler der Theologie, die durch drei Eigenschaften bereits prädestiniert seien, die Koranexegese zu praktizieren: Intelligenz, Gerechtigkeitssinn und Tugendhaftigkeit (Averroes 2009: 15). Wie bereits dargelegt hat der islamische Aristoteliker mit seinen Werken und Übersetzungen dem Frühaufklärer Spinoza den Weg zum frühaufklärerischen Menschenbild geebnet.

Im Folgenden wird klarer hervorgehen, inwiefern die aristotelische „Elitentheologie“ für die Untersuchung der afghanischen Patronage-Klientel-Netzwerke relevant ist. Die Überzeugung eines vernunftbegabten Menschen, erlaubt es nach Ibn Rushd einer auserwählten Elite, eine sinnbildliche Exegese der von Gott entsandten Worte zu betreiben und den methaphorischen Sinn der religiösen Schrift innerhalb einer auserwählten Elite zu debattieren.

Im afghanischen Elitenkontext diskutieren die religiösen Eliten eine sinnbildliche Interpretation weder in der Öffentlichkeit noch im Verborgenen, da andersdenkende religiöse Religionsgelehrte direkt dem Vorwurf der Apostasie ausgesetzt sind und mit der Todesstrafe rechnen müssen. Aus diesem Grund wird weiterhin mehrheitlich das konforme Religionsverständnis der hanafitischen, der dschafaritischen oder ismaelitischen Religionsschule – so wie es al-Ghazali zu Anfang seiner Lehrjahre auch vorgegeben hatte – in einem wortwörtlichen Sinne gelehrt. Die von mir interviewten Eliten stehen alle sowohl für die in frühen Jahren von al-Ghazali propagierte und dann an der Nizamiyya-Schule unterrichtete wortwörtliche Auffassung des Koran als auch für die Religions-Politik-Doxa im Diesseits. Die wortwörtliche Wiedergabe mit seinen Vorgaben für das fromme Leben im Diesseits wird bei den primären, über die sekundären und tertiären Bildungsinstitutionen weiterhin unterrichtet und eine säkulare Staatsform wird von der Mehrheit der afghanischen Religionsgelehrten und Mujaheddin-Eliten abgelehnt.

Die Auswertung der Interviews mit den religiös-konservativen Eliten führte zur 4. und 9. Hypothese, die die oben zugespitzten Beschreibungen im Laufe der empirischen Analyse bestätigen: Die Werte, Weltanschauungen und Normvorstellungen der Pre-1978er Eliten werden von der jüngeren afghanischen Generation in ihrer eigenen Interpretation in ihre Lebenswirklichkeit übersetzt *oder* eher als „westlich“ und anti-islamisch abgelehnt und uminterpretiert; Der Theologie-Dozent repräsentiert eine junge Generation einer gut ausgebildeten Elite, die islamkonforme Relevanzstruktu-

ren durch ihre islamisch-theologische Deutungskompetenz an die nächsten Generationen mit identitätsstiftendem Selbstbewusstsein, höchst politisiert durch eine Staats-Religions-Doxa tradiert und sogar in einen internationalen Kontext mit anderen islamistischen Bewegungen setzt.

Nichtdestotrotz existiert bis heute Ibn Rushds Elitenansatz in abgewandelter Form weiter und wurde vom reformorientierten Talib, Juwand, im Interview (in Kap. 6.5.3 *Narrative und Dynamiken der Freund-Feind-Rhetorik*) thematisiert. Als Abkömmling des Propheten Mohammad (Arabisch: *sayyid*) betrachtet er für seine Kinder eine religiöse Ausbildung für obligatorisch. Diese Ansicht weist Parallelen zu den drei bereits zitierten Koranversen³⁸, in denen die religiöse Leitung den Frommsten zugesprochen wird. Aus einem weiteren Interview mit dem Religionsgelehrten Akbar in Kapitel 6.2 *Die habituelle Kleidung als Zündstoff und die feinen Unterschiede* wird auch hervorgehen, dass er die Sure 39, Vers 9 so interpretiert, dass die wissenden Gelehrten als Wegweiser in der Gesellschaft agieren sollten und dies auch heute genau den göttlichen Vorschriften von Staatsführung entspräche. Diese Auffassungen einer auserwählten Elite für die religiösen Interpretationen haben sich jedoch insofern von Ibn Rushds aristotelischer Exegese entfernt, als dass sie nicht von einem vernunftbegabten Menschen ausgehen, sondern einer Religionselite, die sich genealogisch auf den Propheten Mohammad berufen können oder eine klassisch-theologische Ausbildung an der sunnitisch-ägyptischen *Al-Azhar* Universität erhalten haben.

Im gegenwärtigen Afghanistan fordern islamische Gelehrte eine islamische Demokratie und sehen sie zu einem gewissen Grad in der afghanischen Verfassung durch Artikel 3 verankert, der besagt: „In Afghanistan darf kein Gesetz dem Glauben und den Bestimmungen der heiligen Religion des Islam widersprechen.“ (Verfassung Afghanistans 2004, Kap. 1, Art. 3: 4) Jedoch sind säkulare Staatsvorstellungen nach Spinozas frühaufklärerischen Analogieschlüssen zugunsten eines vernunftbegabten Menschen innerhalb demokratischer Strukturen bei den religiös-konservativen Eliten Afghanistans nicht vorstellbar. Nur ein Interviewpartner, der als Ökonom an der Universität Kabul unterrichtet, hat auf Nachfrage zugegeben, dass er sich eine säku-

38 Sure 39, Vers 13: „Ihr Menschen! Wir haben euch geschaffen (indem wir euch) von einem männlichen und einem weiblichen Wesen (abstammen ließen), und wir haben euch zu Verbänden und Stämmen gemacht, damit ihr euch (auf Grund der genealogischen Verhältnisse) untereinander kennt. (Bildet euch aber auf eure vornehme Abstammung nicht zu viel ein!) Als der Vornehmste gilt bei Gott derjenige von euch, der am frömmsten ist.“ (Paret 2007: 365)

Sure 16, Vers 125: „Ruf (die Menschen) mit Weisheit und einer guten Ermahnung auf den Weg deines Herrn und streite mit ihnen auf eine möglichst gute Art (oder: auf eine bessere Art (als sie das mit dir tun) ?).“ (Ebd.: 195)

Sure 39, Vers 9: „Ist etwa einer, der (Gott) demütig ergeben ist, indem er zu (gewissen) Zeiten der Nacht sich niederwirft oder (w. und) (andächtig im Gebet) steht und sich dabei vor dem Jenseits ängstigt, (aber doch) auch auf die auf die Barmherzigkeit seines Herrn hofft (gleich einem, der nur auf das diesseitige Leben eingestellt ist)? Sag: Sind (etwa) diejenigen, die Bescheid wissen, denen gleich(zusetzen), die nicht Bescheid wissen? (Doch) nur diejenigen, die Verstand haben, lassen sich mahnen.“ (Ebd.: 323)

lare Staatsform wünscht, aber die Islamisierung innerhalb der akademischen Curricula sicher durchgesetzt hat und der Universitätscampus von der Islamisierung geprägt ist (Kap. 6.4 *Sprache als Teil kultureller und politischer Identitäten*). Dieser Interviewpartner, Jahaangir, ist ein furchtloser Befürworter der Meinungsfreiheit und des Säkularismus, weshalb er von Islamisten mit dem Tode bedroht wird. Von einer Ibn Ruschd'schen, sinnbildlichen oder historischen Interpretation des Korans oder der Prophetenüberlieferungen haben sich die konservativ-traditionellen Eliten weit entfernt und andersdenkende Funktionseliten, wie Journalist*innen, Akademiker*innen riskieren nur selten ihren erlangten sozialen Status oder ihr Leben für ihre säkularen Einstellungen.

Ein Sprung zu den zeitgenössischen, kritischen Elitentheoretikern, wie Hradil und Hartmann, die in komplexen und modernen Gesellschaften von den sogenannten Funktionseliten schreiben, werden bei der Analyse der Sozialstruktur der unterschiedlichen, afghanischen Elitesektoren angewendet. Hradils kritisches Lebensstilkonzept bietet auch für Afghanistan ein umfassenderes Analyseraster für die bisher auf die Klassen- und Schichtkonzepte fokussierten Erklärungsmuster (Hradil 2001: 282). Hradils Untersuchungsmodell eröffnet die Möglichkeit mehrdimensionale soziale Ungleichheitsphänomene innerhalb der sozialen Milieus zu untersuchen und über die zweidimensionalen Untersuchungsstrukturen von Schicht- und Klassenmodellen hinaus der komplexer gewordenen Gesellschaftstrukturen mit ihren Milieuüberschneidungen präziser zu erfassen. Neben den bisherigen vertikalen Untersuchungsmerkmalen sollten nun auch miteinander- und nebeneinander verwobene Lebenslagen untersucht werden. Als Lebenslage definiert Hradil die „Gesamtheit ungleicher Lebensbedingungen eines Menschen, die durch das Zusammenwirken von Vor- und Nachteilen in unterschiedlichen Dimensionen sozialer Ungleichheit zustanden kommen“ (Hradil 1999: 40). Dies bedeutet für den Sozialwissenschaftler Hradil neben dem Einkommen und der Bildung auch die Dimensionen wie Gender, Wohnsituation, ethnische Zugehörigkeit, Freizeitmöglichkeiten, Arbeitsbedingungen, soziale Sicherheit, Gesundheits- und Altersvorsorge und die gesamte Lebensqualität mit in die gesellschaftliche Strukturanalyse und die ungleichen Lebens- und Handlungschancen der Menschen miteinzubeziehen. Diesem Hradil'schen mehrdimensionalen Analyseansatz werde ich im Kernstück der Arbeit zunächst durch die soziokulturelle und anthropologische Beschreibung der Arbeits- und Wohnverhältnisse der interviewten Eliten, und dann durch die Wiedergabe und Analyse der Interviewinhalte gerecht.

Im Vergleich zu Hradils Forschungen könnte eingewendet werden, dass Afghanistan keiner klassischen modernen und industrialisierten Gesellschaft entspricht, jedoch haben bereits moderne gesellschaftliche Phänomene Einzug gehalten, die philosophisch als die bereits zitierte Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen beschrieben werden können. In der vorliegenden Analyse der afghanischen Eliten, wird dieser mehrdimensionale Ansatz auch angewendet und führt insbesondere bei den afghanischen Kultur- und Medieneliten zu interessanten Ergebnissen, da sie mehreren sozialen Milieus angehören und ihre Einschätzungen zu ihrer eigenen Lebensqualität auch Aufschlüsse hinsichtlich ihrer Werte und Weltanschauungen eröffneten. Viele dieser interviewten Elitenvertreter*innen aus Kunst und Medien könnten sich ins sichere, westliche Ausland absetzen, aber wählen gezielt ein Leben in Afghanistan unter erschwerten und gefährlichen Bedingungen. Diese afghanische Wahlheimat bringt die meisten Elitenvertreter*innen in paradoxe Lebensumstände, die anhand der Be-

schreibungen zu ihrer Lebenssituation, den Diskrepanzen zu ihrem dargelegten Handlungsrahmen und ihrer „tatsächlichen“ Handlungspraxis im Laufe der Arbeit immer wieder evident werden und die in der 7. Hypothese zusammengeführt wurden:

7. Hypothese: Die Elitenvertreter*innen aus Kunst und Medien sind als Teil der Mittelschicht ein Bindeglied zwischen den Super-Eliten aus Politik und Wirtschaft und der afghanischen Bevölkerung, weshalb sie federführend dazu beitragen könnten, dass sich pazifizierte Raumfigurationen bilden. Diese Eliten könnten die Mobilitätswege auf horizontaler und vertikaler Ebene öffnen.

Diese für den afghanischen Kontext positive Perspektive einer Mittelschicht mit einer Mittler-Rolle stellt sich jedoch beispielsweise die 10. Hypothese als Entwicklungshemmer entgegen:

10. Hypothese: Die politischen Eliten forcieren konfessionelle Unterschiede, um die Vorwärtsdynamiken der Gewalt für die neopatrimonialen Strukturen über weitere Generationen erhalten zu können.

Beide hier nacheinander zitierten Hypothesen bestätigen Hradils Beobachtungen moderner Gesellschaften, in denen es nicht nur vertikale Unterschiede zwischen den Schichten gibt, sondern auch auf horizontaler Ebene innerhalb der sozialen Milieus:

„Deshalb scheint es angebracht, in einer ‚zeitgemäßen‘ Konzeption des Gefüges sozialer Ungleichheit zwischen Struktur- und Individualebene eine ‚mittlere Ebene‘ vorzusehen, wo milieuspezifische Prozesse anzusiedeln sind, die möglicherweise als ‚Filter‘ oder ‚Verstärker‘ für strukturelle Ausgangslagen wirken, und so die individuelle Relevanz von Strukturbedingungen erst prägen.“ (Hradil 1983: 114, Herv. i. O.)

Die Untersuchungen der Werte- und Normvorstellungen der unterschiedlichen Eliten haben Rückschlüsse auf die Relevanzstrukturen erlaubt, die in den jeweiligen sozialen Milieus, wie bereits oben dargelegt, zum wichtigen Bestandteil der Untersuchung geworden sind, um die diametralen gesellschaftlichen Prozesse in der Kriegsgesellschaft darlegen zu können und analysieren zu können.

An mehreren Stellen des empirischen Teils der Arbeit wird auch hervorgehen, inwiefern Hartmanns Studien, die für Deutschland, Frankreich, Japan und die USA die Korrelation von sozialer Herkunft als prognostizierbaren Indikator für die spätere soziale Position bewiesen, auch im afghanischen Elitenkontext zur Anwendung kamen (Hartmann 2004). In seinen empirischen Untersuchungen untersucht er die Kerneliten aus Wirtschaft, Politik, Verwaltung, Justiz, Militär, Wissenschaft, Medien, Gewerkschaften, Kirche) (Hartmann 2013: 28-33).

Der Elitenforscher Hartmann gilt als einer der zeitgenössischen kritischen Eliten-theoretiker, da er weder davon ausgeht, dass eine gerechte Auslese über einen generell, offenen Zugang zu (Elite-)Schulen und (Elite-)Universitäten gibt noch ein gerechter Ausfilterungsprozess über die Leistungen der zukünftigen Eliten in den unterschiedlichen Bereichen eines Staates besteht (ebd.: 48). Hartmann hat für Großbritannien, Japan, Frankreich, den USA und Deutschland einen starken Zusammenhang zwischen der sozialen Herkunft und dem gemeinsamen Bildungsweg für die späteren

beruflichen Perspektiven und das Bestehen der Auswahlprozesse im Wirtschafts-, Justiz-, Regierungs- und Beamtenbereich in unterschiedlichen Schattierungen und Graden der jeweiligen Länder nachweisen können. Die Rekrutierungs- und Auswahlmechanismen gehen je nach Land und je nach gesellschaftlichem Sektor mehr oder weniger über die sozialen Netzwerke der Elterngeneration, die finanziellen Abhängigkeiten der jeweiligen Universität und einen wichtigen klassenspezifischen Habitus.

Auch im afghanischen Kontext bestimmt der sozioökonomische Status der Eltern oder generell die wirtschaftliche Situation der Bewerber*innen um die knappen Universitätsplätze, Stipendien, Regierungspositionen maßgeblich über den beruflichen Erfolg. Hinzu kommen jedoch auch die ethnopolitischen Patron-Klientel-Verhältnisse, die Teil eines lukrativen neopatrimonialen Systems sind, die nach Bourdieu'scher Theorie um die vier unterschiedlichen Kapitalsorten (ökonomisches, kulturelles, soziales und symbolisches) im sozialen Feld miteinander konkurrieren und korrelieren. Diese Beobachtungen führten zur 11. Hypothese:

11. Hypothese: Nach der Bourdieu'schen Ökonomie der Praxis führt dieses Phänomen des erlangten institutionellen Kapitals mit dem Ausbleiben des symbolischen und wirtschaftlichen Kapitals zu hohem Frustrationspotenzial, das von politischen Elitenvertreter*innen leicht für ihre eigenen Interessen mobilisiert werden und zu politischen Radikalisierungen führen kann.

Entgegen Hartmanns Untersuchungen, die im deutschen Kontext das Großbürgertum in vielen gesellschaftlichen Sektoren, vor allem jedoch der Wirtschaft und der Justiz in Führungspositionen sehen, kann in der afghanischen Sozialstruktur weder ein klassisches Großbürgertum, oder Bürgertum noch eine Arbeiterklasse identifiziert werden (Hartmann 2004; Hartmann 2015), um die zunehmenden Ungleichheiten in den sozialen Milieus zu erklären. Die sozialen Milieus sind vielmehr im Entstehen und innerhalb der Kriegsgesellschaft wurden die Hauptprotagonisten der Kriege, wie Kriegsherren, afghanische Vertragspartner der Intervenierenden im Wiederaufbau-sektor und bestimmte ethnopolitische Führungspersonen gefördert und während der ersten Jahre des Staatsaufbaus installiert. Wie diese Netzwerke funktionieren, haben die Eliten selten in den Interviews erklärt, aber sie weisen in ihrer Handlungspraxis durch die Auswahl ihres Personals, die Rekrutierungsmechanismen im Bildungsbereich (Stipendien, Noten- und Studienplatzvergabe) und den gesponnenen Klientel-Patronage-Netzwerken Parallelen zu den Beobachtungen von Hartmann auf (Hartmann 2006). In diesem Zusammenhang ist auch hervorzuheben, dass in einer höchst volatilen Gesellschaft, zu der Afghanistan nun seit dem Einmarsch der Roten Armee sukzessive geworden ist, der Faktor des Vertrauens gegenüber Angestellten und der Vergabe von einflussreichen Positionen in der Wirtschaft, Politik und den Medien eine essenzielle Überlebensstrategie der herrschenden Eliten und dem gegenseitigen Abhängigkeitsverhältnis mit der jeweiligen Klientel sowie Teil des neopatrimonialen Systems geworden ist. Hartmann zitiert in seinen Untersuchungen einen Topmanager: „Die ausschlaggebende Bedeutung der ‚richtigen Chemie‘ oder des ‚Bauchgefühls‘ hängt wesentlich mit dem Bedürfnis zusammen, sich mit Personen zu umgeben, denen man vertrauen kann.“ (Hartmann 2004: 140) Dieses Vertrauen wird im wirtschaftlichen und politischen Bereich entgegen der gängigen Strategie die ethni-

schen Ressentiments zu schüren, für die eigenen finanziellen und machtpolitischen Partikularinteressen außen vor gelassen. Die zur Kabul-Bank-Affäre nachgezeichneten Verstrickungen zwischen der Politik und Wirtschaft in Kapitel 6.4.2 *Macht- und Geldinteressen* sind wichtiger als ethnische Zugehörigkeiten werden die nachfolgende Hypothese nachvollziehbar machen.

8. Hypothese: Die neopatrimonialen Netzwerke agieren auf den oberen Ebenen ethnopolitisch übergreifend, um ihre Positionen innerhalb einer liberalen Oligarchie zu festigen.

In Afghanistan ist der „klassenspezifische Habitus“ (Hartmann 2004: 140) auch bei der Auswahl des Wohnviertels relevant. Ein liberaler Journalist, Omid, hat zugegeben, dass er sich genau dieses Viertel in Kabul ausgesucht habe, weil die Bewohner*innen seiner Ethnie und seiner Konfession angehören und mehrheitlich seiner eigenen Physiognomie entsprechen. „Wenn zum Beispiel aus ethnischer Perspektive ein Hasara unter den Hasara lebt, fühlt er sich wohl und hat ein Gefühl der Sicherheit, auch wenn er vollkommen andere Ansichten pflegt. Weil er Hasara ist, wegen seines Gesichts, wegen seiner ethnischen Zugehörigkeit, werden sie ihn schützen, auch er wird sie schützen, bei den Tadschiken verhält es sich genauso.“³⁹ Sein indirektes Eingeständnis selbst zur ethnischen Teilung der Hauptstadt Kabul beizutragen ist ein weiteres Indiz dafür, dass sich Hartmanns Beobachtungen zu den Auslesekriterien in gewaltgeladenen Gesellschaften in zugespitzter Weise ausformen können. Dieses Phänomen wird sich auch im Laufe der Arbeit entlang der Interessenkonflikte zwischen den ethnopolitisch motivierten politischen Elitenvertreter*innen zu erkennen geben. Vorweg genommen sei hier die zentrale Hypothese aus dem empirischen Teil der Arbeit, die zu Hartmanns Studien der Wirtschafts- und Politik-Eliten Parallelen aufweist:

1. Hypothese: Aus diesen hier dargelegten instabilen und flexiblen Koalitionen geht hervor, dass in Afghanistan uneinige Eliten mit ethnopolitischen Patron-Klientel-Verhältnissen in einem profitablen neopatrimonialen Netzwerk herrschen. Aufgrund der Interessen einer liberalen Oligarchie werden in dieser Interventionsgesellschaft vornehmlich von politischen und wirtschaftlichen Eliten bewusst Gewaltdynamiken aufrechterhalten.

Vorausblickend und als Verständnisbrücke wurden für die Leser*innen die theoretischen Parallelen an der Oberfläche aufgeworfen, so dass sie über den empirischen Kern und die Forschungsergebnisse aus den drei afghanischen Städten, Kabul, Mazar-e Sharif und Herat in ihrer Tiefe besser zu verstehen sein werden.

Einer der wichtigsten theoretischen Zugänge bietet Bourdieus anthropologische Soziologie, die noch spezifischer und methodisch präziser in die reproduktiven Rekrutierungsmechanismen in einem ökonomisch bestimmten (Macht-)Feld den Blick auf die Lebenswelt auch für afghanische Eliten eröffnen wird.

39 Vgl. Interview Nr. 8, mit Omid in seiner Redaktion am 6. April 2013 in Kabul: 102.

3.2 BOURDIEUS HABITUS-BEGRIFF UND VERSTÄNDNIS DER LEBENSWELT

Bourdieu's soziologische Arbeiten begannen Mitte der 1950er Jahre während des algerischen Befreiungskrieges (1954-1962) (Bourdieu 1962). Er wurde als Wehrpflichtiger, kurz nach der Beendigung seines Studiums der Philosophie an der Eliteuniversität *Ecole Normale Supérieure*⁴⁰ in diesen Krieg geschickt.⁴¹ Seine zahlreichen Forschungsergebnisse und Publikationen sind hinreichend bekannt und bereits in der Sekundärliteratur verwertet, erklärt und auch in unterschiedlichsten Fachbereichen (z.B. Archäologie, Betriebswirtschaft) angewendet worden. Dennoch werden hier ein paar Punkte seines wissenschaftlichen Schaffensprozesses, Modelle und grundsätzliche Termini für die nachfolgende empirische Analyse skizziert; u.a., um zu zeigen, warum gerade Bourdieus anthropologische Soziologie für die Konfliktsituation Afghanistans herangezogen wird. Besonders seine anthropologische Soziologie bietet ein Instrumentarium auf der System- und Akteursebene, das es erlaubt, die Lebenswelt⁴² von Akteuren zu analysieren.⁴³

40 Hartmann beschreibt im Kapitel *Nationale Bildungssysteme und Elitenrekrutierung* am Beispiel von Frankreich, Großbritannien und den USA, inwiefern die Auslese bereits in Schulen und Hochschulen durch die soziale Herkunft bestimmt ist und den Schlüssel zu den Führungspositionen in Wirtschaft, Politik, Verwaltung, Justiz und Wissenschaft aushändigt oder eben nicht herausgibt (Hartmann 2004: 109-152).

41 Über seine Zeit als Wehrpflichtiger, seine anfänglichen soziologischen Arbeiten, seine Reflexionen über die Husserl'sche Lebenswelt, insbesondere seine reflexive Position als französischer Wissenschaftler und ehemaliger Wehrdienstleistender während der Bürgerkriegsjahre und der algerischen Freiheitsbewegung hat er zusammenfassend im Aufsatz „Algerian landing“ geschrieben (Bourdieu 2004).

42 Edmund Husserl (1859-1938) definierte den Begriff Lebenswelt in seinem letzten Werk *Die Krisis der europäischen Wissenschaften und die transzendente Phänomenologie* im Jahre 1954: „Es gehört zu den allem wissenschaftlichen Denken und allen philosophischen Fragestellungen vorausliegenden Selbstverständlichkeiten, dass die Welt ist, immer im Voraus ist, und dass jede Korrektur einer Meinung, einer erfahrenden oder sonstigen Meinung, schon seiende Welt voraussetzt, nämlich als einen Horizont von jeweils unzweifelhaft Seiend-Geltendem, und darin irgendeinen Bestand von Bekanntem und zweifelloses Gewissem, mit dem das ev. als nichtig Entwertete in Widerspruch trat.“ (Husserl 1976: 112f) Auch in den posthum veröffentlichten Schriften lassen sich weitere Überlegungen zum Begriff „Lebenswelt“ nachlesen (Husserl 2008). Wichtig sind auch seine Ansichten über anthropologische Untersuchungen im Kongo oder in China. Er war der Auffassung, dass die Lebenswelt der Menschen des jeweiligen Landes als eine eigene Wahrheit und Tatsache bestehen und anerkannt werden sollte (Husserl 1976: 146). Später wurden seine Definitionen zur Lebenswelt von seinem Schüler Alfred Schütz übernommen, die dieser in seinen anthropologischen Studien benutzte, um durch die Phänomenologie dem Handeln und sozialen Beziehungen einen Sinn zu geben.

43 Daxner weist in einer Fußnote darauf hin, dass zwar sowohl Jürgen Habermas als auch Bourdieu den Begriff „Lebenswelt“ von Edmund Husserl (1859-1938) verwenden. Der wahre Husserlianer sei aber Bourdieu, denn er würde keine Unterscheidung zwischen Pra-

Daxner hat bereits in wegweisenden Stichpunkten festgehalten, welche Bourdieu'schen Termini im Zusammenhang von Analysen innerhalb von Konfliktgesellschaften relevant sein können:

„Wenn wir also auf Bourdieu als einen entscheidenden Anreger unserer Überlegungen verweisen, dann wegen der im Folgenden in Stichworten aufgeführten Theoriestücke:

- die Annäherung an die ‚Intervenierten‘,
- die Bedeutung von Körper(lichkeit) für soziale Zusammenhänge,
- das Verhältnis von Empathie und Distanzierung (Objektivation),
- die Habitustheorie, inklusive Hexis und Hysteresis,
- die Theorie der Kapitalien (ökonomisch, kulturell, sozial) und das Prinzip der Relationalität,
- die Fragen der Ungleichzeitigkeit bei Konzepten wie ‚Ehre‘, Geschmack und Modernisierung, [...]“ (Daxner 2010: 92)

Alle von Daxner aufgeführten Termini werden im empirischen Teil zu den afghanischen Elitenkonstruktionen wieder aufgegriffen. Ein paar größere theoretische Denkansätze werden bereits hier kurz zur besseren Orientierung skizziert. Der junge, ursprünglich im Fach Philosophie ausgebildete Wehrdienstleistende und später als Assistent an der Universität Algier angestellte Bourdieu nutzte seine Zeit, die Lebensweise der einheimischen Bevölkerung unter der französischen Kolonialmacht und die politisch unterschiedlichen Schattierungen, beispielweise die der Sympathisanten (Französisch: *Algéries française*), während der damals herrschenden Bürgerkrieges empirisch zu dokumentieren (Fotografien, Notizen, Datensammlungen, Beobachtungen, Interviews) (Bourdieu 2004; Yacine 2004; Bourdieu 1979). Bourdieu erhob Daten zum alltäglichen Leben der Berber*innen in der Kabylei, Nordalgerien, und später untersuchte er auch die Gesellschaftsstruktur in seiner Geburtsstadt Denguin in der Region Béarn in den südfranzösischen Pyrenäen. Womit viele Bourdieu-Expert*innen es als erwiesen ansehen, dass er sowohl in einer für ihn fremden Kultur als auch einer ihm bekannten Umgebung seine anthropologisch-soziologischen Theorien anwenden und weiterentwickeln konnte.

Zu seinen ersten Publikationen aus der Zeit der algerischen Befreiungsbewegung gegen den französischen Kolonialismus (1848-1962) gehören: *Sociologie de l'Algérie* (1958), *Travail et travailleurs en Algérie* (Bourdieu et al. 1963) und *Algérie 60*

xis und Vernunft vollziehen, sondern eine Verbindung bilden. Somit sei die theoretische Auffassung des Vernunftbegriffes nicht mehr zugänglich. Habermas würde die Vernunft als Rationalität und Wissen betrachten und somit einen theoretischen Zugang bewahren (Daxner 2008: 11). In diesem Zusammenhang steht auch die enge Verbindung des Verstehens und Erklärens für Bourdieu: „Ein solches Verstehen ist mehr als ein wohlwollender Gemütszustand. Es äußert sich darin, dass ein Interview auf verständliche, ruhige und motivierende Art und Weise präsentiert und geführt wird, also so, dass der Befragte in dem Interview und generell in dieser Situation einen Sinn erkennen kann.“ (Bourdieu 2005c: 398)

(2000).⁴⁴ Seine Beobachtungen und seine Analysen veröffentlichte er in seinem *Entwurf einer Theorie der Praxis: auf der ethnologischen Grundlage der kabyliischen Gesellschaft* (1979). Als akribischer und systematischer Beobachter war es für Bourdieu unumgänglich, auf unterschiedliche Geschlechterrollen bei den algerischen Berber*innen einzugehen und er hat in den ersten drei Kapiteln seines Buches *Entwurf einer Theorie der Praxis* den Ehrbegriff und den Lebensraum der berberischen Männer und Frauen anhand des Hauses beschrieben und sich der Verwandtschaftskonzeption bei ehelichen Verbindungen zwischen Cousins und Cousines gewidmet, um die kulturellen Werte, Normen und die hierdurch bedingte Praxis des Alltags zu beschreiben und zu erklären (ebd.: 11-47). Seine Erklärungen erfolgten aus einer kritischen Distanz, unter Berücksichtigung des französischen Kolonialismus, dessen Ziel es war, die algerische Bevölkerung im Sinne der Kolonialherrschaft zu modernisieren.

Beispielsweise beschrieb er ein heute oft zitiertes Phänomen des Brunnenbaus durch Französis*innen für ein algerisches Dorf, wobei jedoch die Frauen des Dorfes es weiterhin bevorzugten, gemeinsam in einer Gruppe den vier Kilometer langen Marsch zum gewohnten Brunnen auf sich zu nehmen. Es war ein wichtiger Aspekt ihrer Lebenspraxis, der es ihnen ermöglichte, sich zu unterhalten und auszutauschen (Bourdieu/Wacquant 1992/2006: 82; Bourdieu 1987a: 238; Bourdieu 1987b: 116). Ähnlich wie in Afghanistan wird die Bevölkerung nicht als Subjekt des Wandels mitberücksichtigt. Eine sehr ähnliche Erfahrung machten die Menschen bereits im afghanischen Kontext, als die DVPA in den 1980er Jahren versuchte, politische und soziale Reformen auf die Bevölkerung und ohne ihre Partizipation zu oktroyieren.

Dieser von Bourdieu in mehreren unterschiedlichen Kontexten als *Hysteresis* beschriebene Effekt kann auch heute noch bei der entwicklungspolitischen Arbeit der Intervenierenden in Afghanistan einerseits und bei der Haltung unterschiedlich sozialisierten Elitefraktionen Afghanistans andererseits beobachtet werden. Die Kritiker*innen des *social engineering*s und *institutionbuildings* weisen auf diesen Verzögerungs-Effekt hin, der die althergebrachten Praktiken der afghanischen Bevölkerung im besten Falle weiter fortsetzt. Es kann aber auch passieren, dass die Elitefraktionen, je nach Generationszugehörigkeit, politischer oder religiöser Gesinnung, gegen die institutionellen und sozialen Reformen rebellieren. Im Interview kritisierte ein gemäßigter Elitenrepräsentant, der dem nun amtierenden CEO Abdullah Abdullah nahesteht, Mohsen, im Zusammenhang der Arbeit internationaler NGOs:

„Die Zivilgesellschaft hat Einfluss. Für die Politik ist es die Herausforderung, dass sie das Geld von den Geldgebern braucht. Die wenigen Aktivisten aus der Zivilgesellschaft haben sich von ihrer Gesellschaft entfernt, in den Dörfern muss man Themen, wie die Gewalt gegen Frauen, anders thematisieren. Dort läuft es über die Geistlichen. Es gibt andere Mechanismen, die sie nicht beachtet haben. Traditionelle Institutionen sollten auch miteingeschlossen werden, die Moscheen und die Mullahs müssen auch involviert werden. Es muss einen *outreach* zu den Menschen geben, damit man solche Institutionen bilden kann, auch *capacity building* muss mit

44 Weitere wichtige Arbeiten aus dieser Zeit und das Thema des Geschlechterverhältnisses haben Kraus und Gebauer in ihrer Einleitung systematisch zitiert und in den Schaffenskontext Bourdieus gesetzt (Kraus/Gebauer 2010: 8f).

involviert werden. 80 Prozent wurde in den ein- bis viertägigen Workshops ausgegeben und mit Leuten aus dem Ausland wurden den Teilnehmern etwas eingetrichtert, aber es war ineffektiv. Diese 90 Milliarden US-Dollar haben keinen Unterschied machen können.“⁴⁵

Vielleicht kann die Analyse der 114 Jahre andauernden kolonialen Hegemonie eines europäischen Landes über ein nordafrikanisches und muslimisches Land, wie Algerien, sowie Bourdieus Theorie nicht eins zu eins auf Afghanistan übertragen werden. Aber auch im afghanischen Zusammenhang gibt es eine Parallele zum liberalen Neokolonialismus. Diese Modernisierungsversuche durch eine stark forcierte institutionalisierte Konfliktregulierung oder einige Bildungsprogramme, im Charakter eines Workshops, gehen, wie der zitierte Interviewpartner Mohsen darlegte, an den Realitäten der afghanischen Bevölkerung vorbei und können somit auch dem Nachhaltigkeitsaspekt der Entwicklungshilfe nicht Rechnung tragen.

Für sich allein betrachtet erscheint das Bourdieu'sche Modell der Habitusformen⁴⁶ pessimistisch und könnte einfach als apodiktisches Menschenmodell abgelehnt werden. Eine der wichtigsten Definitionen der Bourdieu'schen Strukturanalyse ist jedoch folgende:

„[...] Die für einen spezifischen Typus von Umgebung konstitutiven Strukturen (etwa die eine Klasse charakterisierenden materiellen Existenzbedingungen), die empirisch unter der Form von mit einer sozial strukturierten Umgebung verbundenen Regelmäßigkeiten gefasst werden können, erzeugen Habitusformen, d.h. Systeme dauerhafter Dispositionen, strukturierte Strukturen, die geeignet sind, als strukturierende Strukturen zu wirken, mit anderen Worten: Erzeugungs- und Strukturierungsprinzip von Praxisformen und Repräsentationen, die objektiv ‚geregelt‘ und ‚regelmäßig‘ sein können, ohne im geringsten das Resultat einer gehorsamen Erfüllung von Regeln zu sein.“ (Bourdieu 1979: 164f)

Acht Jahre nach dem einflussreichen Werk *Esquisse d'une Théorie de la Pratique* aus dem Jahre 1972, publizierte Bourdieu im Jahre 1980 seine ausgereiften Ideen zum Habitus-Begriff in *Le sens de pratique*, das 1987 in deutscher Übersetzung unter

45 Vgl. Interview Nr. 14, mit Mohsen im Wohnzimmer des Lebensraumes meines Vaters am 3. November 2014 in Kabul: 182f. Da in den afghanischen Medien genau verfolgt wird, wer von den politischen Repräsentant*innen, über wie viele Häuser und Kapital verfügt, habe ich mich hier auf die Beschreibung „im Wohnzimmer des Lebensraumes meines Vaters“ bezogen. Er verfügt über kein eigenes Haus in Kabul. In diesem Interview bezieht sich Mohsen auf den vierteljährlichen Bericht des *Special Inspector General for Afghanistan Reconstruction* (SIGAR) für Januar und Februar (SIGAR 2013: 3). Die USA gaben dort an, bis Ende des Finanzjahres 2013 mindestens 100 Milliarden US-Dollar für Entwicklungsprojekte in Afghanistan investiert zu haben.

46 Kraiss und Gebauer weisen darauf hin, dass die Pluralform des Habitus aus dem lateinischen fälschlicherweise als „Habitusformen“ übersetzt wird. In dieser Verwendung werde suggeriert, dass es mehrere unterschiedliche Formen des Habitus gäbe, deshalb verwenden sie das Wort „Habitus“ im Plural mit einem lang gelesenen „u“ (Kraiss/Gebauer 2010: 7).

dem Titel *Sozialer Sinn. Kritik der theoretischen Vernunft* veröffentlicht wurde.⁴⁷ Bourdieus flüssiger übersetzte und leserfreundlichere Habitus-Auffassung lautet nun: „Als Produkt der Geschichte produziert der Habitus individuelle und kollektive Praktiken, also Geschichte, nach den von der Geschichte erzeugten Schemata; er gewährleistet die aktive Präsenz früherer Erfahrungen, die sich in jedem Organismus in Gestalt von Wahrnehmungs-, Denk- und Handlungsschemata niederschlagen und die Übereinstimmung und Konstanz der Praktiken im Zeitverlauf viel sicherer als alle formalen Regeln und expliziten Normen zu gewährleisten suchen.“ (Bourdieu 1987b: 101) Mit Bourdieus theoretischen Ansätzen wurde die subjektive Erschließung der Welt nicht mehr als nicht-wissenschaftlich gewertet, sondern als Methode, die Akteure mit empathischem Verständnis empirisch zu erforschen, zudem mit Distanz durch die Selbstreflexion als Forscher*in und zugleich durch die alltägliche Praxis in der Lebenswelt erklären und verstehen zu können (Lange-Vester/Teiwes-Kügler 2013: 157).

Im nächsten Schritt ermöglicht diese Theorie des Habitus, des Feldes und des Kapitals, so wie Maurer und Schmidt weiter erklären, die tatsächliche Sozialstruktur⁴⁸ und die für die Arbeit angestrebte Netzwerkanalyse zwischen Elitefraktionen zu erklären: „Zur Lösung der Orientierungsfrage muss also erklärt werden, *wann, wie und welche Deutungs- und Wahrnehmungsmuster* handlungsleitende Wirkungen entfalten, um daraus auf deren Wirkungsweise und konkrete soziale Effekte schließen zu können.“ (Maurer/Schmid 2010: 161, Herv. i. O.) Bourdieus Habitus-Verständnis, hergeleitet aus seinen soziologischen Beobachtungen, haben ein etwas deterministisches und unveränderbares Menschenbild entworfen, mit dem sich die Gesellschaft in milieuspezifische Wahrnehmungs-, Denk- und Handlungsschemata einordnen lässt. Dieses Modell bedeutet jedoch nicht, dass Praktiken immer unveränderbar bleiben. Getreu seinem Husserl'schen Verständnis ist es ein großer Schritt, die Strukturen und die Reproduktion dieser Strukturen und Praktiken erklären und verstehen zu können. Diese Publikationen haben ihn bereits im Algerien-Konflikt als auch in Frankreich als Universitätsprofessor zu einer kontroversen Figur werden lassen. Denn Bourdieus erklärende und verstehende Analysen decken vertikale Ungerechtigkeitsstrukturen und sich vornehmlich zugunsten der Eliten reproduzierende Milieus auf. Andere Milieustrukturen, die sich eher zum Leidwesen des Proletariats entwi-

47 Kraus und Gebauer (2010) weisen in ihrer Einleitung auf die schwierigen und zum Teil immer noch nicht übersetzten Werke Bourdieus hin, zum Teil seien auch die Übersetzungen sehr hölzern und ein Teil der genaueren und feineren Präzision des Französischen sei verloren gegangen. Zur Einführung in Bourdieus Welt empfehlen sie als leserfreundlichere Variante die übersetzten Interviews (ebd.: 7).

48 Hradils folgende Definition des Wortes „Sozialstruktur“ erlaubt es, über nationalstaatliche Grenzen hinweg, gesellschaftliche Strukturen beispielsweise auch einer afghanischen Diaspora, die über mehrere Generationen und Kontinente verteilt ist und dennoch miteinander kulturell, sozial und unter ökonomischen Gesichtspunkten in Verbindung steht, zu untersuchen. In Hradils Worten die Strukturanalyse für „Gesamtheit der relativ dauerhaften sozialen Gebilde (Gruppierungen, Institutionen, Organisationen) einer Gesellschaft, der sozialen Beziehungen und Wirkungszusammenhänge innerhalb und zwischen diesen Gebilden sowie deren Grundlagen“ (Hradil 2004: 14).

ckelt haben, eröffnen den Privilegierten einen kritischen Blick auf einen normativen Wahrheitsgehalt der gesellschaftlichen Missstände. Bei der Analyse der Gesellschaften, in denen die staatlichen Strukturen schwach ausgeprägt sind, haben auch Mielke, Schetter und Wilde bereits aus folgenden Gründen Bourdieus Modell herangezogen: „Most pronouncedly Pierre Bourdieu (1979/1996) elaborated that power is constantly produced and an outcome of social interactions manifest in permanent dialectic interplay between the structuring structure and the structured structure.“ (Mielke/Schetter/Wilde 2011: 14)

Auch wenn Bourdieu von Machtverhältnissen mit einer strukturierenden und einer strukturierten Struktur ausgeht, erklärt Wacquant jedoch, dass Bourdieu im Vergleich zu den italienischen Elitentheoretikern, Pareto und Mosca, nicht von einem Verhältnis zwischen Herrschenden und Beherrschten als festes und notwendiges Ordnungs-Konstrukt ausgeht. In diesem Zusammenhang erklärt Bourdieus Kollege Wacquant:

„Schon deshalb nicht, weil die entwickelten Gesellschaften keinen einheitlichen Kosmos bilden, sondern differenzierte, partiell totalisierte Größen darstellen, bestehend aus einem Ensemble von Feldern, die, auch wenn sie sich überschneiden, zunehmend selbstregulierend sind und ihre jeweils eigenen Herrschenden und Beherrschten haben. [...] Für ihn sind die sozialen Gesetze zeitlich und räumlich begrenzte Regelmäßigkeiten, die solange existieren, wie man die institutionellen Bedingungen bestehen lässt, die ihnen zugrunde liegen.“ (Wacquant 2006: 83f)

Wo der Habitus⁴⁹ die Analyse der sozialen Gesellschaftsstruktur und die handlungsleitende Praxis⁵⁰ der Akteure in ihren Milieus ermöglicht, ergänzen sich hier noch zwei weitere wichtige Komponenten, die noch nicht explizit erklärt wurden und für

49 In Bourdieus detaillierten Untersuchungen werden milieuspezifische bzw. habituelle Dispositionen kategorisiert. Eine tatsächliche Körperlichkeit und Räume der Menschen werden spezifiziert und in vorhandene soziale Differenzen und Gewohnheiten geteilt. Bourdieu beobachtete in den unterschiedlichen Milieus zwischen Bäuer*innen, Arbeiter*innen, Intellektuellen und Aristokrat*innen in Frankreich körperliche Unterschiede in der Gangart, bei der Kleidung, in der Sprache, bei den Essgewohnheiten und den ausgeübten Hobbies. Die Unterschiede manifestierten sich auch zwischen den Geschlechtern, so dass er eine geschlechterspezifische gerade Haltung beim männlichen kabyllischen Bauer und eine krumme Haltung bei der weiblichen Bäuerin sah. Diese distinguierten milieuspezifischen Körperlichkeiten repräsentieren auch die Rolle der jeweiligen Akteure im gesellschaftlichen System und sind für eine*n gute*n Beobachter*in plastisch lesbar. Diese Vorlieben und Gewohnheiten erhob er mit der Korrespondenzanalyse anhand von Fragebögen und wertete diese aus (Bourdieu 1987: 409, 800-810).

50 Nassehis Definition des Bourdieu'schen Praxisbegriffes: „Der soziale Sinn dieses Handlungssettings liegt vielmehr darin, dass die beiden Akteure gerade in ihrer sozialen Relationalität eine soziale Struktur *praktisch* reproduzieren, die in ihren Selbstbeschreibungen womöglich gar nicht auftauchen würde. *Praxis* ist für Bourdieu derjenige Ort, an dem sich Akteure begegnen und an dem sie unhintergebar darauf zurückgeworfen werden, sich innerhalb eines relationalen Geschehens zu positionieren und dieses Geschehen zu reproduzieren.“ (Nassehi 2004: 160, Herv. i. O.)

die Analyse der afghanischen Patronage-Klientel-Netzwerke unabdingbar sind: *Ers- tens der soziale Raum, zweitens das Feld der Macht und drittens die vier unterschiedlichen Arten der Ökonomie der Praxis*. Der letzte Punkt die *Ökonomie der Praxis* wird in Kapitel 5 *Empirie und das besondere Feld* den gesamten empirischen Komplex einleiten. Zum besseren Überblick wird hier die Theorie Bourdieus in einer vereinfachten Formel präsentiert, um den Zusammenhang seiner Termini für die Untersuchung der afghanischen Sozialstruktur vorab vereinfacht sichtbar zu machen: „[(Habitus) (Kapital) + Feld = Praxis.“ (Bourdieu 1987: 175)

Zum ersten Punkt des sozialen Raumes erweitert Bourdieu seine Definition um den Marx'schen Klassenbegriff und bietet gleichzeitig einen erweiternden Lösungsansatz über die Relationen zwischen Besitzer*innen der Produktionsmittel und der arbeitenden Klassen ohne Macht über die Produktionsmittel an. Der Soziologe ermöglicht so die komplizierteren Schattierungen einer nicht nur industrialisierten, sondern auch einer stark bürokratisierten Gesellschaft zu erfassen:

„Man kann die Existenz von Klassen verneinen, ohne den Kern dessen zu verneinen, was die Befürworter dieses Begriffs mit seiner Hilfe meinen betonen zu müssen, nämlich die *soziale Differenzierung*, die zum Ursprung von individuellen Antagonismen und mitunter auch kollektiven Konfrontationen zwischen den auf unterschiedlichen Positionen im sozialen Raum platzierten Akteuren werden kann.“ (Bourdieu 1985a: 49, Herv. i. O.)

Bourdieu ersetzte die Vorstellung der Klassenkämpfe mit denen der umkämpften sozialen Räume, wobei er den sozialen Raum als Distributionsstruktur der Machtfelder betrachtet. Der hier zu klärende zweite Punkt der Machtfelder kann als kleinere Räume des großen sozialen Raumes mit unterschiedlichen Machtansprüchen definiert werden und in Bourdieus Worten klingt dies so:

„Dies ist gemeint, wenn ich den gesamten sozialen Raum als ein *Feld* beschreibe, das heißt zugleich als ein Kraftfeld, das für die in ihm engagierten Akteure eine zwingende Notwendigkeit besitzt, und als ein Feld von Kämpfen, in dem Akteure mit je nach ihrer Position in der Struktur des Kraftfeldes unterschiedlichen Mitteln und Zwecken miteinander rivalisieren und auf diese Weise zu Erhalt oder Veränderung seiner Struktur beitragen.“ (Ebd.: 49f, Herv. i. O.)

Diese beiden Begriffe des sozialen Raumes und des Feldes beziehen sich auf die größere Betrachtungsweise zwischen der Struktur des sozialen Raumes und der Relation zwischen den Machtfeldern. Wobei die *Ökonomie der Praxis*, der dritte Punkt, die Möglichkeit eröffnet, sowohl Strukturen als auch Funktionen „des Kapitals in allen seinen Erscheinungsformen“ (Bourdieu 1983: 184) zu analysieren und sie gewissermaßen der Deutungshoheit der Wissenschaftstheorie für die Soziologie bereitzustellen (Kap. 5 *Empirie und das besondere Feld*).

Im nächsten Abschnitt werden aufgrund der hypothesengenerierenden Herangehensweise der vorliegenden empirischen Doktorarbeit, auch die in der Forschungsliteratur vorhandenen empirisch gesättigten Theorien und Schemata zur friedenskonsolidierenden Elitekonstellationen in Transformationsgesellschaften dargelegt.

3.3 ELITENKONSTELLATIONEN IN TRANSFORMATIONSGESELLSCHAFTEN

Die Transformationsforscher*innen haben die Umwälzungen insbesondere in südeuropäischen, lateinamerikanischen und ehemaligen Sowjetrepubliken untersucht (Merkel 2008; Croissant/Merkel 2004; Lijphart 1999; Linz/Stepan 1996; O'Donnell/Schmitter 1986). Die Forschungsergebnisse dieser Transformationsprozesse sind insofern für die folgende Untersuchung interessant, als sie bereits das Instrumentarium für eine analytische Herangehensweise an Gesellschaften, die sich in einem Transformationsprozess befanden, bieten. Insbesondere die Definitionen und bisherigen Modelle und Prognoseaussichten zu einem angestrebten Elitenkonsens neu etablierter Staaten zwischen verfeindeten und opponierenden Elitefraktionen wird im Rahmen dieser Arbeit zusätzlich zum empirischen Fundus mitberücksichtigt (Higley/Burton 2006; Higley/Burton 1998; Burton/Higley 1987).

Die nachfolgenden, kurz aufgeführten Kategorien wirken schematisiert, aber sind dennoch empirisch fundiert und anhand von Ländern Südamerikas, Asiens und der ehemaligen Sowjetrepubliken gesättigt worden. Zu den wichtigsten Transformations-theoretikern gehören Higley und Burton, die bereits in den 1980er Jahren die unterschiedlichen Formationen zwischen Elitefraktionen auch für die europäischen Staaten – während der europäischen Nationengründungen von 1500 bis 1800, des Faschismus im 20. Jahrhundert, nach dem Zweiten Weltkrieg und insbesondere für postkoloniale Staaten untersucht und anschließend kategorisiert haben. Im Idealfall, erklärt Higley in seinem Vorwort, gibt es einen tautologischen Zusammenhang zwischen der Praxis einer liberalen Demokratie, dem von den Eliten eingeführten politischen Verhalten und den Institutionen. Die Eliten müssten die *politics*⁵¹ einer liberalen Demokratie praktizieren, um im Gegenzug die Ergebnisse einer liberalen, demokratischen *politics* zu erhalten (Higley 2007: 3). In diesem tautologischen Wechselspiel würden die Massen sukzessive der neuen liberalen Ordnung zustimmen und sie adaptieren, auf diese Weise entstünde eine *consensually united elite* in liberalen Demokratien.

Wie kamen diese Transformationstheoretiker zu diesem Ergebnis und inwiefern ist es für die vorliegende Elitenanalyse der jeweiligen Elitefraktionen in Afghanistan hilfreich, diese Kategorien auf die afghanischen Elitefraktionen anzuwenden? Die jeweiligen Elitefraktionen, die in der derzeitigen Nachkriegsordnung und Transfor-

51 Die englischen Begriffe, *politics*, *policies* und *polity*, werden auch im deutschsprachigen Raum in der Politikwissenschaft mit den englischen Termini verwendet, da es keine adäquaten Übersetzungen für sie gibt. Hier sind die drei Definitionen von Schubert und Klein: „Politics bezeichnet den aktiven, durch Verhandlung und Tausch, durch Konflikt und Konsens gekennzeichneten Prozess der politischen Gestaltung (z.B. die Politik der Parteien, der Interessenverbände).“ (Schubert/Klein 2016a) „Policy bezeichnet den inhaltlichen (den materiellen) Teil von Politik, wie er im Deutschen üblicherweise durch verschiedene Politikbereiche angegeben wird (z.B. Wirtschafts-, Umwelt-, Verkehrspolitik).“ (Schubert/Klein 2016b) „Polity bezeichnet das institutionelle (z.B. verfassungsrechtlich geschaffene) Normengefüge und die sich hieraus ergebenden Ordnungen, politischen Verfahren etc. (z.B. grundsätzliche Regelungen zum Schutz von Minderheiten).“ (Schubert/Klein 2016c)

mationsphase (2015 bis 2024) um die Repräsentation ihrer jeweiligen Partikularinteressen fürchten und wegen der jahrzehntelangen kriegerischen Auseinandersetzungen Misstrauen gegeneinander hegen, sollten über eine pragmatische Kooptationsstrategie idealerweise zu einer stabilen Version der Staatsorganisation gelangen. Könnte die Transformationstheorie in Bezug auf verschiedene Elitekonfigurationen potenzielle und erfolgsversprechende Strategien auch für Afghanistan anbieten?

Die Transformationsforscher halten insofern weiterhin an Paretos und Moscas Idee der Elitenherrschaft fest, als dass sie die Dynamik zwischen den Elitenvertreter*innen und den Massen als ein interdependentes Verhältnis, das den Bestand und den Grad der Stabilität eines Regimes beeinflusst, begreifen, und für relevant und beachtenswert halten: „There is probably always a broad interdependence between elites and mass publics in the sense that mass interests and orientations constitute *parameters* within which elites can effectively and safely act. Elites who violate these parameters risk coming to grief. But the mass parameters are wide and they leave elites with a range of choices that are decisive for creating and sustaining.“ (Higley 2007: 250, Herv. i. O.) Diese Definition des Verhältnisses ist bereits in der politisch fragilen Situation Afghanistans mit einer schwachen Zivilgesellschaft und einer Atmosphäre der politischen Spannungen entlang der Grenzen zwischen den ethnopolitischen Gruppierungen zu sehen.⁵² Die Dynamiken sind meist darin begründet, dass sie von den ethnischen Führer*innen geschürt werden; u.a. sind diese auch deshalb leicht zu instrumentalisieren, weil der Staat das Gemeinwohl, angefangen bei der Sicherheit über den Zugang zur Bildung bis hin zu einer ausreichenden Anzahl von Arbeitsplätzen nicht in dem Maße, wie es notwendig wäre, garantieren kann.

Die politischen Eruptionen nach den Stimmenauszählungen des ersten Wahlausgangs am 5. April 2014 der Präsidentschaftswahl und dann insbesondere nach dem zweiten Wahldurchgang am 14. Juni 2014 für die Stichwahl zwischen Abdullah und Ghani, sorgten für rhetorisches Säbelrasseln, aber auch zahlreiche Demonstrationen. Die Situation während der Stimmenauszählung wird im empirischen Teil, der sich mit Kabul beschäftigt, behandelt. Sie wurde auch auf institutioneller Ebene diskutiert, insbesondere die umstrittene Rolle der IEC und der IECC stand im Zentrum (van Bijlert 2016b; Suroush 2014). Während der Verhandlungen vor der eigentlichen Vertragsunterzeichnung für die Regierung der Nationalen Einheit wurde die *Special Electoral Reform Commission* (SERC) im Juli 2015 gegründet, auch um das angespannte Verhältnis des Abdullah-Lagers zur IEC zu umgehen. Da diese Thematik auch im Zusammenhang mit der Eliten-Massen-Dynamik steht, sei hier an dieser Stelle zudem angemerkt, dass die Demonstrationen für die jeweiligen Präsidenten-

52 Die schlechte Sicherheitslage durch die Bombenanschläge der Taliban, der *da'ish* (IS) und die jeweiligen zurückeroberten Bezirke um die Provinzstädte müssten getrennt und umfassender analysiert werden. Hier sei nur erwähnt, dass im quartalsweise veröffentlichten Bericht des SIGAR vom Juli 2016 sich nur noch 286 der insgesamt 407 Bezirke unter der Kontrolle der Regierung befinden. Es befinden sich 36 Bezirke in 15 Provinzen unter der Kontrolle der Taliban oder der *da'ish* und gefährdet sind 104 Bezirke. In Prozentzahlen bedeutet es, dass 65 Prozent des Landes bei den Datensammlungen am 28. Mai 2016 unter der Kontrolle oder zumindest weiterhin unter dem Einfluss der afghanischen Regierung sind (SIGAR 2016: 86).

schaftskandidaten meist von ethnopolitischen Gruppenzugehörigkeiten gesteuert wurden. Es kam zu realen Drohgebärden der politischen Machthaber von unterschiedlichen bewaffneten Gruppierungen. Hier sind drei *governance*-Dimensionen des SFB700 in Ansätzen angesprochen, denn sie betreffen *die Rechtsstaatlichkeit, die Sicherheit und die Wohlfahrt*, die die Klientel in Konfliktländern aufgrund des essenzielleren Charakters dieser Bereiche mit mehr Nachdruck einfordert.⁵³ Wer kann diese öffentlichen Güter für eine gute Regierungsführung steuern? Für die Transformationsforscher ergibt sich die Antwort aus der Tradition mancher Elitentheoretiker.

Als Eliten definieren die Transformationsforscher, Field, Higley und Burton, Personen die über die höchsten Positionen in ressourcen-reichen, politischen, wirtschaftlichen, militärischen, professionellen, kommunikativen und kulturellen Organisationen und Bewegungen einer Gesellschaft verfügen (Field/Higley/Burton 1997: 175). Diese Tatsache führt sie zu weiteren Rückschlüssen, die in den politischen *outcomes* sowohl auf der Funktions- als auch auf der Strukturebene als zwei parallele Dimensionen zu beobachten sind:

„[...] the extent of structural integration, and the extent of value consensus. Structural integration involves the relative inclusiveness of formal and informal networks of communication and influence among the persons, groups and factions in a national elite. Value consensus involves the relative agreement among these persons, groups and factions about formal and informal rules and codes of political conduct and about the worth of existing political institutions.“ (Ebd.: 175)

Ausgehend von den zwei Dimensionen – über die Spannweite der strukturellen Integration und des Wertekonsenses – zwischen den nationalen Eliten stellten sie nach den Untersuchungen drei Kategorien der Elitenkonfigurationen auf: die konsensual geeinte, die ideologisch geeinte und die uneinige Elite. *Die uneinige Elite*: Bei dieser nationalen Elitenkonfiguration gibt es kaum bis überhaupt keine Überschneidungen zwischen den Netzwerken oder den Kommunikationswegen zwischen den Elitefraktionen, weshalb sich die strukturelle Integration zwischen den unterschiedlichen Gruppierungen und der Durchschnitt des überschneidenden Wertekonsenses auf ein Minimum belaufen. Meist werden sogar der Kampf um die Vorherrschaft und die Differenzen zwischen den Widerstandskämpfern wegen ihres unüberbrückbaren Misstrauens mit Gewalt ausgetragen. Die politischen Verhandlungsprozesse erscheinen als Nullsummenspiel und die Politik als Krieg.

Die konsensual geeinte Elite: Die konsensual geeinte Elite ist in eine gemeinsame vorherrschende Struktur integriert, die unterschiedlichen Fraktionen und Eliten-Sektoren kooperieren miteinander und bilden somit eine Art intersektorales Netzwerk, in dem keine Fraktion oder kein bestimmter Elitesektor (aus der Wirtschaft, der Politik, Religion etc.) die andere dominiert. Im Bereich des Wertekonsenses kön-

53 In ihrem Aufsatz haben sich Daxner und Schrade auf die folgenden drei Bereiche des *governance*-Ansatzes für die Analyse der afghanischen Hochschulpolitik konzentriert: „When using a rough and simple description of the discourse on governance as it is leading research in the SFB 700, we distinguish between the dimension of **rule of Law**, the field of **welfare-governance** and the aspect of **security**.“ (Daxner/ Schrade 2013: 12, Herv. i. O.)

nen in der Öffentlichkeit der jeweiligen unterschiedlichen Elitesektoren und -fraktionen Meinungsverschiedenheiten und sogar ideologische Unterschiede kundgetan werden, aber es besteht ein Grundkonsens über die Austragungsart des politischen Verhaltens und die institutionellen Regulierungsmechanismen werden anerkannt und respektiert. In dieser Idealform der Elitenkonfiguration halten die Eliten Themen, die zum Aufruhr und zu Konflikten führen könnten, in Schach. Insgesamt bleibt der Wettbewerb um politische Macht ein positives Summenspiel und Politik wird als Aushandlungsprozess betrachtet.

Die ideologisch geeinte Elite: Die strukturelle Integration in dieser Form der Elitenkonfiguration ist äußerst ausgeprägt, weil die Kommunikationswege und Netzwerke zentralisiert sind oder über wenige zentrale Eliten laufen. Der Wertekonsens ist äußerst homogen, da keine Elitenvertreter*innen abweichende Meinungen, andere ideologische Auffassungen oder *policy*-Vorstellungen äußern. Stattdessen bestärken sie in öffentlichen Stellungnahmen ihre Konformität zur herrschenden Ideologie, religiösen Doktrin, oder ethnischen Abstammung und sie repräsentieren die *policies* und die Inhalte, die von der obersten Instanz konstruiert werden. Zumindest wird nach außen der Eindruck eines monolithischen Blockes signalisiert, für den keine sichtbaren Aushandlungsprozesse oder kriegerischen Auseinandersetzungen vollführt werden müssen. Im Gegenteil, die Mitglieder dieser Konfiguration nehmen diese Proklamationen und Regulierungsmechanismen eher als ideologische Wahrheiten wahr (Higley 2007: 14). Als Beispiel für eine ideologisch geeinte Elite nennt er die Taliban-Herrschaft von 1996 bis Ende 2001: „[...] Taliban leaders certainly constituted an ideologically united elite until they and their forces were decimated by U.S. air attacks and driven from power by U.S. and U.S. backed Northern Alliance militaries in late 2001.“ (Higley/Burton 2006: 21)

Die empirischen Untersuchungen dieser Elitenkonfigurationen haben folgende idealtypische Regimetypen ergeben:

Tabelle 3: Annahmen zu Regimeformen je nach Elitenkonfiguration

<i>Elite Configuration</i>	<i>Regime Type (and Subtypes)</i>
Consensually united	Stable representative (liberal oligarchy/democracy)
Ideologically united	Stable unrepresentative (totalitarian/theocracy/ethnocracy)
Disunited	Unstable representative (illiberal democracy)
Disunited	Unstable representative (monarchical, authoritarian, sultanistic, post-totalitarian/theocratic/ethnocratic)

Quelle: Higley/Burton 2006: 19

Diese hier dargelegten Schemata von Elitenkoalitionen haben sich nach Higley in der Vergangenheit in seltenen Fällen und nun in noch unwahrscheinlicheren Kombinationen zu einer erstrebenswerten *consensually united elite* innerhalb einer liberalen Demokratie⁵⁴ entwickelt:

- 1) *Settlement*: Wenn verfeindete und sich bekämpfende Eliten ihre grundlegenden Dispute auf eine schnelle, aber wohlüberlegte Weise beilegen, wobei sie sich eigentlich auf eine ungewisse Situation mit den anderen Eliten einlassen. Beispiele sind England von 1688 bis 1689, Schweden im Jahre 1809, Kolumbien von 1957 bis 1958 und Venezuela im Jahre 1958, Mexiko im Jahre 1929, Costa Rica im Jahre 1948, Spanien und die Dominikanische Republik in den späten 1970er Jahren (Burton/Gunther/Higley 1992: 14). Diese Beilegungen waren meist mit hohen und blutigen Verlusten für die jeweils verfeindeten Elitefraktionen verbunden; nach Verhandlungen entschieden sich die opponierenden Fraktionen dann aber relativ schnell zu einer Kooperation (ebd.: 13-24).
- 2) *Colonial opportunities*: In dieser politischen Situation haben lokale Elitenverbände über längere Perioden repräsentative Politik ausgeübt und parallel Gruppierungen zur Erlangung der nationalen Unabhängigkeit geleitet. Zu den positiven Beispielen zählt Higley die Kolonien, die der Britischen Krone unterstanden, wie Indien, Ceylon (Sri Lanka), Malaysia, Jamaika, Barbados und Südafrika (Higley/Burton 2006: 95). Bei den französischen Kolonien kann der Senegal als Beispiel einer erfolgreichen Dekolonialisierung genannt werden, auch hier hat sich eine stabile und konsensual geeinte Elite herausgebildet.⁵⁵
- 3) *Convergences*: Bei dieser dritten Form handelt es sich um eine Konvergenz zwischen den größten gegeneinander opponierenden Elitefraktionen, die jedoch aufgrund der politischen Situation, der institutionellen Verfahren und aufgrund von Wahlergebnissen erkennen, dass sie durch eine Koalition die Mehrheit und

54 Der Begriff der liberalen Demokratie wurde bis zu dieser Stelle in der Doktorarbeit als universal und erstrebenswert für alle Nationalstaaten übernommen. In Kapitel 3.3 *Konflikttheorie* wird über den Begriff des Liberalismus und seinen Wert als Doktrin für die Intervention und die Friedensbildungsmissionen im Rahmen von Staatsbildungsprojekten kritisch reflektiert. Diamond erklärt in seinem Aufsatz zur dritten Welle der Demokratisierung in einer Fußnote, dass er den Begriff „liberal“ nicht nur ökonomisch versteht, sondern auf die individuellen Freiheiten innerhalb einer pluralistischen Gesellschaft mit Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit etc. ausweitet (Diamond 1996: 10f). Dieser Ansatz, bezogen auf das freie Individuum, sei nicht entgegengesetzt zu kommunitaristischen Auffassungen zu verstehen, und somit auch auf ostasiatische Staaten anwendbar, was bereits in Südkorea und Taiwan empirisch erwiesen ist.

55 Im Detail analysiert Higley auch die historischen und politischen Bedingungen einiger kolonialisierter Länder in Europa, die sich sowohl ihre Unabhängigkeit erkämpfen konnten, als auch eine konsensual geeinte Elite etabliert haben. Als Beispiele führt er Norwegen an, das unter der Herrschaft Schwedens stand, sowie die Niederlande, die unter der Herrschaft Spaniens waren. Norwegen erkämpfte sich seine Unabhängigkeit im Jahre 1566 und Schweden im Jahre 1581 (Higley/Burton 2006: 49f).

somit Regierungsmacht in der Exekutive erhalten können. Daraufhin werden die anderen, nicht-Regierungseliten, um an die legitime Macht gelangen zu können, diese institutionellen Regelabläufe einer *electoral democracy*⁵⁶ anerkennen und im Idealfall versuchen, sich im Rahmen der vorhandenen Institutionen mit demokratischen Mitteln zu überbieten. Bei dieser dritten Transformationsmöglichkeit geht es um eine Konvergenz gemeinsamer politischer Werte zwischen uneinigen Eliten, die um die Gunst ihrer Wählerschaft mit friedlichen Mitteln werben, ohne dass sie den status quo gefährden (ebd.: 4). Als historische Beispiele erklären Burton, Gunther und Higley ausführlich die politischen Konvergenzen zwischen den Eliten in Frankreich von 1986 bis 1988 und in Norwegen und Dänemark im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts; außerdem führen sie die Abnahme des Antagonismus zwischen den Eliten in Japan und Italien in den 1960er bis 1980er Jahren und in Griechenland seit den 1970er und 1980er Jahren an (Burton/Gunther/Higley 1992).

Nach den Untersuchungen dieser Länder kamen Higley und seine Kollegen zu pessimistischen Prognosen. Diese Transformationsforscher schätzen auf der Grundlage der bisherigen empirischen Auswertungen im postkolonialen Zeitalter eine *elite convergence* zwischen uneinigen Eliten zu einer konsensual geeinten Elite eher als unwahrscheinlich ein. In seiner Zusammenfassung in Bezug auf die analysierten internationalen Transformationsländer schreibt Higley: „Our point is that disunited elites do indeed constitute a vicious circle from which escape is exceptionally difficult. Memories of historical misdeed and resentments of recent and current actions concatenate and become edifices of mistrust, fear, and hate.“ (Higley/Burton 2006: 185) Zudem weist Higley, angelehnt an eine von Jack Snyder zusammengestellte Liste von 27 Ländern darauf hin, dass uneinige Eliten auf die ethnopolitischen Zugehörigkeiten rekurrieren, um ihre kriegerische Politik durchzusetzen. Für diese 27 Länder, zu denen er auch Afghanistan zählt, unterstreicht Higley, dass es schwierig sei, Zeichen einer Konvergenz oder gar einer Übereinkunft zu erkennen (ebd.: 187).⁵⁷

56 Diamond (1999) beschreibt die *electoral democracy* als eine Demokratie mit minimalen Erfordernissen an Freiheit, so dass von einem ernsthaften und bedeutungsvollen Wettbewerb nicht die Rede sein könnte. Zu den grundsätzlichen Freiheiten gehören beispielsweise die Rede-, Presse-, Versammlungs- und Organisationsfreiheit. Jedoch werden diese Grundprinzipien in einer legitimen, lebendigen und vor allem liberalen Demokratie ernster genommen als in Wahldemokratien, in denen lediglich Wahlen ohne eine Parteienlandschaft, eine ernstzunehmende Opposition und ohne Achtung der Menschenrechte durchgeführt werden (Diamond 1999: 8ff).

57 Zu den aufgezählten 27 Ländern gehören: Afghanistan, Äthiopien, Angola, Aserbaidschan, Bangladesch, Bosnien, Burundi, Georgien, Guatemala, Indonesien, der Irak, Kenia, Kroatien, der Libanon, Marokko, Myanmar, Moldawien, Nigeria, Pakistan, Russland, Ruanda, Serbien, Sri Lanka, Sudan, Tschad, die Türkei und Zypern (Snyder 2000). Außerdem würde Higley diese Liste auf weitere Länder, wie Bolivien, Fidschi, die Elfenbeinküste, Peru, Thailand, Tadschikistan und Usbekistan erweitern, denn auch dort gibt es uneinige Eliten,

Jedoch lässt der Transformationstheoretiker die Leser*innen nicht mit diesem pessimistischen Ausblick zurück. Ein Ausweg aus dem Teufelskreis des Misstrauens und der Unsicherheit zwischen den um die Macht kämpfenden Elitefraktionen könnte die Struktur einer liberalen Oligarchie sein, die den einflussreichsten Elitefraktionen einen gewissen Wohlstand verschafft (ebd.: 188). Übertragen auf den afghanischen Kontext wären die Elitefraktionen mit einer *Mittelstands-Klientel*, die bereits bei der Vergabe offizieller Ämter, der Wiederaufbau- und Minenverträge, der Stipendien, der Parlamentssitze nach ethnopolitischer und ethnokonfessioneller Abstammung ein Versorgungssystem aufgebaut haben, in der bereits bestehenden Ordnung eine mögliche Basis für die Entstehung einer liberalen Oligarchie nach Higleys Vorstellungen. Da sowohl die etablierten Eliten als auch ihre jeweilige Klientel Angst um den Verlust ihrer neu erlangten Stabilität und ihres Wohlstandes haben, könnte dieses Patronage-Klientel-Netzwerk als stabilisierende Form einer liberalen Oligarchie fungieren, und schließlich könnte dies die Grundlage für die Transition zu einer stabilen Demokratie bilden. Dass die unterschiedlichen Eliten in dieser Hinsicht ähnliche Ansichten vertreten, begonnen beim *status quo* sowie eines wünschenswerten Idealzustandes von der Regierungsführung bis zur alltäglichen Diskriminierung, zeigt sich auch im empirischen Teil.

Die Definition der drei möglichen Elitekonfigurationen (*disunited elites*, *consensually united elites*, *ideologically united elites*) leitet zu den drei Kategorien der Eliteformationen über und verhält sich komplementär zum *governance*-Ansatz und dem akteurzentrierten Institutionalismus, der in Kapitel 2 für die theoretische Herangehensweise an die Eliten-Analyse definiert wurde. Denn auch die *governance*-Theorie geht von einem strukturierenden bzw. institutionalisierenden Phänomen aus und der akteurzentrierte Institutionalismus ermöglicht diese von den Akteuren ausgehende Strukturierung auch auf institutioneller Ebene und sogar als Wechselwirkung zu untersuchen. Zur Erinnerung sei an dieser Stelle nochmal die *governance*-Theorie des SFB 700 zitiert: „[...] we define *governance* as institutionalised modes of coordinating social action aiming at the implementation of binding rules and the provision of public goods. This definition implies that the provision of law, order, and security, public goods and services, as well as development, welfare, and so forth are all *governance* functions.“ (Nijat et al. 2016: 1)

Wie bereits in der Transformationstheorie dargelegt, geht es bei der Kategorisierung der Situation der Eliten u.a. auch um die *Spannweite der strukturellen Integration und den Durchschnittswert des Wertekonsenses* zwischen den verfeindeten Eliten. Bei der Untersuchung der gesellschaftlichen Strukturen und der formellen sowie informellen Netzwerke, in denen über die Partizipationsmöglichkeit der Mitglieder einer Gesellschaft entschieden wird, kann die Permeabilität und Transparenz sowie Teilhabemöglichkeit der Bürger*innen, basierend auf dem Anspruch gleicher und gerechter Aufnahmechancen und basierend auf Entscheidungsfindungsprozessen, hervorgehen, um insbesondere nach Konfliktsituationen und kriegerischen Auseinandersetzungen eine staatliche Repräsentation und Legitimation zu genießen. Im Bereich eines Wertekonsenses kann die Untersuchung der einflussreichsten Eliten einer Ge-

die weiterhin ethnopolitische und ethnoreligiöse Ressentiments anheizen (Higley/Burton 2006: 204).

sellschaft dazu beitragen, die Meinungen und Überschneidungen zu Werten, zu politischen Aushandlungsprozessen und zur Anerkennung der vorhandenen Institutionen zu analysieren. Im afghanischen Kontext scheint ein erster Blick auf das Spektrum der unterschiedlichen Elitefraktionen darauf hinzuweisen, dass dort eher uneinige Elite das Bild dominieren; auch wenn unter Karzais Regentschaft die Strategie unterschiedlicher Kooptationen verfolgt wurde und seit September 2014 nach unblutigen Wahlen erstmals in der jüngsten Geschichte Afghanistans ein Vertrag zwischen zwei Präsidentschaftskandidaten mit dem Namen „Nationale Einheitsregierung“ vereinbart wurde. Zu einem gewissen Grad sind die Merkmale einer Konvergenz hin zu einer konsensual geeinten Elite, aufgrund der Koalitionsbereitschaft der unterschiedlichen Elitenvertreter*innen, erkennbar.

Unter den Herausforderungen, die sich aus der Auswertung empirischer Daten zu anderen Transformationsgesellschaften ergeben, sind zwei auch für Afghanistan enorm wichtig und sollten als Warnzeichen in Hinblick auf eine Hypothesengenerierung im Hinterkopf behalten werden: Erstens gelingt es aufgrund der derzeitigen sozioökonomischen Entwicklungen der bereits instabilen und verarmten Regierung meist nicht, eine exponentiell wachsende Zahl an nicht-Elite Mitgliedern mit Arbeitsplätzen zu versorgen; dieses Dilemma könnte sich zum politischen Hauptproblem entwickeln (Higley 2008). Zweitens kann die Tendenz der uneinigen Eliten, unachgiebige Massenorganisationen oder ideologisch und religiös motivierte Gruppierungen zu rekrutieren, die sich mit unverrückbaren Positionen gegenseitig bekämpfen, zu gewaltgeladenen Unruhen führen, die die Stabilität eines Landes in der heiklen Transformationsphase erodieren lassen (Field/Higley/Burton 1990: 173). Ein einfaches und schnelles Umschwenken, so wie es *per definitionem* bei erfolgreichen *elite settlements* notwendig wäre, würde bei den notwendigen Verhandlungen und Zugeständnissen, bei einer Politik der Versöhnung und Kooptation riskieren, dass die Eliten den Rückhalt ihrer Klientel verlieren.

Diese empirisch gesättigten theoretischen Annahmen der Transformationsforscher werden durch die Beobachtungen der politischen und soziokulturellen Verhältnisse zwischen den Elitenvertreter*innen und der jeweils mit ihnen assoziierten Klientel und anhand der dokumentierten Interviews hypothesengenerierend untersucht. Im nachfolgenden Abschnitt werden soziologisch-anthropologische Konflikttheoretiker für die Analyse des weiterhin bestehenden Konfliktes in Afghanistan und seine mögliche Regulierung vorgestellt.

3.4 KONFLIKTTHEORIE

Für die vorliegende Fragestellung nach den Konfliktodynamiken zwischen den unterschiedlichen Elitefraktionen mit dem Ziel, Hypothesen für einen friedenskonsolidierenden Staatsbildungsprozess zu entwickeln und die zuvor dargelegte Eliten- und Transformationsforschung mit einzubeziehen, erweist sich die anthropologisch-soziologische Konflikttheorie der Berliner-Schule als anschlussfähig (Hüsken 2004). Bereits im vorherigen Unterkapitel wurde mit Bourdieus kritischem Blick auf die Akteure unterschiedlicher Milieus und ihrer fast impermeablen Reproduktionsmechanismen ein pessimistisches, zu interpretierendes Analysemodell der materiellen Konkurrenzen um die ökonomischen, kulturellen, sozialen Kapitalien im Zusammenhang

der symbolischen Macht mit „habituelle[n] Dispositionssystemen als Distinktionsstrategien“ vorgestellt (Imbusch 2010: 168). Die Betrachtungen des französischen Soziologen Bourdieu können aufgrund seines kritischen Blicks auf die asymmetrischen Reproduktionsmechanismen ungerechter Sozialstruktur auch zur Transparenz von Konfliktursachen beitragen, denn überall, wo asymmetrische Verhältnisse zu Ressourcenzugängen und -distributionen und/oder zu Institutionen vorherrschen, besteht erhöhtes Konfliktpotenzial. In Bezug auf die gesellschaftliche Entwicklung haben Soziologen diese Dynamiken unterschiedlich gedeutet (Koehler/Gosztonyi/Böhnke 2013; Bonacker 2006; Elwert 2004; Dahrendorf 1994; Simmel 1992; Coser 1956).

Inwiefern können diese Konflikttheorien im afghanischen Kontext in der Frage nach den Dynamiken sowie der Frage nach den Ursache-Wirkungs-Zusammenhängen, nachdem die größten Konfliktpotenziale zwischen den Elitefraktionen aufgedeckt worden sind, erklärend zur Seite stehen? Ergänzend wird nachfolgend ein tieferer Einblick sowohl in die wichtigsten, miteinander verzahnten anthropologisch-soziologischen Konfliktforschungstheorien als auch ein theoretischer Analyserahmen für die vorliegende Fragestellung nach den bisher genannten Konfliktodynamiken (Werte, Normen, Ressourcen, Macht, Institutionen, Schmuggel, Drogenhandel, Religion, Konfessionen) eröffnet. Entlang dieser Konflikte werden die negativen aber potenziell auch die positiven Dynamiken von Konfliktregulierung im empirischen Teil mit größerer Aufmerksamkeit aufdeckt, um sie mit der hier dargelegten Konflikttheorie verflechten und kontrastieren zu können.

Die Arbeit betrachtet erstens aufgrund des Analyseschwerpunktes der Elitenvertreter*innen die Akteure, die in der Regierung und/oder in der Sozialstruktur (Struktur- und Systemebene) Entscheidungen beeinflussen und dann durchsetzen können. Zweitens werden auch Dynamiken aus der Elitentheorie dargelegt, in denen die jeweilige Klientel den opponierenden Eliten durch die Hypostase lediglich eine Entscheidungshoheit zuschreiben; d.h. eine derartige Handlungsmacht der jeweils gefürchteten oder gegnerischen Elitefraktion wird befürchtet, aber besteht *de facto* nicht (Hartmann 2013: 21f; Dreitzel 1962: 71). Dieses Potenzial ist im Zusammenhang von Collins Theorie der Vorwärtsdynamik im gewaltgeladenen und weiterhin kriegesischen Kontext – sei es von außen importierter Terrorismus oder nicht – ein wichtiges Element (Collins 2011b: 181). Auch die genauere Untersuchung ethnisch motivierter Gewaltdynamiken, die in Afghanistan auch auftreten, haben Münkler und Llanque dazu geführt, eine bemerkenswerte Definition zu entwickeln: Sie gilt spezifisch für die Deutungseliten, die eine Parallele zur zuvor dargelegten Elitendefinition bildet:

„Deutungseliten gelingt es am nachhaltigsten, politisch motivierte Gewalt zu legitimieren, wenn sie die Gewalt in einen Zusammenhang mit dem Thema der politischen Ordnung, ihrer Gründung und ihrer Behauptung bringen. [...] Die Ignoranz gegenüber dem Problem der Opfer führt jedoch zur nachhaltigen Delegitimierung der Deutungseliten selbst, die sich im Zirkel der Selbstrechtfertigung verfangen, wie etwa im Falle der meisten Terrorgruppen. Die Legitimation der Gewalt wird selbstreferenziell zu dem sie Ausübenden, Gewaltanwendung wird zum Mittel der Selbststeigerung, und die vermeintliche Elite wird zur Elite, indem sie sich in der Gewaltanwendung übt.“ (Münkler/Llanque 2002: 1230)

Nun gibt es in der Forschungsliteratur der anthropologischen Konfliktforscher, wie Elwert (2004), Coser (1956) und Collins (2011b) genaue Distinktionen zwischen Gewalt und Konflikten, die es jedoch nicht erlauben, für dieses Verhältnis eine einfache mathematische Gleichung aufzustellen. Elwert fasst einen wichtigen Grundgedanken und die Funktionen von eigentlich omnipräsenten Konfliktsituationen für das soziale Zusammenleben zusammen:

„Weniger destruktive Formen des Konfliktes und insbesondere solche Formen, welche die Interessen beider Seiten in die Form eines Kompromisses gießen, fördern die Bereitschaft, Konflikte auszutragen. Dies wird dadurch ermöglicht, dass das geringere Risiko während der Konflikt austragung die Voraussetzung der Kooperation während oder nach dem Konflikt weniger bedroht. Deshalb kann die Institutionalisierung von Konflikt die Inzidenz von Konflikten erhöhen, weil diese weniger gewalttätig und so auch weniger riskant für andere Lebensziele werden.“ (Elwert 2004: 34)

Daraus folgt, dass Gewalt und Konflikte nicht in einer Gewaltspirale miteinander verknüpft sind, sondern es auf die soziale Ordnung und die Verregelungsmechanismen von Konflikten innerhalb der Gesellschaft ankommt. Eingangs und überblickend seien hier die wichtigsten Vertreter und der gemeinsame Nenner der europäischen Konfliktforscher*innen genannt, die den Begriff des „Konflikts“ definieren, und zwar mit Daxners Worten: „Normally, the public does not argue along the lines of any theory; conflict theory in the tradition of Simmel, Coser, Dahrendorf, Elwert, on the other side, would like to explain social dynamics also by an ongoing emergence and resolution of conflicts.“ (Daxner 2013a: 10) Dieser Satz ist im Kontext der kritischen Friedens- und Konfliktforschung zu betrachten, die die liberalen Friedensbildungsmaßnahmen unter den Stichworten des *institutional engineering*s und *social engineering*s bemängelt und als neuen Lösungsansatz vorschlägt, die Hybridität vorhandener Gesellschafts- und Regierungsführungsstrukturen anzuerkennen. Nach diesen Forscher*innen sei durch die vorgeschlagene Beobachtungsmethode der Politik des Alltäglichen (*politics of everyday*) ein Pfad zur lokalen Eigenbestimmung (*local ownership*) einschlagbar, um auch der Hybridität der Post-Konflikt- und Post-Interventionsländer gerecht werden zu können (Mac Ginty 2011; Tadjbakhsh/Richmond 2011; Richmond 2010: 676).

In der Theorie kann ein postliberaler Frieden hervorgehen und durch eine Zivilgesellschaft mit gleichberechtigten Bürger*innen, die idealerweise ihren eigenen Gesellschaftsvertrag definiert haben, begünstigt werden. Dieser Gesellschaftsvertrag basiert auf ihren Werten, Normen und somit auf ihren Identitäten und Kulturen über die Definition des Weber'schen Staatsverständnisses hinaus. Idealerweise ist ein Gesellschaftsvertrag Ergebnis eines generischen Prozesses vertragschließender Gruppen und dieser Vertrag ist ein Ergebnis eines Verhandlungsprozesses zwischen der Bevölkerung, einer aktiven Zivilgesellschaft (Vereine, Gewerkschaften, Interessengruppen, Parteien etc.) und den Eliten. Um über einen Gesellschaftsvertrag zu einer legitimen Staatlichkeit zu gelangen, muss die Möglichkeit einer Partizipation während der Verhandlungen bestehen. Inwiefern dies auf der lokalen Ebene in subnationalen *governance*-Strukturen in Afghanistan seit 2003 gelingt, wird am Forschungsinstitut des Sonderforschungsbereiches 700 *Governance in Räumen begrenzter Staatlichkeit* im Teilprojekt C9 – *Aid, Minds, Hearts: A Longitudinal Study of Governance Inter-*

ventions in Afghanistan an der Freien Universität Berlin erforscht. In einem aktuellen Forschungsaufsatz wurden die langjährig gesammelten Datensätze von 2007 bis 2015 über dieses Verhältnis zwischen Bevölkerung und Staat, das im Englischen als *social contract* bezeichnet wird, präsentiert. Die Ergebnisse des Verhältnisses zwischen Staat und Gesellschaft im Detail zu beleuchten, würde etwas zu weit führen, aber die Tendenz der Entwicklung des Verhältnisses zwischen Staat und Gesellschaft lässt sich hier kurz anhand von drei wichtigen Entwicklungen zitieren, um den langwierigen Prozess des *social contracts* zu verdeutlichen:

„The data suggests that slowly rising performance legitimacy is correlated with the progress that has been made in sectors such as health, education, sanitation, electrification and transport infrastructure. [...] The increasingly negative assessment of ISAF is, as we have argued, a result not only of the failure to provide security, but also of an ideological backlash against Western military presence. By contrast, even against the backdrop of a deteriorating security situation, the ANA was still perceived as having a positive effect on security. [...] Finally, our longitudinal data reveal that the process of state formation is fluid and very sensitive to changes in speed and direction triggered by external circumstances. A case in point is the security crisis of 2009-2011, which left clear traces across all our empirical probes (with the exception of the delivery of basic services). As security deteriorated after 2009, the assessment of the legitimacy of the sub-national administration, of ISAF and of the police became more negative and more taxes were paid to the Taliban and to local militias.“ (Boehnke/Koehler/Zürcher 2017: 110f)

Aus den Forschungsdaten geht also hervor, dass der initiierte Gesellschaftsvertrag sowohl ein langwieriger, als auch ein von nationalen und insbesondere von internationalen Faktoren sehr stark abhängiger Prozess ist. Wie verläuft der Staatsbildungsprozess in einem Land wie Afghanistan, das über vier Dekaden in verschiedenen *tanzim*-Konstellationen insbesondere während der Bürgerkriegsjahre von 1992 bis 1996 den Krieg erlebt, angefacht, ausgeführt und als Konfliktaustragungsform internalisiert hat und nun mit überwiegend denselben Exponenten des Konfliktes neu aufgebaut werden soll? Ihre Gegensätze hinsichtlich der Staatsform, der Rolle der Religion, Normen und Werte und die zwei Gemeinsamkeiten, nämlich die Angst um den Machtverlust und vor juristischer Verfolgung ihrer Kriegsverbrechen, sowie die dogmatische Überzeugung, das jeweils Richtige für die eigene Nation zu verfolgen, sind in der Atmosphäre des Misstrauens spiralförmig zu gewaltgeladenen Dynamiken geworden.⁵⁸ Die stärksten Elitenvertreter*innen, die momentan in der Opposition

58 Diese Frage erscheint vielleicht zu polemisch, jedoch ist eine gewaltgeladene Sprache in der afghanischen Kultur zum Alltag geworden, so dass Drohgebärden, Einschüchterungen, Beschimpfungen und verbale Angriffe auf das Ehrgefühl (meist weiblicher Familienmitglieder) sowohl zum Alltag gehören als auch im Parlament regelmäßig zu gewaltsamen Ausschreitungen führen. Wichtig wäre auch die Frage nach einer Kultur der Pazifizierung, in der nicht mehr, wie zu Zeiten der *mujaheddin*, Schüler*innen im Mathematikunterricht die Addition mit der Anzahl von Kalaschnikows veranschaulicht wird. Von dieser Art des Schulunterrichts durch den IS berichten nun auch syrische Flüchtlinge (Gramer 2017). Auch Cosers empirisch vergleichende Untersuchung des Grades von Gewalt innerhalb der Sportclubs von Psychologiestudierenden einer *Ivy-League* Universität und italienischen

sind, zeigten in den Interviews, dass sie aufgrund ihrer partikularen Machtinteressen und ihrer Werte nicht bereit sind, sich auf einen Grundkonsens für den Frieden unter den Bedingungen des *status quo* zu einigen. In Afghanistan besteht keine tatsächliche „Post-Ära“ mit den positiven Erscheinungsformen einer zumindest sicheren Alltags-situation, so dass es zielführender erscheint, Konfliktursachen und -dynamiken offenzulegen.

Die geschilderten kritischen und weiterhin liberalen Friedensforschungsansätze beziehen sich in ihrer Analyse auf eine Post-Konflikt- und Post-Kriegsphase, wobei beide Termini im Fall von Afghanistan mit der Präsenz der internationalen RSM angesichts der hohen Zahlen an zivilen Opfern und Militärs sowie der Taliban-Kombattanten eher wie ein Euphemismus wirken.⁵⁹ Kritisch bemerkt Daxner zur *Post-Rhetorik* folgendes über die Beschreibung der Post-Intervention:

„In order to demonstrate how important this aspect is, let us just look at the major part of literature, where we find the terms of *post-war* and *post-conflict* more often applied to an ongoing intervention, while *post-intervention* is used only for completed interventions or attribute the ‚post‘ to a period of time after the moment of intervention, i.e. the arrival of the intervention force. This kind of arguments can be more easily projected on states, governments, and people in power on a *system* level. On the level of life-world, the diverse *post*-notions are less clearly observable. But we can assume that the perception of people on the level of life-world would have genuine terms of describing the effects of an intervention, while that may also consider themselves as ‚non-affected‘: life has not changed for them and will not change.“ (Daxner 2013a: 12, Hervorh. im Orig.)

Die Demarkationslinie einer Post-Interventionssituation kann demnach für die Lebenswelt der Menschen schwieriger zu erkennen sein und soweit gehen, dass sich ihre Lebenssituation nicht geändert hat und nicht ändern wird. Afghanistan befindet sich *per definitionem* durch die Präsenz der internationalen Truppen weiterhin in ei-

Einwanderergruppen in den USA, hat generell eine höhere Gewaltbereitschaft innerhalb von organisierten Gruppen und insbesondere gewaltverherrlichenden Gruppen verzeichnet. Bei letzterer Gruppe war Gewalt zum Teil als kulturelle Norm akzeptiert und anerkannt (Coser 1956: 56f).

59 Da sich die Zahlen ständig ändern und momentan (2016) rapide ansteigen sei es hier erlaubt, auf die Website www.icasualties.org zu verweisen, die die Zahlen der gefallenen afghanischen Soldaten aber auch die der Soldaten der anderen involvierten Nationalitäten nach Monaten und Jahren dokumentiert. Zudem sind auch die Berichte der UNAMA eine vertrauensvolle Quelle mit Zahlen zu zivilen Opfern. Der aktuellste halbjährliche Zwischenbericht zeigt, dass im ersten Halbjahr 2016 mit 1.601 verstorbenen und 3.565 verletzten Zivilist*innen die höchste Zahl an Opfern seit 2009 zu beklagen war (UNAMA 2016b). Nicht zu vernachlässigen sind die Zahlen der Taliban-Kämpfer, denn mit ihnen versucht die NUG Friedensverhandlungen zu führen. Die Vereinten Nationen schätzen die Zahlen auf 10.000 bis 12.000 Taliban, die seit 2001 gefangen und getötet worden sind. Darüber hinaus schätzt die afghanische Regierung, dass die Taliban im Jahre 2012 bis zu 155 Millionen US-Dollar aus dem Opium-Handel in ihre terroristischen Strukturen und Logistik investiert haben (United Nations Security Council 2013b: 5, 13).

ner Interventionssituation und auch durch die politischen Handlungsanweisungen der US-amerikanischen Regierung und internationalen Gemeinschaft wird politischer und finanzieller Druck ausgeübt, um bestimmte Vereinbarungen, Verfahren, Beeinflussungen oder Entscheidungen zu treffen. Diese unveränderte Situation auf der mikrosoziologischen Lebensweltebene schafft insbesondere bei den jüngeren Eliten ein Frustrationspotenzial, das verschiedenste Ausprägungen von Migrationsbewegungen gen Westen, innerhalb des Landes durch die IDPs und die Nachbarländer annimmt und sich in politischen oder religiösen Radikalisierungen sowie einer allgemeinen Grundstimmung von Aussichtslosigkeit äußert (Afghanistan Analysts Network 2016).

Auf der Systemebene lassen sich die Veränderungen im Vergleich zur Lebenswelt jedoch eher beobachten, Nutznießer sind insbesondere Regierungsmitglieder, die innerhalb der Institutionen und der drei Staatsgewalten für sich nützliche Netzwerke zwischen der Exekutive, Legislative und Judikative gründen können. Jedoch wurden diese Netzwerke innerhalb der Institutionen von den Elitenvertreter*innen in den Interviews als Gründe für die schlechte Regierungsführung oder bewusstes Instrument für die Blockade von bestimmten politischen Entscheidungen aufgeführt.⁶⁰ Nachfolgendes Zitat Daxners steht in der Tradition einer anthropologischen Konfliktdefinition: „A society of intervention results from partial interpenetration of elements of the society of the interveners with those of the intervened. [...] As a new society, it will differ in various aspects from its roots, e.g., in values, cultural and life style aspects, but also in a political respect, i.e., in the mode of regulating conflicts.“ (Daxner 2013b: 11) Der veränderte Zustand in den sogenannten Post-Interventionsländern, in die Soldat*innen entsendet wurden, setzt die Entsendungsländer periodisch zu den Wahlterminen unter Erfolgsdruck oder unter einen vorhersehbaren oder sogar endgültigen Abzugszwang, was sich natürlich auf die intervenierten Gesellschaften und die Verhandlungsdynamiken mit sogenannten *spoilern* und auf die Kooptationsstrategien mit starken Elitenvertreter*innen auswirkt (plakativ: Außenpolitik ist Innenpolitik). Da im empirischen Teil der Arbeit auch der Aspekt der Korruption und des Klientelismus thematisiert wird, sei auf den Aufsatz zum politischen Klientelismus und der Korruption von Kobayashi hingewiesen (Kobayashi 2006). In der Analyse zum japanischen Klientelismus und den politischen Beziehungen zu den USA weist der Politikwissenschaftler auf die Beziehung als *international patron-client relationship* hin. Zudem kritisiert er auch, dass während des Kalten Krieges im Zusammenhang mit diktatorischen und autoritären Regimen Machthaber finanziell unterstützt worden sind, um sie den liberalen Staaten gewogen zu halten. Unterstützend kommen internationale Hilfsorganisationen hinzu, dieses Konzept bezeichnet er als *international political corruption*. Nach seinen Ausführungen kommt er zum Schluss, dass innenpolitischer Klientelismus mit außenpolitischem Klientelismus durchaus ergänzend fungiert, was er als *inner and outer dual clientelism* bezeichnet. Die zweite Schlussfolgerung ist, dass politische Korruption sowohl innenpolitisch als

60 Interviewte Parlamentarier*innen kritisierten den Stimmenkauf bei wichtigen Gesetzesverabschiedungen oder Bestätigungen für Minister*innen. Sie zeigten sich empört über die klaren Preisstufen, die sich nach der Relevanz der zur Debatte stehenden Gesetzesentwürfe richten, aber geben gleichzeitig zu, dass sie das Geld annehmen (Kap. 7.2 *Mezzanine-Herrschaften innerhalb eines Präsidialsystems in Mazar-e Sharif und Herat*).

auch außenpolitisch komplementär auftreten kann und sich als *inner and outer dual political corruption* benennen lässt (ebd.: 19f).

Das bevorstehende Abzugsszenario kam in den Interviews sowohl vor dem geplanten Abzug im April 2013 als auch im November 2014, während des zweiten Feldforschungsaufenthaltes, zur Sprache und die Positionen beleuchten die unterschiedlichen Wertvorstellungen und Erwartungen der Elitefraktionen an die internationale Gemeinschaft. Daxners Beobachtung über die Unterschiede, wie Konflikte nach Interventionen reguliert werden, spiegelt sich auch in Afghanistan wider, womit an den soziologisch-anthropologischen Aspekt der Dynamik von Konflikten angeknüpft wird.

3.4.1 Strukturfunktionalistische Konfliktforschung in institutionellen Regulierungsmechanismen

In diesem Zusammenhang kann Georg Simmel, der heute von vielen als einer der ersten Konflikttheoretiker betrachtet wird, mit seiner Interpretation von funktionalen und disfunktionalen Konflikten zitiert werden (Koehler 2013: 19). Konflikte sollten nicht nur im Zusammenhang von Gewaltdynamiken betrachtet werden, sondern als Teil des gesellschaftlichen Zusammenlebens: „Wie der Kosmos ‚Liebe und Hass‘, attraktive und repulsive Kräfte braucht, um eine Form zu haben, so braucht auch die Gesellschaft irgendein quantitatives Verhältnis von Harmonie und Disharmonie, Assoziation und Konkurrenz, Gunst und Missgunst, um zu einer bestimmten Gestaltung zu gelangen.“ (Simmel 1992: 286) Nach Simmels Definition wird klar, dass Konflikt (Streit, Kampf, Konkurrenz) nicht nur als gewaltgeladene destruktive Dynamik gewertet wird, sondern ein elementarer und auch omnipräsenter Bestandteil des gesellschaftlichen Zusammenlebens mit positiver Dynamik ist (ebd.: 284-382). Simmel verwendet die Worte Divergenz und Konvergenz, um unterschiedliche Erwartungshaltungen, Reaktionen und unabsichtliche Wirkungen und die Konfliktursachen zwischen Menschen erklären zu können (ebd.: 295). Als destruktiv werden Konflikte so eingestuft: „Kant behauptete, jeder Krieg, in dem die Parteien sich nicht irgendwelche Reserven in dem Gebrauch möglicher Mittel auferlegten, müsste schon aus psychologischen Gründen ein Ausrottungskrieg werden.“ (Ebd.: 296) Es entstehe das Moment der „gemeinsamen Feindseligkeit“ der jedwede Möglichkeit eines Friedens gegenüber dem Anderen abgesprochen wird. Diese Situation stellt die destruktive Seite des Konfliktes im kriegerischen Ausmaß dar. Jedoch eröffnete Simmel zwei relevante Forschungshorizonte, dass Konflikte ubiquitär, für die gesellschaftliche Konsistenz und soziale Ordnung nicht nur negativ sind, sondern sogar konstituierend für die Gesellschaft sind. Zudem ist diese Theorie der Konflikte ein strukturfunktionalistischer Ansatz, der es ermöglicht, andere Konfliktparteien auch als legitim anzunehmen (Imbusch 2010: 161).

Mit Lewis Coser erfuhr diese strukturfunktionalistische Konflikttheorie in der Tradition Simmels durch seine positive Konnotation des Konfliktes für die Gesellschaftsdynamik nach den Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges wieder Aufwind, da Konflikten nicht mehr nur destruktive und pathologische Elemente zugesprochen wurden (ebd.: 162; Coser 1956). Cosers Beobachtungen und auch empirische Erhebungen sozialer Konflikte und auch das Verhalten von Kombattant*innen im Krieg

hat ihn zu einer stärkeren, positiven Verbindung von Konflikt und Gesellschaftsstruktur geführt, in der er den Institutionen eine besondere Regulierungsrolle zuspricht:

„The hypothesis has been suggested that the need for safety-valve institutions increases with the rigidity of the social structure, i.e., with the degree to which it disallows direct expression of antagonistic claims. [...] Our discussion of the distinction between types of conflict, and between types of social structures, leads us to conclude that conflict tends to be dysfunctional for a social structure in which there is no or insufficient toleration and institutionalization of conflict.“ (Coser 1956: 156f)

Weiter fasst Coser am Ende seines Buches zusammen, dass es eben diese rigorose Inflexibilität einer gesellschaftlichen Struktur ist, die es erlauben würde, Feindseligkeiten anzusammeln bis sie sich dann in einem offenen Konflikt entladen. Daher hat Coser, angelehnt an Simmels Theorie, unter dem Einfluss der Schrecken des Zweiten Weltkrieges und der damals innovativen psychoanalytischen Deutungen des menschlichen Strebens und Verlangens, neben drei relevanten Variablen von Gewaltausbrüchen von Bronislaw Kasper Malinowskis – Menschen *qua* Mensch, soziale Position, kulturelle Normen – die Sozialstruktur, in denen Gruppen und Menschen agieren, hervorgehoben.

3.4.2 Akteurfunktionale Konflikttheorie

Ein scharfer Kritiker dieses strukturfunktionalistischen Ansatzes ist Ralf Dahrendorf, der alternativ einen akteurfunktionalistischen Konfliktansatz entwickelt hat. Dahrendorf kritisiert insbesondere die Definition eines „disfunktionalen Konfliktes“, denn für den deutschen Soziologen sind alle Konflikte, jedenfalls in den westlich-industriellen Ländern mit kapitalistischen Produktionsverhältnissen, ein elementarer Bestandteil der dynamischen Gegensätze einer freien Gesellschaft (Dahrendorf 1986: 273). In Dahrendorfs Worten liest sich die Kritik an dem Begriff der dysfunktionalen Konflikte, den Coser von Robert K. Merton übernommen hat, wie folgt: „Ist es eine ‚Krankheit‘ der Gesellschaft, eine Abweichung von der sozialen Norm? Oder ist es auf seine Weise wiederum ein ‚Normalzustand‘, in dem nun allerdings ganz andere Gesetze herrschen?“ (Ebd.: 269) In der analogen Kritik gegenüber der strukturfunktionalistischen Konflikttheorie schreibt Dahrendorf, dass Konflikte als belebender Bestandteil einer demokratischen Grundordnung zu betrachten sind.⁶¹ Meist bezieht sich Dahrendorf auf zivilgesellschaftliche Elemente, die in einer demokratischen Grundordnung die Meinungsbildung und Entscheidungsfindungsprozesse für eine höhere

61 In der Dissertation von Kiss sind anhand von vier Grundaxiomen die Unterschiede zwischen Parsons (Stabilität, Gleichgewicht, Funktionalität und Konsensus) und Dahrendorf (Geschichtlichkeit, Explosivität, dysfunktionale Produktivität und Zwang) aufgeführt (Kiss 1977: 216).

Legitimationsdynamik innerhalb einer funktionierenden Sozialstruktur hervorrufen können (Dahrendorf 1962: 125).⁶²

Der strukturfunktionalistische Ansatz Parsons hingegen werte, so Dahrendorf, die Konflikte eher als pathologische Erscheinungsform ab und in finaler Form besteht die Gefahr eines illiberalen und dogmatischen Gesellschaftsmodells, das sich durch seine Rigidität jeglichem notwendigen und fruchtbaren Gesellschaftswandel verschließt (ebd.: 124f). Coser bewegt sich zwischen den rigiden strukturfunktionalistischen Theoretikern Parsons und Simmel und dem akteurfunktionalistischen Konflikttheoretiker Dahrendorf. Beide Theorien ergänzen sich und haben sich dann unter Dahrendorf zu einer Konflikttheorie entwickelt:

„Die Konflikttheorie entwickelt sich in kritischer Auseinandersetzung mit dem Strukturfunktionalismus. Sie will den Strukturfunktionalismus nicht ersetzen, sondern ihn dort ergänzen, wo Phänomene des sozialen Wandels, wo Herrschaft, Zwang, soziale Konflikte und Interessenausinandersetzungen Gegenstand soziologischer Untersuchungen sind. Dies wird damit begründet, dass der Strukturfunktionalismus einseitig auf Konsens hin orientiert sei, also die funktionale Bedeutung von Dissens und Konflikt für die gesellschaftliche Entwicklung nicht erfassen könne.“ (Brock 2009: 224)

Jedenfalls betrachtet auch Dahrendorf Konflikte als omnipräsent, indem er schreibt: „Konflikt und Wandel, Vielfalt und Geschichte beruhen in diesem Sinn auf der konstitutionellen Ungewissheit der menschlichen Existenz.“ (Dahrendorf 1986: 276) Mit dieser Vorstellung nähert sich Dahrendorf einer Konfliktdefinition, die auch im Kriegskontext Afghanistans mit der „Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen“ (Kühn 2010: 189, 280-288; Bloch 1935/1962: 104-126), der der derzeitige soziale Wandel unter dem Einfluss globaler Wirkmächte zugrundliegt, zu finden ist:

„Wenn hier von Konflikten die Rede ist, so sind damit alle strukturell erzeugten Gegensatzbeziehungen von Normen und Erwartungen, Institutionen und Gruppen gemeint. Entgegen dem Sprachgebrauch müssen diese Konflikte keineswegs gewaltsam sein. Sie können latent oder manifest, friedlich oder heftig, milde oder intensiv auftreten. Parlamentarische Debatte und Revolution, Lohnverhandlung und Streik, Machtkämpfe in einem Schachklub, einer Gewerkschaft und einem Staat sind sämtliche Erscheinungsformen der einen großen Kraft des sozialen Konflikts, die überall die Aufgabe hat, soziale Beziehungen, Verbände und Institutionen lebendig zu erhalten und voranzutreiben.“ (Dahrendorf 1986: 273)

Hieran schließt sich die zeitgenössische Theorie des „agonistischen Pluralismus“ von Mouffe an, in der sie die Konsens-Orientierung der deliberativen Demokratien kritisiert und sogar als einen Grund für die momentan erfolgreiche Identitätspolitik auführt (Mouffe 2010: 105). „Ein wichtiger Unterschied zum Modell der ‚deliberativen

62 Zu diesen zivilgesellschaftlichen Elementen gehören soziale Organisationen, in denen sich Bürger*innen in Vereinen, Gewerkschaften, Parteien, Interessenverbänden zusammenfinden und sie sich beispielsweise über Demonstrationen, Streiks, Volksentscheide, öffentliche Diskurse und Medien, Gehör verschaffen und politische Entscheidungen mitbeeinflussen können.

Demokratie‘ ist, dass für den ‚agonistischen Pluralismus‘ das Hauptziel demokratischer Politik nicht in der Eliminierung von Leidenschaften aus der Öffentlichkeit besteht, um einen rationalen Konsens möglich zu machen, sondern in der Mobilisierung dieser Leidenschaften in Richtung auf demokratische Modelle.“ (Ebd.: 104) Mit diesem Gegenmodell ihres agonistischen Pluralismus kritisiert sie den politischen Antagonismus, der die politische Opposition oder politische Andersdenkende als Feinde betrachtet. Mouffe stellt die Forderung, einen Dissens als demokratiefördernd zu akzeptieren und, mehr noch, „die Institutionen, in welchen er manifestiert werden kann, zu stärken [...]“ (ebd.: 106).

Dahrendorf betont, genau wie Simmel und Coser, die positive Rolle des Konfliktes in unterschiedlichsten Ausprägungen, ob als Streit, Diskussion, Konkurrenz oder Debatte, mit seinem Verweis auf diese Konfliktformen, auch die regulierende und schlichtende Funktion von Institutionen. „Es gibt soziale Gegensätze, die zu politischen Konflikten führen. Doch statt zunehmend gewaltsam und zerstörerisch zu werden, sind diese Konflikte von Organisationen und Institutionen gebändigt worden, durch die sie innerhalb der verfassungsmäßigen Ordnung Ausdruck finden können.“ (Dahrendorf 1994: 162) Die zwei fundamentalen Unterschiede zwischen Dahrendorfs Konflikttheorie und dem Strukturfunctionalismus bestehen zum einen in der Kritik zum Funktionalismus an sich, und zum anderen in der mit dem ersten Punkt verknüpften Überzeugung eines akteurfunktionalistischen Ansatzes. Erstens weist Dahrendorf in Bezug auf Talcott Parsons, den Begründer des Funktionalismus, auf die grundsätzliche Problematik hin, dass sämtliche sozialen Phänomene auf ihre Funktion hin für die Gesellschaft untersucht und bewertet werden. „Etwas hat eine Funktion, wenn es das Funktionieren des Systems fördert“, so kondensiert Dahrendorf den Parsons’schen Grundsatz, dass alle sozialen Phänomene nicht neutral, sondern auf ihre „Erhaltung des Gleichgewichts im System abgeklopft“ werden (Dahrendorf 1986: 264f).

Der zweite herausragende und somit relevantere Punkt für die vorliegende Arbeit, ist die Untersuchung der Beziehung zwischen den Beherrschten und Herrschenden, diese Untersuchung wird hilfreich sein in der empirischen Analyse, um die Interessen und Konfliktodynamiken zwischen den Elitenvertreter*innen und den Netzwerken der Patron*innen und Klientel besser herauszukristallisieren. Dahrendorf schreibt:

„Die Explosivität von mit widersprüchlichen Erwartungen ausgestatteten sozialen Rollen, die Unvereinbarkeit geltender Normen, regionale und konfessionelle Unterschiede, das System sozialer Ungleichheit, das wir Schichtung nennen, und die universelle Schranke zwischen Herrschenden und Beherrschten sind sämtlich soziale Strukturelemente, die notwendig zu Konflikten führen. Von solchen Konflikten aber gehen stets starke Impulse auf das Tempo, die Radikalität und die Richtung sozialen Wandels aus.“ (Ebd.: 273)

In seinem späteren Essay formuliert Dahrendorf treffender für die vorliegende Forschungsfrage die Dichotomie zwischen einer saturierten und der fordernden Gruppe, weiter schreibt der deutsche Soziologe: „Der moderne soziale Konflikt ist ein Antagonismus von Anrechten und Angebot, Politik und Ökonomie, Bürgerrechten und Wirtschaftswachstum.“ (Dahrendorf 1994: 8) In diesem Antagonismus gibt es einen dynamischen Wettstreit, der sich in Parteien, Organisationen, der Zivilgesellschaft oder Verbänden organisiert. Die zwei Arten von Gruppen sind auch in der afghani-

schen Gesellschaft zu finden. Einerseits sind es die Elitenvertreter*innen der unterschiedlichen Ethnien, die sich in der Regierung nicht vertreten und strukturell in bestimmten Bereichen ihres Lebens diskriminiert fühlen. Sie können der fordernden Gruppe zugerechnet werden. Andererseits fühlt sich die ethnische Majorität dazu berechtigt, die existierende Situation zu bewahren, womit sie eher der saturierten Gruppe zugerechnet werden kann. Im empirischen Teil wird evident, dass die Termini der Ethnie, somit auch die Aufteilung in eine saturierte und fordernde Gruppe nur ein theoretisch sinnvolles Konstrukt ist, weil die Realität der ethnischen Minderheiten und Mehrheiten, komplexer ist. Auch die in vielen Ländern bereits bestehenden Gewerkschaften und die Zivilgesellschaft sind in den Anfängen und Parteien werden aufgrund der sowjetischen Vergangenheit eher misstrauisch beäugt.⁶³

Jedenfalls überwog bei den meisten Elitenvertreter*innen, die ihrer Gesinnung nach eigentlich der fordernden Gruppe zugerechnet werden können, die Überzeugung und aus pragmatischer Einsicht heraus, sich eher auf Reformen und politische Stabilisierung zu konzentrieren als auf radikale und bürgerkriegsähnliche Zustände zu drängen. Da die Auswahl der Eliten für die Befragung aufgrund eines der drei Merkmale der Merkmale der Deutungs-, Wirkungs- und Entscheidungshoheit vorgenommen wurde, hat die Arbeit einen akteurzentrierten und einen strukturanalytischen Schwerpunkt, um das Datenmaterial analysieren zu können. Die hier angeführten sozialwissenschaftlichen Vertreter der Konfliktforschung, die entweder einen strukturfunktionalistischen oder einen akteurfunktionalistischen Analysezugang bieten, wurden ausgewählt, weil sie die Analyse heterogener Konflikte sowohl auf ihren Ursache-Wirkung-Zusammenhang hin als auch auf der mikro-, meso- und makrosozialen Ebene ermöglichen. Die oben nur grob konstatierte Tatsache des Wettstreites zwischen saturierten und fordernden Gruppen mit der Anmerkung, diese auch im konflikt- und weiterhin gewaltgeladenen afghanischen Kontext vorzufinden, leitet zu einem weiteren anthropologischen Konflikttheoretiker, Georg Elwert, über, mit dessen empirisch gesättigten Theorien auch für gewaltgeplagte Bürgerkriegssituationen ein zusätzliches theoretisches Rüstzeug geboten wird. In diese Tradition fügen sich dann auch seine Schüler Köhler und Gosztonyi mit ihren Forschungen ein, wie sich zeigen wird, bereichern sie diese fortwährend.

Alternativ zu den hier in diesem Unterkapitel beschriebenen Konflikttheorien für industriell oder gar klassisch-kapitalistische westliche Gesellschaftsformen, wird im nächsten Abschnitt gezeigt, inwiefern sich für die Realitäten Afghanistans Elwerts, Bonackers, Köhlers und Gosztonyis theoretischen Ausführungen anschlussfähig erweisen.

3.4.3 Die Lawinen-Theorie in der anthropologischen Konflikttheorie

Ohne die Analyse der empirischen Daten der beiden Feldforschungsaufenthalte, dürfte für die Leser*innen noch nicht hervorgegangen sein, warum die Konflikttheorie auch aus anthropologischer Perspektive für die nachfolgende Analyse hilfreich ist.

63 Jedoch sei hier auch vermerkt, dass Daxners Forschungen zur afghanischen Mittelschicht darauf hinweisen, dass eine Parteienlandschaft durchaus von den urbanen Eliten (im Sinne einer Bildungsschicht) befürwortet wird.

Damit die nachfolgende Diskussion zur allgemeinen Konfliktdefinition, den vier kategorisierbaren Austragungsmodi nach Elwert (Gewalt, Meidung, Verfahren, Krieg) und die Verwertbarkeit für die afghanischen Konfliktregulierungen und -dynamiken in einem sinnvollen Rahmen nachvollzogen werden kann, sei hier darauf hingewiesen, dass sich im afghanischen Kontext die bestehende soziale Ordnung mit unterschiedlichen Formen von Institutionen und Konfliktregulierungs-, Schlichtungs- und sozialen Versorgungsmechanismen im Zusammenspiel mit nicht nur sich im Aufbau befindenden Institutionen, sondern auch mit einem sich im Aufbau befindenden Staat ausbalancieren muss.

Da sich mein Vorhaben auf die Eliten und ihre Netzwerke konzentriert, ist ein erster Blick auf die Kooptationspolitik Karzais, auch *big tent approach* genannt, und der Führungsstils Ghannis der als Mikro-Management und technokratischer Ansatz beschrieben wird, hilfreich (Maley 2016). Zu Ghannis ersten Amtshandlungen gehörte es, opulente Mittagessen mit wichtigen Entscheidungsträger*innen und der traditionellen Elite aus der Peripherie des Landes vollkommen abzuschaffen und die Staatsausgaben für die aus seiner Sicht nicht notwendigen Treffen einzusparen. Diese und viele kleinere Einsparungen stoßen in einem Land wie Afghanistan, in dem die Gastfreundschaft unterschiedliche soziale Funktionen, wie z.B. Austausch, Schlichtungen, Vertrauensbildung, Aushandlungen von Interessen etc. beinhaltet, gegen kulturelle Gepflogenheiten, die ihn sowohl die Unterstützung der Stammesführer als auch seine unmittelbaren Informationsquellen gekostet hat.

Wenn diese Maßnahme als Schritt zu moderner Staatsführung interpretiert werden könnte, muss an dieser Stelle jedoch konstatiert werden, dass es keine Parteien oder Vereine mit starken Strukturen gibt, die die Interessen des Landes mit den jeweils infrastrukturell und sicherheitspolitisch schlecht erreichbaren 34 Provinzen repräsentieren könnte. Nunmehr gehen die weiterhin wichtigen Stammesführer in einer nicht zu unterschätzenden Zahl zu Karzais Haus, um ihre Anliegen vorzutragen. Solche Beispiele, in denen der Versuch zum Ausdruck kommt, den Staat zu modernisieren und effizienter zu gestalten, spielen eine wichtige Rolle in den Interviews. Für die Auswertung sind die Beispiele interessant, da einige Elitenvertreter*innen diese Politik befürworteten, und andere wiederum als zu radikal und modern betrachteten.

In Afghanistan herrschen seit der Intervention durch die OEF, als Reaktion auf den 11. September 2001, immer noch unterschiedliche Entscheidungsmechanismen vor, in denen die unterschiedlichen Elitenvertreter*innen für ihre eigenen regionalen und ethnopolitischen Partikularinteressen und die ihrer Klientel agieren. Um es prägnanter zu formulieren: Unterschiedliche Elitefraktionen haben eine bestimmte Klientel, sowohl aus der regional-politisch wichtigen Peripherie als auch aus den urbanen Zentren, denen sie mit Wohlwollen gegenüber ihrer Position begegnen müssen, um ihre eigene Position zu sichern. Dieses System bettet sich ein in ein traditionelles und gleichzeitig fragmentiertes Regierungsführungssystem aus den Kriegs- und Besatzungsjahren von 1979 bis 1989 und den Bürgerkriegsjahren von 1992 bis 2001. In einem Aufsatz zu Konflikttheorien des 21. Jahrhunderts, in dem innerstaatliche Konflikte, Kriege und Auseinandersetzungen zugenommen haben, weist Bonacker darauf hin, dass neben den klassischen, nationalstaatlichen Konflikten auch eine subnationale und transnationale Komponente hinzugekommen ist:

„Darüber hinaus lassen sich aber zwei weitere Konfliktdynamiken in der Weltgesellschaft beobachten, die es rechtfertigen, von einer postnationalen Konfliktkonstellation zu sprechen: zum einen transnationale Konfliktdynamiken oberhalb des Nationalstaats, zum anderen subnationale, etwa ethnopolitische Konflikte unterhalb des Nationalstaats. [...] Zugleich lässt sich aber festhalten, dass sich diese Konfliktdynamiken zwar analytisch trennen lassen, empirisch aber häufig miteinander verwoben sind.“ (Bonacker 2006: 49)

Auch im Falle Afghanistans trifft diese Aussage Bonackers zu und weist Affinitäten zur Ära des Kalten Krieges auf, wobei nun die regionalen Mächte und die USA miteinander rivalisieren. Auch die ethnopolitischen Antagonismen haben über die Bürgerkriegsjahre immer wieder an Dynamik hinzugewonnen und werden nach den jeweils machtpolitischen Koalitionen neu geschmiedet und geschnürt. Da das zentrale Anliegen dieser Arbeit nicht auf transnationale Komponenten des Konfliktes gerichtet ist, werde ich nur darauf hinweisen, welches Land beispielsweise welche *tanzims* unterstützt hat oder weiterhin unterstützt oder welche Großmacht auf politische Entscheidungsprozesse Einfluss genommen hat. Wie bereits aus dem japanischen Kontext zitiert, gibt es auch im afghanischen Staatsbildungsprozess eine innere und äußere duale politische Korruption, sozusagen eine nationale und internationale Ebene des politischen Klientelismus (Kobayashi 2006).

Nun dürften die zwei folgenden Fragen *als interdependente Teilantworten* betrachtet werden:

- 1) Inwiefern ist das bestehende Patronage-Klientel-Netzwerk dem *nation-building-lite*⁶⁴ der Intervenierenden geschuldet, mit dem die Installation alter Kriegsherren, gepaart mit einigen im Westen ausgebildeten Politiker*innen, einherging?
- 2) Inwiefern ist es die pragmatischste Lösung, aufgrund des seit 1979 herrschenden Krieges mit den verfeindeten politischen Eliten die bestehende ethnopolitische und religiös-ideologische Fragmentierung durch ihre Machtteilhabe zu überbrücken und so zu stabilisieren?

Diese Fragen nach dem Erfolg der bisherigen teilweisen Kooptationsstrategie mit ihren unterschiedlichen Schattierungen entlang der Ethnien und deren Fraktionen, können u.a. mit einer Theorie zu Gewaltdynamiken und Konfliktverläufen besser reflektiert werden.

64 Als eine Reaktion auf die Anschläge vom 11. September 2001 war die US-Administration an einem kurzen Vergeltungsschlag gegen *al-Qaida* und die Taliban interessiert. Die USA hat nicht berücksichtigt, wie ein kriegerschüttertes Land, das politisch und sozial segmentiert ist, wieder mit einer langwierigen und nachhaltigen Strategie in seinem konfliktreichen geopolitischen Umfeld aufzubauen ist. Vor dem militärischen Schlag hat Präsident Georg W. Bush am 26. September 2001 gesagt: „We are not into nation building, we are focused on justice.“ (Rashid 2008: 74) Rashid zitiert auch Richard Haass, den damaligen Leiter des US-Außenministeriums des *Departments of Policy Planning*: Haass hat Powell empfohlen, dass die politische Transition von den Vereinten Nationen geführt wird, während die USA und ihre Verbündeten eine Agenda des *nation building lite* verfolgten (ebd.: 75).

Der Berliner Anthropologe und Begründer der Berliner-Schule, Elwert, bietet einen systematischen Zugang zu den Konflikten in nicht industrialisierten Ländern. Seine Theorie zu bestehenden kulturellen Codierungen von Gewalt und Konflikt eröffnet einen unverzichtbaren emischen Zugang zu den afghanischen Realitäten. Auch nach Elwerts Auffassung sind Konflikte im gesellschaftlichen Zusammenleben omnipräsent und sie „sind ein Grundmerkmal jedes menschlichen Zusammenlebens“ (Eckert 2004: 7). Elwert beschreibt den Kern zwischenmenschlicher Konflikte und ihre möglichen Relationen zur Kultur wie folgt: „Konflikt ist soziales Handeln, das auf der Wahrnehmung von teilweise inkompatiblen Interessen oder Intentionen zweier oder mehrerer Personen basiert. Die Wahrnehmung der unvereinbaren Interessen muss nicht notwendigerweise von beiden Seiten geteilt werden. Formulierungen von Interessen und Intentionen sind notwendigerweise kulturell gebunden und können auch innerhalb einer Kultur Gegenstand der Auslegung sein.“ (Ebd.: 26) Mit dieser Ubiquität von Konflikten im gesellschaftlichen Zusammenleben hat der Soziologe eine Theorie entwickelt, wonach Konflikte gleich einer Lawine zwar zeitlich und in ihrer Vehemenz nicht genau vorhersehbar, aber die Verläufe und die Orte, an denen sie auftreten können, berechenbar werden (ebd.: 29). Dieses Schema nennt Elwert die *soziale Einbettung* von Konflikten, nach der Konflikte eine bestimmte kulturelle Codierung aufweisen. Er beschreibt soziale Einbettung wie folgt: „Unter Einbettung versteht man das Ensemble von moralischen Werten, Normen und institutionalisierten Arrangements, die bestimmte Handlungstypen begrenzen und gleichzeitig das Ergebnis dieser Handlung berechenbar machen.“ (Ebd. 2004: 29)

Diese kulturelle Codierung von Konflikten muss nicht direkt mit zerstörerischer Gewalt gleichgesetzt werden, sondern sie kann konstituierend helfen, sozialen Wandel zu analysieren und die mit ihnen vorhandenen Werte zur regulieren und in Institutionen zu implementieren. Noch wichtiger ist der zusammenfassende Gedanke zu den vier bestehenden Austragungsmodi mit ihren vier Kriterien, und dass der eine nicht besser ist als der andere, sondern in seinem jeweiligen sozialen Umfeld betrachtet werden sollte. Elwert bettet sie in die jeweiligen politischen, geopolitischen und insbesondere kulturellen Kontexte ein, um sie dann auf die „Konfliktverarbeitungskapazität“ zu untersuchen (ebd.: 36). Anhand mehrerer Beispiele weist er auch auf die positiven Effekte der „Meidung“ in der Sahelregion (Bénin) hin, wo der Sklavenhandel durch die Konfliktmeidung bzw. die Streusiedlung dazu beigetragen hat, dass die Jagd nach neuen Sklaven wegen der kleineren Kommunen unrentabel geworden ist und somit ihre Mitglieder der Gemeinschaft durch kleinere Kommunen und einer zerstreuten Fluchtstrategie vor Sklavenjägern besser schützen konnten (Elwert 1997: 96).

Jedoch gibt es auch die Komponente des kriegerischen Habitus, der durch einen wortwörtlichen Trommelschlag der männlichen Dorfbewohner bei einem Angriff abrufbar sein muss und bei heldenhaften Siegen dann in der oralen Tradition durch Lieder und Geschichten besungen wird. Diese Bereitschaft der Baseda in der Stadt Bassila in Bénin zur Verteidigung gegen die Dahome kann zu heldenhaften Ruhm bis über den Tod hinaus führen und ist für die Bewohner*innen der umzingelten Stadt überlebensnotwendig (ebd.: 96). Als weitere Beispiele zieht Elwert auch die imperialistischen Expansionsbestrebungen rings um die Staaten des Balkans und Kaukasus für die Möglichkeit eines abschreckenden Gewaltpotenzials durch Fehden heran (Elwert 2004: 36). Bei der Fehde besteht eine stärkere soziale Einbettung, das Ver-

fahren des Anspruches auf eine Fehde wird durch den Tod eines der Beteiligten eingeläutet, es endet mit dem Tod eines Beteiligten. Die Zerstörung, die sich in Genoziden veräußern kann, hat die Vernichtung des feindlichen Gegenübers zum Ziel und folgt keiner „bindenden Übereinkunft“ der Konfliktparteien, ihr liegt die kulturelle Codierung der vollendeten Auslöschung und Tötens zugrunde (ebd.: 36). So könne auch die Meidung als Konflikttyp in die Kategorie der Zerstörung übergleiten, wenn Meidungsgesellschaften wegen ihrer schwachen Konfliktlösungsmechanismen scheitern, dann können sie in den zerstörerischen Austragungstyp fallen.⁶⁵ Elwert stellt sein anthropologisches Schema vom Grad sozialer Einbettung in Relation zu Gewalt wie folgt dar:

Tabelle 4: Das Feld der vier Pole für die möglichen Austragungsmodi von Konflikten

	mehr Gewalt	weniger Gewalt
stärkere Einbettung	Kriegerisch	Verfahren
schwächere Einbettung	Zerstörung	Meidung

Quelle: Elwert 2004: 30

In Konflikten mit einem kriegerischen Austragungsmodus besteht eine stärkere soziale Einbettung, die Elwert in den Dynamiken der Gewaltmärkte analysiert hat (Elwert 1997). Die innerstaatlichen Auseinandersetzungen, wie in Zentralafrika und im ehemaligen Jugoslawien, die meist irrational erscheinen, verfolgen gerade diese Strategie unberechenbarer Dynamiken, denn letztendlich ist sie den vorherrschenden Gewaltmärkten sehr dienlich (Elwert 1999: 85). In Elwerts Worten: „To state in two sentences: there is a group of conflicts which we will call markets of violence. These markets of violence exhibit a self-stabilised structure and owe their reproduction to a profit-oriented economic system which combines violence and trade as a means of access to commodities.“ (Ebd.: 85) Eine Strategie dieser Gewaltmärkte ist es, Emotionen, wie Hass gegen Andere, das Misstrauen der bereits langjährigen Bürgerkriegsparteien gegeneinander, weiter zu schüren, das Gefühl der Unsicherheit und des Chaos aufrecht zu erhalten. Diese irrationale Art der Politik scheint für Außenbeobachter*innen als irrational, aber Elwert beschreibt diese Irrationalität an sich für das System als plausibel und zweckrational (Elwert 1997: 87f). Elwert, geht nicht *per se* von ethnopolitischen Konflikten zwischen Menschengruppen aus, sondern er beschreibt sie anhand mehrerer Länder als eine „endostrategische Mobilisierung“ von aufstrebenden Eliten, um an die Macht zu gelangen. Denn das Zusammengehörigkeitsgefühl einer Gruppe über eine gefühlte oder tatsächliche Gefahr durch einen Außenkonflikt wird weiter angefacht, um „neue Normen oder neue Machtstrukturen“ zu forcieren (ebd.: 88). Ähnlich beschreibt der amerikanische Soziologe Collins dieses Spannungsverhältnis:

65 Nachfolgende Abbildung Elwerts bietet einen Überblick zu den vier Austragungsmodi von Konflikten und den jeweiligen, möglichen vier Merkmalen.

„Gewaltsituationen sind durch ein emotionales Feld aus Anspannung und Angst geprägt. Damit der Gewalt Erfolg beschieden ist, müssen diese Anspannung und Angst überwunden werden, etwa durch die Umwandlung emotionaler Anspannung in emotionale Energie. Üblicherweise gelingt dies der einen Konfrontationspartei auf Kosten der anderen. Erfolgreiche Gewalt nährt sich insofern von gegenseitiger Konfrontationsanspannung und -angst, als eine Seite den emotionalen Rhythmus beherrscht und die andere als Opfer darin gefangen ist. Allerdings sind nur wenige Menschen dazu in der Lage. Denn es handelt sich dabei um eine strukturelle Eigenschaft von Situationsfeldern, nicht um eine Eigenschaft von Individuen.“ (Collins 2011b: 35)

Auch nach Collins ist es nicht die menschliche Eigenschaft an sich, die sich einem Hobbes'schen Menschenbild gleich, durch Ruhmsucht, Konkurrenz und Misstrauen gegen die Anderen im ständigen Wettstreit befindet, sondern es ist die Sozialstruktur, die Gewaltdynamiken fördern. Nach Elwert ist es die Abwesenheit eines Gewaltmonopols, das es einer Ökonomie der Gewalt in gewaltoffenen Räumen erlaubt, sich zu entwickeln und zu lukrativen Systemen auszuwachsen. Elwert entwirft ein Dreieck, in dem durch die drei Komponenten der Gewalt, Zeit und Handel mit Gütern (Schmuggel, Waffen, Menschenhandel, Drogen, Edelsteinhandel etc.) zugunsten der Kriegsherren miteinander korrelieren. Die nachfolgende Definition einer allgemeinen Ökonomie der Gewaltmärkte kann auf das sich momentan perpetuierende Patronage-Klientel-Netzwerk in Afghanistan schablonenhaft übertragen werden:

„Auch wenn Kriegsherren in ihrer subjektiven Wahrnehmung keine ökonomischen Ziele verfolgen, brauchen sie, um ihre Handlungen zu reproduzieren, Waffen und Soldaten. Die Gewinne aus Raub, Erpressung, Geiselnahme, Zöllen und Handel (in besonders teuren Gütern, wie wertvollen Metallen und Steinen, Drogen und Waffen) müssen die Ausgaben decken und Profit abwerfen.“ (Elwert 2004: 33f)

Zwar schreibt Elwert über die Konfliktaustragungsmodi bereits, dass diese nicht immer klar voneinander zu trennen sind und oft in Mischformen auftreten, aber Köhler und Gosztonyi haben anhand ihrer Forschungen im Kaukasus, Zentralasien und Afghanistan detaillierter und empirisch gesättigt beweisen können, dass diese soziale Einbettung der kulturell-kodierten Konflikte nicht statisch ist (Koehler/Gosztonyi/Böhnke 2013; Koehler 1998). Die zuvor beschriebene Elwert'sche Vorstellung der sozialen Einbettung, die sich auf Werte, Normen und Institutionen als Relevanz-Ordnung für die Handlungslogik(en) der Akteure versteht, kann zwar den jeweiligen Konfliktaustragungsmodi zugeordnet werden, aber die von Köhler beobachtete Verhandlungbarkeit von Konfliktregulierungsmechanismen auf subnationaler Ebene hilft, Flexibilität bei den Formen von Konfliktregulierungen systematisch zu erkennen (Koehler 2004: 223). Im selben Band haben Zürchers Untersuchungen der informellen Schatteninstitutionen in der ehemaligen Sowjetunion die Kausalzusammenhänge der Austragungsmodi von Konflikten innerhalb der Vierfeldmatrix aufdecken können (Zürcher 2004; Koehler/Zürcher 2003). Zu Regelungsmechanismen in Gewaltmärkten, die eigentlich eher eine niedrige Stufe von institutionell vorhandenen Regelungen vorsieht, konnte Zürcher das Gegenteil konstatieren: „Je mehr Effizienz und Legitimität der formalen Institutionen abnehmen, desto höher wurde die Legitimität der Schatteninstitutionen.“ (Zürcher 2004: 104) Beide Forscher, Köhler und Zürcher, haben mit ihren empirischen Untersuchungen durch die unkonventionelle Kultur- und

Institutionendefinition die flexiblen Übergänge zwischen Konfliktregulierungsmechanismen innerhalb einer sozialen Ordnung aufgedeckt.

Zum einen ist Köhlers Definition von Kultur und aufgrund seiner für Politikwissenschaftler*innen unkonventionellen Definition von Institutionen nicht statisch zu betrachten. Köhler und Zürcher wenden beide die Definitionen des Neoinstitutionalisten North an: „Unter Institutionen verstehen wir jegliche Art von Beschränkungen, die Menschen zur Gestaltung menschlicher Interaktion ersinnen. Sind Institutionen formgebunden oder formlos? Sie können das eine wie das andere sein, und mich interessieren sowohl formgebundene Beschränkungen – wie von Menschen erdachte Regeln – als auch formlose Beschränkungen – Gepflogenheiten oder ein Verhaltenskodex.“ (North 1992: 4) Auch Norths Kultur-Begriff ist ein weitgefaster und steht für die Tradierung von Werten, Wissen und sozial akzeptierten Verhaltensregeln. North selbst zitiert:

„Kultur lässt sich definieren als die ‚Übertragung von Wissen, Werten und anderen verhaltensrelevanten Faktoren mittels Lehre und Nachahmung von einer Generation auf die nächste‘ (Boyd/Richerson 1985: 2). Kultur bietet ein sprachgebundenes begriffliches Bezugssystem zur Verschlüsselung und Deutung der Information, welche die Sinne dem Gehirn liefern.“ (North 1992: 44)

Köhler kritisiert an dieser weit gefassten Definition, dass nicht alles als kulturell codierte und somit informelle Institution betrachtet werden sollte, stattdessen schlägt er vor: „[...] den Begriff der informellen Institution einzuschränken auf ungeschriebene Regeln, die folgenreich sind, weil ihre Einhaltung durch soziale Kontrolle überwacht wird und durch die glaubwürdige Androhung von Sanktionen geschützt wird.“ (Köhler 2004: 274) Dieser informelle Institutionenbegriff ermöglicht es, Regulierungsmechanismen außerhalb konventionell sichtbarer Staatlichkeit innerhalb hybrider und auch transformatorischer Ordnungen zu analysieren.⁶⁶ In diesem Zusammenhang kann Zürchers an Norths angelehnte und dann weiter entwickelte Definition von formellen und insbesondere informellen Institutionen zitiert werden, um den neuen Rahmen eines akteurzentrierten Institutionalismus für die Analyse von Konflikten deutlicher in den Mittelpunkt zu rücken:

„Institutionen sind informelle und formelle Regeln, welche die wiederholte Interaktion von Akteuren verregelt. Dadurch verringern sie Unsicherheit und senken Transaktionskosten. [...] Formale Institutionen sind staatsnah, das heißt, sie werden durch die Autorität des Staates geschützt. Informelle Institutionen sind staatsfern und stabilisieren sich durch nichtstaatliche

66 In Zürchers Untersuchungen zu postsowjetischen Transformationsprozessen stellt dieser den Begriff der Hybridität wie folgt in den Kontext der Definition der sozialen Einbettung: „Unter Einbettung versteht man das Ensemble von moralischen Werten, Normen und institutionalisierten Arrangements, die bestimmte Handlungstypen begrenzen und gleichzeitig das Ergebnis dieser Handlung berechenbar machen. Die Tatsache, dass Konflikte sowohl über kontrollierte und vorhersagbare Aspekte als auch über ein Element von Überraschung verfügen, gibt ihnen eine hybride Struktur.“ (Zürcher 2004: 102) Dieses Zitat weist darauf hin, dass durch sozialen Wandel hybride Strukturen entstehen.

Sanktionspotenziale, durch die Gewinnerwartung der Akteure oder durch geteilte kulturelle Normen.“ (Zürcher 2004: 107)

In Bezug auf Afghanistan unterscheidet sich an einem Punkt des Elwert'schen Modells der Gewaltmärkte meine Position in dieser Studie. Die Macht- und Herrschaftskonflikte sind sicherlich einerseits den informellen Schatteninstitutionen geschuldet, für die sie in beschriebenen Gewaltmärkten perpetuierende soziale Strukturen durch unterschiedliche Strategien weiterhin ernähren müssen. Andererseits wurden seit der offiziellen Interimsregierung im Dezember 2001 die Weichen für einen demokratischen Staat mit einer Verfassung und den dazugehörigen Institutionen gelegt. Über diese Machtkonflikte hinaus werden in meiner Dissertation auf der Grundlage der unterschiedlichen Werte und Normen, die von den interviewten Elitenvertreter*innen hervorgehobenen Interessenkonflikte als „reale Konflikte“ analysiert. Als reale Konflikte bezeichnet Coser Konflikte, die nicht nur zweckrational stilisiert werden, sondern tatsächliche, weltanschauliche Differenzen sind, die die Konfliktparteien als nicht verhandelbar betrachten. Diese realen Konflikte können dann zu dissensualen Konflikten mit einem hohen Eskalationspotenzial übergehen (Coser 1956). Bonacker interpretiert Cosers reale Konflikte jedoch als konstruktive Diskurse innerhalb einer Gesellschaft und eben diese als reale Konflikte. Jene Konflikte, die eher einen destruktiven Aspekt haben, betrachtet er „als ein Anzeichen gesellschaftlicher Desintegration“ (Bonacker 2009). Vorausgesetzt, die (konfessionell-)religiösen, politischen und ethnischen, Orientierungen und die beobachtete Handlungspraxis der Elitenvertreter*innen stimmt miteinander überein, sollte nun hier an dieser Stelle dennoch über den theoretischen Umgang mit unterschiedlichen Wert- und Normvorstellungen als nicht nur zweckrationales, sondern auch als reales Konfliktpotenzial gerade aufgrund der omnipräsenten Gewalt diskutiert werden.

Für eine profundere Analyse der unterschiedlichen Weltanschauungen erweisen sich Bonackers und Imbuschs Überlegungen zu teilbaren und unteilbaren oder konsensualen und dissensualen Konflikten (Aubert 1963) zwischen den afghanischen Eliten als anschlussfähig an die bisherige Konflikt- und Transformationstheorie. In der Transformationsforschung besteht die Aufteilung zwischen konsensualen und uneinigen Eliten nachfolgende Definition kann Aufschluss über die Gründe geben, denn diese liegen in den Konflikten.

„Konsensuale Konflikte wären dann jene, bei denen zwischen den Konfliktparteien Einigkeit über die zu erreichenden Ziele besteht, aber in der Umsetzung eine Konfliktpartei doch eher gewinnt als die andere. Als dissensual könnte man Konflikte bezeichnen, in denen die Zielorientierungen der Parteien unterschiedlich sind oder sich aus ihren unterschiedlichen Normen, Werten und Weltanschauungen inkompatible Zielsetzungen oder Austragungsformen ergeben.“ (Bonacker/Imbusch 2010: 73)

Diese dichotome Unterscheidung kann Hinweise auf Konflikte geben, die Elitenvertreter*innen als nicht verhandelbar betrachten und die nicht nur einen „strategischen Interessenkonflikt“ darstellen. Jedoch sind sie nie allein als idealtypische Erscheinungsformen zu identifizieren, sondern sind meist als Identitäts- und Ressourcenkonflikte verbunden (Dubiel 1997: 437).

Mit diesem theoretischen Fundament wird die Möglichkeit eröffnet, die herrschenden Patronage-Klientel-Netzwerke Afghanistans, die bereits Teil der staatlichen Maschinerie innerhalb eines konfliktreichen *institutional engineerings* und Staatsbildungsprozesses sind, systematisch zu erschließen. Wie ich dieser Aufgabe in der vorliegenden Doktorarbeit methodisch nachgegangen bin, wird im nächsten Kapitel beschrieben.

4 Methode

An dieser Stelle wird nochmals das prioritäre Erkenntnisinteresse meiner Arbeit formuliert, um sie nachvollziehbar in einen Zusammenhang mit der ausgewählten empirischen Vorgehensweise und Auswertungsmethode zu stellen. Das Ziel der Arbeit ist es, die Tiefenstruktur der handlungsleitenden Ordnungs- und Regierungsvorstellungen sowie das Patronage-Klientel-Netzwerk der verschiedenen Elitefraktionen Afghanistans herauszukristallisieren und theorieleitend zu analysieren, wie die Konfliktodynamiken der Elitenkonstruktionen dieses Landes verlaufen. Um diese Frage *theorieleitend und hypothesengenerierend* beantworten zu können, wurden bei beiden Feldforschungsaufenthalten im April 2013 und November 2014 fast identische Themenspektren des aktuellen Staatsbildungsprozesses mit etwa neun bis elf Fragen anhand eines halb-standardisierten Leitfadeninterviews und bei der zweiten Feldforschung anhand eines nicht-standardisierten Leitfadeninterviews abgedeckt (s. Anhang *Interviewfragebögen*). Die Feldforschung belief sich beim ersten Mal im April 2013 auf zehn Tage in Kabul und beim zweiten Mal im November 2014 habe ich die Forschung auf einen Monat für insgesamt drei Städte – Kabul, Mazar-e Sharif und Herat – erweitern können.

Nachfolgend wird die methodische Besonderheit von Interviews mit Eliten, in diesem Zusammenhang auch die methodische Herausforderung im krisen- und kriegsgebeutelten Afghanistan anhand bereits existierender sozialwissenschaftlicher Forschungen, die in Bezug auf mein Vorhaben als relevant betrachtet wurden, skizziert. Danach folgt die Erläuterung zur methodischen Auswertung durch die qualitative Inhaltsanalyse der Interviews der Elitenvertreter*innen, um einen Überblick über die Ursache-Wirkungs-Dynamiken von Konflikten zu bekommen und sie anschließend in der Analyse zu erklären und zu verstehen.

4.1 ELITENINTERVIEWS IN AFGHANISTAN

Die nachfolgenden Details könnten zu detailliert erscheinen, dennoch sind sie für den Forschungsprozess und die mit diesem verzahnte Methodik von großer Bedeutung. Denn die*der Forscher*in sollte als subjektive Instanz bei der Auswertung methodisch mitberücksichtigt werden; diesem methodischen Anspruch werde ich im empirischen Teil konsequent und differenzierter nachkommen. Seit Längerem wird die Rolle der Forscher*innen eher in der Anthropologie als in der Politikwissenschaft reflektiert (Häberlein 2014; Honer 1989). Im Rahmen des Dissertationsvorhabens habe

ich insgesamt 41 unterschiedliche afghanische Elitenvertreter*innen (elf Frauen und 30 Männer) anhand eines halb- und eines nicht-standardisierten Leitfadenterviews interviewt. Einige Interviews habe ich als Gruppeninterviews führen müssen, weshalb sich eine Anzahl von insgesamt 36 anstatt der 41 Interviews ergeben hat. Die ersten zwölf Interviews habe ich bei einem zehntägigen Feldforschungsaufenthalt in Kabul mit einem Diktiergerät im April 2013 durchgeführt, was sich in den wortwörtlichen Transkriptionen widerspiegelt. Die zweite Feldforschung konnte ich im November 2014 auf einen gesamten Monat erweitern, wobei es sich aufgrund der schlechten Sicherheitslage nicht um eine klassische anthropologische oder empirisch politikwissenschaftliche Feldforschung handelte, sondern um eine ungewöhnlichere Studie, in der die Interviews entweder in einem familiären Rahmen, nämlich im Haus meines Vaters, oder in den jeweiligen Büros der (Super-)Eliten geführt werden mussten.

Auf diesen Sachverhalt, die besondere Situation und meine Rolle als Forscherin gehe ich ausführlicher in Kapitel 5 *Empirie und das besondere Feld* ein, dort sind auch weitere Reflexionen in Bezug auf die zwei folgenden Feldforschungsaufenthalte in Mazar-e Sharif und Herat vom November 2014 zu finden. Zwei wichtige Aspekte seien hier aus der methodischen Forschungsliteratur im Zusammenhang mit Eliteninterviews genannt. Die in der Forschungsliteratur zu Eliteninterviews diskutierten methodischen Probleme konzentrieren sich meist darauf, wie die Forscher*innen überhaupt einen Zugang zu den Eliten für ein Interview oder Einblicke in das Milieu erhalten können, und dann wie durch einen Schneeballeffekt nach dem ersten Kontakt weitere geeignete Partner*innen für Interviews gewonnen werden. Je nach Milieu und Position erfordere es eine besondere Strategie; eine solche war in meinem Fall als Interviewerin nur bei Eliten mit einer religiös-fundamentalistischen Orientierung nötig. Die politische Rolle meines Vaters ermöglichte mir den Kontakt zu vielen anderen Eliten (Kap. 5.2 *Der gatekeeper*).

Das Misstrauen von religiös-konservativen Elitenvertreter*innen konnte durch Mittler, die die Anfragen, wie beispielsweise im Falle der Taliban-Vertreter, weiterleiteten, erst nach mehreren Wochen und in einigen Fällen erst für den zweiten Feldforschungsaufenthalt überwunden werden. Wie Brandl und Klinger treffend in ihrem Aufsatz über den Zugang von Informant*innen aus dem Elitenmilieu beschreiben, stimmten einige Elitenvertreter*innen dem Interview zu, weil sie über ein „hohes Statusbewusstsein sowie differenzierte Bedeutungsschemata“ verfügen, welche sich darin äußerten, dass sie bereit sind, mit Gleichrangigen oder Höhergestellten zu sprechen und sich auszutauschen (Brandl/Klinger 2006: 4). Beide Kriterien erfüllte mein Vater als ehemaliger Außenminister (2006-2010) und dann während meiner ersten Feldforschung noch als amtierender Nationaler Sicherheitsberater (2010-2014), weshalb mir viele Eliten bereitwillig und kurzfristig einen Termin erteilten. Somit erwies er sich als einflussreicher *gatekeeper* für meine Forschung. Bei den Eliten in Kabul, die aus Hierarchiegründen gebeten werden konnten, wegen des Interviews zum Lebensraum meines Vaters zu kommen, spielte bei ihrer schnellen Zusage auch die Hoffnung eine Rolle, eine kurze Unterhaltung mit meinem Vater zu den aktuellen politischen Geschehnissen, wie beispielweise zu den bevorstehenden Präsidentschaftswahlen im April 2014, den Verhandlungen zum bilateralen Sicherheitsabkommen zwischen Afghanistan und den USA sowie zu den seit September 2014 laufenden Regierungsverhandlungen der NUG zu führen.

Außerdem war vielen aus Prestige- und Deutungsgründen daran gelegen, Teil eines Forschungsprozesses für einen stabilen Staatsbildungsprozess in Afghanistan zu sein und zu einem wissenschaftlichen Projekt beizutragen. Aus diesem Grund äußerten später einige Eliten ihr Bedauern darüber, dass sie nicht für ein Interview angefragt wurden. Worauf ich ihnen ausrichten ließ, dass ein möglichst weites politisches Spektrum an Elitenrepräsentant*innen abgedeckt werden musste und keinesfalls ihre Expertise oder gar Position als Angehörige*r einer einflussreichen Elite in Frage gestellt worden wäre.

Wie Bogner und Menz herausgearbeitet haben, kann es sein, dass die Befragten die*den Interviewer*in unterschiedlich einschätzen, möglich ist die Einordnung in sechs unterschiedliche Typen: 1. als Co-Expert*in, 2. als Expert*in einer anderen Wissenskultur, 3. als Laie, 4. als Autorität, 5. als Kompliz*in, 6. Potenzielle*r Kritiker*in (Bogner/Menz 2005: 62f). Jedenfalls kann nach dem Indizien-Katalog der vorherrschenden Kommunikationssituation nach Bogner und Menz bestätigt werden, dass bei der Einordnung meiner Person alle sechs Typen mindestens ein Mal vorkamen. Meist wurde ich jedoch eher über die politische Perspektive meines Vaters wahrgenommen, und damit als Co-Expertin mit einem Anteil von westlich sozialisierter Frau (potenzieller Kritikerin) assoziiert. Dies wurde augenscheinlich in dichotomischen Formulierungen, wie „wir hier“ und „ihr dort“ oder „für uns“ und „für euch“; diese verbalen Einsprengsel wurden meist nach dem offiziellen Interview oder der Aufnahme formuliert.

Im November 2014 habe ich insgesamt 24 Interviews in Kabul, Mazar-e Sharif und Herat und eins in der Türkei geführt, wovon drei Interviews als Gruppeninterviews stattfanden. Die Gruppeninterviews entsprechen eher den soziokulturell bedingten Konstellationen des Alltags im Land.¹ Aufgrund der vertikalen gesellschaftlichen Struktur, sind Menschen selten allein anzutreffen und es würde eher Misstrauen als Vertrauen hervorrufen, wenn in dem Gespräch die private und berufliche Sphäre deutlich getrennt würde. Hinzu kommt, dass – wie in vielen anderen Ländern auch – in Afghanistan besonders Eliten öffentliche Personen sind, deren Privatleben von gesellschaftlichem Interesse ist und oft Anlass zu moralisierenden Verurteilungen gibt, aus diesem Grund ist bei Unterhaltungen zwischen Männern und Frauen große Vorsicht geboten. So kam es, dass beispielsweise das 13. Interview, mit den Künstler*innen, Narges, Dunia und Yassin, im Lebensraum meines Vaters am 2. November 2014 in Kabul mit allen dreien gleichzeitig geführt wurde. Zudem war die Situation in Mazar-e Sharif im Dekanat der Fakultät für Jura und Politikwissenschaft auch eine zügig improvisierte und *ad hoc* zusammengewürfelte Konstellation von zwei Gruppen, die jeweils aus zwei Frauen bestanden und mir als repräsentative Leh-

1 Diese Tatsache beschreibt auch Murtazashvili, dessen Forschungsteam meist Probleme hatte, in den Bezirken mit den ausgewählten Interviewpartner*innen allein ein Gespräch zu führen, so dass es oft unwillkürlich zu Gruppeninterviews kam. Sie entwickelten deswegen eine gesichtswahrende Strategie. Meist forderte eine der Forscher*innen die*den dominante*n Interviewpartner*in auf, ihr den Bezirk zu zeigen, so dass das Interview mit den anderen zu Hause in einem ausgeglicheneren Gesprächsverhältnis weitergeführt werden konnte (Murtazashvili 2014: 265f).

rende mit feministischen Einstellungen vorgestellt wurden, um ein ausgewogenes Bild von den Lehrenden zu erzeugen.²

Die Interviews im November 2014 habe ich ausschließlich handschriftlich notiert, um den Interviewpartner*innen die Möglichkeiten zu geben, offener und freier zu sprechen. Denn beim ersten Forschungsaufenthalt entstand durch das Aufnahmegerät eine Distanz, welche die meist medienerprobten Eliten dazu verleitete, heikle Themen nur indirekt und allgemein zu formulieren sowie andere kritisierte Personen nicht namentlich zu nennen. Weniger gefestigte und einflussreiche Eliten fürchteten, dass ihre Aussagen zu einem späteren Zeitpunkt aufgrund der Digitalisierung zweckentfremdet und dann durch eine Veröffentlichung in den Medien gegen sie verwendet werden könnten. Zudem konnte ich aus traditionell-religiösen Gründen als Frau männlichen Interviewpartnern körperlich nicht zu nah kommen, um das Diktiergerät so zu platzieren, dass beide Stimmen gut genug das Aufnahmegerät erreichten.

Die Interviews habe ich entweder auf Farsi oder Englisch geführt. Die farsisprachigen Interviews habe ich übersetzt, kulturell und religiös bedingte Phrasen erhalten und Termini in eckigen Klammern erklärt, um kulturelle Konnotationen zu verdeutlichen. Die Interviews, die bereits auf Englisch geführt wurden, habe ich direkt auf Englisch transkribiert. Da durch die Informationen, den Duktus der Informant*innen und die zusätzliche Umschreibung der Position der*s jeweils zitierten Interviewpartnerin*s schnell Rückschlüsse auf ihre Identitäten zu lassen, habe ich die Interviewprotokolle nicht mitveröffentlicht und Pseudonyme verwendet. Die Identitäten der Interviewpartner*innen hätten leicht rekonstruiert werden können und dies kann bei den Themen, die in den Interviews besprochen wurden, gefährlich sein. Außerdem habe ich allen Interviewpartner*innen garantiert, dass ihre Identität verborgen bleibt. Die im Einleitungsteil namentlich aufgeführten Interviewpartner haben alle vor dem Interview kommuniziert, dass sie gern namentlich genannt werden. Als staatliche und medial präsenste Super-Eliten haben sich Angehörige dieser Elitenkategorie nicht sonderlich ängstlich gezeigt. Erfahrene Eliteninterviewer*innen schreiben hierzu ermahnd: „Confidentiality is especially important in the interviewing of high-profile subjects. [...] Hence it is important that researchers not disclose personal traits or organizational affiliations through which their respondents could be easily identified.“ (Odendahl/Shaw 2001: 313) Diesem ethischen Standard versuche ich durch Anonymisierung und nicht allzu genauer Beschreibung der übrigen interviewten Elitenvertreter*innen gerecht zu werden. Bei den Eliten, die bereit waren, ihre Aussagen namentlich im Zusammenhang meiner Doktorarbeit veröffentlichen zu lassen, sollte diese Affirmation meist ihre politische Integrität, Glaubwürdigkeit und auch die Transparenz ihrer Aussagen unterstreichen. Diese Freiheit konnten sich diejenigen – stark medial präsenten – Elitenvertreter*innen nehmen, die über bewaffnete Verbündete und eine große Klientel verfügen. Für das gesamte Konzept der Interviewauswertung und für eine Kohärenz wurde darauf verzichtet, die tatsächlichen Identitäten einzelner Eliten offenzulegen.

2 Diese Beschreibung entspricht durchaus den Überzeugungen der interviewten Dozentinnen und eine Dozentin hat sogar einen *Master of Arts* in *Gender Studies* an einer amerikanischen Universität absolviert.

Auch für die eigene Dokumentation habe ich die Informationen, die auf ihre Identität hätten schließen lassen können, markiert und teilweise gelöscht. Diese Löschungen sind mit drei Punkten in eckigen Klammern erkennbar. In einigen Interviews trauen sich die Informant*innen nicht, politisch heikle Themen präzise zu beschreiben oder die Verantwortlichen in jeweiligen Machtpositionen namentlich aufzuführen, dadurch erscheinen manche Inhalte ungenau. Für diese Stellen habe ich Recherchen angesetzt und Transferleistungen in der nachfolgenden empirischen Analyse geleistet, die sich in der Sozialwissenschaft methodisch als „Triangulation“ bezeichnen lässt (Flick 2011). Bogner, Menz und Littig bemerken jedoch kritisch, dass die Methodentriangulation, verstanden als die Kombination verschiedener Erhebungs- und Auswertungsmethoden, nicht zur Validierung von Zwischenergebnissen genutzt werden soll, „sondern vielmehr ein Phänomen in einem breiteren perspektivischen Spektrum [...] erfassen [soll]. Unterschiedliche Befunde können deshalb auch dazu anregen, noch weitere Daten zu generieren, um die Differenzen erklären zu können (Bogner/Littig 2014: 95).“ Durch die Vor- und Nachrecherche zu den Eliten und den politischen Geschehnissen durch Dokumente, vorhandene und aktuelle Forschungsliteratur, die nachbereiteten Gesprächsprotokolle und die dokumentierten nicht-teilnehmenden, offenen und strukturierten Beobachtungen meiner regelmäßigen Afghanistanreisen seit März 2002, ergibt sich ein abgerundetes und empirisches Datenmaterial.

Die zwölf digital gespeicherten Interviews von April 2013 habe ich wortwörtlich transkribiert, wobei gängige Füllwörter der gesprochenen Sprache „äh“, „em“ sowie „und dann“ ausgelassen wurden. Betonungen, leises oder lautes Sprechen habe ich jedoch vermerkt und hervorgehoben, da sie Vorsicht oder Emotionen in Bezug auf ein Thema unterstreichen. Die Transkription folgt der Zeichenerläuterung von Przyborski und Wohlrab-Sahr (2010: 166f). Bei der Transkription der handschriftlich notierten Interviews hingegen von November 2014 habe ich mich an Meusers und Nagels flexiblere Auffassung gehalten: „Da es bei Experteninterviews um gemeinsam geteiltes Wissen geht, halten wir aufwendige Notationssysteme, wie sie bei narrativen Interviews oder konversationsanalytischen Auswertungen unvermeidlich sind, für überflüssig.“ (Meuser/Nagel 1991: 445) Es geht bei Eliten nicht nur um Wissenshoheit, sondern mehr um gesellschaftliche Machtdimensionen, deshalb wird in den herauszukristallisierenden Bereichen zu Ordnungsvorstellungen und bestehenden Netzwerken sowohl auf die Kernthemen als auch auf die nonverbalen Einzelheiten und Codes das Augenmerk gerichtet. Bogner beschreibt in seinem Aufsatz zu klientelistischen Netzwerken:

„Der ethnische *bias*, den klientelistische Netzwerke in armen Ländern unter postkolonialen Bedingungen häufig aufweisen, [...] wird teilweise durch einen Faktor verursacht oder verstärkt, der mit den zuvor erwähnten Bedingungen [Entstehen von Wir-Gruppen und klientelistische Netzwerke] wahrscheinlich gemeinsam auftritt. Der Grund für diesen Faktor ist der Umstand, dass die Schaffung von Vertrauen in persönlichen Beziehungen für gewöhnlich durch einen Prozess der wiederkehrenden Prüfung der verbalen Komponenten direkter Kommunikation an ihren nichtverbalen Komponenten vermittelt wird.“ (Bogner 2004:75)

Aufgrund dieser verbalen und nonverbalen Komponenten, die natürlich auch im afghanischen Kontext auftreten, habe ich neben den gesprochenen Inhalten auch die vi-

suellen und nonverbalen Eindrücke protokolliert und zum Teil habe ich auch die Eliten mit ihrem Einverständnis in ihrem Arbeits- und/oder Wohnbereich fotografiert. Denn insbesondere im afghanischen Kontext hat sich bereits während der Interviews sehr schnell ein ethnopolitisches Wir-Gefüge im Groben und Ganzen in Übereinstimmung mit der sprachlichen Zugehörigkeit – meist entweder zu Paschto oder Farsi – herauskristallisiert.

Die Photographien halfen mir, die unterschiedlichen Lebensmilieus als Teil eines Forschungsprozesses zu dokumentieren. So fielen die Unterschiede der Lebensmilieus sowohl zwischen den unterschiedlichen Elitenvertreter*innen als auch anderen afghanischen Schichten drastisch auf; diesen Unterschieden trage ich durch die soziokulturellen und anthropologischen Beschreibungen der Arbeits- und Wohnverhältnisse der interviewten Eliten Rechnung.

Für den zweiten Feldforschungsaufenthalt im November 2014 habe ich ein leicht verkürztes und politisch aktualisiertes, nicht-standardisiertes Leitfadenterview in Farsi und Englisch erstellt (s. Anhang Interviewfragebögen). In seltenen Fällen habe ich wegen des engen Zeitrahmens alle Fragen stellen können. Bemerkenswerterweise haben die zwei reformorientierten Taliban-Vertreter jedoch alle Fragen beantwortet und besonderen Wert auf die vollständige Beantwortung gelegt, ohne dass das Gespräch rigide oder gar versteift verlaufen wäre. Im Gegenteil stellten sie sicher, ihre Standpunkte entgegen herrschender Anti-Taliban-Propaganda klar darzulegen. Auch bei einem Künstler schien der Verlauf der Interviews sowohl wegen des offenen Zeitfensters ungezwungener und somit reichhaltiger zu verlaufen als auch aus der Freiheit heraus, keiner Institution oder Interessengruppe verpflichtet zu sein. Meist habe ich mich jedoch aufgrund der bestehenden Asymmetrie zwischen mir und den höhergestellten Eliten dem Zeitfenster der Befragten anpassen müssen, so dass ich nur mit relevanten und knappen Fragen oder Nachfragen nachhaken konnte.

In den für die Doktorarbeit ausgewählten Interviewabschnitten, die meist die prägnantesten Formulierungen beinhalten, gehen emotionale und politische Sachverhalte miteinander einher, in ihnen zeigen sich deutliche Meinungsverschiedenheiten und insbesondere Staatsvorstellungen. Bourdieu beschrieb dies: „Die Exemplifizierung, Konkretisierung und Symbolisierung, die die transkribierten Interviews vollziehen, verleiht ihnen mitunter eine dramatische Intensität und emotionale Kraft, die der von literarischen Texten nahekommt.“ (Bourdieu 2005c: 408) Sicherlich hätte ein narratives Interview den Informant*innen die neutralere Möglichkeit eröffnen können, ihr persönliches Relevanzsystem der zu erforschenden Weltanschauungen mit einem hierzu repräsentativen Regierungsmodell in Beziehung zu setzen sowie ein Schlaglicht über die tatsächlichen Konfliktherde aufgrund lebensweltlicher Anschauungen und biographischer Erfahrungen werfen zu können (Hauptert 1991).³ Dennoch fällt

3 Über die narrativen Interviews gelange die*der Wissenschaftler*in an die Relevanz- und Machtstrukturen der Informant*innen. Zwei renommierte Sozialwissenschaftler befürworten das narrative Interview mit seiner strukturierten Erzählanalyse oder das episodische Interview mit einem anschließenden Codierungssystem; wie Flick und Bohnsack in ihrer einschlägigen Forschungsliteratur systematisch erklärt haben (Bohnsack 2014; Flick 2000). Andere wiederum haben die Auswertung der narrativen Interviews für die Biografieforschung begutachtet und unterschiedliche methodische Auswertungen nach der qualitativen

die Wahl, wie bereits vornehmlich englischsprachige Elitenforscher*innen beschrieben haben, meist auf nicht-standardisierte Leitfadeninterviews, und zwar auf Grund der besonderen und häufig auch asymmetrischen Interviewsituation mit Interviewpartner*innen aus den höchsten und einflussreichsten Kreisen eines Staates oder der Wirtschaft. Eine Kritikerin schreibt zu standardisierten Interviews:

„Polemisch zugespitzt: Beim standardisierten Interview wird nicht nur ein externes Relevanzsystem ‚verordnet‘, es wird durch die schematische Protokollierung auch ein gegenüber den fragebezogenen Gedankengängen der Interviewten völlig künstlicher, d.h. vielfach gefilterter und (um-)interpretierter Text produziert, noch bevor überhaupt das beginnt, was im Rahmen dieser Erhebungstechnik als ‚Datenauswertung‘ zur Kenntnis genommen wird.“ (Honer 2011: 54)

Aufgrund dieser Kritik habe ich das Interview immer flexibel gehalten und mit einer allgemein formulierten Frage zu den Veränderungen seit der Bonner Petersberg-Konferenz im Dezember 2001 eröffnet; derartige Eröffnungsfragen werden in der Forschungsliteratur als „Stimuli“ bezeichnet und sollen einem natürlichen Gesprächsverlauf am nächsten kommen, um eine „Leitfragenbürokratie“ zu vermeiden. Der Soziologe Hopf schreibt: „[E]s soll einer ‚natürlichen‘ Gesprächssituation möglichst nahekommen, ohne zugleich auch die Regeln der Alltagskommunikation zu übernehmen; das heißt, die Rollentrennung von Frager und Befragtem bleibt im Prinzip erhalten und damit auch der steuernde Einfluss des Interviewers.“ (Hopf 1978: 114)

Alle geführten Interviews wurden eher flexibel nach den wichtigen Narrativen und Zeitrahmen der Interviewten gestaltet. Beispielsweise bestand das 5. Interview, das kürzeste Interview mit Rahmat vom 3. April 2013 in Kabul, nur aus einem kurzen Gespräch über die Friedensverhandlungen mit den Taliban, da er unerwarteten Besuch vom US-Botschafter erhielt, für den hektisch unkoordinierte Sicherheitsmaßnahmen getroffen wurden. Derartige Situationen waren für mich beinahe genauso aufschlussreich wie das Interview selbst, denn ich bekam Einblick in den zum Teil frustrierenden Handlungsrahmen eines afghanischen Politikers. Manches hochrangige Elitemitglied war es gewöhnt, befragt zu werden und eher daran interessiert weiter ihrem*seinem hektischen Büroalltag nachzugehen. Andere Sozialforscher*innen haben ihre Ansichten und methodischen Vorgehensweisen bei Eliteninterviews ähnlich beschrieben:

„Semistructured interviewing works very well in projects where you are dealing with high-level bureaucrats and elite members of a community – people who are accustomed to efficient use of their time. It demonstrates that you are fully in control of what you want from an interview but leaves both you and your respondent to follow new leads. It shows that you are prepared and competent but that you are not trying to exercise excessive control.“ (Russel 2011: 158)

Inhaltsanalyse oder der *grounded theory method* diskutiert und angewandt (Rosenthal 2010; Rosenthal 2005). Jedoch liegt beim Interview von Eliten und Super-Eliten eine besondere Situation vor und sie wird durch die besondere Kriegssituation in Afghanistan verstärkt, so dass die Arbeit sich an der Forschungsliteratur zu Expert*innen- und Eliteninterviews orientiert hat.

Wie Littig feststellt, gibt es mehr englischsprachige Publikationen zur Erforschung der Eliten aus dem Wirtschafts- und Politikbereich (Thuesen 2011; Kezar 2003; Odendahl/Shaw 2001; Ostrander 1993; Hertz/Imber 1993; Dexter 1970) und die deutschsprachige Literatur konzentriert sich bisher auf Expert*inneninterviews (Bogner/Menz 2009; Gläser/Laudel 2004; Meuser/Nagel 1991).⁴ Jedoch kann folgende, durchaus naheliegende Definition von Eliten und Experten*innen den Pfad zu methodischen Synergien anglophoner und deutscher Forschungsliteratur eröffnen und parallel die Gründe für die Auswahl der interviewten Eliten aus Afghanistan erhellen. Nachfolgende tabellarische Übersicht zeigt die unterschiedlichen interviewten Elitenvertreter*innen, wobei in Afghanistan erstens die aufgelisteten Berufskategorien nicht vom Wirtschaftsbereich isoliert analysiert werden können. Zweitens kann keiner der Eliten als einzelne Repräsentant*in für sich als Individuum betrachtet werden. Der Bereich der Wirtschaft wird anhand einiger Elitenvertreter*innen im empirischen Teil aufgedeckt und gemeinsam mit der zuvor erklärten Elwert'schen Gewaltdynamik in Konfliktgesellschaften, dem Bourdieu'schen Gesellschaftsmodell einer sich perpetuierenden Sozialstruktur zugunsten der Eliten und möglichen Elitekonstellationen innerhalb von Transformationsgesellschaften analysiert.

4 Zwar gibt es viele Forschungsansätze zu den Elitenkonstruktionen in Deutschland, aber weniger Forschungsliteratur zur methodischen Auswertung von empirischem Material. Hier bildet der Aufsatz „Probleme des Feldzugangs zu Eliten“ (Brandl/Klinger 2006) eine anfängliche Ausnahme, die sich aber meist auch ähnlich wie in der englischsprachigen Literatur, eher auf die Möglichkeit konzentriert, überhaupt zu den Eliten aus der Wirtschaft und dem Politikbereich einen Zugang zu erhalten. Zur Vollständigkeit sollte hier wieder auf die kritischen Publikationen und Untersuchungen der Elitenforscher Hartmann und Hradil verwiesen werden, die sich mit den deutschen Elitenstrukturen in Wirtschaft und Politik sowie deren intransparenten Strukturen auseinandersetzen (Hradil 2015; Hartmann 2013; Hradil 2004; Hartmann 2004; Hradil 1987).

Tabelle 5: Berufsbezeichnung interviewter Elitenvertreter im Überblick

Beruf/Elitekategorie	Geschlecht und Anzahl	Gesamte Anzahl
Politiker	3 Frauen/8 Männer	11
<i>mujaheddin</i> /Politiker	7 Männer	7
Geistlicher	2 Männer	2
Dozenten	4 Frauen/6 Männer ⁵	10
Künstler	2 Frauen/2 Männer ⁶	4
Journalisten	2 Männer	2
Aktivisten der Zivilgesellschaft	1 Frau/1 Mann	2
Wissenschaftler	1 Mann	1
Studierender	1 Mann	1

Quelle: Eigene Darstellung

Zur Vorauswahl der interviewten Eliten führten zum einen die Dimensionen der Gestaltungs-, Entscheidungs-, Deutungs- und Wirkungshoheit und zum anderen auch das Prozesswissen, über das meist Expert*innen oder Wissenschaftler*innen verfügen.⁷ Die oben schematisierte Darstellung der interviewten Eliten deutet darauf hin, dass für die Arbeit unterschiedliche Elitenvertreter*innen interviewt wurden und die unterschiedlichen Hoheiten oder Wissensformen sowohl für Expert*innen als auch für Eliten gültig sind. Nach Meuser und Nagel ist eine Expert*in jemand, der „in irgendeiner Weise Verantwortung trägt für den Entwurf, die Implementierung oder die Kontrolle einer Problemlösung oder – wer über einen privilegierten Zugang zu Informationen über Personengruppen oder Entscheidungsprozesse verfügt (Meuser/Nagel 1991: 443).“ In ähnlichen Worten definieren Bogner und Menz Expert*innen: „Demnach lassen sich Experten als Personen verstehen, die sich ausgehend von spezifischem Praxis- oder Erfahrungswissen, das sich auf einen klar abgrenzbaren Problemkreis bezieht – die Möglichkeit geschaffen haben, mit ihren Deutungen das konkrete Handlungsfeld sinnhaft und handlungsleitend zu strukturieren.“ (Bogner/Menz 2009: 73) Neben dem oben erklärten technischen Wissen als Merkmal lassen sich nach Bogner, Littig und Menz noch zwei weitere erforschbare Wissensformen hinzuzählen: Prozesswissen und Deutungswissen.

-
- 5 Die Interviews mit den weiblichen Dozentinnen wurden als zwei Gruppeninterviews transkribiert, da sie gemeinsam als weibliche Dozentinnen in Politikwissenschaft und Jura für das Interview kurzfristig eingeladen wurden. Diese Interviews mit vier Personen wurden als zwei Interviews gezählt.
 - 6 Auch hier handelte es sich, wie bereits im Text beschrieben um ein Gruppeninterview, so dass ich die zwei Frauen mit dem einen Mann gemeinsam als ein gemeinsames Interview transkribiert und aufgelistet habe.
 - 7 An dieser Stelle verwende ich das Suffix „-macht“, um im methodischen Kontext den Kontrast zu Expert*innen zu unterstreichen, die zwar über Wissen über ein bestimmtes Gebiet vermögen, aber selten über die Möglichkeiten, etwas in einer Gesellschaft unmittelbar zu beeinflussen oder umzusetzen.

„Das *Prozesswissen* umfasst Einsicht in Handlungsabläufe, Interaktionen, organisationale Konstellationen, Ereignisse usw., in die die Befragten involviert sind oder waren. [...] das *Deutungswissen*, beinhaltet die subjektiven Relevanzen, Sichtweisen, Interpretationen, Deutungen, Sinnentwürfe und Erklärungsmuster der Expertinnen. Das Deutungswissen umfasst zugleich auch die normativen Dispositionen: Zielsetzungen, Bewertungen usw., es ist nicht nur ‚sachliches‘ Wissen.“ (Bogner/Littig 2014: 18f, Herv. i. O.)

Diese allgemeinen Definitionen zu den Wissensformen der Expert*innen lassen sich bei Hochschuldozent*innen, einigen Expert*innen aus dem Politikbereich und Geistlichen im afghanischen Kontext auch in dieser Kombination finden und ihr Deutungswissen wird oft in politische Bahnen bei den wissbegierigen Studierenden gelenkt. Denn insbesondere das Deutungswissen ist im Bildungsbereich seit Anfang des 20. Jahrhunderts in Afghanistan umstritten und bis in die Gegenwart ein Nährboden für ideologische Auseinandersetzungen. Diese dargelegte wissenschaftliche Herangehensweise an Expert*innen, eröffnet nun die definitorische Verbindung zu den Eliten (Kap. 5.1 *Ökonomisches, kulturelles, soziales und symbolisches Kapital*). Im Sinne dieser Definitionen bleibt der Unterschied zwischen Expert*innen und Eliten dahingehend bestehen, dass die erstere Gruppe über Deutungs-, Handlungs- und Prozesshoheit verfügt und die letztere über mehr Gestaltungsmöglichkeiten durch ihre tatsächlichen „Machtbefugnisse“ (Littig 2008: 13). Es handelt sich bei Eliten um eine größere Dimension, die sich in Gestaltungs-, Deutungs- und *Wirkungsmacht* äußert und hilft, die sich reproduzierenden gesellschaftlichen Strukturen, Normen, Denkmuster und Weltanschauungen zu analysieren. In der Beschreibung der afghanischen Eliten wird im Folgenden weiterhin das Suffix der „-hoheit“ verwendet, um die unterschiedlichen Kombinationen und Dimensionen auf der Systemebene und in den unterschiedlichen Lebenswelten der Eliten zu veranschaulichen. Auch fügt sich der Termini „-hoheit“ eher in die kritische Wende des Elitenbegriffes nach dem Zweiten Weltkrieg.

Mit dem nicht-standardisierten Leitfadeninterview konnte für das anleitende Erkenntnisinteresse und die zentrale Fragestellung des Dissertationsvorhabens sichergestellt werden, dass die relevanten Themen bei allen Informant*innen und somit in der Auswertung behandelt werden. Ein nicht-standardisiertes Leitfadeninterview besteht aus Fragen, die nicht in der vorgegebenen Reihenfolge und nicht im immer gleichen Fragewortlaut behandelt werden müssen (Gläser/Laudel 2004: 39). Zudem hatten die Eliten der höheren Ebenen manchmal nicht länger als 15 Minuten Zeit für das Interview und klärungsbedürftige Stellen konnten meist nicht mehr in einem zweiten Interview behandelt werden. Für diese besondere Interviewsituation ist das nicht-standardisierte Leitfadeninterview sehr geeignet, da es sich den zeitlichen Vorgaben, den Interviewumständen, den bereits behandelten Themen und der Persönlichkeit während des laufenden Interviews durch seinen flexiblen Aufbau und der maximal elf und in ihrer Reihenfolge variablen Leitfragen, die lediglich zur Orientierung dienen, anpassen kann (ebd.: 39).

Bei der Vorbereitung hat sich auch gezeigt, dass einige Fragen je nach Interviewpartner*in modifiziert werden mussten. Für die Opposition, Eliten aus dem Kunstbereich und Intellektuellen habe ich die Fragen zur staatlichen Legitimation und zum laufenden Staatsbildungsprozess angepasst, da sie meist nicht aktiv Entscheidungen mitbestimmen können und meist anderen gesellschaftlichen Herausforderungen als

die klassischen Machteliten aus Politik und Wirtschaft gegenüberstehen. Für die gesammelten Informationen aus den Interviews, den Beobachtungen, publizierten Forschungen und Berichten internationaler Organisationen wird nun ein Weg zur methodischen Auswertung dieser Daten vorgestellt.

4.2 METHODE DER AUSWERTUNG: QUALITATIVE INHALTSANALYSE

Nachdem in Bezug auf Expert*inneninterviews die Parallelen zu Eliteninterviews aufgezeigt wurden und der Begriff der Experten*innen definitorisch verortet wurde, können nun auch die Auswertungsmethoden für Experteninterviews herangezogen werden. Vorweg sei hier Littig mit ihrem Überblick zu bestehenden methodischen Herangehensweisen bei Experteninterviews und ihrer gleichzeitigen Kritik zitiert:

„Die Auswertung von Experteninterviews ist also längst noch nicht umfassend methodologisch und methodisch reflektiert worden. Weitere Arbeiten dazu stehen noch aus. Die oben vorgestellten Unterscheidungen zwischen explorativen, systematisierenden und theoriegenerierenden Interviews mit ExpertInnen sowie die Unterscheidung zwischen einem eher positivistischen und interpretativ-hermeneutischen Zugang könnten dafür grundlegende Leitlinien darstellen.“ (Littig 2008: 10)

Da die vorliegende Arbeit die Weltanschauungen unterschiedlicher Eliten sowie Ordnungsvorstellungen, Relevanz- und Machtsysteme, die innerhalb der Eliten und zwischen unterschiedlichen Elitenkonstruktionen herrschen, erforscht, mit dem Ziel, reale Konfliktbereiche in der Gesellschaft und Regierungsorganisation herauskristallisieren zu können, handelt es sich um eine hypothesengenerierende Auswertung der Interviews anhand halb-standardisierter und nicht-standardisierter Leitfadenterviews mit Eliten. Die vorliegenden Eliteninterviews bewegen sich zwischen einem explorativen und systematisierenden Ansatz (Bogner/Menz 2005). Die ausgewählten Eliten sind Teil der wichtigsten und einflussreichsten Repräsentant*innen aus ihren Bereichen: Islamische Gelehrte, Politiker*innen, *mujaheddin* und Kriegsherren, Bürokrat*innen, amtierende und ehemalige Provinzgouverneure, Vertreter*innen der Zivilgesellschaft, Menschenrechtler*innen, Journalist*innen, Künstler*innen und Mitglieder des staatlichen Sicherheitsapparats. Es wird nicht erstrebt, ein repräsentatives Bild der Staatsvorstellungen der afghanischen Eliten zu entwerfen, aber zumindest ein Bild der relevantesten Staatsträger*innen und der einflussreichsten Entscheidungsträger*innen Afghanistans mit ihren Wert- und Staatsvorstellungen.

Eine vereinfachende Aufteilung der afghanischen Eliten bei der Auswahl der Eliten und dann nach den Interviews in politische, wirtschaftliche, religiös-traditionelle, journalistische und intellektuelle Eliten ermöglichte es, eine grobe Matrix der unterschiedlichen Elitetypen zu entwerfen. Im Laufe der Beschreibungen werde ich anhand der Antworten der Interviewten versuchen, eine adäquate Definition der Begriffe von links, liberal, säkular, kritisch-rational, moderat bis konservativ, traditionell, religiös, fundamentalistisch, fanatisch anhand der geführten Interviews und den Gesprächsprotokollen mit den afghanischen Eliten zu explizieren und für die Perspekti-

ven des Staatsbildungsprozesses zu interpretieren. Insgesamt können 22 Interviewpartner*innen glaubensorientierten Eliten zugeordnet werden, die die Idee eines islamkonformen Lebens und die staatliche Ordnung als unzertrennlich betrachten. Ein islamkonformes Leben beinhaltet das wörtliche Verständnis des Koran und der überlieferten Lebenspraxis und der Überlieferungen des Propheten (Arabisch: *hadith*). Wohingegen einem säkular geprägten Staatsverständnis 14 Eliten zuzuordnen wären. Keiner der säkular orientierten Elitenvertreter*innen hat sich offen und direkt zu einem säkularen Staatsverständnis bekannt. Diese politische Ordnungsvorstellung war ideologisch in ihrer Überzeugung vorhanden, aber nicht offen in ihrem öffentlichen Umfeld artikulierbar. Diese hier formulierte idealtypische Aufteilung wird jedoch weiter skaliert und formt die nachfolgende Feinanalyse, um dann in der hypothesengenerierenden Schlussbetrachtung die Frage nach den Konfliktdynamiken und einem friedenskonsolidierenden Staatsbildungsprozess trotz umstrittener Regierungsführungsstrategien zu beantworten.

Wenn auch diese zahlenmäßige Beschreibung der Eliten in säkular und glaubensbasiert, eher aus der quantitativen Sozialforschung stammt, kann mit den Variablen im Sinne von Indikatoren ein anfängliches und tiefer gehendes Analysekonzept eröffnet werden. Die Indikatoren, wie sie in der qualitativen Sozialwissenschaft verwendet werden, stehen für die Reflexion der komplexeren Dimensionen der Lebenswelt von Personen. Im vorliegenden Untersuchungsfall bedeutet dies, dass beispielsweise eine „kritisch-rationale Regierungsform“ als alleinige unabhängige Variable den politischen Eliten und nie den *mujaheddin* oder gar den islamischen Geistlichen zugeordnet werden könnte. Die Faktoren für die Komplexität zu entwickeln, ist die Aufgabe der qualitativen Empirie und der zusammenfassenden hypothesengenerierenden Analyse. Wie Gläser und Laudel im Kapitel zur Unterscheidung zwischen der qualitativen und quantitativen Forschungsmethode schreiben: „Die statistik-basierte Erklärungsstrategie behandelt Variablen also als eindimensionale Begriffe, mit denen veränderliche Eigenschaften von Objekten beschrieben werden. Damit wird eine Verbindung zwischen Soziologie und Statistik hergestellt, die eine der Grundlagen der statistik-basierten Erklärungsstrategie bildet.“ (Gläser/Laudel 2004: 78) Beide qualitative Forscher richten sich bei ihrer Interpretation der quantitativen Termini nach Kromrey (1998) und sehen die Variablen als Indikatoren, die die komplexen Dimensionen der Lebenserfahrung der Informant*innen nicht erfassen können. Gläser und Laudel schreiben: „[...] Variablen sind Konstrukte, die veränderliche Merkmale der sozialen Realität beschreiben.“ (Gläser/Laudel 2004: 78) Durch diese methodische Umdeutung quantitativer Termini eröffnet sich die Möglichkeit, die Menge an empirischen Daten systematisch auf das formulierte Erkenntnisinteresse hin auszuwerten.

„Informationen darüber, wie die Merkmalsausprägungen einer Variablen für die Untersuchungsfrage relevante Sachverhalte beeinflusst haben, wurden in der Dimension ‚Wirkungen‘ aufgenommen. Ob eine Variable eine Ursachendimension oder eine Wirkungsdimension oder beide (Ursachen- und Wirkungsdimension) erhalten soll, hängt stets von der Funktion der Variablen in der jeweiligen Untersuchung ab. Die unabhängige(n) Variable(n) und intervenierenden Variablen haben in der Regel lediglich eine Wirkungsdimension.“ (Ebd. 2004: 203)

Für die afghanischen Realitäten wird der letzte Satz anhand der empirischen Daten untersucht, denn meist haben die unabhängigen Variablen (säkular, kritisch-rational, glaubensbasiert, fundamentalistisch, föderales oder zentrales Staatssystem etc.) mehrere Wirkungsdimensionen. Dies bedeutet konkret, dass beispielsweise die Vorstellung eines föderalen Systems als unabhängige Variable die politischen Staatsvorstellungen der politischen Eliten, aber auch der kulturellen Eliten und vielleicht sogar der religiösen Eliten als abhängige Variablen auf einer Varianzskala repräsentieren kann. Dieser Tatsache muss im Laufe der Analyse Rechnung getragen werden. Aus diesem Grund habe ich mich methodisch in der vorliegenden Arbeit gegen eine quantitative Skalierung entlang fester Variablen entschieden, sie jedoch bei der Auswahl der Merkmalsausprägungen als Orientierung für die Kausalzusammenhänge mitbedacht und fortlaufend im empirischen Teil bei der Beschreibung der Eliten explizit als „religiös-konservativ“ oder beispielweise „säkular“ mitgedeutet.

Für die Auswertung der 36 geführten Interviews wurde die von Gläser und Laudel veränderte qualitative Inhaltsanalyse nach Mayring (2010) verwendet. Die Sozialforscher, die Experteninterviews auswerten, schlagen eine modifizierte qualitative Inhaltsanalyse vor, die bereits anhand eines vorgefertigten Kategoriensystems – wie in der quantitativen Forschung – die empirischen Daten interpretiert. Die Auswertung der protokollierten Interviews erfolgt in folgenden Schritten: Vorbereitung der Extraktion, Extraktion, Aufbereitung der Daten und Auswertung (Gläser/Laudel 2004: 196). Für die *Vorbereitung der Extraktion* wurden zunächst die Antworten auf die Kernfragen, die im Leitfadenterview thematisiert wurden, nach den von den Informant*innen kommunizierten Kausalketten in Bezug auf die Ursache-Wirkungs-Zusammenhänge der Konflikte, der gravierendsten Unterschiede bei den Norm- und Wertvorstellungen und den Aussagen zu den Regierungsführungsmodellen untersucht. Im Vergleich zu den Zusammenhängen von Ursache und Wirkung sind die Wirkungsdimensionen einiger forschungsrelevanter Variablen, wie beispielsweise die Norm- und Wertvorstellungen der unterschiedlichen Elitenvertreter*innen Afghanistans relevant. Meist dürfte es auch eher spekulativ bis unmöglich sein, von den formulierten Wertvorstellungen (einer unabhängigen Variable) auf die Ursache einer politischen Vorstellung zu rekurrieren. Aus diesem Grund mussten in diesem Schritt die ersten Variablen durch die Aussagen der Eliten ergänzt werden.

Danach erfolgte die *Extraktion* der einzelnen prägnantesten, vergleichbaren und kontrastierenden Interviewaussagen und auch neuer, nicht vorab aufgestellter relevanter Variablen, um dem Erkenntnisinteresse der vorliegenden Arbeit gerecht werden zu können. Diesem Anspruch entsprechend folgte in Bezug auf die Interviews die Auswahl von Aussagen zu den größten Konfliktthemen im afghanischen Staatsbildungsprozess und parallel hierzu die vorbereitenden Vergleiche über teilbare und unteilbare Konfliktbereiche. Die „teilbaren und unteilbaren Konflikte“ haben dem Soziologen Hirschmann über die bisherigen Konfliktdefinitionen hinaus ermöglicht, zwischen konstruktiven und destruktiven Konflikten zu unterscheiden. Zumindest kann mit dieser Unterscheidung von Konflikttypen in gesellschaftlichen Konflikten der Fokus auf zeitliche Zusammenhänge gerichtet und auf Sequenzen hingewiesen werden. Denn ein teilbarer Konflikt, den Hirschmann auch als „mehr oder weniger“ Konflikttyp bezeichnet, ermöglicht es den opponierenden Gruppen, Eliten oder Parteien etc., einen Kompromiss zu finden. Der unteilbare Konflikt, auch als „entweder oder“ Typ beschrieben, erscheint als gelöst, wenn eine Gruppe eliminiert wird oder

das Problem im Sinne des „leben und leben lassen“ toleriert wird (Hirschmann 1994: 301ff). Bei seinen Untersuchungen hält er in seinem Aufsatz beispielsweise fest, dass unteilbare Konflikte vermehrt und insbesondere entlang ethnischer, religiöser und sprachlicher Linien zu finden sind (ebd.: 301).⁸ Dieser Teil der konsensualen und dissensualen Konflikte bildet den Kern des Erkenntnisinteresses, um heraus zu arbeiten, wie nach dem Elwert'schen Modell der Gewaltdynamiken und dem Elias'schen Zivilisationsprozess überhaupt pazifizierte Räume entstehen können (Elias 1986/2006; Elwert 2004).

Im nächsten Schritt schloss sich die *Aufbereitung der Textdaten* an, bei dem sich die Doktorarbeit auch an den vier Schritten Gläasers und Laudels orientierte. Erstens wurden die Informationen und Paraphrasen der Aussagen der Eliten zusammengefasst. Informationen wurden nach bestimmten Merkmalsausprägungen sortiert und dann zueinander gefügt. Zweitens wurden diese informativen Aussagen, die entweder Gemeinsamkeiten oder grobe Unterschiede in ihren Weltanschauungen, Staatsvorstellungen und Konfliktbereichen behandelten, auf Redundanzen geprüft und zusammengeführt. Drittens sollten nach Gläser und Laudel inhaltliche Widersprüche aus den Interviews aufgedeckt werden. Es gab bei den 36 Interviews Informationen, die als Fehler oder Mangelinformationen hätten deklariert werden können. Meist waren es dezidiert politisch motivierte Narrative, um die eigene Position positiver oder die Opposition im schlechten Licht zu zeigen. Der vierte Schritt besteht in der Beibehaltung der widersprüchlichen Informationen (Gläser/Laudel 2004: 220). Denn wie Flick im Zusammenhang der Triangulation beschreibt, dient sie: „[...] eher der Berücksichtigung und Erfassung von Diversität und Widersprüchlichkeit im Untersuchungsgegenstand [...]. Ihre Verwendung ist besonders aufschlussreich, wenn etwa die Beobachtung des Handelns der untersuchten Personen Widersprüche zu ihren Aussagen in Interviews aufdeckt, und weniger, wenn das eine das andere nur bestätigt.“ (Flick 2014: 419)

Als letzter großer Analyseschritt schloss sich dann die *Auswertung des Datenmaterials* an, der sich in *drei Auswertungsschritte* teilt: 1. berichtete Kausalketten, 2. Kausalmechanismus, 3. Kausalmechanismus der Klasse (Gläser/Laudel 2004: 241). Der erste Schritt und die bisherigen Staatsbildungs- und Friedensbildungsversuche sind aus unterschiedlichen Perspektiven in manchen Punkten ähnlich und in manchen unterschiedlich. Aber eine Ordnung nach den wichtigsten Themen und nach Städten erwies sich als eine erkenntnisleitende Lösung, denn auf diese Weise werden auch die unterschiedlichen Perspektiven auf die Problembereiche der *governance*-Strukturen zwischen dem Zentrum und der Peripherie deutlich. Diese Unterschiede weisen dann wiederum auf die umfassenden Patronage-Klientel-Netzwerke hin, die sowohl für viele Eliten als auch für ihre Klientel wie eine Versicherungspolice innerhalb staatlicher Versorgungsempfänger betrachtet werden können.

Der zweite Schritt zur Analyse der Kausalmechanismen erforderte die genaue Analyse der herausgefilterten Kausalketten in der Kombination mit gesammelten Informationen; mit dieser Kombination wurden hier für die vorliegende Forschungspraxis die kommunizierten anleitenden Ordnungs- und Wertvorstellungen mit der re-

8 Im Theorieteil wurden bereits die unterschiedlichen Definitionen von dissensualen und konsensualen Konflikten nach Bonacker und Imbusch (2010: 73) zitiert.

alen Handlungspraxis im herrschenden und zugleich staatsähnlich ordnenden Patronage-Klientel-Netzwerk kontrastiert und verglichen. Dieser Schritt unterscheidet sich von Gläfers und Laudels aufgeführtem Beispiel von Sportlerbiographien; die beiden haben in den vier genannten Schritten, sehr nah an den Interviews, ein systematisches Vorgehen der qualitativen Inhaltsanalyse entwickelt. Wie von Gläser und Laudel selbst vermerkt gehen der zweite und dritte Schritt meist ineinander über:

„Hat man einige oder wenige Fälle untersucht, dann wird das erste Ziel der Auswertung darin bestehen, die Kausalmechanismen dieser Fälle aufzuklären. Dazu liefert die Informationsbasis neben den durch die Interviewpartner ‚berichteten‘ Kausalzusammenhängen und –mechanismen (das heißt den subjektiven Theorien der Interviewpartner) Informationen über Bedingungen, Verläufe und Ergebnisse von Prozessen. Aus diesen Informationen müssen Sie den Kausalmechanismus ableiten.“ (Gläser/Laudel 2010: 248)

Im vorliegenden Fall der Interviews mit afghanischen Eliten zum Staatsbildungsprozess bedeutete dies, die vorhandenen Informationen, beispielsweise von eingegangenen Koalitionen oder vergebenen lukrativen Verträgen an bestimmte ethnische Gruppierungen, als möglichen Teil der ethnisch orientierten Patronage-Klientel-Netzwerke weiter herauszuarbeiten. An dieser Stelle werden Widersprüche zwischen den kommunizierten Ordnungsvorstellungen und ihrer Handlungspraxis im herrschenden institutionellen Rahmen aufzuzeigen sein. Die Niederschrift des empirischen Teils unter Berücksichtigung des Auswertungssystems erfolgte, während des einmonatigen Forschungsaufenthalts im November 2014, anhand der Aufzeichnungen, die während des einmonatigen Forschungsaufenthalts im November 2014 entstanden sind. Dieser Monat ist auch der zeitliche Bezugsrahmen der Eliten. Die Forschungsergebnisse aus der ersten kürzeren Feldforschung von April 2013 wurden dann eingeflochten oder kontrastiert. Im empirischen Teil der Arbeit werden ideenleitend die Interviews aus der Feldforschung von November 2014 zunächst als Situationsrahmen für die folgende Analyse mit kontrastierenden oder ähnlichen Aussagen zitiert. Auf diese Weise vermischen sich die unterschiedlichen Aussagen der Eliten aus dem Jahr 2014 aus der ersten kurzen Feldforschung von April 2013, für die ich mich lediglich zehn Tage in Kabul aufhielt.

Wie bereits dargelegt, geht es neben den verbalen auch um die nonverbalen Codes innerhalb der Konfliktdynamiken Afghanistans, weshalb in den beiden nachfolgenden empirischen Kapiteln durch die soziokulturelle und anthropologische Beschreibung der Informant*innen und ihrer Umgebung ein umfassendes Bild des Feldes widergespiegelt wird, um die Informant*innen (Eliten) dann in ihren umfassenden kontextuellen politischen Kategorien zu beschreiben.

In diesem Sinne bieten der zuvor gesteckte Theorierahmen zu Konfliktgesellschaften nach Elwert, die gesellschaftlichen Reproduktionsmechanismen und die Triade an Feld, Habitus und Kapital innerhalb der Elitenkonstruktionen nach Bourdieu, sowie die möglichen Elitenkonstellationen innerhalb von Transformationsgesellschaften nach Higley und Burton Ankerpunkte bei der Extraktion der Daten. Im nachfolgenden Kapitel wird durch eine anthropologisch-reflexive Herangehensweise das Forschungsfeld beschrieben.

5 Empirie und das besondere Feld

Bevor das besondere Feld, in dem ich als Forscherin tätig war, beschrieben wird, eröffnet Bourdieus Theorie *Ökonomie der Praxis* die Möglichkeit, die sozialen Milieus und die Verhältnisse zwischen den unterschiedlichen Machtfeldern zu analysieren. Nach Bourdieus gesellschaftlicher Strukturanalyse und seiner Theorie der Praxis besteht eine Relation zwischen dem Habitus, Kapital und Feld, wobei letzteres durch unterschiedliche Kapitalsorten (ökonomischem, kulturellem, sozialem oder symbolischem Kapital) reguliert wird. Diese Felder sind demnach nach unterschiedlichen Machtstrukturen organisiert und reproduzieren sich in den gesellschaftlichen Strukturen (Bourdieu 1987: 122-147). Im nachfolgenden Abschnitt erfolgt nach einem Zwiebelprinzip die Definition der Ökonomie der Praxis, um die unterschiedlichen Praxisformen in den Machtfeldern des gegebenen sozialen Raumes besser erkennen und überhaupt verstehen zu können. Denn im Nachkriegskontext Afghanistans besteht eine weiterhin gewaltgeladene Konkurrenz um die unterschiedlichen Kapitalien. Es haben sich existenzielle Überlebensstrategien entlang der Elitefraktionen entwickelt, um Positionen in den jeweiligen Ressorts zu sichern. Meist werden über die jeweiligen ethnisch-regionalen und/oder konfessionellen Zugehörigkeiten Versorgungs- und Entscheidungskanäle etabliert.

5.1 ÖKONOMISCHES, KULTURELLES, SOZIALES UND SYMBOLISCHES KAPITAL

Der französische Philosoph und Soziologe Bourdieu, dessen Mutter Hausfrau und Vater ein zum Postbeamten aufgestiegener Bauer war, kannte die sozialen Barrieren und potenziellen Aufstiegschancen in der französischen Gesellschaft. Die Familie erfuhr auch die mit dem Aufstieg verbundene Skepsis des Establishments gegenüber neu aufgestiegenen Milieugehörigen und die Ressentiments, die der Aufstieg auch in Bezug auf das ursprüngliche Milieu mit sich brachte. Anfangs hat sich Bourdieu mit seinem eigenen Habitus in der akademischen Welt als Studierender einsam und fremd gefühlt und die Souveränität der Studierenden aus akademischen Haushalten beobachten können (Wacquant 2004: 393). Diese Erfahrungen haben ihn und seine spätere Soziologie mitgeprägt und zu Reflexionen bezüglich seiner Person – mit ihrer reflexiv-subjektiven Wahrnehmung, ihren Denkmustern und ihren habituellen Dispositionen bewegt. Mit diesem intellektuellen Rüstzeug widmete er sich seinen Untersuchungen im landwirtschaftlich geprägten Algerien bei den Berber*innen sowie den

französischen Ba/äuer*innen in Béarn (Yacine 2004: 489). Bourdieu hat zunächst die Verteilung der Ressourcen zwischen kulturellem und ökonomischem Kapital differenziert (Bourdieu 1987a). Später ergänzte der Soziologe das symbolische und soziale Kapital, wie Nassehi und Nollman in ihren Ausführungen zum kulturellen Kapital treffend formulieren:

„Bourdieu's Materialismus ist erheblich radikaler: Er fragt ausdrücklich nach der Ökonomie solcher Praxisfelder, die gesellschaftlich nicht als ökonomische Felder anerkannt sind. [...] Es geht um den Kampf um wissenschaftliches Kapital, um Zugang zu Positionen, um das Ringen um knappe Ressourcen und Definitionsmacht, um Investitionsgewinne wissenschaftlicher Transaktionen, die in wissenschaftlicher Währung ausgezahlt werden: Reputation, Prestige und Position.“ (Nassehi/Nollmann 2004: 10f)

In Bourdieus Worten sind die Definitionen der unterschiedlichen Kapitalformen wie folgt beschrieben:

„Das *ökonomische Kapital* ist unmittelbar und direkt in Geld konvertierbar und eignet sich besonders zur Institutionalisierung in der Form des Eigentumsrechts; das *kulturelle Kapital* ist unter bestimmten Voraussetzungen in ökonomisches Kapital konvertierbar und eignet sich besonders zur Institutionalisierung in Form von schulischen Titeln; das *soziale Kapital*, das Kapital an sozialen Verpflichtungen oder ‚Beziehungen‘, ist unter bestimmten Voraussetzungen ebenfalls in ökonomisches Kapital konvertierbar und eignet sich besonders zur Institutionalisierung in Form von Adelstiteln.“ (Bourdieu 1983: 185, Herv. i. O.)

Im afghanischen Kontext zeigen sich besonders stark die umkämpften Sphären der Machtfelder im kulturellen und hiermit eng verknüpften ökonomischem Kapital. Eng verknüpft sind diese nach dem französischen Soziologen dahingehend, dass die Investition in die Bildung, später wie in einem „Wechselkurs“ auch zu materialisiertem Kapital im Sinne eines gut bezahlten und einflussreichen Jobs führen können (Bourdieu 1985a: 51). Diese Verbindung hat Bourdieu eingehend anhand der Eliteuniversitäten in Frankreich untersucht und er hat zeigen können, inwiefern die soziale Herkunft mit der Aufnahme an Eliteuniversitäten und der anschließenden Bekleidung von Regierungsämtern oder generell höheren, sehr gut bezahlten Positionen korrelieren. Daxner und Schrade haben in ihrer Untersuchung diesen Aspekt der Investition in die Bildung und die allgemeine Situation der sekundären bis zum tertiären Bildungssektor in Afghanistan untersucht und Bourdieus Definitionen des sozialen Kapitals für den afghanischen Kontext – wenn auch mit einem folgenden signifikanten Vorbehalt – herangezogen: „The function of formation (‚Bildung‘) is not regarded as highly important in reality, as the context of class and status is not traditionally linked to the Western type of social and cultural capital. University influences the future texture of culture through teacher education and professional training. In Afghanistan this is even more important than elsewhere because the reconstruction of the school sector has by far overtaken the development of Higher Education.“ (Daxner/Schrade 2013: 16) Die Kritik an die internationale Gemeinschaft und die afghanische Regierung richtet sich u.a. an die unverhältnismäßige Förderung des sekundären Bildungssektors im Vergleich zum Hochschulwesen. Im Bourdieu'schen Sinne halten Daxner und Schrade weiter fest: „We should keep in mind that there is also a *delivery of*

symbolic public good that has a very real impact on social structures and placement on certain status levels.“ (Ebd.: 31, Herv. i. O.) In diesem Sinne wird deutlich, warum der tertiäre Bildungssektor, in dem die Eliten für die zukünftigen Generationen aus- und herangebildet werden, höchst politisiert ist und sich Partikularinteressen gerade auch an den afghanischen Hochschulen seit der April-Revolution im Jahre 1978 herausbildeten und auch gewaltsam ausgefochten wurden. Weitere Untersuchungen zum afghanischen Hochschulsystem haben sowohl die historische Rolle der Studentenbewegungen an den afghanischen Universitäten als auch die aktuellen Kontroversen, politische Pulverfässer zwischen den Elitefraktionen und deren althergebrachten Patron*innen unter den *mujaheddin*, untersucht (Giustozzi/Ali 2015; Larson/Coburn 2014; Giustozzi 2013). Die für die vorliegende Arbeit interviewten Elitenvertreter*innen haben die Inhalte der akademischen Landschaft unterschiedlich bewertet und auch die Perspektiven, Zugang zum eigentlich allgemeinen Gut der Bildung zu erhalten unterschiedlich eingeschätzt.¹ Auch haben sie nur mit Vorsicht auf den Einfluss von Elitenführer*innen auf die umstrittenen Curricula, die politisch geladenen Themen und die gewaltsamen Ausschreitungen zwischen unterschiedlichen Gruppen von Studierenden verwiesen.

Ein wichtiger Aspekt, der bei der mehrjährigen Untersuchung des Hochschulsektors von Daxner und Schrade herausgearbeitet worden ist, ist der größere Kontext des Konfliktpotenzials durch die hohe Zahl von Abiturient*innen, die eine landesweite Aufnahmeprüfung (Farsi: *konkur*, Französisch: *concours*)² für die Universität absolvieren müssen. Nach dieser landesweiten Prüfung ist die Zahl derjenigen, die ein Studium anstreben zu hoch. Die Schulabsolvent*innen müssten, je nach erreichtem Prozentsatz ein Studienfach angeboten bekommen, aber es fehlen die Räumlichkeiten sowie die personellen und finanziellen Kapazitäten, um so viele Studierende an den Universitäten aufzunehmen. Daher bleiben viele auf den Wartelisten. Als warnendes Zeichen sollten auch allein folgende Zahlen erkannt werden: „Public universities and institutes of Higher Education host ca. 100.000 students, and their cumulated admission capacity is ca. 40.000. The waiting list of students who are seeking admission is 160.000 in 2012 and likely to rise to 500.000 by 2014. The prognosticated increase of capacity in public Higher Education is 15% p.a., while the budget increase in the long run shall be 5% gross, i.e. with adjustment for inflation.“ (Daxner/Schrade 2013: 20) Dieses kulturelle Kapital der Bildung ist insbesondere in Afghanistan mit dem sozialen und ökonomischen Kapital verbunden, denn aus verschiedenen Grün-

-
- 1 Weitere Faktoren, wie der Unterschied zwischen den privaten Hochschulen und den öffentlichen Hochschulen, bleiben hier unberücksichtigt, aber die qualitativen Unterschiede werden im Aufsatz von Daxner und Schrade analysiert (Daxner/Schrade 2013).
 - 2 Bourdieu kritisiert dieses auch im französischen System praktizierte Ausleseprinzip: „Man denke nur an die Prüfungsform des ‚concours‘ [...], die aus einem Kontinuum von minimalen Leistungsunterschieden dauerhafte, brutale Diskontinuitäten produziert. Nach dem Alles-oder-Nichts-Prinzip wird zwischen dem letzten erfolgreichen und dem ersten durchgefallenen Prüfling ein wesensmäßiger Unterschied institutionalisiert [...].“ (Bourdieu 1983: 190, Herv. i. O.) In China gibt es für eine Bevölkerung von knapp 1,4 Milliarden einen ähnlichen alljährlichen Ausleseprozess für wenige renommierte staatliche Eliteuniversitäten (Chinesisch: *gaokao*).

den ist der öffentliche Sektor für Beschäftigungsverhältnisse weiterhin sehr wichtig. Der öffentliche Sektor *de facto* rein quantitativ der größte Arbeitgeber des Landes und bietet für die urbane Bevölkerung eine der besten Möglichkeiten, direkt in ein angesehenes Beschäftigungsverhältnis überzugehen. Die staatlich angestellten Arbeitnehmer*innen können ihr größeres Familien- oder Stammes-Netzwerk mit weiteren Arbeitsverträgen, Stipendien, Visa und Verträgen im Bereich des Wiederaufbaus, Minen- und Sicherheitssektors etc. versorgen.³ Sie können durch die Stellung an diesem staatlichen Knotenpunkt, der sich zu einem Korruptions perpetuierenden System entwickelt hat, zu einem tatsächlichen, existenzsichernden ökonomischen Kapital gelangen. Dieses Kapital ermöglicht es den Nutznießer*innen des Systems, von den politischen und hoch variablen Entscheidungsfindungsprozessen zu einem gewissen Grad unabhängig zu sein und Einfluss auf eine abhängige Klientel in der Peripherie über politische und soziale Unterstützung Einfluss auf eine Klientel auszuüben. In diesem Sinne ist der folgende Abschnitt der Untersuchung Daxners und Schrades zusammenfassend zu verstehen:

„Political affairs in Afghanistan are still dominated by local elites. These exert a gate keeper function that influences participation and mobilization of aspiring social cohorts. The elite are characterized by those who have relative greater share in or control the access to resources like authority, legitimacy, force, status, economic power (Mielke 2014). Consequently, orientation towards the elite and self-perception of the elites might be a derivative of resource possession or provision of services and advantages.“ (Daxner/Sandmann 2015: 23)

Das kulturelle Kapital unterscheidet Bourdieu in Bezug auf die westliche Sozialstruktur noch in drei weitere Unterkategorien: 1. *inkorporiertes Kulturkapital*, 2. *objektiviertes Kulturkapital*, 3. *institutionalisiertes Kulturkapital*. Das *inkorporierte Kulturkapital* ist das bereits seit der Kindheit investierte Bildungskapital, das für viele Menschen später kaum nachgeholt werden kann und die Investition kann meist nur von wohlhabenden Familien getätigt werden. Natürlich setzt dies eine besondere familiäre Affinität zu einem langjährigen, beschwerlichen Bildungsweg mit sozialen Entbehrungen voraus, diese Entbehrungen repräsentieren zugleich bestimmte Wertvorstellungen. In Afghanistan werden Menschen aus den prestigeträchtigsten Studienfächern, wie Medizin, Jura und Ingenieurwesen, mit ihren Titeln angesprochen. Sogar *mujaheddin*-Kämpfer, die während des Einmarsches der Roten Armee in Afghanistan in den Ingenieurwissenschaften nur für zwei bis drei Semester eingeschrieben waren, werden weiterhin mit „Herr Ingenieur“ (Farsi: *ingenieur saheb*), diejenigen, die in dieser Zeit nur einen Erste-Hilfe-Kurs absolviert haben, mit „Herr Doktor“ (Farsi: *doktar saheb*) angesprochen. Ein weiterer, für Afghanistan wichtiger, Aspekt ist das Seltenheitsmerkmal: „Wer über eine bestimmte Kulturkompetenz verfügt, z.B. über die Fähigkeit des Lesens in einer Welt von Analphabeten, gewinnt aufgrund seiner Position in der Verteilungsstruktur des kulturellen Kapitals einen *Seltenheitswert*, aus dem sich Extraprofite ziehen lassen.“ (Bourdieu 2005a: 57,

3 In Kapitel 6.3.2 *Mensch zweiter Klasse im Land erster Wahl* hat Ehsan im Interview Nr. 16 im Lebensraum meines Vaters am 5. November 2014 in Kabul, die Praktiken und das Ver sorgungsverhältnis der Beamt*innen einleuchtend erklärt.

Herv. i. O.) In diesem Zusammenhang wies Mohsen im Interview darauf hin, dass junge Männer, die Englischkenntnisse besaßen, mit der internationalen Gemeinschaft kommunizieren konnten und Millionenverträge im Wiederaufbau- und Sicherheitsbereich abgeschlossen haben: „Viele Übersetzer sind sehr reich geworden und haben über US-Firmen ihre eigene Firmen gegründet und Verträge an Land gezogen.“⁴ Als weiteres und politisch unverfängliches Beispiel wird der Chef des Senders *ITV*, Fahim Hashemy, genannt. Er ist Sunnit, aber gehört einer ethnischen Minderheit der Hasara an und wurde durch seine Englischkenntnisse zum Millionär und dann zum Gründer der Mediengruppe *GroupOne* (Safi 2015).⁵

Das *objektivierte Kulturkapital* ist das vererbte Kapital (Bücher, Häuser, Gemälde, Schmuck usw.), das die sozialen Unterschiede in Objekten sichtbar macht und akkumulierten Reichtum bestimmter Schichten darstellen kann. „Dabei darf freilich nicht vergessen werden, dass das objektivierte Kulturkapital als materiell und symbolisch aktives und handelndes Kapital nur fortbesteht, sofern es von Handelnden angeeignet und in Auseinandersetzungen als Waffe und als Einsatz verwendet wird.“ (Bourdieu 1983: 189) Durch die immensen Investitionen der internationalen Gemeinschaft, die in der nachfolgenden empirischen Analyse auch beschrieben werden, wird *kein* klassisches Kulturkapital aufgebaut, zumal Aufsteiger aus der urbanen, jungen Generation – Stichwort Neureiche – eine andere Wertorientierung aufweisen. Jedoch gibt es eine urbane und auch monarchische Elite, die über die Jahre im Exil sowohl ihr kulturelles als auch ökonomisches Kapital verloren hat. Ihnen bleibt jedoch ein weiterhin unverwechselbares symbolisches Kapital im Nachnamen, in der Kleidung, den Essgewohnheiten, der Gangart und der Sprache erhalten und auch assoziiert die afghanische Bevölkerung mit dieser monarchischen Elite eine friedliche Zeit unter der Durrani-Dynastie des 20. Jahrhunderts (1747-1973). Im gegenwärtigen Kabul wird die spätere Macht der *mohammadzais*, eines Zweiges der Durranis, als genealogische Referenz übernommen, womit für die Hauptstädter*innen ein gesamt aristokratisches Vorkriegsnarrativ mitschwingt, deren Dynastie mit dem *coup d'état* des damals regierenden Cousins des Königs Zaher Schahs, Daud Khan, am 17. Juli 1973 *de facto* endete.

In der afghanischen Sozialstruktur lassen sich Elitefraktionen und eine heranwachsende, dünne Mittelschicht mit einem kulturellen und sozialen Kapital identifizieren. Jedoch auch eine oligarchische Schicht mit einem Kapitalüberhang, die Gius-

4 Vgl. Interview Nr. 14, mit Mohsen im Wohnzimmer des Lebensraumes meines Vaters in Kabul am 3. November 2014: 182.

5 Im BBC-Bericht steht zwar, dass Hashemy nun der *Hashemy Group* vorstehe. Jedoch wird auf der Website des Fernsehsenders festgehalten, dass *ITV* teil der *GroupOne* ist. Der Fernsehsender beschreibt sein Firmenprofil wie folgt: „ITV is owned by GroupOne, an Afghan communications and media company founded by Afghan investors in hopes of promoting principles of independence, human rights, and freedom of speech for Afghan people.“ (ITV 2016) Wakili beschreibt in ihrer Dissertation die unterschiedlichen Fernseh- und Radiosender und geht der Frage nach der gesellschaftlichen Perzeption und der demokratischen Komponente der afghanischen Medienlandschaft auf den Grund. Zum Sender *ITV* hat sie einen Abschnitt zur Firmenidentität und tatsächlichen Beliebtheit verfasst (Wakili 2013: 233).

tozzi in seinem Aufsatz zu den zentralen Kriegsherren (Atta Noor und Abdul Rashid Dostum) im Norden Afghanistans analysiert hat und die er mit einem Wortspiel als *oligopolists* bezeichnet. Seine Definition der *oligopolists* lautet: „One who has succeeded in accumulating sufficient political economic and social power to potentially overwhelm every competitor or rival except for a very few – the other oligopolists.“ (Giustozzi 2012a: vii) Bei Giustozzis Untersuchungen wird auch deutlich, welche Rolle das soziale Kapital zwischen den Patron*innen und ihrer Gefolgschaft spielt. An dieser Stelle könnte das soziale Kapital übertragen werden, auf die wirksame ethnopolitische Politik als Mobilisation von Partikularinteressen beispielsweise während der Präsidentschaftswahlen von 2009: „While the most important tool of mobilisation remains the distribution of patronage, there have been signs of ideologically-based mobilisation efforts, particularly in time of elections. This has been largely focused on ethno-nationalism, with different strongmen appealing to their fellow ethnic groups for support.“ (Ebd.: 2) Auch in diesem Netzwerk zwischen Patron*innen und ihrer Klientel geht es darum, wer, wen kennt und welchen Wissensvorsprung sie*er hat. Das bisher nicht diskutierte symbolische Kapital kann auf die Kleriker, aber auch auf diese diametral entgegen gerichtete Unterhaltungskultur angewendet werden. Was bedeutet das symbolische Kapital genau und welche Rolle spielt der Staat bei der Regulierung dieser Art des Kapitals? Bourdieu definiert es in der Theorie wie folgt: „Das symbolische Kapital ist eine beliebige Eigenschaft (eine beliebige Kapitalsorte, physisches, ökonomisches, kulturelles, soziales Kapital), wenn sie von sozialen Akteuren wahrgenommen wird, deren Wahrnehmungskategorien so beschaffen sind, dass sie sie zu erkennen (wahrzunehmen) und anzuerkennen, ihr Wert beizulegen, imstande sind.“ (Bourdieu 1985a: 108)

Als Beispiel führt Bourdieu den omnipräsenten Ehrbegriff der Kabyl*innen an, der in ihrer Wahrnehmung die Kapitalsorten sortiert und die Sozialstruktur nach „bestimmte Eigenschaften und Verhaltensweisen als ehrend oder entehrend“ kategorisiert (Bourdieu 1985a: 108f). Aus dieser Verteilungsdynamik der unterschiedlichen Kapitalien, die nun vorgestellt wurden, erhält Bourdieu zufolge, der Staat sogar die symbolische Macht, „Wahrnehmungs- und Gliederungsprinzipien“ zu beeinflussen (ebd.: 109). Aus dieser neuen Definition der Ökonomie der Praxis mit seinen vier unterschiedlichen Kapitalsorten, ergibt sich wiederum eine staatlich dominierte „Hierarchisierungskompetenz“. Diese Teilhabe an der Hierarchisierungskompetenz ist im afghanischen Kontext umso mehr umkämpft, als dass die staatlichen Regulierungen sich noch im Aufbau befinden, die Interessen, Werte- und Normvorstellungen nach einem, sich über mehrere Generationen erstreckenden Krieg zwischen unterschiedlichen Elitefraktionen und -generationen im Misstrauen gediehen sind und hinsichtlich der unterschiedlichen Erfahrungen im Land und im Exil wieder neu, mit friedlichen Mitteln ausgehandelt werden müssen. Regulierende Institutionen und transparente Entscheidungsfindungsprozesse zur Verteilung der unterschiedlichen Ressourcen, die in Demokratien als allgemeines Gut und Grundrecht betrachtet werden, zu etablieren, erscheint angesichts des Willens, nur die eigene ethnische Gruppe zu versorgen, bereits *per definitionem* fast illusorisch. Vielleicht ist Bourdieus Definition des sozialen Kapitals eine Stütze:

„Das Sozialkapital ist die Gesamtheit der aktuellen oder potenziellen Ressourcen, die an die Verfügung über ein *dauerhaftes Netzwerk von Beziehungen* gebunden sind, welche mehr oder

weniger durch gegenseitiges Erkennen sowie Anerkennen institutionalisiert sind – mit anderen Worten, an die *Zugehörigkeit zu einer Gruppe*, als Gesamtheit der Akteure, die nicht nur mit gemeinsamen Eigenschaften ausgestattet sind [...] sondern die auch durch beständige und nützliche *Verbindungen* vereint sind.“ (Bourdieu 2005b: 263, Herv. i. O.)

Diese Form der sozialen Netzwerkpflege, die das soziale Kapital erhalten oder vergrößern soll, erfolgt im afghanischen Kontext nach kulturell reglementierten Mustern sowie ethnischen und regionalen Unterschieden und wird von der afghanischen Klientel, beispielsweise von ihren Eliterepräsentant*innen, in unterschiedlicher Weise eingefordert. Diese Forderungen äußern sich beispielsweise für Parlamentarier*innen darin, dass ihre Wählerschaft sie aus der Peripherie über mehrere Tage oder Wochen in Kabul besucht und die Besucher erwarten, als Gäste versorgt zu werden. Gleichzeitig müssen die gewählten Repräsentant*innen, die meist die eigene Ethnie und denselben Stamm repräsentieren, in dieser Zeit die bürokratischen Angelegenheiten (Passverlängerungen, Visaanträge, Arzttermine, Geburts- und Heiratsurkunden, Studienplatzvergaben, Arbeitsplätze usw.) organisieren, soziale Dispute schlichten oder offene Grundstücksfragen in höheren rechtlichen Instanzen klären lassen. Vor diesem Hintergrund schilderten insbesondere die jungen Eliten ihre Bedenken darüber, dass das soziale Kapital die alles entscheidende Machtinstanz darstelle und äußerten ihre Unzufriedenheit mit diesem Zustand.

Die drei zusammenwirkenden Komponenten des Feldes, des Kapitals und Habitus ermöglichen es, afghanische Akteure in ihrer jeweiligen Lebenswelt zu untersuchen. Wobei sich diese Beobachtungen auch auf die Systemebene auswirken – insbesondere bei Eliten, die eine Deutungs-, Entscheidungs- und Wirkungshoheit in der Gesellschaft ausüben. Bourdieus Theorie eröffnet die Möglichkeit, die individuellen Praktiken der Elitenkonstruktionen auf der Mikro-Ebene (Lebenswelt) zusammenhängend mit den sich im Wiederaufbau befindenden sozialen Strukturen, die die Makro-Ebene repräsentieren, zu erklären und dann zu verstehen (Free 2010: 58; Daxner/Schrade 2013). Meine zweite, einmonatige Feldforschung im November 2014 fand zeitgleich mit den Präsidentschaftswahlen statt, eine Zeit, die für die Menschen in Afghanistan große historische Bedeutung hatte. Denn es gab seit der Machtübernahme Daud Khans durch einen militärischen Coup gegen seinen Cousin, Zahir Schah, im Juli 1973 keine friedliche Machtübergabe von einem Machthaber an einen anderen. Dieser historische Moment wurde jedenfalls immer wieder bei meinem kurzen Aufenthalt im April 2014 von den unterschiedlichsten Eliten thematisiert, die mit großen Erwartungen auf die Präsidentschaftswahlen als großen demokratischen Schritt schauten. Ein Journalist, Omid, hat sich getraut, das eigentliche Problem in klare Worte zu fassen:

„(...) der Krisenpunkt sind die Wahlen und die Machtübergabe. Wenn die Machtübergabe im Guten verläuft, dann gibt es keine Krise. Aber wenn die Machtübergabe-, °wissen Sie, wenn-, ich komme zum eigentlichen Punkt: Wenn die Wahlen von der jetzigen Regierung manipuliert werden, dann wird Afghanistan in eine Krise geraten.° Das Eigentliche-, es ist so, wenn das gesamte moderierende Team, die Regierung Karzai und sein Team vorab die Entscheidung trifft,

dass wir beispielsweise Jenen als Präsidenten wollen, dann werden wir durch diese Situation in Richtung Krise schlittern.“⁶

Es herrschte tatsächlich eine politische Krisenstimmung, die die Lage so verschärfte, dass ein erneuter Bürgerkrieg nicht auszuschließen war. Wie kam es im November 2014 zu dieser angespannten Lage, zu den täglichen Anschlägen, der politischen Unsicherheit, was bedeutet es genau für die Konfliktdynamiken der unterschiedlichen Elitenvertreter*innen im Machtzentrum Kabul und den Friedensprozess? Diese Fragen werden in den folgenden Kapiteln behandelt. Die Äußerungen der Eliten zu den Themen der Macht, den Strukturen und der gesellschaftlichen Ordnung werden dabei einander gegenübergestellt und analysiert. Aus Sicherheitsgründen waren für mich die urbanen Zentren Mazar-e Sharif und Herat weniger riskant als die Städte im Süden oder Südosten Afghanistans. Daher habe ich meine Feldforschung auf Kabul, Mazar-e Sharif und Herat beschränkt und die letzteren Regionen ausgespart.

5.2 DARIUS DER LEIBWÄCHTER

Wie bereits während meiner fast jährlichen Reisen nach Afghanistan seit dem Sturz der Taliban im November 2001, empfing mich Darius Taheri⁷ am Eingangstor des VIP-Bereichs des Kabuler Flughafens.⁸ Darius ist als sein Großneffe väterlicherseits bereits seit zehn Jahren der persönliche und nächste Leibwächter meines Vaters.⁹ Nachdem meine Koffer an Darius, nun meinem Leibwächter, übergeben wurden, stiegen wir in den gepanzerten Wagen ein. Auf dem Beifahrersitz saß bereits zu meinem Schutz ein weiterer, mit einer Kalaschnikow bewaffneter Soldat unseres Stammes, der Taheris. Der Stamm hat in der afghanischen Gesellschaft weiterhin eine große Bedeutung, auch wenn er durch den Krieg einen anderen Charakter erhalten hat und die alten Strukturen fragmentiert sind (Schetter 2013). Ich bezeichne die afghanische Gesellschaft nicht als *tribal* oder *feudal*, da diese Strukturen über die

6 Vgl. Interview Nr. 8, mit Omid in seiner Redaktion am 6. April 2013 in Kabul: 117.

7 „Taheri“ ist der Stammesname meines Vaters, der sich aufgrund seiner politischen Gesinnung gegen die eindeutige, im Namen festgelegte Stammeszugehörigkeit entschieden hat und aus diesem Grund einen persischen Doppelnamen annahm. „Dadfar“ bezeichnet eine Person, die nach Gerechtigkeit strebt (Vajehyab 2015a). „Spanta“ bedeutet Reinheit, ehrwürdig und heilig (Vajehyab 2015b).

8 Das Kompetenznetzwerk *Cross Road Asia* widmet sich interdisziplinär den folgenden Forschungsbereichen: Konflikt, Entwicklung und Migration. Die Forscher*innen untersuchen die Einflüsse des *spatial turns*, der sich in Folge des Globalisierungsprozesses und unterschiedlicher Konflikte in der asiatischen Region ausgewirkt hat (Crossroads Asia 2011-2016).

9 Darius' Vater stand bereits meinem Großvater, Haji Shah Alam Taheri, bis zu seinem Tod bei. Haji Shah Alam war in der 11. und 12. Wahlperiode vom Jahr 1965 bis 1973 unter König Zahir Schah (1933-1973) als Abgeordneter im Parlament. Zuvor war er auch zwei Legislaturperioden lang Repräsentant im Landesparlament in Herat (damals auf Farsi: *majlis-e moschawerah*).

Kriegsjahre hinweg zerrüttet worden sind (Rubin 2002d: 9-12). Als Ursache für die Zerrüttung tribaler oder feudaler Strukturen nennt Schetter fünf miteinander zusammenhängende Thesen: das Fehlen eines effizienten Staates, das Peripherie-Zentrum-Verhältnis, den extremen Partikularismus, die kulturelle Heterogenität und Afghanistans wichtige geopolitische Lage für die Politik (Schetter 2015). Durch die kriegerischen Auseinandersetzungen seit 1979 kann im afghanischen Kontext nur noch bedingt von einer klassisch tribalen Gesellschaft gesprochen werden, weil die einst regulierenden Stammesstrukturen fragmentiert sind. Dennoch kann hier eine kurze Definition nach Tapper zum Stammesbegriff hilfreich sein:

„Tribe may be used loosely of a localised group in which kinship is the dominant idiom of organisation, and whose members consider themselves culturally distinct (in terms of customs, dialect or language, and origins); tribes are usually politically unified, though not necessarily under a central leader, both features being commonly attributable to interaction with states. Such tribes also form parts of largest, usually regional, political structures of tribes of similar kinds; they do not usually relate directly with the state, but only through these intermediate structures.“ (Tapper 1983: 9)

Die Stämme in Afghanistan sind nun weiterhin wichtig für die Patronage-Klientel-Netzwerke und bilden eine soziale Ordnung innerhalb staatlicher Strukturen, diese Ordnung werde ich weiter anhand von Darius beschreiben. Die Sicherheitsmaßnahmen für die Privilegierten in einem Land, in dem die Bevölkerung nach den Berechnungen des *Multidimensional Poverty Index* (2013)¹⁰ zu 58,81 Prozent als arm definiert wird und die Opferzahlen nach den Anschlägen bei der zivilen Bevölkerung seit 2001 bei 26.000 (Costs of War 2015) liegen, erweitern die ohnehin bestehende Kluft zwischen den Eliten und der sogenannten Masse. Putnam (1976) beschreibt diese Schere als Konflikt zwischen den Eliten und der Bevölkerung in Entwicklungs- und postkolonialen Ländern. Die politische Elite aus den urbanen oberen und mittleren Schichten mit ihren kosmopolitischen und säkularen Werten und einer formalen Ausbildung im Ausland sprechen meist Englisch oder Französisch und haben seit ihrer Rückkehr die gegen die kolonialen Verhältnisse ankämpfenden Unabhängigkeitsbewegungen und die Modernisierung der Gesellschaft vorangetrieben. Die Ideale, Wertvorstellungen und die deren Wirklichkeiten dieser Eliten stehen nach Putnams Beobachtungen denen der einfachen, traditionellen und in den Provinzen beheimateten Bevölkerung gegenüber, so dass sie auf deren wirkliche Probleme auf der *grass-root* Ebene nicht reagieren können; und wie er treffend bemerkt, „politics tends to be court politics“ (ebd.: 163). Nun schien ich als Forscherin in einer ähnlichen Situation zu sein, Bourdieu bezeichnet diese generelle Asymmetrie zwischen der*in und dem Interviewten so:

„Es ist der Interviewer, der das Spiel beginnt und die Spielregeln bestimmt; er ist es auch, der auf einseitige Weise und ohne vorherigen Aushandlungsprozess über die manchmal, zumindest

10 Drei Dimensionen, Zugang zu Bildung, Gesundheit sowie der Lebensstandard spielen bei der Errechnung des Multidimensional Poverty Index eine Rolle (Kovacevic/Calderon 2016).

in den Augen des Befragten, schlecht definierten Gegenstände und Verwendungsweisen des Interviews bestimmt. Diese Asymmetrie wird immer dann, wenn der Interviewer in der Hierarchie der verschiedenen Kapitalsorten, besonders des kulturellen Kapitals, eine höhere Position als der Befragte besetzt, durch eine gesellschaftliche Asymmetrie noch verstärkt. Der *Markt der sprachlichen und symbolischen Güter*, der anlässlich des Interviews entsteht, variiert seiner Struktur nach in Abhängigkeit von der objektiven Beziehung zwischen dem Interviewer und dem Interviewten, [...]“ (Bourdieu 2005c: 395, Herv. i. O.)

Als Lösung schlägt der erfahrene Soziologe und Interviewer von Angehörigen verschiedenster Kulturen und Milieus einer „*Beziehung des aktiven und methodischen Zuhörens*“ vor (Bourdieu 2005c: 395, Herv. i. O.). Inwiefern dies in Bezug auf die Besonderheiten Afghanistans, auf die von mir interviewten Eliten und auf meine Rolle als Interviewerin möglich war, wird im nachfolgenden ausgeführt.

Während meines ersten zehntätigen Forschungsaufenthalts im April 2013 in Kabul und während des zweiten Aufenthalts im November 2014, der mich auch nach Mazar-e Sharif und Herat führte, war Darius bewaffnet an meiner Seite.¹¹ Bei allen Treffen mit Repräsentant*innen der unterschiedlichsten Eliten, sowohl mit Angehörigen von Eliten mit demokratischen Vorstellungen als auch mit den Taliban und streng religiösen Eliten, begleitete er mich zu meinem Schutz zu Interviewterminen. Die Gesprächskultur zwischen Männern und Frauen in einer generell weiterhin Gender-segregierten Gesellschaft und die Teilnahme der Frauen am öffentlichen Leben hat sich zum Teil zum Positiven gewandelt. In den mittleren und oberen Milieus der urbanen Zentren hat sich die Situation der Frauen verbessert, wobei die ärmeren Milieus und die der ländlichen Bevölkerung weiterhin eine starke Gendersegregation befolgen. Diese wird auch weiterhin aus unterschiedlichen Gründen forciert, hier sind beispielsweise zu nennen: die schlechte Sicherheitssituation, die ökonomische Abhängigkeit der weiblichen von den männlichen Familienmitgliedern, die Tradition, religiöse Überzeugungen, niedriger Bildungsstand, Armut und geschlechterspezifische Arbeitsteilung.

Während der Taliban-Herrschaft durften Frauen und Mädchen das Haus nur unter bestimmten Bedingungen verlassen. Wenn überhaupt mussten sie von einem *mahram* begleitet werden. Ein *mahram* bezeichnet eine männliche Person, die eine Frau wegen der verwandtschaftlichen Verhältnisse zu keinem Zeitpunkt heiraten kann oder die bereits der eigene Ehemann ist. Zu den Personen, die eine islamische Frau nicht heiraten können, gehören z.B. der Vater, der Onkel, der Sohn, der Bruder und Neffe; ausschlaggebend ist die Blutsverwandtschaft (Durdu 2014: 2f; Rostamy-Povey 2007: 249). In meinem Fall war Darius also Wegbereiter und zu meinem Schutz an meiner Seite.

Für mich wurden als Tochter des ehemaligen Außenministers und ehemaligen Nationalen Sicherheitsberaters der Islamischen Republik Afghanistans sowie als in Europa sozialisierte Frau bei den Gesprächen mit den Elitenvertreter*innen, die re-

11 Auch während meiner zwei beruflichen Aufenthalte im September 2009 und November 2010 hat Darius den damaligen Projektleiter des vom Auswärtigen Amt finanzierten Projekts *Good Governance Afghanistan* und mich als die Projektkoordinatorin in Kabul und Herat begleitet.

gelmässig mit unterschiedlichen internationalen Gesprächspartner*innen ihre Positionen aushandeln und darlegen, die Regeln flexibel angewandt. Diese Flexibilität ist in muslimischen Ländern oft vorhanden und weist eher darauf hin, dass sich die alltäglichen Lebenspraktiken vom Gefühl her in einem gewissen islamischen Rahmen (Farsi: *dar chaulkaat-e eslaami*) bewegen sollten (Dalton 2007: 19; Charney et al. 2004: 54). Einige der Interviewten haben während der Bürgerkriegsjahre von 1992 bis 1996 als *mujaheddin*-Kämpfer Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen, die in einem 800-seitigen Report der *Afghanistan Independent Human Rights Commission* (AIHRC) festgehalten sind, an dessen Veröffentlichung weder die vorherige noch die aktuelle Regierung ein Interesse hat. Diese Elitenvertreter*innen sprachen dennoch mit mir, da sie zum einen sicherlich durch ihre Teilnahme an einem Forschungsprojekt durch die kommunizierten Inhalte ihre Deutungs- und Wirkungshoheit präsentieren und manifestieren können. Als hochpolitisierte Mitglieder einer Gesellschaft, wie der afghanischen sind sie sich der aktuellen Diskurse durchaus bewusst und wollen Narrative mitbeeinflussen. Zum anderen spielte auch der Aspekt, dass mein Vater beim ersten Forschungsaufenthalt noch als Nationaler Sicherheitsberater amtierte und es absehbar war, dass er nach seinem Amt weiterhin über ein aktives politisches Netzwerk verfügen wird, eine wichtige Rolle.¹²

Ein heute einflussreicher Politiker hat im Interview während meiner ersten Feldforschung im April 2013 die Eliten in vier Generationen eingeteilt. Die folgende Einteilung der Eliten durch Lotfullah, einem ehemaligen Minister mit sozialwissenschaftlicher, westlicher Ausbildung, ist für einen makrosoziologischen¹³ Überblick über die afghanischen Eliten sehr hilfreich, sie wird daher am Anfang der empirischen Kernkapitel 5 bis 7 stehen:

„We have four generations, living in Afghanistan, (2) but not living together. With the generation of pre-78, that saw peace and stability, and then saw exile. [...]

The second generation is 1978 to 1992. And there is 1,5 million deaths, vying over this generation. They are deeply divided between former leftists, or finding, re-finding as individuals a balance that ideology is not really been confronted at their values. All the mujahidin were embraced in Anti-Soviet rhetoric. But then could not articulate a pathway to the future. The tensions of this generation are haunting through our institutions. And across the board, it is a fact, you find tension. We have not found the mechanism like South-Africa or Ruanda or other places to really bring collective peace.

12 Diese Aspekte habe ich bereits kurz in Kapitel 4 zur *Methode* thematisiert, sie werden konkreter im Bezug zu den jeweils zitierten Interviews in den politischen Kontext und den der Interviewpartner*innen gestellt.

13 Ein makrosoziologischer Ansatz untersucht die unterschiedlichen Milieus innerhalb einer Gesellschaft; damit schließt er die Frage nach der Ideologie, Macht und Politik als vertikale Dimension mit ein (Reckwitz 2010; Bremer/Lange-Vester/Vester 2009: 240). Für den vorliegenden empirischen Kontext bedeutet dies, dass die makrosoziologische Herangehensweise für die Patronage-Klientel-Netzwerkanalyse die Möglichkeit eröffnet, den Einfluss der interviewten Eliten auf ihre Klientel und ihre Einflussphären als mikrosoziologische Analyse der Gesellschaft zu analysieren.

The third generation, is the generation of 1992 to 2001, two generations at least grew up in Iran and Pakistan. Each mostly went as children or were born and came back as adults. And those who went to Pakistan they seem to be bilingual in Urdu or English, or other languages. But really understand well! For the first time, they hear Pashto. And by contrast, we have another generation that grew up in Iran that has not even heard a word of Pashto. They brought together that issue of language, in competence in mutual incomprehension, turn into political issue rather than a personal issue. [...]

The fourth generation is the generation of 2001. And this again is bi-sided. One portion has had unbelievable opportunity: wealth, medication, access, etc. And another segment is at Guantanamo Bay, Bagram, Pule-Charghi, local prisons and incredibly violent. So, every year, at least, we've lost, 6,000 to 10,000 people to international violence. And that (means) that blood still defines where we stay. And a series of conflict are inherited generationally from me to their generation, or slowly working their way, or remaining hidden, and then the disputed conflict of the last ten years that distributes the phenomena of the suicide bombers and in large scale attacks in confrontation again is added on to it. So fundamentally, we have a series of dissolved conflicts in place.¹⁴

Die hier von Lotfullah beschriebenen Konflikte hat er anhand unterschiedlich geprägter Generationen differenziert, wobei diese weder untereinander eine einfach zu typologisierende oder homogene Schicht bilden, noch im Hinblick auf die Dimensionen ihres Einflusses. Dieser vier-Generationen-Konflikt ist tatsächlich allgegenwärtig, so dass es auf den Fahrten zu den meist hermetisch abgeschirmten Büros der unterschiedlichen Elitenvertreter*innen immer sehr hilfreich ist, Darius mit seinem Ausweis des Sicherheitsdienstes und als bekanntes Gesicht an den unzähligen Checkpoints der afghanischen Hauptstadt an meiner Seite zu haben. Die Sicherheitslage hat sich bereits seit 2005 rapide verschlechtert, die sogenannte *golden hour* von 2001 bis 2005 erwies sich als vergeudete Zeit, so dass die Taliban sich neuformieren konnten und die Zahl der Anschläge zu nahm (Daxner 2013b: 23).

Inwiefern hat sich Darius' Leben seit 2004 verändert? Bevor Darius nach Kabul kam, um seinem Großonkel, der von 2006 bis 2010 Außenminister war, zur Seite zu stehen, besuchte er bis zur 12. Klasse die Schule in Karokh.¹⁵ Als überzeugter Muslim unterrichtete er in der Moschee des Dorfes den Koran und dies sogar während der Taliban-Herrschaft (1994-2001). Bevor er nach Kabul ins Haus meines Vaters zog, hat er als Bauer die Felder bestellt und innerhalb seines Wohnhauskomplexes aus Lehm mit seiner Frau, seinen Eltern und Geschwistern, also einer für afghanische Verhältnisse kleinen Mehr-Generationengemeinschaft, gewohnt. Sein Gehalt ergänzt nun das Einkommen der Familie aus der Landwirtschaft, so dass seine zwei Kinder, seine Frau und Geschwister ein etwas besseres Leben führen und innerhalb der Stammesstrukturen an mehr Ansehen genießen. Die Schul- und Arztbesuche sind für alle Familienmitglieder bezahlbar geworden und die Anschaffung von Lebensmitteln, Kohle, Holz, Kleidung oder Medikamente ist auch für die Wintermonate gesichert. Seine Frau und seine zwei Kinder leben nun nach 11 Jahren räumlicher Trennung in Kabul. Die Lebenserhaltungskosten in der Hauptstadt sind seit dem Abzug vieler

14 Vgl. Interview Nr. 2, mit Lotfullah in seinem Privathaus am 2. April 2013 in Kabul: 29f.

15 Karokh liegt 36 Kilometer nordöstlich der Provinzhauptstadt Herat.

NGO-Mitarbeiter*innen aus dem Entwicklungshilfebereich wieder gesunken, auch die Gehaltserwartungen von Hausangestellt*innen sind seitdem niedriger. So ist die Anmietung eines kleinen Lehmhauses an den Hängen Kabuls zur bezahlbaren Lösung für Darius' Familie geworden. Dort gibt es zwar mittlerweile Strom, jedoch muss Wasser für das alltägliche Leben aus einem Brunnen in die oberen Wohnungen an den Hängen getragen werden, was besonders im Winter eine beschwerliche Aufgabe ist.¹⁶ Daxners Beobachtungen von intervenierten Gesellschaften halten hierzu den wichtigen Aspekt fest, dass es zwar erstrebenswert ist, wenn sich eine Mittelklasse durch wirtschaftliches Wachstum und die Entwicklung in urbanen Räumen herausbildet, aber im Gegenzug gleichzeitig eine größere Schere zwischen den oberen und unteren Schichten entsteht. „All in all, Kabul, and other cities, shows an inevitable process of differentiation into diverse classes and social strata. There is some economic growth, but only for a certain segment in society – the new middle classes, permanently under the threat of deprivation, and under the yoke of corruption and taxation from above. ‚The rich do not pay taxes‘, that is what ordinary people say.“ (Daxner 2011) Diesem beschriebenen Dilemma stehen viele Familien gegenüber, denn insgesamt 74 Prozent der afghanischen Bevölkerung leben in ländlichen Gebieten. Jedoch bietet das urbane Leben mehr Möglichkeiten, eine bessere Lebensqualität zu genießen, durch den Zugang zur Gesundheitsversorgung und durch Gelegenheitsjobs für nicht ausgebildete Arbeitskräfte.

Eine weitere Entwicklung, die bereits mit der Öffnung des unabhängigen Afghanistans gen Westen unter Amanullah Khan (1919-1929) begann, jedoch an Ausmaß und Dramatik zugenommen hat, ist die Migration über die afghanischen Grenzen in die Nachbarländer, die reichen Golfstaaten und die beliebten Einwanderungsländer des Westens (USA, Europa, Kanada, Australien) für eine verbesserte Lebensqualität zu beobachten (Schetter 2012). Schetter legt in seinem Aufsatz dar, wie über klassisch nationalstaatliche Definitionen und Denkmuster im afghanischen Migrationskontext hinausgedacht werden kann. Diese Beobachtungen gehen bewusst über die üblichen Begriffe *refugee*, *labour migration*, *settled way of life* die den sozialen Wirklichkeiten Afghanistans nicht gerecht werden, hinaus (ebd.: 1). Schetter betont, dass in einem Land wie Afghanistan, in dem es keine Staatsbildungsprozesse gegeben hat, etwa nach westlichen Vorstellungen oder auch solche spezifisch afghanischer Prägung in der eigenen Landesgeschichte, bereits die translokalen Netzwerke als wichtiger und losgelöster von den lokalen Identitäten in einer räumlichen Mobilität (*spatial mobility*) betrachtet werden. Anhand von Familienverbänden veranschaulicht er das soziale und finanzielle Versorgungs- und Fürsorgenetz, das sich meist über mehrere Kontinente spannt (ebd.: 9). Bezeichnenderweise hat er bei seinen Untersuchungen festgestellt, dass Familien mit Grundbesitz als *fall back option* mindestens einen Verwandten im Ursprungsort zurücklassen (ebd.: 7).

16 An den Hängen der Stadt Kabul haben sich seit den Bürgerkriegsjahren beispielsweise auch Witwen mit ihren Kindern eine kleine Enklave mit dem Namen *sanabad* (Stadt der Frauen) erkämpft. Der Artikel von Esar „Die Stadt der Kopffresserinnen“ beschreibt die Geschichte und den Alltag der Witwen, die sich an Kabuls Hängen seit den Bürgerkriegswirren in den 1990ern eine Infrastruktur organisiert haben (Esar 2015).

Darius' Situation und seine vertrauensvolle Verbindung zu meinem Vater ist sehr symptomatisch für eine Variante des traditionellen Patronage-Klientelverhältnisses innerhalb der afghanischen Sozialstruktur, die sich natürlich während der jahrzehntelangen Kriegsverhältnisse verändert hat und zu Recht als fragmentiert bezeichnet wird (Rubin 2002d). Wie bereits im Definitionskapitel beschrieben, gibt es *drei Arten klientelistischer Gesellschaftsformen*: die *klassisch-tribal* organisierte, die auf die Verteilung von Pfründen basieren, der ausführlicher beschriebene *Eliten-Klientelismus* und der *Massen-Klientelismus*.

Im Fall von Darius lässt sich eine *Mischung eines klassischen und eines Eliten-Klientelismus* identifizieren. In einem Land, in dem weiterhin schätzungsweise 60 Prozent der Bevölkerung in der Agrarwirtschaft arbeiten, und zu 80 Prozent von den Einnahmen der Landwirtschaft (Kawasaki, Watanabe et al. 2012: 1f) leben, in dem jedoch nur 5,5 Prozent des gesamten Landes¹⁷ (The World Bank 2012) aufgrund der Wasserverhältnisse und topografischen Verhältnisse landwirtschaftlich nutzbar ist, haben sich viele afghanische Familien ein hybrides und – um in Schetters Worten zu sprechen – ein translokales Modell als Lebensgrundlage gewählt. Darius' Kleinfamilie und der entferntere Kreis unseres engerem, etwa 1.000-köpfigem Stammes, ohne Einbeziehung der nomadischen Stammesmitglieder, leben einerseits weiterhin als Landwirt*innen im Dorf und andererseits ist er durch die Position meines Vaters in den Sicherheitsdienst Afghanistans eingestiegen. Als Angestellter des Sicherheitsdienstes, der Zugang zum Präsidentenpalast hatte, gehörte er zur Staatselite und auch weiterhin passiert er mit meinem Vater wichtige Schnittstellen der Entscheidungsfindungsorte in einer durch zwei Sicherheitsringe abgeriegelten Hauptstadt. Darüber hinaus gibt es, wie auch in vielen anderen Ländern der westlichen Hemisphäre, ein Phänomen des demographischen Wandels, der darin besteht, dass die Menschen aus den ländlichen Gebieten in die urbanen Ballungszentren abwandern. In Afghanistan ist die Lebenssituation wegen des mangelnden bezahlbaren Wohnraums, der Beschäftigungsverhältnisse, des Zugangs zu sauberem Wasser und Bildungseinrichtungen, Stromversorgung sowie Gesundheitsversorgung und nicht zuletzt aufgrund des fast vier Jahrzehnte andauernden Krieges noch prekärer. Familien, die sich als echte *Kabulis* bezeichnen, fühlen sich aufgrund der Zugezogenen als Fremde in der eigenen Stadt. Tatsächlich war die Hauptstadt für 600.000 Bewohner*innen konzipiert, nun ist sie zu einer Metropole mit 5 Millionen Einwohner*innen angewachsen. Im Interview beschrieb Logari, ein Angestellter des Außenministeriums, diese Entwicklung der urbanen Kultur, wie sie in den 1960er und 1970er Jahren gelebt und gepflegt wurde, so:

„When I grew up in Kabul and when we had at that time what we called a Kabuli culture. (...) Kabuli was very clear, very obvious. Today there is no Kabuli. (...) We had a special accent when we spoke, we had a special culture, we had the things that we liked, we talked about things. You know there was that sort of common culture that we had. Which in today's Kabul

17 Die Weltbank definiert landwirtschaftlich nutzbares Land als: „Agricultural irrigated land refers to agricultural areas purposely provided with water, including land irrigated by controlled flooding.“ (The World Bank 2012)

we won't. Because today's Kabul is a post-war city and so in that sense the coexistence is there."¹⁸

Die urbane Elite, die Afghanistan während der ersten Kriegswirren verlassen hat, erinnert sich mit Nostalgie an die frühere, moderne Hauptstadtkultur. Die *mujaheddin*-Eliten fühlen sich von der modernen Denkweise und der Kleidung der westlichen Eliten¹⁹ dominiert, sie betrachten sich als Freiheitskämpfer und ziehen hieraus ihre Herrschaftslegitimität für Afghanistan. So sagte ein *mujaheddin*-Führer aus Herat: „Wir *jihadis* sehen uns selten, früher haben wir uns in den Bergen öfters gesehen. Ich habe 14 Jahre gegen die Sowjets gekämpft und wir haben dann sieben Jahre Krieg gegen die Taliban Krieg geführt. Wir haben dies ja nicht für einen Posten getan und auch nicht, um hier und da ein kleines Projekt zu implementieren.“²⁰

Diese beiden Zitate zeigen, dass es innerhalb der Eliten unterschiedliche Lebenswelten und Weltanschauungen gibt, die sich durch die unterschiedlichen Biographien und den damit verbundenen Brüchen über die letzten Jahrzehnte grundlegend auseinanderentwickelt haben, wobei alle Eliten Legitimitätsansprüche auf die Regierungsteilhabe in diesem biographischen Zusammenhang formulieren, was in den Interviews zum Ausdruck kommt. Diese Interviews und teilweise informellen Hintergrundgespräche mit den Ultra-Eliten und Eliten aus Politik, Kultur, Religion, Medien und Wirtschaft der letzten Jahre hat mir zum großen Teil mein Vater ermöglicht. Aus diesem Grund werde ich im Folgenden auf die besondere Rolle meines Vaters als *gatekeeper* eingehen.

5.3 DER GATEKEEPER

Seit 2009 wurden die Sicherheitsstandards in Kabul immer weiter angehoben. Dies macht sich vor allem bei den doppelten Betonmauern um die Privathäuser der Politiker*innen und um Bürogebäude von Botschaften, NGOs und Regierungsorganisationen bemerkbar. Im Hause meines Vaters angekommen, öffneten zwei Soldaten das erste eiserne Tor für den gepanzerten Jeep und dann das zweite zum eigentlichen Hofeingang nicht bevor das erste wieder geschlossen war. Neben dem Stacheldraht um die Grundmauern des vom Staat gemieteten Hauses gibt es nun vor dem Haustor auch hohe Betonmauern, die im Falle einer Explosion die Detonation auffangen sollen. Die Sicherheitsstufe für meinen Vater wurde insbesondere nach seiner scharfen Kritik gegenüber dem pakistanischen Geheimdienst ISI und seinem politischen Veto zu den eingeleiteten Verhandlungen mit den Taliban hochgesetzt. Den ISI kritisierte er offen für seine finanzielle und logistische Unterstützung der afghanischen Taliban und des pakistanischen *Haqqani*-Netzwerkes (Roy/Wagner 2014), dessen führende Köpfe sich *de facto* in den pakistanischen Grenzgebieten aufhalten (Dadfar Spanta 2015a; Dadfar Spanta 2015b; Dressler 2011). Der ISI setzte seine Drohungen in die

18 Vgl. Interview Nr. 4, mit Logar in einem Ministerium am 3. April 2013 in Kabul: 51f.

19 Meist werden die Eliten, die mehrere Dekaden im Westen gelebt und ihre Ausbildung dort abgeschlossen haben, als „westliche Eliten“ bezeichnet.

20 Vgl. Interview Nr. 30, mit Hasib in seinem Haus am 19. November 2014 in Herat: 243.

Tat um und ließ am 17. Juli 2013 Spantas Bruder, Ahmad Wali Taheri, der als Staatsanwalt in Karokh arbeitete, durch einen Auftragsmörder erschießen, um ein Exempel zu statuieren und Spanta deutlich zu machen, dass sie seine politischen Äußerungen nicht hinnehmen (Tolo News 2013a). Seitdem wird der zum Zeitpunkt der geführten Interviews im April 2013 noch amtierende Nationale Sicherheitsberater Spanta nicht mehr nur von vier Soldaten, sondern von insgesamt 18 Soldaten aus seinem Stamm und von zwei *Rangern* mit jeweils zwei Soldaten vor dem Haus bewacht. Dieses Ereignis zeigt, welche Reaktionen die politischen Aussagen eines medial präsenten Elitenrepräsentanten hervorrufen können, wenn es um geopolitische Machtbereiche eines Binnenstaates wie Afghanistan geht.

Die Rolle meines Vaters ist für meine empirische Forschung eine sehr wesentliche, da er als *gatekeeper*²¹ mit den unterschiedlichsten und einflussreichsten Eliten einen direkten Kontakt pflegt und bei der Opposition der vorherigen Karzai-Regierung mit klaren Ideen und einer konsequenten politischen Position in Bezug auf die außenpolitische Situation bekannt ist. Aus diesem Grund war keiner der Interviewten mir gegenüber neutral, sowie ich ihnen gegenüber durch meine europäische Sozialisation und politischen Einstellungen auch nur subjektiv²² gegenüberzutreten konnte.

21 In der Soziologie wird ein*e *gatekeeper**in als Türöffner zu den Interviewpartner*innen, den sogenannten Informant*innen, bezeichnet. Die Türöffner haben sinnbildlich gesprochen einen Schlüssel zu den Expert*innen und Eliten des Forschungsgebietes und pflegen mit ihnen direkten und regelmäßigen Kontakt. Dies kann positive und negative Effekte haben. Der positive Aspekt ist, dass die Interviewpartner*innen Vertrauen zu mir als Interviewerin haben. Der Nachteil könnte sein, dass unbewusst Interviewpartner*innen empfohlen werden, die den eigenen Weltanschauungen und politischen Sichtweisen naheliegen. Jedoch wurden mir Interviewmöglichkeiten zu Eliten jeder Couleur besonders durch dritte Vermittler*innen ermöglicht. Einen sehr guten Artikel zu den Erfahrungen mit Eliten und den methodischen Konsequenzen hat (Harvey 2011) verfasst. Er bezieht sich oft auf den Aufsatz von Zuckerman (1972), die Nobelpreisträger interviewt hat. Auch das Buch von Dexter (1970) zur Art und Weise, wie sich die*der Forscher*in am besten seinem*ihrem Forschungsgegenstand, nämlich den Eliten, nähert und dann auch die Interviews durchführt, sind insbesondere methodisch sehr hilfreich. Nach Bogner und Menz (2005) gibt es das explorative, systematisierende und theoriegenierende Expert*inneninterview. Nach Dexter spielt sich das Eliteninterview zwischen der ersten und zweiten Typologie ab. In der hier hypothesengenerierenden Arbeit sind die Eliteninterviews explorativ und systematisierend.

22 Die Soziolog*innen Mruck und Breuer haben im Rahmen des *Forums Qualitative Sozialforschung* in einem Aufsatz über das Dilemma der „Subjektivität und Selbstreflexivität im qualitativen Forschungsprozess“ geschrieben und einzelne Forscher*innen aufgezählt, die sich mit der Problematik der*s Forscherin*s (Mruck/Breuer 2003) und ihrer Subjektivität explizit befassen. Sie haben diesen Anspruch, weil sie die „konventionelle Obejektivitäts-Fiktion“ durch die „Subjektivitäts-Charakteristik“ ersetzt sehen wollen. Denn sie liegt ihrer Auffassung nach jeder menschlichen Erkenntnistätigkeit zugrunde, so dass sie auch explizit verhandelt werden sollte (Breuer/Mruck/Roth 2002). Bourdieus (1995) und Rosaldos (1995) Aufsätze aus dem gleichen Band werden in diesem Zusammenhang auch häufig zi-

Um dieser omnipräsenten Subjektivität als Forschende den empirischen Subjekten gegenüber (Bourdieu 1995: 373) und dem Bewusstsein dieser Tatsache, also mit einer Reflexivität, Rechnung tragen zu können, werde ich zunächst die Biographie meines Vaters darlegen. Auch für die Wechselwirkung mit den Interviewpartner*innen in Afghanistans hochpolitisiertem Umfeld ist die politische Biographie meines Vaters relevant.

Er gehörte vor den sowjetkommunistischen Umbrüchen im April 1978 der maoistischen Bewegung *Scho'le Jawid* (Ewige Flamme) an. Als Studierender der juristischen und politikwissenschaftlichen Fakultät bekam er im Jahre 1976 ein Stipendium, um an der Universität Ankara sein Studium fortzusetzen. Nachdem er sein Studium in der Türkei abgeschlossen hatte, studierte er anschließend an der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen (RWTH Aachen) Politikwissenschaft, Soziologie und Internationale Wirtschaftliche und Technische Zusammenarbeit und promovierte in Politikwissenschaft im Jahre 1991 (Dadfar Spanta 1993). Im Exil blieb er weiterhin politisch aktiv, indem er unter anderem dem *Demokratischen Rat Afghanistans* vorsah und aktives Mitglied bei Bündnis90/Die Grünen war.

Für meinen Vater hieß es nach 28 Jahren Diaspora zu entscheiden, ob er in Deutschland seine Hochschul- und Politikerkarriere weiterverfolgt oder in seine alte Heimat zurückkehrt, um einen Neuanfang zu wagen. Er hätte im Januar 2003 als erster Migrant in den Aachener Stadtrat ziehen können, aber er entschied sich 2004 mit einem sechsmonatigen Stipendium für Gastdozenten des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) an der Universität Kabul Jura- und Politikwissenschaft zu unterrichten. Im Januar 2005 wurde ihm vom damals amtierenden Präsidenten Hamid Karzai das Angebot gemacht, als Berater für Internationale Angelegenheiten zu arbeiten. Nach jahrzehntelanger Exil- und Oppositionsarbeit entschied er sich, Teil der Regierung zu werden und in dieser Position blieb er bis Mai 2006. Danach folgte eine Karriere in den höchsten Regierungsämtern, er war von April 2006 bis Januar 2010 Außenminister und wurde dann vom 16. Januar 2010 bis 30. September 2014 Nationaler Sicherheitsberater der Islamischen Republik Afghanistans.

Als amtierender Außenminister geriet seine Position nach zwei verfassungsrechtlich umstrittenen und aufeinander folgenden Misstrauensvoten durch das Parlament am 10. und 12. Mai 2007 ins Wanken. Dem Minister für Flüchtlingsfragen und Rückführung, Akbar Akbar, und ihm als Außenminister der Islamischen Republik Afghanistans wurde vorgeworfen, nicht genug gegen die massenweise Ausweisung der afghanischen Flüchtlinge aus dem Iran unternommen zu haben.²³ Der Minister Akbar wurde bereits beim ersten Wahlgang seines Amtes enthoben.

tiert, insbesondere ihre Sichtweisen des Zusammenhangs von Subjektivität und der erforderlichen Reflexivität.

23 Der Iran hat als Nachbarland Afghanistans seit dem Ausbruch des Krieges im Jahre 1979 bis zu 951.142 registrierte afghanische Flüchtlinge aufgenommen (UNHCR 2015). Im Jahre 2006 wurden insgesamt 150.000 Afghan*innen nach Afghanistan abgeschoben und allein bis Mitte Juni 2007 wurden 100.000 afghanische Flüchtlinge ohne Dokumente an der afghanischen Grenze abgesetzt (Nader et al. 2014: 21). Die iranische Regierung hat versucht, an beiden Ministern ein politisches Exempel zu statuieren. Denn die massenweise Ausweisung von afghanischen Flüchtlingen in Wellen wird immer wieder als politisches

Da der Staatspräsident als Teil der Exekutive über die letzte Entscheidungsinstanz verfügt und den Rücktritt des Außenministers nach dem Misstrauensvotum nicht akzeptierte, ließ der Präsident den Obersten Gerichtshof über die Legitimität des Verfahrens entscheiden. Der Oberste Richterrat entschied, dass das Misstrauensvotum gegen den Außenminister nicht gültig sei (Moschtaghi 2008).²⁴ In seinem Aufsatz wertet der Jurist Moschtaghi das Gutachten, das die Nichtigkeit des zweiten Wahlganges vom 12. Mai 2007 im Unterhaus belegte, aus.

Zusammengefasst sieht Moschtaghi ein erhebliches juristisches Defizit in der Ausführung des Rechtsgutachtens zum zweiten Misstrauensvotum und einer abgeschlossenen „strafrechtlichen Interpellation“. Der Oberste Richter hat das zweite Votum für nichtig befunden, da der Außenminister nach dem ersten Wahldurchgang die Vertrauensfrage bestanden habe (ebd.: 517). Weiter führt Moschtaghi aus, dass der zweite angesetzte Wahldurchlauf mit einer klaren Mehrheit dem Außenminister das Misstrauen ausgesprochen hat.²⁵ Diese Fallanalyse, die er mit einem historischen Rückblick auf die gewaltsame Entmachtung von Daud Khan während der April-Revolution 1978 verknüpft, bringt ihn zu der Schlussfolgerung, dass die Gewaltenteilung in drei Sektoren aus politischen Gründen seit der April-Revolution nicht mehr gegeben war. Die Exekutive habe die Judikative in ihrer Unabhängigkeit nicht gewähren lassen, was auch durch die Ernennung der Richter durch den jeweiligen amtierenden Präsidenten verstärkt wurde (ebd.: 538).

In Moschtaghis juristischer Analyse kommt die politische Dimension der Entscheidungsfindungsprozesse in einem Konflikt-Kontext, wie er in Afghanistan existiert, zu kurz. Außerdem geht der Autor von einem idealen legislativen Verfahrensprozess innerhalb des Unterhauses aus, den es in einem Land wie in Afghanistan, mit unklaren Trennungen zwischen der Exekutive, Legislative und Judikative, noch nicht gibt. Es ist vielleicht eine verwestlichte Interpretation von Moschtaghi und mir, die anhand dieser ministeriellen Vertrauensfrage nun hier analysiert wird, jedoch eine äußerst relevante. Denn erstens wurden diese Institutionen als *institutional engineering* nach mehr als 30 Jahren Krieg in Afghanistan durch die internationale Gemeinschaft gemeinsam mit den afghanischen politischen Eliten implementiert. Zweitens

Druckmittel gegen die afghanische Regierung eingesetzt, um beispielsweise die Wasserzufuhr über die afghanische Grenze in den Iran zu dessen Gunsten zu regulieren. Auf diesen Aspekt gehe ich näher in Kapitel 6.5.2 *Fließende Grenzen und Interessen entlang der Durand-Linie, des Kunar-Flusses und die Rolle Indiens* ein. Auch ist die militärische Präsenz der US-Armee und der anderen Nato-Mitglieder in der gesamten Region und in unmittelbarer Nähe aus geostrategischen Gründen der Islamischen Republik Iran ein Dorn im Auge.

24 Anhand dieser beiden Misstrauensanträge hat Moschtaghi die rechtsstaatlichen Abläufe in Afghanistan von einer juristischen Warte aus in Afghanistan kritisch analysiert.

25 Im ersten Wahldurchgang vom 10. Mai waren 248 der Mitglieder des Unterhauses (Paschtos: *wolesi jirga*) anwesend. Sie hätten mit der umstrittenen 125. Stimme die erforderliche Mehrheit für das Votum erreichen können. Dann wurde jedoch zwei Tage später, am nächsten Sitzungstag, der zweite Wahldurchgang mit 217 anwesenden Repräsentant*innen von den eigentlich insgesamt 248 Mitgliedern des Unterhauses durchgeführt und noch einmal über den Außenminister Spanta abgestimmt. Das Ergebnis belief sich auf 141 Stimmen gegen Spanta.

nehmen die Institutionen für die Erarbeitung der Weltanschauungen und Konfliktdynamiken zwischen den unterschiedlichen Eliten aus Politik, Wirtschaft, Medien, Religion und Kunst eine duale Stellung ein. Denn Institutionen sind aus der Perspektive des akteurzentrierten Institutionalismus sowohl abhängige als auch unabhängige Variablen und gerade aus diesem Grund von den Eliten zu Recht ein wichtiges Aushandlungsfeld um „formgebundene Regeln“, „formlose Beschränkungen“ sowie die „Wirksamkeit der Durchsetzung“ (North 1992). Hinzu kommt, dass die iranische Regierung ein wichtiger regionaler Spieler neben Entwicklungsprojekten und Bildungseinrichtungen (Schulen, Buchmessen, wirtschaftliche Kooperationen etc.) ist und durch Zahlungen an afghanische Minister*innen und Parlamentarier*innen eine internationale Patronage-Klientel-Beziehung führt (Filkins 2010; Nader et al. 2014).²⁶

Moshtaghis juristischer Analyse würde ich entgegenhalten, dass mehrere Faktoren dafürsprechen, dass das afghanische Parlament von der iranischen Regierung instrumentalisiert wurde, um iranische Interessen durchzusetzen (EurasiaNet 2007). Der Außenminister Spanta wurde wegen drei miteinander verzahnten, geopolitischen Themen für die iranische Regierung zu einer umstrittenen Person.²⁷ Erstens hat er als Außenminister der iranischen Regierung keine Konzessionen bei der geforderten Wasserversorgung durch zwei Afghanistan durchquerende Flüsse, Hari-Rud²⁸ und den Helmand-Fluss, gemacht. Die Pläne für den Salma-Damm in Herat, der den Wasserzufluss nach Turkmenistan und in den Iran von 300 Millionen auf 87 Millionen Kubikmeter zu Gunsten der afghanischen Stromversorgung und der Bewässerung der Ländereien reduzieren soll, bedeutet für das westliche Nachbarland, den Iran, ein Versorgungs- und somit auch ein Sicherheitsproblem (Dehgan/Palmer-Moloney/Mirzaee 2014: 312; Bezhan 2013a; Vick 2013). Zudem wurden die im Jahre 1973 vereinbarten Kubikmeter über den Helmand-Fluss von der iranischen Regierung auch als zu gering für den eigentlichen landwirtschaftlichen Bedarf insbesondere im iranischen Baluchistan bewertet (Helmand River Treaty 1973; Abidi 1977). Zweitens entschied die iranische Regierung als Reaktion auf diese existenziellen Wasserprobleme, 30.000 afghanische Flüchtlinge aus ihren Landesgrenzen zu verweisen (Salih 2007). Der dritte Disput entstand, weil der afghanische Außenminister ein Sicherheitsabkommen zwischen Afghanistan und dem Iran abgelehnt hat, das das Ziel hatte, militärische Operationen der USA in Afghanistan zu erschweren. Mein Vater steht den USA mit einer demokratischen Grundordnung aus politischer Sicht näher als der Islamischen Republik Iran, die auf den religiösen Prinzipien einer Herrschaft der Rechtsgelehrten (Farsi: *velayat-e faqih*) basiert. Als Nationaler Sicherheitsberater entwickelte er das Sicherheitsabkommen mit den USA, das dann erst vom neuen Präsidenten Ghani im September 2014 unterschrieben wurde.²⁹

26 In Kapitel 6 zu *Kabul: Die Machtzentrale* wird auch die Rolle der USA und Pakistans genauer betrachtet und analysiert.

27 An dieser Stelle seien die politischen Vorbehalte der pakistanischen Regierung gegenüber den Aussagen des damals amtierenden Außenministers außen vorgelassen.

28 Auf Farsi bedeutet das Wort *rud* Bach oder Fluss.

29 Im Buch von Partlow wird auch die kritische Haltung meines Vaters gegenüber den zwei amerikanischen Beratern im Regierungspalast beschrieben. Die Perspektive Partlows als

In einem Land, das bereits seit fast vier Dekaden im Kriegszustand ist, spielen mehrere Faktoren für die Freund-Feind-Kategorie eine Rolle. Einige Kriegsherren und ehemalige Sowjetkommunisten wollten einen weniger einflussreichen Politiker in der Position des Außenministers. Wichtig ist auch hervorzuheben, dass er als Außenminister in Afghanistan als farsisprachiger Tadschike wahrgenommen wird. Außerdem gilt er in vielen Kreisen als Säkularist; diese politische Einstellung wird jedoch in der afghanischen Gesellschaft mehrheitlich als Blasphemie interpretiert. Afghanische Intellektuelle berufen sich auf ihn als *rushanfikr* (wortwörtlich: heller Geist, Intellektueller), der nicht nur mit Zeitungsbeiträgen und wissenschaftlichen Veröffentlichungen publizistisch aktiv ist, sondern auch weiterhin ein sehr gutes Verhältnis zur linken Opposition hält. Diese Fremdwahrnehmungen meines Vaters beeinflussen natürlich in einer politisch polarisierten, ethnisierten, traditionell sowie stark religiös geprägten „Kriegsgesellschaft“³⁰ den Verlauf der Interviews, die Auswahl der Interviewpartner sowie die Vertrauensgrundlage bei Gesprächen.

Dieser Lebenslauf ähnelt dem vieler afghanischer Intellektueller, die das Land nach der April-Revolution 1978 verließen.³¹ Samimy (1993) hat die Fluchtgründe von 55 afghanischen Intellektuellen und ihren Lebenslauf, auch in der Bundesrepublik Deutschland, untersucht. Als einer der Hauptgründe für die Flucht nennt Samimy die repressive politische Atmosphäre unter der DVPA, nachdem Daud Khan (1973-1978) ermordet worden ist. Meist genügte es, vom neuen Regime als potenzieller Oppositioneller eingestuft zu werden, um inhaftiert zu werden. Bereits im ersten Jahr nach der Revolution wurden insgesamt 12.000 Menschen inhaftiert (ebd.: 80). Die damalige Situation während der Amtszeit Nur Mohammad Tarakis (1978-1979) beschreibt er mit folgenden Worten: „Von großer Bedeutung ist jedoch, dass auf politischer Ebene eine derartige repressive Atmosphäre geschaffen wurde, wodurch alle Andersdenkenden plumpen Beleidigungen, banalen Beschimpfungen, willkürlichen Verhaftungen und sonstigen Repressalien ausgesetzt waren.“ (Ebd.: 34) Seit damals stieg die Zahl der Afghan*innen, die in europäischen Ländern, in den USA, in Kanada und Australien politisches Asyl suchten, stetig und immens. Diese Flüchtlinge galten als privilegierte Elite, die bereits aus einem Milieu stammen, in dem sie entweder ihre tertiäre Ausbildung bereits bis zum Dokortitel und/oder zur Habilitation abgeschlossen hatten oder als Studierende ein Studium antraten.

amerikanischer Journalist wird auch im nächsten Kapitel zu *Kabul: Die Machtzentrale* kritisch betrachtet (Partlow 2016).

- 30 Daxner beschreibt diese Kriegsgesellschaft als *society of intervention* und im Laufe des empirischen Teils wird sich auch zeigen, wieso ich mit Daxner in seinen Beschreibungen übereinstimme. Daxner definiert die Interventionsgesellschaften so: „In societies of intervention, diverse modes of governance try to reconcile the life-world (Lebenswelt) with the system by making the habitual and internalized rules compatible with the superior quality of the imported framework for the rule of law.“ (Daxner 2017: 105)
- 31 Die Dissertation von Voigt hat ausführliche Interviews mit den afghanischen Migrant*innen aus der ersten Generation (Post-1979 Generation) geführt, und sie auch zu ihrem Leben in der deutschen Diaspora befragt. Voigt bezeichnet sie als Bildungsmigrant*innen und im Laufe ihrer Arbeit werden auch die Gründe der Abgrenzung zu den „anderen“ bzw. später eingetroffenen Asylbewerber*innen klarer (Voigt 2001).

Samimy hielt in seiner Untersuchung über Akademiker*innen in der afghanischen Exil-Gemeinschaft innerhalb der BRD fest, dass 60 Prozent der Neuankömmlinge und Asylbewerber*innen Sozialwissenschaftler*innen waren (ebd.: 77). Bis zur ersten Hälfte des Jahres 1981 erkannte die Bundesregierung viele Asylbewerber*innen aus Afghanistan nach ihrem ersten Antrag an. Während der sowjetkommunistischen Umbrüche waren es überwiegend gutausgebildete Akademiker*innen, die entweder in die USA oder in die BRD ausreisten. Die Erfahrungen in der Phase kurz vor und kurz nach der sowjetischen Invasion lösten die erste Flüchtlingswelle aus. Die Geschichte meiner Familie ist bis zu einem gewissen Grad symptomatisch für Elitenangehörige, die in dieser Zeit das Land verließen. Die Geflüchteten betrachteten sich nicht als Flüchtlinge, sie sahen ihren Aufenthalt als ein Provisorium und auch als Chance für gut ausgebildete und privilegierte andersdenkende Eliten. In Afghanistan sorgte diese Fluchtbewegung für einen beträchtlichen Braindrain (Goodson 1998: 17).

Die großen Flüchtlingswellen begannen mit dem Einmarsch der Roten Armee im Dezember 1979. Der UNHCR hat in seinem Bericht von 2014 festgehalten, dass die weltweit größte Zahl an Flüchtlingen von 1981 bis 2013 aus Afghanistan stammen, bis sie im Jahr 2014 wegen des Bürgerkrieges in Syrien von syrischen Flüchtlingen aus der „Spitzenposition“ auf den dritten Platz verdrängt wurden (UNHCR 2015: 16). Insgesamt leben offiziell 2,6 Millionen afghanische Flüchtlinge in insgesamt 92 Ländern (Stand Ende 2014), zu ihnen zählen jedoch nicht die bereits anerkannten und bereits eingebürgerten Geflüchteten aus mehr als drei Jahrzehnten Krieg, auch nicht die IDPs oder Asylbewerber*innen mit einem laufenden Antrag auf ein Bleiberecht im neuen Ankunftsland (UNHCR 2015: 13f). Die beiden Nachbarländer Pakistan und Iran haben über Jahrzehnte viele Flüchtlinge aufgenommen, die politischen und kulturellen Einflüsse auf die afghanischen Migrant*innen werden in den Kapiteln 6.2 *Habituelle Kleidung als Zündstoff und die feinen Unterschiede* und in 6.4 *Sprache als Teil kultureller und ethnischer Identitäten* genauer diskutiert.³²

Die aktuellen Zahlen der afghanischen Flüchtlinge in Pakistan belaufen sich auf 1,5 Millionen und im Iran auf 950.000 Flüchtlinge, jedoch wird die Zahl der nicht registrierten Flüchtlinge in beiden Ländern auf zusätzliche 2 Millionen geschätzt (ebd.: 14). Das euphemistisch „freiwilliges Rückführungsprogramm“ genannte Programm der UNHCR hat im Jahre 2002 dazu geführt, dass 5,8 Millionen afghanische Flüchtlinge in ihr Ursprungsland zurückgekehrt sind. Die zwei späteren bilateralen Abkommen zwischen dem Iran, Afghanistan unter der Vermittlung des UNHCR sowie Afghanistan, Pakistan und dem UNHCR sollten offiziell die Ausweisung der Flüchtlinge aus den beiden Nachbarländern besser und für die junge Generation von Flücht-

32 Natürlich ist die Aufnahme der vielen Flüchtlinge durch den Iran und Pakistan in den Jahren von 1980 bis 1982 auch politisch motiviert gewesen und vor dem Hintergrund des Kalten Krieges zwischen den zwei Großmächten USA und der Sowjetunion zu betrachten. Sieben der *tanzims* wurden von der pakistanischen Regierung anerkannt und sie erhielten aus den USA, aus Saudi-Arabien und China finanzielle Hilfen. Die einzelnen Beträge und Wellen von finanzieller und logistischer Unterstützung durch die USA und Saudi-Arabien hat Rubin im dritten Teil seines Buches *The Islamic Resistance: Mujahidin, Society, and the International System* beschrieben (Rubin 2002: 179-183).

lingen mit einer nachhaltigen Zukunftsperspektive koordinieren (ebd.: 13; UNHCR 2012).

Da mein Vater durch seine vorherigen Positionen als Berater, Außenminister und Nationaler Sicherheitsberater bis September 2014 zum politischen Establishment gehörte, war es zumindest bei politisch gleichgesinnten Eliten ein Leichtes, sie um ein Interview zu bitten und es fiel mir auch leicht, ihre Aussagen zu verstehen, da sich unsere Wertvorstellungen ähneln. Bei den konservativen und fundamentalistischen Eliten haben meine verwandtschaftlichen Verbindungen und beruflichen Kontakte es mir ermöglicht, das erste Vertrauen zu bilden, um nach mehreren Wochen einen Interviewtermin zu erhalten. Durch die oben beschriebenen Sichtweisen auf die Rolle meines Vaters, sein und mein Selbstverständnis während meiner Forschungsaufenthalte in einem Kriegsgebiet habe ich mich in einer doppelten Rolle befunden.

5.4 LA DOUBLE CASQUETTE

Meine doppelte Rolle würde ich mit dem französischen Wort als *la double casquette* (die doppelte Kappe) beschreiben. Diese eröffnete mir sowohl während meines zehntägigen Forschungsaufenthalts im April 2013 als auch im November 2014 für einen Monat die Möglichkeit, mit den unterschiedlichsten und einflussreichsten Eliten Interviews zu führen und sie zumindest ausschnittsweise in ihrem Arbeits- und Lebensumfeld beobachten zu dürfen.³³ Die oben dargestellte Biographie meines Vaters als Politiker und sein gutes Verhältnis zu Präsident Karzai, haben dazu beigetragen, dass mir Tür und Tor zu den geplanten Gesprächspartner*innen entweder geöffnet oder direkt verschlossen wurden. Mein Vater ist auch nach seinem Präsidenschaftsamt ein enger Vertrauter Karzais geblieben. In der neunjährigen Zusammenarbeit entwickelte sich zwischen ihnen ein Vertrauensverhältnis, obwohl es in innen- und außenpolitischen Fragen oft unüberbrückbare Differenzen gab. Die offenen Differenzen, in außenpolitischen und innenpolitischen Fragen, wie z.B. das bilaterale Sicherheitsabkommen zwischen den USA und Afghanistan, die Verfolgung von Menschenrechtsverletzungen durch regierende Warlord³⁴, Verhandlungen mit den Taliban und die praktizierte Todesstrafe, das präsidentielle System etc., haben mehrmals dazu geführt, dass Spanta sein Rücktrittsgesuch einreichte. Der Rücktritts Antrag wurde von Karzai jedoch nie akzeptiert. In politischen Verhandlungen, insbesondere mit den Nachbarländern, schätzt Karzai ihn als wichtigen Analysten und Berater, der seine Position im Interesse der afghanischen Regierung einsetzte. Ein afghanischer Journalist, Mashal, hat nach einem Interview zu den einflussreichsten Beratern Karzais zusammengefasst: „On big-picture politics, Karzai has turned to Rangin Dadfar Spanta, his national security adviser, and Mohammed Umer Daudzai, his longtime chief of

33 Im Laufe dieses Kapitels werden für die beiden anderen Städte Mazar-e Sharif und Herat zwei weitere wichtige regionale *gatekeeper* vorgestellt.

34 Veit hat in einem Satz eine kritische Definition für den Begriff des Warlords erarbeitet: „Vielmehr sind Macht und Gewalt des warlords in der Regel zukunftsverzehrend, da sie Staat, Zivilgesellschaft und ökonomische Ressourcen unterminieren, zerstören und verbrauchen. Warlords gelten deshalb als illegitime Kriegsakteure.“ (Veit 2011: 487)

staff and current interior minister.“ (Mashal 2014) Auch Mashals Hintergrundgespräch mit Spanta bestätigt das persönliche Dilemma eines Politikers, der sich in persönlichen Loyalitätserwartungen und seinen eigenen Werten gefangen sieht.

Da mein Vater ein streitbarer Säkularist und Gegner der Verhandlungen mit den Taliban ist, bestand natürlich die Gefahr einer politisch einseitigen Auswahl an Interviewpartner*innen, jedoch konnte ich durch mein weites Kontaktnetzwerk, soweit es die Sicherheitsbedingungen zuließen, diese Verengung umgehen. Die Gespräche mit Taliban-Repräsentanten und religiös-konservativen Eliten haben sich erst nach mehreren Wochen über vertrauenswürdigeren Vermittler geöffnet.

Ein weiterer, wichtiger Aspekt ist, dass die Assoziationen mit meiner Person, die sich über die öffentliche Rolle meines Vaters ergaben, Einfluss auf die Auswahl der Interviewpartner*innen und auf die Antworten zum halb-standardisierten und später nicht-standardisierten Fragebogen hatten. Manche*r Interviewpartner*in setzte voraus, dass ich über politische Geheimnisse informiert sei oder empfahl mir, meinen Vater direkt auf die genauen Abläufe und Verhandlungen anzusprechen. Mein Vater hat mich zu meiner eigenen Sicherheit nie in politische Geheimnisse oder aktuelle Informationen zu staatlichen Untersuchungen eingeweiht. Etwas herausfordernder war es, wenn während der Interviews mein Vater als enger Karzai-Berater von Elitenvertreter*innen aus der Opposition offen für gescheiterte Friedensverhandlungen verantwortlich gemacht wurde oder zumindest als Skeptiker gegenüber den Friedensverhandlungen erwähnt wurde. Der ehemalige Angehörige der Taliban (Arabisch: *talib*) Juwand sagte im Interview, dass die Taliban bereit gewesen waren, weitere Friedensverhandlungen nach dem Treffen in Paris im Jahre 2012 zu führen. Jedoch hätten die Berater und mein Vater dem Staatspräsidenten davon abgeraten, die Friedensverhandlungen mit den Taliban fortzuführen (Semple et al. 2012).³⁵ Auch ein ehemaliger Minister und tadschikischer Oppositionsführer, Parwis, hat mir im Interview gesagt, dass ich meinen Vater nach den geheimen Dokumenten über den abgeschlossenen Fall nach dem Bankrott der *Kabul Bank* befragen soll. Manche dieser Aufforderungen sind kulturell bedingte rhetorische Mittel, um bescheiden darauf hinzuweisen, dass sie im Vergleich zu meinem Vater auch über die genauen politischen Abläufe Bescheid wissen. Gleichzeitig sind sie jedoch auch ein Versuch, politisch hochgradig brisante Themen zu enttabuisieren, die bei Eliten aus ihrer Perspektive für eine repräsentative und moralische Wahrheit im Kontext der bereits erwähnten Deutungshoheit zu bewerten ist. Denn Eliten, die über die Trias der Deutungs-, Gestaltungs- und Wirkungshoheit verfügen, können Prozesse maßgeblich beeinflussen oder gänzlich, wie die geplanten Friedensverhandlungen mit den Taliban, verhindern.

Diese oben dargelegten Erwartungshaltungen der interviewten Eliten zeigen, dass ich als Forscherin, Tochter des ehemaligen Außenministers und des ehemaligen Nationalen Sicherheitsberaters, eine doppelte Rolle einnehme. Einerseits war ich die Politikwissenschaftlerin mit afghanischen Wurzeln, die eine der Landesprachen flie-

35 Vgl. Interview Nr. 19, mit Juwand in seinem Büro am 11. November 2014 in Kabul: 208. Dieser Abschnitt wird in Kapitel 6.5.3 *Narrative und Dynamiken der Freund-Feind-Rhetorik* genauer analysiert.

hend spricht und versteht und andererseits nahm ich die repräsentative Rolle der Tochter eines politisch und intellektuell einflussreichen Mannes ein.³⁶

Diese Aspekte werde ich in der Auswertung epistemisch-reflexiv analysieren (Wacquant 2004). Die von Bourdieu praktizierte Ethnographie während des algerischen Bürgerkrieges von 1958 bis 1962 bietet sich für die Analyse der geführten Interviews und der Beobachtungen an. Wobei die Forschung insbesondere Personen wie mich kritisiert, die eine „multikulturelle Identität und Nicht-Identität zugleich“ (Nassehi 2010: 382) innehaben und im postkolonialen Forschungskontext betonen, reflexiv zu sein und die essentialistisch kulturrelativistischen Forschungen über „das Andere“ kritisieren. Nassehi schreibt über diese Forscher*innen, dass bei ihnen in Vergessenheit gerät, dass sie selbst Ergebnisse dieser „westlichen“ Welt sind. Nassehi schlägt deshalb vor, die kulturelle Funktion der Fremd- und Selbstidentifikation bei empirischen Arbeiten analytisch zu berücksichtigen.

Bei Bourdieu wird diese Herangehensweise auch als *socio-analysis* bezeichnet (Bourdieu 2003: 291). Konkret bedeutet dies, bei der Arbeit als Forscher*in die persönlichen Erfahrungen und eigenen sozialen Besitztümer, während des Forschungsprozesses für die Auswertung der empirischen Daten miteinander zu versöhnen (ebd.: 292). Denn weiter führt Nassehi aus: „Nicht *was* gesprochen wird, ist dann die Frage, sondern *wer* für *welche* Kultur spricht, ist die entscheidende sachliche Information.“ (Nassehi 2010: 388, Herv. i. O.) Dem kann ich nur gerecht werden, wenn ich meine Person im Forschungsprozess selbstkritisch expliziere. Gleichzeitig verfolge ich, wie Honer vorschlägt, auch eine Reflexion der Erfahrungen während des Forschungsprozesses:

„Üblicherweise neigen auch sogenannte ‚qualitative‘ Forscher dazu, Darstellungen von Erfahrungen nicht zunächst einmal als *Darstellungen* von Erfahrungen, sondern sogleich und vor allem als Darstellungen von *Erfahrungen* zu deuten – und sie selber dann wieder wie Erfahrungen (statt wie Darstellungen darzustellen). Solche Kurzschlüsse aber tragen nicht unwesentlich dazu bei, jene Pseudo-Objektivität zu perpetuieren, mit der Sozialwissenschaftler so gerne, vermeintlich ‚positionslos‘ alles gesellschaftliche Geschehen beobachtend, menschliche Wirklichkeit beschreiben oder ‚erklären‘ zu können glauben.“ (Honer 2011: 31, Herv. i. O.)

Aus diesem Grund ist es an dieser Stelle von Bedeutung, kurz meine Sozialisation zu beschreiben, um meine Arbeit mit Eliteninterviews in einen Kontext zu stellen. Als Kind von politischen Flüchtlingen bin ich in der deutschen Stadt Aachen zur Welt gekommen. In Aachen verlief meine schulische Laufbahn nach dem klassischen Modell, wobei ich, begonnen beim Kindergarten über die Grundschule bis zum Gymnasium immer protestantische Einrichtungen besucht habe. Zu Hause wurde jedoch auf ein säkulares Umfeld in Kombination mit islamisch-afghanischer Kultur Wert gelegt. Diese Erziehung bewegte sich einerseits in einem bürgerlichen Rahmen mit wöchent-

36 Den Namen einer Frau in der Öffentlichkeit auszusprechen würde meist als unhöflich gelten. Sie wird entweder beim Namen des ältesten Kindes als Mutter des Erstgeborenen gerufen oder als die Tochter von ihrem Vater bezeichnet. Für Männer außerhalb der Verwandtschaft gilt es ebenso als unhöflich, sich nach dem Befinden der weiblichen Familienmitglieder zu erkunden.

lichem Geigen-, Ballett-, Farsi- und Reitunterricht und andererseits wurde sie geprägt durch regelmäßige Besuche der afghanischen Verwandtschaft im iranischen Exil, durch Treffen mit politisch aktiven afghanischen Freund*innen sowie dem starken Bewusstsein, eines Tages in die Ursprungsheimat zurückzukehren.

In unserem Umfeld stand es auf der Tagesordnung, über Politik zu diskutieren und politisch zu handeln. Meine Eltern blieben dem Gedanken, eines Tages nach Afghanistan zurückzukehren, treu, aber legten Wert auf meine Integration, die sich auch darin äußerte, neben der afghanischen auch die deutsche Staatsbürgerschaft zu beantragen. Nach der Machtübernahme durch die Taliban im Jahre 1996 rückten sie von der Hoffnung ab, in naher Zukunft nach Afghanistan zurückzukehren. Dennoch war ihnen unabhängig vom Gedanken der Rückkehr wichtig, meinem sieben Jahre älteren, in Herat sowie Ankara sozialisierten Bruder und mir die afghanische Kultur sowie Farsi in Deutschland zu vermitteln.

Unsere Konfession oder Ethnie war mir bis zu dem Zeitpunkt, als ich mit anderen afghanischstämmigen Studierenden wegen politischen Aufklärungskampagnen zum Islam und Spendenaufrufen für Afghanistan in der Phase nach dem 11. September 2001 in Kontakt getreten bin, nie bewusst und beides war für mich nicht relevant. Die ethnische Herkunft wurde in meiner Familie nicht thematisiert, da bereits meine Großeltern väterlicher- und mütterlicherseits eheliche Verbindungen über ethnische und regionale Grenzen hinweg – wenn auch nicht über Konfessionsgrenzen – eingingen, um über die eignen Ethnien hinaus stärkere und friedliche Bindungen einzugehen. Während meiner Kindheit besuchte ich dreimal unsere afghanische Verwandtschaft mütterlicherseits im iranischen Exil in Maschhad und Teheran. Seit dem Rückzug der Taliban in die pakistanisch-afghanische Grenzregion im Oktober 2001 fliege ich fast jährlich für mehrere Wochen oder Monate nach Kabul und Herat. Diese deutsch-afghanische Sozialisation spielte während der Interviews und meiner praktizierten (non-)participant, objectivation³⁷ eine besondere Rolle, die reflexiv mit meinem Wertesystem und insbesondere der Zuordnung der Ergebnisse des *microcosm of anthropologists* expliziert werden soll (Bourdieu 2003: 382f).

Neben dem Kontakt zwischen meinen Eltern und politischen Freunden aus Europa, bestand weiterhin Austausch mit Freund*innen aus der Zeit der türkischen Diaspora sowie zu afghanischen Intellektuellen, die auch um die Zeit der sowjetkommunistischen Umbrüche das Land verlassen mussten. Diesem Milieu von gut ausgebildeten Afghan*innen anzugehören, bedeutete, mit Privilegien in Afghanistan andere Privilegierte erforschen zu können. Die Eliten, denen ich über meine Familie zugeordnet wurde, sind in der vorliegenden Arbeit als *Pre-1978-Generation*³⁸ zu bezeichnen.

37 Im afghanischen Kontext handelt es sich um eine nicht-teilnehmende Beobachtung, da die Sicherheitslage während meiner Feldforschungsaufenthalte zu schlecht war, um lange im Feld zu bleiben oder mit den Informanten*innen mehr Zeit zu verbringen.

38 Denn die sowjetkommunistische Revolution vom 27. April 1978 war der Beginn eines Systemwechsels und der politischen Unruhen. Daud Khan, der zuvor gegen seinen Cousin, den Monarchen Zahir Schah, während dessen Abwesenheit geputscht und sich zum Präsidenten ernannt hat, wurde während der April-Revolution umgebracht, es folgte Nur Mohammad Taraki als neuer Präsident. Dieser wurde jedoch wiederum am 15. September 1979 durch

5.5 ANFRAGEN UND RÄUMLICHKEITEN FÜR DIE INTERVIEWS

Im Monat November 2014 verging kaum ein Tag, an dem es keine Anschläge gab. Da ich als Tochter eines ranghohen Politikers ein bevorzugtes Anschlags- und Entführungsziel bin, musste ich so viele Interviews wie möglich im vom Staat gemieteten Haus meines Vaters führen. Im April 2013 war die Sicherheitslage berechenbarer, so dass ich die Interviews mit den Eliten in ihren Büros oder Gästehäusern führen konnte. Es war mir sehr daran gelegen, sie in ihrer gewohnten Umgebung und ihrem Arbeitsbereich zu beobachten und dort ein Gespräch zu führen. Beim zweiten Forschungsaufenthalt im November 2014 habe ich bei hierarchisch höher gestellten Eliten oder Oppositionellen erst nach mehreren Wochen einen Interviewtermin erhalten, wobei mir ein Interviewpartner den Treffpunkt bis zum eigentlichen Interviewtermin aus Sicherheitsgründen nicht mitteilen konnte. Das Interview mit einem *talib* konnte schließlich in der Türkei stattfinden.

Andere politische Eliten wiederum haben gehört, dass ich Interviews mit ihren Kollegen geführt habe, aber sie nicht um einen Interviewtermin gebeten hatte. Sie haben dann über meinen Vater ausrichten lassen, dass sie sich für einen Interviewtermin in jedem Falle Zeit nehmen würden. Ich wiederum habe ihnen ausrichten lassen, dass sie nicht annehmen sollten, dass sie mir weniger relevant oder einflussreich erschienen, sondern ich darauf achten müsse, das gesamte Spektrum an Eliten abzudecken. Wenn ich während meiner Feldforschung sah, dass Eliten mit ähnlichen Aussagen und Wertvorstellungen und Biographien überwogen, habe ich gezielt versucht, meine Anfragen auf andere Eliten zu erweitern.

Natürlich beeinflusst die private Räumlichkeit die Interviewatmosphäre und auch den Charakter des Interviewablaufs (Przyborski/Wohlrab-Sahar 2010: 76-79). In Afghanistan ist die Gastfreundschaft ein hohes kulturelles Gut, so dass zu bestimmten Tageszeiten den Gästen Essen, immer aber etwas zum Trinken angeboten wird. Die Tradition der Gastfreundschaft hat immer dazu beigetragen, das Vertrauensverhältnis zu den Informant*innen, insbesondere bei denen, die ich zum ersten Mal getroffen habe, schneller aufzubauen. Für viele eingeladene Interviewpartner*innen war auch die Aussicht, mit meinem Vater eine kurze Unterhaltung zu den neuesten politischen Entwicklungen zu führen, der wichtigere Nebeneffekt des Interviews. Denn die neue Einheitsregierung mit Ghani als Präsidenten und Abdullah als weiterhin verfassungsrechtlich ungeklärten CEO hatte sich zwar am 21. September 2014 auf einen Vertrag einigen können. Jedoch war noch nicht klar, welches politische Lager, *de facto* wie viele Ministerposten erhält.

Für die Interviews im Haus meines Vaters wurden nur Interviewpartner*innen angefragt, die als politisch vertrauenswürdig eingestuft wurden und wegen ihrer hierarchischen Position und ihres jungen Alters im Verhältnis zu meinem Vater überhaupt zu uns gebeten werden konnten. Einflussreiche *mujaheddin*-Kämpfer konnten

den Premierminister Hafizullah Amin ersetzt. Er nannte sich Präsident Afghanistans und des Revolutionsrates, Vorsitzender der DVPA und Premierminister. Auch er wurde nach kurzer Amtszeit am 27. Dezember 1979 durch einen blutigen Putsch beseitigt, neuer Präsident wurde Babrak Karmal.

von meinem Vater aus Höflichkeit nicht zu uns eingeladen werden. Hierfür gibt es mehrere Gründe: Jüngere Personen müssen den älteren Menschen Respekt zollen, indem sie die Älteren und auch Ehrwürdigen besuchen; einige möchten lieber Gastgeber*in sein; nicht jeder ehemalige *mujaheddin*-Kämpfer ist meinem Vater eindeutig und durchgehend wohlgesonnen; durch gemeinsames Essen werden stärkere Bande zwischen Menschen hergestellt.

Nach einem afghanischen Sprichwort sollte der Gast, nachdem er die Mahlzeit und Salz (Farsi: *naan wa namak*) der*s Gastgeberin*s genossen hat, diesem*r später nicht in den Rücken fallen. Dies wäre ein unehrbares Verhalten und auch wenn diese Regel in der europäischen Kultur in einem Spektrum von Bestechung eingeordnet werden könnte, ist dies im afghanischen Kontext eine nicht zu unterschätzende Sitte. Beispielsweise hat ein gemäßigter *talib* mich nach dem Interview zum Mittagessen eingeladen, bei dem weitere Interviewthemen, wie die Reformbereitschaft der Taliban und familiäre Situation des Obersten Taliban-Führers Mullah Omar und Pakistans Rolle in angenehmerer Atmosphäre besprochen werden konnten. Für mich bedeutet es jedoch nicht, dass ich mich nicht kritisch über den *talib* äußern darf, da bereits beide Taliban wussten, dass ich über die unterschiedlichen Eliten Afghanistans und ihre Friedensbemühungen schreiben werde. Außerdem wurde ich als potenzielle Kritikerin und Vertreterin einer anderen Wissenskultur wahrgenommen, deshalb sahen sie auch eine Chance, ihre reformorientierte Sichtweise und kompromissbereite Haltung zur politischen Situation darzulegen.

Somit war bereits vor dem eigentlichen Interviewbeginn besonders im November 2014 wegen der desolaten Sicherheitslage die Sympathie und die Hierarchiestufe der*s Interviewpartner*s zu einem gewissen Grad zu meinem Vater ersichtlich. Durch die Einladung oder Anfrage für ein Interview ergab sich auch eine eigenartige Situation für mich als Interviewerin, da ich noch mehr in die Situation der Tochter des ehemaligen Nationalen Sicherheitsberaters rutschte. Unbeabsichtigt signalisierte ich durch den Interviewempfang im Haus meines Vaters sowohl, dass ich den alltäglichen Terrorgefahren weitaus mehr ausgesetzt war als meine Interviewpartner*innen als auch, dass ich in Kauf nehme, dass sie sich auf dem Weg zum Interview der Gefahr aussetzen. Dieses Gefälle versuchte ich meist durch viel Höflichkeit und Dankbarkeit zu überbrücken. Tatsächlich waren viele der Interviewpartner*innen wegen des täglichen Berufsverkehrs und der (wortwörtlich) alltäglichen Anschlagsfolgen in Kabul öfters zu spät oder mussten die Interviewtermine wegen der Gefahr, in die Schusslinien zu geraten, einfach verschieben.

Trotz der schlechten Sicherheitslage habe ich mich in Kabul gelegentlich aus dem Haus gewagt, um Interviews zu führen. Die Interviews in den Büros, Privathäusern und Ministerien waren für mich als Forscherin sehr viel wertvoller, komplementärer und bereichernder für die gesamte Auswertung der Interviews. So konnte ich sehen, wie und mit wem die Eliten in welchem Stadtviertel gemeinsam in einem Büro arbeiten. Besonders sicher habe ich mich in Mazar-e Sharif gefühlt, so dass ich sogar mit meiner Begleiterin draußen am Rande eines Antiquitätengeschäfts sitzen konnte, in einem Restaurant die usbekischen Spezialitäten neben frisch vermählten Paaren und Großfamilien genoss sowie Sehenswürdigkeiten, wie die blaue Moschee, bewundern konnte. Meine Begleiterin war eine Parlamentsabgeordnete aus der Region, die alle Gespräche zu den obersten Rängen der Eliten kurzfristig vermittelte und koordinierte und mich in ihrer Familie beherbergte. Unsere Strategie war es, unauffällig und wie

durchschnittliche Afghan*innen in einem wegen seiner Robustheit sehr beliebten, weißen *Toyota-Corolla* durch die Stadt von Termin zu Termin zu fahren.

In Herat war vieles wiederum restriktiver, so dass sich meine Ausflüge auf die Interviews in den Büros oder Privaträumen der Eliten konzentrieren mussten. Längere Ausflüge waren wegen des höheren Bekanntheitsgrades meines Vaters in seiner Heimatstadt nach einem Tag nicht mehr möglich.

Für den Interviewverlauf und die späteren Auswertungen waren die Besuche und Treffen außerhalb meiner familiären Strukturen und Räume fruchtbarer und hierarchisch ausgewogener. Durch die Zusagen der Interviewten auf der Grundlage eines obligatorischen Pflichtgefühls nach einer Interviewanfrage durch meinen Vater, wurde ich in eine Art Bringschuld gebracht, die ich durch meinen persönlichen Besuch in ihren Büros oder Privathäusern mildern konnte, indem ich ihrer Position und ihrem Einfluss auf diese Weise Tribut zollte.

Es steht fest, dass die Art und Weise, wie ein*e Informant*in angefragt wird und der tatsächliche Interviewort eine wichtige Rolle für die Antworten spielten. In den folgenden empirischen Episoden mit den unterschiedlichsten Elitenvertreter*innen, werde ich diesen Aspekt als Rahmenbedingung mit beschreiben.

Die gesammelten empirischen Daten von insgesamt 36 geführten Interviews in drei unterschiedlichen Städten, wovon eins in der Türkei geführt werden musste,³⁹ stellen eine enorme Datensammlung dar. Die hier dargelegten und ausgewählten Aussagen der Elitenvertreter*innen stellen nur eine Auswahl aus den geführten Interviews dar. Aus den insgesamt 20 geführten Interviews in Kabul habe ich aus 15 Interviews die Zitate entnommen. Wie bereits im Methodenkapitel erläutert, wurden die Aussagen der interviewten Eliten systematisch extrahiert, sie werden nun verzahnt mit dem theoretischen Rahmen in zwei Schritten dargelegt: Zunächst werden die Eliteninterviews anhand soziokultureller und anthropologischer und danach in politischen Kategorien beschrieben. Denn nach Bourdieu lassen sich durch den Habitus einer Person in der Trias des sozialen Raumes, des Feldes der Macht und der vier Arten der Ökonomie der Praxis (ökonomisches, kulturelles, soziales und symbolisches Kapital) die Wahrnehmungs-, Denk- und Handlungsschemata herauskristallisieren, die wiederum ausschlaggebend für die Analyse der Konfliktodynamiken und -mechanismen sowie der sich perpetuierenden Gewaltmärkte sind (Bourdieu 1985a: 49f; Bourdieu 1983: 184ff; Bourdieu 1979).

39 Das Interview mit dem reformorientierten *talib* Rasul, habe ich in der Türkei führen müssen, da er in Pakistan nicht mehr sicher ist. Aufgrund der sicherheitspolitischen Probleme zwischen Afghanistan und Pakistan kann ich auf den persönlichen Fall meines Interviewpartners nicht genauer eingehen, was aus der nachfolgenden Analyse besser zu verstehen sein wird.

6 Kabul: Die Machtzentrale

6.1 DER ORT DES INTERVIEWS UND SEINE IMPLIKATIONEN

Bereits am ersten Abend der Feldforschung im November 2014 habe ich ein Gruppeninterview mit zwei Künstlerinnen und einem Schriftsteller durchgeführt, um meine Forschungszeit in Kabul optimal zu nutzen. Die erste angefragte Interviewpartnerin, Dunia, sagte zu und formulierte telefonisch die rhetorische Frage, wie sie denn hätte diese Anfrage ablehnen können. Natürlich war sie bereit, in ein wissenschaftliches Projekt eingebunden zu werden. Ihre Zusage ist auch der Tatsache geschuldet, dass mein Vater neben seiner Rolle als ehemaliger hochrangiger Politiker als Unterstützer der afghanischen Zivilgesellschaft, der Pressefreiheit sowie der Kunst und Literatur bekannt ist, und sie wusste, wer ich bin. Mein Vater hat Journalist*innen gefördert und verfolgten Schriftsteller*innen geholfen, aus dem Gefängnis entlassen und rehabilitiert zu werden; manch einer wurde zuvor als Blasphemiker zum Tode verurteilt (Human Rights Watch 2008). Diese Hilfeleistungen erfolgten meist hinter den Kulissen, weil sie nicht zu seinem primären Aufgabenbereich gehörten und weil er nicht zur Zielscheibe konservativer Eliten werden wollte.

Wie bei allen Interviews, die zu Hause stattfanden, begrüßt mein Vater unsere drei Gäste, Dunia, Narges und Yassin, und heißt sie in der Empfangshalle seines Hauses willkommen. Eine weitere bisher nicht angesprochene Rolle meines Vaters tritt aus der direkten Ansprache zu Tage. Diese Künstlerinnen und der Schriftsteller, auch andere ehemalige Studierende und Intellektuelle des Landes, sprechen meinen Vater weiterhin als Dozenten (Farsi: *ustad*) und nicht mit seinem protokollarisch korrekten Namen „Minister“ (Farsi: *wasir*) an. Mein Vater lässt sie gewähren, manche ehemalige Studierende und politischen Freund*innen signalisieren ihm auf diese Art, dass sie seine Mitarbeit in der Regierung über all die Jahre missbilligen. Seine ehemaligen Studierenden kennen ihn als einen der ersten zurückgekehrten afghanischen Akademiker, nachdem das Taliban-Regime im November 2002 entmachtet worden ist. An der Fakultät für Jura und Politikwissenschaften führte er eine unkonventionelle Art des Lehrens und kritischen Denkens ein, die er sowohl in der Theorie aber besonders sichtbar in der Praxis im alltäglichen Umgang als nahbarer Dozent konkret vermittelte. Als Lehrkraft kritisierte er das politische Establishment und seine korrupten Strukturen, wurde dann aber auf Anfrage Teil eben jenes Systems. Aus diesem Grund sind einige Studierende enttäuscht und sprechen ihn weiterhin mit dem Titel Dozent (Farsi: *ustad*) an.

Im unteren Bereich des Hauses werden Gäste empfangen, die nicht der Familie angehören. Die zweite Etage ist dem engeren Familienkreis und langjährigen Freund*innen vorbehalten. Für den mitteleuropäischen Standard dürfte dieses Wohnzimmer sehr pompös, mondän und groß wirken. In Kreisen des politischen Establishments in Kabul hingegen, wo die Gastfreundschaft über die politische Unterstützung entscheidet und Empfangshallen für mindestens 100 Gäste konstruiert werden, ist dieses Wohnzimmer vergleichsweise karg und klein. Öffentliche Empfänge von Elitenvertreter*innen, die in Sälen oder Hotels organisiert werden, sind eher eine Seltenheit, dies ist sowohl kulturell bedingt als auch aus Sicherheitsgründen für einige Gastgeber*innen ein zu hohes Risiko.

Aufgrund der Sicherheitslage war ich insbesondere im November 2014 daran gebunden, die sieben Interviews im gemieteten Haus meines Vaters zu halten, was ich aus wissenschaftlichen Gründen mit Widerwillen befolgte. Denn nun befand ich mich sowohl in der Gastgeberinnenrolle, in der Rolle der Tochter als auch in der der Forscherin, die ich lernen musste, während des Interviews auszubalancieren. Zudem konnte ich mir in diesen Fällen keinen tieferen Einblick in die Arbeits- und Lebensumgebung der jeweiligen Interviewpartner*innen verschaffen. Drei Interviewpartner*innen kannten die Eingangshalle des Hauses, waren also mit der Interviewumgebung vertraut. Die Eingangshalle meines Vaters besteht aus zwei Sofagarnituren, die einander gegenüberstehen. Die kleinere Sofagarnitur aus rotbraunem Leder auf der rechten Seite stammt aus einer Tischlerei, die in den ersten ruhigeren Jahren um 2005 handgefertigt und von den afghanischen Gästen meist als zu hart und insbesondere zu klein empfunden wurde. Nun dient sie meinen Cousins und anderen Begleiter*innen der Gäste, die nicht auf der größeren Sofagarnitur Platz nehmen sollen.

Die größere Sofagarnitur besteht aus einem ausladenden Drei-, Zwei- und einem Einsitzer, auf dem letzteren nimmt mein Vater Platz und empfängt seine Gäste am Wochenende in der traditionellen Kleidung des *pērāhan wa tunbān* (längliches Hemd und weite Hose)¹ mit dem landesüblichen Kaftan (Farsi Umschrift: *čāpān*). Durch den Platz auf dem Einsitzer nimmt mein Vater die höchste Sitzposition im Wohnzimmer ein und signalisiert die Position des Hausherrn und gleichzeitig des Gastgebers. Lediglich meine Mutter durfte auch in diesem Sessel sitzen und mein Vater gewährte ihr den Sitz auch beim Empfang von Gästen. Dies führt zu Irritationen, aufgrund des Verständnisses, dass der Mann die Führungsrolle innerhalb der Familie einnimmt. Diese Garnitur ist mit gelbem Stoff überzogen und um einiges weicher als die gegenüberliegende Garnitur. Von seinem Einsitzer aus kann mein Vater jederzeit seine Bediensteten mit einer elektronischen Klingel herbeirufen; eine Praxis, die bei allen politischen Eliten aus den oberen Regierungsämtern ähnlich gehandhabt wird.

6.1.1 Die treuen Bediensteten in einer volatilen Umgebung

Einige afghanische Eliten lassen ihre Bediensteten in ihren regionalüblichen Trachten ihrer*s Patronin*s in erreichbarer Nähe stehen, so dass sie schnell die Gäste und die Hausdame oder den Hausherrn bedienen können. Die regionalen Trachten sind an

1 Oft wird diese Kleidung, die in Indien und Pakistan auch verbreitet ist, als *shalwar kameez* bezeichnet.

die Moderne adaptiert, und verbinden die Tradition mit der Renaissance der jeweiligen ethnischen Zugehörigkeiten. Denn in Afghanistan hat jede Region mit ihren unterschiedlichen Stämmen sowie ethnischen Zugehörigkeiten verschiedene Stickereien und Muster auf der Kleidung (Dupree 2002: 979).

Da die Hausangestellten meist demselben Stamm angehören, wird die Arbeit nicht als inhuman oder degradierend empfunden, sondern eher als ehrenhafte Aufgabe, durch Gastfreundschaft dem Stamm zu Ehre und Ruhm zu verhelfen und gleichzeitig für die eigene Familie erstens Grades auf diesem Wege Geld in der Hauptstadt des Landes zu verdienen. Außerdem ist der Hausangestellte mit den politischen Abläufen und teilweise geheimen Entscheidungen vertraut, kann gleichzeitig die Anliegen der geographisch und genealogisch entfernten Verwandtschaft einbringen und weiterleiten und auf dieser Kommunikationsebene zumindest beeinflussen. Diese Stellung eines engen persönlichen Hausangestellten, der eine Art persönlicher Referent im Hause afghanischer Eliten ist, aber auch bei offiziellen Treffen als persönlicher Leibwächter fungiert, ist keine Seltenheit und besitzt somit ein hohes soziales, kulturelles und ökonomisches Kapital. Es handelt sich insofern um ein Konglomerat an diesen drei Kapitalsorten. Persönliche Leibwächter können zum Teil mitentscheiden, wieviel Besucher*innen am Tag zur*m Elitenvertreter*in durchkommen und wieviel Zeit ihnen eingeräumt wird. Diese Möglichkeit besteht natürlich nur, wenn die*der Anfragende* über keinen direkten Kontakt zur*m Elitenvertreterin* verfügt.

Sobald ein*e Besucher*in der*n Elitenvertreter*in erreicht hat, wird meist ein sehr konventionelles soziales Konzept angewandt, das sich *wasitah* nennt. Das Wort stammt aus dem Arabischen und kann mit dem deutschen Wort „Vermittlung“ übersetzt werden. Vermittlung hat in der afghanischen Kultur zwei gesellschaftliche Aufgaben. Primär bezog sie sich auf Konfliktlösungsstrategien zwischen zerstrittenen Parteien oder Familienmitgliedern, um das Gesicht in einer von Scham und Ehre geprägten Gesellschaft in einer gleichzeitig hierarchisierten und äußerst höflichen Umgangsform zu wahren. Heute dominiert die zweite Funktion des *wasitah*-Systems: die verbreitete Praxis, eine*n politisch*en einflussreiche*n Elitenvertreter*in (Patron*in) um einen Gefallen zu bitten.² Das neue *wasitah*-Konzept ist ein Nachkriegsphänomen, das sich einseitig auf die Vermittlungen von ökonomischem, sozialem und kulturellem Kapital konzentriert, um die nötigen finanziellen Quellen für die eigene Familie zu akquirieren. Diese einst nicht hoch angesehene Form des *wasitahs* ist nun zu einem legitimen Mittel zum Eintritt in das Feld der Macht geworden, da sich die Klientel der*m Patron*in gegenüber berechtigt sieht, im sozialen Raum um die Kapitalsorten zu buhlen. Bei diesen Treffen werden Studienplätze, Stipendien-, Visa-, Jobs und Kandidaturen für Bezirks- und Provinzwahlen der Stammesmitglieder und Freund*innen reguliert und verteilt. Die Kandidaturen werden auch innerhalb der Stämme besprochen und es wird aufgrund des Wahlgesetzes mit der Frauenquote und des SNTV-Systems strategisch entschieden, ob aufgrund der Quotenregelung eine Frau oder ein Mann zur Kandidatur in einem Bezirk oder einer Provinz antreten soll.

2 Es gibt weitere wissenschaftliche Aufsätze zu diesem kulturellen Konzept der Vermittlung (geschrieben: *wasta*) im Irak und Jordanien, die persönliche Beziehungen, wie Nepotismus und Klientelismus innerhalb von Stammesstrukturen beschreiben (Strakes 2011; Ronsin 2010; Cunningham/Sarayrah 1993).

Nach der in der Verfassung verankerten Frauenquote müssen 64 Sitze in der *wolesi jirga* (Unterhaus) mit Frauen besetzt werden, und 50 Prozent der von*in Präsident*in ernannten Abgeordneten (1/3 der Mitglieder der *meshrano jirga*/des Oberhauses) müssen Frauen sein (Verfassung Afghanistan 2004, Kap. 5, Art. 83, 84: 19). Nicht selten kommt es innerhalb eines Stammes zu Disputen, wer sich zur Wahl stellen darf, denn die Wählerschaft besteht weiterhin meist aus Stammesmitgliedern und die Entscheidungen, wer als Repräsentant*in in die Provinzräte oder Kammern gewählt wird, werden oftmals, um einen Stimmenverlust gegenüber anderen Stämmen zu vermeiden, pragmatisch von einem Familienoberhaupt vor den Wahlen angeordnet. Durch dieses Interessennetzwerk wird auch wiederum sichergestellt, dass die Stammes-Klientel für ihre ihnen mittelbaren und vertrauten Kandidat*innen stimmt, da sie aus ihrer peripheren Lage heraus (geographisch und sozial betrachtet) den Kandidat*innen vertrauen, der*die über die Bezirks-, Provinzräte und die Nationalversammlung (*meshrano jirga* und *wolesi jirga*) ihre Interessen repräsentiert.

Meist vertrauen hohe Elitenvertreter*innen nur ihrer eigenen Verwandtschaft, decken durch ihre Anstellungspolitik sowohl den Versorgungsaspekt für ihre nächsten Verwandten als auch den Sicherheitsaspekt für sich selbst ab. Diese Art des Angestelltenverhältnisses von Diener*innen und persönlichem Sicherheitspersonal erscheint präventiv oder gar anachronistisch, ist aber durchaus eine habituell wichtige Komponente des elitären Establishments, weil sie innerhalb präbendalistischer³ Strukturen eine Kombination eines klassischen Elitenklientelismus und Elitenklientelismus darstellt (van de Walle 2007: 114f). Diese Stammesmitglieder sind mit ihrer*in Patron*in innerhalb des präsidentiellen Systems von der finanziellen Quelle der Exekutive abhängig. Dieses Angestelltenverhältnis hat jedoch in der afghanischen Gesellschaft schon althergebrachte Grenzen, die sich in Hierarchieschattierungen widerspiegeln.

Um ein besseres Verständnis der mikrosoziologischen Tiefenstruktur der (häuslichen) Lebenswelt von afghanischen Eliten zu bieten, kann ein Exkurs zur ethnischen Volksgruppe der Hasara in diesem Kontext dienlich sein. Eine nähere mikrosoziologische Untersuchung der afghanischen Elitenvertreter*innen und ihrer Klientel ermöglicht, die makrosoziologischen Lebenswelten mit ihren ethnopolitischen Konfliktherden im Laufe dieses gesamten Kapitels besser zu verstehen. Paradoxerweise sind nämlich die meisten Reinigungskräfte Frauen und gehören meist der Volksgruppe der Hasara an, wobei auch hier vorzugsweise Schiit*innen der ismaelitischen Schia und Zwölfer-Schia angestellt werden.

Wie mehrere Afghanistan-Experten*innen näher untersucht haben, gibt es neben der mehrheitlich sunnitisch-hanafitischen Rechtsschule, der sich 80 Prozent der Bevölkerung zugehörig fühlen, seit der Staatsgründung im Jahre 1747 regional-traditionelle Variationen, wie die pashtunwali, Sufi-Strömungen, Sitten und Bräuche und traditionelle Konfliktlösungsstrategien wie die Ältestenräte (Paschto: *jirga*, Farsi: *shura*) (Noelle-Karimi 2013; Schetter 2007a; Roy 1990c: 30-53; Steul 1981). Das

3 Der Begriff des Präbendalismus wurde im Definitionskapitel erklärt und geht ursprünglich auf Weber zurück. Kerngedanke der modernen Form des Präbendalismus ist, dass Kerneliten ihre Klientel durch die Vergabe von Staatspositionen und -ressourcen an sich binden (van de Walle 2007: 114f).

bedeutet, dass eine homogene hanafitische Rechtsauslegung oder das Staatsrecht, neben diesen traditionellen Konfliktregulierungsmechanismen, für die mehrheitliche Bevölkerung in ihrer alltäglichen Lebenspraxis keine bindende Rechtsgrundlage darstellt. Natürlich wären die oben aufgeführten unterschiedlichen traditionellen Konfliktregulierungsmechanismen, je nach Region und Milieuzugehörigkeit unterschiedlich zu gewichten und zu analysieren. Dies würde jedoch für den vorliegenden Kontext den Rahmen sprengen.

Hinzu kommen ca. 19 Prozent Schiit*innen, die mehrheitlich der jaffaritischen Rechtschule angehören und auf den zwölften verborgenen Imam warten. Denn „der zwölfte Imam, Muhammad ibn Hassan, soll von 874 bis 940 n. Chr. in kleiner Entrückung oder Verborgenheit gelebt haben und seit 940 n. Chr. in der großen Verborgenheit weiterleben“ (Khoury/Hagemann/Heine 2001: 664f). Zu einem geringen Anteil gibt es noch die Ismaelit*innen, die sich der Siebener-Schiia zurechnen, da sie auf die Erscheinung des siebten Imams warten. Die verbleibenden 1 Prozent werden den Hindus und Sikhs zugeordnet.

Unter den afghanischen Eliten und insbesondere den westlichen *expatriats* hält sich hartnäckig die Überzeugung, dass sie nicht stehlen und ihre Arbeit äußerst gewissenhaft durchführen. Viele der Hasaras, die bei afghanischen Familien mit einer anderen ethnischen Abstammung angestellt waren, wechselten zu westlichen Arbeitgeber*innen, die höhere und bessere Gehälter bezahlen konnten. Seit 2014 sind einige internationale Nichtregierungs- und Regierungsorganisationen abgezogen, so dass sich der Markt hier wieder zugunsten der afghanischen Eliten verschoben hat.⁴ Alle von mir befragten Reinigungskräfte (ca. zehn), die meist parallel die anstrengende körperliche Arbeit einer Haushaltshilfe ausrichten, können mit einem Gehalt von 250 bis 500 US-Dollar im Monat ein relativ gutes Leben führen und verdienen so mehr oder fast genauso viel wie Lehrer*innen oder Beamt*innen mit jahrelanger Berufserfahrung und höherem universitären Abschluss. Alle von mir befragten Hasaras investieren viel Geld in die Ausbildung und extra-curriculare Förderschulen für ihre mindestens drei bis fünf Kinder. In ihren Familien werden Jungen und Mädchen gleichermaßen und fast ausnahmslos gleichberechtigt gefördert.

Es müsste systematisch erforscht werden, ob es an der religiösen Prägung des Schiitentums *per se* liegt, welche es ihnen beispielsweise erlaubt, durch eine religiös und stärker liberale Analogie⁵ durch Rechtsgelehrte kulturell progressiver zu leben.⁶

4 Das *International Center for Not-for-Profit Law* hat die Zahlen der aktiven und die inaktiven NGOs nach dem afghanischen Finanzministerium wiedergegeben. Zur besseren Übersicht seien hier die weiterhin sehr hohen Zahlen der aktiven NGOs erwähnt: Es gibt 1.971 aktive NGOs und 279 aktive internationale NGOs, die in der Datenbank des Finanzministeriums registriert sind (The International Center for Not-for-Profit Law 2016). Im Vergleich hierzu zitierte die *New York Times* im Jahre 2013, dass es 2.320 inländische und 3.337 internationale NGOs gab (Nordland 2013).

5 Die Definition für eine religiöse Analogie lautet: „Bei der Feststellung der Rechtsnormen und ihrer Anwendung auf die konkrete Situation ist neben dem Koran und der Überlieferung die Übereinstimmung der gesamten islamischen Gemeinschaft (*idjma'*) verbindliche Richtschnur. Mittels der Methode der Analogie (*qiyas*) werden die grundsätzlichen Normen auf Einzelfälle im Alltag angewandt. Ist die Rechtslage nicht eindeutig, dann ist der

Ein weiterer Grund liegt sehr wahrscheinlich auch darin, dass es ihre Armut ihnen nicht erlaubt, eine einseitig männlich-orientierte Förderung zu verfolgen. Die Bildung wird zuallererst als Instrument zur Befreiung von historisch bedingter und institutioneller Diskriminierung sowie gesellschaftlicher Unterdrückung erkannt, die zudem als nachhaltige Altersvorsorge für die hartarbeitenden Eltern betrachtet wird (Changezi/Biseth 2011; Emadi 2002). Im nächsten Abschnitt wird dieser Aspekt im Interview mit einem der wichtigsten Elitenvertreter der Hasara näher beleuchtet.

Einer der schiitischen Elitenvertreter der Hasara, Bahram, empfing mich bei meinem ersten Feldforschungsaufenthalt im April 2013 in seinem offiziellen Büro, das sich in einem sehr großen und repräsentativen Gebäude befand. Die meisten seiner Mitarbeiter stammen derselben Ethnie ab und dies ist bei politischen Eliten in Afghanistan eher die Regel. Im Empfangssaal hätten Dutzend Gäste zum selben Zeitpunkt empfangen werden und auf goldgelben Sofas hinter farbgleichen Tischen mit üppig beladenen Trockenfrüchten eine Audienz erhalten können. Während des Interviews sprach er mich fälschlicherweise ein paar Mal auf Farsi mit dem Titel für Großgrundbesitzer (Farsi: *khan*) an. Er entschuldigte sich verlegen und schob nach, dass er täglich mehrere *khans* mit ihren Anliegen empfangen und sich erst einmal an diese Interviewsituation gewöhnen müsse. Er war der einzige Interviewpartner, der Darius den Zutritt verweigerte und er war sehr vorsichtig bei seinen Formulierungen, sobald das Aufnahmegerät lief. Als Anführer einer wichtigen schiitischen Splitterpartei wies Bahram besonders auf die Lernbereitschaft der Hasara hin:

„In jeder Straße und Gasse der Städte gibt es Bildungskurse, Sprachkurse, Computerkurse, dies ist ein sehr guter Zustand in diesem Land. Auch wenn man sich auf der Ebene des täglichen Lebens anschaut, dann stellt man fest, dass Frau, Mann wollen, dass ihr Kind lernt. Paschtunen haben eine Motivation, Tadschiken haben diese Motivation, Usbeken haben diese Motivation, Hasara haben sehr viel, noch mehr Motivation. Auf der einen Seite ist diese Motivation im Land, die ich gutheiße.“⁷

Rechtsgelehrte gehalten, sich ein möglichst ausgewogenes Urteil (*ra'y*) zu bilden; dabei hat er sich in seinen persönlichen Bemühungen (*idjtihad*) an den grundlegenden Vorschriften zu orientieren und gültige Bräuche (*'urf*) sowie anerkannte Meinungen mit in Betracht zu ziehen.“ (Khoury/Hagemann/Heine 2001: 403) Ein kurzer Aufsatz von Safi beschreibt die innerislamische Debatte zwischen iranischen Intellektuellen und bietet einen guten Überblick zu dieser progressiven und gleichzeitig höchst politisierten Debatte sowie der eigentlichen Bedeutung des *idjtihad* (Safi 2010).

- 6 In diesem Zusammenhang ist es in Afghanistan sehr beliebt, die flexible, aber finanziell und vertraglich regulierte Kurzehe oder auch Genussehe (Farsi: *šīgeh*) für die Zwölfler Schiiten*innen als religiös legitime Vereinbarung zwischen Mann und Frau anzubringen. Diese sogenannte Kurzehe kann von Minimum einer halben Stunde bis zu 99 Jahre vertraglich vereinbart werden (Ende 1980). Nun gibt es auch Dokumentationen, die diese Praxis aus dem Iran eher als eine legalisierte Form der Prostitution beleuchtet. Aber es gibt auch Stimmen, die in dieser Form einer legalisierten Partnerschaft auf Zeit neue Freiheiten sehen (Brehmer 2013; Sciolino 2000).
- 7 Vgl. Interview Nr. 9, mit Bahram in seinem Büro am 7. April 2013 in Kabul: 125.

Seit der Post-2001-Phase, seit durchgehend ein hasarischer⁸ Vizepräsident die Interessen seiner Ethnie in der Regierung repräsentierte, eine zum Teil sehr gut alphabetisierte, und zum Teil im Iran ausgebildete junge Generation nach ihrer Rückkehr erfolgreich in Berufe einstieg und sogar die Kulturlandschaft durch Maler*innen, Schriftsteller*innen und Musiker*innen bereichern, konnten die Hasara einen sozialen Aufstieg vollziehen, von dem sich andere Ethnien bedroht fühlen. Diese Tatsache betonte Bahram mehrmals auch in anderen Kontexten während des Interviews. Tatsächlich ist bereits absehbar, dass die junge Generation der Hasara, die auch eine starke Zivilgesellschaft bilden, die aktiv in Hungerstreiks an Universitäten gegen korrupte Entscheidungsprozesse tritt, im Ministerium für Information und Kultur sowie im gesamten Bereich der Medien (digitalen Medien, Printmedien, sozialen Netzwerke) einen starken Mittelbau bilden, zu einer zumindest gebildeten und vielleicht einflussreichen Minderheit werden. Jüngere paschtunische und tadschikische Elitenvertreter*innen, die bereits in Ministerien angestellt sind, sehen dies als Bedrohung. Erstens, weil dies an die Bürgerkriegsjahre besonders von April 1992 bis März 1993 erinnert, in denen die Hauptstadt entlang der ethnischen *tanzims* geteilt war und an den jeweiligen anderen ethnisch-regional und konfessionellen Gruppierungen Folterungen, Morde, Vergewaltigungen, Verhöre und Plünderungen verübt wurden.⁹ Zweitens, weil die ehemaligen Mitglieder dieser hasarischen *tanzims*, jetzt die *Wahdat*-Partei bilden, die mit Khalili (2002-2014) und mit Sarwar Danesh (seit 2014) als Vizepräsidenten und Muhammad Mohaqeq als Vize-Regierungsvorsitzenden (Vize-CEO) (seit 2014) an der Macht kontinuierlich beteiligt werden.

Dieser Exkurs zu den Angestellten der Residenzen von Eliten und die interne Hierarchie ist wichtig, weil sie kein Einzelfall ist, sondern reale Ausschnitte der Lebenswelt der Elitenvertreter*innen zeigt. Zurück zum Wohnzimmer meines Vaters: Auf dem länglichen Sofatisch, der aus dunkelbraunem Holz handgefertigt wurde und mit einer Glasplatte abgedeckt ist, befinden sich die landesüblichen Trockenfrüchte, nach dem Essen wird das saisonale Obst gereicht. Die zwei Sofatische sind handgefertigte Holztische, die für afghanische Gäste beim Griff zum Tee oder den Trockenfrüchten zu niedrig und beim ersten Besuch somit als Fehlkonstruktion angesehen oder zumindest verwundert wahrgenommen werden. Diese Sofatische sind ein klassischer Fall von verfehlter Funktion durch importierte Ästhetik aus dem Westen,

8 Die Hasara sind farsisprachig und gehören meist, wie bereits im Text beschrieben der schiitischen Konfession an (s. auch Kap. 2.2 *Afghanischer Staat oder Staatswerdungsprozess: Afghanistan seit dem 19. Jahrhundert* Fußnote 18). Der Dialekt *hasaragi* wird nicht von allen Hasara gesprochen, verbreitet sprechen sie auch Farsi. Adjektive, wie afghanisch, paschtunisch, tadschikisch, usbekisch, chinesisches oder europäisches verweisen auf nicht-homogene semantische Inhalte, daher sollten auch dialektale Unterschiede oder ein unterschiedliches Nationalbewusstsein bei den Hasara – manche Hasara, die in Paktistan leben, sehen sich als Pakistaner*innen – kein Grund sein, den Hasara nicht auch das Adjektiv „hasarisch“ zuzuordnen; eine bewusste lexikalische Schöpfung, die ich in dieser Arbeit verwende.

9 Im *Human Rights Report* wurden die jeweiligen Verbrechen der *tanzim* (*Wahdat*, *Ittihad*, *Hezb-e Islami*, *Jamiat*, *Junbish*, *Harakat*) besonders in den Jahren 1992 bis 1993 anhand von Zeugenaussagen beschrieben (Human Rights Watch 2005).

denn sie wird im afghanischen Kontext als unbequem und unpraktisch empfunden. Die Trockenfrüchte werden in handbemalten und handgefertigten Tonschüsseln aus Herat gereicht, die als karg angesehen werden und der allgemein vorherrschenden Vorliebe für Kristallschüsseln widersprechen. Im Wohnzimmer ist über dem Esstisch ein Bild des ersten säkular orientierten Königs Amanullah Khan angebracht und über der großen Sitzgarnitur ist ein weiteres Gruppenbild mit Amanullah Khan, seiner Ehefrau Soraya und dem damaligen Außenminister Mahmud Tarzi ebenfalls mit seiner Ehefrau sowie dem laizistischen ersten türkischen Präsidenten Mustafa Kemal Atatürk während des Staatsbesuches in der Türkei zu sehen. Die Ehefrauen der beiden höchsten afghanischen Staatsmänner tragen modische Hüte. Anfang des 20. Jahrhunderts waren Frauen ohne eine adäquate Verschleierung ein Politikum, mit dem die beiden säkularen Vordenker versuchten, das Land in die Moderne zu schieben (Khattak 2004: 217). Beide – Amanullah und Tarzi – gelten als Modernisierer und Säkularisten, die Afghanistan zwar die Unabhängigkeit von der britischen Krone im Jahre 1919 brachten, nach dem allgemeinen Verständnis jedoch an der traditionell-religiösen Bevölkerung und den starken Stammesstrukturen an der Peripherie scheiterten (Olesen 1995; Grevemeyer 1987).¹⁰

Persische und chinesische Kalligraphie und chinesische Vasen zieren die wenigen freien Stellen des Wohnzimmers und bezeugen die guten Beziehungen zu China sowie die kulturelle und linguistische Zugehörigkeit zur alten Zivilisation des Landes. Mehrere weitere Bilderdrucke stammen von bekannten Künstlern wie Picasso und Jack Vettriano. Diese Kunstobjekte und die Dekorierung sind stumme Zeugen, die den Habitus meines Vaters repräsentieren und mit denen er sich modern und gegenüber einer mehrheitlich religiösen und traditionellen Elite streitbar zeigt. Er kann diese für manch eine*n Besucher*in provokanten Symbole ausstellen, weil er Teil der Elite des Landes ist. Diese symbolische Distinktion beschrieb Bourdieu bereits als symbolisches Kapital, dass „als selbstverständliches erkannt und anerkannt ist.“ (Bourdieu 1985b: 22) Für die vorliegende Untersuchung der afghanischen Eliten ist nachfolgender Absatz über die Legitimation von sozialer Welt ausschlaggebend: „Im Kampf um Durchsetzung der legitimen Sicht von sozialer Welt, in den auch die Wissenschaft unausweichlich verstrickt ist, besitzen die Akteure Macht jeweils proportional zum Umfang ihres symbolischen Kapitals, das heißt proportional zum Maß ihrer Anerkennung durch eine Gruppe.“ (Ebd.: 22f)

Außergewöhnlich ist auch für die meisten Gäste, dass sich kein Fernseher im Wohnzimmer befindet, denn fast alle Familien der Elite und der wachsenden Mittelschicht haben die modernste Technik zu Hause und können mit ihren Satellitenempfängern weltweit hunderte Fernsehkanäle empfangen. Die DVD-Player spielen die neuesten Kinofilme aus Bolly- und Hollywood ebenso die Verlobungs- und Hochzeitsvideos ihrer Verwandtschaft im *Dolby-Surround-System* ab. Viele Afghan*innen aus der Mittelschicht haben sich nach der Vertreibung der Taliban, die ein striktes Verbot von Fernsehen und teilweise Radio verfolgten, nun mit den neusten Modellen der TV- und Mobilfunktechnologie ausgestattet. Aus diesem Grund wirken die sichtbaren Bücher unter dem Sofatisch vor der kleineren Sofagarnitur wie ein verhärmt

10 In Kapitel 2.2.1 *Rentiercharakter im afghanischen Staatsbildungskontext* habe ich Amanullah Khans Reformversuche näher beschrieben.

Überbleibsel aus einem Zeitalter vor der Digitalisierung. Diese kleinen Dekorationsnoten und ein für afghanische Verhältnisse zu karg, aber doch mit Kunsthandwerk und politischen Symbolen ausgestattetes Wohnzimmer signalisiert den Gästen eindeutig das sozialpolitische Milieu, in das sie sich begeben haben. Nämlich in das Milieu eines intellektuellen Elitenvertreters, der aus dem Westen und als Teil einer sehr divers geprägten afghanischen Diaspora zurückgekehrt ist, und einen distinktiven Lebensstil als andere Elitenvertreter*innen als auch andere afghanische Milieus und Schichten verkörpert.

Diese Beschreibungen mögen den Leser*innen zu detailliert erscheinen, aber sie sollen bei der Interviewsituation, die sich nun siebenmal in fast identischer Form abläuft, mitberücksichtigt werden. Wie Bourdieu im Kapitel *Der ästhetische Sinn als Sinn für die Distinktion* schreibt, beleuchten diese Beschreibungen der afghanischen Lebenswelt den sozialen Raum. Er schreibt weiter:

„Sie [die ästhetische Einstellung] stellt darüber hinaus aber auch den *distinktiven Ausdruck* einer privilegierten Stellung innerhalb des Sozialraums dar, dessen Unterscheidungswert sich *objektiv* in Relation zu unter anderen Bedingungen erzeugten Manifestationen bemisst. [...] Der Geschmack ist die Grundlage alles dessen, was man hat – Personen und Sachen –, wie dessen, was man für die anderen ist, dessen, womit man sich selbst einordnet und von den anderen eingeordnet wird.“ (Bourdieu 1987a: 104)

Um im Bourdieu'schen Sinne den Schritt weiterzuführen, kann das Wohnzimmer meines Vaters als eine klare Betonung der „unabwendbaren Differenz“ (ebd.: 105) gegenüber anderen afghanischen Eliten und auch den nicht wohlhabenden Afghan*innen betrachtet werden. Die Dekoration und die Bilder können auch als Provokation empfunden werden und dann lässt sich eben doch um Geschmack streiten, so wie Bourdieu schreibt: „Die ästhetische Intoleranz kann durchaus gewalttätig werden“. (Ebd.: 105) Die Bücher und Bilder von verstorbenen Säkularisten, die Atatürks Laizismus nach Afghanistan zu übertragen versuchten, transportieren evidente politische Symbolik, von denen sich manch ein Gast provoziert fühlt.

Somit ist dieser Lebensbereich meines Vaters an dieser Stelle beschrieben worden und der nachfolgenden Interviewabschnitte der Interviewpartner*innen sollte sich die*der Leser*in diesen beschriebenen Kontext vor Augen halten.

6.1.2 Ablauf des Interviews

Wichtig ist auch der Ablauf der Interviews im Wohnhaus meines Vaters. Die soziale Hierarchie wird in der afghanischen Gesellschaft beginnend mit der Reihenfolge des Betretens eines Hauses, über das eigentliche Platznehmen und die Sitzordnung bis zum Beginn des Teetrinkens und die lang andauernden Begrüßungsformeln penibel durchexerziert und kann Anlass zu unausgesprochenen Unstimmigkeiten bis zu betretenem Missmut führen, wenn sie nicht beachtet oder übergangen werden. Sogar das Übereinanderschlagen der Beine und das Zeigen der Fußsohle von europäischen Gästen werden als störend empfunden, aber meist als westliches Verhalten geduldet und entschuldigt. Besonders beachtenswert ist, dass die Begrüßungsformeln bei dörflichen Zusammenkünften länger dauern als bei solchen in den urbanen Zentren. Die Länge der Begrüßungszeremonie, in der obligatorisch der Gemüts- und Gesundheits-

zustand aller Familienmitglieder abgefragt wird, nimmt mit der Nähe zum schnelllebigem Zentrum stetig ab. Diese kulturellen Rituale sind äußerst kompliziert, denn beispielsweise dürfen Männer sich nicht nach dem Befinden der weiblichen Familienmitglieder erkundigen. Dennoch suggeriert die allgemeine Frage nach der Gesundheit und dem Wohlbefinden der Familie und den Kindern, dass der Fragende sich auch nach dem Befinden aller Familienmitglieder inklusive der Frauen erkundigt. Für Außenstehende ist das Beachten der kulturellen Nuancen nicht einfach.

Beim Begrüßungsritual werden diejenigen, die die meisten Namen und Familienangehörigen aus dem Gedächtnis abrufen können, als besonders sozial kompetent bewundert. Diese wichtige Eigenschaft wird insbesondere Karzai zugesprochen, der ein außergewöhnliches Namensgedächtnis und Vermögen für die Wiedererkennung von Gesichtern besitzt, wobei es ihm leichtfällt, Ort und Datum früherer Treffen abzurufen. Diese Eigenschaft haben viele Journalist*innen und Diplomat*innen immer wieder beschrieben und auch ich selbst erfahren dürfen.

Mit den eingangs vorgestellten Künstlerinnen, Dunia und Narges, und dem Schriftsteller, Yassin, wurde in den ersten Minuten die aktuelle politische Lage und die sich verzögernde Kabinettsgründung besprochen. Mein Vater wohnte den ersten Minuten des Interviews bei, aber als sich die drei bei der Kritik der Karzai-Regierung (2001-2014) nicht mehr wohlfühlten und mein Vater nicht mehr lediglich als Beisitzer agieren konnte, verabschiedete er sich freundlich, damit sich die drei frei äußern konnten. In der afghanischen Tradition müssen sich alle erheben, wenn die oder der Älteste den Raum betritt und verlässt; bei etwa Gleichaltrigen oder bei sozial gleichrangigen Personen genügt eine leicht nach oben strebende Bewegung. So standen alle kurz auf und setzten sich wieder, nachdem mein Vater das Wohnzimmer verlassen hatte.

Dieses Ritual der Begrüßung und der kurzen Unterhaltung spielte sich zu Anfang jedes Interviews ab, das im Wohnzimmer des Lebensraums meines Vaters vereinbart worden ist. Irritierend war für Interviewpartner*innen, die noch nie längere Zeit im Westen gelebt haben, dass ich meinen Vater duzte und nicht aufstand, wenn er den Raum betrat oder verließ. Dies ist einer linksorientierten Erziehung Mitte der 1980er Jahre aus Deutschland geschuldet, die ich bewusst nur teilweise abstreifte und mich in diesem spezifischen Kontext dafür entschied, nur teilweise den Gepflogenheiten der landesüblichen Verhaltenskodizes zu entsprechen. Alles andere könnte auch von den Interviewpartner*innen im Laufe des Interviews als unnatürliche Assimilation wahrgenommen werden.

Diese flexiblen Verhaltensraster und nonverbalen Charakteristika des sozialen Interagierens sind für mich Teil meiner fluiden und multiplen Identität (Gregg 2012), die ich bereits im Unterkapitel *La double casquette* beschrieben habe. In Afghanistan, das während der Kriege größere Wellen von Migration erlebt hat, bestehen auch für die interviewten Elitenvertreter*innen „Reifikations- und Herrschaftsmechanismen“ (Knapp 2008: 49), die sie bewusst thematisieren oder unbewusst und nonverbal transportieren. In der neueren Diaspora- und Feminismus-Forschung werden eingehender die meist positiv konnotierten multiplen Identitäten mit den alltäglichen und komplexen Diskriminierungsstrukturen als assoziierte Intersektionalität (*intersectionality*) analysiert (Werbner 2013; Crenshaw 1989). Die afrikanisch-amerikanische Juraprofessorin Crenshaw, die Begründerin der intersektionalen Analyse, beschreibt die Problematik des weißen Feminismus zu Anfang ihres Aufsatzes wie folgt:

„I argue that Black women are sometimes excluded from feminist theory and antiracist policy discourse because both are predicated on a discrete set of experiences that often does not accurately reflect the interaction of race and gender. These problems of exclusion cannot be solved simply by including Black women within an already established analytical structure. Because the intersectional experience is greater than the sum of racism and sexism, any analysis that does not take intersectionality into account cannot sufficiently address the particular manner in which Black women are subordinated.“ (Crenshaw 1989: 140)

Eine prägnante Definition des Begriffs *intersectionality* hat Davis zu Anfang ihres Aufsatzes verfasst, nachdem sie an einem Workshop in Deutschland teilgenommen und zu den Diskussionen zur tatsächlich verwertbaren theoretischen Herangehensweise dieses Begriffs folgendes reflektierte: „Intersectionality‘ refers to the interaction between gender, race and other categories of difference in individual lives, social practices, institutional arrangements, and cultural ideologies and the outcomes of these interactions in terms of power.“ (Davis 2008: 68) Im Fall meiner Feldforschungsaufenthalte mit afghanischen Eliten bestehen Parallelen zu diesem theoretischen Konzept der Intersektionalität, denn viele der interviewten Eliten gehören zu marginalisierten gesellschaftlichen Gruppen und/oder haben während ihres Lebens in der Diaspora unterschiedliche Erfahrungen aufgrund ihrer ethnischen Herkunft (*race*), Religion, Konfession, Klasse, ihres Geschlechts etc. gesammelt.¹¹ Im Zusammenhang mit dem theoretischen Konzept der Intersektionalität aus dem amerikanischen Kontext zur Analyse der alltäglichen Diskriminierung der von mir ausgewählten Elitenvertreterinnen ist der Begriff der *fluiden Identität* von Sozialwissenschaftler*innen

11 Eine kritische Auseinandersetzung mit dem Begriff der „Intersektionalität“ verfolgt Knapp in ihren Aufsätzen, in denen sie bei der Crenshaw’schen Triade von *race*, *gender* und *class* ihre Kritik ansetzt. Denn die Termini „Klasse“ und „Rasse“ würden im europäischen und insbesondere im deutschen Kontext „mit anderen gesellschaftlich-politischen Realitäten ebenso wie mit unterschiedlichen Theorietraditionen“ zu anderen Forschungsfragen führen (Knapp 2008: 48; Knapp 2005). Knapp würde ich beim Wort *race* zustimmen, denn das Wort kann im deutschen Kontext nicht ohne weiteres mit „Rasse“ übersetzt werden. Menschen in Rassen einzuteilen würde die Überzeugung unterstreichen, dass Menschen in unterschiedliche Merkmale eingeteilt werden könnten, die mit spezifischen Eigenschaften assoziiert, hierarchisiert und zur Essenzialisierung bestimmter Gruppen führt (Arndt 2011). Weitere sehr wertvolle Forschungsbeiträge finden sich bei Heitmeyer zu „Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“ als ein Überbegriff zu gesellschaftlichen Phänomenen wie Rassismus, Homophobie, Antisemitismus, Islamophobie und Abwertungen von Asylsuchenden, Obdachlosen sowie Roma und Sinti. Das Bielefelder *Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung* (IKG) hat von 2002 bis 2011 Vorurteile und Gewaltüberzeugungen gegenüber bestimmten marginalisierten Gruppen systematisch erforscht und hierbei den umspannenden Termini „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ als neuen Begriff für die gesellschaftliche und politische Komplexität vorgeschlagen (Heitmeyer 2010). Auch Guillaumin ist genauer auf den Begriff der „Rasse“ eingegangen und hat eruiert, dass Menschen nicht in Rassen eingeteilt werden können, und das synkretistische Gesamtmodell dieses Terminus sowohl naturwissenschaftlich als auch politisch als überholt dargelegt (Guillaumin 1992).

im Feldforschungskontext an dieser Stelle kurz methodisch zu reflektieren. Razon und Ross, zwei empirisch arbeitende Forscherinnen, reflektieren ihre eigene Rolle als amerikanisch-israelische Staatsbürgerinnen mit jüdischem Glauben und den Verlauf ihrer qualitativen Interviews mit unterschiedlichen marginalisierten Gruppen in Israel. In ihrem Aufsatz veranschaulichen sie, wie ihre *fluiden Identitäten* zum Gegenstand des Interviewverlaufs wurden und wie sie sich diese jedoch auch zunutze machen konnten (Razon/Ross 2012). Zusammenfassend schreiben sie: „[...] how we introduce ourselves has even larger implications for our data collection in this context than it does in other places where one’s national or religious identity is not central to an ongoing identity-based conflict.“ (Ebd.: 500) Ähnlich wie bei diesen Forscherinnen brachte mich ein Teil meiner *fluiden Identität*, die in meinem Fall bereits vorab bekannt ist, dieser ersten Gruppe von interviewten Elitenvertreter*innen näher, da zwei von ihnen erstens weiblich sind, zweitens sind sie farsisprachig und drittens sind sie keine überzeugten Kopftuchträgerinnen.

6.2 HABITUELLE KLEIDUNG ALS ZÜNDSTOFF UND DIE FEINEN UNTERSCHIEDE

Zunächst wird hier nach der Bourdieu’schen Theorie festgestellt, wie ein milieuspezifischer Habitus aussieht, der sich auch in der politisch geladenen Frage äußert, wie Mann und Frau sich entscheiden zu kleiden und auch einen Teil des inkorporierten Kulturkapitals aus dem iranischen Exil ins Land einbringen. Das besondere und wiederum sehr häufige Phänomen dieser jungen Generation ist, dass sie meist in den umliegenden Nachbarländern aufgewachsen sind und bis zum tertiären Bildungsgrad ihre Ausbildung dort abgeschlossen haben. Wie bereits von Lotfullah beschrieben, gehört diese Generation zur dritten Generation, die im Exil in den Nachbarstaaten aufgewachsen ist.¹² Dunia, Narges und Yassin sind im Iran aufgewachsen und haben alle drei einen Hochschulabschluss.¹³ Dunia und Yassin sind erst seit kurzem verheiratet und sie haben ihre gemeinsame Freundin Narges mitgebracht. Die beiden Freundinnen sind Dokumentarfilmerinnen, die seit dem Rückzug der Taliban angefangen haben, in Afghanistan zu arbeiten. Dunias Ehemann, Yassin, ist ein Schriftsteller und arbeitet als Journalist für eine liberale farsisprachige Zeitung, die dem Gouverneur Atta Noor in Mazar-e Sharif nahesteht. In regelmäßigen Abständen organisiert Yassin Lesungen und Literaturabende. Atta Noors – auch Fürst des Nordens genannt – propagierte Weltanschauung erscheint liberal, er verbindet seine gesellschaftlichen, politischen und demokratischen Überzeugungen mit der Idee eines modernen Bürger-

12 Vgl. Interview Nr. 2, mit Lotfullah in seinem Privathaus am 2. April 2013 in Kabul: 29. In Kapitel 5.2 *Darius der Leibwächter* wurde die längere Passage zu den vier unterschiedlichen Generationen von afghanischen Eliten zitiert.

13 An dieser Stelle kann ich nicht näher auf die jeweiligen Abschlüsse eingehen, da ich sonst Gefahr laufe, ihre Identität offenzulegen. In der gesamten Doktorarbeit werde ich nur allgemeine Informationen über die interviewten Personen geben können, um ihre Identität zu schützen.

tums und mit der Gleichberechtigung der Geschlechter und verbreitet dies in Funk, Medien und durch die Institutionen für Kultur und Bildung.

Seine tatsächliche Handlungslogik und handlungsleitende Praxis entspricht eher der eines stark ethnopolitisch orientierten farsisprachigen Tadschiken, in dessen Provinz es zu Übergriffen gegen die paschtunische Minderheit durch seine bewaffneten Milizen kommt (Human Rights Watch 2015: 36). Attas Führung ist von einem autoritären und brutalen Stil geprägt, seine Macht sichert er mithilfe seiner bewaffneten Miliz von bis zu 2.000 Männern (Zahl aus dem Jahre 2011) und einem Netzwerk von treuen bewaffneten Milizen (*arbakis*) in den Provinzen um Balch herum nach einem Bericht der *Human Rights Watch*. Seine jeweiligen *arbakis* haben von Atta Noor Land erhalten, um in der Provinz Balch Attas Interessen zu vertreten (Giustozzi 2012a: 44). Ein klassifizierter ISAF-Report, der *Human Rights Watch* vorliegt, berichtet, dass Attas Netzwerk aus Drogenschmugglern, Kriminellen, bewaffneten Milizen, legaler und offiziell integrierter afghanischer lokaler Polizei (*Afghan Local Police*) besteht. Mit weiteren Anhänger*innen aus der Zeit des afghanischen Bürgerkriegs, als er bereits der *Jamiat-e Islami* angehörte, gelingt es ihm, seine Stellung zu wahren (Human Rights Watch 2015: 39). Nicht selten stehen junge gutausgebildete Eliten solchen Patron*innen ideologisch und politisch nahe, so eben auch der hier interviewte Yassin. Nicht unpolitisch sind die zwei Dokumentarfilmerinnen, Narges und Dunia.

In einem Aufsatz über afghanische Frauen und ihre Lebenswelt schreiben Kabeer und Khan über die Frauen, die viele Jahre im iranischen Exil gelebt haben, folgendes: „Their years in Iran had given some of these women the standpoint of ‚observer‘ from which to evaluate a society in which they were also ‚participants‘.“ (Kabeer/Khan 2014: 19) Die beiden Autorinnen, Kabeer und Khan, beziehen sich hier auf Benhabibs Kritik an längst überholten nationalstaatlich gebundenen Konzepten für Personen im globalisierten Zeitalter. Beide Begriffe des Beobachtens und des Teilnehmens kritisiert die US-amerikanische Philosophin Benhabib als die dualistische Herangehensweise bei Kernfragen von Identitätspolitik. Weder die Konstruktivist*innen noch die essenzialistische Erforschung nach kulturellen Gepflogenheiten, Weltanschauungen und Normvorstellungen von Bürger*innen können im 21. Jahrhundert die entgrenzten Lebensentwürfe in nationalstaatlichen Denkstrukturen erfassen (Benhabib 2000; Benhabib 1995). In diesem Sinne nehmen die zurückgekehrten Exilafghaninnen eine besondere Rolle des Beobachtens und Teilnehmens in einem Transformationsland wie Afghanistan ein. Genauer wird zu betrachten sein, wie sie von der Gesellschaft wahrgenommen werden, und wie dies sich im Wechselspiel mit ihren Erfahrungen auf die reale Lebenswelt in Afghanistan aus ihrer Perspektive gestaltet. Nach meinen Beobachtungen, Gesprächen und Interviews mit den afghanischen Exilafghaninnen aus dem Iran bestätigt sich, dass eine binäre Aufteilung in Beobachten und Teilnehmen dieser Elitevertreterinnen nicht gegeben ist. Als Rückkehrerinnen sind sie bereits Teil der Gesellschaft, was mit ihrer privilegierten gesellschaftlichen Stellung durch ihren Habitus gewährleistet ist und sich besonders im sozialen Feld und dem kulturellen Kapital in der Praxis manifestiert (Bourdieu 1987a: 175). Dies geschieht natürlich meist gegen den Willen der etablierten konservativen Elitenvertreter*innen und/oder traditionellen afghanischen Bevölkerung, was sich auch aus den folgenden Interviewabschnitten herauskristallisieren wird.

Äußerlich unterschieden sich die drei Interviewpartner*innen kaum von in Europa aufgewachsenen jungen urbanen Großstädter*innen. Das Kopftuch wurde, sobald wir gemeinsam im Wohnzimmer saßen, als ein Accessoire locker um den Hals gelegt. Ein Tuch, das um die Brustpartie gelegt wird oder vom Kopf der Frauen auf die Schultern fällt, wird in vielen weniger konservativen Kreisen als Kompromisslösung und sogar bei bestimmten offiziellen Treffen akzeptiert. Diese Akzeptanz hängt mit der religiös umstrittenen Kopftuchpflicht, der hanafitischen und somit liberaleren Auslegung des Islam in Südostasien sowie dem sozialen Milieu der Frauen zusammen.

Ein von mir interviewter religiöser Gelehrter, Akbar, hat an der Kairoer *Al-Azhar* Universität Islamwissenschaften studiert und vertritt in Afghanistan die hanafitische Rechtslehre. Als Professor für Islamisches Recht an der Universität Kabul gibt er seine religiösen Vorstellungen an eine wichtige Generation – eine junge Elite – weiter. Als Professor hat er der Elitentheoretikerin zufolge ein *Deutungs-, Handlungs- und Prozesswissen* inne (Littig 2008: 13). Der Islamwissenschaftler kann durchaus nach der zuvor im Theoriekapitel zitierten Definition als Experte und auch der Elite zugeordnet werden, denn er war federführend Teil der Verfassungskommission (*Constitutional Drafting Commission*) im Oktober 2002. Er gehört der usbekischen Minderheit an und seine Kopfbedeckung ist der meist im Norden weiß-schwarz gestreifte Turban. Akbar trägt die afghanisch traditionelle Kleidung eines *pērāhan wa tunbān* kombiniert mit einem formellen Jackett. Seine Büroangestellten, sein Wachpersonal, sind Usbeken; auch sprechen sie miteinander usbekisch. Als ich im April 2013 in sein Büro kam, saßen bereits mindestens sieben usbekischstämmige Gäste mit ihren Formularen, Zeugnissen und Reisepässen im Empfangszimmer, das eher spärlich und rudimentär mit Metallstühlen ausgestattet war. Die Sicherheitsvorkehrungen waren beim Eintritt sehr gering, an der metallenen Schiebetür zwischen der Hauptstraße und dem Eingang waren keine Betonwand oder Betonklötze aufgestellt, die Selbstmordattentäter mit Sprengstoff hätten aufhalten können. Dies war für einen Regierungsangestellten mit einer offiziellen Position sehr ungewöhnlich. Die einzige Schutzmaßnahme bestand darin, dass sich sein Büro weiter hinten im Hof befand. Die aktuellen Entwicklungen und neu erlangten Freiheiten bewertete er im Interview am 3. April 2013 eher kritisch und argumentierte innerhalb einer islamimmanenten Analogie:

„Der Islam möchte auch, dass es eine saubere, ordentliche und gerechte Ordnung gibt. Auch die Demokratie möchte dies. Aus der islamischen Perspektive ist es so: Je stärker der Islam wird, desto stärker wird auch die Demokratie. Wenn Sie sich im Fernsehen, die Sendungen anschauen, dann sehen Sie, dass es momentan sehr viele Freiheiten gibt. Die Situation, die wir momentan haben, ist weder demokratisch noch islamisch. Diese Freiheit, die wir momentan haben, hat keine Würde und keine Wahrhaftigkeit. Dies wird weder im Islam noch in der Demokratie so anerkannt.“¹⁴

Zuerst äußert Akbar die prioritäre Stellung des Islam in einer demokratischen Grundordnung, in der der Islam die Demokratie festigt. Danach referiert er auf die meist

14 Vgl. Interview Nr. 3, mit Akbar in seinem Büro am 3. April 2013 in Kabul: 44.

sehr umstrittene Kleidung der Moderator*innen, das Singen und insbesondere das Tanzen in der Sendung *Afghan Star* (das afghanische Pendant zu *Deutschland sucht den Superstar*), die Radiosendungen, wie *Nacht der Liebenden*, in denen die Jugend des Landes über ihre Gefühle, Erfahrungen sowie gesellschaftliche Tabus spricht (Petersmann 2015) oder die Kontakte, die über die sozialen Netzwerke geknüpft werden können. Sendungen wie *Afghan Star* oder *Wer wird Millionär* sind ebenso wie Serien aus Indien und der Türkei sehr beliebt und haben sich als fester Bestandteil des allabendlichen familiären Programms, jedenfalls innerhalb der urbanen Zentren und in der Peripherie mit Stromversorgung, etabliert. In einem kriegsgebeutelten Land mit kaum verfügbaren außerhäuslichen Freizeitangeboten sind diese Sendungen eine willkommene Abwechslung und bieten einen anderen Blick auf Genderverhältnisse und Tabus. Eine Dokumentation unter dem Titel *Afghan Star* begleitete vier Finalisten (AFGHAN STAR. THE DOCUMENTARY 2009). Sehr aufschlussreich sind auch die Abstimmungen nach regional-ethnischen Zugehörigkeiten, denn meist stimmen die Zuschauer*innen für diejenigen ab, mit dessen ethnisch-regionaler Herkunft sie sich identifizieren können. Da die Einschaltquoten recht hoch sind (etwa 1/3 der afghanischen Bevölkerung), kann dieses Abstimmungsverhalten als repräsentativ gelten und zeigt die ethnische Spaltung der Gesellschaft. In einem Land mit einer Alphabetisierungsrate von 38,2 Prozent bei den über 15-jährigen spielt das Radio und Fernsehen eine große Rolle.¹⁵ Die konservativen Kräfte des Landes versuchen, diese als westlich-liberal bewerteten Entwicklungen zu unterbinden.¹⁶ Jedoch ist immer wieder von liberalen und im Westen sozialisierten Eliten zu vernehmen, dass sich diese Entwicklungen hin zu einer modernisierten Gesellschaft durchsetzen werden.

Ein hochrangiger Medienmanager, Nader, der aus dem westlichen Exil zurückgekehrt ist und die Medienlandschaft des Landes als Multimillionär stark beeinflusst hat, willigte am 5. November 2014 zu einem Interview ein. Sein primäres Interesse bestand darin, gemeinsam mit einem ehemaligen Regierungsangestellten Karzais mit meinem Vater über die laufenden Kabinettskonsolidierungen zu sprechen. Nader saß nun mit mir unter Zeitdruck stehend im Wohnzimmer, da er sein Flugzeug nach Dubai in weniger als 30 Minuten erreichen und seine unentwegt klingelnden drei iPhones im Blick behalten musste. Im Durchschnitt haben Afghan*innen aus der Mittel- und Oberschicht zwei Handys, da die Spannweite der Netzprovider manchmal in einigen Vierteln nicht ausreicht oder ausfällt, und natürlich Handys auch als Statussymbole gelten. Seine ihn alles bewegende Frage, wie sich nun das Kabinett zusammensetzen würde, hatte er meinen Vater vor dem Interview gestellt und gemeinsam zuvor hastig mit dem anderen ehemaligen Regierungsangestellten beim Tee besprochen. Danach verabschiedeten sich mein Vater und der ehemalige Regierungsangestellte, damit ich mit ihm das Interview in der verbleibenden Zeit führen konnte.

15 Die Dissertation von Wakili untersucht die Demokratisierungsprozesse der afghanischen Medienlandschaft anhand des öffentlich rechtlichen Senders *Radio Television Afghanistan* (RTA) (Wakili 2013).

16 Eine graphische Darstellung der unterschiedlichen Medienarten (Radio, TV, Internet, Handy), die in Afghanistan je nach geographischer Lage genutzt werden, hat *Altai Consulting* nach ihrer Datenerhebung auf dieser Website eingearbeitet: <http://data.internews.org/af-media/> (Altai Consulting 2010).

Er kann als Multimillionär und als patriotischer Weltbürger mit Netzwerken bis weit in die höchsten Regierungsämter der USA und andere US-amerikanische Großunternehmen und Medienmonopole bezeichnet werden, der sich nicht scheut, seinen Habitus mit einem legeren und gleichzeitig luxuriösen Flair und dem Sendungsbewusstsein eines Politikers zu kombinieren.

Die folgende Frage zu den gewonnenen Freiheiten habe ich gezielt an Dozent*innen, Künstler*innen sowie Journalist*innen gestellt: Welche Freiheiten und Möglichkeiten haben sich ergeben und welchen Herausforderungen mussten Sie sich stellen? Welche sozialen und politischen Gruppen verursachen Probleme für Sie? Die folgende Antwort Naders auf die Frage zu den neuen Freiheiten und Möglichkeiten beschreibt dieses Phänomen einer sich rapide wandelnden Gesellschaft weiter:

„When we came to launch the TV-channels the war was chilled. We set up a proper news program. We reported on political elites, drug smugglers, conservative views and we were threatened. But we held on our principles because of the international presence, we were fostering the state. By the time, we reported on cases it was too late for the reported people to react. There were arrested journalists but on a bigger picture, no one was put longer behind bars. We do not take it for granted. But the public has been perceptive. We had never a demonstration of hundreds of people against a soap opera. We made it possible to talk about child abuse, paedophilia, women rights. Now there is even less censorship. The people are very frustrated about corruption and the people go to the media. Now we have about 70 to 80 TV-channels and 40 Radio stations and various newspapers.“¹⁷

Nader sieht die Aufgabe der Medien sowohl als Dienstleistungsservice für die Unterhaltung, aber auch als ein Instrument, um gesellschaftliche Missstände aufzuklären und Tabus zu brechen.

„There has been a tug of war between the different forces since the 1960s. And there is the conflict between the modernist and the religious people. The -ism are in the second decade. People are driven by power and also battle for power. Within the society there are old and aspirational modernist. But within them are the ideologies of *sufist* and more *wahabi* oriented people. But since the medium age of the society is 18 there is more and more demand for modernism.“¹⁸

Sein Sender reagiere auf die Nachfrage, wobei er das moderne Format des Senders als Reflexion der jungen afghanischen Gesellschaft interpretiert. 63,14 Prozent der Gesellschaft sind jünger als 25 Jahre (CIA The World Factbook 2017 est.). Auf die Frage, inwieweit er der Aussage zustimme, dass die afghanischen Eliten wenig Legitimität genießen, gab er folgendes zu bedenken: „The Media is not always successful, but the media can inform and highlight. Women rights were pushed hard; the more liberal ones take it easier now because the public was not ready yet.“¹⁹

17 Vgl. Interview Nr. 15, mit Nader im Wohnzimmer des Lebensraumes meines Vaters am 5. November 2014 in Kabul: 185f.

18 Vgl. ebd.: 185.

19 Vgl. ebd.: 186.

Zu dieser Thematik machte auch die Menschenrechtsaktivistin Tamanaa aus der Volksgruppe der Hasara interessante und wichtige Aussagen. Sie durfte ich als erste für meine Feldforschung im April 2013 interviewen. Tamanaa kannte ich bereits aus vorherigen Zusammentreffen bei internationalen Konferenzen beispielsweise in Berlin und Bonn, ebenso von gemeinsamen Abendessen mit anderen politischen Freund*innen meines Vaters.

Insbesondere in den Anfangsjahren der Interimsregierung befand sich Afghanistan in einer flexiblen Konsolidierungsphase, in der sich politische Eliten regelmäßig trafen und die Zukunft des Landes besprachen. Tamanaa ist eine liberale Stimme des Landes, aber auch sie lässt sich nur von Bediensteten ihrer eigenen Volksgruppe beschützen. Die politische Liberalität geht jedenfalls, wie bei den meisten Elitenvertreter*innen nicht so weit, Menschen außerhalb des eigenen Stammes oder anderer ethnoregionaler Herkunft die persönliche Sicherheit anzuvertrauen. Es ist ein langwieriger Prozess, diese Mechanismen des Misstrauens in einer unsicheren und Gewalt geprägten Umgebung im Sinne einer Konfliktresolution überhaupt erst ändern und dann in der Lebenspraxis umsetzen zu können (Daxner 2017: 26; Giessmann 2016: 60). Zur vorliegenden Thematik der Vorstellung von Freiheit und Moderne erklärte Tamanaa mir im Interview im April 2013:

„Das Parlament der letzten Legislaturperiode hat an einem Gesetzesentwurf gearbeitet, der genau festlegt, wie viele Tage [Haft] und in welcher Höhe die Geldstrafe sein soll für einen jungen Mann, der sein Hemd ein bisschen offen [lässt] und eine Halskette oder ein Armband trägt. Wenn sie sehen, dass ein Mädchen enge und kurze Kleidung trägt, wie viele Tage sie bestraft werden soll. Wenn ein Junge und ein Mädchen, die miteinander nicht verheiratet oder verwandt sind, miteinander in einem Auto sitzen, mit wie vielen Tagen sie bestraft werden sollen. Dies gibt es im Islam nicht. Das ist deren eigene Sichtweise des Islam. Diese Ansicht dient zur Kontrolle der Menschen. Es geht darum, die Freiheiten der Menschen einzuschränken. (...) Wenn dies oder jenes ist, dann bestraft sie. Wenn es so läuft, dann bestimmen sie auch die @Farbe meines Kopftuchs.“²⁰

Wie die AFP am 16. April 2008 meldete, entwarf ein Parlamentskomitee ein Gesetz, um festzulegen, wie sich die junge Generation in der Öffentlichkeit zu kleiden und im Fernsehen nach den Vorschriften der islamischen Sittsamkeit zu verhalten hat (Dawn 2008). Dieses Gesetz hätte von beiden Kammern verabschiedet und dann vom Präsidenten unterzeichnet werden müssen, hierzu kam es auf Druck der Zivilgesellschaft und der Frauenbewegung nicht. In Afghanistan gibt es, im Gegensatz zum Nachbarland Iran, keine gesetzlich vorgeschriebene Pflicht, ein Kopftuch zu tragen.²¹ Jedoch wird immer wieder in den politischen Debatten der Satz aus der afghanischen

20 Vgl. Interview Nr. 1, mit Tamanaa im Wohnzimmer des Lebensraumes meines Vaters am 1. April 2013 in Kabul: 20.

21 In der iranischen Zivilgesellschaft gibt es eine starke Bewegung gegen die Kopftuchpflicht (Farsi: *hijab-e ejaabari*). In den sozialen Netzwerken laden Frauen Fotos von sich ohne Kopftuch hoch. Meist sind auf diesen Aufnahmen die Gesichter nicht zu erkennen und sie sind in der Natur fernab der Metropolen aufgenommen, wo die Sittenwächter*innen nicht patrouillieren (Dehghan 2015).

Verfassung Kapitel 1, Artikel 3 zitiert: „In Afghanistan darf kein Gesetz dem Glauben und den Bestimmungen der heiligen Religion des Islam widersprechen“. (Verfassung Afghanistans 2004: 4)

Jedoch lässt ein Blick auf das öffentliche Leben unterschiedliche Einflüsse in den verschiedenen Städten beobachten. Je schlechter die Sicherheitslage in den Metropolen und den ländlichen Gebieten ist, desto weniger Frauen sah ich im öffentlichen Leben und desto mehr verschleierten sie sich. Zudem wird der afghanische Brauch, auf lockere Art und Weise ein transparentes seidenes Kopftuch zu tragen nun mehr zu Gunsten des arabisch geprägten Brauches, seinen Körper mit einer langen *jellabiya*²² und insbesondere jede Haarsträhne mit einem doppelten Kopftuchsystem zu bedecken, aufgegeben.²³ Mehrere afghanische Parlamentarierinnen haben mir berichtet, unter welchem enormen sozialen Druck sie stünden, denn sie erhalten belästigende Anrufe, abwertende Kommentare von männlichen Kollegen im Parlament und in den sozialen Netzwerken, und jede sichtbare Haarsträhne oder Körperpartie wird politisch kommentiert und politisch gegen sie verwendet.

Schiitische Frauen tragen ein gezacktes Unterkopftuch, um jede Haarsträhne sicher zu bedecken. Auf diese Weise werden die Konfessionsunterschiede sichtbar und die im Exil aufgewachsene Vorkriegsgeneration beklagt, dies als kulturellen und insbesondere politischen Rückschritt, da er die sektiererischen Tendenzen verstärke. Konfessionszugehörigkeiten, die zuvor im alltäglichen Berufsleben und sogar bei familiären Freundschaften keine Rolle spielten, sind nun politisiert und sie schafft unter den Eliten Misstrauen.

Diese Veränderungen prägen das Straßenbild Kabuls und das alltägliche Leben sehr stark, können sich aber bei einer verbesserten Sicherheitslage innerhalb von wenigen Monaten schnell wieder ändern. In diesem Zusammenhang beschrieb Tamanaa die Situation während der Taliban-Herrschaft wie folgt: „Die Menschen hatten keine ausreichende Bildung. Aus diesem Grund konnten die Taliban ihre Ideologie und Mentalität als Islam bezeichnen. Das Kopftuch gibt es im Islam nicht. Aber diesen Käfig ihres Seins haben sie den Menschen aufgezwungen.“²⁴

Auch die beiden jungen Frauen, Narges und Dunia, die ihre Kindheit und Jugend im Iran verbracht haben, gönnen sich einige Freiheiten, die in ihrer liberaleren Kleidung sichtbar werden und ihrem selbstbewussteren Auftreten erkennbar ist. Ihnen fehlt die Agoraphobie²⁵, welche zum Teil bei den sesshaften und urbanen Frauen kul-

22 Dieses Gewand verdeckt den gesamten Körper, die neue „Mode“ wird meist aus den arabischen Golfstaaten, wie den Vereinigten Arabischen Emiraten und Katar, importiert.

23 Sehr beliebt ist es, zu dieser Thematik immer wieder auf die Fotos aus den 1950ern und 1960ern hinzuweisen, in denen afghanische Frauen in der damaligen Mode gekleidet am öffentlichen Leben teilnehmen und in unterschiedlichsten gesellschaftlichen Funktionen zu sehen sind. Sie werden insbesondere von Afghaninnen mit einer nostalgischen Haltung und einem Hinweis auf die eigentlich offene Kultur in den sozialen Netzwerken verbreitet (Johnson 2010).

24 Vgl. Interview Nr. 1, mit Tamanaa im Wohnzimmer des Lebensraumes meines Vaters am 1. April 2013 in Kabul: 15.

25 Auch Bourdieu hat einen Abschnitt zur Agoraphobie der Frauen verfasst, in der er die kulturelle Gewohnheit der Frauen, sich in die häusliche Sphäre zurückzuziehen, beschreibt.

turell bedingt vorhanden ist und sich auch durch die Kriegsjahre zum eigenen Schutz verstärkt hat.²⁶ Oftmals gelten die diminutiv beschriebenen *iranigakaah* (kleine Iraner*innen) in religiös-traditionellen Kreisen als freie Frauen (Farsi: *khanumha-ye aazad*) und werden für ihren Lebensstil angefeindet sowie für den Werteverfall in der Gesellschaft verantwortlich gemacht.

Die hier zitierten Ausschnitte von einem religiös-konservativen Elitenvertreter, einer Frauenrechtlerin, den afghanischen Künstlerinnen und einem Medienmogul bezeugen, dass die binäre Differenz zwischen Beobachten und Teilnehmen (Benhabib 2000) zugunsten einer einzigen vereinfachenden Deutungshoheit, Wirkungs- und Entscheidungshoheit nicht vorhanden ist, sondern sich in einem sozialen Feld gepaart mit den jeweiligen Komplexitäten des Habitus und mindestens drei der vier verschiedenen Kapitalformen, nämlich primär dem ökonomischen, sozialen und kulturellen Kapital, in der handlungsleitenden Praxis reflektiert, „handlungsleitende Wirkungen entfalte[t]“ und gleichzeitig zum umkämpften Deutungsfeld wird (Maurer/Schmid 2010: 161).

Auch ein anderer aus dem iranischen Exil zurückgekehrter Maler und Animationsfilmer, Ehsan, sagte, dass er im Alltag als *iranigak* bezeichnet wird. Ehsans Kleidung war in erdfarbenen Tönen gehalten, er trug eine schwarze kleine Kopfbedeckung die eine religiöse Konnotation hervorrief, Jeans und einen roten Schal, der auch im Westen klischeegemäß Künstlern zugerechnet wird. Finanziell gestaltet sich sein Leben trotz einer Anstellung an der Fakultät der Künste und weiteren bezahlten Workshop-Leitungen an internationalen Instituten eher prekär und umso mehr freute es Ehsan, nach traditioneller dreimaliger und inständiger Bitte mit meinem Vater und mir zu Abend zu essen. Dieses Bitten läuft nach einem bestimmten Muster ab, nach welchem durch die mehrmalige bittende Aufforderung an den Gast und nach mehrmaliger Ablehnung durch den Gast sichergestellt wird, dass die Einladung ernst gemeint ist, und dann erst durch den Gast angenommen wird. Geographisch beginnt dieses Höflichkeitsmuster in Japan, zieht sich über den asiatischen Kontinent und den Mittleren und Nahen Osten bis nach Afrika hin und präsentiert sich in seinen unter-

Die Spaltung des privaten und öffentlichen Lebens ist bei den algerischen Kabylen geschlechtsspezifisch differenziert. Die Aufgabe der*s Soziologin*en sei es jedoch, „die politische Bedeutung dieses Verhältnisses der unmittelbaren Abstimmung der subjektiven auf die objektiven Strukturen“ zu sehen (Bourdieu/Wacquant 1992/2006: 105). Weiter erklärt Bourdieu, wie es zu diesen geschlechtsspezifischen Sphären durch „die Sozialisationsarbeit“ kommen kann und dass es die „geschlechtsspezifischen Herrschaftsverhältnisse“ perpetuiert (ebd.: 209).

26 Nomadische Frauen um Herat berichteten mir, dass sie auch während der Taliban-Herrschaft (1996-2001) ohne Burka in die Stadt zogen, um das Nötigste zu besorgen oder einen Arzt aufzusuchen. Nomadinnen tragen meist bunte und blumige Kleidung, worüber sie einen dunkelroten samtigen *tdschaador* als Ganzkörperschleier werfen. Die alltäglichen Arbeiten der Nomadinnen und das freie Selbstverständnis ließ die Option einer Ganzkörperschleierung mit schlechter Sicht für sie nicht als diskutabile Option erscheinen. Die Taliban haben sie – ihren Berichten nach – während ihrer kurzen städtischen Aufenthalte in Herat nicht festgehalten oder mit Stöcken vertrieben, sondern sie in der Stadt wahren lassen.

schiedlichsten Schattierungen, die auf Farsi mit dem Wort *t'ārof* bezeichnet wird (angemessenes Verhalten) (LoCastro 2012; Eslami-Rasekh 2005).

Durch den ungezwungenen Rahmen kamen während des Interviews interessante Themen zur Sprache. Beim weniger formellen anschließenden Abendessen erzählte Ehsan mir, dass seine Frau, die ursprünglich auch aus Afghanistan stammt, lange Zeit im Iran gelebt hat und nach einem Jahr in Kabul mit den zwei gemeinsamen Kindern wieder nach Maschhad zurückgekehrt ist.²⁷ Für sie war es als Künstlerin unmöglich, ihrer Arbeit in Kabul nachzugehen. Denn, wie Ehsan betonte, war es für sie unerträglich, den alltäglichen sexuellen Belästigungen ausgesetzt zu sein und wegen dieser Zustände ohne männliche Begleitung nicht aus dem Haus gehen zu können. Hinzu kamen die prekäre Sicherheitsituation, die fehlenden Freizeitangebote, die niedrige Lebensqualität und das schlechte Bildungsniveau an den öffentlichen Schulen. Die Gebühren an den internationalen Schulen liegen monatlich ca. bei 500 US-Dollar, was sie sich nicht hätten leisten können. Ehsan jedoch genießt eine gewisse Freiheit in Afghanistan, die er im Iran durch stärkere staatliche Zensur nicht hatte. Diese Freiheit hat jedoch auch seine Grenzen und er beschreibt sein persönliches Dilemma:

„Zensur ist ein wichtiger Teil, der meine Arbeit als Künstler beeinflusst. Es ist einerseits die Zensur in meinem Kopf, die ich bereits im Iran hatte und nun auch in Afghanistan. Woher kommt diese Zensur? Meine Großmutter hat mir bereits als kleines Kind gesagt: Auch wenn du den Menschen zeichnen könntest, würde er keine Seele bekommen. Somit würde ich zum Sünder werden. Ich war klein und es ist so in meinem Kopf und meinem Denken haften geblieben. Aber ein Künstler muss einen Mann und eine Frau frei zeichnen können. Wenn ich eine gezeichnete Person auf Facebook zum Test hochlade, dann sieht man an den Kommentaren, dass ein Teil der Bevölkerung kein Problem damit hat. Ein anderer Teil jedoch schimpft und fragt in den Kommentaren, warum ich das tue. Ich arbeite so, weil ich frei sein will, ich möchte mich nicht selbst zensieren. Aber die Gesellschaft zensiert sich selbst, wer kann dann die Gesellschaft verändern?“²⁸

In diesem Interviewzitat sind mehrere Themen zu finden, die im Detail analysiert werden müssten. Für den vorliegenden Abschnitt sei an dieser Stelle jedoch auf einen der wichtigsten Punkte hingewiesen: *Als Künstler ist er sich darüber im Klaren, dass er für seine Arbeit frei sein müsste. Aufgrund seiner Sozialisation kann er dies aber nicht sein. Gleichzeitig ist auch die Perzeption seiner Kunst in einem global vernetzten Forum einer Diskussion über Normen und Moral vor Menschen ausgesetzt, die zwar die technischen Möglichkeiten der Moderne ausschöpfen, aber die traditionellen Denkstrukturen und Wertvorstellungen religiös-traditioneller Natur verinnerlicht haben.* Ein weiteres Zitat verdeutlicht Ehsans Dilemma als Künstler:

„Ich bin nicht glücklich. Ich bin gerade von einer Ausstellung gekommen. Dort haben drei Maler ausgestellt. Leider waren nur Leute aus den Kreisen der Politiker anwesend. Dies hängt mit der Gesellschaft zusammen und hat etwas mit fundamentalistischem Denken zu tun. Wir haben

27 Diese wichtige Information stammt aus meinem Gedächtnisprotokoll.

28 Vgl. Interview Nr. 16, mit Ehsan im Wohnzimmer des Lebensraums meines Vaters am 5. November 2014 in Kabul: 189f.

sehr viele Arme und sehr viele Reiche, die nicht über normale Wege Geld verdienen. Jene möchten aber keine Kunst kaufen. Es fehlt eine wichtige Zwischeninstanz, es ist die Mittelschicht. Ich möchte, dass meine Kunst gesehen wird. Ich mache moderne Kunst. Moderne Kunst kennt hier keiner. Ich mache es für mich selbst, der Nutzen und Sinn muss dann immer erklärt werden. Es gibt überall moderne Technologie, so muss auch die moderne Kunst erkannt werden und gesehen werden. Wenn die Leute es sehen, müssen die Leute den Unterschied sehen.“²⁹

In den afghanischen Medien erlangte auch eine andere im Iran aufgewachsene Künstlerin eine gewisse Prominenz, die Ehsans Aussagen über die Selbstzensur und die Darstellung von Männern und Frauen bestätigt. Diese Künstlerin, Kubra Khademi, wollte auf ihre Situation als Frau in Kabul aufmerksam machen. Khademi hat sich einen Körperpanzer aus Eisen geschmiedet, mit dem sie Ende Februar 2014 acht Minuten durch die Straßen Kabuls spazierte. Die symbolische Bedeutung dieses Panzers, der die Brust und das Gesäß schützte, liegt auf der Hand. Seit ihrer Kindheit hielt es Khademi für unerträglich, trotz Vollverschleierung mit der Burka³⁰ oder wie im Iran mit einem *tdschaador* von Fremden angefasst und belästigt zu werden. Mit ihrer performativen Kunst riskierte sie ihr Leben, sie wurde von männlichen Passanten beschimpft und mit Steinen beworfen. Nach dieser filmisch aufgezeichneten Performance musste sie einige Wochen im Untergrund leben (Nijat 2015). Khademi entschied sich nach Morddrohungen, Afghanistan zu verlassen und lebt nun in Frankreich im Exil. Die Interviews, die Rostamy-Povey mit afghanischen Frauen im iranischen, pakistanischen, amerikanischen oder britischen Exil führten, zeigen insbesondere bei den Frauen aus dem Iran ein starkes emanzipatorisches Moment:

„Women’s social, economic, and cultural participation, even in the margins of these exile societies, increased women’s self-confidence and domestic authority. Gender relations between men and women altered, and individual identity and the rights of individuals within the household and the family were desired and demanded. But many Afghan women felt that they had to adopt these individual rights according to their own culture.“ (Rostamy-Povey 2007: 249)

Diese Anpassung an die afghanische Kultur, wie auch aus den geführten Gesprächen und Beobachtungen hervorging, ist nicht nur für die weibliche, sondern auch für die männliche Elite eher eine pragmatische Entscheidung und immer eine Gratwanderung zwischen den hergebrachten Vorstellungen und modernen Entwicklungen in der Gesellschaft.

Dieses Verhältnis zwischen System und Lebenswelt ist weitaus komplexer und wird in dieser Arbeit als Paradoxon diskutiert, in dem einerseits die normativen Handlungspraktiken der interviewten Eliten dargelegt und andererseits die gesammelten Daten zu ihrer tatsächlichen Handlungspraxis kontrastiert werden. Tamanaa berichtet, dass sie auch viele Jahre im pakistanischen Exil gelebt und private Schulen

29 Vgl. ebd.: 188.

30 In Afghanistan wird selten der Begriff Burka verwendet, sondern eher *tdschaaderi*.

für Jungen und Mädchen unterhalte.³¹ Tamanaa erzählte zwei bemerkenswerte Anekdoten. Bei einer regierungsbildenden Sitzung im März 2002 hat einer der *mujaheddin*-Kämpfer sie mit Schwester³² adressiert und aufgefordert ihr Kopftuch anzuziehen (wörtlich übersetzt: ihre Blöße zu bedecken), da er ansonsten nicht bereit wäre, mit ihr zu sprechen. Auf meine Frage nach dem Legitimitätsproblem der afghanischen Eliten erzählt sie, dass sie im Zusammenhang mit Menschenrechtsverletzungen von Betroffenen aufgesucht wurde:

„Die afghanischen Eliten haben kein Legitimationsproblem. Wir sind legitim. Es ist nicht so, dass sie nicht mit mir persönlich, mit meinen [...] Haaren und meistens ohne Kopftuch, nicht mit mir sprechen. Die religiösen Gelehrten sprechen trotzdem mit mir. **Aber** wir afghanischen Eliten oder Demokraten sind erstens sehr wenige, zweitens haben wir es nicht geschafft, aus unserem städtischen Prozess raus zu kommen. Drittens sind wir finanziell benachteiligt. Ob man will oder nicht ist der Faktor Geld für die Menschen sehr wichtig. Wir haben innerhalb der Menschen kein Legitimationsproblem. Alle, die sich gegen mich aussprechen und schreiben, haben mich irgendwie akzeptiert. Heute sind beispielsweise ein paar Mitglieder der *Hezb-e Islami* aus Ghazni zu mir gekommen. Ich habe mein Kopftuch nicht angezogen und sie haben gesagt, dass sie stolz auf mich sind. Es ist sehr interessant, weil sie ja eigentlich unsere Feinde sind und sie haben viele unserer damaligen Genossen getötet. Es ist mehr unsere Aufgabe. Wenn wir jedoch in unserem demokratischen und akademischen Verständnis bleiben und alles deuten wollen, dann schränken wir uns selbst ein. Dieses Problem besteht.“³³

Aus diesen Beschreibungen geht hervor, dass die Legitimitätsprobleme oder auch die Debatte zur Kleidervorschrift für Frauen eher Themen zwischen den Eliten darstellen. Diese Problematik erscheint nach Tamanaas alltäglichen Erfahrungen eher als elitärer Diskurs, der sich von den harten Realitäten der Bevölkerung, die meist ums nackte Überleben kämpfen, entfernt hat. Dieser Aspekt bestätigt die von Pareto (1976) als *elite-mass gap* formulierte Diskrepanz. Sicherlich gehört zu diesem elitären Diskurs, so wie er innerhalb der jungen Generation diskutiert wird, die meist zitierte und islamimmanente Debatte um das Kopftuch. Oft geht es insbesondere bei den feministischen Konferenzen in den urbanen und liberalen Zentren (Kabul, Mazar-e Sharif und Herat), an denen besonders viele Frauen teilnehmen, die aus dem iranischen Exil zurückgekehrt sind, um die Sure 24, Vers 31: „[...] wa-l-yadrib-na bi-

31 Private Schulen in Pakistan waren meist zu teuer für die Mehrheit der mittellosen afghanischen Flüchtlinge oder die Bildungseinrichtungen waren Kadenschmieden für die unterschiedlichen *tanzims*. Aus diesen Gründen entschieden sie sich entweder aus der Not heraus, ihre minderjährigen Kinder zur Arbeit zu schicken, oder hielten den Nachwuchs von den ideologisch gefärbten Schulen fern.

32 Im afghanischen Sprachgebrauch werden Menschen des anderen Geschlechts im Alltag und der Arbeitswelt mit „Bruder“ oder „Schwester“ angesprochen, um jedwede Ambiguität von vornherein auszusräumen, die gemeinsame Religionszugehörigkeit zum Islam zu unterstreichen und aus den ersten zwei Punkten resultierend an die Sittsamkeit innerhalb der muslimischen Gemeinschaft (Arabisch: *umma*) zu erinnern.

33 Vgl. Interview Nr. 1, mit Tamanaa im Wohnzimmer des Lebensraumes meines Vaters am 1. April 2013 in Kabul: 15.

khumuri-hinna alâ djuyûbi-hinna [...]“ Rudi Paret übersetzt diesen Vers so: „[...] ihren Schal sich über den (vom Halsausschnitt nach vorne heruntergehenden) Schlitz (des Kleides) ziehen [...]“³⁴ (Paret 2007: 246) In den sicheren Jahren von 2002 bis 2005 kritisierten islamische Feministinnen traditionelle Übersetzungen und diskutierten eine liberalere Auslegung der Sure. Denn eigentlich sei an dieser Stelle des Koran lediglich gemeint, dass Frauen ihren Schleier so drapieren sollen, dass aufreizende Blicke auf den Brustbereich zu bedecken seien.

Dieser Diskurs der alphabetisierten Elite in den urbanen Städten ist von den Realitäten der afghanischen Bevölkerung weit entfernt. Denn die blaue, grüne oder weiße Burka bietet Frauen in einer männlich dominierten Gesellschaft Schutz und Anonymität. Deshalb stößt die westliche Frage, ob Frauen in Afghanistan weiterhin die Burka tragen müssen, oftmals auf Unverständnis. Aber bei wem genau stößt diese Frage auf Befremden? In Kabul betteln viele Frauen, die verwitwet sind und/oder sich prostituieren müssen, im Schutze der Burka. In Kabul tragen weniger Frauen die Burka und es gibt auch viele Frauen, die sich bewusst für eine verhältnismäßig liberalere Kleidung entscheiden und sich eher nach westlichen Vorbildern kleiden. In anderen Städten, wie Herat, Kandahar und Mazar-e Sharif hingegen ist der soziale Druck durch die enge familiäre Sozialstruktur größer, so dass die Objektivierung der Frau und deren Schutzbedürftigkeit durch die Burka eher wegen gefürchteter übler Nachrede und den Blicken der entfernten Verwandtschaft, den Freund*innen sowie fremden Blicken geschützt wird. Aus diesem Grund sind in diesen Städten die Frauen in Burka als Frauen aus religiös-konservativen Familien erkennbar. In Kabul dagegen besteht die Angst vor Selbstmordanschlägen durch Männer, die sich unter einer Burka tarnen, weshalb sie im Stadtkern eher mit Argwohn gesehen werden.

In den verschiedenen Regionen gibt es unterschiedliche Ausprägungen. Die ersten Kandidatinnen für die Provinzräte Herats im Jahre 2005 haben mir erzählt, dass

34 Zu dieser Textstelle gibt es eine These von einem umstrittenen Philologen, der eine syro-aramäische Schreibweise mehrerer Koranstellen vorschlägt. Unter anderen übersetzt er den bereits umstrittenen Koranvers folgenderweise: „Sie sollen sich ihre Gürtel um die Lenden binden.“ (Luxenberg 2005) Weiterhin gab es im Erscheinungsjahr seines Buches scharfe Kontroversen darüber, dass er die den Selbstmordattentätern versprochenen Jungfrauen im Paradies als eine falsche Übersetzung kritisierte. Nach der syro-aramäischen Lesart seien es eigentlich Weintrauben, die die Märtyrer im Paradies erwarteten (Luxenberg 2007: 256-295). Denn nach Luxenbergs philologischer Grundthese sind durch die erst 200 Jahre nach der göttlichen Offenbarung durch den Propheten Mohammad erfolgte Verschriftlichung des Koran einige Fehler entstanden. Jedoch weisen neue Funde von zwei Manuskripten darauf hin, dass es Verschriftlichungen bereits zehn Jahre nach dem Tod des Propheten im Jahre 632 n. Chr. gegeben hat (University of Birmingham 2015). Was dieser Fund einer sehr frühen Überlieferung für den Koran aus hermeneutischer Perspektive bedeutet, wird noch weiter erforscht. Der deutsche Islamwissenschaftler Peter Heine beschreibt kurz und bündig, dass bereits zu Lebzeiten von Mohammad Teile des Koran verschriftlicht wurden, auch unter den nachfolgenden Kalifen wurden diese Verschriftlichungen fortgeführt und schließlich unter dem dritten Kalifen, Osman ibn Affan (644-656) vereinheitlicht. Mit einer einheitlichen Koranversion wurde Zaid ibn Thabit, der bereits zu Mohammads Lebzeiten sein „wichtigster Sekretär“ war, beauftragt (Heine 2008: 25).

sie bei einer Wahlkampagne im ländlichen Gebiet der Provinz Herats verbal und körperlich attackiert wurden, während sie von Demokratie und Freiheit sprachen. Die Zuhörerinnen fühlten sich verhöhnt, da sie weder Strom noch genug Essen oder Wasser zum Überleben hatten. Außerdem äußerte die weibliche Bevölkerung Unmut über das Phänomen, dass die männliche Anhängerschaft aufgrund des Äußeren entschied, welche Parlamentarierinnen oder Volksvertreterinnen am geeignetsten seien, weshalb besonders viele Flyer und Plakate der attraktiven Kandidatinnen gesammelt wurden. Die Lehren für die zukünftigen Parlamentarierinnen waren klar: Wenn sie das Vertrauen und die Stimmen der Bevölkerung gewinnen möchten, dann müssen sie sich zunächst mit den Realitäten und Nöten ihrer ländlichen Wahlbezirke vertraut machen.³⁵

Beispielsweise hat sich im Straßenbild von Herat, der schwarze *tdschaador* für schiitische und der mit Blumenmustern verzierte *tdschaador* für sunnitische Frauen durchgesetzt. Beide Formen des *tdschaadors* prägen nun das Stadtbild Herats. Diese Verschleierungsform ist iranisch geprägt und einerseits sicherlich auf den politischen und kulturellen Einfluss des Nachbarlandes Iran zurückzuführen und andererseits auf die Tatsache, dass eine hohe Zahl an zurückgekehrten Afghan*innen kulturell vom iranischen Exil geprägt ist. Fakt ist, dass die Frauen ihre konfessionelle Zugehörigkeit durch das Muster ihrer Verschleierung zeigen, was vor den ersten konfessionellen Zusammenstößen Ende 2011 weniger politische und soziale Bedeutung hatte, nun aber zu einer Demonstration der konfessionellen Zugehörigkeit im Straßenbild führt. Seit Dezember 2011 wiederholen sich schwere Anschläge während des Trauermonats der Schiit*innen im Gedenken an Imam Hossein (Rashid 2011). Die früher als Minorität gefühlte Präsenz der schiitischen Hasara wird als kulturelle Bedrohung für das sunnitische Selbstverständnis wahrgenommen. Vor dem Bürgerkrieg sind die *ashura*-Zeremonien in den Straßen Kabuls, Mazar-e Sharifs oder Herats nicht in diesem Maße praktiziert worden. Schiitische Repräsentanten sprechen jedoch von ihrem verfassungsrechtlich verankerten Recht, ihre Religion frei auszuüben und üben es auch mehrere Tage im Monat des *muharram* (erster Monat im islamischen Kalender) aus. Bei den alljährlichen Zusammenstößen ist es wichtig zu berücksichtigen, dass die Rivalität zwischen dem schiitischen Iran und sunnitischen Saudi-Arabien eine wichtige Rolle spielt.

In Mazar-e Sharif hingegen ist die Situation durchmischer. Es gibt an den Universitäten der Fakultät für Islamisches Recht viele Frauen, die eine arabische *niqab* oder nur einen längeren Mantel mit einem locker gebundenen Kopftuch kombinieren. In den Märkten und Einkaufshäusern tragen die meisten Frauen wegen der guten Sicherheitslage nur ein Kopftuch und einen längeren Mantel. Vereinzelt sind Frauen mit einer für die Region üblichen weißen oder blauen Burka bedeckt.

Diese Beobachtungen können sich, wie bereits bemerkt, innerhalb weniger Monate verändern und sind meist eine direkte Reaktion auf die Sicherheitslage und die aktuell regierende Miliz in bestimmten Regionen der Peripherie. Weshalb die meisten Frauen insbesondere außerhalb der Hauptstadt lieber kein höheres Risiko eingehen und durchweg die Burka tragen. Einige Frauenaktivistinnen aus den urbanen

35 Diese Information stammt aus meinem Gedächtnisprotokoll der Gespräche mit weiblichen Kandidatinnen für die *wolesi jirga* (Unterhaus) für die Provinz Herat im Jahre 2005.

Zentren haben mir beschrieben, dass sie nur mit der Vollverschleierung ihrer Arbeit nachgehen können, da sie mit ihr anonym bleiben. Die Studien von Rostamy reflektieren diesen Sachverhalt und bestätigen meine Beobachtungen (Rostamy-Povey 2007: 256, 259).

Die westliche Kleidung als Zeichen für die Verwestlichung und Ankopplung an die Moderne wurde in den 1920ern Jahren vom Reformkönig Amanullah eingeführt und den Staatsbediensteten oktroyiert. Diese Politik und die Säkularisierungsversuche lösten schon damals heftige Reaktionen innerhalb der ländlichen Bevölkerung und noch stärker bei den klerikalischen Würdenträgern aus (Grevemeyer 1987; Olesen 1995). Die Jahre des afghanischen *jihads* gegen die Sowjetunion und der enorme Aufstieg der anti-modernistischen und fundamentalistischen Strömungen forcierten den blinden Hass gegen alles, was westlich scheint. So setzte sich die traditionelle Kleidung als eine Form der Ablehnung gegen fremde Kulturelemente sogar bei der urbanen Bevölkerung durch. Hier gibt es Parallelen zu anti-kolonialen Bewegung der algerischen Frauen, die Bourdieu während des algerischen Krieges gegen die französische Kolonialmacht beobachtet hat:

„The most obvious transformations have occurred in the traditions endowed with an essentially symbolic significance such as the customs pertaining to dress. A second function has been added, for example, to the traditional function of the wearing of the veil. Like the *chechia* (distinctive cap worn by the men), the veil has the role of a symbol that expresses both an alliance and exclusion; it is primarily a defense of the inner self and a protection against any intrusion from without. But in addition to this, by the wearing of the veil, the Algerian woman is also creating a situation of non-reciprocity; like a cheating gambler, she can see without being observed; and it is through her that the whole of this dominated society is symbolically refusing to establish any reciprocal relations, is looking on without letting itself be observed. The veil is the most obvious symbol of this closing in upon oneself, and the Europeans have always obscurely felt it to be such. In this way it becomes evident why all attempts at assimilation have taken the discarding of the veil to be their primary objective.“ (Bourdieu 1962: 158)

Diese negative, ablehnende Reaktion wird durch die Präsenz internationaler Truppen seit Ende 2001 und die vertiefte Ungewissheit über den Erfolg des afghanischen Staatsbildungsprozesses verstärkt. Die traditionell afghanische Kleidung mit der weiten Hose und dem langen Hemd (Farsi: *pērāhan wa tunbān*) ist zum Teil ein Erkennungsmerkmal für die eher traditionelle Orientierung geworden, wobei die jeweiligen Stickereien ebenso die Länge und die Weite dieser traditionellen Tracht die regionale Herkunft und/oder die neueste Mode verrät. Meist wird diese traditionelle Kleidung an Werktagen oder offiziellen Veranstaltungen anlässlich von nationalen Feiertagen mit einem formellen Jackett kombiniert. Heute ist es nicht einfach, eine Person aufgrund ihrer Kleidung eindeutig einzuordnen. Einige der früheren *mujaheddin*-Kämpfer haben sich bewusst für Anzug und Krawatte bei ihrer Büroarbeit entschieden, um ihre politische Vergangenheit zu kaschieren. Es lässt sich konstatieren, dass viele aus dem westlichen Exil zurückgekehrten und mittlerweile in den Hauptstadtbüros arbeitenden Büroangestellten sich westlich kleiden. Deren äußeres Erscheinungsbild deutet darauf hin, dass sie keine Klientel aus der Kriegs- oder Bürgerkriegszeit mit symbolischem Kapital bedienen müssen. Für Kabul bringen Issa und Kohistani ihre Beobachtungen in ihrem Aufsatz einleitend zum Ausdruck:

„The discrepancies come from different policy-makers in the government, e.g. mujahideen, the Taliban and Westernised Afghans on the one hand and a huge number of returnees and migrants who suddenly increased the population of Kabul on the other. Kabul is now a city with a variety of urban identities that mirror different social and political aspects of development.“ (Issa/Kohistani 2007: 52)

Im Kabuler Stadtbild ist das Bild bei Büroangestellten, Geschäftsmännern und Studierenden eher durchmischt und es sind sowohl Anzüge, die legerere Variante von Jeans und Hemd als auch die traditionell afghanische Kombination von *pērāhan wa tunbān* zu sehen. Nicht immer ist die traditionelle Kleidung ein Indiz für eine traditionelle Wertvorstellung, oftmals ist die westliche Kleidung aus den neuen Einkaufszentren oder die importierte *second-hand*-Ware in einem der zwei Einkaufszentren, die nach dem Präsidenten Georg W. Bush benannt wurden (Farsi: *basar-e bush*), für die Mehrheit der Bevölkerung nicht bezahlbar.³⁶ Die männlichen Elitenvertreter jedenfalls entscheiden sich oftmals bewusst für einen bestimmten Kleidungsstil und dies sorgte in den ersten Jahren nach 2002 für Diskussionen zwischen ihnen und ist weiterhin omnipräsent. Es werden Fragen der nationalen Identität diskutiert, und dass sich gerade diese islamisch-nationale Identität in den traditionellen Trachten widerspiegeln sollte.

Die traditionelle afghanische Kleidung mit den aufwendigen Stickereien und regional unterschiedlichen Mustern wird von der kleinen urbanen Mittelschicht eher nur am Wochenende getragen. Ein großer Teil der älteren Generation trägt weiterhin die traditionelle Kleidung, die von der Pre-1978-Generation als ein Zeichen für traditionelle politische Orientierung oder antiwestlich bezeichnet wird. Die traditionellen und auch streng gläubigen Politiker*innen und religiösen Eliten tragen besonders jetzt die traditionelle Kleidung kombiniert mit einer Gebetskette, einem regional spezifischen Turban als Zeichen ihrer religiösen und kulturellen Identität. Die traditionelleren Eliten nehmen die Herrenanzüge als entfremdenden Import wahr.

Dann gibt es noch regionale Unterschiede, denn in Mazar-e Sharif war die traditionelle Kleidung bei den Männern an den öffentlichen und staatlichen Institutionen selten zu sehen, wohingegen in Herat die *pērāhan wa tunbān* in allen gesellschaftlichen Situationen eher die Regel schien. In Herat ist die traditionelle Bekleidung des *pērāhan wa tunbān* im Straßenbild häufiger zu sehen. In Mazar-e Sharif hingegen ist das Straßenbild sowohl ethnisch, konfessionell und auch politisch sehr gemischt, was sich auch in der Vielfalt der turkmenischen, usbekischen, tadschikischen und paschtunischen Trachten und des modernen westlichen Kleidungsstils widerspiegelt.

36 Issa und Kohistani beschreiben, dass die jungen Einwohner*innen Kabuls gern in einem neu erbauten Einkaufszentrum flanieren, sich meist jedoch nicht die Ware leisten können. Jedoch sei es zu einem Ort geworden, an dem sich Männer und Frauen gemeinsam in der Öffentlichkeit treffen können (Issa/Kohistani 2007: 61). Diese Möglichkeit in der gender-segregierten islamischen Gesellschaft Afghanistans ist ein Novum.

6.2.1 Die Kleidung der zwei höchsten Regierungsvertreter

An den zwei Spitzenkandidaten der Präsidentschaftskandidatur vom 5. April 2014 lässt sich demonstrieren, dass beide aufgrund ihrer Biographie versuchten, eine neue Wählerschaft zu adressieren und das politische Narrativ, dass auch über die Kleidung vermittelt wird, zu verändern und sich zu Gunsten einer neuen und somit größeren Wählerschaft zu öffnen. Der derzeit amtierende Regierungsvorsitzende (CEO), Dr. Abdullah Abdullah, hat sich seinen Dokortitel als kurzzeitig praktizierender Augenarzt am *Kabuler Noor Krankenhaus* für Ophthalmologie im Jahre 1983, dann im pakistanischen Exil am *Sayed-Jamaluddin-Afghani Krankenhaus* im Jahre 1984 und am Krankenhaus für Augenheilkunde in Peschawar erarbeitet, bis er dann von 1985 bis 1992 zum politischen Berater des damaligen Milizenführers Ahmad Schah Massouds wurde. Sein Dokortitel ist ein Ehrentitel, den er in den 1980er Jahren bei seiner Arbeit mit afghanischen Flüchtlingen als praktizierender Mediziner erhalten hat. Abdullah wird von einem Großteil der im Land und der im Exil lebenden Afghan*innen als ehemaliger *mujaheddin*-Kämpfer und enger Vertrauter des am 9. September 2001 ermordeten Führers der Nord-Allianz, Ahmad Schah Massoud, betrachtet, da er im Jahre 1985 ins Panjschir-Tal zog, von 1992 bis 1996 Sprecher des Ministeriums für Verteidigung unter Präsident Burhanuddin Rabbani (*Jamiat-e Islami*) war, anschließend als stellvertretender Außenminister bis 1997 und dann schließlich von 1999 bis 2001 als Außenminister amtierte.³⁷ Indem er in maßgeschneiderten dreiteiligen Anzügen und farblich abgestimmten Einstecktüchern und Krawatte in der Öffentlichkeit auftritt, versucht er seine Vergangenheit als Kämpfer abzustreifen und stattdessen durch die westliche Kleidung als ziviler Staatsmann zu wirken; dies insbesondere bei politischen Verhandlungen mit westlichen Partnern.

Während des Wahlkampfes vor dem eigentlichen Wahltermin am 5. April 2014 hat Abdullah beispielsweise im Norden des Landes, dem Panjschir-Tal, die traditionelle afghanische Kleidung in Kombination mit einer militärischen Weste getragen. Dort unterstützt die überwiegende tadschikische Mehrheit weiterhin die *Shura-ye Nazar*, die unter Ahmad Schah Massoud geführt wurde und während des Krieges gegen die Rote Armee als eine Untergruppe der *Jamiat-e Islami* bezeichnet werden konnte. In Kandahar dagegen, der Heimatstadt seines Vaters mit paschtunischem Hintergrund, trug er bei seiner Wahlrede den ortsüblichen schwarzgrauen Turban, um

37 Heute noch wird Ahmad Schah Massoud von der tadschikischen Bevölkerung als Märtyrer und Löwe des Panjschir-Tals (Farsi: *šīr-e pangšīr*) verehrt. Am 9. September wird seitens der Regierung und besonders von den Tadschik*innen in Afghanistan an den Nationalhelden gedacht. An dieser Stelle möchte ich nur darauf verweisen, dass die Portraits des Präsidenten Hamid Karzai (2002-2014) und des von der tadschikischen Bevölkerung als Märtyrer und Löwen des Panjschir-Tals verehrten Ahmad Schah Massoud nebeneinander am Eingang des Flughafenterminals und anderen offiziellen Gebäuden hingen. Nun hängt ein großes Portrait des neu gewählten Präsidenten Dr. Ashraf Ghani am Eingangsterminal des Kabuler Flughafens und im Wartebereich für die VIPs und für die VVIPs. Diese symbolische Veränderung hat in einem ethnisch fragmentierten Land wie Afghanistan eine politische Symbolkraft, die sich später auch in den Interviews besonders mit den farsisprachigen Eliten widerspiegelt.

die paschtunische Bevölkerung mit einer Referenz auf seine paschtunische Abstammung väterlicherseits zu gewinnen. Während seiner Wahlkampagne als farsisprachiger Tadschike war er bemüht, als Repräsentant der gesamten afghanischen Nation aufzutreten.

Sein Kontrahent hingegen, Dr. Ashraf Ghani, wurde nach 24 Jahren im Exil und seinem Studium an der *American University of Beirut* und an der *University of Columbia* in New York, seiner Professur an der *University of California, Berkeley* und an der *Johns Hopkins University* sowie seiner Karriere bei der Weltbank, als Technokrat angesehen. In der Interimsregierung Karzais war Ghani von 2002 bis 2004 Finanzminister und bekannt für seinen harten Verhandlungsstil, wenn es um die Kredite der Weltbank für den Aufbau des afghanischen Finanzsektors ging. In einem Gespräch vor seinem Amtsantritt als Präsident berichtete mir Ghani, dass er eine Kreditzusage von 8,2 Milliarden US-Dollar von der Weltbank und weitere 6 Milliarden US-Dollar von der internationalen Gemeinschaft ausgehandelt habe. Mit seiner traditionellen Kleidung versucht er, die langen Jahre im Exil und seine akademische Herkunft zu verbergen, um die traditionelle Wählerschaft aus der Peripherie zu gewinnen.³⁸ Ghani stammt vom paschtunisch-nomadischen Stamm der Ahmadzai ab, die überwiegend im Süden und Südosten des Landes leben (Tapper 2008). Durch seine akademische Reputation als Anthropologe an der *University of Columbia*, *University of California, Berkeley* und der *Johns Hopkins University* und durch seinen oft zitierten zweiten Platz unter den weltführenden Denker*innenn im *Prospect Magazine* hat er bereits große Schichten der jungen Bildungselite, hauptsächlich aus paschtunischem Milieu, durch seine Versprechen für bessere Bildungsmöglichkeiten, eine gerechtere Gesellschaft und den Kampf gegen Korruption gewinnen können (The Prospect 2013). Aufgrund dieser Biographie musste er sich durch traditionelle Kleidung seines nomadischen Stammes den Habitus eines bescheidenen Repräsentanten des einfachen Volkes – auch aus der Peripherie – aneignen.

Beide Kandidaten waren sich während ihrer Präsidentschaftskampagnen darüber im Klaren, welche ethnische Klientel sie als Gefolgschaft bereits ansprachen und um welche sie weiter werben mussten. Aus diesem Grund haben beide ihre jeweiligen Identitäten flexibel angewandt, um weitere Klientel anzuwerben. Auch die Auswahl der zukünftigen Vizepräsidenten zeugt von politischem Machtkalkül. Ghani hat nun als Gewinner der Wahl den usbekischen Kriegsherren General Rashid Dostum als ersten Vizepräsidenten und den ehemaligen Minister für Justiz und höhere Bildung, Sarwar Danesh, als zweiten Vizepräsidenten mit hasarischen Hintergrund in seine Präsidentschaftskampagne aufgenommen. Diese ethnisch-regionalen Koalitionen zeugen davon, dass die Elitenvertreter*innen für ihre Machtstellungen bereit sind,

38 Auch sein Privatleben blieb beim Wahlkampf durch seine Gegner nicht ausgespart. Die christlich-libanesische Herkunft seiner Ehefrau, Rula Ghani, wurde von den Wahlgegner*innen gelegentlich auch als befremdliche westliche Prägung des zukünftigen Präsidenten diskutiert. Als erster afghanischer Präsident bedankte er sich während seiner Antrittsrede am 29. September 2014 bei seiner Ehefrau für die Unterstützung während des Wahlkampfes und gab ihr den Farsi-Namen *bibi gol*, um ihre Zugehörigkeit zu ihrem neuen Land zu untermauern.

politische Kompromisse mit ehemaligen Opponenten einzugehen, weshalb die jeweiligen ideologischen oder politischen Werte in den Hintergrund geraten.

Ghani hat erhebliche Stimmenunterstützung von den Stämmen Karzais aus der Provinz Kandahar (Popalzais) erhalten, diese haben sich insbesondere in der Stichwahl zwischen Abdullah und ihm bemerkbar gemacht (National Democratic Institute 2014). Auch Abdullah hätte die Chance gehabt, viele Stimmen zu erhalten, da er während der Kampagnen immer wieder auf seinen paschtunischen Vater referierte, aber Karzais Einfluss war größer. Außerdem wird er entgegen der allgemeinen Bemühungen seines Wahlteams als farsisprachiger Tadschike mit Affiliationen zur *Jamiat-e Islami* wahrgenommen. Zweitens hat Ghani auch durch vorherige Zusagen an Pakistan und die Taliban für einen Friedensprozess mit ihrer Unterstützung rechnen können. Im Interview gab Juwand, der reformorientierte *talib*, den ich im Kapitel 6.5 *Friedensbestrebungen aus der Perspektive der Taliban* näher beschreiben werde, zu bedenken:

„Two days ago, a bus full of previous police officers, they executed the robbers. Taliban declared several times do not go and work with the government. You will be considered as supporters of the invaders. Their work is not the work of a political group. They consider themselves a legitimate Islamic Emirate. The government is in need to make political reconciliation with the Taliban. Otherwise the government has no control in the countryside. Though! The second time the Taliban helped Ashraf Ghani to become president.“³⁹

Juwands Aussagen geben zu bedenken, dass die Taliban einerseits Angestellte der afghanischen Regierung als Kollaborateur*innen sehen. Andererseits gibt er auch zu, dass die Taliban Ghani während seiner Präsidentschaftskandidatur unterstützt haben. Die ethnischen und politischen Grenzen scheinen fließend zu sein, wenn es darum geht, die Machtübernahme einer Oppositionsfraktion aus den Zeiten des Bürgerkrieges – namentlich der *Jamiat-e Islami* – zu verhindern. Die Machtverhältnisse in Afghanistan waren vor und während der Präsidentschaftswahlen für die ethnischen Minderheiten ungewiss, und viele Regierungseliten befürchteten, dass die Kooptationspolitik Karzais in absehbarer Zeit zu einem Ende kommen wird. In diesem Zusammenhang wäre einer der Gründe für die Kooperation der Taliban mit Ghani darin zu sehen, dass sich Abdullah bei seiner Kampagne kompromissloser über einen Friedensprozess mit den Taliban geäußert hat. Hiermit reagierte Abdullah auf die Erwartungen seiner Anhängerschaft aus dem Norden (Panjschir-Tal, Mazar-e Sharif, Badachschan, Tachar) und auf die im Nordwesten dominierende Partei, nämlich die *Jamiat-e Islami*. Denn er wurde nach dem Peschawar-Abkommen von 1992 während der Taliban-Herrschaft im Jahre 1999 und während Karzais Präsidentschaft von 2001 bis 2006 zum Außenminister ernannt. Auf diese Anhänger*innen kann Abdullah auch als ehemaliger Vertrauter Ahmad Schah Massouds rekurrieren, womit ein besonderes Selbstverständnis der Mitglieder der Nord-Allianz als kollektiver Referenzrahmen steht, auf das in den nächsten Kapiteln eingegangen wird.

Dieser kurze Exkurs über die Nuancen zwischen traditioneller bis zur als westlich perzipierten Kleidung und die regionalen Unterschiede mit ihren Signalen während

39 Vgl. Interview Nr. 19, mit Juwand in seinem Büro am 11. November 2014 in Kabul: 210.

gesellschaftlicher Umbrüche zeigt die Relevanz von Äußerlichkeiten, mit denen Identitäten repräsentiert, symbolische Bedeutungen angesprochen, aber auch provoziert und somit hinterfragt werden. Wie Rostamy-Povey zuvor feststellte: „For women in Pakistan and Afghanistan and for the majority of women in Iran, *hijab* is a question of choice, and its meaning is complicated. Their concept of feminism is based on their understanding of their historical identities which include Islamic culture.“ (Rostamy-Povey 2007: 248) An dieser Stelle würde ich Rostamy-Poveys zusammenfassender Analyse widersprechen und ihr nur dahingehend zustimmen, dass die *hijab*-Debatte kompliziert ist, und hinzufügen, dass sie eher auf der Ebene der Elitenvertreter*innen stattfindet. Die Wahl der Bedeckung und Kleidung ist für Frauen und Männer in Afghanistan keine freie Wahl, sondern an die kulturellen, sozialen und sicherheitspolitischen Begebenheiten insbesondere für die junge Generation aus dem Exil und die gut ausgebildeten Afghan*innen, die während der Kriegswirren im Land gelebt haben, gebunden. Vielleicht ist die Art der gewählten Verschleierung zu einem gewissen Grad eine freie Wahl, sie ist aber dennoch mit gesellschaftlichen Konventionen, der Familien sowie existenziellen Rahmenbedingungen in einem Kriegsgebiet verknüpft. Denn die Kleidung transportiert im afghanischen Kontext, der bereits hoch politisiert und gewaltgeladen ist, eine ethnisch-regionale, eine konfessionelle, eine erkennbare politische Orientierung zwischen wettstreitenden traditionellen, religiösen, ethnisch-regionalen und modernen Werten. *Die Eliten kommunizieren mit der Kleidung jeweils bestimmte Überzeugungen für gewünschte oder bereits existierende Lebensstile und somit lebbare oder erstrebenswerte Lebenswelten.*

Diese Lebensstile und Werte unterscheiden sich, wie bereits dargelegt, auch innerhalb der Milieus der Elitenvertreter*innen, jedoch werden nachfolgend die Auswirkungen auf andere Milieus und die Entwicklungen in anderen Milieus, die ihre Klientel bilden, analysiert. Dieses Phänomen kann in Elias'schen und Bourdieu'schen Termini theoretisch schärfer untersucht werden. Nach Elias gibt es in Zivilisationsprozessen eine zunehmende Funktionsdifferenzierung für einzelne Individuen mit ihren unterschiedlichen Lebensstilen innerhalb ihrer sozialen Strukturen und der Gesellschaft. Elias bezeichnet diese als Interdependenzenden von Individuen und zu ihrer Gesellschaft, in welche sie als Figurationen eingebettet sind. Eine prägnante Definition des Begriffs „Figuration“ lautet bei Elias:

„Das Zusammenleben von Menschen in Gesellschaften hat immer, selbst im Chaos, im Zerfall, in der allergrößten sozialen Unordnung eine ganz bestimmte Gestalt. Das ist es, was der Begriff der Figuration zum Ausdruck bringt. Kraft ihrer grundlegenden Interdependenz voneinander gruppieren sich Menschen immer in der Form spezifischer Figurationen. [...] Aus Dörfern können Städte werden, aus Sippen Kleinfamilien, aus Stämmen Staaten.“ (Elias 1986/2006: 101)

Die letzte Entwicklungsstufe, dass *aus Stämmen Staaten* werden, wird gerade von der afghanischen Administration verfolgt und vollzieht sich in der afghanischen Gesellschaft entlang neopatrimonialer Strukturen in einer gewissen Mischform. Durchgehend beschreibt Elias in seinem Werk, dass sich im Laufe dieses soziokulturellen Prozesses die Abhängigkeit der Menschen zueinander aufgrund der unterschiedlichen paradigmatischen soziokulturellen Wechsel erhöht, wie beispielsweise durch die Industrialisierung oder die spätere wohlfahrtstaatliche Moderne (Elias 1976/1995). Im

afghanischen Kontext und in dem hier untersuchten speziellen Eliten-Klientel-Kontext ist eine von den urbanen Eliten erkennbare Sozio- und Psychogenese in Wechselbeziehung auf die entstehenden mittleren Milieus erkennbar, aber sie sind noch in ihren zaghaften und besonders stark distinguierenden Anfängen. Hinzu kommt, dass der Prozess der Psycho- und Soziogenese in einem gewaltgeladenen Spannungsverhältnis ohne ein starkes physisches staatliches Gewaltmonopol (ebd.: 433) zwischen traditionellen und modernen Wertvorstellungen innerhalb der Elitenverter*innen und somit auch als Reflexion auf die anderen Milieus eher als gewaltgeladener Prozess und Gegenprozess oszilliert. Elias beschreibt, den Zivilisationsprozess idealiter folgendermaßen:

„Wenn sich ein Gewaltmonopol bildet, entstehen befriedete Räume, gesellschaftliche Felder, die von Gewalttaten normalerweise frei sind. Die Zwänge, die innerhalb ihrer auf den einzelnen Menschen wirken, sind von anderer Art, als zuvor. [...] Gesellschaften ohne stabiles Gewaltmonopol sind immer zugleich Gesellschaften, in denen die Funktionsleitung relativ gering und die Handlungsketten, die den Einzelnen binden, verhältnismäßig kurz sind. Umgekehrt: Gesellschaften mit stabileren Gewaltmonopolen, verkörpert zunächst stets durch einen größeren Fürsten- oder Königshof, sind Gesellschaften, in denen die Funktionsteilung mehr oder weniger weit gediehen ist, in denen die Handlungsketten, die den Einzelnen binden, länger und die funktionellen Abhängigkeiten des einen Menschen von anderen größer sind.“ (Ebd.: 320f)

Neben den noch zu pazifizierenden Figurationen kommt hinzu, dass im afghanischen Elitenkontext, in dem neopatrimoniale Verhältnisse herrschen und die Klientel in ihren Abhängigkeiten zu ihrer*m Patron*in steht, jedenfalls keine unilineare Entwicklung eines sozialen Wandels von den oberen in die mittleren Schichten eindeutig und absolut zu konstatieren wäre. Sowohl die oberen Milieus als auch die mittleren Schichten – die sich beide in einem Transformations- und Aushandlungsprozess befinden – müssen ihre jeweiligen *sozialen Universalien* finden. Zum Teil geschieht dies, in dem die Eliten sich durch ihren Habitus, ihr kulturelles und soziales Kapital von den *unteren* Milieus abgrenzen. Ihre Klientel jedoch, die meist aus den mittleren und unteren Schichten stammen, grenzen sich oftmals auch von Zugezogenen ab, was Elias bereits in einer empirischen Untersuchung in der englischen Ortschaft „Winston Parva“ als „Etablierte-Außenseiter-Figuration“ bezeichnet hat (Elias/Scotson 1990: 305). Konkret bedeutet dies, dass nicht in allen Milieus die Wertvorstellungen und der Habitus der Eliten als erstrebenswert und nachahmungswürdig angesehen werden: Die eigenen, alten und bewährten Wertvorstellungen sind für die jeweiligen Figurationen und im ständigen Kriegszustand Afghanistans entlang ethnopolitischer Interessen noch identitätsstiftender geworden, da die Eliten weiterhin um die essenzielle Macht kämpfen.

Viele afghanische Familien entscheiden sich beispielsweise bewusst dafür, ihre Essgewohnheiten – auf dem Boden sitzend und mit den Händen essen – zu erhalten, ihre Kinder in traditionellen Rollenbildern zu erziehen, die Badezimmer nicht mit den aus ihrer Sicht unhygienischen westlichen Toiletten (Farsi: *teshnaab-e asri*) auszustatten und weiterhin ihre traditionelle Kleidung zu tragen. Jedoch sind diese mittleren und unteren Schichten wiederum auch durch feine Unterschiede geprägt, denn die unterschiedlichen Diaspora haben unterschiedliche Lebensstile importiert. In ihrer Interpretation einer modernen Lebensart kaufen sich viele Afghan*innen aus den

aufstrebenden mittleren Milieus dennoch gern einen *Toyota-Corolla*, die modernste Hifi- und TV-Technik für zu Hause, feiern gern die Geburtstage ihrer Kinder, die religiösen Feiertage und Hochzeiten in nie zuvor dagewesener opulenter Form und begehen die Pilgerfahrt bereits in jungen Jahren, so dass sie sich oftmals für mehrere Dekaden verschulden.⁴⁰ Elias analysierte ähnliche Entwicklungen im europäischen Kontext als Abstoßungstendenzen zwischen den „unteren“ und „oberen“ Schichten:

„Aber in der ersten Phase, die meist gleichbedeutend ist mit der Phase des individuellen Aufstiegs aus der unteren in die obere Schicht, tritt die Neigung, von oben nach unten zu kolonisieren, von unten nach oben sich anzugleichen, stärker zutage; in der zweiten Phase, in der die gesellschaftliche Stärke der jeweils unteren Gruppe als eines Ganzen wächst und die der oberen sich verringert, verstärkt sich mit der Rivalität und den Abstoßungstendenzen auch das Selbst- und Eigenbewusstsein beider, die Neigung, das Unterscheidende hervorzukehren und – soweit es die Oberschicht angeht – zu stabilisieren.“ (Elias 1976/1995: 424)

Dieses Phänomen kann als Abgrenzung zwischen den Milieus in verschiedenen Lebensstilen und unterschiedlichem Habitus bewusst zelebriert werden (Distinktion) und es findet sich auch bei Bourdieus Untersuchungen bei seiner genaueren Analyse der Ess- und Trinkkultur besonders evident wieder. Er beschreibt, dass sich bestimmte Menschen aus dem Arbeiter- und Bauernmilieu bewusst gegen die feine und steife Esskultur anderer Milieus äußern und sich somit mit ihrer „Moral des guten Lebens“ distinguieren (Bourdieu 1987a: 292ff). Nach den Elias'schen und Bourdieu'schen Theoriemodellen befindet sich Afghanistan zwischen der ersten und zweiten Phase, wobei zu beobachten ist, dass die Mehrheit der afghanischen Bevölkerung eher über eine ihr bereits bekannte kollektive rigidere islamische Identität als in den 1960er und 1970er Jahren mit den nun besseren und modernen Lebensstandards jedenfalls in den urbanen Zentren genießt und annimmt.⁴¹ Traditionelle Elitenvertreter*innen spre-

40 Der afghanische Staat hat versucht, die Ausgaben für Hochzeiten gesetzlich zu regulieren und auf maximal 3.500 US-Dollar und die Anzahl der Gäste auf höchstens 500 zu beschränken (Rahim 2015). Wichtig ist im afghanischen Kriegskontext auch, festzuhalten, dass viele Familien einen hohen Brautpreis verlangen, der eine finanzielle Einkommensquelle geworden ist, den Lebensunterhalt manch einer Familie für ein Jahr abdecken kann und je nach Region und Braut unterschiedlich hoch ist. Die Morgengabe, die als soziale Versicherung im Falle einer Scheidung oder nach dem Versterben des Ehemannes vereinbart wird, ist die nach islamischer Jurisprudenz einzige legitime Geldsumme, die vor einer Heirat vereinbart und an die Braut ausgezahlt werden sollte. Nun hat sich in vielen Landesteilen die Praxis durchgesetzt, das Geld der Morgengabe für die Braut vom Bräutigam anzunehmen, aber nicht der verheirateten Braut auszuhändigen. Die männlichen Verwandten behalten das Geld ihrer Töchter, Schwestern und Cousinsen für ihre eigenen Ausgaben, und enthalten so der Braut eine finanzielle Absicherung im Falle einer Verwitwung oder Scheidung vor (Muzhary 2016).

41 Genauere Untersuchungen und Beobachtungen hat bereits Daxner bei der jungen urbanen Mittelschicht eingeleitet und beschrieben. Wenn er sie beispielweise befragte, warum sie weiterhin eine traditionelle Form der arrangierten Ehe befürworten, kann dies mit der hyb-

chen diese im Hysteresis-Effekt beharrenden Habitusformen direkt an und appellieren daran, alles innerhalb eines islamischen Rahmens zu erhalten.

Wenn wir nun aber – wie Elias in seinem zweiten Band *Über den Prozess der Zivilisation* – seine theoretischen Schlüsse für den vorliegenden Kontext ergänzend aufgreifen und anwenden, dann werden seine theoretischen Instrumentarien durch die Funktionen der staatlichen Institutionen und somit für einen Staatsbildungsprozess im afghanischen Kontext relevant (Elias 1976/1995). Zwei der insgesamt vier Arten von Zwängen, nämlich die Fremdwänge und der Selbstzwang, sind hier durch die Elitenvertreter*innen in den bereits zitierten Interviews thematisiert worden. Der Fremdwang verkörpert beispielweise den inkorporierten Habitus der Menschen, der sich im Laufe des Zivilisationsprozesses zu einem selbstregulierenden Selbstzwang ausbildet. Die Selbstregulierung kann im Laufe der Zeit (oder nach einem Zivilisationsprozess) über die Affektregulierung und -modellierung zu einer Selbstregulierung werden (Elias 2005: 52ff). Der Elias'sche Zivilisationsprozess der Psycho- und Soziogenese ist nicht in binäre Schemata von gut und schlecht zu bewerten oder spezifisch auf westliche Zivilisationen anwendbar, sondern: „Der gesellschaftliche Zwang zum *Selbstzwang* und das Erlernen einer individuellen Selbstregulierung im Sinne wandelbarer Zivilisationsmuster sind *soziale Universalien*.“ (Elias 1986/2006: 112f, Herv. i. O.) Nun kann jedoch, wie in Afghanistan zu sehen ist, ein Hysteresis-Effekt einsetzen, der sich bei den verschiedensten Milieus⁴² darin äußert, dass sich zwar das soziale Feld um sie verändert hat, jedoch wie oben beschrieben der inkorporierte Habitus bleibt. Dieser Habitus wirkt auf die etablierten afghanischen Elitenvertreter*innen, die seit mehreren Generationen zu den führenden Königsfamilien gehören oder die Bildungselite bilden, als rückwärtsgerichtet, traditionell, ihr Geschmack als neureich und kitschig. Innerhalb neuer gesellschaftlicher und sich schnell wandelnder externer Strukturen – wie sie in Afghanistans Institutionen- und Staatsbildungsprozess forciert auftreten – entsteht ein starker Hysteresis-Effekt für die Mehrheit der Bevölkerung. Die oberen Milieus betrachten dann die neuen symbolischen Kapitalien der unteren Milieus als falsches kulturelles Kapital. Ein wichtiges Element bietet jedoch der Schlüssel zur Bildung und eine anschließende Berufstätigkeit, um aus den unteren Schichten in die oberen aufzusteigen. Die Titel aus den Bildungsinstitutionen würden den Menschen ungeachtet ihrer ethnischen Zugehörigkeit den sozialen Aufstieg durch institutionalisiertes kulturelles Kapital bieten, wenn die Berufsmöglichkeiten ihnen das ökonomische Kapital verschaffte und die gesellschaftlichen Strukturen ein Mindestmaß an gerechten Aufstiegschancen böte.

Dann gibt es einen weiteren gravierenden Hysteresis-Effekt *zwischen* den Generationen in der afghanischen Gesellschaft. Die Mehrheit der afghanischen Bevölke-

riden Form der Interventionsgesellschaften erklärt werden und als eine Form von Adaption und Ablehnung innerhalb des sozialen Wandels (Daxner 2017).

42 Beim Künstler Ehsan beispielweise trat bei seiner Beschreibung seiner Kunst und seiner Freiheit die Selbstzensur zum Vorschein. Diese Art der reflektierten Selbstzensur (Selbstzwang), die er auf seine Erziehung zurückführt, aber auch auf die Reaktionen der Anderen aus der Gesellschaft heraus (Fremdwang), lässt sich als soziogenetischer und psychogenetischer Prozess der Zivilisation beschreiben. Wenn diese in Afghanistan in Frieden verlaufen, dann haben sie eine Chance, ausgehandelt zu werden.

rung (63 Prozent) ist jünger als 25 Jahre, die ihre eigenen Vorstellungen eines modernen Lebensstils hat. Bereits jetzt sind sie in der vernetzten Welt über ihre Smartphones und soziale Netzwerke weltweit miteinander verbunden, von der eigenen Partnerwahl bis zum Kleidungs- und Sprachstil möchten sie sich von ihrer Elterngeneration emanzipieren. In einer traditionellen Gesellschaft, in der die älteren die Entscheidungen treffen und über das Gemeinwohl des gesamten Stammes entscheiden, sind diese unterschiedlichen Lebenseinstellungen nicht einfach miteinander vereinbar und einem Aushandlungsprozess unterworfen. *Über die Zeit und eine pazifizierte Konfliktaustragungsform während des laufenden Adaptions- und Abstoßungsprozesses aller Individuen in ihren jeweiligen Figurationen werden sich über mehrere Generationen Aushandlungsprozesse für neue Formen des Denkens, Handelns und Fühlens entsprechend zu den staatlichen Institutionen mit einem funktionierenden und sicherheitsgarantierenden Gewaltmonopol entwickeln.*

Neben den äußerlichen Merkmalen der Elitenvertreter*innen birgt eine tiefer zu analysierende Komponente nach fast 40 Jahren Krieg zwischen den Afghan*innen ein gewisses Konfliktpotenzial: Die ethnische Herkunft, die Definition und Funktion dieses Begriffs im Alltag.

6.3 DER ETHNISCHE KONFLIKT

6.3.1 Mensch zweiter Klasse im Land der ersten Wahl

Der Aspekt der Ethnie wurde von Nicht-Paschtun*innen, die entweder der hasarischen, tadschikischen oder usbekischen Ethnie angehören, als besonderes Problem hervorgehoben. Bei den drei interviewten Künstler*innen, Dunia, Yassin und Narges, hat sich mir die ethnische Zugehörigkeit im Laufe des Gesprächs erschlossen, da die politischen Überzeugungen und Beschreibungen aus ihrem Lebensalltag darauf hinwiesen, dass sie sich in ihrer Stellung als afghanische Bürger*innen aufgrund ihrer ethnischen, konfessionellen und/oder nationalen Zugehörigkeit und ihrer Genderzugehörigkeit sowie den politischen Entwicklungen diskriminiert fühlen. Im Folgenden wird erläutert, wie sich diese drei Variablen einer ethnischen, konfessionellen und/oder nationalen Diskriminierung für meine Interviewpartner*innen in ihrem Lebensalltag manifestiert. Im Laufe dieses Abschnitts sollte auch die Intersektionalität (Crenshaw 1989) von unterschiedlichen Formen von institutionalisiertem Rassismus für tadschikische im Vergleich zu hasarischen Afghan*innen im Iran deutlich werden.

Dieses Gefühl des Fremdseins und der Diskriminierung ist ihnen auch bereits im Iran widerfahren und ist auch ein häufiges Phänomen bei der zurückgekehrten Generation aus Pakistan. Allen dreien war es erst nach mehreren Registrierungen und der Zahlung von Schmiergeldern möglich, an der Universität Teheran zu studieren. Insbesondere die zweite und dritte Generation afghanischer Staatsangehöriger wird im Iran diskriminiert: Für sie war es schwierig, überhaupt eine Aufenthaltsgenehmigung zu erhalten und sie von den Behörden verlängern zu lassen, ohne der Willkür der staatlichen Institutionen ausgesetzt zu sein.

Viele Afghan*innen, die aus der iranischen Grenzstadt Maschhad in ihre ursprüngliche Heimatstadt Herat oder in die Heimatstadt ihrer Eltern zurückgekehrt sind, erzählten mir, dass sie zwar immer mal wieder im Besitz einer offiziellen iranischen Aufenthaltserlaubnis waren, diese jedoch im Zuge von Straßenkontrollen oder Stichproben bei den Arbeitsstätten zerrissen wurden.⁴³ Womit ihr Status im Iran trotz eines jahrelangen Aufenthalts immer wieder illegalisiert wurde. Afghanischen Flüchtlingskindern war es in der Regel nicht erlaubt, iranische Schulen zu besuchen. Es gab Ausnahmen oder Wege, dieses Verbot zu umgehen, indem die afghanische Herkunft verheimlicht und horrend Summen für Schul- und Universitätszulassungen gezahlt wurden. Andere afghanische Flüchtlingsfamilien im Iran organisierten private Schulen (Farsi: *madārese khodgardān*) für die Ausbildung ihrer Kinder. Die meisten afghanischen Flüchtlinge, die es nicht schafften, ihre Herkunft zu verbergen, wurden an der Teilnahme des Schulunterrichts gehindert, die Aufnahme eines Studiums an den Universitäten wurde verboten oder in jedem Falle erschwert (Rostamy-Povey 2007: 244).

In dieser für afghanische Flüchtlinge diskriminierenden Atmosphäre haben sich viele einen iranischen Dialekt angeeignet, um im Alltag nicht als Afghan*innen identifiziert zu werden.⁴⁴ Jedoch bleibt der afghanischen Volksgruppe, den Hasara, wegen ihrer meist ostasiatischen Gesichtszüge nicht die Möglichkeit, sich durch den iranischen Dialekt als iranische Bürger*innen zu tarnen (Rostamy-Povey 2007: 246). Zwar gibt es auch Iraner*innen mit ostasiatischen Zügen, aber oftmals werden diese physiognomischen Züge mit afghanischen Ursprung gleichgesetzt und im Zweifel fragen iranische Revolutionsgarden nach der nationalen Herkunft. Dies berichteten mir viele Hasaras, die mehrmals aus dem Iran nach Afghanistan ausgewiesen worden sind und wieder zurück hinter die iranische Grenze flüchteten, um als Tagelöhner zu arbeiten. Berichten zufolge sind afghanische Flüchtlinge von der iranischen Regierung für den Krieg in Syrien rekrutiert worden. Die zum Teil minderjährigen Männer werden auf Kriegstauglichkeit geprüft, trainiert und dann in den syrischen Bürgerkrieg in die schiitisch-afghanische Brigade der *Fatemiyoun* entsendet. Es gibt aber auch Afghanen, die aus konfessionellen Gründen freiwillig in der schiitischen Brigade in Syrien kämpfen.

43 In meiner freiwilligen Beratungstätigkeit für afghanische Flüchtlinge bei *Amnesty International* habe ich viele sich ähnelnde Lebens- und Fluchtgeschichten protokolliert.

44 Als 14-Jährige habe ich meine Cousine mütterlicherseits in Maschhad, wohin aufgrund der geographischen Nähe insbesondere viele Afghan*innen aus Herat ausgewandert sind, zum Bäcker begleitet. Sie sagte mir, dass ich nicht sprechen solle, da wir sonst kein Brot bekommen. Auf einem Schild an der Bäckerei stand: „Wir verkaufen kein Brot an Afghanen.“ Äußerlich unterschieden wir uns nicht von Iranerinnen und meine Cousine war geübt im iranischen Dialekt, sodass wir Brot kaufen konnten. Meine älteste Cousine und ihre drei weiteren Geschwister waren es gewöhnt, gelegentlich der Schule verwiesen und nach einigen Monaten wieder aufgenommen zu werden. Die Aufenthaltsgenehmigungen wurden mal ausgeteilt, mal bei Stichproben in der Öffentlichkeit in typischen Arbeitsstätten für afghanische Flüchtlinge, wie beispielsweise auf Baustellen für Hoch- und Tiefbauten sowie in Fabriken oder Restaurants, zerrissen.

Die iranische Regierung verspricht ihren Söldnern 1.000 US-Dollar pro Monat und eine Aufenthaltsgenehmigung. Schätzungen zufolge beläuft sich die Anzahl der afghanischen Flüchtlinge ohne eine Aufenthaltsgenehmigung auf 2 Millionen (Dehghan 2015). Weigern sich die jungen Männer, in Syrien zu kämpfen, werden sie nach Afghanistan deportiert. Bei Fahnenflucht wird ihnen ebenfalls mit Deportation und mit Repressalien gegen die im Iran lebende Familie gedroht (Human Rights Watch 2016). Diese hier dargelegten strukturellen Diskriminierungen durch den iranischen Staat richteten sich gegen eine afghanische Nachkriegsgeneration, der die Hasara durch ihre Physiognomie stärker ausgesetzt waren als andere afghanische Ethnien.

Es ergeben sich in der Lebenswelt der afghanischen Rückkehrer*innen aus dem iranischen Exil Dilemmata, die näher beschrieben werden. Um dieser Problematik auf den Grund zu gehen, folgen nun die Interviewzitate der zurückgekehrten afghanischen Diaspora aus dem Iran. Eine Leitfrage lautet: Wie gestaltet sich nun das Leben der Eliten aus der Künstler*in- und Literaturszene, die eng mit dem journalistischen Bereich verbunden sind?

Das interviewte Paar gehört der tadschikischen Ethnie, Narges den Hasara an. Zurück in Kabul versuchen nun alle drei, ihren iranischen Dialekt beim Sprechen zu verbergen, und bemühen sich, *kabuli* zu imitieren. Dieses Phänomen gab es auch bei einem weiteren und bereits oben näher vorgestellten Interviewpartner, der aus dem iranischen Exil zurückgekehrt ist. Ehsan bestätigte die Erfahrung von Dunia, Yassin und Narges. In Kabul gibt es eine kleine Gemeinde von Künstler*innen, Intellektuellen und ausländischen Botschaftsangehörigen, welche Ausstellungen, Konferenzen, Workshops, Lesungen und Filmfestivals organisieren. Ehsan bemängelte, dass es immer die gleichen kulturellen Veranstaltungen mit denselben Gesichtern seien. Er vermisst die größere kulturelle Vielfalt, die im Iran geherrscht hat:

„Ich konnte es im Iran aber nicht akzeptieren, Mensch zweiter Klasse zu sein. Dann kommst du zurück und siehst, wie schwer es hier ist. Im Iran gibt es trotz der konservativen Strukturen mindestens 20 andere Künstlerinnen und Künstler, Konzerte, Ausstellungen, Theater etc. All dies ist im Iran möglich.“⁴⁵

Weiter beschrieb Ehsan seine Emotionen über die staatlichen Missstände und den Mangel an kulturellem Austausch mit folgenden Worten:

„Unsere Kindheit haben wir woanders verbracht. Seit acht Jahren bin ich wieder in Kabul. Ich bin depressiv und nehme Medikamente. Meine Psyche leidet sehr darunter. Die Institutionen sollten einfach ehrlicher und wahrer und effektiver sein. Schauen Sie sich die Sprecher der Ministerien an. Sie sind alle Roboter und sie glauben selbst nicht, was sie tagtäglich vortragen müssen.“⁴⁶

Dieses Zitat spiegelt neben einer Identitätskrise, die durch die Flucht und Diaspora geprägt ist, auch eine große Frustration über die staatlichen Institutionen wider. Zum

45 Vgl. Interview Nr. 16, mit Ehsan im Wohnzimmer des Lebensraumes meines Vaters am 5. November 2014 in Kabul: 193.

46 Vgl. ebd.: 193.

einen, weil der Staat seine grundsätzlichen Aufgaben von Sicherheit, Wohlfahrt und Freiheit und Gerechtigkeit (Almond/Powell/Mundt 1996) nicht bewältigt und/oder weil zum anderen die Beamt*innen ihre Aufgaben lediglich gegen willkürlich erhobene Schmiergeldzahlungen ausführen. Dies machen seine Erfahrung mit den Behörden deutlich:

„Die Korruption hat ein eigenes System. Die Korruption gibt es bei den obersten Positionen bis in die untersten. Ich gebe Ihnen ein Beispiel. Ich habe vor zwei Monaten ein Dokument abgegeben. Dieses Dokument ist verschwunden. Ich habe ihnen gesagt, dass sie es nicht suchen, da der Stellvertreter ihnen gesagt hat, dass es gefunden werden soll. Eine Ameise würde das Dokument schneller bringen. Stellen Sie sich vor, dass es ein Patient wäre, der schnell Blut braucht, bis das Blut in der Transfusion ist, würde er doch sterben.“⁴⁷

Auch wenn sich diese Anekdote widersprüchlich anhört, muss hier erläutert werden, dass keine Schmiergelder mehr verlangt werden können, sobald ein Dokument gefunden und bearbeitet worden ist. Aus diesem Grund verlangsamten die Beamt*innen in den afghanischen Behörden die bürokratischen Abläufe, um Geld hinzu zu verdienen. Beide Zitate aus dem November 2014 zeigen, wie hoch das Gefühl der Unsicherheit über die Zukunft Afghanistans ist. Dazu kommt die Gefahr von Anschlägen. An manchen Tagen gab es allein in Kabul bis zu drei Anschläge an einem Tag, denen überwiegend die Zivilbevölkerung zum Opfer fällt. Allabendlich versuchten die Regierungssprecher des Inneren und der Regierung Erklärungen für die schlechte Sicherheitslage zu finden, ohne auf die tatsächlichen Ursachen der Terroranschläge – die laufenden Verhandlungen über Minister- und Regierungsposten – einzugehen.

Nachdem Ghani am 29. September 2014 zum Präsidenten ernannt worden war, bemühte er sich um bessere Beziehungen zur pakistanischen Regierung. Am 14. November 2015 stattete er Premierminister Nawaz Sharif zum ersten Mal einen Staatsbesuch ab und traf bei dieser Gelegenheit auch den geistlichen Führer der *Jamiat-e Ulama-e Islam Pakistan*, Maulana Faz-ul Rahman. Das offizielle Statement des Geistlichen, Anschläge in Afghanistan so lange weiter zu verüben, bis sich die ausländischen Truppen aus Afghanistan zurückzögen, löste bei der afghanischen Bevölkerung Entsetzen und Wut aus (Amini 2014). Hinzu kam, dass ein Dekret von der pakistanischen Regierung erlassen worden war – das an die afghanischen Ministerien und Regierungsrepräsentant*innen übersandt wurde –, in dem anti-pakistanische Rhetorik mit Nachdruck als diplomatischer Affront zwischen den beiden Staaten gewertet wird und von afghanischen Regierungsrepräsentant*innen unterlassen werden soll. Die gesellschaftliche Stimmung war in den Tagen meiner Interviews von einer hohen Unsicherheit und dem Machtpoker zwischen den politischen Eliten der NUG bestimmt.

Die Opposition versuchte Ghani zu schaden, in dem sie die vermehrten Anschläge in Kabul dem pakistanischen Geheimdienst, ISI, zuschrieb, um richtungsweisen Druck bei den laufenden Friedensverhandlungen mit den in Pakistan ansässigen

47 Vgl. Interview Nr. 16, mit Ehsan im Wohnzimmer des Lebensraumes meines Vaters am 5. November 2014 in Kabul: 190.

Taliban auszuüben.⁴⁸ Trotz allen herrschenden Umständen sahen die Eliten nach der erfolgten Regierungsbildung der beiden Kontrahenten Ghani und Abdullah kurzzeitig einer hoffnungsvollen Zukunft entgegen, da erstmals in der Geschichte die Machtübergabe friedlich erfolgt war. Jedoch gestaltete sich die Realität nach zwei Monaten alles andere als friedlich und die Leittragenden waren Menschen aus der Zivilbevölkerung.

In dieser Atmosphäre habe ich die Interviews mit den aus dem Iran zurückgekehrten Elitenvertreter*innen im November 2014 geführt. Auch Rostamy-Povey stellte nach ihren Interviews mit afghanischen Flüchtlingen, die im Iran, Pakistan, Großbritannien oder den USA gelebt haben, fest: „The experience of identity confusion, even before the uprooting itself, is part of the trauma of war and is crucial for understanding the socio-political identity processes through which people rebuild life after displacement.“ (Rostamy-Povey 2007: 246) Nach Rostamy-Poveys Untersuchungen ist bereits der Schritt ins unfreiwillige Exil eine traumatische Erfahrung, und den Beschreibungen Ehsans zufolge wiederholt sich nach der hoffnungsvollen Rückkehr in die Heimat dieses Trauma. Ehsans Beschreibungen formulieren auch die Frustration über die Ineffizienz der Institutionen und des Staates als Garant für Sicherheit und Ordnung. Die Sicherheitslage hatte sich im November 2014 rapide verschlechtert und die Regierung der Nationalen Einheit hatte immer noch kein Kabinett vereidigen können.

Einem in Europa ausgebildeten Politikwissenschaftler und ehemaligen Analytiker des Außenministeriums, Mortazah, geht es ähnlich wie den hier bereits vorgestellten Künstler*innen. Nach seiner Zeit als Regierungsangestellter hat er ein Forschungszentrum in einer fast schon fürstlich anmutenden alten Lehmburg mit großen Holztüren, Büro- und Konferenzräumen eröffnet. Die Forscher*innen stammen meist aus seiner Heimatstadt Herat, zudem waren sie sogar meist Schiiten wie er selbst und in jedem Fall farsisprachig. Der Politikwissenschaftler wählt seine Mitarbeiter*innen also nach ethnopolitischen Kriterien aus, betreibt so eine Einstellungspolitik, die er im Interview gesamtgesellschaftlich kritisierte. Seine Handlungspraxis zeigt aber, dass er am ehesten jungen Absolvent*innen aus seiner eigenen regionalen und ethnopolitischen Herkunft traut. In seinem damals frisch eröffneten Forschungszentrum haben wir in einem länglichen Raum mit handgefertigten Holzsesseln, die mit handgewebten Mustern überzogen waren, Platz genommen. Gereicht wurde uns, Darius und mir, Safran-Tee aus Herat mit iranischen Süßigkeiten. Mortazah, antwortete auf meine Frage, ob er irgendetwas hätte anders machen können in seiner Zeit im Außenministerium, wie folgt: „No, my main mistake was to come to Afghanistan. @2@ That was the single most important mistake step in my life. But apart from that major step, I did the right thing. Even if I go back five years ago my advice would have been the same. (...) The only regret is I came to Afghanistan.“⁴⁹

Diese Aussagen der Rückkehrer*innen, die den sogenannten Braindrain umkehren könnten, muten sehr pessimistisch an und können nicht mehr mit dem Entusi-

48 Auf diese bereits mehrmals missglückten Friedensverhandlungen ging auch ein reformorientierter *talib* genauer ein. Diese Thematik wird in Kapitel 6.5 *Die Friedensbestrebungen aus der Perspektive der Taliban* näher diskutiert.

49 Vgl. Interview Nr. 12, mit Mortazah in seinem Büro am 8. April 2013 in Kabul: 157.

asmus der ersten Jahre nach dem Fall der Taliban verglichen werden. Die gesellschaftlichen und politischen Klientelnetzwerke haben sich institutionell manifestiert. Den kulturellen und jungen Eliten bietet sich nur eine Chance, wenn sie entlang ethnisch-regionaler, konfessioneller und tribaler Strukturen, ihr soziales, ökonomisches und soziales Kapital einsetzen und Patron*innen um Hilfestellungen fragen. Auf diesem Weg wird ein sich reproduzierendes Rekrutierungssystem geschaffen. Ehsan beschreibt, wie das System funktioniert:

„Bei der Ernennung für die Positionen muss er denjenigen bezahlen, der über ihm steht, so hat es derjenige, der das Geld nimmt, ja auch gemacht. Für diese Ernennungen werden je nach Position ab 10.000 US-Dollar aufwärts Schmiergelder bezahlt. So häuft sich also bei dem neu ernannten Beamten oder neu engagierten Mitarbeiter eine immense Schuld an, die er nur mit den Schmiergeldern anderer Personen, die bei ihm vorstellig werden, bei seinen Freunden und Familienmitgliedern abbezahlen kann.“⁵⁰

Dieser Zyklus von Interessenpolitik funktioniert in der Kombination mit segmentierten und fragmentierten Stammesstrukturen, die sich sowohl ethnoregional als auch konfessionell zu einem Elitenklientelismus innerhalb eines präsidentiellen Systems verstärkt und vertieft haben.

Die in Kabul interviewten Eliten gaben fast ausnahmslos die Ethnie als einen seit der April-Revolution 1978 bis heute omnipräsenten Konfliktherd innerhalb der afghanischen Gesellschaft an. Nur drei der 36 interviewten Elitenvertreter*innen, welche die Ethnisierung nicht als Problem identifizierten, verfolgen gezielt eine *policy* des modernen Bürgertums für ein afghanisches Nationenverständnis, weshalb sie dieses Problem als vorübergehendes Phänomen in der aktuellen Phase des Staatsbildungsprozesses hin zu einem funktionierenden Nationalstaat bewerteten. Aus diesem Grund marginalisierten sie im Interview die ethnischen Konflikte als Übergangsproblem oder beschrieben sie als von außen hereingetragene Verschwörung gegen die höchsten Regierungsvertreter*innen Afghanistans, um einen Coup gegen eben jene zu initiieren.

6.4 SPRACHE ALS TEIL KULTURELLER UND ETHNISCHER IDENTITÄTEN

Von den Nicht-Emigrierten werden Rückkehrer*innen aus dem Iran durch ihre Kleidung, ihren Dialekt, ihre Lebensweise und besseren Bildungsgrad leicht identifiziert und oftmals diskriminiert.⁵¹ Im Berufsalltag haben sie das Problem, überhaupt kein Paschto sprechen oder gar verstehen zu können. Umgekehrt geht es den Rückkehrer*innen aus Pakistan mit ihrem Verständnis von Farsi ähnlich, so dass die einzige

50 Vgl. Interview Nr. 16, mit Ehsan im Wohnzimmer des Lebensraums meines Vaters am 5. November 2014 in Kabul: 190.

51 Wie bereits in Kapitel 5 von Lotfullah beschrieben, handelt es sich bei dieser Generation um die dritte Generation von 1979 bis 2001, die im Exil aufgewachsen ist. Vgl. Interview Nr. 2, mit Lotfullah in seinem Privathaus am 2. April 2013 in Kabul: 29.

gemeinsame Sprache, insbesondere bei der Generation, die in den Kriegsjahren von 1979 bis 2001 Afghanistan verlassen hat, das Englische ist.

Die enge Bindung zwischen Sprache und ethnischer Identität hat sogar schon zu der Überlegung geführt, Englisch als die einzige offizielle Amtssprache in Afghanistan einzuführen.⁵² Befürworter*innen sehen die Situation pragmatisch, denn auf diese Weise würden sich erstens die Diskussionen über die Dominanz einer Sprache über die andere und zweitens auch das Problem der Kommunikation in der Verwaltung auflösen.⁵³ Jedoch gibt es Stimmen, die sich nicht mit den postkolonial geprägten Ländern Indien und Pakistan vergleichen lassen wollen, in denen Englisch *de facto* immer noch die Verwaltungssprache ist und viele englische Wörter in den Alltagsgebrauch der unterschiedlichen Landessprachen und zahlreichen Dialekte⁵⁴ eingeflossen sind. Viele der afghanischen Elitenvertreter*innen und auch aus den Reihen der Bevölkerung lehnen solche Überlegungen vehement ab und berufen sich nicht nur auf ihre lange antikoniale Tradition, sondern auch auf die reiche literarische Tradition des Landes.

In der indischen Verfassung, die erst im Januar 1950 in Kraft trat, obwohl das Land bereits 1947 seine Unabhängigkeit deklariert hatte, wurde Hindi als erste offizielle und Englisch als die zweite offizielle Sprache in Teil VII, Kapitel I, Artikel 343 festgeschrieben. Die Sprache der Kolonialzeit war ursprünglich nur für einen Zeitraum von 15 Jahren vorgesehen. Von den mehr als 600 gesprochenen Sprachen in Indien wurden weitere 22 anerkannt. Da Hindi lediglich von ca. 40 Prozent der Bevölkerung gesprochen wird, erkennen viele Bewohner*innen Hindi nicht als Nationalsprache an. Von Stuligross und Varshney (2002) gibt es im Zusammenhang mit der ethnischen Diversität und Nationenbildung in Indien einen interessanten Aufsatz, der die Sprachenregelung in den indischen Staaten durch repräsentative staatliche Institutionen als gelungen bewertet (ebd.: 437). Beispielsweise wurden Staaten gegründet, in denen die Bevölkerung kulturelle Gemeinsamkeiten aufweisen und die Sprachpolitik (*linguistic federalism*) hat sich im Vielvölkerstaat Indien als Erfolg für die bürokratischen Abläufe erwiesen (ebd.: 448). Bis heute ist Englisch in einem ethnischen und religiösen Vielvölkerstaat wie Indien sowohl die neutralere Kommunika-

52 Diese Diskussionen laufen zwischen jungen Eliten in ihren politischen Organisationen, die meist im Ausland studiert haben und/oder sich ihre exzellenten Englischkenntnisse in der Zusammenarbeit mit den internationalen Organisationen angeeignet haben. Meist sehen sie aufgrund ihrer Erfahrungen im Arbeitsalltag keine andere Möglichkeit mehr, als eine neue dritte neutrale Sprache vorzuschlagen, um die ethnolinguistischen Animositäten zu vermeiden.

53 Da die Möglichkeiten, einen Master abzuschließen, in Afghanistan weiterhin begrenzt sind, nur Wohlhabende ein Studium z.B. an der *American University of Afghanistan* (AUA) in Kabul aufnehmen können oder ein Auslandsstipendium durch gute Beziehungen oder gute Noten erhalten, ist es zwar eine dünne Elite, aber meist haben sie einen Masterabschluss auf Englisch absolviert.

54 Haarmann geht von insgesamt 49 Sprachen in Afghanistan aus, die gesprochenen Dialekte werden auf 200 geschätzt (Haarmann 2002: 273f). Schetter schätzt die gesprochenen Sprachen auf mehr als 30, da sich in dem gebirgigen Land Sprache und Dialekte von Tal zu Tal unterscheiden (Schetter 2004: 22).

tionsform, aber auch ein Zeichen für den höheren sozialen Status (Vijayalakshmi/Babu 2014).

In Pakistan ist Urdu die offizielle Sprache, wobei auch in der Verfassung der Islamischen Republik Pakistans aus dem Jahre 1973 Englisch als die offizielle Sprache für eine Übergangsphase von zehn bis 15 Jahren bezeichnet wird. Am 14. Mai 2015 beschloss das Kabinett, die bisher auf Englisch verfassten offiziellen Dokumente, Reden und Regierungsveröffentlichungen nun sukzessive auch in der Landessprache Urdu, so wie es die pakistanische Verfassung unter Artikel 251 vorsieht, zu ergänzen. Der Premierminister Nawaz Sharif hat in einem Dekret an seine Minister*innen und Regierungsangestellte verkündet, nun bei offiziellen Reden Urdu zu sprechen (Ali 2015).

Die Einführung von Englisch als offizielle Sprache wäre in Afghanistan äußerst problematisch und würde die bereits bestehende Entfremdung der Mehrheitsgesellschaft vom ineffizienten Institutionalisierungsprozess weiter vorantreiben. Denn Englisch unterscheidet sich zudem orthographisch vom Alphabet der mehrheitlich gesprochenen Landessprachen und ist lediglich für wohlhabendere Bevölkerungsschichten in privaten und internationalen Schulen auf einem guten Niveau zu erlernen. Bei der arabischen Sprache hingegen, die in den Koranschulen gelehrt und dann weiterführend in dem mittlerweile obligatorischen Religionsmodul an den Universitäten unterrichtet wird, gibt es mit der Orthographie weder für die paschtosprachige noch die farsisprachige Bevölkerung ein Problem. Denn das arabische Alphabet hat nur 28 Buchstaben, wo hingegen das Farsi-Alphabet aus 32 und das Paschto-Alphabet sogar aus 44 Buchstaben besteht. Für viele ist allerdings eine Übersetzung und Interpretation der religiösen Texte nicht möglich, da sich diese semitische Sprache sowohl durch ihre Syntax, Grammatik und das Vokabular von Farsi und Paschto sehr stark unterscheidet und sehr viel komplexer zu erlernen ist.⁵⁵ So behalten oftmals religiöse Gelehrte die Deutungshoheit und können ihre Lehren des Koran und einer islamkonformen Lebensweise an die junge Generation vermitteln.

In der gesprochenen Sprache unterscheiden sich die neokonservativen Eliten von den westlich orientierten Eliten darin, dass sie arabische und religiöse Phrasen verwenden, um ihre Glaubenssätze im alltäglichen Leben in einen religiösen Rahmen zu setzen und durch ihr symbolisches Kapital repräsentieren sie einen religiösen Lebensstil. Befremdlich erscheinen für die aus der westlichen Diaspora zurückgekehrten afghanischen Elitenvertreter*innen sowie die Pre-Kriegsgeneration die religiös konnotierten Sprachformeln, die in bestimmten Lebenssituationen oder während einer Unterhaltung obligatorisch geworden sind und bei einer Nicht-Einhaltung sozial sanktioniert werden. Zu Beginn einer Rede muss jede*r Redner*in zunächst den ersten Vers des Koran „Im Namen des barmherzigen und gnädigen Gottes“ (Paret 2007: 13) aufsagen. Auch nach Komplimenten sollte gleich ein gottesfürchtiges „Wie/Was Gott will“ (Arabisch: *maschallah*) ausgerufen werden, so dass die gepriesene Person nicht der Böse Blick trifft. Inflationär wird auch der Gebrauch des arabischen Ausdrucks *inschallah* (So Gott will) in allen Lebenssituation ausgesprochen. Viele af-

55 Eine genauere Analyse der zwei miteinander dominierenden Sprachen aus historischer, linguistischer und auch soziokultureller Perspektive bietet Rzehak in seinem Aufsatz (Rzehak 2012b).

ghanische Elitenvertreter*innen weigern sich, diese Formeln zu verwenden, und sagten mir, dass dies eine neue Mode sei. Andere säkular orientierte Eliten entscheiden sich bewusst gegen diese religiöse Sprachregelung, womit sie sich bei öffentlichen Fernsehauftritten den Zugang zu einer überwiegend islamisch geprägten Gesellschaft erschweren und dann unter den Verdacht geraten, Häresie zu betreiben.

Die westlich orientierten Elitenvertreter*innen hingegen verwenden englische Wörter und betonen ihre kosmopolitische Gewandtheit. Wie auch bei der Kleidung ist der Sprachstil jedoch nicht homogen, denn es gibt auch eine neokonservative Elite, die in westlichen Ländern studiert hat und weiterhin religiös ist und sich beider Sprachen eloquent bedienen kann. Sie schaffen sich ein äußerst weites Machtfeld, in dem sie ihre religiös-traditionelle Klientel adressieren können und zugleich ihr kulturelles, ökonomisches und soziales Kapital durch die Kommunikation mit einflussreichen Intervenierenden in ihre Interessenpolitik einbeziehen können.

In dieser Diskussion sollen nachfolgend die Ansichten eines bereits mehrfach zitierten farsisprachigen Journalisten zur Sprache kommen. Omid ist Chefredakteur einer linksliberalen Tageszeitung und seine Redaktion befindet sich in einem hasarischen Stadtviertel. Beim Eintritt des Bürogebäudes begrüßt einen das Ganzkörperportrait Amanullah Khans fast in Lebensgröße. Das Gebäude stammt aus den 1960ern und der Steinboden (Terrazzoboden) zeigt das damals typische groß-fleckige Design in creme-weiß auf grauschwarzem Hintergrund. Im ersten Stock befinden sich die wenigen Büroräume, in denen unterschiedliche Zeichnungen und Karikaturen in farnefrohen Rahmen hängen und Themen wie Pressefreiheit, Krieg und Machtpolitik zum Inhalt haben. In Omids Büro liefen parallel zwei Fernseher, die auf stumm geschaltet waren, er musste wegen eines Anschlags auf dem Laufenden bleiben und den Ton anschalten oder Anrufe annehmen. Am Tag des Interviews, dem 6. April 2013, gab es in Qalat in der Provinz Zabul einen Anschlag der Taliban, der sehr wahrscheinlich gegen den Gouverneur, Ashraf Nasery, gerichtet war. Getroffen wurde jedoch ein Militärkonvoi von US-Diplomat*innen und der Nato gegenüber von einer Schule und einem Krankenhaus. Bei diesem Anschlag kamen insgesamt sechs Personen ums Leben, unter ihnen ein afghanischer Arzt, zwei Zivilisten aus Amerika und drei Nato-Soldaten, mehrere Zivilist*innen wurden verletzt (BBC 2013a).

Omid musste zunächst noch einen Korrespondenten aus der Türkei vor dessen Rückreise in seinem Büro empfangen. Anschließend gingen wir in ein etwas größeres Büro, in dem es ein türkisch-schwarzes längliches Sofa und einen weiteren Einsitzer für Darius gab. Omid kenne ich von mehreren Konferenzen in Deutschland und als Gast im Haus meines Vaters, weshalb es uns leichtfiel, miteinander ein Gespräch zu führen. Als Chefredakteur steht er aufgrund seiner Berichterstattung zu Menschenrechtsverletzungen und korrupten Verflechtungen zwischen Politiker*innen zur Wirtschaft oft unter direkten Morddrohungen, so dass er wie einige andere Elitenvertreter*innen aus der Zivilgesellschaft zumindest seine Familie ins Ausland gebracht hat, aber weiterhin seiner Arbeit als Journalist im Land nachgeht. Er kombiniert eine moderne und traditionelle Lebensweise, die sich darin widerspiegelt, dass seine Familie im Ausland lebt, aber seine Frau aus seiner eigenen Verwandtschaft stammt und sie gemeinsam zwei Kinder haben. Diese Lebensweise erscheint aufgrund der schlechten Sicherheitslage jedenfalls für Afghan*innen mit guten Verbindungen zur internationalen Gemeinschaft eine Kompromisslösung zu sein und ist in der Praxis oft mit einer weiteren Staatsbürgerschaft neben der afghanischen umsetzbar. Eine weitere

Staatsbürgerschaft aus einem westlichen Staat ermöglicht es vielen afghanischen Eliten ihre Familien in Sicherheit zu bringen und sie selbst können in stabileren Phasen ihrer Arbeit in Afghanistan nachgehen. Viele Journalist*innen haben sich für diese Variante des Familienlebens aufgrund ihrer politischen Verfolgung für diese Trennung entscheiden müssen.

Omid hat neben seiner Berufstätigkeit einen Master-Abschluss im Inland und westlichen Ausland nachgeholt, und zwar wie viele andere Afghan*innen in einem enormen Tempo. Auf die Frage nach der Kooperation der internationalen Gemeinschaft mit der afghanischen Regierung in der bevorstehenden Transformation, warum beispielsweise der seit 2008 geplante Zensus blockiert wird oder nur schleppend vorgeht, sagte Omid: „Wir haben einmal den Paschtunen und den Paschtosprachigen. Wir haben einen Tadschiken und einen Farsisprachigen. Jeder der Paschtune ist, ist aus ethnischer Abstammung Paschtune; aus der Perspektive der Rasse.“⁵⁶

Auf Farsi lässt sich das Wort *nejaad* mit „Rasse“ und das Wort *qaum* mit „Stamm“ in diesem Zusammenhang am besten mit Ethnie übersetzen. Rzehaks Definition des Begriffes bietet vorab eine neutrale Sichtweise des *qaum*-Terminus, der hier zitiert sei:

„The concept of *qaum* is that of a continuum in which social groups, including or excluding other groups, define their position in a certain space and in a certain time. It expresses identity as a rather cumulative or polymorphous feature that can be imagined as a pool of fragmentary characteristics like common decent, language, culture, shared history, customs, way of life, religion, neighborhood, and so on.“ (Rzehak 2012a: 139)

Auf meine Nachfrage hin, erklärte Omid, wie aus der Perspektive einiger Elitenvertreter*innen die Unterschiede zwischen den Ethnien zu verstehen sind. Jedoch sprach er sich nach seiner Kritik dieses rassistischen Menschenverständnisses für einen Vermerk über die ethnische Zugehörigkeit im Personalausweis (Farsi: *tazkira*) vorbereitend für die zum damaligen Zeitpunkt bevorstehenden Präsidentschaftswahlen aus. Seiner Meinung nach, könnten die gesellschaftlichen Verhältnisse durch die Vergabe von offiziellen Positionen gerechter nach einer Volkszählung organisiert und reformiert werden. Denn die Zahl der unterschiedlichen Ethnien würden dann erst transparent.

Ethnische Zuordnungen unterwerfen Menschen unterschiedlichen biologischen-rassistischen und ethnisch-rassistischen Konstruktionen und einer wissenschaftlich nicht nachweisbaren Differenzkonstruktion (Scherr 2017: 309f). Die Forderung nach der ethnischen Zuordnung ist eine Reaktion auf die Behauptung mancher Afghan*innen, dass die Paschtun*innen die Mehrheit der afghanischen Nation bilden und nach dem Mehrheitsprinzip regieren dürften. Ein Zitat aus einem Aufsatz von Scherr über Roma-Sinti wirft ebenfalls ein kritisches Licht auf diesen Aspekt der ethnischen Zuordnungen:

„Die Differenzkonstruktionen sind performativ und relational. D.h.: sie begründen und legitimieren Macht. Und Herrschaftsverhältnisse (Über-/ Unterordnung; Privilegierung/Benachteiligung)“

56 Vgl. Interview Nr. 8, mit Omid in seiner Redaktion am 6. April 2013 in Kabul: 108.

ligung; Zugehörigkeit/Ausgrenzungen) zwischen diesen abstrakten Gruppen oder beschreiben diese als anstrebenwert. Zwischen dem jeweiligen ‚Wir‘ und den ‚Anderen‘ wird eine klare Unterscheidbarkeit angenommen, deren Grundlage explizite Eigenschaftszuschreibungen an ‚die Anderen‘ sind; dagegen können die entsprechenden Wir-Konstruktionen implizit bleiben.“ (Ebd.: 310)

Durch die Betonung der ethnolinguistischen Gemeinsamkeiten des jeweiligen „Wir“ und einer gleichzeitigen rassistischen Differenzkonstruktion zum „Anderen“ wird auch im afghanischen Kriegskontext ein zivilbürgerliches Nationsverständnis für eine pazifizierende Gesellschaftsordnung in weite Ferne gerückt. Ähnlich erklären Dunia, die Dokumentarfilmerin, und Yassin, der Schriftsteller, ihre Sicht zu alten und neuen Konflikten, die weiterhin in der afghanischen Gesellschaft auftreten. Dunia: „Sie haben die Macht, die Paschtunen, sie wollen sie behalten, ihre Macht.“⁵⁷ Yassin: „Der ethnische Konflikt ist der Wichtigste. Es gibt kein Gespräch zwischen den Ethnien. Hinzu kommt, dass es noch die Ethnie und die Konfession gibt. Es gibt 1. die farsisprachigen Faschisten, 2. die paschtosprachigen Faschisten und 3. die nationale Einheit.“ Mit dem Wort Faschismus ist hier in diesem Kontext gemeint, dass sich eine jeweilige Ethnie der anderen Ethnie überlegen fühlt und somit einen alleinigen Herrschaftsanspruch erhebt. Die Sprache und die ethnische Abstammung über den Vater ist ein wichtiger Aspekt in einer patriarchalischen Gesellschaftsstruktur. Mit der dritten Gruppe der „nationalen Einheit“ meint Yassin die Bewegung eines modernen Bürgertums. Er führt weiter aus:

„In der Wirtschaft setzten sich die Brüder Karzais und Fahim zusammen und etablieren die *Kabul Bank*. Es wird ein Weg gebraucht, der den Eliten ein Verhandeln mit seinen eigenen Eliten erlaubt. Die Eliten folgen Khalili oder Mullah Omar, es sind auch Verhandlungen mit Mullah Omar erlaubt. (...) Bei den Tadschiken ist es anders, sie kennen alle Ahmad Zia Massud, aber es gibt hunderte tadschikische Schriftsteller und sie haben eine kritische Sichtweise ihm gegenüber. Es haben dennoch alle eine Verantwortung. Es muss eine Führerschaft für eine moderne, demokratische Nation geben, dann wird die Ethnie, Provinz, Herkunft, Religion nicht mehr wichtig sein. Stattdessen werden die Bürgerin und der Bürger wichtig, er/sie wird sein/ihr Recht einklagen.“⁵⁸

Yassins Aussagen können unterschiedlich gedeutet werden, denn die im ersten Teil seiner Aussage geäußerte Kooperation zwischen den Eliten kann als Konsensbereitschaft zweier unterschiedlicher ethnischer Gruppen gewertet werden. Denn der paschtunische Mahmoud Karzai, der Bruder Hamid Karzais, ist ein Geschäftsmann, der gemeinsam mit Haseen Fahim, dem Bruder des zweimal amtierenden ersten Vizepräsidenten mit tadschikischer Ethnie Marshall Mohammad Qasim Fahim (2002-2004; 2009-2014) vom Begründer der *Kabul Bank* horrenden Summen an Krediten

57 Vgl. Interview Nr. 13, mit Narges, Dunia und Yassin im Lebensraum meines Vaters am 2. November 2014 in Kabul: 173.

58 Vgl. ebd.: 173.

und Aktienanteile erhalten hat.⁵⁹ Die *Kabul-Bank*-Affäre hat bei der gesamten Bevölkerung Afghanistans unabhängig ihrer ethnischen Herkunft zu Empörung geführt. Jedoch wussten die Elitenvertreter*innen diese für sich und ihr Machtinteresse zu instrumentalisieren.

Die gesamte *Kabul-Bank*-Affäre, die bereits im August 2010 mit Verlusten in Höhe von 900 Millionen US-Dollar begonnen hatte, an dieser Stelle minutiös aufzudecken, würde zu weit führen. Dennoch sei in diesem thematischen Kontext der ethnischen Herkunft und der ethnisch-orientierten Partikularinteressen vermerkt, dass der Mitbegründer der privaten *Kabul Bank* Haseen Fahim einen Kredit von 182 Millionen US-Dollar für drei Aktiengesellschaften und Mahmud Karzai 22 Millionen US-Dollar erhalten haben (Imbert 2011).⁶⁰ Sherkhan Farnud, der die erste Lizenz für eine Privatbank im Jahre 2004 erhielt, band Mahmud Karzai frühzeitig mit Aktienanteilen in seine Bank ein. Außerdem kauften sie gemeinsam Zementfabriken und ein Tankstellennetz für 21 Millionen US-Dollar. Unter Karzais Regierungszeit wurde eine Verhandlung eingeleitet und die zwei Hauptangeklagten, der Gründer der Bank Sherkhan Farnud und der ehemalige CEO Khalilullah Ferozi wurden zu milden Haftstrafen von zwei Jahren verurteilt, Mahmud Karzai und Fahim wurden jedoch nicht angeklagt (BBC 2013b). Mit seinem Amtsantritt setzte Präsident Ghani sein Wahlversprechen, gegen Korruption vorzugehen und die *Kabul-Bank*-Affäre aufzudecken, um. Am 11. November 2014 wurde in einem öffentlichen Prozess das Urteil gegen den ehemaligen Geschäftsführer der Kabul Bank, Sherkhan Farnud, und den ehemaligen Vorsitzenden Khalilullah Ferozi, korrigiert. Beide wurden zu je zehn Jahren Haft verurteilt, die anderen Angeklagten, u.a. Karzai und Fahim, jedoch freigesprochen.

Im Interview deutet Yassin darauf hin, dass bei finanziellen Interessen die Eliten unterschiedlicher Ethnien miteinander kooperieren. Diese reflektierte Selbstkritik traut Yassin eher den tadschikischen Afghan*innen zu, da sie zumindest bereit seien, ihre eigenen Ikonen des *jihads*, wie beispielsweise Ahmad Zia Massoud, den Bruder des am 9. September 2001 durch *al-Qaida* ermordeten Führer der Nord-Allianz, Ah-

59 Fahim's Halbbruder, Abdul Haseen, hat ein wichtiges und florierendes Geschäft aufgebaut, das Bauaufträge von der NATO, der US-Botschaft und Kabuls Flughafen erhält (Chatterjee 2010). Abdul Haseens Unternehmen, benannt nach dem ältesten Sohn „Zahid Walid“ ist an Gas- und Dieselverträgen beteiligt. Neben diesen kleinen Unternehmen, wie der Juwelen-Komplex *Goldpoint* in Kabuls *City Center*, der Gas-Konzern unter Zahid Walids Firmenname importiert weiterhin russisches Gas und hat den 90 Millionen US-Dollar Vertrag für das Diesel-Triebwerk in Kabul gewonnen. Diese Verträge basieren auf legalen Verträgen, aber die meisten dieser Verträge, die beispielsweise mit dem Bau- oder Mineralsektor verbunden sind, werden aufgrund politischer Verbindungen und patrimonialer Netzwerke zugesprochen. Diese *policy* wird auch durch die internationale Gemeinschaft angetrieben und führt zu Misstrauen über die politischen Ziele dieser hoch profitablen Verträge.

60 Im Artikel der *Le Monde Diplomatique* wird Qasim Fahim als der Bruder des ersten Vizepräsidenten bezeichnet. Ich gehe davon aus, dass es sich hier um einen Fehler handelt, da der erste Vizepräsident selbst Marshall Muhammad Qasim Fahim heißt und sein Bruder Haseen Fahim. Im Artikel müsste es korrekter Weise „Haseen Fahim“ heißen.

mad Schah Massoud, zu kritisieren.⁶¹ Einerseits kann diese Sichtweise von der Überzeugung herrühren, als Tadschike ein kritisches Bewusstsein zu haben, das den anderen Volksgruppen nicht zuteil wäre. Andererseits kann es jedoch aus der Überzeugung entspringen, dass paschtunische Eliten ihren Stammesvorstellungen verhaftet bleiben und nicht Teil des Prozesses zur Schaffung eines modernen Bürgertums werden. Dies ging aus dem Interview nicht klar hervor. Beide spekulative Deutungen würden dennoch darauf hinweisen, dass er als journalistischer Elitenvertreter eine fragwürdige Auffassung von der Idee einer Bürgergesellschaft vertritt und artikuliert.

Ein Großteil der höchsten Schlüsselministerien wurden während der Interimszeit von Präsident Karzai (2001-2004) und den beiden nachfolgenden Amtsperioden (2004-2009 und 2009-2014) von paschtunischen Politikern bekleidet (Waldman 2014). Es gab jedoch auch eine mächtige tadschikische Troika mit Yunus Qanuni als Innenminister (2001-2002) und dann als Bildungsminister (2002-2004), Marshall Mohammad Qasim Fahim als Verteidigungsminister (2001-2004) und Abdullah Abdullah als Außenminister (2001-2006), auf die ich weiter unten eingehen werde. Im zweiten Kabinett bekleideten drei weitere Tadschiken folgende Ämter: Rangin Dadfara Spanta das Amt des Außenministers (2006-2010) und des Nationalen Sicherheitsberaters (2010-2014), Zazar Ahmad Osmani das Amt des Außenministers (2013-2015) und Bismillah Khan Mohammadi war Innenminister (2010-2012) und dann Verteidigungsminister (2012-2015).

Zu dieser Thematik hat auch Jeylaan, ein weiterer interviewter Elitenvertreter und ehemaliger hoher Regierungsangestellter des Sicherheitsapparates, eine offensive Meinung. Seine zwei Privathäuser befinden sich in einer Straße, die von beiden Seiten mit Wachposten und Schranken gesichert sind. Seine Anhängerschaft von mindestens 20 Männern bewachte die Straße, alle – bis auf ein paar wenige in Anzügen – trugen grüne Camouflage-Kleidung und waren mit großen Gewehren sowie kleineren Pistolen bewaffnet. Viele trugen die typische *pakol*-Mütze und ein kariertes Halstuch, beide sind durch den charismatischen Führer des Löwen des *Panjschir*-Tals zu wichtigen Symbolen der Nord-Allianz geworden. In einem Artikel auf der Website des AAN geht Foschini dem Ursprung dieser Wollmütze (Paschto: *pakol*) nach, er findet bereits auf hellenistischen Münzen und Fresken der Makedonier im 4. Jahrhundert vor Christus ähnliche Kopfbedeckungen. Die *pakol* wurde von vielen unterschiedlichen Volksgruppen Afghanistans bereits vor dem Krieg getragen. Auch heute noch tragen viele Afghanen diese Mütze, ohne dass sie unbedingt Sympathisanten der Nord-Allianz sein müssen (Foschini 2014). Die Anhänger und Kämpfer der Nord-Allianz bevorzugen meist Camouflage-Anzüge oder militärische Westen und kombinieren diese mit einem schwarz-weiß karierten Tuch, das dem palästinensischen Tuch (Arabisch: *kufiya*) sehr ähnelt. Dieses Tuch ist ein modisches Accessoire für die farsisprachigen jungen männlichen Bewohner der urbanen Zentren geworden. Diese Vorstellung des „Panjschiris“ ist je nach Erfahrung und ethnischer Zugehörigkeit positiv oder negativ konnotiert. Das stolze Selbstverständnis der Panjschiris geht auf mindestens drei miteinander korrelierende Variablen zurück: Die Kämpfe gegen die Rote Armee, die Verteidigung ihrer Gebirgsregion und den Norden Afghanistans

61 Vgl. Interview Nr. 13, mit Narges, Dunia und Yassin im Lebensraum meines Vaters am 2. November 2014 in Kabul: 173.

während der Taliban-Herrschaft, und die international anerkannte Präsidentschaft Rabbanis von 1992 bis 2001 (Rashid 2010c; Roy 1990c: 196-206).

Jeylaan empfing mich in seinem neuen separaten Gästehaus. Ein enges Treppenhaus führte in ein großes Wohnzimmer für bis zu 50 Gäste. Es war das erste Haus, das ich betrat, das tatsächlich der importierten pakistanischen Architektur entsprach (*Narcotecture-Neubauten*).⁶² Es war von außen sehr farbenfroh und mit spiegelnden Gläsern versehen, um den privaten Bereich vor fremden Blicken zu schützen und auch zum Teil die Wärme im Sommer abzuhalten. Jedoch sind die Winter in Afghanistan mit bis zu minus 30 Grad nicht mit denen in Islamabad oder Karachi vergleichbar.⁶³ In diesem riesigen Empfangsaal setzten wir uns am obersten Ende des länglichen Zimmers auf die braunen Ledersessel vor den Fenstern, die mit pastellgelb schimmernden Vorhängen zugezogen waren. Hinter ihm stand eine etwa 1,50 Meter hohe afghanische Flagge in einem Flaggenständer und zur ethnopolitischen Orientierung hing am Ende rechts neben dem Eingang des Saales ein großes Portrait Ahmad Schah Massouds. Darius saß wieder abseits auf einem der länglichen Sofas und verfolgte das Interview. Der tadschikische Führer einer neuen Bewegung, Jeylaan, antwortete in einem emotionalen Ausbruch auf meine Frage nach einer Ethnisierung des Konfliktes:

62 Ruttig bezeichnet diese Häuser in seinem Weblog als *Narcotecture-Neubauten*. Es ist eine Anspielung auf die Bereicherung bestimmter Menschen über Waffen-, Drogen- und Menschenhandel und sicherlich auch über die unterschiedlichen Verträge zwischen den Entscheidungsträger*innen in der Regierung, die mit internationalen Regierungsgeldern für ihre Loyalität in regelmäßigen Abständen bezahlt werden. Der SIGAR hat in einem Brief an den damals amtierenden amerikanischen Verteidigungsminister Ashton B. Carter zusammengefasst, dass die *Defense Department's Task Force for Business and Stability Operations* (TFBSO) 20 Prozent des geplanten Budgets für Investitionen in die Mineral-, Öl- und Gasindustrie in die Mietzahlungen mit Serviceleistungen in private Villen in der Höhe von 150 Millionen US-Dollar investiert hat (SIGAR 2015).

63 Eine genauere Beschreibung dieser pakistanischen Architektur findet sich im Artikel der Architektin Feenstra. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, dass es im Jahre 2010 in Wazir-Akbar-Khan 138 dieser kleinen Mini-Paläste gegeben hat (Feenstra 2010). Es dürften sowohl in Wazir-Akbar-Khan und Schirpur auf dem brachliegenden Nachkriegsland seit 2010 noch mehr geworden sein. Meist belaufen sich die Kosten auf 400.000 US-Dollar für ein Haus, sind nach oben hin preislich und auch architektonisch offen. Regularien, die die Bauhöhe dieser Häuser kontrolliert, können durch Zahlungen an Schmiergeldern bei der ersten Instanz im Ministerium für Stadtplanung und dann beim Senat von Kabul umgangen werden. Angesichts der enormen Nachfrage durch die internationalen NGOs und anderer Organisationen haben sich viele afghanische Hausbesitzer*innen für die Vermietung der energetisch schlecht gebauten Häuser entschieden. Feenstra schreibt auch, dass es in den Anfangsjahren nach dem Fall der Taliban schwierig war, die Mietsteuer der Vermieter*innen über ein marodes Finanzministerium einzufordern. Auf diese Weise konnten sich für die Vermieter*innen die jährlichen Einnahmen durch Vermietungen an internationale Organisationen, Botschaftsangehörige und auch private Vermietungen an afghanische Familien nach eigenen Recherchen auf bis zu 200.000 US-Dollar belaufen.

„You are right, you are absolutely right that the issue of language, the issue of ethnicity, the issue of access to justice, political party decisions those are legitimate issues. We do not fly away. I will count to you, Finance, Foreign Affairs, Defence, Interior, Intelligence, Justice, Attorney General, Governors, President, what is left for others?“⁶⁴

Im April 2013 war die Mehrheit der insgesamt 26 Ministerien von paschtunischen Ministern bekleidet. Die von Jeylaan aufgeführten Ministerien zählen in jedem Staat zu den Schlüsselministerien; lediglich das Verteidigungsministerium wurde von einem ehemaligen Vertrauten Ahmad Schah Massouds und Mohammad Fahims, nämlich von Bismillah Khan Mohammadi vom 15. September 2012 bis 24. Mai 2015 bekleidet. In Afghanistan werden Jeylaans Ansicht nach Stellen für Beamt*innen und die dringend notwendigen Entwicklungshilfegelder, Projekte und *policies* nach ethnischer Zugehörigkeit vergeben, und nicht nach Qualifizierung oder nach Bedürftigkeit. So fragte er rhetorisch:

„Now, I am not denying that we are exploiting the language differences, the ethnic-, no we are boldly saying if you don't fix these problems. Fixing the problem doesn't mean you bring Amrullah Saleh and Abdullah in the government. No, fixing the problem means a) management of expectation, management of the perception. What the people expect the government to do. (...) The entire province of Ghor with its 1.5 Million population has not received 30 Million Dollars development budget in the last ten years. (...) Barakzais in Helmand with 60,000 people in one year have received a 120 Million Dollars development fund. We should keep quiet?“⁶⁵

Die Barakzais sind, wie die Karzais, Popalzais und wichtige Sub-Zweige der Durrani-Paschtun*innen und somit miteinander verwandt. Aus diesem Grund hebt Jeylaan als wichtiger Vertreter der Tadschik*innen hervor, dass sie lediglich aufgrund ihrer Ethnie die Entwicklungshilfegelder erhalten haben. Dieses Beispiel zeigt zum einen, dass die Karte der Ethnie für die eigenen Machtansprüche instrumentalisiert wird. Neben diesen Gründen gibt es durchaus auch noch andere Erklärungen dafür, dass diese horrenden Summen diesen Ethnien zugutekamen. In Helmand gab es eine hohe Präsenz britischer ISAF-Soldaten, der Süden ist im Vergleich zum Norden landwirtschaftlich unerschlossen und trotz des fruchtbaren Bodens eine entwicklungsbedürftige Region, mit einer hohen Frequenz von terroristischen Attentaten. Während in Ghor, der Provinz im zentralen Westen des Landes, nur ein Wiederaufbauteam aus Lettland mit sehr beschränkten Mitteln stationiert war (Corum 2013: 19). Dennoch ist beispielsweise die Vernachlässigung dieser nördlichen Regionen, wie Jeylaan richtig beschreibt, nicht zu rechtfertigen, denn diese sehr trockene und hochgelegene Region hätte beispielsweise auch viel mehr entwicklungspolitische und sicherheitspolitische Unterstützung benötigt.

Am 8. April 2013 durfte ich eine Parlamentarierin, die ursprünglich aus einer nördlichen Provinz stammt, kurz im afghanischen Parlamentsgebäude interviewen. Sie hat einen tadschikischen Hintergrund und wie viele afghanische Frauen, die politisch aktiv sind, redet sie sehr schnell, pointiert und laut. Einleitend zum nächsten zi-

64 Vgl. Interview Nr. 7, mit Jeylaan in seinem Gästehaus am 6. April 2013 in Kabul: 89.

65 Vgl. ebd.: 89.

tierten Interviewabschnitt hat sie zusammenfassend betont, dass es unterschiedliche Meinungen zur eigentlichen Staatsform, den Friedensprozess und der liberalen Wirtschaftsform zwischen den Eliten gibt. Dann kam sie zum Thema des ethnischen Konfliktes und sie gab zu bedenken:

„Mit Ausnahme dieser paar wichtigen Themen, glaube ich ist das prominenteste das ethnische Thema, in manchen Beziehungen das religiöse Thema, und eher im persönlichen Bereich ist der Einfluss ausschlaggebend. Im Parlament habe ich es erfahren, dass, wenn ein Minister zur Vertrauensfrage ins Parlament kommt, auch wenn der Minister schwach ist, weil er meiner Ethnie angehört oder ihrer, oder eines anderen Abgeordneten muss er unterstützt werden. Und Meinungsunterschiede gibt es meistens zum ethnischen Thema, mit wenigen allgemeinen Ausnahmen, die ich ihnen in Erinnerung gerufen habe, es sind mehr religiöse und mehr dörfliche usw. Es sind manchmal Themen, die auf die Ebene der Dörfer zurückgehen.“⁶⁶

Aus ihrer Aussage geht sehr ehrlich hervor, dass die Parlamentarier*innen nach der ethnischen Orientierung und nicht nach politischer Überzeugung abstimmen. Die Konfliktodynamiken sind bereits soweit fortgeschritten, dass unklar geworden ist, ob der ethnische Konflikt die Ursache oder das Symptom ist. Der ethnische Konflikt wird im Alltag eher als manifestierte Ursache des Konfliktes behandelt. Weiter beschreibt sie jedoch auch, dass Afghanistan, einem Land der doppelten Größe Deutschlands, mit dem Problem unterschiedlicher Entwicklungsstufen und Sozialstrukturen in den jeweiligen Regionen konfrontiert ist:

„Ich habe es eben gesagt, dass ein dezentrales System besser wäre, in dem ein Premierminister mehr Macht hat, innenpolitische Macht z.B. in sozialen Fragen, in der Verwaltung der Budgets, im Bauen von Krankenhäusern und Straßen usw., die zum sozialen Leben der Menschen Afghanistans gehören. Der Präsident kann mehr Macht in der Diplomatie und wichtige Kompetenzen in der Außenpolitik haben. Afghanistan ist ein Land, dessen soziale Strukturen sehr komplex und verstrickt sind. Wenn Sie beispielsweise von Kandahar nach Herat gehen, dann sehen sie einen totalen Unterschied. Aber wenn Sie beispielsweise von Kandahar nach Badachshan gehen, dann gibt es vielleicht noch mehr Unterschiede. Wenn wir von Bamiyan nach Kabul gehen, dann gibt es mehr Unterschiede. Nun müssen alle diese ethnischen Probleme mitberücksichtigt werden.“⁶⁷

Die innenpolitischen Ressentiments zeigen sich oft entlang der Nord-Süd-Achse. Tadschikische und usbekische Kriegsherren und politische Eliten fühlen sich von der Zentralregierung in Kabul dominiert, weil diese Landverträge, Gouverneurs-, Polizei-, Generals- und Bürgermeisterposten an Paschtunen aus der Zentralregierung vergibt. Zwei Interviewpartner haben darauf hingewiesen, dass um die 40 Familien in einem weitverzweigten politisch-wirtschaftlichen Patronage-Klientel-Netzwerk nach ethnokonfessionellen und linguistischen Fragmentierungen agieren. Im Detail kann ich in diesem Rahmen der Arbeit nicht auf diese Familiennetze eingehen, aber

66 Vgl. Interview Nr. 11, mit Aziza in einem Saal des Parlamentsgebäudes am 8. April 2013 in Kabul: 143.

67 Vgl. ebd.: 147.

sie weisen enge Verknüpfungen zur politischen Elite und der Wirtschaft auf. Im folgenden Abschnitt wird dies an einigen Beispielen veranschaulicht.

Tamanaa, die als ehemalige Ministerin der Übergangsregierung bis 2003 und Menschenrechtlerin an den Debatten über einen Verfassungsentwurf für die *Constitutional Loya Jirga* (CLJ) teilgenommen hat, äußerte sich im Interview im April 2013 verärgert darüber, dass das ursprüngliche persische Wort für Universität *daneschgah* durch *pohantoon* auf Paschto ersetzt worden sei. Es handelt sich nicht um eine Umbenennung, sondern um das Verbot des persischen Wortes *daneschgah* (Farsi Umschrift: *dānešgāh*) und dieses Verbot wurde unter Bezugnahme auf die neue afghanische Verfassung legitimiert. In der Verfassung in Kapitel 6, Artikel 16 gibt es einen Paragraphen im Zusammenhang mit den Landessprachen, der folgendes konstatiert: „Die bisher gebräuchlichen wissenschaftlichen, nationalen und administrativen Fachausdrücke werden beibehalten“ (Verfassung Afghanistans 2004: 6). Nach dieser Auffassung ist der Begriff *pohantoon* für Universität ein nationaler Fachausdruck und es ist nicht erlaubt, ihn zu ändern bzw. durch das persische Wort zu ersetzen; auch nicht in farsisprachigen Gebieten. Die wortwörtliche Übersetzung des Wortes *daneschgah* lautet „Ort des Wissens“. Aufgrund dieser Bedeutung, argumentierten die farsisprachigen Befürworter*innen, dass der Name *daneschgah*, die wissenschaftliche Bezeichnung für die Universität bietet und auch die kulturelle Pluralität des Landes reflektiere.

Die Skeptiker, die *pohantoon* bevorzugten, argumentierten bei der bereits sieben Jahre überfälligen Verabschiedung des *Higher Education Laws*, dass *daneschgah* dem iranischen Farsi entlehnt sei, auf dem Emblem der Universität Kabul seit jeher *pohantoon* geschrieben sei und es darüber hinaus verfassungsrechtlich verboten sei, die Institution umzubenennen. Aber in Wahrheit liefen die Debatten entlang der ethnischen Zugehörigkeiten und waren emotional so geladen, dass die für den 3. Juli 2013 geplante Verabschiedung des aus neun Kapiteln und insgesamt 80 Artikeln bestehenden Bildungsgesetzes wegen handgreiflicher Tumulte im Parlament wieder vertagt werden musste (Zaheer 2013; Sediqi 2013).

Der Ökonom und Universitätsprofessor Jahaangir, den ich im Wohnzimmer meines Vaters interviewen durfte, kam als ehemaliger Genosse meines Vaters gern zum Interview und durch die ideologische Nähe entstand ein ausführliches Interview. Er trug einen grauen *pērāhan wa tunbān* und den traditionellen blau-grüngestreiften Kaftan (Farsi Umschrift: *čāpān*) um seine Schultern. Als Dozent an der Universität Kabul ist er nah an den Studierenden dran und führt regelmäßig Debatten mit ihnen. Er fasste die aktuelle Kontroverse zum Begriff der Universität und zu der Idee des Säkularismus polemisch zusammen:

„Es gibt eine ideologische Lesart des Säkularismus. Die Gesellschaft sieht die Religion als eine Beziehung für den Menschen. Man kann die Universität nicht mehr, wie in Farsi üblich *daneshgah*⁶⁸ nennen, sondern eher *da'ishgah*⁶⁹. Etwa 90 Prozent der Studierenden sind sehr stark

68 Das persische Wort *daneschgah* bedeutet wortwörtlich übersetzt „Ort des Wissens“.

69 *Dā'īs* steht für den Islamischen Staat (IS), der sich in Teilen des Iraks und in Großsyrien etabliert hat. Die ausgeschriebene Version steht für: *D-daula al-islāmiyya fī l-'Irāq wa-š-šām*.

islamistisch orientiert und sie betrachten die Religion mit der Regierung fest verbunden. Aber eine religiöse Lesart kann zivile Rechte des Bürgers nicht umsetzen. Die Erfahrung des Säkularismus muss es erst noch in Afghanistan geben.⁷⁰

Weiter beschreibt er als ein Mitglied der Deutungselite für die afghanische Gesellschaft den Hauptkonflikt so:

„Der Konflikt zwischen der Tradition und der Moderne ist einer der wichtigsten und größten Konflikte. Es gibt einen Knoten zwischen der Tradition und der Moderne. Innerhalb des Staates, der Gesellschaft, des Zentrums und der Dörfer zieht sich dieser Widerspruch. Es gab immer wieder einen Rückschritt nach einem kleinen Fortschritt. Durch diesen Konflikt wurde das Land immer wieder zurückgeworfen.“⁷¹

Dieses Beispiel zur Kontroverse um die Bezeichnung von Universitäten zeigt, wie sehr die Eliten um eine kulturelle und zugleich politische Deutungshoheit kämpfen. Einfache Termini des Alltags werden politisiert und erschweren die Kommunikation, da sie einen ethnischen Disput zur Folge haben könnten, die die jeweilige Realität des Anderen begrifflich angreifbar macht. Theoretisch erklärt Giddens dieses konfliktreiche Phänomen und seine Konsequenzen im Zusammenhang von Handeln und Macht:

„*The reflexive elaboration of frames of meaning is characteristically imbalanced in relation to the possession of power, whether this be a result of the superior linguistic or dialectical skills of one person in conversation with another; the possession of relevant types of ‚technical knowledge‘; the mobilization of authority or ‚force‘, etc. ‚What passes for social reality‘ stands in immediate relation to the distribution of power – not only on the most mundane levels of everyday interaction, but also on the level of global cultures and ideologies, whose influence indeed may be felt in every corner of everyday social life itself.*“ (Giddens 1993/1977: 120, Herv. i. O.)

Symbolische Diskussionen über Termini des Alltags, die Flagge und die Sprache der Nationalhymne werden so zu umkämpften Zonen der Handlungsoptionen und Machtverhältnisse, weil sie die Realität formen und mitbestimmen. Diese Macht-sphären der Sprache formen somit die soziale Realität und die Kultur, des allgemeinen Umgangs im Alltag, Aufstiegschancen etc. werden zu wichtigen Indizien für marginalisierte afghanische Minderheiten. Giddens Strukturbegriff deutet auf die Dualität der Struktur und kann somit als ein dynamischer Prozess der Strukturierung analysiert werden. Alle Handlungen (im Originaltext: *interactions*) beinhalten drei Elemente: Intendierte Kommunikation, die Handlung von Macht sowie moralische Beziehungen (ebd.: 127). Der Politikwissenschaftler und Soziologe Lamla hat treffend formuliert:

70 Vgl. Interview Nr. 17, mit Jahaangir im Lebensraum meines Vaters am 6. November 2014 in Kabul: 196f.

71 Vgl. ebd.: 194f.

„In diesem Sinne bezeichnet der Strukturbegriff eine **Dualität**. Da sie außerhalb der Anwendungsmomente und Gedächtnisspuren keine wirkliche, praxisrelevante Existenz haben, müssen Strukturen von den Handlungssubjekten in der Kontinuität ihres Alltags immer wieder hervorgebracht und aktiv erneuert werden. Da es aber kein Handeln ohne Struktur geben kann, reproduziert (bzw. transformiert) jede soziale Aktivität zugleich Momente der institutionellen Ordnung der Gesellschaft.“ (Lamla 2003: 55, Herv. i. O.)

Die beschriebene Dualität zwischen Handeln, Macht und Ordnung erhält im afghanischen Kriegskontext eine existenzielle Bedeutung. Insbesondere die Eliten sind sich darüber im Klaren, wie entscheidend die jeweiligen Termini des Alltags und die Sprache als Kommunikation über Macht, Handlungsoptionen und Deutungshoheiten entscheiden können.

Neben anderen Themen waren die sprachlichen Dispute bei der Verabschiedung der afghanischen Verfassung durch die CLJ vom 13. Dezember 2003 bis zum 4. Dezember 2004 ein großer Konfliktpunkt. Tagelang wurde über die Sprache der Nationalhymne diskutiert und erst nach langen Diskussionen der Konsens gefunden, die Nationalhymne auf Paschto zu singen und die einzelnen Völker als Teil der afghanischen Nation aufzuzählen. Dennoch geht die Kontroverse um die Sprache der Nationalhymne bis heute weiter und beeinflusst die Frage nach der Legitimität der Verfassung Afghanistans. Gegner dieser Nationalhymne, die lediglich in einer Landessprache des Landes gesungen wird, werfen der damaligen Regierung vor, den Beschluss der Verfassungsversammlung gefälscht zu haben.

In der vom Bürgerkrieg geprägten Amtszeit unter dem tadschikischem Präsidenten Burhanuddin Rabbani (1992-1996/2001⁷²) hatte das Land eine Nationalhymne, die auf Farsi verfasst war. Ein weiterer politischer Kompromiss war es, dass die nicht-tadschikischen *mujaheddin*-Vertreter*innen die Worte *allahu akbar* (Gott ist groß) aus Rabbanis Hymne beibehielten. Diese religiöse Exklamation als Teil der Nationalhymne sollte sicherstellen, dass der Krieg gegen die UdSSR im ethnopolitischen Narrativ als gewonnener heiliger Krieg gegen die Rote Armee aufrechterhalten und nicht durch säkulare Symbole und gleichzeitig die *mujaheddin* entmythologisiert wird. Die sprachlichen, kulturellen, religiösen und konfessionellen Sphären sind wegen der ethnisierten politischen Diskurse verhärtet.

Im nachfolgenden Abschnitt *Historisch-paschtunischer Herrschaftsanspruch und Mensch zweiter Klasse* werden die ethnisch motivierten Herrschaftsansprüche der vermutlich größten Ethnie im historischen und politischen Kontext dargelegt. Ein Exkurs zur anthropologischen Definition wird auch im vorliegenden Kontext eine Hilfestellung in einem multiethnischen Land mit seinen Vermischungen und unterschiedlichen Funktionen von ethnischer, regionaler und konfessioneller Zugehörigkeit sein. Nach Barth hat eine ethnische Gruppe vier folgende Charakteristika:

- „1. Is largely biologically self-perpetuating
2. shares fundamental cultural values, realized in overt unity in cultural forms

72 Rabbani war zwar nur bis 1996 Präsident des Landes, blieb aber bis 2001 das international anerkannte Staatsoberhaupt, obwohl faktisch die Taliban den größten Teil des Landes kontrollierten.

3. makes up a field of communication and interaction
4. has a membership which identifies itself, and is identified by others, as constituting a category distinguishable from other categories of the same order.“ (Barth 1969: 10)

Hier kann die ursprünglich anthropologische Definition mit den kriegsgebeutelten Stammesstrukturen, den gegründeten *tanzims* und den neuen Kooptationsstrategien oder auch Enkapsulationsstrategien des 21. Jahrhunderts in Afghanistan diskutiert werden. Folgende Anerkennung von Barths Definition durch Barfield kann den politischen und soziokulturellen Komplexitäten Afghanistans zum Teil gerecht werden: „But perhaps Barth’s greatest insight was to realize that ethnic definitions were of necessity reciprocal: groups or individuals could declare an identity, but it was not socially real unless other (outside the group) gave it validity by recognizing this.“ (Barfield 2011: 97) Dieser *dualen Komplexität* wird Barth in seiner Einleitung mit seinen Beobachtungen unterschiedlicher ethnischer Gruppen im Sudan, bei den Baluch*innen und den Pathan*innen (Paschtun*innen) gerecht:

„Ecologic feasibility, and fitness in relation to the natural environment, matter only in so far as they set a limit in terms of sheer physical survival, which is very rarely approached by ethnic groups. What matters is how well the others, with whom one interacts and to whom one is compared, manage to perform, and what alternative identities and sets of standards are available to the individual.“ (Barth 1969: 25)

Um dieser anthropologischen Theorie im afghanischen Kontext nachzugehen, wird im nachfolgenden diese duale Komplexität (Gruppenidentität und der Blick von außen auf die Gruppe), den die afghanischen Elitenvertreter*innen zueinander haben, analysiert.

6.4.1 Historisch paschtunischer Herrschaftsanspruch und Mensch zweiter Klasse

Einige nationalistische Eliten, die einen paschtunischen Hintergrund haben, referieren auf die paschtunischen Könige und Präsidenten, die überwiegend entweder vom Popalzai- oder Barakzai-Zweig abstammen (Barfield 2010: 92-109). Innerhalb der politischen Elite wird in offenen Diskussionen die neunmonatige und als chaotisch überlieferte Regierungszeit Habibullah Kalakanis im Jahre 1929 – von seinen Gegnern despektierlich auch „Sohn des Wasserträgers“⁷³ genannt – als Beispiel für eine gescheiterte Regierungszeit eines Tadschiken bezeichnet (Barfield 2010: 192). Dieses Narrativ referiert auf den Gründervater Ahmad Khan (1747), dem heute noch als Ahmad Schah Baba⁷⁴ gedacht wird. Er wurde von der *loya jirga* (Versammlung der Stammesältesten) und dem geistlichen Führer Pir Sabir Schah als der Nachfolger Nadir Schahs ernannt. Er war ein Abkömmling des Abdali-Zweiges, eines Nebenstammes der Popalzai. Der Überlieferung nach hat sich Ahmad Schah wegen eines Traums für den Titel *durr-e durrānī* (Perle der Perlen) entschieden. Seitdem nennen

73 Auf Farsi heißt der Sohn des Wasserträgers: *Batscha Saqau*.

74 Übersetzt bedeutet der Name: Vater der Nation.

sich die nachfolgenden Herrscher der Abdalis *durrānī*. Zwischen den Durrani und den zuvor herrschenden Hotakis (1709-1738), einem Nebenzweig von Ghilzai Paschtun*innen – dem beispielsweise auch Ashraf Ghani angehört –, bestehen bis heute Animositäten. Beispielsweise gehören viele Führer der Taliban dem Stamm der *Hotakis* an und somit war die Machtergreifung der Taliban im Jahre 1996 ein Zeichen für die wieder errungene Führungsposition⁷⁵. Dann gibt es noch den Zweig der Barakzais, von denen die Mohammadzais (1826-1978) abstammen, während ihrer Herrschaftszeit war trotz der paschtuniststämmigen Dynastie Farsi die offizielle Verwaltungssprache. Hamid Karzai ist nach den Kriegswirren und dem Ende der Taliban-Herrschaft im November 2001 als Stammesmitglied der Popalzai, ein Nebenzweig der Durranis, zum Interims-Präsidenten durch die anwesenden Vertreter*innen der Bonner Afghanistan-Konferenz ernannt worden. Wie Barfield beschreibt, zeigt sich bis heute die bestehende Rivalität zwischen den Popalzai-Durranis und den Ghilzai-Hotakis: „The Durranis did, however, face competition from other equally well-established clans. The most famous of these long-running Durrani rivalries was between the Popalzais (Karzai’s clan) and the Barakzais (Zahir Shah’s clan) over which would control the Afghan state.“ (Ebd.: 287)

Jedoch bewerten andere Forscher*innen diese Rivalität als westliche und vereinfachende Analyse der bereits fragmentierten Stammesverhältnisse, die von Rubin (2002) als Folge der Bürgerkriegsjahre zwischen den unterschiedlichen *tanzims* untersucht worden sind. Mehrere Afghanistan-Forscher*innen weisen darauf hin, dass gerade die stabilisierenden Stammesstrukturen und auch die der sogenannten Neo-Taliban über den Jahrzehnte andauernden Krieg zerstört worden sind und unterschiedliche Stammesmitglieder unterschiedlicher ethnischer Zugehörigkeit miteinander kooperieren und nur noch lose Verbände nach Machtinteressen darstellen (Foust 2008; Dorronsoro 2005; Roy 1990).

Diese mehr als 250-jährige Geschichte der paschtunischen Herrscherdynastien,⁷⁶ sowie der nachfolgenden paschtunischen Premierminister und Präsidenten legitimiert für panpaschtunische Nationalist*innen den offenen oder latenten Anspruch auf Regierungspositionen und Ministerposten. Daraus resultiert, dass ihnen der Zugang zu Ressourcen und den dazugehörigen Minenverträgen für die vorhandenen Naturres-

75 Die Herrschaft Mirwais Hotaki, der den Stamm der Hotakis einer Abzweigung der Ghilzais anführte, hat gegen die safawidische Herrschaft (1507-1722) rebelliert und in Kandahar das unabhängige afghanische Königreich der Hotakis im Jahre 1709 ausgerufen und bis 1738 halten können (Abbas 2014: 23).

76 Neben dem sogenannten Sohn des Wasserträgers gab es noch einen zweiten tadschikischen Präsidenten, nämlich Burhanuddin Rabbani (1992-1996/2001). Während der Bürgerkriegswirren wurde er am 30. Dezember 1992 für zwei Jahre zum Präsidenten als Nachfolger Sibghatullah Mujaddiddis, dem Sprecher der *Afghanistan International Liberation Front* ernannt. Nach dieser Interimsperiode verblieb Rabbani im Amt und die Kämpfe im gesamten Land und insbesondere um Kabul spitzten sich zu. Gulbuddin Hekmatyar, dem Führer der *Hezb-e Islami*, wurde als Kompromisslösung die Position eines Premierministers eingeräumt, die jedoch nicht seinen Vorstellungen entsprach. Denn der paschtunische Hekmatyar hätte gemeinsam mit einem tadschikischen Präsidenten aus Badachschan, nämlich Rabbani, regieren müssen (Barfield 2010: 249-254; Jones 2009: 44-46).

sources und lukrativen Verträgen aus dem Wiederaufbaubereich und zu generell sozial höher angesiedelten Jobs im Militär, zu Universitätsplätzen und Stipendien erleichtert wird.

Auch das junge Kabinett Ghanis mit 28 Minister*innen ist wie folgt zusammengesetzt: Zwölf Paschtunen, acht Tadschiken, fünf Hasara, drei Usbeken und ein Turkmen; vier Ministerien werden von Frauen geleitet (Ministerium für Höhere Bildung, Frauenministerium, Ministerium für Arbeit, soziale Angelegenheiten, Märtyrer und Behinderte und Ministerium gegen Betäubungsmittel). Die Schlüsselministerien, das Verteidigungs-, Innen- und Finanzministerium sowie der Posten des Nationalen Sicherheitsberaters und des Chefs des Nationalen Sicherheitsdirektors gingen an Paschtunen. Das Außen-, Justiz-, Wirtschaftsministerium bekleiden designierte Minister tadschikischer Abstammung (Ruttig 2016; Clark 2015).⁷⁷

Zunächst lässt sich die Tatsache nicht von der Hand weisen, dass die Monarchen, Präsidenten und Premierminister bis auf zwei Ausnahmen – Kalakani (1929) und Rabbani (1992-1996/2001) – paschtunischer Abstammung waren. Jedoch gab es zwei paradigmatische Entwicklungen: Einerseits wurde das tribal-strukturierte Regierungsmodell seit dem Ende des 19. Jahrhunderts unter dem Emir Abdur Rahman Khan (1880-1901) graduell durch moderne Regierungsansätze verändert. Andererseits gab es durch diese Modernisierung auch unterschiedliche Forderungen einer Regierungsteilhabe durch alle Afghan*innen unterschiedlicher ethnischer Abstammung. Historische Studien belegen, dass in Afghanistan seit 1747 und auch lange vor der Gründung dieses Reiches die Verwaltung und das Schrifttum in den Händen der farsisprechenden Bevölkerung lag. Auch wenn die Herrscher dieser Region überwiegend Türken und später Paschtunen waren, war die Amtssprache und interethnische Sprache Farsi. Dieser Sachverhalt hat sich, neben den landesüblich gesprochenen Sprachen und trotz der oben beschriebenen Reaktionen und nach getroffenen Gegenmaßnahmen bis heute nicht gravierend verändert.

Auch Dupree schrieb bereits in einem Aufsatz von 1978, nachdem die Verfassung von 1964 neben Farsi auch Paschto als die zweite offizielle Amtssprache einführte: „In general, however, Dari, still the major administrative language in Afghanistan as it was in Mughal India and pre-Soviet Central Asia, serves as the lingua franca, although the Constitution designates Pashto as the ‚national language‘.“ (Dupree 1978: 131) Rzehak verweist auch darauf, dass trotz der staatlichen Bemü-

77 Jedoch sind diese designierten Ministerposten nicht sicher und können durch ein Misstrauensvotum durch das Parlament zu Fall gebracht werden. Diese Misstrauensvoten können vom Parlament gegen Minister*innen initiiert werden. Beispielsweise wurden dem Außenminister Salahuddin Rabbani, der Ministerin für Arbeit, soziale Angelegenheiten, Märtyrer und Behinderte, Nasreen Oryakhel, und dem Minister für Arbeitswesen, Mahmood Baligh, mehrheitlich das Vertrauen abgesprochen. Das Parlament kann von den Minister*innen einfordern Unterlagen vorzulegen, aus denen hervorgehen sollte, wieviel das jeweilige Ministerium von den rechtlich vorgegeben 70 Prozent des Budgets für das jeweilige Fiskaljahr ausgegeben hat (Gul 2016; Reuters 2016). Diese Praxis wiederholt sich nun in regelmäßigen Abständen in den unterschiedlichsten Ministerien und ist zu einer lukrativen Einkommensquelle für die Parlamentarier*innen des Unterhauses geworden. Denn vor den Abstimmungen werden die Parlamentarier*innen für ihre Stimmenabgabe bezahlt.

hungen seit 1964 in den meisten afghanischen Ministerien weiterhin die Korrespondenz meist auf Farsi verfasst wird und als Beispiel verweist er auf das afghanische Außenministerium, in dem 95 Prozent der Briefe auf Dari verfasst werden, weil es keine*n Sekretär*innen gäbe, die die Entwürfe auf Paschto vorbereiten könnten (Rzehak 2012b: 87).⁷⁸ Jedoch werden nach meinen eigenen Beobachtungen und Befragungen allmählich immer mehr offizielle Dokumente in den Ministerien auf Paschto verfasst, so dass die farsisprachigen Beamt*innen sich auch um eine bessere Schriftsprache und Lesetechnik bemühen müssen.⁷⁹ Des Weiteren liege der zweite Grund in „its association with the authority of governments and the culture (*adab*) of the secular elites of cities throughout this vast area“ (Spooner 2012: 90). Der dritte Grund liege in der Tatsache begründet, dass die Sprache Farsi bis Mitte des 20. Jahrhunderts nur einer bestimmten sozialen Organisation der Alphabetisierten vorbehalten war und durch Reisen und Korrespondenz innerhalb einer alphabetisierten urbanen Klasse gefördert wurde. Analphabeten und Alphabetisierte räumen gleichermaßen seit jeher Farsi einen hohen kulturellen und religiösen Wert durch den reichen Kanon an Poesie und Literatur ein (ebd.: 90f). Die letzten zwei Gründe seien hier direkt zitiert: „(d) The boost of foreign (Western) interest in the cultural heritage for which it was the vehicle, inspired by European cultural education and Orientalism from the Elizabethan period on; (e) The practice of colonial administration in India down to 1837.“ (Ebd.: 91) Auch Rzehak kommt zu ähnlichen Ergebnissen:

„Dari and Pashto are unequal partners with regard to their degrees of standardization as well. Dari has a highly sophisticated and standardized official style that has been elaborated on for centuries. A standardized form of written Pashto was developed only in the second half of the 20th century but it is still lacking a unified orthography.“ (Rzehak 2012b: 87)

Dieser jahrhundertealten kulturellen Hegemonie einer Sprache eine alternative Sprache gegenüberzustellen, braucht Zeit, neue Bildungsprogramme, Alphabetisierungskurse, wissenschaftliche und literarische Publikationen und Übersetzungen aus anderen Sprachen. Diese kurz geschilderten historisch und strukturell bedingten Ungerechtigkeiten, die sich während des Bürgerkrieges von 1992 bis 1996 zwischen den verfeindeten *tanzims* verstärkt haben, führen bei der jungen Generation zu Unmut. Wie der Redakteur Omid die Situation beschreibt, ist dieser Unmut jedoch nicht spezifisch auf die paschtunischen Eliten bezogen, sondern erweitert sich auf ein Patronage-Klientel-Netzwerk mit unterschiedlichen Ethnien:

78 Rzehak verwendet in seinen Aufsätzen immer den Terminus „Dari“, wenn er sich auf „Dari-ye Farsi“ in Afghanistan bezieht.

79 Eine genauere Untersuchung der ethnolinguistischen Entwicklungen bieten zwei sehr gute Masterarbeiten von Alamyar *Language Controversy in Afghanistan: The Sociolinguistics of Farsi, Dari and Pashtu at Kabul University* (2010) und Sidiqi *A Sociolinguistic Profile of English in Afghanistan: The Perspectives of Kabul Academics* (2010). Eine eingehendere Analyse bietet auch Nawid in seinem Aufsatz *Language Policy in Afghanistan. Linguistic Diversity and National Unity* (2012b).

„Der ethnische Führer, um die ethnische Führung zu schützen, ist gezwungen, eine korrupte Beziehung aufzubauen, seinen Anhängern, seinen Leuten Schmiergeld zu geben. Diese Korruption können Stipendien für die Ausbildung sein, diese Korruption ist eine staatliche Position, die Korruption ist Geld, eine Korruption ist ein Vertrag, was es auch ist, denn es muss eine ethnische Führerschaft geschützt werden. Der ethnische Führer versucht eine Beziehung der Korruption zwischen den Anhängern und sich zu schaffen, er muss die Treue schützen.“⁸⁰

Einer ähnlichen Einschätzung folgte auch Narges auf die Frage nach den alten und neuen Konflikten seit der Petersberg-Konferenz im November 2001:

„Es ging aber auch um Macht, es muss auch um den Gewinn an Macht gehen, damit sie [die politischen Eliten] nicht verlieren. Eine Ungerechtigkeit fing an und diese wurde dann fortgeführt. Zum Beispiel haben alle politischen Richtungen Stipendien ausgeschrieben, aber die Stipendien erhielt nur eine bestimmte Ethnie. Wenn wir diese Probleme mit denen weiter entwickelter Länder betrachten und vergleichen, gibt es sie beispielsweise nicht mehr. In Indien fühlen sich alle als Inder oder in Kanada fühlen sich alle Zugewanderten als Kanadier.“⁸¹

Ihre Freundin Dunia kritisiert, dass das Problem des ethnischen Konflikts *nicht thematisiert* wird und fragt besorgt, was es zu bedeuten hat, wenn ein paschtunischer Politiker im Zusammenhang mit der Ethnie sagt: „Ein Mensch zweiten Grades wird niemals Präsident dieses Landes. Diese Ansichten gibt es auch bei den Tadschiken und Hasaras.“⁸² Nach ihrer Rückkehr aus dem iranischen Exil erhofften sich viele Afghan*innen, nicht mehr diskriminiert und als *Mensch zweiter Klasse* behandelt zu werden. Diese Thematik des Menschen zweiter Klasse trat auch mehrmals bei anderen Interviewpartner*innen bei der Frage nach den Konflikten in der Gesellschaft auf. Somit hat dieses Thema für diese sehr gut ausgebildeten Rückkehrer*innen und gut ausgebildete junge Generation eine hohe Priorität, weshalb sie dann auch meist die unterschiedlichen Alltagsdiskriminierungen und ethnischen Ungerechtigkeiten während des Interviews thematisieren. Sie finden sich in einem systematischen Patronage-Klientel-Netzwerk wieder, das sich perpetuiert und gleichzeitig im staatlichen Chaos eine gewisse Stabilität durch ein (in-)formelles Versorgungssystem schafft.

Narges beispielsweise arbeitete für eine afghanische Fernsehanstalt. Sie weist auf die Existenz einer mehrstufigen Diskriminierung in der afghanischen Gesellschaft hin. Sie beschrieb die Arbeitsverhältnisse in dieser Fernsehanstalt insofern als ungerecht, dass Journalist*innen mit weniger Erfahrung als sie das Zehnfache ihres Gehalts erhalten, wenn sie aus westlichen Ländern zurück nach Afghanistan kommen. Sie bezifferte das Gehalt einer*s afghanischen Mitarbeiterin*s auf monatlich 1.000 US-Dollar und das einer*s aus dem Westen kommenden frischen Universitätsabsolventin*en auf monatlich 15.000 US-Dollar. Außerdem gäbe es sogar getrennte Spei-

80 Vgl. Interview Nr. 8, mit Omid in seiner Redaktion am 6. April 2013 in Kabul: 106.

81 Vgl. Interview Nr. 13, mit Narges, Dunia und Yassin im Wohnzimmer des Lebensraums meines Vaters am 2. November 2014 in Kabul: 172.

82 Vgl. ebd.: 173.

sesäle für die Kolleg*innen aus dem Westen.⁸³ Diese sozialpolitische Kritik bezieht sich auf die afghanische Diaspora und ausländische Entwicklungshelfer*innen und deren mangelnde Expertise, die nach den Kriegswirren ab 2002 wieder zurückgekehrt sind, mit ausländischen Truppen oder zivilen Wiederaufbauorganisationen ins Land gekommen sind und gut bezahlte Anstellungen im öffentlichen Dienst, bei den Nichtregierungsorganisationen, den internationalen Organisationen (VN, NATO, WB, EU etc.) erhalten haben. Durch Diaspora-Afghan*innen aus dem Westen und die internationalen *expats*⁸⁴ fühlen sich Afghan*innen mit einem Hochschulabschluss einerseits durch deren Präsenz und die hiermit verbundene internationale Aufmerksamkeit um deren Sicherheit, Lebensumstände und Projektfortschritte geschützt. Andererseits wird jedoch die ungleiche Behandlung im Alltag, wie beispielsweise in der Wohnsituation, dem Arbeitsweg, der Ausbildung der eigenen Kinder, der gesundheitlichen Versorgung, den Freizeit- und Urlaubsmöglichkeiten sowie die Möglichkeiten, Rücklagen zu bilden natürlich im Vergleich zu den vorübergehend in Afghanistan beschäftigten NGO-, GO-, INGO-Mitarbeiter*innen gesehen und als ungerecht empfunden. Vielen Eliten verdeutlicht diese Ungleichbehandlung natürlich ihre Schwäche, und die Tatsache, dass bis zu 40 Prozent der Entwicklungshilfe wieder an die Geberländer zurückfließen, bestätigt die beobachteten Unverhältnismäßigkeiten in Zahlen (Waldman 2008).

Der einst tadschikische Oppositionelle und jetztige hochrangige Regierungsvertreter Parwis empfing Darius und mich im April 2013 in seinem Haus. Parwis hatte eine pragmatischere Sichtweise auf die Rolle der internationalen Gemeinschaft in Afghanistan. Auf der Fahrt zu seinem Haus fuhren wir in ein tadschikisch dominiertes Wohnviertel, in dem viele Heckscheiben der Geländewagen mit den Portraits Ahmad Schah Massouds und dem am 9. März 2014 verstorbenen Vizepräsidenten Marshall Fahim plakatiert waren. Alles deutete darauf hin, dass wir im richtigen Viertel waren. Denn in Kabul gestaltet es sich schwierig, eine Adresse zu finden. Meist wird der Fahrer telefonisch von einem Assistenten mit ungefähren Beschreibungen von Geschäften und Toreingängen von Straßenkreuzung zu Straßenkreuzung gelotst. Bis heute gibt es kaum Straßenschilder oder eindeutige Straßennamen in Kabul.

Eine Ausnahme bietet das Viertel Wazir-Akbar-Khan, dort hat ein Telefonanbieter Straßennamen gesponsert und mit seinem Emblem versehen. Wazir-Akbar-Khan ist das Viertel, in dem sich weiterhin Häuser aus den 1960er und 1970er Jahren befinden, aber auch der als *little Pakistan* bezeichnete Straßenzug, indem viele bunte Paläste gebaut worden sind. Neben ihnen finden sich noch mehrstöckige und alte Privathäuser der Kabulis, die an Botschaften, NGOs und andere Consultingfirmen

83 Vgl. Interview Nr. 13, mit Narges, Dunia und Yassin im Wohnzimmer des Lebensraums meines Vaters am 2. November 2014 in Kabul: 180.

84 In ihrem Buch *Ausgerechnet Kabul* beschreibt die Journalistin von Wurm-Seibel, wie das alltägliche Leben der Afghan*innen in direkter Interaktion mit ihr verläuft und öffnet den Leser*innen ein Fenster zur Alltäglichkeit des Lebens im Kriegszustand. Sie beschreibt das Leben der *expats* als eine Blase (*Kabubble*), die gleichzeitig hoch exklusiv war und nun durch die Truppenreduzierung und das hohe Sicherheitsrisiko geplatzt ist (von Wurm-Seibel 2015).

vermieten. Sie werben damit, dass sie zwei- bis dreistöckigen sanierten Häuser mit kugelsicheren Fenstern und Parkplätzen für bis zu vier Autos anzubieten haben. Denn wenn hochrangige Gäste mit ihren kugelsicheren Geländewagen zu Besuch sind, lassen sie aus Sicherheitsgründen ungern das Auto mit dem sichtbaren Kennzeichen über längere Zeit auf der Straße stehen. Zudem muss das Sicherheitspersonal von drei bis zu mehreren Dutzend Männern bei Empfängen mit Essen versorgt werden, alles andere wird als kultureller Affront gewertet. Die persönlichen Bodyguards, wovon jede*r Elitenvertreter*in mindestens einen aus seinem engeren Familienkreis hat, dürfen nicht essen oder trinken, da sie vergiftet werden könnten.

Parwis' Haus, das betonte er sehr deutlich, sei ein Erbe seines Vaters. In Afghanistan legen manche Politiker*innen ihr Hab und Gut offen, um durch diese Transparenz vom Vorwurf der Korruption freigesprochen und nicht der Bereicherung während der Amtszeit beschuldigt werden zu können. Sein Haus war tatsächlich eines der wenigen Häuser in Kabul, die ihre Architektur aus den 1960er Jahren erhalten haben. Die in der pakistanischen Bauweise errichteten Häuser sind mindestens dreistöckig, haben grün-spiegelnde Fenster in bunten Farben und barockartige Verzierungen. Von der Tür bis zur Fassade des Hauses war alles im sandfarbenen Ton gehalten, die Fensterfronten waren so großzügig, dass sie die Erde berührten, dieser Offenheit des familiären Bereichs ist während der Bürgerkriegsjahre sukzessive einer geschlossenen Bau- und Wohnweise gewichen.

Da das Haus in einer Sackgasse lag, die am Anfang mit einem Wachposten und einer Schranke abgesperrt war, gab es am Haus keine weiteren Sicherheitsvorkehrungen mit Beton oder Stacheldraht auf den umgebenden Hausmauern. Darius und ich wurden protokollarisch gebührend empfangen, was in diesem Fall hieß, dass wir einige Minuten in der Eingangshalle warteten und Platz nahmen. Kurz darauf wurden wir in das Wohnzimmer für offizielle Empfänge von einem Hausangestellten begleitet. Die Sessel waren im goldgelben oder dunkelroten Ton gehalten, die Tische waren aus Holz und seitlich mit blauem Lapislazuli verziert. Ein großes gewebtes Portrait des ermordeten Führers der Nord-Allianz, Ahmad Schah Massoud, hing auch hier am Kopf des Raumes und ein kleineres gemeinsames Foto vom Löwen des Panjshir-Tals und ihm zierte einen kleinen Beistelltisch. Das gesamte Zimmer bestand aus einigen indischen Dekorationselementen sowie einer Mischung aus Möbeln und Design aus den 1960er Jahren und neuen mondäneren Sesseln aus der Gegenwart mit burgundrot-goldenen Paisleymustern. Von außergewöhnlichen Seltenheitswert war seine kleine Büchersammlung auf der rechten Seite des Raumes, die in einem eingebauten Bücherregal standen, denn Bücher sind in den Wohn- oder Büroräumen der ehemaligen *mujaheddin*-Kämpfer selten zu sehen.

Parwis und ich nahmen am Ende des länglichen Wohnzimmers entlang der Fensterfront jeweils auf gelb-goldenen Sesseln Platz, Darius saß auf der linken Seite auf einem niedrigeren und länglichen Sofa. Parwis, der damals noch als tadschikischer Oppositioneller sprach, antwortete auf die Frage nach dem möglichen Abzug der ISAF Ende 2014:

„Meiner Meinung nach gibt es immer noch die Möglichkeit, die ausländischen Truppen hier zu behalten. Die Anzahl, so wie es gesagt wird, ist unklar. Von 20.000 ist sie auf 10.000 gesunken, dies bedeutet, dass 15.000 Afghanen arbeitslos werden. Ja? Es werden weitere 15.000 Menschen zur Gesellschaft dazukommen, und dies sind Leute, die an ein gutes Gehalt gewohnt

sind, sich an ein gutes Leben gewöhnt haben. Sie sind gezwungen über einen illegalen Weg-, das wird seine Auswirkungen haben.“⁸⁵

Denn natürlich haben die Intervenierenden auch wichtige Arbeitsplätze geschaffen und der Verlust dieser Arbeitsplätze bedeutet einen erneuten Zulauf für die Taliban und erneute Hoffnungslosigkeit für die mehrheitlich junge Bevölkerung Afghanistans. Wie in einem Bericht festgehalten wurde, gibt es jährlich 400.000 zusätzliche Arbeitskräfte, die nach einer Beschäftigung suchen (International Labour Organization 2012: 32). Mittlerweile spricht die afghanische Regierung von fast doppelt so vielen; nämlich von 700.000 jährlich, die auf den Arbeitsmarkt drängen (Qayumi 2015). In diesem Zusammenhang beschrieb der Journalist, Omid das typische Phänomen von Korruption in (Nach-)Kriegsgesellschaften so:

„Eins der größten Probleme der Korruption ist der Nicht-Glaube an die Zukunft, das Misstrauen in die Zukunft. Wir in Afghanistan glauben zum Beispiel nicht, dass die Regierung bis 2014 weitergeht, oder sie nach 2014 fortbesteht. Wir denken, wenn die Ausländer abziehen, wird die Regierung auseinanderbrechen und alles wird untergehen, deshalb ist es besser Geld zu horten, unsere Taschen zu füllen und in Ruhe unser Leben zu leben.“⁸⁶

Ein weiteres Indiz für das Misstrauen zwischen den unterschiedlichen ethnischen Hauptstädter*innen ist die Aufteilung der Stadtviertel nach der jeweiligen ethnischen Zugehörigkeit. Omid beschreibt die Lage als sunnitischer Hasara mit einer Biographie aus den pakistanischen Flüchtlingslagern wie folgt:

„Ich meine die Kriege ab '92, die Kriege, die es in Kabul gab. Die Kämpfe in Kabul waren in Wahrheit die Kämpfe um die ethnische Zugehörigkeit. Auch wenn Sie sich Kabul jetzt anschauen, dann ist Kabul entlang der ethnischen Zugehörigkeit aufgeteilt. Zum Beispiel, in dem Viertel, in dem Sie jetzt sind, leben überwiegend Hasara. Im Norden Kabuls, zum Beispiel in Khair-Khaane, leben Tadschiken. Im Süden Kabuls, das näher an Logar und Chaharasia ist, leben Paschtunen. Ein Teil von Kabul, wie das Zentrum Kabuls, Macroryan, Schahr-e Nau, Wazir-Akbar-Khan, sind die Peripherien Kabuls mehrheitlich nach ethnischer Zugehörigkeit aufgespalten. Die Stadt ist nach drei, vier Ethnien aufgeteilt. Leider ist es das Erbe des Bürgerkrieges. Wenn zum Beispiel aus ethnischer Perspektive ein Hasara unter den Hasara lebt, fühlt er sich wohl und hat ein Gefühl der Sicherheit, auch wenn er vollkommen andere Ansichten pflegt. Weil er Hasara ist, wegen seines Gesichts, wegen seiner ethnischen Zugehörigkeit, werden sie ihn schützen, auch er wird sie schützen, bei den Tadschiken verhält es sich genauso.“⁸⁷

Dieses Phänomen lässt sich zum einen mit der *social identity theory* als ein Gefühl der Gruppenzugehörigkeit erklären, zum anderen ist es historisch bedingt. Die *social identity theory* ermöglicht es Gruppen ein positives Selbstbild zu entwickeln. Denn das Selbstwertgefühl lässt sich im Verhältnis zu einer anderen (aber ähnlichen)

85 Vgl. Interview Nr. 6, mit Parwis im Wohnzimmer seines Privathauses am 4. April 2013 in Kabul: 77.

86 Vgl. Interview Nr. 8, mit Omid in seiner Redaktion am 6. April 2013 in Kabul: 105.

87 Vgl. ebd.: 101.

Gruppe aufbauen. Wenn die Identitätsfindung nicht zufriedenstellend ist, dann wird die jeweilige Person die Gruppe entweder verlassen oder die eigene mit mehr positiven Konnotationen versehen. Für diese Beobachtungen gibt es drei von von Brown formulierte Variablen, wovon zwei bereits erwähnt wurden: „[...] people must be subjectively identified with their ingroup; the situation should permit evaluative intergroup comparisons; the outgroup must be sufficiently comparable (e.g. similar or proximal) and that pressures for distinctiveness should increase with comparability.“ (Brown 2000: 747) Diese sozialpsychologische Theorie lässt sich auch im afghanischen Kontext anwenden, denn die Unterschiede zwischen den Ethnien sind minimal, Schattierungen sehr blass, so dass eher nach Unterschieden gesucht werden muss, als dass sie wirklich evident wären. Eine Ausnahme bildet die Volksgruppe der Hasara, die sich äußerlich durch ihre ostasiatische Physiognomie und in ihren religiösen Praktiken durch ihre schiitische Konfession in einer mehrheitlich sunnitisch-hanafitisch geprägten Gesellschaft unterscheiden. Zu beschreiben, was jemanden von einem anderen unterscheidet, dieses Phänomen wäre seitens der einfachen Bevölkerung als eine identitätsstiftende Negativ-Identität gegenüber anderen Ethnien zu deuten, die sich im alltäglichen Zusammenleben in unterschiedlichen Machtsphären entlädt. Ich unterstützte die These Howards über Identitäten, die ich für die Gegenwart für zutreffend erachte: „Consistent with this critique, many contemporary studies of ethnic identity cast ethnicity as fluid and ethnic boundaries as continually changing.“ (Howard 2000: 375) In Howards Aufsatz wird der Begriff der negativen Identität als eine komplexe Form von ambivalenten Identitäten in sich überschneidenden Dimensionen über Gender, Sexualität, Ethnie, Alter sowie in Abhängigkeit zur vorübergehenden prioritären Identität dargestellt (ebd.: 374). In Afghanistan wissen die Eliten in einem hohen Maße, die konfliktgeladenen Identitätsprobleme und Zukunftsangst mit den omnipräsenten Kriegserfahrungen für ihre Interessen und Machtpositionen zu instrumentalisieren.⁸⁸

Ein Blick auf die afghanische Medienlandschaft, die stets als vergleichsweise frei in der Region und als großer Fortschritt für die Meinungs- und Informationsfreiheit von den politischen Eliten gepriesen wird, zeigt, dass die obige These der elitären

88 Die Reports von Human Rights Watch (1984; 2005), Rubin (2002), Roy (1990), *Amnesty International* (1988) haben eingehend auf die ethnischen Zerwürfnisse und Menschenrechtsverletzungen gegen Zivilist*innen und Soldaten seit der April-Revolution 1973 durch die Machtkämpfe der beiden Parteiflügel *Parcham* (mehrheitlich tadschikisch) und *Khalq* (mehrheitlich paschtunisch), während der Besatzungszeit der Roten Armee und der Zeit der sieben sunnitischen und acht schiitischen tanzims beschrieben und analysiert. Ein weiterer wichtiger, 800-seitiger Report der *Afghanistan Independent Human Rights Commission*, der die Kriegsverbrechen von 1978 bis 2001 dokumentiert, wird von der Regierung unter Verschluss gehalten. Denn an der Regierung beteiligte Kriegsverbrecher könnten in Folge dieses Berichts ihre nationale und internationale Legitimation verlieren und dann sogar für ihre ethnischen Gräueltaten vor dem *International Criminal Court* zur Rechenschaft gezogen werden. Der aktuelle Human Rights Watch Report „Today We Shall All Die“ (2015) hat zumindest auf der Grundlage von 125 Interviews einige Verbrechen und Schikanen an der Zivilbevölkerung durch Regierungsmitglieder und deren Milizen dokumentieren können.

Instrumentalisierung der ethnischen Ressentiments zutrifft. Im Report von *Freedom House* schneidet Afghanistan weiterhin mit dem Prädikat „schlecht“ ab, wird wiederum im regionalen Vergleich seit 2010 mit den sieben direkten Nachbarstaaten lediglich Kirgisistan und Pakistan um ein paar Punkte für die Berichterstattung als freier eingeschätzt (Freedom House 2015a). Es gibt insgesamt 174 Radiokanäle und 90 lokale und regionale Fernsehkanäle, 200 Printmedien und zwölf Nachrichtenagenturen (Freedom House 2015b). Die Kehrseite der Medaille der verfassungsrechtlich verankerten Meinungsfreiheit ist, dass die Mehrheit der Radio- und Fernsehsender nicht um eine objektive oder neutrale Berichterstattung bemüht ist. Sie werden von einflussreichen religiösen und politischen Eliten finanziert. Beispielsweise repräsentiert der Sender *Tamadon TV* die Interessen des schiitischen geistigen Führers Ayatollah Mohammad Asef Mohseni, *Rah-e Farda TV* gehört dem Schiiten und derzeitigen zweiten stellvertretenden Regierungsvorsitzenden (Vize-CEO), Muhammad Mohaqeq, *Noor TV* gehört zu den *Jamiat-e Islamis* unter dem ehemaligen Präsidenten (1992-1996) und 2011 ermordeten Burhanuddin Rabbani, *Negah TV* wird vom ehemaligen Vizepräsidenten Ustad⁸⁹ Mohammad Karim Khallili betrieben, *Ayena TV* vom usbekischen General Abdul Rashid Dostum (seit 2014 amtierender 1. Vize-Präsident), der Sender *Shamshad TV* ist paschtosprachig und wird dem ethnonationalistischen Milieu zugeordnet. Die Fernseh- und Radiolandschaft ist wegen der niedrigen Alphabetisierungsrate von 38,2 Prozent und des ethnisierten Konfliktes seit den 1980er Jahren bis in die Gegenwart in einer bereits hochpolitisierten und dadurch für politisch motivierte Agitationen und Provokationen rezeptiven Gesellschaft gebettet.

Ein Lichtblick ist, dass zu den statistisch beliebtesten Sendern, die auch gut von der afghanischen Diaspora über Satellit oder über das Internet mitverfolgt werden, *TOLO*, *ITV* und *Ariana* gehören. Insbesondere *Tolo* und *ITV* scheuen sich nicht neben ihrem liberalen und westlich-orientierten Unterhaltungsprogramm (türkische und amerikanische Serien, *Afghan Star*, Wer wird Millionär etc.) auch politische Themen wie Korruption und Wahlfälschungen ins Programm und ihre speziellen Diskussionsrunden aufzunehmen (Altai Consulting 2010).⁹⁰

Beispielweise hat Parwis, einer der wichtigsten Anführer der Nord-Allianz mit seiner gut organisierten jungen Generation von technikaffinen Mitarbeiter*innen, die für ihn tägliche Nachrichtenbriefings vorbereiten und viele Besuche, Treffen, Demonstrationen ihres politischen Führers über die sozialen Medien organisieren und publik machen, beschrieben:

89 Sein Titel *ustad* steht für seine früheren Aktivitäten als religiöser Lehrender.

90 *Altai Consulting* hat gemeinsam mit der USAID einen Bericht über die Medienlandschaft Afghanistans verfasst, in dem sie insbesondere die Beliebtheit des Senders *Ariana* hervorhob. Dies liegt unter anderem daran, dass der Sender in 33 von 34 Provinzen zu empfangen ist, in vier Sprachen seine Programme sendet (Farsi, Paschto, Usbekisch und Englisch), in seiner Berichterstattung neutraler ist und während Karzais Regierungszeit auch regierungskonform war (Altai Consulting 2010: 52f). Bemerkenswert ist, dass im Report der *Asia Foundation* festgestellt wird, dass bei der Bevölkerung die Medienlandschaft in Afghanistan mit 72,7 Prozent mehr Vertrauen genießt als die afghanischen Regierungsmiister*innen mit 47,3 Prozent (ebd.: 88).

„Ich habe vor einigen Tagen zufällig in einen nationalen Fernsehkanal gesehen, im Fernsehen *Zwhandoon*, Herr Ismail Yun ist der Verantwortliche für diesen Kanal. Er hat eine Rede zum Thema ‚Stoppt die Paschtunen-Ermordung‘ gehalten. Danach behaupten sie, dass die Paschtunen in Afghanistan umgebracht werden und die Welt gekommen sei, um die Paschtunen umzubringen, da sie befürchten, dass die Paschtunen sich verbünden.“⁹¹

An dieser Stelle beschreibt Parwis, wie ein Fernsehkanal mit panpaschtunischer Orientierung die Angst paschtosprachiger Afghan*innen schürt, um Unruhe zu stiften. Die Zeitung *8am* und die *Deutsche Welle* haben berichtet, dass die Sender *Zwhandoon* und *Shamshad* von Pakistan und seinem Geheimdienst ISI unterstützt werden, die Zeitung *Insaf* und der Fernsehsender *Noor* finanzielle Unterstützung durch die Islamische Republik Afghanistan erhalten (Deutsche Welle 2012; 8am/8sobh 2012). Die *New York Times* zitierte dieses vermeintlich hetzerische Statement des Fernsehsenders anders, jedoch führte es letztendlich zu gewaltsamen Ausschreitungen am 7. Dezember 2014: „Pashtuns are the rulers and owners of Afghanistan; they are the real inhabitants of Afghanistan“, said Gen. Abdul Wahid Taqat, a former intelligence official. „Afghanistan means where Pashtuns live.“ (Ahmed/Zahori 2014)

Nach Demonstrationen von mehrheitlich jungen farsisprachigen Anhänger*innen Abdullahs und den Anhänger*innen der *Afghanistan Green Trend* unter der Riege des ehemaligen Direktors des NDS, Amrullah Saleh (2004-2010), die über die sozialen Netzwerke (Facebook und Twitter) organisiert wurden, hat der damals amtierende Präsident Hamid Karzai auf die rassistische Hetze reagiert und den Verantwortlichen des Senders, Ismail Yun, und zwei weitere Beteiligte des runden Tisches, Abdul Wahid Taqaat und Bismillah Afghanmal, einen Parlamentsabgeordneten, über den Obersten Gerichtshof zum Verhör vorladen lassen. General Taaqat, der sogar inhaftiert worden ist, hat sich über *Youtube* entschuldigt und erklärt, dass er alle Afghan*innen gleich welcher ethnischen Herkunft als Afghan*innen betrachtet, so lange sie sich selbst zu ihrer Herkunft und somit als Afghan*innen bekennen (Afghan Paper 2014).

Nicht alle führen – wie der Journalist Omid – die Konflikte bereits auf die ethnischen Auseinandersetzungen der Bürgerkriegszeit von 1992 bis 2001 zurück. Jeylaan, ein weiterer sehr einflussreicher und auch auf Englisch eloquenter tadschikischer Oppositionsführer, hat auf die Frage nach den wichtigsten Konfliktherden gesagt: „The most dominant theme of today very unfortunately is ethnicity. This was not the case before Bonn. Even before the communists, Islam used to be the single unifying platform, it was the umbrella.“⁹² Als ehemaliger politischer Berater der Nord-Allianz⁹³ und jetziger Oppositioneller hat Jeylaan ein Interesse daran, die Kon-

91 Vgl. Interview Nr. 6, mit Parwis im Wohnzimmer seines Privathauses am 4. April 2013 in Kabul: 63.

92 Vgl. Interview Nr. 7, mit Jeylaan in seinem Gästehaus am 6. April 2013 in Kabul: 82.

93 In Afghanistan bezeichnen die Eliten die Nord-Allianz eher als „Vereinte islamische und nationale Front für die Befreiung Afghanistans“ (*Jabha-ye Muttahid-e Islami-ye Melli baraa-ye Nejaat-e Afghanistan*). Sie hatte sich nach der Eroberung Kabuls durch die Taliban im Jahre 1996 unter der Führung Ahmad Schah Massouds und des für sie weiterhin legitimen Präsidenten Rabbani mit dem usbekischen General Abdul Rashid Dostum, dem Schi-

fliktursprünge und neue Narrative für seine Ziele und seine neue Bewegung selbst zu setzen:

„So, there is a deep divide on the interpretation of Islam and Sharia Law, one. Secondly, the pan-Afghan political structures, like the Maoist of the 80s, the communists of the 80s, the Mujaheds of the 80s are no longer pan-Afghan. They are now divided along the ethnic lines. We draw the lines which define the Afghan conflict today are the following to start with: a) there is no regional consensus on the shape of the Afghan state. Secondly, the ethnic divide is deepening. We are not seeing any moves to heal it. Or to demolish ethnic walls and to create a pan-Afghan nation. There is another divide emerging in the Afghan society and that is about natural resources. And the monopoly of the counter acting system which a lot of Afghans are believing now is going to be one ethnic group. The ruling clique. When will that lead to an armed conflict? It's not a matter of ‚if it is‘, it is a matter of when. Because we saw when it came to the issue of contracting our gas and oil resources of the North, the process was manipulated and the contract was awarded to the relatives of the president.“⁹⁴

Die Repräsentant*innen der politisch-tadschikischen Opposition, die ich insbesondere im April 2013 interviewt habe, beschuldigten die Regierung für Patronage-Klientel-Netzwerke innerhalb des Bergbausektors und der Zuweisung von Verträgen für Öl- und Gasverträgen aus den nördlichen Regionen innerhalb dieses Netzwerkes. Ein bekannter und wichtiger Vertrag wurde zwischen der *China National Petroleum Corporation* (CNPC) und der *Watan Group* unterzeichnet, um Erdgas und Öl im *Amu Darya*-Becken zu fördern (Giustozzi 2012a: 40). Zwei entfernte Verwandte Hamid Karzais, Rateb und Rashid Popal, leiten dieses Unternehmen. Rateb Popal war der Übersetzer von Abdul Salam Zaeef, dem Botschafter der Taliban in Pakistan von 2000 bis 2001, und ist nun Teilhaber einer vielversprechenden Mine, die auf 700 Millionen US-Dollar geschätzt wird (Cordesman/Hess 2014).

iten Mohammad Mohaqeq der *Hezb-e Wahdat*, dem Kommandeur der paschtunischen *Hezb-e Islami Khalis*, Abdul Qadir, und dem schiitischen Geistlichen Ayatollah Mohammad Asef Mohseni sowie Ustad Khalili von der *Hezb-e Wahdat* erneut formiert. Zuvor hatte Ahmad Shah Massoud den *Supervisory Council of the North* mit Kriegsherren aus dem Norden, Osten und Zentral-Afghanistan als Reaktion auf den Vormarsch der Sowjetarmee im Jahre 1984 gegründet. Diese Aufsichtsbehörde des Nordens bestand aus insgesamt 130 Kommandeuren, die aus zwölf unterschiedlichen Regionen stammen. Während der Kämpfe mit der Roten Armee konnte Ahmad Shah Massouds Kommando seinen Einfluss auf die Provinzen Kapisa, Parwan, Kabul, Kunduz, Baghlan, Balch, Tachar und Badachschan ausdehnen. Nach dem Abzug der Roten Armee wurde Taluqan in der nördlichen Provinz Tachar zur Hauptstadt der Nord-Allianz; sie etablierte durch Entwicklungshilfe, Smaragd-Handel und humanitäre Hilfe eine zum Teil autonom funktionierende Region (Rubin 2013:117). Der ursprüngliche Name „Vereinte islamische und nationale Front für die Befreiung Afghanistans“ wurde dann durch „Nord-Allianz“ ersetzt und besser bekannt, nachdem die OEF am 7. Oktober 2001 begann, mit diesen aus dem Norden stammenden *mujaheddin* gemeinsam mit der US-Armee den Rückschlag gegen die *al-Qaida* und die Taliban durchzuführen.

94 Vgl. Interview Nr. 7, mit Jeylaan in seinem Gästehaus am 6. April 2013 in Kabul: 82.

Während der Interviews mit einem ranghohen Regierungspolitiker wurden Fragen nach dem Verkauf dieser Erdölquellen und Minen nur kurz beantwortet, Nachfragen waren aus Zeitgründen nicht möglich:

„FDS: Because the opposition members give examples to your family, they got mines, you got copper mines, //you got contracts, different kinds of-//

//Karim: That was terrible, that was terrible.

//FDS: And:: also-//

//Karim: That was terrible.// And the opposition, the chief of opposition there is no place to talk about corruption. When they [...] taking them a mine contract. They are right. That was a terrible thing. It would be (...) and I did not know it when I came to know I stopped it. (...) we removed it.“⁹⁵

Tatsächlich wurde an den Verträgen nichts verändert oder gestoppt. Die *Watan Group* hat in einer über das Internet frei zugänglichen anwaltlichen Gegendarstellung zu jedem Punkt der Korruptionsvorwürfe durch den amerikanischen Kongressabgeordneten Dana Rohrabacher Bezug genommen. In diesem anwaltlichen Schreiben wird unter anderem klargelegt, dass es sich bei den beiden Geschäftsführern des Popal-Stammes um entfernte Verwandte Hamid Karzais handelt und die Vergabe des Vertrages nach einem gerechten Ausschreibungsgebot verlaufen sei, nach dessen Kriterien dann erst im Interesse der afghanischen Regierung der Vertrag vergeben worden sei (Whiteford/Taylor/Preston L.L.P. 2012).⁹⁶ Die vorausberechneten Profite werden auch nicht, wie vom Kongressabgeordneten behauptet, an Qayum Karzai, einen der Brüder Hamid Karzais, oder gar an den zu dieser Zeit amtierenden Präsidenten Karzai selbst fließen. Zudem hätten amerikanische Investoren in diesem Vergabeprozess keine Angebote an die afghanische Regierung gemacht oder gar Interesse an der Förderung des Öls im Norden Afghanistans bekundet, dieses Vergabeverfahren sei auch über das amerikanische Verteidigungsministerium abgelaufen.

Innenpolitisch hat die Vergabe des Vertrages an die Angehörigen eines Popalzai-Stammes für Konflikte gesorgt, denn die regionalen Machtsphären als Erbe der Bürgerkriegsjahre wurden bei der Ressourcenverteilung nicht ohne Folgen ignoriert. Der regionale Machthaber, der usbekische General Abdul Rashid Dostum, hat versucht, bereits zu Beginn der Förderung im Juni 2012 die Bauvorbereitungen gewaltsam mit seinen Anhängern zu blockieren. Er forderte, dass die Bevölkerung in den beiden Provinzen (Faryab und Sar-e Pol), die von der Förderung betroffen sind, Gewinnanteile erhalten (Sexton 2012: 57).

Es gibt widersprüchliche Angaben über die ausgehandelte prozentuale Abgabe durch das afghanisch-chinesische Konsortium an den afghanischen Staat. Die Zahlen

95 Vgl. Interview Nr. 10, mit Karim in seinem Büro am 7. April 2013 in Kabul: 140. Das Kürzel „FDS“ steht für die Initialen meines Namens.

96 Dieses anwaltliche Schreiben ging in Kopie auch an die damals amtierende Außenministerin Hillary Rodham Clinton und ist als Reaktion auf das Schreiben des Kongressabgeordneten Dana Rohrabacher vom 13. Juni 2012 zu bewerten, denn Rohrabachers Schreiben ging sowohl an die damalige Außenministerin als auch an den damals noch amtierenden Verteidigungsminister Leon E. Panetta (Rohrabacher 2012).

variieren von 60 bis 80 Prozent. Beispielweise sagte der damalige Vize-Minister des Minen- und Petroleum-Ministeriums, Mohammad Akram Ghayasee, der afghanischen Tageszeitung *8am* (Farsi: *8sobh*), dass die Vertragsvergabe für die drei Becken, aus denen Erdöl gewonnen werden soll, weder rechtmäßig oder transparent verlaufen sei noch aufgrund der eiligen Unterzeichnung wissenschaftlichen Standards entspreche (Pajhwok Reporter 2014; Rostami 2013).

Der damals amtierende Minister für Minen und Petroleum, Ibrahim Adel, hat den Anteil der staatlichen Einnahmen durch die Erdölförderung auf 80 Prozent der Gesamteinnahmen geschätzt (Pajhwok Reporter 2014). Reuters meldete, dass die CNPC 15 Prozent an den Nutzungsanteilen für das Öl, 20 Prozent Körperschaftssteuer und 50 bis 70 Prozent seines Gewinns an die Regierung abgeben wird (Shalizi 2012). Vor den Präsidentschaftswahlen wurden tatsächlich 300 Tonnen Erdöl gefördert, jedoch gab es keine vertragliche oder diplomatische Vereinbarung, das Öl in den Nachbarstaat Usbekistan zu exportieren, um es dort zu raffinieren. Die Aussagen über die staatlichen Einnahmen sind widersprüchlich, jedoch kann sich der lang erwartete neue Vertrag für die vielversprechende Förderung der auf 3 Trillionen US-Dollar geschätzten Bodenschätze nun auf ein Minengesetz berufen (Minerals Law 2014). Im *policy*-Aufsatz zur legalen Förderung der Bodenschätze Afghanistans von Noorani und De Brouckere gibt es an mancher Stelle Hinweise auf die illegalen Verkäufe der Minenverträge:

„The initial approach of the Ministry of Mines and Petroleum (MoMP) over the past five to seven years was to follow the business-as-usual approach and to ‚learn by doing‘, including attempting to tender and contract for significant oil and gas projects in the Afghan and Amu Darya Basins, the ‚jewel‘ of Hajigak’s iron ore, and copper at Mes Aynak. However, the 338 contracts tendered, negotiated, and signed by the MoMP in this manner from 2010 to 2013 (with the exception of Mes Aynak, signed in 2007) exceeded its low capacity to ensure robust agreements whose implementation is monitored, revenue collected, and non-compliance effectively sanctioned.“ (Noorani/De Brouckere 2016: 7)

Diese hier aufgeführten 338 Verträge im Bereich der Förderung von Naturressourcen weisen verschlungene Vernetzungen zwischen politischen Elitenvertreter*innen auf, die sowohl ihren hohen Lebensstandard erhalten wollen als auch ihre urbane und periphere Klientel mit ökonomischem und sozialem Kapital (Bourdieu 2005c) versorgen müssen, um ihre eigene Machtposition in den Dynamiken der durch Krieg, Korruption, Drogen- und Menschenhandel geprägten Gewaltmärkte zu sichern (Elwert 1999: 85). Diese im Detail zu analysieren, bedarf einer langjährigen Forschung, die den Rahmen dieser Arbeit sprengen würde.⁹⁷ AREU und GIZ haben eine Forschungsreihe im Rahmen des *Govern4Afghanistan*-Projektes zu sieben *governance*-Sektoren im Jahre 2015 begonnen und werden unter anderem zum Minen-Sektor die unterschiedlichen Herausforderungen für den Staat und die afghanische Bevölkerung untersuchen (Noorani/De Brouckere 2016; Govern4Afg 2016). Auch sie verweisen

97 Giustozzi und Orsini haben die patrimonialen Verhältnisse zwischen der Peripherie und Zentralregierung in Badachschan anhand des lukrativen Geschäftes mit den Lapislazuli-Edelsteinen untersucht (Giustozzi/Orsini 2009).

in ihrem Aufsatz darauf, dass durch mehr Transparenz bei der Vergabe der Verträge und bessere Förderbedingungen der afghanischen Bevölkerung und dem afghanischen Staat höhere Renditeeinnahmen zu Gute kommen könnten. Jedoch zeigt sich im nächsten Unterkapitel anhand anderer Beispiele, wieweit sich das Patronage-Klientel-Netzwerk ausgeweitet hat.

Im nächsten Abschnitt wird hervorgehen, inwiefern die unterschiedlichen ethnischen Elitenvertreter*innen bereit sind, für ihre finanziellen, politischen und ökonomischen Interessen kooperativ zu handeln.

6.4.2 Macht- und Geldinteressen sind wichtiger als ethnische Zugehörigkeiten

Ein enger Vertrauter Abdullahs, Mohsen, der auch kurzfristig zu einem Interview bereit war, betrat das Wohnzimmer in traditionell afghanischer Kleidung und einem blau-grüngestreiften Kaftan. Vielen ist dieser blau-grüngestreifte Kaftan von Auftritten Karzais in der Öffentlichkeit bekannt.⁹⁸ Als Kopfbedeckung trug Mohsen eine *pakol*-Mütze, die sowohl seine politische Nähe zu Ahmad Schah Massoud als auch seine ethnische Zugehörigkeit unterstrich. Überrascht war ich, dass er als junger schiitischer Elitenvertreter während des schiitischen Trauermonats fastete. Während des Interviews verließ ich den Raum, damit er sein Abendgebet verrichten konnte. Während des Interviews nahm er mindestens zwei Anrufe entgegen, in denen es um die bevorstehende Energiepolitik und Daten zum exportierbaren Energiepotenzial versus teuer importierter Energieressourcen des Landes ging. Da er den ganzen Tag gefastet und parallel Gespräche mit dem Regierungspartner und dem Team Abdullahs geführt hatte, war das Interview eher kurz, er antwortete vage und äußerst vorsichtig. Dies ist sicherlich auch der Tatsache geschuldet, dass Mohsen hierarchisch der mittleren Ebene der Administration zuzuordnen ist und sich nicht wie die Super-Eliten durch direkte politische Äußerungen zur politischen Korruption Feinde schaffen möchte.

Dieser Vertrauter Abdullahs, der sich mit Fragen der Geschäftsgründung und der Energielandschaft Afghanistans auskennt, nannte mir ein weiteres Beispiel für Konflikte in der Gesellschaft. Nur vorsichtig beschrieb er, dass für eine Zement-Fabrik in der Provinz Baghlan von der *Afghan Investment Company* (AIC) jährliche Renditen in Höhe von 400 Millionen US-Dollar an den afghanischen Staat versprochen worden sind. Außerdem sagte er: „Die Mine in Pol-e Chomri sollte zum Beispiel nicht so im groben Zustand exportiert werden. Es sollten Afghan*innen für die Erforschung eingestellt werden. Es wird sicherlich schwierig, die richtige Firma zu finden, weil sie vieles verbergen. Bei der Bewerbung versprechen sie viel, aber die tatsächliche Umsetzung wird dann schwierig.“⁹⁹ Mohsen meint hier, dass während der Vertragsvergabe für die Zementfabrik Versprechungen gemacht wurden, wie beispielsweise die Weiterverarbeitung des Zementes, um Arbeitsplätze in Afghanistan zu schaffen und die Wirtschaft so zu fördern. Auf Nachfrage erwähnte Mohsen den Namen der

98 Karzai wurde vom Magazin *Esquire* der Titel *best dressed man* verliehen (The Economist 2004).

99 Vgl. Interview Nr. 14, mit Mohsen im Wohnzimmer des Lebensraumes meines Vaters am 3. November 2014 in Kabul: 183.

AIC als Investor für die bereits seit 1962 aktive Zement-Fabrik in der überwiegend tadschikisch besiedelten Provinz Baghlan, mehr nicht. Nutznießer des Vertrages waren Mahmoud Karzai als CEO und Mohammad Haseen Fahim, der Bruder des damals amtierenden Vizepräsidenten Marshall Mohammad Qasim Fahim.

Es gibt Verbindungen der AIC zu 34 weiteren Politiker*innen des Parlamentes und weiteren Geschäftsmännern (*Alekozai, Safi* und *Bayat*), die als Gesellschafter an der AIC beteiligt waren (Zaliq 2011; Böge 2011). Die nachfolgenden aufgeführten größten Gesellschafter, Alekozai, Safi und Bayat, waren auch Anteilseigner an der *Kabul-Bank*. Für ihre lukrativen Geschäfte sind diese Wirtschaftseliten mit der Politik enge Verbindungen eingegangen, obwohl sie unterschiedliche ethnische und konfessionelle Zugehörigkeiten haben. Die *Alokozai Group of Company* hat sich auf den Verkauf von Tee, nicht-alkoholischen Getränken und einigen Nahrungsmitteln in Afghanistan und 40 weiteren Ländern spezialisiert. Darüber hinaus ist die *Alokozai Group of Company* aktiv an illegalen Re-Exporten von Zigaretten, Alkohol und Smartphones beteiligt. Der CEO ist Paschtune und heißt Abdul Rahman Alokozay, der Hauptsitz der Firma ist in Dubai (Alokozay Group 2010). Auch der Hauptsitz der *Safi Group Ltd.*, die besonders bekannt ist für ihre Fluggesellschaft, befindet sich in Dubai. Hinzu kommen weitere Geschäfte in den Bereichen Stahl, Speiseöl und Trockenfrüchte sowie allgemeiner Handelsware. In Herat hat die Firma Fabriken für Ziegel-, Gips und Kiesherstellung. Außerdem sind sie in der Agrarwirtschaft tätig, sie betreiben Safranbau in Herat (Safi Group of Companies 2009). Bemerkenswert sind auch das Einkaufszentrum *Kabul City Center*, das *Safi Landmark Hotel and Suites*, die von *Safi Builders* erbauten modernen Wohnapartments für Familien der Mittelschicht (Safi Builders 2016). Die *Safi Group Ltd.* gehört dem Paschtunen Abdul Rahim Safi. Ehsan Bayat ist schiitischer Tadschike und hat die Telekommunikationsfirma *Afghan Wirless Communications Company* (AWCC) im Jahre 2004 gegründet, zudem eine Fernsehanstalt *Ariana Television Network* und eine gemeinnützige Organisation (Bayat Foundation 2016, Ariana Television Network 2016). Seit 2011 ist er auch Mitglied des Oberhauses (Paschto: *meshrano jirga*) und direkt von Präsident Karzai ernannt worden, denn zu einem Drittel werden die Mitglieder des Oberhauses vom Präsidenten ernannt.

Die AIC wurde mit 45 Millionen US-Dollar von 80 Geschäftsmännern in Dubai, die jeweils 500.000 US-Dollar teils bar an die AIC zahlten, und mit Bankkrediten durch die *Kabul Bank* finanziert (Landay 2010). Dieses Geld wurde für die Förderung und den Kauf der Zement- und die in der Nähe gelegene Kohlemine akquiriert.

Die Verstrickungen, die unter dem Anspruch des *afghan ownership* auch von der Regierung verursacht worden sind, führen jedoch weiter. Mahmoud Karzai hat 6 Millionen US-Dollar von der *Kabul Bank* für die Gründung seiner Firma erhalten, „mit dem der Präsidentenbruder einen 7-prozentigen Aktienanteil an der *Kabul Bank* erwarb, ohne einen eigenen Cent mitzubringen“ (Imbert 2011). Als jedoch die *Kabul Bank* im Jahre 2010 nach Verlusten in Höhe von 987 Millionen US-Dollar von der Regierung geschlossen worden ist, kamen auch Mahmoud Karzai und Mohammad

Haseen Fahim durch ihre Kredite bei dieser Bank in Verruf.¹⁰⁰ Das Vermögen beider Personen (Karzai und Fahim) wurde eingefroren, Mahmoud Karzai verkaufte seine Anteile an der AIC an den Chef der *Azizi Bank*, um seine Kredite an die Bank zurückzahlen zu können. Die Verstrickungen der *Kabul Bank* haben in Afghanistan innenpolitisch und international hohe Wellen geschlagen und wurden als Exempel für die korrupten Vernetzungen der Karzai-Regierung international und innenpolitisch angeprangert. Für die afghanische Wirtschaft war der Bankrott der *Kabul Bank* ein schwerer Schlag: Internationale Geldgeber*innen – insbesondere der Internationale Währungsfonds – stoppten ihre Geldtransaktionen und die privaten Bankkunden verloren nach dem Verlust ihres Geldes das Vertrauen in ein modernes Banksystem (Independent Joint Anti-Corruption Monitoring and Evaluation Committee 2012).

Sherkhan Farnood und Khalillullah Ferozi, Vorsitzender und Geschäftsführer der *Kabul Bank*, wurden im November 2014 von einem afghanischen Sondergericht wegen der *Kabul-Bank-Affäre* zu jeweils 15 Jahren Haft verurteilt. Im November 2015 hat Ferozi dank seiner Seilschaft in der Regierung Präsident Ghani die Erlaubnis erhalten, das Stadtprojekt *Smart City Township* umzusetzen, um seine Schulden durch den Bankrott der *Kabul Bank* begleichen zu können. Dieses Vorhaben erfolgte mit der Einwilligung der Berater Präsident Ghani. Die Bekanntgabe dieses Projektes löste heftige Proteste in den afghanischen und internationalen Medien aus. Daraufhin wurde der Vertrag vom Präsidenten Ghani Anfang November 2015 annulliert. In der *New York Times* berichtete Ferozi weiter, dass es eine Vereinbarung mit der Regierung gegeben habe, dass das Wohnungsprojekt gemeinsam mit dem Ministerium für Angelegenheiten der urbanen Entwicklung und Wohnen durchgeführt werden und der Begleichung seiner Schulden in Höhe von 137 Millionen US-Dollar dienen sollte (Mashal 2015). In diesem Zusammenhang ist auch interessant, dass bis zu 861 Millionen US-Dollar von der *Kabul Bank* nach Dubai transferiert und dort in Immobilien investiert wurden. Die Piloten der *Pamir Airline*, dessen Vorsitzender Farnood war, haben jeweils Bezahlungen in der Höhe von 300.000 US-Dollar mit dem Vermerk *pilots of cash delivery* erhalten (Independent Joint Anti-Corruption Monitoring and Evaluation Committee 2012: 30).

Die Nachfolgeregierung unter Ghani hat ihren Wähler*innen versprochen, die Korruption zu bekämpfen und das entwendete Geld zurückzufordern. Der Regierung ist es bisher gelungen, von 155 Schuldnern 24 zu Rückzahlungen zu bewegen, so dass insgesamt um die 437 Millionen US-Dollar wieder an die Zentralbank zurückgeflossen sind (Integrity Watch Afghanistan 2015; Bahrami 2015). Die Verwicklung weiterer großer Unternehmen wurden von der unabhängigen Untersuchungskommission festgestellt. Nachdem sie mit Ratenrückzahlungen begonnen haben, wurde ihr Vermögen wieder freigegeben und das Ausreiseverbot für die größten Gesellschafter¹⁰¹ der *Kabul Bank* aufgehoben. Nach Angaben des *Independent Joint Anti-Cor-*

100 Manche Zahlen, so wie in *Der Spiegel* veröffentlicht, gehen von Zahlungen von bis zu 14 Millionen US-Dollar durch die *Kabul Bank* sowohl an Mahmoud Karzai als auch an Mohammad Haseen Fahim aus (Kazim 2010).

101 Die afghanische Generalstaatsanwaltschaft und die afghanische Presse hat von insgesamt 24 Schuldnern berichtet, deren Reiseverbot wieder aufgehoben wurde, nachdem sie sich bereit erklärt hatten, ihre Schulden in Raten abzubezahlen. Von ihnen wurden neun der

ruption Monitoring and Evaluation Committee (kurz: MEC) waren folgende große Unternehmen beteiligt:

„Businesses that owe the Kabul Bank money, according to the MEC public inquiry, include Gas Group (121.2 million USD), Pamir Air (88.9 million USD), Zakhira (22.9 million USD), Kabul Neft (21.5 million USD), Hewadwal corporation (15.5 million USD), Gulbahar Towers (16.8 million USD), and Ariana Steel (1.5 million USD).“ (van Bijlert 2015)

Diese Vorfälle zeigen, dass ethnische Vorbehalte bei lukrativen Geschäften keine Rolle spielten. Dennoch wurde die *Kabul-Bank*-Affäre von einigen tadschikischen Eliten als Verschwörung der paschtunischen Entscheidungsträger*innen gegen die tadschikischen Bankchefs gedeutet. Tatsächlich waren sowohl der Vorsitzende als auch der Geschäftsführer Tadschiken. Beide stammen aus dem politischen Lager des damals amtierenden ersten Vizepräsidenten Fahim und des ehemaligen Außenministers und heutigen CEOs Abdullah.

In einem Interview deutete Siavasch,¹⁰² der eine politische Schlüsselperson in Mazar-e Sharif ist, die Situation so, dass die *Kabul Bank* von Paschtun*innen gestürzt worden sei, damit sie von der paschtunisch geführten *Azizi Bank* übernommen werden könne. Ein anderes hohes Regierungsmitglied, Karim, hat im Interview im Zusammenhang mit dem Bankrott der *Kabul Bank* und dem Minenverkauf an seine eigene Familien-Klientel folgendes gesagt: „But the *Kabul Bank* is a different story. The *Kabul Bank* is a story of total theft, to stealing by some. And total promotion by the Americans to what has happened that way.“¹⁰³

Ein früh recherchierter und erschienener Artikel im *Guardian* könnte zum Teil diesen Verdacht bestätigen, da viele ausländische Berater*innen bis zu sechsstellige Gehälter erhalten hätten (Boone 2011). Sowohl der MEC-Bericht von afghanischer Seite als auch der Bericht des SIGAR haben bemängelt, dass die US-amerikanische Consultingfirma *Deloitte* die Missstände und korrupten Abläufe nicht bereits früher und aggressiver verfolgt haben (SIGAR 2014; Independent Joint Anti-Corruption Monitoring and Evaluation Committee 2012). USAID hat im September 2003 begonnen, mithilfe der Consultingfirma für die öffentlichen Dienstunternehmen die *Da Afghanistan Bank* (DAB, afghanische Zentralbank) technisch und beratend zu unterstützen. Die von *BearingPoint* im Mai 2009 an *Deloitte* verkauften Verträge (z.B. USAID *Economic Growth and Governance Initiative/EGGI*) hatten ein Volumen von 92 Millionen US-Dollar und sollten in die Unterstützung und Entwicklung des Bankwesens in Afghanistan, also auch der *Kabul Bank*, fließen. Die zuvor über *BearingPoint* beschäftigten Berater*innen wurden von *Deloitte* übernommen. Die Untersuchungen SIGARs haben ergeben, dass bereits vor den Skandal auslösenden Artikel der *Washington Post* am 22. Februar 2010 genügend Hinweise auf unlautere fi-

größten Schuldner namentlich in der Öffentlichkeit genannt: Mahmoud Karzai, Gulbahar Habibi, Haseen Fahim, Daud Nassir, Mohammad Anwar Jigdalak, Mohammad Tahir Zahir, Mahboob Frotan, Mohammad Ismail Ghazanfar und Amrullah (Karimi 2015).

102 Siavasch wird in Kapitel 7.2.5 *Ethnonationalismus versus afghanische Nation* näher beschrieben.

103 Vgl. Interview Nr. 10, mit Karim in seinem Büro am 7. April 2013 in Kabul: 140f.

nanzielle Machenschaften vorgelegen hätten (auch auf Drohungen gegen Berater*innen *Deloitte*), denen man genauer und nachdrücklicher hätte nachgehen müssen (SIGAR 2014: 6ff; USAID 2011). Der Bericht listet zudem die einzelnen verdächtigen Zwischenstationen bis zum großen Eklat in der *Washington Post* auf.

Der Vorwurf, dass die Bank von einer paschtunisch geführten Regierung mit Absicht in den Bankrott gestürzt worden sei, oder – wie eine Minderheit in der afghanischen Regierung sagt –, dass die amerikanische Consultingfirma diese Zustände willentlich für ihren eigenen Profit genutzt hat, drängt das eigentliche Problem der strukturellen Bedingungen des Staatsaufbaus und des politischen Systems Afghanistans in den Hintergrund. Dies bedeutet für die zentrale Fragestellung nach den Konfliktodynamiken zwischen den unterschiedlichen Elitenvertreter*innen, dass es zwei Narrative gibt: Gehören die Elitenvertreter*innen den ethnischen Minderheiten der Opposition an, so werden sie den Skandal so beschreiben, dass sich die herrschende ethnische Gruppe auf Kosten der anderen Gruppen bereichert hat. Handelt es sich um regierungsnahe Elitenvertreter*innen, die mit den involvierten Firmen in verwandtschaftlichem Verhältnis stehen, so werden die amerikanischen Inspektor*innen für den Bankrott verantwortlich gemacht. Beide Narrative werden je nach politischen Kosten-Nutzen-Kalkül und nach dem jeweiligen politischen Zusammenhängen unterschiedlich instrumentalisiert.

Auf die Frage, was Mohsen über das Minengesetz denkt und warum es zum Zeitpunkt des Interviews vom Parlament noch nicht verabschiedet worden ist:

„Das Parlament verschleppt die Verabschiedung des Gesetzes absichtlich, weil es das Minengesetz absichtlich nicht so schnell in Kraft setzen möchte, damit dann nicht solche Verhältnisse wie in Afrika herrschen. ... Ein Beispiel ist die Zement-Fabrik in Baghlan. Das Öl im Norden des Amu Daryas wurde an die *China National Petroleum Corporation* verkauft. Es wurden 700 Millionen US-Dollar Profit versprochen, aber momentan beläuft sich der Profit auf nicht mehr als 50 Millionen US-Dollar.“¹⁰⁴

Vielleicht wollten die Gesetzgeber*innen ihrer Kontrollaufgabe nach einem *checks-and-balances*-System nachkommen, ich halte es jedoch für wahrscheinlicher, dass die Parlamentarier*innen ihre eigenen Interessen im Blick hatten. Bereits im Jahre 2010 wurde ein Minengesetz verabschiedet, doch dann sollte noch kurz vor dem geplanten Abzug der Internationalen Truppen Ende 2014 eine überarbeitete Fassung des Minengesetzes ratifiziert werden, damit Investitionen im Bereich der Mineral- und Naturressourcen getätigt werden konnten. Das vom Parlament verabschiedete Minengesetz vom 14. August 2014 erlaubt es nun Investor*innen und den jeweiligen Firmen, so wie *Global Watch* kritisiert, Verträge abzuschließen, ohne Vertragsdetails veröffentlichen zu müssen (Global Witness 2014). Diese Intransparenz erschwere es den Afghan*innen, zu erkennen, wie hoch z.B. die staatlichen Einnahmen aus der Vergabe von Lizenzen und die Steuereinnahmen sind. Außerdem sei in dem überarbeiteten Gesetz auch nicht reguliert, nach welchen Kriterien die Lizenzvergabe ablaufen soll. Auch sieht das Gesetz keinerlei Mechanismen für Konfliktlösungen für

104 Vgl. Interview Nr. 14, mit Mohsen im Wohnzimmer des Lebensraumes meines Vaters am 3. November 2014 in Kabul: 183.

Gemeinden vor, die von der Förderung betroffen sein werden. Die positiven Aspekte des überarbeiteten Gesetzes seien, dass im Artikel 100 des Gesetzes im Kapitel zu Anti-Korruptionsmaßnahmen geschrieben steht: „The Ministry of Mines and Petroleum, the Ministry of Finance, License Holder, contractor and other relevant agencies shall, for the purpose of transparent management and effective Mining revenues, comply with the requirements and standards of the Extractive Industries Transparent Initiative.“ (Minerals Law 2014: 49)

Im Vergleich zum Minengesetz (Minerals Law 1391 2012) sind in schwächerer Form auch die Umweltschutzvorgaben und sozialen Aspekte bei der Förderung der Ressourcen berücksichtigt worden (Minerals Law 2014: 44-46). Eine Nachrichtenagentur hat unter anderem auch kritisiert, dass das neue Gesetz lediglich die finanzielle Entschädigung für Landbesitzer*innen reguliere. Jedoch hätte auch für diejenigen, die als Pächter*innen oder Mieter*innen auf dem Land wohnen, eine gesetzliche Entschädigung vereinbart werden müssen (IRIN 2014). Ein weiteres schwerwichtiges Problem ist die enge Verknüpfung zwischen den politischen Ämtern der Parlamentarier*innen, den Angestellten der Schlüsselministerien und ihrer Familienangehörigen und den Investoren. Es gibt keine offiziellen Angaben über die Anzahl der verkauften Minen (Halbedelsteine, Gas, Öl, Kupfer, Eisen, Zement etc.). So stellt ein Experte für die Mechanismen und Bedingungen bei der Vergabe von Minenverträgen, Noorani, fest: „There might be 2,500 to 3,000 sites where illegal extractions are taking place, [...]. It must be said that a mine that gets extracted from multiple directions, it cannot be even counted.“ (Mohammdi 2015) Darüber hinaus sind zahlreiche Mitglieder des Parlaments direkt an Minenunternehmen beteiligt, was ihnen vom Gesetz her verboten ist.

In dieser Debatte wird bereits zum Teil deutlich, dass der ethnische Konflikt von wirtschaftlichen Interessen der Eliten gesteuert wird. Die Partikularinteressen der politischen Eliten und Wirtschaftseliten stehen im Zusammenhang mit den in Folge der Kriegsjahre ethnisierten Auseinandersetzungen, die weiterhin durch Misstrauen und Überlebenswillen der jeweiligen Fraktionen bestimmt sind.

Eine weitere bisher unberücksichtigte Fraktion sind die Taliban: Wie sie die Konfliktstrukturen innerhalb der Staatsorganisation und die Chancen auf einen Frieden betrachten, wird im Folgenden dargestellt.

6.5 DIE FRIEDENSBESTREBUNGEN AUS DER PERSPEKTIVE DER TALIBAN

Zwei Taliban-Repräsentanten habe ich in Kabul interviewt, da die Friedensverhandlungen in der Hauptstadt geführt und dort auch die wichtigsten Entscheidungen gefällt werden. Die Friedensverhandlungen sind ein Hauptstadtdiskurs und durch die Präsenz der unterschiedlichen Fraktionen sind alle wichtigen Verhandlungspartner*innen, die überzeugt werden müssen oder mit denen gesprochen werden muss, anwesend. Mitglieder der Taliban-Bewegung, die seit der Bonner Petersberg-Konferenz im Dezember 2001 nach den Anschlägen des 11. Septembers 2001 vom Staatsbildungsprozess ausgeschlossen waren, haben sich mir gegenüber während des Interviews zu weiteren Konflikt- und Themenfeldern geäußert. Unmut äußerten sie in den

zwei Interviews primär zu drei Punkten: Erstens, dass sie von der neuen Regierungsbildung in Bonn im Jahre 2001 ausgeschlossen waren, zweitens, dass die Friedensverhandlungen weiterhin von den falschen Akteur*innen initiiert werden, und drittens, dass die Rolle des Islam in der jetzigen Regierungsführung nicht eindeutig sei. Nachfolgend werden die Ansichten der zwei von mir interviewten Taliban, Rasul und Juwand, zu diesen Themenfeldern dargelegt, anhand der jeweiligen politischen Rahmenbedingungen durchleuchtet und die unterschiedlichen politischen Schattierungen der Taliban-Bewegung kontrastiert.

Das Interview mit dem ehemaligen *talib* Juwand habe ich in seinem sehr gut geschützten Büro in Kabul im November 2014 führen dürfen. Es lag in einer Nebenstraße in Kabul, die mit zwei Schranken abgesperrt war. Wir wurden nach einer kurzen Befragung und Durchsichtung an zwei Wachhäuschen durchgelassen. Anschließend mussten Darius und ich in einen verwinkelten Innenhof gehen. Juwand kam nur wenige Minuten zu spät, da er zuvor bei einem Treffen mit der UNAMA war, und er entschuldigte sich. Er trug eine traditionelle afghanische Tracht (*pērāhan wa tunbān* und *pakol*-Mütze), ließ sich auf einem Sessel am Kopf einer Sitzgarnitur nieder und streckte seine Füße in Richtung eines elektrischen Ofens. Während des gesamten Interviews wurde er von einem misstrauischen Leibwächter bewacht, der direkt hinter der geschlossenen Tür stand und sich zwischendurch bemerkbar machte, in dem er die Tür öffnete und kontrollierte, ob alles problemlos verlief. Das Mittagsgebet hatte Juwand für unser Interview ausfallen lassen, wies aber auf den rufenden Muezzin hin und machte eine kleine Pause. Er kam damit den Pflichten eines guten Muslims nach, der zumindest schweigen muss, wenn der Muezzin zum Gebet ruft. Zum Ende des Interviews wehrte er eine Nachfrage zur Durand-Linie mit dem Kommentar ab, dass es eine emotionale Frage sei. Um das Interview versöhnlich enden zu lassen, lud er Darius und mich zum Mittagessen ein. Ich lehnte dankend ab, da es nur eine einmalige Aufforderung aus Höflichkeit war und er nicht weiter insistierte.¹⁰⁵ Im Interview antwortete mir Juwand, der als Diplomat in einem strategisch wichtigen Land während der Taliban-Herrschaft das Regime repräsentierte, auf die Frage zur Rolle des Islamischen Staates (IS):

„I was a Taliban fighter. I have explained. We are also very patriotic about being Afghans. In the media, they reflect that we are very rigid people and how dark they think about us. They were youth who came from madrassas and had no education, no experience in dealing with foreign countries on international level and with national people. They [Taliban] are more nationalists. One American brought up 600 points and wrote that the Taliban are more nationalists people, the others have more prejudice.“¹⁰⁶

Zunächst ist interessant, dass der ehemalige Taliban-Repräsentant, der sich nun in seiner politischen Rolle um einen Friedensprozess bemüht, während des gesamten In-

105 Dieses kulturelle Konzept der Höflichkeit habe ich in Kapitel 6.2 *Habituelle Kleidung als Zündstoff und die feinen Unterschiede* näher mit dem persischen Wort *t'ārof* erklärt und im Deutschen mit angemessenem Verhalten übersetzt (LoCastro 2012; Eslami-Rasekh 2005).

106 Vgl. Interview Nr. 19, mit Juwand in seinem Büro am 11. November 2014 in Kabul: 213.

interviews zwischen „wir“ und „denen“ schwankte, wenn er von den Taliban sprach. Juwand gab an, nationalistischer als andere afghanische Gruppierungen zu sein. Offiziell besteht für die Taliban nicht die Möglichkeit, die ethnische Problematik auf einer politischen Plattform für sich zu instrumentalisieren, da sie momentan nur durch wenige ehemalige Taliban in der Regierung vertreten sind. Auch die Rekrutierung der Taliban basiert nicht mehr auf ethnischer Zugehörigkeit. Rashid schrieb zu den gescheiterten Verhandlungen zwischen einer Gruppe von Gesandten der Taliban und der afghanischen Regierung in Doha im Jahr 2013:

„Die Mitglieder der Friedenslobby sehen sich selbst eher als afghanische Nationalisten denn als Dschihadisten. Sie haben genug von den Vorwürfen, sie seien Marionetten der Pakistaner. Es sind die Hardliner – überwiegend Feldkommandeure innerhalb der Schura und in Afghanistan –, die Gespräche ablehnen. Da immer weniger junge Afghanen bereit sind, in den Kampf zu ziehen, heizen diese Kommandeure die Sommeroffensive an, indem sie in großer Zahl dschihadistische Pakistaner und zentralasiatische Kämpfer für die Auseinandersetzung in Afghanistan rekrutieren.“ (Rashid 2013: 24)

Die über mehrere Monate angebahnten Gespräche wurden abgebrochen, als die Delegation der Taliban an dem für sie vom katarischen Emirat zur Verfügung gestellten Gebäude die weiße Flagge des Islamischen Emirats Afghanistans mit der Aufschrift „Das politische Büro des Islamischen Emirats Afghanistans“ hissten (Latifi 2013). In Rashids Koordinatensystem der Taliban-Repräsentanten können beide interviewte Taliban, Juwand und Rasul, als Friedenslobbyisten betrachtet werden. Diese Interpretation ihrer Rolle innerhalb der Taliban-Bewegung hängt sowohl mit den Beziehungen zur pakistanischen Regierung und dem ISI als auch der historisch-politischen Bewegung der Taliban zusammen, deren historische Wurzeln auf die frühen 1980er Jahre zurückgehen. Da bereits aus der Beschreibung zur Interviewsituation mit Juwand und dem ersten kurzen Zitat Juwands hervorgeht, dass die Taliban auf eine längere Geschichte im Inland und im Nachbarland Pakistan zurückblicken können, wird im nachfolgenden Teil die politische Dimension der Auseinandersetzungen zwischen unterschiedlichen *tanzims* und die Folgen für den Aufstieg der Taliban dargestellt.

6.5.1 Vom internationalen Krieg zum innerstaatlichen Konflikt

In den 1980er Jahren wurden insgesamt sieben *mujaheddin*-Gruppierungen aus den großen afghanischen Flüchtlingslagern in Peschawar mit finanzieller Unterstützung der USA und über die logistische und personelle Infrastruktur des pakistanischen ISIs als Bollwerk gegen die Sowjetunion aufgebaut (Goodson 2001). Im Jahre 1990 beliefen sich die Flüchtlingszahlen auf 4 Millionen (ebd.: 61). Sie waren bereits damals entlang der ethnischen Zugehörigkeiten und in radikal islamistische bis moderate Lager gespalten, aber bereit, gemeinsam die Rote Armee zu bekämpfen.

Während des Militärregimes von General Mohammad Zia ul-Haq (1977-1988) begannen die Gelder des CIA über den ISI zu fließen. Zia ul-Haq legte Wert darauf, die einzelnen *tanzims* weiterhin in finanzieller Abhängigkeit zu halten und somit zu kontrollieren. Auch die amerikanische Administration und der damals amtierende Nationale Sicherheitsberater Zbigniew Brzezinski verfolgten bereits ab dem 3. Juli

1979 – sechs Monate vor dem Einmarsch der Roten Armee in Afghanistan, der am 27. Dezember 1979 begann – die Strategie, islamistische Strukturen als Bollwerk gegen die Sowjetunion zu unterstützen. In einem Interview mit *Le Nouvel Observateur* antwortete Brzezinski 1998 auf folgende Frage des Journalisten:

„Q: When the Soviets justified their intervention by asserting that they intended to fight against a secret involvement of the United States in Afghanistan, people didn't believe them. However, there was a basis of truth. You don't regret anything today?

B: Regret what? That secret operation was an excellent idea. It had the effect of drawing the Russians into the Afghan trap and you want me to regret it? The day that the Soviets officially crossed the border, I wrote the President Carter. We now have the opportunity of giving the USSR its Vietnam war. Indeed, for almost 10 years, Moscow had to carry on a war unsupported by the government, a conflict that brought about the demoralization and finally the breakup of the Soviet empire.“ (Le Nouvel Observateur 1988)

Es war bereits während der Herrschaft der Taliban (1996-2001) kein Geheimnis mehr, dass die USA die *mujaheddin* finanzierten, um in der bipolaren Weltordnung als Sieger hervorzugehen. Pakistans Militärdiktatur beherbergte viele afghanische Flüchtlinge und diente als Transitland für den Stellvertreterkrieg der USA. Rashid beschreibt die damalige Politik des pakistanischen Präsidenten weiter:

„Alle sieben [*mujaheddin*-Gruppierungen] waren religiös geprägt, denn Zia verbot den afghanischen Nationalisten, Demokraten oder säkularen und linksgerichteten Parteien die Betätigung. Er bestand auch darauf, dass die Parteien den Krieg als Dschihad bezeichneten und nicht als nationalen Befreiungskampf. Der ISI benutzte das Geld und die Waffen der CIA zur Bestechung, um die [*mujaheddin*]-Gruppierungen auf Linie zu halten, und sorgte dafür, dass die extremsten Parteien den größten Teil der Hilfe erhielten, allen voran Gulbuddin Hikmetyars Partei *Hizb-e-Islami*.“ (Rashid 2010b: 30f)

Nach dem Abzug der Roten Armee im Jahre 1989 und dem Versiegen der finanziellen Ressourcen begannen die innerstaatlichen Auseinandersetzungen zwischen diesen sieben *tanzims*, die jeweils in unterschiedlichen Konstellationen von 1992 bis 1996 miteinander koalitierten oder gegen einander kämpften.¹⁰⁷ Rashid beschrieb in seinem Buch über die unterschiedlichen Gruppierungen, die eigentlich aus religiösen Führern ohne militärische Erfahrung hervorgegangen sind, bereits im Jahre 2000 folgendes:

107 Goodson beschreibt detailliert und pointiert, wie die unterschiedlichen Gruppierungen nach dem Abzug der sowjetischen Armee und der versiegenden finanziellen Unterstützung der Regierung Najibullahs begannen, sich in unterschiedlichen Koalitionen zu verbünden, bis schließlich die Taliban im September 1996 Kabul einnahmen (Goodson 2001: 73-81). Wichtige geopolitische Einsichten bietet Rashid, der damals bereits die Region bereiste und auch Karzais Perspektive sowie seine Beziehungen zu den Taliban durchleuchtet (Rashid 2010b: 32-47).

„Prior to the war the Islamicists barely had a base in Afghan society, but with money and arms from the CIA pipeline and support from Pakistan, they built one and wielded tremendous clout. The traditionalists and the Islamicists fought each other mercilessly so that by 1994, the traditional leadership in Kandahar had virtually been eliminated, leaving the field free for the new wave of even more extreme Islamicists – The Taliban.“ (Rashid 2000: 19)

Die erste Stadt, die die religiösen Schüler der pakistanischen *madrassas* erfolgreich einnehmen konnten, war im September 1994 Kandahar, gefolgt von Kabul im September 1996, von wo aus sie dann etwa 90 Prozent des Landes bis zum 13. November 2001 beherrschten. Ohne an dieser Stelle detaillierter auf die unterschiedlichen Konstellationen während des Bürgerkrieges von 1992 bis 1996 einzugehen, sei für den vorliegenden Kontext ein kurzer Exkurs über die Rolle Pakistans beim Aufstieg der Taliban und im Bürgerkrieg erlaubt. Es soll auch beschrieben werden, wie es zum Umschwung im geopolitischen Machtspiel zwischen Iran, Pakistan, Usbekistan, Russland und Saudi-Arabien im Sinne der Taliban-Bewegung um 1994 kam.¹⁰⁸

Nachdem Präsident Najibullah am 18. März 1992 seinen Rücktritt an die Bedingung geknüpft hatte, eine Interimsregierung zwischen den sich bekriegenden *mujaheddin*-Gruppierungen müsse ihm folgen, brachen zwischen den alten ethnopolitisch organisierten Parteien und den jeweils assoziierten *mujaheddin*-Gruppierungen erbitterte Kämpfe aus. Die überwiegend paschtunischen *Khalq*-Funktionäre schlossen sich Hekmatyars *Hezb-e Islami* und die tadschikischen *Parcham*-Funktionäre ihren tadschikischen, hasarischen und usbekischen Glaubensbrüdern an (Barfield 2010: 248). Im gesamten Land brachen erneut Kämpfe aus und stark umkämpft war über mehrere Jahre die Hauptstadt Kabul. Von 1992 bis 1993 wurden mindestens 40.000 Menschen¹⁰⁹ getötet, 150.000 verletzt und Hunderttausende verließen die Hauptstadt (Schetter 2004: 119). Bevor Rubin in seinem Buch detailliert auf die Bürgerkriegswirren eingeht, fasst er einleitend zusammen: „The ethnic structure of the conflict changed over time as the domestic and international balance of power shifted, suggesting that the conflict was fundamentally a struggle for power rather than an ethnic war fueled by ‚ancient hatreds‘.“ (Rubin 1995: 129)

In Kabul kontrollierte die *Shura-ye Nazar* unter Rabbanis politischer und Masouds militärischer Führung zusammen mit Dostums *Jonbesch-e Melli*, mit Sayyafs Partei *Ittehad-e Islami* den Nordosten und das Zentrum der Hauptstadt. Die Partei Hekmatyars (*Hezb-e Islami*) beherrschte die höher gelegenen Viertel und die Voror-

108 Es gibt bereits detaillierte Forschungsliteratur zu den Bürgerkriegshandlungen zwischen den *mujaheddin*-Gruppierungen, die die einzelnen Phasen der unterschiedlichen Koalitionen der damaligen *tanziims* beschreiben. Interessant sind auch die Analysen zu den geopolitischen Machtverschiebungen nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und der politische Einfluss der Nachbarstaaten. Hier eine kleine Auswahl an Forschungsliteratur: Saital 2004; Rubin 2002; Goodson 2001; Rashid 2000; Rubin 1993; Roy 1990.

109 Barfield beziffert die zivilen Opfer dieses Krieges um die Hauptstadt Kabul auf 25.000 und wahrscheinlich bezieht er sich auf die Jahre von 1992 bis 1995 (Barfield 2010: 250). Schetter beziffert aufgrund des durchgehenden Bombardements der *Hezb-e Islami* die Opfer auf 40.000, insgesamt kamen seinen Schätzungen nach 60.000 bis 80.000 Menschen ums Leben (Schetter 2004: 119f).

te, von wo aus sie die Stadt unter langandauernden Artilleriebeschuss nahm. Dorronsoro beschreibt die damaligen Kampfhandlungen und die Spaltungen als *Beirutization of Kabul* (Dorronsoro 2005: 75). In einer späteren Forschung führt Dorronsoro weiter aus, warum der afghanische Bürgerkrieg nie zugunsten einer Fraktion entschieden wurde. Erstens sei zwar die Hauptstadt Kabul, wie damals Beirut (1975-1990), zwischen unterschiedlichen Ethnien, Konfessionen, Parteien und verschiedenen regionalen und überregionalen Mächten umkämpft gewesen (Monroe 2016: 36).¹¹⁰ Jedoch sei der Unterschied zum Konflikt im Libanon jener, dass die Stadt niemals nach irgendeiner Vereinbarung offiziell entlang der Fraktionen geteilt werden konnte (Dorronsoro 2007: §16). Die Belagerung des urbanen Raumes hätte erlaubt, ein neues politisches und institutionelles Mächtegleichgewicht herzustellen. Dieses Gleichgewicht wurde jedoch wegen der ständigen Kämpfe nicht hergestellt, und auch wenn die Milizen Massouds als Koalitionspartner von Rabbanis Partei der *Jamiat-e Islami* das Regierungsviertel kontrollierten, bestand nicht die Möglichkeit, eine friedliche oder überhaupt eine einheitliche Regierungsführung einzuleiten. Keiner der Hauptakteure – weder Massoud noch Hekmatyar – hat während des Krieges ein urbanes Zentrum von strategischem Ausmaß für sich dauerhaft gewinnen können. Auch wenn Massoud den Nordosten und Dostum ein paar Städte im Norden als Hochburgen halten konnten, blieb die Eroberung der Hauptstadt aus, die zu einem Wendepunkt im Krieg hätte führen können (ebd.: §16).

Die von der VN koordinierten Friedensverhandlungen für eine friedliche Machtübergabe von dem amtierenden Präsidenten Dr. Najib¹¹¹ an eine Interimsregierung stießen auf Unmut bei den sich uneinigen *tanzims*. Nur wenige Wochen nach Najibullahs Rede kam die Hauptstadt Kabul ab April 1992 durch Hekmatyars Truppen aus dem Süden und durch Massouds und Dostums Truppen aus dem Norden unter

110 Monroe kritisiert, dass der Krieg im Libanon als Bürgerkrieg bezeichnet wird und die Teilung der Stadt als Neologismus (*Beirutization*) bereits in die Wissenschaft eingegangen ist. Aufgrund der unterschiedlichen regionalen und überregionalen Mächte verwendet sie in ihrem Buch die Begriffe *Lebanon's war*, *the long war* und *regional war*. Als Begründung gibt Monroe folgendes an: „[...] the war in Lebanon was in fact a multinational one fought by members of Lebanese, Palestinian, Syrian, Israeli, U.S., and other foreign militia groups and state armies.“ (Monroe 2016: 36) In ihrer Analyse geht sie dem Konzept des *spatial conflict* im Libanon auf den Grund.

111 Retrospektiv ist der Präsident Mohammad Najibullah (1986-1992) bei vielen Kabulis weiterhin beliebt und wird mit einer relativ friedlichen Zeit in Verbindung gebracht. Meist gehören diese Nostalgiker*innen einer Gruppe an, die keine mittelbaren oder unmittelbaren Leittragenden seiner Inhaftierungswellen von potenziellen oder tatsächlichen Oppositionellen während seiner Zeit als Leiter des *Khad* (1980-86) waren. Von vielen wird er weiterhin als Dr. Najib bezeichnet. Ihm gelang eine Regierungsführung losgelöst von sowjetkommunistischer Doktrin und sogar Stammeszugehörigkeiten. Najib verzichtete fortan als Präsident auf die Stammesbezeichnung „Ahmadzai“ in seinem Nachnamen. Die Ahmadzai gehören dem Ghilzai-Zweig der Paschtunen an. Diese Politik Najibs weist überraschende Parallelen zu Ashraf Ghani auf, der auch kurz nach seinem Regierungsantritt auf seine Stammesbezeichnung „Ahmadzai“ verzichtete und damit als Repräsentant einer multiethnischen Nation verstanden werden will (Packer 2016).

starken Beschluss. Die schiitische *Hezb-e Wahdat* unter der Führung von Ali Mazari griff vom Westen an. Im *Peshawar Accord* vereinbarten die *tanzims* am 24. April 1992, dass der religiöse Führer Hazrat Sibghatullah Mojaddedi (*Jabha-ye-Nejate Milli-ye-Afghanistan*) zwei Monate lang Vorsitzender des Islamischen Rates werden sollte. Danach sollte ihn Rabbani von der *Jamiat-e Islami* als Interimspräsident für vier Monate ablösen.

Alle beteiligten schiitischen und sunnitischen Gruppierungen erhielten nach diesem Abkommen Posten (Peshawar Accord 1992). Noch während der laufenden Verhandlungen in Peshawar gingen die Kampfhandlungen weiter. Als sich Gerüchte über die Einnahme des Flughafens von Kabul durch Hekmatyar und die *Khalqis* verbreiteten, nahmen Massoud und Dostum mit ihren Milizen den Flughafen am 24. April 1992 ein (Barfield 2010: 248). Dies geschah noch bevor die neue Übergangsregierung am 29. April von Islamabad nach Kabul einflog. Die geplante 18-monatige Übergangsregierung wurde von Hekmatyars Truppen bekämpft, da er sich nicht als zweiter Mann der Regierung unterordnen wollte und in einer starken tadschikischen, hasarischen und usbekischen Front die Gefahr sah, innerhalb der neuen Weltordnung langfristig machtpolitisch zu verlieren.

Der Iran unterstützte von nun an finanziell, logistisch und ideologisch die schiitischen *mujaheddin* und die tadschikischen *Jamiat-e Islami*-Kämpfer, deren kulturelle und sprachliche Verbindung über den Iran bis nach Tadschikistan reichte. Die Usbek*innen wurden weiterhin von Russland und Usbekistan finanziert. Russland finanzierte auch die *Jamiat-e Islami*. Die Verschiebungen während der bipolaren Weltordnung und nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion fast Giustozzi so zusammen:

„While upto 1991, only four countries were involved – the United States, Saudi Arabia and Pakistan with the mujahidin, and the Soviet Union with the government – siding permanently with the same faction throughout the war, since 1992 external powers have switched from one faction to the other with extreme opportunism. Russia at times supported Jamiat at certain periods, and Dostum at others. Saudi Arabia first supported Jamiat (thanks to the good offices of Ittehad, a small ‚Wahabi‘ party aligned to Rabbani), then the Taliban. Pakistan first sustained Hizb-e Islami, and then the Taliban, with a transitory phase when, owing to rivalries between different services, it supported both of them. Iran helped first Hizb-i Wahdat, then Jamiat and (possibly) Wahdat, and finally Dostum. Only India and Uzbekistan stuck all the time to Jamiat and Dostum respectively.“ (Giustozzi 2000: 245)

In diesem neuen Machtgefüge erreichte der Beschluss der Hauptstadt durch Hekmatyars Truppen von Mai bis August 1992 seinen Höhepunkt, die Kampfhandlungen legten die Wasser- und Stromversorgung der Stadt lahm, so dass die Krankenhäuser nicht mehr funktionsfähig waren (Rubin 1993: 488). Viele diplomatische Vertretungen reduzierten ihr Personal oder zogen es vollkommen aus der Stadt ab, die nun fast vollständig in Schutt und Asche lag. Afghanistan versank in innerstaatlichen Auseinandersetzungen, der Krieg verlor seine weltpolitische Dimension und verschwand vom Bildschirm des internationalen Interesses.

Nachdem Rabbani – wie im Peshawar-Abkommen vorgesehen – am 28. Juni 1992 die Interimspräsidentschaft antrat, rief er nach der sechsmonatigen Frist seine bisherigen Verbündeten am 28. Oktober 1992 zu einer Verlängerung seiner Präsi-

denschaft auf. Aufgrund der andauernden Kampfhandlungen beschloss der Rat widerwillig eine lediglich 45-tägige Verlängerung seines Amtes (Rubin 1995: 134). Rabbani beschloss, für Dezember 1992 eine Versammlung mit seiner eigenen Gefolgschaft der *Jamiat-e Islami* einzuberufen. Alle der anwesenden *Jamiat*-Sympathisanten (1.335 Männer) bestätigten ihn am 29. Dezember für die nächsten 18 Monate in seinem Amt. Wieder war Hekmatyar als Premierminister vorgesehen, aber mit dieser Rolle wollte sich Hekmatyar als paschtunischer Islamist gegenüber einem tadschikischen Islamisten der *Jamiat*-Partei nicht fügen. Dieser Alleingang Rabbanis und seines amtierenden Außenministers Massoud empörte die anderen *mujaheddin*-Gruppierungen auch aufgrund der neuen geopolitischen Gemengelage, es kam zu einer Rotation der Koalitionen. In der afghanischen Öffentlichkeit wird Rabbani im Vergleich zu Hekmatyar als gemäßigter Islamist beschrieben, aber aus der Forschungsliteratur geht hervor, dass auch Rabbani eine rigide Interpretation seines Islamismus in seiner Regierungszeit durchsetzte. Unter ihm wurde der Islamische Staat Afghanistan ausgerufen und auch die Gesetze entsprachen einer *din-wa-dawla*-Interpretation der Regierungsführung, unter der die Frauen bereits angehalten waren, einen *hijab* zu tragen, Kinofilme, in denen sich Mann und Frau unterhielten, wurden zensiert, weibliche Moderatorinnen wurden verbannt und auch die Teilnahme von afghanischen Frauen an der Vierten Weltkonferenz für Frauenrechte der Vereinten Nationen in Peking im Jahre 1995 wurde verboten. Verstöße gegen islamische Verhaltenskodizes wurden bereits unter Rabbanis Zeit mit öffentlichem Erhängen in der Kabuler Innenstadt an Holzpfehlen geahndet (Steele 2011). Rabbani nahm jedoch Kabul nicht mehr unter Dauerbeschuss, da er bereits Präsident war und mit Massoud einen charismatischen Milizenführer und Verteidigungsminister (1992-1996/2001) hatte. Ihm gelang es, sich mit seinen internationalen Unterstützern, wie dem Iran und Russland, in den nördlichen Provinzen Tachar, Badachschan und Parwan gegen die Taliban zu behaupten. Vom 5. September 2010 bis zu seiner Ermordung am 20. September 2011 hatte Rabbani den Vorsitz des *High Peace Councils* (HPC) inne und sollte in dieser Rolle den Friedensprozess mit den Taliban einleiten.

Karzai hatte sicherlich mit der Wahl eines tadschikischen Vorsitzenden versucht, seine Kooptationsstrategie mit einem multi-ethnischen Friedensansatz zu verbinden, so dass auch die tadschikischen Elitenvertreter*innen sich für einen Friedensprozess mit den Taliban aussprechen. Für die afghanische Bevölkerung kam die Besetzung dieses Friedensrates, den Karzai am 18. Oktober 2010 einweihte, einer politischen Farce nahe, da die Mehrheit der 70 Friedensratsmitglieder sich eher durch ihre Kriegs- als durch ihre Friedensfähigkeiten auszeichneten (Ruttig 2010d). Anfangs waren lediglich zwei Frauen Mitglieder des Friedensrates, aber nach Ghanis Machtübernahme und unter dem Druck durch die Zivilgesellschaft sind es nun zumindest neun Frauen (Human Rights Watch 2015; Galvanek 2014).

Im Sommer und Herbst 1993 liefen dann die Fraktionsspaltungen zwischen den schiitischen Hasaras unter der Führung Ali Mazaris der *Hezb-e Wahdat*, unterstützt vom Iran, und den paschtunisch-sunnitischen *Ittehad-e Islami*-Anhänger*innen unter der Riege von Abdurrah Rasoul Sayyaf, finanziert durch Saudi-Arabien. Auf diese Zeit gehen auch die schlimmsten und bis heute tabuisierten ethnischen Säuberungen zurück. Der Stadtteil Afshar im Westen Kabuls, in dem überwiegend Hasaras wohnten, wurde von den Truppen Massouds am 11. Februar 1993 über neun Stunden beschossen. Danach massakrierten Sayyafs Kämpfer, die Verbündeten von Rabbanis

Jamiat-Partei, die hasarische Bevölkerung über mindestens drei (dokumentierte) Tage. Dorronsoro fasst die damalige Situation in folgenden politischen Kontext:

„For the next three days the victorious troops massacred numerous civilians (probably between 200 and 300). Witness statements confirmed that the mujahaddin entered homes and committed various atrocities (rapes, murders, body mutilation, etc.). The massacre was the reaffirmation of ethnic hierarchies that the Hazaras had challenged by positioning themselves as political forces on the same footing as other groups. In Afghanistan, the coexistence between different communities had been possible because of the implicit recognition that a hierarchy, by definition unequal, existed. This is why ethnic cleansing, which is a specific type of violence that presupposes a will to eliminate another in order to seize a space, was quite rare.“ (Dorronsoro 2007: §33)

Dieses Massaker an den Hasaras lebt weiterhin im kollektiven Gedächtnis der Ethnie fort. Bis heute hat Sayyaf eine politisch prominente Rolle als Mitglied des Unterhauses und als Präsidentschaftskandidat im Jahre 2014 inne, was je nach politischer Überzeugung oder ethnischer Zugehörigkeit Befremden oder Begeisterung hervorruft. Wie aus einem Bericht der *Human Rights Watch* hervorgeht, nahmen die Milizen der hasarischen *Wahdat*-Partei im Gegenzug ein paar Monate später Tadschiken und Paschtunen fest und folterten sie (Human Rights Watch 2005). In der Folge befanden sich die einzelnen Fraktionen in einer Pattsituation, die auch mit der damals herrschenden geopolitischen Situation nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion im Zusammenhang steht. Während die schiitischen Hasara vom Iran, die paschtunischen Sunnit*innen von Saudi-Arabien finanziert wurden, nutzte Islam Karimov, der Präsident Usbekistans, die Milizen Dostums dazu, Massouds Einfluss an der Grenze zu Nordtadschikistan mit finanzieller Unterstützung Russlands einzudämmen.

Zum strategisch entscheidenden Umschwung kam es im Januar 1994, als Hekmatyar beschloss, aufgrund des politischen Stillstandes und der günstigen politischen Lage auf Dostum zu zugehen, um mit ihm eine neue Allianz zu schmieden. Unter der Regie Hekmatyars entstand zwischen seiner Partei, der *Hezb-e Islami*, der Partei des ersten Präsidenten des Islamischen Staates Afghanistans nach dem Rückzug der sowjetischen Armee Sibghatullah Mujaddedi *Jebhe-ye Milli Nejat* (Nationale Befreiungsfront), Mazaris *Hezb-e Wahdat* (Einheitspartei) und Dostums *Junbish-e Melli-ye Islami* der Koordinierungsrat (*Shura-ye Hamaahangi*). Diese neue Koalition kämpfte gegen Massouds Truppen der Nord-Allianz (*Shura-ye Nazar*). Die erneuten internationalen Bemühungen, im Rahmen des *Islamabad Accord* vom 7. März 1993 und unter den diplomatischen Vermittlungen der Vereinten Nationen, geleitet vom VN-Sonderbotschafter Mahmoud Mestiri (1993-1996), eine Einigung zu finden, scheiterten (Rubin 1995: 137f).

Die Hoffnungen Pakistans, mit der *Hezb-e Islami* Hekmatyars Einfluss auf Afghanistan zu sichern – nicht zuletzt für die eigenen geopolitischen Interessen in den paschtunischen Gebieten und wegen des Kaschmir-Konflikts –, scheiterten, als Hekmatyars 1992 offen eine Konföderation aus Pakistan und Afghanistan forderte. Auch Saudi-Arabien stoppte seine Unterstützung Hekmatyars, da dieser im Zuge des Golfkriegs 1991 allzu große Sympathien für Saddam Hussein zeigte (Schetter 2004: 122). In dieser militärischen und politischen Pattsituation und einem moralisch bereits verlorenen Krieg zwischen den einst gefeierten *mujaheddin*-Kämpfern tauchten die Re-

ligionsschüler, die Taliban, als Ordnungshüter und Sicherheitsgaranten Mitte 1994 auf.

Mullah Omar und seiner Gefolgschaft kam dabei zugute, dass sie ethnische Verbindungen zu den mächtigen Durrani-Stämmen in Kandahar und Helmand hatten, auf die Hekmatyar als Ghilzai-Paschtune nicht zurückgreifen konnte. Ohne die innerethnischen Spannungen und ihre Verläufe zu verabsolutieren, sei darauf hingewiesen, dass die Stammesverbände der Paschtun*innen in Helmand und Kandahar bereits damals eher traditionell orientiert waren und sich nicht für die Ziele und Werte der modernen Nationalist*innen oder Islamist*innen instrumentalisieren lassen wollten. Nach den langen Kriegsjahren erschienen die Taliban, die aus dieser Region stammen, als Hoffnungsschimmer für frommere und friedlichere Zeiten. Denn wie bereits Ibn Khaldun feststellte, kann die Blutsverwandtschaft, ein Klientelverhältnis zu regierungsfesten Allianzen führen, die eine Grundlage für einen Staat bilden können (Ibn Khaldun 1967a). Barfield betrachtet Hekmatyars Problem auf einer allgemeineren Eben und begründet seine Belagerung der Hauptstadt Kabul unter anderem mit seiner schwachen ethnischen Gefolgschaft:

„This cut two ways: negatively, he had no immediate ties to the Ghilzais of the east that would have guaranteed him their support in a bid for regional power, but in seeking national power he could not proclaim himself leader of a Pashtun movement clear of the internecine rivalry that doffed local commanders when they moved upward.“ (Barfield 2010: 254)

Die aufgeführte geopolitische Macht- und Interessenverschiebung und zermürbende Pattsituation eines andauernden Bürgerkrieges hatten zur Folge, dass Pakistan sich entschloss, eine neue Gruppe von religiösen Kämpfern verstärkt zu unterstützen. Aus der Perspektive eines ehemaligen Taliban-Kämpfers, wie Juwand einer war, wird die oft kritisierte Beziehung zu Pakistan wie folgt dargestellt:

„Pakistan has a very important role in the Afghanistan crisis. We remained 30 years in this crisis. Pakistan is seeking its own purposes, rather than being sympathetic with the Taliban. Pakistan’s objectives and Taliban’s structures are totally religious. Pakistan is secular. I have my own experience. ISI has no sympathy with the Taliban. Pakistan is seeking their own purposes in Afghanistan. Taliban has not any kind of sympathy with Pakistan’s government. They have a very severe hatred against the Pakistani authority. Taliban were forced to go to Pakistan to seek shelter. And Pakistan found a good way to influence for their Pakistani policy. There are following problems: 1. The Durand-Line, 2. Kunar River be used, 3. The Indian influence in Afghanistan.

The Taliban didn’t allow to speak about the Durand-Line. It is an emotional frontline and matter. Taliban have no sympathy but necessity to be in Pakistan. They were forced to leave the country and Pakistan gave them shelter.“¹¹²

Juwand beschreibt die Beziehungen zwischen Pakistan und den Taliban als eine Art Zwangsehe. Als die Taliban mit ihren engen Verbindungen zur *al-Qaida* bereits als eine internationale Gefahr erkannt worden waren, konnte Pakistan seine Unterstüt-

112 Vgl. Interview Nr. 19, mit Juwand in seinem Büro am 1. November 2014 in Kabul: 208f.

zung für die Taliban offen äußern: „Nonetheless, in August 2000 Pakistani leader Gen. Pervaiz Musharraf announced that Pakistan supports the Taliban in part due to the movement’s dominant Pushtun ethnicity, which is shared with the Pushtuns of Pakistan’s NWFP, FATA, and Baluchistan.“ (Dorrnsoro 2005: 109)¹¹³ Tatsächlich geht diese Unterstützung bereits auf die 1980er Jahre zurück:

„It is now known that the Taliban received significant Pakistani assistance from the very beginning, including help in recruitment and training, weapons and ammunition, logistical support, financial assistance from and even the direct involvement of Pakistani military intelligence officers and regular forces [...] Pakistani support for the Taliban included direct and indirect military involvement, logistical support, recruitment, financial aid, and diplomatic recognition.“ (Ebd.: 113)

Die drei weiteren politisch sensiblen Punkte (Kunar-Fluss, Durand-Linie, Rolle Indiens) hat Juwand nur kurz benannt und nicht näher ausgeführt, da sie jedoch für ein profunderes Verständnis der momentanen Herausforderung eines angestrebten Friedensprozesses in Afghanistan wichtig sind, werden sie im nächsten Abschnitt analysiert.

6.5.2 Fließende Grenzen und Interessen entlang der Durand-Linie, des Kunar-Flusses und die Rolle Indiens

Die Durand-Linie hat Juwand als ein *emotionales Thema* für die Taliban beschrieben. Die Gründe hierfür könnten insofern nachvollzogen werden, als dass die paschtunischen Stämme entlang der 2.600 Kilometer langen Grenze zwischen Afghanistan und Pakistan auf der Grundlage eines Vertrages zwischen dem damaligen Emir Abdur Rahman Khan (1880-1901) und Außenminister Britisch-Indiens, Sir Henry Mortimer Durand (1884-1894), am 12. November 1893 voneinander getrennt worden sind. Die Durand-Linie markierte die Grenze zwischen dem damaligen Britisch-Indien und Afghanistan. Nach der Unabhängigkeit und Teilung Indiens im Jahre 1947 wurde sie zur Grenze zwischen Pakistan und Afghanistan. Diese südöstliche Grenzziehung entstand unter dem damals herrschenden *great game* zwischen dem russischen Zarenreich und der britischen Kolonialmacht. Denn im Norden hatten die russischen Truppen im Jahre 1884 Merw eingenommen und rückten an die kleine, südlich gelegene Stadt Panj Deh heran, um sie als nächstes einzunehmen. Als Folge der britischen und

113 Dorrnsoro bezieht sich bei der Abkürzung NWFP auf *North Western Frontier Province*, die während der britischen Kolonialzeit im Jahre 1901 so benannt wurde und erst im April 2010 in *Khyber Pakhtunwah* umbenannt worden ist, da in dem Gebiet überwiegend Paschtun*innen leben. Die ethnische Minderheit der Hasara reagierte mit Demonstrationen auf diese Umbenennung, es kamen acht Menschen bei diesen gewaltsamen Auseinandersetzungen ums Leben (Ahmed 2010). Andere pakistanische Provinzen, die beispielsweise Punjab, Balochistan oder Sindh heißen, wurden auch nach den ethnischen Mehrheiten benannt. Mehr zu dieser innenpolitischen Debatte kann bei Zulfqar nachgelesen werden (Zulfqar 2012).

russischen Expansionsbestrebungen wurde entlang des Amu-Daryas¹¹⁴ und dem Nordosten Afghanistans im Jahre 1895 die nördliche Grenze gezogen, südlich verlief die Grenze mitten durch das Siedlungsgebiet der paschtunischen Stämme, und war als eine Pufferzone zwischen dem Zarenreich und der Britischen Krone mit dem afghanischen König vereinbart worden. Diese Grenzziehung spaltete auch usbekische, tadschikische, turkmenische Siedlungsgebiete und Teile Badachschan. Schetter beschreibt die damalige Kolonialpolitik so: „Diese Grenzziehung legte ein Territorium fest, das in dieser Form kaum über historische Wurzeln verfügte und ein Konglomerat zahlreicher Gruppen mit unterschiedlichen Gesellschafts- und Herrschaftsstrukturen beherbergte.“ (Schetter 2004: 70)

Bis heute erkennt die afghanische Regierung diese Grenzziehung durch die paschtunischen Stämme hinweg offiziell nicht an. Die heute in Pakistan liegenden Gebiete der *Federally Administred Tribal Areas* (FATA) und die Provinz des Khyber Pakhtunkhwa betrachten viele paschtunische Afghan*innen gemeinsam mit dem südlichen Teil Baluchistans weiterhin als Teil Afghanistans und sprechen meist über die Rückgewinnung von verlorenen Gebieten. Karzai beispielsweise erkannte die Grenzziehung des Durand-Vertrages nicht an und strebt offen die Angliederung der Stammesgebiete an Afghanistan an. Seine Argumentation bezieht sich unter anderen auf die Formulierung einer damals vereinbarten „Einflussosphäre“ und nicht einer Grenzziehung durch Stammesverbände und Gemeinschaften (The Pashtun Times 2016). Auch auf paschtunischen Gebieten in Pakistan gibt es einflussreiche irredentistische Bestrebungen.

Die geopolitische Dimension, die diese panpaschtunische Rhetorik für den Friedensprozess bedeutete, ist in mindestens drei wichtigen Punkten erneut während der Friedensverhandlungen mit den Taliban entflammt: Der Meeres-Zugang über das pakistanische Baluchistan¹¹⁵, die ökonomisch reichen Stammesgebiete und die Kaschmir-Frage. Zum letzteren Punkt sei hier vermerkt, dass Pakistan die afghanischen Paschtun*innen auch für seinen Kampf um Kaschmir nutzte (Wagner/Khan 2013).¹¹⁶ Haqqani beschreibt in seinem Buch diese Rekrutierungen sowohl aus der Perspektive Afghanistans als auch aus der pakistanischen Perspektive – die bereits auf die 1970er Jahre zurückgehen – wie folgt: „Between 1973 and 1977, Afghanistan and Pakistan

114 Auf Farsi bedeutet *darya* Fluss oder Meer und das Wort *rud* bedeutet Fluss.

115 Nun wurde jedoch ein trilaterales Wirtschaftsabkommen zwischen Indien, Afghanistan und Iran für den Hafen Chabahar auf iranischem Territorium im Mai 2016 und ein Kargo-Abkommen im Dezember 2016 bei der *Heart of Asia Conference* in Indien geschlossen, um die wirtschaftliche Abhängigkeit zu Pakistan für alle beteiligten Länder zu reduzieren. Pakistan wiederum hat engere Wirtschaftsabkommen mit China für den pakistanischen Hafen Gwadar geschlossen, der für die Energierouten und den Handel wichtig ist, aber auch ein geopolitischer Ankerpunkt für China am Persischen Golf und zum Arabischen Meer bedeutet. Beide Häfen sind nur 72 Kilometer voneinander entfernt.

116 Aus diesem Beispiel der Rekrutierung afghanischer *mujaheddin* geht bereits hervor, dass der Kaschmir-Konflikt einer der Kernkonflikte der Region war und weiterhin ist. Er ist aus dem öffentlichen Interesse und internationalen Bewusstsein abgerückt, aber er wird weiterhin eine wichtige Rolle gerade zwischen den zwei regionalen aufstrebenden Großmächten China und Indien spielen.

fought what can best be described as a low-intensity proxy war. Sardar Muhammad Daoud supported Baloch rebels in Pakistan while Pakistan backed the Afghan Islamist insurgents base in Peshawar.“ (Haqqani 2005: 174)

Die militanten Gruppen, die für den afghanischen Krieg gegen die sowjetische Invasion ausgebildet wurden, konnten in den turbulenten politischen Jahren von 1988 bis 1989 in den Kaschmir-Konflikt involviert werden. Der ISI war mit der islamistischen Bewegung der *Jammu and Kashmir Jaamt-e Islami* und der säkular-nationalistischen *Jammu and Kashmir Liberation Front* (JKLF) bereits seit Mitte der 1980er Jahren in Kontakt, und Zia ul-Haq erklärte der Führung beider Parteien, wie er allmählich die indische Vormacht in Kaschmir beenden wolle. Als sich dann jedoch die JKLF auf ihre Unabhängigkeit vor der Teilung Indiens im Jahre 1978 berief, wurden vermehrt ehemalige *mujaheddin*-Kämpfer nach Kaschmir eingeschleust (ebd.: 273).

Nachdem die *mujaheddin* erfolgreich die Rote Armee in Afghanistan besiegt hatten, verfolgte die pakistanische Regierung im Kaschmir-Konflikt eine ähnliche Strategie. In den 1900er Jahren wurden die Kämpfer auf internationaler Ebene für den Heiligen Krieg offen rekrutiert. Zum einen, um für den Konflikt Unterstützung vieler islamischer Länder zu erhalten und zum anderen, weil die internationalen Kämpfer über keine regionalen Verwurzelungen verfügten, die sie zu separatistischen Bewegungen gegen die Interessen Islamabad hätten führen können. Haqqani beschreibt die politische Agenda insofern als zielführend, als dass die Kämpfer nicht in ihre Heimatländer zurückkehren konnten (ebd.: 288f) und somit nach meiner Interpretation bereit waren, für einen höheren Sinn zu sterben. Haqqani schreibt über die damalige Propaganda Pakistans:

„Pakistan’s support for insurgents in Indian-controlled Kashmir spiked during Bhutto’s second Jamaat-e-Islami and other organizations were now openly recruiting volunteers for jihad in Kashmir. Pakistani media regularly reported on the ‚martyrdom‘ of Pakistanis fighting in Kashmir even though the government continued to claim that the freedom struggle there was being waged by Kashmiris.“ (Ebd.: 234)

Die Guerilla-Strategie ging zum Teil für die pakistanische Regierung auf, jedoch entstanden terroristische Gruppierungen wie die bis heute aktive *Lashkar-e Taiba* (LeT) und die *Harakat-ul Mujaheddin* (HuM) (Wagner/Khan 2013: 78). Als die afghanischen Taliban 1994 als Hoffnungsträger des Friedens über die *de facto* permeable Grenze nach Afghanistan über Kandahar ihren Siegeszug antraten, hoffte die pakistanische Regierung, einen stabilen Verbündeten an seiner westlichen Grenze und der nördlichen Grenze zu Kaschmir geschaffen zu haben. In der Realität erwies sich die Unterstützung der Taliban nach deren Machtübernahme in Afghanistan 1996 als Fehlstrategie Pakistans. Die Taliban-Regierung wurde mit der Zeit wirtschaftlich und politisch immer unabhängiger vom säkularen Pakistan und verweigerte auch, die Zollabgaben an den pakistanischen Staat auszuzahlen. Der ISI wurde für die politische Regierungsadministration zunehmend zu einem autark agierenden Staat im Staate, der gemeinsam mit dem Innenministerium bis heute islamistische Gruppierungen im Land rekrutiert (Rashid 2008: 10; Rashid 2002b).

Die zwei weiteren Punkte, die Juwand als wichtige Interessen der pakistanischen Regierung ansprach, ist der Zugang zum Wasser des Kunar-Flusses und die damit zusammenhängenden geopolitischen Interessen Indiens in Afghanistan. Gleich zu

Beginn des Wiederaufbaus Afghanistans im Jahre 2002 hat Indien seine diplomatischen, politischen und militärischen Beziehungen zur neuen Regierung intensiviert. Während des Bürgerkriegs hatte Indien nur die *Jamiat-e Islami* finanziell und militärisch unterstützt.¹¹⁷ In Afghanistan hat Indien neben der gängigen Botschaft in der Hauptstadt auch vier konsularische Vertretungen in Jalalabad, Herat, Kandahar und Mazar-e Sharif. Indien vergibt auch jährlich 2.000 Stipendien an afghanische Studierende bis 2020. Diese Entwicklungen werden von Pakistan kritisch verfolgt, insbesondere die militärische Ausbildung sowie das Training afghanischer Polizist*innen durch indische Offiziere betrachtet Pakistan als Bedrohung seiner politischen Interessensphäre (Dalrymple 2013).¹¹⁸

Wasser ist in Afghanistan und in der Region ein knappes Gut und eine der wertvollsten Ressourcen. In Afghanistan gibt es drei größere Flussbecken, die für die Bewässerung der Agrarwirtschaft, die Trinkwasserversorgung der Bevölkerung und die Energiegewinnung unabdingbar sind: Amu Darya, Kabul-Fluss und der Helmand-Fluss. Von den jährlich verfügbaren 57 Milliarden Kubikmeter Wasser aus diesen Flussbecken werden nur 17 Milliarden genutzt (Thomas/Azizi/Behzad 2016; Ahmad/Wasiq 2004: 10).¹¹⁹

Der am 4. Juni 2016 nach zehn Jahren Bauzeit fertiggestellte 20 Kilometer lange und 3 Kilometer breite Salma-Staudamm am Hari-Rud in der Provinz Herat wurde mit 1.500 indischen und afghanischen Ingenieuren und indischen Hilfsgeldern (300 Million US-Dollar) errichtet und reguliert die Wasserversorgung zu den Nachbarländern Turkmenistan und Iran. Der Bau dieses Staudammes wurde durch terroristische Angriffe und Entführungsversuche der Ingenieur*innen und Arbeiter sabotiert, nun aber generiert der Staudamm 43 Megawatt Strom.¹²⁰ Hierdurch werden 40.000 Familien mit Energie versorgt und 80.000 Hektar Land bewässert, das 50.000 Familien gehört (Haidari 2016). Das langfristige Ziel ist, weniger Elektrizität aus den Nachbarländern Iran, Turkmenistan, Tadschikistan und Usbekistan einzuführen und die Energieabhängigkeit umzukehren. Für das Nachbarland Iran bedeutet der Salma-Stau-

117 Im *Human Rights Report* von 2001 steht, dass Indien die *Jamiat-e Islami* während des Bürgerkrieges mit Landminen versorgt hat. Jedoch gibt es kaum weitere Quellen, die die weitere militärische und logistische Unterstützung der indischen Regierung belegen (Pant 2011; Human Rights Report 2001; Rashid 1999).

118 Einen guten Überblick zu den einzelnen Bereichen, in denen sich Indien in Afghanistan mit Entwicklungshilfegeldern engagiert, findet sich im *Humanitarian Policy Group Report* zu Indien (Price 2005: 8).

119 Die afghanische Regierung hat bereits im Jahre 2008 im Rahmen des ANDS unter der dritten Säule von insgesamt acht Säulen in der Kategorie *Infrastructure and Natural Resources* einen Entwicklungsplan von 2008 bis 2013 erstellt (ANDS 2008).

120 Der *Guardian* berichtete von mindestens zehn erschossenen Dorfbewohner*innen, die entlang des Hari Rud lebten und Trinkwasser entnahmen. Diese Zivilist*innen wurden von iranischen Grenzsoldaten erschossen, wobei die Provinzregierung in Herat bestreitet, von diesen Erschießungen zu wissen. Die Autoren des Artikels zitieren einen *policy-Experten*, der hervorhebt, dass die Provinzregierung politische Konflikte mit dem Nachbarland Iran meidet, da die afghanische Zentralregierung 660 Millionen US-Dollar für den Wiederaufbausektor aus dem Iran erhalten hat (Karimi/Hulpachova 2015).

damm, auch *Afghanistan-India-Friendship Dam* genannt, dass es 71 Prozent weniger Wasser erhält, die Dürrezeiten länger andauern könnten, was wiederum auf Dauer die Preise für die importierten Lebensmittel aus dem Iran in die Höhe treiben könnte (Dehgan/Palmer-Moloney/Mirzaee 2014).

Nach dem erfolgreichen Bau des Salma-Staudamms befürchtet nun Pakistan, dass auch die Flüsse Kunar und Kabul Staudämme erhalten, die dann die Wassermenge für die Landwirtschaft und das Trinkwasser für die Bevölkerung Pakistans reduzieren könnten. Das pakistanische Forschungsinstitut *Islamabad Institute of Policy Studies* befürchtet, dass nach dem Bau von Staudämmen im Kabul-Fluss die Wasserzufuhr um 15 bis zu 20 Prozent abnimmt. Die Untersuchungen der AREU haben jedoch ergeben, dass anstatt der befürchteten 13 Staudämme¹²¹ entlang des Kabul-Flusses lediglich sechs Dämme geplant sind (Shahtoot, Gulbahar, Baghdara, Gambiri, Kama und Kunar).¹²² Zudem sollen die Staudämme eher zur Energiegewinnung als zur Bewässerung der Landwirtschaft genutzt werden, dieser Mechanismus der Staudämme hat wiederum den positiven Effekt, Überschwemmungen oder Wasserverschwendungen besser kontrollieren und auch mehr Elektrizität nach Pakistan ausführen zu können. Auch aufgrund anderer Flüsse, die aus Afghanistan im pakistanischen Indus münden, haben die Untersuchungen der *Water and Power Development Authority* (WAPDA) ergeben, dass trotz der neu geplanten Staudämme, die Wasserzufuhr nach Pakistan mit 16 bis zu 17 Prozent sicherstellt gestellt ist. Diese Wassermenge liegt über dem unterzeichneten Indus-Vertrag, der eine Wasserzufuhr aus dem Kabul-Fluss nach Pakistan mit mindestens 13 Prozent vorsieht (Thomas/Azizi/Behzad 2016: 34f).

Der Kabul-Fluss wird von den schmelzenden Gletscherzuflüssen entlang des Kabulbeckens gespeist (Media in Cooperation and Transition 2015). Der Chitral-Fluss fließt über 500 Kilometer aus den Bergen des Hindukuschs hinab durch die pakistanische Provinz Khyber Pakhtunkhwa und wird dann zum Kunar-Fluss auf afghanischem Gebiet. Aus der Sicht der afghanischen Taliban – so der reformorientierte *talib* Juwand – und auch einem Teil der paschtunischen Bevölkerung Afghanistans ist der Chitral-Fluss und die gesamte Khyber Pakhtunwah mit der FATA Teil Afghanistans.¹²³ Nun befürchtet hingegen die pakistanische Regierung, dass in den überwiegend von Paschtun*innen besiedelten Regionen im Südosten Afghanistans und Nord-

121 Die AREU hält in einem Aufsatz fest, dass die Wasserzufuhr über den Kabul-Fluss im pakistanischen Nachbarland bereits im Jahre 2011 für Unruhe gesorgt hat (The Express Tribune 2011).

122 Der Bericht bemerkt sogar, dass es zu Schwankungen um nur 2 Prozent für die pakistanischen Gebiete während der Frühjahrsmonate (Januar bis März) und der trockenen Sommermonate (April bis Juni) kommt.

123 Auf meine Frage, wer genau als die reformorientierten Taliban bezeichnet werden können, antwortete Juwand: „We have the youth ones, the zealots ones. They say: You will not succeed in your purposes. We are just counting your last days and weeks, no months not years. They want the government to fall. The struggle is on the senior level with the leading level. But not with me or Mutawakil [damals amtierender Außenminister der Taliban].“ Vgl. Interview Nr. 19, mit Juwand in seinem Büro am 1. November 2014 in Kabul: 210.

osten Pakistans der politische Einfluss Indiens größer wird und die insgesamt vier geplanten Staudämme Shal, Kunar, Kama und Gambiri entlang des Kunar-Flusses als Vorwand zur politischen Intervention an der Nordwest Grenze Pakistans dient. Neuesten Forschungen zufolge haben jedoch zwei dieser Staudämme keine grenzübergreifenden Auswirkungen auf den Wasserfluss nach Pakistan (Thomas/Azizi/Behzad 2016: 33). Die pakistanische Regierung befürchtet dennoch, dass der Kabul-Fluss nicht genug Wasser für die 100.000 Hektar Land auf dem Weg bis zum Indus in der 140 Kilometer entfernten Stadt Attock haben wird. Die AREU schreibt hingegen, dass 100.000 Hektar Land trotz der geplanten Staudämme auf der pakistanischen Seite weiterhin problemlos bewässert werden könnten (Thomas/Azizi/Behzad 2016: 34).

Würde die afghanische Regierung mit den FATA-Distrikten und der Khyber Pakhtunkhwa Wasserverträge abschließen, käme dies aus der Sicht der Taliban oder zumindest aus der Sicht Juwands einer *de facto* Anerkennung der Durand-Linie als Grenze gleich.

Für die zweiseitige Beziehung des ISIs zu den afghanischen Taliban sind sowohl die hier dargelegte geopolitische Dimension des Einflusses Indiens im Konflikt herd zum weiterhin umkämpften Gebiet Kaschmirs als auch der Kampf um die Naturressourcen, mit den lebensnotwendigen Abhängigkeiten durch Bewässerungswege für die Agrarwirtschaft, Trinkwasser und Stromerzeugung.¹²⁴

124 An dieser Stelle bleiben die grenzübergreifenden Militärschläge von pakistanischem Militär gegen Stellungen der pakistanischen Taliban in der Provinz Kunar und Nangahar im Detail unberücksichtigt. Der Anführer der *Tehrik-e Taliban Pakistan* (TTP), Mullah Fazlullah, lebt nach Angaben der pakistanischen Regierung in Kunar. Regelmäßig nimmt die pakistanische Armee aus diesem Grund Kunar unter Raketenbeschuss. Im Jahre 2009 entschloss sich die pakistanische Regierung auf erhöhten diplomatischen Druck durch die USA und die pakistanische Zivilbevölkerung, die die Leidtragenden der Terroranschläge sind, verschiedene Operationen (z.B. „Operation des rechtgeleiteten Weges“) in den pakistanischen Stammesgebieten gegen die unterschiedlichen islamistischen Fraktionen einzuleiten. Als Folge der großangelegten *zarb-e-azb*-Militäroperation („Scharfer Schlag“) im Juni 2014 in Nord- und Südwestwaziristan, die zwei der insgesamt sieben Provinzen der FATA bilden, mussten 800.000 Menschen fliehen (Media in Cooperation and Transition 2015: 5). Diese militärische Operation wird momentan weitergeführt und richtet sich gegen mehrere pakistanische Terrormilizen, wie die TTP, die *Islamic Movement of Uzbekistan*, *East Turkestan Islamic Movement*, *Lashkar-e Jhangvi*, *al-Qaeda*. Jedoch schreibt Aqil auch, dass die pakistanische Regierung weiterhin eine doppelte Strategie verfolgt, indem sie die afghanischen Taliban und das *Haqqani*-Netzwerk weiterhin unterstützen und vor militärischen Operationen verschonen, um eine politische Einflussosphäre in Afghanistan nicht zu verlieren (Aqil 2014, Kap. 7). Der Bericht der *International Crisis Group* analysiert detailliert die Herausforderungen der Anti-Terrorstrategien, die unter Premierminister Nawaz Sharif nach einem 20-Punkte-Plan als *National Action Plan* (NAP) am 24. Dezember 2014 initiiert worden sind. Der ICG-Report berichtet auch, dass beispielweise gegen die *Jamaat-ud-Dawa* (JuD), die im indisch regierten Jammu und Kaschmir gegen die Regierung vorgeht, keine militärischen Schläge eingeleitet worden sind (International Crisis Group 2015).

Abbildung 4: Karte der größeren Flüsse Südwest Asiens



Quelle: Shroder 2016: 25

6.5.3 Narrative und Dynamiken der Freund-Feind-Rhetorik

Ein enger Vertrauter des verstorbenen Mullah Omar, Rasul, den ich in seiner geheimen Unterkunft in der Türkei interviewen durfte, führt ein ruhiges Leben und versucht, den Weg eines politischen Friedensprozesses mit der afghanischen Administration mitzugehen. Seinen Lebensbereich, der im Schatten eines zuvor hochrangigen und protegierenden Politikers stand, konnte ich nur mit einem engen Freund meines Vaters betreten, der bereits einige Wochen zuvor Vertrauensarbeit geleistet hatte. Bevor wir das Interview begannen, stellte mich der Freund meines Vaters als seine Nichte vor, um zu verdeutlichen, dass die Regeln eingehalten worden sind, nach der eine Frau von einer männlichen Person aus dem familiären Kontext (Arabisch: *mahram*) begleitet werden muss. Darüber hinaus war die Information, dass meine Großmutter mütterlicherseits Paschtunin ist und aus Morghaab in der Provinz Badghis stammt, noch vertrauensbildender. Auf diese Weise ergab sich für ihn ein Vertrauensverhältnis über die Blutsverwandtschaft, was er mit der Anrede „meine Nichte“ verdeutlichte. Das war sehr wichtig, da es kein Geheimnis ist, dass mein Vater wäh-

rend seiner Amtszeit als Außenminister und Nationaler Sicherheitsberater Friedensverhandlungen mit den Taliban unter den damaligen Bedingungen als Illusion betrachtete und nur Verhandlungen aus der Position der Stärke befürwortete.¹²⁵ Diese Skepsis gegenüber der Rolle meines Vaters im Verhandlungsprozess zum Frieden wird später aus Teilen der Interviews mit Juwand hervorgehen.

Trotzdem wirkte Rasul sehr vorsichtig und von der Außenwelt isoliert, nachdem er einem Anschlag durch den pakistanischen ISI entkommen war. Dies geschah bevor er in direkte Friedensverhandlungen mit der afghanischen Regierung eintrat.¹²⁶ Während des Interviews ging es ihm nicht nur um seine eigene Sicherheit, sondern auch um die Sicherheit weiterer Familienmitglieder, die im pakistanischen Exil eine neue Heimat gefunden haben. In diesem Dilemma befinden sich viele reformorientierte Taliban, die aufgrund ihrer Stammeszugehörigkeit und der gemeinsamen Sprache und Kultur im Grenzgebiet zwischen Afghanistan und Pakistan gut leben können und in Pakistan eine neue Heimat gefunden haben.

125 Hier ist der damals amtierende Anführer der Taliban, Mullah Omar, auch *amir al-mu'minin* (Anführer der Gläubigen) gemeint. In einer öffentlichen Erklärung bestätigte die Taliban-Führung erst am 31. Juli 2015 den Tod von Mullah Omar, nachdem die pakistanische Regierung ihren Unmut über die für den 7. Juli 2015 in Islamabad geplanten Friedensverhandlungen äußerte. Denn Mullah Akhtar Muhammad Mansur wollte direkte Friedensverhandlungen in Katar anstatt in Pakistan führen. Man ging davon aus, dass Mullah Omar bereits einige Zeit zuvor verstorben war (Ruttig 2015), und zwar aufgrund eines natürlichen Todes oder durch einen Drohnenangriff. Sein Nachfolger, Mullah Mansur, wurde am 21. Mai 2016 in Quetta von einer Drohne getötet. Sein Nachfolger wiederum ist seit dem 24. Mai 2016 Maulawi Haibatullah Akhunzada. Akhunzada sei einstimmig von den anwesenden *shura*-Mitgliedern in der Nähe der pakistanischen Stadt Quetta gewählt worden; jedenfalls von denjenigen, die sich trotz der drohenden Gefahr eines Drohnenschlags zur Versammlung erschienen sind (BBC 2016). Über den Ablauf und die Legitimation von Mullah Mansour hatte sich die Taliban-Bewegung gespalten. Es wird vermutet, dass der ISI Mansour bevorzugte und dem eigentlichen zu Lebzeiten von Mullah Omar ernannten Nachfolger Mullah Baradar aufgrund seiner Bereitschaft zu Verhandlungen mit der afghanischen Regierung nicht traute. Aus diesem Grund entschied sich der ISI für Mansour, um zu vermeiden, dass mit Mullah Baradar nach erfolgreichen Friedensgesprächen der Einfluss der pakistanischen Regierung über die Taliban schwindet (Ruttig 2010c). Ruttig hat diese Abläufe in weiteren Beiträgen auf der Website der AAN detailliert beschrieben (Ruttig 2015).

126 Genauer kann ich hier nicht auf den Zeitpunkt und die Rahmenbedingungen der geplanten Friedensverhandlungen eingehen, da sich sonst die Identität des Interviewpartners zu leicht eruieren ließe.

Als „reformwillige und reformorientierte Taliban“ bezeichne ich in meiner Arbeit ehemalige Taliban-Kämpfer, welche erstens die Verfassung der Islamischen Republik Afghanistans akzeptieren, sich zweitens von der Idee eines Islamischen Emirats abgewandt haben, drittens den bewaffneten Widerstand ablehnen und somit viertens zu politischen Verhandlungen über Wege zu einer Beteiligung an der Regierung bereit sind.

Trotz seiner sozialen Isolation, in die er sich aus Sicherheitsgründen begeben musste, war er über seinem Laptop und sein Smartphone sehr gut über internationale Ereignisse und aktuelle Entwicklungen informiert. Auf seiner Visitenkarte waren mehrere Kontaktmöglichkeiten angegeben; u.a. bietet er auch religiöse Beratungsgespräche über Skype an. Da er nach dem Interview insgesamt dreimal insistierte, dass wir gemeinsam mit ihm Mittag essen, nahmen wir seine Einladung an. In dieser Atmosphäre ergaben sich – wie auch mit den anderen Interviewpartner*innen – die interessantesten Gespräche.

Das Essen war spartanisch, aber außerordentlich lecker und wurde mit selbstgebackenen Brot aus Kandahar gereicht. Zum Nachtsch wurden uns bereits entkernte Granatäpfel aus Kandahar geboten. Er hatte sehr zurückhaltende Hausangestellte, die sich aufgrund meiner Anwesenheit schämten, das Esszimmer zu betreten. Sie sprachen mit Rasul Paschto im weichen Kandahari-Dialekt, von dem viele sagen, dass er durch das Exil in Pakistan verloren gegangen sei. Rasul hat sich anschließend für das bescheidene Essen entschuldigt. Er betonte zweimal, dass es ein bescheidenes Essen eines einfachen *mullahs* sei.

Im Vergleich zu anderen Einladungen bei afghanischen Elitenvertreter*innen war es tatsächlich bescheiden. In Afghanistan besteht die Tendenz, möglichst viele Variationen in großen Mengen zu kochen und seinen Gästen zu reichen. Auf diese Weise bleibt nicht nur ein Anstandsrest, wie in den Vorkriegszeiten üblich, übrig, sondern große Mengen, die dann an die Entourage der Gäste, bestehend aus Soldaten, Fahrern und dem persönlichen Sicherheitspersonal, ausgeteilt werden. Dies ist ein Nachkriegsphänomen, das nun ein eskapistisches Ausmaß angenommen hat. Es ist ein neuer Lebensstil insbesondere bei politischen Elitenvertreter*innen und Wirtschaftseliten entstanden, denn es müssen weitere finanzielle Mittel für die bereits kulturell sehr stark ausgeprägte Gastfreundschaft akquiriert werden, um den eigenen ethnopolitischen Zirkel und die politische Klientel zu versorgen.

Zum Bereich der Bildung sagte Rasul, dass die Kinder des Anführers der Gläubigen (Mullah Omar) unabhängig ihres Geschlechtes die Ausbildung sogar bis zum universitären Niveau fördern und gutheißen. Denn besonders im medizinischen Bereich könne eine Frau nur von einer Ärztin untersucht werden und in Schulen sei es für Mädchen oftmals besser, von einer Frau unterrichtet zu werden.¹²⁷ Diese Ansicht ist für reformorientierte Taliban ein Fortschritt und Teil eines neuen Wertesystems zu betrachten. Rasul hat sowohl für seine Söhne als auch für seine Töchter – aufgrund

127 Diese Ansichten hat Rasul beim anschließenden gemeinsamen Mittagessen formuliert, sie stammen aus dem Gedächtnisprotokoll.

seiner Abstammung vom Propheten Mohammad (über dessen Tochter Fatima und ihrem Mann Ali ibn Abi Talib, Arabisch: *sayyid*) – eine religiöse Ausbildung als obligatorisches Fundament und Prämisse für die nachfolgende weltliche Ausbildung im pakistanischen Exil erklärt. Rasul versuchte während des Interviews die Dämonisierung der Taliban, die insbesondere auf die Unterdrückung der Frauen und Mädchen referiere, zurückzuweisen und die Reformwilligkeit der Taliban zu unterstreichen und anhand der Erziehung seiner eigenen Kinder glaubhaft zu machen. Innerhalb einer islamischen Wertevorstellung wirkt Rasuls Reformwille legitim und die Dämonisierung der Taliban als ungerechte Diffamierung. Zudem lassen sich diese Ansichten mit dem 1. Kapitel des 3. Artikels der Verfassung, dass „kein Gesetz dem Glauben und den Bestimmungen der heiligen Religion des Islam widersprechen“ darf, legitimieren (Verfassung Afghanistans 2004: 4).

Rasul und Juwand haben mehrere Punkte von besonderer Relevanz hervorgehoben, die fast in ihrer Gänze hier wiedergegeben werden, da sie helfen, Lehren aus dem afghanischen Staatsbildungsprozess zu ziehen und eine islamische Lebenswelt aus ihrer Perspektive verstehen zu können. Rasul sagte beispielsweise rückblickend auf die Bonn-Konferenz:

„Ich bin mit der Nicht-Teilhabe der Taliban an der Bonn-Konferenz nicht einverstanden. Was am 11. September passiert ist, war eine Katastrophe. Ich hatte den Amerikanern damals vorgeschlagen, dass wir sie verstehen und wirklich Verständnis haben und durch Gespräche zu einer Lösung kommen können. Aber sie haben durch Macht und Druck unser Land zerstört und unschuldige Menschen getötet. Als unser Land dann zerstört war, als unsere Herkunft zerstört worden ist, gab es auch kein Interesse mehr für Verhandlungen. Manche Taliban waren gezwungen, ihr Land zu verlassen.“¹²⁸

Rasul bezieht sich hier auf die Vorschläge des Taliban-Regimes, nach den Anschlüssen am 11. September 2001 in den USA eine Auslieferung des *al-Qaida*-Chefs Osama bin Laden auszuhandeln. Tatsächlich hat Abdul Salam Zaeef, der von 2000 bis 2001 Botschafter der Taliban in Pakistan war, in seinem Buch beschrieben, unter welchen Bedingungen die Taliban bereit waren, der Forderung der US-Administration nach Auslieferung Osama bin Ladens nachzukommen. Zaeef war einer der Taliban-Repräsentanten, die mit der amerikanischen Botschaft in Islamabad Verhandlungen führte, denn nach den VN-Resolutionen nach dem 11. September 2001 wurde das Taliban-Regime in Kabul international abgeschirmt (Council on Foreign Relations 2008). Mullah Omar spielte die Wahrscheinlichkeit, dass die USA Afghanistan angreifen auf weniger als 10 Prozent herunter (Rashid 2010a). Zaeef beschreibt in seinem Buch drei miteinander verwobene Lösungsvorschläge, auf die die US-Administration in Islamabad nicht eingegangen sei.

Erstens habe es zwischen dem Islamischen Emirat Afghanistan und den USA kein Auslieferungsabkommen gegeben. Nach den Gesetzen eines souveränen Emirats, wie Afghanistan es nun einmal aus der Sicht Zaeefs war, wollte das Emirat ein Gerichtsverfahren gegen bin Laden einleiten. Die USA hätten jedoch weiterhin auf der Auslieferung bin Ladens bestanden und auch den Vorschlag, den international

128 Vgl. Interview Nr. 16, mit Rasul Interview am 28. November 2014 in der Türkei: 259.

gesuchten *al-Qaida*-Führer dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag zu übergeben, abgelehnt. Weiter schreibt Zaef:

„The Islamic Emirate had two principal objections to America’s demand that we hand over Osama bin Laden. Firstly, if every country were to hand over any person deemed a criminal by America, America would *de facto* control the world. This would in turn threaten the independence and sovereignty of all countries. Secondly, America’s demands, and its rejection of all suggestions offered by the Emirate, imply that there is no justice in the Islamic world, and with it no legal authority of Islam to implement justice and law among the people. This stands in direct opposition to Islam itself and its system to protect the rights of the people and to punish criminals. This problem remained unresolved till the very end.“ (Zaef 2010: 137)

Die Beziehungen zu den Taliban hatten sich bereits unter Bill Clintons Administration verschlechtert. Schon Anfang der 1990er Jahre gab es in Somalia, Jemen und Saudi-Arabien Anschläge auf US-Soldaten, zu denen sich das islamistische Netzwerk *al-Qaida* unter der Führung bin Ladens bekannte. Den ersten terroristischen Höhepunkt erreichte *al-Qaida* mit zwei fast zeitgleichen Bombenanschlägen am 7. August 1998 auf die US-Botschaften in Nairobi (Kenia) und Daressalam (Tansania), bei denen 224 Menschen ums Leben kamen und 5.000 verletzt wurden. Die US-Administration war bis zu diesen Anschlägen Verhandlungen zwischen der amerikanischen Firma *Unocal* und den Taliban aufgeschlossen. Denn die geplante Gas- und Ölpipeline von Turkmenistan über Afghanistan und Pakistan schien ein lukratives Geschäft zu werden. Für die Verhandlungen wurden die Taliban nach Texas zu den Firmenchefs eingeladen.¹²⁹ Nach diesen Anschlägen verschlechterten sich die Beziehungen zum Taliban-Regime und die Verhandlungen über eine Gas- und Ölpipeline wurde von *Unocal* aufgegeben. International wurde das Islamische Emirat Afghanistan nicht anerkannt, obwohl die Taliban im Herbst 1998 bereits 90 Prozent des afghanischen Territoriums unter ihre Herrschaft gebracht hatten (Esposito 2002: 16). Lediglich drei Länder haben die Regierung der Taliban nach der Einnahme Kabuls im Jahr 1996 anerkannt: Pakistan, Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate. Die Vereinten Nationen erkannten über die Bürgerkriegsjahre hinweg weiterhin den Islamischen Staat Afghanistan unter Präsident Rabbani an.

Auch Rasul äußerte seinen Unmut darüber, dass die Taliban bei der Bonn-Konferenz im Dezember 2001 ausgeschlossen und mehrere Jahre nicht in die Interimsregierung eingebunden waren:

„Es gab keine Taliban in der ersten und auch nicht in der zweiten Runde.

Aber in der zweiten Runde der Wahl gab es den Willen für Verhandlungen. Leider gab es in der zweiten Runde der Wahlen das Problem zwischen den Ausländern um Karzai. Hamid Kar-

129 Eine Dokumentation bei *Al-Jazeera* hat die Verhandlungen mit Repräsentanten der Taliban und *Unocal* durchleuchtet und mit der amerikanischen Administration unter Präsident Bill Clinton in Verbindung gebracht (*Al-Jazeera* 2016). Rashid datiert jedoch das Umschwenken der US-Strategie bereits auf die Einnahme Kabuls im Jahre 1996, „als die amerikanischen Medien das brutale Vorgehen der Taliban gegenüber Frauen beleuchteten und Osama bin Laden im Land eintraf“ (Rashid 2010b: 37).

zai und die Amerikaner gemeinsam mit den Engländern hatten Probleme. Aber als es dann nicht geklappt hat, so wie die Taliban es wollten, ist dieser Prozess mit den Taliban gescheitert.“¹³⁰

Hier bezieht sich Rasul auf die zweiten Präsidentschaftswahlen von August 2009, bei denen Karzais Verhältnis sowohl zur amerikanischen als auch zur britischen Administration sehr zerrüttet und von Misstrauen geprägt war. Es stimmt durchaus, dass die internationale Gemeinschaft nach dem 11. September 2001 und nachdem am 7. Oktober 2001 die Kampfhandlungen der OEF mit der Nord-Allianz begannen, nicht darauf bedacht waren, den politischen Feind – die Taliban – im politischen Prozess für die Zukunft Afghanistans mit einzubinden. Ihre Vertreibung aus den Städten hinter die pakistanische Grenze wurde als Sieg gegen den internationalen Terrorismus und als Befreiung der afghanischen Frau gefeiert. Hunt bezeichnet in ihrer Analyse die Propaganda während des militärischen Einsatzes in Afghanistan nach dem 11. September 2001 bereits als Teil eines *embedded feminism* (Hunt 2016).¹³¹ Der Inbegriff des Bösen waren die Taliban, unter deren Herrschaft die Frauen und Mädchen weder am öffentlichen Leben teilnehmen noch in die Schule gehen oder arbeiten durften. Symbol für die Unterdrückung der Frau unter den Taliban wurde die blaue Burka.

Die Taliban wurden zum gemeinsamen Feind der bis dahin untereinander verfeindeten afghanischen Gruppierungen. Eine der wichtigsten Kontrahenten der Taliban waren die Mitglieder der Nord-Allianz. Marshall Fahim, der Anführer der Nord-Allianz, dem 15.000 Kämpfer unterstanden, wurde zu einem der Nutznießer des Machtvakuum, das in Kabul nach den Kampfhandlungen mit der OEF entstand (Partlow 2016: 61). Rashid beschrieb das damalige Sicherheitsdilemma und das von den Vereinten Nationen initiierte Programm *Disarmement, Demobilisation and Reintegration* (DDR) im Juli 2004 bereits so:

„Complicating the DDR process, there is still no agreement on how many militia fighters are currently under arms. The UN has reduced its original estimate of fighters needing to go through DDR from 100,000 to 60,000, arguing that many commanders on the MOD payroll have been in charge of phantom units. However, the Afghan army’s chief of army, Gen. Bismillah Khan, insists that the figure of 100,000 men is still correct. (Khan is a close Fahim ally). Meanwhile, Karzai says the real threat comes from only about 20,000 men.“ (Rashid 2004)

Diese Entwaffnungsstrategie der VN lief nur schleppend an, denn in den ersten Jahren waren es die Milizen des Verteidigungsministers und gleichzeitig amtierenden Vizepräsidenten Marshall Fahim, der als wichtiger Partner der USA im Kampf gegen die Taliban und die *al-Qaida* kämpfte. Die USA brauchte das Netzwerk der Warlords weiterhin für den Kampf gegen *al-Qaida*: „The US Defense Department has long considered warlord militias to be strategic assets.“ (Rashid 2004) Die Zahlen der

130 Vgl. Interview Nr. 36, mit Rasul am 28. November 2014 in der Türkei: 259.

131 Diese *embedded feminism*-Thematik wurde bereits in der Einleitung in Bezug auf die Ansprache der damaligen Präsidentengattin Laura Bush vom 17. November 2001 im *Weekly Radio Address* erwähnt und als postkolonialistischer Feminismus interpretiert.

Soldaten wurden vom Verteidigungsministerium, höher angegeben, um weiterhin finanzielle Mittel für sich selbst und den Sold der bewaffneten Truppen zu erhalten. Hinzu kam, dass Karzai am 26. Juli 2004 verkündete, dass er Fahim nicht mehr als politischen Partner für seine nächste Präsidentschaftskandidatur berücksichtigen werde. In diesem Klima war es aus Fahims Sicht machtpolitisch wichtig, seine bewaffneten Milizen zu behalten, weshalb er mit seinen Anhänger*innen das DDR-Programm der VN blockierte.

Karzai hatte das notwendige Dekret für das DDR-Programm kurz zuvor am 14. Juli 2004 unterschrieben. Karzais Plan war es, für die bevorstehende erste Präsidentschaftswahl am 9. Oktober 2004 und vor den Parlaments- und Provinzwahlen am 18. September 2005, die bewaffneten Milizen zu entwaffnen und zu rehabilitieren. Seine Strategie war es, sowohl für die Wahlen mehr Sicherheit zu schaffen und auf diese Weise die Grundlage für freie, geheime, universelle und direkte Stimmabgaben vorzubereiten, als auch seine Wahl als Präsident zu sichern. Denn das damalige Post-Taliban Klima war von den alten Fehden und bewaffneten Fraktionen gezeichnet, die nun auch öffentliche Ämter bekleideten.

Mit Abdullah Abdullah als Außenminister (2001-2006), Marshall Fahim als Verteidigungsminister (2001-2004) und Yunus Qanuni als Innen- und dann als Bildungsminister (2001-2002, 2002-2004) bildete sich eine kritisierte tadschikische Troika innerhalb der afghanischen Administration. Dazu kam der Tadschike Muhammad Arif Sawari, der das NDS von 2001 bis 2004 leitete. Der unter dem Namen „Ingenieur Arif“ besser bekannte Mann war bereits für die Nord-Allianz unter Ahmad Schah Massoud Beauftragter für geheimdienstliche Aufgaben gewesen (Gall 2004a). Die bereits zitierte Interviewpartnerin Tamanaa unterteilte die Auswirkungen der damaligen Politik in drei Konfliktherde:

„Es gab einen Konflikt zwischen den Taliban und der afghanischen Regierung, bei dem sie [die neuen afghanischen Regierungsmitglieder] dachten, dass die Taliban gescheitert und gegangen sind. Sie waren nicht in der Lage zu kämpfen. Sie hatten ihre Waffen in Afghanistan oder aus Afghanistan nach Pakistan mitgenommen. Sie waren die Personen, die kein Interesse daran hatten, dass die Lage sich beruhigt. Dieser Konflikt hat wieder begonnen. Sie haben sich in Pakistan wieder gesammelt und organisiert.

Ein weiterer Konflikt, der nicht besonders offensichtlich war, waren die bewaffneten Truppen von Qanuni, die Parteien der *mujaheddin*. Ein Teil von ihnen sind mit den Taliban erledigt worden, aber sie hatten weiterhin einen großen Einfluss. Sie hatten einerseits den Weg für Verhandlungen mit der afghanischen Regierung bereitet, aber andererseits auch für weitere Konflikte. Zur dritten Gruppe gehören die Drogenhändler, die auch ihre bewaffneten Truppen hatten und ihren finanziellen Nutzen in Regionen mit schwacher Regierungsführung einfach nehmen. Auch weiterhin sorgen diese Truppen für die Unsicherheit.“¹³²

Tamanaa benennt die drei Konfliktherde: Das Wiedererstarken der Taliban (Crews/Tarzi 2008; Giustozzi 2007), die Machtdominanz der tadschikischen *mujaheddin* und die organisierte Kriminalität. Die US-Administration verfolgte anfangs die Strategie,

132 Vgl. Interview Nr. 1, mit Tamanaa in Kabul im Wohnzimmer des Lebensraums meines Vaters am 1. April 2013 in Kabul: 11.

diese einflussreichen Kriegsherren an der Macht zu beteiligen. In den ersten ein- und einhalb Jahren nach 2002 verfolgte die US-Regierung noch einen *light-footprint*-Ansatz, der nur eine kurze militärische Präsenz in Afghanistan vorsah. Aus diesem Grund legte die Bush-Administration Karzai nahe, sich der Patronage-Klientel-Netzwerke zu bedienen. Wie Donald Rumsfeld der Verteidigungsminister der USA (2001-2006) in seinen Memoiren schreibt: „My point was that instead of giving Karzai the freedom to throw around the weight of the U.S. military, he should learn to use patronage and political incentives and disincentives to get the warlords, governors and cabinet officials into line.“ (Rumsfeld 2011: 408) Wegen der vielen Millionen US-Dollar, die ins Land flossen und teils direkt und bar an die regionalen Kriegsherren ausgezahlt wurden, waren Karzai die Hände gebunden, wenn er versuchte, ehemalige Kriegsherren und ihre Netzwerke zu entmachten (Rosenberg 2014; Rashid 2010b: 80-104). Karzai hat den Bericht der *New York Times* über die Auszahlung von CIA-Geld an sein Büro öffentlich bestätigt und auch eingeräumt, dass diese Gelder an das Büro für Nationale Sicherheit weitergeleitet wurden. Nach Karzais Aussagen seien die Summen gering gewesen, mit dem Geld seien unter anderem auch Verletzte behandelt und Studierende und Märtyrerfamilien finanziell unterstützt worden (Tolo News 2013b; Rosenberg 2013).

Die sicherheitspolitische Idee bestand darin, die Kriegsherren in ihren Einflussphären regieren und gewähren zu lassen, gleichzeitig Karzai mit seiner kompromissbereiten Kooptationspolitik zu kontrollieren und schnellstmöglich die Truppen zu reduzieren. Diese „Warlord-Strategie“ sei vom Pentagon unter Verteidigungsminister Rumsfeld bis Ende 2003, also insgesamt 18 Monate, fortgeführt worden (Rashid 2010b: 90). Nach 18 Monaten hatte sich jedoch die Klientelpolitik etabliert. Aus der Dynamik der Gewaltmärkte haben sich die Warlords ein neopatrimoniales Netzwerk gesponnen, das als eine liberale Oligarchie bezeichnet werden kann. Diese weiter zu analysierende Hypothese einer liberalen Oligarchie in einer *post-bellum* Situation mit Intervenierten, Intervenierenden sowie innerstaatlichen und nachbarstaatlichen *spoilern* können zu einer optimistischen Hypothese verleiten: *Die durch die einflussreichen Oligarch*innen und Narko-Eliten¹³³ innerhalb des Elitenklientelis-*

133 Da hier der Begriff der Narko-Eliten als zentraler Begriff zum ersten Mal erscheint, sei eine kurze Definition gegeben. Als afghanische Narko-Eliten werden hier politische Eliten bezeichnet, die eng mit der Wirtschaft verflochten sind (Maass 2011; Weiner 2004). In drei Bereichen zeichnen sich diese Narko-Eliten darüber aus, dass sie Teil einer Schattenwirtschaft sind, die neben dem illegalen Opiumhandel, Schmuggel von unterschiedlichen Waren, Edelsteinen, Holz bis zum Menschenhandel lukrative Geschäfte treiben. Diese neue Wirtschaftselite ist Teil der organisierten Kriminalität (Entführungen, Landraub, Vergabe von öffentlichen Positionen). Diese Akteure machen, besonders in unsicheren Regionen Afghanistans, aber auch in urbanen Zentren, dem Staat das Gewaltmonopol streitig. Ein scharfer Kritiker der Bezeichnung Afghanistans als Narko-Staat ist Chouvy, weil die zwei Faktoren (eine *top-down* organisierte Drogenindustrie ausgehend vom Staat und das relative Verhältnis der Einnahmen aus dem Drogenanbau und -verkauf zum gesamten Bruttoinlandsprodukt) im Falle von Afghanistan zu niedrig sei (Chouvy 2016). Die Anbaufläche in Afghanistan sei zu klein, als dass von einem Narko-Staat die Rede sein könnte. Im Bericht der UNODC wurde der Anteil des Opiumhandels am Brut-

mus erreichte wirtschaftliche und politische Stabilität kann in einer konsensualen Elitenkonstellation mit einer liberalen Demokratie münden. Denn die empirischen Untersuchungen von positiv verlaufenden Friedensverhandlungen und die Transformationen von uneinigigen zu konsensual vereinten Eliten haben bereits nach Higley und Burton gezeigt, dass sie nur unter bestimmten Bedingungen und somit äußerst selten glücken, aber eine Möglichkeit stellt der politische Transformationsprozess über eine liberale Oligarchie dar (Higley/Burton 2006: 188).

Der andere beachtenswerte Faktor, auf den sich Rasul bezieht, sind die diplomatischen Beziehungen Karzais zur US-Administration und zu Großbritannien, die sich ab 2006 rapide verschlechterten. Die Verschlechterung hing mit den hohen Opferzahlen aufseiten der afghanischen Zivilbevölkerung zusammen.¹³⁴ 2005 und 2006 begann eine Offensive der gut ausgerüsteten Taliban in den Provinzen Zabul, Kandahar, Helmand und Uruzgan, die Anschläge waren gegen US-Soldaten und die Zivilbevölkerung gerichtet. Die Taktik und die Durchschlagskraft der Anschläge hatte nach dem Erstschlag im Oktober/November 2001 eine neue technische Höchstform und größere Brutalität erreicht (Crews/Tarzi 2008: 69; Giustozzi 2007: 347-349). Eine Strategie der Taliban-Kämpfer war es, sich bei der zivilen Bevölkerung zu verstecken.

Das amerikanische Militär verzeichnete einen sprunghaften Anstieg von 52 gefallenen Soldaten innerhalb des gesamten Jahres 2004 zu 54 verstorbenen Soldaten allein in den ersten sechs Monaten des Jahres 2005 (Rashid 2008: 222). Die militärische Reaktion auf die islamistischen Anschläge ließ nicht lange auf sich warten (*Operation Mountain Lion* in der Provinz Kunar und *Operation Mountain Thrust* in den Provinzen Helmand, Uruzgan und Kandahar) (Kumar 2013: 59). Die US-Truppen verfolgten einen *light-footprint*-Ansatz auf feindlichem Terrain, dafür aber

toinlandsprodukt im Jahre 2016 auf 16 Prozent geschätzt und auf 2/3 der landwirtschaftlich nutzbaren Fläche wird Opium angebaut (UNODC 2017). Aus diesem Grund halte ich den Terminus der Narko-Eliten im bisher dargestellten Kontext dieser Doktorarbeit für treffend und legitim.

- 134 Der *Human Rights Reports* „Troops in Contact“ von 2008 geht detailliert auf die Strategiewechsel und Dilemmata während der ISAF- und OEF-Operation ein und deckt auf, dass durch schnelle und strategisch nicht geplante Luftwaffeneinsätze zur Befreiung von Soldaten aus Kampfsituationen mit den Taliban ungewöhnlich viele Zivilist*innen ums Leben kamen. Diese Situationen werden als *troops in contact* (TIC) bezeichnet und haben im Vergleich zu den geplanten Operationen gegen die Taliban und *al-Qaida* mehr zivile Opfer zur Folge gehabt (Human Rights Report 2008: 32f). Die UNAMA begann erst im Jahre 2008, die Opferzahlen der zivilen Bevölkerung zu berücksichtigen und zu dokumentieren. Da die UNAMA in der afghanischen Öffentlichkeit als eine neutrale internationale Organisation anerkannt ist, begann die kriegsmüde Bevölkerung und die afghanische Administration die eigentlichen Opferzahlen nach militärischen Operationen von der UNAMA im Vergleich zur ISAF als glaubwürdiger anzunehmen. Einem Bericht der *Brown University* zufolge, in dem Zahlen aus unterschiedlichen Quellen über mehrere Jahre zusammengetragen und ausgewertet wurden, lagen die Opferzahlen im Jahre 2005 bei 413, im Jahre 2006 bei 929 und dann im Jahre 2007 bei 1582 (Crawford 2011; Crawford 2015: 2).

stärkere und vermehrte Luftschläge, um die Opfer bei den amerikanischen Truppen niedrig zu halten. Ein weiteres Problem bestand darin, dass die ISAF von 2001 bis zum Ende ihres Einsatzes im Jahre 2014 kein koordinierendes Kommando über die OEF hatten, aber im Oktober 2008 wurde der Versuch unternommen dies zu ändern. Ein kritischer Wendepunkt kam am 22. August 2008, als bei einem Luftschlag auf das Dorf Azizabad im Bezirk Schindand in der Provinz Herat insgesamt 90 Zivilist*innen (60 Kinder und 15 Frauen) ums Leben kamen und Karzais bereits zerrüttetes Verhältnis zur US-Administration verschlechterte sich. Seine Hilfslosigkeit, die afghanische Bevölkerung zu schützen, spielte den Taliban in die Hände, die ihn als Marionette des Westens darstellten. Die hohe Zahl an zivilen Opfern war Teil der terroristischen Strategie der Taliban, die darin bestand, sich unter die Zivilbevölkerung zu mischen.

Karzai drängte bereits Anfang 2008 – nach dem Anstieg dieser Angriffe durch das amerikanische Militär, nach nächtlichen Hausdurchsuchungen, Inhaftierungen von Verdächtigen und Folterungen von Gefangenen – auf ein Abkommen, um Aktivitäten der amerikanischen Armee auf afghanischem Terrain, eines *de jure* souveränen Staates, untersuchen oder zumindest mit der afghanischen Armee und dem Verteidigungsministerium koordinieren zu können. Den Bedenken der afghanischen Administration kam General McKiernan in einem Abkommen, welches der afghanische Verteidigungsminister Rahim Wardak am 13. Februar 2009 mitunterzeichnete, entgegen. Das Abkommen sah eine bessere Koordination zwischen afghanischen und amerikanischen Truppen vor. Ziel war es, den afghanischen Partner vorab über geplante Operationen, Hausdurchsuchungen und Inhaftierungen zu informieren und dann gemeinsam zu koordinieren (UN General Assembly Security Council 2009: 7).

General McKiernan verfolgte nun als erster Kommandeur der ISAF und der amerikanischen Truppen in Afghanistan die Strategie, während der militärischen Operationen die afghanische Kultur und Religion zu achten und die militärischen Operationen zu diesen Werten und Traditionen ins Verhältnis zu setzen (Eide 2012: 69). Aus der Perspektive der afghanischen Administration war es kein guter Zeitpunkt, mit den Taliban Friedensverhandlungen zu beginnen, denn die militärischen und politischen Verbünde zu den USA schienen nicht sicher und ohne Vertrauensbasis. Die afghanische Administration hätte aus der Position der Schwäche mit den Taliban verhandeln müssen und ihnen weitgehende politische Zugeständnisse machen müssen.

Nicht nur sicherheitspolitische Faktoren gestalteten das Verhältnis zwischen der US-Regierung und der afghanischen Administration schwierig.¹³⁵ In der Forschungsliteratur wird oft die angebliche Hitzköpfigkeit und Unberechenbarkeit Karzais und seine hiermit einhergehende Paranoia innerhalb eines modernen Präsidialsystems mit

135 In vielen Büchern, Aufsätzen und Biographien von Journalist*innen oder ehemaligen Diplomaten*innen finden sich detaillierte Beschreibungen von Karzais schwierigen Charakterzügen, so wie bei Woodward (2010), Dobbins (2008) und Partlow (2016) nachzulesen. Eine gewisse Einseitigkeit ist diesen Analysen aber nicht abzusprechen und die politischen Absichten manch eines US-Diplomaten, der in neokolonialistischer Manier ein *Greater-Middle-East*-Projekt verfolgte, werden nicht näher untersucht. Ich halte die Beschreibungen für essenzialisierend und tiefere Einsichten sind diesen einseitigen Analysen nicht zu entnehmen.

traditionellen Entscheidungsfindungsprozessen einer Stammesgesellschaft beschrieben. In einem in diplomatischen Kreisen bereits vielzitierten Buch schreibt der Journalist der *Washington Post* Partlow:

„The way President Karzai did business – long phone calls about tiny matters, endless rambling chats with whatever bumpkin wandered into the palace, meetings unshackled by agendas or decisions – did not seem to them very efficient or presidential. Karzai’s political style was adopted from Afghan customs and the tribal conventions learned at the foot of his father, but it looked to the United States a lot like dysfunction. Karzai’s National Security Council, an institution created with coalition funding to mimic its White House counterpart as a coordinating body for wartime decision making, never seemed to coordinate anything.“ (Partlow 2016: 213)

Dieser kurze Abschnitt zeigt die diametralen Unterschiede in der Regierungsführung und auch die diplomatischen Herausforderungen, mit denen sich die beiden ungleichen Partner – Afghanistan und USA – konfrontiert sahen. Hinzu kamen die ersten veröffentlichten WikiLeaks-Dokumente, die Einblicke in die Korrespondenz des amerikanischen Außenministers über Karzai boten (Boone 2010). Der Journalist der *Washington Post* und Pulitzer-Preisträger Woodward hat in seinem 2010 veröffentlichten Buch über ein gemeinsames Treffen mit dem damals amtierenden Nationalen Sicherheitsberater, General James L. Jones, berichtet: „The next day, Tuesday, June 23 [2009], I attended the last 15 minutes of Jones’s meeting with President Karzai. Sensitive intelligence reports on Karzai claimed he was erratic and even ‚delusional‘. ‚Off his meds‘ was a common description, while high on ‚weed‘ was a description by others.“ (Woodward 2010: 128) Karzai wusste also bereits zwei Monate vor den bevorstehenden Präsidentschaftswahlen am 20. August 2009, was die amerikanische Administration über ihn dachte, und als ihn der neue US-Botschafter in Afghanistan, General Karl Eikenberry, vor der zweiten WikiLeaks Veröffentlichung warnte, habe Karzai gefragt, ob es wieder um seinen Drogenkonsum ginge (Partlow 2016: 222).

Vor dem hier beschriebenen sicherheitspolitischen und diplomatischen Hintergrund, dürfte hervorgegangen sein, dass Karzai der US-Administration als Partner*in für seine Wiederwahl nicht mehr traute. Nachdem er also das Vertrauen in die US-Administration verloren hatte, konnte er auch nicht mehr den Friedensprozess mit den Taliban einleiten. Auch die Taliban-Kämpfer waren nun Teil eines undurchsichtigen Netzwerkes bestehend aus dem *Haqqani*-Netzwerk, der *Hezb-e Islami* und weiteren arabischsprachigen *mujaheddin*. Beide Voraussetzungen hätten ihm nicht erlaubt, aus einer souveränen Position der Stärke heraus über einen Frieden zu verhandeln. Erst nachdem Karzai Ende 2009 wiedergewählt worden war, berief er Ende Mai 2010 eine *Peace Loya Jirga* zusammen, um mit 1.600 Stammesführern, Vertreter*innen der Zivilgesellschaft und 300 Frauen über einen gemeinsamen Friedensprozess zu verhandeln. Aus der Perspektive Juwands waren die Taliban bereits 2004 zu einem politischen Friedensprozess bereit:

„In 2010, we had been consulted to the council of the *loya jirga*.

We were 1,600 participants. Hamid Karzai pointed at Rais Abdul Wahid: ‚We will accept your government. Will you accept our human rights, social rights?‘ But Hamid Karzai himself did not ensure that the Taliban members live in their own provinces and villages. In 2004, we deci-

ded to join the leadership, we started the ideas. We went over to political reconciliation. All Taliban said that we want political reconciliation. In 2005 and end of 2004 we had a joined and shared idea of the Taliban as a political group. Hamid Karzai denied to continue the negotiations. The Taliban could not be considered to be protected. They fought and they were rival with the Northern Alliance. The government was not able to recognize the political will for reconciliation anymore.“¹³⁶

Der hier von Juwand erwähnte Taliban-Repräsentant, Rais Abdul Wahid, war bereits in den 1980ern ein bekannter Kommandeur in Baghran, einem Bezirk in der Provinz Helmand. Dorronsoro beschreibt sein Rekrutierungssystem für die öffentlichen Ämter als klerikal und straff hierarchisch: „All the officials were taliban from his madrasa. The mujahidin, who were closely controlled and professional, wore uniform and observed strict discipline, while authorisation from the commander was required for population movements.“ (Dorronsoro 2005: 126) Im Vergleich hierzu weist Dorronsoro darauf hin, dass es in der Provinz Ghazni ein Rätssystem gab, das von geistlichen Mitgliedern besetzt war, aber konsensorientiert Entscheidungen traf und weniger hierarchisch organisiert war. Während der Taliban-Herrschaft hat sich dann dieses konsensorientierte *shura*-Prinzip in den Provinzen mit einem Vorsitzenden durchgesetzt (ebd.: 126).

Juwands Aussage, die Taliban seien bereits 2004 zu einem Friedensprozess bereit gewesen, gewinnt an Glaubwürdigkeit, wenn man die Anzahl der Anschläge im Jahre 2004 (drei Selbstmordanschläge) mit denen von 2005 (17 Selbstmordanschläge und 123 weitere Anschläge) vergleicht (Strick van Linschoten/Kuehn 2012: 279). Einige Analysten*innen beschreiben jedoch diese Phase nach dem Zusammenbruch der Taliban bis zum erneuten Auftauchen der Taliban als politische Bewegung als eine Zeit der Re-Rekrutierung und Formierung (Giustozzi 2007) und keineswegs als Zeit des Versuches zur Versöhnung.

Im Folgenden sind zwei neue politische Fakten und ein dritter bereits formulierter Aspekt im Zusammenhang mit der fragilen politischen Lage der afghanischen Administration zu Juwands Aussage hinzuzufügen. Die Rhetorik Mullah Omars war in den Anfangsjahren nach 2001 darauf ausgerichtet, dass die ausländischen Truppen Afghanistan verlassen müssen: „We will not accept a government of wrong-doers. We prefer death than to be a part of an evil government.“ (BBC 2001) Nicht nur rhetorisch, sondern auch militärisch gab es Operationen gegen die US-Armee, die von Linschoten und Kuehn im Abschnitt *2003-2009* detaillierter in den militärstrategischen und geopolitischen Kontext setzen. Wie bereits erwähnt, war die afghanische Administration von der Nord-Allianz dominiert, so dass sich die paschtunischen Stämme in den südlichen und östlichen Provinzen nicht an den politischen Entscheidungen beteiligt und vom politischen Prozess marginalisiert fühlten. „Local perceptions had started to shift in late 2003. While the majority of the population had been supportive early on, by 2003 communities in southern and eastern Afghanistan had found themselves sidelined and at times openly targeted by the new authorities.“ (Strick van Linschoten/Kuehn 2012: 262)

136 Vgl. Interview Nr. 19, mit Juwand in seinem Büro am 1. November 2014 in Kabul: 209.

Hinzu kam, dass die militärischen Operationen und die willkürlichen Verhaftungen von Dorfbewohnern dazu führten, dass sich die Menschen von der neuen Regierung und ihren Verbündeten noch mehr entfremdet fühlten und den Taliban zuwandten. Die USA hatten bereits Ende 2002 und Anfang 2003 die *special forces* in Afghanistan reduziert und an die zweite amerikanisch-britische Front in den Irak entsandt. Die US-Administration setzen die Priorität nun auf den *War on Terror* im Irak, sie sahen keine Gefahr mehr von den Taliban ausgehen (Strick van Linschoten/Kuehn 2012: 265). Unter Mullah Dadullah¹³⁷ nahmen dann die Taliban im Sommer 2003 den Bezirk Dai Chopan in Zabul und einen Großteil der Provinz Paktia ein.

„2004 saw an activity in Uruzgan and Kandahar provinces, and 2005-2006 saw Helmand come into focus for the Taliban along with Ghazni, Paktya, Khost, Lowgar and Farah. Suicide operations, moreover, had grown as a prominent tactic in mid-to-late 2005 in the south and south-east.“ (Ebd.: 263)

Zur bisher dargelegten diplomatischen und (sicherheits-)politischen Situation kommen noch weitere wichtige Aspekte hinzu. Aus den nachfolgenden Abschnitten wird hervorgehen, warum der Friedensprozess aus außenpolitischer und innenpolitischer Perspektive mit den Taliban immer wieder ins Stocken geriet. Auch die politischen Forderungen der Taliban werden im Kontext der sicherheitspolitischen Situation der afghanischen Regierung betrachtet, die im engen Zusammenhang mit der frühen Ankündigung des US-Truppenabzugs steht.

In den Anfangsjahren der Machtkonsolidierung Karzais – das ISAF-Mandat war zunächst auf Kabul beschränkt und wurde erst im März 2003 auf das ganze Land ausgeweitet – war es aus Sicht der afghanischen Regierung nicht möglich, über Frieden zu verhandeln. Nachdem Stanley McChrystal im Sommer 2009 vom neuen amerikanischen Präsidenten Barack Obama mit dem Oberkommando der amerikanischen Soldaten und der ISAF-Truppen betraut worden war, hat er die *population-centric counterinsurgency strategy* weiterentwickelt. Im Dezember 2009 wurden weitere 35.000 Truppen nach Afghanistan entsandt (Woodward 2010: 277).

137 Einen ausführlichen Abschnitt über die Rolle des Taliban-Kämpfers Mullah Dadullah haben Strick van Linschoten und Kuehn verfasst und auf seinen Einfluss auf das Wiedererstarken der Taliban seit 2003 hingewiesen (Strick van Linschoten/Kuehn 2012: 275-278). Aufgrund seiner Erfahrungen als Kämpfer seit den 1990er Jahren im Süden, Westen und Norden Afghanistans (Kandahar, Helmand, Herat, Kunduz, Mazar-e Sharif) hat er ein vertrauensvolles Verhältnis zu Mullah Omar gehabt (Mapping Militant Organizations 2016). Mullah Omar hat ihn im Juni 2003 in seinen zehnköpfigen Rat aufgenommen. Als erbarmungsloser Kämpfer galt er bereits im Januar 2001, als er 300 unbewaffnete Männer, Frauen und Kinder in Yakawlang in der Provinz Bamayan massakrierte. Bei den Opfern handelte es sich um die schiitische Minderheit der Hasara (UN General Assembly 2001: 10-12). Mehr Informationen zum Massaker an den Hasara im Mai 2000 und Januar 2001 hat der *Human Rights Report* zusammengetragen (Human Rights Watch 2001). Auch die Zerstörung der Buddha-Statuen im März 2001 soll Mullah Dadullah angeleitet haben (Strick van Linschoten/Kuehn 2012: 276). Am 12. Mai 2007 starb er im Kampf gegen von der ISAF unterstützte afghanische Soldaten (BBC 2007).

Zu ersten wirklichen Friedensverhandlungen kam es erst in Paris vom 20. bis zum 21. Dezember 2012. Juwand beschreibt die damaligen Verhandlungen als Chance:

„The Taliban were more religious and rigid in their demands. Forces have to leave first and then there will be a productive dialogue. For the first time, there were negotiations with the Taliban at the third conference. I took part, the Taliban said that we want reconciliation with Afghanistan. But first the forces have to leave because Afghanistan is occupied by them. A constitution on which all ethnicities have to agree upon. Third, a broad-based government will be established. Taliban, we do not want any party to manipulate the government. The Human Rights will be guaranteed and the Islamic cultures and the Afghan culture, the right of women for education, working in the government. Women rights and doing business in the society, their free will of choosing their husbands. They were also against forced marriages, and that there will be no peacebuilding without women and that their heredity rights have to be protected too.“¹³⁸

Alle drei Forderungen – Truppenabzug, Verfassungsreform, Regierung auf breiter Basis – waren für die damalige afghanische Regierung inakzeptabel und sind natürlich in einem multikausaleren Kontext zu analysieren. Ein Truppenabzug der international zusammengesetzten ISAF-Truppen war für die afghanische Regierung keine Option, da die afghanische Armee und Polizei zum Zeitpunkt der Friedensverhandlungen mit 350.000 Personen zwar ihr quantitatives Ziel erreicht hatte, jedoch weiterhin auf die logistische, kommunikative, geheimdienstliche und militärische Unterstützung insbesondere der amerikanischen Luftwaffe angewiesen war (Bumiller 2012).

Bei den Verhandlungen in Paris handelte es sich nicht um Friedengespräche, sondern um eine Neuauflage der Gespräche zwischen Vertreter*innen von unterschiedlichen ethnopolitischen Gruppen. Dieser „Innerafghanische Dialog“ war federführend von den USA (dem amerikanischen Kongressabgeordneten Dana Rohrabacher) und vom ISI initiiert worden, die damit die Legitimität der Regierung und der Regierungsinstitutionen infrage zu stellen versuchten; so jedenfalls sah es die afghanische Regierung. Die drei ISI-nahen Vertreter der Taliban waren nicht durch die *shura* bevollmächtigt worden, an diesem sogenannten innerafghanischen Dialog teilzunehmen und die afghanische Regierung war mit ein paar Gesandten anwesend.

Der Truppenabzug der insgesamt 68.000 amerikanischen Soldaten war für Ende 2014 geplant, aber bereits am 23. Juni 2011 legte Barack Obama gemäß seinem Wahlversprechen erste konkrete Zahlen und Daten zum Truppenabzug vor. 10.000 Sturmtruppen (*surge forces*) sollten Ende 2011 abgezogen werden, 23.000 im September 2012 Afghanistan verlassen. Frankreich hatte bereits einen Monat vor dem ersten Treffen in Paris seine Truppen aus den Provinzen Sarobi, Kapisa und Kabul abgezogen (Department of Defense USA 2012: 14; Reuters 2012). Für die anderen insgesamt 49 Nationen stand ein Truppenabzug aufgrund der angespannten Sicherheitslage aus politischen und wirtschaftlichen Gründen nicht zur Diskussion und war auch logistisch so kurzfristig nicht durchführbar.

Der zweiten Forderung nach einer Verfassungsreform stand die Regierung entgegen. Die Verfassung war 2003 von 502 Volksvertreter*innen in der *loya jirga* verab-

138 Vgl. Interview Nr. 19, mit Juwand in seinem Büro am 1. November 2014 in Kabul: 208.

schiedet worden und besaß dadurch eine große Legitimität, weshalb die Taliban die Verfassung anerkennen sollten. Die dritte Forderung, dass eine breit gefächerte ethnische Beteiligung an der Regierung gegeben sein muss, stieß bei den anwesenden Vertretern der Nord-Allianz in der Kombination mit den ersten beiden Forderungen auf Misstrauen und somit letztendlich auf Ablehnung. Auf meine Nachfrage nach den alten und neuen Konflikten, die zwischen den Eliten existieren, betonte Juwand direkter die damaligen Versäumnisse:

„After the conference in Paris what has happened was that there were no meetings outside the country allowed anymore. Taliban had concrete points. We did not know if it was Hamid Karzai or his close advisors, may be your father, to stop the negotiations. We lost that opportunity for continuing these negotiations; the face to face negotiations were successful. And the Taliban spoke very frankly to the government. After that no meetings were allowed anymore in the country.“¹³⁹

Bevor sich die Taliban mit den Vertretern der Nord-Allianz in Paris im Dezember 2012 getroffen hatten, hatten im März 2012 Verhandlungen über den Austausch von fünf hohen Taliban-Funktionären für einen US-Soldaten, Sgt. Bowe Bergdahl, der seit dem 30. Juni 2009 in den Händen der Taliban begonnen. Jedoch fand der Austausch der fünf Taliban-Funktionäre, Mullah Norullah Noori, Mohammed Nabi, Khairullah Khairkhwa, Abdul Haq Wasiq und Mohamad Fazl erst am 31. Mai 2014 statt.¹⁴⁰ In diese Verhandlungen über den Gefangenenaustausch der Gefangenen und über Friedensverhandlungen waren weder Karzai noch seine Regierungsmitglieder eingebunden. Ein hoher Regierungsangestellter, Karim, sagte mir auf die Frage zu den Konfliktpunkten in der Regierung:

139 Vgl. Interview Nr. 19, mit Juwand in seinem Büro am 1. November 2014 in Kabul: 208.

140 *WikiLeaks* hat Dokumente zu allen hier aufgeführten Guantanamo-Gefangenen online zur Verfügung gestellt. Mullah Norullah Noori war während der Kämpfe zwischen OEF und den Taliban im Oktober 2001 militärischer Kommandeur in Mazar-e Sharif und er war auch Gouverneur in Balch und Laghman (Department of Defense, Joint Task Force Guantanamo 2008a). Mohammad Nabi wird als führender Kämpfer mit Verbindungen zu *al-Qaida*, den Taliban, dem *Haqqani*-Netzwerk und der *Hezb-e Islami* beschrieben, der Anschläge gegen amerikanische und andere Koalitionseinheiten besonders in Khost geplant und ausgeführt haben soll (Department of Defense, Joint Task Force Guantanamo 2008b). Khairullah Khairkhwa war Innenminister, Gouverneur von Herat und Militärkommandeur und wird als direkte Verbindungsperson zu Osama bin Laden und Mullah Omar beschrieben (Department of Defense, Joint Task Force Guantanamo 2008c). Abdul Haq Wasiq war stellvertretender Minister des Geheimdienstministeriums (Department of Defense, Joint Task Force Guantanamo 2008d). Mohammad Fazl war stellvertretender Verteidigungsminister und mit Verbindungen zur *al-Qaida*, der *Islamic Movement of Uzbekistan* (IMU), *Hezb-e Islami*, *Harakt-e Inqelab-e Islami* (Department of Defense, Joint Task Force Guantanamo 2008e).

„They were all in Paris talking to the Taliban. (...) Abdullah was as a representative there, Mo-haqeq was there himself, Dostum was a representative, Ahmad Zia Massoud was there. So we-re others, so they are talking.

FDS: But in public they say they are not willing to negotiate on the constitution or even not, //they don't (...)-//

//Karim: BUT that, // that is definition too, they don't want talk to them but they don't want to give up the gains they've made. That's right. They say: We don't want a constitution to be reformed. All the gains that were made in Afghanistan to be extorted. They are right about that but they are talking. So, there is no dispute on the peace itself. It's a dispute on the process for peace because they want to be part of that. In a different way. ... So, the ethnical thing the opposition is ostentatious, ostentatiously they want to be part of that but you can be part of it through the peace council. But if you all:: go individually and talk about peace to the Taliban you will weaken Afghanistan and the gains we have made.“¹⁴¹

Die afghanische Regierung sprach diesen Verhandlungen jede Legitimität ab und verbot sie. Die Verhandlungen liefen zwischen der Nord-Allianz und den Taliban unter Vermittlung der USA, die aufgrund des Abzuges von weiteren 9.800 Soldaten Ende 2014 die Vorbereitungen für eine politische Versöhnung trafen. Es gab Gerüchte, dass auch Vertraute von Karzai an den Friedensverhandlungen teilgenommen haben (Bowley/Rosenberg 2012; Adeel 2012), obwohl sich die Regierung offiziell gegen diese Form von Verhandlungen aussprach und tatsächlich weder offizielle noch inoffizielle Regierungsvertreter*innen an den Verhandlungen teilgenommen haben. Im Vorfeld und hinter den Kulissen und auch nach der Konferenz brach eine neue heftige Auseinandersetzung zwischen den USA und der Regierung Afghanistans aus. Die amerikanischen Diplomaten*innen in Kabul haben abgestritten, an der Vorbereitung und Durchführung dieser Friedenskonferenz beteiligt gewesen zu sein. Aber trotz aller Dementis seitens der USA fühlte sich die afghanische Regierung von den forcierten Friedensverhandlungen durch die USA aufgrund des bevorstehenden Truppenabzugs unter Druck gesetzt. Ein von mir interviewter ehemaliger Analyst des Außenministeriums, Mortazah, dem ich sagte, dass es bereits Verhandlungen zwischen den Vertretern der Nord-Allianz und den Taliban gebe, erklärte die damalige Situation so:

„Yes, and that is actually dangerous because if they negotiate as state to state with each other and they don't come to an agreement. They would start fighting with each other as a fact. So, as a matter of fact they made a lot of various negotiations. But when they didn't agree they start fighting each other. Now, we should stop various negotiations between Taliban and Northern Alliance. Let the Afghan government be the mediator.“¹⁴²

Der afghanischen Regierung unter Karzais war es wichtig, die Friedensgespräche selbst zu koordinieren und zu gestalten. Darüber hinaus bewertete die Regierung Afghanistans solche Konferenzen ohne die Teilnahme der Regierung als Repräsen-

141 Vgl. Interview Nr. 10, mit Karim in seinem Büro am 7. April 2013 in Kabul: 137f.

142 Vgl. Interview Nr. 12, mit Mortazah in seinem Büro am 8. April 2013 in Kabul: 167f.

tant*innen des Volkes als eine Art der De-Legitimierung des Post-Bonn-Prozesses und als einen Versuch, Afghanistan wieder zu entstaatlichen.

Ein weiterer Punkt, den Juwand ansprach, bezieht sich auf das bilaterale Sicherheitsabkommen¹⁴³ zwischen Afghanistan und den USA, das Karzai für die Stationierung der US-Truppen mit seinen sieben militärischen Luftwaffenbasen (Kabul, Bagram, Herat, Mazar-e Sharif, Schindand, Kandahar und Shorab in Helmand) über das Jahr 2014 hinaus nicht verlängerte (USA and Islamic Republic of Afghanistan 2013). Das Abkommen wurde erst von Ghani als eine seiner ersten Amtshandlungen am 30. September 2014 unterzeichnet. Es verlängerte die Truppenpräsenz von 12.000 US-Soldaten für die militärische Ausbildung und Unterstützung auf afghanischem Territorium bis Ende 2024 (USA and Islamic Republic of Afghanistan 2014). Karzai rief eine beratende *loya jirga* vom 22. bis 24. November 2013 ein, um über die Unterzeichnung des Abkommens zu diskutieren. Im Vorfeld dieser großen Versammlung lud er etwa 13 Teilnehmer in den Regierungspalast. Juwand nahm an dieser Sitzung teil und äußerte folgende Meinung zur Stationierung der US-Truppen:

„I have expressed my views on the negotiations to Hamid Karzai and Dr. Spanta. We have been invited to the presidential palace. 13 people were invited from the *loya jirga*. I was the first to speak.

I told them that they are liars and that they are not capable of taking care of their people. I spoke about the first draft of the Bilateral Security Agreement. It is against the first and second Article of the UN-Charta. Also against the 2nd, the 8th and 10th article of the Universal Declaration of the Human Rights Declaration. This is against Mohammad and the Koran and our national proud. This is a very long discussion: I will quote article 2. It says: Everyone has the right to be beneficial without any distinction from colour, religion and gender etc. There should be no differences and distinction; no discrimination is made from the other side. No self-governing and there is no sovereignty, it is limited. There is still immunity for the American soldiers but there is a jurisdiction here. They say that it is immunity for them because there in the US we have a jurisdiction.

Article 8 says that in cases of conflict and war tribunals should be established for violation of the fundamental rights by the laws or the constitutions. We have our own local laws and Islamic laws. We will be provided laws by the US-government?

Karzai's answer was: You made our laws going to fail (...).

I answered: The Americans are lying to you. US soldiers are not taken to trial. In Japan two girls have been raped by US-soldiers, they were jailed in prison for 13 years.“^{144 145}

143 Der gesamte Titel dieses Abkommens lautet nun *Security and Defense Cooperation Agreement between the United States of America and the Islamic Republic of Afghanistan*.

144 Vgl. Interview Nr. 19, mit Juwand in seinem Büro am 1. November 2014 in Kabul: 212.

145 *Al-Jazeera* berichtete über die Inhaftierung von zwei amerikanischen Soldaten auf japanischem Territorium, nachdem sie eine japanische Frau vergewaltigt hatten. Das japanische Gericht hat zudem über amerikanische Soldaten eine nächtliche Ausgangssperre (23:00-5:00 Uhr) und ein Alkoholverbot außerhalb der Militärbasis verhängt (*Al-Jazeera* 2013; Quigley 2013). In Okinawa sind 30.000 US-Soldaten stationiert und es gab bereits mehrere derartige Fälle (Vergewaltigung und Mord), die zu Demonstrationen der Bevölkerung gegen die US-Stationierung führte (McKirdy 2016).

Tatsächlich war die damalige Situation, zu der auch mein Vater in seiner damaligen Funktion als Nationaler Sicherheitsberater gemeinsam mit dem General der Afghanischen National Armee (ANA), Sher Mohammad Karimi, am 16. November 2013 vor dem afghanischen Parlament Rede und Antwort standen, äußerst angespannt und die Unterzeichnung des bilateralen Sicherheitsabkommens (BSA) unklar. Zu den meist debattierten Punkten gehörte, dass Kriegsverbrechen von US-Soldat*innen nach amerikanischer Jurisdiktion in den USA entschieden werden sollten, die Achtung der islamischen Werte und hiermit im Zusammenhang stehende Hausdurchsuchungen.¹⁴⁶

Da bis zu diesem Datum über Artikel 3 (Hausdurchsuchungen) keine Einigung erzielt worden war, blieb er in der Sitzung unveröffentlicht (verborgen), jedoch lag er der *loya jirga* zur Abstimmung vor (Clark 2013a). Bei der unterschriebenen Ausgabe von September 2014 wurde ausgeführt, unter welchen Umständen die US-Soldaten in afghanische Häuser eindringen können:

„United States forces shall not enter Afghan homes for the purpose of military operations and searches except under extraordinary circumstances involving the urgent risk to life and limb of U.S. nationals. United States forces shall not arrest or imprison Afghan nationals, nor maintain or operate detention facilities in Afghanistan.“ (United States of America and Islamic Republic of Afghanistan 2014: 7)

Die afghanischen Repräsentant*innen waren sich mit Blick auf die unsichere Lage nach dem Abzug der US-Soldaten und dem Erstarken des Islamischen Staates (IS) im Zweitstromland sowie auf die sich bereits verschlechternde Wirtschaft darüber im Klaren, dass sie das Abkommen zur Ratifizierung an den Präsidenten freigeben müssen. Obwohl die *loya jirga* dem Sicherheitsabkommen zugestimmt hatte, weigerte sich Karzai weiterhin, es zu unterzeichnen und legitimierte seine Entscheidung mit der neokolonialen Sendungspolitik der USA. In seiner einstündigen Pressekonferenz zog er historische Parallelen zur Unterzeichnung des Durand-Vertrages durch Abdul Rahman Khan und das britisch-indische Empire im Jahre 1893 und ließ sich auch nach dem ersten Telefongespräch mit Obama nach sieben Monaten über eine *zero option*, wie sie im Irak eintrat, nicht einschüchtern (Ackerman/Roberts 2014; Tolo News 2014a). In einem Interview mit *Le Monde* sagte er zur Ankündigung eines kompletten Abzugs der US-Armee:

„Even if they are real, even it’s not a bluff we are not to be pressured into signing the BSA without our conditions being met. Even if they are serious, the Americans can’t push us into a cor-

146 Auch im Irak führte letztendlich die amerikanische Forderung nach Immunität der US-Soldaten zum Truppenabzug. Nachdem sich das irakische Parlament nach mehreren Monaten im Jahre 2011 unter dem damals regierenden Ministerpräsidenten Nuri al-Maliki weigerte, dem bilateralen Abkommen seine Zustimmung zu erteilen, kündigte Obama am 21. Oktober 2011 den Abzug von 41.000 US-Soldaten für Ende 2011 an und kam seiner Drohung dieser *zero-option* nach, d.h. er zog die amerikanischen Soldaten aus dem Irak ab. Jedoch vereinbarten die US-Regierung und die irakische Regierung, dass 300 US-Soldaten in beratender Funktion wieder im Irak stationiert werden und ihre Immunität vor irakischer Jurisdiktion aufgehoben wird (Baker 2014).

ner. If the USA wants to be our ally, they have to be a respectful ally. They can't exploit us. What I hear these days, and what I've heard before, sounds like classic colonial exploitation. The Afghan's don't bow down, they have defeated in the past colonial powers. They'll accept a respectful relationship, they are [an] honourable people and will treat friends honourably.“ (Bobin 2013)

Nachdem in einem ersten Bericht an den US-Senat im Dezember 2012 der Vorwurf der Folterungen an Inhaftierten im amerikanisch geführten Gefängnis in Bagram erhoben wurde, erfolgte im Dezember 2014 eine weitreichendere de-klassifizierte Version dieses Berichts, der noch mehr Informationen über die Verhörmethoden offenlegte (United States Senate 2014). Karzai nannte die Militärbasis von Bagram aufgrund dieser Zustände „Taliban-making-factory“ (BBC 2014). Rückblickend war es ein politisch gut überlegter Schachzug, dieses Sicherheitsabkommen nicht zu unterzeichnen, da Karzai nach zwei Amtsperioden verfassungsrechtlich nicht zum dritten Mal antreten durfte und die Ratifizierung über die umstrittene Stationierung der US-Truppen seinem Nachfolger überlassen werden konnte. Sein Ziel war es, als standhafter und unbeugsamer politischer Präsident in die Geschichte Afghanistans einzugehen.

Im Interview sah der jüngere und auch reformorientierte *talib* Rasul die neuen Verhandlungen zwischen Afghanistan, Saudi-Arabien, China und Pakistan als positive Entwicklung:

„Mit dem neuen Präsidenten gibt es einen neuen Prozess mit Pakistan, China, Saudi-Arabien. Es ist ein Prozess in den Anfängen, mal sehen, wo es hinführen wird.

Wir wollen, dass es funktioniert und die Afghanen gemeinsam entscheiden. Die Menschen, die außerhalb der Ordnung sind, sollen entscheiden, wie sie gemeinsam leben können. Sie möchten auch ein ruhiges Leben haben.

Ein wichtiger Punkt ist wirklich für mich: Die Taliban sollen den Prozess erlauben. Ich sage das als Vorschlag. Es sollte auch nicht über Vermittler gehen. Es gibt immer zu viele Vermittler, dann dauert es zu lange. Diese Beziehungen sollten enger werden, es sollten auch direkte Verbindungen geben. Die Vermittlungen sollten nicht lang und kompliziert sein.“¹⁴⁷

Um Friedensverhandlungen im Gang zu bringen und Spannungen zwischen Afghanistan und Pakistan abzubauen, gab es auch eine Reihe von kleineren Treffen. So trafen sich der damalige Nationaler Sicherheitsberater Afghanistans, Rangin Dadfar Spanta, und der pakistanische Geheimdienstchef General Ahmed Schuja Pasha unter Vermittlung Chinas in Beijing im Juni 2011, aber ohne nennenswerte Ergebnisse. Ein zweites Treffen mit dem Nachfolger Pashas, General Zaheer-ul-Islam, erfolgte im Juni 2012, welches wiederum ohne relevante Ergebnisse auseinanderging. Hierbei stellte die pakistanische Regierung ihre strategischen Rahmenbedingungen als politische Voraussetzung für die Friedensverhandlungen mit den Taliban vor. Sie forderte, dass die Beziehungen zwischen Indien und Afghanistan, die sich auf diplomatischer, politischer und militärischer Ebene vertieft hatten sowie in wirtschaftlichen und entwicklungspolitischen Projekten weiterentwickelten, eingestellt werden. Nur dann wä-

147 Vgl. Interview Nr. 36, mit Rasul Interview am 28. November 2014 in der Türkei: 260.

re Pakistan bereit gewesen, die Verhandlungen über die Friedensgespräche mit den Taliban zu unterstützen. Es war ein offenes Geheimnis, dass ein Mittel, um für Pakistan „strategische Tiefe“ zu erzielen, die Taliban waren. Ruttig beschreibt in einem Aufsatz die Inhaftierung mehrerer verhandlungsbereiter Taliban, unter ihnen auch der Taliban-Führer, Mullah Abdul Ghani Baradar und weiterer führender Taliban-Kämpfer zu Anfang des Jahres 2010:

„Although Pakistan has officially dropped its ‚strategic depth‘ policy, a future conflict with India remains its number one security concern. As a result, establishing a friendly or even clientelle government in Kabul still ranks high on Pakistan’s agenda, and the Afghan Taliban are considered a core element of this strategy.“ (Ruttig 2010c: 6)

Die afghanische Regierung hatte bereits in Konsultationen mit Großbritannien am Rande der trilateralen Gespräche (Afghanistan, Pakistan und Großbritannien) im Februar 2013 erklärt, dass die Regierung Afghanistans mit der Beteiligung der Taliban an der Macht einverstanden sei. Taliban können, wenn sie die Verfassung Afghanistans akzeptieren, das Amt des Obersten Richters, Ministerien und Gouverneursposten übernehmen. Wenn sie die Verfassung Afghanistans ändern wollten, sollten sie die in der Verfassung festgelegten Mechanismen und Prozesse friedlich durchlaufen. Die afghanische Verfassung hätte ihnen Spielraum für islamische Rechtsprechung gegeben. Im folgenden Abschnitt ist der verfassungsrechtliche Rahmen im Zusammenspiel mit dem Islam gut zusammengefasst:

„Islamic law is an important source of contract law in Afghanistan. In keeping with Article Three of the Constitution, prior to the adoption of commercial laws in Afghanistan, all laws are vetted for compliance with the principles of Islam. Generally, Islamic law asks that valid contracts between parties be enforced and as a result, gives great deference to the right to contract freely, unless Islam specifically prohibits a contract [...].“ (Sugarman et al.: 2011: 148)

Die Taliban ließen sich wegen der ursprünglich bereits für das Frühjahr 2014 geplanten Präsidentschaftswahlen für Friedensverhandlungen mit der Karzai-Regierung Zeit. Die afghanische Regierung entschloss sich jedenfalls, wie bereits an anderer Stelle beschrieben, die Verhandlungen im Juni 2013 abzubrechen, nachdem die Taliban-Delegation die Flagge des afghanischen Emirats in Katar gehisst hatte. Nachdem jedoch die geheimen Verhandlungen mit dem ISI einen Stillstand erreicht hatten, und die Anschläge auf afghanischem Gebiet fortgeführt wurden, entschloss sich die afghanische Regierung, die chinesischen Interessen in der Region für den Friedensprozess zu nutzen. Denn China hatte wegen der Anschläge, bewaffneter Aufstände uigurischer Islamisten und *al-Qaida*-Kämpfer in der Provinz Xinjiang an seiner Grenze zu Afghanistan und Pakistan ein zunehmendes politisches Interesse an einem Frieden in Afghanistan. Hinzu kam der blühende Opiumhandel über die afghanisch-pakistanischen Stammesgebiete nach China, die eine schwer zu kontrollierbare Schmuggelroute sind (UNODC 2016: xii, 149). Auch die wirtschaftlichen Interessen Chinas wurden nun von Präsident Xi Jinping betont und seit Herbst 2013 mit dem Slogan *one belt, one road* der Aufbau eines Infrastruktur-Netzwerkes mit sechs Haupttrouten vorangetrieben (National Development and Reform Commission/Ministry of Foreign Affairs/Ministry of Commerce of the People’s Republic of China 2015). Rashid be-

schreibt die Interessen Chinas im Zusammenhang mit dem afghanischen Versöhnungsprozess folgenderweise: „More than \$100bn [...] will be involved in building the Afghan and Pakistani spurs of the Silk Route. China wants to exploit the mineral deposits of Afghanistan and is prepared to build a railway from Kabul to Xinjiang in China, while similar mammoth schemes are being prepared for Pakistan.“ (Rashid 2014)

Die Überlegung der afghanischen Regierung war, mithilfe des chinesischen Einflusses auf Pakistan die Friedensverhandlungen losgelöst von vorformulierten strategischen Rahmenbedingungen, die nicht im Interesse Afghanistans standen, weiterzuführen. Im Mai 2015 haben sich dann schließlich drei ranghohe und ISI-nahe Taliban-Vertreter, Mullah Abdul Jalil (ehemaliger stellvertretender Außenminister), Mullah Abdul Razaq (*shura*-Vertreter aus Quetta) und Mullah Hassan Rahmani (ehemaliger Gouverneur von Kandahar) mit der afghanischen Friedensdelegation und Vertretern des ISIs in Ürümqi getroffen.

Diese ersten diplomatischen und direkten Verhandlungen wurden jedoch nach einem verheerenden Anschlag am 7. August 2015 in Kabul vor einer leerstehenden Militärschule in Schah Schahid mit 15 ausschließlich zivilen Opfern und 240 Verwundeten beendet (Shakib/Nordland 2015). Ein mit Sprengstoff geladener Lastwagen fuhr zu der militärischen Einrichtung und explodierte, die Druckwelle war in weiten Teilen der Stadt zu spüren, die Detonation hinterließ einen Krater von zehn Meter Tiefe. Am selben Tag folgten zwei weitere Anschläge, ein Selbstmordattentat vor einer Polizeischule und ein Anschlag auf *Camp Integrity*, wo amerikanische *special operation forces* und afghanische Söldner für *private security companies* arbeiteten. Insgesamt kamen an diesem Tag 52 Menschen ums Leben und 316 Menschen wurden verletzt. Die höchsten zivilen Opferzahlen hat der Anschlag auf die Militärschule verursacht, zu dem sich die Taliban nicht bekannten. Das könnte ein Grund dafür sein, warum sich die Taliban nicht zu diesem Anschlag bekannten (Clark 2015). Am 3. August 2015, also nur vier Tage vor den Anschlägen, wurde der Tod Mullah Omars offiziell bestätigt, und sein Nachfolger, Mullah Akhtar Mohammad Mansour, verkündete in einer Radioansprache:

„They have tried a lot through money, through media, through false and corrupt ulama (ullamey su) and other means to weaken the course of jihad and destroy (our) unity. We should not believe in (rumours) of peace talks. ... This jihad will continue for advancing the word of Allah and until there is an Islamic system in the country. ... If there is any fundamental process taking place, it should follow Sharia, and all actions will be taken under Sharia. Whether that is a jihad by sword, or if it (aim of the jihad) could be achieved through talks of through dawah (invitation), all our actions will be in the light of Sharia.“ (Ebd.)

Nach dieser Anschlagsserie kündigte Ghani am 10. August 2015 die Friedensgespräche mit den Taliban und Pakistan auf, plädierte für direkte Angriffe gegen die islamistischen Rückzugsorte in Pakistan und brach auch die Vermittlungsstrategien über die pakistanische Regierung ab (van Bijlert 2016a). Erst bei der fünften *Heart of Asia Conference* im Dezember 2015 in Islamabad wurden die diplomatischen Gespräche mit Pakistan wiederaufgenommen. Daraufhin folgte das erste Treffen der *Quadrilateral Coordination Group* (QCG) am 11. Januar 2016 in Islamabad, wonach abwechselnd in den beiden Hauptstädten weitere Gesprächsrunden folgten am 18. Januar

2016 in Kabul (Embassy of the United States in Kabul 2016), am 6. Februar 2016 in Islamabad und am 23. Februar 2016 wieder in Kabul. Nach der ersten Zusammenkunft gab es folgende gemeinsam von den vier Ländern formulierte optimistische Presseerklärung des *State Departments*:

„All four countries underscored the importance of bringing an end to the conflict in Afghanistan that continues to inflict senseless violence on the Afghan people and also breeds insecurity throughout the region. The participants emphasized the immediate need for direct talks between representatives of the Government of Afghanistan and representatives from Taliban groups in a peace process that aims to preserve Afghanistan’s unity, sovereignty and territorial integrity.“ (U.S. Department of State 2016)

Als Reaktion auf die vierte Runde der Friedensverhandlungen zwischen Afghanistan, Pakistan, China und den USA hat die Taliban über ihren Sprecher, Mohammad Naim, von ihrem offiziellen Büro von Katar aus verkünden lassen, dass sie von keinen Friedensverhandlungen wisse. Naim verwies auf die bereits in Doha im Pugwash-Forschungszentrum vom 23. bis zum 25. Januar 2016 festgelegten Voraussetzungen für Eintrittsverhandlungen zum Frieden.

Das Konferenzdokument beinhaltet 18 Punkte, wovon hier nur kurz die wichtigsten genannt werden: der Abzug der internationalen Truppen, die von den USA in Afghanistan angeführt werden; das politische Büro der Taliban in Katar soll von der afghanischen Regierung als Vertretung des Islamischen Emirats Afghanistans anerkannt werden; die Taliban sollen nicht mehr auf der schwarzen Liste für Terroristen der Vereinten Nationen aufgeführt werden; die Inhaftierung und Vernichtung der Taliban-Kämpfer soll gestoppt und inhaftierte Taliban sollen freigelassen werden; die vergiftende Anti-Taliban-Propaganda solle beendet werden (RFE/RL’s Radio Free Afghanistan 2016; Cotta-Ramusion 2016).

Die afghanische Regierung ging auf diese Forderungen nicht ein und forderte die Taliban auf, zunächst ohne weitere politische Vorbedingungen an den Verhandlungstisch zu treten. Als Antwort der Taliban folgte die harsche Frühjahrsoffensive *omari operations* zu Ehren des verstorbenen Mullah Omars, die eine Welle von Anschlägen nach sich zog und laut UNAMA 600 zivile Opfer und 1.343 Verletzte zur Folge hatte (UNAMA 2016b). Die USA setzten die pakistanische Regierung zunehmend unter Druck, das terroristische Netzwerk der afghanischen Taliban zu zerstören und ihre Anführer zu verfolgen. Um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen, töteten sie am 21. Mai 2016 mit einer Drohne Mullah Mansour, um den Weg zu politischen Friedensverhandlungen – so paradox es erscheinen mag – wieder zu öffnen. Die Taliban veröffentlichten zu Mansours Ermordung folgende Position: „He did not accept anyone’s offers of imposed and fraudulent processes; neither was he scared by threats; his determination remained unshaken by internal and external conspiracies and pressures.“ (Osman 2016) Der Analyst Osman beschreibt Mansour als hervorragend organisierten strategischen Kommandeur, dem es auch gelang, durch eine ethnisch gemischtere Führungsriege aus dem Norden Afghanistans Kunduz im September 2016 für zwei Wochen einzunehmen und in Badachschan für Unruhe zu sorgen (ebd.).

Im Juni 2016 haben die USA die finanzielle Unterstützung für die amerikanischen F-16 Kampffjets in Höhe von 270 Millionen US-Dollar mit der pakistanischen

Regierung aufgekündigt. Nachdem sich Verteidigungsminister Ashton Carter weigerte, dem Kongress zu bestätigen, dass die pakistanische Regierung Schritte eingeleitet hat, um das *Haqqani*-Netzwerk zu bekämpfen, wurden die Hilfsgelder in Höhe von 300 Millionen US-Dollar aus dem *coalition support fund* auch gestrichen (Snow 2016). Zum fünften QCG am 18. Mai 2016 erschien von afghanischer Seite keine offizielle Delegation zum Treffen in Islamabad. Seit August 2016 wurden keine Friedensverhandlungen mehr geführt. Eine Beendigung der Gewalt und die Fortführung der Friedensgespräche ist in weite Ferne gerückt.

*Zusammenfassend kann hier gerade aufgrund der Komplexität der dargestellten Faktoren eines Friedensprozesses festgehalten werden, dass die Taliban weiterhin ein festes ideologisches Rahmenprogramm und eine eigene staatliche Struktur haben, die ihre religiös-orthodoxe Weltanschauung reflektiert und in sich kohärent ist.*¹⁴⁸

Zwei abschließende Interviewzitate sollen das bisher diskutierte politische Spektrum noch einmal verdeutlichen und für sich sprechen lassen. Juwand beispielsweise beantwortete die Frage nach der Reformierung des bestehenden staatlichen Systems in Afghanistan wie folgt:

„But what does real democracy mean? Abraham Lincoln said: The government by the people for the people. People are not abstract and people have their religion, their economic perception. Forgetting their culture and religion. (...) They came on power through their money. In Afghanistan, they took an example from the West. Democracy which was initiated by Zaher Shah failed. They were adopting democracy from the West. It was a western type of democracy. They failed because they did not consider Afghan's religion and culture. Several prime ministers through different constitutions tried to westernize the country. Then the communist regimes were against any kind of authority. They also failed because they ignored people's culture and religion. The media is adopting western culture. The Government of Muslim people for Muslim people.“¹⁴⁹

Diese Aussage verdeutlicht, dass für die Taliban der Islam mit dem Staat untrennbar verbunden ist. Aus der Perspektive der Taliban versuchen der Staat und die Medien, das Land zu verwestlichen, was der afghanischen Kultur, Religion und Lebensweise widerspreche. Rasul wies bereits in politischer Voraussicht auf Folgendes hin:

„Wenn wir sagen, dass der Friedensprozess begonnen hat – der Präsident nach Saudi-Arabien und nach Pakistan reist – diese Verhandlungen können wir nicht innerhalb eines Monats führen. Bis die Regierung ihre Ordnung umgesetzt hat, kann es dauern. Die Menschen sollten nicht enttäuscht sein. Es ist auch ein Prozess der Vertrauensbildung notwendig. Die erste Phase besteht aus Verhandlungen, die zweite aus Vertrauensbildung, die dritte aus regelmäßigen Treffen, die vierte aus politischen Verhandlungen, in der fünften Phase muss gewählt werden. Der

148 Die bisher drei erschienenen Handbücher der Taliban aus den Jahren 2006, 2009 und 2010 setzen zwar unterschiedliche Schwerpunkte für die Taliban-Kämpfer. Jedoch sind sie eine gute Möglichkeit, sich über die Struktur und die terroristische Strategie der Taliban einen Überblick zu verschaffen. Einen guten Überblick bietet der Aufsatz von Johnson und DuPee (2012).

149 Vgl. Interview Nr. 19, mit Juwand in seinem Büro am 1. November 2014 in Kabul: 210f.

Frieden ist ein Prozess. Die Erwartungen der Menschen sind bereits in der letzten Phase. Die Menschen erwarten ja auch, dass der Frieden andauert. Wenn wir ein Haus zerstören, geht das sehr schnell, aber es wieder aufzubauen ist schwierig. Wir wollen auch einen Fortschritt für unsere Menschen. Wir wollen keinen Frieden, der durch Vermittler geschieht. Dieser Frieden bringt nichts. Unsere Menschen brauchen ein ruhiges Leben etc. dies bedeutet Frieden.“¹⁵⁰

Da Frieden ein Prozess ist und die in Afghanistan agierenden internen und externen Exponenten des Konfliktes immerwährend auf den eigenen Sieg setzen, die exogenen Kräfte auch ihre strategischen Interessen durch militärische Operationen für durchsetzbar halten, ist der Beginn der Versöhnung und der Vertrauensbildung ein schwieriger und langer Weg. Hinzu kommt die Tatsache, dass es weitere augenscheinlich unüberwindbare ideologische Differenzen zwischen den etablierten Eliten der Nord-Allianz, den aus dem Westen zurückgekehrten Elitenvertreter*innen, Frauen- und Menschenrechtsorganisationen gibt.

Nach der Transformationstheorie nach Higley und Burton gibt es drei mögliche Wege zur Versöhnung: Erstens zeitnah nach einem Krieg oder länger anhaltenden innerstaatlichen Auseinandersetzungen direkt in Friedensverhandlungen zu treten (*settlement*). Diese Chance wurde nach der Bonn-Konferenz im Dezember 2001 verpasst (Burton/Gunther/Higley 1992: 13-24). Die zweite Option besteht darin, nach einer kolonialen Herrschaft (*colonial opportunities*) über Elitenverbände erfolgreiche Interessenpolitik für die Dekolonialisierung und Unabhängigkeit zu realisieren und durch eine stabile konsensuale Elite einen neuen regierungsfähigen Staat zu erschaffen. Diese zwei Voraussetzungen kann Afghanistan nicht erfüllen, weil das Land unter keiner kolonialen Herrschaft gestanden hat und die Eliten fragmentiert sind.

Die dritte Transformationsform verläuft in einer Konvergenz (*convergences*) zwischen den uneinigen Eliten, die die Prinzipien der *electoral democracy* akzeptieren und innerhalb dieser Institutionen um die Gunst ihrer Wähler*innen mit politisch friedlichen Mitteln werben. Auch diese letztere Variante ist aufgrund der dargelegten Realitäten zumindest von einer der Eliten, den Taliban, nicht zu erwarten. In ihrer orthodox-islamischen Weltanschauung, die sie in ihren politischen Voraussetzungen für den Versöhnungs- und Friedensprozess formulieren, sind sie im Vergleich zu den anderen Elitefraktionen Afghanistans konsequent und zugleich dogmatisch. Komplizierter wird die Situation dadurch, dass die ehemals in Pakistan ansässigen afghanischen Taliban nun in Doha ihren Lebensmittelpunkt aufbauen, von wo aus sie autark ihre politischen Forderungen stellen können. Auch das geopolitische Interesse Pakistans, über die Taliban weiterhin für ihre strategische Tiefe auf politische Entscheidungen, Strategien und regionale Vernetzungen der afghanischen Regierung regulierend Einfluss zu nehmen, ist ein friedenshemmender Grund. Ohne erste Schritte unabhängig von nachbarstaatlichen oder hegemonialen Interessen, kann die Vertrauensbildung zu den Taliban nur unter schlechten Bedingungen und somit auf einem bröckligen Fundament eingeleitet werden.

150 Vgl. Interview Nr. 36, mit Rasul Interview am 28. November 2014 in der Türkei: 261.

7 Die Welt der provinziellen Paradoxien: Mazar-e Sharif und Herat

Die geführten Interviews in Mazar-e Sharif und Herat haben profunde Aussagen zum Präsidialsystem und zum eigentlich mehrheitlich bevorzugten Parlamentarismus ergeben. Die Fragen zur Staatsform hätten auch im Kapitel zu Kabul analysiert werden können, und tatsächlich werden zitierte Elitenvertreter*innen aus Kabul, aber auch aus Mazar-e Sharif und Herat, zum Thema des politischen Systems nochmals zu Wort kommen. Die interviewten Eliten insbesondere aus Mazar-e Sharif und zum Teil auch aus Herat stammen aus dem akademischen Milieu, sind z.B. Dozent*innen für Jura und Politikwissenschaften, und können als Expert*innen definiert werden. Darüber hinaus stellt dieses akademische Milieu eine wichtige Schnittstelle auch zu anderen wichtigen jungen gesellschaftlichen Multiplikatoren dar. Da die Entscheidungen aus dem zentral-organisierten Regierungssystem von Kabul aus, ihre Lebenswelt konkret betrifft, machten sie klarere und direktere Aussagen über mögliche Systemreformen. Ihre Aussagen boten ein größeres und kontextuelles Analysespektrum zur Beantwortung der Frage nach den Konfliktdynamiken. In den zwei folgenden Abschnitten werden die beiden Feldforschungsbedingungen in Mazar-e Sharif und Herat beschrieben, die maßgeblich zum Interviewverlauf beitrugen und sich von den Kabuler Verhältnissen unterschieden.

7.1 DIE MÖGLICHKEITEN DES UMFELDES FÜR DIE EMPIRIE

7.1.1 Mazar-e Sharifs Umfeld

Während der zwei Feldforschungsaufenthalte im November 2014 in Mazar-e Sharif und Herat wurde ich jeweils von zwei einflussreichen Politikerinnen begleitet. In Mazar-e Sharif war eine junge Parlamentarierin an meiner Seite, die aus der Region stammt und über sie lernte ich Eliten kennen, die ich interviewen konnte. Darius und ich waren zu Gast im Haus ihrer Schwester und aus Sicherheitsgründen entschieden wir uns, mit dem landesüblichen Auto der afghanischen Mittelschicht, nämlich einem *Toyota-Corolla*, zu den Interviewterminen zu fahren. Da es in diesen Kreisen üblich ist einen Fahrer zu haben, aber uns die finanziellen Ressourcen fehlten, hat sich ein langjähriger Nachbar der Familie bereiterklärt, uns durch die Stadt zu fahren. So fuh-

ren wir unauffällig in Mazar-e Sharif umher, und ich konnte zum ersten Mal nach 2005 die Sehenswürdigkeiten der Stadt in Ruhe auf mich wirken lassen, am Straßenrand an einem Antiquitätengeschäft die vorbeischlendernden Menschen bei ihren alltäglichen Einkäufen beobachten und in einem öffentlichen Restaurant essen. Im Vergleich zu Kabul war die Sicherheitslage in Mazar-e Sharif im November 2014 entspannter und die Mehrheit der Einwohner*innen wirkte nicht so konservativ wie in Herat oder Kabul.

Als wir an einem Donnerstag in einem Einkaufszentrum mit meiner Begleiterin und Darius umherschlenderten, hörte ich, dass ein Verkäufer einem anderen vorschlug, am nächsten Tag gemeinsam zum Freitagsgebet zu gehen. Der andere entgegnete ihm jedoch, dass er lieber zum *buskaschi*¹ ginge als zum Freitagsgebet in die Moschee, denn er müsse sich etwas die Zeit vertreiben. So offen über eine areligiöse Freizeitbeschäftigung zu reden, wäre in Herat undenkbar und in Kabul nur unter vorgehaltener Hand möglich oder erst nach dem Freitagsgebet denkbar. Diese Offenheit war allgegenwärtig, z.B. aß ein frisch vermähltes Paar in einem Restaurant einen Hamburger und Pommes frites und hielt seine ersten gemeinsamen Momente in Selfies fest. Beide zogen zwar die Aufmerksamkeit aller Restaurantbesucher*innen auf sich, aber gänzlich unbeirrt davon zelebrierten sie ihre Zweisamkeit. Viele Familien aßen gemeinsam in dem neu eröffneten Restaurant und genossen ihr Wochenende. Es gab keinen abgetrennten Raum für Frauen und Familien, so wie es in Kabul und Herat oft der Fall ist. Seit wenigen Jahren ist es nicht mehr verpönt, außerhalb des Hauses zu essen. Früher wurde es im Volksmund als „schmutziges Basaressen“ bezeichnet (Farsi: *basar khuri*) und unterstellt, man habe kein fürsorgliches Zuhause. Nun sind viele städtische Frauen froh, an manchen Tagen von der Last des Kochens befreit zu sein, man geht gemeinsam mit der Familie in einem Restaurant essen oder bestellt sich Essen nach Hause. Damit wird auch der neue Reichtum symbolisiert. Tatsächlich sind viele Frauen berufstätig und wie in westlichen Industrieländern der klassischen dreifachen Belastung des Berufsalltags, der Kindererziehung und des Haushaltes ausgesetzt. Doch ein Auffangnetz innerhalb eines Drei-Generationen-Haushaltes kann diese neuen sozialen Entwicklungen abdämpfen und insbesondere Frauen eine neue ökonomische Vorreiterrolle bieten. Aufgrund der ökonomischen Lage – mehrere Personen, auch Frauen, müssen heute für das Haushaltseinkommen sorgen – werden die sozialen Strukturen flexibler.

Tatsächlich ist das einst verpönte Basaressen nun sauberer, denn mit der verbesserten Stromversorgung, zumindest in vielen größeren Städten, kann auch das Essen gekühlt werden. Es gehört nun zum neuen Lebensstil, Pizza und Hamburger zu essen

1 Bei diesem Spiel, das eher im Norden Afghanistans gespielt wird, müssen die Reiter ein für diesen Zweck geschlachtetes, in einem speziellen Verfahren vorbereitetes Kalb vom Boden aufheben und um das Spielfeld galoppieren. Wenn der Reiter den vorgesehenen Kreis erreicht hat, dann kann er das Kalbsfell in den Kreis werfen. Die Spieler sind auf sich allein gestellt und jeder versucht, das Aufheben und das Transportieren des Kalbes durch die Mitspieler zu verhindern, um es selbst zu bewerkstelligen. Die symbolische Kraft dieses Spiels und ihre Parallelen zur afghanischen Politik hat Azoy untersucht (Azoy 2013; Azoy 2003). Entgegen einer weit verbreiteten Legende handelt es tatsächlich um ein Kalbsfell und nicht um ein Ziegen- oder Schafsfell.

und sich anschließend einen Pulverkaffee zu bestellen. Die landesweit bekannte Gastfreundschaft der Menschen aus dem Norden Afghanistans wurde bei allen Treffen mehr als übertroffen und wurde ohne jegliche Gegenleistung und unabhängig von der ethnischen Zugehörigkeit gewährt. Die Regel des bereits erklärten höflichen Bittens (Farsi: *t'ārof*) wird im nördlichen Teil des Landes kaum praktiziert, da die Gastfreundschaft außerordentlich genuin ist. Im Gegenzug sorgt der direkte Umgang der Menschen aus Nord-Afghanistan bei Afghan*innen aus anderen Landesteilen für Irritationen, weil die Sie-Form und andere Höflichkeitsphrasen ausgelassen werden. In Herat hingegen ist das Gegenteil der Fall, so dass die Höflichkeiten ein Ausmaß annehmen können, dass es dem Gegenüber schwermacht, adäquat zu reagieren.

7.1.2 Herats Umfeld

In Herat begleitete mich meine jüngste Tante Jahantab Taheri.² Als Provinzratsabgeordnete ist sie stadtbekannt, sie wurde bereits dreimal in den Provinzrat gewählt. Auch mit ihr bin ich in einem *Toyota-Corolla* durch Herat gefahren, um meine Interviewpartner*innen zu treffen. Gelegentlich fuhr sie selbst, was in der afghanischen Gesellschaft immer noch für Erstaunen sorgt. Da sie es sich aber zeitlich nicht leisten kann, ihre beruflichen Termine nach dem Terminkalender ihrer männlichen Verwandtschaft zu richten, damit diese sie begleiten und das Steuer übernehmen, fährt sie oft selbst durch die Stadt oder in die Dörfer zu ihrer Wählerschaft.

Generell war es mir in Herat nicht möglich, mich frei zu bewegen, da ich nie bereit war, eine Burka oder, wie in Herat üblich, einen geblühten oder gepunkteten schwarzen *tdschaador* zu tragen. Sogar Frauen mit Burka oder *tdschaador* sind alltäglich sexuellen Anspielungen, Übergriffen und der Gefahr von Entführungen ausgesetzt, so waren im November 2014 wenige Frauen in der Öffentlichkeit zu sehen. Sogar im neu gebauten Basar der Frauen (Farsi: *baasaar-e khanum-ha*) gab es wenige Kundinnen. In Herat fürchtet sich die Bevölkerung vor der organisierten Kriminalität und marodierenden Jugendgangs (Kazemi 2014; Sappenfield/Gopal 2008).

Herats Sicherheitssituation hat sich seit 2007 rapide verschlechtert und viele bringen diese Entwicklung bereits mit dem Ende der Regierungsära Ismael Khans als Gouverneur der Provinz 2004 in Verbindung. Um 2004 begann Karzai, andere lokale Opponenten, wie beispielweise den Kleriker Maulavi Khodadad aus Obeh oder Amanullah Khan militärisch und finanziell zu unterstützen.³ Der Paschtune Maulavi Khodadad ist einer der führenden Kleriker Herats und sein Zerwürfnis mit Ismael Khan geht auf die Zeit von 1992 bis 1995 zurück, der ersten Amtszeit von Ismael Khan. Es war die Zeit der *Jamiatis* unter Präsidenten Rabbani. Khodadad war noch Leiter des Religiösen Rates in der Provinz Herat und schon damals weigerte sich

2 Meine Tante väterlicherseits, Jahantab Taheri, ist bereits dreimal in den Provinzrat gewählt worden (2005, 2009, 2014). Da sie als unkorruptierbare Politikerin gilt, war es besonders interessant, mit ihr Informant*innen zu interviewen. Sie hat mir auch viele Hintergrundinformationen geben können.

3 Das Verhältnis zwischen Khan und der Regierung in Kabul sowie die Abläufe seiner Absetzung bzw. Umsetzung zum Minister werden genauer im Kapitel 7.2.5 *Ethnonationalismus versus afghanische Nation* beschrieben.

Khan, den Klerikern mehr politischen Einfluss zu gewähren. Er bot ihnen lediglich in der Judikative einige Plätze an und räumte ihnen die Möglichkeit ein, bei der Besetzung von administrativen Posten mitzuzuscheiden (Giustozzi 2009: 273). Als nach der erneuten Machtübernahme Ismael Khans im März 2002 die beiden erneut zu keiner Einigung kamen, musste Maulavi Khodadad im März 2004 aus Herat fliehen. Wegen der unterschiedlichen ethnischen Zugehörigkeiten der beiden wurde der Machtkampf um Herat meist als ethnopolitisch motiviert interpretiert.

Giustozzi jedoch betont, dass es sich um einen rein politischen Machtkampf zwischen Ismael Khan und Maulavi Khodadad handelte. Der autokratische Regierungsstil Ismael Khans sah keine Beteiligung anderer lokaler Machthaber vor. Aus diesem Grund konnte sich der Emir nach dem Frühjahr 2004 auch nicht mehr auf den Rückhalt der religiösen Gelehrten in einer überwiegend sehr religiösen Gesellschaft berufen (Giustozzi 2009: 273f). Es gab noch einen zweiten kriegesischen Widersacher Khans in Herat, nämlich Amanullah Khan aus dem Bezirk Shindand. Giustozzi geht detaillierter auf die paschtunische Opposition unter Amanullah Khan ein, der es schaffte, von 2002 bis 2004 mehrmals Angriffe Ismael Khans zurückzuschlagen und auch eine engere Verbindung zur Zentralregierung nach Kabul zu etablieren.

„His mere ability to survive politically and militarily turned out to be sufficient to attract the support of disgruntled Pashtuns throughout the province and beyond it. Hundreds of Pashtuns from Ghuryan and other districts joined his ranks and at the decisive moment he succeeded in mobilising support through tribal networks from southern strongmen like Gul Agha Shirzai.“ (Ebd.: 278)

Bis September 2004 akzeptierten die Amerikaner Ismael Khan als Gouverneur, um regionales Chaos zu meiden, dann aber kam die Wende:

„The American’s growing worries about Iran’s influence over Ismail Khan and in Afghanistan as a whole might have been a key factor in changing their attitude to him, whose few allies could not do much to help Khan. It came as no surprise therefore that in August 2004 Afghan National Army troops, backed by US air power, intervened to freeze the situation on the ground in terms of favourable to Amanullah Khan.“ (Ebd.: 262)

Ismael Khan willigte aufgrund seiner geschwächten Position ein, als Minister für Wasser und Energie nach Kabul versetzt zu werden.⁴ Es soll hier nur kurz erwähnt werden, dass seit Ismael Khans Versetzung bis einschließlich 2017 insgesamt sechs Gouverneure kurzzeitig amtierten. Diese Gouverneure wurden als Außenseiter betrachtet, weshalb sie für ihn, für seine Protegés und für die Patronage-Verhältnisse zur Gefahr wurden (Kazemi 2017). Auf Ismael Khan folgte der ehemalige afghanische Botschafter im Iran, Sayyed Muhammad Khairkhan. Bewusst setzte Karzai einen Politiker aus einer mit Khans Flügel zerstrittenen Fraktion der *Jamiat-e Islami* ein. Mit dieser Besetzung versuchte Karzai, eine politische Sabotage durch die An-

4 Die Umstände der Ermordung des Sohnes von Ismael Khans werden im Kapitel 7.2.5 *Ethnonationalismus versus afghanische Nation* im Kontext der ethnonationalen Implikationen durchleuchtet.

hängerschaft des Vorgängers zu vermeiden. Bereits am Abend der Versetzung Khans jedoch, am 11. September 2004, gingen etwa 1.000 seiner Anhänger und ehemalige *mujaheddin* auf die Straße, am nächsten Tag setzten sie sogar das Gebäude der UNAMA und der UNHCR in Brand. Das Gebäude symbolisierte für sie eher die Interessenvertretung der USA und nicht der gesamten internationalen Gemeinschaft (Synovitz 2004; Gall 2004b).

Khairkhal, dem es nicht gelang, die Sicherheit in Herat gegen Khans Anhänger*innen herzustellen, wurde bereits im Juni 2005 durch einen schiitischen Hasara aus der Provinz Parwan ersetzt. Sayyed Hussain Anwari wurde wiederum von einer mehrheitlich sunnitischen Elite und Bevölkerung nicht willkommen geheißen. Die sunnitischen Heratis fürchteten die Rückkehr der schiitisch-afghanischen Diaspora aus dem Iran, einen Kampf um den vorhandenen Lebensraum und eine soziokulturelle Marginalisierung (Leslie 2015: 8f). Zudem hatte Anwari, der ursprünglich aus der Provinz Parwan stammte, in den Bau von Wohnungen im Viertel Mahalla-Baba-Haji und in Jebraail investiert. Er blieb trotz der Widerstände seitens der sunnitischen Bevölkerung bis 2009 Gouverneur.

„Like other provinces across Afghanistan, Herat’s security was deteriorating by 2009. One reason was that Ismail Khan, angry about being removed from his home area and not mollified by his promotion to the cabinet, used local allies such as Commander Ghulam Yahya Akbari Siawushani to undermine security in Herat province.“ (Kazemi 2017)

Anwaris Nachfolger wurde Ahmad Yusuf Nuristani, der zuvor Minister für Bewässerung und Umwelt (2002-2004) und dann stellvertretender Verteidigungsminister (2005-2008) war. Kazemi bezeichnet ihn als Technokraten, der als Anhänger des Königs später Karzais Vertrauen gewann. Jedoch konnte sich Nuristani nur für ein Jahr bis 2010 an der Macht halten und wurde dann von Daud Shah Saba ersetzt. Saba, ein afghanisch-kanadischer Geologe, unternahm den Versuch, die Verwaltung transparenter zu gestalten und zu reformieren. Besonders Ismael Khans Klientel sah sich bedroht, darunter der amtierende Bürgermeister Muhammad Salim Taraki, dessen Unterstützer Ismael Khan war. Im Juni 2013 entschied sich Daud Shah Saba, von seinem Amt als Gouverneur zurückzutreten, weil es ihm nicht gelungen war, die unterschiedlichen politischen Fraktionen der Provinz und die Bevölkerung für sich zu gewinnen. Foschini beschreibt die politische Gemengelage um Saba, die ihn letztendlich zum Rücktritt bewegte, wie folgt:

„Among the various networks that constitute the political landscape in Herat, he could have been expected to receive support by secular, Pashtun-oriented networks like that depending on Humayun Azizi, the Minister for Parliamentary Affairs, or the Afghan Millat party. Azizi however, staunch Karzai loyalist, seemed not to get along very well with the governor. Nor was Afghan Millat particularly interested in aligning with him. In fact, as a ‚Pashtun light‘, as some in Herat jokingly referred to him, Saba could not apply for support from what is often considered the long hand of the Pashtun chauvinist faction of the central government in ethnically mixed areas [...]. The support he received from Herat National Security Advisor, Rangin Dadfar Spanta, was more effective in the milieu of Kabul than in Herat itself. In Herat, the governor could as of late count on some degree of cooperation from the head of the Ulama Council,

Mawlawi Khodaïdad, more out of their common hostility to Ismael Khan than because of any ideological proximity.“ (Foschini 2013)

Auch Saba scheiterte an den Patronage-Klientel-Netzwerken, die Ismael Khan gewogen waren und die ihre Positionen in Politik und Wirtschaft in Gefahr sahen. Des Weiteren zitiert Foschini den Ingenieur Nur Ahmad Barez, den *Leiter des Rates für soziale Zusammengehörigkeit*, der den Führungs- und Regierungsstil des afghanisch-kanadischen Technokraten Saba für Herat als unpassend beschrieb. Denn der neue Gouverneur ging früh zu Bett und stand spät auf, verbrachte seiner Ansicht nach zu viel Zeit auf seinem gesicherten Gelände. Im Vergleich zu ihm sei Ismael Khan, wenn es notwendig war, sogar ins 100 Kilometer östlich gelegene Obbeh gefahren und erst um 2 Uhr morgens zurückgekehrt (Foschini 2013). Obbeh ist der überwiegend von Paschtun*innen bewohnte Bezirk, aus dem Maulawi Khodaïdad stammt, mit dem Ismael Khan überworfen hatte. Nach Ansicht des zitierten Ingenieurs war Khan offensichtlich um ein gutes Verhältnis mit den dort ansässigen politischen Repräsentanten bemüht.

Auch in einer anderen Sache lagen die Sympathien der Bevölkerung bei Ismael Khan. Nach einem dubiosen Wahlablauf um dem Posten des Leiters des Provinzrates kam es im ersten Wahlgang zwischen Dr. Abdul Zahir Faizzada, einem nun Abtrünnigen aus dem politischen Lager Ismael Khans, und einem jüngeren Protegé, Sayed Wahid Qatali, zu einem Patt. Der Wahlgang wurde im IDLG in Kabul wiederholt, jedoch waren lediglich zwölf von insgesamt 19 Mitgliedern des Rates anwesend. Qatali wurde einstimmig zum Leiter des Rates gewählt (Zaheer 2013). Saba weigerte sich, den neuen Leiter des Provinzrates als legitimen Nachfolger zu akzeptieren, nachdem dieser aus Kabul zurückgekehrt war. Unter dem politischen Druck der Anhänger*innen Ismael Khans und wegen ausbleibender Unterstützung anderer politischer Akteure trat auch Saba im Juni 2013 zurück. Eine afghanische Nachrichtengattung zitierte seine Rücktrittsrede vom 27. Juni 2013: „He said **former jihadi** figures, commanders and the IDLG had been creating hurdles to Saba to force him into resigning.“ (Stanikzai 2013, Herv. i. O.)

Sein Nachfolger Fazlullah Wahidi aus Nangahar, früherer Gouverneur der umkämpften Provinz Kunar, wurde gemeinsam mit anderen Regierungsangestellten kurz nach der Amtsübernahme Ghanis im Dezember 2014 abgesetzt. Im Interview mit mir am 19. November 2014 sprach Wahidi darüber, dass viele in der Bevölkerung seine Außenseiter-Rolle befürworteten, andere ihm wiederum aus diesem Grund keine großen Chancen eingeräumt hätten. Im April 2015 folgte ihm Muhammad Asef Rahimi, der in den USA Öffentliche Verwaltung und Management studiert hat und vorher Minister für Agrarwirtschaft war, als neuer Gouverneur Herats. Er wird als weniger kontrovers beschrieben, hat sich weder mit den beiden Repräsentanten der NUG noch mit Ismael Khan politisch überworfen und kann sich auf diese Weise an der Macht halten (Kazemi 2017).

Ismael Khan war es während seiner Amtszeit als Gouverneur gelungen, als Mezzanine-Herrscher unterschiedlichen gesellschaftlichen Akteur*innen und Opponenten bis Sommer 2004 die Stirn zu bieten und gleichzeitig einem Teil der religiös-konservativen Bevölkerung gerecht zu werden. Dies gelang ihm solange, wie die Renten-

einnahmen zu seinen Gunsten flossen⁵, mit denen er seine Klientel versorgte, wie er der Stadt zu größerem Wohlstand verhalf, rigide regierte und seine regelmäßig bezahlten Milizen die Sicherheit garantieren konnten. Ismael Khans Nachfolgern ist es bisher nicht gelungen, die unterschiedlichen lokalen Machthaber (*strongmen*) auszubalancieren, weshalb sich die Sicherheitssituation von Jahr zu Jahr verschlechterte und durch organisierte Kriminalität und von innen- sowie außenpolitischen Akteuren wurde die Verwaltung unterwandert. Die einst sichere Provinz Herat war aus diesem Grund für mich als Forscherin nicht mehr wie in den ersten Jahren nach 2001 gefahrlos zu bereisen.

Bei unseren wenigen Ausflügen in die Stadt zog meine Tante auch nur einen längeren Mantel und ein Kopftuch an, sie glich sich also meinem Verschleierungsgrad an, damit ich nicht zu sehr auffiel. Dies war beim Einkaufen von Nachteil, da wir für wohlhabende Frauen aus Kabul gehalten wurden und die Preise in die Höhe schnellten. Nach einigen Tagen reduzierten wir unsere gemeinsamen Ausflüge, da ich mit meiner Tante schnell als die Tochter des ehemaligen Außenministers assoziiert werden konnte und mich entschied, dass Haus nur noch für die Interviewtermine zu verlassen.

Im nachfolgenden Kapitel werden drei Themenbereiche, welche die Eliten in Kabul und in den zwei Provinzhauptstädten Mazar-e Sharif und Herat formuliert haben, miteinander kontrastiert und diskutiert. Diese Themenbereiche müssen natürlich auch auf den halbstandardisierten bzw. nicht-standardisierten Fragebogen zurückgeführt werden, mit dem auch beabsichtigt war, die Ansichten zu speziellen Themenbereichen, wie dem politischen System aus Sicht der verschiedensten Elitefraktionen und -milieus, zu erfragen.

Folgendes Kapitel wird tiefere Einblicke in die unabhängigen Variablen eines dezentralen, zentralen, parlamentarischen oder präsidentiellen Systems geben und Orientierungen für die Systematisierung der abhängigen Variablen zu den verschiedenen Elitevariationen bieten. Die bereits theoretischen Annahmen, dass innerhalb eines präsidentiellen Systems der systematische Klientelismus mit einem für den Neopatrimonialismus typischen kaskadischen *top-down*-System verwebt ist, wird anhand der Elitenaussagen profunder analysiert und auf der System- und Lebensweltebene als Wechselwirkung zwischen der Hauptstadt und den beiden Provinzen durchleuchtet.

7.2 MEZZANINE-HERRSCHAFTEN INNERHALB EINES PRÄSIDIALSYSTEMS IN MAZAR-E SHARIF UND HERAT

Die Entscheidung für ein präsidentielles System fiel nach 22 Tagen Beratung und wurde von der verfassungsgebenden *loya jirga* am 4. Januar 2004 von 502 Delegierten unter umstrittenen Umständen verabschiedet. Das Abstimmungsverfahren, die

5 Im Unterkapitel 7.2.5 *Ethnonationalismus versus afghanische Nation* beschreibe ich, wie die Renteneinnahmen Ismael Khans von Kabul aus abgeschnitten wurden, ihm letztendlich nicht mehr zufließen und ihm somit die finanziellen Mittel für seine Regierungsführung fehlten.

Art und Weise, wie die Verfassung erarbeitet worden war, und die Tatsache, dass insgesamt 200 Delegierte die Abstimmung boykottierten, führten zu einem fragwürdigen Abstimmungsergebnis. Larson bezeichnet das politische System Afghanistans jedoch als eine Mischung eines präsidentiellen und eines parlamentarischen Systems (Larson 2009). Aufgrund der Befugnisse des Parlamentes, der subnationalen Reformen und der verfassungsrechtlich noch zu verankernden Rolle einer*s Premierministerin*s könne das Regierungssystem als ein schwächeres Präsidentsystem definiert werden.⁶ Im Laufe des Unterkapitels wird sich auch herausstellen, wie Larson zu dieser präziseren Beschreibung kommt. Aufgrund steigenden internationalen Drucks wurden alle Delegierte, wovon 20 Prozent Frauen waren (89 Frauen und 411 Männer), am 4. Januar 2004 gebeten, zwei Minuten aufzustehen und somit ihre Zustimmung für die neue Verfassung mit einem Präsidentsystem zu signalisieren (Ruttig 2014b; Grenfell 2004: 23).

Der Report der ICG hält fest, dass die Verfassungskommission (*Constitutional Review Commission*) ursprünglich einen Entwurf erarbeitet hatte, in dem ein*e starke*r Präsident*in, ein*e Premierminister*in, die Nationalversammlung bestehend aus zwei Kammern und ein Verfassungsgericht das politische System bilden sollten. Die *Constitutional Review Commission* war in ein säkulares und in religiöses Lager geteilt. Thier schreibt, dass es insgesamt zwei Entwürfe gab, hinzu kam eine dritte, von einem ausländischen Berater überarbeitete Version (Thier 2006/2007). Aus Thiers Aufsatz geht deutlich hervor, dass die Rolle einer*s Premierministerin*s der als liberalsten und hoffnungsträchtigsten bezeichneten Verfassung unter Zahir Schah im Jahre 1964 entnommen war (ebd.: 560). Hamid Karzai sagte am Abend vor der Abstimmung, dass er sich bei einer Entscheidung für ein parlamentarisches System nicht zur Wiederwahl stellen würde (International Crisis Group 2003: 3; Reuters 2003). In dieser ersten Verfassungsversion hätte die*der Präsident*in bereits weitreichende Kompetenzen gehabt; beispielsweise hätte sie*er die*den Premierminister*in ernannt, darüber hinaus die Richter*innen des Obersten Gerichts und der Verfassungsgerichte sowie ein Drittel des Oberhauses (Paschto: *meshrano jirga*) ernennen können. Jedoch wäre die Exekutive von der*dem Premierminister*in angeführt worden und seine Aufgabe wäre es gewesen, Gesetze durchzusetzen, die nationalen Interessen und die Souveränität Afghanistans zu wahren, die finanziellen Angelegenheiten zu regeln und am Ende eines jeden Fiskaljahres bei der Nationalversammlung über die Ausgaben Bericht zu erstatten. Weiter schreibt der ICG-Report über die ursprüngliche Verfassungsversion und die vorgesehenen Handlungskompetenzen der Gerichte:

„Apart from dividing executive authority between the president and the prime minister, the draft also vested considerable authority in the constitutional court, whose nine members were tasked with considering conformity of laws, legislative decrees and international treaties with the constitution; interpreting the constitution, laws and legislative decrees; investigating reports

6 Vor der Bildung der Nationalen Einheitsregierung im September 2014 vereinbarten die Kontrahenten, die Position eines Premierministers innerhalb von zwei Jahren einzurichten. Das ist bis jetzt nicht geschehen und wird weiter unten ausführlicher beschrieben.

of offences during elections; and providing legal and judicial advice on issues related to the constitution to the president.“ (International Crisis Group 2003: 3)

Dieser Entwurf der *Constitutional Review Commission* vom 3. November 2003 wurde jedoch an den zwei entscheidenden Stellen der Gewaltenteilung, nämlich der Position einer*s Premierministers*in und der Verfassungsgerichte, verworfen und durch ein stark präsidentielles System ersetzt. Nachfolgend werden zwei längere unterschiedliche Positionen einer Kabuler Elitenvertreterin und eines -vertreterers zitiert und anschließend analysiert, um sowohl die Perspektive wichtiger Elitenvertreter*innen aus dem Machtzentrum als auch aus den Provinzen darzustellen.

Auf die Frage, warum sich die Nationalversammlung für das Präsidialsystem entschied, beschrieb die bereits in der Arbeit mehrfach zitierte Menschenrechtlerin Tamanaa die damalige Situation vor der Abstimmung am 1. Januar 2004, die von mehr als 200 Delegierten blockiert wurde, wie folgt:

„Der wichtigste Grund hierfür ist, dass die Person, die die Interessen Amerikas hier vertrat, Khalilzad⁷ war. Er war auch derjenige, der für ein präsidentielles System war. Er hat das System koordiniert. Ein anderer Grund war, dass entgegen der Regelung einfach weitere Leute in den Kreis der *loya jirga* aufgenommen worden sind. Beispielsweise drangen Asadullah Khaled, der damals der Provinzgouverneur von Ghazni war, Haji Din Mohammad der Provinzgouverneur von Nangahar, und ein paar andere Leute, die besonders gewalttätige Dinge verbrochen hatten, verfassungswidrig in den Kreis der verfassungsgebenden *loya jirga* ein. Die dann auch noch propagierten, welches System gut sei, sie propagierten, dass es gut sei, die Macht in der Hand eines Paschtunen zu haben. Denn die Menschen Afghanistans glauben immer noch, dass der Präsident Paschtune, der erste Vizepräsident Tadschike, der zweite Vizepräsident Hasara sein soll. Zu diesem Punkt gab es sehr viele Diskussionen; zur Stammeszugehörigkeit. Abends sahen sie die Repräsentanten und haben ihnen Geld bezahlt. Sie haben das Thema der Stammeszugehörigkeit angesprochen.

Am nächsten Morgen, bevor die Wahlen stattfinden sollten, bat mich der kanadische General zum gemeinsamen Essen, es wurde vereinbart, dass eine Urne aufgestellt wird und abgestimmt wird. Wenn dann Menschen, gegen das präsidentielle System abstimmen, dann muss die Veränderung verfolgt werden. Ich war gezwungen mit denen gemeinsam zu essen und er hat mich gefragt: ‚Wie war die Situation?‘ Ich habe geantwortet, dass die Situation nicht gut war. – ‚Warum nicht?‘ – Es war keine gute Situation. Ich kam aus der *jirga*. Wenn Sie sich dort nicht eingemischt hätten, wären die Menschen, die für ein parlamentarisches System abstimmen wollten, in der Mehrheit gewesen. Sie haben für Auseinandersetzungen gesorgt und die Versammlung durcheinandergebracht. (...) Sie haben die Berater des Präsidenten zu den Stammesangehörigen gezogen, damit sie mit ihm arbeiten oder um ein paar von ihnen zu kaufen. Danach

7 Zalmay Khalilzad war von November 2003 bis Juni 2005 der US-Botschafter in Afghanistan, davor war er vom 31. Dezember 2001 bis November 2003 Bushs Sonderbeauftragter für Afghanistan gewesen. Schmeidel beschreibt in ihrem Aufsatz, wie sehr er bereits in seiner engen Beziehung zu Karzai bei der *Emergency Loya jirga* im Juni 2002 seinen Einfluss für ein starkes Präsidialsystem geltend machte und für Zahir Schah lediglich eine repräsentative Rolle innerhalb des afghanischen Regierungssystems sah (Schmeidel 2016: 581ff).

wurden auch die Stimmen nicht mehr gezählt, auch nicht Stimmen, die von den Personen abgegeben worden sind. Aus diesem Grund wurde das präsidentielle System anerkannt und ich bin sehr sauer geworden.“⁸

Aus dieser längeren Beschreibung geht hervor, dass eine Stimmenauszählung gar nicht durchgeführt wurde, da das Ergebnis nicht zugunsten eines präsidentiellen Systems ausgefallen wäre. Die *ad hoc* durchgeführte Befragung aller Anwesenden in der CLJ war eine fragwürdige Methode, um die Verfassung durch die anwesenden Delegierten zu legitimieren. Auch ein Bericht des AAN zitiert Interviews mit Mitgliedern der *loya jirga*, die berichteten, wie hoch der Preis für eine Stimmenabgabe war:

„To get the unorganised Pashtun delegates in line to support the presidential system, Karzai’s main allies in the assembly – his brother Qayyum, finance minister Ashraf Ghani, rural development minister Hanif Atmar, and (former mujahedin leader, Abdul Rabb Rasul) Sayyaf played the ethnic card, capitalising on the deep mistrust many Pashtuns have for the northern Alliance *mujahedin* who had denounced them to US forces as ‚Taleban‘. In cases where this pressure was not sufficient, promises and small gifts were added. ‚Look how many delegates now have brandish new mobile phones‘, Waqif Hakimi, another Jamiati, quipped. ‚Do you think they had them before?‘ A vote in the *loya jirga* costs around 300 dollars, a UN staff member told me, and political leaders who were able to deliver a whole group of delegates seen receive 5,000 dollars. Kabul’s former mayor, Fazl Karim Aimaq, also a Jamiati, said he and his friends had been threatened: after the *loya jirga*, he was told, they would be ‚taken care off‘ if they continued to support a parliamentary system.“ (Ruttig 2014b)

Die Atmosphäre war von einem enormen Zeitdruck geprägt, die Verfassung musste schnell durch die *loya jirga* legitimiert und Präsidentschaftswahlen organisiert werden. Wie sich nun seit den Präsidentschaftswahlen im September 2014 gezeigt hat, war der erste ursprüngliche Entwurf mit einer*m Premierminister*in für die vorherrschenden politischen Verhältnisse Afghanistans vorausschauend. Warum gerade ein präsidentielles System forciert wurde, schreibt Thier in deutlicheren Worten:

„The three entities controlling the transition in Afghanistan – President Karzai and his supporters, the U.N., and the U.S. – all are invested in consolidating the power of President Karzai; and the U.N. and the U.S. are interested in developing their relations with Afghanistan by working with a unitary, trusted entity.“ (Thier 2006/2007: 573)

Diese personifizierte Entität, Karzai, wurde, wie bereits im Unterkapitel zu den Taliban (Kap. 6.5.3 *Narrative und Dynamiken der Freund-Feind-Rhetorik*) analysiert, der amerikanischen Administration zum Verhängnis. Der Verfassungsentwurf, der eine*n Premierminister*in vorsah, also eine Machtteilung zwischen einer*m Präsident*in und einer*m Premierminister*in, war in gewisser Hinsicht vorausblickend. Bei der Präsidentschaftswahl 2014, als nach der Stimmenauszählung der Stichwahl ein gewaltsamer Aufstand auszubrechen drohte – es gab bereits viele aufgeladene

8 Vgl. Interview Nr. 1, Tamanaa im Wohnzimmer des Lebensraumes meines Vaters am 1. April 2013 in Kabul: 13.

Demonstrationen von Abdullahs Anhänger*innen (Allen 2014) –, war die Etablierung des Postens des Premierministers und einer Nationalen Einheitsregierung die Kompromisslösung.

Während der Stimmenauszählung veröffentlichte das Wahlteam Abdullahs Telefonmitschnitte, aus denen hervorgehen sollte, dass der paschtunische Generalsekretär der IEC, Zia ul-Haq Amarkhel, in einer Codesprache Anweisungen für Wahlfälschungen bis in die Provinzen hineingegeben hatte. Wahlurnen sollten mit Wahlzetteln für den Kandidaten Ghani gefüllt werden, in einem Wahlbüro im Nordosten des Landes sollten die tadschikischen Mitarbeiter durch Usbek*innen und Paschtun*innen ersetzt werden (Graham-Harrison/Amiri 2014). In diesem Fall hätten auch usbekische Wahlkommissare eingesetzt werden können, denn Ghani hat den usbekischen Milizenführer Dostum⁹ als Vizepräsidenten aus wahlpolitischen Gründen mit in sein Team genommen, um mehr Stimmen aus dem Norden und Nordwesten zu erhalten. Dies sind die Gebiete, in denen sein Kontrahent Abdullah aufgrund seiner Vergangenheit als Mitglied der *Jamiat-e Islami* großen Rückhalt genießt und sogar ein weiterer Opponent Dostums, Atta Noor, der mächtige Gouverneur Mazar-e Sharifs unterstützte ihn.

Die AAN hat die Telefonaufnahmen untersucht und sie zweifeln die Authentizität der Mitschnitte an (Clark 2014), aber die *New York Times* schreibt, dass westliche und afghanische Offizielle bestätigen, dass diese Telefonate von direkten Überwachungen aufgenommen worden sind und authentisch seien (Gall 2014). In den von mir geführten Interviews im November 2014 gab es Karzai-nahe Interviewpartner, die offen zugaben, dass besonders viele Stimmen zugunsten von Ghani gefälscht worden sind. Auch verweist ein Wahlbeobachter der UNDP darauf, dass Abdullah nach dem ersten Wahlgang 1 Millionen Stimmen mehr hatte als Ghani und nach der Stichwahl 1 Millionen Stimmen weniger als sein Kontrahent (Murray 2014). Zwei meiner Interviewpartner*innen fragten mich auch, wie es möglich sei, mehr Stimmen zu bekommen als es Wahlberechtigte gibt. Schon im Vorfeld der Wahlen hatten viele Beobachter*innen gefordert, Lehren aus den vorangegangenen Wahlen z.B. bei der Registrierung der Wähler*innen zu ziehen. Einer der Kritiker der Wahlkarten war der bereits zitierte Parwis, der mich im Interview vor den Präsidentschaftswahlen warnte:

„Ich habe gerade erwähnt, dass derjenige meiner Wahlhelfer, der die Nachrichten im Fernsehen verfolgt- Er hat das Interview mit Herrn Karzai bei *Al-Jazeera* gesehen und ein Interview in einer deutschen Zeitung gelesen, dass er Mullah Omar eingeladen hätte, an den Wahlen teilzunehmen. Sehen wir, wo das Problem liegt. Wir sind Repräsentanten und koalieren mit 22 Parteien und wir sind mit politischer Transparenz zu Herrn Karzai gegangen. Ich gebe ihnen ein Beispiel. Wir haben auch unsere Forderungen zusammengeschrieben.

9 General Abdul Rashid Dostum ist für viele usbekische Afghan*innen weiterhin ein Nationalheld und eine Führungsfigur, für andere Afghan*innen dagegen ein Kriegsverbrecher, der je nach politischer Lage während des afghanischen Bürgerkrieges die Seiten wechselte. Als Ghani den Milizenführer als ersten Vizepräsidenten vorschlug, wurde innenpolitisch Kritik laut. Als Reaktion darauf entschuldigte sich Dostum als einer der ersten afghanischen Kriegsherren für seine begangenen Kriegsverbrechen (Bezhan 2013c; Clark 2013b).

Ich respektiere Herrn Karzai, ich respektiere ihn, aber er ist ein merkwürdiger Mensch. Wir haben diese 22 Parteien des Landes mit ihren politischen Unterschieden zusammengebracht, von ihnen sind auch einige nur probeweise dabei und sogar in der Regierung. Sie sind nicht Teil der Opposition, dieser Rat der *Ansari-ye Ansaif* sind mehrheitlich in der Opposition, aber Teile von ihnen sind auch in der Regierung. So wie *Afghan-Mellat*, *Hezb-e Islami*, Herr Arghandiwal, Ustad Khallili, der die *Hezb-e Wahdat* hat. Wir sind zu ihm gegangen und unsere Rede war speziell zu den Wahlen, das ist die Erzählung von vor ein paar Jahren. Und während der Diskussion zu den Wahlen hatten wir einige Themen, die Registrierung der Wähler, dass die Wähler nämlich noch einmal erfasst werden. Wieso? 17 Millionen Wahlkarten wurden verteilt in der Vergangenheit, 17 Millionen, und es wurde gesagt, dass so und so viele Millionen Stimmen gefälscht waren. Wir haben alles in allem miteinander verglichen, dann waren bis zu 20 Millionen Wahlkarten im Umlauf. Wie viele Millionen Karten müssten nochmals verteilt werden, weil es nun in den vergangenen fünf Jahren einen Altersunterschied gibt? Wenn wir dies mit schätzen und noch einige Millionen aus Pakistan dazu kommen, so wie es beim letzten Mal war. Sehen Sie etwa 30 Millionen Karten sind in den Händen von Personen. Und wir erwarten, dass wir diese bei jeder Wahlurne überprüfen, so dass sie nicht in die Wahlurnen kommen und wir haben auch die Erfahrungen der vergangenen Wahlgänge gemacht. Was ist die Lösung? Eine neue Registrierung. Haben wir wirklich keine Zeit, wirklich kein Budget? Herr Karzai sagt: Wir haben kein Budget. Er wollte von den Vereinten Nationen für die Regierung 45 Millionen US-Dollar. Wenn die Ausländer dieses Geld nicht zahlen, sollte jedoch die Regierung danach fragen, würden sie sicher 45 Millionen US-Dollar bezahlen.“¹⁰

In diesem langen, aber hier bereits verkürzt zitierten Abschnitt zu den Forderungen der Opposition nach einer Wahlreform bereits zu Zeiten von Karzais Präsidentschaft geht hervor, dass bereits im April 2013 klar war, dass ohne Wahlrechtsänderung keine fairen Wahlen durchzuführen waren. Nach den mitgeschnittenen und veröffentlichten Telefongesprächen trat der Generalsekretär der IEC, Amerkhel, mit seinen Mitarbeitern in den Provinzen zurück. Nachdem der Vorsitzende der IEC seinen Rücktritt erklärt hatte, entschieden sich die beiden Wahlteams unter dem Druck der USA dafür, keinen der Kandidaten zum Sieger zu erklären. Die Wahlkommission erklärte, dass sie aufgrund der horrenden Wahlfälschungen die Wahrheit nicht herausfinden könne. Aus diesem Grund beschlossen die Kontrahenten die Bildung einer Nationalen Einheitsregierung. Die offiziellen Stimmenergebnisse sollten – dies war eine der Bedingungen Abdullahs – nicht veröffentlicht werden. Die IEC veröffentlichte jedoch im September 2016 die Wahlergebnisse, womit sie eine wichtige Vereinbarung nicht einhielt. Ghani's Team veröffentlichte seinen Wahlsieg mit den dazugehörigen Zahlen der IEC samt den Ergebnissen in den jeweiligen Provinzen sehr schnell nach der Unterzeichnung des Vertrages (Ruttig 2014a). Die *Asia Foundation* schreibt, dass ein offizielles Ergebnis der Stimmenauszählung erst am 24. Februar 2016 mit einem Stimmenanteil für Ashraf Ghani von 55 Prozent verkündet worden sei (Sharan 2016). Da eine Stimmenauszählung nicht mehr klar und transparent durchgeführt werden konnte, war die überwiegende Mehrheit der Elitenvertreter*innen darüber erleichtert, dass der Machtwechsel ohne Blutvergießen stattgefunden

10 Vgl. Interview Nr. 6, mit Parwis im Wohnzimmer seines Privathauses am 4. April 2013 in Kabul: 64f.

den hatte. Eine Wahlreform müsste aber dringend durchgeführt werden. Ein ähnliches Bild entwarf ein junger Consultingberater im Interview mit mir.

Der junge ehemalige Berater Karzais empfing mich in Kabul in seinem neuen Consultingbüro. Sein Team war nach einem ausgewogenen Geschlechterproporz zusammengestellt und bestand aus etwa sechs Politik- und Wirtschaftsberater*innen. Sein Büro befand sich in einem klassischen afghanischen Haus aus den 1960er Jahren in Wazir-Akbar-Khan und war farblich in orange-gelblichen Ton gehalten. Es war sehr modern eingerichtet und ein großes Firmenschild zeigte in lateinischen Großbuchstaben den Namen seiner Firma. Die eher lockere und transparente Büroatmosphäre entsprach einem Start-up-Unternehmen. Für das Interview zogen wir, Sakhi, Darius und ich, in sein Büro. Da er aufgrund der Koalitionsverhandlungen zwischen den zwei Teams, von Ghani und Abdullah, keine Zeit fand zu Essen, hatte er bereits Hamburger und Pommes frites bestellt, die wir vor den Interviews gemeinsam aßen. Während des Interviews wurde Sakhi dann unentwegt auf seinen drei Mobiltelefonen von politischen Elitenvertreter*innen angerufen, um sich zur besten Verhandlungsstrategie für ihre eigene Machtposition beraten zu lassen. Er betonte, dass er von den unterschiedlichsten und wichtigsten politischen Elitenvertreter*innen angerufen und um Rat gebeten wird. Mehrere Male gab er den Anrufer*innen seine Sicht zur aktuell laufenden Personalwahl und wer welches politische Amt in der neuen Regierung erhalten solle. Sein politisches Netzwerk, dass er sich über die letzte Dekade als Karzai-naher *dispatcher* erarbeitet hatte, verlieh ihm den Status einer fraktionsübergreifenden Vertrauensfigur, obwohl er offen als Ghani-Unterstützer galt. Deshalb fragte ich ihn als Wahlhelfer des Ghani-Teams, inwieweit er der Aussage, dass den afghanischen Eliten Legitimität fehle, zustimmen würde:

„The last election was more legitimate. Dr. Abdullah Abdullah could get 45 percent in the first round and Ashraf Ghani just 30 percent. In the last elections, Abdullah Abdullah had 30 percent and Hamid Karzai just 49,6 percent. After their clean up Karzai was in power. Karzai wanted a second round. Abdullah did not step down to the second round. If you are bowed and you do not enter the second round-. These were the most disgraceful ways of participatory democracy. It was engineered and state controlled. The current president didn't ever have 30 percent, he had 4,5 Million votes. I was involved in the whole process of the election and counting. I don't think that he had that many votes. More than 50 percent are fake. We had to declare we won or either accept the fact that we lost. This would have generated violence and conflict. Running the council of ministers and the administrative office is Abdullah's job. One of the reasons I do not believe in Ghani is that he has no legitimacy.“¹¹

Diese Aussage Sakhis, der die Kampagne Ghanis und die Stimmenauszählung begleitete, spricht für ein undurchsichtiges Wahlverfahren. Eine friedliche Machtübergabe schien wichtiger zu sein als eine transparente und faire Wahl. Sakhi gibt zu, dass das Ghani-Team den Sieg verkünden musste, um Unruhen zu vermeiden. Warum aber Ghani den Sieg für sich reklamieren musste, darauf ging er nicht weiter ein. Paradoxerweise betrachtet er Ghani dennoch nicht als legitimen Präsidenten. Schetter

11 Vgl. Interview Nr. 20, mit Sakhi in seinem Büro am 11. November 2014 in Kabul: 215f.

schreibt zu den Wahlfälschungen und Abdullahs Anschuldigungen gegenüber Ghanis Wahlteam:

„He [Abdullah] raised accusations of fraud, which he blamed on an alleged conspiracy of Pashtun nationalists and the international community whom he saw trying to preclude the election of a non-Pashtun president. Finally, when US-Secretary of State John Kerry negotiated a power-sharing agreement between Ghani (becoming the next president) and Abdullah (occupying the newly installed office of the Chief Executive of the Islamic Republic of Afghanistan), the ballots were not recounted to avoid ethnic tensions.“ (Schetter 2016: 470)

Die Wahl und die Verkündung eines Siegers war und ist weiterhin ein hoch sensibles Thema, bei dem ethnopolitischen Spannungen im neopatrimonialen System instrumentalisiert werden, um persönliche Machtstellungen in einem Land mit wenigen Arbeits- und/oder Vertragsmöglichkeiten außerhalb von staatlichen Strukturen zu sichern und weiterhin zu erhalten. In Afghanistan haben sich bereits virulente ethnopolitische Spannungen während der Präsidentschaftswahlen weiter zugespitzt, die Senghaas im europäischen Kontext gut beschreibt:

„Ethnien, wie immer sie sich im [E]inzeln definieren, fühlen sich ökonomisch benachteiligt, kulturell überfremdet und politisch entmündigt bzw. rechtlos. Um sich aus solcher tatsächlich bestehenden oder so wahrgenommenen Lage zu befreien, gilt ethnonationalistische Mobilisierung als ein wirksames Mittel, um die eigenen Identität zu behaupten sowie die eigenen Interessen durchzusetzen.“ (Senghaas 1996: 117)

Eine Kompromisslösung war die NUG-Vereinbarung vom 21. September 2014, die festhielt, dass eine verfassungsgebende *loya jirga* die Position einer*s Premierministerin*s der Verfassung legitimieren solle. Diese Verfassungsreform und die politischen Hindernisse werden im Laufe des Kapitels ausführlicher diskutiert.

Auf meine Nachfrage, welches politische System Tamanaa befürworten würde, sagte sie:

„Wie ich bereits sagte, bin ich für ein parlamentarisches System, so dass die Macht verteilt wird, es ein gutes Parlament gibt, einen Ministerpräsidenten, ein Kabinet. So dass die Macht nicht in der Hand einer Person ist, der die Polizei, die Beamten, die Richter, den Generalstaatsanwalt ernennt. Alles ernennt diese eine Person. Den Chef des Bildungsministeriums in jeder Provinz, den Chef der Bezirke, die Leiter der Kindergärten ernennt er etc., @was ist das?@ In jedem Fall will er den gesamten Rahmen kontrollieren.“¹²

Tatsächlich hat ein*e afghanische*r Präsident*in weitreichende Kompetenzen und Befugnisse. Sie*Er ist beispielsweise, wie im amerikanischen System, oberste*r Befehlshaber*in der militärischen Streitkraft.¹³ Darüber hinaus kann sie*er die 34 Pro-

12 Vgl. Interview Nr. 1, Tamanaa im Wohnzimmer des Lebensraumes meines Vaters am 1. April 2013 in Kabul: 19.

13 Alle seine Befugnisse und Pflichten sind in der Verfassung in Kapitel 3, Artikel 64 in insgesamt 21 Unterpunkten nachzulesen (Verfassung Afghanistans 2004: 14f). Seit der Unter-

vinzgouverneur*innen und auch die Bezirksgouverneure*innen (Paschto: *wolliswals*) ernennen. Es gibt mehr als 400 Bezirke, für die die*der Präsident*in auch Gouverneur*innen ernennt. Die*der Bezirksgouverneur*in muss der*dem höher angesiedelten*in Provinzgouverneur*in Bericht erstatten, die*der wiederum die Informationen nach Kabul an die*den Präsidentin*en weiterleitet. Jedoch weist Nijat in ihrem Aufsatz auf Folgendes hin:

„The President appoints the provincial governors, while the appointment of district governors takes place through a system of merit-based recruitments, conducted jointly by IDLG and the Independent Administrative Reforms and Civil Service Commission. The role of governors is to serve the central government by providing leadership at their respective levels.“ (Nijat 2016: 6)

Bisher gibt es keine formelle Repräsentation der Dörfer innerhalb des politischen Systems, obwohl 80 Prozent der Bevölkerung in den ca. 20.000-40.000 Dörfern leben (Murtazashvili 2014: 327; Gosztonyi/Feda/Koehler 2016). In der afghanischen Verfassung wurde sogar in Kapitel 8, Artikel 138 bis 140 festgeschrieben, dass auf Provinz-, Stadtverwaltungs-, Bezirks- und Gemeindeebene die Räte gewählt werden müssen (Verfassung Afghanistans 2004: 28f). Wie bereits in Kapitel *Afghanische Institutionenbildung mit subnationalen Reformen* beschrieben, gibt es jedoch die DDAs, CDCs und DDCs, die einige staatliche Regierungsangestellte als verfassungsrechtliche Räte auf ihrer jeweiligen Ebene anerkennen würden (Nijat 2016; Gosztonyi/Feda/Koehler 2016; AREU 2011).

„One issue, however, was repeatedly and critically raised by these interviewees in relation to the unclear legal status of CDCs and DDAs. Given the difficulties associated with holding elections for Village and District Councils, a number of the interviewees seemed willing to explore ways to change the legal status of CDCs and DDAs by allowing them to legally and constitutionally fulfil the roles of Village and District Councils.“ (Gosztonyi/Feda/Koehler 2016: 22)

Andere wiederum zeigten sich gegenüber diesem Rätssystem eher skeptisch und hielten es für ein Konzept, die staatliche Legitimität zu konterkarieren. Aus drei Hauptgründen konnten die Wahlen auf der Bezirks-, Gemeindeebene und für die Stadtverwaltungen bisher noch nicht durchgeführt werden: Erstens wegen der schlechten Sicherheitslage, zweitens ist der Verlauf der Grenzen entlang der Bezirke und Gemeinden nicht klar dokumentiert und drittens bedarf es einer Volkszählung, um überhaupt Wahlen durchführen zu können. Der ausstehende Zensus war bereits während der Präsidentschafts- und Provinzwahlen ein kontroverses Problem. Beide letzteren Aspekte bilden politisch und kulturell ein explosives Thema. Die Gründe,

zeichnung des *National Unity Deals* haben sich jedoch Ghani und Abdullah dazu bereit erklärt, wichtige personelle Entscheidungen auf Regierungsebene in gemeinsamer Absprache zu treffen (NUG Agreement 2014). Hier werden die Punkte hervorgehoben, die für die Regierungsführung zwischen der Peripherie und dem Zentrum in Kabul ausschlaggebend sind und auch die politischen Entscheidungsprozesse zwischen Legislative und Exekutive beeinflussen.

warum es bisher nicht zu einer Volkszählung und subnationalen Wahlen gekommen ist, werden im Laufe dieses Kapitels analysiert.

Von 36 von mir interviewten Elitenvertreter*innen haben sich 35 für ein parlamentarisches System in Afghanistan ausgesprochen. Aber alle Interviewpartner*innen haben sich insbesondere nach der Unterzeichnung des NUG-Vertrages für die Stabilisierung des *status quo* ausgesprochen (NUG Agreement 2014). Wie es zu dieser Diskrepanz der Staatvorstellungen seit der verfassungsgebenden *loya jirga* kam, wurde bereits eingangs analysiert. Nachfolgende Interviewzitate mit Elitenvertreter*innen aus Kabul und Herat zeigen ihre Perspektiven zum afghanischen Staatssystem und ihre Meinungen zu alternativen politischen Systemen.

Der einzige Interviewpartner, der sich nicht direkt für ein parlamentarisches System aussprach, war der bereits zitierte Lotfullah. Auf die Frage, ob er ein parlamentarisches oder präsidentielles System befürworte, antwortete er:

„And that’s not the dialogue which needs to be determined cause a lot of the current debates are actually emotional positions rather than questions of effectiveness. Yes, Afghanistan became too complex to be just run from the center. But the issue is not that powers shifted to provincial level because it is due to corruption. The issue with corruption-, provinces are more corrupt or equally corrupt as the ministries. So, we need to tackle- if the issue is the citizen, the Afghan citizen in the centre then what we need is not centralisation or decentralisation. We need effectiveness. Effectiveness means that a job has to be performed on one of the five levels of governance: the village, the district, the municipality, the province and the centre. This requires process stage.“¹⁴

Zum Zeitpunkt des Interviews sprach sich Lotfullah eher für eine Reform auf allen fünf Regierungsebenen aus, die eine gute und effektivere Regierungsführung ermöglichen sollte. In einem Aufsatz geht Kenny an zwei postkolonialen Fallbeispielen, Indien und Sri Lanka, der Frage nach, ob das Hauptinteresse für die Patronage-Klientel-Netzwerke vom Zentrum oder von der Peripherie aus geht (Kenny 2013). In seiner Zusammenfassung hält er insgesamt drei Punkte fest, von denen der zweite für den afghanischen Kontext relevant ist:

„While decentralization has its benefits, without other reforms and institutional safeguards it may exacerbate rather than mitigate the prevalence of patronage and corruption. Rather, what is needed is greater de facto separation between the legislative, executive, and judicial arms of the state, so that politics is focused at the level of policy design rather than implementation. All of this suggests that while ceding patronage resources to provincial elite brokers may be a way of retaining national unity through democratic rather than authoritarian means, there are significant trade-offs in terms of the quality of governance.“ (Ebd.: 165)

In Afghanistan war und ist den Präsidenten an der Aufrechterhaltung des *status quo* gelegen. So hat sowohl Präsident Karzai als auch Präsident Ghani regionale Machthaber, beispielweise in Mazar-e Sharif den Gouverneur Atta Noor, gewähren lassen, weil er als Fürst des Nordens die Sicherheit wahren kann. Zum afghanischen Jahres-

14 Vgl. Interview Nr. 2, mit Lotfullah in seinem Privathaus am 2. April 2013 in Kabul: 35.

anfang am 21. März 2017 kündigte Noor nach mehr als zehn Jahren als Gouverneur der Stadt Mazar-e Sharif seine Kandidatur für die Präsidentschaft an (Tolo News 2017c). In Herat war es ein wichtiger *mujaheddin*-Führer der *Jamiat Islami*, Ismael Khan, der von 2002 bis 2004 als Gouverneur die Stadt kontrollierte.

Was Lotfullah mit effektiver Regierungsführung meint, kann man mit Dekonzentration bezeichnen (Kap. *Dezentralisierung im Präsidentsystem*). Die Dekonzentration ist eine der schwächsten Unterkategorien von Dezentralisierung, die lediglich dazu dient, administrative Abläufe in der jeweiligen Region effizienter und effektiver durchzuführen, die haushälterische und politische Entscheidungshoheit verbleibt aber bei der Zentralregierung (Litvack/Ahmad/Bird 1998: 4). Zur hier bereits angesprochenen Reform einer effektiveren Regierungsführung gehören eine Reihe von Maßnahmen, die der Präsident per Dekret eingeführt hat. Alle amtierenden Provinzrichter wurden für eine Prüfung nach Kabul geladen, um ihre Amtstauglichkeit zu prüfen. Darüber hinaus wurde ich im November 2014 in Herat Zeugin, wie sich der Gouverneur und seine Mitarbeiter unter Druck fühlten, wöchentliche Fortschrittsberichte an Ghani zu liefern. Diese wöchentlichen protokollarischen Berichte waren für die Provinzgouverneure ein Novum, so dass sie als Last erschienen und sich über diese Art des Mikro-Managements wunderten. Im konkreten Fall ging es um die Jagd von Falken, der reiche Adelige aus Katar in der Provinz Herat nachgehen. Der Präsident in Kabul hat sich über den Export von Falken als Jagdtrophäen durch die Scheichs zeitnah informieren lassen, um zu kontrollieren, ob das Ausfuhrverbot durchgesetzt wird.

Geht es nun um eine effektivere Regierungsführung der bereits existierenden Institutionen oder um eine Reform des präsidentiellen Systems? Sollte das präsidentielle System so reformiert werden, das es die soziokulturellen Begebenheiten Afghanistans besser reflektieren und somit repräsentieren kann? Um die Positionen der afghanischen Eliten im Zusammenhang von Regierungsordnung und Staatsform zu reflektieren, möchte ich nochmals ihre Meinungen zitieren.

Das Zwei-Kammern-System, bestehend aus einem Unter- und Oberhaus (Paschto: *wolesi jirga*, *meshrano jirga*) hat eine verfassungsrechtlich verankerte Entscheidungs- und eine Kontrollkompetenz. Genau dieses Verhältnis beschrieb Lotfullah bereits vor den Präsidentschaftswahlen im April 2013 als problematisch:

„If we come to the constitutional issue, the most significant issue, vis à vis the political elite, the constitution has endorsed us to election. Three branches of the government have been established. The executive, legislative and the judiciary. But the relation between the two branches is unconstitutional. So, there is a fundamental challenge of making the constitution work. In terms of checks and balances. The checks and balances part of the constitution has been very weak. Parliament has re-emerged as a second executive. It is performing very weak, functioning- both vis à vis accountability and legislation. So, there are over 40 types mentioned in the constitution that's enabling laws, should be promulgated, we don't have a scorecard of the constitution, nobody is keeping a scorecard. Not a single speech from the president opening parliament is containing this. And the judiciary is one of the most corrupt sectors. The Supreme Court is not bad but the lower court is a supreme problem. And the chief judge represents unconstitutional. He fully acts as a chief justice and it is a violation of the constitution.“¹⁵

15 Vgl. Interview Nr. 2, mit Lotfullah in seinem Privathaus am 2. April 2013 in Kabul: 27f.

Lotfullah kritisiert, dass mehr als 40 Verweise für Ermächtigungsgesetze (*enabling laws*) zugunsten der Legislative bereits in der Verfassung festgehalten wurden. Er bezeichnet die Legislative mittlerweile als eine zweite Exekutive. Die Volksvertretung muss beispielsweise jedes Mitglied des Kabinetts – davon ist lediglich der Nationale Sicherheitsberater ausgenommen – bestätigen. Zwar hat die Exekutive die Macht, das Staatsbudget vorzuschlagen, es muss aber von der Nationalversammlung (von beiden Kammern, Farsi: *shuray-e melli*) bestätigt werden. Eine Parlamentarierin namens Aziza antwortete auf die Vorwürfe, dass das Parlament korrupt sei:

„Beim Thema Korruption herrscht eine allgemeine Übereinstimmung, dass Afghanistan in Anbetracht der Strukturen, eingeschlossen Institutionen wie das Parlament, staatliche Einrichtungen, Einrichtungen außerhalb der Regierung, Korruption- man kann nicht sagen, dass es der grundlegende Angelpunkt ist, aber man könnte sagen, dass wir für Korruption offen sind oder gegenüber der Verbreitung von Korruption freundlich gesinnt sind. Also, sie sind nicht gegen Korruption, die Gesinnung gegen Korruption ist in allen Institutionen weniger verbreitet. Darüber gibt es eine Übereinkunft. Ich als Mitglied des Parlaments akzeptiere, dass in vielen Angelegenheiten viele der Parlamentarier vorher beschlossen haben, nach wirtschaftlichen Interessen eine Entscheidung zu treffen.

Die Regierung gibt den Parlamentariern das Geld, dies ist das Thema der Korruption. Wenn es nicht Korruption ist, woher sollen sie denn sonst diesen grenzlosen Reichtum herhaben, den sie den Parlamentariern geben? Auf diese Weise geht es in den nichtstaatlichen Institutionen, wie den NGOs und Büros, auch um die Ausgaben und das Thema ihres Budgets nicht sehr transparent zu. Eigentlich ist das Problem in den Ausgaben des Budgets und der Korruption, dass die Minister zwei Quellen für die Ausübung ihres Amtes haben. Eine Aufgabe ist das nationale Budget Afghanistans. D. h. es ist das Budget, das wir für das Parlament ratifizieren und das andere ist die ausländische Hilfe. Eine Quelle sind die direkten Hilfen, die den Ministerien zufließen. Die meisten Geber, deren Budgets in den zentralen Ministerien vergeben werden, die sie von außen erhalten, haben eine offene Hand. Wenn wir Geld erhalten, dann sagen wir beispielsweise, gebt es für dieses Projekt aus. Gib es beispielsweise für das Bauen der Straße aus oder für jedes andere Projekt, wo es kein Wasser gibt.“¹⁶

Die Parlamentarierin Aziza gibt offen zu, dass viele Abgeordnete zu Reichtum gekommen sind, weil sie sich für ihre Stimmenabgabe bezahlen lassen, und sie weist im zweiten Absatz auf die Rolle der Geberländer hin, dass es inoffiziell ein Budget für die Projekte und eins für die Bezahlung der Minister*innen gibt. Aus ihrer Sicht dient die Kontrolle der Legislative dazu, die Finanzpläne für die staatlichen Aufbauprojekte zu kontrollieren; im Sinne eines Systems des *checks-and-balances*. Mit dieser Aussage wollte Aziza die Parlamentarier*innen ins rechte Licht rücken, indem sie zum Ende betonte, dass die politischen Entscheidungen für Projekte auch zum Gemeinwohl der afghanischen Bevölkerung getroffen werden.

Diese Einkommensquelle sollte innerhalb des gesamten neopatrimonialen Systems betrachtet werden, ohne es als legitim darlegen zu wollen. Die Bezahlungen für

16 Vgl. Interview Nr. 11, mit Aziza in einem Saal des Parlamentsgebäudes am 8. April 2013 in Kabul: 144.

die Abstimmungen zugunsten von Gesetzen, Ministerposten, Wiederaufbauprojekten, Minenverträgen, internationalen Militärbasen auf afghanischem Territorium etc. sind als eine wichtige Einkommensquelle für das gesamte Patronage-Klientel-Netzwerk zu betrachten. Das Gehalt einer*s Parlamentarierin*s beider Kammern beläuft sich monatlich auf 3.421 US-Dollar, darüber hinaus erhalten die Repräsentant*innen einen diplomatischen Pass, genießen parlamentarische Immunität, sie sind krankenversichert, außerdem werden zwei Sicherheitsleute und ein*e* Sekretär*in gestellt (Transparency International and Integrity Watch Afghanistan 2016: 33).¹⁷ Einigen ehemaligen Kriegsherren, die nun im Parlament – entweder im Unter- oder Oberhaus – einen Sitz erhalten haben, bekommen vom Staat mehrere gepanzerte Geländewagen und bis zu 60 Männer für ihre Sicherheit gestellt (Sharan 2015: 103), mit denen sie dann zum Unmut der Bevölkerung in Kabul Straßen sperren, um nicht zur Zielscheibe von Selbstmordattentaten oder Magnetbomben zu werden. Das Gehalt von 3.421 US-Dollar ist für afghanische Verhältnisse hoch, die ethnopolitischen Stammesverhältnisse zwischen einer*m Parlamentarier*in und ihrer*seiner Klientel und die gegenseitigen Abhängigkeiten zwischen ihnen begünstigen die Korruption. Darüber hinaus bestimmen die politischen und wirtschaftlichen Eliten eine Kultur der Korruption, in einem straffreien Raum; in diesem Zusammenhang profitieren insbesondere Parlamentarier*innen von hohen Geldeinnahmen.

Murtazashvili untersucht in ihrem Buch das Verhältnis dieser informellen Ordnung im zum noch zu etablierenden Staat, in den durch internationale Geber*innen investiert wird, um das Vertrauen zu ihren*seinen Bürger*innen durch staatlich gefördertes Gemeinwohl (*public goods*) zu gewinnen und den Teufelskreis von schlechter Regierungsführung zu durchbrechen. Im Zusammenhang mit Afghanistan schreibt sie über den Neopatrimonialismus:

„Efforts to gain citizen support through public goods provision can be viewed as a kind of patronage or neopatrimonialism that permeates state-society relations. Neo-patrimonialism arises from governments seeking to gain ‚vertical legitimacy‘ (Englebert 2000) and stability through redistribution and patronage. From this perspective, public goods provision is part of a neopatrimonial bargain that serves to consolidate state authority by increasing the ties that bind the government to citizens.“ (Murtazashvili 2016: 190f)

Zu politischen Pattsituationen zwischen der Exekutive und Legislative kommt es jedoch in regelmäßigen Abständen aufgrund folgender Befugnisse der zwei Kammern. Die Nationalversammlung kann darüber entscheiden, ob Gesetze verabschiedet, geändert oder aufgehoben werden und Minister*innen das Misstrauen aussprechen,

17 Im Vergleich zu den Parlamentarier*innen verdienen Minister*innen sogar 10 US-Dollar weniger. Die Kosten für einen Fahrer, Sicherheitspersonal, eine Krankenversicherung, Unterbringung, Reisekosten, Mobiltelefon, Internet, Post, Büromaterial, eine*n Koch*in und eine*n Sekretär*in werden vom afghanischen Staat bezahlt (Transparency International and Integrity Watch Afghanistan 2016: 47).

wenn sie die Nationalversammlung nicht überzeugen konnten (Verfassung Afghanistans 2004, Kap. 8, Art. 90: 20).¹⁸

Diese Befugnisse der Nationalversammlung haben bereits mehrfach dazu geführt, dass Gesetzesentwürfe stagnieren (Ahmadi 2016) und sich für die Parlamentarier*innen als lukrative Einnahmequelle erweisen. Allen Beteiligten in der Politik ist klar, dass die politischen Ämter einen bestimmten Preis haben, den die Anwärter*innen oder der Beraterstab des Präsidenten mit seinen Verbündeten bereit sind zu zahlen (Filkins 2011). So ist ein Netz von individuellen Interessen entstanden, das sich selbst erhalten muss, um im zentralen Machtgefüge von Kabul Einfluss zu behalten und die unterstützende Klientel in der Peripherie mit sozialem und ökonomischem Kapital versorgen zu können. Viele Parlamentarier*innen haben Gästehäuser oder -wohnungen, in denen sie ihre Wahlklientel aus der Peripherie über mehrere Wochen versorgen, bis deren Angelegenheiten in Kabul abgeschlossen sind. Dieses System des Stimmenkaufes ermöglicht es auch Nachbarstaaten, politischen Einfluss auf Fragen der Wasserressourcen, Grenzstreitigkeiten, Sicherheitsabkommen, unbequemen Minister*innen, Minenverträgen etc. zu nehmen (Giustozzi 2015: 94; Coburn 2011: 9).

Beispielsweise muss ein Universitätszeugnis von mindestens zehn bis zu 15 unterschiedlichen Instanzen bis zur*em Minister*in für höhere Bildung unterschrieben werden, damit es seine Gültigkeit erhält. Daxner verweist darauf, dass im Jahre 2004 insgesamt 27 Unterschriften für ein Hochschulzeugnis von den Studierenden für weitere anschließende Bewerbungen eingeholt werden mussten:

„But for any master’s graduate certificate, a candidate has to run through 27 offices and instances, including a scribe, in order to get the document that has to be signed by the minister himself, not even by one of his deputies. This does not mean that administration and its bureaucracy were working against all odds, but that they were busy to bar any reform of administration from their premises.“ (Daxner 2017: 75)

In diesem mehrstufigen Unterschriftensystem, sind machtpolitische und finanzielle Interessen zu vermuten, denn bei jeder Instanz werden von der*dem Antragsteller*in ein gewisses Schmiergeld fällig. Mit den Einnahmen kann der*die Angestellte* seine zuvor erkaufte Position *peu à peu* abbezahlen oder seine eigene Klientel bewirtschaften. Diese Schmiergelder können je nach Position und Machteinfluss der*des Antragstellerin*s variieren.¹⁹ Das Einkommen der höchsten Beamten*innen in Afghani-

18 Ausführlicher und auch rückblickend berichtet die AAN über die politischen Pattsituationen zwischen der Exekutive und Legislative, die insbesondere bei der eigentlich vereinbarten Verfassungsänderung nun eine besonders sensible Rolle spielt (Ahmadi 2016).

19 Da es hier nicht primär um Korruption geht, weise ich in einer Fußnote auf eine weitere Art der Korruption hin, die in einer von Scham und Ehrgefühl bestimmten Gesellschaft insbesondere junge Frauen trifft und sie in moralische Dilemmata bringt. Es ist bekannt, dass an Universitäten männliche Lehrbeauftragte und Dozenten von ihren weiblichen Studierenden für das Bestehen von Prüfungen sexuelle Gegenleistungen verlangen. Diese Informationen stammen aus Gesprächsprotokollen mit ehemaligen afghanischen Studierenden, die bereits während ihres Studiums sexuelle Belästigungen erfahren haben und als weibliche Lehr-

stan liegt bei maximal 500 US-Dollar im Monat, was für eine Familie mit (unter-) durchschnittlich mindestens zwei Kindern und mit Lebenshaltungskosten auf fast europäischen Niveau meist zu wenig ist (Transparency International and Integrity Watch Afghanistan 2016: 33).²⁰

Diese hier geschilderten korrupten Amtsabläufe unterwandern das Vertrauen der Bürger*innen in den Staat. Nach klassischer Staatsvorstellung erschwert es den Staatsaufbau, wenn den Bürger*innen das Vertrauen in staatlich legitime Regierungsführung fehlt. Die dargelegten Verwaltungsabläufe und legislativen Entscheidungsfindungsprozesse legen die Hypothese nahe, dass das präsidiale System mit einer zentralen Verwaltung und mit sehr hierarchisierten Entscheidungsinstanzen, diese Korruption begünstigt. Die Untersuchungen zur Effektivität der subnationalen Regierungsführung von Köhler, Gosztonyi und Feda stellt fest:

„However, we identified three mechanisms that *do* change popular perceptions of government-provided governance, all three of which are linked to the *shura* structure: (1) renewed elections, (2) the disbursement of renewed NSP funds, and (3) the integration of CDCs with higher levels of the MRRD-led structure of development councils (i.e., CLDCs and DDAs). [...] On the contrary, more than seven to eight years after its establishment, the *shura* structure enjoys high local legitimacy and has become the main institution of governance provision on the sub-district level. The impact on governance is felt at both the village and district levels. Most importantly, its activities *do not compete with state-provided governance, but on the contrary, they connect the village to the state and tend to strengthen the perceived quality of state-provided governance.*“ (Gosztonyi/Feda/Koehler 2016: 44, Herv. i. O.)

Dieses empirisch gesättigte Ergebnis zum Verhältnis zwischen Bezirks- und Gemeindeebene, erlaubt eine weitere Hypothese: *Kürzere Verwaltungswege mit mehr Entscheidungskompetenz auf provinzieller Ebene können zu mehr Vertrauen, Transparenz, Rechenschaft (accountability) und zu einem effizienteren System der checks-and-balances führen. Unmittelbarere Regierungsführung an der Lebenswelt der betroffenen Bürger*innen kann auf Systemebene durch Parlamentarismus und mehr Dezentralisierung effizienter realisiert werden.*

Zum Thema der Korruption in den Provinzen hat sich auch ein Interviewpartner in Herat geäußert. Ein Menschenrechtsaktivist, Fereydoon, hat ein besonderes Erklärungsmodell gehabt. Fereydoon ist neben seinem Hauptberuf Satiriker und ein berühmter Kalligraph, vor dessen Büro ein Stoppschild auf Farsi daran erinnert, dass Korruption aufgehalten werden muss. Auch eine Telefonhotline, bei der Korruptions-

kräfte an privaten und öffentlichen Universitäten sexuellen Belästigungen ausgesetzt sind. Aufgrund ihrer höheren Bildung und ihres ungewohnt selbstbewussten Auftretens sehen die männlichen Dozenten ihre patriarchalische Vormachtstellung in Gefahr. Es gibt nun erste Berichte und Forschungen zu der hier geschilderten Art der Korruption (Qaane 2017; Karlidag 2014; Gender Studies Institute 2010).

20 Eine Familie mit zwei Kindern gilt weiterhin als familiäres Unglück, es werden mindestens bis zu fünf Kinder angestrebt. Natürlich gibt es auch hier ein Stadt-Land-Gefälle, dennoch ist es auch in den Städten weiterhin üblich, mehr als zwei Kinder zu haben.

fälle gemeldet werden können, war auf dem Stoppschild angegeben. Er erklärt die Rahmenbedingungen für Angestellte in Afghanistan so:

„Erstens muss man bei sich anfangen, wenn ich hier um 8:30 Uhr im Büro bin und bis 15:30 Uhr arbeite, dann machen es die anderen auch so. Wenn ich um 10 Uhr komme und um 13 Uhr wieder gehe, dann wird es auch jeder andere so handhaben. Zweitens ist das Einkommen eines Angestellten so niedrig, dass man gerade den Weg zur Arbeit und wieder zurückbezahlen kann. Meistens verdienen die Angestellten 5.000 Afghani monatlich [ca. 70 Euro], so bleiben pro Tag nur 150 Afghani [ca. 2 Euro], um der Familie Essen zu kaufen, die Ausbildung und Gesundheit und Kleidung etc. zu bezahlen. Dieser Angestellte ist gekommen, um seine Zukunft und sein Schicksal in die Hand zu nehmen, aber er sieht dann, dass er durch die Einnahmen in seinem Büro seinen Tagesbedarf abdecken muss. Im Kontext des Parlamentes funktionieren die Mechanismen ähnlich.“²¹

Fereydoon beschreibt die finanzielle Not eines einfachen Angestellten in Herat und zieht Parallelen zu korrupten Verhältnissen im Parlament. Der Journalist Omid aus Kabul erklärte, wie es zu diesem Phänomen der individuellen Interessenrepräsentanz gekommen ist und warum er für ein föderales System sei:

„Schauen Sie, im Parlament Afghanistans haben wir beispielsweise keine Parteien, sondern 249 Personen. Wenn wir starke Parteien gehabt hätten, hätten wir drei bis vier Parteien im Parlament. Das hat eine Logik. Wenn sie im Wahlgesetz die Gelegenheit für Parteien eröffnen, so dass die Parteien teilnehmen können. Und auf der anderen Seite, wenn die Gelegenheit zur Teilnahme für die Parteien vermehrt wird, dann hat es einen Einfluss auf die zentralisierten Verhältnisse für die Festigung der Parteien. Denn wenn wir die Szene für die Parteien öffnen-, auch jetzt können die Parteien, und die Menschen um sich versammeln. Meiner Meinung nach, ich weiß nicht, wie beispielsweise Deutschland, warum gehen die Menschen in eine politische Partei?“²²

Omid verwies darauf, dass die Mitglieder des Parlamentes ihre eigenen individuellen Interessen losgelöst von ihren *policies* auf der nationalen Ebene verfolgen. Dieses auf Personen ausgelegte Wahlsystem hat verschiedene negative Folgen, da die miteinander verzahnte Trias der Legitimität, Effizienz und politischer Handlungsmacht der politischen Repräsentant*innen für die afghanischen Bürger*innen noch gefestigt werden muss. In der afghanischen Verfassung unter Kapitel 2, Artikel 35 ist es explizit erlaubt, Parteien zu gründen, aber erstens ist die politische Rolle dieser Parteien nicht formuliert und zweitens waren sie für die ersten Parlamentswahlen im Jahre 2005 nicht zugelassen, so dass sich die Kandidat*innen ohne ihre jeweiligen Parteien registrierten (Verfassung Afghanistans 2004: 9).

Das Wahlsystem des *single non-transferable vote* (SNTV) war sowohl für Karzai als auch für Kandidat*innen eine bessere Möglichkeit als das *transferable vote*-System, um sich in die Klientelpolitik einzubringen. Außerdem ist in der afghani-

21 Vgl. Interview Nr. 32, mit Fereydoon in seinem Büro am 20. November 2014 in Herat: 247.

22 Vgl. Interview Nr. 8, mit Omid in seiner Redaktion am 6. April 2013 in Kabul: 111.

schen Verfassung die politische Rolle der Parteien nicht genauer definiert. Neben dem Machtinteresse des Interimspräsidenten Karzai als auch der internationalen Gemeinschaft erschien das SNTV-System als pragmatische Möglichkeit, eine erste legitime Wahl des Präsidenten und des Parlamentes zu sichern (Larson 2009: 3). *Politische Fraktionen* sind im Parlament bis heute verboten, denn viele der politischen Parteien waren über die Kriegsjahre von 1979 bis 2001 in die politischen Wirren verwickelt, sie verfügen auch heute noch über einen höheren Organisationsgrad, militärische Gruppen und finanzielle Quellen. Aus diesem Grund argumentieren auch politische Elitenvertreter*innen, die generell Parteien im Parlament befürworten, dass Parteien momentan die Rolle der alten Kriegsparteien verfestigen und verstärken würden.

Am 9. September 2009 verabschiedete das afghanische Parlament das Gesetz zu politischen Parteien, welches anordnete, dass sich alle 110 Parteien nochmals beim Justizministerium bis zum 8. März 2010 registrieren mussten, diese Frist wurde dann auf Drängen der Zivilgesellschaft und der Parteien noch einmal bis zum 5. Juni 2009 verlängert. Eine weitere Hürde wurde für die Parteien geschaffen, nunmehr mussten statt 700 Unterschriften für die offizielle Registrierung 10.000 Unterschriften vorgelegt werden. Als Folge dieses Gesetzes sank die Anzahl von 110 auf 63 Parteien. Seitdem wurden auch viele Unregelmäßigkeiten beim Registrierungsverfahren dieser Parteien konstatiert, so dass sich die Zahl der Parteien nochmals reduzierte.

Bis kurz vor den Parlamentswahlen am 21. Juni 2010 hatten es lediglich fünf von den 110 Parteien geschafft, offiziell zugelassen zu werden, obwohl eigentlich 20 Parteien ihre Re-Registrierung rechtzeitig eingereicht hatten (Ruttig 2010a; Ruttig 2010b). Das Justizministerium kam mit der Bearbeitung der Anträge nicht nach, so dass sich die anderen 20 Parteien benachteiligt fühlten. Kurz vor den bevorstehenden Präsidentschafts- und Parlamentswahlen am 18. September 2010 stellte das Kabinett erneut Hürden für die nun 50 offiziell registrierten Parteien auf: Eine Partei muss in mindestens 20 afghanischen Provinzen registriert sein, was natürlich bedeutete, dass jede Partei die finanziellen und personellen Mittel haben musste, um in jeder Provinz ein Büro zu eröffnen und zu mieten (Ruttig 2013). Mit dieser neuen Regelung versuchte die Regierung per Gesetz zu verhindern, dass sich die Parteien entlang ethnischer, tribaler oder regionaler Zugehörigkeiten organisierten. Als eine Kompromisslösung legte der *Cooperation Council of Political Parties and Coalitions and Civil Society Organizations* im Jahre 2013 dem Parlament den Gesetzesentwurf für ein gemischtes Wahlsystem zwischen einem SNTV- und einem Parteiensystem vor, welches abgelehnt wurde (Larson 2009: 3).

Es gibt Bemühungen der jüngeren Generation von Elitenvertreter*innen, Bewegungen zu initiieren, die über die ethnopolitischen Interessen oder alten *tanzims* hinausgehen. In den Interviews haben die jungen Politiker*innen und Journalist*innen betont, dass es eine Lösung wäre, Parteien mit Mitgliedern aus der jungen Generation zu gründen. Bisher verhindert nämlich die unübertragbare Einzelstimme (SNTV) bei Provinz- und Parlamentswahlen, dass politische Blöcke gebildet werden und befähigt individuelle Kandidat*innen, die oftmals lokale Machthaber sind, zu gewinnen; manchmal sogar mit einer niedrigen Zahl an Wähler*innen (Reynolds/Carey 2012).

Zwar sind Parteien verfassungsrechtlich erlaubt, aber historisch werden Parteien immer noch mit der sowjetkommunistischen Ära, die vom Bürgerkrieg und von der

Regierung der *mujaheddin* abgelöst wurden, assoziiert. Ihre Mitglieder stammen meist aus der urbanen Elite oder wie Larson genauer beschreibt:

„Another potential problem with the NDPs [New Democratic Parties] is that they are not particularly representative of the populations as a whole, in terms of class at least. They are largely comprised of the educated elite and have limited connections to rural Afghanistan. To their credit, NDPs in general have a stated commitment to bridging ethnic divides and have not resorted to increasing support networks on the basis of ethnic representation.“ (Larson 2009)

Momentan gibt es mehrere wichtige Bewegungen in Afghanistan, die versuchen, *nicht* mit den vergangenen Gräueltaten, den ethnischen Spaltungen oder patrimonialen Interessen in Verbindung gebracht zu werden. Jedoch haben sich durch die neuen Gesetze die Anzahl der Parteien und die tatsächliche Aktivität aufgrund der aufgeladenen politischen Lage stetig geändert, sie bilden noch keine stabile neue Instanz in der Gesellschaft. Die meisten Parteien gehen auf die alten etablierten *tanzims* oder auf die kommunistischen Parteien aus den 1970er Jahren zurück (National Democratic Institute 2011). Die Bewegung *1400*, die mit ihrem Namen nach muslimischer Zeitrechnung den bevorstehenden Jahrhundertwechsel aus optimistischen Gründen gewählt hat, spricht eine junge Generation und politisch aktive urbane Eliten an (Afghanistan 1400 2012; Kazemi 2012; Ministry of Information and Culture/ GoIRA 2015). Die Mitglieder sind heute nicht mehr so aktiv wie vor den Präsidentschaftswahlen, aber sie betrieben eine Kampagne für eine freie, demokratische und vereinte afghanische Nation, die auf zivilgesellschaftlicher Ebene und durch politische Aufklärung von den Parteimitgliedern in den Provinzen betrieben wurde (Joyenda 2017).²³

In einem nicht protokollierten Gespräch, das ich aufgrund der schlechten Aufnahmequalität nicht auswerten konnte, betonte ein Mitglied dieser Bewegung, dass es eine sehr große Herausforderung sei, einen gemeinsamen friedvollen und verbindenden Nenner zu finden. Allein durch die Frage nach der nationalen Einheit durch eine junge Partei, könnte nicht nur das einflussreiche politische Establishment provozieren, sondern auch ihre Klientel, die weiterhin politischen und sozial fragmentiert ist.²⁴ Außerdem werden Mitglieder dieser Bewegung und besonders diejenigen, die in Führungspositionen sind, meist weiterhin mit ihren politisch aktiven nächsten Verwandten assoziiert, obwohl sie ihre Unabhängigkeit und Neutralität versichern. Die Bewegung *1400* ist nicht als Partei zu den Parlamentswahlen angetreten, aber die Mitglieder würden gern eine lebendige Parteienlandschaft mit neuen Gesichtern im Land etablieren. Ein Wahlantritt hätte zur Folge gehabt, dass sie von einer ethnopolitischen Klientel gewählt worden wären, die wiederum in die politischen Seilschaften basierend auf den hergebrachten regionalen Stammes- und *tanzim*-Verbindungen zurückführen. Mehr Fokus und vertiefende Studien müssen in diesem politisierten Mi-

23 Beispielsweise hat die politische Bewegung *1400* den Kabul-Fluss mit roter Farbe gefärbt, um auf die 3.500 zivilen Opfern allein im Jahr 2016 aufmerksam zu machen (Joyenda 2017).

24 Diese Information stammt aus dem Gesprächsprotokoll vom 6. April 2013 mit einem der Gründungsmitglieder der Bewegung *1400* in einem Büro in Kabul.

lieu der jungen Bevölkerung durchgeführt werden, denn sie sehen sich einerseits einem stetigen Wandel der Gesetzeslage und einer sich langsam wandelnden Gesellschaft gegenüber (Hysteresis-Effekt) (Bourdieu 1987a). Die Interviewpartnerin schilderte mir auch, wie sie vor den Parlamentswahlen in Zweiergruppen in die Provinzen führen, um dort über das Wahlsystem aufzuklären und für ihr eigenes Programm zu werben. Jedoch sei diese Art der politischen Kampagnen aufgrund der negativen Erfahrungen der Bevölkerung mit den kommunistischen Parteien und wegen des hohen Analphabetismus und der schlechten Sicherheitssituation in den Provinzen, wo sie zwischen die jeweiligen Machtsphären gerieten, schwierig und gefährlich gewesen. Es sei hier zusammenfassend konstatiert, dass es ein Parteiengesetz gibt und dass eine sehr kleine Anzahl der Parteien zugelassen wurde. Institutionell und politisch wurde jedenfalls ein Fenster zu einem parlamentarischen System geöffnet.

7.2.1 Individualinteressen versus Parlamentarismus im Präsidialsystem

Das bestehende parlamentarische System (Abgeordnete die ethnopolitischen und ihren eigenen Interessen folgen, keine etablierten Parteien) stellt während der Transformationsphase Afghanistans (2015-2024) und der Umsetzung der Vereinbarung des NUG-Vertrages eine große Herausforderung dar, die im Folgenden auf der institutionellen und politischen Ebene durchleuchtet wird. Die NUG hat in jedem Fall eine Kompromisslösung gefunden, mit der sich sowohl das Lager Abdullahs als auch Ghannis arrangieren konnten und die diese einvernehmlich am 21. September 2014 unterschrieben. Die Position des bisherigen CEOs hätte nach zwei Jahren, demnach bis spätestens September 2016, in ein verfassungsrechtlich verankertes Amt eines Premierministers münden sollen. Hierfür hätte eine verfassungsgebende *loya jirga* einberufen werden müssen, was nicht geschehen ist.

Hierin liegt jedoch das politische Dilemma, denn eine verfassungsgebende *loya jirga* konstituiert sich aus Repräsentant*innen der Nationalversammlung und den Vorsitzenden der Provinz- und Bezirksräte (Verfassung Afghanistans 2004, Kap. 6, Art. 111: 24). Jedoch hätten Neuwahlen für die Provinz- und Bezirksräte stattfinden sollen, die bis heute nicht durchgeführt wurden. Politische Berater haben von einer gleichzeitigen Wahl für die Provinz- und Bezirksräte aufgrund von befürchteten politischen Unruhen abgeraten (Gosztonyi/Feda/Koehler 2016: 45). Verfassungsrechtlich müssten die Wahlen in Afghanistan, ungeachtet der geographischen, technischen, sicherheitspolitischen, geschlechterspezifischen, demographischen und finanziellen Herausforderungen, zeitversetzt in einem kurzen Zeitraum in sieben Etappen durchgeführt werden. Präsidentschafts-, Parlaments-, Provinzräte-, Bezirksräte-, Gemeinderäte-, Stadtverwaltungs- und Bürgermeisterwahlen müssten transparent abgehalten sowie anschließend geordnet ausgewertet werden. Schon in funktionierenden Demokratien, die in Frieden leben, sind Wahlen immer wieder eine Herausforderung. Für ein Transformationsland, das sich noch mitten im Krieg befindet, eine fast nicht zu bewältigende Aufgabe dar. Ein *policy report* des *United States Institute of Peace* (USIP) fasst die qualitative Komplexität des verfassungsrechtlich vorgeschriebenen Wahlsystems einleitend zusammen:

„Presidential and Wolesy Jirga elections are held every five years (though not in the same years), provincial council elections every four years, and district and village council elections every three years. Municipal council and mayoral elections are called for in the constitution, but their terms are not specified. The 2010 electoral law called for them to be conducted every four years, but they have not yet been held. If Afghanistan were to conduct all these elections according to the letter of the law, forty-one elections would be held over the next twenty years.“ (Barakzai 2013: 3)

Vereinbart wurde auch zwischen den beiden politischen Lagern, dass es eine Wahlreform vor den bevorstehenden Parlamentswahlen geben muss, so dass eine transparente Stimmenauszählung und Wahlbeobachtung durch die IEC und ECC gewährleistet ist. Denn die Abgeordneten der Provinz- und Parlamentswahlen werden über die verfassungsrechtliche Legitimation einer*s Premierministerin*s entscheiden, womit sie einen erheblichen Einfluss auf das zukünftige politische System Afghanistans ausüben werden (Adili/van Bijlert 2016). Wo genau liegen zunächst die politischen Herausforderungen und die Probleme auf der Systemebene? Die nachfolgenden Punkte werden in den nächsten Unterkapiteln analysiert und gleichen aufgrund ihrer Interdependenz einem gordischen Knoten, dabei wird ein kritischer Blick auf die *electoral* und *institutional engineering*-Prozesse geworfen:

- 1) Wie bereits beschrieben, hätten 2014 die Bezirksräte und 2015 die Provinzräte gewählt werden müssen, konnten jedoch wegen der ausgebliebenen Wahlreform und wegen der schlechten Sicherheitslage nicht durchgeführt werden. Ghani verlängerte die Legislaturperiode für die Nationalversammlung per Dekret, ohne Wahlen stattfinden zu lassen. Weil sich die Volksvertretung nach der afghanischen Verfassung im letzten Jahr der Legislaturperiode nicht mit der Reform des Wahlgesetzes befassen darf (Verfassung Afghanistans 2004, Kap. 5, Art. 109: 24), setzte der Präsident das veränderte Wahlgesetz als exekutives Dekret in Kraft. Diese vom Präsidenten unterzeichnete Wahlreform sorgte bei den Volksvertreter*innen für Aufruhr, da sie mit dem neuen Wahlverfahren um ihre Position fürchten, denn ihre (Wieder-)Wahl wurde besonders durch das SNTV-System geschützt, das nun durch ein neues Wahlsystem ersetzt wird. Das Dekret zur Wahlreform, die nun am Parlament vorbei in Kraft getreten ist, sehen viele politische Analyst*innen und natürlich betroffene Parlamentarier*innen als Verfassungsbruch durch den Präsidenten und sein Kabinett. Aus der Perspektive der Parlamentarier*innen dürften keine Gesetzesänderungen am Parlament vorbei in der letzten Legislaturperiode entschieden werden. Die *Independent Commission for Overseeing the Implementation of the Constitution* (ICOIC) argumentierte jedoch, dass die Regierung Dekrete zu Wahlen und Wahlkommissionen während der letzten und bereits verlängerten Legislaturperiode dem Parlament nicht zur Beratung und Verabschiedung vorlegen müsse (Adili/van Bijlert 2016).
- 2) Im September 2016 wurde das neue Wahlgesetz unterschrieben und im November 2016 wurden die neuen Kommissar*innen für die IEC und die ECC bekannt

- gegeben, die die Provinz- und Bezirkswahlen organisieren sollen.²⁵ Das neue Wahlgesetz sieht vor, dass die Stimmen nach Artikel 35 nach einem Mehrheitswahlrecht (*first past the post system*) ausgerechnet werden und ein*e Repräsentant*in für den Wahlbezirk ausgewählt wird (Adili/van Bijlert 2017; Adili/van Bijlert 2016; Justizministerium der Islamischen Republik Afghanistan 2016). Als weitere Machtbescheidung der Parlamentarier*innen der nachgeordneten Ebenen kann auch das reformierte proportionale Wahlrecht für die Provinz-, Bezirks- und Gemeinderäte gewertet werden, da es weniger Sitze geben wird. Ein detaillierter Plan der IEC zum proportionalen Wahlrecht zur Realisierung dieser in Artikel 35 festgehaltenen Wahlreformen war bereits Ende Februar 2017 fällig.
- 3) Die neu initiierte Registrierung aller Wahlberechtigten afghanischen Bürger*innen mittels eines landesweiten Volkszensus mit elektronischen Identifikationskarten, auf denen neben der Nationalität afghan auch die ethnische Zugehörigkeit stehen wird, hat im Vorfeld konfliktreiche Diskussionen über die ethnischen Identitäten aufflammen lassen. Entlang der beiden Begriffe „Nation“ und „Ethnie“ sind die Kontroversen entflammt (Tolo News 2017b). Einige afghanische Eliten waren gänzlich gegen die Registrierung der ethnischen Zugehörigkeit und votieren dafür, dass alle Bürger*innen als „afghanisch“ registriert werden. Die überwiegende Mehrheit der nicht-paschtunischen Eliten wiederum befürworten, die ethnische Registrierung auf den elektronischen Identifikationskarten, so dass die ethnische Zusammensetzung der Bevölkerung klar wird. Einige paschtunische Elitenvertreter*innen befürchten wiederum, dass nach dieser Registrierung die Paschtun*innen nicht mehr als ethnische Mehrheit aus der Bevölkerung hervorgehen werden und sie ihren politischen Anspruch auf die Macht nicht mehr mit ihrem größeren ethnischen Proporz an der Bevölkerung begründen können (Constable 2016). In Kapitel 7.2.5 *Über elektronische Identitätskarten zum Volkszensus* wird diese Problematik genauer beschrieben.

Für den vorliegenden Kontext ist es wichtig hervorzuheben, dass für Abdullah und seine Anhängerschaft die politische Zukunft mit einer starken Position des Premierministers mit einer erfolgreichen Wahl der Provinz- und Parlamentswahlen für die Position eines*r Premierminister*in eng verknüpft ist. Denn die Wahlen auf diesen beiden Ebenen entscheiden über die Besetzung der verfassungsgebenden *loya jirga*, die letztendlich über die Rolle eines zukünftigen Premierministers entscheiden muss (Tolo News 2017a). Das politische Lager Abdullahs drängt auf das System der einzelnen übertragbaren Stimme (*single transferable vote*), auch ging ihnen die teilweise Neubesetzung der IEC und der ECC nicht weit genug (Adili/van Bijlert 2016).²⁶ Wie bereits geschildert, gab es bei den Stimmenauszählungen während der Präsidenten-

25 Für eine verfassungsgebende *loya jirga* müssen die 102 Mitglieder der *meshrano jirga*, 249 Mitglieder der *wolesi jirga*, 34 Ratsvorsitzende der Provinzräte und 364 Ratsvorsitzende der noch nie abgehaltenen Bezirksräte sich für die große Ratsversammlung konstituieren.

26 Die Namen und die alten versus neuen Kandidat*innen können einer afghanischen Nachrichtenagentur entnommen werden (1TVnews 2016).

schaftswahl am 5. April 2014 und bei der anschließenden Stichwahl zwischen Abdullah und Ghani am 14. Juni 2014 fragwürdige Ergebnisse. Dies äußerte sich beispielsweise darin, dass die Anzahl der Stimmzettel höher lag als die Bevölkerungszahl eines Bezirks und eine lückenlose und transparente Nachzählung der Stimmzettel konnte durch die IEC nicht mehr gewährleistet werden. Die Parlamentsabgeordnete Aziza fasste die Situation bereits vor den Präsidentschaftswahlen im April 2015 im Zusammenhang mit den Parlamentswahlen ehrlich zusammen:

„Eigentlich ist es sehr schwer festzuhalten, wie hoch die Legitimität für einen Gewählten ist. Denn auf dem Weg, der ihn zu einer legitimen Position führt, dafür braucht er genügend Stimmen. Ja? Die Stimme, die ihn ins Parlament bringt, diese Stimme muss er haben. Wenn wir ein Parteiensystem haben, dann können wir das Verschwinden vieler Stimmen verhindern und die Legitimität durch viele Stimmen herstellen. Nun hatten wir zum Beispiel in den vergangenen Wahlen Repräsentanten, die 10.000 Stimmen hatten, sie waren die letzte Person. Also, haben 10.000 Menschen jenen gewählt. Aber da gesetzlich festgesetzt worden ist, dass ein Teil von Frauen ins Parlament gehen muss, ist beispielsweise eine Frau mit 2.000 Stimmen gekommen und ein Mann mit 10.000 Stimmen ist nicht reingekommen. Unser System ist so, dass die Evaluierung der Legitimität nicht mit den Stimmen der Menschen übereinstimmt, jemand, der die meisten Stimmen hat, hat die Legitimität oder die Leute (...) Aber in anderen Ländern ist es nicht so, in anderen Ländern werden die gewonnenen Stimmen nicht verhindert, also die Stimme wird nicht weggenommen, also Stimmen werden nicht verschwinden. In Afghanistan haben wir viel Verderben, die Stimme wird ausgeglichen, wird obsolet, weil wir ein System der einfachen nicht-übertragbaren Stimme haben. Das was man auf Englisch,

//FDS: Single non-

//Aziza: non-transferable//vote nennt, einfache nicht-übertragbare Stimme, in diesem Verhältnis ist es beispielsweise so, dass in einem Gebiet viele Leute ihre Stimme für mich abgeben, aber von der anderen Seite kommt jemand an meine Stelle. Weil ich zwei Stimmen mehr bekommen habe, komme ich. Aber er, der zwei Stimmen weniger als ich hat, kommt nicht. Aber er hat immer noch viele Stimmen. Diejenigen, die ihn gewählt haben sind dagegen, und sagen, dass der Prozess nicht legitim ist. In anderen Ländern wählen sie Parteien und diese Systematik ist weniger. Es besteht kein Zweifel darüber, dass negative Meinungen über das Parlament, die Wahlinstitutionen, den Präsidenten eingeschlossen, sehr hoch sind.“²⁷

Tatsächlich wären rein rechnerisch die Wahlergebnisse direkt nachvollziehbar, aber dies hätte zur Folge, dass für weibliche Kandidatinnen separate Wahllisten geführt werden müssten; dies wird nun von der IEC überdacht. Es könnte jedoch dann für Frauen, die wie die hier interviewte Parlamentarierin davon überzeugt sind, auch ohne eine Frauenquote zu bestehen, schwierig sein, sich dann auf ein demokratisches Wahlergebnis und ihre politische Legitimität zu berufen. Aziza beschreibt es im obigen Zitat, dass es schwierig sei, neben den männlichen Kandidaten zu bestehen, denn ihnen wird immer die Quote vorgehalten werden. Jedoch kann diese Parlamentarierin sich auf den Rückhalt ihrer starken *mujaheddin*-Gruppe der *Jamiat-e Islami* berufen, die dafür sorgen, dass sie die notwendigen Stimmen aus ihrer unwegsamen und ge-

27 Vgl. Interview Nr. 11, mit Aziza in einem Saal des Parlamentsgebäudes am 8. April 2013 in Kabul: 146.

fährlichen Heimatprovinz erhält. Im Gegenzug versorgt sie ihre Klientel mit Minenverträgen, auf die ich hier nicht spezifischer eingehen kann, um die Identität meiner Interviewpartnerin zu schützen. Ihre Handlungspraxis stimmt mit ihrer normativen Handlungspraxis zum Teil überein, da Aziza bereits an vorheriger Stelle zum Thema Korruption die Mechanismen für die Budgets erklärte und das Parlament eher als legitime Annahmestelle und Regulationsinstanz darlegte.

Wie könnte ein neues, gerechteres und vor allem transparentes Wahlrecht für die afghanische Gesellschaft aussehen? Auch in der Forschungsliteratur wird eine Kombination von *STV*-System und Verhältniswahlrecht als ein in ethnisch zerrüttenden Gesellschaften vielversprechendes Wahlsystem beschrieben. Darauf wird näher in Kapitel 7.2.2 *Konsoziationalismus oder Zentripetalismus für die afghanische Konfliktsituation?* eingegangen. An dieser Stelle sei für die bessere kontextuelle theoretische Rahmung folgendes Zitat eingerückt:

„PR [proportional representation] is deemed beneficial from the perspective of ethnic conflict management because it not only facilitates minority representation, it also allows groups to articulate their own political identities (Lijphart 1995: 281). Lijphart (Lijphart 2008: 79) specifically advocates the close-list variant of PR because it encourages the formation of cohesive political parties and strengthens the influence that leaders hold on their parties.“ (McCulloch 2014: 13)

Jedoch gibt es keine funktionierende Parteienlandschaft in Afghanistan, die innerhalb eines Verhältniswahlrechts in einem parlamentarischen System die Interessen ihrer Wählerschaft repräsentieren könnten. Hierzu nahm im Interview der Hochschuldozent für Jura und Politikwissenschaften Ali in Mazar-e Sharif Stellung. Er empfing uns – die Parlamentsabgeordnete, Darius und mich – in seinem Büro an der Universität Balch in Mazar-e Sharif. Bevor wir sein Büro erreichten, mussten wir uns durch Hunderte von Studierenden unseren Weg bahnen. Der Campus ist im Vergleich zur Kabuler Universität sehr viel kleiner und karger, aber dadurch wirkten die unterschiedlichen Kleidungsstile, mit denen Studierende ihre politischen Orientierungen demonstrierten, umso stärker. Es gab weibliche Studierende, die aus der Theologischen Fakultät kamen, von denen nur ihre Augen zu sehen waren und einige traditionell gekleidete männliche Studierende, die jedoch in der Minderheit waren. In Alis Büro herrschte ein reges Kommen und Gehen, Studierende wie auch Lehrkräfte kamen unangemeldet zu ihm ins Büro. Es war eine offene und lebendige Atmosphäre, so dass ich die Interviews mit seinen Kolleg*innen im Minutentakt in seinem Büro führen konnte. Zur einleitenden und sehr offen gestellten ersten Frage nach den Veränderungen seit der Petersberger-Konferenz im Dezember 2001 antwortete Ali mit einer für Afghanistan fast grundlegenden Problemdarstellung: „Es muss Leute geben, die die Bildung haben, demjenigen über sich den richtigen Weg zu zeigen. Wir leben in einer Welt der Paradoxe. Wir hätten die Personen einladen müssen, die sich auskennen. Die Geistreichen hätten entscheiden müssen, was die beste Verfassung für

uns ist.“²⁸ Aus diesem Grund fragte ich Ali direkt, welches politische System er für Afghanistan bevorzugen würde:

„Beide Systeme sind gute Beispiele. Sowohl in den USA als auch in der BRD gibt es gute Beispiele für das präsidentielle System.²⁹ Das parlamentarische System wäre für Afghanistan gut, aber es gibt keine Parteien. Aber wenn es Parteien gibt und die nationale Einheit besteht und Modernität, dann wäre es ein gutes System auch für Afghanistan.

Der neuen Generation ist die Tradition egal, aber im Dorf ist die Tradition weiterhin wichtig. Es gibt die Demokraten und die Konservativen. Die Demokraten sind die jungen Leute und die können in eine Partei gehen und die anderen mit Sayyaf können zu den Konservativen gehen.

In einem zentralen System, wäre ein halb föderales System im Moment sehr erstrebenswert. Für 17.000 Studierende haben sie gezielt den Strom abgestellt. Dann musste ich das Geld einzeln einsammeln und es an das Finanzamt nach Kabul weiterleiten, damit wir zumindest am nächsten Tag wieder Strom hatten. Also, halb zentral ist besser.“³⁰

Ali spricht einige wichtige Punkte an, z.B. dass die junge Generation weniger Berührungängste mit neuen Parteien hat. Konservative hätten ja weiterhin die Möglichkeit, in Sayyafs religiös-konservative Partei einzutreten. Ein Potenzial für ein liberales Weltbild sieht er in der jungen Generation, die er alltäglich lehrt und mit ihnen im Austausch steht. Wie bereits bei den Kabuler Elitenvertreter*innen weiß er um die konservativen Überzeugungen der Afghanen*innen, hat aber die junge Generation als liberaler und offener erfahren.

Ein Dozent für Theologie, Abu Bakr, ein Vertreter dieser jungen Generation von Afghanen*innen, stützt jedoch Alis These von einer liberaleren, offeneren Generation, die auch neuen Parteien gegenüber aufgeschlossen ist, nicht. Abu Bakr hat islamisches Recht in Ägypten studiert und war höchstens Mitte Dreißig. Mit einem kurz gestutzten Bart, den ebenso kurzen Nägeln, seiner makellosen Sauberkeit wies er sich als streng religiös orientierten Menschen, der die Vorschriften der islamischen *sunna* (Bart-, Haar- und Kleidungsgröße) befolgt, aus. Sein grauer Anzug und sein strahlend weißes Hemd unterstrichen seine religiös-konservative Prägung, die nun nicht mehr in Opposition zur Moderne stehen muss. Diese äußerliche Demonstration innerer religiöser Überzeugungen ist für die Elterngeneration oder Pre-Kriegsgeneration eher befremdlich. Auch Giustozzi beschreibt in seinem Aufsatz zu Radikalisierungen an den Universitäten Afghanistans folgendes: „Even those who studied abroad, particularly in Pakistan, can have more conservative attitudes than their own parents from the educated middle class; often parents have found themselves being criticised for

28 Vgl. Interview Nr. 22, mit Ali am Institut für Politikwissenschaften und Jura an der Universität Balch am 13. November 2014 in Mazar-e Sharif: 221.

29 Das politische System der BRD ist natürlich nicht nach einem präsidentiellen System organisiert, sondern es basiert auf einer parlamentarischen Demokratie. Wenn die afghanischen Eliten das deutsche System als Vorbild auflisten, dann meinen sie oft, dass das parlamentarische und föderale System Deutschlands auch für die afghanischen Verhältnisse nachahmenswert ist.

30 Vgl. Interview Nr. 22, mit Ali am Institut für Politikwissenschaften und Jura an der Universität Balch am 13. November 2014 in Mazar-e Sharif: 222.

their liberal attitudes by their own sons and daughters.“ (Giustozzi 2010: 3) Weiter schreibt der Autor, dass Säkularist*innen sich durch das dominierende religiöse Klima eingeschüchert fühlen. In den 1970er Jahren sei es sogar während des Fastenmonats schwierig gewesen, so viele Studierende wie heute für ein Gebet zu motivieren (ebd.: 3). Da Abu Bakr schnell zu seinem Seminar musste, konnte ich ihn nur kurz sprechen. Er benutzte viele religiöse und arabische Phrasen, um seine theologische Sichtweise darzulegen. Auf meine Frage, welche alten und neuen Konflikte in der afghanischen Gesellschaft aufgetreten seien seit der Bonner Petersberg Konferenz, antwortete er im Kontext seiner Rolle als Hochschuldozent:

„Ich habe keine ernsten Probleme gehabt. Es gab auch sehr freie Fragen, ich habe in einem Dialog die Fragen beantwortet, so dass sie im Sinne der Studierenden beantwortet werden. Gott hat uns zur Mäßigung und Bescheidenheit aufgerufen. Ich bin nicht gegen die Freiheit, jeder Muslim würde für seine Freiheit sterben. Aber in jeder Religion gibt es den Gedanken der Freiheit. Im Westen sagt ihr: Die Freiheit ist immer die Freiheit des Andersdenkenden. Wir denken, dass es für die religiöse Freiheit gilt.“³¹

Als Vertreter einer jungen Generation sind seine Ausführungen zu den Medien noch erstaunlicher, da sie mit denen des bereits zitierten Geistlichen aus Kabul Akbar übereinstimmen: „Wir sehen uns dieses und jenes im Fernsehen an, dies wird als Demokratie bezeichnet. Aber dies ist ein System für die Regierungsführung. Die Freiheiten müssen im Rahmen bleiben.“³² Abu Bakr war auch sehr gut informiert über die aktuellen Entwicklungen in der einst streng laizistischen Türkei und die politischen Folgen des Arabischen Frühlings um 2014, und stellte alle diese Entwicklungen in den Kontext einer islamischen *umma*:

„Säkularismus gibt es nur im Westen. Es begann in der Türkei, aber dort sehen wir, dass die Gerechtigkeit- und Entwicklungspartei wieder führt. Auch in Ägypten und Tunesien sehen wir, dass die Lehren gegen den Islam und die dort lebenden Menschen sind. Islam und Staat betrachten wir als unabdingbar verbunden. Außerdem gilt der Grundsatz, dass diejenigen, die die *ummah* repräsentieren, auch das Staatsoberhaupt repräsentieren. *Islam wa al-hawall wa al-aqd*³³ ist unbedingt notwendig. Wir nehmen das Recht von Gott, den Rat [*shura*], Loyalität und die Regierung. Sie werden über diesen Weg gewählt. Wir möchten nicht, dass Religion und Staat voneinander getrennt werden. Artikel 1 und 3 der Verfassung können nicht geändert werden.“³⁴

Im ersten Abschnitt dieses Interviewzitats werden internationale politische Entwicklungen islamischer Länder, in den Kontext der *umma* (islamische Gemeinschaft) ge-

31 Vgl. Interview Nr. 23, mit Abu Bakr von der Fakultät für Islamisches Recht am 13. November 2014 in Mazar-e Sharif: 224.

32 Vgl. ebd.: 224.

33 Es sind diejenigen, denen es erlaubt ist, den rechtmäßigen Nachfolger (Kalifen) nach Muhammad zu ernennen (Esposito 2017).

34 Vgl. Interview Nr. 23, mit Abu Bakr von der Fakultät für Islamisches Recht am 13. November 2014 in Mazar-e Sharif: 224.

setzt und es wird deutlich, dass diese Länder durchaus ihren Einfluss auf die Elitenvertreter*innen in Afghanistan haben und je nach politischer Überzeugung als Beispiele für das Scheitern säkularer Systeme innerhalb einer mehrheitlich islamischen Bevölkerung angeführt werden. Aus theologischer Sicht sollten im politischen System nach dem Prinzip „Leute des LöSENS und des Bindens“ (Arabisch: *ahl al-hall wa al-aqd*) die politischen Führer ausgewählt werden.³⁵ Diese Vorstellung, dass Repräsentanten der islamischen Gemeinschaft über die Nachfolge des Kalifen entscheiden sollen, gewann durch den libanesischen und anfangs gemäßigten Reformler Sayyid Raschid Ridda (1865-1935) in Ägypten wieder an Interesse mit den Muslimbrüdern (Laoust 1942). Die hier im Interview von Abu Bakr vorgestellte Regierungsführung nach islamischen Prinzipien basiert auf Riddas folgender theologischer Staatsvorstellung:

„Rashīd Riḍā proposes in effect to combine these undertakings by considering the electors (*ahl al-hall wa'l-aqd*), the participants in the process of consultation (*shūrā*), the ‚persons of authority‘ (*ūlūm'l-amr*), and the *mujtahids* all members of a single body in which the sovereign powers of Community lie and whose executive the caliph is.“ (Kerr 1966: 197)

Historisch betrachtet waren es meist die familiären Verbände innerhalb der islamischen Kalifate, die über die Thronnachfolge entschieden, und nicht – wie der libanesischer Reformler Sayyid Rashid Ridda (1865-1935) vorschlug – nach der genealogischen Nähe zum Propheten Mohammad, der vom Stamm der Quraisch entspross, und des *ijma'*-Prinzips (Konsens). Diesen Grundsatz, den die Muslimbrüder in Ägypten beispielsweise verfolgen, sieht der hier zuvor zitierte Hochschuldozent für Islamisches Recht in der afghanischen Verfassung durch Artikel 1 und 3 realisiert.³⁶

Eine säkulare Verfassung ist für Abu Bakr undenkbar und die politischen Entwicklungen im Nahen Osten und Nordafrika geben ihm aus seiner Sicht recht. Als positive Beispiele für eine islamisch geprägte demokratische Gesellschaft werden meist drei Länder hervorgehoben: Türkei, Tunesien und Ägypten.³⁷ In der Türkei hat Erdogans Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei (Türkisch: *adalet ve kalkınma par-*

35 Nach diesem Prinzip wurde bereits mit dem *Peschawar-Abkommen* vom 24. April 1992 versucht, unter den damals verfeindeten Fraktionen eine friedliche Einigung zu erzielen. Unter der Überschrift *Elite Settlement* beschreibt Saikal, dass im ersten Schritt zunächst Mojadeddi für zwei Monate als Interims-Präsident vorgesehen war. Im zweiten Schritt sollte dann Rabbani die Koalitionsregierung für die nächsten vier Monate führen. „Der Rat des LöSENS und Bindens“ sollte anschließend eine Interimsregierung für 18 Monate konstituieren, um dann die Wahlen zu organisieren (Saikal 2004: 214). Diese Vereinbarungen, wie in Kapitel 6.5.1 *Vom internationalen Krieg zum innerstaatlichen Konflikt* beschrieben, hielten nicht lange und mündeten in einem langjährigen Bürgerkrieg.

36 Der 1. Artikel der Verfassung setzt fest, dass die Republik Afghanistans eine islamische ist. Im dritten Artikel der Verfassung wurde festgesetzt: „In Afghanistan darf kein Gesetz dem Glauben und den Bestimmungen der heiligen Religion des Islam widersprechen.“ (Verfassung Afghanistans 2004, Kap. 1, Art. 1: 4f)

37 Diese Länder hat Abu Bakr als Beispiele für seine Theorie genannt, ich habe sie später im Gedächtnisprotokoll notiert.

tisi) seit Jahren das Land islamisiert und die strenge laizistische Trennung von Staat und Religion sukzessive aufgehoben. Für Abu Bakr und viele traditionelle Afghan*innen entspricht dies einer generischen Entwicklung, die die religiösen und traditionellen Werte der einfachen Bevölkerung beachtet und den Willen des Volkes in einer islamischeren Staats- und Regierungsform umsetzt.

In Tunesien ging zum Zeitpunkt des Interviews mit Abu Bakr die islamistische *harakat an-nahda* (Die Bewegung der Wiedergeburt) aus den Parlamentswahlen im Oktober 2014 nur noch als zweitstärkste Partei hervor, nachdem sie zuvor stärkste Kraft im Parlament gewesen war. Dennoch führte Abu Bakr diese Muslimbruderschaft als Beispiel für seine *din-wa-dawla*-Ansicht vor. In den westlichen Medien dagegen wurde die zweite Wahl nach dem Sturz des Präsidenten Zine Al-Abidine Ben Ali als Siegeszug des Säkularismus gefeiert (The Economist 2014; Marks 2014).³⁸ In Ägypten haben die Muslimbrüder sogar nach den Wahlen den Präsidenten stellen dürfen. Genauer beschreibt Harders die Situation in Ägypten so:

„Die Phase nach der Massenmobilisierung 2011 ist bis zum überwältigenden Wahlsieg 2012 von einer Balancepolitik gekennzeichnet. Auch der Militärrat scheint die Islamisten schon vor den Wahlen als wichtigsten Koalitionär erkannt zu haben. Sie sind gut organisiert, genießen eine hohe politische Glaubwürdigkeit und vermögen viele Anhänger_innen zu mobilisieren. Ihre Kritiker_innen werfen ihnen einen Pakt mit dem Militär und den Kräften des alten Regimes vor. Das neue, von den Muslimbrüdern im Gewande der neuen ‚Partei für Freiheit und Gerechtigkeit[‘] (43,4%) und den Salafisten der Nour-Partei (21,8%) dominierte konservative Parlament hatte kaum Zeit, eine eigenständige Rolle gegenüber Regierung und Oberstem Militärrat wahrzunehmen.“ (Harders 2013: 36)

Diese knappen Einblicke in die drei mehrheitlich islamischen Länder zeigt, dass die afghanischen Islamgelehrt*innen diese politischen Entwicklungen genau verfolgen und dass sie für sie eine Vorbildfunktion darstellen. Die Theorie einer islamischen Demokratie ist das Pendant der Domino-Theorie der Demokratisierungswelle und hat sich noch nicht anhand eines einheitlichen Schemas bewahrheitet (Leeson/Dean 2009; Diamond 1996). Ein Vergleich der Entwicklungen ist durch die soziokulturellen Unterschiede und historischen Erfahrungen und länderspezifischen Eigenheiten schwierig. Weshalb sich jedes Land ohne Intervenie-rende, ergebnisoffen und generisch zu einem politisch repräsentativen System mit den dazugehörigen Institutionen entwickeln sollte, was in Interventionsgesellschaften (Daxner 2017) jedoch nicht möglich ist.

Im Zusammenhang mit dieser religiösen Staatsvorstellung und der Überzeugung, dass Demokratie eine islaminhärente Komponente ist, werden die *shuras*, die im

38 Im *Guardian* analysiert Marks die Wahlen und verweist darauf, dass die durch die politischen Entwicklungen entstandenen Lager nach den zweiten Parlamentswahlen nicht so einfach als islamistisch und säkular beschrieben werden können. Für eine differenziertere Sichtweise kann der Kommentar im *Guardian* hilfreich sein (Marks 2014). Da Ende 2010 die *Arabellion* in Tunesien mit dem Selbstverbrennung eines einfachen Gemüsehändlers, Mohamed Bouazizi, begann, hat die Revolution eine besonders große Symbolik und wird weiter von der „islamischen Welt“ beobachtet (Kaiser 2016).

deutschen mit dem Wort „Räte“ oder „Konsultation“ übersetzt werden können, aus dem Koran in Sure 2, Vers 38 und Sure 3, Vers 159 zitiert (Paret 2007: 15, 56). Diese Staats- und Wertvorstellung manifestiert sich in der bereits genannten *din-wa-dawla*-Doktrin, die in Afghanistan auch von einer jungen Elite aus der Mittelschicht getragen wird und identitären Halt bietet. Abu Bakr sieht sich in seiner ablehnenden Haltung gegenüber einer säkularen Staatsvorstellung mit Blick auf die Entwicklungen eines politischen Islam in anderen Ländern und auch auf Grundlage seiner religiösen Studien bestätigt. Er fasst zusammen, dass Religion und Staat miteinander eng verwoben sind und die Muslime, die er in „wir“ zusammenfasst, keine Trennung befürworten.

Im Vergleich zum hier zitierten jungen Rechtsgelehrten sei auch ein sogenannter Dorfmufti aus der Provinz Herat zitiert. Maulavi Ashraf, der als Waise in eine Koranschule aufgenommen wurde, unterrichtet den Koran seit mehr als 30 Jahren. Ich las ihm alle Fragen nacheinander vor, da er alle Fragen nacheinander hören wollte und er antwortete mir mit einer Antwort. Während wir im Schatten seines Gartens saßen, gingen junge Koranschüler in weißen Gewändern in die hinter uns liegende Moschee ein und aus. Ashraf trug einen weißen Turban, der denjenigen verliehen wird, die die Grundprinzipien des Islam beherrschen und das Recht haben, diese Lehren weiterzugeben. Als Groß-Mufti erhalten diese Gelehrten den Titel *maulavi*. In seiner ebenso hellen Tracht blickt er durch seine dunkle Sonnenbrille und stellt sich nach den 13 gestellten Fragen unwissend:

„Wir haben zwei „Ps“, die das Land regieren. Einmal das Geld [Farsi: *pul*] und dann die Parteien [Farsi: *partie*]. Das ist unser großes Problem. Ein weiteres Problem entsteht, wenn die Religion nicht mit dem Staat einhergeht. Staat und Religion [Arabisch: *din wa dawla*] muss gemeinsam bestehen. Diese folgenden drei Faktoren gehören zusammen:

Das Büro [Farsi: *daftar*], der heilige Krieg [Farsi: *sangar*, Verteidigungsgräber], die Kanzel [Farsi: *menbar*]. (...) Spiritualität gibt es im Vergleich zu den Soziologen in unserer Nation wenig. Unsere islamischen Gelehrten werden nicht nach ihrer Meinung gefragt.

Die Menschenkinder sind ja alle Brüder,
aus einem Stoff wie eines Leibes Glieder.

Hat Krankheit nur ein winzig Glied erfasst, so bleibt den andern weder Ruh noch Rast.

Wenn anderer Schmerz dich nicht im Herzen brennet,
verdienst du nicht, dass man noch Mensch dich nennet (Sa' dī 1982: 42)!^{39 40}

Maulavi Ashraf repräsentiert eine alte Generation islamischer Gelehrten, die die sufi-schen Lehren und persische Dichtung in ihrem Unterricht mit der Koranlehre verweben. Seine Unterrichtstradition unterscheidet sich von der neuen politisierten Form

39 Dieses Gedicht rezitierte Maulavi Ashraf abschließend, um seiner Kritik, dass es der Welt an Spiritualität fehle Nachdruck zu verleihen. Es ist das berühmte Gedicht von Muslih ad-Din Saadi, das sich auch im Eingangsbereich des Gebäudes der Vereinten Nationen in New York befindet.

40 Vgl. Interview Nr. 33, mit Maulavi Ashraf in einer Moschee am 21. November 2014 in der Provinz Herat: 249f.

der islamischen Rechtslehre, die auch ein Phänomen der Globalisierung ist, aber vor allem ein afghanisches Kriegssphänomen darstellt.

Die unterschiedlichen Sichtweisen des älteren Maulavi Ahsraf, des jungen Dozenten der theologischen Fakultät Abu Bakr sowie des älteren Dozenten für Jura und Politikwissenschaften Ali spiegeln die Komplexität der lebensweltlichen Anschauungen wider, die keine klaren Prognosen über Zivilisationsprozesse nach dem Elias'schen Modell zulassen. Denn nach dem Elias'schen Zivilisationsprozess, der durchaus nicht linear verlaufen muss, ergeben sich über viele Generationen staatliche Gewaltmonopole durch pazifizierte Räume, in denen mit Erfolg Macht umgesetzt und dann später so internalisiert wird, dass sie omnipräsent als Drohung das gesellschaftliche Leben reguliert (Elias 1976/1995: 312-454). In Afghanistan können durchaus die nebeneinander existierenden unterschiedlichen Staatsvorstellungen als Erfolg akzeptiert werden, aber die Diskurse in und außerhalb der Seminarräume entladen sich oft gewaltsam. Weiterhin sind diese lebensweltlichen Anschauungen mit einem ökonomischen Überlebenskampf eng verknüpft.

Aus Alis Sicht geht die Entscheidungskompetenz auf der Provinzebene für die alltäglichen Abläufe jedenfalls nicht weit genug. Aus dem zitierten Beispiel der Stromrechnung geht hervor, dass zentralpolitisches Mikromanagement in Afghanistan schwerwiegende Folgen für den Alltag der Menschen hat, denn nicht einmal die einfachsten Entscheidungen können schnell gefällt werden. Wahrscheinlich meint der Dozent für Jura und Politikwissenschaften mit „halb zentral“ ein politisches System, dass sich am ehesten mit dem bereits erklärten Begriff „Dekonzentration“ zusammenfassen ließe, in dem bürokratische Abläufe auch auf Provinzebene entschieden und organisiert werden könnten (Litvack/Ahmad/Bird 1998: 4). Alis Büro war insgesamt in einem guten Zustand, aber die meisten Lehrmittel werden von USAID und GIZ finanziert. Auch wies ein riesiges Banner der GIZ am Universitäreingang auf den IT-Bereich hin, der sich damals noch in den Anfängen befand und nun zu einem großen landesweiten und erfolgreichen IT-Studiengang ausgebaut worden ist (Federal Foreign Office 2016). Bei Ali überwiegt hinsichtlich seiner idealen Systemvorstellung eine pragmatische Sichtweise:

„Aus meiner Sicht gibt es Probleme und es ist aber auch ein sehr guter Weg. Wir müssen auf die politische Ebene schauen und sehen, dass die aktuelle Verfassung die Beste ist. Wenn diese Ordnung wirklich von Jedem befolgt werden sollte, dann hätten wir ein gutes Leben. Ich persönlich befürworte das parlamentarische System, aber nicht jetzt. Wir brauchen zuerst neue Institutionen und eine neue Verfassung.“⁴¹

Ali plädiert zunächst dafür, dass die Institutionen und die Verfassung erneuert werden. Im Gespräch gab er auch zu verstehen, dass es in den Händen der USA läge, diese Reformen finanziell zu unterstützen und politisch voranzutreiben. Auf die Frage nach der Legitimität der Eliten stellte Ali eine Verbindung zum ethnischen Konflikt her, wobei er eine Anekdote aus seinem persönlichen Leben erzählte:

41 Vgl. Interview Nr. 22, mit Ali am Institut für Politikwissenschaften und Jura an der Universität Balch am 13. November 2014 in Mazar-e Sharif: 223.

„Ich glaube nicht an die Eliten hier in Afghanistan. Ich denke, dass wir viele Gedanken aufgeblasen haben. Mein Sohn fragt mich zu Artikel 5, zu welcher Ethnie wir eigentlich gehören. Wir können nicht alle Ethnien aufzählen, die es in Afghanistan gibt. Wir haben sie weiter aufgeteilt. Besonders während der Wahlen waren auf einmal alle in die unterschiedlichen Ethnien aufgeteilt. Es war rassistisch aufgeteilt. Auch wirtschaftlich hat sich seit 2011 vieles verschlechtert. Viele sind arbeitslos. Wenn Leute arbeiten, dann in der Politik. Woanders gibt es auch keine Beschäftigungsmöglichkeit.“⁴²

Die Ethnisierung, die verfassungsrechtlich vermieden werden sollte, hat die Spannungen zwischen den zahlreichen Ethnien gefördert. Da zum einen nicht alle Ethnien in der afghanischen Verfassung genannt werden können, ist eine ethnische Hierarchie konstruiert worden. Zum anderen kann sich in Afghanistan kaum ein*e Bürger*in auf eine ethnisch homogene Identität berufen. Die ethnischen Zugehörigkeiten sind situationsabhängig und seit jeher waren die Identitäten dadurch fluid und flexibel.

Der bereits zitierte Hochschuldozent für Ökonomie aus Kabul, Jahaangir, hat eine dezidiertere Meinung zum aktuellen politischen System:

„Die Inder haben ein parlamentarisches System. Es ist für den sozialen Zusammenhalt besser als ein zentrales System, das sich nur auf eine Person konzentriert. Die Machtkonzentration sollte vom Zentrum mit den lokalen Gebieten geteilt werden. Wenn wir feudal sagen, dann wird es ethnisch, dann gibt es zwischen staatlich und bürgerlich keinen Unterschied mehr. Es sollte parlamentarisch sein und föderal werden, das wäre sehr demokratisch orientiert.“⁴³

Nach Jahaangir verlief der ideale Staatsprozess folgendermaßen: Ein parlamentarisches System geht in ein föderales System über, nachdem die Ethnisierung der Gesellschaft sich aufgelöst hat, alle Einwohner zu afghanischen Bürger*innen geworden sind. Ähnlich beschrieb es der Hochschuldozent Lateef von der Fakultät für Wirtschaft in Mazar-e Sharif. Ihn interviewte ich auf dem neuen Campus, auf dem neben dem älteren weißen Gebäude nun auch ein großes beige-rotes Gebäude steht, das die pakistanische Regierung finanziert hat. Es wirkt aufgrund seiner Farbe und Architektur sehr massiv und fast wie ein Kontrapunkt zum älteren weißen Universitätsgebäude. Bereits von Ferne war es an seiner pakistanischen Flagge zu erkennen. Lateef empfing uns in der Fakultät für Wirtschaft im älteren Universitätsgebäude, er hat trotz seines jungen Alters bereits während der Taliban-Herrschaft an der Universität unterrichtet und rückblickend sagte er im Interview:

„Ich habe auch während der Taliban unterrichtet. Wir waren nur 40 Studierende in vier Fakultäten. Nun haben wir 1.600 Studierende. Diese Tatsache ist ein Gewinn. Nun gibt es 17 Fakultäten [seit der Zeit nach den Taliban]. Wir haben 120.000 Quadratmeter Land. Nun wird hier Ingenieurwesen, Wirtschaft, Islamisches Recht und *Public Administration* [finanziert durch die GIZ], Journalismus [finanziert durch die USAID] unterrichtet. Wir fühlen die Unterschiede, es

42 Vgl. Interview Nr. 22, mit Ali am Institut für Politikwissenschaften und Jura an der Universität Balch am 13. November 2014 in Mazar-e Sharif: 221f.

43 Vgl. Interview Nr. 17, mit Jahaangir im Lebensraum meines Vaters am 6. November 2014 in Kabul: 200.

gibt natürlich Probleme im Niveau, aber es gibt weiterhin Fortschritte. Es gibt mehr Freiheiten aus intellektueller Sicht und Meinungsfreiheit.“⁴⁴

Auf die Frage, welches politische System er befürwortet, sagte er:

„Ich persönlich befürworte Föderalismus. Aber jetzt wäre es schlecht für die Menschen, sie sind noch nicht bereit dafür. Die Menschen brauchen eine richtige Auffassung vom Föderalismus. Es dauert noch zwei bis drei Wahlgänge für einen richtigen Präsidenten. Dann kann es z.B. ein Referendum zum System geben. Für die Zukunft befürworte ich den Föderalismus. Es sollte sich nicht mehr nur alles auf ein zentrales System konzentrieren. Vielleicht könnte es auch eine *loya jirga* entscheiden, denn es gibt keine Parteien und das Parlament hat leider nicht die Möglichkeiten, legislativ zu entscheiden. Es würde auch Unordnung entstehen, wenn sie alle paar Jahre das System ändern sollten.“⁴⁵

Alle interviewten Elitenvertreter*innen befürworteten in der Theorie ein parlamentarisches oder sogar föderales System – bis auf die anfangs genannte Person –, aber alle betonten, dass die Zeit dafür noch nicht reif sei. Aus ihrer Sicht sollten zunächst Parteien geschaffen, weitere friedliche und transparente Wahlen organisiert und die Wahlreform implementiert werden. *De facto* bestehen jedoch bereits föderale Strukturen in Afghanistan. Neben den sub-nationalen Regierungsinstitutionen, die formell von der Regierung und Nichtregierungsorganisationen in DDAs, CDCs, DDCs organisiert worden sind, gibt es noch weitere informelle Räte und mächtige Mezzanine-Herrscher (Daxner/Riese 2011; Crawford/Miscik 2010: 128).

„Governments across the Middle East and South Asia are increasingly losing power to substate actors as those actors insert themselves at a mezzanine level of rule between the government and the people. Local populations often regard such mezzanine rulers as championing ethnic, religious, or political causes; protecting marginalized communities; and providing vital services but Western governments think they undermine effective governance and encourage state fragmentations.“ (Crawford/Miscik 2010: 123)

Beispielsweise hat Murtazashvili 17 Dörfer untersucht, in denen die Bewohner*innen ihre eigenen Räte und Konfliktlösungsmechanismen haben und die öffentlichen Güter über einen *arbaki* regulieren, dadurch also korrupte Regierungs- und Verwaltungsstrukturen unterlaufen. Sie nennt diese Regierungsform *a system of customary governance* (Murtazashvili 2016: 220). In der Regel steht diesem System ein staatlich-beauftragter Bezirksgouverneur (Paschto: *wolliswal*) vor, besser funktioniere es aber mit *wolliswals*, die von den Dorfältesten auserwählt wurden und aus derselben Region stammen.

Murtazashvili lehnt sich in ihrer empirischen Analyse der 17 Dörfer an folgende Definition des Föderalismus: Geopolitische Trennung, sub-nationale Regionen mit eigenen autonomen Bereichen in der Regierungsführung, Regierungen auf jeder Ebe-

44 Vgl. Interview Nr. 27, mit Lateef an der Fakultät für Wirtschaft, am 13. November 2014 in Mazar-e Sharif: 233.

45 Vgl. ebd.: 234.

ne, die die Kapazität haben, Bürger*innen direkt innerhalb ihrer Jurisdiktion zu regieren (ebd.: 221). Nach dieser Definition bestehen in Afghanistan bereits föderale Strukturen, die an ihre Bewohner*innen öffentliche Güter liefern. In der Zusammenfassung ihrer Untersuchung informeller Regierungsformen auf Gemeindeebene kommt sie u.a. zu folgendem Fazit:

„The key ingredients to local stability in Afghanistan was not service delivery or vast resources, but local leadership and the rule of law – a hard working district governor who could partner with reliable customary leaders. The rule of law did not necessarily mean a ‚good‘ governor must apply punitive state laws, but was more respected when he applied restorative, customary law.“ (Ebd.: 254)

Aus diesem Ausschnitt einer längeren Zusammenfassung wird auch folgende Frage des Hochschuldozenten Alis nach seinem Vorschlag mehr Arbeitsplätze außerhalb des politischen Sektors und eine bessere Wirtschaft einzuführen, zum Teil beantwortet: „Was ist eigentlich mit Dostum und Mohaqeq? Die Ausländer fragen uns: Ist es überhaupt möglich, dass so viele Millionen Menschen ihre Anhänger sind?“⁴⁶ Diese rhetorische Frage ließ er achselzuckend im Raum stehen. Ali kritisierte mit dieser Frage, die er sich nicht traute zu beantworten, dass es ethnopolitische Interessen von alten und einflussreichen Kriegsherren gibt, die weiterhin von ihrer Klientel unterstützt werden. Denn Kriegsherren, die meist die lokalen Machthaber sind, versorgen ihre Klientel mit Arbeit, finanziellen Mitteln und sozialem Kapital.

Zusammenfassend und überleitend sei hier vermerkt, dass sich Afghanistan in einer sensiblen Transformationsphase befindet, die die afghanische Regierung gemeinsam mit der internationalen Gemeinschaft 2010 im offiziellen *Communiqué* als Kabul-Prozess bezeichnete.

„The essence of the ‚whole of the state‘ is constitutionalism: to strengthen each of the three branches of the government and to reinforce the constitutional checks and balances that guarantee and enforce citizen rights and obligations. The essence of the ‚whole of government‘ approach is structural reform to create an effective, accountable and transparent government that can deliver services to the population and safeguard national interests.“ (Government of the Islamic Republic of Afghanistan 2010)

Die afghanische Regierung verfolgt nun ein zentrales Regierungssystem mit dezentrierten Regierungseinheiten und subnationalen föderalen Strukturen auf Gemeindeebene, das auf einem semi-präsidentiellen System basiert. Dieses semi-präsidentielle System stellte durch das SNTV-Wahlsystem für die Parlamentswahlen bisher sicher, dass aus den Provinzen je nach Bevölkerungsgröße mehrere Mitglieder aus einer Provinz ins Parlament gewählt werden konnten. Diese Chancen könnten sich nach einer Wahlreform ändern.

Jedoch ist es Teil des NUG-Vertrages, für die nächsten Präsidentschafts- und Parlamentswahlen die Wahlinstitutionen (IEC, ECC) zu reformieren und die Wahl der

46 Vgl. Interview Nr. 22, mit Ali am Institut für Politikwissenschaften und Jura an der Universität Balch am 13. November 2014 in Mazar-e Sharif: 222.

Kommissionskommissar*innen proportional nach ethnischen Zugehörigkeiten auszuwählen, um auf diese Weise eine transparente Stimmenauszählung garantieren zu können. Diese Aufteilung wäre jedoch ein Schritt in Richtung offizielle Quotenregelung auf institutioneller Ebene, welche sich ohnehin bereits bei der Auswahl der Minister*innen, Botschafter*innen, Konsul*innen und anderen Staatsangestellten manifestiert hat und zwischen Ghani und Abdullah zu zähen und langwierigen Verhandlungen geführt hat.

Die hier zu Wort gekommenen Elitenvertreter*innen sind in der Theorie für mehr Dezentralismus und mehrheitlich für ein parlamentarisches System. Diese Befürworter*innen gehen in ihrer Idealvorstellung einen Schritt weiter und gehen davon aus, dass ein föderales System innerhalb eines parlamentarischen Systems für Afghanistans Gesellschaftsstruktur ein repräsentatives politisches Modell ist. Jedoch sind sie überzeugt, dass Afghanistan aufgrund der dargelegten institutionellen, soziokulturellen sowie gesellschaftlichen Bedingungen noch nicht stabil genug und reif ist für diese Veränderung. Was aber bieten die Transformationstheoretiker für Lösungen an und inwiefern wären diese Lösungen mit den Realitäten Afghanistans und den Vorstellungen der Elitenvertreter*innen vereinbar?

7.2.2 Konsoziationalismus oder Zentripetalismus für die afghanische Konfliktsituation?

Im Theorieteil dieser Arbeit wurde bereits das strukturfunktionalistische und akteur-funktionalistische Analysekonzept vorgestellt und nachdem nun einige Meinungen der Eliten hier aufgeführt wurden, empfiehlt sich ein Blick auf die *institutional-engineering*-Theorien in konfliktzerrütteten Ländern und ethnopolitischen Konfliktgesellschaften. Unterschiedliche Eliten haben während der Interviews Lösungsansätze vorgeschlagen. Diese Lösungsansätze sind auf der Systemebene nichtrevolutionärer Natur, bedürfen aber langfristiger Reformen auf institutioneller und somit auch auf verfassungsgebender Ebene. Zu den Kernkonflikten, die insbesondere während der Interviews angesprochen wurden, gehören ethnische Konflikte, die wiederum einen hohen Grad an Misstrauen auf staatlicher Ebene während der wichtigsten Entscheidungsfindungsprozesse zwischen den einzelnen Volksgruppen verursachen und sich somit auch instrumentalisieren lassen.

In der Konfliktmanagementtheorie gibt es unterschiedliche Ansätze, die ethnischen Feindseligkeiten nach einem Bürgerkrieg für einen nachhaltigen Demokratisierungsprozess zu organisieren. Hierfür werden beispielsweise die demokratische Machtteilung⁴⁷ (*consociational democracy*) (Lijphart 1999; Lijphart 1985; Lijphart 1977; Lijphart 1971; Lijphart 1969) oder Konsensdemokratie (Lijphart 2012; Lijphart 2002a) vorgeschlagen und durch die institutionell organisierte Chancengleichheit in der Gesellschaft wird den unterschiedlichen und untereinander verfeindeten Ethnien in der Theorie die Möglichkeit eingeräumt, einen Friedensprozess einzuleiten.

47 Die erste Hauptarbeit zum Thema der Machtteilung wurde von Gerhard Lehbruch im Jahre 1967 zur *Proporzdemokratie. Politisches System und politische Kultur in der Schweiz und in Österreich* verfasst (Lehbruch 1967).

Lijphart definiert den Konsoziationalismus wie folgt: „Consociational democracy means government by elite cartel designed to turn a democracy with a fragmented political culture into a stable democracy.“ (Lijphart 1969: 216) Lijpharts vier Kriterien für *consociational constitutions* sehen eine exekutive Machtteilung in einer großen Koalition mit den wichtigsten Repräsentant*innen aus allen Segmenten der Gesellschaft vor. Die Minderheit muss ein Vetorecht bei Regierungsentscheidungen haben, so dass einvernehmliche Entscheidungen sowohl für die Mehrheit als auch für die Minderheiten unvermeidbar werden. Auch eine proportionale Repräsentation der führenden Gruppen sollte in gewählten und ernannten Ämtern umgesetzt werden. Den einzelnen unterschiedlichen Gruppen sollte es möglich sein, ihre kulturelle Autonomie auszuüben (Lijphart 1977).

Einer seiner schärfsten Kritiker, Horowitz, weist auf die tief geteilten gesellschaftlichen Strukturen (*deeply divided societies*) in Post-Konflikt-Ländern, insbesondere außerhalb der OECD-Staaten, hin (Horowitz 2002: 18; Horowitz 1991; Horowitz 1985). Außerdem betont er die Schwierigkeit, die konsoziationale Theorie in bürgerkriegsgebeutelten Ländern als Verfassungsform umzusetzen (Horowitz 2002: 19). Die eigentliche Intention, religiöse, ethnische, regionale sowie sprachliche Differenzen zugunsten einer funktionierenden Demokratie zu reduzieren, seien durch insgesamt vier falsche oder zu optimistische Annahmen Lijpharts nicht zu realisieren: Es sei eine Fehlannahme, dass die Eliten danach streben würden, einen Konsens zu finden (insbesondere nicht die Mehrheitsethnie). Die Annahme, dass Eliten eher weniger die Ethnisierung instrumentalisieren sei, nach anderen Forschungsergebnissen sehr zweifelhaft. In einigen Fallbeispielen waren entweder die Anhänger*innen oder die Eliten besonders an einer Ethnisierung des Konflikts interessiert. Nach Kompromissen komme es zwischen den Eliten zu interethnischen Koalitionen, die jedoch keiner angestrebten großen und repräsentativen Koalition entsprächen. Diese Situation führe zu unerwünschten zentrifugalen Machtkämpfen von Elitefraktionen, die einen politischen Kompromiss als Verrat betrachten (ebd.: 21). Diese Entwicklung zu interethnischen Konflikten zeichnet sich auch in Afghanistan seit der Unterzeichnung des NUG-Vertrags ab.

Im selben Sammelband bezieht Lijphart Stellung zu Horowitz' Kritik und räumt ein, dass es in folgenden Ländern trotz einer Machtteilung zu gewaltsamen Auseinandersetzungen kam: In Zypern 1963, im Libanon 1975 sowie in Nordirland bis 1999 (ebd.: 41). Jedoch kontrastiert er diese Länder mit anderen ethnisch-geteilten Gesellschaften, die die demokratische Machtteilung als eins der vier Kerncharakteristika für eine bestimmte Zeitspanne mit Erfolg umgesetzt hätten:

„However, there are also clear cases where power-sharing has worked successfully in ethnically divided countries – Switzerland since 1943, Belgium since 1970, Lebanon from 1943 to 1975, Malaysia from 1955 to 1969, Suriname from 1985 to 1973, and the Netherlands Antilles from 1950 to 1985 – as well as in three countries with deep religious-ideological cleavages – Austria from 1945 to 1996, the Netherlands from 1917 to 1967, and Luxembourg during the same period of about half a century.“ (Lijphart 2002: 41)

Für den Libanon oder Zypern hebt er die ruhigen Perioden hervor und deutet diese kurzen Phasen der Stabilität als verbesserungswürdige Regierungsstrukturen aus. Im Fall Libanons weist Lijphart erstens auf die geopolitische Lage im Nahen Osten zwi-

schen Syrien, Palästina und Israel als internationalen Konflikttherd hin, weshalb das kleine Land zwischen den Fronten bis heute zum strategisch wichtigen Spielfeld geworden ist (ebd.: 42). Als zweiten Grund hebt er die Machtposition der christlich-maronitischen Minderheiten hervor, die durch ihren Präsidenten und die für sie vorgesehenen Parlamentssitze im Vergleich zur muslimischen Mehrheit des Landes in der Regierung überrepräsentiert waren (Ratio bestand in 6:5 für die maronitischen gegenüber den muslimischen Parlamentarier*innen). Jedoch haben die verfeindeten konfessionellen Gruppen sich im Rahmen der *Taif*-Vereinbarung nach dem Ende des Bürgerkrieges von 1989 darauf geeinigt, dass der Premierminister von einem Sunniten und der Parlamentspräsident von einem Schiiten gestellt wird und die Parlamentssitze proportional nach den Konfessionen und den Bezirken des Landes aufgeteilt werden (Taef Agreement 2006; Lijphart 2002: 42).⁴⁸ Außerdem wurden im Abkommen die Kompetenzen des Premierministers denen des Präsidenten angeglichen (Taef Agreement 2006). Diese Reformen und neuen Vereinbarungen nach langen Bürgerkriegsjahren versteht Lijphart als positives Indiz für die Flexibilität einer eigentlich nützlichen Grundidee des Konsoziationalismus für multikulturelle, multilinguale und multi-religiöse und -konfessionelle Gesellschaften, die untereinander verfeindet sind und zunächst lernen müssen, minimale neue konfliktregulierende Lösungen auf institutioneller Ebene zu finden. In der Theorie haben sich Ghani und Abdullah auch auf dieses System geeinigt, dass jedoch seit September 2014 auf eine Umsetzung wartet, denn neben einem Präsidenten sollte es bereits eine*n verfassungsrechtlich verankerte*n Premierminister*in geben.

Simonsen diskutiert in seinen Aufsätzen die beiden theoretischen Ansätze nach dem Prinzip des *consociationalism* und *centripetalism*, um für Afghanistan eine Idealform zu finden, in der die ethnischen Unterschiede und die in der jüngsten Geschichte entbrannten ethnischen Konflikte durch institutionelle und somit staatliche Organisation kanalisiert werden könnten (Simonsen 2005; 2004). Nach seiner Untersuchung wäre der Zentripetalismus für die afghanischen Realitäten eine ratsame Alternative, um die ethnischen Ressentiments und Unterschiede institutionell *nicht* zu festigen. Reilly definiert den Zentripetalismus wie folgt: „Centripetalism envisages democracy as a continual process of conflict management, a recurring cycle of dispute resolution in which contentious issues must ultimately be solved via negotiation and reciprocal cooperation, rather than simple majority rule.“ (Reilly 2001: 7) Diese Theorie klingt vielversprechend und wird nachfolgend weiter diskutiert. Eine detaillierte Übersicht zu den Unterschieden zwischen Konsoziationalismus und Zentripetalismus bietet McCulloch in ihrem Buch. Hauptunterschiede zwischen Konsoziationalismus und Zentripetalismus finden sich innerhalb von institutionellen Bereichen: Exekutive Ausrichtung, Wahlsystem, Regierungskoalitionen und Gewaltenteilung

48 Die konfessionelle „Troika“ eines maronitischen Präsidenten, eines sunnitischen Premierministers sowie des schiitischen Parlamentspräsidenten und die „Proporze, nach denen Ämter in Regierung, Parlament, Verwaltung und Militär“ verteilt werden, wurden bereits im Rahmen des Nationalpaktes von 1943 konstatiert (Felsch 2010: 380-383). Es wurden die Bevölkerungszahlen aus dem Zensus von 1932 verwendet, um die gesellschaftlichen Verhältnisse in den Regierungsamtern widerspiegeln zu können.

(McCulloch 2014). Tabellarisch hat McCulloch die Unterschiede wie folgt zusammengefasst:

Tabelle 6: Institutionelle Formen

	<i>Consociationalism</i>	<i>Centripetalism</i>
Executive design	Parliamentary	Presidential
Governing coalitions	Grand coalition	Centrist coalition
Electoral system	Proportional representation	Majoritarian-preferential
Division of powers	Group autonomy/veto powers	Administrative federalism

Quelle: McCulloch 2014: 27

Mit Blick auf diese hier idealtypischen institutionellen Formen des Konsoziationalismus und des Zentripetalismus stellt Afghanistan eine hybride Form dar. Denn die *Exekutive* ist sowohl ein parlamentarisches als auch präsidentielles System, wobei die meisten Kompetenzen eindeutig bei der*dem Präsident*in*en liegen. Jedoch kann die Legislative wichtige Entscheidungen blockieren oder mittragen, wie bereits oben dargelegt wurde. Außerdem sieht der NUG-Vertrag eine verfassungsmäßige Verankerung der Position eines*er Premierminister*in vor. Die *Regierungskoalition*, die seit September 2014 besteht, kann als eine zentralistische Koalition bezeichnet werden, da sich die Präsidentschaftskandidaten der zwei größten Ethnien auf eine Regierungskoalition geeinigt haben. Das *Wahlsystem* erfolgt bisher nach einem SNTV-System, das eher einem halben Verhältniswahlrecht (*semi-proportional electoral system*) entspricht (Reilly 2001: 17). Jedoch empfinden viele Wähler*innen die Ergebnisse nach den Provinzwahlen als nicht repräsentativ. Der letzte Punkt zur *Machtteilung* ist kompliziert und es besteht in Afghanistan keine offizielle anerkannte Gruppenautonomie oder ein offizielles Veto-Recht für bestimmte Minderheiten. Auch lässt sich nicht konstatieren, dass in den afghanischen Provinzen ein administrativer Föderalismus von der Zentralregierung befürwortet wird. Idealerweise müssten die formellen und informellen Institutionen, die weiterhin praktizierten traditionellen Konfliktlösungsmechanismen innerhalb der sozialen Ordnungen und Entscheidungsfindungsprozesse detailliert in allen Provinzen untersucht werden, um einen repräsentativen Staat mit den dazugehörigen Institutionen *top to bottom* zu erschaffen. Jedoch lässt sich an dieser Stelle zunächst nur diese Komplexität festhalten und auf die bereits zitierten Forschungsarbeiten hinweisen, die versuchen, *policies* für eine bessere Implementierung und gute Regierungsführung auf Systemebene vorzuschlagen (Gosztonyi/Feda/Koehler 2016; Nijat 2016; Murtazashvili 2016). Zur weiteren Unterscheidung zwischen Konsoziationalismus und Zentripetalismus zählt eine Quotenregelung nach den konsoziationalistischen Vorstellungen für die unterschiedlichen Gruppierungen:

„For consociationalists, proportionality is also important beyond the electoral arena. The representation of groups on a proportionality basis should also be found in the executive, in the judi-

ciary, in the civil service, and in the security forces. In some cases, this may take the form of affirmative action policies and the institutionalization of quotas.“ (McCulloch 2014: 14)

In Anbetracht der ethnischen Vielfalt Afghanistans gibt es Diskussionen über Quotenregelungen für die Chancengleichheit in einer tief gespaltenen Gesellschaft. Der Afghanistanforscher Maley beschreibt in seinem kurzen Aufsatz über die Möglichkeit einer konsoziationalistischen Organisation des afghanischen Staates und seiner Institutionen, dass in den 1960er Jahren eine informelle Entwicklung darin bestanden habe, dass die Tadschik*innen die Staatsdemokratie dominieren und die Paschtun*innen die Armee. Weiter schreibt Maley:

„[...] – an imbalance which proved extremely debilitating in the mid – to late 1970s when non-elite Pashtuns who felt that they were unable to secure promotion on merit because of their non-elite status moved instead towards radical politics and the kind of destabilizing seizure of power which took place in 1973.“ (Maley 2015: 64f)

Das bedeutet, dass die oft angesprochene Dominanz farsisprachiger Eliten in der Bürokratie bereits vorhanden war. Denn die farsisprachige Sadozai- und Barakzai-Herrschaft dauerte 230 Jahre (Schetter 2016: 461) und wurde erst durch den April-Coup von 1978 durch Nur Mohammad Taraki, einen Ghilzai-Paschtunen, beendet und durch die sowjet-unterstützte Herrschaft der Demokratischen Volkspartei Afghanistans (DVPA) ersetzt.

Maleys Ausführungen sind von außen betrachtet richtig, jedoch sind die ethnopolitischen Realitäten der afghanischen Nation – wie bereits in den vorherigen Kapiteln beschrieben – komplexer. Sicherlich markiert der Militärcoup Daud Khans, des Cousins des damaligen Königs Zaher Schah, im Jahre 1973 und insbesondere der nachfolgende April-Putsch von 1978 den Beginn der ethnischen Zerwürfnisse. Die nach dem Militärcoup ausbrechenden Machtkämpfe zwischen dem überwiegend farsisprachigen Flügel (*Parcham*/Flagge) und dem überwiegend paschtosprachigen Flügel (*Khalq*/Volk) der kommunistischen Partei (DVPA) als ethnischen Konflikt zwischen Paschtun*innen und den in der Staatsbürokratie dominierenden Farsisprachigen zu bezeichnen, ist zu vereinfachend. Nach seiner historischen Analyse empfiehlt Maley als Lösungsansatz die Quotenregelung innerhalb des Konsoziationalismus, weil die Repräsentanz der unterschiedlichen Gruppierungen der afghanischen Gesellschaft in den Institutionen konfliktregulierend sei (Maley 2015: 65).

Vertreter*innen der jungen Eliten-Generation Afghanistans hingegen befürworten ein modernes Nationenverständnis, wobei sie eine Quotenregelung – wenn überhaupt – als eine Übergangslösung akzeptieren würden. Meine Theorie basiert lediglich auf Gesprächen mit unterschiedlichen afghanischen Bürger*innen von 2002 bis 2015, die unterschiedliche ethnische Identitäten hatten oder sich weigerten, ihre Ethnie offenzulegen. Inwiefern diese persönlichen Aussagen wirklich repräsentativ sind, ist für die vorliegende Analyse nicht möglich herauszufinden. Schetter weist in einem Aufsatz auf die komplexen politischen Zusammenhänge der ethnischen Identitäten seit den Anfängen des Staatsbildungsprozesses durch die Intervenierenden im Jahre 2001 hin:

„So far, national as well as Islamic reservations prevented open debates fuelled by ethnicity; this became most obvious by the general consensus at the Constitutional *Loya Jirga* to ban parties based on an ethnic or religious agendas. On the other hand, the awareness of belonging to a certain ethnic category has become deeper since the Bonn Agreement. The self-aspiration to a certain ethnic category became a ‚normal‘ practice for Afghans: Once blurred ethnic boundaries became clearer and engrained in everyday practices; minor ethnic categories, which were not considered in the political discourses, lost their significance. What is more, at least in U.S. politics the belief that political leadership is bound to Pashtun ethnicity is decisive as the last presidential elections demonstrated.“ (Schetter 2016: 472)

Auch wenn die ethnischen Konflikte in der Gesellschaft omnipräsent sind, werden sie in der lebensweltlichen Praxis der afghanischen Bürger*innen kaum und nur ungerne thematisiert. Eine Hochschuldozentin für Politikwissenschaften, Nadia, antwortete auf die Frage nach den alten und neuen Konflikten: „Doch auch die ethnischen Konflikte sind sehr stark geworden. Es sind die Männer, die dieses Thema erläutern. Auch die Kämpfe zwischen den unterschiedlichen Ethnien werden von den Männern geführt.“⁴⁹ Sie gehörte mit ihrer Kollegin Jamila, die neben ihrer Arbeit als Dozentin auch im Menschenrechtsbereich arbeitet, zum feministischen Flügel der Fakultät. Beide Dozentinnen haben sich mir gegenüber auch als Feministinnen bezeichnet. Jamila hat *Gender Studies* in den USA studiert, musste aber nach dem kurzen Interview schnell zu ihrem Büro im Menschenrechtsbereich eilen, so dass ich die meisten Antworten von Nadia erhielt. Auf die Frage nach den alten und neuen Konflikten antwortete Nadia:

„Es gibt vor allem mehr Freiheiten für Frauen. Zwischen allen neuen Errungenschaften ist es die Redefreiheit. Wir reden nicht so viel über Konfessionen oder politische Unterschiede. Wenn wir unterrichten, achten wir darauf, dass wir immer Beispiele von außen geben. Es geht mehr um politische Themen. Wir möchten keine ethnischen Konflikte im Seminarraum hochkochen lassen.“⁵⁰

Diese Dozentinnen, die als gesellschaftliche Multiplikatoren mit einer hohen Deutungshoheit definiert werden, meiden das Thema der ethnischen und konfessionellen Unterschiede, so dass keine Konflikte im Seminarraum ausgefochten werden. Aus dem nächsten Zitat eines Studierenden von der Universität Herat werden auch die Gründe hierfür klarer. An der Universität von Herat hatte ich die Gelegenheit, das Vertrauen eines Studierenden zu gewinnen, der Mitglied des *Herat University Elite Council* ist. Der Studierende, Shahpur, stammt aus einer wohlhabenden Familie, die in den letzten Jahren durch Handel zu Reichtum gekommen ist. Wir zogen uns gemeinsam mit Darius in einen leeren Seminarraum zurück, um das Interview zu führen. Zur Frage der Konflikte berichtete Shahpur:

49 Vgl. Interview Nr. 24, mit Jamila und Nadia von der Fakultät für Politikwissenschaften an der Universität Balch am 13. November 2014 in Mazar-e Sharif: 226.

50 Vgl. ebd.: 226.

„Wir haben unterschiedliche Konflikte. Es sind insgesamt 60 Prozent Studierende, die von anderen Provinzen an die Universität Herat zum Studium zugelassen werden. Die größten Konflikte gibt es zwischen den Ethnien und den Konfessionen. Es gibt Leute, die versuchen, Unruhen hervorzurufen. Zum Beispiel während der *ashura* [Heiliger Monat für die Schiiten] wurde letztes Jahr die Universität geschlossen [2013]. Ein schiitischer Studierender ist auf eine Mauer gestiegen, um zu demonstrieren, und andere Studierende haben ihn runtergeschubst und er ist gestorben. Es gab insgesamt 50 bis 60 Leute, die in einer Massenschlägerei involviert waren. Dies passiert gelegentlich, nicht jeden Tag. Während der Präsidentschaftswahlen wurden Gruppen gebildet. Es wird von außerhalb der Studierendenwohnheime gesteuert. Es wird sogar von außerhalb des Landes auf die Studierenden Einfluss ausgeübt.“⁵¹

Leider ist das Niveau der Bildung sehr niedrig. 90 Prozent unserer Bevölkerung sind Analphabeten. Wenn man als Elite etwas umsetzen will, wird es von der Bevölkerung nicht willkommen geheißen. Dieser Person wird es nicht erlaubt sein, und es sind ja zum größten Teil die Studierenden, die man als Elite der Zukunft bezeichnen kann. Er wird keine Chance haben, auf die Regierungsgesetze einen Einfluss auszuüben. Die Warlords werden es zu verhindern wissen. Bestimmte Personen und Warlords werden es nicht zulassen. In der neuen Regierung gibt es gebildete Leute und die *jihadis*. Sie denken nur an sich selbst. Sie haben sich hier in Afghanistan und im Ausland Häuser gebaut.“⁵²

Die *jihadis* haben ihre Position gesichert, und wie der Studierende Shahpur bereits richtig beschrieben, werden die alten Eliten, die seit der Bonn-Konferenz im Jahre 2001 in die Regierungsgämter geholt wurden, nicht ohne weiteres ihre Macht an die neue Elite mit Hochschulabschlüssen abgeben.

Die hier dargelegten Konfliktmanagement-Theorien, die ausgewerteten Interviews und die hieraus entstandenen politischen Kategorien werden mit den bisherigen Reformen im Bereich der Institutionenbildung und der Staatsbildung nachfolgend zusammenfassend reflektiert. Die ausgewerteten Meinungen und Einsichten der jüngeren Generation von Dozent*innen aus Mazar-e Sharif und eines Studierenden aus Herat, die zuvor vorgestellten theoretischen Forschungen zu möglichen institutionell-gesteuerten Quoten für eine Machtteilung und die derzeitigen Bemühungen der exekutiven Machtteilung zwischen zwei ethnopolitisch fragmentierten Gruppierungen in Afghanistan zeigen die Komplexität der afghanischen Elitenkonstruktionen. Denn die Dozenten*innen, die als Expert*innen über Deutungs- und Prozesswissen (Bogner/Menz, 2009) verfügen, und parallel zu ihnen die Künstler*innen, die über eine Wirkungshoheit verfügen, stellen die ethnischen Unterschiede zwischen den Afghan*innen generell in Frage und vermeiden es, über die ethnischen Konflikte zu sprechen. Andere Forschungen belegen Shahpurs Berichte über die konfessionellen Ressentiments und Probleme zwischen den Studierenden (Giustozzi 2015: 331), die von den ehemaligen *tanzims* und den jeweiligen Nachbarländern Pakistan und Iran geschürt werden. Diese politischen Partikularinteressen der jeweiligen *tanzims* werden an die heranwachsende junge Generation und somit an die Bildungselite herangetragen. Im Folgenden wird ein tabellarischer Überblick zu den afghanischen Merk-

51 Vgl. Interview Nr. 35, mit Shahpur in einem Seminarraum der Universität Herat am 22. November 2014: 256.

52 Vgl. ebd.: 256f.

malen einer Regierungsform dargestellt, um dann tiefer auf die bisherige Politik der Elitenvertreter*innen einzugehen:

Tabelle 7: Afghanisches Mischsystem zwischen Konsoziationalismus und Zentripetalismus

	Konsoziationalismus (Lijphart)	Zentripetalismus (Horowitz, Reilly)	Afghanistan
Exekutives Design	Parlamentarisch	Präsidentiales oder parlamentarisches System	Primär präsidial/semi-parlamentarisch
Regierende Koalitionen	Große Koalition	Zentralistische Koalition	Große Koalitionsbildung
Wahlsystem	Verhältnismäßigwahlrecht	Mehrheitswahlrecht	Halbes Verhältnismäßigwahlrecht (SNTV)
Machtteilung	Gruppen Autonomie/ Vetomacht	Administrativer Föderalismus	Dekonzentration in einem zentralen System

Quelle: Eigene Darstellung

Lijpharts Konsoziationalismus-Theorie, die er anhand von vier Bedingungen (exekutive Machtteilung, Vetorecht für Minderheiten, proportionale Repräsentation und kulturelle Autonomie) für Konfliktgesellschaften entwickelt hat, und im Gegenzug die Charakteristika des Zentripetalismus (Horowitz 2008; Horowitz 1985) werden zum Teil und somit in einer eigenen Form in Afghanistan umgesetzt und weiterhin ausgehandelt. Das exekutive Design der afghanischen NUG-Regierung sollte sich eigentlich mit einem verfassungsrechtlich verankerten Premierminister zu mehr Machtteilung entwickeln, aber momentan sind die Entscheidungskompetenzen überwiegend beim Präsidenten angesiedelt und es liegt in seinem Ermessensspielraum, ob er den Koalitionspartner mit einbezieht oder nicht. Die Legislative hingegen konnte vor der Verlängerung ihrer Wahlperiode von ihrem Vetorecht Gebrauch machen – sehr zum Ärger der zwei bisherigen Präsidenten und ihrer Kabinette. Demnach liegt hier ein hybrides System vor, wobei die überwiegende Mehrheit der Eliten eigentlich ein parlamentarisches System für geeigneter hält. Die von mir befragten Elitenvertreter*innen wiesen darauf hin, dass sowohl die USA als auch die Präsidentschaftskandidaten ein Präsidialsystem bevorzugen.

Einer der zentralsten Punkte des Lijphart'schen Konsoziationalismus ist eine große Koalition, welche über ein proportionales Wahlrecht die Beteiligung und Repräsentation aller ethnischen Gruppierungen nach Konflikten reguliert und stärker als im Zentripetalismus auch institutionell durch Gesetze und einen Zensus garantiert. Der Konsoziationalismus geht während der Post-Konfliktphase mit weniger normativen Anspruch an die politischen Eliten heran und reguliert die Beteiligungsquoten in der Politik. Die Kritik Horowitz' zielt auf diesen Punkt und stellt heraus: „The assumption, almost always correct, is that parties in severely divided societies are based on

ethnic identification, and ethnic extremists are to be represented proportionately along with moderates.“ (Horowitz 2008: 1216)

Aus diesem Grund befürwortet Horowitz unterschiedliche Wahlsysteme, die die Moderaten gegenüber den Extremist*innen bevorzugt. Es gäbe hierzu das „Alternative Wahlrecht“ (*alternative vote*), bei dem Wähler*innen mehrere Stimmen für ihre bevorzugten Kandidat*innen abgeben können. Durch die angegebenen Präferenzen für die aufgestellten Kandidat*innen erfolgen Wahlsiege für Kandidat*innen, die die meisten Stimmen mit den Zweit- und Dritt-Präferenzen für sich gewinnen konnten. Im positiven Umkehrschluss bedeutet dies, dass die Kandidat*innen eine Politik betreiben müssen, die ein großes ethnisches Spektrum anspricht und repräsentiert. Bei Präsidentschaftswahlen hätte sich dieses Mehrheitswahlrecht innerhalb von Gesellschaften, wo sich die ethnischen Zugehörigkeiten auf bestimmte Territorien konzentrieren, für einen ausgewogenen Wahlausgang und eine anschließende heterogenere politische Repräsentanz bewährt. Für Nigeria mit einem Präsidialsystem und einer Nationalversammlung bestehend aus zwei Kammern hat Horowitz festgehalten: „The principal device to encourage multiethnic parties was the presidential electoral formula to be elected president, a candidate was required to win a plurality of votes nationwide plus at least 25 percent of the vote in no fewer than two-thirds of the nineteen states (Horowitz 1985: 635-638). Dieses Wahlsystem stellte sich nach mehreren Wahlgängen als kleiner Erfolg in dem ethnisch gespaltenen Land heraus, denn zumindest der Präsident konnte sich auf eine multiethnische Basis berufen. Aus dem Libanon gibt er das Beispiel eines dritten Wahlsystems: „In other cases, multimember constituencies with ethnically reserved seats but common-roll elections, have facilitated the emergence of mixed tickets of ethnic moderates.“ (Horowitz 2008: 1217)

In Afghanistan besteht beispielsweise bei den Präsidentschaftswahlen ein Mehrheitswahlrecht, wobei nach den Stimmenauszählungen immer eine klare Verbindung zwischen der Ethnie und dem Präsidentschaftskandidaten gezogen werden konnte (Afghanistan Election Data 2014, 2014). Demnach wäre vielleicht ein Wahlsystem nach dem hier vorgestellten nigerianischen Vorbild für Afghanistan auch erfolgsversprechend. Natürlich setzt dieses Wahlsystem voraus, dass es einen Volkszensus gibt, dass eine präzise Grenzziehung zwischen den Provinzen vorgenommen wird und dass die Wahlen transparent durchgeführt werden. Diese einzelnen Punkte und die Möglichkeiten werden in den nachfolgenden Kapiteln beleuchtet.

Beide Konfliktmanagement-Theorien – Konsoziationalismus und Zentripetalismus – haben sich zum Ziel gesetzt, die ethnischen Konflikte durch Institutionen zunächst zu regulieren und somit langfristig durch politische Repräsentanz aufzulösen. Genau wie im Konsoziationalismus wird auch beim Zentripetalismus ein föderales System bevorzugt, Horowitz plädiert ausfolgenden Gründen für den Zentripetalismus:

„Centripetalists prefer it as a way to blunt the effect of stark opposition among solidary ethnic groups at the center by allowing subethnic differences, which might otherwise be latent, to emerge within homogeneous units of a federation, where federalism encourages subgroup competition for power in those units. In heterogeneous provinces, on the other hand, federalism can foster intergroup cooperation between politicians as a form of political socialization to norms of cooperation before they arrive at the center. Federalism can also serve as a form of electoral reform, as proliferation of federal units changes electoral boundaries and has an im-

pact on the number of political parties and their relative strength nationwide.“ (Horowitz 1985: 1218)

Nach allen theoretischen Überlegungen und empirischen Analysen in unterschiedlichsten ethnopolitischen (Post-)Konfliktländern (z.B. Nigeria, Libanon, Sri Lanka) bleibt weiterhin die Frage offen, wie in einer ethnisch fragmentierten und segmentierten Gesellschaft wie Afghanistan Stabilität erreicht werden kann. Die Untersuchung von McCullochs in acht Fallbeispielen (Nigeria, Kenia, Sri Lanka, Republik Srpska, Bosnien und Herzegowina, Indonesien, Nordirland, Republik Fidschi), in denen insgesamt 24 getrennte Wahldurchgänge sowohl für Präsidentschafts- als auch Parlamentswahlen abgehalten wurden, kam zu unterschiedlichen Ergebnissen. Der normative Ansatz des Zentripetalismus ist nicht eindeutig zugunsten von mehr moderaten Repräsentant*innen entschieden worden, denn es kamen auch Extremist*innen an die Macht. Zu ihrer zweiten Forschungsfrage, ob die Wahl das System stabilisiert hat, waren ihre Ergebnisse eindeutiger:

„Only three cases (Indonesia, Nigeria and PNG) [Papua Neuguinea] showed promise in realizing both moderation and stability. Moderates were elected in five cases under centripetal voting rules, but their moderation did not translate into political stability. Moreover, centripetal rules did not provide strong enough incentives for moderation in 11 elections in four cases where extremist victories were achieved [...]“ (McCulloch 2013: 129)

Nach diesen Forschungsergebnissen hält McCulloch zugunsten des Konsoziationismus fest, dass der Zentripetalismus als Prämisse eine gemäßigte Gesellschaft mit ebenso gemäßigten Repräsentant*innen und einer demographischen Heterogenität bedarf. Da sich in Afghanistan durch den Dauerzustand des Krieges eine Interventionsgesellschaft herausgebildet hat, die auch eine nicht zu unterschätzende internationale Konfliktkomponente trägt, gibt es zwar eine demographische Heterogenität, aber wenige moderate Elitenkonstruktionen. Somit stellt der Zentripetalismus ein hohes gewaltförderndes Phänomen oder – in Collins Terminologie formuliert – sogar eine „Vowärtsdynamik der Gewalt“ dar. Obwohl alle bis auf einen Elitenvertreter*innen ein parlamentarisches und föderales System befürworten, hielten alle den Zeitpunkt für verfrüht und würden aber die empirischen Funde McCullochs für andere ethnisch-zerrüttete Konfliktgesellschaften bestätigen.

Die Große Koalition, so wie sie von Lijphart angestrebt wird, mit unterschiedlichen Elitefraktionen und unterschiedlichen ethnischen Repräsentant*innen, droht in Afghanistan immer wieder auseinanderzubrechen. Die afghanischen Eliten haben bereits in Bonn kommuniziert, dass eine institutionell klar formulierte Quote von Ethnien in der Regierung über die Interimszeit hinaus abgelehnt wird. Die politischen Eliten Afghanistans folgen meist einem supranationalen Verständnis für die Regierungsführung, aber die Elitenkonstruktionen für die Wahlstimmen werden über ethnopolitische Klientelnetzwerke geführt, um einen Sieg durch interethnische Koalitionen

nen zu sichern.⁵³ Es besteht also zwischen der normativ kommunizierten und der tatsächlichen Handlungspraxis eine Diskrepanz, die sich darin äußert, dass entlang der ethnischen Zugehörigkeit gehandelt wird, Positionen besetzt und Bürger*innen gefördert werden.

Wie fragil und gewaltbereit die bereits geschmiedeten interethnischen Koalitionsstrukturen sind, zeigt sich natürlich während politischer Krisen. Wenn sich politische Partner*innen nicht genügend involviert sehen, dann mobilisieren die jeweiligen Elitefraktionen ihre politische Klientel über bestehende ethnische Ressentiments in kürzester Zeit. Dies hat Shahpur in dem zuvor zitierten Interviewausschnitt aus dem universitären Kontext beispielsweise für die unterschiedlichen Konfessionen in Herat bestätigt. Auch die Lijphart'sche Gruppen-Autonomie hat bereits im afghanischen Kontext zu Mezzanine-Herrschern in den Provinzen geführt, die anfangs für den *nationbuilding-lite*-Ansatz schnell installiert wurden, sich mit einer bewaffneten und kriegserfahrenen Klientel schnell etablieren konnten und nun in einem lukrativen neopatrimonialen Netzwerk zwischen der Peripherie und der Zentrale agieren.

Das noch nicht besprochene Merkmal des Vetorechts für Minderheiten besteht noch nicht, wäre aber im afghanischen Kontext zunächst aus ideologischen Gründen sehr umstritten, weil es bereits gegenüber den wenigen Sikhs und Hindus gesellschaftliche und politische Ressentiments gibt, die sogar gewaltsam ausgefochten werden. Zudem würde auch diese Idee dem überwiegenden Selbstverständnis der afghanischen Elitenvertreter*innen und Bevölkerung widersprechen, die ethnischen Zugehörigkeiten institutionell für die Regierungsbeteiligung zu regulieren.

Da die ökonomischen Ressourcen für das existenzielle Überleben innerhalb der staatlichen Strukturen in einem neopatrimonialen System mit ethnopolitischen und konfessionellen Interessen verwaltet werden, bleibt die Frage offen, wann und wie der Zeitpunkt zum Durchbrechen dieses Kreislaufes gekommen sein wird. Unter diesen Voraussetzungen ist es schwierig zu entscheiden, welche institutionellen Strukturen – ob ein konsoziationalistisches oder zentripetalistisches Regierungssystem – am ehesten die Eliten mit ihrer Klientel zu pazifizieren vermag. Momentan besteht ein Mischsystem des Konsoziationalismus und Zentripetalismus (*Tab. 2 Institutionelle Formen* und *Tab. 3 Afghanisches Mischsystem zwischen Konsoziationalismus und Zentripetalismus*), die politischen Reformen weisen eine stärkere Tendenz zum Konsoziationalismus mit ethnischen und konfessionellen Quotenregelungen für öffentliche Ämter auf, wobei diese informell reguliert werden.

Weiterhin bleibt relevant, aus der Perspektive der afghanischen Eliten herauszuarbeiten, inwiefern es sinnvoll ist, die ethnisch vermischten und fluiden Identitäten der Bevölkerung Afghanistans überhaupt nach einer strengen Quotenregelung zu kategorisieren. Hieraus dürften sich dann Antworten auf die Frage nach einem friedensbildenden oder zumindest stabilisierenden Regierungssystem ergeben. Wäre eine Quotenregelung nach dem niederländischen Politikwissenschaftler Arend Lijphart nach den bisherigen Ausführungen friedensbildend oder – um in den Worten der US-

53 Dies wurde bereits im Kapitel 6.2.1 *Die Kleidung der zwei höchsten Regierungsvertreter* im Zusammenhang mit den beiden Präsidentschaftskandidaten und ihren Vizepräsidenten näher beschrieben.

Regierung seit dem *policy shift* zu reden – der Kurswechsel von einem Stabilitätsansatz zum *good-enough*-Ansatz realisierbar?

7.2.3 Bisherige Quotenregelung

Die einzige bisher verfassungsrechtliche und praktisch umgesetzte Quote ist die Frauenquote. Im Zweikammersystem des afghanischen Systems wurde die Repräsentanz der weiblichen Abgeordneten im Unter- und Oberhaus verfassungsrechtlich festgesetzt und ist dennoch regelmäßig Gegenstand der Debatte für die konservativen Kräfte in der Legislative und innerhalb der Gesellschaft. Viele männliche Abgeordnete betrachten weibliche Abgeordnete als Verschwendung staatlicher Ressourcen und verurteilen die Präsenz der Frauen im öffentlichen Leben sowie bei gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen weiterhin als unislamisch. In Kapitel 5, Artikel 84 der afghanischen Verfassung wurde konstatiert, dass durch den Präsidenten 50 Prozent der weiblichen Abgeordneten im Ältestenrat/Oberhaus (Paschto: *meshrano jirga*) ernannt werden müssen, wodurch sich dann die Gesamtsumme für das Oberhaus auf 17 Prozent beläuft. Im Unterhaus (Paschto: *wolesi jirga*) müssen mindestens 25 Prozent Frauen das Land repräsentieren. Da in der Realität viele Frauen eine höhere Stimmenanzahl als ihre männlichen Mitbewerber erhalten haben, stieg ihre vorgesehene Sitzzahl auf 68 der insgesamt 249 Sitze. Ein Rückschritt für die Repräsentanz von Frauen in den politischen Ämtern ist die Wahlreform vom 13. Juli 2013, in der die Frauenquote für Provinzräte zunächst vom Unterhaus völlig aufgehoben wurde und dann wieder vom Oberhaus auf Druck der afghanischen Zivilgesellschaft und der Frauenrechtlerinnen zumindest wieder auf 20 Prozent gesetzt wurde (van Bijlert 2013). Ursprünglich waren 25 Prozent der insgesamt 420 Sitze der Provinzräte für Frauen reserviert (Karlidag 2014: 9). Die von der internationalen Gemeinschaft und in der afghanischen Zivilgesellschaft vorgesehenen Quoten für Frauen in der politischen Landschaft sind ständiger Disput innerhalb der traditionell-konservativ geprägten Gesellschaft, in der *multiple modernities* (Eisenstadt 2000) herrschen und der Druck der internationalen Geldgeber in Richtung *gender-policy*-Reformen ist groß. Fleschenberg (2009) hat in ihrer Analyse die Herausforderungen und ein paar Punkte zur Verbesserung des Einflussbereiches für weibliche Politikerinnen herausgearbeitet. In ihren Interviews gaben auch viele weibliche Parlamentsabgeordnete und Aktivist*innen aus der Zivilgesellschaft zu bedenken, dass für ihre eigenen sprachlichen, religiösen, regionalen und ethnischen Interessen und Machtkämpfe die Frauen(-quoten) instrumentalisiert werden (ebd.: 167f). Auch der Hochschuldozent Ali sagt zum Verhältnis zwischen der Gesellschaft und der Frauenquote folgendes:

„Wir haben sogar 68 Frauen, die Parlamentarierinnen sind. Die Zahl ist nicht das Problem. Es ist erstens die Kultur und zweitens die Diskussion um die Frauen, wir sind eine sehr frauenverachtende Gesellschaft. Wenn jemand zum Beispiel etwas sehr Gutes macht, dann sagen wir, dass es sehr mannhaft ist [Farsi: *mardi kard*, er hat sich sehr männlich gezeigt].

Es wurden viele Jahre, viel Geld für die Frauenrechte ausgegeben. Hätten wir die Frauen ausgebildet, wären wir jetzt weiter.“⁵⁴

Da sich, worauf Ali bereits vorher hinwies, die meisten Beschäftigungsmöglichkeiten im politischen Bereich befinden und dieser Bereich die Möglichkeit bietet, ein weites Patronage-Klientel-Netzwerk aufzubauen, sind staatliche Positionen sehr umkämpft. Insbesondere Frauen müssen sich den politischen Auseinandersetzungen gegen religiös-konservative Weltanschauungen behaupten, aber zumindest bietet ihnen die Frauenquote die Möglichkeit, sich in die gesellschaftlichen Entscheidungsprozesse einmischen zu können.

Beispielsweise sprachen sich die religiösen Eliten aus dem *Rat der Geistlichen Afghanistans* (Farsi: *shura-ye sartasari-ye ulama-ye afghanistan*), der aus insgesamt 3.000 Mitgliedern besteht gegen die Teilnahme der Frauen am öffentlichen Leben aus. Der Kern dieses Rates trifft sich einmal im Monat und besteht aus 150 regierungsnahen Geistlichen, die jeweils aus den 34 Provinzen auserwählt wurden. Die islamischen Gelehrten versuchen nach dem islamischen Prinzip, Tugendhaftigkeit zu fördern und Böses abzuwenden (Arabisch: *amr bil-mar'uf wa-n-nahy anil-munkar*) und die afghanische Gesellschaft vor dem moralischen Verfall zu bewahren. Die Mitglieder des islamischen Rates haben oft auch finanzielle Interessen, denn das Einkommen eines Ratsmitgliedes liegt bei 100 bis zu 200 US-Dollar pro Monat. Zum Vergleich: Afghanische Regierungsangestellte mit einem *Bachelor-of-Arts*-Abschluss verdienen etwa 110 US-Dollar pro Monat (Osman 2012). Ursprünglich war der *Rat der Geistlichen* dafür eingerichtet worden, die Ansichten des Präsidenten mit ihrer religiösen Autorität und Deutung zu legitimieren und in die ländlichen Gebiete zu tragen. In der mehrheitlich traditionellen Gesellschaft, die bisher auch mehrheitlich noch in ländlichen Gebieten lebt, hat der lokale Mullah einen enormen Einfluss und gilt als richtungweisender moralischer Kompass für die alltäglichen Lebensweisen. Diese lokalen Geistlichen können mit den staatlichen Interessen kooperieren oder sie auch boykottieren.

Im März 2012 gab der *Rat der Geistlichen*, eine Erklärung heraus, in der es neben der Desakralisierung des Koran durch amerikanische Soldaten, der Forderung zur Übergabe des Militärgefängnisses Bagram an die afghanischen Autoritäten, nächtlichen Hausdurchsuchungen und den Friedensprozess mit den Taliban auch um die Rolle der Frau in der afghanischen Gesellschaft ging (UNAMA 2012). Tragendes Argument der Erklärung basiert auf der Sure 4 *Die Frauen*, Vers 34:

„Die Männer stehen über den Frauen, weil Gott sie (von Natur vor diesen) ausgezeichnet hat und wegen der Ausgaben, die sie von ihrem Vermögen (als Morgengabe für die Frauen?) gemacht haben. Die die rechtschaffenen Frauen sind (Gott) demütig ergeben und geben acht auf das, was (den Außenstehenden) verborgen ist, weil Gott (darauf) acht gibt (d.h. weil Gott darum besorgt ist, daß es nicht an die Öffentlichkeit kommt). Und wenn ihr fürchtet, daß (irgendwelche) Frauen sich auflehnen, dann vermahnt sie, meidet sie im Ehebett und schlägt

54 Vgl. Interview Nr. 22, mit Ali am Institut für Politikwissenschaften und Jura an der Universität Balch am 13. November 2014 in Mazar-e Sharif: 221.

sie. Wenn sie euch (daraufhin wieder) gehorchen, dann unternimmt (weiter) nichts gegen sie! Gott ist erhaben und groß.“ (Paret 2007: 64)

Aus diesem umstrittenen und eigenwillig interpretierten Versen leitete der *Rat der Geistlichen* ab, dass Frauen nur mit einem männlichen Verwandten (Arabisch: *mahram*) aus dem Haus gehen, nicht mit fremden Männern in der Öffentlichkeit, Büros, Schulen, Universitäten oder Einkaufszentren interagieren und Männern das Recht auf eine poligame Lebensweise, wie im Koran in Sure 4, Vers 1 überliefert ist, nicht absprechen dürfen (Arwin 2012; Paret 2007: 60). Natürlich waren diese Forderungen weder für die afghanische Zivilgesellschaft noch für die Frauenaktivistinnen akzeptabel; ihre Stellungnahmen sind im UNAMA-Bericht nachzulesen (UNAMA 2012). Eine international bekannte Parlamentarierin, Fawzia Koofi, sagte in Reaktion auf diese Erklärung des *Rates der Geistlichen*:

„The statement of Ulema Council has political objectives and defines a framework within which women can engagement [*sic*] in political, economic and cultural activities. Afghanistan is politically going through a critical situation and such a statement in this critical time implies preparing ground for a Taliban mindset.“ (Ebd.)

Für den vorliegenden Kontext sollen die Stimmen aus Mazar-e Sharif und Herat zur Sprache kommen. Auf die Frage, welche Konflikte weiterhin in Afghanistan dominieren würden, antwortete Nadia, die Hochschuldozentin: „Doch auch die ethnischen Konflikte sind sehr stark geworden. Es sind die Männer, die dieses Thema erläutern. Auch die Kämpfe zwischen den unterschiedlichen Ethnien werden von den Männern geführt.“⁵⁵ Wie aus einem Beitrag des AAN hervorgeht, sind tatsächlich alle Mitglieder des Rates der Geistlichen Männer und die meisten mit *jihad*-Erfahrung, die unterschiedlichen *mujaheddin*-Fraktionen (*tanzims*) angehören (Osman 2012). Osman fasst zusammen: „The Council is a major actor in the fight for ‚cultural‘ hegemony in the country between those who want an Islamic state in the Islamist sense and those who tend towards the secular, opposing what they would call ‚mullas‘ rule‘ [*sic*].“ (Osman 2012)

Eisenstadts Definition der multiplen Modernitäten distanziert sich vom westlich geprägten Verständnis der Moderne. „One of the most important implications of the term ‚multiple modernities‘ is that modernity and Westernization are not identical; Western patterns of modernity are not the only ‚authentic‘ modernities, though they enjoy historical precedence and continue to be a basic reference point for others.“ (Eisenstadt 2000: 2f) Jedoch bestätigt Eisenstadt wiederum in der Analogie seiner Modernitätsdefinition den europäischen Ursprung der Moderne. Denn Eisenstadt verglich die Charakteristika und Elemente der Moderne mit den westlichen Indikatoren, wie dem Nationalstaat, der neu aufgeflamten Zentrum-Peripherie-Beziehung, den neuen Institutionen in einigen asiatischen

55 Vgl. Interview Nr. 24, mit Jamila und Nadia von der Fakultät für Politikwissenschaften an der Universität Balch am 13. November 2014 in Mazar-e Sharif: 226.

Ländern, dem Nahen Osten und dann letztlich in Afrika (ebd.: 14). Eine anfängliche Diskussion über den Beginn des Modernitätsverständnisses im Bezug auf die Rolle der vormodernen sufistischen und philosophischen Diskurse insbesondere durch Ibn Sina, Al-Ghazali und Ibn Rushd würden der historischen und somit aufklärerischen Tradierungstradition in „der“ Islamischen Welt gerecht werden und nicht nur die Moderne als reflexives Moment des europäischen Aufklärungsgedankens im Zusammenhang mit der Weber'sischen „Entzauberung“ der Welt betrachten, sondern für die muslimisch geprägten Länder als natürliche und historische Fortsetzung der eigentlichen Vormoderne zur Moderne interpretieren. Preyer (2011) erklärt in seinem Buch zur Aktualität von Shmuel N. Eisenstadt dessen Begriff der multiplen Modernitäten mit der Einsicht, dass die unterschiedlichen soziokulturellen Entwicklungen einer Gesellschaft zu strukturellen Wandlungsprozessen führen. Preyers Interpretation von Eisenstadts Konzept: „Die Multiple Modernities emergieren aus einem strukturellen Wandel, der die Überzeugungssysteme und ihre Verwirklichung durch den Prozess der Übersetzung fortlaufend verändert und dem strukturellen Wandel anpasst.“ (Ebd.: 108)

Unter der Regierung Ghanis hat nun die Ministerin für Frauenangelegenheiten, Dilbar Nazari, bereits versucht, zehn Frauen für den *Rat der Geistlichen* vorzuschlagen, so dass die Interessen der Frauen und das seit 2009 gültige Gesetz für *Elimination of Violence against Women* (EVAW) auch durch die einflussreichen Geistlichen gefördert und landesweit umgesetzt wird (Khaama Press 2016).⁵⁶ Die Parlamentsabgeordnete Fawzia Koofi hat gegen die Empfehlung der Zivilgesellschaft, anderer weiblicher Abgeordneter und des *Afghan Women's Network* (AWN) den EVAW-Gesetzesentwurf zur Abstimmung ins Parlament getragen.

„The EVAW Law, however, has been in limbo for almost three years. This is due to a failed attempt by MP Fawzia K[oo]fi, the chairwoman of the Women's Rights Commission of the Wolesi Jirga, the lower house, to get it approved by parliament on 18 May 2013. K[oo]fi had pushed for the presidential decree to become a ‚full law‘ against the advice of other activists on the subject who did not want to involve parliament, fearing its conservative majority would reject the law and render it useless – as it was indeed the case. The main driving force was Qazi Nazir Ahmad Hanafi, head of the Legislative Commission and the law's most fierce critic. The law then only survived because the spokesperson of the Lower House, Abdul Rauf Ibrahim, took it off the agenda and sent it back to the Women's Rights Commission.“ (Qaane 2017: 3)

Dieser Schritt von Koofi spaltete die Kommission für Frauenrechte in zwei Lager, trotz aller Meinungsverschiedenheiten versuchten sie aber, zugunsten des Gesetzes gegenüber den konservativen Kräften im Parlament Geschlossenheit zu zeigen. Viele weibliche Abgeordnete, mit denen ich gesprochen hatte, äußerten ihren Unmut über

56 In einem Bericht hat Qaane zusammengefasst, welche konkreten Schritte sich die Frauenaktivist*innen und Politiker*innen im Kampf gegen sexuelle Übergriffe und Belästigungen über das bereits weitreichende Gesetz *Elimination of Violence against Women* (EVAW) hinaus wünschen (Qaane 2017).

den Schritt der Vorsitzenden der Frauenrechtskommission, das Gesetz zur Diskussion ins Parlament zu bringen. Erst nach drei Jahren wurde das Gesetz zur Abschaffung der Gewalt gegen Frauen vom Parlament verabschiedet. Das Gesetz wirksam zu implementieren, ist eine weitere Herausforderung und kann als ein vorwärtstreibender Prozess innerhalb der multiplen Modernitäten beschrieben werden. Wie Preyer angelehnt an Eisenstadt schreibt: „Die Multiple Modernities emergieren aus einem strukturellen Wandel, der die Überzeugungssysteme und ihre Verwirklichung durch den Prozess der Übersetzung fortlaufend verändert und dem strukturellen Wandel anpasst.“ (Preyer 2011: 108) Für Frauen bedeutet dies: Sie müssen auf ihrer Rolle in der Gesellschaft bestehen, sich bewusst am öffentlichen Leben beteiligen und sich nicht in das Private zurückziehen, wo sie keinen Einfluss mehr auf ihre Rechte nehmen können. Es ist ein steter Prozess, den die afghanischen Frauen für sich selbst in ihrem kulturellen Kontext aushandeln müssen.

Ferydoon, der Menschenrechtsaktivist aus Herat antwortete auf die Frage: Welche Freiheiten und Möglichkeiten haben sich entwickelt und welchen Herausforderungen müssen Sie sich stellen? Wer sind die sozialen und politischen Gruppen, die Ihnen Probleme verursachen?

„Es gibt nun zivilisierte Diskussionen und wir haben die Redefreiheit und es ist bekannt. Wir haben viel erreicht. Frauenrechte haben wir weiter umsetzen können und erreichen können. Die Bildung und die Ausbildung sind nun sogar bis zur gymnasialen Oberstufe in den Bezirken möglich. Es heißt nicht, dass wir den internationalen Standard erreicht haben, aber die Institutionen haben wir.“

FDS: Gibt es Leute, die ihnen Probleme bereiten?

Ferydoon: Ja, es gibt Leute, die ihre eigene Interpretation von ihren Menschenrechten haben. Sie wollen ihre eigene religiöse Interpretation der Menschenrechte voranbringen. Sie wollen auch keine Bildung für Mädchen und Frauen.⁵⁷

Dieses Zitat von Ferydoon zeigt, dass es immer noch Menschen gibt, die eine andere Interpretation von Menschen- und Frauenrechten haben. Auch die regelmäßigen Versuche, die Quotenregelung für Frauen innerhalb der Politik abzuschaffen, zeigt, wie schwierig es in einer konservativ-religiösen Gesellschaft ist, die geschlechtsspezifische Rollenverteilung staatlich zu regulieren und so die stark umkämpften staatlichen Ressourcen auch Frauen zugänglich zu machen.

Ein weiteres problematisches Beispiel ist die Umsetzung der Wahlreform. Um die bereits verschobenen Parlaments- und Bezirkswahlen organisieren und abhalten zu können, müsste ein Zensus und eine Neuaufteilung der Wahlbezirke proportional zur Bevölkerungsgröße erfolgen. Denn das von der SERC vorgeschlagene multidimensionale Repräsentationssystem mit mehreren Abgeordneten aus den jeweiligen Wahlkreisen soll die afghanischen Bürger*innen besser repräsentieren (Adili/van

57 Vgl. Interview Nr. 31, mit Ferydoon in seinem Büro am 20. November 2014 in Herat: 244f.

Bijlert 2016). Der nachfolgende Abschnitt wird zeigen, mit welchen Hürden ein Zensus in Afghanistan verbunden ist.

7.2.4 Über elektronische Identitätskarten zum Volkszensus

Diskussionen über die elektronischen Identifikationskarten haben gezeigt, dass die Umsetzung eines praktikablen Zensus für viele staatliche Organisationsbereiche, wie dem Bildungs-, Gesundheits- und Arbeitswesen und der transparenten Wahlregistrierung, seit der geplanten Umsetzung im Jahre 2009 politisch aufgeladen sind. Der letzte Zensus geht tatsächlich auf die Zeit während der April-Revolution im Jahre 1978 zurück und wurde während des Krieges zwischen der Roten Armee und den *mujaheddin* nicht weitergeführt.

Abdullah und der Gouverneur von Mazar-e Sharif, Atta Noor, haben sich für die ethnische Zugehörigkeit auf der elektronischen Identifikationskarte ausgesprochen. In Kapitel 1, Artikel 4 der Verfassung steht nach Aufzählung der größten Ethnien⁵⁸: „Das Wort ‚Afghan‘ wird für alle Staatsbürger Afghanistans verwendet.“ (Verfassung Afghanistans 2004: 4) Jedoch argumentierte die paschtunische Machtelite, dass der Begriff „Afghane“ eigentlich eine Beschreibung für alle Afghan*innen sei und nicht nur für Paschtun*innen verwendet werden könne. Die Angehörigen anderer Ethnien aber betrachteten das Wort als Beschreibung für die Paschtun*innen. Dies war ein Grund, warum sich viele Angehörige anderer Ethnien (Hasara, Usbek*innen, Tadschik*innen, Turkmen*innen etc.) für eine detaillierte Beschreibung der ethnischen Zuschreibung aussprachen und forderten, dass sich die Paschtun*innen als Paschtun*innen bezeichnen sollten. Schetter beschreibt die Wurzeln für die synonyme Verwendung von „Paschtune“ mit „Afghane“ historisch folgendermaßen:

„Under the rule of Nadir (1930-1933) and his son Zahir Shah (1933-1973), a Pashtun-biased nationalism gained contours that aimed to underscore the king’s family’s legitimate right to power. Besides the fact that the royal family belonged to Pashtuns, further reasons for the promotion of Pashtuns were that they constituted the largest ethnic category in the country, and that Pashtun tribes of eastern Afghanistan were considered to be the strongest military forces in the country. Consequently, Pashtu became the only national language, Afghan history was written from a Pashtun point of view, and the Pashtunistan issue emerged as a matter of contestation between Afghanistan and the 1947-founded Pakistan. From then onwards, the government pronounced that Afghanistan was the country of Pashtuns by emphasizing that ‚afghan‘ is the Persian Synonym for Pashtun.“ (Schetter 2016: 461)

Die Elitenvertreter*innen Afghanistans hoffen, dass mit einer Volkszählung endgültig, offiziell und staatlich festgestellt werden kann, ob – wie von paschtunischen Nationalist*innen behauptet – die Paschtunen*innen *de facto* die Mehrheit der Bevölke-

58 Der genaue Wortlaut zu den afghanischen Ethnien aus der afghanischen Verfassung ist: „Die afghanische Nation besteht aus den Völkern der Paschtunen, Tadschiken, Hasaras, Usbeken, Turkmenen, Balutschen, Paschais, Nuristanis, Aimaqs, Araber, Kirgisen, Qizilbaschs, Gojars, Brahuis und anderen Ethnien.“ (Verfassung Afghanistans 2004, Kap. 1, Art. 4: 4)

rung Afghanistans stellen. Denn die sogenannten Minderheiten sehen im Boykott des Zensus' für die elektronischen Identifizierungskarten den Versuch, einen historischen monarchistischen Herrschermythos der Paschtun*innen aufrechtzuerhalten. Das Unterhaus hatte beschlossen, die ethnische Zugehörigkeit auf der elektronischen Identifizierungskarte zu berücksichtigen. Dieser Beschluss wurde dann verfälscht an das Oberhaus zur Abstimmung weitergeleitet. Neben der nationalen Zuordnung als *afghan* wurde im Gesetzesentwurf die ethnische Registrierung auf den elektronischen Identifikationskarten wahrscheinlich gestrichen. Während der hitzigen Debatten kam es im Oberhaus am 2. Dezember 2013 zu Tumulten und Angriffen mit Plastikflaschen zwischen den Kontrahent*innen. Nun wird sogar von einer Kommission untersucht, ob der stellvertretende Parlamentspräsident, Mohamed Saleh Saldzhuki, die Entscheidung des Unterhauses gefälscht hat, bevor der Gesetzesentwurf an das Oberhaus weitergeleitet wurde (Bezhan 2013b). Für eine legislative Entscheidung müssen beide Kammern dem Präsidenten einen einvernehmlichen Beschluss zur Ratifizierung vorlegen. Im Interview erklärte mir der Journalist Omid, der ein starker Befürworter der elektronischen Erfassung der Bevölkerung ist:

„Das ist kein Problem. Wir haben für die Anmeldung der Wähler im Jahre::: 2004 und 2008 insgesamt 120 Millionen Dollar ausgegeben. Für die Leute, die bei der Anmeldung für die Wahlen eine Karte bekommen haben. Wenn wir das Geld, das wir für die Austeilung für die Wahlkarten, für die Volkszählung und die Verteilung von Personalausweisen genutzt hätten, wäre es im Verhältnis günstiger geworden und nachhaltiger.“⁵⁹

Denn wie der Journalist Omid weiter beschreibt, könne keine gerechte Gesellschaft ohne einen klaren Zensus nach ethnischen Volkszugehörigkeiten organisiert werden, so lange die Paschtun*innen diese verweigern. Omid erklärt die ablehnende Haltung einiger, vor allem paschtunischer Elitenvertreter*innen gegenüber einer Volkszählung wie folgt: „**Zum Beispiel**, haben wir es in den letzten zehn Jahren nicht geschafft, uns auf die Volkszählung zu einigen. Einer der Gründe hierfür war, dass die Paschtunen befürchteten, dass nach der Volkszählung ihre Mehrheit reduziert wird.“⁶⁰ Der zweite Vizepräsident, Sawar Danesh, hat jedenfalls im Gesetzesentwurf zum Zensus als Vorsitzender dieser Gesetzes-Kommission festgesetzt, dass im zweiten Artikel dieses Gesetzes die Möglichkeit besteht, mit dem Wort „Afghane“ die eigene ethnische Identität festzusetzen. Im März 2017 hat dann Ghani diesen kontrovers diskutierten Zusatz ratifiziert, um dieses Projekt des Volkszensus und der elektronischen Erfassung der afghanischen Bevölkerung aus der politischen Sackgasse zu führen und einen Weg nach vorn zu eröffnen (Tolo News 2017b). Nun soll auf den elektronischen Identitätskarten neben der Staatsangehörigkeit „afghanisch“ auch die ethnische Zugehörigkeit vermerkt werden.

Auch wenn es der Regierung gelingen sollte, die gesamte Bevölkerung in allen 34 Provinzen mit den notwendigen Daten zu erfassen, bleibt weiterhin fraglich, was mit diesen Zahlen und Fakten auf institutioneller Ebene geschehen soll. Denn in der afghanischen Verfassung gibt es keine Quoten, welche die unterschiedlichen Ethnien

59 Vgl. Interview Nr. 8, mit Omid in seiner Redaktion am 6. April 2013 in Kabul: 109.

60 Vgl. ebd.: 108.

in öffentlichen Ämtern berücksichtigen könnten. Im Bonner Abkommen für die Interimsregierung gab es jedoch im Dezember 2001 die Regelung, eine ethnisch ausgeglichene Regierungszusammensetzung umzusetzen, die im dritten Teil zur Administration der Interimsregierung formuliert worden ist:

„3) The Chairman, the Vice Chairmen and other members of the Interim Administration have been selected by the participants in the UN Talks on Afghanistan, as listed in Annex IV to this agreement. The selection has been made on the basis of professional competence and personal integrity from lists submitted by the participants in the UN Talks, with due regard to the ethnic, geographic and religious composition of Afghanistan and to the importance of the participation of women.“ (Bonn Agreement 2001)

Die beteiligten Repräsentant*innen der Vereinten Nationen, die geladenen Teilnehmer*innen der *mujaheddin*-Fraktionen und die Monarchist*innen einigten sich darauf, dass diese multiethnische Repräsentanz nur schriftlich bis zur ersten Präsidentschaftswahl im Jahr 2004 berücksichtigt wird. In den nachfolgenden Wahljahren 2004, 2009 sowie 2014 zeigte sich sehr eindeutig, dass die favorisierten Präsidentschaftskandidaten aus politischem Kalkül immer zwei weitere Elitenvertreter*innen, wie z.B. eine*n Hasara, Tadschik*in, Paschtun*in und/oder Usbek*in, als Vize-Präsidentin*en zur Kandidatur aufstellten. Die jeweiligen Präsidentschaftskandidaten suchten sich Vizepräsidentschaftskandidaten nach ethnischen Gesichtspunkten aus, um ihre Chancen bei den Wahlen zu erhöhen.

In Bonn einigten sich die Teilnehmer*innen der Konferenz verbindlich darauf, eine *Emergency Loya Jirga* für weitere gesetzgebende Prozesse nach ethnischem, religiösem und Geschlechterproporz zu bilden: „4) The Interim Authority and the Special Independent Commission for the Convening of the Emergency Loya Jirga will ensure the participation of women as well as the equitable representation of all ethnic and religious communities in the Interim Administration and the Emergency Loya Jirga.“ (Bonn Agreement 2001) Jedoch wurde eine strenge Quotenregelung für die Ethnien bei der Auswahl der Repräsentant*innen der *Constitutional Loya Jirga* im Dezember 2003 nicht mehr berücksichtigt. Hierfür gibt es in Afghanistan ein multi-kausales Netz von Gründen, die mit historisch-politischen und soziokulturellen Dilemmata zusammenhängen. Erstens gab es unter den afghanischen Eliten die Befürchtung, dass eine strenge Quotenregelung die ethnischen Unterschiede verfestigen und eine Aussöhnung und die Bildung einer afghanischen Nation verhindert würde. Zweitens war es aufgrund eines fehlenden Zensus nicht möglich, Parlamentssitze und Posten in der Regierung proportional genau festzulegen. Der dritte und wichtigste Punkt ist, dass der Begriff der Ethnie im afghanischen Kontext sowohl ein höchst sensibles als auch ein äußerst komplexes Thema ist. Selbst wenn die Organisation eines Zensus' trotz der enormen Herausforderungen – schwache Infrastruktur und hohe Kosten – gelänge, bliebe das Problem der Zuordnung zu einer Ethnie für Afghan*innen bestehen. Je nach Situation oder gesellschaftlicher Funktion ist für viele Afghan*innen eine ethnische Zuordnung variabel, multipel und somit flexibel (Geertz 1979: 348, 357). Ein amerikanischer Anthropologe beobachtete im marokkanischen Dorfkontext bereits Ende der 1970er Jahre:

„The rules of behavior symbolically associated with these social frames are viewed by the Moroccans as relational possibilities, available social resources, rather than entailed obligation or incontrovertible rights. Tribe, family and quarter, in this vision, become social fields in which independent lines of force, centered around nodes of interpersonal contact, are organized into distinct networks, personally serviced and situationally varied.“ (Rosen 1979: 20)

Oftmals wird zunächst im Gespräch der Stammesname einer unbekanntenen Person erfragt, wonach sich sehr viele Anhaltspunkte über die Ethnie und Konfession sowie vielleicht regionale Zugehörigkeit ergeben können. Es folgt die regionale Zuordnung über die Sprache und den Dialekt. Erst dann kann die Person ethnisch eingeordnet werden. Im alltäglichen Umgang ist die Befragung nach der ethnischen Herkunft innerhalb des elitären Establishments kompliziert, sie kann nicht nach einem Kriterienkatalog abgefragt werden, sondern es hängt davon ab, in welcher Beziehung die Personen zueinanderstehen. Enge Freunde können offen über ihre ethnisch-konfessionellen Hintergründe sprechen, Unbekannte stellen sich diese Fragen selten. Zwischen Freunden aus der jüngeren Elitengeneration und den eher links orientierten Elitenvertreter*innen werden auch die stereotypen Vorstellungen über Ethnien mit Witzen und überlieferten Anekdoten und als Zeichen der Nähe trotz der Unterschiede in Sprache, Kultur und Aussehen thematisiert. Schetters Beschreibungen bestätigen meine Beobachtungen. Er schreibt über die Entwicklung der ethnischen Differenzen seit Anfang des 20. Jahrhunderts:

„A ranked‘ unequal treatment of the people along an ethnic stratification (Horowitz 1981) went hand-in-hand with the emergence of simple ethnic stereotypes: Pashtuns were considered ‚bellicose‘, Tajiks were said to be ‚thrifty‘, Uzbeks were known as ‚brutal‘ and the Hazaras as ‚illiterate‘ and ‚poor‘ (Schetter 2005); such ethnic stereotypes have been constantly reproduced in everyday parlance (e.g. jokes, proverbs, addresses) as well as in everyday practices (e.g. separation of settlements, access to certain professions).“ (Schetter 2016: 461f)

Natürlich spielen diese Beschreibungen „des Anderen“ im gesellschaftlichen Leben der Afghan*innen auch eine Rolle und werden von den afghanischen Elitenvertreter*innen, wie bereits im Kabul-Kapitel thematisiert, instrumentalisiert. Oft zählen sich Afghan*innen je nach politischen oder gesellschaftlichen Nutzen der einen oder anderen Ethnie zu, was bedeutet, dass die ethnische Identität eher von der jeweiligen Interessenlage abhängt. Der wichtigste Aspekt in diesem Zusammenhang ist, dass sich Afghan*innen trotz des langen Krieges gegen eine ethnisch orientierte Aufteilung – wie sie beispielsweise in Jugoslawien in den 1990er Jahren erfolgte – sträuben. Für Meienberg folgen die Identitätszuordnungen einer Hierarchie: „An erster Stelle kommt der Stamm, an zweiter steht die Ethnie und an dritter die politische/religiöse Orientierung.“ (Meienberg 2012: 69) Jedenfalls halte ich den Kontext für die jeweilige ausgesprochene Identität für äußerst relevant, da sich die Identitäten nicht nur bei den Elitenvertreter*innen, sondern auch bei der afghanischen Bevölkerung als variabel zeigen.

Eine Neuaufteilung nach dem *Greater-Middle-East-Modell*⁶¹ (GME), wonach die Tadschik*innen Tadschikistan und zum Teil Iran, die Usbek*innen Usbekistan, Paschtun*innen einem Paschtunistan etc. zugeordnet werden sollten, stößt im afghanischen Kontext bei allen Elitenvertreter*innen auf Befremden und Ablehnung. Die Idee eines „Paschtunistans“, einer Rückgewinnung Khyber Pakhtunwahs, der FATA und Balochistans mit einem Meereszugang im Süden des heutigen Pakistans, wird von einigen Paschtun*innen als territoriale und ethnisch legitime Bereicherung Afghanistans betrachtet.

Einige US-Diplomaten entwickelten mir gegenüber in inoffiziellen Gesprächen den Plan einer Teilung Afghanistans nach ethnischer Zugehörigkeit. Dieser Ansatz scheiterte jedoch, weil die afghanischen Eliten keine Teilung oder Angliederung an die Nachbarstaaten wünschen. Einen Fall direkter Einflussnahme hat Kai Eide, der Sonderbeauftragte der UNAMA, in seinem Buch *Power Struggle over Afghanistan* (2012) im Zusammenhang mit den Vorbereitungen für die Präsidentschaftswahlen von 2009 dokumentiert. Sein US-amerikanischer Stellvertreter Peter Galbraith (25. Mai 2009 bis Mitte September 2009), ein enger Vertrauter des damals amtierenden US-Sonderbeauftragten für Afghanistan und Pakistan, Richard C. Holbrooke, hat nach Kai Eides Angaben Gespräche mit politischen Entscheidungsträgern und Kontrahenten geführt, die zu erheblich diplomatischen Verstimmungen zwischen Hamid Karzai, den Vereinten Nationen sowie der US-amerikanischen Administration führten (Eide 2012: 159-167, 197-201). Galbraith schlug damals wichtigen Botschaftern, den Sicherheitsministern und der IEC unter Abwesenheit Eides vor, von den geplanten 7.000 Abstimmungszentren aus Sicherheitsgründen lediglich 5.800 zu öffnen. Die politischen Folgen, die eingetreten wären, beschreibt Eide so:

„Obviously, with fewer polling centers more voters would be excluded from exercising their right to participate. The majority of these voters would come from unstable areas in the south and the east and the largest ethnic group, the Pashtuns, who were Karzai’s main constituency. If Galbraith’s proposal for 5,800 polling centers had been accepted, more than a million voters – perhaps many more – would have been excluded from the very outset. It could easily have provoked riots and unrest in addition to the armed conflict that was already raging. The proposal would have damaged one candidate – Karzai – and benefited others, in particular his main opponent, Dr. Abdullah.“ (Ebd.: 161)

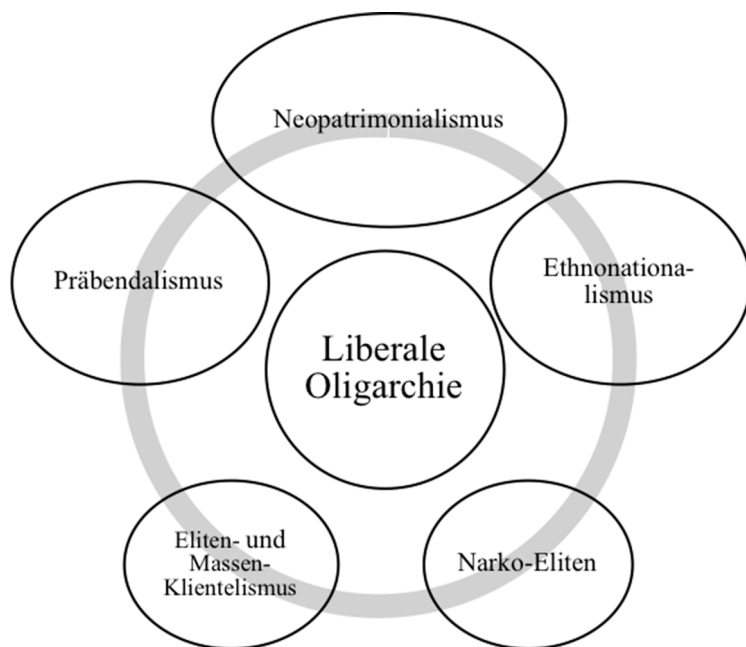
Dieser Vorschlag und der diplomatische Druck, den Galbraith in seiner Funktion als stellvertretender Sonderbeauftragter der UNAMA ausübte, missfiel den afghanischen Entscheidungsträgern, und Karzai weigerte sich, Galbraith zu treffen. Es wäre ein eklatanter Eingriff in den Wahlausgang gewesen, der die Chancen seines Widersachers

61 Das GME-Projekt, initiiert von der damaligen US-Außenministerin Condoleezza Rice, wurde während des Bombardements der *Hisbollah* im Libanon durch die israelische Armee, auch das *New Middle East Project* genannt. Obwohl bereits 400 libanesische Zivilist*innen ums Leben gekommen waren, bestärkte Rice die israelische Regierung im Juni 2006 darin, keinen Waffenstillstand einzugehen, sondern sagte: „Whatever we do, we have to be certain that we’re pushing forward to the new Middle East, not going back to the old Middle East.“ (Karon 2006)

Abdullah deutlich verbessert hätte. Dieser Fall zeigt, dass die Intervenierenden einen erheblichen Teil zu den ethnopolitischen Machtkämpfen beitragen, da sie sowohl eine eigene politische Agenda verfolgen als auch ihren politischen Einfluss in Afghanistan erhalten wollen. Diese politischen Interventionen bleiben in Afghanistan nie ohne Konsequenzen und setzen sich mit neuen regionalen Spielern wie China, Russland, Indien und Iran fort, wobei sich die ethnischen Identitäten der Elitenvertreter*innen und ihrer Klientel als machtpolitisch dienlich erscheinen.

Die ethnischen Identitäten sind multipel, fluid und die Problematik hat sich durch den jahrzehntelangen Krieg und durch die afghanische Diaspora vieler Afghan*innen aus den Nachbarländern und dem Westen zusätzlich verschärft. Einen hilfreichen theoretischen Ansatz hat Cook-Huffman formuliert: „Thinking of identities as products allows us not only to examine the mechanism of production, but to understand how identities themselves are changed and transformed during conflict.“ (Cook-Huffman 2009: 26) Wenn die Identitäten als Produkte betrachtet werden, die im afghanischen Kontext für die Eliten für ihre eigenen Machtinteressen variabel sind, dann könnte dies als kurzfristig stabilisierendes Phänomen für Afghanistan betrachtet werden. Im afghanischen Kontext wurden durch Präsident Hamid Karzais *big-tent*-Ansatz und die US-amerikanische Strategie, lokale Machthaber zu unterstützen, die Kooptationspolitik mit den Kriegsherren vorangebracht. Das Problem eines fragmentierten Nationalbewusstseins wurde durch die Machtteilhabe unterschiedlicher politischer Elitefraktionen zeitweise überwunden. Das Misstrauen zwischen den ethnischen Gruppierungen gab der afghanischen und der US-amerikanischen Regierung von 2002 bis 2014 die Möglichkeit, sich der Loyalität unterschiedlichster ethnischer Gruppierungen und mancher Gouverneure zu versichern. Gleichzeitig werden jedoch Identitäten basierend auf ethnopolitischen Interessen geformt, die kein nachhaltiges Konstrukt für ein Nationen- und Staatsverständnis Afghanistans bilden können. Folgende Abbildung stellt die bisherigen Ergebnisse und Thesen dieser Arbeit dar, indem der Neopatrimonialismus als übergreifendes Staatskonzept in Verbindung mit dem Ethnonationalismus, Narko-Eliten und Eliten- und Massenklientelismus in Form von Präbendalismus und als staatliche Gesellschaftsstruktur eine liberale Oligarchie darstellt.

Abbildung 5: Kreislauf der Regierungsführung in Afghanistan



Quelle: Eigene Darstellung

7.2.5 Ethnonationalismus versus afghanische Nation

Zwei wichtige und einflussreiche Elitenvertreter aus Herat und Mazar-e Sharif haben mir im Interview ihre Ansichten zu den afghanischen Konflikten beschrieben. Kurzfristig aber gebührend empfing mich in Mazar-e Sharif der einflussreiche Elitenvertreter Siavasch, nachdem er ein längeres Gespräch mit Vertretern der US-Botschaft beendet hatte und ich vor den bereits seit den Morgenstunden wartenden Gästen aus den unterschiedlichsten Bezirken der Provinz Balch zum Interview eingelassen wurde. Unter den ausschließlich männlichen Wartenden waren *arbabs* turkmenischer, usbekischer, paschtunischer, hasarischer und auch tadschikischer Herkunft. Ein verschämtes junges Paar verließ das Empfangszimmer des Elitenvertreters – oft suchen Liebespaare den Schutz einer*s außerfamiliären Patronin*s, wenn ihre Familien die Verbindung missbilligen und meist den Frauen mit dem Ehrenmord drohen. Meine Begleiterin, eine junge Parlamentsabgeordnete berichtete mir, dass es zu den Aufgaben des Elitenvertreters gehöre, solchen Paaren Schutz zu bieten und zwischen den Familien mit Rücksicht auf ihre Ehre zu vermitteln.

Siavaschs Gästehaus war üppig mit barockartigen Möbeln eingerichtet, die Decken mit Stuck versehen, Dekorationen im Goldton gehalten. Die Wände waren mit Rahmen, die mit islamischen Glaubenszitate aus goldenen Fäden gestickt waren, bedeckt und säumten den mit Säulen ausgestatteten fürstlichen Wartesaal. Im Empfangssaal selbst, in dem der Elitenvertreter mich begrüßte, war weißer Marmorboden mit Verzierungen aus schwarzen Dreiecken und Vierecken dominierend. Größere afghanische Teppiche bedeckten große Teile dieses Marmorbodens. An der Seite stan-

den neben kleinen Fotos, die politische Begegnungen mit afghanischen und internationalen Elitenvertretern bezeugten, ein größeres Portrait von Ahmad Shah Massoud neben dem des ermordeten Burhanuddin Rabbani.

Siavasch trug einen dunklen Anzug und eine cremefarbene Krawatte, eine große schwarze, mit Diamanten verzierte Armbanduhr und einen dazu passenden schwarzen Ring mit Diamanten. Mit seiner Kleidung und seinem weltoffenen Habitus mir gegenüber – einer weiblichen Interviewerin –, stand er in starkem Kontrast zu seiner draußen wartenden traditionell gekleideten Klientel. Sein politischer Führungsstil ist jedoch autoritär und äußerst brutal, potenzielle Oppositionelle werden hingerichtet; seine Kritiker*innen werfen ihm auch eine starke pro-tadschikische und farsisprachig orientierte Klientelpolitik vor. Während des Interviews betonte er mehrmals, dass es namhafte Literaten gegeben hat, die auf Farsi geschrieben haben und es eine verbindende Kultur zwischen Tadschikistan, Usbekistan, Afghanistan und Iran gäbe, diese müssten in den Bildungskanon für die junge Generation fließen. Diese Aussagen entsprechen der empfundenen und weitverbreitenden kulturellen Hegemonie der Farsiwan. Schetter geht auf die Komplexität der ethnischen Kategorie der Tadschik*innen ein und erklärt folgendes:

„The term ‚Tajik‘ is used in social interactions for somebody who does not belong to any other ethnic category (e.g. not a Pashtun, not a Hazara). It implies an anti-ethnic notion *per se*. The ethnic category of Tajiks applies to the residual of all Sunnite Persian-speaking villagers or urban dwellers without tribal background, which meant that it was used for all those without knowledge of their own genealogy and thus without a shared history (Brasher 2011). However, ignoring this meaning of ‚Tajik‘, anthropologists (e.g. Schurmann 1962) identified ethnic categories on the fringes of Tajiks, such as Farsiwan, Mountain Tajiks, Panjshiris, or Aimaq, neglecting the fact that these terms contain different meanings in regard to particular social contexts.“ (Schetter 2016: 464)

Nun nutzen die tadschikischen Elitenvertreter*innen die Sprache und die reichhaltige Literatur beispielsweise von Abu 'l-Qasim Ferdowsi Tusi, Jalal ad-Din Muhammad Rumi, Nur ad-Din Abd ar-Rahman Jami, Khawja Shams-ud-Din Muhammad Hafez-e Shirazi, Omar Khayyam usw. für eine kollektive Identitätsbildung. Senghaas beschreibt im europäischen Kontext in Bezug auf Elwerts Konflikttheorie, welches Ausmaß eine Dynamik der Gewalt Teil des Ethnonationalismus werden kann:

„Schon für den Nationalismus des 19. Jahrhunderts war kennzeichnend, dass zum Beispiel die in der Sprache jener Zeit als ‚geschichtslos‘ geltenden Völker ihre eigenen *National*sprache neu entdeckten, ihre ‚*nationale*‘ Geschichte neu beschrieben und ihren eigenen *National*staat forderten, wobei ganz offensichtlich damals nicht anders als heute kollektive Identitätsbildung der mystifizierenden und glorifizierenden Selbstzeugnisse bedarf: Vergangenheiten werden ‚imaginiert‘ (B. Anderson), für die es kaum empirische Belege gibt; versunkene Großreiche (‚Großserbien‘, ‚Großaserbaidtschan‘, ‚Großmazedonien‘, ‚Großrumänien‘ usw.) werden beschworen und nicht selten zur Zielbestimmung konkreter Politik.

Zeichnet sich Ethnonationalismus durch die ihn prägende identitätsbildende Grenzziehung gegenüber anderen Ethnien aus, nimmt der Selbstbezug im Verlauf eines sich hochschaukelnden Konfliktes zu. Ethnonationalistische Akteure lassen sich in einen ‚Überwertigkeitswahn‘ (G. Elwert) hineintreiben, der sie unsensibel für ihre weitere Umwelt, insbesondere auch für die

Kosten eines Konfliktes macht. Die Grenze zu anderen Ethnien wird überzeichnet, der Konflikt autistisch, die Konflikteskalation eigendynamisch.“⁶² (Senghaas 1996: 123f, Herv. i. O.)

Zum einen lässt sich aus der bereits diskutierten Bürgerkriegserfahrung Afghanistans von 1992 bis 2001 konstatieren, dass es einen ethnonationalistischen „Überwertigkeitswahn“ gegeben hat. Zum anderen sind die ethnischen Animositäten bis hin zu ethnisch motivierten gewaltsamen Eskalationen, momentan Teil eines funktionierenden Neopatrimonialismus, der innerhalb einer liberalen Oligarchie stabilisierend wirkt. Der hier interviewte Elitenvertreter, Siavasch, kann aufgrund seines millionenschweren Einkommens als treibender Neopatron des bereits in der Abbildung 5 dargestellten Versorgungskreislaufs bezeichnet werden.

Siavaschs persönlicher Assistent protokollierte alle Fragen und Antworten des Gesprächs. Siavasch war der einzige Elitenvertreter, dessen protokollarisches Prozedere fast auf präsidialer Ebene verlief. Anschließend an das Interview zeigte er sich betrübt darüber, dass wir nicht länger in der Stadt bleiben konnten, da er uns in seinem Gästehaus bewirten wollte. Auf die Frage, wie er Sicherheit in seiner Provinz, verglichen mit anderen Regionen, aufrechterhielte, lachte er und antwortete:

„Wir arbeiten mit den Menschen in der Stadt zusammen, wir sind für sie da, und sind arbeitsam und zeigen Verständnis. Ich höre ihnen bei den nahen Räten (*shura*) zu und den einfachen Zivilisten. Man muss sauber sein, ohne dass man bei den Menschen in Verruf gerät. Entscheidungen müssen für die Zivilisten getroffen werden.“⁶³

Diese Aussage würde sich *ether nicht* mit den Forschungsergebnissen Böhnkes, Köhlers und Zürchers decken. In den Untersuchungen von 8.000 Gemeinden in den Provinzen Kunduz und Tachar haben sich auch Böhnke, Köhler und Zürcher auf die Sicherheit und vertrauenswürdigsten Vermittler für die Bevölkerung konzentriert und stellen eingangs fest: „Providing security to its population is arguably the most fundamental task that states have to fulfil. No state can hope to earn legitimacy as long as citizens think that the state is incapable of protecting or unwilling to protect its citizens. This is even more accentuated in countries emerging from war.“ (Böhnke/Koehler/Zürcher 2017: 99)

Die landesweite Umfrage der *Asia Foundation* belegt mit ihren Ergebnissen dieses Primat der Sicherheit. Jedes Jahr befragen sie die Bevölkerung allgemein nach ihrer Zukunftseinschätzung und dann nach den Gründen für ihre pessimistischen Perspektiven. Die *Asia Foundation* kam zu folgender Auswertung: „As in all years since 2007, insecurity is the reason most commonly given for why the country is moving in the wrong direction (48.8%), followed by unemployment (27.5%), corruption

62 Senghaas hat keine Literaturnachweise für die beiden zitierten Autoren Anderson und Elwert angegeben. Aber sicherlich ist bei Anderson sein meist zitiertes Werk zu *Imagined Communities* gemeint (Anderson 1983/2006). Auch Elwert schrieb bereits 1989 über die unterschiedlichen innenpolitischen und außenpolitischen Dynamiken von Freund-Feind-Schemata zwischen Ethnien und Nationen aus emischer Perspektive (Elwert 1989).

63 Vgl. Interview Nr. 25, mit Siavasch in seinem Gästehaus am 13. November 2014 in Mazar-e Sharif: 230.

(14.6%), bad economy (10.4%) and bad government (8.7%).“ (The Asia Foundation 2016) Böhnke, Köhler und Zürcher (2017) haben bei ihren Befragungen von 2007 bis 2015 erfahren, dass sich die Bevölkerung in Konfliktsituationen (Land- und Wassernutzung) selten an staatliche Institutionen, wie einen *wolliswal*, die Polizei oder die Armee wenden, sondern eher an folgende hybride Institutionen für Konfliktlösungsmechanismen:

„From 2011 onwards the CDCs are gaining influence as first choices (27.9 per cent to 46.4 per cent), taking over from the traditional shuras and even replacing elders as most prominent first choice in 2015. This indicates a formalisation of conflict processing. A drop in informal strongmen like arbobs, khans or maliks on all three levels would further support a shift towards procedural conflict processing. However, the involvement of local strongmen is about the same in 2007 and 2015 (first-third choices added up to 23.6 per cent and 23.8 per cent respectively).“ (Ebd.: 105)

Jedoch verzeichneten die Forscher, dass die staatlichen Entscheidungsträger, wie die *wolliswals* oder Provinzautoritäten, über die Jahre hinweg vermehrt bei Konflikten kontaktiert werden (ebd.: 106). Auf die Frage, welche Konflikte in Afghanistan weiterhin dominierend sind, antwortete Siwasch:

„Es gibt erstens die ethnischen Konflikte und zweitens den Terrorismus und die Selbstmordattentate. Diese Probleme sind politischer Natur. Bei der Gründung des Kabinetts kann das Vertrauen und das Verständnis wieder entstehen und hergestellt werden. Es könnte ein Kabinet mit 50 Prozent eines jeden Teams entstehen. Ohne jegliche ethnische Motivation, denn in jedem Team gab es Anteile von jeder ethnischen Gruppe. Ein Programm für Bürger, dass der Gesellschaft hilft, aus dem Stammesverständnis herauszukommen und ein Verständnis des Bürgers entstehen lässt, wäre erstrebenswert. Im Mittelpunkt muss die Nationenbildung stehen und das Stammesdenken muss sich langsam auflösen.“⁶⁴

Es ist richtig, dass in den jeweiligen Teams von Ghani und Abdullah die unterschiedlichen Ethnien vertreten sind; eine Lösung wäre, allen unterschiedlichen Repräsentant*innen nach Qualifikation politische Ämter mit Einfluss zu verleihen. Zu weiteren Disputen führen die präsidialen Kompetenzen, politische Ämter beispielsweise von Konsulin*innen, Botschafter*innen, Minister*innen, Berater*innen, Kommissar*innen sowie des Vorsitzenden der *Independent Administrative Reform Civil Service Commission* (IARCSC) im Alleingang zu ernennen. Ghani schöpft diese Möglichkeit aus und unterläuft so die Vereinbarungen des NUG-Vertrages (Mashal 2016).

Als einer der wenigen Elitenvertreter betonte Siwasch in diesem Zitat, dass sich das Stammesdenken graduell zum Nationenverständnis entwickeln sollte. Als ehemaliges und gegenwärtiges Mitglied der *Jamiat-e Islami* könnte er als vehementer Gegner der Rehabilitierung der Taliban-Führer und Kämpfer gehandelt werden. Während meines Aufenthalts wurde in den Medien über die Bedenken der Zivilgesellschaft und vieler Mitglieder der *Jamiat-e Islami* berichtet, die Taliban als „politische Oppo-

64 Vgl. Interview Nr. 25, mit Siwasch in seinem Gästehaus am 13. November 2014 in Mazar-e Sharif: 229.

sitionelle“ – so wie es Ghani tut – zu bezeichnen (Rasmussen 2014). Explizitester Kritiker von Ghanis Rhetorik war auch Rangin Dadfar Spanta: „They are terrorist groups and kill our people and security personnel and resort to murder,‘ [...]. We can’t call them our political opponents, because political opponents are those who oppose or criticize the government through political means,‘ [...].“ (Tolo News 2014b) Also fragte ich auch Siavasch, was er über den Versuch der aktuellen Regierung, die Taliban als politische Opposition zu bezeichnen, denkt:

„Ich erkenne die Taliban nicht als politische Opposition an, weil sie keine politische Agenda oder ein System haben, das das Land organisieren könnte. Aber wenn sie bereit sind, ihre Waffen niederzulegen und die Anschläge einzustellen, kann man einen Weg finden. Solange sie jedoch den Terrorismus fortführen, erkenne ich sie nicht an.“⁶⁵

Diese Position stimmt mit der offiziellen Version der Führungsriege seiner Partei, der *Jamiat-e Islami*, überein. Für den Menschenrechtler Fereydoon aus Herat stehen andere Konfliktherde im Vordergrund:

„Aus meiner Sicht gibt es den Konflikt innerhalb der Sprachen. Dieser Sprach-Konflikt findet sich in der Regierung. Dort gibt es ein Echo und es hat sich dort widerspiegelt. Ich glaube auch, dass die Ministerien nach ethnischen Gesichtspunkten ausgewählt und gebildet worden sind. Ich bin schon der Meinung, dass zum Beispiel der Minister für Wasser und Strom nach ethnischen Gesichtspunkten ausgewählt worden ist. Es hätte jemand sein müssen, der zum Beispiel den Städtebau beherrscht und er hätte eine spezielle Ausbildung haben müssen. Wir sind Afghanen und gehen nach Indien, um uns behandeln zu lassen. Dort ist es uns doch auch gleich, ob der Arzt Hindu, Sikh oder Muslim ist. In den letzten 13 Jahren, während der Zeit Karzais, wurden die Minister nach ihrer ethnischen Herkunft ausgewählt.“⁶⁶

Mit dem Minister für Wasser und Strom ist Ismael Khan gemeint, der als Führungsmitglied der *Jamiat-e Islami* gegen die Rote Armee kämpfte und in Herat nach dem Sturz der Taliban von 2002 bis 2004 regierte. Khan war Karzai aufgrund seiner Macht in der Provinz Herat zunehmend ein Dorn im Auge, da er die horrenden Zolleinnahmen aus dem Handel mit den Nachbarländern – vornehmlich aus dem Iran – nicht an die Zentralmacht in Kabul weiterleitete, sondern für provinzielle Wiederaufbauprojekte in Herat verwendete, investierte, seine Klientel weiter ausbaute sowie enge politische und wirtschaftliche Beziehungen zum Iran pflegte. Diese Zolleinnahmen werden auf 1 Millionen US-Dollar täglich geschätzt (Global Security 2012).⁶⁷ Khan regierte als streng-religiöser Gouverneur, der auch Sittenwächter in der Stadt patrouillieren ließ, um Frauen und Männer zu kontrollieren und bei Zuwiderhandlung

65 Vgl. Interview Nr. 25, mit Siavasch in seinem Gästehaus am 13. November 2014 in Mazar-e Sharif: 230.

66 Vgl. Interview Nr. 31, mit Fereydoon in seinem Büro am 20. November 2014 in Herat: 244.

67 Giustozzi beziffert die Zolleinnahmen Ismael Khans aus den Grenzstädten Islam Qala, Turghundi, Kalat-e Nazar in der Post-2001-Phase auf 50 bis zu 300 Millionen US-Dollar (Giustozzi 2009: 233).

gegen islamisches Verhalten einsperren zu lassen. Ein Bericht von *Human Rights Watch* dokumentierte die Folterungen, Einschüchterung und Diskriminierungen gegenüber Paschtun*innen in Herat, Folterungen von Intellektuellen und Studierenden, die von Khans Milizen verübt wurden (Human Rights Watch 2002). Fereydoons Beobachtung, dass Ismael Khan aus ethnopolitischen und nicht aus fachlichen Gründen das Ministeramt erhielt, bestätigt Giustozzi in seiner ausführlichen Analyse ebenfalls:

„For all his interest in establishing a civilian administration, Ismail Khan always remained committed to an extreme patrimonialist mode, never showing any sympathy towards the intelligentsia of any colour. One of his most famous statements runs ‚one obedient non-educated person is better than 100 disobedient intellectuals‘.“ (Giustozzi 2009: 208)

Des Weiteren beleuchtet Giustozzi kritisch, dass sich in der Verwaltung Herats auch nicht die ethnische Heterogenität der afghanischen Bevölkerung widerspiegelte. Es gab in den Jahren von 2002 bis 2004 einige wenige Schiiten in der Administration, wie beispielsweise der Direktor des Departments für Wasser, für kurze Zeit gab es einen schiitischen Direktor für Verkehr und einen schiitischen Kommandeur für Grenzangelegenheiten. Paschtunen, Aiqmas und auch große Teile der tadschikischen Bevölkerung waren nahezu ausgeschlossen. Ismael Khan setzte seine Vertrauten, kriegserfahrene *mujaheddin*, in der Verwaltung ein. Es wird geschätzt, dass von 500 bis 600 eingesetzten Administratoren für die zwei höchsten Stufen im öffentlichen Dienst weniger als 10 Prozent qualifiziert waren (ebd.: 214).

Ismael Khan lehnt aufgrund seiner politischen Vergangenheit einen Friedensprozess mit den Taliban und/oder der *Hezb-e Islami* ab. Khan, der auch „Emir von Westafghanistan“ nannte, etablierte sich als autarker Gouverneur, der für Karzai, auch wegen seiner kritischen Haltung den USA gegenüber, von 2001 bis 2004 eine politische Gefahr darstellte (Foschini 2012). Der damalige Finanzminister Ashraf Ghani änderte die Zahlungsverfahren der Zolleinnahmen für die Provinz Herat, so dass Ismael Khan die Kontrolle über seine finanziellen Quellen immer mehr entglitt und seine politische Anhängerschaft ihm nicht mehr die Treue hielt. Im Sommer 2004 beliefen sich dann die Barzahlungen nach Kabul auf 8 Millionen US-Dollar im Monat (Giustozzi 2009: 235). Auch wenn die oben erwähnten täglichen Zolleinnahmen von 1 Millionen US-Dollar während der Anfangsjahre unter Ismael Khan zu den monatlichen 8 Millionen US-Dollar an die afghanische Regierung in einem schlechten Verhältnis stehen, ist es hier wichtig hervorzuheben, dass ein wichtiger Teil als eigene staatliche Rendite durch einen einfachen Bezahlsmechanismus legalisiert werden konnte und dem Staat zu Gute kam.

Danach konnte Khan als idealtypischer Neopatron das präbendalistische System mit einem ihm getreuen Eliten-Klientelismus nicht mehr aufrechterhalten. Am 21. März 2004 brachen Kämpfe zwischen den Regierungstruppen unter General Zahir Nayebzadeh und Ismael Khan aus. Der Sohn des Emirs, Mirwais Sadeq, der damals Minister für Luftfahrt und Tourismus war, soll bei diesen schweren Kampfhandlungen mit Tankern und Artilleriebeschuss von bewaffneten Männern erschossen worden sein. Ismael Khans Anhänger*innen vermuteten, dass dieser Anschlag eigentlich seinem Vater gegolten hätte. Einen Tag später wurden 1.500 Soldaten unter der Führung des damaligen Verteidigungsministers, Mohammad Fahim, nach Herat entsendet, um einen Waffenstillstand zwischen den Opponenten auszuhandeln und den Tod

Sadeq aufzuklären. Die Todesumstände wurden nie aufgeklärt, aber in Herat hielt sich das Gerücht, die US-amerikanische Regierung habe Ismael Khan stürzen wollen und während der Kampfhandlungen sei sein Sohn versehentlich ums Leben gekommen. Wahr ist, dass sein Sohn vom respektlosen Verhalten Nayebedehs seinem Vater gegenüber hörte, sich daraufhin in Begleitung einiger bewaffneter Männer zum Privathaus des Generals begab. Da der General nicht zu Hause war, versuchten seine Wachleute Sadeq davon abzuhalten, in das Haus einzudringen, wobei sie ihn erschossen.

Nach Kampfhandlungen zwischen Truppen Ismael Khans und aufständischen Milizen aus dem Bezirk Shindand im August 2004 zog Karzai die Konsequenzen und bot Ismael Khan einen gesichtswahrenden Pakt an, nämlich Minister für Wasser und Energie (2004-2009, 2009-2013) in Kabul zu werden. Ismael Khans politische Situation als Mezzanine-Herrscher war aufgrund der drastisch gesunkenen Zolleinnahmen nicht mehr zu halten, politisch hatte er auch durch die Ermordung seines Sohnes an Einfluss verloren, da sich bis heute verschiedenste Theorien um diese militärische Eskalation ranken. Als Minister für Energie und Wasser hatte Khan zumindest zeitweise Einfluss auf die Vergabe wichtiger Energieverträge und konnte seinen ethno-politischen Einfluss für seine Klientelpolitik in seinem Sinne geltend machen.

Jedoch verfügt er weiterhin über erheblichen politischen Einfluss in Herat und dank seiner Investitionen während seiner Zeit als Gouverneur verdient er durch Vermietungen von Geschäften in drei Einkaufszentren in Herat bis zu 292.000 US-Dollar monatlich (Kazemi 2017). Hinzu kommen noch diverse Geschäftsbeziehungen und beispielsweise das dreistöckige *Esteglal*-Hotel, in dem internationale Gäste oder Regierungsangestellte aus anderen Landesteilen bei ihren offiziellen Besuchen in Herat übernachten. Er ist weiterhin in der Lage, binnen wenigen Stunden seine Anhänger, die über Waffen verfügen, zu mobilisieren. Kazemi verweist in seinem Bericht über Ismael Khan und seine Nachfolger darauf, dass er sich auf die bevorstehenden Parlamentswahlen vorbereitet und weiterhin an historisch wichtigen Tagen seinen politischen Einfluss aus vergangenen Tagen zelebriert:

„However, there are two specific days in the year when he can always be seen talking to the people around him and to the media: 24 Hut (15th of March, the anniversary of Herat’s uprising against the Soviet-backed, Afghan communist government in 1357 (1979) [...] and 29 Hamal (18th of April), the anniversary of the Soviet withdrawal from Afghanistan victory of the mujahedin in Herat in 1371 (1992). The reason why Ismail Khan gives special attention to the marking these two events is that he believes he played the instrumental role in both. At other times, he gathers his mujahedin commanders, local elders, government officials, journalists and others in his mansion in a street named after himself in downtown Herat to talk about the situation of Afghanistan generally and Herat specifically.“ (Ebd. 2017)

Ein ähnliches Schicksal wie das des Emirs von Westafghanistan hätte sich auch für Atta Noor entwickeln können. Wenn Noor dem Druck Karzais oder Ghanis nachgegeben hätte, nach Kabul für ein Minister- oder Berateramt zu wechseln, wäre er wahrscheinlich ohne realen politischen Einfluss geblieben. Aus diesem Grund kommt für den lokalen Fürsten aus dem Norden kein niedrigeres Amt als das des Präsidenten oder Vizepräsidenten in Frage, wie er bereits während der Feierlichkeiten des Neujahrfestes am 21. März 2017 verkündete. Bisher nimmt Atta Noor die Po-

sition eines einflussreichen Mezzanine-Herrschers ein, der die Sicherheit zumindest für Mazar-e Sharif garantieren kann.⁶⁸ Ghani bestätigte Atta Noor am 20. Februar 2017 als Gouverneur im Amt, obwohl er zuvor per Dekret verfügt hatte, alle Gouverneursposten neu zu besetzen. Ghani vereinbarte mit ihm, dass er 2019 vom Amt zurücktreten kann, wenn er tatsächlich als Präsidentschaftskandidat antreten sollte (Ruttig 2017). Es bleibt zweifelhaft, ob er überhaupt eine Chance auf einen Sieg hat, da er von der Bevölkerung überwiegend als tadschikischer Elitenvertreter mit einer Vergangenheit als Kämpfer der *Jamiat-e Islami* wahrgenommen wird. Aufgrund seiner Ethnie wird die Opposition auf die tadschikischen Machthaber der Vergangenheit – Habibullah Kalakani (1929-1930) und Rabbani (1994-2001) – verweisen, die beide im afghanischen Bewusstsein mit einer blutigen und chaotischen Regierungszeit assoziiert werden. Für Senghaas liegt die Lösung der ethnonationalistischen Konflikt-dynamiken in einer Koexistenz:

„Während Ethnonationalismus in aller Regel leicht in Überwertigkeitsbewusstsein und Unfehlbarkeitsglauben umschlägt sowie im praktischen Verhalten zu einem ausgeprägten Nepotismus führt, erfordert Koexistenz die Anerkennung des Lebensbereiches und der Eigenwertigkeit des anderen und damit die Relativierung der eigenen Position.“ (Senghaas 1996: 128)

Dieser Ausweg aus einer konfliktreichen Eigendynamik von ethnonationalistischen Handlungspraktiken erweist sich in Afghanistan schwierig. Ein weiterer Interviewpartner aus Herat macht dies noch einmal deutlich. Auch Hasib war und ist ein wichtiges Mitglied der *Jamiat-e Islami*. Während wir, meine Tante, Darius und ich, sein Privathaus betraten, war bereits eine große Gruppe von ausschließlich männlichen Parteimitgliedern anwesend, die mit ihm über die bisherige Politik Ghanis und insbesondere über dessen Besuch in Pakistan sprachen. Das Empfangszimmer war auch hier im braun-goldenen Ton gehalten, auf jedem Tisch standen die berühmten, seit Jahrhunderten gepriesenen Weintrauben der Region (Malikzada 2015). Am Eingang wachte sein Leibwächter, der uns mit Argusaugen beobachtete, denn meine Familienmitglieder wurden unter der Herrschaft Ismael Khans von 1992 bis 1995 Opfer seiner politischen Repressalien gegen Kommunist*innen und Maoist*innen und seiner berüchtigten Foltermethoden.

Das Interview mit Hasib begann erst nach einer Stunde – zum einen konnte er seine Gäste aus Höflichkeit nicht explizit entlassen, zum anderen demonstrierte er uns gegenüber damit seine Macht. Es war für mich nicht erkennbar, ob wir ungelegen kamen und vielleicht hätten das Interview verschieben sollen. Zur Überraschung seiner Gäste ließ er lange Pausen entstehen, um ihnen zu signalisieren, dass es für sie an der Zeit sei zu gehen, um mit mir das Interview zu führen. Mit einer unauffälligen Handbewegung gab er mir zu verstehen zu bleiben. In einer von Männern dominierten Gesellschaft war dies ein Novum, dass ein einflussreicher Elitenvertreter zwei Frauen für eine Audienz Priorität einräumt. Sicherlich ist dies auch auf das verbesserte Verhältnis zu meinem Vater zurückzuführen. Diese von den Elitenvertreter*innen

68 Die mehrmalige Einnahme von Kunduz durch die Taliban müsste gesondert diskutiert werden, aber auch hier sei auf die zahlreichen und sehr gut recherchierten Berichte vom Juni 2014 bei AAN verwiesen (Ali 2016; Cecchinell 2014).

mehrfach angesprochene Kooperationsfähigkeit zwischen einst verfeindeten Fraktionen ist ein Erfolg des Friedensprozesses der letzten Dekade. Nachdem Hasib seine Gäste verabschiedet hatte, war er während des Interviews präsent, direkt in seinen Aussagen und im Vergleich zu seinen bisherigen Interviews in den Medien auch äußerst kohärent. Als einziger Elitenvertreter äußerte er eine positive Sicht auf den bevorstehenden Abzug der internationalen Truppen Ende des Jahres 2014:

„Glücklicherweise werden die Soldaten abziehen. Auch wenn die Mehrheit der Menschen nicht meine Meinung teilt, denke ich, dass es gut ist, wenn sie gehen. Die Amerikaner geben 27.000 US-Dollar im Monat für einen Soldaten aus. Wir brauchen nur 2.000 US-Dollar. Sie können uns weiterhin finanziell unterstützen. Die internationale Gemeinschaft kann das festsetzen. Es ist eine Ausrede, dass die Nachbarländer Afghanistan ins Chaos stürzen werden.“⁶⁹

Die ehemaligen *mujaheddin*-Kämpfer fürchten zwar eine Verfolgung wegen ihrer Kriegsverbrechen, die sie nicht als solche sehen, denn sie haben kein Unrechtsbewusstsein, möchten aber unbedingt eine historische Anerkennung ihrer Heldentaten erreichen. Gerne schwelgen die *mujaheddin* in ihrer Vergangenheit und dieser nostalgischen Lebenswelt:

„Wir *jihadis* sehen uns selten, früher haben wir uns in den Bergen öfters gesehen. Ich habe 14 Jahre gegen die Sowjets gekämpft und wir haben dann sieben Jahre gegen die Taliban Krieg geführt. Wir haben dies ja nicht für einen Posten getan und auch nicht, um hier und da ein kleines Projekt zu implementieren. Gott möge die ausländischen Soldaten rausschicken. Wir sind, wie ein Kranker, dem man unter die Arme gegriffen hat, wir glauben nicht mehr an uns. Die Ausländer haben uns unter die Schultern gegriffen. Die Reise des neuen Präsidenten nach Pakistan-. Danach gab es direkt einen Aufruf zum heiligen Krieg von Fazl-ur Rahman.⁷⁰ Solange die Ausländer hier sind, haben wir dieses Problem, sie müssen das Land verlassen. Auch wenn ich wirklich unsere Führer akzeptiere, aber ich denke, dass wir keine richtigen Führer haben.“⁷¹

Hasib betont in diesem abschließenden Absatz eine weitverbreitete Überzeugung der *mujaheddin*, dass sie für das Wohl der Bevölkerung einen Befreiungskampf geführt haben und nun an der Regierung beteiligt werden sollten. Auch die hier formulierten positiven nostalgischen Erinnerungen an eine von Krieg und Kameradschaft geprägte Zeit dürfen für den Friedensprozess nicht unterschätzt werden. Es wird noch Generationen dauern und viele pazifizierende und vertrauensbildende Maßnahmen brauchen, um ein Miteinander verschiedener Elitenvertreter*innen und ihrer Klientel ohne ein präbendalistisches Netzwerk im Sinne einer nachhaltigen und demokratischen Regierungsordnung fernab von liberaler Oligarchie etablieren zu können.

69 Vgl. Interview Nr. 30, mit Hasib in seinem Haus am 19. November 2014 in Herat: 242.

70 Hier ist der geistliche Anführer Maulana Faz-ul Rahman der *Jamiat-e Ulama-e Islam Pakistan* gemeint.

71 Vgl. Interview Nr. 30, mit Hasib in seinem Haus am 19. November 2014 in Herat: 243.

8 Neopatrimonialismus als stabilisierende Staatsbildungsform

In diesem abschließenden Kapitel werden die generierten Hypothesen der empirischen Analyse mit dem zuvor formulierten Erkenntnisinteresse dieser Arbeit zusammengetragen. Bewusst wird hier der Begriff der „Hypothesen“ gewählt. Denn durch den Hypothesenbegriff wird die Arbeit dem bereits formulierten Anspruch der Ursache-Wirkungs-Dimensionen¹ und dem hiermit im Zusammenhang stehenden Augenmerk auf das Erklären und Verstehen gerecht (Bourdieu 2005c). Eingangs sei hier das Erkenntnisinteresse der Doktorarbeit nochmals formuliert. Die Arbeit hat es sich zum Ziel gesetzt herauszufinden, wie die Patronage-Klientel-Netzwerke in Afghanistan zwischen den unterschiedlichen Eliten aus Politik, Kultur, Wirtschaft, Medien, Bildung und Religion mit ihren unterschiedlichen Hoheitsdimensionen (Deutungs-, Entscheidungs- und Wirkungshoheit) verlaufen, um die Konfliktodynamiken der unterschiedlichen Elitefraktionen aufdecken zu können und um dann im zweiten Schritt die Frage nach einer Strategie für einen staatskonsolidierenden Friedensbildungsprozess zu beantworten.

8.1 NEOPATRIMONIALE STRUKTUREN IN EINER PERPETUIERENDEN INTERVENTIONSGESELLSCHAFT

8.1.1 Forschungsleitende Annahmen

Die Herausforderung wird darin liegen, sowohl die soziokulturellen und anthropologischen Beschreibungen der Eliten als auch die zitierten Interviewinhalte expliziter in das jeweilige lebensweltliche Milieu und seine politischen Annahmen zu übersetzen, und gleichzeitig dem im Einleitungskapitel beschriebenen kritisch-reflexiven Anspruch *qua* postkolonialer Diskurstheorien und dem Bourdieuschen „Doppelten Bruch“ gerecht zu werden (Bourdieu 1987b: 49-53). Bourdieu beschreibt den zu explizierenden „Doppelten Bruch“ für Forscher*innen wie folgt: „Die Sozialwissenschaft muss nicht nur wie der Objektivismus mit der eingeborenen Erfahrung und der

1 Die Ursache-Wirkungs-Dimensionen wurden bereits im Theoriekapitel 3.2 *Bourdieu's Habitus-Begriff und Verständnis der Lebenswelt* näher beschrieben.

eingeborenen Darstellung dieser Erfahrung brechen, sondern außerdem in einem zweiten Bruch die mit der Position des ‚objektiven‘ Beobachters untrennbar verbundenen Voraussetzungen in Frage stellen.“ (Bourdieu 1987b: 52)

Die zwei Annahmen aus dem Einleitungskapitel, die das Erkenntnisinteresse der Arbeit leiteten und bei der Auswahl der Theorien und der Methode für die Auswertung eine Rolle spielten, werden hier differenzierter anhand der geführten Interviews und der Analyse der bisherigen Forschungsbeiträge gedeutet sowie mit profunderen Hypothesen zusammenfassend dargestellt.

Die *erste Annahme* lautete: Die unterschiedlichen Elitefraktionen werden nicht konsensual regieren und somit den staatskonsolidierenden Prozess nach dem Abzug der internationalen Schutztruppe nicht eigenständig zu einer stabilen demokratischen Regierungsform weiterführen können. Die *zweite Annahme* schloss sich an die erste mit einem optimistischeren Ausblick an die Elias’sche Theorie der Pazifizierung (Zivilisationsprozess) an: Die neue Generation der Eliten, die zwischen 1992 und der Gegenwart nicht an Gewalttaten beteiligt waren, könnten die Konflikte beilegen, einen Minimalkonsens für die sich im Aufbau befindenden Institutionen erreichen sowie die Meinungsunterschiede im Rahmen der rechtsstaatlichen Möglichkeiten regulieren und den Kampf um die politischen (Macht-)Positionen mit den dafür vorgesehenen Regeln und Wahlen durchführen.

*Hier sei zunächst konstatiert, dass eine apodiktische Bestätigung oder Verneinung beider Annahmen nicht zulässig wäre, weil die in der Arbeit zitierten politischen Elitenvertreter*innen seit 2001 im Rahmen der neopatrimonialen Netzwerke ihre Positionen gesichert haben und als Patron*innen mit ihrer dazugehörigen Klientel einen stabilisierenden Teil der afghanischen Interventionsgesellschaft auf der Staatsebene repräsentieren.* Somit beeinflussen, formen, reformieren oder aber auch boykottieren die Elitenvertreter*innen als strukturierende Akteure mit ihren unterschiedlichen Funktionen die Sozialstruktur und im Aufbau stehenden Institutionen.

Unter der derzeitigen NUG-Regierung hat sich ein ethnopolitisch gespaltenes Elitenkonstrukt als Kompromisslösung auf Druck der USA ergeben. Das politische Lager Ghani mit seinem usbekischen ersten Vizepräsidenten, Dostum, und seinem schiitisch-hasarischen zweiten Vizepräsidenten Danesh droht bereits durch unterschiedliche neue politische Konstellationen auseinanderzubrechen, da sich insbesondere Dostum bei den entscheidenden politischen Schachzügen Ghani ignoriert sah und er als nur noch mit symbolischer Macht ausgestattet angesehen wird und seine Position dadurch stark geschwächt ist. Auch die ethnisch-ausgewogene Führungsriege um Abdullah, mit seinem ersten Stellvertreter Mohammad Khan (Paschtune) und seinem zweiten Stellvertreter Mohammad Mohaqeq (schiitischer Hasara) ist auseinandergebrochen, weil Mohaqeq im Juli 2017 ein Bündnis mit Atta Noor, dem Fürsten des Nordens, und Dostum, dem ersten Vizepräsidenten, derzeit im politischen Exil in Ankara, geschmiedet hat. Ein delikates Detail dieser neuen Allianz unter dem Namen „Koalition für die Rettung Afghanistans“ ist, dass Noor bei seiner Feiertagsansprache nach dem Fastenmonat Ende Juni 2017 Ghani damit gedroht hat, Tausende Menschen von Mazar-e Sharif bis nach Kabul aufmarschieren zu lassen, wenn dieser nicht Gerechtigkeit für die vielen Toten und Verletzten nach dem verheerenden Anschlag am 31. Mai 2017 in Kabul walten ließe (Constable 2017). Attas Drohung, Demonstrationen gegen den amtierenden Präsidenten zu initiieren, verdeutlichen die ethnopolitischen Machtinteressen eines reichen und mächtigen Gouverneurs, der in

Abdullah keinen starken Repräsentanten für die Interessen der tadschikischen Bevölkerung sieht, und dessen Mezzanine-Herrschaft bereits in Kapitel 7.2.5 *Ethnonationalismus versus afghanische Nation* beschrieben wurde. Die afghanische Nachrichtenagentur hingegen schreibt beschwichtigender: „Leaders of the alliance in their draft resolution accused President Ashraf Ghani of working beyond the law and monopolizing political power. The coalition does not want the system to collapse; instead it wants systematic reforms to be in place in security institutions, the draft resolutions says.“ (Karim 2017)

Abdullahs Amt als Premierminister sollte bereits 2016 verfassungsrechtlich verankert werden, die hierfür notwendigen Parlaments-, Provinz- und Bezirkswahlen zur Berufung einer verfassungsgebenden *loya jirga* haben aber bisher nicht stattgefunden. Noch nicht einmal der für Wahlen notwendige Zensus wurde durchgeführt. In der Zwischenzeit werden die Stimmen der Kritiker*innen gegen Ghanis Regierung immer lauter; der marginalisierte Regierungsflügel vermutet, dass diese zeitlichen Verzögerungen politisches Kalkül sind, um die Verfassungsänderung bis zur nächsten Präsidentschaftswahl im Jahre 2019 (Pabst 2016) hinauszuschieben, womit dann die wichtigsten Koalitionsvereinbarungen einen CEO als Premierminister*in in der Verfassung zu verankern, die Wahlreformen voran zu treiben, nicht eingelöst wurden. Hinzu kommt die bedrohliche Sicherheitslage, die die Realisierung freier, allgemeiner, geheimer und unmittelbarer Wahlen schwierig macht. In Afghanistan würden die verfassungsmäßig notwendigen Wahlen auf der nationalen und subnationalen Ebene, die Sicherheitssituation eher verschlechtern. Denn die institutionellen Voraussetzungen, um die Wahlen transparent zu organisieren und anschließend auszuwerten, wurden noch nicht reformiert. So lange die Regierung weder sichere Wahlgänge noch einen legitimen Wahlausgang garantieren kann, stellen die zukünftigen 41 Wahlen auf allen sieben Ebenen in den nächsten 20 Jahren ein erhebliches sicherheitspolitisches Risiko dar.

Nach mehreren schweren Anschlägen und gewalttätigen Demonstrationen steht die Regierung Ghanis und Abdullahs vor der Zerreißprobe, wird aber von den USA mit finanziellen und militärischen Mitteln und diplomatischem Verhandlungsgeschick zusammengehalten. Präsident Ghani kann weiterhin wichtige politische Entscheidungen allein treffen und sein Koalitionspartner Abdullah hat außer der Drohung eines Koalitionsbruchs, das im historischen Kontext Afghanistans für paschtunische Nationalist*innen eher begrüßenswert wäre, keine andere Handlungskompetenz. Ein Koalitionsbruch durch Abdullahs Lager würde nämlich dem historischen Narrativ folgen, nach dem tadschikische Machthaber meist ein politisches Chaos auslösten. Abdullah wäre dann nach König Habibullah Kalakani (Januar-Oktober 1922) und Präsident Rabbani (1992-1996/2001) der dritte tadschikischstämmige Politiker, der den Beweis antritt, dass die tadschikischen Eliten kein Interesse an einem demokratischen Friedensprozess haben.² Dieses politische Szenario ist angesichts des rhetorischen Säbelrasselns und der tatsächlichen gewaltgeladenen und zum Teil bewaffneten Demonstrationen seitens des tadschikischen Flügels nicht unrealistisch. In diesem ethnopolitisch konnotierten historischen Kontext ist die moralische Bürde für

2 Diese Thematik wurde in Kapitel 6.4.1 *Historisch paschtunischer Herrschaftsanspruch und Mensch zweiter Klasse* bereits beschrieben.

Abdullah so groß, dass er es nicht zum Koalitionsbruch kommen lassen wird und dass dies bereits als ein Schritt zur Pazifizierung der gesellschaftlich und politisch auszuhandelnden Konflikte betrachtet werden kann. Koalitionsvereinbarungen und -brüche sind in der afghanischen Geschichte kein Novum, sondern für die politischen Machtinteressen einer fragmentierten Elite entlang ethnoregionaler und -politischer Zugehörigkeiten symptomatisch geworden.

1. Hypothese: Aus diesen hier dargelegten instabilen und flexiblen Koalitionen geht hervor, dass in Afghanistan uneinige Eliten mit ethnopolitischen Patron-Klientel-Verhältnissen in einem profitablen neopatrimonialen Netzwerk herrschen. Aufgrund der Interessen einer liberalen Oligarchie werden in dieser Interventionsgesellschaft vornehmlich von politischen und wirtschaftlichen Eliten bewusst Gewaltdynamiken aufrechterhalten.

Auf eine vereinfachte Formel gebracht, läuft diese idealtypische Verortung nach Higgley und Burtons Transformationstheorie (Higgley/Burton 2006: 21) darauf hinaus, dass die Elitefraktionen aus den unterschiedlichen Milieus (Politik, Wirtschaft, Kunst, Medien und Religion) so unterschiedliche Norm- und Ordnungsvorstellungen haben, dass sie zu keiner konsensualen Regierungsführung mit repräsentativen Institutionen gelangen können. Auch ihre milieuspezifischen Ordnungs- und Weltanschauungen spiegeln sich in ihren unterschiedlichen Relevanz- und Machtsystemen wider, so dass eine fragmentierte Elite ein instabiles Regierungssystem bildet. Im Laufe dieses Abschlusskapitels müssen jedoch *die komplizierten Nuancen der afghanischen Interventionsgesellschaft mit perspektivisch progressiven Kontinuitätsbrüchen sowie den Herausforderungen für vertikale und horizontale Mobilitätswege für Transformationsgesellschaften in ihren eigenen Norm- und Weltanschauungen aufgewiesen werden*, womit die erste Hypothese bewiesen wäre.

Die zweite Annahme, dass eine jüngere Generation an Eliten ohne jegliche Kriegserfahrung politisch-diplomatische Wege auf der Basis eines Minimalkonsenses für friedliche Regierungsführung einschlagen wird, lässt sich aufgrund der Komplexität der generierten Hypothesen aus den analysierten Interviews und den hieraus entstandenen politischen Annahmen nicht bestätigen. Die afghanische Gesellschaft ist ein hybrides Konstrukt einer Interventionsgesellschaft, die sich sowohl durch unterschiedliche Generationen von Migrant*innen als auch durch unterschiedliche soziokulturelle Migrationsprägungen auszeichnet. Hinzu kommen die jungen Eliten, die während des Krieges in Afghanistan geblieben sind und im Land eine Ausbildung erhalten haben. Es gibt keine eindeutigen vertikalen oder horizontalen Mobilitätswege innerhalb dieser Interventionsgesellschaft, die sich außerhalb der neopatrimonialen Netzwerke bewegt und frei von ethnopolitischen Klientelinteressen wäre.

Zu diesem bereits in sich komplizierten Aspekt addieren sich noch die „doppelten Brüche“ der interviewten Elitenvertreter*innen und die beobachtbaren Hysteresis-Effekte, wie sie teilweise in den Interviews artikuliert wurden und wie sie auf mikro- und makrosoziologischer Ebene die Interventionsgesellschaft prägen. Insbesondere bei den jüngeren Lehrenden, feministisch orientierten Studierenden, liberalen Studie-

renden sowie der zurückgekehrten afghanischen Diaspora aus dem Iran³ hat sich – um es in Bourdieu'schen Termini zu beschreiben – ein Missverhältnis zwischen der Disposition und Position expliziert (Bourdieu 2001: 199-204). Diese besonderen Elitenvertreter*innen, die sich meist nicht wie die politischen und wirtschaftlichen Elitenvertreter*innen auf einen Überhang von ökonomischem und sozialen Kapital berufen können, sehen sich erneut von biographischen Brüchen herausgefordert und in lebensweltlichen Milieubrüchen gefangen. Ihr Habitus, die vorhandenen Gesellschaftsformen und die formulierten Hoffnungen stehen zugleich mit den Hysteresis-Effekten einer gewaltgeladenen und kriegerisch intervenierten Gesellschaft im prozessualen Wettstreit.

8.1.2 Abschließende Hypothesen aus der Analyse

Die sozial-anthropologischen Beschreibungen soziokultureller Praktiken (Lebenswelt) der afghanischen Eliten aus Kabul, Herat und Mazar-e Sharif haben die Möglichkeit eröffnet, Hypothesen zu generieren und in politische Annahmen zu übersetzen. In Kapitel 5 *Empirie und das besondere Feld* hat die eingehende Beschreibung von Darius, meinem Vater als *gatekeeper* für die Eliteninterviews und meiner Rolle als Forscherin, Kritikerin und der Tochter des ehemaligen Außenministers (*la double casquette*) von drei unterschiedlichen Personen ergeben, die zugleich einen exemplarischen Ausschnitt für die Folgen eines fast vier Dekaden andauernden Krieges bietet. Die nähere Beschreibung des besonderen Forschungsfeldes, der unterschiedlichen Kapitalien und des Habitus von uns Dreien hat Einblicke in die Lebenspraxis einer *society of intervention* (Daxner 2017) geboten. Zunächst sei hier, bevor weitere zusammenfassende Analysen des empirischen Kapitels folgen, die zweite übergreifende Hypothese für den Staatsbildungsprozess vorangestellt:

2. *Hypothese*: Die afghanische Gesellschaft ist eine segmentierte Gesellschaft, in der ein klassisch-segmentierter Klientelismus in der Kombination mit Eliten-Klientelismus durch Präbendalismus innerhalb eines semi-präsidentiellen Systems primär durch die politischen und wirtschaftlichen Eliten praktiziert wird und somit eine spezifisch afghanische Form des Neopatrimonialismus bildet.

Diese Hypothese bezieht sich übergreifend auf alle drei empirischen Kapitel und soll vor dem Hintergrund des zusammenfassenden Überblicks der neopatrimonialen Verhältnisse der afghanischen Gesellschaftsstruktur der*dem Leser*in ein Grundgerüst für weitere Hypothesen bieten. Zunächst sei hier wieder auf mikrosozialer Ebene des Trios *Darius-gatekeeper-la double casquette* fokussiert, denn einer von ihnen reprä-

3 Auch die afghanische Diaspora aus Pakistan hat ähnliche lebensweltliche Brüche bei ihrer Rückkehr erfahren, aber diese habe ich für die vorliegende Arbeit nicht systematisch erfasst. Es wäre jedoch sehr wichtig, diese Gruppe von gut ausgebildeten Rückkehrer*innen auch zu interviewen. Meist sprechen sie Paschto und sehr gutes Englisch, erlernen jedoch Farsi erst bei ihrer Ankunft in Afghanistan. Die soziokulturellen Herausforderungen bei ihrer Rückkehr in die afghanische Gesellschaft dürften im Vergleich zu den Rückkehrer*innen aus dem Iran äußerst interessante Ergebnisse liefern.

sentiert einen Afghanen, der das Land nie verlassen hat, von unterschiedlichsten Interventionen seit seiner Geburt betroffen war und weiterhin ist. Darius und insbesondere seine Nachkommenschaft mit dem Zugang zu Bildung zu Gesundheitsversorgung, zu Lebensmitteln, zu wenigen Freizeitangeboten etc. könnten Repräsentant*innen einer aufstrebenden Mittelschicht unabhängig von ihren Patron*innen symbolisieren.

In Wirklichkeit jedoch repräsentiert Darius eine Kriegsgeneration, die die horrend gestiegenen Mietpreise nicht zahlen kann, an den Rand der Stadt gedrängt wird und einen großen Teil ihres monatlichen Gehalts in den Arbeitsweg investierten muss, wohingegen sich die Lebensqualität für eine dünne Schicht der Eliten verbessert hat. Diese Problematik wurde auch in Kapitel 6.4 *Sprache als Teil kultureller und ethnischer Identitäten* im Kontext der *Narcotecture*-Neubauten beschrieben. Eine erst noch in den Anfängen stehende Mittelschicht erodiert momentan durch die Flucht in die Nachbarstaaten und gen Westen. Die hohen Lebenshaltungskosten sind seit der Reduzierung der Truppen und des Personals der internationalen Gemeinschaft zwar gesunken, jedoch ist die Unsicherheit und Zukunftsangst bei den Intervenierten auch wegen fehlender bezahlter Beschäftigung gestiegen.

Als Klient gegenüber seinem Patron kann Darius sich nach Bourdieu'scher Theorie auf ein soziales, symbolisches und wirtschaftliches Kapital berufen. Das symbolische Kapital ist durch seine Stammeszugehörigkeit und seine Arbeit für einen ehemals hohen Staatsangestellten und dem hierdurch zugänglichen sozialen Kapital – solange kein Regierungszusammenbruch oder radikale politische Umschwünge erfolgen – gesichert.

Nach Ibn Khalduns Staatsgründungstheorie können drei Elemente für das Zusammengehörigkeitsgefühl (Arabisch: *asabiya*) und für die Staatsbildung dienlich sein: 1. Die Blutsverwandtschaft, 2. Das Klientelverhältnis und 3. Die Allianzen (Ibn Khaldun, 1967a: 264f). In der weiterhin höchst gewaltgeladenen und nach ethnopolitischen Interessen „verregelten“ Gesellschaft Afghanistans bietet Ibn Khalduns trigonales Gestirn eine stabilisierende Funktion für die Patron*innen und ihre Klientel. Viele der wirtschaftlichen und politischen Elitenvertreter*innen haben einen persönlichen Vertrauten an ihrer Seite, der sie in ihren persönlichen und beruflichen Angelegenheiten begleitet. Diese Rolle ist vergleichbar mit der eines persönlichen Assistenten, der jedoch auch über familiäre Anbindungen zu seiner*m Patron*in verfügt, wie bereits detaillierter in Kapitel 5.1 *Darius der Leibwächter* beschrieben wurde und eine sonderbare Mischform eines klassischen Klientelismus und des Eliten-Klientelismus innerhalb eines präbendalistischen Systems darstellt. Wirtschaftliche, soziale und politische Rückwirkungen auf die afghanische Sozialstruktur durch die translokalen Netzwerke und die erneuten Migrationsbewegungen in die arabischen Golfstaaten sowie in den Westen müssten eingehender untersucht werden.

3. *Hypothese*: In der segmentierten Gesellschaft Afghanistans mit translokalen Versorgungsnetzwerken bietet die Mischung eines klassischen Klientelismus und Eliten-Klientelismus die Möglichkeit, während der derzeitigen Transformationsphase zu einem konsolidierten Staat mit den essenziellen Funktionen für die voneinander abhängigen Patron*innen und Klientel soziales, wirtschaftliches und symbolisches Kapital zu sichern.

Mein Vater, als *gatekeeper*, steht für einen politischen Elitenvertreter, der zur Pre-1978er Generation gehört und aufgrund seines milieuspezifischen Lebensstils und seiner säkularen Weltanschauung keine große ethnopolitische Klientel über feste und lukrative neopatrimoniale Netzwerke kooptieren kann. Diese intellektuellen Elitenvertreter*innen haben eine besondere Funktion, denn sie waren – und sind es meist durch ihre regelmäßigen Kontakte zu westlichen Regierungen und Politiker*innen und Besuche immer noch – Teil der westlichen Diaspora und gehörten dort meist zur Mittelschicht.

4. *Hypothese*: Die Werte, Weltanschauungen und Normvorstellungen der Pre-1978er Eliten werden von der jüngeren afghanischen Generation in ihrer eigenen Interpretation in ihre Lebenswirklichkeit übersetzt *oder* eher als „westlich“ und anti-islamisch abgelehnt und uminterpretiert.⁴

Die zwei Gegenpole der Ablehnung westlicher Kleidung durch die religiös-konservativen Eliten und die Ablehnung der traditionellen afghanischen Kleidung durch säkular und modern orientierte Eliten, wurden in Kapitel 6.2 *Habituelle Kleidung als Zündstoff und die feinen Unterschiede* beschrieben und reflektieren die milieuspezifischen Lebenswelten und die umkämpften Werte, Norm- und Ordnungsvorstellungen auch letztendlich auf der Systemebene.

5. *Hypothese*: Die Pre-1978er Generation kann sich meist nicht auf eine ethnopolitische Klientel für ihren politischen Einfluss berufen und wird so im Vergleich zu den *tanzim*-Elitenvertreter*innen zu Außenseiter*innen, sobald sie keine staatliche Position mehr einnehmen.

Meine Rolle (*La double casquette*) war durch unterschiedliche Aspekte gefärbt und je nach Gesprächspartner*in unterschiedlich. Nach den sechs vorgestellten möglichen Wahrnehmungstypen von Interviewer*innen (Co-Expertin, Expertin einer anderen Wissenskultur, Laie, Autorität, Komplizin, potenzielle Kritikerin) (Bogner/Menz, 2005: 62f), war ich je nach Interviewpartner*in zwei dieser Typen zuzuordnen. Für die Zusammenfassung und den kritisch-reflexiven Anspruch dieser Arbeit ist es relevant, hier festzuhalten, dass meine säkulare Lebens- und Staatsvorstellung Einfluss auf den Interviewverlauf mit den *tanzims* und den religiösen Elitenvertreter*innen nahm. Aus diesem Grund interpretiere ich aus meiner politischen Überzeugung heraus, die lebensweltlichen Milieus der afghanischen Eliten beispielsweise als religiös, konservativ und glaubensorientiert, wobei ich dann der mehrheitlichen Klientel und ihren ethnopolitischen Patron*innen auch Hysteresis-Effekte zuschreibe. Die religiös-konservativen Elitenvertreter*innen selbst würden jedoch ihre Lebenswirklichkeit als genuin und eine generisch afghanische sowie sogar global-islamische Entwicklung beschreiben, die sie selbstbewusst bei Kritik durch mich als „potenzielle Kritikerin“ und „Expertin einer anderen Wissenskultur“ verteidigten.

4 Weiter unten werden die eigenen Interpretationen von „westlichen“ Normen und Ideen noch einmal im Zusammenhang mit religiösen Elitenvertreter*innen aufgenommen.

6. *Hypothese*: Forscher*innen aus den intervenierenden Gesellschaften analysieren die intervenierten Gesellschaften anhand ihrer eigenen milieuspezifischen Lebenswelt, nach denen sie sowohl die generischen Systemprozesse als auch die dazugehörige politische Systemebene bewerten.

Für die nachfolgenden Hypothesen aus den Feldforschungen in Kabul, Mazar-e Sharif und Herat wird diese normative Bewertung der Analyse mitreflektiert und gleichzeitige doppelte Brüche und beobachtete Hysterisis-Effekte bestimmter Elitenvertreter*innen in Hypothesen und somit politische Annahmen formuliert. Die Elite aus dem Kunstbereich und den Medien, die in der vorliegenden Arbeit meist aus der iranischen, aber auch der pakistanischen Diaspora oder aus dem westlichen Exil zurückgekehrt ist, bildet als dünne Mittelschicht ein wichtiges Bindeglied zwischen den unteren und oberen Milieus. Denn sie verfügen durch ihre innenpolitischen und internationalen Netzwerke über ein hohes soziales Kapital sowie institutionalisiertes kulturelles Kapital aufgrund ihrer höheren Ausbildung und Berufserfahrung. Diese Elitenvertreter*innen können synergetische Transferleistungen zwischen den unterschiedlichen Milieus leisten. Oft sind sie aber sowohl von den sozial ungerechten Verhältnissen der Intervenierenden als auch von den herrschenden milieuspezifischen Restriktionen einer Kriegsgesellschaft enttäuscht, so dass viele das Land wieder verlassen oder sich die Option für ein Leben im Exil offenhalten. Diese kreativen Elitenvertreter*innen erschaffen sich eine Lebensform des „Dazwischens“ (Bhabha, 1994) und versuchen gleichzeitig, der staatlich propagierten Resilienz (Office of the President of Afghanistan, 2016; Pospisil/Kühn, 2016: 3) gegenüber alltäglichen lebensbedrohlichen Situationen (sexuellen Belästigungen, Bombenanschlägen, Entführungen, ethnopolitischen Intrigen bei der Arbeit, Diskriminierungen etc.) gerecht zu werden. Nicht zu vernachlässigen ist auch hier der Aspekt ihrer eigenen ethnonationalistischen Überzeugungen, wie die Meinungen des Journalisten Omid und des Schriftstellers Yassin über „die Anderen“ gezeigt haben (Kap. 6.4 *Sprache als Teil kultureller und ethnischer Identitäten*). Es erscheinen die doppelten Brüche ihrer eigenen Norm- und Wertvorstellungen in der alltäglichen Lebenspraxis und in der von Hysterisis-Effekten geprägten Mehrheitsgesellschaft.

Exemplarisch beschrieb der Künstler Ehsan dieses Phänomen, in dem er die Resonanz auf seine Bilder und seine Selbstzensur als Künstler in den gesellschaftlichen Kontext stellte. Viele nutzen die sozialen Medien und hochentwickelte Technologie, aber die Perzeption der Kunst ist in einer fragmentierten Form eines politisierten Islam verblieben, die beispielsweise Zeichnungen von allen Körpern als unislamisch ablehnt. Der Traum vom sozialen Aufstieg, von einem Leben ohne soziale Diskriminierung, von einer Pazifizierung der umkämpften Werte-, Norm- und Moralvorstellungen bleibt für diese junge Elite nach ihrer hoffnungsvollen Rückkehr unerfüllt.

Die in Kapitel 6 zitierten Elitenvertreter*innen aus Kunst und Medien sind zwar auch in den ethnopolitischen Zugehörigkeits- und klientelistischen Versorgungnetzwerken gefangen, aber ihre Berufe und Aktivitäten in einer entstehenden Zivilgesellschaft tragen zu neuen Figurationen von pazifizierten Räumen bei. Es gibt viele Literatur-, Film- und länderübergreifende Friedensfestivals, die in der Vergangenheit undenkbar gewesen wären und bei einigen friedlichen Demonstrationen konnten Studierende auch auf ihre politischen Forderungen, wie beispielsweise gerechte Noten-

vergabe und bessere Bedingungen in den Studierendenwohnheimen, aufmerksam machen und somit öffentlichen Druck auf die Regierung ausüben.

Diese gesellschaftliche Pazifizierung kann sich nur über mehrere Generationen entwickeln und im momentanen afghanischen Kontext bleibt fraglich, wie der Teufelskreis an lukrativen Gewaltdynamiken innerhalb neopatrimonialer Netzwerke durchbrochen werden kann. Nach Bogners Definition gibt es drei unterschiedliche Entwicklungsstufen von emotionaler Pazifizierung:

„a) Die Pazifizierung des beobachtbaren Verhaltens; b) Die Pazifizierung auf der Ebene der Verhaltensstandards, der als gültig akzeptierten Verhaltensnormen; c) Die Pazifizierung auf der Ebene der Emotionen, d.h. auf der Ebene des Mitleids, der Empathie gegenüber dem Leiden von Gewaltopfern, auf der Ebene der Identifizierung mit anderen Menschen und Tieren, des Abscheus vor Gewaltanwendung, sei es eine eigene Gewalthandlung oder die eines anderen Menschen.“ (Bogner 2004: 66f)

Diese Ebene einer emotionalen Pazifizierung müsste im afghanischen Kontext und auf unterschiedlichen gesellschaftlichen Milieus näher erforscht werden. Jedoch sei hier an das obere Beispiel der Regierungsspaltung und Atta Noors Rhetorik erinnert, in der er die Bevölkerung zum Aufstand gegen die Regierung aufrief. Die Bevölkerung in Kabul ist bemüht, trotz der vielen Anschläge, die beispielweise gezielt gegen Schiit*innen oder andere Ethnien verübt werden, Geschlossenheit zu signalisieren. Dennoch sind die Folgen der langen Bürgerkriegsjahre und die tiefen Wunden der ethnischen Säuberungen entlang der jeweiligen Viertel Kabuls sichtbar (Kap. 6.4.1 *Historisch paschtunischer Herrschaftsanspruch und Mensch zweiter Klasse*).

7. *Hypothese*: Die Elitenvertreter*innen aus Kunst und Medien sind als Teil der Mittelschicht ein Bindeglied zwischen den Super-Eliten aus Politik und Wirtschaft und der afghanischen Bevölkerung, weshalb sie federführend dazu beitragen könnten, dass sich pazifizierte Raumfigurationen bilden. Diese Eliten könnten die Mobilitätswege auf horizontaler und vertikaler Ebene öffnen.

Die *Kabul-Bank-Affäre* in Kapitel 6.4.2 *Macht- und Geldinteressen sind wichtiger als ethnische Zugehörigkeiten* dürfte auch gezeigt haben, wie die wirtschaftlichen Interessen über ethnische Zugehörigkeiten hinaus klientelistische Netzwerke miteinander verknüpft und die Netzwerke sogar auch auf internationaler Ebene bestehen.

8. *Hypothese*: Die neopatrimonialen Netzwerke agieren auf den oberen Ebenen ethnopolitisch übergreifend, um ihre Positionen innerhalb einer liberalen Oligarchie zu festigen.

Ein anderes Bild hat sich bei den Interviews und den Beobachtungen der alltäglichen Handlungspraxis bei den religiösen Eliten ergeben, denn bei ihnen gibt es unteilbare Konflikte, die sich insbesondere in der Ablehnung einer westlichen Lebensweise, Norm- und Wertvorstellung erweisen. Prinzipientreuer in ihren Wert- und Normvorstellungen sowie ihren politischen Forderungen erschienen in den Interviews die Taliban und die religiösen Eliten, die bestimmte von ihnen als westlich deklarierte Staatsvorstellungen in eine islamkonforme Version übersetzten. Der berühmte Satz

von Abraham Lincoln wurde vom reformorientierten *talib* Juwand zu „The Government of Muslim people for Muslim people.“⁵ umformuliert. Auch der Dozent für Islamische Theologie an der Universität Balch hat diesen Transfer sehr direkt formuliert: „Im Westen sagt ihr: Die Freiheit ist immer die Freiheit des Andersdenkenden. Wir denken, dass es für die religiöse Freiheit gilt.“⁶ Auch die Ansichten der religiösen Elitenvertreter in dieser Arbeit weisen zwar reformorientierte Ansichten auf, aber der Interpretationsrahmen wird immer von den Wertvorstellungen innerhalb eines islam-immanenten Legitimationsrahmens interpretiert und verstärkt gegen die Modernisierungsversuche der politischen Eliten propagiert. Das anti-kolonialistische Selbstverständnis wird in übersteigerter Form als eine Negativ-Identität gegenüber den historisch zahlreichen Intervenierenden begonnen gegen die Briten, die Sowjets und nun die Amerikaner formuliert.

9. *Hypothese*: Der Theologie-Dozent repräsentiert eine junge Generation einer gut ausgebildeten Elite, die islamkonforme Relevanzstrukturen durch ihre islamisch-theologische Deutungskompetenz an die nächsten Generationen mit identitätsstiftendem Selbstbewusstsein, höchst politisiert durch eine Staats-Religions-Doxa tradiert und sogar in einen internationalen Kontext mit anderen islamistischen Bewegungen setzt.

Diese Interpretationen eines politisierten Islam geht auf die 1970er und 1980er Jahre zurück und haben sich als fester Bestandteil der ethnopolitischen Rekrutierungsmechanismen für die nachkommende jüngere Elite insbesondere der Studierenden erwiesen. Diese Strategien der *tanzim* werden auch durch außenpolitische Interessen genährt und wurden vom Studierenden Shahpur aus Herat in Kapitel 7.2.2 *Konsozialismus oder Zentripetalismus für die afghanische Konfliktsituation* beschrieben.

10. *Hypothese*: Die politischen Eliten forcieren konfessionelle Unterschiede, um die Vorwärtsdynamiken der Gewalt⁷ für die neopatrimonialen Strukturen über weitere Generationen erhalten zu können.

Der Lebensstil und der Sprachduktus der gut ausgebildeten Elite aus der westlichen Diaspora, die meist von sowjetkommunistischen oder maoistischen Ideologien in ihren Studienjahren überzeugt waren, aber auch die liberalen Technokraten aus der Königsfamilie können meist keine Verbindung zu den unteren Milieus aufstellen. Die fast vier Dekaden Krieg haben der ethnopolitischen Identitätspolitik der Neopatron*innen Vorschub geleistet. Der zehn Jahre andauernde Krieg gegen die Sowjets (der Heilige Krieg) und der nachfolgende Bürgerkrieg zwischen den verfeindeten *mujaheddin*-Fraktionen hat eine Klientel generiert, die sich sehr empfänglich für die isla-

5 Vgl. Interview Nr. 19, mit Juwand in seinem Büro am 1. November 2014 in Kabul: 211.

6 Vgl. Interview Nr. 23, mit Abu Bakr von der Fakultät für Islamisches Recht am 13. November 2014 in Mazar-e Sharif: 224.

7 Der Begriff der Vorwärtsdynamik der Gewalt stammt von Collins und beschreibt ethnisch motivierte Dynamiken von Gewalt (Collins 2011b: 181).

misch-theologischen Deutungskompetenzen religiöser Eliten hin zum Islamismus zeigt.

In allen drei Städten ist bei den quantitativ größten Elitenvertreter*innen aus den Universitäten, den Medien, der Kunst und der Zivilgesellschaft, also bei denen, in die die größte Hoffnung gesetzt wird, ein hohes Frustrationspotenzial erkennbar. Es ließen sich keine eindeutigen vertikalen Mobilitätswege für eine jüngere und gut ausgebildete Elite prognostizieren, die aufgrund ihrer akademischen Bildung allein auf höhere Anstellungen im Staat oder in der Wirtschaft hoffen konnten. Hier setzt ein Aspekt ein, der bereits von Bourdieu als doppelter Bruch im Zusammenhang von Studierenden mit hohen Abschlüssen erkannt wurde (Bourdieu 1997). Studierende haben nach langen Jahren der sozialen und ökonomischen Entbehrungen auf höhere Abschlüsse hingearbeitet, obwohl nach dem höheren Abschluss außer einer kleinen sozialen Anerkennung die bessere Bezahlung verwehrt bleibt und oft sogar die Arbeitslosigkeit bevorsteht.

11. Hypothese: Nach der Bourdieu'schen Ökonomie der Praxis führt dieses Phänomen des erlangten institutionellen Kapitals mit dem Ausbleiben des symbolischen und wirtschaftlichen Kapitals zu hohem Frustrationspotenzial, das von politischen Elitenvertreter*innen leicht für ihre eigenen Interessen mobilisiert werden und zu politischen Radikalisierungen führen kann.

Die in Kapitel 7 diskutierten Staatsformen eines Parlamentarismus oder eines weiterhin semi-präsidentiellen Systems haben gezeigt, dass 35 von 36 Elitenvertreter*innen – also unabhängig ihrer ethnischen Herkunft – ein parlamentarisches System für besser halten und für Afghanistan in Zukunft bevorzugen. Alle diese Befürworter*innen eines parlamentarischen Systems sahen einen Systemwandel unter den derzeitigen gesellschaftspolitischen Verhältnissen jedoch eher als riskant und gefährlich an, gaben aber meist die Unreife der politischen Gesellschaft aufgrund fehlender Parteien und eines übergreifenden Nationalgefühls als Grund an. Andere Gründe waren fehlende transparente Institutionen, wie beispielsweise in der IARCSC, IEC, IECC und der Volkszensus und eine klare Bezirksaufteilung des Landes und den hiermit notwendigen Reformen des Wahlsystems.

Es besteht ein nicht zu unterschätzendes Paradoxon: Informelle Quoten regulieren zum Teil die Vergabe der öffentlichen Ämter, jedoch wird eine formelle und gesetzliche Quotenregelung, wie im Konsoziationalismus vorgesehen, von den Elitenvertreter*innen aus allen Sektoren abgelehnt. Die Gründe für diese paradoxen handlungsleitenden Prinzipien aller hier interviewten Elitenvertreter*innen, die die politische Praxis auf der System- und Staatsebene strukturieren, liegt erstens darin begründet, dass innerhalb des Präsidialsystems die präbendalistischen kooperativen Patronage-Klientel-Verhältnisse gerade durch die flexiblen ethnischen Identitäten lukrativ und stabilisierend bleiben und zweitens das ethnische Selbstverständnis der Afghan*innen – insbesondere der 45-plus-Generation und somit des weiterhin regierenden Establishments – keine Quotenregelung aufgrund des weiterhin stark ausgeprägten nationalen Selbstverständnisses als Afghan*innen trotz aller Ressentiments und des inter-ethnischen Misstrauens befürworten.

Die hier formulierten Ansichten und politischen Ergebnisse für die System- und Institutionenebene aus dem Kapitel 7 weisen darauf hin, dass es zur Realisierung des

parlamentarischen Regierungssystems zunächst pazifizierter Räume mit starken Mittelschichten, wie beispielsweise in modernisierten Gesellschaften mit erweiterten Wertschöpfungsketten außerhalb staatlicher Anstellungsmöglichkeiten bedarf. Folgende Hypothese könnte einen *bottom-up* Weg zur Zerschlagung des Kreislaufs neopatrimonialer Regierungsführung bieten und ein beschleunigendes Momentum anstoßen:

12. Hypothese: Kürzere Verwaltungswege mit mehr Entscheidungskompetenz auf provinzieller Ebene können zu mehr Vertrauen, Transparenz, Rechenschaft (*accountability*) und einem effizienteren *checks-and-balances*-System führen. Unmittelbarere Regierungsführung an der Lebenswelt der betroffenen Bürger*innen kann auf Systemebene durch Parlamentarismus und mehr Dezentralisierung effizienter realisiert werden.

Momentan rückt diese Hypothese jedoch in eine utopische Ferne, weshalb der akkumulierte Reichtum (Kapitalüberhang) entlang ethnopolitischer Netzwerke mit seinen klientelistischen Versorgungsnetzwerken einen stabilisierenden Charakter aufweist. Eine wirtschaftliche und politische Stabilität könnte die Narko-Eliten in Afghanistan innerhalb des Elitenklientelismus nach mehreren Jahrzehnten zu einer konsensualen Elitenkonstellation führen, wenn die existenziellen Ängste nicht mehr über die staatsgebundenen Verträge und Anstellungen vergeben werden, das Misstrauen zwischen den unterschiedlichen Elitenvertreter*innen und ihrer Klientel über einige Generationen verringert, die Gesellschaft auch emotional pazifiziert wird und somit in gewaltfreien Räumen die Dynamiken der Gewaltmärkte durchbrochen werden können.

Die vorliegende Untersuchung der unterschiedlichen Eliten aus den Bereichen Politik, Wirtschaft, Religion, Medien, Kunst und Bildung dürfte die unterschiedlichen Konfliktodynamiken entlang der Generationen und der unterschiedlichen Milieus durchleuchtet haben. Diese Konflikte sind sowohl von Partikularinteressen politischer und wirtschaftlicher Eliten als auch von unteilbaren Konflikten durch unterschiedliche Werte- und Normvorstellungen zwischen unterschiedlichen Eliten gesäumt. Der Staatsbildungsprozess steht weiterhin lukrativen Gewaltdynamiken und hybriden Regierungsführungsprozessen mit multiplen Modernitäten in einer bereits segmentierten Gesellschaft gegenüber. Der Wettstreit der politischen Eliten um die Regierungsinstitutionen und die Adaptions- und Abstoßungsprozesse in den Lebenswelten der unterschiedlichen gesellschaftlichen Elitenvertreter*innen und ihrer Klientel wird immer mehr mit friedlichen Mitteln ausgetragen.

Literatur

- 1TVnews (09.11.2016): „Committee Introduces Possible Election Commissioners to President“. 1TVNews, <http://1tvnews.af/en/news/afghanistan/25941-committee-introduces-possible-election-commissioners-to-president> (29.03.2017).
- 8am/8sobh (10.04.2012): „رسانه‌هایی که به نفع ایران و پاکستان کار می‌کنند“. 8am, http://8am.af/oldsite.php?option=com_content&view=article&id=24961:1391-01-21-16-34-51&catid=42:2008-10-31-09-36-17&Itemid=523 (18.11.2015).
- Aaronson, Michael/Ahram, Ariel I./Duffield, Mark/Etzioni, Amitai/Holland, Jack/Mac Ginty, Roger/Roberts, David (2016): „The Journal of Intervention and Statebuilding Ten Years on: Critical Reflections and Stimulating Ideas on an Evolving Scholarship“, in: *Journal of Intervention and Statebuilding* 10(1), S. 3-24. <https://doi.org/10.1080/17502977.2015.1137391>
- Abbas, Hassan (2014): *The Taliban Revival: Violence and Extremism on the Pakistan-Afghanistan Frontier*, New Haven: Yale University Press.
- ABC News, BBC, ARD. (23.12.2009): Poll of Afghan Opinion. BBC, http://news.bbc.co.uk/2/shared/bsp/hi/pdfs/11_01_10_afghanpoll.pdf (13.07.2017).
- ’Abduh, Shaykh Muhammad (2007): „Islam, Reason, and Civilization“, in: John J. Donohue/John L. Esposito (Hg.), *Islam in Transition. Muslim Perspectives*, New York/Oxford: Oxford University Press, S. 20-23.
- Abidi, Amir Hassan (Juli-September 1977): „Irano-Afghan Dispute over the Helmand Waters“, in: *International Studies* 16(3), S. 357-378. <https://doi.org/10.1177/002088177701600304>
- Abu Zaid, Nasr Hamid (1992): *Islam und Politik. Kritik des religiösen Diskurses*, Frankfurt am Main: Dipa.
- Abu-Lughod, Lila (September 2002): „Do Muslim Women Really Need Saving? Anthropological Reflections on Cultural Relativism and Its Others“, in: *American Anthropologist. Ethics Forum: September 11 and Ethnographic Responsibility* 104(3), S. 783-790.
- Ackerman, Spence/Roberts, Dan (25.02.2014). „Obama Orders Pentagon to Prepare for Full Troop Withdrawal From Afghanistan“. *The Guardian*, <https://www.theguardian.com/world/2014/feb/25/obama-pentagon-us-troops-withdrawal-afghanistan> (05.01.2017).
- Adeel, Mirwais (17.12.2012): „Afghan Peace Council Meets Taliban in Paris Conference“. *Khaama*, <http://www.khaama.com/afghan-peace-council-meets-taliban-in-paris-conference-1136> (05.01.2017).

- Adili, Ali Yawar/van Bijlert, Martine (18.12.2016): Update on Afghanistan's Electoral Process: Electoral Deadlock Broken – for Now. Afghanistan Analysts Network, <https://www.afghanistan-analysts.org/update-on-afghanistans-electoral-process-electoral-deadlock-broken-for-now/> (24.02.2017).
- Adili, Ali Yawar/van Bijlert, Martine (22.02.2017): Afghanistan's Incomplete New Electoral Law: Changes and Controversies. Afghanistan Analysts Network, <https://www.afghanistan-analysts.org/afghanistans-incomplete-new-electoral-law-changes-and-controversies/> (20.03.2017).
- Afghan Government and International Community (12.07.2012): The Tokyo Declaration Partnership for Self-Reliance in Afghanistan from Transition to Transformation. United Nations Peacemaker, http://peacemaker.un.org/sites/peacemaker.un.org/files/AF_120708_Tokyo%20Declaration.pdf (08.02.2016).
- Afghan Paper (18.12.2014): معذرت خواهی جنرال طاقت (The Apology of General Taaqat), Youtube, <https://www.youtube.com/watch?v=fLvN2w1hdu4> (27.10.2015).
- Afghanistan 1400 (2012): Our Country, Our Responsibility. Afghanistan 1400, <http://1400.af/eng/> (12.01.2016).
- Afghanistan Analysts Network (April 2016): „We Knew That They Had No Future in Kabul“. Why and How Afghan Families Decide to Leave. Friedrich Ebert Stiftung, <https://www.afghanistan-analysts.org/wp-content/uploads/2016/04/20160427FES-Migration-IVs-paper-Engl.pdf> (21.08.2016).
- Afghanistan and the International Community (05.12.2011): The International Afghanistan Conference in Bonn. Afghanistan and the International Community: From Transition to the Transformation Decade, Conference Conclusions. Deutsche Zusammenarbeit mit Afghanistan, http://www.ez-afghanistan.de/sites/default/files/2011_11_conclusions_bonn_en.pdf (04.08.2017).
- Afghanistan Election Data 2014 (2014): Afghanistan Election. Afghanistan Election Data, http://2014.afghanistanelectiondata.org/#runoff/results_runoff (17.06.2017).
- Afghan Star. The Documentary (2009) Afghanistan, R: Havana Marking.
- Afghanistan's Road to Self-Reliance (05.09.2015): Afghanistan's Road to Self-Reliance. The First Mile Progress Report. Ministry of Finance, Islamic Republic of Afghanistan, [http://mof.gov.af/Content/%0bfiles/SOM%20main%20paper%20with%20annexs%20final%203%20sep2015\(1\).pdf](http://mof.gov.af/Content/%0bfiles/SOM%20main%20paper%20with%20annexs%20final%203%20sep2015(1).pdf) (29.02.2016).
- Aftab, Macksood A. (Mai 2014): Historicizing Ghazali's Critique of Ibn Sina and Its Influence on Islamic Science. A Thesis in the Field of the History of Science for the Degree of Master of History of Science in Extension Studies. Islamic Philosophy Online, <http://www.muslimphilosophy.com/aftab/wp-content/uploads/2012/11/FinalThesiswithDedication.pdf> (07.06.2016).
- Ahmad, Masood/Wasiq, Mahwash (2004): Water Resource Development in Northern Afghanistan and Its Implications for Amu Darya Basin. World Bank Working Paper No. 36. The World Bank, <http://documents.worldbank.org/curated/en/434761468767735080/pdf/297030PAPER0Water0resource0Amu0Darya.pdf> (09.12.2016).
- Ahmadi, Mohammad Hadi (2016): Afghanistan as the Key Element of American Geopolitics. Unveröffentlichte Dissertation, Berlin.
- Ahmadi, Salima (22.02.2016): 2015 Performance of the Wolesi Jirga. Low Attendance Nominal Oversight. Afghanistan Analysts Network, <https://www.afghanis>

- tan-analysts.org/2015-performance-of-the-wolesi-jirga-low-attendance-nominal-oversight/ (15.02.2017).
- Ahmed, Azam/Zahori, Habib (18.02.2014): „Afghan Ethnic Tensions Rise in Media and Politics“. The New York Times, http://www.nytimes.com/2014/02/19/world/asia/afghan-ethnic-tensions-rise-in-media-and-politics.html?_r=0 (26.10.2015).
- Ahmed, Issam (29.04.2010): New Province Name: Pakistan Taps Ethnic Pride as Defense Against Taliban. Christian Science Monitor, <http://www.csmonitor.com/World/Asia-South-Central/2010/0429/New-province-name-Pakistan-taps-ethnic-pride-as-defense-against-Taliban> (10.12.2016).
- Al-Jazeera (01.03.2013): „US Sailors Jailed in Okinawa Rape Trial“. Al-Jazeera, <http://www.aljazeera.com/news/asia-pacific/2013/03/201331112859759495.html> (05.08.2015).
- Al-Jazeera (08.10.2016): Taliban Oil. The Little-Known Story of Secret Negotiations Between the Taliban and the US to Build a Pipeline Through Afghanistan. Al-Jazeera, <http://www.aljazeera.com/programmes/specialseries/2016/10/taliban-oil-afghanistan-161004085739050.html> (28.11.2016).
- Alamyar, Mariam (August 2010): Language Controversy in Afghanistan. The Sociolinguistics of Farsi Dari and Pashtu at Kabul University. A Master Thesis, Purdue University, <https://search.proquest.com/docview/858606515?accountid=11004> (13.03.2017).
- Alatas, Syed Farid (2014): Applying Ibn Khaldun. The Recovery of a Lost Tradition in Sociology, New York: Routledge. <https://doi.org/10.4324/9780203093597>
- Alatas, Syed F./Sinha, Vineeta (2001): „Teaching Classical Sociological Theory in Singapore: The Context of Eurocentrism“, in: Teaching Sociology 29(3), S. 316-331. <https://doi.org/10.2307/1319190>
- Al-Azm, Sadik (2005): Islam und säkularer Humanismus. Tübingen: Mohr Siebeck.
- Ali, Obaid (12.10.2016): The Taleban Assault on Kunduz City: Déjà vu, but Why?. Afghanistan Analysts Network, <https://www.afghanistan-analysts.org/the-taleban-assault-on-kunduz-city-deja-vu-but-why/> (22.05.2017).
- Ali, Shafqat (10.09.2015): „PM Considers Speaking in Urdu with Obama“. The Nation, <http://nation.com.pk/editors-picks/10-Sep-2015/pm-considers-speaking-in-urdu-with-obama> (07.08.2017).
- Allen, Karen (22.06.2014): „Questions Mount as Afghan ‚Vote Fraud‘ Tapes Emerge“. BBC, <http://www.bbc.com/news/world-asia-27966126> (16.03.2017).
- Almond, Gabriel Abraham/Powell, G. Bingham/Mundt, Robert J. (1996): Comparative Politics. A Theoretical Framework, New York: Harper Collins College Publishers.
- Alokozay Group (2010): AGC Alokozay Group, <http://www.alokozay.com/en> (15.11.2016).
- Altai Consulting (13.10.2010): Afghan Media in 2010. Synthesis Report. Altai Consulting, <http://www.altaiconsulting.com/docs/media/2010/Afghan%20Media%20in%202010.pdf> (02.11.2015).
- Amin, Samir (1975): Die ungleiche Entwicklung. Essay über die Gesellschaftsformationen des peripheren Kapitalismus, Hamburg: Hoffmann und Campe.
- Amini, Karim (14.11.2014): „Pakistani Cleric Tells Ghani War Will Continue Until Foreign Troops Go“. Tolo News, <http://www.tolonews.com/en/afghanistan/17121>

- pakistani-cleric-tells-ghani-war-will-continue-until-foreign-troops-go (16.10.2015).
- Amirpur, Katajun (2006): A Doctrine in the Making? Velāyat-e faqīh in Post-Revolutionary Iran, in: Gudrun Krämer/Sabine Schmidtke (Hg.), *Speaking for Islam. Religious Authorities in Muslim Societies*, Leiden: Brill, S. 218-240.
- Amnesty International (Mai 1988): Afghanistan. Unlawful Killings and Torture. Refworld, <http://www.refworld.org/docid/47fdfafc0.html> (17.12.2013).
- Anderson, Benedict (1983/2006): *Imagined Communities. Reflections on the Origin and Spread of Nationalism*, London/New York: New Left Books.
- ANDS (2008): *Governance and Public Administration Reform Sector Strategy (2007/8-2012/13). Pillar II, Good Governance*, Kabul: Islamic Republic of Afghanistan.
- ANDS II (20.07.2010): *Afghanistan National Development Strategy. Prioritization and Implementation Plan Mid 2010-Mid 2013. ANDS II*, Kabul: Islamic Republic of Afghanistan.
- Aqil, Shah (2014): *The Army and Democracy. Military Politics in Pakistan*, Cambridge, MA: Harvard University Press.
- Arendt, Hannah (1964/1986): *Eichmann in Jerusalem. Ein Bericht von der Banalität des Bösen*, (Brigitte Granzow Übers.), München/Zürich: R. Piper.
- Arendt, Hannah (1971): *Macht und Gewalt (2. Ausg.)*, München: R. Piper.
- AREU (27.06.2011): *District Councils. The Missing Middle of Local Governance, Proceedings from an AREU Roundtable Discussion*, Afghanistan Research Evaluation Unit, <http://www.areu.org.af/Uploads/EditionPdfs/1118E-District%20Councils%20Roundtable.pdf> (14.02.2017).
- Ariana Television Network (2016): *Ariana Television Network. A Window for a Better Tomorrow*. Ariana Television Network, <http://arianatelevision> (15.11.2016).
- Arndt, Susan (2011): „Rassismus“, in: Susan Arndt/Nadia Ofuatey-Alazard (Hg.), *Wie Rassismus aus Wörtern spricht. (K)Erben des Kolonialismus im Wissensarchiv deutsche Sprache*, Münster: UNRAST-Verlag, S. 37-43.
- Arwin, Ayub (04.03.2012): *تفکیک واکتشاف به اعلامیه شورای علمای افغانستان در مورد جنسیتی*. BBC Farsi, http://www.bbc.com/persian/afghanistan/2012/03/120304_k02-afg-ulama-women-reactions (18.04.2017).
- Assmann, Jan (1988): „Kollektives Gedächtnis und kulturelle Identität“, in: Tonio Hölscher (Hg.), *Kultur und Gedächtnis*. Frankfurt am Main: Fischer, S. 9-19.
- Aubert, Vilhelm (1963): „Competition and Dissensus. Two Types of Conflict and of Conflict Resolution“, in: *Journal of Conflict Resolution* 7(1), S. 26-42. <https://doi.org/10.1177/002200276300700105>
- Averroes (2009): *Die entscheidende Abhandlung und die Urteilsfällung über das Verhältnis von Gesetz und Philosophie*, (Franz Schupp, Übers.), Hamburg: Felix Meiner Verlag.
- Ayotte, Kevin J./Husain, Mary E. (Fall 2005): „Securing Afghan Women. Neocolonialism, Epistemic Violence, and the Rhetoric of the Veil“, in: *National Women's Studies Association Journal (NWSA Journal)* 17(3), S. 112-133. <https://doi.org/10.2979/NWS.2005.17.3.112>
- Azoy, Whitney (2013). „Reputation, Violence and Buzkashi“, in: Conrad Schetter (Hg.), *Local Politics in Afghanistan. A Century of Intervention in the Social Or-*

- der, New York: Columbia University Press, S. 97-110. <https://doi.org/10.1093/acprof:oso/9780199327928.003.0006>
- Azoy, Whitney (2003): *Buzkashi. Game and Power in Afghanistan* (2. Ausg.), Long Grove: Waveland Press.
- Bald, Detlef (Juni 1976). „Afrikanischer Kampf gegen koloniale Herrschaft. Der Maji-Maji-Aufstand in Ostafrika“, in: *Militärgeschichtliche Zeitschrift* 19(1), S. 23-50.
- Bach, Daniel C. (2012): „Patrimonialism and Neopatrimonialism. Comparative Receptions and Transcriptions“, in: Daniel C. Bach/Mamoudou Gazibo (Hg.), *Neopatrimonialism in Africa and Beyond*, London/New York: Routledge, S. 25-45.
- Bahrami, Abdul Aahad (01.07.2015): „The Lagging Efforts for Resolving Kabul Bank Case“. *The Daily Outlook Afghanistan*, http://www.outlookafghanistan.net/topics.php?post_id=12482 (17.12.2015).
- Baker, Peter (22.06.2014): „Relief Over U.S. Exit From Iraq Fades as Reality Overtakes Hope“. *The New York Times*, <https://www.nytimes.com/2014/06/23/world/middleeast/relief-over-us-exit-from-iraq-fades-as-reality-overtakes-hope.html> (05.08.2017).
- Barakzai, Zekria (November 2013): *2014 Presidential and Provincial Council Elections in Afghanistan*. United States Institute of Peace. Special Report 338, <https://www.usip.org/sites/default/files/SR338-2014%20Presidential%20and%20Provincial%20Council%20Elections%20in%20Afghanistan.pdf> (22.03.2017).
- Barfield, Thomas (2010): *Afghanistan. A Cultural and Political History*, Princeton/Oxford: Princeton University Press. <https://doi.org/10.1515/9781400834532>
- Barfield, Thomas. (2011): „Afghanistan Is Not the Balkan. Central Asian Ethnicity and Its Political Consequences“, in: Robert L. Canfield/ Gabriele Rasuly-Paleczek (Hg.), *Ethnicity Authority, and Power in Central Asia; New Games Great and Small*, New York: Routledge, S. 95-109.
- Barikzai, Naqiba (12.02.2016): *Afghan Women Still Bound by Burka*. Institute for War and Peace Reporting (IWPR), <https://iwpr.net/global-voices/afghan-women-still-bound-burka> (11.07.2016).
- Barth, Frederik (1969): *Ethnic Groups and Boundaries. The Social Organization of Cultural Differences*, Oslo: Universitetsforlaget.
- BBC (15.11.2001): „Interview With Mullah Omar – Transcript“. BBC, http://news.bbc.co.uk/2/hi/south_asia/1657368.stm (19.12.2016).
- BBC (13.05.2007): „Afghan Taleban Commander Killed“. BBC, <http://news.bbc.co.uk/2/hi/6650755.stm> (20.11.2016).
- BBC (06.04.2013a): „Afghanistan Bomb Kills Nato Personnel in Zabul“. BBC, <http://www.bbc.com/news/world-asia-22051858> (10.11.2016).
- BBC (05.03.2013b): „Kabul Bank Fraud: Sherkhan Farnood and Khalilullah Ferozi Jailed“. BBC, <http://www.bbc.com/news/world-asia-21666689> (31.01.2017).
- BBC (13.02.2014): „Afghan Prisoners Freed From Bagram Amid US Protests“. BBC, <http://www.bbc.com/news/world-asia-26166949> (10.01.2017).
- BBC (26.05.2016): „Profile: New Taliban Chief Mawlawi Hibatullah Akhundzada“. BBC, <http://www.bbc.com/news/world-asia-36377008> (28.11.2016).
- Bayat Foundation (2016): *Bayat Foundation*, <http://www.bayatfoundation.org> (16.11.2016).

- Beath, Andrew/Fotoni, Christia/Enikolopov, Ruben (06.08.2015): „The National Solidarity Programme. Assessing the Effects of Community-Driven Development in Afghanistan“, in: *International Peacekeeping* 22(4), S. 302-320.
- Beichelt, Timm (Januar 2003): „Herrschaftskultur. Ein Konzept zur kulturwissenschaftlichen Öffnung der Vergleichenden Politikwissenschaft“, in: *Zeitschrift Berliner Debatte Initial* 14(1), S. 60-74.
- Benhabib, Seyla (1995): *Der Streit um Differenz. Feminismus und Postmoderne in der Gegenwart*, Frankfurt am Main: Fischer.
- Benhabib, Seyla (2000): *Kulturelle Vielfalt und demokratische Gleichheit. Politische Partizipation im Zeitalter der Globalisierung* (2. Ausg.), Frankfurt am Main: Fischer.
- Benz, Arthur (1997): „Von der Konfrontation zur Differenzierung und Integration – Zur neueren Theorieentwicklung in der Politikwissenschaft“, in: Arthur Benz/Wolfgang Seibel (Hg.), *Theorieentwicklung in der Politikwissenschaft – eine Zwischenbilanz*, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, S. 9-29.
- Bertolacci, Amos (2013): „Averroes Against Avicenna on Human Spontaneous Generation. The Starting-Point of a Lasting Debate“, in: Anna Akasoy/Guido Gigliani (Hg.), *Renaissance Averroism and Its Aftermath. Arabic Philosophy in Early Modern Europe*, Dordrecht: Springer Science+Business Media, S. 37-54.
- Best, Heinrich/Higley, John (2010): *Democratic Elitism. New Theoretical and Comparative Perspectives*, Leiden: Koninklijke Brill.
- Betz, Joachim (2005): „Zivilgesellschaft in Entwicklungsländern“, in: Joachim Betz/Wolfgang Hein (Hg.), *Neues Jahrbuch: Dritte Welt 2005. Zivilgesellschaft*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 7-26.
- Beya, Abdennebi Ben (Juli 1998/2012): *Mimicry, Ambivalence, and Hybridity. Postcolonial Studies @ Emory*, <https://scholarblogs.emory.edu/postcolonialstudies/2014/06/21/mimicry-ambivalence-and-hybridity/> (07.04.2016).
- Bezhan, Frud (22.03.2013a): „Insecurity Springs From Afghan Dam Projects“. Radio Free Europe, Radio Liberty, <http://www.rferl.org/content/afghan-dam-projects/24936270.html> (06.07.2015).
- Bezhan, Frud (18.12.2013b): „Controversial ID Cards Expose Ethnic Divisions in Afghanistan“. Radio Free Europe, Radio Liberty, <https://www.rferl.org/a/afghanistan-id-cards-ethnic-divisions/25205181.html> (27.08.2015).
- Bezhan, Frud (08.12.2013c): „Former Afghan Warlord Apologizes for Past ‚Mistakes‘“. Radio Free Europe, Radio Liberty, <https://www.rferl.org/a/afghanistan-dostum-warcrimes-apology/25130594.html> (05.08.2017).
- Bhabha, Homi (1994): *The Location of Culture*, London: Routledge.
- Bjelica, Jelena (28.12.2016): *Over Half a Million Afghans Flee Conflict in 2016: A look at the IDP Statistics*. Afghan Analysts Network, <https://www.afghanistan-analysts.org/over-half-a-million-afghans-flee-conflict-in-2016-a-look-at-the-idp-statistics/> (15.07.2017).
- Bliesemann de Guevara, Berit/Kühn, Florian (2010): *Illusion Statebuilding. Warum sich der westliche Staat so schwer exportieren lässt*, Hamburg: Körber-Stiftung.
- Bloch, Ernst (1935/1962): *Erbschaft dieser Zeit. Erweiterte Ausgabe*, Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
- Bobin, Frédéric (10.12.2013): „Hamid Karzai: ‚The United States Behaves in Afghanistan Like a Colonial power‘“. *Le Monde*, <https://www.lemonde.fr/asiе-pacif>

- ique/article/2013/12/10/hamid-karzai-the-united-states-behaves-in-afghanistan-like-a-colonial-power_3528719_3216.html (05.01.2017).
- Böge, Friederike (05.12.2011): „Casinokapitalismus“. FAZ, http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/abzug-aus-afghanistan-casinokapitalismus-11549100-p4.html?printPagedArticle=true#pageIndex_5 (15. 12.2015).
- Böhnke, Jan R./Koehler, Jan/Zürcher, Christoph (2015): *Assessing the Impact of Development Cooperation in North East Afghanistan 2007-2013. Final Report. Federal Ministry for Economic Cooperation and Development*, https://www.bmz.de/de/zentrales_downloadarchiv/erfolg_und_kontrolle/Afghanistan_Impact_Assessment_II_en.pdf (04.08.2017).
- Böhnke, Jan R./Koehler, Jan/Zürcher, Christoph (2017): „State Formation as It Happens. Insights From a Repeated Cross-Sectional Study in Afghanistan, 2007-2015“, in: *Conflict, Security & Development* 17(2), S. 91-116.
- Bogner, Artur (2004): „Ethnizität und die soziale Organisation physischer Gewalt. Ein Modell des Tribalismus in postimperialen Kontexten“, in: Julia M. Eckert (Hg.), *Anthropologie der Konflikte. Georg Elwerts konflikttheoretische Thesen in der Diskussion*, Bielefeld: transcript Verlag, S. 58-87. <https://doi.org/10.14361/9783839402719-003>
- Bogner, Alexander/Littig, Beate/Menz, Wolfgang (2014): *Interviews mit Experten. Eine praxisorientierte Einführung*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. <https://doi.org/10.1007/978-3-531-19416-5>
- Bogner, Alexander/Menz, Wolfgang (2005): „Das theoriegenerierende Experteninterview Erkenntnisinteresse, Wissensformen, Interaktion“, in: Alexander Bogner/ Beate Littig/Wolfgang Menz (Hg.), *Das Experteninterview. Theorie, Methode, Anwendung* (2. Ausg.), Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 33-70.
- Bogner, Alexander/Menz, Wolfgang (2009): „Das theoriegenerierende Experteninterview: Erkenntnisinteresse, Wissensformen, Interaktion“, in: Alexander Bogner/ Beate Littig/Wolfgang Menz, *Experteninterviews. Theorien, Methoden, Anwendungsfelder* (3. Ausg.), Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 61-98.
- Bohnsack, Ralf (2014): *Rekonstruktive Sozialforschung. Einführung in qualitative Methoden* (9. Ausg.), Opladen: Verlag Barbara Budrich.
- Bonacker, Thomas (2006): „Modernitätskonflikte in der Weltgesellschaft. Zur kulturellen Konstruktion globaler Konflikte“, in: *Soziale Welt* 57(1), S. 47-63. <https://doi.org/10.5771/0038-6073-2006-1-47>
- Bonacker, Thomas (2009): „Konflikttheorien“, in: Georg Kneer/Markus Schroer (Hg.), *Handbuch soziologische Theorien*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 179-198. https://doi.org/10.1007/978-3-531-91600-2_9
- Bonacker, Thomas (2010): „Die Gesellschaft der Anderen. Kambodscha und die Interventionskultur der Weltgesellschaft“, in: Thomas Bonacker/Michael Daxner/Jan H. Free/Christoph Zürcher (Hg.), *Interventionskultur. Zur Soziologie von Interventionsgesellschaften* (1. Ausg.), Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 189-218. https://doi.org/10.1007/978-3-531-92219-5_11
- Bonacker, Thomas/Imbusch, Peter (2010): „Zentrale Begriffe der Friedens- und Konfliktforschung: Konflikt, Gewalt, Krieg, Frieden“, in: Peter Imbusch/Ralf Zoll,

- Friedens- und Konfliktforschung. Eine Einführung (5. Ausg.), Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 67-142.
- Bonacker, Thomas/Weller, Christoph (2006): „Konflikte in der Weltgesellschaft. Aktuelle Theorie- und Forschungsperspektiven“, in: Thomas Bonacker/Christoph Weller (Hg.), *Konflikte der Weltgesellschaft. Akteure-Strukturen-Dynamiken*, Frankfurt/New York: Campus Verlag, S. 9-48.
- Bonn Agreement (Dezember 2001): Agreement on Provisional Arrangements in Afghanistan Pending the Re-establishment of Permanent Government Institutions. United Nations, <http://www.un.org/News/dh/latest/afghan/afghan-agree.htm> (26.09.2015).
- Bonn Conference (05.12.2011): The International Afghanistan Conference in Bonn. European Union External Action, http://eeas.europa.eu/afghanistan/docs/2011_11_conclusions_bonn_en.pdf (29.02.2016).
- Boone, Jon (02.12.2010): „WikiLeaks Cables Portray Hamid Karzai as Corrupt and Erratic“. *The Guardian*, <https://www.theguardian.com/world/2010/dec/02/wiki-leaks-cables-hamid-karzai-erratic> (28.11.2016).
- Boone, Jon (16.06.2011): „The Financial Scandal That Broke Afghanistan’s Kabul Bank“. *The Guardian*, <http://www.theguardian.com/world/2011/jun/16/kabul-bank-afghanistan-financial-scandal> (22.12.2015).
- Bourdieu, Pierre (1958): *Sociologie de l’Algérie*, Paris: PUF.
- Bourdieu, Pierre (1962): *The Algerians*, (Alan C. M. Ross, Übers.), Boston: Beacon Press.
- Bourdieu, Pierre (1979): *Entwurf einer Theorie der Praxis. Auf der ethnologischen Grundlage der kabyliischen Gesellschaft*, (Cordula Pialoux/Bernd Schwibs, Übers.), Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
- Bourdieu, Pierre (1983): „Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital“, in: Reinhard Kreckel, *Soziale Ungleichheit. Sonderband der Sozialen Welt*, Bd. 2, Göttingen: Verlag Otto Schwartz, S. 183-198.
- Bourdieu, Pierre (1985a): *Praktische Vernunft. Zur Theorie des Handelns*, (Hella Beister, Übers.), Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
- Bourdieu, Pierre (1985b): *Sozialer Raum und „Klassen“* Leçon sur la leçon. Zwei Vorlesungen, (Bernd Schwibs, Übers.), Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Bourdieu, Pierre (1987a): *Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft*, (Bernd Schwibs/Achim Russer, Übers.), Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
- Bourdieu, Pierre (1987b): *Sozialer Sinn. Kritik der theoretischen Vernunft*, (Günter Seib, Übers.), Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
- Bourdieu, Pierre (1995): *Narzißtische Reflexivität und wissenschaftliche Reflexivität*, in: Eberhard Berg/Martin Fuchs, *Kultur, soziale Praxis, Text. Die Krise der ethnographischen Repräsentation* (2. Ausg.), Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 365-374.
- Bourdieu, Pierre (1997): „Narzissenweg“, in: Pierre Bourdieu, *Das Elend der Welt. Zeugnisse und Diagnosen alltäglichen Leidens an der Gesellschaft*, Konstanz: Universitäts-Verlag Konstanz, S. 21-42.
- Bourdieu, Pierre (2000): *Algérie 60*, Paris: Minuit.
- Bourdieu, Pierre (2001): *Meditationen. Zur Kritik der scholastischen Vernunft*, (Achim Russer, Übers.), Frankfurt am Main: Suhrkamp.

- Bourdieu, Pierre (Juni 2003): „Participant Objectivation. The Huxley Medal Lecture“, in: *Journal of the Royal Anthropological Institute* 9(2), S. 281-294. <https://doi.org/10.1111/1467-9655.00150>
- Bourdieu, Pierre (2004): „Algerian landing“, in: *Ethnography* 5(4), S. 415-443. <https://doi.org/10.1177/1466138104048826>
- Bourdieu, Pierre (2005a): *Die verborgenen Mechanismen der Macht. Schriften zu Politik und Kultur 1*, Margareta Steinrück (Hg.), (Jürgen Bolder, Übers.), Hamburg: VSA-Verlag.
- Bourdieu, Pierre (September 2005b): „Das Sozialkapital. Vorläufige Notizen. Peripherie“, in: *Zeitschrift für Politik und Ökonomie in der Dritten Welt* 99(25), S. 263-266.
- Bourdieu, Pierre (2005c). „Verstehen“, in: Pierre Bourdieu (Hg.), *Das Elend der Welt*, Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft mbH, S. 393-426.
- Bourdieu, Pierre/Wacquant, Loïc J. D. (1992/2006): *Reflexive Anthropologie*, (Hella Beister, Übers.), Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Bourdieu, Pierre/Darbel, Alain/ Rivet, Jean-Paul/Seibel, Claude (1963): *Travail et travailleurs en Algérie*, Paris/La Haye: Mouton.
- Bowley, Graham Bowley/Rosenberg, Matthew (28.06.2012): „Afghan Officials Hail Talks With Insurgents“. *The New York Times*, <http://www.nytimes.com/2012/06/29/world/asia/afghan-officials-hail-talks-with-taliban-and-other-insurgents.html> (30.12.2016).
- Boyd, Robert/Richerson, Peter J. (1985): *Culture and the Evolutionary Process*, Chicago: The University of Chicago.
- Brandl, Julia/Klinger, Stefan (2006): „Probleme des Feldzugangs zu Eliten“, in: *Österreichische Zeitschrift für Soziologie* 31(1), S. 44-65.
- Brasher, Ryan (Januar 2011): „Ethnic Brother or Artificial Namesake? The Construction of Tajik Identity in Afghanistan and Tajikistan“, in: *Berkeley Journal of Sociology* 55, S. 97-120.
- Bratton, Michael/van de Walle, Nicolas (Juli 1994): „Neopatrimonial Regimes and Political Transitions in Africa“, in: *World Politics* 46(46), S. 453-489. <https://doi.org/10.2307/2950715>
- Bratton, Michael/van de Walle, Nicolas (1997): *Democractic Experiments in Africa. Regime Transitions in Comparative Perspective*, New York: Cambridge University Press. <https://doi.org/10.1017/CBO9781139174657>
- Brehmer, Marian (04.04.2013): *The Documentary Film „In the Bazaar of Sexes“. Temporary Marriage in Iran*. Qantara, <https://en.qantara.de/content/%0bthe-documentary-film-in-the-bazaar-of-sexes-temporary-marriage-in-iran> (19.11.2016).
- Bremer, Helmut/Lange-Vester, Andrea/Vester, Michael (2009): „Die feinen Unterschiede“, in: Gerhard Fröhlich/Boike Rehbein (Hg.), *Bourdieu, Handbuch. Leben – Werk – Wirkung*, Stuttgart, Weimar: J. B. Metzler, S. 289-312.
- Breuer, Franz/Mruck, Katja/Roth, Wolf-Michel (September 2002): „Subjectivity and Reflexivity. An Introduction“, in: *Forum Qualitative Sozialforschung/Forum: Qualitative Social Research* 3(3), Article 9, <http://www.qualitative-research.net/index.php/fqs/article/view/822> (04.08.2017).
- Brick, Jennifer (Februar 2008): *Final Report. Investigating the Sustainability of Community Development Councils in Afghanistan*. Jen Murtazashvili, <http://jen>.

- murtazashvili.org/wp-content/uploads/2013/05/CDC-Sustainability-Final-Report-AREU-FINAL.pdf (05.02.2016).
- Brock, Ditmar (2009): „Konflikttheorie“, in: Ditmar Brock/Matthias Junge/Heike Diefenbach/Reiner Keller/Dirk Villányi (Hg.), *Soziologische Paradigmen nach Talcott Parsons. Eine Einführung*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 215-238. https://doi.org/10.1007/978-3-531-91454-1_4
- Brown, Rupert (2000): „Social Identity Theory: Past Achievements, Current Problems and Future Challenges“, in: *European Journal of Social Psychology* 30(6), S. 745-778. [https://doi.org/10.1002/1099-0992\(200011/12\)30:6<745::AID-EJSP24>3.0.CO;2-O](https://doi.org/10.1002/1099-0992(200011/12)30:6<745::AID-EJSP24>3.0.CO;2-O)
- Bumiller, Elisabeth (10.12.2012): „Pentagon Says Afghan Forces Still Need Assistance“, *The New York Times*, <https://www.nytimes.com/2012/12/11/world/asia/afghan-army-weak-as-transition-nears-pentagon-says.html> (22.12.2016).
- Burton, Michel/Higley, John (1987): „Elite Settlements“, in: *American Sociological Review* 52(3), S. 295-307.
- Burton, Michael/Gunther, Richard/Higley, John (1992): „Introduction. Elite Transformations and Democratic Regimes“, in: John Higley/Richard Gunther (Hg.), *Elites and Democratic Consolidation in Latin America and Southern Europe*, Cambridge: Cambridge University Press, S. 1-37.
- Byrd, William. A./Noorani, Javed (01.12.2014): *Exploitation of Mineral Resources in Afghanistan. Where are the Government Revenues or Development Benefits?*. United States Institute of Peace, <https://www.usip.org/publications/2014/12/exploitation-mineral-resources-afghanistan> (30.04.2016).
- Cecchinell, Lola (02.09.2014): *Taliban Closing in on the City: The Next Round of the Tug-of-War over Kunduz*. Afghanistan Analysts Network, <https://www.afghanistan-analysts.org/the-next-round-of-the-tug-of-war-over-kunduz/> (22.05.2017).
- Centlivres, Pierre/Centlivres-Demont, M. (2010). *Afghanistan on the Threshold of the 21st Century. Three Essays on Culture and Society*. Princeton: Markus Wiener Publishers.
- Centlivres-Demont, Micheline (2015): *Afghanistan. Identity, Society and Politics since 1980*, London: I.B. Tauris.
- Changezi, Sofie Haug/Biseth, Heidi (2011): „Education of Hazara Girls in a Diaspora: Education as Empowerment and an Agent of Change“, in: *Research in Comparative and International Education* 6(1), S. 79-89. <https://doi.org/10.2304/rcie.2011.6.1.79>
- Charney, Craig/Nanda, Radhika/Yakatan, Nicole (Juli 2004): *Voter Education Planning Survey: Afghanistan 2004 National Elections. A Report Based on a Public Opinion Poll*. The Asia Foundation, <http://asiafoundation.org/resources/pdfs/afghanvoter04.pdf> (26.06.2015).
- Chatterjee, Pratap (12.09.2010): „Who Made Kabul Corrupt? Pious Bromides About Tackling Corruption in Afghanistan Cannot Hide the Fact That the Buck Stops in Washington“. *The Guardian*, <https://www.theguardian.com/commentisfree/cifamerica/2010/sep/10/corruption-afghanistan-cia> (06.08.2017).
- Chouvy, Pierre-Arnaud (2016): „The Myth of the Narco-State“, in: *Space and Polity* 20(1), S. 26-38. <https://doi.org/10.1080/13562576.2015.1052348>

- CIA The World Factbook (2015): The Central Intelligence Agency The World Factbook, <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/af.%0bhtml> (28.06.2016).
- CIA The World Factbook (07.06.2016): Central Intelligence Agency. The World Factbook Afghanistan, <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/af.html> (28.06.2016).
- CIA The World Factbook (2017 est.): Field Listing: Age Structure. The World Factbook, <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/af.html> (03.04.2018).
- Clapham, Christopher (1982): *Private Patronage and Public Power. Political Clientelism in the Modern State*, London: Frances Pinter.
- Clark, Kate (24.11.2013a): A Yes, a Maybe and a Threat of Migration. The BSA Loya Jirga's Last Day. Afghanistan Analysts Network, <https://www.afghanistan-analysts.org/a-yes-a-maybe-and-threat-of-migration-the-bsa-loya-jirgas-last-day/> (05.01.2017).
- Clark, Kate. (08.10.2013b): A Leader Apologises. General Dostum, Elections and War Crimes. Afghanistan Analysts Network, <https://www.afghanistan-analysts.org/a-leader-apologises-general-dostum-elections-and-war-crimes/> (05.08.2017).
- Clark, Kate. (24.06.2014): Elections 2013 (33): „Amarkhel Gate“ – Sheep, Tape, Te-signation. Afghanistan Analysts Network, <https://www.afghanistan-analysts.org/afghanistan-elections-2014-33-amarkhel-gate-sheep-tape-resignation/> (16.03.2017).
- Clark, Kate. (20.01.2015): The Cabinet and the Parliament. Afghanistan's Government in Trouble Before It Is Formed. Afghanistan Analysts Network, <https://www.afghanistan-analysts.org/the-cabinet-and-the-parliament-afghanistans-government-in-trouble-before-it-is-formed/> (13.03.2017).
- Clark, Kate (10.08.2015): The Triple Attack in Kabul: A Message? If So, to Whom?. Afghanistan Analysts Network, <https://www.afghanistan-analysts.org/the-triple-attack-in-kabul-a-message-if-so-to-whom/> (14.01.2017).
- Clifford, James/Marcus, George E. (1986): *Writing Culture. The Poetics and Politics of Ethnography*, London: University of California Press.
- Coburn, Noah (Mai 2011): Political Economy in the Wolesi Jirga. Sources of Finance and Their Impact on Representation in Afghanistan's Parliament. Afghanistan Research Evaluation Unit, <https://areu.org.af/wp-content/uploads/2016/02/1111E-Political-Economy-in-the-Wolesi-Jirga-2011-Bf.pdf> (25.03.2017).
- Coburn, Noah (2016): *Losing Afghanistan. An Obituary for the Intervention*, Stanford: Stanford University Press.
- Coburn, Noah/Miakhel, Shahm Mahmood (September 2010): Many Shuras Do Not a Government Make. International Community Engagement with Local Councils in Afghanistan. United Institute of Peace, <http://www.usip.org/files/resources/pb50.pdf> (07.11.2012).
- Collins, Randall (März 1981): „On the Microfoundations of Macrosociology“, in: *American Journal of Sociology* 86(5), S. 984-1014. <https://doi.org/10.1177/0002716211398201>
- Collins, Randall (Juli 2011a): „Patrimonial Alliances and Failures of State Penetration. A Historical Dynamic of Crime, Corruption, Gangs, and Mafias“, in: *The Annals of the American Academy of Political and Social Science* 636(1), S. 16-31.

- Collins, Randall (2011b): *Dynamik der Gewalt. Eine mikrosoziologische Theorie*, (Richard Barth/Gennaro Ghirardelli, Übers.), Hamburg: Hamburger Edition.
- Collins, Randall (2012): „C-Escalation and D-Escalation. A Theory of the Time-Dynamics of Conflict“, in: *American Sociological Review* 77(1), S. 1-20. <https://doi.org/10.1177/0003122411428221>
- Collins, Randall (2013): „Micro and Macro Sociological Causes of Violent Atrocities. *Sociologia*“, in: *Problemas e Práticas* 71, S. 9-22.
- Community Development Council by-Law (24.06.2015): Ministry of Rural Rehabilitation and Development. The World Bank, <http://pubdocs.worldbank.org/pubdocs/publicdoc/2015/6/721521434986516800/Afghanistan-CDC-By-Law-English.pdf> (01.02.2016).
- Constable, Pamlea (18.08.2016): „Afghan ID Cards Were Meant to Stop Voter Fraud but Instead Stoked Ethnic Division“. *The Washington Post*, https://www.washingtonpost.com/world/asia_pacific/new-afghan-id-cards-the-size-of-a-large-pizza-create-ethnic-spat/2016/08/17/72e8b3ca-63da-11e6-9161-aa7c674b6ede_story.html?utm_term=.66157b589d74 (04.10.2017).
- Cook-Huffman, Celia (2009): „The Role of Identity in Conflict“, in: Dennis J. D. Sandole/Sean Byrne/Ingrid Sandole-Staroste/Jessica Senehi (Hg.), *Handbook of Conflict Analysis and Resolution*, London/New York: Routledge, S. 19-31.
- Cordesman, Anthony/Hess, Ashley (2014): „Transition in the Afghanistan – Pakistan War and the Uncertain Role of the Great Powers“, in: Joachim Krause/Charles King Mallory IV (Hg.), *Afghanistan, Pakistan and Strategic Change: Adjusting Western Regional Policy*, Abingdon: Routledge, S. 237-268.
- Corum, James S. (August 2013): *Development of the Baltic Armed Forces in Light of Multinational Deployments*. Strategic Studies Institute and U.S. Army War College Press, <http://www.strategicstudiesinstitute.army.mil/pdf/files/pub1168.pdf> (31.01.2017).
- Coser, Lewis A. (1956): *The Functions of Social Conflict*, New York: The Free Press.
- Costs of War (März 2015): *Afghan Civilians*. Watson Institute International & Public Affairs, Brown University, <https://watson.brown.edu/costsofwar/costs/human/civilians/afghan> (27.07.2015).
- Cotta-Ramusion, Paolo (24.01.2016): Pugwash meeting on „Peace and Security in Afghanistan“ 23-24 Januar 2016, Doha, Qatar. Pugwash Conferences on Science and World Affairs, <https://pugwash.org/2016/01/24/doha-meeting-on-peace-and-security-in-afghanistan/> (15.01.2017).
- Council on Foreign Relations (30.06.2008): *United Nations Security Council Resolution 1822, Taliban/al-Qaida Sanctions*. Council on Foreign Relations, Primary Sources, <http://www.cfr.org/terrorism/united-nations-security-council-resolution-1822-taliban-al-qaeda-sanctions/p16746> (05.01.2017).
- Crawford, Michael/Miscik, Jami (November/Dezember 2010): „The Rise of the Mezzanine Rulers. The New Frontier for International Law“, in: *Foreign Affairs. The World Ahead* 89(6), S. 123-132.
- Crawford, Neta C. (September 2011): *Civilian Death and Injury in Afghanistan, 2001-2011*. Brown University. Watson Institute for International and Public Affairs. *Cost of War*, <http://watson.brown.edu/costsofwar/files/cow/imce/papers/201>

- 1/Civilian%20Death%20and%20Injury%20in%20Afghanistan%2C%202001-2011.pdf (15.12.2016).
- Crawford, Neta C. (22.05.2015): War-Related Death, Injury, and Displacement in Afghanistan and Pakistan 2001-2014. Brown University. Watson Institute for International and Public Affairs. Costs of War, <https://watson.brown.edu/costsofwar/files/cow/imce/papers/2015/War%20Related%20Casualties%20Afghanistan%20and%20Pakistan%202001-2014%20FIN.pdf> (15.12.2016).
- Crenshaw, Kimberle (1989): „Demarginalizing the Intersection of Race and Sex: A Black Feminist Critique of Antidiscrimination Doctrine“, in: *Feminist Theory and Antiracist Politics*. University of Chicago Legal Forum 1(8), S. 139-167.
- Crews, Rober D./Tarzi, Amin (2008): *The Taliban and the Crisis of Afghanistan*, Cambridge: Harvard University Press.
- Croissant, Aural/Merkel, Wolfgang (December 2004): „Introduction: Democracy in the Early Twenty-First Century“, in: *Democratization* 11(5), S. 1-9. <https://doi.org/10.1080/13510340412331304570>
- Crook, Richard C. (April 1989): „Patrimonialism, Administrative Effectiveness and Economic Development in Côte d'Ivoire“, in: *African Affairs* 88(351), S. 205-228. <https://doi.org/10.1093/oxfordjournals.afraf.a098161>
- Crossroads Asia (2011-2016): *Cross Roads Asia*. Cross Roads Asia, <http://crossroads-asia.de/crossroads-asia.html> (11.06.2017).
- Crozier, Michel/Friedberg, Erhard (1979): *Macht und Organisation. Die Zwänge kollektiven Handelns*, Königstein/Ts.: Athenäum Verlag GmbH.
- CSO (2016): *Analysis of Population Projections 2016-17*. Central Statistics Organization. Islamic Republic of Afghanistan, <http://cso.gov.af/en/page/demography-and-socile-statistics/demograph-statistics/3897111> (04.05.2016).
- Cunningham, Robert B./Sarayrah, Yasin K. (1993): *Wasta. The Hidden Force in Middle Eastern Society*, Westport: Praeger.
- Dadfar Spanta, Rangin (1993): *Afghanistan. Entstehung der Unterentwicklung, Krieg und Widerstand*, Frankfurt am Main: Peter Lang.
- Dadfar Spanta, Rangin (24.02.2015a): „حاضر به خیابان بروم و از صلح شرافتمندانه با طالبان و پاکستان دفاع کنم“. 8am (Fardaus Kaausch, Interviewer), <https://8am.af/i-would-go-to-the-streets-and-honorable-peace-with-the-taliban-and-pakistan-would-defend-spanta/> (05.08.2017).
- Dadfar Spanta, Rangin (26. Februar 2015b): „Spanta, Politicians Explain Concerns about Strategy behind Peace Talks“. (Shakeela Ibrahimkhil, Interviewerin) *Tolo News*, Kabul.
- Daftary, Farhad (2011): *A Modern History of the Ismaelis. Continuity and Change in a Muslim Community*, London: I.B. Tauris.
- Dahrendorf, Ralf (1962): *Gesellschaft und Freiheit. Zur soziologischen Analyse der Gegenwart*, München: R. Piper & Co. Verlag.
- Dahrendorf, Ralf (1986): *Pfade aus Utopia. Arbeiten zur Theorie und Methode der Soziologie* (4. Ausg.), München: Piper.
- Dahrendorf, Ralf (1994): *Der moderne soziale Konflikt. Essay zur Politik der Freiheit*, München: Deutscher Taschenbuch Verlag.
- Dalrymple, W. (2013): *Return of a King: The Battle for Afghanistan, 1839-42*. London: Bloomsbury.

- Dalrymple, William (25.06.2013): Triangle. Afghanistan, Pakistan, & India. The Brookings Essay, <http://csweb.brookings.edu/content/research/essays/2013/deadly-triangle-afghanistan-pakistan-india-c.html#section1> (07.12.2016).
- Dalton, Russell J. (2007): „Afghans and Democracy“, in: George Varughese/Sunil Pili (Hg.), State Building, Political Progress, and Human Security in Afghanistan. Reflections on a Survey of the Afghan People, <https://asiafoundation.org/ressources/pdfs/AG2006companion.pdf> (26.06.2015).
- Davis, Kathy (2008): „Intersectionality as Buzzword. A Sociology of Science Perspective on What Makes a Feminist Theory Successful“, in: Feminist Theory 9(1), S. 67-85. <https://doi.org/10.1177/1464700108086364>
- Dawn (17.04.2008): Afghan Parliament Body Drafts Taliban-Style Moral Law. Dawn-AFP, <https://www.dawn.com/news/298419/afghan-parliament-body-drafts-taliban-style-moral-law> (07.08.2017).
- Daxner, Michael (18./19.04.2008): „Die Interventionsgesellschaft in der Interventionspraxis“, in: ASIK (Hg.), Tagungsreader Folgekonflikte nach militär-gestützten humanitären Interventionen. 18. und 19. April 2008, Oldenburg: BIS-Verlag, S. 9-15.
- Daxner, Michael (2010): „Das Konzept von Interventionskultur als Bestandteil einer gesellschaftsorientierten theoretischen Praxis“, in: Thorsten Bonacker/Michael Daxner/Jan H. Free/Christoph Zürcher (Hg.), Interventionskultur. Zur Soziologie von Interventionsgesellschaften, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 75-100.
- Daxner, Michael (16.03.2011): Guest Blog: Modernisation Stress – Kabul and Mazar Revisited. Afghanistan Analysts Network, <https://www.afghanistan-analysts.org/guest-blog-modernisation-stress-kabul-and-mazar-revisited/> (09.06.2017).
- Daxner, Michael: (Dezember 2013a): Homeland Discourse – The German Case. International Relations Online Working Paper Series, 2013/01, http://www.uni-stuttgart.de/soz/ib/forschung/IRWorkingPapers/IROWP_Series_2013_1_Daxner_Home_Discourse.pdf (22.07.2014).
- Daxner, Michael (2013b): Afghanistan Endgame – No Lessons Learned? Working Paper Series of the Center for Area Studies (Band 3), Leipzig: Leipziger Universitätsverlag.
- Daxner, Michael (19.11.2016): Wir sind Establishment – und das ist so richtig wie falsch. Michael Daxner - Personal Blog, <https://michaeldaxner.com/2016/11/19/wir-sind-establishment-und-das-ist-so-richtig-wie-falsch/> (18.09.2017).
- Daxner, Michael (2017): A Society of Intervention. An Essay on Conflicts in Afghanistan and Other Military Interventions, Oldenburg: BIS-Verlag der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg.
- Daxner, Michael/Neumann, Hannah (2012): Heimatdiskurs. Wie die Auslandseinsätze der Bundeswehr Deutschland verändern, Bielefeld: transcript Verlag. <https://doi.org/10.14361/transcript.9783839422199>
- Daxner, Michael/Riese, Sarah (2011): „Long-Time Effects from Kosovo, Little Ado About Bosnia-Herzegovina“, in: Sicherheit und Frieden (S+F)/Security and Peace. Themen Schwerpunkt: Konflikte in Asien – Regionale und transnationale Dimensionen/Conflicts in Asia – Regional and Transnational Dimensions 29(1), S. 24-30.

- Daxner, Michael/Sandmann, Antje (2015): Workshop on Emerging Middle Classes in Afghanistan. Inception Paper Draft. Freie Universität Berlin, Berlin/Kabul.
- Daxner, Michael/Schrade, Urs (November 2013): Higher Education in Afghanistan. Governance at Stake. SFB-Governance Working Paper Series, Collaborative Research Center (SFB) 700, Berlin, Nr. 63.
- Debiel, Thomas/Glassner, Rainer/Schetter, Conrad/Terlinden, Ulf (27.02.2009): „Local State-Building in Afghanistan and Somaliland“, in: *Peace Review: A Journal of Social Justice*. Symposium 21(1), S. 38-44.
- Dehgan, Alex/Palmer-Moloney, Laura Jean/Mirzaee, Mehdi (2014): „Water Security and Scarcity. Potential Destabilization in Western Afghanistan and Iranian Sistan and Baluchestan Due to Transboundary Water Conflicts“, in: Erika Weinthal/Jessica Troell/Mikiyasu Nakayama (Hg.), *Water and Post-Conflict Peacebuilding*, London: Earthscan, S. 305-326.
- Dehghan, Saeed Kamali (05.11.2015): „Afghan Refugees in Iran Being Sent to Fight and Die for Assad in Syria“. *The Guardian*, <https://www.theguardian.com/world/2015/nov/05/iran-recruits-afghan-refugees-fight-save-syrias-bashar-al-assad> (17.01.2017).
- Department of Defense USA (Dezember 2012): Report on Progress Toward Security and Stability in Afghanistan. Report to Congress, https://www.defense.gov/Portals/1/Documents/pubs/1230_Report_final.pdf (22.12.2016).
- Department of Defense, Joint Task Force Guantanamo (20.02.2008a). Secret Noform 20330220, JTF-GTMO Detainee Assessment. WikiLeaks, <https://wikileaks.org/gitmo/pdf/af/us9af-000006dp.pdf> (19.07.2017).
- Department of Defense, Joint Task Force Guantanamo (23.01.2008b): Secret Noform 20330123, JTF-GTMO Detainee Assessment. WikiLeaks, <https://wikileaks.org/gitmo/pdf/af/us9af-000832dp.pdf> (19.07.2017).
- Department of Defense, Joint Task Force Guantanamo (06.03.2008c): Secret Noform 02330306 JTF-GTMO Detainee Assessment. WikiLeaks, <https://wikileaks.org/gitmo/pdf/af/us9af-000579dp.pdf> (19.07.2017).
- Department of Defense, Joint Task Force Guantanamo (21.01.2008d): Secret Noform 20330121, JTF-GTMO Detainee Assessment. WikiLeaks, <https://wikileaks.org/gitmo/pdf/af/us9af-000004dp.pdf> (19.07.2017).
- Department of Defense, Joint Task Force Guantanamo (23.02.2008e): Secret Noform 20330223, JTF-GTMO Detainee Assessment. WikiLeaks, <https://wikileaks.org/%0bgitmo/pdf/af/us9af-000007dp.pdf> (19.07.2017).
- Department of Peace and Conflict Research (2014): Definitions Armed Conflict (state based). Uppsala University, Department of Peace and Conflict Research, <http://www.pcr.uu.se/research/ucdp/definitions/> (03.08.2017).
- Dethier, Hubert (2002): „Averroes’s Dialectic of Enlightenment. Some Difficulties in the Concept of Reason“, in: *Sartonia*, 15, S. 59-93.
- Deutsch, Karl W. (1972): *Nationenbildung – Nationalstaat – Integration*, Düsseldorf: Bertelsmann Universitätsverlag.
- Deutsche Welle (10.04.2012): „امنيت ملی: پنج رسانه از سوی ایران و پاکستان تمويل می شوند.“ Deutsche Welle, <http://dw.com/p/14a3J> (18.11.2015).
- Dexter, Lewis Athony (1970): *Elite and Specialized Interviewing*, Evanston: Northwestern University Press.

- Diamond, Larry (July 1996): „Is the Third Wave Over?“, in: *Journal of Democracy* 7(3), S. 20-37. <https://doi.org/10.1353/jod.1996.0047>
- Diamond, Larry (1999): *Developing Democracy. Toward Consolidation*, Baltimore/London: The Johns Hopkins University Press.
- Dobbins, James F. (2008): *After the Taliban. Nation-Building in Afghanistan*, Washington D.C.: Potomac Books.
- Dobbins, James/McGinn, John G./Grane, Keith/Jones, Seth G./Rathmell, Andrew/Swanger, Rachel/Timilsina, Anga (2003): *America's Role in Nation-Building. From Germany to Iraq*, Santa Monica: RAND.
- Dogan, Mattei/Higley, John (1998): „Elites, Crises, and Regimes in Comparative Analysis“, in: *Elites, Crises, and the Origins of Regimes*, Oxford: Rowman & Littlefield Publishers, Inc.
- Dorronsoro, Gilles (2005): *Revolution Unending. Afghanistan: 1979 to the Present*, London: Hurst.
- Dorronsoro, Gilles (14.10.2007): *Kabul at War (1992-1996). State, Ethnicity and Social Classes*, *South Asia Multidisciplinary Academic Journal*, <http://samaj.revues.org/212> (11.10.2017).
- Draude, Anke (2012): *Die Vielfalt des Regierens. Eine Governance-Konzeption jenseits des Eurozentrismus*, Frankfurt/New York: Campus Verlag.
- Dreitzel, Hans Peter (1962): *Elitebegriff und Sozialstruktur. Eine soziologische Begriffsanalyse*, Stuttgart: Ferdinand Enke.
- Dressler, Jeffrey A. (October 2011): *The Haqqani Network. From Pakistan to Afghanistan*. *Afghanistan Report 6*. Institute for the Study of War Military Analysis and Education for Civilian Leaders, http://www.understandingwar.org/sites/default/files/Haqqani_Network_0.pdf (04. 07.2015).
- Dubiel, Helmut (1997): „Unversöhnlichkeit und Demokratie“, in: Wilhelm Heitmeyer, *Was hält die Gesellschaft zusammen?*, Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 425-444).
- Dudouet, Véronique/Giessmann, Hans J./Planta, Katrin (2012): *Post-War Security Transitions. Participatory Peacebuilding after Asymmetric Conflicts*, Abingdon: Routledge.
- Dupree, Louis (1978): „Language and Politics in Afghanistan. An Essay in Sociolinguistics through Time“, in: Clarence Maloney (Hg.), *Contributions to Asian Studies. Language and Civilization Change in South Asia* (Bd. 11), Leiden: E. J. Brill, S. 131-141.
- Dupree, Nancy Hatch (Oktober 2002): „Cultural Heritage and National Identity in Afghanistan“, in: *Third World Quarterly*. *Reconstructing War-Torn Societies: Afghanistan* 23(5), S. 977-989.
- Durdu, Ayfer (April 2014): „Gendered Realms. Species of Spaces in the City of Mazār-i Šarīf, Northern Afghanistan“, in: *Cross Roads Asia Working Paper Series*, 19.
- Eckert, Julia (2004): „Gewalt, Meidung und Verfahren. Zur Konflikttheorie Georg Elwerts“, in: Julia Eckert, *Anthropologie der Konflikte. Georg Elwerts konflikttheoretische Thesen in der Diskussion*. Bielefeld: transcript Verlag, S. 7-25. <https://doi.org/10.14361/9783839402719>

- Eide, Kai (2012): *Power Struggle over Afghanistan. An Inside Look at What Went Wrong – and What We Can Do to Repair the Damage*, New York: Skyhorse Publishing.
- Eisenstadt, Samuel Noah (1973): *Traditional Patrimonialism and Modern Neopatrimonialism*, London: Sage Publications.
- Eisenstadt, Samuel Noah (1995): *Power, Trust, and Meaning. Essays in Sociological Theory and Analysis*, Chicago/London: The University of Chicago Press.
- Eisenstadt, Samuel Noah (Winter 2000): „Multiple Modernities“, in: *Daedalus* 129(1), S. 1-29.
- Eisenstadt, Samuel Noah/Roniger, Luis (Januar 1980): „Patron-Client Relations as a Model of Structuring Social Exchange“, in: *Society for Comparative Studies in Society and History* 22(1), S. 42-77.
- Eisenstadt, Samuel Noah/Roniger, Luis (1984): *Patron, Clients and Friends. Interpersonal Relations and the Structure of Trust in Society*, New York: Cambridge University Press. <https://doi.org/10.1017/CBO9780511557743>
- Eisenstadt, Samuel/Roniger, Luis (1981): „The Study of Patron-Client Relations and Recent Developments“, in: Samuel Noah Eisenstadt/Renée Lemarchand (Hg.), *Political Clientelism, Patronage and Development*. Beverly Hills: Sage Publications, S. 271-295.
- Elias, Norbert (1976/1995): *Über den Prozeß der Zivilisation. Soziogenetische und psychogenetische Untersuchungen. Wandlungen der Gesellschaft. Entwurf zu einer Theorie der Zivilisation* (19. Ausg., Bd. 2), Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Elias, Norbert (1983): „Über den Rückzug der Soziologen auf die Gegenwart“, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 35(1), S. 29-40.
- Elias, Norbert (1986/2006): „Figuration, sozialer Prozeß und Zivilisation. Grundbegriffe der Soziologie“. in: Reinhard Blomert/Heike Hammer/Johan Heilbron/Annette Treibel/Nico Wilterdink (Hg.), *Norbert Elias. Aufsätze und andere Schriften III*, Amsterdam: Suhrkamp, S. 100-117.
- Elias, Norbert (2005): „I. Zivilisation und Informalisierung. A. Veränderungen europäischer Verhaltensstandards im 20. Jahrhundert“, in: Michael Schröter, *Studien über die Deutschen. Machtkämpfe und Habitusentwicklung im 19. und 20. Jahrhundert*, Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 37-67.
- Elias, Norbert/Scotson, John L. (1990): *Etablierte und Außenseiter*, Michael Schröter (Hg.), Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Elnazarov, Hakim/Aksakolov, Sultonbek (2011): „The Nizari Ismailis of Central Asia in Modern Times“, in: Farhad Daftary (Hg.), *A Modern History of the Ismailis. Continuity and Change in a Muslim Community*, London: I.B. Tauris, S. 45-75.
- Elwert, Georg (1989): *Ethnizität und Nationalismus. Über die Bildung von Wir-Gruppen* (Bd. 22), Berlin: Verlag das Arabische Buch.
- Elwert, Georg (1997): „Gewaltmärkte. Beobachtungen zur Zweckrationalität der Gewalt. Soziologie der Gewalt“, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 37*, S. 86-101.
- Elwert, Georg (1999): „Markets of Violence“, in: Elwert Georg/Stephan Feuchtwant/Dieter Neubert (Hg.), *Dynamics of Violence. Processes of Escalation and De-escalation in Violent Group Conflicts*, *Zeitschrift für empirische Ethnosoziologie und Ethnopsychologie* (Beiheft 1), S. 85-102.

- Elwert, Georg (2004): „Anthropologische Perspektiven auf Konflikt“, in: Julia Eckert (Hg.), *Anthropologie der Konflikte*. Georg Elwerts konflikttheoretische Thesen in der Diskussion, Bielefeld: transcript Verlag, S. 26-38. <https://doi.org/10.14361/9783839402719-001>
- Elwert, Georg/Schlee, Günther (2015): „Conflict. Anthropological Aspects“, in: *International Encyclopedia of the Social and Behavioral Sciences* 4, S. 2542-2547.
- Emadi, Hfizullah (2002): „Struggle for Recognition. Hazara Isma'ili Women and Their Role in the Public Arena in Afghanistan“, in: *Asian Journal of Women's Studies* 8(2), S. 76-103.
- Embassy of the United States in Kabul (18.01.2016): Press Release 2016. The Second Meeting of the Quadrilateral Coordination Group (QCG) of Afghanistan, Pakistan, the United States and China. Embassy of the United States/Kabul, Afghanistan, <https://kabul.usembassy.gov/pr-011916.html> (15.01.2017).
- Ende, Werner (1980): „Ehe auf Zeit (mut'a) in der innerislamischen Diskussion der Gegenwart“, in: *Die Welt des Islams. Internationale Zeitschrift für die Entwicklungsgeschichte des Islams, besonders in der Gegenwart* 20(1-2), S. 1-43.
- Engels, Friedrich (1857/1961): „Afghanistan“, in: Karl Marx/Friedrich Engels, Karl Marx/Friedrich Engels – Werke (4. Ausg., Bd. 14), Berlin/DDR: Karl Dietz Verlag, S. 73-82.
- Engelbert, Pierre (2000): *State Legitimacy and Development in Africa*, Boulder: Rienner.
- Erdmann, Gero/Engel, Ulf (Februar 2007): „Neopatrimonialism Reconsidered. Critical Review and Elaboration of an Elusive Concept“, in: *Commonwealth & Comparative Politics* 45(1), S. 95-119. <https://doi.org/10.1080/14662040601135813>
- Esar, Naheed (18. Juli 2015): „Witwen in Afghanistan. Die Stadt der ‚Kopffresserinnen‘“. *Taz*, <http://www.taz.de/!5212149/> (04.08.2017).
- Eslami-Rasekh, Zohreh (Juli 2005): „Raising the Pragmatic Awareness of Language Learners“, in: *English Language Teaching Journal* 59(3), S. 199-208.
- Esposito, John L. (2002): *Unholy War. Terror in the Name of Islam*, Oxford: Oxford University Press.
- Esposito, John L. (05.04.2017): „Ahl al-Hall wa'l Aqd“. *The Oxford Dictionary of Islam*. Oxford Islamic Studies Online, <http://www.oxfordislamicstudies.com/article/opr/t125/e73> (05.04.2017).
- Etzioni-Halevy, Eva (1997), *Classes and Elites in Democracy and Democratization. A Collection of Readings*, New York: Garland.
- Etzioni-Halevy, Eva (1993): *The Elite Connection. Problems and Potential of Western Democracy*, Oxford: Polity Press.
- Etzioni-Halevy, Eva (2010): *Bureaucracy and Democracy. A Political Dilemma* (7. Ausg.), New York: Routledge & Kegan Paul.
- EurasiaNet (29.05.2007): Afghanistan. Supreme Court to Decide Foreign Minister's Fate. Refworld, <http://www.refworld.org/docid/46f257e5c.html> (06.07.2015).
- Factsheet Afghanistan Social Outreach Program (Juni 2010): USAID Afghanistan, http://afghanistan.usaid.gov/documents/document/Document/1736/Fact_Sheet_A_SOP_June_2011 (17.10.2012).
- Federal Foreign Office (17.09.2016): Master's Programm for Computer Science Lecturer from Afghanistan. Federal Foreign Office, <https://www.auswaertiges-amt.de>

- /en/aussepolitik/laenderinformationen/afghanistan-node/it-masterprogramm/265246 (29.03.2017).
- Feenstra, Anne (27.08.2010): Kabul's Kitschy Wedding Cake Architecture. Afghanistan Analysts Network, <https://www.afghanistan-analysts.org/kabuls-kitschy-wedding-cake-architecture/> (10.11.2016).
- Felsch, Maximilian (2010): „Der Libanon zwischen Integration und Fragementierung“, in: Rüdiger Robert/Daniela Schlicht/Shazia Saleem (Hg.), Kollektive Identitäten im Nahen und Mittleren Osten. Studien zum Verhältnis von Staat und Religion, Münster: Waxmann, S. 379-398).
- Fenske, Hans/Mertens, Dieter/Reinhard, Wolfgang/Rosen, Klaus (2003): Geschichte der politischen Ideen. Von der Antike bis zur Gegenwart, Frankfurt am Main: Fischer Verlag.
- Field, G. Lowell/Higley, John/Burton, Michael G. (1990): „A New Elite Framework for Political Sociology“, in: *Revue Européenne des Sciences Sociales* 28(88), S. 149-182.
- Field, G. Lowell/Higley, John/Burton, Michel G. (1997): „National Elite Configuration and Transition to Democracy“, in: Eva Etzioni-Halevy, *Classes and Elites in Democracy and Democratization. A Collection of Readings*, New York: Garland Publishing, S. 174-184.
- Filkins, Dexter (23.10.2010): „Iran Is Said to Give Top Karzai Aide Cash by the Bagful“. *The New York Times*, <http://www.nytimes.com/2010/10/24/world/asia/24afghan.html> (10.06.2017).
- Filkins, Dexter (14./21.02.2011). „The Afghan Bank Heist. A Secret Investigation May Implicate Dozens of High-Ranking Government Officials“. *The New Yorker* <http://www.newyorker.com/magazine/2011/02/14/the-afghan-bank-heist> (28.03.2017).
- Finer, Samuel E. (1902/1966): Vilfredo Pareto. *Sociological Writings*, (Mirfin Derek, Übers.), New York: Praeger.
- Flick, Uwe (2000): *Qualitative Forschung. Theorie, Methoden, Anwendung in Psychologie und Sozialwissenschaften* (5. Ausg.), Reinbek bei Hamburg: Rowohlt-Taschenbuch-Verlag.
- Flick, Uwe (2011): *Triangulation. Eine Einführung* (3. Ausg.), Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Flick, Uwe (2014): „Gütekriterien qualitativer Sozialforschung“, in: Nina Baur/Jörg Blasius (Hg.), *Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung*, Wiesbaden: Springer VS, S. 411-423.
- Foschini, Fabrizio (17.11.2012): Guns, Girls and Grizzled Warriors. Ismail Khan's Mujahedin Council Project in the West. Afghanistan Analysts Network, <https://www.afghanistan-analysts.org/guns-girls-and-grizzled-warriors-ismail-khans-mujahedin-council-project-in-the-west/> (22.05.2017).
- Foschini, Fabrizio (24.07.2013): Back to Stopgap Appointments? The Story Behind the Replacement of Herat's Governor. Afghanistan Analysts Network, <https://www.afghanistan-analysts.org/herat-governors-dismissal-government-reverts-to-stop-gap-appointments/> (22.06.2017).
- Foust, Joshua (15.07.2008): The Myth of Taliban Tribalism. *Registan*, <http://registan.net/2008/07/15/the-myth-of-taliban-tribalism/> (25.08.2015).

- Fraenkel, Carlos (2013): „Reconsidering the Case of Elijah Delmedigo’s Averroism and Its Impact on Spinoza“, in: Anna Akasoy/Guido Gigliani (Hg.), *Renaissance Averroism and Its Aftermath. Arabic Philosophy in Early Modern Europe*, New York/London: Springer Science+Business Media Dordrecht, S. 213-236. https://doi.org/10.1007/978-94-007-5240-5_11
- Free, Jan H. (2007): *Zur Theorie des nationalen Mythos. Eine Begriffsklärung*, Oldenburg: BIS-Verlag der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg.
- Free, Jan H. (2010): „Wege zu einer Soziologie moderner Friedenseinsätze“. In: Thorsten Bonacker/Michael Daxner/Jan H. Free/Christoph Zürcher (Hg.), *Interventionskultur. Zur Soziologie von Interventionsgesellschaften*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 49-74.
- Freedom House (2015a): *2015 Map of Press Freedom*. Freedom House. *75 Years Championing Democracy*, <https://freedomhouse.org/report/freedom-press/freedom-press-2015#.VjyV24SbEfo> (06.11.2015).
- Freedom House (2015b): *Afghanistan*. Freedom House. *75 Years Championing Democracy*, <https://freedomhouse.org/report/freedom-press/2015/afghanistan> (05.11.2015).
- Fukuyama, Francis (2006): „Nation-Building and the Failure of Institutional Memory“, in: Francis Fukuyama (Hg.), *Nation-Building Beyond Afghanistan and Iraq*, Baltimore: The Johns Hopkins University Press, S. 1-16.
- Furger, Franz (1984): *Was Ethik begründet. Deontologie oder Teleologie – Hintergrund und Tragweite einer moral-theologischen Auseinandersetzung*, Zürich: Benziger Verlag.
- Gall, Carlotta (05.02.2004a): „Afghan Leader Removes Chief of Intelligence“. *The New York Times*, <http://www.nytimes.com/2004/02/05/world/afghan-leader-removes-chief-of-intelligence.html> (14.12.2016).
- Gall, Carlotta (14.09.2004b): „Afghan Region’s New Governor Says Violence is Ended; Denounces Warlord“. *The New York Times*, <https://www.rferl.org/a/1340590.html> (01.07.2017).
- Gall, Carlotta (23.08.2014): „In Afghan Election, Signs of Systemic Fraud Cast Doubt on Many Votes“. *The New York Times*, <https://www.nytimes.com/2014/08/24/world/asia/in-afghan-election-signs-of-systemic-fraud-cast-doubt-on-many-votes.html> (17.03.2017).
- Gallagher, Nance (Juni 2004): „Liberating Afghan Women“, in: *American Journal of Islamic Social Sciences* 21(3), S. 70-88.
- Galtung, Johan (1971a): „Gewalt, Frieden und Friedensforschung“, in: Dieter Senghaas (Hg.), *Kritische Friedensforschung*, Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag, S. 55-104.
- Galtung, Johan (1971b): „Theorien des Friedens“, in: Dieter Senghaas (Hg.), *Kritische Friedensforschung*, Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag, S. 235-246.
- Galvanek, Janel B. (August 2014): *Supporting Negotiations for Peace in Afghanistan*. Berghof Policy Brief. Berghof Foundation, http://www.berghof-foundation.org/fileadmin/redaktion/Publications/Policy_Briefs/PolicyBrief04.pdf (01.10.2017).
- Gannon, Kathy (2005): *I Is for Infidel. From Holy War to Holy Terror. 18 Years inside Afghanistan*, New York: Public Affairs.

- Geertz, Clifford (1979): „Suq. The Bazaar Economy in Sefrou“, in: Clifford Geertz/Hildred Geertz/Lawrence Rosen (Hg.), *Meaning and Order in Moroccan Society*. Cambridge: Cambridge University Press, S. 123-244.
- Gender Studies Institute, Kabul University (März 2010): *Gender Based Violence. A Study of Three Universities in Afghanistan*. UNESCO, <http://unesdoc.unesco.org/images/0018/001899/189969e.pdf> (19.07.2017).
- Ghani, Ashraf (03.12.2015): Full Transcript of President Ghani's Speech at Körber Foundation in Berlin. Embassy of Afghanistan, Washington D.C., <http://www.embassyofafghanistan.org/article/full-transcript-of-president-ghani's-speech-at-körber-foundation-in-berlin> (08.02.2016).
- Ghani, Ashraf/Abdullah, Abdullah (20.03.2015): „The Importance of the U.S.-Afghanistan Alliance“. *The Washington Post*, https://www.washingtonpost.com/opinions/the-importance-of-the-us-afghanistan-alliance/2015/03/20/faecf0de-cf06-11e4-a2a7-9517a3a70506_story.html (03.02.2016).
- Giddens, Anthony (1993/1977): *New Rules of Sociological Method. A Positive Critique of Interpretative Sociologies*, Cambridge: Polity Press.
- Giessmann, Hans J. (2016): *Embedded Peace. Infrastructures for Peace: Approaches and Lessons Learned*. Berghof Foundation, https://www.berghof-foundation.org/fileadmin/redaktion/Publications/Other_Resources/UNDP_21768_-_Doc_1_-_Embedded_Peace_2016.pdf (06.03.2017).
- Giustozzi, Antonio (2000): *War, Politics and Society in Afghanistan. 1978-1992*, London: Hurst & Company.
- Giustozzi, Antonio (2007): *Koran, Kalashnikov, and Laptop. The Neo-Taliban Insurgency in Afghanistan*, New York: Columbia University Press.
- Giustozzi, Antonio (2009): *Empires of Mud. War and Warlords in Afghanistan*, London: Hurst & Company.
- Giustozzi, Antonio (Februar 2010): *Between Patronage and Rebellion. Student Politics in Afghanistan*. Refworld, <http://www.refworld.org/docid/4b9668be2.html> (12.04.2017).
- Giustozzi, Antonio (Dezember 2012a): *The Resilient Oligopoly. A Political-Economy of Northern Afghanistan 2001 and Onwards*. Afghanistan Research and Evaluation Unit, <https://areu.org.af/archives/publication/1213> (19.07.2016).
- Giustozzi, Antonio (2012b): „Armed Politics in Afghanistan“, in: Astri Suhrke/Mats Berdal (Hg.), *The Peace in Between: Post-war Violence and Peacebuilding*, Oxon: Routledge, S. 153-172.
- Giustozzi, Antonio (21.10.2013): „March towards Democracy? The Development of Political Movements in Afghanistan“, in: *Central Asian Survey* 32(3), S. 318-335.
- Giustozzi, Antonio (2015): „March Towards Democracy. The Development of Political Movements in Afghanistan“, in: Jonathan Goodhand/Mark Sedra (Hg.), *The Afghan Conundrum: Intervention, Statebuilding and Resistance*. New York: Routledge, S. 80-97.
- Giustozzi, Antonio/Ali, Mohammad Ali (Oktober 2015): *Reaching Boiling Point. High School Activism in Afghanistan*. Afghanistan Research and Evaluation Unit. Issue Paper, <http://www.areu.org.af/Uploads/EdtionPdfs/1518E%20Reaching%20Boiling%20Point-%20High%20School%20Activism%20in%20Afghanistan.pdf> (06.08.2017).

- Giustozzi, Antonio/Isaqzadeh, Mohammed (2013): Policing Afghanistan. The Politics of the Lame Leviathan, London: Hurst & Company. <https://doi.org/10.1093/acprof:oso/9780199327942.001.0001>
- Giustozzi, Antonio/Orsini, Dominique (2009): „Centre-Periphery Relations in Afghanistan. Badakhshan between Patrimonialism and Institution-Building“, in: Central Asian Survey 28(1), S. 1-16. <https://doi.org/10.1080/02634930902771466>
- Giustozzi, Antonio/Ullah, Noor (2007): „The Inverted Cylce. Kabul and the Strongmen’s Competition for Control over Kandahar, 2001-2006“, in: Central Asian Survey 26(2), S. 167-184. <https://doi.org/10.1080/02634930701517375>
- Gläser, Jochen/Laudel, Grit (2004/2010): Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse als Instrumente rekonstruierender Untersuchungen, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Glatzer, Bernt (2002): „Centre and Periphery in Afghanistan. New Identities in a Broken State“, in: Sociologus: Zeitschrift für empirische Ethnosoziologie und Ethnopsychologie. Making or Shaking the State? The Power of Locality 52(1), S. 107-124.
- Global Security (10.10.2012): General Mohammad Ismail Khan. Global Security, <https://www.globalsecurity.org/military/world/afghanistan/ismail.htm> (18.05.2017).
- Global Witness (19.08.2014): Gaps in New Afghan Mining Law Pose a Threat to Stability. Global Witness, <https://www.globalwitness.org/archive/gaps-new-afghan-mining-law-pose-threat-stability/> (20.11.2015).
- Goetze, Dieter/Mühlfeld, Claus (1984): Ethnosoziologie, Stuttgart: B. G. Teubner.
- Goodman, Lenn E. (2006): Avicenna, Ithaca/London: Cornell University Press.
- Goodson, Larry P. (1998): „The Fragmentation of Culture in Afghanistan“, in: Alif. Journal of Comparative Poetics. Post-Colonial Discourse in South Asia (18), S. 269-289.
- Goodson, Larry P. (2001): Afghanistan’s Endless War. State Failure, Regional Politics and the Rise of the Taliban, Washington: University of Washington Press.
- Gosztony, Kristóf/Feda, Basir/Koehler, Jan/ Jawad, Hayatullah (13.06.2016): Modes of Informal Governance in North-East Afghanistan, Power Point Präsentation in der Berghof Foundation, Berlin.
- Gosztonyi, Kristóf/Feda, Bashir/Koehler, Jan (Juli 2016): Subnational Governance in Afghanistan. II. the Future of District and Village Representation. Afghanistan Research Evaluation Unit, <https://areu.org.af/wp-content/uploads/2017/02/1615E-Subnational-Governance-in-Afghanistan.pdf> (14.02.2017).
- Govern4Afg (2016): Mining Sector Governance. Mining Governance (Future Role of the Mining Sector in the Economic Development of Afghanistan). Govern4Afg. Governance Forum Afghanistan, <http://govern4afg.org/mining-sector-governance> (14.03.2017).
- Government of the Islamic Republic of Afghanistan (20.07.2010): Communiqué. Kabul International Conference on Afghanistan. Council on Foreign Relations, <http://i.cfr.org/content/publications/attachments/Final%20English%20Communique%20-%20Kabul%20International%20Conference%20on%20Afghanistan%20-%2020%20July%202010.pdf> (10.04.2017).
- Graham-Harrison, Emma/Amiri, Mokhtar (22.06.2014): „Afghan Election Crisis. ‘Stuffed Sheep’ Recordings Suggest Large Scale Fraud“. The Guardian, <https://w>

- www.theguardian.com/world/2014/jun/22/afghan-election-crisis-stuffed-sheep-fraud (20.03.2017).
- Gramer, Robie (16.02.2017): „J is for Jihad: How the Islamic State Indoctrinates Children with Math, Grammar, Tanks, and Guns“. Foreign Policy. The Cable Reporting on the Foreign Policy Machine, <http://foreignpolicy.com/2017/02/16/j-is-for-jihad-how-isis-indoctrinates-kids-with-math-grammar-tanks-and-guns/> (09.07.2017).
- Gregg, Gary S. (2012): „Multiple Identities and Their Organization“, in: Ruthellen Josselson/Michele Harway (Hg.), *Navigating Multiple Identities, Race, Gender, Culture, Nationality, and Roles*. Oxford University Press, <http://www.oxfordscholarship.com/view/10.1093/acprof:oso/9780199732074.001.0001/acprof-9780199732074-chapter-002> (18.07.2017).
- Gregorian, Vartan (Sommer 1967): „Mahmud Tarzi and Saraj-ol-Akhbar. Ideology of Nationalism and Modernization in Afghanistan“, in: *The Middle East Journal* 21(3), S. 345-368.
- Grenfell, Laura (2004): „The Participation of Afghan Women in the Reconstruction Process“, in: *Human Rights Brief* 12(1), S. 22-25, <http://digitalcommons.wcl.american.edu/cgi/viewcontent.cgi?article=1297&context=hrbrief> (06.08.2017).
- Grevenmeyer, Jan-Heeren (1987): *Afghanistan. Sozialer Wandel und Staat im 20. Jahrhundert*, Berlin: Verlag für Wissenschaft und Bildung.
- Griffel, Frank (2009): *Al-Ghazali's Philosophical Theology*, New York: Oxford University Press. <https://doi.org/10.1093/acprof:oso/9780195331622.001.0001>
- Grossberg, Lawrence (1996): „Identity and Cultural Studies – Is That All There Is?“, in: Stuart Hall/Paul du Gay (Hg.), *Questions of Cultural Identity*, London: Sage Publishing, S. 87-107.
- Guillaumin, Colette (1992): „RASSE. Das Wort und die Vorstellung“, in: Ulrich Bielefeld (Hg.), *Das Eigene und das Fremde. Neuer Rassismus in der Alten Welt?* (2. Ausg.), Hamburg: Junius Verlag, S. 159-173.
- Gul, Ayaz (12.11.2016): „Afghan Parliament Unseats Foreign Minister, 2 Other Cabinet Members“, *Voice of America*, <http://www.voanews.com/a/afghan-parliament-unseats-3-cabinet-members/3593272.html> (12.11.2016).
- Gupta, Akhil (2001): *Culture, Power, Place. Explorations in Critical Anthropology*, Durham: Duke University Press.
- Gupta, Akhil (2002): *Anthropological Locations. Boundaries and Groups of a Field Science*, Berkeley: University of California Press.
- Hüsken, Thomas (2004): „Georg Elwert und die Berliner Schule der skeptischen Sozialanthropologie“, in: Julia Eckert (Hg.), *Anthropologie der Konflikte*, Bielefeld: transcript Verlag, S. 315-330.
- Häberlein, Tabea (2014): „Einleitung. Teilnehmende Beobachtung weiter gedacht. Erkenntnisgewinne durch Reflexionen zur eigenen Rolle in der ethnologischen Feldforschung“, in: *Sociologicus* 64(2), S. 117-126.
- Haarmann, Harald (2002): *Sprachenalmanach. Zahlen und Fakten zu allen Sprachen der Welt*, Frankfurt am Main: Campus-Verlag.
- Haidari, Sonil (05.06.2016): „Abdullah Welcomes Inauguration of Salma Dam“. *Tolo News*, <http://www.tolonews.com/en/salma-dam-project/25648-abdullah-welcomes-inauguration-of-salma-dam> (09.12.2016).

- Hakim, Bari Abdul/Hasrat-Nazimi, Waslat (07.05.2016): Afghanistan. Enttäuschte Heimkehrer. Deutsche Welle, <https://www.dw.com/de/afghanistan-enttaeuschte-heimkehrer/a-19231727> (04.08.2017).
- Halm, Heinz (2001): *Der Islam. Geschichte und Gegenwart* (3. Ausg.), München: C. H. Beck.
- Haqqani, Hussein (2005): *Pakistan between Mosque and Military*, Washington D.C.: Carnegie Endowment for International Peace.
- Harders, Cilja (2013): „Revolution I und II – Ägypten zwischen Transformation und Restauration“, in: Annette Jünemann/Anja Zorob (Hg.), *Arabellions. Zur Vielfalt von Protest und Revolte im Nahen Osten und Nordafrika*, Wiesbaden: Springer VS, S. 19-42.
- Hartmann, Michael (2004): *Elitesoziologie. Eine Einführung*, Frankfurt am Main: Campus Verlag.
- Hartmann, Michael (2006): „Vermarktlichung der Elitenrekrutierung? Das Beispiel der Topmanager“, in: Herfried Münkler/Grit Straßenberger/Matthias Bohlender (Hg.), *Deutschlands Eliten im Wandel*, Frankfurt: Campus Verlag, S. 431-454.
- Hartmann, Michael (2007): *The Sociology of Elites*, New York: Routledge.
- Hartmann, Michael (2013): *Soziale Ungleichheit – Kein Thema für die Eliten?*, Frankfurt/New York: Campus Verlag.
- Hartmann, Michael (2015): „Topmanager 2015. Die transnationale Klasse – Mythos oder Realität revisited“, in: *Soziale Welt* 66, S. 37-53. <https://doi.org/10.5771/0038-6073-2015-1-37>
- Harvey, William S. (05.08.2011): „Strategies for Conducting Elite Interviews“, in: *Qualitative Research* 11(4), S. 431-441.
- Hassan, Hassan (09.01.2013): *Al-Ghazalis Verhältnis zur Wissenschaft. Der missverstandene Philosoph*. Qantara, <https://de.qantara.de/content/al-ghazalis-verhaeltnis-zur-wissenschaft-der-missverstandene-philosoph> (09.06.2016).
- Hauptert, Bernhard (1991): „Vom narrativen Interview zur biographischen Typenbildung“, in: Detlef Garz/Klaus Kraimer (Hg.), *Qualitativ-empirische Sozialforschung. Konzepte, Methoden, Analysen*. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 213-254. https://doi.org/10.1007/978-3-322-97024-4_7
- Heckmann, Friedrich (1992): *Ethnische Minderheiten, Volk und Nation. Soziologie interethnische Beziehungen*, Stuttgart: Ferdinand Enke Verlag. <https://doi.org/10.1515/9783110509045>
- Hefner, Robert W. (2010): „Introduction: Muslims and Modernity. Culture and Society in an Age of Contest and Plurality“, in: Robert W. Hefner (Hg.), *The New Cambridge History of Islam. Muslims and Modernity Culture and Society Since 1800* (Bd. 6), Cambridge: Cambridge University Press, S. 1-35. <https://doi.org/10.1017/CHOL9780521844437.002>
- Heine, Peter (2008): *Einführung in die Islamwissenschaft*, Berlin: Akademie Verlag.
- Heitmeyer, Wilhelm (2010): *Deutsche Zustände, Folge 8*, Berlin: Suhrkamp.
- Helmand River Treaty (1973): *Afghan-Iranian Helmand-River Water Treaty*. International Water Law Project, http://internationalwaterlaw.org/documents/regionaldocs/1973_Helmand_River_Water_Treaty-Afghanistan-Iran.pdf (06.07.2015).
- Herbert, Ulrich (20.04.2010): *Rückkehr in die Bürgerlichkeit? NS-Eliten in der Bundesrepublik*. L.I.S.A. Das Wissenschaftsportal der Gerda Henkel Stiftung,

- https://lisa.gerda-henkel-stiftung.de/rueckkehr_in_die_buergerlichkeit_ns_eliten_in_der_bundesrepublik?nav_id=1152&language=en#_ftn35 (23.06.2016).
- Hertz, Rosana/Imber, Jonathan B. (1993): „Fieldwork in Elite Settings. Introduction“, in: *Journal of Contemporary Ethnography* 22(3), S. 3-6. <https://doi.org/10.1177/089124193022001001>
- Higley, John (2007): „Democracy and Elites“, in: Frederik Engelstad/Trygve Gulbrandsen (Hg.), *Comparative Studies of Social and Political Elites*, Amsterdam: Elsevier, S. 249-263.
- Higley, John (2008): *Elite Theory in Political Sociology Paperroom*, http://paperroom.ipsa.org/papers/paper_4036.pdf (19.09.2017).
- Higley, John/Burton, Michael (1998): „Elite Settlements and the Taming of Politics“, in: *Government and Opposition* 33(1), S. 98-116. <https://doi.org/10.1111/j.1477-7053.1998.tb00785.x>
- Higley, John/Burton, Michael (2006): *Elite Foundations of Liberal Democracy*, Lanham, MD: Rowman & Littlefield Publishers.
- Hippler, Jochen (1997): „Afghanistan. Von der ‚Volksdemokratie‘ bis zur Herrschaft der Taliban“, in: Joachim Betz/Stephan Brüne (Hg.), *Jahrbuch Dritte Welt 1998*, München 1997, http://www.jochenhippler.de/html/afghanistan-_von_der_volksdemokratie_bis_zur_herrschaft_der_tali.html (05.05.2016).
- Hippler, Jochen (09.11.2009): „Wie ‚Neue Kriege‘ beenden?“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*. *Neue Kriege* 46, 3-8.
- Hirschmann, Albert O. (1994): „Wieviel Gemeinsinn braucht die liberale Gesellschaft“, in: *Leviathan* 22(2), S. 293-304.
- Hodge, Nathan (02.10.2014): „Bottomless Pit. U.S. Balks at Bills for Afghanistan’s Treacherous Salang Tunnel“. *Wall Street Journal*, <http://www.wsj.com/articles/u-s-balks-at-bills-for-afghanistans-treacherous-salang-tunnel-1412280908> (29.01.2016).
- Hoffmann, Patrick (2012): *Die Weltanschauungsfreiheit Analyse eines Grundrechts, Schriften zum öffentlichen Recht* (Bd. 1209), Berlin: Duncker & Humblot. <https://doi.org/10.3790/978-3-428-53610-8>
- Hoffmann-Lange, Ursula (2003): „Das pluralistische Paradigma der Elitenforschung“, in: Stefan Hradil/Peter Imbusch (Hg.), *Oberschichten – Eliten – Herrschende Klassen, Reihe „Sozialstrukturanalyse“* (Bd. 17), Opladen: Leske + Budrich, S. 111-118. https://doi.org/10.1007/978-3-322-99332-8_6
- Hollstein, Betina/Straus, Florian (2006): *Qualitative Netzwerkanalyse. Konzepte, Methoden, Anwendungen*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. <https://doi.org/10.1007/978-3-531-90074-2>
- Honer, Anne (August 1989): „Einige Probleme lebensweltlicher Ethnographie. Zur Methodologie und Methodik einer interpretativen Sozialforschung“, in: *Zeitschrift für Soziologie* 18(4), S. 297-312.
- Honer, Anne (2011): *Kleine Leiblichkeiten. Erkundungen in Lebenswelten*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. <https://doi.org/10.1007/978-3-531-92839-5>
- Hopf, Christel (April 1978): „Die Pseudo-Exploration – Überlegungen zur Technik qualitativer Interviews in der Sozialforschung“, in: *Zeitschrift für Soziologie* 7(2), S. 97-115.

- Horowitz, Donald L. (1981): „Patterns of Ethnic Separatism“, in: *Comparative Studies in Society and History* 23(2), S. 165-195. <https://doi.org/10.1017/S0010417500013268>
- Horowitz, Donald L. (1985): *Ethnic Groups in Conflict*, Berkeley/Los Angeles/London: University of California Press.
- Horowitz, Donald L. (1991): *A Democratic South Africa? Constitutional Engineering in a Divided Society*, Berkeley: University of California Press.
- Horowitz, Donald L. (2002): „Constitutional Design, Proposals versus Processes“, in: Andrew Reynolds (Hg.), *The Architecture of Democracy. Constitutional Design, Conflict Management, and Democracy*, Oxford: Oxford University Press, S. 15-36. <https://doi.org/10.1093/0199246467.003.0002>
- Horowitz, Donald L. (März 2008): „Conciliatory Institutions and Constitutional Processes in Post-Conflict States“, in: *William & Mary Law Review* 49(4), S. 1213-1248.
- Howard, Judith A. (2000): „Social Psychology of Identities“, in: *Annual Review of Sociology* 26, S. 367-393. <https://doi.org/10.1146/annurev.soc.26.1.367>
- Hradil Stefan (1983): „Die Ungleichheit der ‚Sozialen Lage‘. Eine Alternative zum schichtungssoziologischen Modell sozialer Ungleichheit“, in: Reinhard Kreckel (Hg.), *Soziale Ungleichheiten. Soziale Welten (Sonderband 2)*, S. 101-120.
- Hradil, Stefan (1987): *Sozialstruktur in einer fortgeschrittenen Gesellschaft. Von Klassen und Schichten zu Lagen und Milieus*, Opladen: Leske + Budrich. <https://doi.org/10.1007/978-3-322-97175-3>
- Hradil, Stefan (1999): *Soziale Ungleichheit in Deutschland*, Opladen: Leske + Budrich.
- Hradil, Stefan (2001): „Lebensstile in der Sozialstrukturforschung“, in: *Soziale Welt* 52(3), S. 273-282.
- Hradil, Stefan (2004): *Die Sozialstruktur Deutschlands im internationalen Vergleich*, Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften.
- Hradil, Stefan (2015): „Unternehmen und ihr Sozialkapital“, in: Michael Hüther/Knut Bergmann/Dominik H. Enste, *Unternehmen im öffentlichen Raum. Zwischen Markt und Mitverantwortung*, Wiesbaden: Springer VS, S. 67-78. https://doi.org/10.1007/978-3-658-02646-2_3
- Hradil, Stefan/Imbusch, Peter (2003): *Oberschichten – Eliten – Herrschende Klassen*, Opladen: Leske + Budrich.
- Human Rights Report (13.07.2001): „Afghanistan. Crisis of Impunity. The Role of Pakistan, Russia, and Iran in Fueling the Civil War“, in: *Human Rights Watch* 13(3/C), <https://www.hrw.org/reports/2001/afghan2/Afghan0701.pdf> (09.12.2016).
- Human Rights Report (September 2008): „Troops in Contact‘. Airstrikes and Civilian Deaths in Afghanistan“. *Human Rights Watch*, https://www.hrw.org/sites/default/files/reports/afghanistan0908web_0.pdf (28.07.2017).
- Human Rights Watch (Dezember 1984): „Tears, Blood and Cries. Human Rights in Afghanistan Since the Invasion 1979-1984“. *Human Rights Watch. A Helsinki Watch Report*, <https://www.hrw.org/reports/1984/afghan1284.pdf> (05.08.2017).
- Human Rights Watch (November 2002): „Afghanistan. ‚All our hopes are crushed: Violence and Repression in Western Afghanistan‘“, in: *Human Rights Watch* 14(7/C), <https://www.hrw.org/reports/2002/afghan3/herat1002.pdf> (18.05.2017).

- Human Rights Watch (2005): *Blood-Stained Hands. Past Atrocities in Kabul and Afghanistan's Legacy of Impunity*. Human Rights Watch, <https://www.hrw.org/reports/2005/afghanistan0605/afghanistan0605.pdf> (17.11.2016).
- Human Rights Watch (01.02.2008a): *Afghanistan. Overturn Death Sentences of Jailed Journalist. Blasphemy Case Illustrates Failings of Legal System*. Human Rights Watch, <https://www.hrw.org/news/2008/02/01/afghanistan-overturn-death-sentence-jailed-journalist> (17.01.2017).
- Human Rights Watch (03.03.2015): *„Today We Shall All Die“*. Afghanistan's Strongmen and the Legacy of Impunity. Human Rights Watch, <https://www.hrw.org/report/2015/03/03/today-we-shall-all-die/afghanistans-strongmen-and-legacy-impunity> (04.03.2017).
- Human Rights Watch (27.09.2015): *Afghanistan. Accept Full Role for Women in Talks. Donors Need to Back Women's Rights, Uphold UN Resolution 1325*. Human Rights Watch, <https://www.hrw.org/news/2015/09/27/afghanistan-accept-full-role-women-talks> (14.03.2017).
- Human Rights Watch (29.02.2016): *Iran Sending Thousands of Afghans to Fight in Syria. Refugees, Migrants Report Deportation Threats*. Human Rights Watch, <https://www.hrw.org/news/2016/01/29/iran-sending-thousands-afghans-fight-syria> (17.01.2017).
- Hunt, Richard A. (1995): *Pacification: The American Struggle for Vietnam's Hearts and Minds*, Boulder: Westview Press.
- Hunt, Krista (2016): *„Embedded Feminism“ and the War on Terror*, in: Krista Hunt/Kim Rygiel (Hg.), (En)Gendering the War on Terror. War Stories and Camouflages Politics, London/New York: Routledge S. 51-72. <https://doi.org/10.4324/9781315564371>
- Husserl, Edmund (1976): *Die Krisis der Europäischen Wissenschaften und die Transzendente Phänomenologie. Eine Einleitung in die phänomenologische Philosophie*. Husserliana. Gesammelte Werke (2. Ausg., Bd. 6), Walter Briemel (Hg.), Den Haag: Martinus Nijhoff.
- Husserl, Edmund (2008): *Die Lebenswelt. Auslegungen der vorgegebenen Welt und ihrer Konstitution. Texte aus dem Nachlass (1916-1937)*. Husserliana. Gesammelte Werke (Bd. 39), Rochus Sowa (Hg.), Dordrecht: Springer.
- Ibn Khaldun, Walid ad-Din Abd ar-Rahman (1967a): *The Muqaddimah. An Introduction to History*, (Franz Rosenthal, Übers.), (Bd. 1), Princeton: Princeton University Press.
- Ibn Khaldun, Walid ad-Din Abd ar-Rahman (1967b): *The Muqaddimah. An Introduction to History*, (Franz Rosenthal, Übers.), (Bd. 3), Princeton: Princeton University Press.
- Imbert, Louis (13.11.2011): *„Die Räuberbank von Kabul“*. taz aus der Le monde diplomatique, <http://www.taz.de/!5107812/> (18.11.2015).
- Imbusch, Peter (2003): *„Konjunkturen, Probleme und Desiderata der Elitenforschung“*, in Stefan Hradil/Peter Imbusch (Hg.), *Oberschichten – Eliten – Herrschende Klassen, Reihe „Sozialstrukturanalyse“* (Bd. 17), Opladen: Leske+Budrich, S. 11-34. https://doi.org/10.1007/978-3-322-99332-8_1
- Imbusch, Peter (2010): *„Sozialwissenschaftliche Konflikttheorien – Ein Überblick“*, in: Peter Imbusch/Ralf Zoll (Hg.), *Friedens- und Konfliktforschung. Eine Einfüh-*

- rung (5. Ausg.), Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 143-178. https://doi.org/10.1007/978-3-531-92009-2_3
- Independent Joint Anti-Corruption Monitoring and Evaluation Committee (15.11.2012): Report of the Public Inquiry into the Kabul Bank Crisis. Independent Joint Anti-Corruption Monitoring and Evaluation Committee, <http://www.mec.af/files/knpir-final.pdf> (21.12.2015).
- Integrity Watch Afghanistan (29.08.2015): Policy Brief. Kabul Bank Scandal: Challenges, Progress and the Way Forward. Integrity Watch, <http://integritywatch.co/wp-content/uploads/2015/08/Final-and-Designed-Kabul-Bank-policy-brief-august-2015-Final-and-approved-English.pdf> (17.12.2015).
- International Crisis Group (12.12.2003): Afghanistan. The Constitutional Loya Jirga, Afghanistan Briefing. International Crisis Group, <https://d2071andvip0wj.cloudfront.net/afghanistan-the-constitutional-loya-jirga.pdf> (10.02.2017).
- International Crisis Group (22.07.2015): „Revisiting Counter-Terrorism Strategies in Pakistan. Opportunities and Pitfalls“, in: International Crisis Group. Asia Report (271), <https://d2071andvip0wj.cloudfront.net/271-revisiting-counter-terrorism-strategies-in-pakistan-opportunities-and-pitfalls.pdf> (12.12.2016).
- International Labour Organization (Mai 2012): Afghanistan. Time to Move to Sustainable Jobs. Study on the State of Employment in Afghanistan. International Labour Organization, http://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---asia/---ro-bangkok/documents/publication/wcms_182253.pdf (28.11.2015).
- International Labour Organization (24.11.2014): The ILO in Afghanistan. The International Labour Organization. Asia-Pacific Decent Work Decade 2006-2015, http://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---asia/---ro-bangkok/---ilo-kabul/documents/publication/wcms_241087.pdf (02.05.2016).
- IRIN (28.08.2014): „Afghan Mining Law ‚Could Strengthen Armed Groups““. Integrated Regional Information Networks, <http://www.irinnews.org/analysis/2014/08/28/afghan-mining-law-“could-strengthen-armed-groups”> (20.11.2015).
- ISAF-Nato (2006): Building on Success. The London Conference on Afghanistan 31 January – 1 February 2006. Nato, http://www.otan.nato.int/isaf/docu/epub/pdf/afghanistan_compact.pdf (29.01.2013).
- Islamic Republic of Afghanistan (05.12.2014): Realizing Self-Reliance. Commitments to Reforms and Renewed Partnerships. Permanent Mission of Afghanistan to the United Nations in New York, <http://www.afghanistan-un.org/wp-content/uploads/2014/12/REALIZING-FINAL-SELF-RELIANCE-25-November-2014.pdf> (01.03.2016).
- Issa, Christine/Kohistani, Sardar M. (Juli 2007): „Kabul’s Urban Identity. An Overview of the Socio-Political Aspects of Development“, in: *Asien* 104, S. 51-64.
- Jellinek, Georg (1914/1929): *Allgemeine Staatslehre* (5. Ausg.), Berlin: Julius Springer.
- Joas, Hans/Knöbl, Wolfgang (2004): *Sozialtheorie. Zwanzig einführende Vorlesungen*, Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
- Johnson, Matt (28.05.2010): „Once Upon a Time in Afghanistan“, in: *Foreign Policy*, <http://foreignpolicy.com/slideshow/once-upon-a-time-in-afghanistan/> (21.11.2016).
- Johnson, Thomas H./DuPee, Matthew C. (2012): „Analysing the New Taliban Code of Conduct (Layeha). An Assessment of Changing Perspectives and Strategies of

- the Afghan Taliban“, in: *Central Asian Survey* 3(17), S. 77-91. <https://doi.org/10.1080/02634937.2012.647844>
- Jones, Seth G. (02.04.2009): U.S. Strategy in Afghanistan. Testimony Presented Before the House Foreign Affairs Committee, Subcommittee on Middle East and South Asia. RAND Coporation, <http://www.rand.org/pubs/testimonies/CT324.html> (06.08.2017).
- Joyenda, Mirabed (10.02.2017): „Afghanistan 1400 Initiative Depicts the Horror of the War“. Tolo News, <http://www.tolonews.com/afghanistan/afghanistan-1400-initiative-depicts-horror-war> (01.03.2017).
- Justizministerium der Islamischen Republik Afghanistan (22.08.2016): Wahlgesetz (قانون انتخابات). Ministry of Justice, http://moj.gov.af/Content/files/Official Gazette/01201/OG_01226.pdf (01.03.2017).
- Körppen, Daniela/Ropers, Norbert (2011): „Addressing the Complex Dynamics of Conflict Transformation“, in: Daniela Körppen/Norbert Ropers/Hans J. Giessmann (Hg.), *The Non-Linearity of Peace Processes. Theory and Practice of Systemic Conflict Transformation*, Opladen/Farmington: Verlag Barbara Budrich, S. 11-22.
- Kühn, Florian (2010): *Sicherheit und Entwicklung in der Weltgesellschaft. Liberales Paradigma und Statebuilding in Afghanistan*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Kabeer, Naila/Khan, Ayesha (2014): „Cultural Values or Universal Rights? Women’s Narratives of Compliance and Contestation in Urban Afghanistan“, in: *Feminist Economics* 20(3), S. 1-24. <https://doi.org/10.1080/13545701.2014.926558>
- Kaiser, Susanne (19.07.2016): Tunesien braucht jetzt die Post-revolution. Heinrich Böll Stiftung. Die grüne politische Stiftung, <https://www.boell.de/de/2016/07/19/tunesien-braucht-jetzt-die-postrevolution> (03.04.2017).
- Karagiannis, Evangelos/Randeria, Shalini (2016): „Ein anthropologischer Blick auf den Begriff der Kultur“, in: Sybille De La Rosa/Sophia Schubert/Holger Zapf (Hg.), *Transkulturelle Politische Theorie. Eine Einführung*, Wiesbaden: Springer VS, S. 63-83. https://doi.org/10.1007/978-3-658-05010-8_4
- Karim, Amini (01.07.2017): „Hizb-e-Islami ‚Suspicious‘ About Dostum-Atta-Mohaqiq Alliance“. Tolo News, <http://www.tolonews.com/afghanistan/hizb-e-islami-suspicious-about-dostum-atta-mohaqiq-alliance> (02.07.2017).
- Karimi, Mohammad Halim (22.07.2015): „Lost Kabul Bank Money Being Recovered: AGO“. Pajhwok, <https://www.pajhwok.com/ps/node/427228> (28.09.2017).
- Karimi, Soray (25.09.2015): „Achieving Power with the Burqa Betrays the Rights of Women“. *Afghanistan Today*, <https://www.afghanistan-today.org/en/articles/society/2136/Achieving-power-with-the-burqa-betrays-the-rights-of-women.htm> (11.07.2016).
- Karimi, Storay/Hulpachova, Marketa (15.10.2015): „The Rising Costs of Water. Dire Consequences for Afghans in Battle with Iranians“. *The Guardian*, <https://www.theguardian.com/world/iran-blog/2015/oct/15/afghanistan-iran-herat-water-battle> (09.12.2016).
- Karlidag, Melike (November 2014): UN Security Council Resolution 1325 in Afghanistan. Civil Society Monitoring Report 2014. Peace Women. Women’s Interna-

- tional League for Peace and Freedom, <http://www.peacewomen.org/node/92137> (19.04.2017).
- Karon, Tony (26.07.2006): „Condi in Diplomatic Disneyland“. Time, <http://content.time.com/time/world/article/0,8599,1219325,00.html> (27.01.2017).
- Kawasaki, Shinji/Watanabe, Fumio/Suzuki, Shinji/Ryuzo Nishimaki/Satoru Takahashi (2012): „Current Situation and Issues on Agriculture of Afghanistan“, in: *Journal of Arid Land Studies* 22(1), S. 345-348.
- Kazemi, Reza S. (30.12.2012): The ‚Afghanistan 1400‘ Movement: Changing Youth Politics in Afghanistan?. Afghanistan Analysts Network, <https://www.afghanistan-analysts.org/the-afghanistan-1400-movement-changing-youth-politics-in-afghanistan/> (12.01.2016).
- Kazemi, Reza S. (24.10.2014): The New Gangs of Herat. How Young Afghans Turn away from Their Community. Afghanistan Analysts Network, <https://www.afghanistan-analysts.org/the-new-gangs-of-herat-how-young-afghans-turn-away-from-their-community/> (16.03.2017).
- Kazemi, Reza S. (11.01.2017): The Battle between Law and Force. Scattered Political Power and Deteriorating Security Test Herat’s Dynamism. Afghanistan Analysts Network, <https://www.afghanistan-analysts.org/the-battle-between-law-and-force-scattered-political-power-and-deteriorating-security-test-herats-dynamism/> (22.05.2017).
- Kazim, Hasnain (10.09.2010): „Bankenkrise in Afghanistan. Casino Kabul“. Spiegel Online, <http://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/bankenkrise-in-afghanistan-casino-kabul-a-716555.html> (05.08.2017).
- Keller, Suzanne (1991): *Beyond the Ruling Class. The Strategic Elites in Modern Society*, New Brunswick: Transaction Publisher.
- Kenny, Paul D. (18.06.2013): „The Origins of Patronage Politics. State Building, Centrifugalism, and Decolonization“, in: *British Journal of Political Science* 45(1), S. 141-171.
- Kerr, Malcolm H. (1966): *Islamic Reform. The Political and Legal Theories of Muḥammad ’Abduh and Rashīd Riḍā*, Berkeley: University of California Press.
- Kezar, Adriana (2003): „Transformational Elite Interviews. Principles and Problems“, in: *Qualitative Inquiry* 9(3), S. 395-314. <https://doi.org/10.1177/1077800403009003005>
- Khaama Press (23.11.2016): „Nazari Mulls Introduction of 10 Women to Afghan Ulema Council“. Khaama Press <http://www.khaama.com/nazari-mulls-introduction-of-10-women-to-afghan-ulema-council-02343> (18.08.2017).
- Khakpour, Toumaj (08.07.2011): Keine Unterschiede zwischen „Farsi“ und „Dari“. Der Standard, <http://derstandard.at/1308680777512/Landessprache-als-Politikum-Keine-Unterschiede-zwischen-Farsi-und-Dari> (03.08.2017).
- Khattak, Saba Gul (2004): „Adversarial Discourses, Analogous Objectives. Afghan Women’s Control“, in: *Cultural Dynamics* 16(2/3), S. 213-236. <https://doi.org/10.1177/0921374004047749>
- Khoury, Adel Theodor/Hagemann, Ludwig/Peter Heine (2001): *Lexikon des Islam. Geschichte – Ideen – Gestalten* (Bde. 1-3), Wien: Directmedia Publishing.
- Kienscherf, Markus (2016): „Beyond Militarization and Repression. Liberal Social Control as Pacification“, in: *Critical Sociology* 42(7-8), S. 1179-1194. <https://doi.org/10.1177/0896920514565485>

- Kiss, Gabor (1977): Einführung in die soziologischen Theorien. Teil II. Studienbücher zur Sozialwissenschaft (3. Ausg., Bd. 27), Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Kitschelt, Herbert (2007): „A Research Agenda for the Study of Citizen-Politician Linkages and Democratic Accountability“, in: Herbert Kitschelt/Steven I. Wilkinson (Hg.), *Patrons, Clients, and Policies. Patterns of Democratic Accountability and Political Competition*. Cambridge: Cambridge University Press, S. 322-343. <https://doi.org/10.1017/CBO9780511585869.014>
- Klijin, Erik Hans/Koppenjan, Joop (2016): *Governance Networks in the Public Sector*, New York: Routledge.
- Kluge, Susann (1999): *Empirisch begründete Typenbildung. Zur Konstruktion von Typen und Typologien in der qualitativen Sozialforschung*, Opladen: Leske + Budrich.
- Knapp, Gudrun-Axeli (Mai 2005): „Intersectionality“ – ein neues Paradigma feministischer Theorie? Zur transatlantischen Reise von ‚Race, Class, Gender,‘, in: *Feministische Studien. Zeitschrift für interdisziplinäre Frauen- und Geschlechterforschung*, 23(1), S. 68-81. <https://doi.org/10.14361/9783839407486-003>
- Knapp, Gudrun-Axeli (2008): „Intersectionality“ – ein neues Paradigma der Geschlechterforschung?, in: Rita Casale/Barbara Rendtorff (Hg.), *Was kommt nach der Geschlechterforschung? Zur Zukunft der feministischen Theoriebildung*, Bielefeld: transcript Verlag, S. 33-53.
- Kobayashi, Masaya (2006): „Political Clientelism and Corruption. Neo-Structuralism and Republicanism“, in: Junichi Kawata (Hg.), *Comparing Political Corruption and Clientelism*, Hampshire: Ashgate Publishing Limited, S. 1-22.
- Koehler, Jan (1998): „Die Zeit der Jungs“, in: Jan Koehler/Sonia Heyer/Nils Barmeier/Julia Eckert/Kristóf Gostzonyi/Georg Elwert (Hg.), *Anthropologie der Gewalt. Chancen und Grenzen der sozialwissenschaftlichen Forschung*, Berlin: Verlag für Wissenschaft und Forschung, S. 49-70.
- Koehler, Jan (2004): „Institutionalisierte Konfliktaustragung, Kohäsion und Wandel. Theoriegeleiteter Praxischeck auf Gemeindeebene“, in: Julius Eckert (Hg.), *Anthropologie der Konflikte. Georg Elwerts konflikttheoretische These in der Diskussion*. Bielefeld: transcript Verlag, S. 273-297. <https://doi.org/10.14361/9783839402719-014>
- Koehler, Jan (November 2008): *Auf der Suche nach Sicherheit. Die internationale Intervention in Nord-Ost-Afghanistan*. DFG Sonderforschungsbereich 700, SFB-Governance Working Paper Series (17), http://www.sfb-governance.de/publikationen/working_papers/wp17/SFB-Governance-Working-Paper-17.pdf (04.08.2017).
- Koehler, Jan (2010): „Empirische Interventionsforschung – eine Problemannäherung für den Fall Afghanistan“, in: Thorsten Bonacker/Michael Daxner/Jan H. Free/Christoph Zürcher (Hg.), *Interventionskultur. Zur Soziologie von Interventionsgesellschaften*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 219-259.
- Koehler, Jan (Juni 2012): *Social Order Within and Beyond the Shadow of Hierarchy. Governance Patterns in Afghanistan*. DFG Sonderforschungsbereich 700, SFB-Governance Working Paper Series (33), http://www.sfb-governance.de/en/publikationen/working_papers/wp33/SFB-Governance-Working-Paper-33.pdf (20.07.2016).

- Koehler, Jan (2013): *Institution-Centred Conflict Research. The Methodology and its Application in Afghanistan*. Unveröffentlichte Dissertation, Berlin.
- Koehler, Jan/Gosztanyi, Kristóf (2011): „Sub-District Governance. Social Engineering and Local Governance in North-East Afghanistan“, in: Marcus Schaper (Hg.), *Good Enough Governance. Wie kommt der Südsudan zu tragfähiger Staatlichkeit und funktionierender Verwaltung?*, Loccum: Format Publishing, S. 39-64.
- Koehler, Jan/Zürcher, Christoph (2003): *Potentials of Disorder* New York: Manchester University Press.
- Koehler, Jan/Gosztanyi, Kristóf/Böhnke, Jan R. (13.05.2013): *Conflict and Stability in Afghanistan. Methodological Approaches*. Stanford Institute for International Studies, http://iis-db.stanford.edu/evnts/6716/20130513_StabilityConflict_Final_FINAL_Koehler_Gosztanyi_Boehnke.pdf (08.02.2016).
- Kovacevic, Milorad/Calderon, Cecilia M. (Oktober 2016): *UNDP's Multidimensional Poverty Index. 2014 Specifications*. UNDP, http://hdr.undp.org/sites/default/files/specifications_for_computation_of_the_mpi_0.pdf (04.08.2017).
- Krämer, Gudrun (2005): *Geschichte des Islam*, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Krais, Beate (2003): „Begriffliche und theoretische Zugänge zu den ‚oberen Rängen‘ der Gesellschaft“, in: Stefan Hradil/Peter Imbusch (Hg.), *Oberschichten – Eliten – Herrschende Klassen*, Opladen: Leske+Budrich, S. 35-54. https://doi.org/10.1007/978-3-322-99332-8_2
- Krais, Beate/Gebauer, Gunter (2010): *Habitus*, Bielefeld: transcript Verlag.
- Kromrey, Helmut (1998): *Empirische Sozialforschung*, Opladen: Leske + Budrich.
- Kumar, Sanjeev (April-Oktober 2013): „Winding Down a War. An Anatomy of the US Military Debacle in Afghanistan“, in: *Punjab University Research Journal (Arts)* 40(1/2), S. 47-67.
- Kvale, Steinar (2008): *Doing Interviews*, London: Sage Publication Ltd.
- Lamla, Jörn (2003): *Athony Giddens*, Frankfurt am Main: Campus Verlag.
- Landay, Jonathan S. (13.11.2010): *Factory, Coal Mine Show Connections Matters Most in Afghan Business*. *Idahostatesman*, <https://www.idahostatesman.com/news/article40718373.html> (15.12.2015).
- Lange-Vester, Andrea/Teiwes-Kügler, Christel (2013): „Das Konzept der Habitus-hermeneutik in der Milieuforschung“, in: Alexander Lenger/Christian Schneickert/Florian Schumacher (Hg.), *Pierre Bourdieus Konzeption des Habitus. Grundlagen, Zugänge, Forschungsperspektiven*, Wiesbaden: Springer VS, S. 149-174. https://doi.org/10.1007/978-3-531-18669-6_9
- Laoust, Henri (1942): „Bespredungen Le Califat dans la Doctrine de Rašīd Riḏā. Traduction annotée d'al-Hilāfa au al-Imāma al-'uzmā (Le Califat ou l'Imāma suprême)“. Beyrouth: Institut de Damas 1938 (II, 286 S.) gr. 8° = Mémoires de l'Institut Français de Damas, Tome VI, in: *Besprechung von E. Pritsch*, Berlin-Schlachtensee, *Orientalische Literaturzeitung* 45(7/8), S. 315-18.
- Larson, Anna (März 2009): *Afghanistan's New Democratic Parties. A Means to Organise Democratisation?* Afghanistan Research and Evaluation Unit. Briefing Paper Series. Refworld, <http://www.refworld.org/pdfid/49c254a02.pdf> (17.02.2017).

- Larson, Anna/Coburn, Noah (Januar 2014): Youth Mobilization and Political Constraints in Afghanistan. The Y Factor. United States Institute of Peace. Special Report, https://www.usip.org/sites/default/files/SR341-Youth_Mobilization_and_Political_Constraints_in_Afghanistan.pdf (16.07.2016).
- Latifi, Ali M. (21.06.2013): „Taliban’s Qatar Office Stokes Karzai’s Ire“. Al-Jazeera, <http://www.aljazeera.com/indepth/features/2013/06/2013620152934517697.html> (30.11.2016).
- Le Nouvel Observateur (1988): „The Brzezinski Interview with Le Nouvel Observateur (1998)“. The University of Arizona, http://dgibbs.faculty.arizona.edu/brzezinski_interview (02.12.2016).
- Leeson, Peter T./Dean, Andrea M. (Juli 2009): „The Democratic Domino Theory. An Empirical Investigation“, in: *American Journal of Political Science* 53(3), S. 533-551. <https://doi.org/10.1111/j.1540-5907.2009.00385.x>
- Lehmbruch, Gerhard (1967): *Proporzdemokratie: Politisches System und politische Kultur in der Schweiz und in Österreich*, Tübingen: Mohr.
- Lemarchand, René (1981): „Comparative Political Clientelism: Structure, Process and Optic“, in: Samuel Noah Eisenstadt/René Lemarchand (Hg.), *Political Clientelism, Patronage and Development*, London: SAGE Publications, S. 7-32.
- Lemay-Hébert, Nicolas (2009): „Statebuilding without Nation-Building? Legitimacy, State Failure and the Limits of the Institutional Approach“, in: *Journal of Intervention and Statebuilding* 3(1), S. 21-45.
- Leslie, Jolyon (März 2015): *Political and Economic Dynamics of Herat. Peaceworks*, 107. Von Peaceworks. United States Institute of Peace, <https://www.usip.org/sites/default/files/PW107-Political-and-Economic-Dynamics-of-Herat.pdf> (04.08.2017).
- Lijphart, Arend (1969): „Consociational Democracy“, in: *World Politics* 21(2), S. 207-225. <https://doi.org/10.2307/2009820>
- Lijphart, Arend (September 1971): „Comparative Politics and the Comparative Method“, in: *The American Political Science Review* 65(3), S. 682-693. <https://doi.org/10.2307/1955513>
- Lijphart, Arend (1977): *Democracy in Plural Societies*, New Haven: Yale University Press.
- Lijphart, Arend (1985): *Power-Sharing in South Africa*, Berkeley: University of California.
- Lijphart, Arend (1995): „Self-Determination versus Pre-Determination of Ethnic Minorities in Power-Sharing Systems“, in: Will Kymlicka (Hg.), *The Rights of Minority Cultures*. Oxford: Oxford University Press, S. 275-287.
- Lijphart, Arend (1999): *Patterns of Democracy. Government Forms and Performance in Thirty-Six Countries*, New Haven: Yale University Press.
- Lijphart, Arend (2002a): „Negotiation Democracy versus Consensus Democracy. Parallel Conclusions and Recommendations“, in: *European Journal of Political Research* 41, S. 107-113. <https://doi.org/10.1111/1475-6765.00005>
- Lijphart, Arend (2002b): „The Wave of Power-Sharing Democracy“, in: Andrew Reynolds (Hg.), *The Architecture of Democracy. Constitutional Design, Conflict Management and Democracy*, Oxford: Oxford University Press, S. 37-54. <https://doi.org/10.1093/0199246467.003.0003>

- Lijphart, Arend (2008): *Thinking about Democracy. Power Sharing and Majority Rule in Theory and Practice*, London: Routledge.
- Lijphart, Arend (2012): *Patterns of Democracy. Government Forms and Performance in Thirty-Six Countries* (2. Ausg.), New Haven: Yale University Press.
- Linz, Juan J./Stepan, Alfred (1996): *Problems of Democratic Transition and Consolidation. Southern Europe, South America, and Post-Communist Europe*, Baltimore: The John Hopkins University Press.
- Littig, Beate (September 2008): „Interviews mit Eliten – Interviews mit ExpertInnen: Gibt es Unterschiede?“, in: *Forum Qualitative Sozialforschung/Forum: Qualitative Social Research* 9(3), Artikel 16, <http://www.qualitative-research.net/index.php/fqs/article/view/1000/2184> (18.03.2013).
- Litvack, Jennie/Ahmad, Junaid/Bird, Richard (1998): *Rethinking Decentralization in Developing Countries*, Washington D.C.: The World Bank. <https://doi.org/10.1596/0-8213-4350-5>
- LoCastro, Virginia (2012): *Pragmatics for Language Educators. A Sociolinguistic Perspective*, New York/Abingdon: Routledge.
- London Conference (04.12.2014): *The London Conference on Afghanistan. Afghanistan and International Community. Commitments to Reforms and Renewed Partnership*. Government of the United Kingdom, https://www.gov.uk/government/uploads/system/uploads/attachment_data/file/383205/The-London-Conference-on-Afghanistan-Communique.pdf (29.02.2016).
- Luxenberg, Christoph (06.06.2005): *Der Koran zum „islamischen Kopftuch“*. Zu Sure 24:31. Bundeszentrale für politische Bildung <http://www.bpb.de/politik/innenpolitik/konfliktstoff-kopftuch/63293/christoph-luxenberg> (04.08.2017).
- Luxenberg, Christoph (2007): *Die syro-aramäische Lesart des Koran. Ein Beitrag zur Entschlüsselung der Koransprache*, Berlin: Schiller.
- Maas, Citha D. (2006): „National Reconciliation in Afghanistan. Conflict History and the Search for an Afghan Approach“, in: *Internationales Asienforum* 37(1-2), S. 5-35.
- Mass, Citha D. (2011): „Afghanistan’s Drug Career. Evolution from a War Economy to a Drug Economy“, in: *Stiftung Wissenschaft und Politik. SWP Research Paper* 4, https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/research_papers/2011_RP04_mss_ks.pdf (19.07.2017).
- Mac Ginty, Roger (2010): „Hybrid Peace. The Interaction between Top-Down and Bottom-Up Peace“, *Security Dialogue* 41(4), S. 391-413. <https://doi.org/10.1177/0967010610374312>
- Mac Ginty, Roger (2011): *International Peacebuilding and Local Resistance. Hybrid Forms of Peace*, New York: Palgrave Macmillan. <https://doi.org/10.1057/9780230307032>
- Mac Ginty, Roger (2012): *Hybrid Reconstruction. The Case of Waad in Lebanon*, in: Oliver P. Richmond/Audra Mitchell (Hg.): *Hybrid Forms of Peace. From Everyday Agency to Post-Liberalism*, New York: Palgrave Macmillan, S. 208-225. https://doi.org/10.1057/9780230354234_11
- Maddux, Thomas (17.07.2013): *H-Diplo Review Essay, „An Orthodox Interpretation of the Bush Wars: A Review Essay on Several Recent Studies on George W. Bush’s Wars in Iraq and Afghanistan“*. Humanities and Social Sciences, <http://h-diplo.org/essays/PDF/Maddux-BushWars.pdf> (25.07.2016).

- Madelung, Wilfred (2015): „Al-Ghazali’s Changing Attitude to Philosophy“, in: Georges Tamer (Hg.), *Islam and Rationality. The Impact of al-Ghazali. Papers Collected on His 900th Anniversary*, Leiden/Boston: Brill S. 23-34.
- Maley, William (2015): „Consociationalism and Afghan Political Order“, in: Micheline Centlivres-Demont (Hg.), *Afghanistan. Identity, Society and Politics since 1980*. London: I.B. Tauris, S. 62-66.
- Maley, William (2016): „Afghanistan on a Knife-Edge“, in: *Global Affairs* 2(1), S. 57-68.
- Malikzada, Karima (20.07.2015): „Herat Grapes with Universal Reputation“, in: *The Kabul Times*, <http://www.thekabultimes.gov.af/old-site/index.php/opinions/economic/7417-herat-grapes-with-universal-reputation.html> (23.05.2017).
- Mapping Militant Organizations (2016): *The Taliban*. Stanford University, <http://web.stanford.edu/group/mappingmilitants/cgi-bin/groups/view/367> (20.12.2016).
- Marcus, George E. (1999): *Critical Anthropology Now. Unexpected Contexts, Shifting Constituencies*, Santa Fe: School of American Research Press.
- Marcus, George E. (2015): „Reflexivity in Anthropology“, in: James D. Wright (Hg.), *International Encyclopedia of the Social & Behavioral Sciences*, Oxford: Elsevier, S. 88-92. <https://doi.org/10.1016/B978-0-08-097086-8.12139-7>
- Marks, Monica (29.10.2014): „The Tunisian Election Result Isn’t Simply a Victory for Secularism over Islamism“, *The Guardian*, <https://www.theguardian.com/commentisfree/2014/oct/29/tunisian-election-result-secularism-islamism-nidaa-tounes-ennahda> (03.04.2017).
- Marrone, Steven P. (2003): „Medieval Philosophy in Context“. In: S. A. McGrade (Hg.), *The Cambridge Companion to Medieval Philosophy*, Cambridge: Cambridge University Press, S. 10-50. <https://doi.org/10.1017/CCOL0521806038.002>
- Martineau, Harriet (1832): *Illustrations of Political Economy*, London: Charles Fox.
- Mashal, Mujib (23.06.2014): „The Men Who Run Afghanistan. A Mellowed Academic, a Ruthless General, a Shadowy Spy: Inside Hamd Karzai’s Inner Circle“. *The Atlantic*, <http://www.theatlantic.com/international/archive/2014/06/the-men-who-run-afghanistan/373197/> (08.07.2015).
- Mashal, Mujib (04.11.2015): „Afghan Businessman Convicted in Kabul Bank Fraud Is Still Free to Make Money“. *The New York Times*, <http://www.nytimes.com/2015/11/05/world/asia/afghan-businessman-convicted-in-kabul-bank-fraud-is-still-free-to-make-money.html> (17.12.2015).
- Mashal, Mujib (11.08.2016): „Afghan Chief Executive Abdullah Denounces President Ghani as Unfit for Office“. *The New York Times*, <https://www.nytimes.com/2016/08/12/world/asia/afghanistan-abdullah-ghani-taliban.html> (18.05.2017).
- Maurer, Andrea/Schmid, Michael (2010): *Erklärende Soziologie. Grundlagen, Vertreter und Anwendungsfelder eines soziologischen Forschungsprogramms*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Mayntz, Renate/Scharpf, Fritz W. (1995): „Der Ansatz des akteurzentrierten Institutionalismus“, in: Renate Mayntz/Fritz W. Scharpf (Hg.), *Gesellschaftliche Selbstregulierung und politische Steuerung*, Frankfurt/New York: Campus Verlag, S. 39-72.
- Mayring, Philipp (2010): *Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken* (11. Ausg.), Weinheim und Basel: Beltz.

- McCulloch, Allison (2013): „Does Moderation Pay? Centripetalism in Deeply Divided Societies“, in: *Ethnopolitics* 12(2), S. 111-132. <https://doi.org/10.1080/17449057.2012.658002>
- McCulloch, Allison (2014): *Power-Sharing and Political Stability in Deeply Divided Societies*, London/New York: Routledge. <https://doi.org/10.4324/9781315773698>
- McKirdy, Euan (17.03.2016): „U.S. Military Personnel’s Movements Restricted Following Rape Accusation in Okinawa“. CNN, <http://edition.cnn.com/2016/03/17/asia/okinawa-us-serviceman-rape-restrictions/index.html> (05.08.2017).
- Médard, Jean-François (1982): „The Underdeveloped State in Tropical Africa. Political Clientelism or Neo-Patrimonialism?“, in: Christopher Clapham (Hg.), *Private Patronage and Public Power. Political Clientelism in the Modern State*, London: Frances Pinter Publishers, S. 162-192.
- Medhi, Abhilash/Saltmarsh, Douglas (Juni 2011): *Local Governance in Afghanistan. A View from the Ground*. Afghanistan Research and Evaluation Unit, Synthesis Paper. Afghanistan Research and Evaluation Unit, <https://areu.org.af/wp-content/uploads/2016/02/1114E-Executive-Summary-Local-Governance-in-Afghanistan-A-View-from-the-Ground.pdf> (05.08.2017).
- Media in Cooperation and Transition (2015): *Orphan River. Water Management of the Kabul River Basin in Afghanistan and Pakistan*. Media in Cooperation and Transition and Stockholm International Water Institute, http://www.mict-international.org/wp-content/uploads/2016/01/MiCT_SIWI_Orphan-River_Final.pdf (19.12.2016).
- Meienberg, Martina (2012): *Nation-Building in Afghanistan. Legitimitätsdefizite innerhalb des politischen Wiederaufbaus*, Wiesbaden: Springer VS. <https://doi.org/10.1007/978-3-531-19536-0>
- Meinecke, Friedrich (1908): *Weltbürgertum und Nationalstaat. Studien zur Genesis des deutschen Nationalstaates*, München/Berlin: R. Oldenbourg.
- Meisel, James H. (1962): *Der Mythos der herrschenden Klasse. Gaetano Mosca und die „Elite“*, Düsseldorf/Wien: Econ-Verlag.
- Merkel, Wolfgang (June 2008): „Democracy through War?“, in: *Democratization* 15(3), S. 487-508. <https://doi.org/10.1080/13510340801991106>
- Merkel, Wolfgang (2010): *Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung* (2. Ausg.), Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Meuser, Michael/Nagel, Ulrike (1991): „Experteninterviews – vielfach erprobt, wenig bedacht“, in: Detlef Garz/Klaus Kraimer (Hg.): *Qualitativ-empirische Sozialforschung. Konzepte, Methoden, Analysen*, Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 441-471. https://doi.org/10.1007/978-3-322-97024-4_14
- Michels, Robert (1911/1970): *Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie. Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens*, Stuttgart: Alfred Kröner Verlag.
- Michels, Robert (1915/1962): *Political Parties*, New York: The Free Press.
- Mielke, Katja (2014): „What Inhibits and Enables Afghans’ Social Mobility? On the Limits of Community Organization and Mobilization in Afghanistan“, in: *Orient. Deutsche Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur des Orients* III 55, S. 12-17.

- Mielke, Katja/Grawert, Elke (Januar 2016): Warum Afghanistan kein sicheres Herkunftsland ist. Bonn International Center for Conversion Policy Brief, https://www.bicc.de/uploads/tx_bicctools/BICC_Policy_Brief_1_2016_01.pdf (04.08.2017).
- Mielke, Katja/Wilde, Andreas (2013): „Order, Stability, and Change in Afghanistan. From Top-Down to Bottom-Up State-Making“, in: *Central Asian Survey* 32(3), S. 353-370. <https://doi.org/10.1080/02634937.2013.843309>
- Mielke, Katja/Schetter, Conrad/Wilde, Andreas (April 2011): Dimensions of Social Order. Empirical Fact, Analytical Framework and Boundary Concept. Zentrum für Entwicklungsforschung. Universität Bonn, http://www.zef.de/uploads/tx_%0bzefportal/Publications/wp78.pdf (05.05.2016).
- Mills, C. Wright (1957): *The Power Elite*, New York: Oxford University Press.
- Minerals Law 1391 (2012) (26.05.2013): Minerals Law. Globalwitness, https://www.globalwitness.org/sites/default/files/library/Minerals%20law%20to%20parliament_0.pdf (23.11.2015).
- Minerals Law (16.08.2014): Islamic Republic of Afghanistan, Ministry of Justice, Official Gazette, Extraordinary Issue. Ministry of Mines and Petroleum of the Islamic Republic of Afghanistan, <http://mom.gov.af/Content/files/Afghanistan-%20Minerals%20Law-19-May-2015%20English.pdf> (20.11.2015).
- Ministry of Economy (November 2005): Ministry of Economy. Law on Non-Governmental Organizations of the Islamic Republic of Afghanistan, <http://mfa.gov.af/Content/files/NGO%20%20law.pdf> (29.04.2016).
- Ministry of Information and Culture, GoIRA (15.01.2015): Afghanistan National Youth Policy. Ministry of Information and Culture. Office of the Deputy Minister of Youth Affairs, http://www.youthpolicy.org/national/Afghanistan_2013_Draft_National_Youth_Policy.pdf (14.01.2016).
- Münkler, Herfried (2002): *Die neuen Kriege*, Hamburg: Rowohlt.
- Münkler, Herfried/Llanque, Marcus (2002): Die Rolle der Eliten bei der Legitimation von Gewalt, in: Wilhelm Heitmeyer/John Hagan (Hg.), *Internationales Handbuch der Gewaltforschung*, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 1215-1232. https://doi.org/10.1007/978-3-322-80376-4_49
- Mouffe, Chantal (2010): *Das demokratische Paradox*, (Oliver Marchart, Übers.), Berlin: Turia+Kant.
- Mohammdi, Zarmina (24.06.2015): „Analysts. Over 2,000 Illegal Mining Sites in Afghanistan“. Tolo News, <http://www.tolonews.com/en/afghanistan/20176-analysts-over-2000-illegal-mining-sites-in-afghanistan> (29.12.2015).
- Moltmann, Jürgen (2003): „Die ‚Erlöser-Nation‘ – Religiöse Wurzeln des US-amerikanischen Exzeptionalismus“, in: *Die Friedens-Warte*. Schwerpunktthema. Amerikanische Weltpolitik 78(2/3), S. 161-171.
- Monroe, Kristin V. (2016): *The Insecure City. Space, Power, and Mobility in Beirut*, Brunswick/New Jersey/London: Rutgers University Press.
- Mosca, Gaetano (1923/1939): *The Ruling Class*, New York: McGraw-Hill.
- Mosca, Gaetano (1923/1950): *Die herrschende Klasse. Grundlagen der politischen Wissenschaft*, (Franz Borkenau, Übers.), München: Leo Lehnen Verlag.
- Moshtaghi, Ramin (Februar 2008): „Aktuelle Probleme beim Rechtsstaatsaufbau in Afghanistan. Das Gutachten des Obersten Gerichtshofs zum Misstrauensantrag

- des Unterhauses gegen den Außenminister“, in: Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht (68), S. 509-540.
- MRRD (28.04.2013): National Solidarity Programme. Islamic Republic of Afghanistan, Ministry of Rural Rehabilitation and Development, Weekly Reports, <http://mrrd.gov.af/en/page/93/13474> (06.08.2017).
- Mruck, Katja/Breuer, Franz (Mai 2003): „Subjectivity and Reflexivity in Qualitative Research“, in: The FQS Issues. Forum Qualitative Sozialforschung/Forum: Qualitative Social Research 4(2), Article 23, <http://www.qualitative-research.net/index.php/fqs/article/view/696/1502>.
- Murray, Jonathan (24.09.2014): The Long, Slow Road to Fraud-Free Elections in Afghanistan. Talking Points Memo, <http://talkingpointsmemo.com/caf/the-long-slow-road-to-fraud-free-elections-in-afghanistan> (17.03.2017).
- Murtazashvili, Jennifer Brick (08.02.2014): „Informal Federalism Self-Governance and Power Sharing in Afghanistan“, in: The Journal of Federalism 44(2), S. 324-343.
- Murtazashvili, Jennifer Brick (2016): Informal Order and the State in Afghanistan, New York: Cambridge University Press. <https://doi.org/10.1017/CBO9781316286890>
- Muzhary, Fazal (25.10.2016). The Bride Price. The Afghan Tradition of Paying for Wives. Afghanistan Analysts Network, <https://www.afghanistan-analysts.org/the-bride-price-the-afghan-tradition-of-paying-for-wives/> (10.03.2017).
- Nader, Alireza/Scotten, Ali G./Rahmani, Ahmad Idrees/Stewart, Robert/Mahnad, Leila (2014): Iran's Influence in Afghanistan. Implication for the U.S. Draw-down. RAND Corporation, http://www.rand.org/content/dam/rand/pubs/research_reports/RR600/RR616/RAND_RR616.pdf (10.06.2017).
- Najibullah, Heela (2017): Reconciliation and Social Healing in Afghanistan. A Transrational and Elicitive Analysis Towards Transformation, Wiesbaden: Springer Verlag.
- Najjar, Fauzi M. (November 2004): „Ibn Rushd (Averroes) and the Egyptian Enlightenment Movement“, in: British Journal of Middle Eastern Studies 31(2), S. 195-213. <https://doi.org/10.1080/13530190402000268213>
- Nassehi, Armin (2010): „Kultur im System. Einige programmatische Bemerkungen zu einer systemtheoretisch informierten Kulturosoziologie“, in: Monika Wohlrab-Sahr (Hg.), Kulturosoziologie. Paradigmen – Methoden – Fragestellungen, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 375-395.
- Nassehi, Armin/Nollmann, Gerd (2004): „Einleitung: Wozu ein Theorienvergleich?“, in: Armin Nassehi/Gerd Nollmann (Hg.), Bourdieu und Luhmann. Ein Theorienvergleich, Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 7-22.
- National Area-Based Development Program (Dezember 2012): Ministry of Rural Rehabilitation and Development, United Nations Development Program. National Area-Based Development Program, <http://www.mrrd-nabdp.org/attachments/article/290/NABDP-fast-fact.pdf> (27.06.2013).
- National Democratic Institute (Juni 2011): Political Parties in Afghanistan. A Review of the State of Political Parties after the 2009 and 2010 Elections. National Democratic Institute, <https://www.ndi.org/sites/default/files/Afghanistan-political-parties-july-2011.pdf> (23.02.2017).

- National Democratic Institute (2014): Afghanistan Election Data. Afghanistan Election Data, http://2014.afghanistanelectiondata.org/#runoff/results_runoff (05.02.2015).
- National Development and Reform Commission, Ministry of Foreign Affairs, Ministry of Commerce of the People's Republic of China (03.03.2015): Vision and Actions on Jointly Building Silk Road Economic Belt and 21st Century Maritime Silk Road. National Development and Reform Commission (NDRC) People's Republic of China, http://en.ndrc.gov.cn/newsrelease/201503/t20150330_669367.html (13.01.2017).
- National Solidarity Programm III (24.01.2011): The World Bank. <http://go.worldbank.org/6SSKYA0SV0> (07.11.2012).
- NATO (04.04.1949): The North Atlantic Treaty (1949). NATO, http://www.nato.int/nato_static/assets/pdf/stock_publications/20120822_nato_treaty_en_light_2009.pdf (03.08.2017).
- Nawid, Senzil (2012a): „Historiography in the Sadduzai Era. Language and Narration“, in: Brian Spooner/William L. Hanaway (Hg.), *Literacy in the Persianate World, Writing and the Social Order*. Philadelphia: University of Pennsylvania Press, S. 234-278. <https://doi.org/10.9783/9781934536568.234>
- Nawid, Senzil (2012b): „2. Language Policy in Afghanistan. Linguistic Diversity and National Unity“, in: Harold Schiffman (Hg.), *Language Policy and Language Conflict in Afghanistan and Its Neighbors*, Leiden: BRILL, S. 29-52. https://doi.org/10.1163/9789004217652_003
- Neocleous, Mark (2011): „A Brighter and Nicer New Life': Security as Pacification“ in: *Social & Legal Studies* 20(2), S. 191-208. <https://doi.org/10.1177/0964663910395816>
- Nizām-al-Mulk, Abū-'Alī al-Ḥasan Ibn-'Alī (1987): *Das Buch der Staatskunst Siyāsatnāma. Gedanken und Geschichten*. (Karl Friedrich Schabinger Freiherr von Schowingen (Hg.), (Karl Emil Schabinger Freiherr von Schowingen, Übers.), Zürich: Manesse Verlag.
- Nijat, Arya (19.03.2015): „Standing Beside Afghanistan's Iron Lady“, in: *Foreign Policy*. The South Asia Channel, http://foreignpolicy.com/2015/03/19/standing-beside-afghanistans-iron-lady/?wp_login_redirect=0 (27.07.2015).
- Nijat, Arya (Juli 2016): *Subnational Governance in Afghanistan. I. The State of Affairs*. Afghanistan Research and Evaluation Unit, <http://www.areu.org.af/Uploads/EditionPdfs/1615E%20Subnational%20Governance%20in%20Afghanistan.pdf> (14.02.2017).
- Nijat, Arya/Gosztonyi, Kristóf/Feda, Bashir/Koehler, Jan (May 2016): *Subnational Governance in Afghanistan. I. State of Affairs. II. The Future of District and Village Representation*. Afghanistan Research and Evaluation Unit, <https://areu.org.af/Uploads/EditionPdfs/1615E%20Subnational%20Governance%20in%20Afghanistan.pdf> (14.02.2017).
- Nixon, Hamish (Februar 2008): *The Changing Face of Local Governance? Community Development Councils in Afghanistan*. Afghanistan Research Evaluation Unit, <https://areu.org.af/Uploads/EditionPdfs/802E-Changing%20Face%20of%20Local%20Governance-WP-print.pdf.pdf> (05.02.2016).
- Noelle, Christine (1997): *State and Tribe in Nineteenth-Century Afghanistan*, Richmond: Curzon Press.

- Noorani, Javed/De Brouckere, Lien (Mai 2016): A Balancing Act for Extractive Sector Governance. Afghanistan Research and Evaluation Unit, <http://www.areu.org.af/Uploads/EditionPdfs/1610E%20A%20Balancing%20Act%20for%20Extractive%20Sector%20Governance.pdf> (14.11.2016).
- Nordland, Rod (02.12.2013): „Attacks on Aid Workers Rise in Afghanistan, U.N. Says“. The New York Times, <http://www.nytimes.com/2013/12/03/world/asia/attacks-rise-on-aid-workers-in-afghanistan.html> (18.11.2016).
- North, Douglas (1992): Institutionen, institutioneller Wandel und Wirtschaftsleistung, Tübingen: J.C.B. Mohr (Paul Siebeck).
- NUG Agreement (21.09.2014): The „Government of National Unity“ Deal (full text). Afghanistan Analysts Network, <https://www.afghanistan-analysts.org/miscellaneous/aan-resources/the-government-of-national-unity-deal-full-text/> (05.08.2017).
- Nye, Robert A. (1977): The Anti-Democratic Sources of Elite Theory. Pareto, Mosca, Michels, London: Sage Publications.
- Odendahl, Teresa/Shaw, Aileen M. (2001): „Interviewing Elites“, in: Jaber F. Gubrium/James A. Holstein (Hg.), Handbook of Interview Research. Context & Method, Thousand Oaks: Sage Publications, S. 299-316. <https://doi.org/10.4135/9781412973588.d19>
- O'Donnell, Guillermo/Schmitter, Phillippe C. (1986): „Tentative Conclusion about Uncertain Democracies“, in: Guillermo O'Donnell/Phillippe C. Schmitter/Laurence Whitehead (Hg.), Transitions from Authoritarian Rule. Prospects for Democracy, Baltimore: The John Hopkins University Press, S. 3-78.
- Office of the President of Afghanistan (05.10.2016): President Ghani's Remarks at Brussels Conference on Afghanistan, Brussels, Belgium. Office of the President, Islamic Republic of Afghanistan, <http://president.gov.af/en/speech/president-ghanis-remarks-at-brussels-conference-on-afghanistan-brussels-belgium/> (08.07.2017).
- Olesen, Asta (1995): Islam and Politics in Afghanistan, Surrey: Curzon Press.
- Oliver, George F. (2004): „The Other Side of Peacekeeping. Peace Enforcement and Who Should Do It?“, in: International Peacekeeping 8(1), S. 99-117 <https://doi.org/10.1163/18754112-90000007>
- Ormsby, Eric L. (2008): Ghazali. The Revival of Islam, Oxford: Oneworld Publications.
- Osman, Borhan (02.11.2012): The Ulama Council. Paid to Win Public Minds – But Do They?. Afghanistan Analysts Network, <https://www.afghanistan-analysts.org/the-ulama-council-paid-to-win-public-minds-but-do-they/> (18.04.2017).
- Osman, Borhan (27.05.2016): Taleb in Transition. How Mansur's Death and Haibatullah's Ascension May Affect the War (and peace). Afghanistan Analysts Network, <https://www.afghanistan-analysts.org/taleban-in-transition-how-mansurs-death-and-hibitullahs-ascension-may-affect-the-war-and-peace/> (16.01.2017).
- Ostrander, Susan A. (April 1993): „„Surely You're Not in This Just to Be Helpful“: Access, Rapport, and Interviews in Three Studies of Elites“, in: Journal of Contemporary Ethnography 22(7), S. 7-27. <https://doi.org/10.1177/089124193022001002>
- Pabst, Volker (16.11.2016): „Machtkampf im Kabinett. Afghanistans ewige Baustelle“. Neue Züricher Zeitung, <https://www.nzz.ch/international/aktuelle-themen/machtkampf-im-kabinett-afghanistans-ewige-baustelle-ld.128744> (03.07.2017).

- Packer, George (04.07.2016): „Afghanistan’s Theorist-In-Chief. President Ashraf Ghani is an Expert on Failed States. Can He Save His Country From Collapse?“ The New Yorker, <http://www.newyorker.com/magazine/2016/07/04/ashraf-ghani-afghanistans-theorist-in-chief> (05.12.2016).
- Pajhwok Reporter (30.11.2014): „Amu River Basin Contract Seen Detrimental for Afghanistan“. Pajhwok Afghan News Special Mines Page, <http://mines.pajhwok.com/news/amu-river-basin-contract-seen-detrimental-afghanistan> (03.11.2015).
- Pant, Harsh V. (Frühjahr 2011): „India’s Changing Role. The Afghanistan Conflict“, in: *Middle East Quartely* 18(3), S. 31-39.
- Panter-Brick, Catherine/Eggerman, Mark/Mojadidi, Aman/McDade, Thomas W. (28.07.2008): „Social Stressors, Mental Health, and Physiological Stress in an Urban Elite of Young Afghans in Kabul“, in: *American Journal of Human Biology* 20(6), S. 627-641.
- Papcke, Sven (1986): „Brauchen wir Eliten?: Diskussionen um einen alten Begriff“, in: *Gewerkschaftliche Monatshefte* (8), S. 463-481.
- Papcke, Sven (2001): *Gesellschaft der Eliten. Zur Reproduktion und Problematik sozialer Distanz*, Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Paret, Rudi (2007): *Der Koran* (10. Ausg.), (Rudi Paret, Übers.), Stuttgart: Kohlhammer.
- Parsons, Talcott (1937/1968): *The Structure of Social Action. A Study in Social Theory with Special Reference to a Group of Recent European Writers* (2. Ausg.), New York: The Free Press/Collier Macmillan.
- Partlow, Joshua (2016): *A Kingdom of Their Own. The Family Karzai and the Afghan Disaster*, New York: Alfred A. Knopf.
- Perthes, Volker (2008): *Iran – Eine politische Herausforderung. Die prekäre Balance von Vertrauen und Sicherheit*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Peshawar Accord (24.04.1992): *Peshawar Accord. Peacemaker UN*, http://peacemaker.un.org/sites/peacemaker.un.org/files/AF_920424_PESHAWAR%20ACCORD.pdf (01.12.2016).
- Petersmann, Sandra (27.07.2015): „Kabuls ‚Radio der Herzen‘ macht Liebe zum Thema. Kleine Gefühlsrevolution im traumatisierten Land“. *Tagesschau. Afghanisches Tagebuch*, <http://www.tagesschau.de/ausland/afghanistan/afghanisches-tagebuch-nacht-der-liebenden-101.html> (30.07.2015).
- Pospisil, Jan/Kühn, Florian P. (2016): „The Resilient State: New Regulatory Modes in International Approaches to State Building?“, in: *Third World Quartely* 37(1), S. 1-16.
- Poullada, Leon B. (1973): *Reform and Rebellion in Afghanistan, 1919-1929. King Ammanullah’s Failure to Modernize a Tribal Society*, Ithaca/London: Cornell University Press.
- Preyer, Gerhard (2011): *Zur Aktualität von Shmuel N. Eisenstadt. Einleitung in sein Werk*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Price, Gareth (September 2005): *Diversity in Donorship The Changing Landscape of Official Humanitarian Aid. India’s Official Aid Programme*. Humanitarian Policy Group at the Overseas Development Institute, <https://www.odi.org/sites/odi.org.uk/files/odi-assets/publications-opinion-files/416.pdf> (09.12.2016).
- Przyborski, Aglaya/Wohlrab-Sahr, Monika (2010): *Qualitative Sozialforschung. Ein Arbeitsbuch*, (3. Ausg.), München: Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH.

- Putnam, Robert D. (1976): *The Comparative Study of Political Elites*, Englewood Cliffs/New Jersey: Prentice-Hall.
- Putnam, Robert D. (1994): „Social Capital and Institutional Success“, in: Robert Leonardi/Raffaella Y. Nanetti (Hg.), *Making Democracy Work. Civic Traditions in Modern Italy*, Princeton: Princeton University Press S. 163-185.
- Putnam, R. D. (2000): *Bowling Alone*, New York: Simon & Schuster.
- Qaane, Ehsan (02.04.2017): *Harassment of Women in Afghanistan. A Hidden Phenomenon Adressed in Too Many Laws*. Afghanistan Analysts Network, <https://www.afghanistan-analysts.org/harassment-of-women-in-afghanistan-a-hidden-phenomenon-addressed-in-too-many-laws/> (19.04.2017).
- Qayumi, Mohammad (30.11.2015): *Speech on Governance Reforms in Afghanistan*. Governance for Afghanistan, Berlin.
- Quigley, J. T. (27.12.2013): „After Deadlock, Okinawa Approves US Air Base Relocation“. *The Diplomat*, <http://thediplomat.com/2013/12/after-deadlock-okinawa-approves-us-air-base-relocation/> (13.01.2017).
- Rahim, Fazul (01.04.2015): „Afghan Expensive Wedding Cap. Lawmakers Pass Law Limiting Costs“. *NBS News*, <http://www.nbcnews.com/news/world/expensive-wedding-cap-afghan-lawmakers-pass-law-limit-costs-n333971> (10.03.2017).
- Randeria, Shalini (1999): „Jenseits von Soziologie und soziokultureller Anthropologie. Zur Ortsbestimmung der nichtwestlichen Welt in einer zukünftigen Sozialtheorie“, in: *Soziale Welt* 50(4), S. 373-382.
- Rashid, Ahmed (November/Dezember 1999): „The Taliban, Exporting Extremism“, *Foreign Affairs*, <https://www.foreignaffairs.com/articles/afghanistan/1999-11-01/taliban-exporting-extremism> (13.10.2018).
- Rashid, Ahmed (2000): *Taliban. Islam, Oil and the New Great Game in Central Asia*, London/New York: I.B. Tauris Publishers.
- Rashid, Ahmed (2001): *Taliban. Afghanistan Gotteskrieger und der Dschihad*, München: Droemer.
- Rashid, Ahmed (2002a): *Heiliger Krieg am Hindukusch. Der Kampf um Macht und Glauben in Zentralasien*, München: Droemer.
- Rashid, Ahmed (2002b): *Pakistan on the Brink. The Future of America, Pakistan, and Afghanistan*, London: Viking.
- Rashid, Ahmed (04.07.2004): *Karzai Seeks to Accelerate Pace of Militia Disarmament in Afghanistan*. *Eurasianet*, <http://www.eurasianet.org/departments/insight/articles/eav072904.shtml> (14.12.2016).
- Rashid, Ahmed (2008): *Descent into Chaos. The World's most Unstable Region and the Threat to Global Security*, London: Penguin Books.
- Rashid, Ahmed (25.02.2010a): „A Deal with the Taliban?“ *The New York Review of Books*, <http://www.nybooks.com/articles/2010/02/25/a-deal-with-the-taliban/> (25.11.2016).
- Rashid, Ahmed (2010b): *Sturz ins Chaos. Afghanistan, Pakistan und die Rückkehr der Taliban* (4. Ausg.), Düsseldorf: Weltkiosk.
- Rashid, Ahmed (2010c): *Taliban. Afghanistans Gotteskämpfer und der neue Krieg am Hindukusch*, (Harald Riemann/Rita Seuß, Übers.), München: C.H. Beck.
- Rashid, Ahmed (12.12.2011): „Afghanistan, A New Sectarian War?“ *The New York Review of Books*, <http://www.nybooks.com/blogs/nyrblog/2011/dec/12/afghanist-an-new-sectarian-war/> (27.07.2015).

- Rashid, Ahmed (2012a): *Pakistan on the Brink. The Future of America, Pakistan, and Afghanistan*, New York: Viking.
- Rashid, Ahmed (2012b): *Am Abgrund. Pakistan, Afghanistan und der Westen*, London: Weltkiosk.
- Rashid, Ahmed (25.10.2012c): „Nach Abzug einige afghanische Städte als Festungen. (Christoph Heinemann, Interviewer)“. Deutschlandfunk, http://www.deutschlandfunk.de/nach-abzug-einige-afghanische-staedte-als-festungen.694.de.html?dram:article_id=225500 (04.08.2017).
- Rashid, Ahmed (September/Oktober 2013): „Weg vom Abgrund. Nur Gespräche mit den Taliban können Afghanistan Frieden bringen“, in: *Internationale Politik* 5, S. 21-27.
- Rashid, Ahmed (01.12.2014): „Viewpoint: Can China Bring Peace to Afghanistan?“ BBC, <http://www.bbc.com/news/world-asia-30273431> (13.01.2017).
- Rasmussen, Sune Engel (13.12.2014): „Taliban Militants Launch Bloody Attacks Across Afghanistan, Killing 21“. *The Guardian*, <https://www.theguardian.com/world/2014/dec/13/taliban-bloody-attacks-afghanistan-ghani> (22.05.2017).
- Rasuly, Sarajuddin (1997): *Die politischen Eliten Afghanistans. Ihre Entstehungsgeschichte, ihre Bedeutung und ihr Versagen in der Gegenwart*, Frankfurt am Main: Peter Lang.
- Razon, Na'amah/Ross, Karen (2012): „Negotiating Fluid Identities: Alliance-Building in Qualitative Interviews“, in: *Qualitative Inquiry* 18(6), S. 494-503.
- Reckwitz, Andreas (2010): „Auf dem Weg zu einer kultursoziologischen Analytik zwischen Praxeologie und Poststrukturalismus“, in: Monika Wohlrab-Sahr (Hg.), *Kultursoziologie. Paradigmen – Methoden – Fragestellungen*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 179-206.
- Reilly, Benjamin (2001): *Democracy in Divided Societies. Electoral Engineering for Conflict Management*, Cambridge: Cambridge University Press. <https://doi.org/10.1017/CBO9780511491108>
- Reuters (20.11.2012): “French Combat Troops Withdraw from Afghan War”. Reuters World News, <http://www.reuters.com/article/us-afghanistan-france-idUSBRE8AJ11O20121120> (22.12.2016).
- Reuters (12.11.2016): „Afghan Parliament Sacks Three Ministers Including That of Foreign Affairs“. Reuters World News, <http://www.reuters.com/article/us-afghanistan-parliament-idUSKBN13706G> (12.11.2016).
- Reynolds, Andrew/Carey, John (2012): *Fixing Afghanistan's Electoral System. Arguments and Options for Reform*. Afghanistan Research and Evaluation Unit, Briefing Paper Series, <http://www.areu.org.af/Uploads/EditionPdfs/1211E-Fixing%20Afghanistans%20Electoral%20System%20BP%202012.pdf> (18.11.2013).
- RFE/RL's Radio Free Afghanistan (24.02.2016): „Afghan Taliban ‚Unaware‘ of Peace Talk Plans, Says Preconditions Remain“. Radio Free Europe, Radio Liberty, <http://www.rferl.org/a/afghanistan-taliban-unaware-peace-talks/27570852.html> (15.01.2017).
- Richmond, Oliver P. (2010): „Resistance and the Post-Liberal Peace“, in: *Millennium: Journal of International Studies* 38(3), S. 665-692. <https://doi.org/10.1177/0305829810365017>
- Richmond, Oliver P./Mitchell, Audra (2012): „Introduction – Towards a Post-Liberal Peace. Exploring Hybridity via Everyday Forms of Resistance, Agency and Au-

- tonomy“, in: Oliver P. Richmond/Audra Mitchell (Hg.), *Hybrid Forms of Peace. From Everyday Agency to Post-Liberalism*, London: Palgrave Macmillan, S. 1-38. https://doi.org/10.1057/9780230354234_1
- Risse, Thomas (April 2012): *Governance Configurations in Areas of Limited Statehood. Actors, Modes, Institutions, and Resources*, Working Paper Series 32. DFG Sonderforschungsbereich 700, http://www.sfb-governance.de/en/publikationen/working_papers/wp32/SFB-Governance-Working-Paper-32.pdf (16.01.2016).
- Rizal, José (1912): *The Reign of Greed. Complete English Version of „El Filibusterismo“*, (Charles Derbyshire, Übers.), Manila: Philippine Education Company.
- Robertson, Roland (1995): „Time-Space and Homogeneity-Heterogeneity“, in: Mike Featherstone/Scott Lash/Roland Robertson (Hg.), *Global Modernities*, London: Sage Publications, S. 25-44. <https://doi.org/10.4135/9781446250563.n2>
- Robertson, Roland (2012): „Globalisation or Glocalisation?“, in: *The Journal of International Communication* 18(2), S. 191-208. <https://doi.org/10.1080/13216597.2012.709925>
- Rohe, Mathias (2008): „Islamisches Recht im islamischen Staat – Realität oder Illusion? Prägende Faktoren der aktuellen Rechtsentwicklungen in Afghanistan“, in: Otto Jastrow/Shabo Talay/Herta Hafenrichter (Hg.), *Studien zur Semitistik und Arabistik. Festschrift für Hartmut Bobzin zum 60. Geburtstag*, Wiesbaden: Harrasowitz, S. 342-362.
- Rohrabacher, Dana (13.06.2012): „Congress of the United States. House of Representatives“. Kabulpress, https://www.kabulpress.org/IMG/pdf/rep_rohrbacher_to_dos_and_dod_june_13_2012.pdf (05.08.2017).
- Rondinelli, Dennis A. (01.06.1981): „Government Decentralization in Comparative Perspective. Theory and Practice in Developing Countries“, in: *International Review of Administrative Science* 47(2), S. 133-145.
- Rondinelli, Dennis A. (Winter 1999/2000): „Dezentralisierung und wirtschaftliche Entwicklung. Eine Einführung“, in: *WeltTrends. Zeitschrift für internationale Politik und vergleichende Studien* 25, S. 7-20.
- Ronsin, Caroline (Frühling-Sommer 2010): „Wasta and State-Society Relations. The Case of Jordan“, in: *Revue Averroès. Revue Spécialisée sur le Monde Arabe* (3), S. 1-7.
- Rosaldo, Renato (1995): „Der Kummer und die Wut eines Kopffjägers. Über die kulturelle Intensität von Emotionen“, in: Martin Fuchs/Eberhard Berg (Hg.), *Kultur, soziale Praxis, Text. Die Krise der ethnographischen Repräsentation*, Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 375-401.
- Rosen, Lawrence (1979): „Social Identity and Points of Attachment. Approaches to Social Organization“, in: Clifford Geertz/ Hildred Geertz/Lawrence Rosen (Hg.), *Meaning and Order in Moroccan Society. Three Essays in Cultural Analysis*. Cambridge: Cambridge University Press, S. 19-122.
- Rosenberg, Matthew (29.04.2013): „Afghan Leader Confirms Cash Deliveries by C.I.A“. *The New York Times*, <http://www.nytimes.com/2013/04/30/world/asia/karzai-acknowledges-cash-deliveries-by-cia.html> (01.02.2017).
- Rosenberg, Matthew (28.04.2014): „With Bags of Cash, C.I.A. Seeks Influence in Afghanistan“. *The New York Times*, <http://www.nytimes.com/2013/04/29/world/asia/cia-delivers-cash-to-afghan-leaders-office.html> (14.12.2016).

- Rosenthal, Gabriele (2010): „Zur Interdependenz von kollektivem Gedächtnis und Erinnerungspraxis. Kultursoziologie aus biographietheoretischer Perspektive“, in: Monika Wohlrab-Sahr (Hg.), *Kultursoziologie. Paradigmen – Methoden – Fragestellungen*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 151-175.
- Rostami, Akbar (31.03.2013): „یافته‌های ۸ صبح: معادن افغانستان تاراج می‌شوند“, 8am, <http://8am.af/1392/01/11/8-am-report-afghanistan-mines/> (04.05.2013).
- Rostamy-Povey, Elaheh (April 2007): „Afghan Refugees in Iran, Pakistan, the U.K., and the U.S. and Life after Return: A Comparative Gender Analysis“, in: *Iranian Studies* 40(2), S. 242-261. <https://doi.org/10.1080/00210860701269576>
- Roth, Günther (Januar 1986): „Personal Rulership, Patrimonialism, and Empire Building in the New States“, in: *World Politics* 20(2), S. 194-206.
- Rothchild, Donald/Roeder, Philip G. (2005): „Dilemmas of State-Building in Divided Societies“, in: Philip G. Roeder/Donald Rothchild (Hg.), *Sustainable Peace. Power and Democracy after Civil Wars*, Ithaca/London: Cornell University Press, S. 1-25.
- Rothstein, Frances (Spring 1979): „The Class Basis of Patron-Client Relations“, in: *Latin-American Perspectives. Views on Dependency* 6(2), S. 25-35.
- Roy, Meena Singh/Wagner, Christian (2014): „Political Transition in Afghanistan. Imperatives for India and Pakistan“, in: *Orient. Deutsche Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur des Orients* 55(3), S. 6-11.
- Roy, Olivier (1990): *Islam and Resistance in Afghanistan* (2. Ausg.), Cambridge: University Press. <https://doi.org/10.1017/CBO9780511563553>
- Rubin, Barnett R. (January 1992): „Political Elites in Afghanistan. Rentier State Building, Rentier State Wrecking“, in: *International Journal of Middle East Studies* 24(1), S. 77-99. <https://doi.org/10.1017/S0020743800001434>
- Rubin, Barnett R. (1993): „Post-Cold War State Disintegration. The Failure of International Conflict Resolution in Afghanistan“, in: *Journal of International Affairs* 46(2), S. 469-492.
- Rubin, Barnett R. (1995): *The Search for Peace in Afghanistan. From Buffer State to Failed State*, New Haven/London: Yale University Press.
- Rubin, Barnett R. (01.12.1996): *Afghanistan. The Forgotten Crisis*. Refworld, <http://www.refworld.org/docid/3ae6a6c0c.html> (19.05.2014).
- Rubin, Barnett R. (2000): „The Political Economy of War and Peace in Afghanistan“, in: *World Development* 28(10), S. 1789-1803. [https://doi.org/10.1016/S05-750X\(00\)00054-1](https://doi.org/10.1016/S05-750X(00)00054-1)
- Rubin, Barnett R. (2002): *The Fragmentation of Afghanistan. State Formation and Collapse in the International System* (2. Ausg.), New Haven: Yale University Press.
- Rubin, Barnett R. (18.11.2011): Dāwūd Khan, Moḥammad. *Encyclopaedia Iranica*, <http://www.iranicaonline.org/articles/dawud-khan> (22.02.2016).
- Rubin, Barnett R. (2013): *Afghanistan from the Cold War through the War on Terror*, New York: Oxford University Press.
- Rubin, Barnett R./Laber, Jeri (1988): *A Nation is Dying. Afghanistan Under the Soviets, 1979-87*, Evanston: Northwestern University Press.
- Rumsfeld, Donald (2011): *Known and Unknown. A Memoir*, New York: Sentinel.
- Russel, H. Bernard (2011): *Research Methods in Anthropology. Qualitative and Quantitative Approaches* (5. Ausg.), Lanham: Rowman & Littlefield.

- Ruttig, Thomas (Juni 2008): Afghanistan. Institutionen ohne Demokratie. Strukturelle Schwächen des Staatsaufbaus und Ansätze für eine politische Stabilisierung. Stiftung Wissenschaft und Politik. Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit, http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2008_S17_rut_ks.pdf (29.01.2016).
- Ruttig, Thomas (06.06.2010a): Afghanistan Has a Two-Party System Now. Afghanistan Analysts Network, <http://www.afghanistan-analysts.org/afghanistan-has-a-two-party-system-now/> (20.02.2017).
- Ruttig, Thomas (13.09.2010b): „Afghanistan’s Elections. Political Parties at the Fringes Again“. Foreign Policy, <http://foreignpolicy.com/2010/09/13/afghanistan-elections-political-parties-at-the-fringes-again/> (20.02.2017).
- Ruttig, Thomas (03.03.2010c): „The Taliban Arrest Wave in Pakistan. Reasserting Strategic Depth?“, in: Combating Terrorism Center Sentinel 3(3), S. 5-7.
- Ruttig, Thomas (14.10.2010d): Afghan Reactions to the High Peace Council. Afghanistan Analysts Network, <https://www.afghanistan-analysts.org/afghan-reactions-to-the-high-peace-council/> (14.03.2017).
- Ruttig, Thomas (2012): How It All Began. A Short Look at the Pre-1979 Origins of Afghanistan’s Conflicts. Afghanistan Analysts Network, http://www.afghanistan-analysts.org/wp-content/uploads/downloads/2013/02/20130111Ruttig-How_It_All_Began_FINAL.pdf (06.08.2017).
- Ruttig, Thomas (16.04.2013): Now ‚Informal‘, Soon Illegal? Political Parties’ Existence Threatened Again. Afghanistan Analysts Network, <https://www.afghanistan-analysts.org/now-informal-soon-illegal-political-parties-existence-threatened-again-amended/> (20.02.2017).
- Ruttig, Thomas (28.09.2014a): Elections 2014 (52). The Not Yet Officially Announced Results – Electoral Math with Unknowns. Afghanistan Analysts Network, <https://www.afghanistan-analysts.org/2014-elections-52-the-not-yet-officially-announced-results-elections-maths-with-unknowns/> (17.03.2017).
- Ruttig, Thomas (28.01.2014b): Flash to the Past. Long Live Consensus – a Look Back at the 2003 Constitutional Loya Jirga. Afghanistan Analyst Network, <https://www.afghanistan-analysts.org/flash-to-the-past-long-live-consensus-a-look-back-at-the-2003-constitutional-loya-jirga/> (13.02.2017).
- Ruttig, Thomas (04.05.2014c): May Day on Workers Street. Trade Unions and the Status of Labour in Afghanistan. Afghanistan Analysts Network, <http://www.afghanistan-analysts.org/may-day-on-workers-street-trade-unions-and-the-status-of-labour-in-afghanistan/> (30.04.2016).
- Ruttig, Thomas (31.07.2015): From Mullah Omar to Mansur. Change at the Taliban’s Top Leadership. Afghanistan Analysts Network, <https://www.afghanistan-analysts.org/from-mullah-omar-to-mansur-change-at-the-talibans-top-leadership/> (16.01.2017).
- Ruttig, Thomas (19.11.2016): Parliament Kicks Out Ministers Again. A Multi-Dimensional Power Struggle. Afghanistan Analysts Network, <https://www.afghanistan-analysts.org/parliament-kicks-out-ministers-again-a-multi-dimensional-power-struggle/> (13.03.2017).
- Ruttig, Thomas (10.04.2017): „Atta for President“ Again? The Struggle for the Afghan Presidency and Jamiat’s Leadership. Afghanistan Analysts Network, <https://www.afghanistan-analysts.org/atta-for-president-again-the-struggle-for-the-afghan-presidency-and-jamiat-leadership/>

- www.afghanistan-analysts.org/atta-for-president-again-the-struggle-for-the-afghan-presidency-and-jamiats-leadership/ (21.07.2017).
- Rzehak, Lutz (2011): Doing Pashto. Pashtunwali as the Ideal of Honourable Behaviour and Tribal Life among the Pashtuns. Afghanistan Analysts Network, <https://www.afghanistan-analysts.org/wp-content/uploads/downloads/2012/10/20110321LR-Pashtunwali-FINAL.pdf> (03.08.2017).
- Rzehak, Lutz (2012a): „Ethnic Minorities in Search of Political Consolidation“, in: Shahzad Bashir/Rober D. Crews (Hg.), *Under the Drones. Modern Lives in the Afghanistan-Pakistan Borderlands*, Cambridge: Harvard University Press, S. 136-152. <https://doi.org/10.4159/harvard.9780674064768.c7>
- Rzehak, Lutz (2012b): „How to Name Universities? Or: Is There Any Linguistic Problem in Afghanistan?“, in: *Orient. Deutsche Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur des Orients* 53(2), S. 84-90.
- Sa'dī, Muṣliḥ ad-Dīn (1982): *Der Rosengarten*, Dieter Bellmann (Hg.), (Karl Heinrich Graf, Übers.), Leipzig/Weimar: Gustav Kiepenheuer Verlag.
- Safi Builders (2016): Brotheran Safi Ltd Company. Safi Builders, <http://www.safibuilders.com> (15.11.2016).
- Safi Group of Companies (2009): Safi Group of Companies. <http://www.safiglobal.com> (15.11.2016).
- Safi, Omid (2010): „Between ‚Ijtihad of the Presupposition‘ and Gender Equality. Cross-Pollination between Progressive Islam and Iranian Reform“, in: Carl W. Ernst/Richard C. Martin (Hg.), *Rethinking Islamic Studies. From Orientalism to Cosmopolitanism*, Columbia, SC: The University of South Carolina Press, S. 72-96.
- Safi, Sana (25.03.2015): „The Afghan Translator who became a 9/11 Millionaire“. BBC, <http://www.bbc.com/news/world-asia-32008567> (19.07.2016).
- Said, Edward W. (1979/2014): *Orientalism*, New York: Vintage Books.
- Said, Edward W. (1985): „Orientalism Reconsidered“, *Race Class* 27(1), S. 1-15. <https://doi.org/10.1177/030639689003200101>
- Saikal, Amin (2004): *Modern Afghanistan. A History of Struggle and Survival*, New York: I.B. Tauris.
- Salih, Mohammad Salih (09.05.2007): „Iran. Expelled Afghans Face Difficult Conditions on Return“. (Golnaz Esfandiari, Interviewerin) Radio Free Europe, Radio Liberty, <http://www.rferl.org/content/article/1076369.html> (06.07.2015).
- Sallah, Asmahan (Juni 2015): „Islamic Modernists and Discourse on Reason as a Reconciliatory Argument between Islam and the Western Enlightenment“, in: *International Journal of Islamic Thought* 7, S. 11-24.
- Samimy, Said Musa (1992): *Afghanistan Burmerang einer Strafexpedition?*, Institut für Afghanistanforschung e.V., IAF-Dokumentationen (Hg.), (Bd. DOK 5), Bonn: Pahl-Rugenstein Verlag.
- Samimy, Said Musa (1993): *Afghanistan. Gefangener seiner eigenen Widersprüche?*, Institut für Afghanistanforschung e.V., IAF-Dokumentationen (Hg.), (Bd. DOK 6), Bonn: Pahl-Rugenstein Verlag.
- Samimy, Said Musa (2003): *Afghanistan – Tragödie ohne Ende?*, Bad Honnef: Horemann Verlag.
- Sappenfield, Mark/Gopal, Anand (25.11.2008): *Rise in Crime, Kidnapping, Top Afghans' Worries*. The Cristian Science Monitor, <https://www.csmonitor.com/World/Asia-South-Central/2008/1125/p05s01-wosc.html> (16.03.2017).

- Sarkar, Benoy Kumar (1914/1985): *The Positive Background of Hindu Sociology*, Delhi: Motilal Banarsidass.
- Sarrió, Diego R. (Januar-Juni 2015): „The Philosopher as the Heir of the Prophets. Averroes’s Islamic Rationalism“, in *Al-Qantara* 36(1), S. 45-68.
- Saussure, Ferdinand de (1967): *Grundfragen der Allgemeinen Sprachwissenschaft*, Berlin: Walter de Gruyter & Co.
- Scherr, Albert (2017): „Anti-Roma-Rassismus“, in: Karim Fereidooni/Meral El (Hg.), *Rassismuskritik und Widerstandsformen*. Wiesbaden: Springer VS, S. 307-318. https://doi.org/10.1007/978-3-658-14721-1_18
- Schetter, Conrad (2003): *Ethnizität und ethnische Konflikte in Afghanistan*, Berlin: Dietrich Reimer Verlag.
- Schetter, Conrad (2004): *Kleine Geschichte Afghanistans*, München: C.H. Beck.
- Schetter, Conrad (2005): „Ethnicity and the Political Reconstruction of Afghanistan“. ZEF Working Paper Series 3, https://www.zef.de/uploads/tx_zefportal/%0bPublications/wp03.pdf (26.05.2017).
- Schetter, Conrad (2007): „Talibanistan – Der Anti-Staat“, in: *Internationales Asienforum* 38(3-4), S. 233-257.
- Schetter, Conrad (2010): „Die Durand-Line – Die afghanisch-pakistanische Grenzregion zwischen Paschtunistan, Tribalistan und Talibanistan“, in: Conrad Schetter/Stephan Conermann/Bernd Kurmits (Hg.), *Die Grenzen Asiens zwischen Globalisierung und staatlicher Fragmentierung*, Berlin: EB-Verlag, S. 221-246.
- Schetter, Conrad (03.01.2012): „Translocal Lives. Patterns of Migration in Afghanistan“, in: *Cross Roads Asia Working Paper Series 2. Crossroads Asia. Conflict Migration Development. Working Paper Series*, http://crossroads-asia.de/fileadmin/user_upload/publications/deliverables/Conrad_Schetter_-_Translocal_Lives_Patterns_of_Migration_in_Afghanistan.pdf (27.06.2015).
- Schetter, Conrad (Februar 2013): „The Durand Line. The Afghan-Pakistani Border Region between Pashtunistan, Tribalistan and Talibanistan“, in: *Internationales Asienforum* 44(1-2), S. 47-70.
- Schetter, Conrad (2015): „Five Theses on the Structural Instability of Afghanistan“, in: Michelin Centlivres-Demont (Hg.), *Afghanistan. Identity, Society and Politics since 1980*. London/New York: I.B. Taurus, S. 181-183.
- Schetter, Conrad (2016): „Playing the Ethnic Card: On the Ethnicization of Afghan Politics“, in: *Studies in Ethnicity and Nationalism* 16(3), S. 460-4-77.
- Schetter, Conrad/Conermann, Stephan/Kuzmits, Bernd (2010): *Die Grenzen Asiens zwischen Globalisierung und staatlicher Fragmentierung*, Bonn: EB-Verlag.
- Schinasi, May (07.04.2008): *Serāj al-aḵbār-e Afġāniya*. Torch of the News of Afghanistan. *Encyclopaedia Iranica*, <http://www.iranicaonline.org/articles/seraj-al-akbar-e-afganiya> (02.06.2016).
- Schlichte, Klaus (2006): „Staatsbildung und Staatszerfall. Zur politischen Soziologie der Weltgesellschaft“, in: Thorsten Bonacker/Cristoph Weller (Hg.), *Konflikte der Weltgesellschaft: Akteure – Strukturen – Dynamiken*. Frankfurt/New York: Campus Verlag, S. 197-220.
- Schmeidl, Susanne (2016): „The Contradictions of Democracy in Afghanistan. Elites, Elections and ‚People’s Rule‘ Post 2001“, in: *Conflict, Security & Development* 16(6), S. 575-594. <https://doi.org/10.1080/14678802.2016.1248427>

- Schmid, Herman (1971): „Friedensforschung und Politik“, in: Dieter Senghaas (Hg.), *Kritische Friedensforschung*, Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag, S. 25-54.
- Schmitter, Philippe C. (1998): „Some Basic Assumptions About the Consolidation of Democracy“, in: Takashi Inoguchi/Edward Newman/John Keane (Hg.), *The Changing Democracy Nature of Democracy*. Tokyo: United Nations University Press, S. 23-36.
- Schneckener, Ulrich (2005): „Frieden Machen: Peacebuilding und Peacebuilder“, in: *Die Friedens-Warte* (80), S. 17-39.
- Schneckener, Ulrich (2006): *Fragile Staatlichkeit. „States at Risk“ zwischen Stabilität und Scheitern*, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.
- Schneckener, Ulrich (2007): „Fragile Staatlichkeit und State-building. Begriffe, Konzepte und Analyserahmen“, in: Marianne Beisheim/Gunnar Folke Schuppert (Hg.), *Staatszerfall und Governance*, Baden-Baden: Nomos, S. 98-120. <https://doi.org/10.5771/9783845201009-98>
- Schneckener, Ulrich (2011): „Spoiler oder Governance-Akteure? Ein Plädoyer zur Differenzierung nicht-staatlicher Gewaltakteure“, in: Harald von Bluhm/Karsten Fischer/Marcus Llanque (Hg.): *Ideenpolitik. Geschichtliche Konstellationen und gegenwärtige Konflikte*, Berlin/Boston: Akademie Verlag, S. 495-512. <https://doi.org/10.1524/9783050057620.495>
- Schneckener, Ulrich/Zürcher, Christoph. (2007): „Transnational Security Governance in fragilen Staaten. Oder: Geht Sicherheit ohne Staat?“, in: Thomas Risse/Ursula Lehmkuhl (Hg.): *Regieren ohne Staat? Governance in Räumen begrenzter Staatlichkeit*, Baden-Baden: Nomos, S. 205-222. <https://doi.org/10.5771/9783845206554-205>
- Schubert, Klaus/Klein, Martina (2016a): *Policy*, *Das Politiklexikon* (6. Ausg.). Bundeszentrale für politische Bildung, <http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/politiklexikon/18014/policy> (03.08.2016).
- Schubert, Klaus/Klein, Martina (2016b): *Politics*, *Das Politiklexikon* (6. Ausg.). Bundeszentrale für politische Bildung, <http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/politiklexikon/18017/politics> (03.08.2016).
- Schubert, Klaus/Klein, Martina (2016c): *Polity*, *Das Politiklexikon* (6. Ausg.). Bundeszentrale für politische Bildung, <http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/politiklexikon/18047/polity> (03.08.2016).
- Schumacher, Florian (2013): „Norbert Elias’ ‚sozialer Habitus‘ als Vorläufer des Bourdieuschen Habitus? Eine vergleichende Analyse“, in: Alexander Lenger/Christian Schneikert/Florian Schumacher (Hg.), *Pierre Bourdieu's Konzeption des Habitus. Grundlagen, Zugänge, Forschungsperspektiven*, Wiesbaden: Springer VS, S. 131-148. https://doi.org/10.1007/978-3-531-18669-6_8
- Schurmann, H. Franz (1962): *The Mongols of Afghanistan. An Ethnography of the Moghōls and Related Peoples of Afghanistan*, Mouton: 'S-Gravenhagen.
- Schwendter, Rolf (1993): „Avantgarde der Gruppenprozesse“, in: Thomas Leif/Hans-Josef Legrand/Ansgar Klein (Hg.), *Die politische Klasse in Deutschland. Eliten auf dem Prüfstand* (2. Ausg.), Bonn-Berlin: Bouvier, S. 391-404.
- Sciolino, Elaine (04.10.2000): „Love Finds a Way in Iran: ‚Temporary Marriage‘“. *The New York Times*, <http://www.nytimes.com/2000/10/04/world/love-finds-a-way-in-iran-temporary-marriage.html> (19.11.2016).

- Sediqi, Freshta (August 2010): A Sociolinguistic Profile of English in Afghanistan. The Perspectives of Kabul Academics. Master Thesis. Purdue University, <https://search.proquest.com/docview/856127446/> (13.03.2017).
- Sediqi, Rafi (03.07.2013): „Wording Debate Delays Approval of Higher Education Law“. TOLO News, <http://www.afghanistannewscenter.com/news/2013/july/jul42013.html#a13> (17.09.2015).
- Sample, Michael/Farrell, Theo/Lieven, Anatol/Chaudhuri, Rudra (September 2012): Taliban Perspectives on Reconciliation. Royal United Services Institute, https://rusi.org/sites/default/files/taliban_perspectives_on_reconciliation.pdf (10.06.2017).
- Sen, Amartya (2009): *The Idea of Justice*, London: Penguin Books.
- Sen, Amartya (2010): *Die Identitäts Falle. Warum es keinen Krieg der Kulturen gibt*, (Friedrich Griese, Übers.), München: Deutscher Taschenbuch Verlag.
- Senghaas, Dieter (1996): *Friedensprojekt Europa*, Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
- Sexton, Renard (July 2012): *Natural Resources and Conflict in Afghanistan. Seven Case Studies, Major Trends and Implications for the Transition*. Afghanistan Watch, http://www.watchafghanistan.org/files/Natural_Resources_and_Conflict_in_Afghanistan/Natural_Resources_and_Conflict_in_Afghanistan_Full_Report_English.pdf (29.10. 2013).
- Shakib, Ahmad/Nordland, Rod (07.08.2015): „Waves of Suicide Attacks Shake Kabul on Its Deadliest Day of 2015“. *The New York Times*, <https://www.nytimes.com/2015/08/08/world/asia/suicide-truck-bombing-in-kabul-afghanistan.html> (16.01.2017).
- Shalizi, Hamid (21.10.2012): „China’s CNPC Begins Oil Production in Afghanistan“. *Reuters*, <http://www.reuters.com/article/2012/10/21/us-afghanistan-oil-idUSBRE89K08G20121021> (04.11.2015).
- Sharan, Timor (August 2011): „The Dynamics of Elite Networks and Patron-Client Relations in Afghanistan“, in: *Europe-Asia Studies* 36(6), S. 1109-1127.
- Sharan, Timor (2015): „The Dynamics of Informal Political Networks and Statehood in Post-2001 Afghanistan. A Case Study of the 201-2011 Special Election Court Crisis“, in: Jonathan Goodhand/Mark Sedra (Hg.): *The Afghan Conundrum. Intervention, Statebuilding and Resistance*, New York: Routledge, S. 98-114. <https://doi.org/10.1080/09668136.2011.585764>
- Sharan, Timor (06.04.2016): *Afghanistan’s Electoral Reform. A Distant Reality*. The Asia Foundation. In: *Asia Weekly Insights and Analysis*, <https://asiafoundation.org/2016/04/06/afghanistans-electoral-reform-distant-reality/> (17.03.2017).
- Shroder, John (2016): „Chapter 2 Hydrogeography (Drainage Basins and Rivers) of Afghanistan and Neighboring Countries“, in: John Shroder/Sher Jan Ahmadzai (Hg.), *Transboundary Water Resources in Afghanistan*, Amsterdam: Elsevier, S. 23-40.
- SIGAR (Januar/Februar 2013): *Special Inspector General for Afghanistan Reconstruction. Special Inspector General for Afghanistan Reconstruction. Quarterly Report to the United States Congress*, <https://www.sigar.mil/pdf/quarterlyreports/2013-01-30qr.pdf> (18.07.2016).
- SIGAR (Januar 2014): *Afghanistan’s Banking Sector. The Central Bank’s Capacity to Regulate Commercial Banks Remains Weak*, SIGAR 14-16 Audit Report.

- Special Inspector General for Afghanistan Reconstruction, <https://www.sigar.mil/pdf/audits/SIGAR%2014-16-AR.pdf> (21.12.2015).
- SIGAR (25.11.2015): SIGAR 16-05-SP, TFBSO Security. Special Inspector General for Afghanistan Reconstruction, <https://www.sigar.mil/pdf/special%20projects/SIGAR-16-05-SP.pdf> (17.01.2017).
- SIGAR (30.07.2016): Special Inspector General for Afghanistan Reconstruction. Quartely Report to the United States Congress. Special Inspector General for Afghanistan Reconstruction, <https://www.sigar.mil/pdf/quarterlyreports/2016-07-30qr.pdf> (05.08.2016).
- Sigrist, Christian (1986): „Der lange afghanische Krieg“, in: *Das Argument* 28(157), S. 378-390.
- Simmel, Georg (1992): *Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung*, Otthein Rammstedt (Hg.), Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Simonsen, Sven Gunnar (2004): „Ethnicising Afghanistan?. Inclusion and Exclusion in Post-Bonn Institution Building“, in: *Third World Quarterly* 25(4), S. 707-729.
- Simonsen, Sven Gunnar (September 2005): „Addressing Ethnic Divisions in Post-Conflict Institution-Building. Lessons from Recent Cases“, *Security Dialogue* 36(3), S. 297-318. <https://doi.org/10.1177/0967010605057017>
- Sims-Williams, Ursula (1980): „The Afghan Newspaper Siraj al-Akhbar“, in: *Bulletin British Society for Middle Eastern Studies* 7(2), S. 118-122. <https://doi.org/10.1080/13530198008705294>
- Sinkaya, Bayram (2016): *The Revolutionary Guards in Iranian Politics. Elites and Shifting Relations*, New York: Routledge.
- Smith, Anthony D. (1992): „Nationalism and the Historians“, in: Anthony D. Smith (Hg.), *Ethnicity and Nationalism*. Leiden: E. J. Brill, S. 58-80.
- Smith, Anthony D. (20014): „The Rites of Nations. Elites, Masses and the Re-Enactment of the ‚National Past““, in: Rachel Tsang/Eric Taylor Woods (Hg.), *The Cultural Politics of Nationalism and Nation-Building. Ritual and Performance in the Forging of Nations*. New York: Routledge, S. 21-37.
- Snow, Shawn (03.09.2016): „US Speeds Afghanistan’s Pivot to India“. *The Diplomat*, <http://thediplomat.com/2016/09/us-speeds-afghanistans-pivot-to-india/> (16.01.2017).
- Snyder, Jack L. (2000): *From Voting to Violence. Democratization and Nationalist Conflict*, New York: W. W. Norton.
- Spahn, Jens (23.08.2017): „Sprechen Sie doch deutsch!“. *Die Zeit*, <http://www.zeit.de/2017/35/berlin-cafes-hipster-englisch-sprache-jens-spahn> (18.09.2017).
- Spinoza, Baruch de (1670/1979): *Tractatus Theologicus-Politicus*. Opera Werke Lateinisch und Deutsch (2. Ausg., Bd. 1), Günther Gawlick/Friedrich Niewöhner (Hg.), Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Spinoza, Baruch de (1677/1976): *Die Ethik nach geometrischer Methode dargestellt*, (Otto Baensch, Übers.), Hamburg: Felix Meiner Verlag.
- Spivak, Gayatri Chakravorty (1994): „Can the Subaltern Speak?“, in: Laura Chrisman/Patrick Williams (Hg.), *Colonial Discourse and Post-Colonial Theory. A Reader*, Herdforshire: Harvester Wheatsheaf, S. 66-11.
- Spooner, Brian (2012): „Persian, Farsi, Dari, Tajiki. Language Names and Language Policies“, in: Harold F. Schiffman (Hg.), *Language Policy and Language Conflict*

- in Afghanistan and its Neighbors. *The Changing Politics of Language Choice*, Leiden/Boston: Brill, S. 89-117.
- Stanikzai, Sharafuddin (27.06.2013): „Herat Governor Resigns under Pressure“. *Pajhwok Afghan News*, <http://www.pajhwok.com/en/2013/06/27/herat-governor-resigns-under-pressure> (22.06.2017).
- Strakes, John E. (2011): „Arab and Non-Arab Tribes as State-Like Entities. Informal Alliances and Conflict Patterns in the Historic and Contemporary Middle East“, in: *The Journal of the Middle East and Africa* 2(2), S. 235-253. <https://doi.org/10.1080/21520844.2011.617784>
- Strick van Linschoten, Alex/Kuehn, Felix (2012): *An Enemy We Created. The Myth of the Taliban-Al Qaeda Merger in Afghanistan*, New York: Oxford University Press.
- Stuligross, David/Varshney, Ashutosh (2002): „Ethnic Diversities, Constitutional Designs, and Public Policies in India“, in: Andrew Reynolds (Hg.), *The Architecture of Democracy. Constitutional Design, Conflict Management, and Democracy*, Oxford: Oxford University Press, S. 429-458. <https://doi.org/10.1093/0199246467.003.0016>
- Sugarman, Eli/Benard, Alexander/Lloyd, Anne Stephens/Joseloff, Ben/Rettig, Max/Ahmad, Stephanie/Berg, Jason (2011): *An Introduction to the Law of Afghanistan*. Afghan Legal Education Project (ALEP), https://www-cdn.law.stanford.edu/wp-content/uploads/2016/03/ALEP-Law-of-Afghanistan-3d-Ed_English.pdf (13.01.2017).
- Suhrke, Astri (2011): *When More is Less, The International Project in Afghanistan*, London: Hurst & Company.
- Suroush, Qayoom (19.05.2014): 2014 Elections (21). A Closer Look at the IECC's Performance and the Challenges It Faced. *Afghanistan Analysts Network*, <https://www.afghanistan-analysts.org/2014-elections-21-a-closer-look-at-the-iecc-its-performance-and-the-challenges-faced/> (05.08.2016).
- Synovitz, Ron (17.09.2004): „Afghan Report. September 17, 2004. Special Feature. Violence in Herat Could Signal Final Phase of Efforts against Ismail Khan“. *Radio Free Europe, Radio Liberty*, <https://www.rferl.org/a/1340590.html> (01.07.2017).
- Tadjbakhsh, Shahrbanou/Richmond, Olivier P. (2011): „Typologies and Modifications Proposed by Critical Approaches“, in: Shahrbanou Tadjbakhsh (Hg.), *Rethinking the Liberal Peace. External Models and Local Alternatives*, London/New York: Routledge, S. 221- 241. <https://doi.org/10.4324/9780203819050>
- Taef Agreement (01.01.2006): *Le Monde diplomatique. Un cahier spécial sur le Proche-Orient. Taef Agreement*, <http://www.monde-diplomatique.fr/cahier/proche-orient/region-liban-taef-en> (13.10.2015).
- Tamer, Georges (2015): *Islam and Rationality. The Impact of al-Ghazali*. Papers Collected on His 900th Anniversary, London/Boston: Brill.
- Tapper, Richard (1983): *The Conflict of Tribe and State in Iran and Afghanistan*, New York: Croom Helm.
- Tapper, Richard (2008): „Who Are the Kuchi? Nomad Self-Identities in Afghanistan“, in: *Journal of the Royal Anthropological Institute* 14(1), S. 97-116. <https://doi.org/10.1111/j.1467-9655.2007.00480.x>

- The Asia Foundation (2016): A Survey of the Afghan People. Afghanistan in 2016. The Asia Foundation, http://asiafoundation.org/wp-content/uploads/2016/12/2016_Survey-of-the-Afghan-People_full-survey.Apr2017.pdf (24.05.2017).
- The Economist (13.09.2004): „A Triumph for Nation-Building, If It Succeeds“. The Economist, <http://www.economist.com/node/3171207> (14.11.2016).
- The Economist (28.11.2014): „Tunisia’s Election. The Secularist Comeback“. The Economist, <http://www.economist.com/news/middle-east-and-africa/21628920-surprising-defeat-islamist-nahda-party-secularists-comeback> (03.04.2017).
- The Express Tribune (22.06.2011): „Ministry Suggests Water Treaty with Kabul to Avoid Dispute“. The Express Tribune, <http://tribune.com.pk/story/193655/ministry-suggests-water-treaty-with-kabul-to-avoid-dispute/> (09.12.2016).
- The International Center for Not-for-Profit Law (26.10.2016): Civic Freedom Monitor: Afghanistan. NGO Law Monitor, <http://www.icnl.org/research/monitor/afghanistan.html> (18.11.2016).
- The Pashtun Times (03.09.2016): „We will respect Pashtun’s Decision on Pashtunistan: Karzai“. The Pashtun Times. News Network, <http://thepashtuntimes.com/news/we-will-respect-pashtuns-decision-on-pashtunistan-karzai/> (10.12.2016).
- The Prospect (24.04.2013): „World Thinker’s 2013. The Results of Prospect’s World Thinkers Poll“. The Prospect. The leading magazine of ideas, <http://www.prospectmagazine.co.uk/features/world-thinkers-2013> (17.08.2015).
- The World Bank (2012): The World Bank Online. Agricultural Irrigated Land (% of total Agricultural Land). The World Bank, <http://data.worldbank.org/indicator/AG.LND.IRIG.AG.ZS/countries> (27.06.2015).
- The World Bank (2016): Leveraging Urbanization in Afghanistan. The World Bank, <http://www.worldbank.org/en/country/afghanistan/publication/leveraging-urbanization-afghanistan> (04.05.2016).
- Thibaut, Bernhard (2004): Lexikon der Politikwissenschaft (2. Ausg., Bde. 1: A-M), (Dieter Nohlen/Rainer-Olaf Schultze (Hg.), München: C.H. Beck.
- Thier, Alexander J. (2006/2007): „The Making of a Constitution in Afghanistan“, in: New York Law School Law Review 51, S. 557-559.
- Thomas, Vincent/Azizi, Mujib A./Behzad, Khalid (Mai 2016): Developing Transboundary Water Resources. What Perspectives for Cooperation between Afghanistan, Iran and Pakistan? Afghanistan Research Evaluation Unit, <https://areu.org.af/wp-content/uploads/2017/01/1607E-Developing-transboundary-water-resources3.pdf> (04.06.2016).
- Thuesen, Frederik (2011): „Navigating between Dialogue and Confrontation. Phronesis and Emotions in Interviewing Elites on Ethnic Discrimination“, in: Qualitative Inquiry 17(7), S. 613-622. <https://doi.org/10.1177/1077800411413998>
- Tokyo Declaration (08.07.2012): „The Tokyo Declaration Partnership for Self-Reliance in Afghanistan from Transition to Transformation“. Khaama Press, <http://www.khaama.com/wp-content/uploads/2012/07/Tokyo-Conference-Declaration.pdf> (29.02.2016).
- Tolo News (18.07.2013a): „Dr. Spanta’s Brother Shot Dead by Taliban in Herat“. Tolo News, <http://www.tolonews.com/en/afghanistan/11245-dr-spantas-brother-shot-hot-dead-by-taliban-in-herat> (19.05.2015).

- Tolo News (29.04.2013b): „Karzai Confirms Receiving Cash from the US“. Tolo News, <http://www.tolonews.com/afghanistan/karzai-confirms-receiving-cash-us> (01.02.2017).
- Tolo News (27.01.2014a): „Karzai Says He Doesn't Want the BSA to Become Another Durand“. Tolo News, <http://www.tolonews.com/afghanistan/karzai-says-he-doesnt-want-bsa-become-another-durand> (05.01.2017).
- Tolo News (11.12.2014b): „Spanta Criticizes Ghani for Calling Taliban ‚Political Opposition‘“. Tolo News, <http://www.tolonews.com/afghanistan/spanta-criticizes-ghani-calling-taliban-political-opposition> (22.05.2017).
- Tolo News (06.04.2017a): „Elections to Be Held at the End of This Solar Year“, Tolo News, <http://www.tolonews.com/afghanistan/iec-announces-elections-be-held-end-solar-year> (12.04.2017).
- Tolo News (02.03.2017b): „New Afghan ID Cards to Include Both Nationality, Ethnicity“. Tolo News, <http://www.tolonews.com/afghanistan/word-afghan-be-stated-e-nic-nationality-ethnicity> (30.03.2017).
- Tolo News (21.03.2017c): „Noor Announces His Intention to Run for President. Tolo News“, <http://www.tolonews.com/afghanistan/noor-announces-his-intention-run-president> (27.03.2017).
- Transparency International and Integrity Watch Afghanistan (16.02.2016): National Integrity System Assessment Afghanistan 2015. Transparency International. The Global Coalition against Corruption, http://files.transparency.org/content/download/1962/12860/file/2015_AfghanistanNIS_EN_V2.pdf (21.03.2017).
- Trump, Donald (24.01.2017): „Read Donald Trump's Full Inauguration Speech“. Time, <http://time.com/4640707/donald-trump-inauguration-speech-transcript> (18.09.2017).
- U.S. Department of State (11.01.2016): Joint Press Release of the Quadrilateral Coordination Group on Afghan Peace and Reconciliation. U.S. Department of State, <https://www.state.gov/r/pa/prs/ps/2016/01/251105.htm> (15.01.2017).
- UN General Assembly (26.09.2001): Situation of Human Rights in Afghanistan. Human Rights Questions: Human Rights Situations and Reports of Special Rapporteurs and Representatives, Fifty-Sixth Session, agenda item 119 (c). United Nations, <http://www.un.org/documents/ga/docs/56/a56409.pdf> (20.12.2016).
- UN General Assembly Security Council (10.03.2009): United Nations General Assembly Security Council, Sixty-Third Session, agenda item 17. The Situation in Afghanistan and its Implications for International Peace and Security. United Nations, <http://afghanistan-un.org/wp-content/uploads/2010/11/S20091351.pdf> (16.12.2016).
- UNAMA (19.03.2012): Points of View in Afghanistan on Ulema Council's Statement on Women. United Nations Assistance Mission in Afghanistan, <https://unama.unmissions.org/points-view-afghanistan-ulema-councils-statement-women> (18.04.2017).
- UNAMA (16.01.2016a): New Development Goals Promise Better Life for Most Vulnerable. United Nations Assistance Mission in Afghanistan, <https://unama.unmissions.org/new-development-goals-promise-better-life-most-vulnerable> (04.08.2017).
- UNAMA (17.04.2016b): UN Chief in Afghanistan. Do More Now to Protect Civilians – UNAMA Releases Civilian Casualty Data for the First Quarter of 2016.

- United Nations Assistance Mission in Afghanistan, <https://unama.unmissions.org/un-chief-afghanistan-do-more-now-protect-civilians-unama-releases-civilian-casualty-data-first> (16.01.2017).
- UNDP (01.07.2014): Evaluation of the National Area-Based Development Programme (NABDP) in Afghanistan. Final Report. United Nations Development Programme, <https://info.undp.org/docs/pdc/Documents/AFG/Evaluation%20Report%20NABDP.pdf> (08.02.2016).
- UNDP (2017): Sustainable Development Goals. United Nations Development Programme, <http://www.undp.org/content/undp/en/home/sustainable-development-goals.html> (04.08.2017).
- UNDP in Afghanistan (06.07.2015): The Millennium Development Goals Report 2015 (Goals). United Nations Development Programme in Afghanistan, <http://www.af.undp.org/content/afghanistan/en/home/library/mdg/the-millennium-development-goals-report-2015.html> (04.08.2017).
- UNHCR (Mai 2008): Note on the Structure and Operation of the KhAD/WAD in Afghanistan 1978-1992. Refworld, <http://www.refworld.org/docid/482947db2.html> (18.12.2013).
- UNHCR (02./03.05.2012): International Conference on the Solutions Strategy for Afghan Refugees, to Support Voluntary Repatriation, Sustainable Reintegration and Assistance to Host Countries. UN Refugee Agency, <http://www.unhcr.org/afghanistan/solutions-strategy.pdf> (06.07.2015).
- UNHCR (18.06.2015): The World at War. Global Trends. Forced Displacement in 2014. UN Refugee Agency, <http://www.unhcr.de/service/zahlen-und-statistiken.html> (04.07.2015).
- United Nations Security Council Resolution (20.12.2001): United Nations. Security Council Resolution S/RES/1386 (2001). NATO, http://www.nato.int/isaf/topics/mandate/unscr/resolution_1386.pdf (25.02.2013).
- United Nations Security Council (13.10.2003a): United Nations. Security Council. Resolution S/RES/1510 (2003). The Situation in Afghanistan. United Nations, [http://daccess-ods.un.org/access.nsf/Get?Open&DS=S/RES/1510%20\(2003\)&Lang=E&Area=UNDOC](http://daccess-ods.un.org/access.nsf/Get?Open&DS=S/RES/1510%20(2003)&Lang=E&Area=UNDOC) (26.06.2013).
- United Nations Security Council (11.11.2013b): United Nations Security Council S/2013/656 (2013). Third Report of the Analytical Support and Sanctions Monitoring Team, Submitted Pursuant to Resolution 2082 (2012) Concerning the Taliban and Other Associated Individuals and Entities Constituting a Threat to the Peace, Stability and Security of Afghanistan. United Nations, <https://documents-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/GEN/N13/492/73/pdf/N1349273.pdf?OpenElement> (06.08.2017).
- United States Senate (09.12.2014): Senate Select Committee on Intelligence. Committee Study of the Central Intelligence Agency's Detention and Interrogation Program. Intelligence Senate, <http://www.intelligence.senate.gov/study2014/ssciudy1.pdf> (10.01.2017).
- University of Birmingham (22.07.2015): Birmingham Qur'an Manuscript Dated among the Oldest in the World. University of Birmingham, <http://www.birmingham.ac.uk/news/latest/2015/07/quran-manuscript-22-07-15.aspx> (21.11.2016).

- UNODC (Mai 2016): United Nations Office on Drugs and Crime. World Drug Report 2016. United Nations Office on Drugs and Crime, https://www.unodc.org/doc/wdr2016/WORLD_DRUG_REPORT_2016_web.pdf (14.01.2017).
- UNODC (Mai 2017): Sustainable Development in an Opium Environment. Afghanistan Opium Survey Report 2016. United Nations Office on Drugs and Crime and Islamic Republic of Afghanistan, Ministry of Counter Narcotics, http://www.unodc.org/documents/crop-monitoring/Afghanistan/Afghanistan_sustainable_development_for_web.pdf (19.07.2017).
- USA and Islamic Republic of Afghanistan (20.11.2013): Security and Defense Cooperation Agreement between the United States of America and the Islamic Republic of Afghanistan. Ministry of Foreign Affairs, <http://mfa.gov.af/en/news/bsa> (03.01.2017).
- USA and Islamic Republic of Afghanistan (02.10.2014): Text of Security and Defense Cooperation Agreement between the Islamic Republic of Afghanistan and the United States of America. Ministry of Foreign Affairs, <http://mfa.gov.af/en/news/text-of-security-and-defense-cooperation-agreement-between-the-islamic-republic-of-afghanistan-and-the-united-states-of-america> (03.01.2017).
- USAID (Januar 2012): Afghanistan Social Outreach Program (ASOP). Final Report. USAID, http://pdf.usaid.gov/pdf_docs/pdact585.pdf (08.02.2016).
- Vajehyab (2015a): Dehkhoda. Vajehyab, <https://www.vajehyab.com/dehkhoda/دادآور> (11.06.2017).
- Vajehyab (2015b): Vajehyab, <https://www.vajehyab.com/?q=سپنتا&d=en> (11.06.2017).
- van Bijlert, Martine (27.07.2013): Afghanistan's New Electoral Laws. Changes and Red Flags. Afghanistan Analysts Network, <https://www.afghanistan-analysts.org/afghanistans-new-electoral-laws-changes-and-red-flags/> (27.08.2015).
- van Bijlert, Martine (21.11.2015): The Afghan Government and the ‚Smart City‘ Debacle: Who Out-Smarted Whom? Afghanistan Analysts Network, <https://www.afghanistan-analysts.org/the-afghan-government-and-the-smart-city-debacle-who-out-smarted-whom/> (17.12.2015).
- van Bijlert, Martine (27.04.2016a): Ghani's Speech to the Parliament. A Hardening Position on War, Peace and Pakistan. Afghanistan Analysts Network, <https://www.afghanistan-analysts.org/ghanis-speech-to-the-parliament-a-hardening-position-on-war-peace-and-pakistan/> (16.01.2017).
- van Bijlert, Martine (18.01.2016b): The IEC Announces 2016 Election Date – But What about Electoral Reform? Afghanistan Analysts Network, <https://www.afghanistan-analysts.org/the-iec-announces-an-election-date/> (05.08.2016).
- van de Walle, Nicolas (2007): „Meet the New Boss, Same as the Old Boss? The Evolution of Political Clientelism in Africa“, in: Herbert Kitschelt/Steven Wilkinson (Hg.), *Patrons, Clients, and Policies*. Cambridge: Cambridge University Press, S. 50-67. <https://doi.org/10.1017/CBO9780511585869.002>
- van de Walle, Nicolas (2012): „The Path from Neopatrimonialism. Democracy and Clientelism in Africa Today“, in: Daniel C. Bach/Mamoudou Gazibo (Hg.), *Neopatrimonialism in Africa and Beyond*, London: Routledge S. 111-123.
- Veit, Alex (2011): „Warlord. Nutzen und Mängel einer negativen Kategorie“, in: Thomas Jäger/Rasmus Beckmann (Hg.), *Handbuch Kriegstheorien*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 487-497.

- Verfassung Afghanistans. Die Verfassung der Islamischen Republik Afghanistan (27.01.2004): Die Verfassung der Islamischen Republik Afghanistan. Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht, https://www.mpipriv.de/files/pdf4/verfassung_2004_deutsch_mpil_webseite.pdf (05.08.2017).
- Vester, Michael (2003): Die Bedeutung milieutheoretischer Ansätze für die Elitenforschung, in: Stefan Hradil/Peter Imbusch (Hg.), *Oberschichten – Eliten – Herrschende Klassen*, Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 133-144. https://doi.org/10.1007/978-3-322-99332-8_9
- Vick, Margaret J. (19.01.2013): Sharing Central Asia's Waters. The Case of Afghanistan. International Water Law Project Blog, <http://www.internationalwaterlaw.org/blog/2013/01/19/sharing-central-asias-waters-the-case-of-afghanistan> (06.07.2015).
- Vijayalakshmi, M./Babu, Manchi Sarat (Mai 2014): „A Brief History of English Language Teaching in India“, in: *International Journal of Scientific and Research Publications* 4(5), S. 1-4.
- Vine, Victor T. (1980): „African Patrimonial Régimes in Comparative Perspective“, in: *The Journal of Modern African Studies* 18(4), S. 657-673. <https://doi.org/10.1017/S0022278X00014786>
- Vladimirsky, Irena (1996): *The Jews of Afghanistan*. Museum of the Jewish People, <http://www.bh.org.il/jews-afghanistan/> (06.04.2016).
- Vogt, Wolfgang R. (1986): „Militärische Gewalt und Gesellschaftsentwicklung. Zur Inkompatibilitätsproblematik und Friedenssicherung im Nuklearzeitalter – ein soziologischer Entwurf“, in: Wolfgang R. Vogt (Hg.), *Militär als Gegenkultur. Streitkräfte im Wandel der Gesellschaft (I)*, Opladen: Leske + Budrich, S. 37-88.
- von Wurm-Seibel, Ronja (2015): *Ausgerechnet Kabul. 13 Geschichten vom Leben im Krieg*. München: Deutsche Verlags-Anstalt.
- Wacquant, Loïc D. (2004): „Following Pierre Bourdieu into the Field“, in: *Ethnography* 5(4), S. 387-414.
- Wacquant, Loïc D. (2006): „7. Ethische Vernunft und Politik“, in: Pierre Bourdieu/Loïc D. Wacquant (Hg.), *Reflexive Anthropologie*, Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 77-93.
- Wagner, Christian/Khan, Amina (2013): „The Changing Character of the Durand Line“, in: *Internationales Asienforum* 44(1-2), S. 71-84.
- Wakili, Merjam (2013): *Medien und Öffentlichkeit im Demokratisierungsprozess in Afghanistan. Die Transformation des Staatssenders Radio Television Afghanistan in einen öffentlichen Sender*, Berlin: Lit.-Verlag.
- Waldman, Amy (24.12.2014): „New Karzai Team Has Warlords Out, Technocrats in. Afghan President Remakes Cabinet, Picks Western-Oriented Pashtuns for Key Posts“. SFGATE, <https://www.sfgate.com/politics/article/New-Karzai-team-has-warlords-out-technocrats-in-2627705.php> (22.09.2015).
- Waldman, Matt (March 2008): *Falling Short. Aid Effectiveness in Afghanistan*. Oxfam, https://www.oxfam.org/sites/www.oxfam.org/files/ACBAR_aid_effectiveness_paper_0803.pdf (06.08.2017).
- Wasner, Barbara (2004): *Eliten in Europa. Einführung in Theorien, Konzepte und Befunde*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. <https://doi.org/10.1007/978-3-322-80939-1>

- Weber, Max (1921/1972): *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der verstehenden Soziologie* (5. Ausg.), Johannes Winckelmann (Hg.), Tübingen: Mohr.
- Weber, Max (1980): *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der verstehenden Soziologie*, Johannes Winckelmann (Hg.), Tübingen: Mohr Siebeck.
- Weber, Max (1986): *Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie* (Bd. 1), Tübingen: Mohr Siebeck.
- Weber, Max (2005): *Wirtschaft und Gesellschaft. Die Wirtschaft und die gesellschaftlichen Ordnungen und Mächte. Nachlass* (Bd. 1 22/4), Edith Hanke (Hg.), Tübingen: J. C. B. Mohr.
- Weber, M. (2013): *Wirtschaft und Gesellschaft. Soziologie Unvollendet 1919-1920* (Bd. 23), Knut Borchardt/Edith Hanke/Wolfgang Schluchter (Hg.), Tübingen: Mohr Siebeck.
- Weiner, Matt (2004): „An Afghan ‚Narco-State‘?. Dynamics, Assessment and Security Implications of the Afghan Opium Industry“, in *Canberra Papers on Strategy and Defence* 158.
- Werbner, Pnina (2013): „Everyday Multiculturalism. Theorising the Difference between ‚Intersectionality‘ and ‚Multiple Identities‘“, in: *Ethnicities* 13(4), S. 401-419. <https://doi.org/10.1177/1468796813483728>
- Whiteford, Taylor/Preston L.L.P. (27.09.2012): *Watan Group. Risk Management, Oil and Gas, Mining, Logistics*. Watan Group, <http://www.watan-group.com/congress-statement.PDF> (11.01.2016).
- Woltersdorf, Adrienne (2014): „Die afghanische Zivilgesellschaft und die Gewerkschaften“, in: *Orient. Deutsche Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur des Orients* 55(3), S. 42-48.
- Woodward, Bob (2010): *Obama’s Wars*, New York: Simon & Schuster.
- World Bank (17.11.2015): *Afghanistan-Third National Solidarity Program Project, NSP III (P117103)*. The World Bank, <http://documents.worldbank.org/curated/en/376541467999988760/pdf/101388-ISDS-P117103-Restructuring-Box393263B-PUBLIC.pdf> (17.11.2018).
- World Bank (September 2013): *World Bank Releases Randomized Impact Evaluation of Afghanistan’s National Solidarity Programme*. The World Bank, <http://www.worldbank.org/en/news/feature/2013/09/29/world-bank-releases-randomized-impact-evaluation-of-afghanistans-national-solidarity-programme> (30.01.2016).
- World Bank/Boex, Jamie (2013): *Exploring Afghanistan’s Subnational Fiscal Architecture. Considering the Fiscal Linkages between Villages, Districts, Provinces and the Center* (English). Washington D.C.: World Bank Group, <http://documents.worldbank.org/curated/en/394581540218232907/Exploring-Afghanistans-Subnational-Fiscal-Architecture-Considering-the-Fiscal-Linkages-between-Villages-Districts-Provinces-and-the-Center> (19.11.2018)
- Yacine, Tassadit (2004): „Pierre Bourdieu in Algeria at War. Notes on the Birth of an Engaged Ethnology“, in: *Ethnography* 5(4), S. 487-509. <https://doi.org/10.1177/1466138104050703>
- Yama, Nader (08.11.2015): *Exploring Afghanistan’s Subnational Fiscal Architecture. Considering the Fiscal Linkages between Villages, Districts, Provinces and the Center (DRAFT)*. Lotusquick, [https://wpqr4.adb.org/lotusquickr/cop-mfdr/pagelibrary482571ae00516aa5.nsf/0/EE251339AD1652CC48257AD0000F0D4C/\\$file/Exploring%20Afghanistan%208th%20Nov-Yama.pdf](https://wpqr4.adb.org/lotusquickr/cop-mfdr/pagelibrary482571ae00516aa5.nsf/0/EE251339AD1652CC48257AD0000F0D4C/$file/Exploring%20Afghanistan%208th%20Nov-Yama.pdf) (27.01.2016).

- Zürcher, Christoph (2004): „Einbettung und Entbettung Empirische Institutionenzentrierte Konfliktanalyse“, in: Julia Eckert (Hg.), *Anthropologie der Konflikte*. Georg Elwerts konflikttheoretische Thesen in der Diskussion, Bielefeld: transcript Verlag, S. 102-120.
- Zürn, Michael (2012): „Supranationalisierung. Die Zukunft der Staatlichkeit“, in: Stefan Hradil/Adalbert Hepp (Hg.), *Deutsche Verhältnisse. Eine Sozialkunde*, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 479-502.
- Zaeef, Abdul Salam (2010): *My Life with the Taliban*, Alex Strick van Linschoten/Felix Kuehn (Hg.), London: Hurst & Company.
- Zaheer, Abasin (27.03.2013): „Herat Council Chief’s Election a Coup: Saba“. Pajhwok Afghan News, <http://www.elections.pajhwok.com/en/2013/03/27/herat-council-chief’s-election-coup-saba> (22.06.2017).
- Zaheer, Abasin (03.07.2013): „Wolesi Jirga Again Fails to OK Education Law“. Pajhwok Afghan News, <http://www.pajhwok.com/en/2013/07/03/wolesi-jirga-again-fails-ok-education-law> (17.09.2015).
- Zaliq, Mir Sediq (07.07.2011): *Ghori Cement – A Loss-Making Goldmine*. Afghanistan Analysts Network, <https://www.afghanistan-analysts.org/guest-blog-ghoriment-a-loss-making-goldmine/>.
- Zeitler, Benjamin (2007): „Afghanistan. Von der Stammesherrschaft zur Beseitigung der Taliban“, in: Alexander Straßner/Margarete Klein (Hg.), *Wenn Staaten scheitern. Theorie und Empirie des Staatszerfalls*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 131-145.
- Zuckerman, Harriet (Sommer 1972): „Interviewing an Ultra-Elite“, in: *American Association for Public Opinion Research* 36(2), S. 159-175.
- Zulfqar, Saman (Sommer 2012): „Politics of New Provinces in Pakistan. Prospects and Challenges“, in: *Islamabad Policy Research Institute Journal* 12(2), S. 147-152.

Abbildungs- und Tabellenverzeichnis

- Abbildung 1: Beziehung zwischen Patron und Klientel | 66
- Abbildung 2: SNGP-Entwurf von November 2015 | 79
- Abbildung 3: Shura-Struktur des MRRD für Governance und Entwicklung | 83
- Abbildung 4: Karte der größeren Flüsse Südwest Asiens | 302
- Abbildung 5: Kreislauf der Regierungsführung in Afghanistan | 387
-
- Tabelle 1: Überblick zur Verknüpfung zwischen den Annahmen und Hypothesen | 13
- Tabelle 2: Sekundäre und überleitende Annahmen | 14
- Tabelle 3: Annahmen zu Regimeformen je nach Elitenkonfiguration | 147
- Tabelle 4: Das Feld der vier Pole für die möglichen Austragungsmodi von Konflikten | 165
- Tabelle 5: Berufsbezeichnung interviewter Elitenvertreter im Überblick | 179
- Tabelle 6: Institutionelle Formen | 368
- Tabelle 7: Afghanisches Mischsystems zwischen Konsziationalismus und Zentripetalismus | 372

Abkürzungsverzeichnis

AAN	Afghanistan Analysts Network
AIC	Afghan Investment Company
AIHRC	Afghanistan Independent Human Rights Commission
AMKA	Union of Afghanistan Workers and Employees, (Farsi: <i>Ittehadia-ye Melli-ye Kagaran wa Karmandan-e Afghanistan</i>)
ANA	Afghan National Army
ANDS	Afghanistan National Development Strategy
AREU	Afghanistan Research Evaluation Unit
ASOP	Afghanistan Social Outreach Program
AUAF	American University of Afghanistan
AWN	Afghanistan Women's Network
CEO	Chief Executive Officer
CDC	Community Development Council
CIA	Central Intelligence Agency
CLDC	Cluster Level Development Council
CLJ	Constitutional Loya Jirga
CNPC	China National Petroleum Corporation
CSO	Central Statistical Office
DAB	Da Afghanistan Bank
DCC	District Coordination Councils
DDA	District Development Assemblies
DDC	District Development Councils
DDR	Disarmament, Demobilization and Reintegration
DVPA	Demokratische Volkspartei Afghanistans
EGGI	Economic Growth and Governance Initiative
EU	Europäische Union
EVAW	Elimination of Violence against Women
FATA	Federally Administered Tribal Areas
FP	Facility Partner
GIZ	Gemeinschaft für Internationale Zusammenarbeit
GME	Greater Middle East-Modell
HPC	High Peace Council
HuM	Harakt-ul Mujaheddin
IARCSC	Independent Administrative Reform and Civil Service Commission

ICG	International Crisis Group
ICOIC	Independent Commission for Overseeing the Implementation of the Constitution
IDLG	Independent Directorate of Local Governance
IDP	Internally Displaced People
IS	Islamic State oder Da'esh (Arabisch: <i>d-daula al-islāmiyya fī l-'Irāq wa-š- šām</i>)
ISAF	International Security Assistance Force
ISI	Inter-Services Intelligence
JKLF	Jammu and Kashmir Liberation Front
Khad	Khedaamaat-e Ete'laa't-e Dawlati, afghanischer Geheimdienst von 1979 bis 1986
LeT	Lashkar-e Taiba
MDG	Millennium Development Goals
MEC	Independent Joint Anti-Corruption Monitoring and Evaluation Committees (kurz: MEC)
MRRD	Ministry for Rural Rehabilitation and Development
NABDP	National Area-Based Development Program
NAP	National Action Plan
NATO	North Atlantic Treaty Organization
NDS	National Directorate for Security
NGO	Non Governmental Organisation
NSP	National Solidarity Program
NUAWE	National Union of Afghanistan's Workers and Employees
NUG	National Unity Government
NWDP	North-West Frontier Province
PDP	Provincial Development Plan
QCG	Quadrilateral Coordination Group
RSM	Resolute Support Mission
SDG	Sustainable Development Goals
SERC	Special Electoral Reform Commission
SFA	Status of Forces Agreement
SMAF	Self-Reliance through Mutual Accountability Framework
SNGP	Subnational Governance Policy
SNTV	Single Non-Transferable Vote
SOF	Special Operation Forces
SOM	Senior Official Meeting
TIP	Troops in Contact
TMAF	Tokyo Mutual Accountability Framework
TTP	Tehrik-e Taliban Pakistan
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
UNAMA	United Nations Assistance Mission in Afghanistan
UNDP	United Nations Development Programme
UNHCR	United Nations High Commissioner for Refugees
Unocal	Union Oil Company of California
UNODC	United Nations Office on Drugs and Crime
USAID	United States Agency for International Development

USIP	United States Institute of Peace
VN	Vereinte Nationen
WB	Weltbank

Glossar

Ahl al-hall wa al-aqd: Leute des Lösen und Bindens

Al-khulafā`u ar-rāshidūn: Das rechtgeleitete Kalifat sollte nach dem Räte- und Stammesprinzip erfolgen.

Amir al-mumimin: Wortwörtlich übersetzt ist es der Anführer der Gläubigen (Arabisches Umschrift: *amiru 'l-mu`minīn*). Der Anführer beruft seine Legitimität auf eine göttlich transzendierte Autorität.

Arbab: Gemeindevorsteher, meist ein Großgrundbesitzer; in der Regel ernannt von Repräsentanten aus der Zentralregierung, um zwischen der Gemeinde und der Zentralregierung zu vermitteln.

Arbakee: Informelle usbekische Miliz

Aṣabīya: Arabisches Wort, das für das Zusammengehörigkeitsgefühl steht und sich nach Ibn Khaldun aus der Blutsverwandtschaft, dem Klientelverhältnis und Allianzen zusammensetzt.

Badal: Eine der drei Säulen des paschtunischen Ehren- und Verhaltenskodexes (Paschto: *pashnunwali*), sie steht für die Möglichkeit der Rache oder des Tausches von weiblichen Familienmitgliedern.

Āpān: Kaftan, den sich Männer, wie einen Mantel auf die Schultern legen

Daneschgah: Auf Farsi das Wort für Universität (Farsi Umschrift: *dānešgāh*), *pohantoon* ist das paschtunische Wort für Universität.

Dar chaukaat-e islami: Lebenspraktiken, die vom Gefühl her in einem gewissen islamischen Rahmen verbleiben sollten

Dā`iṣ: Steht für den Islamischen Staat (IS), der sich in Teilen des Iraks und Großsyrien etabliert hat. Die ausgeschriebene Version steht für *D-daula al-islāmiyya fī l-`Irāq wa-š- šām*.

Dīn wa dawla: Arabische Formel, die für die Religion und Staatsdoktrin steht

Enqelab-e Saur: April-Revolution im Jahre 1978

Hadīth: Überlieferungen des Propheten Mohammads

Haraket-e Islami-ye Afghanistan: Islamische Bewegung Afghanistan, eine schiitische Partei, die mit der Nord-Allianz koalierte

Hezb-e Wahdat Islami Afghanistan: Die schiitische Hauptpartei der Hasara, die seit 1988 im Widerstand gegen die sowjetische Armee kämpfte

Ijma`: Konsens

Jabha-ye Muttahid-e Islami-ye Melli bara-ye Nejaat-e Afghanistan: Vereinte islami-sche und nationale Front für die Befreiung Afghanistans

Jamiat-e Islami: Politische Partei, die als Teil der Nord-Allianz die Sowjets bekämpfte und von Burhannuddin Rabbin geführt wurde

Jellabiya: Schwarzes Ganzkörpergewand

Jihad: Heiliger Krieg (Arabische Umschrift: *ġihād*)

Jirga: Traditioneller Dorf- oder Gemeinderat, wortwörtlich übersetzt bedeutet es „Zirkel“ oder „Kreis“

Khalq: Partei-Flügel der Demokratischen Volkspartei Afghanistans (DVPA), wortwörtlich übersetzt bedeutet es „Volk“ oder „Massen“

Khan: Großgrundbesitzer

Madārese khodgardān: Privat organisierte Schulen

Madrassa: Im vorliegenden Afghanistan-Kontext sind die Religionsschulen gemeint, die überwiegend um die afghanischen Flüchtlingslager in Peschawar, Quetta und Islamabad liegen und Koranschüler nach dem puritanischen Sufi-Orden der Deobandis erziehen.

Mahdi: Der rechtgeleitete zwölfte verborgene Imam

Mahram: Ein männlicher Verwandte, der während der Herrschaft der Taliban weibliche Familienmitglieder beim Verlassen des Hauses begleiten musste

Malik: In tadschikischen Gebieten Bezeichnung für den Gemeindevorsteher

Mantaqa: Siedlungsgebiete

Maulavi: Ein religiös ausgebildeter Rechtsgelehrter, der hohes Ansehen in seiner islamischen Gemeinde genießt

Melmastia: Eine der drei Säulen des paschtunischen Ehren- und Verhaltenskodexes (Paschto: *pashtunwali*), steht für die Gastfreundschaft

Meshrano jirga: Ältestenrat (Oberhaus), eine der zwei Kammern der Nationalversammlung (Unterhaus = *wolesi jirga*)

Muharram: Der erste Monat des islamischen Kalenders und für die Schiit*innen ein heiliger Monat, in dem sie zehn Tage lag an den Tod des Imams al-Husain, den Sohn Alis und Enkel des Propheten Mohammads, in der Schlacht von Kerbala im Jahre 680 gedenken. Dieses Gedenken nennt sich *ashura* und geht mit öffentlichen Selbstgeißelungen, Gebeten und Predigten und Fasten für zehn Tage einher.

Mujahid: Ein Kämpfer, der gegen die sowjetische Invasion in Afghanistan gekämpft hat. Die Taliban bezeichnen sich selbst nun auch als *mujaheddin* (Plural: *mujaheddin*).

Mullah: Lokale religiöse Autorität, die nicht unbedingt eine religiöse Ausbildung an der ägyptischen *Al-Azhar* für Sunniten oder in Qom (Iran) für Schiiten für seine Legitimität abgeschlossen haben muss

Musahiban: Dynastie der Durrani-Familie: beginnend mit Nader Schah (1929-1933), gefolgt von seinem frankophilen Sohn Zaher Schah (1933-1973), dessen Nachfolger war sein Cousin Daud Khan (1973-1978)

Nanawati: Eine der drei Säulen des paschtunischen Ehren- und Verhaltenskodexes (Paschto: *pashtunwali*), steht für nicht mögliche Ablehnung der Gastfreundschaft

Pakol: Wollmütze, die vor den Bürgerkriegsjahren von allen ethnischen Gruppen Afghanistans getragen wurde. Heute mit einer politischen Konnotation, da Ahmad Schah Massoud die Mütze trug und seine Anhänger, die Panjschiris, heute ihre politische Zugehörigkeit mit dieser Kopfbedeckung symbolisieren.

Parcham: Der zweite Parteiflügel der Demokratischen Volkspartei Afghanistans (DVPA). Bedeutet wortwörtlich übersetzt „Flagge“ oder „Banner“.

Pērāhan wa tumbān: Längliches Hemd und weite Hose für Männer

Pir: Weise, meist ältere Männer (wortwörtlich: alt, weise), die geistliche Führer sind und deren Abstammung beispielsweise auf Sufi-Orden zurückzuführen ist. Die Genealogie erfolgt meist durch die familiäre Abstammung, die durch Wohltätigkeit und Konfliktregulierungen zwischen unterschiedlichen Stämmen neu generiert werden sollte. Die Anhänger glauben jedoch auch, dass das Charisma eines religiösen Führers mit den dazugehörigen Eigenschaften tradiert wird. Dem am 21. Januar 2017 verstorbenen Pir Sayyed Ahmed Gailani wird beispielsweise die Abstammung bis nach Bagdad vom *Qadiriyya*-Orden aus dem 6. Jahrhundert n.Chr. zugeordnet. Der andere Begriff Sayyed steht nach Roy für „an uncontested legitimacy in terms of Islam and not, like the khan, through custom and tradition“ (Roy 1994: 81).

Qariya: Gemeinde

Qaum: Stamm

Rud: Fluss oder Bach

Rushanfikr: Heller Geist, Intellektueller

Sayyid: Nachname und Titel, der sich genealogisch bis zum Propheten Mohammad, über seine Tochter Fatima und ihren Mann Ali ibn Abi Talib, zurückverfolgen lässt. Sayyeds berufen sich darauf, vom Propheten Mohammad abzustammen, andere referieren auf ihre arabische Abstammung (Rubin/Laber 1988: 2).

Scho'le Jawid: Ewige Flamme

Shuraye Nazar: Ein Aufsichtsrat der *Jamiat-e Islami* unter Ahmad Schah Massoud, die gegen die sowjetische Armee kämpfte. Sie ist unter dem Namen „Nord-Allianz“ besser bekannt.

Sharwalyeha: Stadtverwaltungen

Shura-ye mellî: Nationalversammlung, bestehend aus zwei Kammern, der *meshrano jirga* (Oberhaus, Ältestenrat) und der *wolesi jirga* (Unterhaus, Haus des Volkes)

Shura: Rat

Shuraye ulama: Rat der religiösen Gelehrten

Tanzim: Oberbegriff der insgesamt sieben *mujaheddin*-Fraktionen, von den USA über die pakistanische Regierung in den Flüchtlingslagern Pakistans während des Krieges gegen die Sowjetunion finanziert. Wortwörtlich übersetzt bedeutet es „Organisation“.

Tarof: Ein komplexes Höflichkeitsritual, kann auch einfach mit angemessenen Verhalten übersetzt werden (Farsi Umschrift: *t'ārof*)

Tdschaador: Schwarzer oder geblümter Ganzkörperschleier, der mit den Händen vorne zusammengehalten wird und das Gesicht frei lässt. Meist wird er in Herat und im Iran getragen.

Ulama: Geistliche (Plural von *àlim*)

Umma: Die islamische Gemeinde

Ustad: Dozent*innen, Lehrer*innen

Velayat-e faqih: Regierung der religiösen Gelehrten in der Islamischen Republik Iran

Wali: Provinzgouverneur

Wasir: Minister

Wasitah: Ursprünglich bot dieses System gesichtswahrende Konfliktlösungsstrategien für zerstrittene Parteien und wird nun eher als Vermittlung von Jobs, Stipendien, Verträgen, Häusern etc. in einem Patron*in-Klientel-Verhältnis verwendet.

Wolesi jirga: Das Haus des Volkes, Unterhaus, eine der zwei Kammern der Nationalversammlung

Wolliswal: Bezirksvorsteher, Repräsentant der Zentralregierung im jeweiligen Bezirk (im Englischen wird der Begriff *wolliswali* meist mit *district* übersetzt)

Wolliswali: Bezirksadministration unter der Leitung des *wolliswals*

Anhang

ZUSAMMENFASSUNG

Für die vorliegende Doktorarbeit wurden Eliten aus Politik, Wirtschaft, Journalismus, Kunst und dem Bildungsbereich nach ihren Staatsvorstellungen und möglichen Friedensbildungsstrategien befragt, um der übergeordneten Frage nach den aktuellen Konfliktodynamiken und den Patronage-Klientel-Netzwerken in einer Interventionsgesellschaft, zu der sich Afghanistan in den letzten vier Dekaden Krieg entwickelt hat, nachzugehen. Ein solches, differenziertes Elitenverständnis referiert auf die Definition, dass Elitenvertreter*innen einer Gesellschaft eine Kombination von Gestaltungs-, Deutungs-, Wirkungs- und Entscheidungshoheit sowie Prozesswissen innehaben, weshalb sie zu wichtigen Akteur*innen innerhalb einer kriegszerrütteten Gesellschaft sowohl auf mikrosoziologischer Lebensweltebene als auch makrosoziologischer Systemebene werden.

Frühere und aktuelle Forschungen zu Afghanistan gingen vor allem seit der Post-2001-Phase der Frage nach den Versäumnissen in der Staats- und Institutionenbildung und den Lehren, die man daraus ziehen sollte, nach – meist geschah dies aus der Perspektive der Intervenierenden. Vorliegender Elitenansatz hat aus der afghanischen Perspektive und mit einer reflexiv-anthropologischen Herangehensweise die Möglichkeit eröffnet, die Lebensmilieus dieser Eliten zu analysieren, um die Wahrnehmungs-, Denk- und Handlungsschemata innerhalb der sich weiterhin perpetuierenden Gewaltdynamiken als Teil neopatrimonialer Netzwerke zu analysieren.

Für das erkenntnisleitende Interesse an Erfolg versprechenden pazifizierenden Staatsbildungsmaßnahmen wurden durch Auswertungen der Interviews aus Kabul, Mazar-e Sharif und Herat nach der qualitativen Inhaltsanalyse und den anthropologisch-soziologischen Beschreibungen des Feldes anhand der Bourdieu'schen Theorie der Praxis Hypothesen für einen friedensbildenden Staatsbildungsprozess entwickelt. Zu den wichtigsten generierten und interdependenten Hypothesen gehören folgende drei Hypothesen:

- 1) Aufgrund der Interessen einer liberalen Oligarchie werden in dieser Interventionsgesellschaft vornehmlich von politischen und wirtschaftlichen Eliten bewusst Gewaltdynamiken aufrechterhalten.
- 2) In der segmentierten Gesellschaft Afghanistans mit translokalen Versorgungsnetzwerken bietet die Mischung eines klassischen Klientelismus und Eliten-Klientelismus die Möglichkeit, während der derzeitigen Transformationsphase

zu einem konsolidierten Staat mit den essenziellen Funktionen für die voneinander abhängigen Patron*innen und Klientel soziales, wirtschaftliches und symbolisches Kapital zu sichern.

- 3) Die Elitenvertreter*innen aus Kunst und Medien sind als Teil der Mittelschicht ein Bindeglied zwischen den Super-Eliten aus Politik und Wirtschaft und der afghanischen Bevölkerung, weshalb sie federführend dazu beitragen können, dass sich pazifizierte Raumfigurationen bilden. Diese Eliten könnten Mobilitätswege auf horizontaler und vertikaler Ebene öffnen.

Die dargelegten instabilen und flexiblen Koalitionen zeigen, dass in Afghanistan uneinige Eliten mit ethnopolitischen Patron-Klientel-Verhältnissen in einem profitablen neopatrimonialen Netzwerk herrschen. Diese drei miteinander verzahnten Hypothesen weisen auf die bestehenden Dilemmata von sich perpetuierenden Gewaltdynamiken innerhalb neopatrimonialer Strukturen hin, da sie sowohl stabilisierende Dimensionen als auch stark umkämpfte Wert- und Normvorstellungen entlang der unterschiedlichen Elitenkonstruktionen, Elitenmilieus und den unterschiedlichen Elitegenerationen aufweisen. In einem nicht-pazifizierten Feld werden ständige Aushandlungsprozesse auf Lebensweltebene, die gleichzeitig auch wichtige Weichen für Staatsreformen und insbesondere institutionelle Reformen legen, zu umkämpften Systembereichen. Denn sie stellen den Zugang zur politischen Macht und somit zu finanziellen Ressourcen sicher. Sobald sich jedoch nach mehreren Generationen ein stabilisierender Faktor hinsichtlich neuer Wertschöpfungsketten außerhalb staatlicher Anstellungen ergibt, können die bereits von Elias beschriebenen Abstoßungs- und Anpassungstendenzen zwischen den unterschiedlichen Milieus und Schichten zu einem genuin afghanischen Staatsmodell mit einem funktionierenden und vor allem pazifizierten Gewaltmonopol reifen.

INTERVIEWFRAGEBÖGEN

Übersicht zu den geführten Interviews

I Interviews in Kabul im April 2013

Interview Nr. 1, mit Tamannaa im Wohnzimmer des Lebensraumes meines Vaters am 1. April 2013 in Kabul

Interview Nr. 2, mit Lotfullah in seinem Privathaus am 2. April 2013 in Kabul

Interview Nr. 3, mit Akbar in seinem Büro am 3. April 2013 in Kabul

Interview Nr. 4, mit Logari in einem Ministerium am 3. April 2013 in Kabul

Interview Nr. 5, mit Rahmat in seinem Büro am 3. April 2013 in Kabul

Interview Nr. 6, mit Parwis im Wohnzimmer seines Privathauses am 4. April 2013 in Kabul

Interview Nr. 7, mit Jeylaan in seinem Gästehaus am 6. April 2013 in Kabul

Interview Nr. 8, mit Omid in seinem Redaktionsbüro am 6. April 2013 in Kabul

Interview Nr. 9, mit Bahram in seinem Büro am 7. April 2013 in Kabul

Interview Nr. 10, mit Karim in seinem Büro am 7. April 2013 in Kabul

Interview Nr. 11, mit Aziza in einem Saal des Parlamentsgebäudes am 8. April 2013 in Kabul

Interview Nr. 12, mit Mortazah in seinem Büro am 8. April 2013 in Kabul

II Interviews im November 2014

Interview Nr. 13, mit Narges, Dunia und Yassin im Wohnzimmer des Lebensraumes meines Vaters am 2. November 2014 in Kabul

Interview Nr. 14, mit Mohsen im Wohnzimmer des Lebensraumes meines Vaters am 3. November 2014 in Kabul

Interview Nr. 15, mit Nader im Wohnzimmer des Lebensraumes meines Vaters am 5. November 2014 in Kabul

Interview Nr. 16, mit Ehsan im Wohnzimmer des Lebensraumes meines Vaters am 5. November 2014 in Kabul

Interview Nr. 17, mit Jahaangir im Wohnzimmer des Lebensraumes meines Vaters am 6. November 2014 in Kabul

Interview Nr. 18, mit Mahdi im Arbeitszimmer des Lebensraumes meines Vaters am 6. November 2014 in Kabul

Interview Nr. 19, mit Juwand in seinem Büro am 11. November 2014 in Kabul

Interview Nr. 20, mit Sakhi in seinem Büro am 11. November 2014 in Kabul

Interviews in Mazar-e Sharif

Interview Nr. 21, mit Schirin und Bahar von der Jura Fakultät an der Universität Balch am 13. November 2014 in Mazar-e Sharif

Interview Nr. 22, mit Ali am Institut für Politikwissenschaften und Jura an der Universität Balch am 13. November 2014 in Mazar-e Sharif

Interview Nr. 23, mit Abu Bakr von der Fakultät für Islamisches Recht an der Universität Balch am 13. November 2014 in Mazar-e Sharif

Interview Nr. 24, mit Jamila und Nadia von der Fakultät für Politikwissenschaften an der Universität Balch am 13. November 2014 in Mazar-e Sharif

Interview Nr. 25, mit Siavasch in seinem Gästehaus am 13. November 2014 in Mazar-e Sharif

Interview Nr. 26, mit Naasser an der Fakultät für Wirtschaft, Finanzen und Banking am 13. November 2014 in Mazar-e Sharif

Interview Nr. 27, mit Lateef an der Fakultät für Wirtschaft am 13. November 2014 in Mazar-e Sharif

Interviews in Herat

Interview Nr. 28, mit Rahman in seinem Büro am 19. November 2014 in Herat

Interview Nr. 29, mit Nargis in ihrem Büro am 19. November 2014 in Herat

Interview Nr. 30, mit Hasib in seinem Haus am 19. November 2014 in Herat

Interview Nr. 31, mit Fereydoon in seinem Büro am 20. November 2014 in Herat

Interview Nr. 32, mit Forough in ihrem Büro am 20. November 2014 in Herat

Interview Nr. 33, mit dem Maulavi Ashraf in einer Moschee am 21. November 2014 in der Provinz Herat

Interview Nr. 34, mit Aryanpoor in seinem Büro an der Universität Herat am 22. November 2014 in Herat

Interview Nr. 35, mit Shahpur einem Studierenden der Universität Herat in einem Seminarraum am 22. November 2014

Interview in der Türkei

Interview Nr. 36, mit Rasul am 28. November 2014 in der Türkei

INTERVIEWFRAGEBÖGEN FÜR BEIDE FELDFORSCHUNGSaufENTHALTE 2013/2014

Vorstellung und einleitende Worte vor jedem Interview

Als Doktorandin des Fachbereichs Politikwissenschaften an der Freien Universität Berlin würde ich Sie gern als wichtige*n Elitenvertreter*in interviewen. Ich werde von der deutschen Friedrich-Ebert-Stiftung gefördert. In meiner Dissertation geht es um den Staats- und Friedensbildungsprozess sowie die aktuelle Transitionsphase in Afghanistan. Das Interview kann bis zu 30 Minuten oder länger dauern. Das Interview wird mit Ihrem Einverständnis aufgenommen, aber die Interviewinformationen werden anonymisiert in der Dissertation wiedergegeben. Es ist selbstverständlich, dass die auf dem Tonband aufgezeichneten Interviews nur für wissenschaftliche Zwecke verwendet werden.¹ Das Interview lebt von einer freien Erzählung ihrerseits und ist von nur wenigen Fragen meinerseits gesäumt.

Im Zentrum meines Interesses steht die Frage: Warum gestaltet sich der Staatsbildungsprozess in Afghanistan so schwierig? Hierzu wäre es interessant, Ihre persönliche Einschätzung zum politischen Wandel seit der Afghanistan-Konferenz in Bonn im Dezember 2001 zu erfahren. Sie können das Ende des Taliban-Regimes und den Beginn des Staatsbildungsprozesses im Dezember 2001 ins Zentrum ihrer Erzählung setzen.

As a PhD-candidate for political science of the Free University Berlin I am interviewing you because you are an important representative of the Afghan elite. I am receiving a scholarship from the German Friedrich-Ebert-Foundation. My dissertation is about the state- and peace-building as well as the current transition process in Afghanistan. The interview could take up to 30 minutes or more. With your permission, the interview will be recorded, but the interview itself will be anonymously transcribed and cited in the dissertation. With certainty, the recorded interview will be just used for research purposes. The interview should be like a free narration from your side and will be guided at times by a few questions during the interview.

The focal research question will be: Why does the statebuilding process in Afghanistan seem so difficult? It would be interesting to get your personal view on the

1 Beim zweiten Feldforschungsaufenthalt habe ich die Antworten der Informant*innen notiert, deshalb fiel dieser Satz während der zweiten Feldforschung zur Verwendung der Tonaufnahmen für die wissenschaftlichen Zwecke weg. Die aufgezeichneten Interviews aus dem ersten Feldforschungsaufenthalt werden im natürlichen Sprachduktus transkribiert, weshalb auch die grammatikalischen Fehler des Gesprochenen beibehalten wurden.

political change since the Afghanistan-Conference in Bonn in December 2001. You can start with the fall of the Taliban and the beginning of the statebuilding process in December 2001.

اینجانب که شهرتم در فوق ذکر گردیده دانشجو دانشگاه Freie Universität Berlin بوده و از مدت دو سال بدینسو در رشته علوم اجتماعی مصروف تحقیق جهت کسب مدرک دکتری ام میباشم. جهت افزایش معلوماتم از وقایع عینی کشور از تاریخ 31 ماه مارچ الی 8 اپریل عازم شهر کابل خواهم شد. از جانب شما خواهانم تا با شریک ساختن تجارب و دست آورد های خویش از کار کرد در حکومت افغانستان طی یک مصاحبه مرا در نوشتن این اثر علمی همکاری نماید. قابل یاد آوری است که این مصاحبه جنبه سیاسی نداشته و از ذکر اسم جناب شان خود داری خواهم کرد. ذکر اسم و ثبت صوتی این مصاحبه فقط در صورت موافقت مصاحبه کننده صورت میگیرد.

Dreisprachige Fragebogen-Vorlage für April 2013

Interviewte/r: _____ Datum/Ort: _____

Position/Partei: _____

Religion/Konfession: _____ Ethnie: _____

11 Leitfragen:

1) Welche Strukturen und politischen Verhältnisse haben sich aus Ihrer Sicht in Afghanistan seit der Bonn-Konferenz im Dezember 2001 verändert?

از دید شما از کنفرانس بن برای افغانستان در دسامبر 2001 تاکنون کدام تغییرات در ساختارها و مناسبات سیاسی افغانستان رونما گردیده اند؟

Which structures and political circumstances have from your view changed since the Bonn-conference for Afghanistan in December 2001?

2) Welche alten und neuen Konflikte sind seit Dezember 2001 aufgetreten und in welchen Themenbereichen bewegen sich die meisten Meinungsunterschiede zwischen den Eliten?

کدام منازعات شناخته شده و یا منازعات جدید از سال 2001 بدین سو سربلند کرده اند و تفاوت نظر های میان نخبگان افغانستان شامل کدام حوزه ها می شوند؟

3) Which old and new conflicts did occur since December 2001 and which issues and disagreements are of major concerns among the elite fractions?

An die Opposition: Inwiefern fühlen Sie sich in den Staatsbildungsprozess Afghanistans eingebunden?

An Regierungsmitglieder: Was hätten Sie rückblickend im Staatsbildungsprozess anders gemacht?

تا چه اندازه گمان می کنید که در روند دولت سازی در افغانستان سهم بوده اید؟ (اپوزسیون)
با یک نگاه به ده سال گذشته در مورد آنچه که انجام داده اید، اگر دوباره فرصت می داشتید، چه چیز
های را طوری دیگری انجام می دادید؟

To the opposition: In how far do you feel involved in the statebuilding process?

To the members of government: In retrospect what would you have changed in the statebuilding process?

4) In der Forschung wird behauptet, dass die afghanischen Eliten ein Legitimationsproblem haben. An die Regierungsmitglieder: Wie viel Prozent der afghanischen Bevölkerung unterstützt Sie?

در پژوهش های علمی ادعا می شود که نخبگان افغانستان با مشکل مشروعیت رو برو می باشند. چند در صد از مردم افغانستان پشتیبان شما می باشند؟

Researchers assert that the Afghan elites lack legitimacy.

To the opposition: To which extend would you agree to this opinion?

To the members of government: What percentage of the Afghan population supports you?

5) Wie bewerten Sie die gegenseitigen Korruptionsvorwürfe zwischen der afghanischen Regierung und der Internationalen Gemeinschaft?

جوانب مختلف یکدیگر را به فاسد بودن متهم میکنند. دیدگاه شما در مورد مسائل مربوط به فساد چیست؟

From different sides, between the international community and the Afghan government there are reciprocal accusations of the other being corrupt. What is your perspective on the issue of corruption?

6) Wie bewerten Sie die Kooperation zwischen dem militärischen und zivilen Zweig der Internationalen Gemeinschaft und der afghanischen Regierung und Opposition im aktuellen Transitionsprozess?

ارزیابی شما از همکاری بخش های نظامی و ملکی جامعه جهانی با دولت و اپوزیسیون افغانستان چگونه است؟

How would you evaluate the cooperation between the military and civilian branch of the international community with the Afghan government and opposition in the current transition process?

7) Unter welchen Voraussetzungen sind Sie bereit, mit anderen Oppositionellen oder Elitefraktionen gemeinsam zu regieren? Welche Bedingungen sind aus Ihrer Sicht für eine Konsensbildung zwischen den Eliten erforderlich? – Verfassungsänderungen, neue Institutionen, dezentrales, föderales oder zentrales Regierungssystem etc.

کدام شرایط از نظر شما برای ایجاد یک اجماع میان نخبگان افغانستان لازمی می باشند؟ اصلاح قانون اساسی، ایجاد نهاد های جدید، تمرکز زدایی و یا حکومت متمرکز؟

Under which circumstances are you willing to govern with other opposition members or elite fractions? Which conditions are necessary for establishing a consensus between the elites? – Amendment of the constitution, new institutions, decentral, federal or central government system etc.

8) Welche Staatsform wäre aus Ihrer Sicht für Afghanistan, angesichts der gesellschaftspolitischen Strukturen und kulturellen Werte sowie Erfahrungen der letzten 11 Jahre die Passende?

کدام نظام سیاسی (دموکراسی-ریاستی، پارلمانی-، اسلامی و یا دموکراسی اسلامی...) از نگاه شما، با در نظر داشت ساختار های سیاسی- اجتماعی، ارزش های فرهنگی و همچنین تجارب یازده سال گذشته برای افغانستان نظام بهتر می باشد؟

Considering the socio-political structures, cultural values and experiences of the last 11 years which state system would be the right one for Afghanistan?

9) Wie ist Ihrer Ansicht nach die Präsidentschaftswahl im Jahr 2009 verlaufen?

ارزیابی شما از انتخابات ریاست جمهوری سال 2009 چیست؟

How did the presidential election in the year 2009 from your point of view take place?

10) Wie bewerten Sie die Relevanz der Präsidentschaftswahlen von 2014 für die Konsolidierung der Demokratie und Staatlichkeit Afghanistans?

اهمیت انتخابات ریاست جمهوری در سال 1393/2014 برای تحکیم دموکراسی و دولت در افغانستان چیست؟

How would you evaluate the importance of the upcoming presidential election in 2014 for the consolidation of democracy and statehood in Afghanistan?

11) Wie stellen Sie sich ein Afghanistan nach dem Abzug der internationalen Truppen im Jahre 2014 vor?

تصور شما از افغانستان پس از خروج نیرو های بین المللی در سال 1393/2014 چیست؟

How do you imagine Afghanistan after the withdrawal of the troops in 2014?

Fragebogen-Vorlage Englisch für November 2014

Interviewee: _____ Date/Place: _____

Position/Party: _____

Religion/confession: _____ Ethnicity: _____

9 guiding questions:

- 1) Which structures and political circumstances have from your view changed since the Bonn-conference for Afghanistan in December 2001?
- 2) Which old and new conflicts did occur since December 2001 and which issues and disagreements are of major concerns among the elite fractions?
- 3) To the artists, intellectuals, entrepreneurs: Which freedom and opportunities did evolve and which challenges do you face? Who are the social and political groups which cause problems to you?
- 4) Researchers assert that the Afghan elites lack legitimacy. To the opposition, artists, entrepreneurs, intellectuals: To which extend would you agree to this opinion? Where do you see your responsibility?
- 5) What is your perspective on the issue of corruption within the state institutions and the society?
- 6) Which terms would be required for a consensus building between the elites? – Amendment of the constitution, new institutions, decentral, federal or central government system etc.
- 7) Considering the socio-political structures, cultural values and experiences of the last 11 years which state system would be the right one for Afghanistan?
- 8) How would you evaluate the importance of the presidential election of this year for the consolidation of democracy and statehood in Afghanistan?
- 9) How do you imagine Afghanistan after the withdrawal of the troops in 2014?

Fragebogen-Vorlage Farsi für November 2014

Interviewte/r: _____ Datum/Ort: _____

Position/Partei: _____

Religion/Konfession: _____ Ethnie: _____

از دید شما از کنفرانس بن برای افغانستان در دسامبر 2001 تاکنون کدام تغییرات در ساختارها و مناسبات سیاسی افغانستان رونما گردیده اند؟

کدام منازعات شناخته شده و یا منازعات جدید از سال 2001 بدین سو سربلند کرده اند و تفاوت نظر های میان نخبگان افغانستان شامل کدام حوزه ها می شوند؟

کدام دسته از آزادی‌ها و امکانات برای شما در سال‌های اخیر تحقق یافته‌اند و با کدام چالش‌های اساسی امروز روبرو می‌باشید؟ کدام گروه‌های سیاسی و اجتماعی موجب این چالش‌ها می‌شوند؟

در پژوهش‌های علمی ادعا می‌شود که نخبگان افغانستان با مشکل مشروعیت روبرو می‌باشند. چند در صد از مردم افغانستان پشتیبان شما می‌باشند؟ تا کجا با این نظر موافق می‌باشید؟

نظر شما در مورد فساد، در نهاد‌های دولتی و جامعه چیست؟

تحت کدام شرایط می‌توانید با حکومت کنونی و یا سایر گروه‌های سیاسی در تشکیل حکومت همکاری کنید؟

کدام نظام سیاسی (دموکراسی-ریاستی، پارلمانی-، اسلامی و یا دموکراسی اسلامی...) از نگاه شما، با در نظرداشتن ساختارهای سیاسی-اجتماعی، ارزش‌های فرهنگی و همچنین تجارب یازده سال گذشته برای افغانستان نظام بهتر می‌باشد؟

اهمیت انتخابات ریاست جمهوری در سال 1393/2014 برای تحکیم دموکراسی و دولت در افغانستان چیست؟

تصور شما از افغانستان پس از خروج نیروهای بین‌المللی در سال 1393/2014 چیست؟

Politikwissenschaft



Jennifer Schellh h, Jo Reichertz,
Volker M. Heins, Armin Flender (Hg.)

Gro erz hlungen des Extremen

Neue Rechte, Populismus, Islamismus, War on Terror

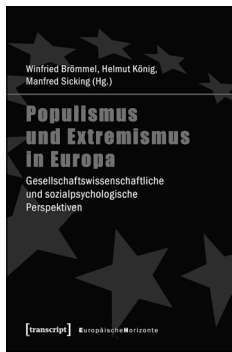
April 2018, 214 S., kart.

24,99 € (DE), 978-3-8376-4119-6

E-Book kostenlos erhältlich als Open-Access-Publikation

PDF: ISBN 978-3-8394-4119-0

EPUB: ISBN 978-3-7328-4119-6



Winfried Br mmel, Helmut König, Manfred Sicking (Hg.)

Populismus und Extremismus in Europa

Gesellschaftswissenschaftliche
und sozialpsychologische Perspektiven

2017, 188 S., kart.

19,99 € (DE), 978-3-8376-3838-7

E-Book

PDF: 17,99 € (DE), ISBN 978-3-8394-3838-1

EPUB: 17,99 € (DE), ISBN 978-3-7328-3838-7



Werner Schiffauer, Anne Eilert, Marlene Rudloff (Hg.)

So schaffen wir das -

eine Zivilgesellschaft im Aufbruch

90 wegweisende Projekte mit Geflüchteten

2017, 344 S., kart.

24,99 € (DE), 978-3-8376-3829-5

E-Book kostenlos erhältlich als Open-Access-Publikation

PDF: ISBN 978-3-8394-3829-9

EPUB: ISBN 978-3-7328-3829-5

**Leseproben, weitere Informationen und Bestellmöglichkeiten
finden Sie unter www.transcript-verlag.de**

Politikwissenschaft



Werner Schiffauer, Anne Eilert, Marlene Rudloff (Hg.)

**So schaffen wir das -
eine Zivilgesellschaft im Aufbruch**
Bedingungen für die nachhaltige Projektarbeit
mit Geflüchteten. Eine Bilanz

Februar 2018, 318 S., kart.

29,99 € (DE), 978-3-8376-3830-1

E-Book: 26,99 € (DE), ISBN 978-3-8394-3830-5



Ines-Jacqueline Werkner

Gerechter Frieden
Das fortwährende Dilemma militärischer Gewalt

Januar 2018, 106 S., kart.

14,99 € (DE), 978-3-8376-4074-8

E-Book: 12,99 € (DE), ISBN 978-3-8394-4074-2



Dominik Hammer, Marie-Christine Kajewski (Hg.)

Okulare Demokratie
Der Bürger als Zuschauer

2017, 198 S., kart.

29,99 € (DE), 978-3-8376-4004-5

E-Book kostenlos erhältlich als Open-Access-Publikation

PDF: ISBN 978-3-8394-4004-9

**Leseproben, weitere Informationen und Bestellmöglichkeiten
finden Sie unter www.transcript-verlag.de**

